

Anlage

„Alternative für Deutschland“ (AfD)

./.

Land Niedersachsen

VG Hannover

10 A 1104/26

10 B 1105/26

Sachakte



Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport

Referat 53: [REDACTED] 53. [REDACTED]

Die VS-Einstufung endet mit
Ablauf des Jahres 2052

Hannover, 05.04.2022

- 15 - Seiten

1. Ausfertigung Ref. 53

1. Bestimmung eines Verdachtsobjektes
Bestimmung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 NVerfSchG

Die Bestimmung zum Verdachtsobjekt und die damit verbundene planmäßige Beobachtung und Aufklärung des nachstehend aufgeführten Personenzusammenschlusses nach § 4 Abs. 1 NVerfSchG ist zur Erfüllung der Aufgabe § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG erforderlich. Die Voraussetzung für die Bestimmung zu einem Verdachtsobjekt sind erfüllt, weil tatsächliche Anhaltspunkte, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen aus vergleichbaren Fällen, den Verdacht einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG rechtfertigen (§ 7 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG).

1.1. Name und Abkürzung des Objektes

Alternative für Deutschland (AfD) – Landesverband Niedersachsen

1.2. Phänomenbereich

Rechtsextremismus

1.3. Organisationsform

Politische Partei

1.4. Bei dem Objekt Alternative für Deutschland – Landesverband Niedersachsen handelt es sich um eine Bestrebung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG. Die Bewertung wird im Wesentlichen auf folgende tatsächliche Anhaltspunkte gestützt:

Als politische Partei handelt es sich bei der AfD Niedersachsen per se um eine Bestrebung, d.h. um eine politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweise in einem Personenzusammenschluss gem. § 4 Abs. 1 NVerfSchG. Tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass es sich dabei um eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne § 4 Abs. 2 Nr. 3 NVerfSchG handelt, ergeben sich aus den folgenden Merkmalen:

a) Die politische Führung des niedersächsischen Landesverbandes der AfD setzt sich nach der am 13./14.09.2020 erfolgten Neuwahl des Landesvorstandes mehrheitlich aus Akteuren der rechtsextremistischen innerparteilichen Sammlungsbewegung „Der Flügel“ bzw. dem „Flügel“ nahestehenden Personen zusammen. Der „Flügel“ ist in Niedersachsen am 19.03.2020 gemäß § 6 NVerfSchG i.V.m. § 21 Abs. 5 Satz 1 NVerfSchG zum Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung bestimmt worden. Bei dem „Flügel“ handelt es sich um einen Personenzusammenschluss innerhalb der AfD, der einen völkischen Nationalismus vertritt, dessen Konzept von Volk und Zugehörigkeit auf ein ethnisch-homogenes Gesellschaftsbild abzielt. Das propagierte Politikkonzept ist auf Ausgrenzung, Verächtlichmachung und letztlich auf weitgehende Rechtlosstellung von Migranten, Muslimen und politisch Andersdenkenden gerichtet. Es konnte dabei eine quantitative Verstärkung völkisch-nationalistischer Positionen unter den niedersächsischen Anhängern des „Flügels“ festgestellt werden. Die niedersächsischen Anhänger und Unterstützer vernetzten sich zugleich mit bundesweiten Akteuren des „Flügels“ und weiteren Personen des rechtsextremistischen und neurechten Spektrums, sodass Aktivitäten des „Flügels“ in Niedersachsen zunahm und der „Flügel“ seinen allgemeinen Einfluss in Niedersachsen weiter entfaltete.

Unter dem Druck des damaligen AfD-Bundesvorstandes wurde der „Flügel“ zum 30.04.2020 formal aufgelöst. Die ehemaligen Angehörigen des „Flügels“

üben aber weiterhin maßgeblichen Einfluss innerhalb des niedersächsischen Landesverbandes der AfD aus: Durch die o.g. Übernahme des Landesvorstandes bekleiden „Flügel“-Anhänger seit September 2020 zentrale Ämter. Dadurch können sie mit offiziellen Parteifunktionen einen prägenden bzw. steuernden Einfluss auf die politische Ausrichtung des gesamten niedersächsischen Landesverbandes nehmen, ohne zwingend auf die Strukturen der innerparteilichen Sammlungsbewegung „Der Flügel“ zurückzugreifen zu müssen.

Angehörige des Landesvorstandes nehmen bereits seit längerer Zeit an Veranstaltungen teil, die sich eindeutig dem „Flügel“ zuordnen lassen. Teilweise treten sie hier sogar als Organisatoren und Veranstalter auf. Anzuführen sind das „2. Politische Oktoberfest“ im Raum Wolfsburg am 19.10.2019, der „6. Patriotische Neujahrsempfang“ des AfD-Kreisverbandes Northeim am 10.01.2020, der Besuch von Björn HÖCKE in der Gemeinde Wedemark am 01.02.2020 und das „6. Patriotische Sommerfest“ des AfD-Kreisverbandes Northeim. Hervorzuheben sind daneben als „Flügel“-Veranstaltungen außerhalb von Niedersachsen, aber mit niedersächsischer Beteiligung die beiden „Kyffhäusertreffen“ am 23.06.2018 und am 06.07.2019 in Thüringen, das „Flügelfest“ in Binz (MV) am 23.11.2019, das „Familienfest“ in Vacha (TH) am 03.10.2020 sowie ein Treffen in Steinhöfel (BB) am 17.01.2021. Mit dem Besuch von Björn HÖCKE und damit einer der zentralen Führungspersonen des „Flügels“ in der Gemeinde Wedemark verdichteten sich im Februar 2020 die Hinweise, die auf eine angestrebte parteiinterne Ausweitung des Einflusses der „Flügel“-Strukturen in Niedersachsen hindeuten. Es handelte sich um ein strategisches Treffen, an dem auch der Landesvorsitzende Kestner teilnahm, und das offenkundig nicht mit dem damaligen Landesvorstand abgestimmt war.

Die Veranstaltungen der vergangenen Jahre verdeutlichen den kontinuierlichen Aktivitätsgrad des „Flügels“ in Niedersachsen. Für politische Parteien ist es auch von Bedeutung, langfristige Entwicklungen hinsichtlich ihrer Positionierung und Ausrichtung miteinzubeziehen. Gleichmaßen ist hervorzuheben, dass aufgrund der Corona-Pandemie seit April 2020 kaum Veranstaltungen stattfinden konnten.

Die konkrete Reaktivierung von „Flügel“-Strukturen erfolgte auf einem Geheimgetreffen am 20.02.2021 in Verden. Zum teilnehmenden Personenkreis gehörten ehemalige Anhänger des „Flügels“, aber auch Funktionäre der Jungen Alternative Niedersachsen (die Jugendorganisation der AfD) und weitere Personen der AfD Niedersachsen, vorwiegend aus dem Umfeld von „Flügel“-Sympathisanten des Landesvorstandes. Im Verlauf der Veranstaltung sollten „Regionalkoordinatoren“ benannt werden, um neben den offiziellen Kreisvorständen zu agieren. Nach der Ernennung der „Regionalkoordinatoren“ beglückwünschte ein Teilnehmer die Anwesenden, damit die alten „Flügel“-Strukturen reaktiviert zu haben. Dies zeigt auf, dass Mitglieder des Landesvorstandes trotz ihrer offiziellen Funktionen innerhalb des Landesverbandes auch auf die bewährte Vernetzung und Mobilisierung des „Flügels“ setzen.

Daneben bekundeten sowohl der Landesvorsitzende Kestner als auch einer seiner damaligen Stellvertreter in einer im Mai 2020 verfassten „Niedersachsen Erklärung“ ihre Solidarität mit dem brandenburgischen Landtagsabgeordneten Andreas KALBITZ, dem als eine zentrale Führungsperson des „Flügels“ aufgrund von rechtsextremistischen Bezügen die Parteimitgliedschaft im April 2020 seitens des Bundesvorstandes entzogen worden war. In der Erklärung wird explizit gefordert, KALBITZ wieder in die Partei aufzunehmen. Die Erklärung wurde von mehreren hundert AfD-Mitgliedern unterschrieben und vom jetzigen niedersächsischen Landesvorsitzenden persönlich im Juni 2020 an den Bundesvorstand der AfD übergeben.

b) Es sind Aussagen von Funktionären und Anhängern des niedersächsischen Landesverbandes der AfD festzustellen, die fremden- und islamfeindliche Positionen beinhalten. So werden Geflüchtete und Menschen muslimischen Glaubens unter anderem pauschal als Gewaltverbrecher dargestellt. In diesem Kontext äußerte sich der niedersächsische AfD-Landtagsabgeordnete Stephan Bothe aus dem Kreisverband Lüneburg am 06.10.2021 in einem Statement auf Facebook wie folgt: „Diese importierte und von allen Altparteien verharmloste und schöngeredete Messerkultur wird uns leider noch lange erhalten bleiben und absehbar fortlaufend weitere Opfer fordern. Die

Allgemeinheit muss vor solchen tickenden Zeitbomben dringend besser geschützt werden. Es stellt sich in solchen Fällen immer wieder heraus, dass derlei Messerkünstler nicht das erste mal einschlägig auffällig wurden. Daher muss bei entsprechenden Vorkommnissen endlich konsequent gehandelt werden: Abschieben oder wegsperren! Der Schutz der Bevölkerung muss endlich oberste Priorität im Umgang mit Asylanten haben [sic!].“

Der aktuelle Landesvorsitzende Jens Kestner unterstellt in einem Beitrag in den Sozialen Medien vom 21.02.2022 Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine grundsätzliche Freude an der Ausübung von Gewalt: „Die nächste Bereicherung, durch noch nicht länger hier lebenden Jugendliche, die entdeckten, wieviel Spaß es machen kann, hilflose Passanten mit einem Fußtritt die Treppe hinunterzustoßen [sic!].“

Gerhard VIERFUß, Rechtsanwalt aus Oldenburg und Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der AfD Niedersachsen, schreibt am 03.01.2022 auf dem Mikroblogging-Dienst Twitter von „den ins Land geholten afghanischen Goldstücken“, denen „die deutschen Mädchen und Frauen als Beute“ durch die Regierung „überlassen“ würden.

Ferner werden Geflüchteten und Menschen muslimischen Glaubens grundsätzlich aufgrund ihrer Herkunft und Religion abgewertet. So schrieb der AfD-Kreisverband Wittmund in den sozialen Medien bereits am 21.08.2019: „Der Islam gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.“ Der Landesvorsitzende Kestner spricht in einem Facebook-Beitrag vom 16.05.2020 Geflüchteten und Migranten wiederum ihre legitimen Fluchtgründe ab: „Aariz und Abadin (zu übersetzen mit Hinz und Kunz) kennen die Schwachstellen der deutschen Systeme und nutzen sie gnadenlos aus. Und die deutsche Politik der Altparteien schaut zu und verweist auf Nachfrage sicher auf ‚europäisches Recht‘. Ein Armutszeugnis für unser Land.“

Auch den Nationalsozialismus verharmlosende und revisionistische Aussagen werden von Funktionären und Organisationseinheiten der AfD Niedersachsen getätigt. Der AfD-Kreisverband Salzgitter teilte etwa am 14.11.2020 auf Telegram ein Bild des Eingangstores des Konzentrationslagers Dachau, mit dem eindeutig der Holocaust verharmlost wird: statt „Arbeit macht frei“ ist „Impfung macht frei“ zu lesen.

Thomas Arndt, Beisitzer im AfD-Kreisverband Osnabrück, verglich am 03.01.2022 die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie mit der Machtergreifung Hitlers 1933: „Wenn jemand fragt Wie konnte es '33 soweit kommen macht mal die Augen auf was da Draussen los ist!!! [sic].“

Die Abwertung anderer Parteien, ihrer Funktionäre und Mitglieder, die Delegitimierung staatlicher Akteure und Institutionen sowie die allgemeine Infragestellung der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland sind des Weiteren als primäre Verstöße von Angehörigen und Organisationseinheiten der AfD Niedersachsen gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip festzustellen. So sind vor allem immer wieder Vergleiche zwischen der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR bzw. einer Diktatur zu erkennen. Beispielsweise fasste der AfD-Kreisverband Goslar die Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 16.03.2021 auf Instagram mit der Formulierung „Bilanz nach 14 Jahren Stasi-Merkel“ zusammen.

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie äußerte sich Nicolas Lehrke, Generalsekretär der AfD Niedersachsen bis April 2022, am 06.01.2021 im Rahmen eines Pressestatements auf Facebook folgendermaßen: „Mit dieser Provokation will Angela Merkel offenbar testen, wie weit sie wohl gehen kann beim Umbau des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats Deutschland zu einer DDR 2.0. Schon seit der herbeigeredeten ‚Flüchtlings‘-Krise 2015 ist klar, dass Merkel geltendes Recht eher als Empfehlung denn als bindende Grundlage ihres politischen Handelns sieht.“

Der Bundestagsabgeordnete aus dem AfD-Kreisverband Hannover-Stadt Jörn König teilte am 18.01.2022 einen Artikel der Süddeutschen Zeitung mit der Überschrift „Radikale Proteste: Telegram ist der Brandbeschleuniger.“ Dazu schreibt er: „Die AfD ist ihm natürlich auch ein Dorn im Auge. Unliebsame Kommunikationsmittel, Andersdenkende und politische Gegner ausschließen – DDR 2.0. Mit freundlicher Unterstützung der Mainstream-Medien.“

c) Es gibt eine breite Vernetzung von Funktionären und Anhängern des niedersächsischen Landesverbandes der AfD mit Akteuren und Organisationen des rechtsextremistischen Spektrums, die sich auf unterschiedlichen Ebenen ausdrückt und bis in den Landesvorstand

hineinreicht. Die Verbindungen erstrecken sich über personelle Bezüge, bis hin zu vielfältigen Formen der Unterstützung rechtsextremistischer Organisationen wie der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD), der „Jungen Alternative Niedersachsen“, des COMPACT-Magazins oder des fremden-, asyl- und islamfeindlichen Vereins „Ein Prozent“. Die Beisitzerin im Landesvorstand Marie-Thérèse KAISER moderiert seit 06.01.2021 das Online-Format von „Ein Prozent“ „Wir klären das!“ und wirkte bei weiteren Projekten wie dem Podcast „Lagebesprechung“ oder dem „Solifonds“ mit. Sie kritisierte insbesondere die Unvereinbarkeitsliste der AfD und befürwortete, dass Organisationen wie die IBD, „Ein Prozent“ oder der fremdenfeindliche Verein „Zukunft Heimat“ die gleichen Ziele wie die AfD verfolgen. Die Unvereinbarkeitsliste beinhaltet rechtsextremistische Parteien, Vereine und weitere Organisationen, deren Mitglieder nicht in die AfD aufgenommen werden dürfen. Am 29.03.2021 war KAISER zu Gast in der Redaktion des COMPACT-Magazins und betonte, dass sie bereits seit „mehreren Jahren immer mal wieder in den Dialog“ mit dem Magazin tritt. Auch weitere Akteure und AfD-Kreisverbände teilen in den sozialen Medien Beiträge des COMPACT-Magazins.

Der Bundestagsabgeordnete Dietmar Friedhoff aus dem AfD-Kreisverband Hannover-Land veröffentlichte am 24.02.2022 einen Artikel auf „PI-News“. Der Landesvorsitzende Jens Kestner veröffentlichte am 25.05.2020 einen Gastbeitrag auf „PI-News“. Die Kreisverbände Goslar und Weserbergland teilten wiederum in den sozialen Medien Beiträge von „PI-News“ und verbreiteten sie somit weiter.

Gerhard VIERFUß pflegt enge Kontakte zur IBD und tritt unter anderem als ihr Anwalt in Erscheinung. In den sozialen Medien verbreitet VIERFUß immer wieder inhaltliche Standpunkte der IBD. Zwischen der stellvertretenden Kreisvorsitzenden der AfD-Braunschweig Rabea SHAHINI und dem niedersächsischen IB-Aktivisten Simon POCINOSZNOW besteht ein engeres Kennverhältnis. So zeigten sie sich beispielsweise gemeinsam auf einer Corona-Demonstration am 24.01.2022 in Braunschweig. Auf dem Foto formen sie mit der Hand das in rechtsextremistischen Kreisen verbreitete Handzeichen für „white power“.

Der im April 2021 neugegründete Landesverband der JA-Niedersachsen

orientiert sich an der politischen Linie des „Flügel“-dominierten Landesvorstandes. Es war ein ausgerufenes Ziel des Landesvorsitzenden Kestner, einen neuen JA-Landesverband in Niedersachsen zu gründen. Mit der Vorsitzenden Rebecca SEIDLER und dem Justiziar Tobias STOBBER sind zwei Funktionäre des JA-Landesverbandes als Beisitzer im Landesvorstand der AfD Niedersachsen tätig.¹ Mitglieder und Funktionäre der JA-Niedersachsen zeigen fortlaufende Präsenz bei Veranstaltungen der AfD Niedersachsen und sind dort teilweise mit eigenen Infoständen vertreten. Während des AfD-Wahlkampfes im Jahr 2021 unterstützte die JA einen „Flügel“-Anhänger und ehemaliges Mitglied des Landesvorstandes beim Bundestagswahlkampf am 11.09.2021. Weiterhin ist die Teilnahme an einer Wahlkampfveranstaltung am 21./22.08.2021 in Brandenburg zu erwähnen, bei der neben Vertretern mehrerer JA-Landesverbände auch Björn HÖCKE und Andreas KALBITZ zugegen waren. Auch bei der AfD-Abschlusskundgebung zur Kommunalwahl 2021 in Northeim, dem Kreisverband Kestners, engagierten sich Mitglieder der JA-Niedersachsen mit einem Infostand. Bei dieser Wahlkampfveranstaltung waren neben Björn HÖCKE auch weitere Anhänger des „Flügels“ vertreten. Gleichmaßen ist eine enge Verbindung zu den ostdeutschen Landesverbänden der Jungen Alternative zu erkennen, die ebenfalls mehrheitlich dem „Flügel“-Lager zugerechnet werden. In Niedersachsen sind die Übergänge zwischen der JA und dem formal aufgelösten „Flügel“ teils fließend, was sich nicht zuletzt anhand persönlicher Kontakte und personellen Überschneidungen zeigt. Darüber hinaus sitzen seit der niedersächsischen Kommunalwahl 2021 Mitglieder und Funktionäre des JA-Landesverbandes für die Mutterpartei in Kommunalparlamenten. Außerdem bekleidet ein JA-Funktionär den Posten des Vorsitzenden im AfD-Kreisverband Göttingen. Dies zeigt insgesamt auf, dass die JA zu einem gewissen Maß in den Landesverband der AfD-Niedersachsen mit hineinwirkt und integriert ist.

Die IBD und JA sind in Niedersachsen Beobachtungsobjekte von erheblicher

¹ Laut Angaben der Website des niedersächsischen AfD-Landesverbandes [www.niedersachsen-afd.de] ist Rebecca SEIDLER nicht länger Mitglied im Landesvorstand. Tobias STOBBER wurde im Laufe des Jahres 2021 in den Landesvorstand kooptiert und bekleidet seit April 2022 das Amt des Landesgeschäftsstellenleiters und Datenschutzbeauftragten.

Bedeutung gemäß § 6 NVerfSchG i.V.m. § 21 Abs. 5 Satz 1 NVerfSchG. Das COMPACT-Magazin wird vom BfV als gesichert rechtsextremistische Bestrebung geführt. Der Verein „Ein Prozent“ wird vom BfV als rechtsextremistischer Verdachtsfall und der Verein „Zukunft Heimat“ vom LfV Brandenburg als Beobachtungsobjekt eingestuft. Der islamfeindliche Blog „PI-News“ ist Beobachtungsobjekt des BfV.

Im Zuge der Corona-Pandemie wurde „Corona-Leugnern“ wie [REDACTED] auf AfD-Veranstaltungen am 04.12.2021 und 18.12.2021 in Hannover eine Bühne geboten, um verschwörungsideologische Inhalte und szenetypische Narrative zu verbreiten. Zugleich rufen niedersächsische AfD-Politiker und Kreisverbände zur Teilnahme an sogenannten „Montagsspaziergängen“ auf, bewerben sie in den sozialen Medien oder nehmen an ihnen teil. Die „Montagsspaziergänge“ sind seit Ende des Jahres 2021 zu beobachten. Bei diesen versammeln sich Menschen, um gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu protestieren. Dahingehend ist eine personelle und inhaltliche Annäherung an das sogenannte Lager der „Corona-Maßnahmen-Kritiker“ bzw. zum in Niedersachsen geführten Verdachtsobjekt „Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates“ zu vernehmen.

Ferner wurde die Beteiligung bekannter Rechtsextremisten an entsprechenden AfD-Veranstaltungen im Rahmen der Corona-Pandemie geduldet. Beim „Marsch für die Freiheit“ am 08.01.2022 in Braunschweig nahmen Mitglieder der Partei „Die Rechte“ an der sich fortbewegenden Kundgebung teil. Der niedersächsische Landesverband dieser inhaltlich und personell neonazistisch geprägten Partei wird vom Verfassungsschutz Niedersachsen als Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung geführt. Bei einer stationären Kundgebung am 05.03.2022 in Hannover konnte die Teilnahme von Aktivisten der Identitären Bewegung festgestellt werden. Die Verantwortlichen der AfD waren um keinerlei Distanzierung bemüht. In seiner Funktion als Beisitzer im Landesvorstand des Landesverbandes der AfD Niedersachsen ist mit Andreas ILOFF ein Funktionär mit herausragender langjähriger Bedeutung und Funktionsführung im organisierten Rechtsextremismus hervorzuheben. Dabei sei auch auf seine Funktion als verantwortlicher Akteur für das

niedersächsische Beobachtungsobjekt „Deutscher Bund“ hingewiesen. Im Zusammenhang mit Veranstaltungen zur Corona-Pandemie ist ILOFF auch gemeinsam mit niedersächsischen AfD-Funktionären des sogenannten „gemäßigten Lagers“ aufgetreten, die sich augenscheinlich nicht an seinen Aktivitäten neben der Partei stören.

1.5. Die unter Ziffer 1.4. dargestellten tatsächlichen Anhaltspunkte rechtfertigen insgesamt betrachtet den Verdacht des Vorliegens einer Bestrebung, wie sich aus nachfolgender Begründung ergibt

a) Die gemäß § 8 Abs. 1 NVerfSchG am 04.09.2019 begonnene Verdachtsgewinnungsphase gegen den AfD-Landesverband Niedersachsen mündete am 19.03.2020 in der Beobachtung der innerparteilichen Sammlungsbewegung „Der Flügel“. Zum damaligen Zeitpunkt wurde aus Gründen der Verhältnismäßigkeit von einer Einstufung des gesamten Landesverbandes abgesehen, da sich die tatsächlichen Anhaltspunkte in Qualität und Quantität vor allem auf Funktionäre und Anhänger des „Flügels“ zurückführen ließen. Aufgrund der personellen und inhaltlichen Entwicklungen im AfD-Landesverband ist diese Reduktion auf den „Flügel“ nicht mehr gegeben, da sich die politische Führungsebene des Landesverbandes maßgeblich aus Anhängern des „Flügels“ zusammensetzt. Somit rechtfertigt sich der Verdacht, dass es sich beim gesamten Landesverband der AfD Niedersachsen um eine Bestrebung, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG richtet, handelt.

Zur Beurteilung des AfD-Landesverbandes Niedersachsen ist seine wesentliche politische Prägung durch den „Flügel“ von Bedeutung. Für die Bewertung tatsächlicher Anhaltspunkte können auch Erkenntnisse über die Verfassungsfeindlichkeit anderer innerparteilicher Personenzusammenschlüsse herangezogen werden. Das setzt voraus, dass die den anderen Personenzusammenschluss betreffenden Erkenntnisse Rückschlüsse auf Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung bei dem zu prüfenden Personenzusammenschluss zulassen.

Insbesondere parteiinterne Unter- und Übergliederungen² ermöglichen diese Schlussfolgerung. Nach einem Urteil des BVerwG vom 21.07.2010 können *„gerade die innere Zerrissenheit einer Partei, Flügelkämpfe und eine Annäherung an extremistische Gruppierungen oder Parteien eine Beobachtung durch Verfassungsschutzbehörden erfordern [...] Nur so ist festzustellen, in welche Richtung sich die Partei letztlich bewegt. Allein durch die Beobachtung können die Regierung, das Parlament und die Öffentlichkeit über den Fortgang der weiteren, noch nicht abgeschlossenen Entwicklung der Partei sachkundig und angemessen unterrichtet werden. [...] Das erfordert die Beobachtung der Partei insgesamt, nicht nur der einzelnen Gruppierung, mag auch diese für sich einen Personenzusammenschluss im Sinne des § 4 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c BVerfSchG darstellen.“*³

Die formale Auflösung des „Flügels“ zum 30.04.2020 sorgte nicht für eine Beendigung der Bestrebungen dieses Personenzusammenschlusses, sondern trug vielmehr zur Integration politischer Positionen des „Flügels“ in die Gesamtpartei bei. „Flügel“-Anhänger sind nach wie vor in der Partei aktiv und bekleiden seit September 2020 entscheidende Positionen innerhalb des Landesverbandes, sodass sie ihren Einfluss weiter ausweiten konnten. Es bleibt zu konstatieren, dass das mit dem „Flügel“ verknüpfte Gedankengut bei seinen Anhängern weiterhin verankert ist. Ein niedersächsischer AfD-Funktionär, Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der AfD Niedersachsen, äußerte sich auf Twitter zur Auflösung des „Flügels“ dahingehend folgendermaßen: *„#DerFlügel wird jetzt bald Geschichte sein, aber der Geist des Flügels wird lebendig sein in dieser @AfD. Halten wir an diesem Geist fest, bewahren wir die Einheit der AfD! Danke @BjoernHoecke für fünf großartige gemeinsame Jahre!“*

Die Parteiaustritte der ehemaligen AfD-Landesvorsitzenden und weiterer Landtagsabgeordneter der Partei, die als Reaktion auf den im September 2020 neugewählten niedersächsischen Landesvorstand folgten, bestärken den

² Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 06. April 2006 – OVG 3 B 3.99 –, juris Rn. 47 m.w.N.; Urteil vom 23. November 2011 – OVG 1 B 111.10 –, juris Rn. 46 OVG Lüneburg, Urteil vom 19. Oktober 2000 – 11 L 87/00 –, Rn. 22.

³ BVerwG, Urteil vom 21. Juli 2010 – 6 C 22/09 –, BVerwGE 137, 275-318, juris Rn. 45; vgl. auch Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 21. Dezember 2000 - 5 A 2256/94 -, juris Rn. 50.

Eindruck, dass der „Flügel“ nicht aufgelöst ist, sondern vielmehr den gesamten Landesverband politisch anführt. Diese Ereignisse führten letztlich zur Auflösung der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und zu weiteren damit verbundenen Parteiaustritten von Akteuren des sogenannten „gemäßigten Lagers“.

Das „Flügel“-Treffen am 20.02.2021 in Verden verdeutlicht, dass es jedoch auch weit nach der offiziellen Auflösung des „Flügels“ abgrenzbare Aktivitäten und Bestrebungen von Personen gibt, die sich eindeutig dem „Flügel“ zuordnen lassen oder mit ihm sympathisieren. Letztlich wurden bekannte Strukturen des „Flügels“ unter dem Namen des „patriotischen Lagers“ reaktiviert. Die Beteiligung von Funktionären des Landesverbandes hebt den Einfluss des „Flügels“ auf den gesamten Landesverband der AfD Niedersachsen nochmals hervor.

b) Niedersächsische Funktionsträger auf Kreis-, Landes- und Bundesebene sowie weitere Mitglieder des Landesverbandes tätigen Aussagen oder teilen diese in den sozialen Netzwerken, die in einem Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Dabei werden vorwiegend Geflüchtete und Menschen muslimischen Glaubens abgewertet sowie ein zunehmender Multikulturalismus, eine voranschreitende „Islamisierung“ und eine „Umvolkung“ Deutschlands befürchtet. Diese Äußerungen, wie die dargelegte pauschalisierte Darstellung von Geflüchteten und Menschen muslimischen Glaubens als kriminelle Gewaltverbrecher („Diese importierte und von allen Altparteien verharmloste und schöngeredete Messerkultur wird uns leider noch lange erhalten bleiben und absehbar fortlaufend weitere Opfer fordern [...]“, „Die nächste Bereicherung, durch noch nicht langer hier lebenden Jugendliche, die entdeckten, wieviel Spaß es machen kann, hilflose Passanten mit einem Fußtritt die Treppe hinunterzustoßen [sic!]“) von Funktionären und Anhängern des niedersächsischen Landesverbandes der AfD verstoßen insbesondere gegen die Menschenwürde im Sinne des Art. 1 GG und treten vorwiegend in Form von fremden- und islamfeindlichen Positionen auf, so wie auch Kestners Äußerung: „Aariz und Abadin (zu übersetzen mit Hinz und Kunz) kennen die Schwachstellen der deutschen Systeme und nutzen sie gnadenlos aus [...]“

Aussagen wie „Der Islam gehört auf den Müllhaufen der Geschichte“ richtet sich gegen Art. 4 Abs. 1 GG. Diese Aussage zeigt eine kontinuierliche Entwicklung auf, indem islamfeindliche Positionen bereits im August 2019 auf Kreisebene zu finden waren.

Ebenso werden völkisch-nationalistische Ideologiestrukturen vertreten, welche mit dem in Art. 3 GG verankerten Gleichheitsgrundsatz unvereinbar sind, indem Menschen aufgrund ihrer Herkunft als „ins Land geholte afghanische Goldstücke“ bezeichnet werden.

Etablierte Parteien werden mitsamt ihren Mitgliedern und Anhängern diffamiert. Im Rahmen der Corona-Pandemie wird zunehmend die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland attackiert, etwa durch Verbreitung des Schlagwortes „Corona-Diktatur“ oder Vergleiche mit der DDR. So werden die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie mit der Machtergreifung Adolf Hitlers 1933 verglichen, während der AfD Kreisverband Goslar von einer „Bilanz nach 14 Jahren Stasi-Merkel“ spricht. Beim Umbau „zu einer DDR 2.0“ wurde bereits „seit der herbeigeredeten ‚Flüchtlings‘-Krise 2015 klar, dass Merkel geltendes Recht eher als Empfehlung denn als bindende Grundlage ihres politischen Handelns sieht.“ Auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Jörn König greift das Schlagwort DDR 2.0 auf und unterstellt der Bundesrepublik, dass sie „Andersdenkende und politische Gegner“ ausschließe.

Diese Positionen verstoßen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, konkret gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip im Sinne des Art. 20 Abs. 1 und 2 bzw. Abs. 3 GG. Diese Ansichten gehen zum Teil mit verschwörungstheoretischen Ansätzen einher. Gleichmaßen wird Corona-Leugnern eine Bühne geboten, um ihre verschwörungsideologischen Ansichten zu verbreiten.

c) Die Kontakte, Bezüge und Verbindungen zu rechtsextremistischen Parteien, Organisationen, Gruppierungen, Zusammenschlüssen und Protagonisten zeigen die gefestigte inhaltliche und personelle Vernetzung des niedersächsischen AfD Landesverbandes innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums auf. Die dargelegten Verbindungen (COMPACT-Magazin, „Ein

Prozent", „PI-News“, „Identitäre Bewegung“, „Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates“) gehen mitunter weit über ein Kennverhältnis hinaus und weisen innerhalb eines strategischen Netzwerkes einen strukturellen Charakter auf. Zudem ist auf die Rolle der JA hinzuweisen, die den „Flügel“-geprägten Landesvorstand unterstützt und teils in ihn hineinwirkt.

d) In einer Gesamtbetrachtung präsentiert die AfD Niedersachsen ein heterogenes Erscheinungsbild. Der Landesverband ist von parteiinternen Kämpfen zwischen dem sogenannten „gemäßigten“ Lager und dem „Flügel“-nahen Lager geprägt, die seit der Landesvorstandswahl im September 2020 zu beobachten sind. In Reaktion auf die Wahl von „Flügel“-nahen Personen in den Landesvorstand folgten Partei- und Fraktionsaustritte von Landtagsabgeordneten der AfD. Die langwierige Aufstellung einer Landesliste zur Bundestagswahl 2021, bei der sich letzten Endes Kandidaten des „gemäßigten“ Lagers durchsetzten, verdeutlicht die wechselnden Mehrheitsverhältnisse. Die Mehrheitsfähigkeit der Lager hängt maßgeblich von der gegenwärtigen Fähigkeit zur Mobilisierung der Parteibasis ab. Auch der Kommunal- und Bundestagswahlkampf 2021 stand im Zeichen der Lagerbildung. Wahlkampfveranstaltungen wurden hauptsächlich von Anhängern des jeweils eigenen Lagers organisiert und besucht. Bei Parteiveranstaltungen zur Corona-Pandemie gab es im Dezember 2021, Januar 2022 und März 2022 Annäherungsversuche zwischen Anhängern beider Lager. Hieraus resultierte die gemeinsame Durchführung von Veranstaltungen. Dennoch ist der Ausgang des parteiinternen Lagerkampfes derzeit nicht abzusehen und hängt auch von der weiteren Entwicklung der Partei auf Bundesebene ab, die sich seit geraumer Zeit ebenfalls in einem Richtungsstreit befindet. Mit dem Parteiaustritt des AfD-Bundessprechers Jörg Meuthen hat eine zentrale Figur des sogenannten „gemäßigten Lagers“ die Partei verlassen. Insgesamt erscheint es nicht ausgeschlossen, dass sich der radikale Parteiflügel durchsetzt und die politische Leitlinie bestimmt.

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen – wie im vorangegangenen Teil geschildert – erste tatsächliche Anhaltspunkte vor, dass es sich bei der Alternative für

Deutschland (AfD) - Landesverband Niedersachsen um eine Bestrebung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG handelt. Da die Voraussetzungen nach § 7 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG erfüllt sind, bietet die Einstufung zum Verdachtsobjekt daher einen angemessenen Zeitraum, um die Entwicklung des niedersächsischen Landesverbandes der AfD zu bewerten und gegebenenfalls eine Verstärkung rechtsextremistisch geprägter politischer Positionen feststellen zu können. Aus diesem Grund wird bei der Bestimmung zum Verdachtsobjekt zunächst die gesetzliche Maximalfrist von 24 Monaten zugrunde gelegt, um zu überprüfen, ob die Voraussetzung des § 6 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG erfüllt werden.

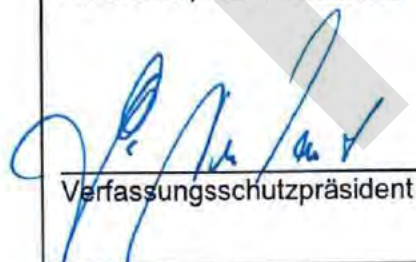
2. Zeichnung erfolgt durch:

5	[REDACTED]
	[REDACTED]

3.

Das oben genannte Objekt wird mit Wirkung vom heutigen Tag zum Verdachtsobjekt bestimmt. Die Bestimmung ist gemäß § 7 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG bis zum 10.05.2024 befristet.

Hannover, den 11.05.2022

15-55


 Verfassungsschutzpräsident

4. SB 53 [REDACTED] z.w. Veranlassung

53

Hannover, 12.10.2022

Teilnahme aus Niedersachsen am "2. Preußenfest" am 16.09.2022 in Schnellroda (ST)

Beim „2. Preußenfest“ am 16.09.2022 in Schnellroda („Zum Schäfchen“) konnte die Teilnahme folgender niedersächsischer Akteure festgestellt werden:

Name	Vorname	
VIERFUß	Gerhard	
STOBER	Tobias	

Aufgrund der Zusammensetzung von Rednern und Teilnehmenden lässt sich die Veranstaltung dem Personenkreis des formal aufgelösten „Flügels“ zuordnen.



VERMERK

Alternative für Deutschland (AfD)

Einschätzung der Europawahlliste

Bei der Europawahlversammlung der AfD am 29.07.2023 und 30.07.2023 in Magdeburg (ST) wurden die ersten 15 Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl im Juni 2024 gewählt. Mindestens 15 weitere Listenplätze sollen am darauffolgenden Wochenende, dem 05.08.2023 und 06.08.2023, vergeben werden. Aktuell setzt sich die Wahlliste wie folgt zusammen:

Listenplatz	Name
1	Maximilian Krah
2	Petr Bystron
3	Rene Aust
4	Christine Andersson
5	Alexander Jungbluth
6	Marc Jongen
7	Markus Buchheit
8	Hans Neuhoff
9	Irmhild Boßdorf
10	Arno Bausemer
11	Siegbert Droese
12	Tomasz Froelich
13	Anja Arndt
14	Mary Khan
15	Alexander Sell

Nach Einschätzung von BfV-Präsident Thomas Haldenwang befinden sich unter den 15 bislang vergebenen Listenplätzen auch Personen, „die in der Vergangenheit mit Positionen aufgefallen sind, die nicht mit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar sind [...]“.¹ In den Bewerberreden sind unter anderem rechtsextremistische Verschwörungsnarrative, wie etwa der „Große Austausch“, bedient worden. Das sogenannte gemäßigte Lager spielte insgesamt nur noch eine untergeordnete Rolle. Durch den Parteiaustritt Jörg Meuthens im Januar 2022 fehlt diesem Lager eine Führungsfigur. So können die radikalen Kräfte ihre Machtstellung zunehmend ausbauen.

Listenplatz 1: Maximilian Krah, MdEP (Sachsen)

- Krah ist Spitzenkandidat der AfD zur Europawahl, sitzt für die Partei bereits jetzt im Europäischen Parlament und gehört dem Bundesvorstand (Beisitzer) an.

¹ Zitiert nach tagesschau.de, „Verfassungsschutzchef zu AfD-Parteitag: ‚Rechtsextremistische Verschwörungstheorien‘ verbreitet“, Stand: 31.07.2023, 08:55 Uhr.

- Er ist vor allem innerhalb der Neuen Rechten äußerst gut vernetzt (z. B. Institut für Staatspolitik, Ein Prozent, Buchveröffentlichung im Juli 2023 im Verlag Antaios des neurechten Vordenkers Götz Kubitschek).
- Krah gilt als intellektueller Denker der Partei, der die radikalen Kräfte innerhalb der AfD repräsentiert.
- Er bedient rechtsextremistische (Verschwörungs-)Narrative wie den „Großen Austausch“, verwendet Begriffe wie „Umvolkung“ und vertritt insgesamt fremdenfeindliche sowie islam- bzw. muslimfeindliche Positionen.

Listenplatz 2: Petr Bystron, MdB (Bayern)

- Bystron lässt sich dem radikalen Flügel der Partei zuordnen und bedient hauptsächlich fremden- und asylfeindliche Argumentationsmuster.
- In der Vergangenheit hatte er Verbindungen zur „Identitären Bewegung“.

Listenplatz 3: Rene Aust, MdL (Thüringen)

- Aust lässt sich dem opportunistischen Lager zuordnen.
- Die Zugehörigkeit zum thüringischen Landesverband legt nahe, dass er die Ansichten des thüringischen Landesvorsitzenden, Björn HÖCKE², teilt.

Listenplatz 4: Christine Andersson, MdEP (Hessen)

- Andersson vertrat vor der Europawahl 2019 die Position, „Deutschland aus diesem EU-Albtraum hinauszuführen.“
- Bei ihrer aktuellen Bewerberrede forderte sie den „Dexit“, gemeint ist der Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der Europäischen Union (nach britischem Vorbild).
- In der Vergangenheit hatte sie Verbindungen zu PEGIDA.
- Andersson lässt sich den radikalen Kräften zuordnen.

Listenplatz 5: Alexander JUNGBLUTH³ (Rheinland-Pfalz)

- JUNGBLUTH beschreibt sich selbst als „ein Kandidat der Mitte der Partei“.
- Er vertritt den Slogan „Deutschland zuerst“ und spricht sich eindeutig gegen „Multikulti“ aus.

Listenplatz 6: Marc Jongen, MdB (Baden-Württemberg)

- Jongen gilt als intellektueller Denker der Partei, der sich an den Autoren der Neuen Rechten orientiert.
- Er hat Verbindungen zum Institut für Staatspolitik.
- Jongen vertritt vor allem fremden- und asylfeindliche Positionen („Migrantinvasion“) und lässt sich dem radikalen Teil der Partei zuordnen.

Listenplatz 7: Markus Buchheit, MdEP (Bayern)

- Buchheit lässt sich dem opportunistischen Lager zuordnen

Listenplatz 8: Hans Neuhoff (Nordrhein-Westfalen)

- Neuhoff ist Mitglied des AfD-Landesvorstandes in Nordrhein-Westfalen und Kuratoriumsmitglied der parteinahen Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Listenplatz 9: Irmhild BOßDORF⁴ (Nordrhein-Westfalen)

- BOßDORF arbeitet für den MdB Rüdiger Lucassen.
- Sie forderte in ihrer Bewerberrede eine „millionenfache Remigration“. Ihrer Ansicht nach sollten die Deutschen eher den „menschengemachten Bevölkerungswandel“ fürchten als den menschengemachten Klimawandel. Diese Wortwahl wird auch von der „Identitären Bewegung“ (IB) genutzt.

²

³

⁴

- Ihre Tochter Rheinild BOßDORF⁵ war bekannte Aktivistin der „Identitären Bewegung Deutschland“ und engagiert sich zurzeit in der IB-nahen Fraueninitiative „Lukreta“.
- BOßDORF ist dem radikalen Lager der Partei zuzuordnen.

Listenplatz 10: Arno BAUSEMER⁶ (Sachsen-Anhalt)

- BAUSEMER ist Mitglied im Landesvorstand der AfD Sachsen-Anhalt.
- Aufgrund personeller Vernetzungen ist er eher dem radikalen Lager der Partei zuzuordnen.

Listenplatz 11: Siegbert DROESE⁷ (Sachsen)

- DROESE war von 2017-2021 MdB für die AfD.
- Er ist als Unterzeichner der „Erfurter Resolution“ (Gründungsurkunde des „Flügels“) und als Mitglied der „Patriotischen Plattform“ eindeutig dem radikalen Lager der Partei zuzuordnen.
- DROESE vertritt ebenfalls die Verschwörungserzählung der „Umvolkung“.
- In seinem Bundestagsbüro arbeitete Daniel FIB⁸, Rechtsextremist und ehemaliger Leiter der „Identitären Bewegung Deutschland“.

Listenplatz 12: Tomasz FROELICH⁹ (Hamburg)

- FROELICH ist Europawahlliste als Spitzenkandidat der „Jungen Alternative“ angetreten.
- Er ist stellvertretender Bundesvorsitzender der „Jungen Alternative“.
- FROELICH gilt innerhalb der „Jungen Alternative“ als intellektueller Denker, ist maßgeblich an der programmatischen Ausrichtung der AfD-Jugendorganisation beteiligt und ist gut im politischen Vorfeld vernetzt.
- Er zählt zu den radikalen Kräften in Partei.

Listenplatz 13: Anja Arndt (Niedersachsen)

- Arndt ist seit 2018 AfD-Mitglied und seit 2022 Kreisvorsitzende des AfD-Kreisverbandes Ostfriesland.
- Sie ist überraschenderweise als niedersächsische Kandidatin angetreten. Der eigentliche niedersächsische Spitzenkandidat, Micha Fehre, ist kurzfristig aus bisher unbekanntem Gründen nicht zur Wahl angetreten.
- Arndt muss Rückhalt aus dem Landesvorstand haben, um als Kandidatin aufgestellt zu werden. Dementsprechend ist sie eher dem opportunistischen Lager zuzurechnen.

Listenplatz 14: Mary KHAN¹⁰ (Hessen/Brandenburg)

- KHAN war bis 2022 stellvertretende Vorsitzende der „Jungen Alternative“.
- Sie galt innerhalb der „Jungen Alternative“ lange als Vermittlerin zwischen dem gemäßigten und dem radikalen Lager.
- KHAN ist mit dem Landtagsabgeordneten Dennis Hohloch aus Brandenburg verheiratet.

Listenplatz 15: Alexander Sell (Berlin)

- Sell arbeitet seit 2017 als wissenschaftlicher Mitarbeiter für einen MdB der AfD.
- Er ist eher dem opportunistischen Lager zuzuordnen.

gez. [REDACTED]

5 [REDACTED]

6 [REDACTED]

7 [REDACTED]

8 [REDACTED]

9 [REDACTED]

10 [REDACTED]

V E R M E R K

Alternative für Deutschland (AfD)
Parteiversammlung zur Europawahl 2024

Die Europaversammlung der AfD in Magdeburg (ST) fand am 29./30.07.2023 und am 05./06.08.2023 in zwei Teilen statt. Neben dem Wahlprogramm zur Europawahl 2024 wurden im ersten Teil die Kandidatinnen und Kandidaten für die Listenplätze 1-15 und im zweiten Teil für die Listenplätze 16-35 gewählt.

1. Wahlprogramm zur Europawahl 2024 – Fachliche Bewertung

Ein Diskussionspunkt/ Tagesordnungspunkt, der den zweiten Teil des AfD-Parteitages mit 600 Delegierten in Magdeburg wesentlich bestimmte, war nach verschiedenen O-Tönen von Parteimitgliedern eine bis tief in die Nacht zu Sonntag anhaltende Diskussion um eine Aufnahme der Forderung nach dem Austritt aus der EU bzw. die Auflösung der EU (Zitate: „Ende der EU“, „Dexit“). An deren Stelle sollen ein neu zu gründender „Bund europäischer Nationen“ oder eine „Wirtschaftsunion“ das als gescheitert angesehene Projekt EU ersetzen. U.a. der Spitzenkandidat der AfD, Maximilian Krahn bestätigte, dass man an der eigentlichen Forderung durchaus festhalte, aber im Wahlprogramm darauf achte, Reizwörter zu vermeiden, da diese in der Folge die Anwürfe gegen die AfD und die Befassung mit dem Programm dominieren würden.

Ein zweiter wesentlicher Punkt des Wahlprogramms der AfD umfasst die Forderung, aus der NATO auszutreten, die als US-dominiert verstanden wird. Die Forderung steht für die antiamerikanistische Ausrichtung der Partei. Beide Forderungen entstammen im Wesentlichen dem Lager des Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke.

Die Parteispitze um Alice Weidel und Tino Chrupalla verhinderte die Aufnahme derartiger Forderungen in das Parteiprogramm, mit der Begründung, dass diese nicht mehrheitsfähig in Deutschland seien. Die Präambel des Wahlprogramms spricht weiterhin von einem „Europa der Vaterländer“. Daran knüpften Aussagen anderer Delegierter an, wonach es egal sei, was in dem Programm stehe, man werde eh gewählt. Hierin versinnbildlicht sich die selbstbewusste Einschätzung der aktuellen Situation, in der sich die AfD mit den seit Wochen anhaltend hohen Zustimmungswerten derzeit befindet. Ebenso ist die zwischenzeitliche Ausweitung der Kandidatenliste von 30 auf 35 Plätze einzuschätzen, womit die Partei die Annahme zum Ausdruck bringt, aktuell mehr als ein Drittel der insgesamt 96 Plätze Deutschlands im EU-Parlament erringen zu können.

Die reduzierte Schärfe der Formulierungen im EU-Wahlprogramm der AfD sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei ein Versagen der Institution Europa annimmt. Insbesondere an der Kritik an der Flüchtlingspolitik der EU und an den Sanktionen des Staatenverbands gegenüber Russland richtet sich die Europa-Politik der Partei aus. Damit stimmt sie in den

Kanon der rechten europäischen Parteien ein, die sich unter dem Label der Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) versammeln.

BfV-Präsident Thomas Haldenwang erneuerte nach Abschluss der Europaversammlung seine Kritik an der AfD und bleibt nach eigenen Worten „unverändert“ bei seiner Einschätzung zum ersten Teil der Veranstaltung. „In einer Reihe von Äußerungen kommt ein ethnisches Volksverständnis zum Ausdruck, etwa indem der ‚Große Austausch‘ beschworen wird“, sagte er dem ARD-Hauptstadtstudio. „Solche Äußerungen bieten Anhaltspunkte dafür, dass hier die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes für bestimmte Bevölkerungsgruppen infrage gestellt wird.“

Das sogenannte gemäßigte Lager spielte insgesamt nur noch eine untergeordnete Rolle. Durch den Parteiaustritt Jörg Meuthens im Januar 2022 fehlt diesem Lager eine Führungsfigur. Die radikalen Kräfte in der AfD können dadurch ihre Machtstellung zunehmend ausbauen.

2. Listenplätze für die Europawahl 2024

Liste	Name	Geb.-Jahr	Land	Funktion
1	Dr. Maximilian Krah	1977	SN	- MdEP - Mitglied Bundesvorstand
2	Petr Bystron	1972	BY	- MdB - ehem. Landesvorsitzender BY - Beruf: Politologe
3	René Aust	1987	TH	- MdL TH - ehem. Referent Landtag TH - Beruf: Geograph
4	Christine Anderson	1968	HE	- MdEP - Beruf: Volkswirt
5	Alexander Jungbluth	1987	RP	- stellv. Vorsitzender KV Mainz-Bingen - stellv. Vorsitzender Kreistag Mainz-Bingen - Beruf: Volkswirt
6	Dr. Marc Jongen	1968	BW	- MdB (Kulturpol. Sprecher) - stellv. Landesvorsitzender BW - 1. Beisitzer Bundesvorstand - Mitglied im Kuratorium der Desiderius-Erasmus-Stiftung - Beruf: Dozent für Philosophie
7	Markus Buchheit	1983	BY	- MdEP - Beruf: Jurist
8	Prof. Dr. Hans Neuhoff	1959	NW	- Sprecher KV Bonn - Beisitzer Landesvorstand NW - Mitglied im Kuratorium der Desiderius-Erasmus-Stiftung - Beruf: Professur für Soziologie und Psychologie der Musik an der Hochschule für Musik und Tanz Köln
9	Irmhild BOßDORF	1967	NW	- stellv. Sprecherin Rhein-Sieg - Fraktionsgeschäftsführerin im Landschaftsverband Rheinland

				<ul style="list-style-type: none"> - Mitarbeiterin MdB Rüdiger Lucassen (NW) - Mutter der IB-Aktivistin Rheinild BOßDORF (NW) - Beruf: keine Angaben
10	Arno BAUSEMER	1982	ST	<ul style="list-style-type: none"> - Landesschatzmeister ST - Mitglied Kreistag u. Stadtrat Stendal - Beruf: keine Angaben
11	Siegbert DROESE	1969	SN	<ul style="list-style-type: none"> - ehem. MdB 2017-2021 - Beruf: Hotelkaufmann
12	Tomasz FROELICH	1988	HH	<ul style="list-style-type: none"> - stellv. JA-Bundessvorsitzender - Beruf: pol. Berater der ID-Fraktion im EU-Parlament
13	Anja Arndt	1966	NI	<ul style="list-style-type: none"> - Vorsitzende KV Ostfriesland seit 2022 - Beruf: Unternehmensberaterin (zus. mit Ehemann Arno Arndt), Adresse: An der Gaste 9, 26845 Nortmoor (LK Leer)
14	Mary KHAN-HOHLOCH	1994	BB	<ul style="list-style-type: none"> - ehem. Beisitzerin Landesvorstand HE - ehem. stellv. Landesprecherin JA HE - ehem. stellv. JA-Bundessprecherin - Beruf: selbst. Medienarbeiterin - Ehefrau des MdL Dennis Hohloch (BB)
15	Dr. Alexander Sell	1980	BR	<ul style="list-style-type: none"> - wiss. Mitarbeiter für einen MdB - Beruf: keine Angaben
16	Volker Schnurrbusch	1958	SH	<ul style="list-style-type: none"> - stellv. Landesvorsitzender SH - Beruf: Lehrer für Deutsch u. Geschichte
17	Jens KESTNER	1971	ST	<ul style="list-style-type: none"> - ehem. MdB 2017-2021 - ehem. Landesvorsitzender NI - Beruf: aktuell keine Angaben (ehem. Bestatter) - Auskunftssperre Meldedaten, Ehefrau ist jedoch 2021 nach ST verzogen
18	Dr. Gunnar Beck	1965	NW	<ul style="list-style-type: none"> - MdEP - Beruf: Hochschuldozent in London (Reader in Law) u. Barrister-at-Law (Rechtsanwalt) im Fachgebiet EU-Recht
19	Julian Flak	1982	SH	<ul style="list-style-type: none"> - stellv. Landesvorsitzender SH - Vorsitzender Landeskongress SH - stell. Vors. Bundeskongress - Beruf: Diplom-Wirtschaftsjurist (FH)
20	Alexander Heppe	1982	RP	<ul style="list-style-type: none"> - Besitzer Landesvorstand RP - Beruf: Kaufmann im Groß- und Außenhandel

21	Lars HAISE	1989	BW	- parl. Referent Landtag BW - Beruf: Lokomotivführer
22	Erich Heidkamp	1948	HE	- MdL HE - Beruf (ehem.): Exportkaufmann u. leitender Angestellter bei der Hoechst AG
23	Andreas Mayer	1995	BY	- wiss. Mitarbeiter EP - Beruf: Diplom-Ingenieur für Luft- und Raumfahrttechnik
24	Michael SCHUMANN	1998	HH	- Mitarbeiter Hamburger Bürgerschaft
25	Sascha SCHLÖSSER	1974	TH	- stell. Fraktionsvorsitzender Stadtrat Erfurt - Beruf: Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht
26	Alexander Wiesner	1989	SN	- MdL SN - Beruf: Unternehmensberater
27	Dr. Peter Ditges	1957	BY	- Richter Bundesschiedsgericht - Beruf: Richter am Bayer. Verfassungsgerichtshof)
28	Steffen Beckmann	1978	MV	- stell. Fraktionsvorsitzender Stadtrat Schwerin
29	David ECKERT	1991	BR	- stellv. Vorsitzender BV Berlin- Lichtenberg - Büroleiter MdB Steffen Kotré (BR) - Beruf: Politologe
30	Sven Sager	1971	NI	- Mitglied KV Cloppenburg- Vechta
31	Andreas MROSEK	1958	ST	- ehem. MdL 2016-2018 - ehem. MdB 2017-2021 - Kreisvorsitzender KV Dessau- Roßlau - Beruf: keine Angaben
32	Mirco Hanker	1966	NI	- stellv. Vorsitzender KV Braunschweig - Beruf: keine Angaben
33	Arnold FIZ	1992	RP	- Vorsitzender KV Bernkastel- Wittlich - Mitglied Kreistag Bernkastel- Wittlich - Beruf: Einzelhandelskaufmann
34	Hannes ERNST	1989	BW	- stellv. Sprecher KV Böblingen - Beruf: keine Angaben
35	Peter Würdig	1937	NI	- Mitglied KV Cuxhaven - Beruf: keine Angaben

VERMERK

Vorbereitung für Ministerinnen-Interview mit der NOZ zum Thema AfD-BeobachtungEinstufung zum Verdachtsobjekt

Der Landesverband der AfD-Niedersachsen ist seit 2022 Verdachtsobjekt des Verfassungsschutzes Niedersachsen gemäß § 7 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG. Die Einstufung als Verdachtsobjekt bietet einen angemessenen Zeitraum, um die Entwicklung des niedersächsischen AfD Landesverbandes zu bewerten und gegebenenfalls eine Verstärkung rechtsextremistisch geprägter politischer Positionen feststellen zu können. Dabei werden sowohl be- als auch entlastende Belege und Erkenntnisse berücksichtigt. Die Verdachtsphase ist auf zwei Jahre begrenzt (§ 7 Abs. 2 S. 2 NVerfSchG) und kann einmalig um höchstens zwei Jahre verlängert werden (§ 7 Abs. 1 S. 3 NVerfSchG).

Landesparteitag der AfD Niedersachsen in Hannover am 28.05.2022: Wahl eines neuen Landesvorstandes

Am 28.05.2022 wurde ein neuer Landesvorstand des AfD Landesverbandes Niedersachsen in Hannover gewählt. Der bis dahin amtierende Landesvorsitzende Jens Kestner, der mittlerweile in Sachsen-Anhalt wohnt und dem dortigen Landesverband angehört, stand unter einem erheblichen innerparteilichen Druck: Seit längerer Zeit forderte eine Mehrheit der niedersächsischen Kreisverbände einen Parteitag, um über die weitere Zukunft des bis dahin „Flügel“-geprägten Landesvorstandes neu zu verhandeln. Bei dem Landesparteitag wurde der Bundestagsabgeordnete Frank Rinck aus dem Kreisverband Uelzen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Insgesamt setzt sich der Landesvorstand vorwiegend aus Anhängern des sogenannten „gemäßigten“/ „opportunistischen“ Lagers zusammen. Einige Funktionäre des Landesvorstandes wiesen allerdings in der Vergangenheit eine Nähe zum im April 2020 formal aufgelösten „Flügel“ auf. Seit seiner Neukonstituierung ist der Landesvorstand darum bemüht, nach außen hin gemäßigt aufzutreten, was sich vornehmlich in Presseerklärungen, Statements und weiteren Äußerungen in Wort und Schrift widerspiegelt.

Parteiversammlung zur Europawahl 2024

Ein inhaltlicher Diskussionspunkt, der den AfD-Parteitag in Magdeburg (29./30.07.2023 und 05./06.08.2023) wesentlich bestimmte, war eine anhaltende Diskussion um eine Aufnahme der Forderung nach dem Austritt aus der EU bzw. die Auflösung der EU in das Wahlprogramm zur Europawahl 2024. An deren Stelle sollen ein neu zu gründender „Bund europäischer Nationen“ oder eine „Wirtschaftsunion“ das als gescheitert angesehene Projekt EU ersetzen. Ein zweiter wesentlicher Punkt des Wahlprogramms der AfD umfasst die Forderung, aus der NATO auszutreten, die als US-dominiert verstanden wird. Die Forderung steht für die antiamerikanistische Ausrichtung der Partei. Beide Forderungen entstammen im Wesentlichen dem Lager des Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke.

Die Parteispitze um Alice Weidel und Tino Chrupalla verhinderte die Aufnahme derartiger Forderungen in das Parteiprogramm, mit der Begründung, dass diese nicht mehrheitsfähig in Deutschland seien.

Die niedersächsische Kandidatin Anja Arndt, welche auf den Listenplatz 13 gewählt wurde, stellte in ihrer Bewerbungsrede die scharfe Kritik an der EU heraus: „Die Politik der EU ist Wahnsinn. Und sie hat Methode: Unter dem Deckmantel der Humanität und Nachhaltigkeit, ist es das Ziel, die Menschen zu enteignen, die Nationalstaaten abzuschaffen und einen totalitären Bundesstaat Europa zu errichten.“

BfV-Präsident Thomas Haldenwang erneuerte nach Abschluss der Europaversammlung seine Kritik an der AfD und bleibt nach eigenen Worten „unverändert“ bei seiner Einschätzung zum

ersten Teil der Veranstaltung. „In einer Reihe von Äußerungen kommt ein ethnisches Volksverständnis zum Ausdruck, etwa indem der ‚Große Austausch‘ beschworen wird“, sagte er dem ARD-Hauptstadtstudio. „Solche Äußerungen bieten Anhaltspunkte dafür, dass hier die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes für bestimmte Bevölkerungsgruppen infrage gestellt wird.“

Die niedersächsische Kandidatin für den Listenplatz 19, Marie-Thérèse Kaiser, bediente in ihrer Bewerbungsrede jene von Haldenwang hervorgehobenen Schlagworte: „Unter dem Deckmantel des sogenannten Multilateralismus wird immer mehr Entscheidungskompetenz auf eine supranationale Ebene gehoben. Die vollständige Abschaffung von Nationalstaaten, das fanatische Verfolgen von utopischen Klimazielen, Genderideologie, Frühsexualisierung und natürlich der Bevölkerungsaustausch. Das alles sind die Symptome eines bösartigen Tumors, der in dieser EU streut.“ Kaiser wurde nicht für den Listenplatz 19 gewählt.

Das sogenannte gemäßigte Lager spielte insgesamt nur noch eine untergeordnete Rolle. Durch den Parteiaustritt Jörg Meuthens im Januar 2022 fehlt diesem Lager eine Führungsfigur.

Zwischenfazit

Insgesamt gewinnen die radikalen Kräfte innerhalb der AfD bundesweit an Einfluss. Auf dem Bundesparteitag im Juni 2022 in Riesa konnte beobachtet werden, dass Anhänger des völkisch-nationalistischen Lagers in den Bundesvorstand gewählt wurden. Zugleich wurde deutlich, dass sie sowohl Debatten als auch die politische Ausrichtung der Partei bestimmen können. Die Beobachtungen zur Parteiversammlung zur Europawahl 2024 bestätigen diese Einschätzung.

Der ehemalige Bundessprecher Jörg Meuthen begründete seinen Parteiaustritt am 28.01.2022 unter anderem mit der Radikalisierung „große[r] Teile der Partei“ und „führender Repräsentanten“. Diese Radikalisierung spiegelte sich nicht nur in einem „sprachlich enthemmten Kurs“ wider, sondern auch in den „politische[n] Positionen“ und „verbalen Entgleisungen.“

Auf Landesebene ist keine Distanzierung seitens der AfD Niedersachsen zu der politischen Ausrichtung der AfD auf Bundesebene, zu anderen Landesverbänden oder Aussagen verschiedener AfD-Funktionäre zu erkennen. Mit Blick auf das gemäßigte Auftreten des AfD Landesvorstandes in der Öffentlichkeit kann deshalb nicht von einem aktiven Gegenpol zu den radikalen Kräften innerhalb der Gesamtpartei gesprochen werden.

Fachliche Einschätzung der AfD Niedersachsen bzw. der Jungen Alternative (JA) Niedersachsen

AfD Niedersachsen

Der niedersächsische Landesverband der AfD ist seit 2022 Verdachtsobjekt des Verfassungsschutzes Niedersachsen gemäß § 7 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG.

Die Verdachtsphase ist auf zwei Jahre begrenzt (§ 7 Abs. 2 S. 2 NVerfSchG) und kann einmalig um höchstens zwei Jahre verlängert werden (§ 7 Abs. 1 S. 3 NVerfSchG). In dieser Verdachtsphase sind be- und entlastende Erkenntnisse (Informationen) zu sammeln. Am Ende dieser Verdachtsphase muss über eine Höherstufung zum Beobachtungsobjekt oder Ausstufung entschieden werden.

Die Entwicklung der AfD war in der Vergangenheit immer wieder von innerparteilichen Machtkämpfen verschiedener Strömungen und Lager geprägt. Die extremistischen Kräfte innerhalb der Partei konnten dabei ihre Machtstellung weiter ausbauen. Diese Beobachtung wird in den letzten Jahren etwa durch den Bundesparteitag 2022 und die Europawahlversammlung 2023 gestützt. Innerhalb der AfD sind die radikalen Positionen der formal aufgelösten parteiinternen Sammlungsbewegung „Der Flügel“ ebenso in das völkisch-nationalistische Lager aufgegangen wie der dahinterstehende Personenzusammenschluss. Zugleich fehlt die Distanzierung gegenüber jenen Akteuren der Neuen Rechten, die von den Verfassungsschutzbehörden als extremistisch eingestuft werden.

Eine Nähe zum völkisch-nationalistischen Lager, das gegenwärtig den ideologisch-programmatischen Kurs der AfD bestimmt, wird auch im niedersächsischen Landesverband deutlich. Jüngstes Beispiel ist der Neujahrsempfang des AfD-Kreisverbandes Northeim am 12.01.2024, bei dem der thüringische Landesvorsitzende Björn Höcke als Gast geladen war und von niedersächsischen Funktionären als Preisträger geehrt wurde. Neben Höcke waren weitere bundesweit aktive Akteure des völkisch-nationalistischen Lagers anwesend. Ferner beteiligten sich an dem Treffen Vorstandsmitglieder sowohl der AfD Niedersachsen als auch der JA Niedersachsen. In der Bewertung der Veranstaltung zeigt sich, dass Vernetzungsbestrebungen der rechtsextremistischen Teile innerhalb der AfD auch von niedersächsischen Mitgliedern und Funktionären der Partei ausgehen.

Gleichzeitig muss betont werden, dass nicht jedes Mitglied der AfD Niedersachsen als rechtsextremistisch bezeichnet werden kann. Deshalb bildet die Bearbeitung des Landesverbandes im Rahmen des Verdachtsobjektes weiterhin ein geeignetes und verhältnismäßiges Mittel, um das Wirken und den Einfluss extremistischer Teile der Partei beobachten zu können.

Junge Alternative (JA) Niedersachsen

Der niedersächsische Landesverband der Jungen Alternative (JA) ist seit 2018 Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes Niedersachsen gemäß § 6 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG.

Bundesweit dominiert die Ideologie des überlegenen völkisch-nationalistischen Lagers. Diese Entwicklung konnte beim Bundeskongress der JA am 15.10.2022 in Apolda (Thüringen) beobachtet werden. Seitdem spielen gemäßigte Kräfte innerhalb der JA nur noch eine untergeordnete Rolle. Ferner besteht eine enge Zusammenarbeit mit jenen Akteuren der Neuen Rechten, die von den Verfassungsschutzbehörden als extremistisch eingestuft werden.

Der niedersächsische Landesverband der JA unterstützt die politisch-ideologische Ausrichtung der JA auf Bundesebene und distanziert sich keineswegs von rechtsextremistischen Positionen. Der

niedersächsische JA-Landesvorsitzende, der zugleich Mitglied im Bundesvorstand ist, repräsentierte etwa die gesamte JA bei einer international ausgerichteten Tagung in Rom vom 12.10 bis 14.10.2023. Darüber hinaus organisierte die JA Niedersachsen am 25.02.2023 eine Strategietagung unter Beteiligung mehrerer Landesverbände und des politischen Vorfelds. Ihr im bundesweiten Vergleich geringer Aktivitätsgrad konzentriert sich vor allem auf die Teilnahme an Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet.

NIUS



Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport

Referat 53: [REDACTED], 53 [REDACTED]

Die VS-Einstufung endet mit
Ablauf des Jahres 2054

Aktenzeichen: [REDACTED]

Hannover, 15.04.2024

- 25 - Seiten

1. Ausfertigung Ref. 53

[REDACTED] **Bestimmung eines Verdachtsobjektes**

[REDACTED] **Verlängerung der Bestimmung gemäß § 7 Abs. 2 S. 3 NVerfSchG**

Bezug: [REDACTED]

Dok. [REDACTED]

1. Antrag

Die Bestimmung zum Verdachtsobjekt und die damit verbundene planmäßige Beobachtung und Aufklärung des nachstehend aufgeführten Personenzusammenschlusses nach § 4 Abs. 1 NVerfSchG ist zur Erfüllung der Aufgabe gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG erforderlich. Die Voraussetzungen für die Bestimmung zu einem Verdachtsobjekt sind erfüllt, weil tatsächliche Anhaltspunkte, die - insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen aus vergleichbaren Fällen - den Verdacht einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG rechtfertigen (§ 7 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG).

Name und Abkürzung des Objektes

Alternative für Deutschland (AfD) – Landesverband Niedersachsen

Phänomenbereich

Rechtsextremismus

Organisationsform

Politische Partei

Die erstmalige Bestimmung zum Verdachtsobjekt erfolgte durch Entscheidung vom 11.05.2022

Aktenzeichen [REDACTED]

Befristet bis 10.05.2024

Es bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht, dass es sich bei der „Alternative für Deutschland (AfD) – Landesverband Niedersachsen“ um eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG handelt. Die Bewertung wird im Wesentlichen auf folgende tatsächliche Anhaltspunkte gestützt:

Als politische Partei handelt es sich bei der AfD Niedersachsen kraft Natur der Sache um eine Bestrebung, also um eine politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweise in einem Personenzusammenschluss gem. § 4 Abs. 1 NVerfSchG. Tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass es sich dabei um eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne § 4 Abs. 2 Nr. 3 NVerfSchG handelt, ergeben sich aus den folgenden Beobachtungen:

- a) Insgesamt ist eine stetige Einflussgewinnung der radikalen und extremistischen Kräfte der AfD zu beobachten, die sich über den gesamten Bundesverband und die Landesverbände erstreckt. Diese Feststellung geht mit einer entsprechenden politisch-ideologischen Homogenisierung einher. Auf dem 13. Bundesparteitag der AfD in Riesa (Sachsen) vom 17.06. bis 19.06.2022 war zu beobachten, dass Personen des völkisch-nationalistischen Lagers in den Bundesvorstand gewählt wurden. Der thüringische Landesvorsitzende Björn HÖCKE [REDACTED] und seine Unterstützer haben damit gezeigt, dass sie nicht nur parteiinterne Debatten, sondern auch die politische Ausrichtung der AfD mitbestimmen können. Die Debatte

anlässlich der Streichung des Vereins „Zentrum“ (früher: „Zentrum Automobil“) von der Unvereinbarkeitsliste der AfD, verdeutlicht, wie wirkmächtig die völkisch-nationalistischen Kräfte sind. Die Unvereinbarkeitsliste umfasst rechts-, links- und ausländerextremistische sowie islamistische Parteien, Vereine und weitere Organisationen (auch Scientology), die verboten sind bzw. von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden. Ihre Mitglieder dürfen nicht in die AfD eintreten.

Auch bei der Europawahlversammlung in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) am 29.07. und 30.07.2023 sowie deren Fortsetzung vom 04.08. bis 06.08.2023 konnten die radikalen Strömungen ihren Einfluss weiter ausbauen. Das sogenannte „gemäßigte“ Lager spielte nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Liste der AfD zur Europawahl am 09.06.2024 unterstreicht die innerparteiliche Vormachtstellung der radikalen und extremistischen Kräfte. Gleichzeitig lässt sich in den Redebeiträgen der Kandidaten eine Verrohung der Sprache sowie ein zunehmender Gebrauch politischer Kampfbegriffe und verschwörungstheoretischer Narrative feststellen. Dominierend sind dabei Begriffe wie „Remigration“, „Festung Europa“ oder „menschengemachter Bevölkerungswandel“.

Bereits der Parteiaustritt des ehemaligen Bundessprechers Jörg Meuthens im Januar 2022 deutete diese Entwicklung an. Am 28.01.2022 begründete er seinen Austritt unter anderem damit, dass sich „große Teile der Partei“ und „führende Repräsentanten“ radikalisiert hätten. Diese Radikalisierung spiegele sich nicht nur in einem „sprachlich enthemmten Kurs“ wider, sondern auch in den „politischen Positionen“ und „verbalen Entgleisungen“.

Seit der Konstituierung des neuen Landesvorstandes am 28.05.2022 bemüht sich die AfD Niedersachsen um ein eher gemäßigtes öffentliches Auftreten. Angesichts der zunehmenden bundesweiten Radikalisierung ist beim niedersächsischen Landesverband gleichzeitig keinerlei Distanzierung zur Bundespartei zu erkennen, ebenso wenig zu den als gesichert rechtsextremistisch eingestuften Landesverbänden Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt oder zu Aussagen verschiedener Funktionäre. Vielmehr lassen so-

wohl Mitglieder, Funktionäre und Parlamentarier als auch ganze Kreisverbände der AfD Niedersachsen regelmäßig ihre Zustimmung für extremistische Kräfte innerhalb der Partei erkennen. So werden in den sozialen Medien etwa Inhalte mit und von Björn HÖCKE geteilt und weiterverbreitet, die ihre Unterstützung und Sympathie für HÖCKE zum Ausdruck bringen.

Der AfD-Kreisverband Goslar verbreitete am 25.01.2024 auf Instagram ein von HÖCKE veröffentlichtes Foto weiter, auf dem „Remigration à la carte!“ zu lesen und eine „Asyl-Bezahlkarte“ zu sehen ist. In der Bildunterschrift schreibt der Kreisverband Goslar: „Sehr gute Lösung!“

Am 08.11.2023 verbreitete der AfD-Kreisverband Wolfsburg auf Facebook einen Beitrag von HÖCKE weiter, in dem es unter anderem heißt: „Angesichts der katastrophalen Lage in unserem Land muß das Asylrecht sofort ausgesetzt werden. Erst wenn alle Menschen, die sich illegal in unsrem Land aufhalten und auf betrügerische Weise Sozialleistungen beziehen aus dem Land geschafft wurden, können wir über eine Neugestaltung des Asylrechts reden. Bis dahin gilt: Abschieben, abschieben, abschieben – und Grenzen dicht für Migration!“ [sic]

Der AfD-Kreisverband Hannover verbreitete am 06.06.2023 ein Video auf der Plattform X (vormals Twitter) weiter, in dem HÖCKE auf einer Wahlkampfveranstaltung vom 29.05.2021 in Merseburg die SA-Losung „Alles für Deutschland“ äußerte.

Der AfD-Kreisverband Goslar veröffentlichte am 26.06.2022 einen Beitrag bei Instagram, der HÖCKE auf dem AfD-Parteitag in Riesa zeigt. Die zugehörige Bilderunterschrift lautet: „Unsere Partei ist noch nicht bereit, um Björn an die Spitze zu wählen. Trotzdem ist in Risa der Anfang gemacht worden!“ [sic]

Beim niedersächsischen Landesverband kann somit nicht von einem aktiven Gegenpol zu den radikalen und extremistischen Kräften innerhalb der Gesamtpartei gesprochen werden. Bemühungen um eine ideologisch-programmatische Mäßigung der AfD sind nicht wahrnehmbar.

Diese Beobachtung wird durch die Teilnahme Frank Rincks, Landesvorsitzender von Mai 2022 bis April 2024 und Bundestagsabgeordneter, beim „3. Preußenfest“ der AfD Saalekreis am 15.09.2023 in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) gestützt. Rinck übernahm bei der Veranstaltung, deren Teilnehmerkreis sich vor allem aus Anhängern des 2020 formal aufgelösten „Flügels“ zusammensetzte, die Moderation. Der „Flügel“ war bis März 2024 in Niedersachsen gemäß § 6 NVerfSchG i.V.m. § 21 Abs. 5 Satz 1 NVerfSchG ein Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung. Der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt wurde am 04.10.2023 zur gesichert rechtsextremistischen Bestrebung erklärt.

Der Neujahrsempfang des AfD-Kreisverbandes Northeim am 12.01.2024 war vorwiegend durch völkisch-nationalistische Kräfte der AfD geprägt. Als Ehrengast war Björn HÖCKE eingeladen, der von niedersächsischen Funktionären als Preisträger mit dem Graf-Otto-Preis für seine Verdienste um die Partei und Deutschland geehrt wurde. Hier trat unter anderem die stellvertretende Landesvorsitzende und AfD-Landtagsabgeordnete Delia Klages als Rednerin auf. Klages dokumentierte bereits am 28.08.2023 auf Instagram ihre Teilnahme am Sommerfest der AfD-Fraktion Thüringen, indem sie ein gemeinsames Foto mit Björn HÖCKE von der Veranstaltung veröffentlichte. Weiterhin war auf dem Neujahrsempfang mit Robin BRAUNE [REDACTED] ein Funktionär der JA Niedersachsen ebenfalls als Redner vertreten. Die rechtsextremistische Jugendorganisation der AfD, „Junge Alternative“, ist mit ihrem niedersächsischen Landesverband der JA Niedersachsen als Beobachtungsobjekt gemäß § 6 NVerfSchG eingestuft. Der Neujahrsempfang verdeutlicht, dass nicht allein von einer fehlenden Distanzierung gesprochen werden kann, sondern Vernetzungsbestrebungen mit rechtsextremistischen Teilen innerhalb der AfD auch von niedersächsischen Mitgliedern und Funktionären ausgehen bzw. vorangetrieben werden.

Im Rahmen des Europawahlkampfes ist der rechtsextremistische AfD-Europapolitiker und Spitzenkandidat für die Europawahl am 09.06.2024, Maximilian KRAH [REDACTED], gemeinsam mit Abgeordneten der AfD Niedersachsen bei einer Veranstaltung als Redner aufgetreten. Am

06.04.2024 nahm er an einer Veranstaltung des Kreisverbandes Gifhorn in Wesendorf teil, bei der mit Dirk Brandes (MdB), Klaus Wichmann (MdL) und Stefan Marzischewski-Drewes (MdL) auch Parlamentarier der AfD Niedersachsen zugegen waren. Die Wahlkampfveranstaltung wurde im Vorfeld in den sozialen Netzwerken mit KRAH als Gast durch die AfD beworben. Im Nachgang zur Veranstaltung veröffentlichte Dirk Brandes auf Facebook ein Foto, das ihn mit KRAH, Marzischewski-Drewes, Wichmann und Robert Preuss vom Kreisverband Gifhorn zeigt. Am 12.04.2024 fand in Buxtehude der Themenabend „Europa der Nationen“ des Kreisverbandes Stade statt, bei dem KRAH als Hauptredner eingeladen war. Dieser musste den Termin kurzfristig absagen, was jedoch nicht die Tatsache schmälert, dass der Kreisverband Stade eine Veranstaltung mit KRAH als Hauptprotagonist abhalten wollte.

Beim Landesparteitag der AfD Niedersachsen am 20.04. und 21.04.2024 in Unterlüß war KRAH ebenso als bundesweit bekannter Repräsentant der AfD vertreten, der im Rahmen der Veranstaltung eine Rede hielt. Im Nachgang zur Vorstandswahl gratulierte KRAH dem neuen Landesvorsitzenden Ansgar Schledde und bezeichnete die AfD Niedersachsen „als ein Pfeiler der AfD.“

- b) Neben der zu attestierenden fehlenden Distanzierung von bzw. gesuchten Nähe zu rechtsextremistischen Kräften innerhalb der AfD sind die von der Partei propagierten Ideologeme von Relevanz, die sich stellenweise nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbaren lassen. Die AfD vertritt einen ethnisch-kulturellen Volksbegriff, der in Teilen auf rechtsextremistische und verschwörungstheoretische Narrative Bezug nimmt. Das dahinterstehende Konzept von „Volk“ und „Heimat“ schließt Menschen aus, die als „fremd“ wahrgenommen werden, insbesondere Migrantinnen und Migranten oder Menschen muslimischen Glaubens. In ethnischer wie in kultureller Hinsicht geht es um Fragen gesellschaftlicher Zugehörigkeit und sozialer Ausgrenzung. Auf Facebook benutzten etwa die niedersächsischen AfD-Politiker Thorsten Moritze (MdL) am 25.02.2024 und

Martin Sichert (MdB) am 28.02.2024 die Formulierung „Nigerianer mit deutschem Pass“. Der AfD-Kreisverband Verden nahm am 04.05.2023 auf Facebook eine Unterscheidung zwischen dem „Staatsvolk“ und dem „deutschem Volk“ vor. Im Wortlaut heißt es: „Natürlich gibt es ein Volk. Ein Staatsvolk, ein Deutsches Volk. Auch wenn der Regierungsschutz, ähm der Verfassungsschutz anderer Meinung ist. Jetzt macht brav Meldung, ihr Schnüffler. Böse AfD, böse, böse, böse...“ [sic!]

Marie-Thérèse KAISER [REDACTED], Kreisvorsitzende der AfD Rotenburg und Mitglied im Kreistag Rotenburg/Wümme, sprach bereits am 06.01.2021 mehrfach von „Ausländern mit deutschem Pass“. Diese in Deutschland lebenden fremden Menschen würden „den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur“ in Deutschland verstärken, wie es im Grundsatzprogramm der AfD aus dem Jahr 2016, das auch für den Landesverband Niedersachsen gilt, heißt, weil „die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen.“¹

Eine ähnliche Argumentation findet sich auch im Wahlprogramm der AfD Niedersachsen zur Landtagswahl 2022, die in verschwörungstheoretischer Manier einen „Bevölkerungsaustausch“ durch die Zuwanderung ethnisch und kulturell fremder Menschen andeutet: „Der Anteil von Menschen ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung ist in Deutschland in den vergangenen 50 Jahren um etwa das Sechzehnfache gestiegen. Schon jetzt leben in Deutschland mehr als 18 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Bei einer im bisherigen Tempo weitergehenden Masseneinwanderung steigt die Zahl der Migranten bis 2050 auf mindestens 35 Millionen.“² Verschwörungstheoretische Narrative wie der „Große Austausch“ oder auch die „Umvolkung“ sind auf diese Weise anschlussfähig. So werde durch „die Eliten“ in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gezielt die Einwanderung muslimischer und nicht-weißer Menschen und die daraus folgende Verdrängung

¹ Grundsatzprogramm der AfD in der Beschlussfassung auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04 und 01.05.2016, S. 42.

² Landeswahlprogramm 2022 der AfD Niedersachsen, S. 71.

der mehrheitlich weißen europäischen Bevölkerung in Europa vorangetrieben.

Am 04.08.2023 bediente die Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Rotenburg, Marie-Thérèse KAISER, bei ihrer Vorstellungsrede bei der Europawahlversammlung in Magdeburg die rechtsextremistische Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“: „Unter dem Deckmantel des sogenannten Multilateralismus wird immer mehr Entscheidungskompetenz auf eine supranationale Ebene gehoben. Die vollständige Abschaffung von Nationalstaaten, das fanatische Verfolgen von utopischen Klimazielen, Genderideologie, Frühsexualisierung und natürlich der Bevölkerungsaustausch. Das alles sind die Symptome eines bösartigen Tumors, der in dieser EU streut.“

Der AfD-Kreisverband Wolfsburg greift ebenfalls den „Großen Austausch“ auf, indem er am 29.06.2022 auf Facebook den synonym verwendeten Begriff „Umvolkung“ gebraucht: „Man darf es ruhig aussprechen, auch wenn es der Verfassungsschutz gleich wieder in seine Akten schreibt: Es ist Umvolkung und es ist real! [...]“. Am 26.10.2023 bekräftigte der Kreisverband Wolfsburg seine Positionierung auf Facebook: „Keine deutschen Schüler, keine deutsche Sprache. Nirgendwo ist die im Gange befindliche Umvolkung deutlicher zu sehen, wie bei den jüngsten und besonders in der Schule. Das deutsche Volk schrumpft. Weiterhin. Seit Jahren. Dass die Bevölkerung hingegen wächst, liegt einzig und allein an der hohen Zuwanderung und deren Nachkommen.“ [sic!]

- c) Ein weiterer ideologischer Bestandteil der AfD ist ihre Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit. Die Ablehnung gegenüber migrantischen und geflüchteten Personen lässt sich durch den von der AfD initiierten „Einzelfallticker“ veranschaulichen, der auch vom niedersächsischen Landesverband mehrfach in den sozialen Medien aufgegriffen wurde. Der „Einzelfallticker“ wurde im Februar 2023 durch den Bundesvorstand der AfD vorgestellt und ist über dessen Homepage aufrufbar. Das Portal listet Fälle von Straftaten, insbesondere von Gewalt- und Sexualdelikten, auf und visualisiert diese auf einer Deutschlandkarte. Hintergrundinformationen zu diesen Einzelfällen können

dabei von den Bürgerinnen und Bürgern per E-Mail mitgeteilt werden. Konkret suggeriert der „Einzelfallticker“ einen direkten Zusammenhang zwischen Migration und dem Anstieg von Straftaten. Es entsteht der Eindruck, dass seitens der AfD dabei methodische Fehler durch den Versuch der Skandalisierung überlagert werden sollen. So fehlen stellenweise Quellenbelege und viele der hinterlegten Artikel aus der medialen Berichterstattung, die den jeweiligen „Einzelfall“ beschreiben sollen, lassen keinerlei Rückschluss auf die Herkunft des Täters zu.

Im Zusammenhang mit dem beschriebenen „Einzelfallticker“ werden Geflüchtete und Menschen fremder ethnischer Zugehörigkeit unter anderem pauschal als Gewaltverbrecher dargestellt. Im Rahmen des „Einzelfalltickers“ und über diesen hinaus finden sich Formulierungen wie „importierte Migrantengewalt“, „importierte Messergewalt“ oder „Messermänner“. Derartige Aussagen von Funktionären und Anhängern des niedersächsischen Landesverbandes der AfD beinhalten fremden- und asylfeindliche Positionen.

So schrieb der AfD-Kreisverband Oldenburg-Land am 27.01.2023 auf Facebook als Reaktion auf eine tödliche Messerattacke am 25.01.2023 in Brokstedt: „Im Zusammenhang mit der importierten Migrantengewalt erschreckt immer wieder die besondere Brutalität und Menschenverachtung der Täter. Es gehört zum Gesamtbild dazu, daß wir es mit einer neuen Dimension zu tun zu haben – quantitativ und qualitativ.“ [sic!]

Der niedersächsische Landesverband der AfD äußerte sich am 31.01.2023 auf Facebook wie folgt: „Ein ‚Einzelfall‘ reiht sich an den nächsten... Aus allen Teilen Deutschlands häufen sich die Schreckensmeldungen über importierte Messergewalt. Währenddessen schweigt die Ampel-Regierung [...] Die einzige Partei, die sich gegen die importierte Gewalt zur Wehr setzen kann und diese offen anspricht ist und bleibt die #AfD!“

Auf der Facebook-Seite der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag war am 27.01.2023 folgender Eintrag zu lesen: „Kann man vorbestrafte Messermänner noch als ‚Einzelfall‘ bezeichnen?“

Weiterhin veröffentlichte der niedersächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Jörn König am 19.05.2023 folgenden Beitrag bei Facebook, der sich auf die Schlagzeile „Streit eskaliert: Mann in Hannover niedergestochen“ bezieht: „Hannover: Feiertagsgewalt. Hannover ist leider kein Einzelfall. Überall machen Migranten diese Tage das Land unsicher.“ [sic!]

Bereits am 08.09.2022 schrieb König auf Facebook zu einem Artikel des NDR mit dem Titel „Hannover will mehr gegen Messerangriffe tun“ folgenden Kommentar: „Hannover will mehr gegen Messerangriffe tun – Verbotszonen für Waffen, verstärkte Streifen und Kontrollen haben bisher auch nicht geholfen. Die einzige Lösung wäre, weniger Messerfachkräfte aufzunehmen. Aber auch im Wahlkampf will man davon in der Landeshauptstadt nichts wissen.“

Am 05.12.2022 verbreitete der AfD-Kreisverband Wolfsburg folgenden Inhalt von der Facebookseite „AfD-Chan“ weiter: „Und wieder hat eine Merkel-Fachkraft ein Mädchen getötet. Wann schützen wir endlich unsere Kinder?“

- d) Weiterhin ist neben der Agitation gegenüber Geflüchteten und Migranten eine Verächtlichmachung und Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates, seiner Repräsentanten und Institutionen sowie anderer politischer Parteien festzustellen. Dabei ist die Auseinandersetzung im politischen Wettbewerb nicht immer von Respekt und Fairness geprägt, sondern äußert sich wiederkehrend auf herabwürdigende und verunglimpfende Art und Weise. Die weitgehende Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) erfolgt etwa durch die Bezeichnung „DDR 2.0“. Am 23.02.2023 schrieb der AfD-Kreisverband Hannover-Stadt auf Facebook zu dem in der Bild-Zeitung erschienenen Artikel „Staat will, dass wir einander anschwärzen!“: „DDR 2.0: Bund und Länder fördern Internet-Portale, auf denen Bürger Vorfälle melden sollen, die zwar nicht strafrechtlich relevant sind, aber nach ihrer Auffassung diskriminierend waren. Besonders krass: Die Bundesregierung will sogar, dass Kritik an der Gender-Sprache gemeldet wird!“

Der AfD-Kreisverband Oldenburg positionierte sich am 22.10.2023 in einem

Kommentar auf Facebook zur Politikerin Sahra Wagenknecht: „Das ist das wahre Gesicht der Erz-Kommunistin Wagenknecht. Wir jedenfalls wollen keine DDR 3.0, denn die DDR 2.0 von heute, ist schon schlimm genug.“

Als Reaktion auf den Artikel „Twitter Files enthüllen: Gesamte Corona-Debatte dramatisch manipuliert!“ auf der Internetseite [express.at](https://www.express.at) verglich der AfD-Kreisverband Hannover-Stadt am 28.12.2022 in seinem Account bei der Plattform X (vormals Twitter) die Bundesrepublik mit einem „diktatorischen Entwicklungsland“: „Zensur findet auch in Deutschland statt, gegen die Opposition, gegen die Kritiker von Maßnahmen, gegen andere medizinische Meinungen. Sie alle wurden diskreditiert und zensiert. Zustände eines diktatorischen Entwicklungslandes. Deshalb #numochAfD“.

Explizit diffamierte der kommunale AfD-Abgeordnete im Stadtrat Delmenhorst, Lothar Mandalka, die Partei Bündnis 90/Die Grünen, indem er sie mit dem nationalsozialistischen Deutschland bzw. mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) gleichsetzte. Mandalka verbreitete am 26.06.2023 auf Facebook einen Bildbeitrag weiter, auf dem ein grüner Reichsadler mit folgender Bildunterschrift abgebildet war: „Der Nazi von heute ist nicht braun, sondern GRÜN!!!“

Der AfD-Kreisverband Wolfsburg veröffentlichte am 01.07.2022 einen Facebook-Beitrag, der sich mit einer möglichen Helmpflicht für Fahrradfahrer auseinandersetzt und dabei etwa „Grüne“ und „Linke“ verächtlich macht sowie eine Relativierung des historischen Nationalsozialismus betreibt: „Wie die Nationalsozialisten an die Einheit von Volk und Reich appellierten, so verlangen Grüne und Linke heute den Gleichschritt im Sinne einer Verantwortung für alles und jeden und den gesamten Planeten.“

Der AfD-Landtagsabgeordnete Marcel Queckemeyer bedrohte am 12.12.2023 zur Mittagszeit zwei Landtagsabgeordnete der Partei Bündnis 90/Die Grünen verbal in den Räumlichkeiten des Niedersächsischen Landtags (nicht während des Plenums) mit den Worten: „Die Grünen müssen abgewählt werden. Die muss man niedertreten und dann weg.“

e) Darüber hinaus ist eine breite Vernetzung von Funktionären und Anhängern

des niedersächsischen Landesverbandes der AfD mit Akteuren des rechts-extremistischen Spektrums zu beobachten. Die Verbindungen erstrecken sich über personelle Bezüge bis hin zu vielfältigen Formen der Unterstützung rechtsextremistischer Bestrebungen:

Funktionäre und Mitglieder der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative Niedersachsen“ [REDACTED] sind in die aktive Politikgestaltung des AfD-Landesverbandes Niedersachsen mit eingebunden, bekleiden Ämter in AfD-Kreisverbänden und repräsentieren die AfD in kommunalen Vertretungen. Der Vorsitzende der JA Niedersachsen, Adrian MAXHUNI [REDACTED], ist zugleich stellvertretender Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Osnabrück und vertritt als Ratsmitglied in der Samtgemeinde Bersenbrück sowie im Rat der Gemeinde Gehrde die AfD Niedersachsen auf kommunaler Ebene. MAXHUNI unterhält augenscheinlich engen Kontakt zu dem Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes Osnabrück, Marcel Queckemeyer. Die JA unterstützte etwa den Kreisvorsitzenden Queckemeyer zur Landtagswahl 2022 mit einem Wahlkampfwochenende am 30.09. und 01.10.2022, an dem sich auch Mitglieder der JA aus anderen Landesverbänden beteiligten. Mit Leander HUBER [REDACTED] und Nicolas VOSENKÄMPER [REDACTED] übernehmen zwei weitere JA-Mitglieder Funktionsposten im AfD-Kreisverband Osnabrück. HUBER vertritt das Amt des Schatzmeisters, VOSENKÄMPER ist Schriftführer des Kreisverbandes.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Weitere JA-Mitglieder, die zugleich als Funktionär und Repräsentant der AfD Niedersachsen in Erscheinung treten, sind: JA-Schatzmeister Christian ZIMMERMANN [REDACTED]; Ratsmitglied (Gemeinde Friedland), Marie-Thérèse KAISER [REDACTED]; Vorsitzende Kreisverband Rotenburg; Mitglied im Kreistag Rotenburg/Wümme) sowie Christoph Tarek MERKEL [REDACTED]; stellvertretender Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Ostfriesland).

KAISER moderiert seit dem 06.01.2021 überdies das von „Ein Prozent“ [REDACTED] produzierte Online-Format „Wir klären das!“, dessen zuletzt von ihr moderierte Folge mit dem Titel: „Droht ein AfD-Verbot“ am 12.01.2024 veröffentlicht wurde. „Ein Prozent“ beschreibt sich selbst als „professionelle Widerstandsplattform für deutsche Interessen“, deren Ideologie auf einem ethnisch-abstammungsmäßig definierten Volksbegriff und einer ausgeprägten Ausländer-, Migranten- und teilweise Muslimfeindlichkeit fußt. Die Organisation ist vom BfV als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Das Format „Wir klären das!“ thematisiert gesellschaftlich-politische Themen und nimmt dabei eine stark subjektiv-ideologisch geprägte Position ein. Um eine breite Zuschauerschaft anzusprechen und diese mit rechtsextremistischer Ideologie in Kontakt zu bringen, greift das Format vor allem auf unterschwellige Botschaften und als Fakten dargelegte Meinungen zurück. In der Vergangenheit hat KAISER bei weiteren

[REDACTED]

Projekten von „Ein Prozent“ wie dem „Solifonds“ mitgewirkt. Der „Solifonds“ ist ein von „Ein Prozent“ und Spenden finanziertes Projekt, um „Patrioten“ bei Bedarf finanziell zu unterstützen. In einer Instagram-Story vom 25.07.2023 bewarb sie den „Solifonds“ und teilte mit, dass auch sie durch „Ein Prozent“ finanzielle Unterstützung erfahre. Am 01.02.2023 veröffentlichte KAISER auf der Plattform Instagram ein Foto von sich, auf dem sie bei der Winterakademie des „Instituts für Staatspolitik (IfS)“ [REDACTED] am 28.01.2023 in Schnellroda zu sehen ist. Der Kopf des IfS ist der Vordenker der Neuen Rechten im deutschsprachigen Raum Götz KUBITSCHKE [REDACTED]. Der neurechte „Think Tank“ dient als zentrale Organisations- und Aktionsplattform für neurechte Bildungsarbeit, indem Akademien veranstaltet werden, die zur Vernetzung und theoretischen Weiterbildung dienen. Weiterhin wird mit der Zeitschrift „Sezession“ die bedeutungsvollste Zeitschrift der Neuen Rechten in Deutschland herausgegeben. Das IfS wird vom BfV als gesichert rechtsextremistische Bestrebung geführt. Am 13.03.2024 kündigte KAISER an, zehn Exemplare des Buches „Remigration. Ein Vorschlag“ des österreichischen Rechtsextremisten Martin SELLNER [REDACTED] zu verschenken, der als intellektueller Vordenker der „Identitären Bewegung“ (IB) [REDACTED] im deutschsprachigen Raum gilt. Bei der „Identitären Bewegung“ in Niedersachsen [REDACTED] handelt es sich um ein Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung gemäß § 6 NVerfSchG i.V.m. § 21 Abs. 5 Satz 1 NVerfSchG. Die Exemplare habe sie beim „Verlag Antaios“ [REDACTED] bestellt. Der Verlag wird von KUBITSCHKE geleitet und ist eng mit dem IfS verwoben. Er vertreibt unter anderem Bücher von Protagonisten der Neuen Rechten, die in ihren Werken rechtsextremistische Ideologien verbreiten. Der „Verlag Antaios“ wird vom BfV als rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt. Am 28.01.2024 solidarisierte sich KAISER mit SELLNER, indem sie eine unterzeichnete Petition auf der Plattform X (vormals Twitter) veröffentlichte, mit der die Aufhebung eines Einreiseverbots gegen SELLNER gefordert wurde.

Der Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Stade und stellvertretende AfD-

Fraktionsvorsitzende im Kreistag Stade, Maik JULITZ [REDACTED], nahm am 25.11.2023 in Potsdam bei einem Vernetzungstreffen von Vertretern der Neuen Rechten mit Unternehmern und AfD-Funktionären teil, bei dem SELLNER als Referent auftrat. JULITZ bezahlte für seine Teilnahme einen Betrag von 5.000 Euro, wie er dem Stader Tageblatt bestätigte: „Das habe ich gerne bezahlt und werde es auch wieder tun, weil ich Projekte bedenke, die ich für unterstützenswert halte.“

Armin-Paulus HAMPEL [REDACTED], AfD-Bundestagsabgeordneter von 2017 bis 2021 und niedersächsischer AfD-Landesvorsitzender von 2013 bis 2018, veröffentlicht im „COMPACT-Magazin“ seit März 2023 die Kolumne „Hampels Rückblick“. Am 21.02.2024 war HAMPEL zudem als Gastkommentator bei „COMPACT-TV“ in der Sendung „Maßen kaputt: WerteUnion zerlegt sich selbst!“ eingeladen. Die Moderation der Sendung übernahm der „COMPACT-TV Chef“ Paul KLEMM [REDACTED], der vor seiner Arbeit für die Compact Magazin GmbH [REDACTED] als Aktivist der „Identitären Bewegung“ bekannt geworden ist. Marie-Thérèse KAISER war ebenfalls bei einer Sendung von „COMPACT-TV“ am 27.04.2024 zugegen. Gemeinsam mit den Rechtsextremisten Daniel FISS [REDACTED], Christoph BERNDT [REDACTED] und Paul KLEMM diskutierte sie zum Thema „AfD: So schaffen wir die blaue Wende!“ Der ehemalige Landesvorsitzende der AfD Niedersachsen, Frank Rinck, gab „COMPACT-TV“ am 21.12.2023 ein Interview anlässlich einer Protestaktion von Landwirten.

„COMPACT“ verbreitet unter anderem regierungs- und systemumstürzende, verschwörungsideologische, antisemitische und migrantenfeindliche Inhalte und betreibt vor allem seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine prorussische Propaganda. „COMPACT“ positioniert sich immer wieder AfD-nah und bietet ihren rechtsextremistischen Kräften eine Plattform. Das „COMPACT-Magazin“ wird vom BfV als gesichert rechtsextremistische Bestrebung geführt.

Der niedersächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Dietmar Friedhoff verfasst seit 2018 in unregelmäßigen Abständen Beiträge für den rechtsextremistischen Blog „PI-News“ [REDACTED]. Zuletzt erschien dort am 08.02.2024 sein Artikel „Afrikanische Verhältnisse in Deutschland“. „PI-News“ ist ideologisch vor allem von einer starken Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie Migrantenfeindlichkeit geprägt. Das auf „PI-News“ vertretene ethnisch-homogene Volks- und Gesellschaftsverständnis bietet Raum für rechtsextremistische Verschwörungserzählungen wie den „Großen Austausch“. Die rechtsextremistische Ideologie entfaltet sich vor allem über die anonyme Kommentarfunktion der einzelnen Beiträge. Der Blog „PI-News“ wird vom BfV als gesichert rechtsextremistische Bestrebung geführt.

Begründung

[REDACTED] Die gemäß § 8 Abs. 1 NVerfSchG am 04.09.2019 begonnene Verdachtsgewinnungsphase gegen den AfD-Landesverband Niedersachsen mündete am 19.03.2020 in der Beobachtung der innerparteilichen Sammlungsbewegung „Der Flügel“. Zum damaligen Zeitpunkt wurde aus Gründen der Verhältnismäßigkeit von einer Einstufung des gesamten Landesverbandes abgesehen, da sich die tatsächlichen Anhaltspunkte in Qualität und Quantität vor allem auf Funktionäre und Anhänger des „Flügels“ zurückführen ließen. Aufgrund der weiteren personellen und inhaltlichen Entwicklungen im AfD-Landesverband war diese Reduktion auf den „Flügel“ nicht mehr gegeben, da sich die politische Führungsebene des Landesverbandes maßgeblich aus Anhängern des „Flügels“ zusammensetzte. Der niedersächsische Landesverband der AfD wurde daraufhin am 11.05.2022 gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG zum Verdachtsobjekt erklärt. Durch mehrere Neubesetzungen und einer Neukonstituierung des AfD-Landesvorstandes sind die Anhänger des formal aufgelösten „Flügels“ nicht mehr wie im vorherigen Ausmaß in Funktionärsposten tätig. Die Prägung des Landesverbandes durch den „Flügel“ war bei der Ersteinstufung zum Verdachtsobjekt im Mai 2022 noch ein maßgeblicher Faktor. Mittlerweile ist der „Flügel“ jedoch in seiner Gesamtheit so weit in der Gesamtpartei aufgegangen, dass er mit seiner Ideologie und seinen Anhängern tief in die Parteistrukturen eingesickert ist. Dies lässt sich vor allem anhand der bundesweit festzustellenden Radikalisierung der Partei identifizieren, die auf den Parteitagen in Riesa (Sachsen) vom 17.06. bis 19.06.2022 und in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) am

29.07. und 30.07.2023 sowie vom 04.08. bis 06.08.2023 deutlich zu beobachten war.

Die oben unter a) bis e) dargestellten tatsächlichen Anhaltspunkte rechtfertigen insgesamt betrachtet den Verdacht des Vorliegens einer Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung i.S.d. § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG:

- a) Die bundesweite Radikalisierung der Partei und der damit verwobene Einflussgewinn der extremistischen Kräfte wirkt sich auch auf den Landesverband der AfD Niedersachsen aus. Das öffentlich gemäßigtere Auftreten der AfD Niedersachsen und ihres Landesvorstandes, in dem noch immer mindestens vier Personen dem formal aufgelösten „Flügel“ zugerechnet werden können, führt aber nicht zu einer Distanzierung gegenüber den extremistischen Kräften innerhalb der Gesamtpartei. Vielmehr zeigt sich darin ein Mittragen, Weiterverbreiten und mitunter aktives Zugehen auf die extremistischen Akteure sowie auf die von ihnen vertretene Ideologie. In den sozialen Medien werden Aussagen und Positionen von extremistischen Kräften wie Björn HÖCKE verbreitet. Weitere Belege für ein aktives Zugehen auf die extremistischen Kräfte innerhalb der Partei sind der oben bereits aufgeführte Neujahrsempfang der AfD Northeim am 13.01.2024, die Teilnahme des Landesvorsitzenden am „3. Preußenfest“ der AfD Saalekreis am 15.09.2023 in Schnellroda (Sachsen-Anhalt), die Wahlkampfveranstaltung zur Europawahl mit Maximilian KRAH am 06.04.2024 in Gifhorn sowie KRAHs Auftritt und Rede bei dem Landesparteitag der AfD Niedersachsen am 20.04. und 21.04.2024 in Unterlüß. Damit zeigt sich, dass – jedenfalls in Teilen – eine enge Vernetzung zwischen Funktionären und Repräsentanten der AfD Niedersachsen mit extremistischen Kräften stattfindet, die gleichzeitig eine Identifikation mit ihren rechtsextremistischen Ideologien offenbart. Im Hinblick auf das etwas zurückhaltende Auftreten der AfD Niedersachsen in der Öffentlichkeit wird deutlich, dass rechtsextremistische Ideologien in Teilen des AfD-Landesverbandes Niedersachsen vorhanden sind und nur nicht derart öffentlich durch eigene Positionen kundgetan werden.
- b) Der von der AfD in weiten Teilen vertretene ethnisch-kulturelle Volksbegriff steht aufgrund der Unterscheidung zwischen ethnischem Volk und Staatsvolk in einem Widerspruch zu dem Volksbegriff des Grundgesetzes (GG). Nach Art. 116 Abs. 1 GG

ist diejenige Person ohne Einschränkung oder sonstige Unterscheidung Deutscher, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Positionierungen wie „Nigerianer mit deutschem Pass“, „Ausländer mit deutschem Pass“ oder „Passdeutsche“ zeigen auf, dass die AfD Niedersachsen zwischen einem ethnisch-deutschen Volk und einem Staatsvolk unterscheidet. Es findet hier jedoch keine rein deskriptive Beschreibung einer Tatsache statt. Mit den genannten Formulierungen wird eine eindeutige Wertung transportiert, die eine Abwertung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund gegenüber der autochthonen Bevölkerung beinhaltet. Es entsteht dadurch eine Klassifizierung Deutscher erster und zweiter Klasse, welche gegen die in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verankerte Menschenwürde aus Art. 1 Abs. 1 GG und gegen die in Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG festgeschriebenen Gleichheitssätze verstößt.

Das BfV stellte vor dem VG Köln diesbezüglich ebenfalls fest, dass das von der JA, dem Flügel und weiteren Teilen der Klägerin [Anm.: die AfD] propagierte Volksverständnis im Widerspruch zu dem Begriff des Volkes im Grundgesetz stehe. Es ziele darauf ab, das grundgesetzliche Verständnis des deutschen Volkes durch einen hiervon abweichenden, engeren, und zwar ethnisch verstandenen Volksbegriff zu ersetzen unter Ausklammerung der ethnisch nicht diesem Volk zugerechneten Menschen ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit. Eine solche Sichtweise verstoße gegen Art. 1 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG.³

In seinem Urteil vom 08.03.2022 ist das VG Köln dieser Feststellung gefolgt. Sowohl die Aktivitäten und der Einfluss des „Flügels“ als auch der JA sind mit in die Bewertung eingeflossen. Bezüglich einer Unterscheidung zwischen einem „ethnisch deutschen“ Volk und „ethnisch Fremden“ stellt das VG unter anderem dort fest: *„Ein dergestalt völkisch-abstammungsmäßiger Volksbegriff verstößt gegen die Menschenwürde. Denn die Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG umfasst die prinzipielle Gleichheit aller Menschen, ungeachtet aller tatsächlich bestehenden Unterschiede. Sie wird beeinträchtigt bei allen Formen rassistisch motivierter Diskriminierung sowie*

³ VG Köln: Urteil vom 08.03.2022 – 13 K 326/21, Rn. 103.

wenn einzelne Personen oder Personengruppen grundsätzlich wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden, [...].“⁴ In der Pressemitteilung zum Urteil heißt es: „Sowohl im Flügel als auch in der JA sei ein ethnisch verstandener Volksbegriff ein zentrales Politikziel. Danach müsse das deutsche Volk in seinem ethnischen Bestand erhalten und sollten ‚Fremde‘ möglichst ausgeschlossen werden. Dies weiche vom Volksbegriff des Grundgesetzes ab.“⁵

An dieses ethnisch-kulturelle Volksverständnis knüpfen rechtsextremistische Verschwörungsnarrative wie der „Große Austausch“ (auch „Umvolkung“ oder „Ersetzungsmigration“) an. Durch Einwanderung sei der Erhalt der Kultur und des Volkes in Gefahr. Das Grundsatzprogramm der Bundespartei sowie das Wahlprogramm der AfD Niedersachsen zur Landtagswahl 2022 beschreiben diesen „ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur“, der aufgrund von Migration und der Geburtenrate unter Migranten vorangetrieben werde. Für die AfD ist die ethnisch-kulturelle Identität des Volkes unmittelbar an die Ethnie gebunden. Das Aufgreifen der Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“ bzw. der „Umvolkung“ durch die niedersächsische AfD-Funktionärin Marie-Thérèse KAISER („[...] und natürlich der Bevölkerungsaustausch [...]“) sowie durch den AfD-Kreisverband Wolfsburg („Es ist Umvolkung und es ist real! [...]“, „Nirgendwo ist die im Gange befindliche Umvolkung deutlicher zu sehen [...]“) veranschaulichen das Einhergehen eines ethnisch-kulturellen Volksbegriffes mit der Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“ und offenbaren eine migrantenfeindliche Grundhaltung. Am 13.10.2022 stellte das VG Köln hierzu fest: „In dieselbe Richtung geht die vom Kläger [Anm.: die Identitäre Bewegung Deutschland] aufgestellte These vom „großen Austausch“. Da dieses Konzept auf völkisch-ethnischen Vorstellungen eines ethnisch vorhergehenden deutschen Volkes beruht, stellt das Vertreten dieses Konzepts einen tatsächlichen Anhaltspunkt für gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen dar.“⁶

⁴ VG Köln: Urteil vom 08.03.2022 – 13 K 326/21, Rn. 231.

⁵ VG Köln: Pressemitteilung zur Einstufung der AfD 12 K 326/21, S. 2.

⁶ VG Köln: Urteil vom 13.10.2022 – 13 K 4222/18, Rn. 141.

- c) Der „Einzelfallticker“ der AfD, auf den sich auch der niedersächsische Landesverband bezieht, demonstriert eine pauschale Abwertung von Migrantinnen und Migranten sowie generell von Menschen fremder ethnischer Zugehörigkeit. Die verallgemeinerte Darstellung als Kriminelle und Gewalttäter zeigt eine Verwobenheit zwischen ausländischer Herkunft und Kriminalität auf, die im Widerspruch zu Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG steht. Die in der Tatsachendarstellung oben unter c) geschilderten Aussagen niedersächsischer Funktionäre der AfD auf Kreis-, Landes- und Bundesebene sowie weiterer Mitglieder und Teile des Landesverbandes verdeutlichen diese Abwertung vorwiegend Geflüchteter und Menschen fremder ethnischer Zugehörigkeit. Die unter anderem im Zusammenhang mit dem „Einzelfallticker“ getätigten Aussagen sowie weitere Beiträge in den sozialen Medien („importierte Messergewalt“, „Messermänner“, „importierte Migrantengewalt“, „Hannover ist leider kein Einzelfall. Überall machen Migranten diese Tage das Land unsicher.“, „Und wieder hat eine Merkel-Fachkraft ein Mädchen getötet. Wann schützen wir endlich unsere Kinder?“, „[...] Die einzige Lösung wäre, weniger Messerfachkräfte aufzunehmen [...]“) diskreditieren Geflüchtete, Zugewanderte und Menschen fremder ethnischer Zugehörigkeit pauschal als kriminelle Gewaltverbrecher, die dadurch als minderwertige „Unpersonen“ verunglimpft und dementsprechend als keine gleichwertig achtenswerten Personen in der Gemeinschaft dargestellt werden. In der Folge zeigt sich darin insbesondere ein Verstoß gegen Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG.
- d) Die weitgehende Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) durch die Formulierung „DDR 2.0“ („DDR 2.0: Bund will und Länder fördern Internetportale, auf denen Bürger Vorfälle melden sollen, die zwar nicht strafrechtlich relevant sind, aber nach ihrer Auffassung diskriminierend waren“, „Wir wollen jedoch keine DDR 3.0, denn die DDR 2.0 von heute ist schon schlimm genug“) oder die Gleichsetzung mit einem „diktatorischen Entwicklungsland“ richten sich gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip im Sinne des Art. 20 Abs. 1, 2 GG bzw. Art. 20 Abs. 3 GG. Durch die Gleichsetzung mit Diktaturen erfolgt eine Verächtlichmachung des bestehenden Systems; der Bundes-

republik Deutschland wird ihr demokratischer Wesenskern abgesprochen und die bestehende Gewaltenteilung geleugnet. Damit werden implizit bestehende Grundprinzipien in Frage gestellt, die zur Gewährleistung eines freiheitlichen und demokratischen Zusammenlebens unverzichtbar sind. Darin zeigt sich, gerade im Zusammenspiel mit den zuvor beschriebenen Ansichten und Äußerungen, jedenfalls ein unklares bis ablehnendes Verständnis des Demokratie- und Rechtsstaatsprinzips, das durch verschiedene Vertreter der AfD propagiert wird.

Der kommunale AfD-Vertreter Lothar Mandalka diffamierte mit seinem Facebook-Eintrag („Der Nazi von heute ist nicht braun, sondern GRÜN!!!“) nicht nur die Partei Bündnis 90/Die Grünen, sondern setzt die Partei und ihre Anhänger mit dem nationalsozialistischen Deutschland bzw. mit der NSDAP gleich. Der AfD-Kreisverband Wolfsburg setzte wiederum „Grüne“ und „Linke“ mit den Nationalsozialisten gleich. Dadurch wird die Zeit des Nationalsozialismus relativiert und die Verbrechen der Nationalsozialisten verharmlost. Die im Niedersächsischen Landtag getätigte verbale Bedrohung zweier Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen („Die muss man niedertreten und dann weg.“) durch einen AfD-Landtagsabgeordneten verdeutlicht, dass einzelne Repräsentanten der AfD Niedersachsen physische Gewalt als legitimes Mittel in der politischen Auseinandersetzung sehen. Daraus folgt eine Objektifizierung und Darstellung als „Unpersonen“ von Repräsentanten anderer Parteien, die die Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG verletzt und gar das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 GG angreift.

- e) Die Verbindungen der AfD Niedersachsen zu weiteren rechtsextremistischen Organisationen zeigen eine Vernetzungsstruktur auf, die sich vorwiegend auf das vielfältige Spektrum der Neuen Rechten konzentriert. Die oben dargelegten Überschneidungen [REDACTED] zur „Identitären Bewegung“, zum Verein „Ein Prozent“, zum „COMPACT-Magazin“, zum „Institut für Staatspolitik“ (IfS), zum Blog „PI-News“ und zum „Verlag Antaios“ gehen teilweise über eine Sympathiebekundung weit hinaus. Im Hinblick auf „Ein Prozent“, das „COMPACT-Magazin“ und „PI-News“ kann von einer mittlerweile jahrelangen strukturellen Zusammenarbeit gesprochen werden.

Auch wenn die JA Niedersachsen personell nicht im Landesvorstand der AfD Niedersachsen vertreten ist, ist sie punktuell tief in die Politikgestaltung miteingebunden. Mitglieder und Funktionäre der JA übernehmen Ämter in kommunalen Vertretungen und repräsentieren die AfD Niedersachsen öffentlich. Zugleich bekleiden sie Funktionärsposten auf Kreisebene, die bis hin zum Vorsitz reichen. Mit dem AfD-Kreisverband Osnabrück unter Führung des Landtagsabgeordneten Marcel Queckemeyer, der zugleich Mitglied im Landesvorstand der AfD Niedersachsen ist, besteht augenscheinlich eine enge Kooperation. Die vom BfV im Jahr 2023 erfolgte Hochstufung der JA auf Bundesebene zur gesichert rechtsextremistischen Bestrebung und die Ablehnung eines entsprechenden Eilantrages von AfD und JA im Februar 2024 durch das VG Köln ist hinsichtlich einer personellen und inhaltlichen Abgrenzung von der JA für den niedersächsischen Landesverband der AfD von keiner Relevanz.

Eine handlungsorientierte Ablehnung von Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann auch in Überschneidungen mit anderen vom Verfassungsschutz zu beobachtenden Organisationen zum Ausdruck kommen.⁷ Von erheblicher Bedeutung sind Verbindungen zu erwiesenen verfassungsfeindlichen Bestrebungen, die über bloße Überschneidungen in der Mitgliedschaft hinausgehen und auch strukturelle Verbindungen beinhalten, zum Beispiel personelle Überschneidungen auf der Vorstandsebene, die Herausgabe gemeinsamer Erklärungen oder eine grundsätzliche inhaltlich-programmatische und taktisch-konzeptionelle Orientierung an die andere Organisation.⁸

- f) Insgesamt gewinnen die radikalen und extremistischen Kräfte innerhalb der AfD bundesweit nicht nur an Einfluss, auch erfährt die Partei eine zunehmende politisch-ideologische Homogenisierung. Die AfD Niedersachsen trägt diese voranschreitende Radikalisierung der Gesamtpartei mit: Es ist keine Distanzierung zu der politischen Ausrichtung der AfD auf Bundesebene, zu anderen Landesverbänden oder Aussagen verschiedener AfD-Funktionäre zu erkennen. Somit kann nicht von einem aktiven Gegenpol zu den radikalen und extremistischen Kräften innerhalb der gesamten

⁷ OVG Berlin-Brandenburg: Urteil vom 23.11.2011 – 1 B 111.10, Rn. 46 u. 49; Urteil vom 06.04.2006 – 3 B 3.99, Rn. 185 ff.; OVG Niedersachsen: Urteil vom 19.10.2000 – 11 L 87/00, Rn. 107 ff.; VG Hamburg: Urteil vom 13.12.2007 – 8 K 3483/06, Rn. 42.

⁸ VG Hamburg: Urteil vom 13.12.2007 – 8 K 3483/06, Rn. 42.

Partei gesprochen werden. Das Engagement des ehemaligen niedersächsischen Landesvorsitzenden beim „3. Preußenfest“ der AfD Saalekreis am 15.09.2023 in Schnellroda (Sachsen-Anhalt), die Einladung an Björn HÖCKE zum Neujahrsempfang der AfD Northeim sowie die Wahlkampfveranstaltungen mit KRAH zur Europawahl 2024 und seine Einladung zum Landesparteitag 2024 untermauern diese Feststellung nicht nur, vielmehr sind sie Beleg dafür, dass sich die AfD Niedersachsen aktiv auf die radikalen und extremistischen Kräfte innerhalb der Gesamtpartei zubewegt. Sowohl Funktionäre des Landesvorstandes und der Kreisverbände, Landtags- und Bundestagsabgeordnete sowie Repräsentanten in kommunalen Vertretungen lassen ihre Zustimmung für diese Kräfte erkennen.

Zahlreiche Aussagen von niedersächsischen Funktionären, Repräsentanten und Kreisverbänden offenbaren eine tief verankerte Fremdenfeindlichkeit, die eng an ein ethnisch-kulturelles Volksverständnis geknüpft ist. Die damit propagierten Ideologiemerkmale stehen im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die beschriebene aktive Vernetzung der AfD Niedersachsen bzw. ihrer Mitglieder, Funktionäre und Parlamentarier mit rechtsextremistischen Organisationen zeigen eine Kooperationsbereitschaft zwischen der Partei und dem sogenannten politischen Vorfeld auf. Die Kontakte sind teilweise von einer mehrjährigen Zusammenarbeit geprägt, wodurch der Landesverband letztendlich ein entsprechendes Weltbild transportiert. Bereits bei der Einstufung zum Verdachtsobjekt im Mai 2022 konnte diese Zusammenarbeit beobachtet werden, seitdem ist eine fortwährende Verstärkung der Vernetzung festzustellen. Für die AfD Niedersachsen ist es dabei nicht relevant, dass es sich dabei um Organisationen handelt, die von den Verfassungsschutzbehörden als gesichert rechtsextremistisch und damit als verfassungsfeindlich eingestuft werden.

Auch wenn nicht jedes Mitglied der AfD Niedersachsen als rechtsextremistisch bezeichnet werden kann bzw. eine rechtsextremistische Haltung nach außen vertritt, ist in der Gesamtheit der Partei und auch des Landesverbandes Niedersachsen eine Tendenz hin zu einer rechtsextremistischen Ideologie erkennbar. Deshalb bildet die Bearbeitung des Landesverbandes im Rahmen des Verdachtsobjektes weiterhin ein

geeignetes und erforderliches Mittel, um das Wirken und den Einfluss extremistischer Teile der Partei beobachten zu können. Die Verhältnismäßigkeit einer Fortführung des Verdachtsobjektes erschließt sich auch im Hinblick auf andere AfD-Landesverbände und ihren Bearbeitungsstatus in den Verfassungsschutzbehörden. Im Gegensatz zu den Landesverbänden, die im Status eines gesichert extremistischen Beobachtungsobjektes bearbeitet werden, sind im niedersächsischen Landesverband derzeit rechtsextremistische Ideologeme und Positionen noch nicht so flächendeckend verbreitet und werden weder im Hinblick auf Qualität und Quantität noch Radikalität so propagiert wie in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Im Vergleich zu den getätigten Aussagen, die mitunter zur Verdachtsobjekteinstufung führten, ist eine weitere Verstetigung festzustellen. Vor allem die menschenunwürdige Agitation gegen Geflüchtete und ihre pauschalisierte Darstellung als kriminelle Gewaltverbrecher ist nach wie vor vermehrt in den Aussagen zu finden. Die Bearbeitung der AfD Niedersachsen als Verdachtsobjekt ist insofern auch angemessen, weil mit dieser Einstufung die adäquate und angemessene Möglichkeit besteht, die Entwicklung des Landesverbandes mit Blick auf eine mögliche Radikalisierung bewerten und eine fortgesetzte Beobachtung nach Ablauf der Einstufung als Verdachtsobjekt rechtfertigen und begründen zu können. Die Beobachtung ist bislang erst zwei Jahre im Status des Verdachtsobjektes erfolgt, die in Teilen eine Entwicklung hin zu einer gesichert rechtsextremistischen Bestrebung i. S. d. § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG erkennbar macht. Eine Fortführung des Verdachtsobjekts für weitere 24 Monate nach § 7 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG ermöglicht es, die AfD Niedersachsen weiterhin fortlaufend zu beobachten und abschließend zu bewerten, ob die Voraussetzung für die Einstufung als Beobachtungsobjekt gem. § 6 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG erfüllt werden. Die Verlängerung des Status als Verdachtsobjekts ist an die Voraussetzung geknüpft, dass nach § 7 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen aus vergleichbaren Fällen, den Verdacht einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 NVerfSchG rechtfertigen. Wie die hiesigen Ausführungen deutlich machen, ist diese Voraussetzung gegeben, was eine Fortführung des Verdachtsobjektes „Alternative für Deutschland (AfD) – Landesverband Niedersachsen“ rechtfertigt.

2. Zeichnung [REDACTED]

5	[REDACTED]
	[REDACTED]

7/15/24

3. Ministerin nach Aufhebung zur Kenntnis

07/05

4. Art. 5

VERMERK

„Alternative für Deutschland“ (AfD)

Bundesparteitag am 11./12.01.2025 in Riesa (SN)

Auf dem Bundesparteitag der „Alternative für Deutschland“ (AfD) am 11./12.01.2025 in Riesa (Sachsen) wurde Alice Weidel durch die etwa 600 Delegierten offiziell als Kanzlerkandidatin gewählt. Bereits Anfang Dezember nominierten der Bundesvorstand und die Landesvorsitzenden die Co-Parteivorsitzende zur Kanzlerkandidatin. Tino Chrupalla, der die Doppelspitze des Parteivorsitzes vervollständigt, sprach Weidel seine volle Unterstützung aus. Er formulierte das eindeutige Ziel, bei der kommenden Bundestagswahl die 20-Prozent-Marke hinter sich zu lassen und Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Inhaltlich sind noch offene Punkte des Bundestagswahlprogramms behandelt worden. Ein Schwerpunkt bildete unter anderem das Thema der Migrations- und Asylpolitik. Dabei ist der zentrale AfD-Kampfbegriff des Jahres 2024 „Remigration“ mit in das Programm aufgenommen worden. Seitdem der Begriff im Rahmen eines Vernetzungstreffens von Funktionären der AfD mit Akteuren der Neuen Rechten am 25.11.2023 in Potsdam in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, ringt die Partei um die Deutungshoheit des Schlagwortes. Die AfD habe einen 100-Tage-Zukunftsplan, der bei einer Regierungsbeteiligung umgesetzt werden soll. Diesbezüglich führte Weidel auf dem Bundesparteitag aus:

„Die Grenzen lückenlos schließen und jeden illegalen und ohne Papiere Einreisenden zurückweisen und eine ganz klare Ansage an alle Welt: Die deutschen Grenzen sind dicht! Die Versorgung von Asylbewerbern von Geld- auf Sachleistungen umstellen, Sozialleistungen für Nichtaufenthaltsberechtigte streichen und Rückführungen im großen Stil durchführen. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn es dann Remigration heißen soll, dann heißt es eben Remigration!“

Das größte Konfliktpotenzial des Bundesparteitages brachte die Entscheidung über die weitere Zukunft der offiziellen Jugendorganisation der AfD „Junge Alternative“ (JA) mit sich. Die bis dato als eigenständiger Verein agierende JA ist nicht direkt an die Partei angegliedert. Dies bedeutet, dass nicht jedes Mitglied der Jugendorganisation automatisch Parteimitglied

ist. Der AfD-Bundesvorstand wollte mit einem Antrag genau diese Voraussetzung schaffen, um letztendlich die JA bei einem potenziellen Vereinsverbot besser schützen, aber auch bei Fehlverhalten von Mitgliedern Parteiausschlussverfahren durchsetzen zu können. Letztendlich beinhaltete der Antrag die Gründung einer neuen Organisation, die ab dem ersten April als Parteijugend agieren soll. Diese Satzungsänderung bedurfte einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Delegierten, welche nach einer ausdauernden Debatte erreicht wurde. Während der JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck diesen Schritt begrüßt, hätten sich einige JA-Mitglieder mehr Vertrauen von der Mutterpartei gewünscht und betrachten die Satzungsänderung als Bevormundung.

Die JA kommt am 01./02.02.2025 zu ihrem 12. Bundeskongress in Apolda (Thüringen) zusammen. Der thematische Schwerpunkt wird der Umgang mit der neuen Jugendorganisation und der damit einhergehenden Aberkennung der JA sein. Als mögliches Szenario erscheint eine Selbstauflösung oder gar eine Abspaltung (weiteres Agieren als JA ohne Bezug zur Mutterpartei) als realistisch. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat am 06.02.2025 zu einer VSK eingeladen, um die Entwicklungen gemeinsam zu bewerten und die Auswirkungen der Entscheidungen zu diskutieren.

gez. [REDACTED]

„Alternative für Deutschland“ (AfD) Niedersachsen: „Harzburger Treffen“ am 18.01.2025

1. Personen

Name	Vorname	Land	Anmerkungen
Schumacher	Kim	NI	Organisator, Vorsitzender AfD-Stadtverband Bad Harzburg
Müller	Main	NI	Redner, Vorsitzender KV Goslar
MÖHRING	Dennis	ST	Redner, Vorsitzender KV Harz
KRAH	Maximilian	SN	Redner, MdEP
Rau	Waldemar	NI	Redner, kooptiertes Vorstandsmitglied KV Göttingen, Direktkandidat WK 52
Reichardt	Martin	ST	Redner, Landesvorsitzender AfD ST, Beisitzer AfD-Bundesvorstand, MdB
TILLSCHNEIDER	Hans-Thomas	ST	Redner, Stv. Landesvorsitzender AfD ST, MdL
Najafi	Omid	NI	Redner, MdL

2. Sachverhalt

Am 18.01.2025 fand im Bündheimer Schloss in Bad Harzburg das „Harzburger Treffen“ statt. Bei dem „Harzburger Treffen“ handelt es sich um eine in unregelmäßigen Abständen vom AfD-Stadtverband Bad Harzburg organisierte Veranstaltungsreihe.

Bei der Wahlkampfveranstaltung zur anstehenden Bundestagswahl am 23.02.2025 traten Maximilian KRAH, Martin Reichardt, Hans-Thomas TILLSCHNEIDER und Omid Najafi als Hauptredner auf.

HARZBURGER TREFFEN



18.01.2025 - Einlass ab 17:30 Uhr - Beginn ab 18 Uhr

Wahlkampfveranstaltung der AfD
mit Dr. Maximilian Krah, Martin Reichardt und Thomas Tillschneider

im Bündheimer Schloss - Gestütstraße 10 - 38667 Bad Harzburg

Abbildung 1: Veranstaltungsflyer des "Harzburger Treffens" am 18.01.2025.

Das „Harzburger Treffen“ wurde vollständig aufgezeichnet und ist unter https://www.youtube.com/watch?v=YtNT7A_ygTs abrufbar.¹

Die Redner in zeitlicher Reihenfolge:

- Kim Schumacher (ab 00:00)
- Main Müller (ab 02:00)
- Dennis MÖHRING (ab 08:40)
- Maximilian KRAH (ab 09:45)
- Waldemar Rau (ab 45:00)
- Martin Reichardt (ab 48:00)
- Hans-Thomas TILLSCHNEIDER (ab 1:06:00)
- Omid Najafi (ab 1:19:25)
- Fragen und Diskussion (ab 1:25:00)

¹ Ein Transkript des Videos ist angehängt.



**Harzburger Treffen – Wahlkampfveranstaltung der AfD – in Bad Harzburg (Bündheimer Schloß)
18.1.2025**



Heimatliebe 062
129 Abonnenten

Abonnieren

31



Teilen

Speichern



Abbildung 2: YouTube-Aufzeichnung des "Harzburger-Treffens" von "Heimatliebe 062".

Zu Beginn betonte Kim Schumacher (AfD-Stadtverband Bad Harzburg), dass die Veranstaltung in Kooperation mit dem AfD-Stadtverband Wernigerode (KV Harz) organisiert wurde. Man wolle damit ein Zeichen setzen und verdeutlichen, dass sich die Partei nicht trennen lasse und zusammenhalte. Schumacher greift damit den Umstand auf, dass die AfD-Landesverbände Sachsen-Anhalt und Sachsen als gesichert rechtsextremistisch eingestuft sind, während der niedersächsische AfD-Landesverband als Verdachtsobjekt geführt wird.

Im Hinblick auf die eingeladenen Redner lässt sich allerdings nicht nur eine fehlende Distanzierung seitens der AfD Niedersachsen feststellen, sondern ein aktives Zugehen auf extremistische Kräfte innerhalb der AfD. Das Publikum reagierte auf die einleitenden Worte mit Zustimmung und Applaus.



Abbildung 3: Facebook-Eintrag der AfD OG Osterwieck vom 19.01.2025.



Abbildung 4: Die Gäste der Wahlkampfveranstaltung im Bündheimer Schloss.

Den inhaltlichen Schwerpunkt der Wortbeiträge bildeten die AfD-Kernthemen Migration und Innere Sicherheit, die vorwiegend mit einer ansteigenden Kriminalität und ökonomischen Faktoren verknüpft wurden. Weiterhin wurden die Bereiche Familie, Geschlecht, Globalisierung und Energie sowie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine thematisiert, bei dem sich die AfD als Antikriegspartei darstellte.

3. Bewertung

Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Redner auf hetzerische und pauschal verunglimpfende Formulierungen größtenteils verzichteten. Obwohl Kampfbegriffe wie „Remigration“ (KRAH) oder auch „Islamisierung des Vaterlandes“ (TILLSCHNEIDER) verwendet wurden, bettete man diese in einen erklärend-relativierenden Kontext ein, um Interpretationen zu unterbinden und sich aus verfassungsschutzrelevanter Perspektive unangreifbarer zu machen. Es wurde hingegen zu unterschiedlichen Zeitpunkten betont, dass man nicht rassistisch, islam- oder fremdenfeindlich sei und auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe. In Anbetracht dessen, dass es sich um eine Wahlkampfveranstaltung zur anstehenden Bundestagswahl handelte und augenscheinlich auch Nichtparteimitglieder anwesend

waren, kann die Zurückhaltung gewissermaßen als taktisches Verhalten gewertet werden.

WUUS

EPOST810; [REDACTED] lka.polizei.niedersachsen.de

Von: [REDACTED] zpd.polizei.niedersachsen.de
Gesendet: 2024-02-01 13:51:14
An: EPOST810; [REDACTED] lka.polizei.niedersachsen.de
CC:
Betreff: KTA-PMK Erstmeldung - TZ 2024

EINFACH

01.02.2024 13:51:05

ni hannover lka
[REDACTED]

Bereich 1:

bu

01 berlin-meckenheim bka (st)

ni

02 hannover im abt 5

Bereich 2:

03 [REDACTED]@lka.polizei.niedersachsen.de

Bereich 3:

Betreff: KTA-PMK Erstmeldung - TZ 2024

--Polizeilicher Staatsschutz--

Ordnungsnummer: [REDACTED]

1. Verwaltungsdaten

SB. Dienststelle: ZKD Hannover KFI 4 ■

AZ.: ■

Übernahmedatum: 10.01.2024

Abschlussdatum:

Antiterrordatei-Relevanz: Nein

Rechtsextremismusdatei-Relevanz: Nein

Europol-Relevanz: Nein

Meldung gem. §3a Abs. 2 NetzDG: Nein

2. Sachverhalt

Kurzbezeichnung:

Rassistische Beleidigung

Der BESCH wird nach Sturzgeschehen in die Notaufnahme des KH eingeliefert. Dort tituliert die Angestellte als "dunkelhaarige Drecksau". Anschließend äußert er "du bist zu dunkel für die deutsche Rasse" und "wenn du von der selben Rasse wärst, dürftest du mich behandeln". Anschließend wird er dem KH durch den Sicherheitsdienst verwiesen.

Demozusammenhang: Nein

3. Tatzeit bzw. Feststellungszeit

von Sa, 06.01.2024, 22:00 Uhr bis Sa, 06.01.2024, 22:15 Uhr

4. Tatort/Ereignisort bzw. Feststellungsort

30167 Hannover (Niedersachsen), ■

5. Tatörtlichkeit

Person

6. Tatmittel

keine

7. Tatverdächtige

7.1 Bekannte Tatverdächtige

7.1.1 [REDACTED]

Geburtsname: [REDACTED]

Geburtsdatum/-ort, Geburtsland: [REDACTED]

Wohnort: [REDACTED]

Staatsangehörigkeit: [REDACTED]

Anlass des Aufenthalts: [REDACTED]

[REDACTED]

Waffenrechtliche und/oder Sprengstoffrechtliche Erlaubnisse: Nein

Negativprognose gem. §18 BKAG: Nein, da der Besch. erstmalig in

Erscheinung getreten ist.

Bewaffnet: Nein

Gewalttätig: Nein

Explosivgefahr: Nein

DAV-Relevanz: Ja

Täterrolle: Einzeltäter

Vorerkenntnisse: Keine Erkenntnisse

Gruppenfunktion: unbekannt

Gruppenbezeichnung: unbekannt

7.2 Unbekannte Tatverdächtige 0

8. Opfer/Geschädigte

8.1 Natürliche Personen

8.1.1 [REDACTED] (weiblich)

Geburtsdatum/-ort, Geburtsland: [REDACTED] Hannover, Deutschland

Staatsangehörigkeit: [REDACTED]

Anlass des Aufenthalts: [REDACTED]

Rolle: Geschädigter

9. Verletzte Rechtsnorm/stat. Zähldelikt

Verletzte Paragraphen: § 130; § 185 StGB

Statistisches Zähldelikt: § 130 StGB

10. Deliktsqualität

politisch motivierte Kriminalität

11. Themenfeld(er)

HASSKRIMINALITÄT RASSISMUS,
HASSKRIMINALITÄT AUSLÄNDERFEINDLICH,
HASSKRIMINALITÄT FREMDENFEINDLICH

12. Phänomenbereich

Rechts motiviert

13. Internationale Bezüge

Nein

Straftat im Zusammenhang mit Auslandereignis: Nein

14. Extremismus

Ja

Hannover LKA, Dez 41. [REDACTED], i.A. [REDACTED]

Anlagen:

NUMUS

WE-Meldung

- nicht pressefrei
 pressefrei
 pressefrei nach Rücksprache mit / über Pressestelle

1. Lage, Anlass (Ereignis-Kurzbeschreibung)

Strafanzeige gegen ein MdL (AfD) durch zwei MdL (Bündnis 90/Die Grünen) wegen Bedrohung in den Räumlichkeiten des niedersächsischen Landtages

2. Zeit (Ereignisdatum/-zeitraum, -uhrzeit)

12.12.2023, gegen 12:40 Uhr

3. Ort (Ereignisort/-örtlichkeit, ggf. Nennung besondere Örtlichkeiten)

30159 Hannover, Hannah-Arendt-Platz 1 (Portikushalle des niedersächsischen Landtages)

4. Sachverhalt, Einsatzverlauf

Am 13.12.2023 erging an hiesige Dienststelle der Hinweis, dass zwei Abgeordnete des nds. Landtages (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) von einem Abgeordneten der Fraktion der AfD in der Vorhalle des Plenarsaals bedroht worden seien.

Die tatbetroffenen Abgeordneten / Geschädigten wurden nach Terminvereinbarung am 13.12.2023 in den Räumen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen aufgesucht.

Der Sachverhalt wurde den aufnehmenden Beamten detailliert geschildert, im Weiteren erfolgte die Aufnahme der entsprechenden Strafanzeige.

Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass der beschuldigte Abgeordnete der AfD im Plenarsaal eine persönliche Erklärung mit einer inhaltlichen Entschuldigung vorgetragen hatte.

5. Maßnahmen, bisherige Ermittlungsergebnisse

- sofortige fernm. Kontaktaufnahme mit den geschädigten Abgeordneten
- Terminierung der Sachverhaltsaufnahme und Aufnahme des Sachverhaltes vor Ort
- Zeugenschaftliche Vernehmungen der Geschädigten
- Bedienung interner Meldewege
- Dokumentation der Erklärung des Besch. im Plenarsaal (Sicherung Videoaufzeichnung)
- ein Gefahrenüberhang konnte nicht festgestellt werden
- weitere Bearbeitung KFI 4, [REDACTED]

6. Polizeiführerin/Polizeiführer, Anzahl der eingesetzten Kräfte

Eigene Kräfte: KFI 4 [REDACTED]

7. Sachbearbeitende Dienststelle (einschließlich Erreichbarkeiten und Vorgangsnummer)

Polizeidirektion Hannover
Zentraler Kriminaldienst, KFI 4
Vorgangsnummer [REDACTED]
Tel.: 0511 [REDACTED]

8. Berichterstatterin/Berichterstatter (Name, Amtsbezeichnung, Funktion, Erreichbarkeit)

ZKD Hannover, KFI 4, [REDACTED] i.A. [REDACTED]

WE-Meldung

nicht pressefrei pressefrei pressefrei nach Rücksprache über
Sachbearbeitende Dienststelle

1. Lage, Anlass

(Ereignis-Kurzbeschreibung)

Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens auf „X“

2. Zeit

(Ereignisdatum/-zeitraum, -uhrzeit)

Mittwoch, 12.02.2025, 22:05

3. Ort

(Ereignisort/-örtlichkeit, ggf. Nennung besonderer Örtlichkeiten)

Socialmediaplattform „X“ der AfD Hannover

4. Sachverhalt, Einsatzverlauf

Über einen haz-Artikel vom 01.03.2025, 09:03 Uhr, wird bekannt, dass die AfD Hannover auf "X" ein Video kommentierte und dabei einen hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten mit den Worten "bosnischer Clanjunge" betitelte.

Nach Rücksprache mit dem Geschädigten durch hiesige Dienststelle ist dieser an einer Strafverfolgung interessiert und erstattet über sein Wahlkreisbüro Anzeige.

5. Maßnahmen, bisherige Ermittlungsergebnisse

Rücksprache mit dem Geschädigten

Anlage Strafanzeige

Sicherung/ Screenshot des Postings auf „X“

6. Polizeiführerin/Polizeiführer, Anzahl der eingesetzten Kräfte

2 Beamte KFI 4

7. Sachbearbeitende Dienststelle

(einschließlich Erreichbarkeiten und Vorgangsnummer)

ZKD Hannover, KFI 4, VNR:

8. Berichterstatterin/Berichterstatter

(Name, Amtsbezeichnung, Funktion, Erreichbarkeit)

, Tel: 0511

5628638436



AfD Hannover

@AfdHannover



...

#Scholz braucht keinen #Hofnarren
er hat ein ganzes Kabarett,
wie die stets lächelnde Saskia #Esken,
Antifa Boy Lars #Klingbeil oder den bosnischen Clanjungen
Adis #Ahmetovic,
der sich in Hannover ganz besonders für AfD Plakate interessiert 😊

Wir umgeben uns lieber mit stabilen Leuten,
wie #ElonMusk 🍻 ❤️ 🇺🇸 🤝 🇩🇪

Deshalb

#nurnochAfD ❤️

weil es gut für Deutschland 🇩🇪 ist

[Translate post](#)

Serge Menga @SergeMenga2024 · Feb 12

Olaf Scholz sagt #Hofnarren zum Man in Black von der CDU ?Oh Oh ... 😂😂

Link : m.bild.de/politik/inland...

5:58

10:05 PM · Feb 12, 2025 · 528 Views

WE-Meldung

nicht pressefrei pressefrei pressefrei nach Rücksprache mit ZKD

1. Lage, Anlass

(Ereignis-Kurzbeschreibung)

Erfolgsmeldung nach Durchsuchungsmaßnahmen i.Z.m. Diebstahl und Sachbeschädigung von/ an Gedenkkränzen auf dem Gelände der Gedenkstätte Ahlem

2. Zeit

(Ereignisdatum/-zeitraum, -uhrzeit)

05.02.2025, 08:13 Uhr

(Tatzeit: 29.01.2025, 01:57 Uhr)

3. Ort

(Ereignisort/-örtlichkeit, ggf. Nennung besonderer Örtlichkeiten)

Durchsuchungsort/ Anschrift: [REDACTED]

4. Sachverhalt, Einsatzverlauf

Grundsachverhalt siehe WE-Meldung des PK Limmer v. 29.01.2025;

(s.a. Bezugsfernschreiben ni hannover-limmer [REDACTED])

Nach Täterermittlung durch Videoauswertung wurde an o.g. Anschrift bei dem Besch. (ReIP PMK-R)

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

durchsucht.

Dabei konnten die Tatkleidung, Blumenreste, Messer, Feuerwerk, diverse Datenträger, bislang unbekanntes weißes Pulver in Klemmbeutel sowie insgesamt 3 Schusswaffen beschlagnahmt werden:

- 1. mutmaßlich scharfe vollautomatische Maschinenpistole (MP Sudajew PPS-43 in 7,62Tok. mit Magazin) inklusive eines nicht eingesteckten Magazins und 27 Schuss Munition, in Stofflappen gewickelt mit Klebeband umwickelt und mit weiterem textilen Dämmmaterial umgeben in einem luft- und wasserdichten blauen Kunststofffass verpackt; aufgefunden in einem Schrank. Die Tonne wäre für eine Erdeinlagerung geeignet.**
- 2. eine Softairwaffe mit leerem Magazin und Aufbewahrungsbox, PTB-Zeichen Vorhanden; aufgefunden in Vitrinenschrank**
- 3. eine Druckluftwaffe, Glock 17, mit Magazin mit Stahlkugeln; aufgefunden in Vitrinenschrank**

[REDACTED] unterliegt einem Waffenbesitzverbot.

Zu den Waffenfunden wurden gesonderte Strafanzeigen gefertigt.
Derzeit liegen keinerlei Hinweise hinsichtlich einer Zweckbestimmung der
Waffen zu einem PMK Delikt vor.

Gemäß eines in der Wohnung festgestellten Schreibens des „AfD
Landesverband Niedersachsen“ vom 20.01.2025 ist [REDACTED] seit einigen
Wochen Vollmitglied der Alternative für Deutschland in Niedersachsen.

5. Maßnahmen, bisherige Ermittlungsergebnisse

- Spurensuche und Spurensicherung (Hinzuziehung KDD bezüglich der
Blumenreste)
- Fotografische Sicherung
- Fertigung Strafanzeigen Verstoß WaffG [REDACTED])
- Fertigung Strafanzeige Verstoß BtmG [REDACTED])
- Untersuchungen der Waffen und Datenträger veranlasst und noch
ausstehend

6. Polizeiführerin/Polizeiführer, Anzahl der eingesetzten Kräfte

[REDACTED] KFI 4, [REDACTED] KDD, 1 Zeuge Stadt Seelze

7. Sachbearbeitende Dienststelle

(einschließlich Erreichbarkeiten und Vorgangsnummer)

ZKD Hannover, [REDACTED], Tel.: 0511/[REDACTED] VN: [REDACTED]

8. Berichterstatterin/Berichterstatter

(Name, Amtsbezeichnung, Funktion, Erreichbarkeit)

[REDACTED] ZKD Hannover, [REDACTED] Tel: 0511-[REDACTED]

WE-Meldung

nicht pressefrei pressefrei _x_ pressefrei nach Rücksprache / über ...
(z.B. zuständige Sachbearbeiterin / zuständigen Sachbearbeiter, Pressestelle, StA)

1. Lage, Anlass

(Ereignis-Kurzbeschreibung)

Verbreiten eines Flugblattes bekannten Partei an zahlreiche Privathaushalteiner, in dem sich populistisch mit dem Thema Asyl und Unterbringung von Flüchtlingen auseinandersetzt wird. U.a. wird die Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für ca. 200 Geflüchtete in Örtlicher Nähe zu den Empfängern kritisiert

2. Zeit

(Ereignisdatum/-zeitraum, -uhrzeit)

2023-11-27, 11:00 Uhr

3. Ort

(Ereignisort/-örtlichkeit, ggf. Nennung besonderer Örtlichkeiten)

49328 Melle-Riemsloh

4. Sachverhalt, Einsatzverlauf

Über die Bürgermeisterin der Stadt Melle wird bekannt, dass am heutigen Vormittag in zahlreichen Privathaushalten in Melle-Riemsloh Flyer einer bekannten deutschen Partei des rechten Spektrums gefunden wurden. In dem Flyer setzen sich die Verfassenen populistisch mit versch. Themen der Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie einer vor wenigen Wochen in Riemsloh in Betrieb gegangenen Sammelunterkunft der Stadt Melle und „Drehkreuz“ des Landkreises Osnabrück für bis zu 200 Menschen auseinander. Der Flyer ist geeignet, Ängste der Bevölkerung vor Asylsuchenden zu schüren und dieses auszugrenzen.

5. Maßnahmen, bisherige Ermittlungsergebnisse

Information der zuständigen Staatsschutzdienststelle der PI Osnabrück. Die Flyer verweisen im Impressum auf den Ortsverband Melle-Bissendorf-Hilter aTW einer bundesweit bekannten Partei. Als Postadresse ist der Landesverband Niedersachsen dieser Partei hinterlegt.

6. Polizeiführerin/Polizeiführer, Anzahl der eingesetzten Kräfte

[REDACTED]

7. Sachbearbeitende Dienststelle

(einschließlich Erreichbarkeiten und Vorgangsnummer)

PI Osnabrück
FK 4
Kollegienwall 6-8

49074 Osnabrück

[REDACTED]

8. Berichterstatterin/Berichterstatter

(Name, Amtsbezeichnung, Funktion, Erreichbarkeit)

[REDACTED]

PK Melle

[REDACTED]

054 [REDACTED]

MUS

Leider befinden sich momentan gut 1.100 Menschen, davon fast je zur Hälfte aus der Ukraine und aus Drittstaaten, die hier auf dem Gebiet der Stadt Melle versorgt werden. Ob darin die 200, die hier einziehen sollen dazu gehören, oder ob es neue sog. Menschen in Not sind, ist nicht ersichtlich.

Für uns vom Ortsverband Melle-Bissendorf-Hilter a.T.W. sind viele Fragen offen, die auch für Sie als Bürger Ihrer schönen Gemeinde hinterfragt werden sollten.

Ukraine: ca. 570 Geflüchtete? Es ist uns vielfach von Zeugen mitgeteilt worden, dass unser Bürgergeld der große Anreiz war und ist, in die BRD zu „flüchten“. Sollte ein Land, das die doppelte Fläche der BRD aufweist, nicht in der Lage sein, in seinen Gebieten im Westen für Ihre Mitbürger zu sorgen?

Drittstaaten: (Syrien, Afghanistan, Irak, Türkei usw.) ca. 540 Geflüchtete? Auch für den größten Teil dieser Menschen ist der Ruf unseres Bürgergeldes und die dazugehörige Rundum-Versorgung der Hauptgrund ihres Hierseins.

Wir vom Afd-Ortsverband Melle-Bissendorf-Hilter a.T.W. fordern, dass eine gründliche Überprüfung dieser Menschen durch die Stadt Melle in Zusammenarbeit mit allen daran beteiligten Instituten stattfindet, damit nur „echte in Not geratene Menschen“ in Ihrem schönen Riemsloh Aufnahme finden.

Dann bedarf es keiner mit unseren Steuermitteln aufgeblähte Unterkunft. Wir hoffen, dass wir Ihnen mit dieser Mitteilung ein wenig Nachdenklichkeit vermitteln konnten und bitten Sie, sich unseren Forderungen anzuschließen.

Ihr Afd-Ortsverband

Melle-Bissendorf-Hilter a.T.W.

Immer für Sie da!!

Afd



www.afdosnabrueck.de

V.i.S.d.P.: Afd OV Melle - Bissendorf - Hilter a.T.W. Brabrinke 14, 30519 Hannover

Riemsloh

Flüchtlingsunterkunft im Rational-Verwaltungsgebäude

Liebe Bürger und Bürgerinnen von Riemsloh.

Wie Sie sicherlich aus den Medien (NOZ) erfahren haben, plant die Stadt Melle die Unterbringung von ca. 200 Flüchtlingen im Verwaltungsgebäude des insolventen Küchenherstellers Rational. Ein modernes Gebäude, das als Bürogebäude vorgesehen war.

Um wohntauglich zu werden bedarf es erheblicher Mühen und Kosten. Diese belaufen sich bisher auf 80.000 bis 100.000 Euro, wobei sie sich nach der Berichterstattung der NOZ sicher noch bis ca. 150.000,00 Euro aufschaukeln können. Die Stadt Melle hat den Vorteil, keinerlei Kosten zu tragen, das übernimmt der Landkreis Osnabrück. Ein Landkreis, der schon mit ca. 100 Millionen Euro verschuldet ist.

Wer nun die Kosten trägt, ist im Grunde egal; denn am Ende sind Sie mit ihren sauer verdienten Steuergeldern der Kostenträger, also der Schuldner. Geld, das für viele infrastrukturelle Einrichtungen dringend benötigt wird (Schulen, Kitas, Sport, Jugendeinrichtungen, Straßenbau und -erneuerungen usw.).

Von den Versorgungskosten der Menschen (Wohnung, Krankenversicherung, Rentenvorsorgung, Schulhilfen, Bargeld- oder Bankkonten usw.) ganz zu schweigen. Das soll nun nicht heißen, dass wir von der AfD gegen Hilfe von durch Verfolgung und Krieg geflüchteter Menschen sind. Für diese Menschen bedarf es absolut kein teures, umgebautes Verwaltungsgebäude, denn es sind nur wenige, die das Recht auf Asyl in unserem Land und Ihrer schönen Gemeinde haben.



PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND.

Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.

Alternative
für
Deutschland



Präambel	06	4 Außen- und Sicherheitspolitik	28
1 Demokratie und Grundwerte	07		
1.1 Vollabstimmungen nach Schweizer Vorbild	09	4.1 Vereinte Nationen reformieren	30
1.2 Schlanker Staat für freie Bürger	09	4.2 NATO als Verteidigungsbündnis	30
1.3 Die Gewaltenteilung gewährleisten	10	4.3 OSZE, und europäische Sicherheitsstruktur	31
1.4 Trennung von Amt und Mandat	10	4.4 Bundeswehr stärken	31
1.5 Macht der Parteien beschränken	11	4.4.1 Keine europäische Armee	31
1.5.1 Parteienfinanzierung dem Verfassungsrecht anpassen	11	4.4.2 Wehrpflicht wieder einsetzen	32
1.5.2 Freie Listenwahl und freies Mandat	12	4.5 Entwicklungshilfe	32
1.5.3 Verkleinerung des Bundestages	13		
1.5.4 Wider das Berufspolitikertum: Amtszeit begrenzen	13	5 Arbeitsmarkt und Sozialpolitik	34
1.5.5 Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk	13	5.1 Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien	36
1.6 Lobbyismus eindämmen	13	5.2 Bundesagentur für Arbeit auflösen und kommunale Jobcenter aufwerten	36
1.6.1 Private Rentenvorsorge für Parlamentarier	14	5.3 Mindestlohn beibehalten	36
1.6.2 Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung	14	5.4 Reform der sozialen Sicherungssysteme	36
		5.4.1 Finanzielle Benachteiligung von Familien beseitigen	37
		5.4.2 "Aktivierende Grundsicherung" - Arbeit, die sich lohnt	37
		5.4.3 Kinder und Erziehungsleistung bei der Rente berücksichtigen	37
		5.4.4 Pflege durch Angehörige aufwerten	37
2 Europa und Euro	15		
2.1 Ein Europa der Vaterländer	17	6 Familien und Kinder	39
2.2 Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgeben	17	6.1 Bekenntnis zur traditionellen Familie als Leitbild	41
2.3 Bündelung gemeinsamer europäischer Interessen	18	6.2 Mehr Kinder statt Masseneinwanderung	41
2.4 Volksabstimmung über den EURO	18	6.3 Mehr Unterstützung für Familien	42
2.5 Keine deutsche Haftung für ausländische Banken	21	6.4 Wirtschaftliche Zukunft trotz Demografikrise	42
		6.5 Diskriminierung der Vollzeit-Mütter stoppen	43
		6.6 Alleinerziehende unterstützen. Familien stärken	43
		6.7 Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene	44
3 Innere Sicherheit und Justiz	23		
3.1 Polizei stärken und Strafrecht verbessern	25		
3.2 Weisungsfreie Staatsanwälte, unabhängige Richter und parteifreie Rechnungshöfe	25		
3.3 Angriffe auf Amtspersonen härter bestrafen	26		
3.4 Opferschutz statt Täterschutz	26		
3.5 Waffenrecht muss nicht verschärft werden	26		
3.6 Kein Datenschutz für Täter	27		
3.7 Organisierte Kriminalität nachhaltig bekämpfen	27		
3.8 Zivil- und Fachgerichte sind ein Standortfaktor	27		
3.9 Deutsche Grenzen schützen	27		

7 Kultur, Sprache und Identität	45	9 Einwanderung, Integration und Asyl	57
7.1 Deutsche Kultur, Sprache und Identität erhalten	47	9.1 Keine irreguläre Einwanderung über das Asylrecht	59
7.2 Deutsche Leikultur statt Multikulturalismus	47	9.1.1 Asylzuwanderung - für einen Paradigmenwechsel	59
7.3 Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität	47	9.1.2 Rückführung - Schluss mit Fehlanreizen und falscher Nachsicht	60
7.4 Kultur und Kunst von Einflussnahme der Parteien befreien	48	9.2 Einwanderung aus EU-Staaten	61
7.5 Für eine zeitgemäße Medienpolitik: Rundfunkbeitrag abschaffen	48	9.3 Gesteuerte Einwanderung aus Drittstaaten	62
7.6 Der Islam im Spannungsverhältnis zu unserer Wertordnung	48	9.4 Integration - Mehr als nur Deutsch lernen	63
7.6.1 Der Islam gehört nicht zu Deutschland	49	9.5 Kosten der Einwanderung - Transparenz herstellen	63
7.6.2 Kritik am Islam muss erlaubt sein	49	9.6 Einwandererkriminalität - nichts verschleiern, nichts verschweigen	64
7.6.3 Auslandsfinanzierung von Moscheen beenden	49	9.7 Einbürgerung - Abschluss gelungener Integration	65
7.6.4 Keine öffentlich-rechtliche Körperschaft für islamische Organisationen	50		
7.6.5 Keine Vollverschleierung im öffentlichen Raum	50	10 Wirtschaft, digitale Welt und Verbraucherschutz	66
8 Schule, Hochschule und Forschung	51	10.1 Freier Wettbewerb sichert unseren Wohlstand	67
8.1 Forschung und Lehre: In Freiheit und als Einheit	52	10.2 Soziale Marktwirtschaft statt Planwirtschaft	67
8.1.1 Autonomie durch Grundfinanzierung stärken	52	10.3 Internationale Wirtschaftspolitik neu ausrichten	67
8.1.2 Förderung der "Gender-Forschung" beenden	52	10.4 Hohe Standards für Handelsabkommen	68
8.1.3 Diplom, Magister und Staatsexamen wieder einführen	52	10.5 Bürokratie abbauen	68
8.1.4 Studienanforderungen erhöhen	53	10.6 Den Technologiestandort Deutschland voranbringen	68
8.2 Unser Schulsystem: Stark durch Differenzierung	53	10.7 Staatliche Subventionen reduzieren und befristen	69
8.2.1 Die Einheitsschule führt zu Qualitätsverlust	53	10.8 Keine Privatisierung gegen den Willen der Bürger	69
8.2.2 Wissensvermittlung muss zentrales Anliegen bleiben	53	10.9 Der Mittelstand als Herz unserer Wirtschaftskraft	69
8.2.3 Leistungsbereitschaft und Disziplin stärken	54	10.10 Digitalisierung als Chance und Herausforderung	69
8.2.4 Politisch-ideologische Indoktrination darf es an der Schule nicht geben	54	10.10.1 Quelloffene Software und sichere Hardware	69
8.2.5 Duale berufliche Bildung stärken und erhalten	54	10.10.2 Sichere Kommunikation als Standortvorteil und Bürgerrecht	70
8.2.6 Keine Inklusion "um jeden Preis". Förder- und Sonderschulen erhalten	54	10.10.3 Deutsche Literatur im Inland digitalisieren	70
8.2.7 Koranschulen schließen, Islamkunde in den Ethikunterricht integrieren	54	10.11 Verbraucherschutz modernisieren und stärken	70
8.2.8 Keine Sonderrechte für muslimische Schüler	55	10.11.1 Lebensmittel besser kennzeichnen	71
8.3 Nein zu "Gender-Mainstreaming" und Frühsexualisierung	55	10.11.2 Langlebige Produkte statt geplante Obsoleszenz	71
8.3.1 Keine "geschlechterneutrale" Umgestaltung der deutschen Sprache	55	10.11.3 Textilien und Kinderspielzeug auf Schadstoffe prüfen	71
8.3.2 Geschlechterquoten sind leistungsfeindlich und ungerecht	56	10.11.4 Wasseraufbereitung modernisieren und verbessern	71

11 Finanzen und Steuern	72	14 Infrastruktur, Wohnen und Verkehr	89
11.1 Gerechte Steuern durch AfD-Stufentarif	74	14.1 Werterhalt vor Modernisierung und Neubau	91
11.2 Obergrenze für Steuern und Abgaben	74	14.2 Öffentlich-Privat-Projekte: Transparenz statt Lobby	91
11.3 Familiensplitting einführen	74	14.3 Straßen- und Schienennetz : Substanz erhalten	92
11.4 Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen, Gewerbesteuer überprüfen	75	14.4 Grenzüberschreitender Güterverkehr: Auf Schiene und Wasser verlagern	92
11.5 Umsatzsteuersätze harmonisieren	75	14.5 Freie Nutzung der Verkehrsmittel ohne Schikanen	92
11.6 Wettbewerb der nationalen Steuersysteme erhalten	75	14.6 Eine Perspektive für den ländlichen Raum	93
11.7 Bank- und Steuergeheimnis wiederherstellen	75	14.7 Wohnungspolitik: Baurecht vereinfachen, Wohnraum schaffen	94
11.8 Föderalismus und Eigenständigkeit stärken	76	14.8 Stadtentwicklung: Nachverdichten, aber Bausünden verhindern	95
11.9 Staatsschulden planmäßig tilgen	76		
11.10 Bargeldnutzung muss uneingeschränkt erhalten bleiben	76		
11.11 Geldsystem überdenken, Gold heimholen	77		
12 Energiepolitik	78		
12.1 Klimaschutzpolitik: Irrweg beenden, Umwelt schützen	79		
12.2 Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist nicht reformierbar	80		
12.3 Zum Schutz von Mietern und Eigentümern: Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien- Wärmegesetz abschaffen	81		
12.4 Bioenergie: Subventionen beenden, Vorrangspeisung einstellen	82		
12.5 Fracking: Risiken und Chancen erforschen, nicht ohne Bürgerbeteiligung	83		
12.6 Kernenergie: Alternativen erforschen. Bis dahin Laufzeitverlängerung	83		
13 Natur- und Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft	84		
13.1 Intakte Natur und gesunde Umwelt	86		
13.2 Unkontrollierten Ausbau der Windenergie stoppen	86		
13.3 Tiere sind fühlende Wesen	86		
13.4 Schächten	87		
13.5 Gentechnik	87		
13.6 Landwirtschaft: Mehr Wettbewerb. Weniger Subventionen	88		
13.7 Fischerei, Forst und Jagd: Im Einklang mit der Natur	88		
13.8 Flächenkonkurrenz: Nicht zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft	88		

Präambel.

MUS

MUT ZU DEUTSCHLAND. FREIE BÜRGER, KEINE UNTERTANEN.

**Wir sind Liberale und Konservative.
Wir sind freie Bürger unseres Landes.
Wir sind überzeugte Demokraten.**

Zusammengefunden haben wir uns als Bürger mit unterschiedlicher Geschichte und Erfahrung, mit unterschiedlicher Ausbildung, mit unterschiedlichem politischen Werdegang. Das geschah in dem Bewusstsein, dass es an der Zeit war, ungeachtet aller Unterschiede, gemeinsam zu handeln und Verantwortungsbewusst zu tun, wozu wir uns verpflichtet fühlen. Wir kamen zusammen in der festen Überzeugung, dass die Bürger ein Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse glaubt, uns als „alternativlos“ zumuten zu können.

Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen. Ebenso wollten wir nicht länger hinnehmen, dass durch das Regime der EURO-Rettung längst überwundene Vorurteile und Feindseligkeiten zwischen den europäischen Völkern neu aufbrechen. Daher haben wir uns dafür entschieden, Deutschland und seinen Bürgern in allen Bereichen eine echte politische Alternative zu bieten.

Als freie Bürger treten wir ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Föderalismus, Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur. Denn Demokratie und Freiheit stehen auf dem Fundament gemeinsamer kultureller Werte und historischer Erinnerungen. In der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren wir mit unserem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa souveräner demokratischer Staaten zu schaffen, die einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.

Unsere Ziele werden Wirklichkeit, indem wir den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen, so wie es der im Grundgesetz geregelte Amtseid aller Regierungsmitglieder vorsieht:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wahren, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

**In diesem Sinne geben wir uns
das nachfolgende Grundsatzprogramm.**

 KAPITEL 1

Demokratie und Grundwerte

WU

DEMOKRATIE UND GRUNDWERTE

Wir wollen Deutschland reformieren und an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen, die erst zu seinem Wirtschaftswunder und dann zu seinem jahrzehntelangen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt haben.

Deutschlands Staatsapparat hat inzwischen ein ungutes Eigenleben entwickelt. Die Machtverteilung entspricht nicht mehr den Grundsätzen der Gewaltenteilung. Zudem ist der öffentliche Sektor über sachgerechte Grenzen hinausgewuchert. Die staatlichen Organe wieder an ihren Auftrag zu binden und den Staat an seine Kernaufgaben zu erinnern, ist wesentlicher Teil unserer Politik.

Spätestens mit den Verträgen von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007) hat sich die unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt.

Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat.

Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.

1.1 Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen. Wir wollen dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen. Dieses Recht würde in kürzester Zeit präventiv mäÙigend auf das Parlament wirken und die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen nachhaltig eindämmen. Zudem würden die Regelungsinhalte sorgfältiger bedacht, um in Volksabstimmungen bestehen zu können. Auch Beschlüsse des Parlaments in eigener Sache, beispielsweise über Diäten oder andere Mittelzuweisungen, würden wegen der Überprüfungsmöglichkeit der Bürger maßvolle Inhalte haben. Gesetzesinitiativen aus dem Volk haben eigene Gesetzesvorlagen zum Gegenstand und können durch die Stimmbürger angestoßen werden.

Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Das Volk muss das Recht haben, auch initiativ über Änderungen der Verfassung selbst zu beschließen. Besonders der Abgabe nationaler Souveränität an die EU und andere internationale Organisationen über die Köpfe der Bürger hinweg ist hierdurch der Riegel vorgeschoben.

Das deutsche Volk ist ebenso mündig wie das der Schweizer, um ohne Einschränkung über jegliche Themen direkt abzustimmen. Eine natürliche Schranke ergibt sich durch Grundsätze des Völkerrechts.

Die Schweizer Erfahrung belegt, dass sich die Bürger gemeinwohlorientierter verhalten als Berufspolitiker, selbst wenn Eigeninteressen damit kollidieren. Macht- und interessengetriebene Entscheidungen sind eher in rein repräsentativen Demokratien zu beobachten.

Abstimmungsfragen finanzieller Natur sind ausdrücklich erlaubt. Deutschland steht in einigen gesellschaftlichen Themen vor elementaren politischen Weichenstellungen. Die Verantwortung hierfür kann und darf keine Regierung ohne eine unmittelbare Befragung der Bürger übernehmen. Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD deshalb nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen.

1.2 Schlanker Staat für freie Bürger

Der Staat ist für den Bürger da, nicht der Bürger für den Staat. Nur ein schlanker Staat kann daher ein guter Staat sein. Erforderlich ist ein vom Staat garantierter Ordnungsrahmen, in dem sich die Bürger frei entfalten können.

Die ständige, vielfach ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben stößt an finanzielle und faktische Grenzen. Sie bedroht inzwischen den Kerngehalt der elementaren Freiheitsrechte der Bürger. Der Staat hat sich verzettelt. Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.

Aufgaben jenseits dieser vier Kerngebiete bedürfen besonderer Rechtfertigung. Wir wollen prüfen, inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können. Die gewaltige demografische Problemlage, die uns in Deutschland bevorsteht, wird uns zu einem veränderten Staatsverständnis zwingen.

Grundlage unserer politischen Überzeugungen ist ein differenziertes Menschenbild, das sich der Freiheitschancen, aber auch der Gefährdungen des Menschen stets bewusst

bleibt. Wir glauben nicht an die Verheißungen politischer Ideologien oder an die Heraufkunft eines besseren, eines ‚Neuen Menschen‘. Eine Geschichtsphilosophie, die von einer Höherentwicklung der individuellen menschlichen Moral ausgeht, halten wir für anmaßend und gefährlich.

Die geschichtliche Entwicklung bleibt ungeschlossen und offen für überraschende Wendungen und Aufbrüche, aber auch für Krisen und Katastrophen. Insofern wird es auch niemals ein ‚Ende der Geschichte‘ geben, also eine Situation, in der Politik gänzlich aufhört und das Ringen um den richtigen politischen Weg überflüssig wird. Freiheit, Stabilität und wirtschaftliches Wohlergehen müssen in jeder Generation aufs Neue errungen und gesichert werden.

Eine realistische Politik sollte sich der Unvollkommenheit und Vorläufigkeit ihrer möglichen Ergebnisse stets bewusst bleiben. Sie sollte einkalkulieren, dass kein noch so kluger politischer Akteur eine vollständige Kenntnis der Bedingungen und Möglichkeiten seines Handelns erlangen kann. Die auf vielen Politikfeldern durch die etablierten Parteien propagierte Alternativlosigkeit vermeintlicher Sachzwänge halten wir für in hohem Maße demokratie- und rechtsstaatsgefährdend.

Rechtsstaatsprinzip und Vertragstreue sowie demokratische Legitimation haben für uns Vorrang vor kurzfristigem Aktionismus und wahlwirksamer Effekthascherei. Als ‚Partei des gesunden Menschenverstandes‘ setzen wir auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger. Richtschnur unseres Handelns ist die Grundüberzeugung, dass die Bürger das politische Geschehen so weit wie möglich selbst bestimmen können sollen.

1.3 Die Gewaltenteilung gewährleisten

Der Staat Bundesrepublik Deutschland ist nach der deutschen Verfassungstradition von 1848, 1871 und 1919 im Grundgesetz von 1949 als Rechtsstaat mit Gewaltenteilung angelegt. Die Gewaltenteilung - eine staatstheoretische Grundlage jeder modernen Demokratie - ist jedoch durch zahlreiche einfachgesetzliche Regelungen erheblich beeinträchtigt. Es geht dabei im Kern um die wechselseitige Kontrolle der legislativen, exekutiven und judikativen Funktionen eines Staates. Ihr Ziel ist es, überbordende unkontrollierte Ausübung von Staatsgewalt zu verhindern. Minister als Abgeordnete in Parlamenten, welche die Exekutive kontrollieren sollen, und ehemalige Politiker auf Richterstühlen sind mit dem urdemokratischen Konstruktionsprinzip der Gewaltenteilung nicht vereinbar. Das gleiche gilt für parteipolitische Netzwerke, sofern diese über persönliche Beziehungen der Amts- und Funktionsträger die wechselseitige Machtkontrolle der Gewalten behindern oder aushöhlen.

1.4 Trennung von Amt und Mandat

Der schwerwiegendste Verstoß gegen die Gewaltenteilung findet derzeit dadurch statt, dass die Exekutive (vollziehende Gewalt) als Regierung nicht von der Legislative (gesetzgebende Gewalt, Parlament) personell getrennt ist. Die AfD will hier gegensteuern. Jeder Beamte muss beim Eintritt in ein deutsches Parlament - dem Prinzip der Gewaltenteilung folgend - sein Beamtenverhältnis ruhen lassen. Jedoch ausgerechnet bei den Spitzen der Exekutive ist dieses Prinzip ausgesetzt. Wer Parlamentarier ist, soll in Zukunft nicht mehr Teil der Exekutive sein dürfen und umgekehrt. Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister sind ersatz-

los abzuschaffen. Minister, Kanzler und Ministerpräsidenten sollen nicht mehr zugleich Parlamentsmitglieder sein. Die Funktionen von „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung sind ebenfalls abzuschaffen, von Ministerialdirektoren bis hin zu Polizeipräsidenten. Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig und loyal zu sein. Beamten- und Richterstellen sind nach Qualifikation und fachlicher Leistung zu besetzen (Artikel 33 Absatz 2 GG). Die „Parteibuchwirtschaft“ muss beendet werden. Ämterpatronage ist unter Strafe zu stellen.

1.5 Macht der Parteien beschränken

Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21 Abs. 1 GG), es aber nicht beherrschen. Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der gesellschaftsschädigenden Politischen Korrektheit und des Meinungsdikts in allen öffentlichen Diskursen. Nur direkt-demokratische Entscheidungen des Volkes können die Parteien wieder in das demokratische System integrieren. Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatäre der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der politischen Partei, der sie angehören. Von ihr erhalten sie ihre Wahlchancen und ihre Wahl sichert typischerweise ihren Lebensunterhalt. Mit dieser Abhängigkeit von der Partei geht die Entfremdung vom Wähler einher.

1.5.1 Parteienfinanzierung dem Verfassungsrecht anpassen

Die Parteienfinanzierung muss verfassungskonform auf einen angemessenen Umfang begrenzt werden. Bis 1959 gab es in der Bundesrepublik keine staatliche Finanzierung der Parteien. Ab 1959 wurde das Institut der sogenannten Wahlkampfkostenerstattung geschaffen. Inzwischen ist durch das Parteiengesetz ein Finanzierungssystem unter dem Begriff der „staatlichen Teilfinanzierung“ entstanden. Danach haben die Parteien einen rechtlichen Anspruch auf jährlich wiederkehrende Zahlungen. Diese betragen im Jahr 2015 159,2 Millionen EURO. Zusätzlich haben die Abgeordneten der Parlamente Ansprüche auf Mitarbeiterpauschalen, zum Beispiel jeder Bundestagsabgeordnete auf 20.000 EURO pro Monat. In 2015 bedeutet dies allein für den Bundestag jährliche Kosten in Höhe von 172 Millionen für ca. 7.000 Mitarbeiter. Darüber hinaus werden ohne gesetzliche Grundlage den Fraktionen des Bundestages Finanzmittel zur Verfügung gestellt für sogenannte wissenschaftliche Beratung, in 2015 in Höhe von 83 Millionen EURO. Ohne direkten Zusammenhang zum Parteigeschehen gibt es noch die juristische Konstruktion sogenannter parteinaher Stiftungen. Dabei handelt es sich um Vereine, die durch jährliche Direkt-Zuweisungen aus Mitteln des Bundeshaushaltes finanziert werden, im Jahr 2015 in der Grundförderung mit 95 Millionen EURO.

Insgesamt handelt es sich bei dem derzeitigen System der Parteienfinanzierung um ein weitgehend verdecktes System, bei dem den Parteien ein Vielfaches der Mittel zufließt, welche im Parteiengesetz eigentlich als Höchstbetrag festgelegt sind. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsge-

richtes sind sowohl die Form dieser Finanzierung wie die Höhe der fließenden Mittel als verfassungswidrig einzustufen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen EURO aus, also das Vierfache der eigentlichen – verfassungsgerichtlich gedeckelten – Parteienfinanzierung.

Die AfD will, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt wird. Oberster Maßstab für die Neuregelung ist eine transparente und summenmäßig begrenzte Zuschuss-Finanzierung ausschließlich an die Parteien nach Maßstäben der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes. Alle Mittel der Parteienfinanzierung sind entgegen derzeitiger Praxis der unbeschränkten Kontrolle der Rechnungshöfe zu unterwerfen. Die Feststellungen des Rechnungshofes sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Unabdingbar ist auch eine restriktive und Korruption vermeidende Neuordnung der Spendenregelungen. Ferner soll den deutschen Parteien die Beteiligung an Unternehmen sowie die Annahme von Firmen-Spenden verboten werden.

1.5.2 Freie Listenwahl und freies Mandat

Die politische Klasse Deutschlands hat das Wahlrecht und die Wahlverfahren im Laufe der Zeit immer trickreicher ausgenutzt und angepasst, um den Einfluss des Volkes zu minimieren. Mit der nach Grundgesetz und Bundeswahlgesetz deklarierten Personenwahl ist es nicht weit her. Dem Wähler werden starre Wahllisten der Parteien zum Ankreuzen vorgelegt. Die Erststimme hat auf die konkrete personelle

Besetzung des Parlaments eine nur geringe Auswirkung. In Wahrheit wird über die „sicheren Listenplätze“ die Zusammensetzung der Parlamente durch die Parteien gesteuert.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgibt und das „Freie Mandat“ der Abgeordneten stärken soll. Wir treten für die „freie Listenwahl“ bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, mit der Möglichkeit des Kumulierens, Panaschierens und Streichens von Kandidaten.

Die AfD will zudem künftig die Erringung eines Abgeordnetenmandates an eine festgesetzte Soll-Zahl von Wählerstimmen knüpfen. Im Falle einer niedrigen Wahlbeteiligung bedeutet dies eine Verkleinerung der Parlamente.

1.5.3 Verkleinerung des Bundestages

Wir dringen ferner auf eine deutliche Verkleinerung des Bundestages und der Länderparlamente. Eine Reduzierung der Zahl von derzeit etwa 2.500 Parlamentariern und der mit dieser einhergehenden Verwaltung würde zu einer enormen Kosteneinsparung und Erhöhung der Arbeitsqualität führen. Ein Bundestagsabgeordneter vertritt etwa 128.000 Einwohner, in den USA beträgt das Verhältnis im Vergleich 1:600.000. Für den Bundestag erachten wir die vom Bund der Steuerzahler vorgeschlagene Zahl von 471 Parlamentariern als Obergrenze für völlig ausreichend.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgibt und das „Freie Mandat“ der Abgeordneten stärken soll. Wir treten für die „freie Listenwahl“ bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, mit der Möglichkeit des Kumulierens, Panaschierens und Streichens von Kandidaten.

1.5.4 Wider das Berufspolitikertum: Amtszeit begrenzen

Die sich fortsetzende Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen dem Volk und der sich herausgebildeten politischen Klasse vergrößert. Vetterwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und verwerflicher Lobbyismus sind die Folge.

Die Amtszeitbegrenzung von Mandatsträgern kann dieser gesellschaftsschädigenden Entwicklung entgegenwirken und das Machtmonopol der Parteien beschneiden. So können wir unser Ideal des Bürgerabgeordneten wiederherstellen.

Konkret fordern wir eine Amtszeitbegrenzung für Abgeordnete auf höchstens vier Legislaturperioden. Diese Regelung gilt nicht für direkt gewählte Abgeordnete.

1.5.5 Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk

Derzeit wird der Bundespräsident in der Bundesversammlung vorgeschlagen und gewählt. Diese besteht zur einen Hälfte aus den Mitgliedern des Bundestages und zur anderen Hälfte aus Mitgliedern, die aus den Parlamenten der Bundesländer nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wurden. Die Auswahl des Kandidaten findet hinter verschlossenen Türen durch Absprachen der Parteien statt. Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und parteiunabhängiger zu machen, bedarf es einer Änderung des Art. 54 des Grundgesetzes für die Direktwahl durch das Volk.

1.6 Lobbyismus eindämmen

Wir wollen, dass Bundestagsabgeordnete ihre Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Der überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden.

Die Nebentätigkeiten der Abgeordneten haben ein für unsere Demokratie bedrohliches Ausmaß angenommen. Der Umfang der Nebentätigkeiten vieler Abgeordneter führt zwangsläufig zu Abstrichen bei ihrer parlamentarischen Aufgabenerledigung. Viele Abgeordnete nutzen ihr politisches Mandat, um sich lukrative Nebentätigkeiten zu beschaffen mit dem Ziel der persönlichen Bereicherung.

Der größte Schaden für unsere Demokratie jedoch entsteht dadurch, dass ein Großteil der Nebentätigkeiten im Dunstkreis des Lobbyismus oder gar der Korruption anzusiedeln ist. Aus guten demokratischen Gründen wollen wir die Regelungen der Nebentätigkeiten für Parlamentarier und zur Abgeordnetenbestechung deutlich verschärfen. Abgeordnete dürfen ausschließlich eine früher ausgeübte Tätigkeit in angemessenem Umfang fortführen. Die AfD legt bereits heute im § 19 Absatz 2 der Satzung für ihre eigenen Mitglieder der strenge Regelungen fest. Ferner setzen wir uns für ein Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten ein, das vorbildlichen Regelungen anderer Demokratien standhält. Das Ziel ist, den Lobbyismus zu kontrollieren, die Transparenz der Nebentätigkeiten herzustellen und die Arbeitsqualität des Parlaments zu sichern. Die Arbeit von Organisationen, die sich die Kontrolle des Lobbyismus zum Ziel gesetzt haben, begrüßen wir insoweit ausdrücklich.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und parteiunabhängiger vorzutreiben, fordern wir die Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk.

1.6.1 Private Rentenvorsorge für Parlamentarier

Ebensolchen Reformbedarf sehen wir bei der Altersversorgung der Bundestagsabgeordneten. Sie haben sich ein Pensionssystem geschaffen, das keine eigenen Beitragsleistungen vorsieht. Nach einem halben Arbeitsleben (27 Jahre) haben die Parlamentarier bereits den Maximalanspruch von derzeit 6.130 EURO erreicht, im Vergleich hierzu erhält ein Arbeitnehmer mittleren Einkommens nach 43 Berufsjahren und jahrelanger Rentenbeitragszahlungen eine Bruttomonnatsrente von unter 1.200 EURO. Die AfD möchte das kostspielige und den Steuerzahler übermäßig belastende Versorgungsmodell der Abgeordneten grundlegend reformieren und z. B. die Parlamentarier auf eine private Rentenvorsorge verweisen.

1.6.2 Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die – ebenso gemeinwohlschädigende – Steuerverschwendung straffrei. Skandalöse Baukostenüberschreitungen, unsinnige Beschaffungsmaßnahmen und verschwenderische Prestige-Projekte von Amtsträgern und Behördenleitern bleiben aufgrund der gegenwärtigen Rechtslage weitgehend straffrei. Die AfD will einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen. Die Regelung soll die Rechte der Steuerzahler stärken und die Bestrafung von groben Fällen der Steuergeldverschwendung durch Staatsdiener und Amtsträger ermöglichen.

 KAPITEL 2

Europa und Euro

WU

EUROPA UND EURO

Die große Vielfalt der verschiedenen nationalen und regionalen kulturellen Traditionen macht das Besondere unseres Kontinents aus.

Wir sind dagegen, die EU in einen zentralistischen Bundesstaat umzuwandeln. Stattdessen treten wir dafür ein, die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben.

Wir lehnen die „Vereinigten Staaten von Europa“ ebenso ab wie eine EU als Bundesstaat, aus der kein Austritt mehr möglich ist. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet.

Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht verwirklichen lassen, streben wir einen Austritt Deutschlands oder eine demokratische Auflösung der Europäischen Union und die Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an.

2.1 Ein Europa der Vaterländer

Wir stehen für die Freiheit der europäischen Nationen von fremder Bevormundung. Rechtsstaatliche Strukturen, wirtschaftlicher Wohlstand und ein stabiles, leistungsgerechtes Sozialsystem gehören in die nationale Verantwortung.

Wir unterstützen Strukturreformen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Staaten zu stärken, wenden uns jedoch entschieden gegen eine Transferunion und zentralistische Tendenzen.

Die Politik in Europa ist durch eine schleichende Entdemokratisierung gekennzeichnet, die EU ist zu einem undemokratischen Konstrukt geworden, dessen Politik von demokratisch nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet wird. Damit die Staaten Europas wieder zu Leuchttürmen für Freiheit und Demokratie in der Welt werden können, ist eine grundlegende Reform der EU erforderlich.

2.2 Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgeben

Die politischen Eliten haben mit dem Vertrag von Maastricht 1992 und besonders mit dessen Veränderung in Lissabon 2007 den Versuch unternommen, die EU unumkehrbar zu einem Staat fortzuentwickeln. Dies geschah trotz der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden von 2005. In beiden Ländern hatten die Bürger den sogenannten Verfassungsvertrag zur Gründung eines europäischen Großstaates abgelehnt. Die politische Führung der großen EU-Länder will dieses Projekt jedoch gegen den offenkundigen Mehrheitswillen der Völker in der EU auf Bie-

gen und Brechen durchsetzen. Wir fordern im Gegenteil das Subsidiaritätsprinzip konsequent beizubehalten und Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückzugeben.

Die Vision eines europäischen Großstaates läuft zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-Einzelstaaten, mit den sie tragenden Völkern, ihre nationale Souveränität verlieren. Aber nur die nationalen Demokratien, geschaffen durch ihre Nationen in schmerzlicher Geschichte, vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume zu bieten. Nur sie ermöglichen größtmögliche individuelle und kollektive Freiheitsrechte. Nur sie können diese hinreichend sichern. Die Versprechen, durch multinationale Großstaaten und internationale Organisationen einen Ersatz für funktionierende demokratische Nationalstaaten zu schaffen, werden nicht eingehalten und sind nicht einhaltbar. Es handelt sich dabei um ideengeschichtlich alte Utopien. Sie zu realisieren, hat stets großes Leid über die Menschen gebracht. Stabile demokratische Nationalstaaten sind das Fundament einer friedlichen Weltordnung. Internationale Organisationen ohne Staatscharakter, die auf freier Übereinkunft beruhen, können dabei hilfreich sein.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat im westlichen Europa über Jahrzehnte (1957 bis 1993) zu Frieden und Prosperität beigetragen. Doch die Europäische Union hat sich im Lauf der Jahre Kompetenzen angeeignet für die es in den europäischen Verträgen keine Grundlage gibt. Die zunehmende Zentralisierung von Hoheitsrechten und die Bestrebungen, einen europäischen Bundesstaat zu schaffen, sind irrational und nicht zukunftsfähig. Die Alternative für Deutschland lehnt diese Bestrebungen strikt ab.

Die politische Führung der europäischen Union hat sich gegen die Interessen der europäischen Völker zu einem Europa umgestaltet. Wir fordern, dass die Nationalstaaten erhalten und ihnen mehr Kompetenzen

Die Organe der EU, vor allem der Ministerrat, die EU-Kommission und das Parlament sind unzureichend demokratisch legitimiert. Dieser systembedingte Mangel sowie die „Bürgerferne“ der Amtsträger haben das Entstehen eines überbordenden Macht- und Verwaltungsapparates begünstigt.

2.3 Bündelung gemeinsamer europäischer Interessen

Die AfD spricht sich dafür aus, in der Außenpolitik gemeinsame europäische Interessen zu bündeln, ohne die Nationalstaaten in ihrer Souveränität, demokratischen Mitwirkung und Rechtsgestaltung einzuschränken. Eine formelle gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) lehnen wir ebenso ab wie einen gemeinsamen Europäischen Auswärtigen Dienst. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, die zwischenstaatliche Abstimmung unter den europäischen Partnerländern zu intensivieren und, wo möglich, gemeinschaftlich zu agieren.

Wir befürworten ein flexibles Netzwerk europäischer Staaten, an dem jeder europäische Staat jeweils nach seinen Möglichkeiten teilnehmen kann, wie dies zum Beispiel in der Westeuropäischen Union der Fall war. Beitritte nichteuropäischer Staaten sollten aus kulturellen und geographischen Gründen nicht in Betracht gezogen werden. So lehnen wir auch den Beitritt der Türkei zur EU ab.

In der Beziehung zu außereuropäischen Staaten sind die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands zu berücksichtigen.

2.4 Volksabstimmung über den EURO

Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden. Sollte sich der Bundestag dieser Forderung nicht anschließen, muss über den Verbleib Deutschlands im Währungsverbund eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

Die heutige EURO-Zone war schon immer, und lange vor ihrer politischen Planung in den 1990er Jahren, ein Gebiet mit wirtschaftlichen, währungspolitischen und kulturellen Unterschieden. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen hat es sich nicht für eine einheitliche, suprastaatliche Währungsunion geeignet und hätte über die Freihandelszone der EWG nicht hinausgehen dürfen. Die Einführung des EURO war von Anfang an ein rein politisches Projekt. Alle Warnungen von Ökonomen und Historikern wurden ignoriert. Seit 1999 waren die EURO-Wechselkurse der nationalen Währungen im heutigen EURO-Raum festgeschrieben, und es kam auch zu faktisch einheitlichen Zinssätzen. Damit waren den Ländern diese zwei marktwirtschaftlich zentralen, unabhängigen Korrektive genommen, die bis 1998 die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der EURO-Länder jahrzehntelang erfolgreich ausgeglichen hatten. Der notwendige Ausgleich von Produktivitätsunterschieden durch nominale Auf- und Abwertungen wird seitdem durch den EURO verhindert. Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Eurostaaten werden damit verringert. Die EURO-Zone ist daher seit vielen Jahren vom Durchschnitt des weltweiten Wirtschaftswachstums abgehängt. Dem Anspruch von Lissabon nach sollte sie die „dynamischste und innovativste Wirtschaftszone der Welt“ werden.

Nach inzwischen siebzehn Jahren der systembedingt erzwungenen, marktfernen Währungsregulierung ist die Gemeinschaftswährung ohne ständige massive Vermögensstransfers in solche EU-Staaten, die einer Währungsunion nicht gewachsen sind, nicht mehr überlebensfähig. Der gemeinsame EURO ist eine grundlegende Fehlkonstruktion. Die durch ihn hervorgerufenen Spannungen können schon seit Beginn der Target-Salden-Ausfuhrung 2008 und besonders seit Beginn der EURO-„Dauerrettung“ 2010 nur noch über interventionistische, rechtswidrige, permanente und weitgehend deutsche Kredithilfen und Haftungsübernahmen oder durch EZB-Käufe (EZB = Europäische Zentralbank) von im freien Markt nicht verkäuflichen Staatsanleihen aufrecht erhalten werden. Aber diese Hilfen mittels EFSF (Europäisches Finanzaufsichtssystem), ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), OMT (Geldpolitische „Outright“-Geschäfte), Target und Bankenunion behandeln nur die Symptome und kaufen Zeit, anstatt die Ursachen für die struktur- und kostenbedingte mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die nicht tragfähige Verschuldung vieler Mitgliedsstaaten zu beheben. Die Nehmerländer der „Rettungsaktivitäten“ werden durch viel zu niedrige Zinsen animiert, Kredite aufzunehmen, die sie in dieser Höhe von privaten Marktteilnehmern nie erhalten würden.

Auf diese Weise wird die in den EU-Verträgen limitierte Schuldentragfähigkeit dieser Länder mit unabsehbaren Folgen überspannt. Die Transferzahlungen verstärken bereits aufgebaute ökonomische und politische Spannungen zwischen den Geber- und Nehmerstaaten, so dass die Kosten, den EURO-Raum zu erhalten, seinen Nutzen inzwischen weit übersteigen und die europäischen Integrationsmög-

lichkeiten überdehnen. Schon mittelfristig sind die politisch-realen und gegen den Willen der Mehrheit der Bürger erzwungenen Dauertransfers keinesfalls durchzuhalten. Die Kredit- und Haftungsbeträge sind auch für den Hauptgaranten Deutschland zu groß.

Die suprastaatliche EURO-Rettungspolitik verletzt in der Praxis der Staatsanleihenmärkte permanent das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten (Art. 123 und 125 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union)). Gemäß Artikel 110 Grundgesetz sowie nach geltender Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Lissabon-Urteil vom 30.06.2009) gehört die Hoheit über Staatsausgaben zum „Kernbestand und unveräußerlichen Teil der staatlichen Souveränität“. EU, EZB und ESM greifen mit ihrer Rettungspolitik unzulässig in diese Souveränitätsrechte ein. Diese Politik bricht zudem alle den Wählern seit den 1990er-Jahren politisch und vertraglich gegebenen Versprechen, „niemals eine Haftung Deutschlands für Fremdschulden“ zuzulassen. Damit sind die wesentlichen Grundlagen der ursprünglichen deutschen Zustimmung zum Maastricht-Vertrag und zur EURO-Einführung entfallen.

Die EU-Politik, Hilfe an Bedingungen zu knüpfen, ist ungläubwürdig, weil es keinen Sanktionsmechanismus für ein Missachten der Auflagen gibt. Da die EURO-Zone den Fall einer Staatsinsolvenz nicht vorsieht, werden heute Kredite selbst dann nicht verweigert, wenn Auflagen für die Kreditvergabe nicht erfüllt sind. Damit sind die Geberländer immer erpressbar – ein gravierender Konstruktionsfehler der EU-Vertragspolitik.

► Das gemeinsame I
sare grundlegende
Publikanzitäten /
Währungsunion er
auch zwangsläufig
Schuldennutzen, w
das EUCO-Eksperte
geordnet zu beord
sollte sich der Bun
dieser Forderung
entschieden, muss
Vorläufig Deutschla
Währungsverbund
Willensbestimmung
durchgeführt werd

Der EURO beschädigt das hohe Gut des friedlichen Zusammenlebens der Völker, welche die Eurokratie in diese Schicksalsgemeinschaft gezwungen hat. Seine Installation führte zu Missgunst und Streit zwischen den Nationen. Da Krisenländer unter dem Dach der Einheitswährung gezwungen sind, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch reale, „interne Abwertungen“ und eine damit verbundene energische Sparpolitik („Austeritätspolitik“) wiederherzustellen anstatt dafür eigene Währungsspielräume auszunutzen, sind innereuropäische Spannungen eine systembedingte Folge des EURO.

Der EURO und die damit zusammenhängenden „Retungsmaßnahmen“ oder gar Vorschläge für eine „EU-Wirtschaftsregierung“ sind illegitime und illegale Eingriffe in die demokratischen Entscheidungsstrukturen der beteiligten Nationalstaaten. Die bereits derzeit aufgetürmten Haftungsrisiken in Höhe dreistelliger Milliardenbeträge waren zu keiner Zeit Gegenstand der Haushaltsberatungen nationaler Parlamente. Der EURO kann und darf als kontinentales Großexperiment nicht fortgeführt werden. Das Vermächtnis aus der Geschichte Europas ist der demokratische Rechtsstaat und ein friedliches Miteinander souveräner Staaten. Die Installation des EURO-Währungsraums ist geeignet, diese kulturellen Errungenschaften zu zerstören. Um dem vorzubeugen, muss das waghalsige Experiment unverzüglich abgebrochen werden.

Die AfD setzt sich dafür ein, die deutsche Mitwirkung an der wirtschaftlich und rechtlich falschen Fortsetzung dieser „Retungs“-Politik zu beenden und bei mangelnder Einsicht der Partnerstaaten aus dem EURO-Verbund auszutreten. Alternativ zum deutschen Austritt kann eine gemeinsame geordnete Auflösung angeboten werden. Die AfD geht dabei

von folgender Erkenntnis aus: Die Korrektur einer fast 20-jährigen Fehlentwicklung wird sehr schmerzhaft. Doch sie ist unvermeidbar, weil es unverantwortlich ist, in einem System zu verharren, in dem jeder weitere garantierte Kredit etwa für Griechenland mit absoluter Sicherheit verloren ist. Nach dem Grundsatz, wonach niemand schlechtem (da verlorenem) Geld gutes hinterherwirft, ist dieses Verhalten dringend geboten. Die mit diesem Ausstieg verbundenen einmaligen Kosten werden beherrschbarer und niedriger sein als die, welche ein Verbleiben im EURO-Verbund mit sich bringt. Jeder Aufschub einer solchen Problemlösung erhöht die Risiken.

Eine Bundesregierung mit AfD-Beteiligung muss das Recht in Anspruch nehmen, die Vereinbarungen über die EURO-Währungsunion zu kündigen und sich dabei auf den Fortfall der Geschäftsgrundlage bzw. Vertragsvereitelung zu berufen. Ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion ist aus nationalem und auch europäischem Interesse zwingend erforderlich. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Maastricht-Urteil (1993) konstatiert, dass einem Ausscheiden Deutschlands keine institutionellen Vorkehrungen entgegenstehen, wenn das Ziel einer Stabilitätsgemeinschaft verfehlt wird. Deutschland wird sehr deutlich machen, dass der Austritt nicht gegen die Partnerländer gerichtet ist, sondern dass es um die Korrektur der katastrophalen Fehlentwicklung des EURO zum Wohle aller Länder der EURO-Zone geht. Generell verlieren dann alle Vereinbarungen, die im Zusammenhang mit der Gemeinschaftswährung EURO stehen, für Deutschland ihre Gültigkeit. Der ESM vergibt sofort keine neuen Kredite mehr, die mit dem deutschen Anteil besichert sind, und er wird für Deutschland abgewickelt. Die anderen Rettungsmechanismen laufen für

Deutschland aus. Zahlungen in die aktuellen Rettungsinstrumente werden auf die konkret gegebenen Zusagen begrenzt.

2.5 Keine deutsche Haftung für ausländische Banken

Wir wenden uns gegen die fortschreitende europäische Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken aus Bankgeschäften. Die „Bankenunion“ ist ebenso wie die Konzentration der Bankenaufsicht bei der EZB ein weiterer Schritt in die Haftungs- und Transferunion über die bereits in der Währungsunion bestehenden Haftungsmechanismen hinaus. Leistungsfähige Staaten (wie Deutschland) sollen noch mehr für die politischen Verfehlungen anderer EU-Länder aufkommen. Damit können jene Staaten, die schon bisher ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele verfehlt haben, mit dieser Politik fortfahren; sie setzen dabei darauf, dass die nachteiligen Folgen ihrer Politik von der EU-Gemeinschaft getragen werden, vor allem von Deutschland. Praxis war dies bisher nur bei den Staatsfinanzen (Ausgleich der Defizite durch andere). Nunmehr sollen auch die kommunal verankerten Sparkassen, die Genossenschaftsbanken und die private Bankenwirtschaft dieser Umverteilung unterworfen werden, der Haftung aller für alle. Geplant ist dies unter den Stichworten „Bankenunion“ und „europäische Einlagenversicherung“.

Unter dem Dach der EZB ist bereits eine Aufsicht über alle betroffenen Banken geschaffen worden. Als Vorwand dient die Behauptung, Finanzkrisen und Kettenreaktionen durch einheitliche Beurteilungen besser abwehren zu können. In der Doppelrolle der intransparenten EZB sehen wir einen gravierenden Interessenkonflikt: Die Bank ist zugleich

Gläubigerin und Aufsichtsbehörde der von ihr abhängigen Geschäftsbanken. Wir treten dafür ein, die nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen; dieser Wirtschaftsbereich ist für ein reibungsloses Funktionieren unserer Volkswirtschaft lebenswichtig.

Deshalb verlangt die AfD, dass die deutschen Banken ihren Haftungsverbund auf die nationale Ebene begrenzen und wie bisher eigene Verbundlösungen schaffen können, die den unterschiedlichen Profilen der Banken Rechnung tragen. Diese Forderung nach Beschränkung der Bankenhaftung auf die nationale Ebene ist für die AfD nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen.

Die Bankenaufsicht muss vollständig in nationalen Händen liegen, unabhängig von vereinheitlichten EU-Standards. Die deutsche Bankenaufsicht sollte jederzeit in der Lage sein, Standards zur Eigenkapitalunterlegung von Geschäften aufzustellen und durchzusetzen.

Als Partei der sozialen Marktwirtschaft will die AfD erreichen, dass in letzter Konsequenz Insolvenzen von Banken ohne Beteiligung des Steuerzahlers möglich sind. Die Haftung für falsches oder zu riskantes Handeln von Banken darf nicht durch das Argument der „Systemrelevanz“ unterlaufen werden. Systemrelevante Banken müssen im Fall einer drohenden Insolvenz zunächst durch Verzehr des Eigenkapitals und dann durch Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital rekaptalisiert werden. Die fast unverzinslichen Sparguthaben und Girokontenbestände sind davon unter allen Umständen auszunehmen. Fremdkapitalgeber, Manager und

Die AfD verlangt, dass deutsche Banken in Fall von Zahlungsunfähigkeit die Haftung für die Verbindlichkeiten der Bank auf die nationale Ebene beschränken dürfen. Deutsche Sparkassen werden nicht dazu verpflichtet, um im Ausnahmefall vorhandene Einlagen auszusichern.

Gesellschafter der Banken müssen vor Spareinlegern oder gar Steuerzahlern in Haftung treten. Handlung und Haftung müssen beieinander bleiben.

Die derzeitigen Eigenkapitalvorschriften für das Bankwesen führen mittelfristig unweigerlich zu einer weiteren Eskalation der Bankenkrise. Deshalb fordern wir, dass Banken auch für Staatsanleihen entsprechend dem realen Risiko Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten. Es ist untragbar, dass Griechenland-Anleihen mit einem geringeren Risiko bewertet werden als Kredite für den deutschen Mittelstand. Ferner halten wir eine deutlich erhöhte Eigenkapitalquote für Banken, Hedgefonds und „Schattenbanken“ für unerlässlich.

Bis zum Austritt aus dem Eurowährungsverbund sind die Target-2-Salden, also die Salden der nationalen Notenbanken gegenüber der EZB, einmal im Jahr auszugleichen. Auch die Kreditvergabe an Staaten wird wieder mit Sicherheiten unterlegt. Dies können auch Bodenschätze oder Rechte an ihnen sein.

 KAPITEL 3

Innere Sicherheit und Justiz

INNERE SICHERHEIT UND JUSTIZ

Wir wollen den Rechtsstaat stärken und dem Recht wieder zur Durchsetzung verhelfen. Erstens müssen sich die Bürger auf das Recht und ihr Recht verlassen können. Zweitens müssen sich die Organe und Institutionen des Staates wieder an das Recht halten. Vor einem Staat, der das Recht mit Füßen tritt, sind auch die Bürger nicht sicher.

Die Einhaltung des Rechts ist die Grundvoraussetzung für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Sie ist eine Kernaufgabe unseres Staates. Sie garantiert ein friedliches Zusammenleben der Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Sie ist Voraussetzung für unsere Freiheit, für Wohlstand und Demokratie.

Die Innere Sicherheit in Deutschland nimmt immer mehr ab. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Um die Lage zu verbessern, sind Veränderungen bei Polizei und Justiz erforderlich. Auch sind deren Eingriffsmöglichkeiten an die Herausforderungen anzupassen sowie nicht zuletzt diejenigen Ursachen zu bekämpfen, die zu erhöhter Kriminalitätsbelastung geführt haben und voraussichtlich auch weiter führen werden.

Die AfD fordert daher einen „sicherheitspolitischen Befreiungsschlag“, um den Schutz der Bürger an erste Stelle zu setzen. Andere Belange haben sich dem unterzuordnen. Wir wollen einen klaren Systemwechsel hin zu Behörden, die zum maximalen Schutz der Bürger in der Lage sind: Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung. Wir wollen den Sicherheitsbehörden bessere und moderne Vorschriften geben.

3.1 Polizei stärken und Strafrecht verbessern

Die Polizei ist ausgezehrt: Jahrelange so genannte „Polizeireformen“ haben zu einem deutlichen Personalabbau geführt. Dies führte in allen Bereichen zu unzumutbaren und unverantwortlichen Mangelsituationen. Daher sind, um sie zu beheben, die Stellenpläne im erforderlichen Maß aufzustocken und die Ausrüstung auf den modernsten Stand zu bringen. Vor allem im IT-Bereich sollten in Bund und Ländern einheitliche Standards gelten. Zur besseren Evaluierung ist eine Kriminalstatistik ohne politische Vorgaben als möglichst getreues Abbild der Realität zu erstellen und durch eine Dunkelfeldstudie zu ergänzen.

Die AfD setzt sich für eine schnelle Verbesserung der Justizorganisation, für eine Wiederherstellung unseres Rechtssystems und für einen effektiven Rechtsschutz der Bürger ein. Die Justiz muss in allen Bereichen wieder schneller und zuverlässiger arbeiten.

Vor dem Hintergrund der steigenden Brutalität jugendlicher Krimineller und der gravierenden Problematik jugendlicher Intensivtäter halten wir es für wichtig und zweckmäßig, auf volljährige Täter das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden und das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre zu senken. Der Staat muss durch die konsequente Bestrafung schwerer Delikte Signale der Warnung und Prävention aussenden sowie den verloren gegangenen Respekt bei diesen jugendlichen Serientätern wiederherstellen.

Wir sind dafür, das Anordnen der Untersuchungshaft schon dann möglich zu machen, wenn der dringende Tatverdacht eines Verbrechens im Sinne des § 12 Abs. 1 StGB besteht.

Die Strafrechtspflege hat derzeit mit einer Strafprozessordnung zu arbeiten, die noch aus dem 19. Jahrhundert stammt. Sie ist personell zu stärken, die Verfahren sind durch geeignete Verfahrensmaßnahmen zu beschleunigen, doch dabei sind selbstverständlich die verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein faires Verfahren zu wahren. Die Möglichkeiten des Strafbefehlsverfahrens sind ebenso wie die des beschleunigten Strafverfahrens zu verbessern. Das Rechtsmittelsystem ist so zu gestalten, dass zügigere Entscheidungen möglich werden, indem insbesondere Urteilsaufhebungen und Zurückweisungen zur Neuverhandlung abgeschafft werden.

3.2 Weisungsfreie Staatsanwälte, unabhängige Richter und parteifreie Rechnungshöfe

Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf das Ernennen von Richtern und Staatsanwälten beenden und für die Zukunft ausschließen. Auch wollen wir die Praxis ändern, dass die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden und im Einzelfall dem Justizminister berichtspflichtig ist. Die Unabhängigkeit der dritten Gewalt muss durch eine Selbstverwaltung der Justiz ausgebaut werden, wie es in vielen anderen europäischen Ländern bereits üblich ist. Wir unterstützen daher den Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes, einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat einzurichten. Insbesondere die Verfassungsgerichte und Rechnungshöfe sind vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen.

► Wir wollen die Polizei stärken, um die Zahl der Straftaten zu senken, die Verbrechen effektiv bekämpfen. Vor dem Hintergrund steigender Brutalität jugendlicher Kriminalität sollen Täter ab volljährigem Alter das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden und das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre zu senken.

3.3 Angriffe auf Amtspersonen härter bestrafen

Der immer mehr um sich greifenden Aggressivität gegen Amtspersonen im weiteren Sinne (Polizeibeamte, Feuerwehrangehörige und sonstige Rettungskräfte) ist dadurch zu begegnen, dass tätliche Angriffe auf diesen Personenkreis mit einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten zu ahnden sind. Hierzu sehen wir auch einen neuen Straftatbestand als erforderlich an, der Polizisten auch dann vor Angriffen besonders schützt, wenn diese Angriffe anlasslos erfolgen.

3.4 Opferschutz statt Täterschutz

Statt den Täterschutz immer weiter ausufern zu lassen, wollen wir den Fokus wieder darauf richten, den Opferschutz sachorientiert zu verbessern.

Nicht therapierbare alkohol- und drogenabhängige sowie psychisch kranke Täter, von denen erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, sind nicht in psychiatrischen Krankenhäusern, sondern in der Sicherheitsverwahrung unterzubringen.

Lockerungen und Urlaube im Strafvollzug dürfen nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft möglich sein.

Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade im Bereich der Gewalt- und Drogenkriminalität begegnet derzeit nur halbherzigen ausländerrechtlichen Maßnahmen, insbesondere können sich ausländische Kriminelle sehr häufig auf Abschiebungshindernisse berufen und sind auf diese Weise vor Abschiebung sicher. Die Ausweisungsvoraussetzungen sind herabzusetzen und das Ausweisungsverfahren ist zu

strafen, indem die Strafgerichte die Ausweisung von Kriminellen schon zugleich mit dem Strafurteil aussprechen.

Ferner sind gesetzliche Abschiebungshindernisse zu entschärfen. Außerdem sind durch Vereinbarung mit ausländischen Staaten Aufnahmekapazitäten für sonst nicht abschiebbare Personen außerhalb Deutschlands zu schaffen, ggf. muss für gefährliche Kriminelle Sicherungshaft verhängt werden können. Wir fordern, die Einbürgerung Krimineller zuverlässig zu verhindern, den Anspruch auf Einbürgerung abzuschaffen, den früheren Status Quo des Abstammungsprinzips (galt bis 2000) wieder einzuführen sowie den Verlust der Staatsbürgerschaft bei bestimmten Tatbeständen im Rahmen geltenden Rechts zu forcieren.

3.5 Waffenrecht muss nicht verschärft werden

Ein liberaler Rechtsstaat muss seinen Bürgern vertrauen. Er muss es nicht nur ertragen können, dass Bürger legal Waffen erwerben und besitzen, sondern muss die Handlungsfreiheit seiner Bürger bewahren und freiheitsbeschränkende Eingriffe minimieren.

Die AfD widersetzt sich jeder Einschränkung von Bürgerrechten durch ein Verschärfen des Waffenrechts. Die Kriminalisierung von Waffenbesitz schreckt Täter nicht ab, sondern macht Opfer wehrloser. Eine Verschärfung des Waffenrechts wird nicht verhindern, dass Terroristen und andere Verbrecher illegal Waffen erwerben, mit ihnen handeln und sie nutzen. Ein strengeres Waffenrecht wäre ein weiterer Schritt in die Kriminalisierung unbescholtener Bürger und in den umfassenden Überwachungs- und Bevormundungsstaat.

Ausländische Straftäter müssen viel schneller abschieben

3.6 Kein Datenschutz für Täter

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist für uns ein wichtiges Gut. Die Grundsätze des Datenschutzes müssen gewährleistet werden. Gleichwohl ist zu überprüfen, ob die Sicherheit der Bürger sowie von Wirtschaft und Industrie vor Spionage bei dieser Frage angemessen berücksichtigt wird. Im Zweifel ist das Recht der Bürger auf Sicherheit höher zu bewerten als das eines Straftäters auf informationelle Selbstbestimmung. Bei der Implementierung von Datenschutzmaßnahmen ist immer der Mehraufwand für die Ermittlungspersonen und die Justiz zu berücksichtigen und sinnvoll abzuwägen. Ziel muss es sein, die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bürger zu verbessern. In der Vergangenheit hat ein ideologisch motiviertes übertriebenes Maß an Datenschutzmaßnahmen die Sicherheitsbehörden gelähmt und unverhältnismäßig bürokratisiert. Die Folge ist mangelnde Sicherheit für rechtschaffene Bürger und Datenschutz für Täter. Die Grundsätze des Zeugnisverweigerungsrechtes aus beruflichen und persönlichen Gründen bleiben unberührt.

3.7 Organisierte Kriminalität nachhaltig bekämpfen

Die organisierte Kriminalität (OK) muss nachhaltiger bekämpft werden. Dazu gehört, Gewinne aus Straftaten besser abzuschöpfen und folgerichtig die bereits bestehenden rechtlichen Instrumente des Verfalls und der Einziehung besser zu nutzen. Die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer. Sie auszuweisen, muss vereinfacht werden. Deshalb ist für diesen Personenkreis bei entsprechendem Verdacht die OK-Zugehörigkeit als Ausweisungsgrund einzuführen.

3.8 Zivil- und Fachgerichte sind ein Standortfaktor

Eine leistungsfähige Justiz im Zivil- und Arbeitsrecht wie auch sonst in der Fachgerichtsbarkeit (z.B. Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit) stellt einen wichtigen Standortvorteil für die Entscheidungen der Privatwirtschaft dar. Zügig und effizient hergestellte Rechtssicherheit macht Deutschland als Wirtschaftsstandort attraktiv. Bessere personelle wie sachliche Ausstattung der Gerichte ist hierfür unverzichtbar und daher zu stärken. Die AfD fordert, das Rückwirkungsverbot einzuhalten und wendet sich konsequent gegen echte und unechte Rückwirkung.

3.9 Deutsche Grenzen schützen

Die Alternative für Deutschland betrachtet den bloßen Schutz der europäischen Außengrenzen als unzureichend und fordert den Aufbau eines flächendeckenden deutschen Grenzschutzes unter dem Dach der Bundespolizei. An Deutschlands Außengrenzen sollen wieder betriebsbereite Grenzübergangsstellen bereitstehen, die je nach Gefährdungslage jederzeit in Betrieb genommen werden können. Zum Schutz der grünen Grenze sollen nach österreichischem Vorbild Bundeswehrangehörige herangezogen werden können, sowie gegebenenfalls Schutzzäune oder ähnliche Barrieren errichtet werden.

 KAPITEL 4

Außen- und Sicherheitspolitik



AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Die Bundesrepublik verfolgt eine orientierungslose Anpassungspolitik. Dies führt dazu, dass zunehmend andere Staaten und Institutionen die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen und steuern. Sicherheitspolitische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit in Deutschland und Europa sind erodiert. Deswegen ist Deutschland zunehmend auf den Schutz und die Unterstützung von Bündnispartnern, besonders der USA, angewiesen und kann eigene Interessen nicht angemessen vertreten.

Die AfD tritt deshalb dafür ein, zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eine langfristige ressortübergreifende Gesamtstrategie zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei müssen die nationalen Interessen und das Wohl des deutschen Volkes im Mittelpunkt stehen.

Als eine der großen Wirtschaftsnationen liegt es im deutschen Interesse, zu allen Staaten gute Beziehungen zu entwickeln und zu pflegen. In internationalen Bündnissen und Organisationen mitzuwirken, ist ein Grundpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Zusammenarbeit wird durch zwischenstaatliche Kooperationen ergänzt.

4.1 Vereinte Nationen reformieren

Die Vereinten Nationen sind für Fragen der Sicherheit und des Friedens in der Welt unverzichtbar. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Deutschland als aktives Mitglied der Vereinten Nationen beim Lösen und Bewältigen internationaler Konflikte eine aktive und konstruktive Rolle spielt. Ziel muss es sein, internationale Krisenherde diplomatisch zu entschärfen, um humanitäre Katastrophen und den Verlust der Heimat von Bevölkerungsgruppen zu vermeiden, auch um unkontrollierten Wanderungsbewegungen in Richtung Europa entgegenzuwirken. Wir treten dafür ein, sich in innere Angelegenheiten anderer Staaten nicht einzumischen. Organisationen und international agierende Konzerne, die Einfluss auf die Innenpolitik anderer Länder oder deren Eliten zu nehmen versuchen, um ihre politischen oder wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, sind darin zu beschränken.

Die AfD ist dafür, die Vereinten Nationen, einschließlich des Sicherheitsrates, zu stärken und zu reformieren. Den veränderten Gewichtungen in der Welt sollte Rechnung getragen werden. Als eine weltweit anerkannte Nation und als drittgrößter Beitragszahler der UN fordern wir für Deutschland einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Aufgrund des Völkergewohnheitsrechts und in Übereinkunft mit den früheren Siegermächten haben sich die Grundzüge der Feindstaatenklausel grundlegend gewandelt. Es bleibt die Aufgabe, diese nun endgültig zu streichen.

Die AfD bejaht eine Fürsorgepflicht Deutschlands für die im Ausland lebenden deutschen Minderheiten.

4.2 Nato als Verteidigungsbündnis

Die Mitgliedschaft in der Nato entspricht den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, soweit sich die Nato auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt. Wir setzen uns dafür ein, den europäischen Teil der atlantischen Allianz deutlich zu stärken. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es unabdingbar, die militärischen Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte wiederherzustellen, um Anschluss an die strategischen und operativen Erfordernisse zu finden. Diese von der AfD geforderte Wiederherstellung soll nicht nur die Landesverteidigung als zentrale Aufgabe der Bundeswehr sicherstellen, sondern die deutschen Streitkräfte auch in erforderlichem Maß zur Bündnisverteidigung und Krisenvorsorge befähigen. Die AfD sieht im Bestreben, Verpflichtungen gegenüber den Nato-Bündnispartnern berechenbar zu erfüllen, eine wichtige Aufgabe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, um auf diesem Weg mehr Gestaltungsmacht und Einfluss zu entfalten. Wir treten dafür ein, dass jedes Engagement in der Nato im Einklang mit den deutschen Interessen steht und einer zielgerichteten Strategie entspricht. Die Nato muss so reformiert werden, und die Streitkräfte der europäischen Partnerstaaten sind so zu restrukturieren, dass sie die Sicherheit in Europa und an seiner Peripherie gewährleisten können.

Nato-Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der sich deutsche Streitkräfte beteiligen, sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden und nur, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden.

Die Bündnispartner und Deutschland arbeiten gleichberechtigt und in gegenseitigem Respekt zusammen und stim-

Die Mitgliedschaft der Nato entspricht außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, soweit die Nato auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt.

men sich in wichtigen internationalen Fragen ab. Vor diesem Hintergrund steht 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 25 Jahre nach der Beendigung der Teilung Europas die Neuverhandlung des Status alliierter Truppen in Deutschland auf der Tagesordnung. Dieser muss an die wiedergewonnene deutsche Souveränität angepasst werden. Die AfD setzt sich für den Abzug aller auf deutschem Boden stationierten alliierter Truppen und insbesondere ihrer Atomwaffen ein.

4.3 OSZE und europäische Sicherheitsstruktur

Ein unverzichtbares Instrument der europäischen Friedensordnung ist die OSZE. Ihre Rolle in europäischen Konflikten wollen wir gestärkt und ausgebaut sehen. Ziel ist es, Krisenregionen zu stabilisieren.

Das Verhältnis zu Russland ist für Deutschland, Europa und die Nato von maßgeblicher Bedeutung, denn Sicherheit in und für Europa kann ohne Russlands Einbindung nicht gelingen. Wir setzen uns daher dafür ein, Konflikte in Europa friedlich zu regeln und dabei die jeweiligen Interessen zu berücksichtigen.

Die AfD vertritt eine Außenpolitik, die darauf verpflichtet ist, die außen- und sicherheitspolitischen, die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Deutschlands zu wahren.

Wir sind für die Freiheit der Handelswege, der internationalen Kommunikation (wie die des Internets), für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und für die gleichberechtigte, faire Nutzung der globalen Ressourcen.

4.4 Bundeswehr stärken

Die deutschen Streitkräfte sind derzeit nur noch bedingt einsatzbereit. Durch politische Fehlentscheidungen und grobes Mismanagement wurden sie über nahezu drei Dekaden hinweg vernachlässigt. Sie müssen in vollem Umfang wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wirkungsvoll und nachhaltig zu erfüllen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Nato, EU und internationale Staatengemeinschaft Deutschland als gleichberechtigten Partner wahrnehmen.

4.4.1 Keine europäische Armee

Gemeinsame europäische Streitkräfte lehnt die AfD ab und hält an einer umfassend befähigten Bundeswehr als Eckfeiler deutscher Souveränität fest. Dies schließt eine ständige Kooperation deutscher Streitkräfte mit denen der Bündnispartner ein.

Im Ergebnis benötigt Deutschland Streitkräfte, deren Führung, Stärke und Ausrüstung an den Herausforderungen künftiger Konflikte orientiert sind und höchsten internationalen Standards entsprechen, die gründlich und an den modernen Einsatzanforderungen orientiert ausgebildet werden und die eine am Wohl der Truppe orientierte Verwaltung mit deutlich reduzierter Bürokratie vorhalten.

Eng damit verbunden sind unverzichtbare nationale wehrtechnische Fähigkeiten, um in Schlüsseltechnologien national unabhängig zu bleiben, mit der Weltspitze Schritt zu halten und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern.

Sicherheit und Freiheit Deutschlands und seiner Verbündeten sind im Finanzhaushalt mehr als heute angemessen zu berücksichtigen. Umfang und Ausrüstung der Streitkräfte müssen sich nach deren Aufgaben und den außen- und sicherheitspolitischen Erfordernissen richten.

Ebenfalls geboten ist, die Nachrichtendienste umfangreich zu reorganisieren und zu reformieren. Sie sind ein wichtiges Mittel, Gefahren im In- und Ausland zu erkennen und abzuwehren. Die bisher praktizierte Finanzierung nach Kassenlage lehnt die AfD ab.

4.4.2 Wehrpflicht wieder einsetzen

Art. 87a des Grundgesetzes bestimmt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Die Landesverteidigung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie betrifft den Kern staatlicher Existenz und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Daher ist der Auftrag der Bundeswehr Verpflichtung für jeden Staatsbürger. Wir erkennen den Ausnahmefall des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen an, sehen aber den Wehrdienst junger Männer aus allen gesellschaftlichen Schichten in den Streitkräften als Regelfall an.

Durch die Rückkehr zur Allgemeinen Wehrpflicht schaffen wir die Voraussetzungen dafür,

- ▶ dass sich die Bevölkerung mit „ihren Soldaten“ und „ihrer Bundeswehr“ identifiziert, mit Streitkräften, die in der Bevölkerung fest verankert sind,
- ▶ dass sich das Bewusstsein für die wehrhafte

Demokratie wiederbelebt,

- ▶ dass nachhaltig Nachwuchs aus allen Gesellschaftsschichten gewonnen wird und damit eine intelligentere Armee möglich wird,
- ▶ dass ein breites Potential an Reservistenleistenden entsteht.

Deshalb tritt die AfD dafür ein, für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren den Grundwehrdienst wieder einzusetzen. Die Dauer des Wehrdienstes richtet sich nach dem, was für die Sicherheit notwendig ist. Sie muss eine gründliche militärische Ausbildung ermöglichen. Kriegsdienstverweigerer leisten Wehrersatzdienst. Frauen sollen die Möglichkeit haben, freiwillig in den Streitkräften zu dienen.

4.5 Entwicklungshilfe

Entwicklungshilfe sollte stets „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein. Hiervon zu trennen ist die humanitäre Hilfe, die sogenannten Transfers. Es liegt im deutschen Interesse, wenn die Menschen in Entwicklungsländern eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat erhalten. Die Auswanderung von Menschen in wirtschaftlicher Not nach Deutschland löst die Probleme vor Ort nicht.

Angesichts des riesigen Bedarfs an Unterstützung der Entwicklungsländer einerseits und der Begrenztheit der Mittel andererseits ist angezeigt, die Maßnahmen zu konzentrieren. Nur solche Projekte sind zu unterstützen, die das Empfängerland bzw. die einheimischen Unternehmen nach Ablauf der Projektdauer ohne fremde Hilfe selbstständig weiterführen können. Dabei muss die Hilfe zur Selbsthilfe die sicher-

▶ Die AfD tritt dafür ein, für alle männlichen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren den Grundwehrdienst wieder einzusetzen

heitspolitische und außenwirtschaftliche Interessenlage Deutschlands stärker als bisher berücksichtigen.

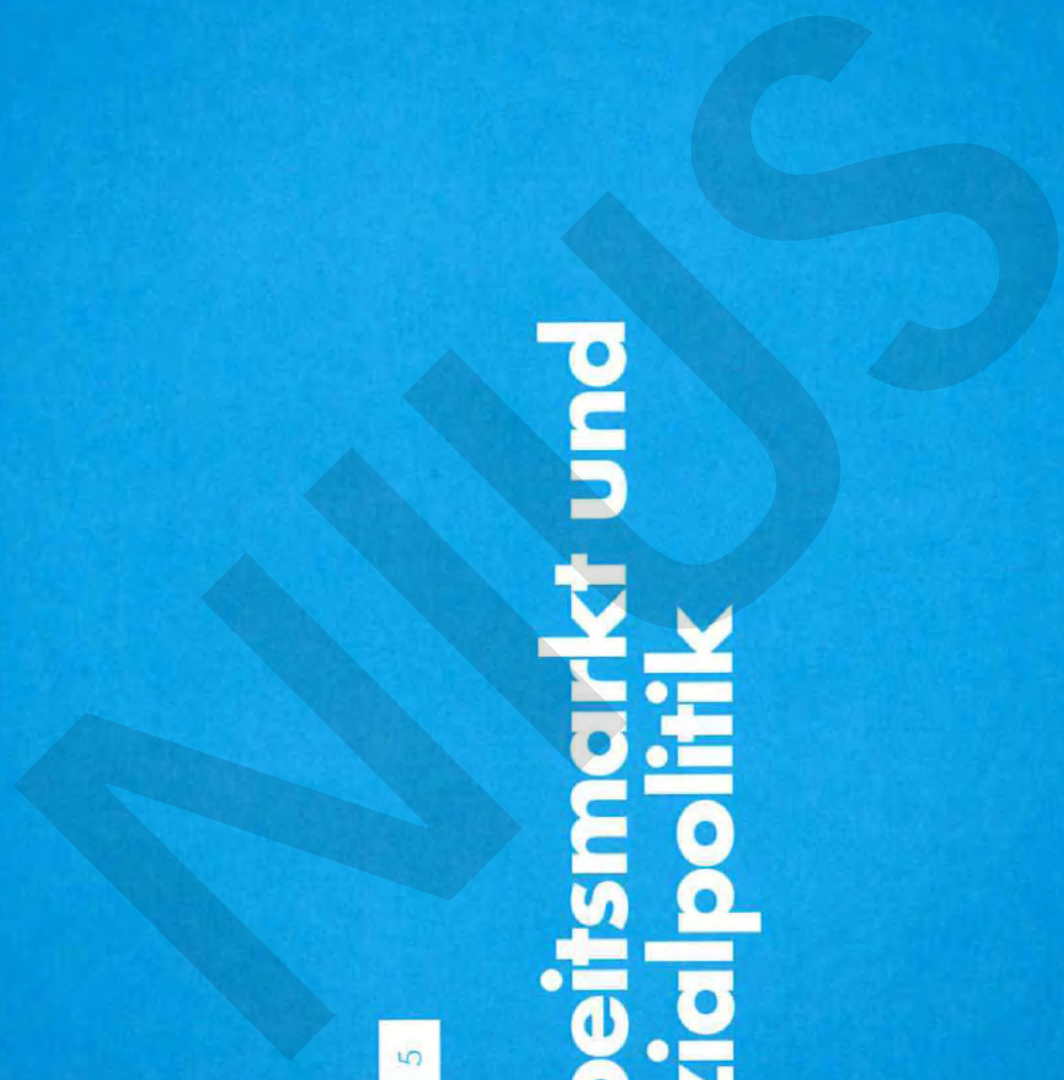
Um die Entwicklungshilfe in die außenpolitische Gesamtstrategie einzuordnen, soll sie zukünftig in das Auswärtige Amt eingegliedert werden. Die Entwicklungshilfe-Organisationen in Deutschland (GIZ, KfW Kapitalhilfe, etc.) sind zu straffen und besser zu koordinieren.

Vorrang in der Entwicklungshilfe haben Maßnahmen, die investiv und organisatorisch durch private Unternehmen vor Ort begleitet werden können.

Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen bekämpft werden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft nachteilig ist.

 KAPITEL 5

Arbeitsmarkt und Sozialpolitik



ARBEITSMARKT UND SOZIALPOLITIK

Die Arbeitswelt soll es allen Bürgern ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben in relativem Wohlstand zu führen. Weil dieser Anspruch mit den Zielen der Wirtschaft nicht unbedingt deckungsgleich ist, muss der Staat einen angemessenen Ordnungsrahmen schaffen.

Dieser Rahmen darf diejenigen nicht zu sehr einschränken, die viel leisten können und wollen, und gleichzeitig diejenigen nicht aus dem Rahmen fallen lassen, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen. Die politische Gestaltung der Bedingungen des Erwerbslebens und aller Systeme, die den Erwerbslosen ausreichende Existenzbedingungen gewährleisten, gehört daher zu den bedeutungsvollsten Politikfeldern moderner Staatlichkeit.

5.1 Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien

Das geltende Arbeitsrecht ist in zahlreiche Einzelgesetze aufgespalten, die durch Richterrecht zu einem System zusammengefügt werden müssen. Dieser Zustand währt seit vielen Jahren und ist mit Grundsätzen qualitätsvoller Gesetzgebung nicht vereinbar. Zudem sind ungezählte Einzelfragen Gegenstand einer unübersichtlichen und regional unterschiedlichen Einzelfallrechtsprechung, welche eine angemessene Berechenbarkeit der Rechtslage kaum mehr möglich macht. Daher ist es dringend geboten, ein Arbeitsgesetzbuch zu schaffen, das sowohl die Einzelgesetze systematisch zusammenführt als auch der überbordenden und uneinheitlichen Rechtsprechung ein Ende bereitet.

5.2 Bundesagentur für Arbeit auflösen und kommunale Jobcenter aufwerten

Die AFD will die Bundesagentur für Arbeit auflösen und ihre Aufgaben vor allem auf kommunale Jobcenter übertragen. Danach gibt es nur noch einen öffentlichen Dienstleister am Arbeitsmarkt: das kommunale Jobcenter. Das entspricht einer flächendeckenden Ausdehnung des bereits praktizierten „Optionsmodells“ bei Leistungen nach dem SGB II.

Die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz soll zweckmäßigerweise die Finanzverwaltung auszahlen. Dabei handelt es sich ohnehin um eine steuerliche Familienförderung, die der Bundesagentur für Arbeit lediglich gemäß § 368 Abs. 3 SGB II übertragen ist. Die kommunal organisierten Jobcenter betreuen alle Empfänger von öffentlichen Leistungen aus Anlass der eingetretenen Arbeitslosigkeit.

Daneben betreuen sie die Berufsanfänger. Alle Anliegen bezogen auf „Arbeitslosigkeit und Lohnersatzleistung“ werden durch eine Verwaltungsbehörde, das kommunale Jobcenter, geklärt.

5.3 Mindestlohn beibehalten

Der gesetzliche Mindestlohn ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden. Er korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohneempfänger als schwache Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber als vergleichsweise starke Marktteilnehmer. Er schützt sie auch vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohnruck. Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu tragen wäre. Mindestlöhne verhindern somit die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten. Die Alternative für Deutschland befürwortet es daher, den gesetzlichen Mindestlohn beizubehalten.

5.4 Reform der sozialen Sicherungssysteme

Leitbild für uns ist die Familie, für die wir in der Sozialversicherung Abgabengerechtigkeit wollen. Die AFD will die Leistung von Eltern durch die Geburt, Versorgung und Erziehung von Kindern nicht nur ideell, sondern auch materiell anerkennen. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber bereits verbindlich aufgefordert. Wir wollen die derzeitigen finanziellen Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen korrigieren.

Die AFD will die Bundesagentur für auflösen und ihre wesentlichen Aufgaben „Jobcenter“ übertr. Dadurch gibt es nur einen öffentlichen Dienstleister am Arbeitsmarkt: das kommunale Jobcenter.

5.4.1 Finanzielle Benachteiligung von Familien beseitigen

Familien sind gegenüber Kinderlosen in dramatischer Weise finanziell benachteiligt. Familienarmut und eine anhaltend niedrige Geburtenrate sind die Folge. Kinder werden in Politik und Medien als karrierehemmender Ballast dargestellt. Es ist Zeit, die Leistung der Eltern finanziell und ideell anzuerkennen.

Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate in ganz Europa. Grund ist zum einen eine Zunahme der Kinderlosen, zum anderen ein Rückgang der Mehrkindfamilien. Wenn wir dieser demografischen Fehlentwicklung nicht gegensteuern, werden unsere Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssysteme zusammenbrechen.

Die AfD steht für grundlegende Reformen zum Wohle Deutschlands. Das betrifft auch die Sozialversicherungen. Nur so können die Systeme auch zukünftig leistungsfähig bleiben. Die hohen Abgaben wirken sich negativ auf die Einkommen der Arbeitnehmer aus. Auch der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands leidet darunter.

5.4.2 „Aktivierende Grundsicherung“ - Arbeit, die sich lohnt

Die AfD will eine „Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zum Arbeitslosengeld II (sogenanntes „Hartz IV“). Dabei schmiltz der staatliche Unterstützungsbetrag der Grundsicherung mit wachsendem Einkommen immer weiter ab, bis ab einem bestimmten Einkommen Einkommensteuer zu entrichten ist, statt einen staatlichen Unterstützungsbetrag zu erhalten. Das erzielte Einkommen soll nicht wie bisher vollständig mit dem Unterstützungsbetrag verrechnet werden. Stattdessen verbleibt dem Erwerbstätigen stets ein spürbarer Anteil des eigenen Verdienstes. Dadurch entsteht Arbeitsanreiz. Wer arbeitet, wird auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist (Lohnabstandsgebot). Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen.

Ein reformiertes Renten- und Steuersystem soll sicherstellen, dass kinderreiche Familien aus unteren und mittleren Einkommensgruppen nicht mehr am Rande des Existenzminimums leben müssen und ausreichende eigene Rentenansprüche aufbauen. Daher wollen wir bei der Rente die Kinderzahl und die Erziehungsleistung stärker als bisher berücksichtigen. Durch eine spezielle Förderung von Mehrkindfamilien möchte die AfD zudem dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

5.4.3 Kinder und Erziehungsleistung bei der Rente berücksichtigen

Die AfD möchte die AfD zudem dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

5.4.4 Pflege durch Angehörige aufwerten

Die Pflege älterer Menschen durch einen Dienst oder durch ein Heim wird höher vergütet als die Pflege durch einen Angehörigen. Pflegende Angehörige werden oft mit organisatorischen und finanziellen Problemen alleingelassen. Wir wollen die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige in einer vertrauten familiären Umgebung stärken.

In Deutschland werden derzeit mehr als 70 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Dabei sind die Pflegesätze für Pflegedienste in allen Pflegestufen doppelt so hoch

► Wer durch die Erziehung von Kindern im Beruf zurückbleibt, muss (Mitarbeiter) bei der Rente berücksichtigt werden. Wer dadurch die Kindererziehung übernimmt, bisher bei der Rente berücksichtigt.

wie die für eine Pflege durch Angehörige.

Die AfD möchte die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege der Eltern entscheiden können. Als Grundlage für die häusliche Pflege sind das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze an die Leistungen für Pflegedienstleister anzugleichen.

Die AfD will Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich anerkennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden.

 KAPITEL 6

Familien und Kinder

FAMILIEN UND KINDER

Der AfD ist es ein wichtiges Anliegen, gewachsene kulturelle und regionale Traditionen und bewährte Institutionen zu schützen. Sie geben den Menschen Halt und Bindung.

Insbesondere Ehe und Familie garantieren als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt und genießen daher zu Recht den besonderen Schutz des Staates.

6.1 Bekenntnis zur traditionellen Familie als Leitbild

Die Wertschätzung für die traditionelle Familie geht in Deutschland zunehmend verloren. Den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Familienpolitik werden.

Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztags-schulen, die Umsetzung des „Gender-Mainstreaming“-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit. Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die „nur“ Mutter und Hausfrau sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung und werden finanziell benachteiligt.

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur traditionellen Familie als Leitbild. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Die originären Bedürfnisse der Kinder, die Zeit und Zuwendung ihrer Eltern brauchen, stehen dabei im Mittelpunkt.

Es sollte wieder erstrebenswert sein, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und möglichst viel Zeit mit diesen zu verbringen. Die AfD möchte eine gesellschaftliche Werdiskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom „Gender-Mainstreaming“ propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen. Kinder sind kein karrierehemmender Ballast, sondern unsere Zukunft.

Wenn ein Elternteil die Erziehungsleistung allein tragen muss, bedarf es besonderer Unterstützung.

6.2 Mehr Kinder statt Masseneinwanderung

Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.

Die Geburtenrate in Deutschland liegt mit einem relativ konstanten Wert von 1,4 seit über vierzig Jahren weit unter dem bestanderhaltenden Niveau. Jede fünfte Frau bleibt heute kinderlos, unter Akademikerinnen war es 2012 sogar jede dritte. Familien mit mehr als zwei Kindern finden sich überwiegend in sozial schwächeren Schichten, während in der Mittelschicht das Geburteneintrittsalter der Frauen immer weiter steigt und die Anzahl kinderreicher Familien sinkt. Auch sind jährlich rund 100.000 Abtreibungen nach der Beratungsregel (soziale Indikation) zu beklagen. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung kontinuierlich an, so dass sich die Bevölkerungsstruktur gravierend ändert. Im Jahr 2060 werden Prognosen des Statistischen Bundesamts zufolge nur noch 65 bis 70 Millionen Menschen in Deutschland leben gegenüber 81 Millionen 2015.

Nehmen die Verschiebung der Alterspyramide und die mangelnde Orientierung der Zuwanderung am Bedarf des Arbeitsmarktes weiter zu, wird dies sinkende Renten, eine Überlastung der berufstätigen Jahrgänge durch Steuern und Abgaben und eine verminderte Wirtschaftsleistung zur Folge haben. Die sozialen Sicherungssysteme werden in eine finanzielle Schieflage geraten.

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zu traditioneller Familie. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes.

Um den Auswirkungen dieses markanten demografischen Trends entgegenzuwirken, setzen die derzeitigen Regierungsparteien auf eine fortgesetzte, von Bedarf und Qualifikation abgekoppelte Masseneinwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten. Dabei hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau und Beschäftigungsniveau erreichen. Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.

Der Versuch, diese Entwicklungen über noch mehr Einwanderung zu kompensieren, birgt durch mangelnde Integration und Kettenmigration insbesondere in den großen Städten die Gefahr, dass sich weitere Parallelgesellschaften bilden. Durch das sich Ausbreiten der konfliktträchtigen Multi-Minoritätengesellschaften erodieren der soziale Zusammenhalt, das gegenseitige Vertrauen und die öffentliche Sicherheit als unverzichtbare Elemente eines stabilen Gemeinwesens. Der durchschnittliche Bildungsstand wird weiter sinken.

Durch eine größere Wertschätzung der Elternarbeit sowie einer Bildungs- und Familienpolitik, die sich an den Bedürfnissen von Familien orientiert und junge Menschen zur Familiengründung ermutigt, soll die Geburtenrate mittelfristig bis langfristig wieder ein tragfähiges Niveau erreichen. Die Lücke zwischen Kinderwunsch, den nach wie vor 90 Prozent der jungen Deutschen hegen, und der Zahl der geborenen Kinder soweit wie möglich zu schließen, sehen wir als zentrale politische Aufgabe.

6.3 Mehr Unterstützung für Familien

So muss eine alternative Familienpolitik die Familie als wertgebende Grundeinheit finanziell und ideell stärken. Die derzeit bestehenden finanziellen Nachteile, die Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen erleiden, müssen korrigiert werden. Insbesondere muss es auch in den bildungsnahe- und mittleren Einkommensschichten wieder möglich sein, zukunftsgerichtet für eine große Familie zu sorgen, ohne sich dabei einem Armutsrisiko auszusetzen. Ein geeignetes Mittel dafür wäre z.B. die Bereitstellung zinsloser Darlehen für Eltern zum Erwerb von Wohneigentum, deren Schuldsumme sich mit jedem neugeborenen Kind vermindert. Die vielschichtigen Hürden für Akademikerinnen, sich schon während des Studiums oder in den ersten Berufsjahren für ein Kind zu entscheiden, wollen wir beseitigen. Studenten, die während oder kurz nach Abschluss des Studiums Eltern werden, soll die Rückzahlung von Bafög-Darlehen erlassen werden. Durch eine spezielle Förderung von Mehrfamilienmieten möchte die AfD dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

6.4 Wirtschaftliche Zukunft trotz Demografikrise

Gleichzeitig mit dem Anheben der Geburtenrate sind die vorhandenen Potentiale in Deutschland besser auszunutzen. Hierzu dienen eine optimierte Aus- und Weiterbildung sowie flexible Modelle einer sich parallel zum Anstieg der Lebenserwartung verlängernden Lebensarbeitszeit. Neben dem Ausmaß der körperlichen Belastung durch den jeweiligen Beruf sollte z.B. auch die Anzahl der Kinder, für die ein Rentner während seiner Erwerbstätigkeit aufkommen ist, für den Zeitpunkt des abschlagsfreien Renteneintritts aus-

▶ Wer ein oder mehrere
gleichzeitigen Job,
entsprechend früh
gehen über die alt
Erwerbstätigen, die
gesellschaftlichen
nicht stellen wollte
kommen.

schlaggebend sein. Die nach wie vor Millionen zählenden Arbeitslosen sowie die Leistungsbereitschaft einer zunehmend aktiveren älteren Bevölkerung dürfen nicht vernachlässigt werden. In Mangelberufen sind adäquate Arbeitsbedingungen und eine marktgerechte Entlohnung geboten. Schließlich gilt es, die fortgesetzte Abwanderung eigener (Hoch-)Qualifizierter zu vermeiden. Bereits ausgewanderte Deutsche sind mit speziell auf sie zugeschnittenen Initiativen zur Rückkehr zu motivieren.

Eine graduelle Abnahme der Bevölkerungszahl darf in Deutschland als einem der am dichtesten besiedelten Länder der Welt kein Tabu sein. Neue Techniken der Automatisierung und Digitalisierung bieten Deutschland die Chance, auch bei einer abnehmenden Zahl an Arbeitskräften die Wirtschaftskraft Deutschlands ohne gravierende Wohlstandsverluste zu erhalten.

Mittels der skizzierten familien- und migrationspolitischen Maßnahmen soll eine krisenhafte Zuspitzung der demografischen Entwicklung vermieden und langfristig eine stabilere Bevölkerungsstruktur herbeigeführt werden.

6.5 Diskriminierung der Vollzeit-Mütter stoppen

Den Bedürfnissen unserer Kinder nach individueller Betreuung muss wieder Rechnung getragen werden. Eltern kleiner Kinder ist dafür der gesellschaftliche, finanzielle und arbeitsmarktliche Druck zur doppelten Berufstätigkeit zu nehmen. Wir brauchen eine tatsächliche Wahlfreiheit ohne eine Diskriminierung elterlicher Betreuung.

Die aktuelle Familienpolitik in Deutschland wird bestimmt durch das politische Leitbild der voll erwerbstätigen Frau, so dass die Anzahl außerfamiliär betreuter Kleinkinder stetig

anstiegt. Die sichere Bindung an eine verlässliche Bezugsperson ist aber die Voraussetzung für eine gesunde psychische Entwicklung kleiner Kinder und bildet die Grundlage für spätere Bindungs- und Beziehungsfähigkeit. Die AfD fordert daher, dass bei unter Dreijährigen eine Betreuung, die Bindung ermöglicht, im Vordergrund steht. Die Krippenbetreuung darf nicht einseitig staatlich bevorzugt werden. Stattdessen sollen die häusliche Erziehung und Fremdbetreuung gleichberechtigt nebeneinander stehen. Eine tatsächliche Wahlfreiheit schließt elterliche und familiennahe Betreuung durch Großeltern, Kinderfrauen und Tagesmütter mit ein, wobei alle Betreuungsformen finanziell realisierbar sein müssen.

Die Qualität in Krippen muss sich insbesondere hinsichtlich des Betreuungsschlüssels an international geforderten Standards orientieren.

Berufstätigkeit soll Eltern nicht anhaltend überlasten oder zu Gewissenskonflikten führen. Familie und Beruf sind nur vereinbar, wenn junge Eltern ausreichend Zeit haben, um ihrer Elternrolle und ihrer Erziehungspflicht gerecht zu werden. Daher hält die AfD ein Umdenken in der Arbeitswelt für förderlich. Weder familienbedingte Erwerbspausen noch Teilzeitarbeit sollten sich negativ auf den beruflichen Status und die weitere berufliche Entwicklung auswirken.

6.6 Alleinerziehende unterstützen. Familien stärken

Die Alternative für Deutschland will die finanziellen Belastungen Alleinerziehender und Unterhaltspflichtiger korrigieren. Nach Auflösung der Partnerschaft ergeben sich derzeit vielfach Schwierigkeiten bei der gemeinschaftlichen Ausübung des Erziehungsrechts. Nach einer Trennung muss es

▶ Kinder brauchen Nach einer Trennung für beide Elternrollen das Kindeswohl gewährleistet sein an der elterlichen dem Umgang gleichberechtigt

für beide Elternteile im Sinne des Kindeswohles gewährleistet sein, weiterhin an der elterlichen Sorge und dem Umgang gleichberechtigt teilzuhaben.

Die Anzahl Alleinerziehender mit minderjährigen Kindern nimmt in Deutschland stetig zu, obwohl dieses Lebensmodell in der Regel gravierende Nachteile für alle Beteiligten, insbesondere aber für die betroffenen Kinder mit sich bringt. Zusätzlich zu der emotional belastenden Situation sind sowohl die Alleinerziehenden als auch die Unterhaltspflichtigen einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt.

Die AfD strebt eine stärkere Anerkennung der Leistungen von Eltern im Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrecht an. Dadurch werden neben den zusammenlebenden Familien auch Alleinerziehende und Unterhaltzahlende besser vor Armut geschützt.

Wir wenden uns entschieden gegen Versuche von Organisationen, Medien und Politik, Einelfamilien als fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf zu propagieren. Der Staat sollte stattdessen das Zusammenleben von Vater, Mutter und Kindern durch finanzielle und andere Hilfen in Krisensituationen stärken.

6.7 Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene

Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene ein. In Deutschland kommen auf rund 700.000 Lebendgeburten pro Jahr ca. 100.000 Schwangerschaftsabbrüche. Dabei liegt nur bei drei bis vier Prozent eine medizinische oder kriminologische Indikation vor, in allen anderen Fällen wird der Schwangeren nach einer Beratung eine Bescheinigung ausgestellt, die

ihr eine straffreie Abtreibung aus „sozialen Gründen“ ermöglicht. Ein Schwangerschaftsabbruch stellt eine einschneidende Erfahrung für die Betroffenen dar und kann zu langanhaltenden Schuldgefühlen, psychosomatischen Beschwerden oder depressiven Reaktionen führen.

Die AfD steht für eine Kultur des Lebens und ist im Einklang mit der deutschen Rechtsprechung der Meinung, dass der Lebensschutz bereits beim Embryo beginnt. Wir fordern daher, dass bei der Schwangerenkonfliktberatung das vorrangige Ziel der Beratung der Schutz des ungeborenen Lebens ist. werdenden Eltern und alleinstehenden Frauen in Not müssen finanzielle und andere Hilfen vor und nach der Entbindung angeboten werden, damit sie sich für ihr Kind entscheiden können. Adoptionsverfahren sind in diesem Zusammenhang zu vereinfachen.

Die AfD wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären.

Die Alternative für Deutschland steht für eine Kultur des Lebens in Einklang mit der Rechtsprechung ab dem Embryo bezeugt.

 KAPITEL 7

Kultur, Sprache und Identität

WU

KULTUR, SPRACHE UND IDENTITÄT

Deutschland gehört zu den großen europäischen Nationen. Deutsche Schriftsteller und Philosophen, deutsche Musiker, bildende Künstler und Architekten, in jüngerer Zeit auch deutsche Designer und Filmemacher, haben wesentliche Beiträge zu ihren jeweiligen Disziplinen im weltweiten Maßstab geleistet.

Kultur ist außerdem die zentrale Klammer, in der sich auch ein neues Politikverständnis sehen muss. Unser aller Identität ist vorrangig kulturell determiniert. Sie kann nicht dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt werden. Vielmehr soll ein Bewusstsein gestärkt werden, welches kulturelle Verbundenheit wahrnimmt, fördert und schützt.

Für die AfD ist der Zusammenhang von Bildung, Kultur und Identität für die Entwicklung der Gesellschaft von zentraler Bedeutung.

7.1 Deutsche Kultur, Sprache und Identität erhalten

Die AfD erachtet es als eines ihrer vorrangigen politischen Ziele, dieses große Kulturerbe für die kommenden Generationen nicht nur zu bewahren, sondern es im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung weiterzuentwickeln und seine unverwechselbaren Eigenheiten zu erhalten. Deutschland wird weltweit auch wegen seiner einzigartigen Theater- und Orchesterlandschaft beachtet. Die AfD setzt sich dafür ein, Kultur zu den Pflichtaufgaben des Staates auf den Ebenen des Bundes und der Länder zu erklären.

7.2 Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt. Gemeinsam liegen diese Traditionen nicht nur unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugrunde, sondern prägen auch den alltäglichen Umgang der Menschen miteinander, das Verhältnis der Geschlechter und das Verhalten der Eltern gegenüber ihren Kindern. Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.

7.3 Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität

Unsere Kultur ist untrennbar verbunden mit der über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprache. Diese spiegelt auf vielfältigste Weise die Geistesgeschichte, das Selbstverständnis dieses Raumes in der Mitte Europas und die Werthaltungen der Deutschen wider, die sich zwar stets verändern, aber dennoch einen einzigartigen Kernbestand aufweisen. Das Band der Sprache ist im allgemeinen Bewusstsein zu halten und zu schützen. Als zentrales Element deutscher Identität muss die deutsche Sprache dem Vorbild vieler anderer Länder folgend als Staatssprache im Grundgesetz festgeschrieben werden.

Darüber hinaus fordert die AfD einen Aktionsplan, um die deutsche Hochsprache sowie die historisch gewachsenen regionalen Dialekte als immaterielles Kulturerbe der Menschheit langfristig zu erhalten und zu stärken. Dabei einzubeziehen sind das Goethe-Institut und andere kulturpolitische Instrumente, um für das Erlernen des Deutschen weltweit zu werben und dieses durch bilaterale Abkommen, Studienförderprogramme usw. nach Kräften zu fördern.

Auf EU-Ebene will die AfD dafür sorgen, dass das Deutsche dem Englischen und Französischen auch in der alltäglichen Praxis gleichgestellt wird.

Im Inland sieht die AfD mit Sorge, wie die deutsche Sprache im Sinne einer falsch verstandenen „Internationalisierung“ durch das Englische ersetzt oder „gengedert“ wird. Politisch „korrekte“ Sprachvorgaben lehnen wir entschieden ab.

▶ Als zentrales Element deutscher Identität
deutsche Sprache
Vorbild vieler anderer
Länder als Staatssprache
im Grundgesetz
festgeschrieben wird

7.4 Kultur und Kunst von Einflussnahme der Parteien befreien

Die AfD will den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen, gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerschaftliche Kulturinitiativen stärken und die Kulturpolitik generell an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Opportunitäten ausrichten. Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst. Kulturpolitik im engeren Sinn soll nach Ansicht der AfD weiterhin im Kompetenzbereich der Länder verbleiben. Die Erhaltung und Förderung der vielfältigen kulturellen Landschaft sowie die Stärkung der Wirtschaftlichkeit kultureller Einrichtungen sind Anliegen der AfD.

7.5 Für eine zeitgemäße Medienpolitik: Rundfunkbeitrag abschaffen

Die Alternative für Deutschland steht für eine an den Grundrechten ausgerichtete Medienpolitik. Die Idee der Kommunikationsfreiheit, möglichst jedermann den Betrieb von Medien und insbesondere die Berichterstattung durch Medien zu ermöglichen und so eine natürliche Vielfalt zu generieren, steht für uns dabei im Zentrum. Diese wollen wir fördern, Einschränkungen und Hindernisse dagegen abbauen.

Folgerichtig sieht die AfD grundlegenden Reformbedarf bezüglich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in

Deutschland. Dessen Zwangsfinanzierung ist umgehend abzuschaffen und in ein Bezahlfernsehen umzuwandeln. Eine Opt-Out-Regelung soll es den bisherigen Beitragszahlern ermöglichen, zu einem Stichtag ihren Bezug ganz oder teilweise zu kündigen. Der Empfang wird verschlüsselt bzw. passwortgeschützt, sodass nur noch freiwillige Zahler über einen Zugang verfügen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird so zu einem Bürger Rundfunk, welches ausschließlich von seinen zahlenden Zuschauern und nicht mehr von der Politik abhängig ist. Entsprechend ist auch die Rundfunkkontrolle anzupassen. Ähnlich wie ein Kirchengemeinderat oder der Aufsichtsrat von Aktiengesellschaften sollen seine Kontrollgremien von den Zuschauern gewählt werden. Nur dann ist das Prädikat „staatsfern“ auch gerechtfertigt.

Weiter hat sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf wertvolle Inhalte wie hochwertige Berichterstattung, Bildung, Kunst und Kultur zu konzentrieren und darf kostspielige Unterhaltung nur noch dann bieten, wenn er auch die notwendigen Einnahmen dafür erzielt.

7.6 Der Islam im Spannungsverhältnis zu unserer Werteordnung

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Wissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen. Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen. Die Rechtsvorschriften der Scharia sind mit unserer Rechtsordnung und

Die Zwangsfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist ungeeignet abzuschießen und durch Bezahlfernsehen umzuwandeln.

unseren Werten unvereinbar. Dies wird auch durch die für die islamische Staatenwelt bedeutendste Kairoer Erklärung vom 4.8.1990 dokumentiert.

7.6.1 Der Islam gehört nicht zu Deutschland

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit unserer Rechtsordnung und Kultur unvereinbar. Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden und zunehmend abschotteten. Sie will verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror religiös radikalisieren.

7.6.2 Kritik am Islam muss erlaubt sein

Religionskritik, auch Kritik am Islam, ist im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig als Teil des Grundrechts der freien Meinungsäußerung. Religiöse Satire und Karikaturen sind ebenfalls von der Meinungs- und Kunstfreiheit geschützt. Die AfD wendet sich gegen eine Diffamierung von Islamkritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“.

7.6.3 Auslandsfinanzierung von Moscheen beenden

In den Berichten der Ämter für Verfassungsschutz wird eine Reihe von Vereinen aufgeführt, deren Aktivitäten sich gegen den freiheitlichen Verfassungsstaat und seine Gesetze richten und die als extremistisch verboten werden müssen. Die Bandbreite solcher Vereine reicht vom „legalistischen“ Islam, der für seine verfassungswidrigen Ziele unsere Gesetze ausnutzt, bis zum Salafismus. Sowohl die Innere Sicherheit unseres Staates wie die Integration von Muslimen werden durch solche Vereine konkret gefährdet.

Die AfD verlangt, verfassungsfeindlichen Vereinen den Bau und Betrieb von Moscheen wegen der Gefahr zu untersagen, dass die dort verbreitete Lehre gegen das Grundgesetz und unsere Rechtsordnung verstößt und zu politisch-religiöser Radikalisierung führt.

Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. ihre Mittelsmänner soll unterbunden werden. Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und ihre Macht vergrößern. Die wachsende Einflussnahme des islamischen Auslands ist mit dem freiheitlichen Verfassungsstaat und der Integration von hier lebenden Muslimen nicht vereinbar.

Imame, die in Deutschland predigen wollen, bedürfen der staatlichen Zulassung. Sie müssen sich vorbehaltlos zu unserer Verfassungsordnung bekennen und müssen abgesehen von der Koranzitation in deutscher Sprache predigen. Imame, die durch verfassungsfeindliche Agitation auffallen,

erhalten ein Predigtverbot und werden bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen abgeschoben. Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.

Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Minarett und Muezzinruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen in der Moderne praktizieren.

7.6.4 Keine öffentlich-rechtliche Körperschaft für islamische Organisationen

Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen.

Islamische Organisationen erstreben den Körperschaftsstatus mit seinen Privilegien, um ihre Macht zu stärken. Voraussetzung für den Körperschaftsstatus ist eine ausreichende Repräsentanz, die Gewähr der Dauer sowie die Achtung des freiheitlichen Staatskirchenrechts. Letzteres verlangt die Anerkennung der Religionsfreiheit, der weltanschaulichen Neutralität des Staates und der Parität der Religionen und Bekenntnisse.

7.6.5 Keine Vollverschleierung im öffentlichen Raum

Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.

Burka oder Niqab errichten eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit die kulturelle Integration und das Zusammenleben in der Gesellschaft. Ein Verbot ist daher notwendig und nach einem Urteil des EuGH rechtmäßig.

Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden; in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell.

Der Integration und Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von muslimischen Frauen unter den Mann.

 KAPITEL 8

Schule, Hochschule und Forschung

8.1 Forschung und Lehre: in Freiheit und als Einheit

Die AfD fühlt sich dem Humboldtischen Bildungsideal verpflichtet. Die Freiheit von Forschung und Lehre sind unabdingbare Grundvoraussetzungen für wissenschaftlichen Fortschritt. Deshalb müssen die Hochschulen über Art und Umfang ihres Studienangebotes frei entscheiden können. Der Wissenschaftsbetrieb muss vor ausufernden bürokratischen Regelungen geschützt werden und die Wissenschaft muss frei von ideologischen Zwängen sein. Das Ethos der Wissenschaft, zu dem die Kritikfähigkeit, Unvoreingenommenheit und der Respekt vor anderen Wissenschaftlern und ihren Leistungen gehört, ist zu stärken. Deutsch soll als Lehrsprache erhalten werden.

Die Einheit von Forschung und Lehre ist das Alleinstellungsmerkmal der Universitäten und Hochschulen mit Universitätsstatus. Deshalb sollten ausschließlich diese das Promotions- und Habilitationsrecht besitzen.

8.1.1 Autonomie durch Grundfinanzierung stärken

Deutschland verfügt über eine differenzierte Hochschullandschaft von Universitäten und Fachhochschulen, über die Kunst- und Musikhochschulen bis zu den Theologischen und Pädagogischen Hochschulen. Sie erfüllen auf hohem Niveau unterschiedliche Aufgaben und Ziele. Um den Anschluss an die internationale Spitzenforschung und Lehre wieder zu erreichen, sind Universitäten entsprechend auszustatten.

Die Studienabschlüsse müssen wieder klare Inhalte und Fertigkeiten vermitteln und ein eindeutiges Profil haben. Pädagogische Hochschulen für Grund-, Haupt- und Realschul-

lehramt sind flächendeckend wieder einzuführen. Berufsbezogene Studienfächer und das duale System sind zu stärken. Auch kleine Fächer müssen erhalten werden, um die Vielfalt der Lehre und Forschung zu bewahren.

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist nur durch eine verlässliche staatliche Grundfinanzierung gewährleistet. Die AfD fordert deshalb, die oft politisch-ideologische Vergabe von staatlichen Drittmitteln durch eine Erhöhung der Grundfinanzierung zu ersetzen.

8.1.2 Förderung der „Gender-Forschung“ beenden

Die Gender-Forschung erfüllt nicht den Anspruch, der an seriöse Forschung gestellt werden muss. Ihre Methoden genügen nicht den Kriterien der Wissenschaft, da ihre Zielsetzung primär politisch motiviert ist. Bund und Länder dürfen daher keine Sondermittel für die Gender-Forschung mehr bereitstellen. Bestehende Genderprofessuren sollten nicht mehr nachbesetzt, laufende Gender-Forschungsprojekte nicht weiter verlängert werden.

8.1.3 Diplom, Magister und Staatsexamen wieder einführen

Die Änderung des bewährten Studiensystems durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen (Bologna-Prozess) war insgesamt ein Missgriff. Speziell nach dem Bachelor-Abschluss ist die Qualifikation der Absolventen für den Arbeitsmarkt häufig nicht zufriedenstellend. Unbeschadet der Gültigkeit erworbener Bachelor- und Mastergrade fordert die AfD die Rückkehr zu den bewährten Studienabschlüssen Diplom, Magister und Staatsexamen und den entsprechenden Regularien. Bei diesen Studiengängen sind

Die Gender-Forschung erfüllt nicht den Anspruch, der an seriöse Forschung gestellt werden muss. Methoden genügen nicht den Kriterien der Wissenschaft, da ihre Zielsetzung primär politisch motiviert ist. Bund und Länder dürfen daher keine Sondermittel für die Gender-Forschung mehr bereitstellen. Bestehende Genderprofessuren sollten nicht mehr nachbesetzt, laufende Gender-Forschungsprojekte nicht weiter verlängert werden.

Studienplatzwechsel dann auch wieder problemlos möglich.

Planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und Frauenanteil lehnen wir ab. Auch für Studienabschlüsse darf es keine Quoten geben.

8.1.4 Studienanforderungen erhöhen

Die AfD begrüßt die zentrale Rolle der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unseres Landes. Es soll Aufnahmeprüfungen insbesondere für technische, naturwissenschaftliche und medizinische Studienfächer geben. Ständig sinkende schulische Anforderungen haben dazu geführt, dass mit bestandenerm Abitur die Hochschulreife nicht mehr gesichert ist. Die Anforderungen an Studenten dürfen sich keinesfalls dem gesunkenen Niveau anpassen, sondern müssen sich an den international höchsten Standards ausrichten. Die AfD fordert deshalb leistungs- und eignungsbezogene Auswahlverfahren für verschiedene Hochschultypen. Es gilt „Qualität vor Quantität“.

8.2 Unser Schulsystem:

Stark durch Differenzierung

Eine Politik, die eine nach unten nivellierende Einheitsschule anstrebt und dabei einen Qualitätsverlust in Kauf nimmt, bedroht die Zukunftsfähigkeit junger Menschen und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir befürworten uneingeschränkt das Leistungsprinzip. Schüler haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren.

8.2.1 Die Einheitsschule führt zu Qualitätsverlust

Ständig sinkende Anforderungen haben dazu geführt, dass Schüler nicht mehr die Grundkenntnisse besitzen, die in der Berufsausbildung oder im Studium benötigt werden. Ebenfalls fehlt es an der erforderlichen Allgemeinbildung, die zur verantwortungsvollen Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten notwendig ist. Es ist falsch, Eltern und Jugendlichen einzureden, nur derjenige Bildungsweg sei erfolgreich, der zu einer Hochschule führe. Ein gegliedertes Schulsystem muss die Begabungen und Stärken von Schülern erkennen und fördern.

8.2.2 Wissensvermittlung muss zentrales Anliegen bleiben

Die Bildungsstandards in allen Schulformen müssen sich an den höchsten in Deutschland ausrichten, um unseren Schulabgängern die besten Chancen in Ausbildung und Studium zu sichern. Die Wissensvermittlung (Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten, Lernstrategien) muss zentrales Anliegen der Schule bleiben. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass an den Oberschulen wieder Bildungsinhalte im Mittelpunkt eines vom Fachlehrer geleiteten Unterrichts stehen und Kompetenzen ihnen untergeordnet bleiben. Leistungsanforderungen und Notengebung müssen bundesweit vergleichbar sein. Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium dürfen allein landesweit verbindliche Leistungskriterien sein. Das Abitur muss wieder eine Hochschulreifeprüfung werden.

► Schüler haben unterschiedliche Begabungen und Interessen. Die AfD will Gesamtschulen oder Gesamtschulen mit

8.2.3 Leistungsbereitschaft und Disziplin stärken

Leistungsbereitschaft und Disziplin sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Wissensvermittlung. Die Erziehung der Schüler dazu ist in erster Linie Aufgabe der Eltern. Das entsprechende Verhalten der Schüler kann nur durchgesetzt werden, wenn den Lehrern die dazu geeigneten Maßnahmen zur Verfügung stehen und deren Durchsetzung nicht ständig hinterfragt wird. Schulverweigerung, Null-Bock-Mentalität, Disziplinlosigkeit, Mobbing und Gewalt in der Schule sind nicht zu tolerieren und unter Einbeziehung der Erziehungs-berechtigten angemessen zu ahnden. Die Wahlfreiheit zwischen Halbtags- und Ganztagsklassen muss erhalten bleiben.

8.2.4 Politisch-ideologische Indoktrination darf es an der Schule nicht geben

Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktrination sein. An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben. Ziel der schulischen Bildung muss jedoch der eigenverantwortlich denkende Bürger sein.

Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht lehnen wir ebenso entschieden ab wie die ideologische Beeinflussung durch das „Gender-Mainstreaming“. Das traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden. Unsere Kinder dürfen in der Schule nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden.

8.2.5 Duale berufliche Bildung stärken und erhalten

Die duale Ausbildung in Unternehmen und staatlichen Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Jedoch gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden. Berufliche Fach- und Meisterschulen müssen als tragende Säulen der beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens erhalten und gestärkt werden.

8.2.6 Keine Inklusion um „jeden Preis“. Förder- und Sonderschulen erhalten

Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen stellt unsere bewährten Förder- und Sonderschulen keineswegs in Frage. Die Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt. Die ideologisch motivierte Inklusion „um jeden Preis“ verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Eltern sollen auch weiterhin das Recht haben, ihre Kinder in diese Einrichtungen zu schicken.

Die ideologische
Inklusion zum jeden
Preis ist ab.
Die AfD setzt sich
Erhalt der Förder-
Sonderschulen ein

8.2.7 Koranschulen schließen.

Islamkunde in den Ethikunterricht integrieren

Soweit ein bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht stattfindet, fordern wir eine Islamkunde in deutscher Sprache für alle muslimischen Schüler. Die Lehrer sollten von verfassungstreuen Islamwissenschaftlern an deutschen Universitäten ausgebildet werden, die nicht von islamischen Verbänden beeinflusst sein dürfen. Solange der Islam keine echte Reformation durchlaufen hat, fordern wir die Schließung von Koranschulen wegen der unkontrollierbaren Gefahr einer radikalen verfassungseindlichen Indoktrination.

8.2.8 Keine Sonderrechte für muslimische Schüler

Wir lehnen Sonderrechte für muslimische Schüler ab und fordern die Teilnahme am Sportunterricht und an Klassenfahrten ohne Ausnahme. Muslimische Schüler und ihre Eltern haben auch weibliche Lehrkräfte als Vertreter unserer Werte und unserer staatlichen Ordnung uneingeschränkt zu akzeptieren.

8.3 Nein zu „Gender-Mainstreaming“ und Frühsexualisierung

Die Gender-Ideologie und die damit verbundene Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für pseudowissenschaftliche „Gender-Studies“, Quotenregelungen und eine Verunstaltung der deutschen Sprache sind zu stoppen. Gleichberechtigung muss wieder Chancengleichheit bedeuten.

Viele der im Bereich des „Gender-Mainstreamings“ vertretenen Ansichten widersprechen den Ergebnissen der Naturwissenschaft, der Entwicklungspsychologie und der Lebenserfahrung. Wir wenden uns daher gegen jede staatliche Förderung von „Gender-Studies“.

Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch „korrigiert“ werden. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung ab.

Ebenso fordert die AfD, keine Frühsexualisierung in Krippen, Kindergärten und an den Schulen zuzulassen und die Verunsicherung der Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität einzustellen.

8.3.1 Keine „geschlechterneutrale“ Umgestaltung der deutschen Sprache

Die deutsche Sprache wird abstrus umgestaltet, damit sich die Geschlechteraufhebung auch im alltäglichen Sprachgebrauch wiederfindet. Die AfD lehnt die behördlich verordneten geschlechterneutralen Worterfindungen als Eingriff in die natürlich gewachsene Kultur und Tradition unserer Sprache ab.



Die AfD lehnt Geschlechterpädagogik, Studium oder in der Arbeitswelt getrennte Quotenregelungen und ungerechtfertigte andere Benachteiligungen ab.

8.3.2 Geschlechterquoten sind leistungsförderlich und ungerecht

Die AfD lehnt Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt generell ab, da Quoten leistungsförderlich und ungerecht sind und andere Benachteiligungen schaffen. Die AfD vertritt die Meinung, dass Quoten kein geeignetes Mittel zur Gleichberechtigung von Mann und Frau darstellen. Auch die Einrichtung spezieller Frauenstudiengänge lehnen wir ab. Die AfD unterstreicht stattdessen die grundrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau (im Sinne von Chancengleichheit). Eine Gleichstellungspolitik im Sinne von Ergebnisgleichheit lehnt die AfD hingegen ab.

 KAPITEL 9

Einwanderung, Integration und Asyl

EINWANDERUNG, INTEGRATION UND ASYL

Gerade beim politischen Thema Asyl und Einwanderung verantwortet ein ideologisch vergiftetes Klima der „politischen Korrektheit“ Sprachverbote und Sprachregelungen. Verstöße führen zu gesellschaftlicher Stigmatisierung, teilweise sogar zu beruflichen Nachteilen; diese Art von Umgang mit unangepassten Meinungen war in der Vergangenheit Merkmal totalitärer Staaten, aber nicht von freien Demokratien. Fehlentwicklungen im Asyl- und Einwanderungsbereich sollen um eines befürchteten Umschwungs der öffentlichen Meinung willen nicht zur Sprache kommen; gleichzeitig soll vom völligen Versagen der Asyl- und Einwanderungspolitik der vergangenen Jahre durch die herrschenden Parteien abgelenkt werden. Eine offene Diskussion wird damit verhindert.

Das alles führt zu ungerechten Pauschalverdächtigungen gegenüber der Mehrzahl der rechtstreuen, integrierten ausländischen Mitbürger als auch der rechtstreuen Asylbewerber. Die AfD fordert daher das selbstverständliche Recht auf freie Rede für freie Bürger wieder ein. Niemand darf Angst haben, seine Meinung zur Einwanderungs- und Asylpolitik zu sagen. Dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung muss auch auf diesem Politikfeld wieder zur uneingeschränkten Geltung verholfen werden.

Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte, Bevölkerung und dichten Besiedelung kein klassisches Einwanderungsland, erst recht nicht als Ziel einer Masseneinwanderung, wie wir sie im Jahre 2015 erlebt haben.

Dennoch wandern seit Jahrzehnten Menschen nach Deutschland ein. Damit ist es de facto ein Einwanderungsland, ohne dass es dafür einen dementsprechenden Rechtsrahmen gäbe. Kanada und Australien sind uns Vorbilder darin, wie Einwanderungsländer eine gesellschafts-, sozial- und arbeitsmarktverträgliche Einwanderung regeln. Der deutsche „Sonderweg“ hingegen führt bisher fast ausschließlich zu einer Einwanderung in die Sozialsysteme und den Niedriglohnssektor, anstatt in den qualifizierten Arbeitsmarkt.

Das will die AfD ändern: wir fordern einen Paradigmenwechsel in der 1) Asylzuwanderung, 2) in der Handhabung der EU-Personenfreizügigkeit, 3) in der qualifizierten Zuwanderung aus Drittstaaten sowie 4) bei der Integration von Einwanderern dieser drei Kategorien.

9.1 Keine irreguläre Einwanderung über das Asylrecht

9.1.1 Asylzuwanderung - für einen Paradigmenwechsel

Eine Völkerwanderung historischen Ausmaßes fordert Europa heraus. Im Hinblick auf Bevölkerungsexplosion, kriegerische und religiöse Konflikte und Klimaextreme in vielen Ländern, insbesondere des afrikanischen Kontinents und des Nahen und Mittleren Ostens, stehen wir erst am Anfang weltweiter, bislang unvorstellbarer Wanderungsbewegungen in Richtung der wohlhabenden europäischen Staaten.

Die aktuelle deutsche und europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik kann deshalb so nicht weitergeführt werden. Die unzutreffende Bezeichnung „Flüchtling“ für fast alle Menschen, die irregulär nach Deutschland einreisen, um hier dauerhaft zu bleiben, ist Ausdruck dieser verfehlten Politik. Es ist demgegenüber notwendig, zwischen politischen Verfolgten und (Kriegs-) Flüchtlingen, die unmittelbar vor ihrer Einreise echten, kriegsbedingten Gefahren ausgesetzt waren, einerseits und irregulären Migranten andererseits zu unterscheiden. Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert.

Irreguläre Migranten aber, die, anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsstatus beanspruchen. Entfällt der Fluchtgrund durch Beendigung von Krieg, politischer oder religiöser Verfolgung im Herkunftsland der Flüchtlinge, endet deren Aufenthaltserlaubnis. Die betroffenen Flüchtlinge müssen Deutschland wieder verlassen. Dazu soll Deutschland im Verbund mit den europäischen Partnerländern Rückkehrhilfen gewähren. Es dient dem inneren und äußeren Frieden, wenn die in ihre Herkunftsländer zurückkehrenden Flüchtlinge ihren Beitrag zum politischen,

wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau ihres Heimatlandes leisten. Ihre Rückkehr sollte durch ein internationales Wiederaufbauprogramm unterstützt werden.

Die überkommene Politik der großzügigen Asylgewährung im Wissen um massenhaften Missbrauch führt nicht nur zu einer rasanten, unaufhaltsamen Besiedelung Europas, insbesondere Deutschlands, durch Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen. Sie ist auch für den Tod vieler Menschen auf dem Mittelmeer verantwortlich. Die AfD will diese zynisch hingenommene Folge eines irgeleiteten Humanitarismus vermeiden und die daraus entstehende Gefahr sozialer und religiöser Unruhen sowie eines schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen abwenden.

Die gesamteuropäische Asylpolitik ist wegen des Bruchs des Dublin-Abkommens durch südliche EU-Länder, zuletzt aber auch durch das Verschulden der deutschen Bundesregierung gescheitert. Die AfD setzt sich daher für eine vollständige Schließung der EU-Außengrenzen ein und fordert den aus politischen und anderen Gründen flüchtenden Menschen folgende Option anzubieten:

In der Herkunftsregion von Flüchtlingsbewegungen, wie z.B. Nordafrika, werden Schutz- und Asylzentren in sicheren Staaten eingerichtet. Vorrangiges Ziel ist, solche Aufnahmeeinrichtungen unter UN- oder EU-Mandat zu betreiben. Anträge auf Schutz sollen danach nur noch dort gestellt und entschieden werden. Antragsteller in Deutschland und Europa sind ausnahmslos zur Rückkehr in diese Zentren zu verpflichten.

Es ist notwendig,
zwischen politisch
und Kriegspolitical
einseitig und irregulären
Migranten andere
unterscheiden.

Sollten sich solche Aufnahmeeinrichtungen nicht innerhalb überschaubarer Zeit international organisieren lassen, dann wird Deutschland eigenständig in sicheren Staaten geschützte Aufnahmeeinrichtungen nach ortsüblichem Standard und ortsüblicher Grundversorgung einrichten.

Dazu müssen Staaten gefunden werden, die vertraglich den Betrieb einer Aufnahmeeinrichtung auf dem Botschafts- gelände oder einer sonstigen Liegenschaft ermöglichen, wie es dem „australischen Modell“ entspricht. In diesen regionalen Aufnahmeeinrichtungen werden Außenstellen des BAMF sowie der Verwaltungsgerichtsbarkeit angesiedelt, die für die Durchführung des Asyl- und Rechtsmittelverfahrens für Asylsuchende aus der Region die Alleinzuständigkeit erhalten.

Schutzsuchende aus diesen Regionen, die in Deutschland eintreffen und hier ihre Anträge stellen, werden ausnahmslos zur Durchführung des Asylverfahrens zur zuständigen Aufnahmeeinrichtung in der Herkunftsregion begleitet.

Nach Anerkennung eines Schutzgrundes wird ihnen die sichere Reise nach Deutschland ermöglicht.

An allen deutschen Grenzübergängen, an denen eine unregelmäßige Einwanderung stattfindet, sind strenge Personkontrollen einzuführen, um illegale Grenzübertritte zu verhindern. Solange es weltweite Wanderungsbewegungen in Richtung Deutschland gibt und solange die Dysfunktionalität der europäischen Grenzsicherung andauert, befürworten wir Sicherungsmaßnahmen an den deutschen Grenzen zur Verhinderung jeder unkontrollierten Einwanderung. Dies schließt die Bewachung der „grünen Grenze“ ein.

Die AfD will das individuelle Asylgrundrecht durch die grundgesetzliche Gewährleistung eines Asylgesetzes (institutionelle Garantie) ersetzen. Die Genfer Konvention von 1951 und andere, veraltete supra- und internationale Abkommen sind an die globalisierte Gegenwart mit ihren weltweiten Massenmigrationen anzupassen. Das Asylrecht darf nicht länger als ein Vehikel der Masseneinwanderung missbraucht werden.

Die Entscheider des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mussten seit Ende 2014 die Pauschalankennungen ganzer Volksgruppen vornehmen, anstatt Einzelentscheidungen zu treffen. Nachprüfungen von Identität, Herkunft, Staatsangehörigkeit usw. fanden nicht statt, was zum Missbrauch geradezu einlädt. Die Entscheider müssen wieder unabhängig von Weisungen werden, wie dies bis 2002 der Fall war. Nur so lässt sich ihre politische Instrumentalisierung zur Steuerung der Anerkennungsquote verhindern.

Auch die Lebensbedingungen in heimatnahen Flüchtlingslagern in Folge von Kriegen müssen auf einem Niveau gehalten werden, das eine Weiterwanderung überflüssig macht. Mit einem Bruchteil der Finanzmittel, die wir für die Bewältigung der irregulären Migration im Inland aufwenden müssen, können wir ungleich mehr Menschen vor Ort helfen, und den Auswanderungsdruck dort vermindern.

9.1.2 Rückführung - Schluss mit Fehlanreizen und falscher Nachsicht

Der wichtigste (Fehl-)Anreiz, über das Asylrecht in das deutsche Sozialsystem einzuwandern, ist bereits seit Jahrzehnten die fehlende Durchsetzung der Ausreisepflicht

An allen deutschen Grenzübergängen, an denen eine unregelmäßige Einwanderung stattfindet, sind strenge Personkontrollen einzuführen, um illegale Grenzübertritte zu verhindern.

gegenüber Ausländern, die unter keinem Gesichtspunkt bleibeberechtigt sind.

Rückführungen in die Herkunftsländer werden auf mannigfache Weise sabotiert. Daran beteiligt sind die Ausreisepflichtigen, inländische Helfer und teilweise auch die Herkunftsländer. Kampagnen der Einwanderungslobby und Medien zielen auf immer neue Bleiberechte. Landesregierungen halten sich häufig nicht an das Bundes-Abschieberecht, verschleppen seine Durchsetzung und setzen es vielfach praktisch außer Kraft.

Die AfD will diese Missachtung des Rechtsstaats beenden. Sie fordert, das Abschieberecht zu ertüchtigen, zu vereinfachen und es konsequent anzuwenden; wo dies nicht geschieht, hat die Rechts- und Fachaufsicht des Bundes sofort einzugreifen. Die Ausländerbehörden müssen auf die uneingeschränkte Rückendeckung der Politik vertrauen können. Alle rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber sind unverzüglich außer Landes zu bringen, sofern sie nicht entsprechende Ausreiseforderungen freiwillig befolgen. Gewährung oder Streichung von Entwicklungshilfe und die Visapolitik müssen zum Hebel für die Kooperationsbereitschaft der Herkunftstaaten bei der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen werden.

Vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern dürfen nicht gleichzeitig Anreize zum Bleiben gegeben werden. Unter anderem ist ihre Sozialhilfe dauerhaft auf ein rechtlich zulässiges Minimum in Sachleistungen zurückzuführen. Obstruktionen bei der zur Rückführung erforderlichen Passbeschaffung und Täuschungen der Behörden sind zu ahnden. Altfall- und Bleiberechtsregelungen wollen wir streichen,

denn als „Belohnung“ für langjährige Verweigerungshaltung konterkarieren sie diese Absicht.

Eine freiwillige Ausreise ist besser als eine Abschiebung. Gerade wer aus rein wirtschaftlichen Motiven Asyl in Deutschland beantragt hat, kann – ggf. durch Gewährung einmaliger Starthilfe – zur freiwilligen Rückkehr bewogen werden.

Die AfD bekennt sich dazu, ökonomische Fluchtursachen zu vermeiden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft zunächst Nachteile mit sich bringen könnte. Dazu gehört beispielsweise ein Exportstopp für hochsubventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Afrika, die dort die lokalen Märkte ruinieren und den Menschen ihre Lebensgrundlage nehmen. Dasselbe gilt für den Export von Waffen, Altkleidern, Giftmüll und andere westliche Abfallprodukte sowie für die EU-Fischerei vor den afrikanischen Küsten.

9.2 Einwanderung aus EU-Staaten

Das europäische Freizügigkeitsrecht hat in seiner Ausprägung der Personenfreizügigkeit zu massiven Wanderungsbewegungen innerhalb der EU aus den ärmeren in die reicheren Staaten, besonders nach Deutschland, allein zum Zweck des Sozialhilfebezugs geführt. Zwar steht das deutsche Recht – in Einklang mit der Freizügigkeitsrichtlinie – gewisse Einschränkungen der Ansprüche auf Sozialleistungen vor; allerdings sind diese nicht ausreichend, um den Missbrauch des großzügigen deutschen Sozialsystems durchgreifend zu verhindern. Die Praxis bietet viele Möglichkeiten der Umgehung und des Unterlaufens der schwach ausgeprägten rechtlichen Sicherungen.

Die AfD fordert deshalb eine umfassende und durchgreifende

fende Neuausrichtung des europäischen Rechts mit dem Ziel der Wiedergewinnung nationaler Handlungsmöglichkeiten zur Beendigung des massenhaften Missbrauchs von Rechten, die mit der europäischen Freizügigkeit einhergehen. Sollte dies keine Wirkung entfalten, dann fordern wir, die EU-Personenfreizügigkeit dahingehend einzuschränken, dass dem aufnehmenden Staat eine kontrollierte Steuerung der EU-Zuwanderung durch Arbeitnehmer und Familienangehörige möglich ist.

Mit Priorität fordert die AfD, allen EU-Ländern die Möglichkeit zu eröffnen, den Anspruch auf steuerfinanzierte Sozialleistungen für EU-Bürger und ihre Familienangehörigen von einer vierjährigen, versicherungspflichtigen Beschäftigung ohne staatliche Zuschüsse abhängig zu machen. Die direkte Einwanderung in die Sozialsysteme muss verhindert werden. Gegenstehendes europäisches Recht muss entsprechend geändert werden.

9.3 Gesteuerte Einwanderung aus Drittstaaten

Wir setzen uns für eine maßvolle legale Einwanderung nach qualitativen Kriterien ein, soweit ein unabweisbarer Bedarf weder durch einheimische Potentiale noch durch Zuwanderung aus der EU gedeckt werden kann. Im Vordergrund stehen die Interessen Deutschlands als Sozialstaat, Wirtschafts- und Kulturlation. Für den Arbeitsmarkt qualifizierte Einwanderer mit hoher Integrationsbereitschaft sind uns willkommen. Die langjährigen Erfahrungen anderer westlicher Einwanderungsländer müssen wir uns zu Nutzen machen. Davon strikt zu trennen ist die unregelte Asylzuwanderung, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland nicht nutzt und der Gesellschaft schadet.

Die Versorgung unseres Landes mit qualifizierten Arbeitskräften muss in erster Linie über die vollständige Erschließung der einheimischen Potentiale erfolgen. Hierzu zählen eine umfassende Aus- und Weiterbildung, die Integration von immer noch Millionen zählenden Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und die Beendigung der Diskriminierung von älteren Arbeitnehmern und von Alleinerziehenden. Teilweise kann die legale Zuwanderung aus EU-Staaten dazu beitragen.

Auch die fortgesetzte Auswanderung inländischer Hochqualifizierter muss reduziert und die bereits Ausgewanderten müssen zur Rückkehr ermutigt werden. Die Anwerbung in Drittländern kommt erst dann zum Zuge, wenn zuvor sämtliche dieser Möglichkeiten zur Arbeitskräftegewinnung und -qualifizierung genutzt wurden. Die gesteuerte Einwanderung aus Drittstaaten ist jedoch kein Weg, um die demografische Krise zu lösen. Die ungesteuerte, überwiegend illegale Zuwanderung von Unqualifizierten auf dem Umweg der Asylantragstellung steigert das Fachkräftepotential nicht.

Deutschland steht mit anderen Hochtechnologienationen in einer Konkurrenz um die Gewinnung wirklich qualifizierter Zuwanderer. Das rechtliche Instrumentarium, um in diesem Wettstreit bestehen zu können, bedarf einer durchgreifenden Überarbeitung. Vorbild hierfür könnte ein auf deutsche Verhältnisse angepasstes „kanadisches Modell“ sein. Es muss in erster Linie auf Einwanderungswillige aus dem Ausland Anwendung finden. Nur in Einzelfällen sollte es auch schon in Deutschland befindlichen Ausländern ohne Daueraufenthaltsberechtigung offen stehen, wie zum Beispiel Ausländern aus Drittstaaten, die in Deutschland ein Studium absolviert haben.

Wir befürworten eine maßvolle legale Einwanderung aus Drittstaaten nach hohen Kriterien. Im Vordergrund stehen die Interessen Deutschlands Sozialstaat, Wirtschafts- und Kulturlation

Für eine Einwanderung in diesem Sinne müssen vor der Einreise die Integrationsfähigkeit, die Qualifikation, Sprachkenntnisse und ein Arbeitsplatzangebot ausschlaggebend sein.

Über Qualität und Quantität der Einwanderung selbst zu bestimmen, ist herausragendes Merkmal staatlicher Souveränität; das muss uneingeschränkt auch für Deutschland gelten.

9.4 Integration - Mehr als nur Deutsch lernen

Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert. Um mit Einwanderern in der Zukunft friedlich zusammenleben zu können, ist deren Integration unerlässlich. Nur so lässt sich auch das weitere Vordringen von Gegen- und Parallelgesellschaften in unserem Land verhindern.

Gelungende Integration fordert von Einwanderern jeden Alters nach einer angemessenen Zeit die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, die Achtung und gelebte Bejahung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie den Verdienst des eigenen Lebensunterhalts. Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist zwar anzustreben, aber nicht erzwingbar.

Jeder Einwanderer hat eine unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren; er muss sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt. Eine fortgesetzte Zuwanderung von Menschen mit denkbar schlechten Integrationsaussichten verschärft die bestehenden Probleme und ist daher unverantwortlich. Gute Integrationsaussichten müssen für eine Einreise mit der Absicht eines dauerhaften Aufenthalts

künftig Bedingung sein. Der Daueraufenthalt setzt gelungene Integration voraus. Wer sich der Integration verweigert, muss sanktioniert werden und letztendlich auch sein Aufenthaltsrecht verlieren können.

Der hohe Standard unseres Bildungssystems ist der wichtigste Grund für die Stellung Deutschlands als eine der führenden Wirtschaftsnationen. Eine Absenkung der schulischen und beruflichen Anforderungen aus Gründen einer vermeintlich besseren Integration darf es nicht geben.

9.5 Kosten der Einwanderung - Transparenz herstellen

Einwanderung in die sozialen Systeme ist Alltag. Beispiele liefert die Rechts- und Lebenswirklichkeit aller Zu- und Einwanderungsgruppen. Angebliche Sicherungsmechanismen entpuppen sich als wirkungslos, als von der Rechtsprechung außer Kraft gesetzt, durch EU-Recht relativiert oder als äußerst betrugsanfällig.

Niedrigqualifizierte wandern überwiegend über missbräuchliche Asylanträge zu und sind auf die steuerfinanzierten sozialen Sicherungssysteme angewiesen. Qualifizierte Einwanderer bevorzugen Staaten mit geringer Steuerlast.

Ausnahmslos jeder Asylantragsteller wandert in das soziale System ein, da ihm ab Grenzübertritt Leistungsansprüche zustehen. Nach seiner Anerkennung gilt dasselbe für nachziehende Familienmitglieder. Die AfD fordert, die schrankenlosen Möglichkeiten des Familiennachzugs für anerkannte Asylbewerber zu beenden, weil dies sonst einen direkten und dauerhaften Nachzug in das soziale Netz ermöglicht.

► Jeder Einwanderer muss sich zu integrieren und sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt. Wer sich der Integration verweigert, muss sanktioniert werden und letztendlich auch sein Aufenthaltsrecht verlieren können.

Die Kosten der Massenzuwanderung sind intransparent. Schätzungen erreichen Größenordnungen von hundertern Milliarden EURO. Es reicht nicht, nur die Zahl der Sozialleistungsempfänger mit dem Regelsatz zu multiplizieren. Hinzu kommt eine enorme Fülle versteckter Kosten für die Flüchtlingsbetreuung und -versorgung auf allen Verwaltungsebenen. Im Gefolge der Massenzuwanderung ist eine kartellähnliche Migrationsindustrie entstanden, die vielerorts die Preise diktiert. Es gibt keine umfassende Kostenanalyse und -darstellung. Sie ist der politischen Führung in Bund und Ländern auch höchst unerwünscht.

Die AfD fordert, die Finanzierung der Zuwanderung grundsätzlich neu zu ordnen. Die Kosten sollen auf allen Ebenen der Verwaltung völlig transparent und vollständig dargestellt werden. Die wirtschaftliche Verwendung von Steuermitteln muss auch im Einwanderungssektor konsequent durchgesetzt werden. Einen „Flüchtlings-Soli“ lehnt die AfD vehement ab.

Zu den Kosten der Einwanderung gehören nicht nur die kurzfristigen, sondern auch die langfristigen Kosten. Die Staatsangehörigkeit von SGB-II-Bezieher*innen wird nicht aufgeschlüsselt und ist geheim. Damit ist die Zahl der als asylberechtig*ig anerkannten, die dauerhaft im sozialen Netz verbleiben, nicht bekannt. Integrationserfolge oder -misserfolge können auf diese Weise nicht evaluiert werden. Die AfD fordert auch hier vollständige Transparenz.

9.6 Einwandererkriminalität - nichts verschleiern, nichts verschweigen

Millionen Menschen aus anderen Kulturkreisen ohne die für eine Integration erforderlichen Qualifikationen werden mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt. In ihrer Heimat haben sie alle Brücken abgebrochen. Enttäuschte Hoffnungen auf Wohlstand bergen die Gefahr, dass viele in die Kriminalität abgleiten.

Nicht nur im Schlepp*tau der unregulierten Massenzuwanderung steigt die Kriminalität an. Gleiches gilt hinsichtlich fehlender Grenzkontrollen zu einigen östlichen EU-Mitgliedsstaaten. Doch Statistiken über den Asyl- oder Migrationshintergrund der Tatverdächtigen bzw. Täter werden aus politischen Gründen kaum geführt, geheim gehalten oder geschönt. Teilweise verschweigen oder verharmlosen öffentliche Stellen und Medien die durch die Asylzuwanderung verursachten Probleme. Eine Reform der Kriminalstatistik ist daher Ziel der AfD.

Einwanderungsbedingte Kriminalität ist wegen ihrer Einbettung in Familien-, Clan- und kulturelle Strukturen und aufgrund der Sprachbarriere sehr schwer zu bekämpfen. Der derzeitige Rechtszustand, nach dem aufenthaltsbeendende Maßnahmen für diese Straftäter kaum möglich sind, muss geändert werden. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten schaffen, um ausländischen Straftäter*innen leichter und schneller das Aufenthaltsrecht entziehen zu können. Dies ist ein wirkungsvolles Mittel zur Bekämpfung der einwanderungsbedingten Kriminalität.

Die AfD fordert, dem Schutz der Bürger vor einwanderungsbedingter Kriminalität oberste Priorität einzuräumen. Das verlangt einen Systemwechsel von der Fesselung der Sicherheitsbehörden durch nationale und EU-Vorschriften hin zur Neukonzeption von Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung als effiziente Gefahrenabwehrbehörden. Sie müssen zum bestmöglichen Schutz der Bürger vor einwanderungsbedingter Kriminalität ebenso wie zur Unterbindung von Asyl- und Rechtsmissbrauch gesetzlich aufgefördert und in der Lage sein. Das schließt eine Abkehr von EU-Richtlinien im Einwanderungs- und Asylbereich mit ein, die zur Entmachtung der nationalen Ausländerbehörden bei gleichzeitig massiver Vermehrung von Ansprüchen geführt haben.

9.7 Einbürgerung - Abschluss gelungener Integration

Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist Abschluss einer erfolgreichen Integration, nicht aber deren Ausgangspunkt.

Für die AfD ist die deutsche Staatsangehörigkeit untrennbar mit unserer Kultur und Sprache verbunden. Die Staatsangehörigkeit hat in den vergangenen Jahren einen schleichenden Bedeutungsverlust erfahren. Kinder bekommen unter bestimmten Bedingungen automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist. Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten der doppelten Staatsangehörigkeit erweitert.

Die AfD lehnt den „Doppelpass“, also den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bei gleichzeitigem Fortbestand oder Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit, grundsätzlich

lich ab, was wohlbegründete Sonderfälle aber nicht ausschließt. Darüber hinaus müssen die Anforderungen für eine Einbürgerung deutlich erhöht werden.

Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nur an mündige Einwanderer verliehen werden. Damit unvereinbar ist der automatische Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Kinder ausländischer Elternpaare, der zu erheblichem Missbrauch geführt hat. Diese Kinder sollen die deutsche Staatsangehörigkeit nur dann erhalten, wenn mindestens ein Elternteil bereits Deutscher ist. Das Territorialprinzip wollen wir aus diesen Gründen wieder aus dem Gesetz streichen.

 KAPITEL 10

Wirtschaft, digitale Welt und Verbraucherschutz

10.1 Freier Wettbewerb sichert unseren Wohlstand

Durch marktwirtschaftlichen Wettbewerb ergeben sich die besten ökonomischen Ergebnisse. Das unsubventionierte Angebot, von dem sich die Marktteilnehmer den größten Vorteil versprechen, setzt sich dauerhaft durch. Deshalb gilt für die AfD: Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle. Denn Wettbewerb schafft die Freiheit, sich zu entfalten und selbst zu bestimmen, privates Eigentum an Gütern und Produktionsmitteln erwerben zu können, eigenverantwortlich Verträge zum eigenen Vorteil und zum allgemeinen Wohl zu schließen, zwischen verschiedenen Anbietern, Produkten, Dienstleistungen oder Arbeitsplätzen wählen zu können, ertragsbringende Chancen zu nutzen, aber auch ein mögliches Scheitern selbst zu verantworten.

Voraussetzung jeglichen wirtschaftlichen Wettbewerbs sind gleiche und eindeutige Regeln für alle Marktteilnehmer unabhängig von deren Größe oder Rechtsform sowie staatlich garantierte Rechtssicherheit. Gegebenenfalls erforderliche staatliche Eingriffe – zum Beispiel um Monopole zu verhindern und Marktversagen entgegenzuwirken – sind auf das notwendige Minimum zu begrenzen und müssen für in- und ausländische Investoren kalkulierbar sein. Dies durchzusetzen ist Aufgabe der Wettbewerbspolitik.

10.2 Soziale Marktwirtschaft statt Planwirtschaft

Anknüpfend an unsere Vorstellungen von der Rolle des Staates plädieren wir im Bereich der Wirtschaft für eine Ordnungsethik auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke entwickelt und von Ludwig Ehrhard umgesetzt

wurde. Zentrale Prinzipien sind Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung. Der Schutz des Privateigentums ist dabei genauso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle.

Jede Form von staatlicher Planwirtschaft führt früher oder später zu Fehlallokationen und Korruption. Dabei gilt für uns wie für die Väter der Sozialen Marktwirtschaft: Wirtschaft ist immer Mittel zum Zweck, niemals Selbstzweck. Die größte Hypothek für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft stellt unseres Erachtens gegenwärtig die beispiellose EURO-Rettungspolitik der Staaten des EURO-Währungsverbundes und die Manipulation der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank dar. Hier werden grundlegende Marktmechanismen wie der Zusammenhang von Sparen und Investieren ausgehebelt, Haftungsgrundsätze verletzt und das Verhältnis zwischen Gläubigern und Schuldnern schwer beeinträchtigt.

10.3 Internationale Wirtschaftspolitik neu ausrichten

Den Außenhandel will die AfD ebenso marktwirtschaftlich ausrichten wie die inländische Wirtschaftsordnung. Die internationalen Handelsbeziehungen sind vorzugsweise multilateral auf der Basis von Verträgen mit der Welthandelsorganisation zu regeln. Handelsabkommen sollen deutsche Sicherheitsstandards in keinem Fall unterlaufen. Das marktwirtschaftliche Prinzip der Gleichbehandlung ist zu beachten. Inländische wie ausländische Unternehmen müssen rechtlich gleichgestellt werden. Unsere Bürger bleiben der Souverän unseres Staates, die Regulierungshoheit des Parlamentes darf nicht eingeschränkt werden.

▶ Zentrale Prinzipien
Wirtschaftspolitik:
Leitlinien sind Eigen-
verantwortlichkeit
und freie Preisbildung

10.4 Hohe Standards für Handelsabkommen

Internationaler Handel ist die Grundlage unseres Wohlstands und des friedlichen Miteinanders. Wirtschaftliche Sanktionen halten wir grundsätzlich für falsch. Handels-schranken wollen wir in Europa und weltweit abbauen. Außenwirtschaftliche Maßnahmen von übergeordneter Bedeutung müssen der deutschen Souveränität Rechnung tragen. Daher befürwortet die AfD internationale Handelsabkommen, aber dabei sind der Grundsatz der Gleichbehandlung sowie deutsche Industrie-, Sozial- und Umweltstandards zu berücksichtigen. Zeitlich begrenzte Ausnahmen sind nur für solche Volkswirtschaften angemessen, die sich noch auf dem Stand eines Entwicklungslandes befinden. Verhandlungen im multilateralen Bereich und innerhalb zwischenstaatlicher Organisationen sind transparent zu führen und mögliche Abkommen offenzulegen.

Jegliche Übertragung von Souveränitäts- und Hoheitsrechten in Freihandelsabkommen auf Sonderschiedsgerichte ist abzulehnen. Zwar sind Schiedsgerichte in der Wirtschaft grundsätzlich bewährte Instrumente, aber in Handelsabkommen muss das Verhältnis von nationaler Justiz und Schiedsgerichten so geregelt sein, dass gegen Entscheidungen von Schiedsgerichten auf Wunsch eines Beklagten jederzeit die Berufung vor ordentlichen Gerichten möglich ist.

Die AfD lehnt daher Handelsabkommen grundsätzlich ab, wenn diese intransparent und nicht öffentlich sowie ohne Beteiligung des Bundestages verhandelt werden, ohne ausgewogene Interessenwahrung der beteiligten Parteien gestaltet sind und unzulässig in nationales Recht eingreifen. Aus diesen Gründen werden von uns auch TTIP, TISA und CETA abgelehnt.

In jedem Falle liegen Abkommen, die etwa durch Investitionsschutzregeln oder Bestrebungen zur regulatorischen Harmonisierung über reine Handelsabkommen hinausgehen, in nationaler Kompetenz. Nur durch Beteiligung des Bundestages ist eine ausreichende demokratische Legitimation gewährleistet.

10.5 Bürokratie abbauen

Die AfD will ein investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld. Wir wollen auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen. Mit Sorge beobachten wir zu viele und ineffiziente Regulierungen. Wir wollen unternehmerischen Geist neu entfachen und Unternehmensgründen dadurch helfen, dass wir bürokratische Hindernisse beseitigen. Bürokratieabbau darf sich dabei nicht nur auf eine bessere Ausgestaltung der Regeln beschränken, sondern beinhaltet auch eine Überprüfung der Notwendigkeit bestehender Regeln.

10.6 Den Technologiestandort Deutschland voranbringen

Die AfD will den Standort Deutschland durch eine innovations- und technologiefördernde Politik weiter voranbringen. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen leichter in marktfähige Produkte umgesetzt werden können. Unternehmergeist wollen wir fördern. Die Selbstständigkeit soll auch für junge Menschen wieder eine echte, erstrebenswerte Option werden und nicht als arbeitsmarktpolitisches Instrument missbraucht werden, um die Arbeitslosenstatistik zu entlasten.

Die AfD will ein investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

10.7 Staatliche Subventionen reduzieren und befristen

Den Subventionsdschungel von EU, Bund, Ländern, Kommunen und der Sonderfonds wollen wir so konsequent lichten, wie dies eine Prüfung auf Wirksamkeit und Effizienz nahelegt. Sofern im Einzelfall Subventionen wirtschaftspolitisch sinnvoll erscheinen, sind sie zeitlich zu befristen. Jenseits der Daseinsvorsorge darf der Staat nur in Ausnahmefällen unternehmerisch tätig sein. Die demokratisch legitimierten Organe der jeweiligen staatlichen Ebene üben die volle Kontrolle über die Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand aus.

10.8 Keine Privatisierung gegen den Willen der Bürger

Über Privatisierungen sollen Bürgerentscheide auf der jeweiligen staatlichen Ebene entscheiden, insbesondere bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und in Bezug auf öffentliches Wohn- und Grundeigentum. Geheime Privatisierungsverträge lehnt die AfD ab.

10.9 Der Mittelstand als Herz unserer Wirtschaftskraft

Unsere Mittelstandspolitik ist Ordnungspolitik. Wir wollen gleiche Regeln für alle – ob groß, ob klein, in jeder Branche. Neben der Steuerpolitik besteht unser Beitrag für den Mittelstand im Bürokratieabbau und einem Ende der Überregulierung. Jede Regelbefolgung verursacht Kosten, die bei Großunternehmen geringer ins Gewicht fallen als beim Mittelstand.

Wir wollen daher deutliche Vereinfachungen zum Beispiel beim Hunger nach statistischen Daten, beim betrieblichen Beauftragtenwesen, bei betrieblichen Sicherheitsbestimmungen oder auch beim Mindestlohn. Und nicht zuletzt legen wir unseren politischen Schwerpunkt auf folgende Standortbedingungen: öffentliche Sicherheit und bessere Infrastruktur. Unser Ziel ist ein schlanker, aber starker Staat.

10.10 Digitalisierung als Chance und Herausforderung

Die Digitalisierung ist aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie bestimmt fast alle Lebensbereiche, übernimmt an vielen Stellen Regelaufgaben und mobilisiert die Kommunikation in hohem Maße. Aus diesem Grund ist entgegen anderer Bestrebungen dem Datenschutz ein hoher Stellenwert einzuräumen und sein Wirkungsbereich auf alle personenbezogenen Merkmale auszuweiten. Die freie Meinungsäußerung und die freie Entfaltung der Persönlichkeit brauchen einen starken Datenschutz. Die AfD setzt sich für kostenfreies WLAN in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Bibliotheken) ein.

10.10.1 Quelloffene Software und sichere Hardware

Die öffentliche Verwaltung arbeitet auf allen Ebenen mit sensiblen Daten der Bevölkerung. Dabei werden in der Regel Computer mit Betriebssystemen und Software ausländischer Hersteller eingesetzt. Für Sicherheitsaktualisierungen können diese Hersteller jederzeit auf diese Computer zugreifen. Die Benutzer haben keine Möglichkeit die Aktualisierungen zu prüfen. Diese Zugriffsmöglichkeiten sind intransparent und können auch durch Cyber-Kriminelle oder Geheim-

Unsere Mittelstandspolitik lehnt Subventionen ab. Wir wollen die für alle – ob groß oder klein – in jeder Branche und in jedem Lebensbereich einhalten.

dienste ausgenutzt werden. Die Angriffsvektoren für einen Cyber-Krieg sind dadurch vielfältiger.

Die AfD fordert deshalb zumindest für die öffentliche Verwaltung in Deutschland den Einsatz von Betriebssystemen und Programmen, die über quelloffene Software erstellt wurden und die im Vorfeld überprüft werden konnten, ob unautorisierte Zugriffe möglich sind. Die Hardware der Verwaltungen ist aus Sicherheitsgründen zentral zu beschaffen und auf Manipulationen zu prüfen. Eine im Inland erfolgte Montage geprüfter Hardwarekomponenten wird die sicherheitstechnischen Anforderungen weiter erhöhen.

10.10.2 Sichere Kommunikation als Standortvorteil und Bürgerrecht

In Deutschland arbeiten nicht nur die staatlichen Stellen vorwiegend mit nicht in Deutschland hergestellter Software. Die Industrie ist ebenfalls betroffen. Ein ungewollter Informationsabfluss ist nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. So kann die Forderung nach nationalen Software-Entwicklungen auch als Wirtschaftsvorteil für die Gesamtheit deutscher Unternehmen gesehen werden, die durch Industriespionage jährlich viele Milliarden EURO verlieren. Ende-zu-Ende-Verschlüsselung darf nicht verboten oder anderweitig behindert werden. Die AfD sieht sichere Kommunikation als Bürgerrecht an.

10.10.3 Deutsche Literatur im Inland digitalisieren

Die Digitalisierung der deutschen Literatur ist eine von Deutschland zu leistende, hoheitliche Aufgabe. Sie geht über den rein technischen Vorgang hinaus, und bedarf ähnlich wie der Umgang mit historischen Artefakten in einem Museum der professionellen Fürsorge, die durch Experten für deutsche Sprache und Literatur zu leisten ist. Möglichen Lizenzzahlungen an ausländische Unternehmen zum Lesen digitalisierter deutscher Literatur ist durch Gesetzgebung vorzubeugen.

10.11 Verbraucherschutz modernisieren und stärken

Der Verbraucherschutz muss verbessert und den sich schnell wandelnden technischen und ökonomischen Bedingungen angepasst werden. Wir wollen Transparenz durch Information, um Haftung und Kontrolle zu ermöglichen. Dies erfordert auch die Stärkung verbraucherschützender Einrichtungen wie der Stiftung Warentest und der Verbraucherzentralen. Kompetenzen im Verbraucherschutz, die an die Europäische Union abgegeben wurden, sind nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen und ggf. in nationale Kontrolle zurückzuführen. Europäische oder internationale Harmonisierung von Standards darf zu keiner Abschwächung erreichter Schutzniveaus führen.

10.11.1 Lebensmittel besser kennzeichnen

Die in Deutschland im größeren Umfang in Verkehr gebrachten Lebensmittel müssen mit genaueren Angaben zu Herkunft, Inhaltsstoffen und Qualität besser und verständlicher gekennzeichnet werden. Chemisch angereicherte funktionelle Lebensmittel sowie Nahrungsergänzungsmittel sind unter pharmazeutische Prüfverfahren zu stellen. In Langzeitstudien ist die Unbedenklichkeit nachzuweisen.

10.11.2 Langlebige Produkte statt geplante Obsoleszenz

Den Versuchen einzelner Hersteller, die Lebensdauer ihrer Produkte zum Nachteil des Kunden künstlich zu verkürzen (geplante Obsoleszenz), ist durch unabhängige Produkttests und der zeitnahen Veröffentlichung der Ergebnisse entgegenzuwirken. Wir wollen, dass diese Tests häufiger und regelmäßig durchgeführt werden.

10.11.3 Textilien und Kinderspielzeug auf Schadstoffe prüfen

Waren, die möglicherweise risikobehaftete chemische Stoffe enthalten, sind einem strengen Prüfverfahren zu unterziehen, bevor sie in Deutschland in Verkehr gebracht werden dürfen. Dies gilt besonders für importierte Textilien und Kinderspielzeug. Kinderspielzeug und für Kinder hergestellte Gebrauchsgegenstände müssen frei sein von Kunststoffweichmachern und anderen schädigenden Substanzen. Hier wie auch bei anderen Produktgruppen dürfen Konformitätszeichen wie z.B. das CE-Zeichen nur nach neutralen Fremdprüfungen verwendet werden.

10.11.4 Wasseraufbereitung modernisieren und verbessern

Wasser ist lebensnotwendig, aber zunehmend belastet. Im Abwasser finden sich neben Nitraten immer mehr Medikamentenrückstände, Nanopartikel, Plastikfäden und Drogenrückstände. Die Analyse und Aufbereitung des Wassers zu Trinkwasser muss sich diesen neuen Herausforderungen stellen. Die Wasseraufbereitung ist zu modernisieren und zu verbessern. Die Einleitung von Schadstoffen in den Wasserkreislauf muss durch vorbeugenden Gewässerschutz verringert werden, damit Trinkwasser in Zukunft nicht zu einer Gesundheitsgefahr für die Verbraucher wird. Die kommunalen, dezentralen Wasserversorgungsbetriebe wollen wir unterstützen. Eine Privatisierung und damit Kommerzialisierung der Grundversorgung mit Trinkwasser lehnen wir ab.

KAPITEL 11



Finanzen und Steuern

FINANZEN UND STEUERN

Wir wollen Deutschland reformieren. Das geht nicht ohne eine umfassende Reform des Steuerrechts. Wir treten für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem ein, das mit niedrigen Steuern vor allem Mittel- und Geringverdiener finanziell entlastet.

11.1 Gerechte Steuern durch AfD-Stufentarif

Wir wollen einen geänderten Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und einen deutlich höheren Grundfreibetrag. Der Grundfreibetrag soll an das pfändungsfreie Einkommen angepasst werden. Der geltende Steuertarif bewirkt eine übermäßige Belastung vor allem der Mittelschicht und führt zu versteckten Steuererhöhungen durch die sogenannte kalte Progression. Die kalte Progression wollen wir durch eine Indexierung des Stufentarifs beseitigen. Die Indexierung erfasst den Grundfreibetrag, die Steuerstufen und die abzugsfähigen Pauschalen, um schleichende Steuererhöhungen zu vermeiden.

Die AfD strebt eine rechtsformneutrale Besteuerung an. Damit entfallen rein steuerliche Motive für komplexe gesellschaftsrechtliche Strukturen mit zusätzlichem Arbeitsaufwand bei Unternehmen und Behörden. Gewinne aus unternehmerischen Tätigkeiten bei den Gesellschaftern und Einzelunternehmern müssen rechtsformunabhängig über alle Ebenen einer identischen Ertragsteuerbelastung unterliegen.

11.2 Obergrenze für Steuern und Abgaben

Wir wollen die staatliche Macht über den Bürger begrenzen. Dazu ist es erforderlich, die Staatsaufgaben zu reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren. Die AfD will die Bürger nicht stärker mit Steuern und Abgaben belasten. Analog zur Schuldenbremse wollen wir eine verbindliche Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz, um die maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt festzuschreiben. Steuern und Abgaben sollen in Zukunft nicht mehr beliebig erhöht werden können. Steuererhöhungen und neue Steuern darf es nur im Rahmen der Steuer- und Abgabenbremse geben.

11.3 Familiensplitting einführen

Eltern, die Kinder bekommen und großziehen, haben für ihre Erwerbsbiographie erhebliche Erschwernisse. Zudem entstehen ihnen gegenüber Kinderlosen erhöhte Lebenshaltungskosten, die im derzeitigen Steuersystem nicht angemessen berücksichtigt werden. Daher liegt es nahe, analog dem heutigen Ehegattensplitting, die Gesamtfamilie als Erwerbsgemeinschaft zu verstehen. Das hat zur Folge, dass die Summe der erzielten Einkünfte aller Familienmitglieder durch die Zahl der Familienmitglieder geteilt wird. Die jeweiligen Teilbeträge werden dann einzeln versteuert. Die Summe der so ermittelten Teilbeträge ergibt die Gesamtsteuerschuld (Familiensplitting). Seine tiefere Berechtigung erfährt diese Betrachtungsweise dadurch, dass die Kinder regelhaft die späteren Abgabebürger werden, welche die Gemeinschaftslasten des Staates für alle Bürger zu tragen haben.

Wir treten für ein
und gerechtes
Steuersystem ein,
mehrfachen Steuern
Mittel- und Gering
sozialverträglich

11.4 Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen, Gewerbesteuer überprüfen

Die AfD tritt für eine Reform der Finanzierung der Kommunen ein. In diesem Zusammenhang ist eine Überprüfung der Gewerbesteuer vorzunehmen, weil sie ertragsunabhängige Bestandteile in ihrer Bemessungsgrundlage enthält. Anstelle der Gewerbesteuer könnte den Kommunen ein Zugang zu anderen Steuerquellen ermöglicht werden. Die Ausgestaltung muss dem Prinzip der Selbstverwaltung entsprechen, wonach den Kommunen originäre Gestaltungsrechte bei Bestimmung von Steuergegenstand und der Steuererhebung zustehen.

Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer abschaffen. Beide sind Substanzsteuern, d.h. sie werden unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers erhoben. Sie greifen auf Vermögen zu, die typischerweise aus versteuertem Einkommen entstanden sind. Sowohl der Verwaltungsaufwand für ihre Erhebung ist überproportional hoch als auch ihr Ertrag für die Staatseinnahmen nur marginal.

Hinzu kommt, dass die Erbschaftsteuer besonders mittelstandsfeindlich ist und Fehlanreize setzt im Hinblick auf den nachhaltigen Umgang mit erwirtschaftetem Vermögen beim Übergang zur nächsten Generation. Im Erbfall kann sie zur Veräußerung von Unternehmen oder deren wirtschaftlichen Aufgabe führen. Zudem lassen sich verschiedene Vermögensformen nicht rechtssicher bewerten.

11.5 Umsatzsteuersätze harmonisieren

Die AfD will die Umsatzsteuersätze im deutschen Steuerrecht harmonisieren. Umsatzsteuerbefreiungen und Ermäßigungen sollte es nur im Bereich der Daseinsvorsorge geben.

Die AfD will die Umsatzsteueroption für Kleinunternehmer erweitern.

11.6 Wettbewerbs der nationalen Steuersysteme erhalten

Die AfD will die nationale Steuererhebungskompetenz beibehalten und befürwortet den Wettbewerb nationaler Steuersysteme.

Die AfD wendet sich entschieden gegen ein eigenes Steuererhebungsrecht der Europäischen Union.

11.7 Bank- und Steuergeheimnis wiederherstellen

Die langjährigen Regierungsparteien haben das Steuerwie auch das Bankgeheimnis faktisch aufgehoben. Die Möglichkeit zur Kontenabfrage steht den Behörden offen. Die Kontenabrufersuchen der Finanzbehörden steigen dramatisch. Der Bürger darf nicht zum gläsernen Untertan werden. Datenaustauschprogramme wie FATCA und Swift dürfen nicht zur Überwachung der Bürger missbraucht werden. Zudem wird durch den Austausch von Steuerdaten das Steuergeheimnis ausgehöhlt. Steuerdaten deutscher Bürger sind sensible Daten und sollten vom Staat vertraulich behandelt und nicht mit anderen Institutionen oder fremden Staaten ausgetauscht werden.

Die AfD setzt sich daher für die Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses ein.

Die AfD will die in Steuererhebungskonten beibehalten und den Wettbewerb nationaler Steuersysteme erhalten. Die AfD wendet sich entschieden gegen Steuererhebungsrecht der Europäischen Union.

11.8 Föderalismus und Eigenständigkeit stärken

Die AfD steht für selbständige und starke Gebietskörperschaften. Wir wollen regionale und lokale Selbstverwaltung ermöglichen und Subsidiarität garantieren, damit regionale Eigen- und Besonderheiten gepflegt werden können. Deutschland ist stets, anders als Frankreich, ein föderaler Staat gewesen. Wir wollen dem Föderalismus wieder mehr Gewicht verleihen.

Der Länderfinanzausgleich muss so überarbeitet werden, dass die Nehmerländer nach Gewährung von Ausgleichsleistungen nicht besser gestellt sind als die Geberländer. Die AfD setzt sich dafür ein, die Bund-Länder-Finanzien neu zu ordnen, um Kompetenzgerangel zu unterbinden und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen. Bund, Länder und Kommunen brauchen eigene Finanzierungsquellen, aus denen sie ihre Tätigkeiten selbst finanzieren.

Eine klare Aufgabenteilung soll Wettbewerb zwischen den Bundesländern ermöglichen. Wir fordern eigenverantwortliche Länder und Kommunen, die auch für sich genommen insolvenzfähig sein müssen. Wie auf europäischer Ebene befürworten wir hier die Nichtbeistandsklausel, so dass Rettungsprogramme des Bundes für überschuldete Kommunen oder Länder verboten sind.

11.9 Staatsschulden planmäßig tilgen

Die AfD strebt die Rückkehr zu ausgeglichenen Staatshaushalten an. Sie befürwortet die schrittweise Rückführung der ausgeuften öffentlichen Verschuldung. Nachfolgende Generationen sollen nicht die Folgen der bisherigen kurz-sichtigen Schuldenpolitik aufgelegt werden. Hierzu müssen

wir die staatliche Verschuldung planmäßig verringern, um insbesondere auch höhere Zinsaufwendungen im Falle eines allgemein steigenden Zinsniveaus bewältigen zu können. Das derzeit niedrige Zinsniveau gefährdet die Alterssicherung weiter Teile der Bevölkerung und kann deshalb nicht auf Dauer aufrechterhalten werden.

11.10 Bargeldnutzung muss uneingeschränkt erhalten bleiben

Bargeldnutzung ist ein bürgerliches Freiheitsrecht. Wir treten dafür ein, das Bargeld uneingeschränkt als gesetzliches Zahlungsmittel zu erhalten – auch entgegen anders gerichteter Bestrebungen der Bundesregierung, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und einiger EU-Mitgliedsstaaten. Ein bargeldloser Staat unterstellt allen Bürgern unterschiedslos und pauschal mafiose Schwarzgeldgeschäfte, kriminelle Rotlicht- oder gar Terrorabsichten. Mit einem liberalen, freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar. Rein elektronisches Geld macht Bürger und Wirtschaft davon abhängig, dass die für die Zahlungsvorgänge notwendigen Datenverarbeitungssysteme nicht ausfallen. Wäre Geld nur noch elektronisch existent, könnte es in Krisenzeiten einfach gelöscht oder temporär gesperrt werden oder nicht mehr zuzuordnen sein, etwa im Falle eines erfolgreichen Cyberangriffs.

Ursächliches Kernproblem ist die von der Politik herbeigeführte Überschuldung von Staaten. Mit der Bargeldabschaffung würde die Rolle des Geldes als unantastbarer Wertespeicher massiv eingeschränkt. Sie würde die überfallartige finanzielle Enteignung aller Geldvermögen ermöglichen

– ohne die sonst mögliche Gegenwehr, sich ins Bargeld zu flüchten. Auch Anleiheninhaber oder Lebensversicherungsparer könnten ihrer allmählichen Enteignung durch Negativzinsen dann nur noch durch Umschichtung in andere, risikoreichere Anlageklassen entkommen.

Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass sämtliche Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Überwachung und Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Bürger, unter Umständen sogar über deren Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch – Vollüberwachung bis hinein in private, ja intimste Lebensbereiche. Die an totalitären Staaten erinnernde Kontrolle würde das gesellschaftliche Leben grundlegend ändern: Jede finanzielle Aktivität zwischen Menschen würde transparent; Ausweichmaßnahmen der Bürger, um sich einen Rest an Privatheit zu bewahren, würden vermutlich unter dem Deckmantel der Kriminalitätsabwehr mit repressiven Maßnahmen bekämpft.

11.11 Geldsystem überdenken, Gold heimholen

Unsere Sorge gilt auch dem Geldsystem selbst. Die Zentralbanken verfolgen eine interventionistisch-künstliche Nullzinspolitik und werden diese wohl fortsetzen – bis hin zu negativen Zinssätzen. Solche schweren Eingriffe in die finanziellen Eigentums- und Freiheitsrechte der Bürger führen letztlich zwingend zu einem nicht wünschenswerten weiteren Machtzuwachs des Staates und des Finanzsektors. Aus Sorge um unser Geld werden wir auch darüber nachdenken müssen, ob grundsätzliche Reformen am Geldsystem und dem Kartell aus Zentral- und Geschäftsbanken notwendig sind. Damit Deutschland bei einer demokratischen Entscheidung hin zu stabilem Geld alle Optionen offen hat, sollte das Gold der Bundesbank ausschließlich in Deutschland gelagert werden.

► Damit Deutschland einer demokratisch festgelegten Entscheidung hin zu stabilem Geld alle Optionen offen hat, das Gold der Bundesbank ausschließlich in Deutschland gelagert werden sollte.

MWU

 KAPITEL 12

Energiepolitik

12.1 Klimaschutzpolitik: Irrweg beenden, Umwelt schützen

Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimapolitik beruht auf hypothetischen Klima-Modellen basierend auf computergestützten Simulationen des IPCC („Weltklimarat“). Kohlendioxid (CO₂) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens.

Der IPCC versucht nachzuweisen, dass die von Menschen verursachten CO₂-Emissionen zu einer globalen Erwärmung mit schwerwiegenden Folgen für die Menschheit führen. Hierzu beruft man sich auf Computermodelle, deren Aussagen durch Messungen oder Beobachtungen nicht bestätigt werden. Seit die Erde eine Atmosphäre hat, gibt es Kalt- und Warmzeiten. Wir leben heute in einer Warmzeit mit Temperaturen ähnlich der mittelterlichen und der römischen Warmzeit. Die IPCC-Modelle können diese Klimaänderungen nicht erklären.

Im 20. Jahrhundert stieg die globale Mitteltemperatur um etwa 0,8 Grad. Seit Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts gibt es jedoch im Widerspruch zu den IPCC-Prognosen keinen weiteren Anstieg, obwohl in diesem Zeitraum die CO₂-Emissionen stärker denn je gestiegen sind.

IPCC und deutsche Regierung unterschlagen die positive Wirkung des CO₂ auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.

Unter dem Schlagwort „Klimaneutrales Deutschland 2050“ durch „Dekarbonisierung“ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO₂-Konzentration zur „Großen Transformation“ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird. Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO₂-Emissionen um mehr als 85 Prozent würde den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken. Auf dem Weg dorthin wird auch unsere bisher sichere Stromversorgung destabilisiert und weiter verteuert, außerdem soll die Wärmeerzeugung durch fossile Energieträger praktisch auf Null gebracht werden.

Die AfD sagt daher „Ja zum Umweltschutz“, macht aber Schluss mit der „Klimaschutzpolitik“ und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und „Transformation der Gesellschaft“. Die Wahrnehmung des CO₂ nur als Schadstoff werden wir beenden und alle Alleingänge Deutschlands zum Reduzieren der CO₂-Emissionen unterlassen. CO₂-Emissionen wollen wir nicht finanziell belasten. Klimaschutz-Organisationen werden nicht mehr unterstützt.

Das Klima wandelt sich solange die Erde existiert.
Die Klimaschützer: Klimaregierung ist bisher unbewiesen, hypothetisch, kein Klimaauslöser.

12.2 Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist nicht reformierbar

Jede erfolgreiche Energiepolitik muss drei Ziele verfolgen. Die Stromerzeugung muss sicher, kostengünstig und umweltverträglich sein. Dieser Dreiklang war im deutschen Energieversorgungssystem immer gegeben, wurde aber mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aufgegeben.

Das EEG und die Energiewende gefährden die Stromversorgung. Sie treiben technisch bedingt den Strompreis hoch. Windenergieanlagen zerstören das Bild unserer Kulturlandschaften und sind überdies für Vögel eine tödliche Gefahr.

Der von Wind und Sonne erzeugte Strom schwankt beständig zwischen Null und voller Leistung. Die installierte Leistung dieser volatilen Stromerzeuger beträgt bereits mehr als 80 Gigawatt und müsste daher ausreichen, Deutschland selbst bei maximalem Verbrauch vollständig mit Strom zu versorgen. Real aber haben diese „EE-Anlagen“ in der Vergangenheit im Durchschnitt nur einen Bruchteil ihrer Nennleistung geliefert, an vielen Tagen im Jahr sogar nur wenige Prozent. Deshalb können diese Anlagen kein einziges herkömmliches Großkraftwerk ersetzen. Außerdem erzeugen sie einen massiven Ausbau der Leitungsnetze, der zu weiteren erheblichen Kosten führt. Die steigende Zahl der volatilen Stromerzeuger gefährdet zunehmend die Netzstabilität. Entsprechend stark ist die Zahl der stabilisierenden Netzengriffe gestiegen, die nötig wurden, Stromausfälle bis hin zum Totalausfall zu vermeiden.

Das EEG ist staatliche Planwirtschaft und eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft. Begründet mit dem „Klima-

schutz“ werden die sonst nicht marktfähigen Anlagen massiv subventioniert. Das geschieht durch staatliche Zwangsvermarktung mittels Vorranginspeisung und zwanzigjähriger garantierter Einspeisevergütung. Die Kosten dieser Subventionierung von mittlerweile 27 Milliarden EURO jährlich werden mittels EEG-Umlage auf die Verbraucher abgewälzt. Der Strompreis hat sich in den letzten zehn Jahren bereits verdoppelt. Ein Ende dieses Preisanstiegs ist nicht absehbar. Im Ergebnis findet eine gigantische Umverteilung von Vermögen statt, von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu den wenigen Subventionse Gewinnern.

Trotz der immer höheren Zahl an EE-Anlagen ist der CO₂-Ausstoß seit 2000 wegen des abrupten Ausstiegs aus der Kernenergie unverändert geblieben. Große Flächen, auch in Wäldern, verwandeln sich durch EE-Anlagen in Industriegebiete - mit allen nachteiligen Auswirkungen auf die Natur und die Menschen. Das Gleiche vollzieht sich jetzt mit dem Ausbau der Hochspannungsnetze. Das Errichten weiterer EE-Anlagen stößt an Grenzen.

Flächendeckender Starkwind an wolkenlosen Tagen führt schon jetzt zu nicht nutzbarem Stromüberschuss. Gegenteilige Wetterlagen führen zu elektrischer Unterversorgung, die sich nur durch konventionelle Erzeugung ausgleichen lässt. Überschussstrom zu nutzen, wäre nur mit großen Stromspeichern möglich. Aber die gibt es nicht. Es gilt der Satz: „Ohne große Stromspeicher ist die Energiewende nicht möglich, mit großen Stromspeichern ist sie nicht bezahlbar.“

Es liegen in der Zwischenzeit valide Rechtsgutachten vor, die das EEG als verfassungs- und europarechtswidrig

Das AU tritt daher das EEG aus dem Rechtsbereich. Die auch dafür notwendigen verfassungsrechtlichen Änderungen sind im EEG-Bundesgesetzgebungsweg gefordert.

einstufen. Es wird u.a. aufgezeigt, dass die EEG-Umlage zu Unrecht von dem Stromkunden erhoben wird. Das einzig zulässige Finanzierungsinstrument sei die Steuer. Das EEG enthalte auch keine Verpflichtung der Letztverbraucher, die EEG-Umlage zu zahlen.

Die AfD tritt daher dafür ein, das EEG ersatzlos abzuschaffen. Es darf kein Tabu sein, den Umfang bestehender Subventionsverpflichtungen aus dem EEG infrage zu stellen. Die AfD will einzelne Energieträger weder bevorzugen noch benachteiligen. Wir wollen die Vorrangspeisung von Strom generell abschaffen. Quoten-/Auktionsmodelle, um mit ihnen staatlich-planwirtschaftliche Ziele in der Energiepolitik durchzusetzen, lehnen wir ab. Netzkosten sind auf alle Stromerzeuger verursachungsgerecht umzulegen. Die Stromsteuer wollen wir streichen und so die Stromkunden sofort entlasten. Unser Ziel ist es, das deutsche Stromversorgungssystem wieder auf jenen Stand der Technik zu bringen, der eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Stromversorgung sicherstellt. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass das als verfassungs- und europarechtswidrig eingestufte EEG vom Bundesverfassungsgericht geprüft wird.

12.3 Zum Schutz von Mietern und Eigentümern: Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz abschaffen

Durch Verbrennen von Erdgas, Öl und Kohle werden etwa 80 Prozent der global verbrauchten Primärenergie erzeugt und dabei jenes CO₂ freigesetzt, das für einen von Menschen induzierten Klimawandel verantwortlich sein soll. Ein Großteil dieser Energie wird für das Erzeugen von Wärme und Kälte in Gebäuden eingesetzt. Da die Dekarbonisierung bis

2050 den CO₂-Ausstoß um mehr als 85 Prozent verringern soll, sind die Gebäude nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) entsprechend stark zu dämmen. Die erforderliche Restwärme ist gemäß Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) weitestgehend durch „Erneuerbare Energien“ (EE) zu erzeugen.

Wie bei EEG und Energiewende reden Regierung und Profiteure die erforderlichen Kosten zum Umsetzen dieser Maßnahmen klein oder verschweigen sie. Die Kosten liegen auch in diesem Fall bei mehr als 3.000 Milliarden EURO. Tragen müssen diese zusätzlichen Kosten die Gebäudeeigner und Mieter. Wie von Fachleuten nachgewiesen, werden die erhofften Wirkungen nur bei wenigen Gebäudekonstruktionen mit zuvor sehr schlechter Wärmedämmung erreicht. Daneben verursacht das Dämmen an den Gebäuden häufig massive Schäden, als Folge z.B. von mangelhaftem Luftaustausch, aber auch von Durchfeuchtung, Algen- und Pilzbefall der Außenwände. Historische und denkmalgeschützte Fassaden werden zerstört. Zudem erhöhen die überwiegend genutzten Dämmmaterialien aus Polystyrol (Hartschaumplatten) die Brandgefahr.

Ein messbar geringerer Energieverbrauch wird hingegen nur selten erreicht. Oft tritt das Gegenteil ein, da die Dämmmaterialien das Eindringen der durch die Sonne erzeugten Wärme verhindern. Für die Erzeugung von Wärme und Kälte sind die EE gegenüber der Energie aus fossilen und Kernbrennstoffen auch langfristig nicht wettbewerbsfähig. Die seit Jahren immer wieder beschworenen Verknappungsszenarien sind stillschweigend aufgegeben worden. High-tech-Wärme- und Kälteanlagen - z.B. unter Nutzung der

Die monatliche Bewertung des Benutzers von Gebäuden durch die Wärmepengler-Mieter für Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energieeffizienz in Gebäuden ist zu

Brennwerttechnik und der Kraft-Wärme-Kopplung – lassen für EE nur einen geringen Spielraum. Hierzu zählt die Nutzung von Erd- und Luftwärme mittels Wärmepumpen oder Solarthermie.

Die staatliche Bevormundung der Besitzer von Gebäuden, der Wohneigentümer und Mieter für Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Gebäuden ist zu beenden. EnEV und EEWärmeG führen zu einem rasanten Anstieg der Baukosten und dienen als Rechtfertigung für Luxussanierungen. Dadurch sind die Mieten vieler Wohnungen für Bürger mit mittleren und geringen Einkommen kaum noch bezahlbar. Auch aus diesen Gründen setzt sich die AfD dafür ein, die EnEV und das EEWärmeG ersatzlos zu streichen.

12.4 Bioenergie: Subventionen beenden, Vorrangspeisung einstellen

Die „Erneuerbaren Energien“ lieferten 2014 etwa 11 Prozent der in Deutschland verbrauchten Primärenergie. Gut 7 Prozent oder zwei Drittel wurden aus Biomasse gewonnen. Das teilt sich auf zu je 3,3 Prozent in die Wärme- und die Stromerzeugung und zu 0,8 Prozent in die Herstellung von Biotreibstoffen.

Die Wärmeenergie aus Biomasse wird sowohl zu Heizwerken als auch für Prozesse in der Industrie eingesetzt. Der Strom aus Biomasse wird über das EEG massiv subventioniert. Die Stromgestehungskosten über Biogasanlagen sind mit bis zu 215 EURO je Megawattstunde am höchsten. Der Betrieb solcher Anlagen im ländlichen Raum belastet häufig die Umwelt. Biotreibstoffe werden in großtechnischen Anlagen produziert und über ein Quotensystem indirekt subventioniert. Die Zwangsbeimischung erhöhte den Preis von Diesel und Benzin 2014 um etwa 0,4 Cent je Liter. Wegen des geringen Wirkungsgrades der Photosynthese von weniger als ein Prozent ist der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche für Bioenergie unangemessen groß. Sie steht damit in Konkurrenz zur Erzeugung von Nahrungsmitteln. Dagegen ist es sinnvoll, für das Gewinnen von Bioenergie biologische Abfälle zu verwerten.

Daher setzt sich die AfD dafür ein, die Subventionierung und Vorrangspeisung des Stroms aus Biogasanlagen durch Abschaffen des EEG zu beenden. Die Subventionierung der Biokraftstoffe durch das Quotensystem ist einzustellen.

► Wir setzen uns für die Subventionierung Vorrangspeisung und Biogasanlagen Abschaffen des EEG streichen. Die Abschaffung der Biokraftstoffe/Quotensystem ist...

12.5 Fracking: Risiken und Chancen erforschen, nicht ohne Bürgerbeteiligung

Das „Fracking“ genannte Verfahren zur Erschließung un-terirdischer Energieträger bringt Risiken mit sich, eröffnet aber auch neue Möglichkeiten der Energieversorgung. Wir wollen die Technik, Vorteile und Risiken des Fracking nach den bestehenden strengen deutschen Umwelt- und Bergbaugesetzen erforschen. Sollten die Risiken beherrschbar erscheinen, wollen wir Fracking entwickeln und mögliche Standorte erkunden lassen. Daher setzt sich die AfD dafür ein, das im April 2015 in den Bundestag eingebrachte restriktive „Fracking-Gesetz“ zurückzuziehen.

Über die wirtschaftlichen und politischen Vorteile des Fracking im Vergleich zu den realen Risiken ist die Bevölkerung sachlich zu informieren. Den kommerziellen Einsatz des Fracking zur Erdöl- und Erdgasförderung an neuen Standorten lehnt die AfD ab, solange die Energieversorgung Deutschlands anderweitig sichergestellt ist. Die endgültige Entscheidung über den Einsatz der Fracking-Technik an geeigneten Standorten müssen letztlich die vor Ort betroffenen Bürger fällen.

12.6 Kernenergie: Alternativen erforschen. Bis dahin Laufzeitverlängerung

Die überhasteten Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft von 2002 und 2011 waren sachlich nicht begründet und wirtschaftlich schädlich. Solange die Stromversorgung am Ort und zur Zeit der Nachfrage nicht gesichert ist, setzt sich die AfD dafür ein, eine Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke übergangsweise zu gestatten. Der Import von Strom aus unsichereren ausländischen Kernkraftwerken ist weder für den Wirtschaftsstandort Deutschland sinnvoll, noch trägt er zur Reduzierung der Risiken durch die Kernkraft bei.

Radioaktive Reststoffe sollten dezentral, zugänglich und katalogisiert in gesicherten Orten eingelagert werden, wo jederzeit der Zugriff möglich ist, um sie mit technischem Fortschritt wieder aufbereiten zu können. Eine zentrale Endlagerung an einem später kaum mehr zugänglichen Ort halten wir für den falschen Weg.

Wir wollen die Forschung zur Kernenergie sowie Reaktor- und Kraftwerkstechnik wieder erlauben. Dabei sind selbstverständlich die nötigen Sicherheitsstandards einzuhalten. Die Nutzung der Kernenergie ist jedoch kein Selbstzweck und ihre zukünftige Ersetzung denkbar. Deshalb sind alle übrigen Energieformen weiter mit Nachdruck zu erforschen.

► Solange die Stromversorgung nicht ausreichend gesichert ist, setzt sich die AfD dafür ein, dass Laufzeiten der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke übergangsweise zu

 KAPITEL 13

Natur- und Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft

NATUR- UND UMWELTSCHUTZ, LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Wir stehen dafür, dass wir gegenüber nachfolgenden Generationen eine Verantwortung haben. Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen. Naturschutz darf nicht zu Lasten der Menschen gehen.

Es muss aber im Meer genau wie zu Lande auch Gebiete geben, in denen die Natur völlig sich selbst überlassen bleibt. Sogenannte Nullnutzungszone sichern das Überleben von vielen seltenen Pflanzen- und Tierarten. Diese nutzenfreien Zonen sichern das Überleben von vielen seltenen Pflanzen- und Tierarten.

13.1 Intakte Natur und gesunde Umwelt

Die AfD steht für einen Umwelt- und Naturschutz, der den Menschen nicht als Fremdkörper und Störenfried betrachtet, sondern in ein umfassendes Handlungskonzept einbezieht. Wir lassen uns dabei von der Erkenntnis leiten, dass eine gesunde und artenreiche Umwelt die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt. Daher sind Vorkehrungen zu treffen, die Schutzgüter, wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Tiere und Pflanzen, zu schützen. Schwerpunkte der Umweltpolitik der AfD sind deshalb u.a., den Landschaftsverbrauch zu vermindern, die Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer zu verringern und die Luftqualität zu verbessern. Auch ein effektiver Lärmschutz gehört dazu.

Die AfD spricht sich, bis zur fundiert nachgewiesenen Unschädlichkeit für Mensch und Tier, ausdrücklich gegen den Einsatz des von der WHO als wahrscheinlich krebserzeugend eingestuften Glyphosat beim Pflanzenschutz aus.

13.2 Unkontrollierten Ausbau der Windenergie stoppen

Den weiteren Ausbau der Windenergie in Deutschland lehnen wir ab. Er bringt mehr Schaden als Nutzen. Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind. Bei der Standortwahl sind die Menschen vor Ort durch Bürgerversammlungen zu beteiligen.

13.3 Tiere sind fühlende Wesen

Die AfD setzt sich für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze ein. Tiere sind Mitgeschöpfe und keine Sachgegenstände. Ausnahmen für grausame oder unnötige Tierversuche darf es auch nicht in der Wissenschaft geben. Als fühlende Wesen haben Tiere ein Recht auf eine artgerechte Haltung im privaten wie im kommerziellen Bereich. Die gesetzlich vorgeschriebene artgerechte Haltung von Tieren muss in der Landwirtschaft (bei nicht artgerechten Massentierhaltungen), im Zoo, im Zirkus (Verbot der Haltung von großen Wildtieren), in Delphinarien und in der Haustierhaltung durchgesetzt werden.

Für den Transport von Schlachttieren fordert die AfD, dass immer der nächstgelegene Schlachthof angefahren werden muss und der Transport von Schlachttieren nur über kurze Distanzen innerhalb von Deutschland erlaubt ist.

Tierhaltende Betriebe, welche der Lebensmittelproduktion dienen, sind dafür verantwortlich, dass ihre Produkte frei von Antibiotikarückständen und multiresistenten Keimen (MRSA) sind. Die Anzahl der Antibiotika-Behandlungen ist in Anbetracht der zunehmenden Ausbreitung multiresistenter Keime zu minimieren. Um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu erhöhen, sind tierhaltende Betriebe der Lebensmittelproduktion, die Antibiotika einsetzen, dafür verantwortlich, dass die Tiere frei von Antibiotika-Resistenzen sind, bevor die Produkte in die Lebensmittelweiterverarbeitung gelangen. Für die Humanmedizin wichtige Antibiotika dürfen in der Tierhaltung nicht verwendet werden.

13.4 Schächten

Nach dem Vorbild von gesetzlichen Regelungen, die schon in Dänemark, Norwegen, Schweden, der Schweiz und weiteren europäischen Ländern gelten, lehnt die AfD Schächten (betäubungsloses Töten bzw. Schlachten) von Tieren ab. Es ist mit dem Staatsziel Tierschutz nicht vereinbar und muss ohne Ausnahme verboten sein. Die Ausnahmeregelung für Religionsgemeinschaften in Paragraph 4a (2) des deutschen Tierschutzgesetzes ist zu streichen. Die AfD lehnt auch das Schächten mit vorheriger Elektrokurzzeitbetäubung ab. Das Wort Kurzzeitbetäubung bedeutet, dass das Tier nur beim Halsschnitt kurz betäubt ist, zum Ausbluten aber wieder wach ist.

13.5 Gentechnik

Die faszinierende Welt der Gene scheint wie ein offenes Buch in den Händen der Wissenschaft zu liegen. Sie soll Krankheiten vermeiden und den Hunger in der Welt stillen. Schon heute kann diese Technologie international Erfolge in der Medizin vorweisen: die Genomsequenzierung erlaubte die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen gegen den in Westafrika grassierenden Ebola-Virenstamm 2014, sie erlaubte die schnellere Bekämpfung des EHEC-Ausbruchs im Jahr 2011 und sie kommt in der personalisierten Krebstherapie zum Einsatz und erlaubt dort zielgerichtete, damit effektivere und schonendere Therapien. Die Bundesrepublik Deutschland als Hochtechnologiestandort und Medizintechnikstandort darf den Anschluss an die internationale Forschung und Entwicklung in diesem Bereich nicht verlieren und ihren Bewohnern den Zugang zu innovativen Therapieformen nicht verschließen.

Gleichzeitig aber ist das komplexe Zusammenspiel von Genom, Stoffwechsel und Umgebung momentan noch unzureichend bekannt, so dass die Risiken des Einsatzes von gentechnischen Veränderungen auf Organismen wie Mensch, Flora und Fauna nur sehr schwer abzuschätzen sind. Ebenso sind die Risiken des Einsatzes von gentechnisch veränderten Organismen im komplexen Ökosystem schwer vorherzusagen. Aus diesem Grunde öffnet sich die AfD der Forschung und Entwicklung im Bereich der Gentechnik. Der Einsatz in Medizintechnik und Landwirtschaft ist nur nach sorgfältigster Prüfung durch benannte Stellen in klar definiertem Rahmen zu genehmigen. Auf einer vorherigen praktischen Erprobung in abgeschlossener Umgebung ist dabei zu bestehen. Die entsprechenden Zulassungsverfahren können ähnlich dem Medizinproduktegesetz (MPG), dem Arzneimittelgesetz (APG) und dem Lebens- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) entworfen werden. Gentechnisch veränderte Futtermittel und Lebensmittel oder aus diesen gewonnene weiterverarbeitete Produkte sind zu kennzeichnen.

Die Patentierung von genetischem Material und von Saatgut geht einher mit einem zunehmenden Konzentrationsprozess im kommerziellen Saatguthandel. Daher setzt sich die AfD dafür ein, die Abhängigkeit unserer Nahrungsmittelversorgung von wenigen multinationalen Großkonzernen zu verringern, die Saatgutvielfalt zu erhalten und damit auch die Biodiversität unserer Nahrungsmittel.

Der Einsatz von Gentechnik in Medizin und Landwirtschaft ist nur nach sorgfältigster Prüfung durch benannte Stellen in klar definiertem Rahmen zu genehmigen. Gentechnisch veränderte Futtermittel und Lebensmittel oder aus diesen gewonnene weiterverarbeitete Produkte sind zu kennzeichnen.

13.6 Landwirtschaft: Mehr Wettbewerb. Weniger Subventionen

Die AfD tritt dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen der Nahrungsmittelproduktion dienen und nicht zunehmend für andere Zwecke herangezogen werden. So lehnen wir jegliche Form der Bodenspekulation durch international tätige Konzerne und den vermehrten Anbau von Biomasse zur Energiegewinnung ab. Die AfD ist davon überzeugt, dass moderne bäuerliche Betriebe mit Verwurzelung in den Regionen am besten geeignet sind, umwelt- und marktgerecht zu produzieren. Anzustreben ist eine nachhaltige Erzeugung von gesunden, hochwertigen und rückstandsfreien Nahrungsmitteln sowie marktgerechte Preise von landwirtschaftlichen Produkten. Auch hier fordern wir eine detaillierte Lebensmittelinformation und Herkunftskennzeichnung. Die per EU-Richtlinien eingeschränkte Informationspflicht der Hersteller führt zu einer Irreführung der Verbraucher.

Dies kann mit unterschiedlichen landwirtschaftlichen Betriebsformen erreicht werden. Die AfD wird die Rahmenbedingungen für eine umweltgerecht produzierende mittelständische Landwirtschaft verbessern. Die EU-Subventionen nach dem Gießkannenprinzip sowie bürokratische Überreglementierungen sind Schritt für Schritt zurückzuführen. Die Landwirte brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit. Der Beruf des Landwirts muss wieder attraktiver werden.

13.7 Fischerei, Forst und Jagd: Im Einklang mit der Natur

Fischerei ist Kulturgut. Unsere Fischer sind beim Beseitigen von Wettbewerbsnachteilen zu unterstützen und an der Fangmengenfestlegung zu beteiligen. Die Bindung der Fangquote an den Kutter verhindert einen Generationswechsel in der Fischerei und macht Nachwuchsarbeit unmöglich. Daher ist diese Regelung abzuschaffen. Heimische Fischereiprodukte müssen auch überregional unterstützt werden. Wir lehnen es ab, die Stellnetzfischerei in Ostseeschutzgebieten zu verbieten und die Naturschutz-Kernzonen auszuweiten.

Die AfD setzt sich für eine naturgemäße Waldwirtschaft ein, die eine ganzheitliche Betrachtung des Waldes in seiner ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktion zum Ziel hat. Die AfD bekennt sich zu den bewährten Grundsätzen der waidgerechten Hege und Jagd. Wir sehen Jäger als Naturschützer, deren Fachkenntnisse wieder stärker berücksichtigt werden müssen.

13.8 Flächenkonkurrenz: Nicht zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft

Bauvorhaben und der Ausbau der Infrastruktur gehen oft zu Lasten landwirtschaftlich produktiver Flächen. Äcker, Wiesen und Wälder erachten wir für besonders wertvoll. Naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen sind zu reduzieren und in aller Regel so zu gestalten, dass sie nicht zu Lasten land- und forstwirtschaftlicher Flächen gehen.

Die AfD tritt dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen der Naturproduktions dienlich zu sein und die Flächen für andere Zwecke nicht zu verwenden.

 KAPITEL 14

Infrastruktur, Wohnen und Verkehr

INFRASTRUKTUR, WOHNEN UND VERKEHR

Voranschreitender Verfall kennzeichnet den Zustand vieler öffentlicher Bauten - sowohl im Verkehrswegebau (Straßen, Brücken, Schienen, Leitungs- und Datennetze) als auch beim öffentlichen Hochbau (Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen, Behördenbauten, Sportanlagen usw.).

Die öffentliche Ver- und Entsorgung leidet bei Strom, Wasser, Gas, Fernwärme, Abwasser, Straßendienst, Stadtreinigung und Grünpflege unter Verfall und Planungschaos. Nach jahrelangen substanzgefährdenden Einsparungen ist ein massiver Investitionsstau eingetreten.

14.1 Werterhalt vor Modernisierung und Neubau

Bei der Reparatur und Modernisierung wollen wir die Kommunen in die länderübergreifende Gesamtplanung einbinden. Priorität hat der Werterhalt vor der Modernisierung und dem Neubau.

Entscheidungen für Neubauprojekte dürfen erst nach vorausgegangener umfassender Bedarfsplanung und nach unparteiischer Fach- und Kostenprüfung gefällt werden. Vorrang müssen fachlich begründete Entscheidungen haben, die durch die Politik anzuerkennen sind.

Interventionen in die technische Projektentwicklung durch Politiker sind konsequent zu unterbinden. Die Politik ist ausschließlich im Vorfeld der Planungen für die Formulierung des Bedarfs und des Projektumfanges verantwortlich. Die mangelhafte Personalausstattung bei den öffentlichen Fachbehörden ist umgehend zu beseitigen.

14.2 Öffentlich-Privat-Projekte: Transparenz statt Lobby

Die Rechnungshöfe sind bei öffentlichen Bauvorhaben und Öffentlich-Privat-Projekten (ÖPP) gesetzlich zwingend mit einer dreistufigen (projektvorbereitenden, planungsbegleitenden und baubegleitenden) fachtechnischen Prüfung und Kostenüberwachung zu beauftragen. Zu erwägen ist der Aufbau eines steuerbegünstigten deutschlandweiten Investitionsfonds oder Anleihefonds zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen unter Beteiligung der öffentlichen Hand, der (Versicherungs-)Wirtschaft und privaten Anteilseignern. Die Fondsverwaltung muss in transparenten und demokratischen Strukturen organisiert sein.

Wegen der bei ÖP-Projekten bei der öffentlichen Hand verbleibenden Risiko- und Garantiepflichten sind besondere Schutz- und Vorsorgemaßnahmen bei der Entscheidungsfindung erforderlich. Überhöhte Beraterkosten, private Schiedsgerichtsverfahren, mangelnde Qualitätskontrollen und Lobby-Zugehörigkeit bei den Beratern werden wir nicht tolerieren.

Unternehmen der Öffentlichen Versorgung und der Datensorgensvorsorge müssen in transparenten und demokratischen Strukturen organisiert werden. Die Leistungen sind an die Bürger grundsätzlich zu Gestehungspreisen abzugeben. Betriebsüberschüsse, Kapitalrücklagen oder Konzessionsabgaben dürfen keinesfalls als versteckte Steuern der Konsolidierung von Haushalten dienen, sondern müssen für Reparaturen, Modernisierungen und Neuinvestitionen eingesetzt werden.

▶ Unternehmen der Öffentlichen Versorgung und der Datensorgensvorsorge müssen in transparenten demokratischen Strukturen organisiert werden. Die Leistungen sind an Bürger grundsätzlich zu Gestehungspreisen abzugeben.

14.3 Straßen- und Schienennetz: Substanz erhalten

Die Reparatur, der Werterhalt und die Beseitigung von Engpässen in Straßen und Schienennetzen haben im Verkehrsbereich Vorrang vor spektakulären Großprojekten.

Verkehrsweggroßprojekte sind aus Kostengründen nicht an private Konsortien zu übergeben, sondern von der Öffentlichen Hand auszusprechen und zu realisieren. Bei einzelnen Großprojekten wie Flughäfen usw., die nicht im Routenbereich eines eingespielten Straßenbaureferates liegen, ist jedoch so weit wie möglich Sachverstand privater Firmen einzubeziehen.

Eine großräumige europaweite Verkehrsplanung für Straßen, Schienen, Wasserwege und im Luftverkehr ist in einen ständig fortzuschreibenden Bundesverkehrswegeplan einzubinden. Dieser Plan darf nicht an den nationalen Interessen einzelner EU-Mitgliedsstaaten, denen der Länder oder denen von Politikern ausgerichtet werden.

Der grenzüberschreitende Verkehr, der groß- und kleinräumige Güterverkehr, der öffentliche, der private und der individuelle Personennah- und Fernverkehr, auch der Fußgänger- und Radverkehr, sind von Beginn an in alle Planungen zu integrieren.

14.4 Grenzüberschreitender Güterverkehr: Auf Schiene und Wasser verlagern

Die AfD tritt dafür ein, die Straßen, so weit als möglich, vom grenzüberschreitenden Massentransport schwerer Güter zu entlasten und diese auf die Schiene und auf Wasserstraßen zu verlagern.

Schiennetze und Bahnstationen sind dringend für den schnellen Personenfernverkehr, für den Gütertransport, für schnellen Güterumschlag sowie für Lärmschutz zu ertüchtigen und zu modernisieren.

Die Straßennutzungsgebühren für schwere LKW müssen nach der tatsächlichen Fahrbahmbelastung und dem Fahrbahn-Zerstörungsgrad durch schwere Achslasten erhoben werden. Das Erhebungssystem lässt sich vereinfachen, indem die tatsächlich gefahrenen Gesamtkilometer und die Fahrzeugklassen im Erhebungszeitraum erfasst werden.

14.5 Freie Nutzung der Verkehrsmittel ohne Schikanen

Die AfD ist strikt gegen verkehrspolitische Schikanen, Kostenerhöhungen und vernachlässigte Verkehrswege, mit denen ein Umstieg auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erzwungen werden soll.

Die Autofahrer werden auf Deutschlands Straßen durch immer mehr und nicht nachvollziehbare Geschwindigkeitsbeschränkungen behindert. Die Kommunen nutzen dies dann vorrangig als zusätzliche Einnahmequelle. Bald droht auch ein allgemeines Tempolimit auf allen Autobahnen.

Die AfD fordert „Freie Fahrt für freie Bürger“ und lehnt alle Beschränkungen aus anderen Gründen als der Verkehrssicherheit ab. Kein Tempolimit auf Autobahnen, 100 km/h auf Landstraßen und 50 km/h innerorts auf allen Durchgangstraßen, jederzeit. Ein zu hoher Lärmpegel ist ggf. durch Lärmschutzmaßnahmen zu reduzieren. Der Ausstoß von Feinstaub bei Kfz mit Dieselmotoren ist durch Weiterentwicklung der Motor- und Abgastechnik zu minimieren.

Die AfD ist strikt gegen verkehrspolitische Schikanen, Kostenerhöhungen und vernachlässigte Verkehrswege, mit denen ein Umstieg auf den öffentlichen Fernverkehr erzwungen werden soll.

Das Erforschen, Entwickeln und Fördern moderner Verkehrsstrukturen und Verkehrssysteme sowie von neuartigen Verkehrslenk- und Leitsystemen muss für eine moderne Verkehrspolitik ständige Begleitung und zentrale Aufgabe werden.

14.6 Eine Perspektive für den ländlichen Raum

Die traditionellen Instrumente zur Förderung ländlicher Räume genügen nicht mehr, um die flächenhaft fortschreitenden Siedlungsverluste aufzuhalten oder gar umzukehren.

Dem wachsenden Zuzugsdruck in die Zentren der Wachstumsgebiete steht eine rückläufige Nachfrage nach Wohnraum in der Fläche gegenüber. Die Landbevölkerung nimmt immer schneller ab. Ursachen sind Überalterung, Strukturmängel und Strukturverarmung, Geburtenrückgang und fehlende Arbeitsplätze. Das zieht weitere Verluste an Attraktivität nach sich und schwächt die ländlichen Regionen. Derzeitige Prognosen der Bevölkerungsentwicklung weisen auf einen stetigen Rückgang der Einwohnerzahl Deutschlands hin. Dieser wird begleitet von einer fortschreitenden Entvölkerung ländlicher Gebiete vor allem in der Mitte und im Osten Deutschlands.

Die AfD will die ländlichen Regionen stärken. Wir wollen die Attraktivität des ländlichen Raumes mit einem aktiven Gemeindeleben und einem funktionierenden gesellschaftlichen Zusammenhalt erhalten bzw. wiederherstellen. Die Entwicklung des ländlichen Raums muss in Deutschland wieder mehr beachtet werden. Die Lebensverhältnisse sind nicht gleichwertig, obwohl das Gesetz dieses raumordnerische Ziel vorgibt. Vielmehr hat das raumordnerische Konzept der „Zentralen Orte“ Konzentrationen gefördert und

urbane Entwicklungen beschleunigt. Aber nur mit gesunden Strukturen in den Dörfern werden diese peripheren Räume nicht weiter degenerieren.

Zu einem lebenswerten ländlichen Raum zählen für uns eine intakte bäuerliche Landwirtschaft, eine funktionsfähige mittelständische Wirtschaft und eine ausreichende Infrastruktur. Diese umfasst alle für die Daseinsvorsorge notwendigen Einrichtungen wie Schulen, medizinische Versorgung und Breitband-Kommunikation. Nur durch zielgerichtete Investitionen und eine kluge Ansiedlungspolitik lässt sich für junge Familien im ländlichen Raum eine Perspektive schaffen und die derzeit negative demografische Entwicklung umkehren.

Für die in Deutschland sehr unterschiedlichen ländlichen Räume kann es kein einheitliches Leitbild geben. Deshalb wollen wir individuelle Entwicklung zulassen, um den besonderen Möglichkeiten und Fähigkeiten in den einzelnen Regionen vor Ort Raum zu geben. Wir wollen deshalb das in Deutschland dominierende landesplanerische Konzept der „Zentralen Orte“ überprüfen. Insbesondere wollen wir im ländlichen Raum künftig das Subsidiaritätsprinzip konsequent anwenden. Politische Aufgaben, Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen wollen wir dezentralisieren, soweit kein überörtlicher Regelungs- und Koordinierungsbedarf besteht. Das grundgesetzlich verankerte Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht der Kommunen wollen wir wiederbeleben. Die Benachteiligung ländlicher Gemeinden bei der Finanzverteilung wollen wir beenden, um den Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurückzugeben.

Solange die vorgeschriebenen Wiederbelebungskaktionen

Die AfD will die ländlichen Regionen stärken. Lebenswerten ländlichen Raum zählen für uns intakte bäuerliche Landwirtschaft, eine funktionsfähige mittelständische Wirtschaft und eine ausreichende Infrastruktur.

noch nicht greifen, setzt sich die AfD dafür ein, die ländliche Infrastruktur durch mobile Lösungen zu verbessern. Beispiele dafür sind fahrende Versorgung für den täglichen Bedarf, für Verwaltungsdienstleistungen, mobile Weiterbildungs- und Kulturangebote, mobile Gesundheitsversorgung, mobile Altenbetreuung und Betreuung Jugendlicher. Schnelles Internet für alle ist in jedem Fall anzustreben.

Die AfD tritt dafür ein, dass die in Deutschland in ihren historischen Siedlungsgebieten ansässigen autochthonen Minderheiten und Volksgruppen unter staatlichem Schutz stehen.

14.7 Wohnungspolitik: Baurecht vereinfachen, Wohnraum schaffen

Der Zuzugsdruk in die deutschen Großstädte und rund um die attraktiven Wirtschaftsräume steigert den Wohnungsbedarf, erhöht die Grundstücksnachfrage und belastet den Immobilienmarkt.

Überproportional steigende Nebenkosten begleiten die steigenden Wohnungspreise in den Zentren, verschärfen die Marktsituation und mindern zugleich das Angebot von preiswertem Wohnraum in bevorzugten Gebieten. Einengende Baubestimmungen, unwirtschaftliche Dämmvorschriften und bürokratische Gestaltungsvorgaben treiben die Immobilienpreise, die Baukosten und die Wohnkosten weiter in die Höhe.

Das unmäßige Anheben von Grundsteuer und Grunderwerbssteuer ist ebenfalls kostentreibend, für Bauherren investitionshemmend und schlägt auf die Wohnkosten für Mieter und Eigentümer gleichermaßen durch.

Weder „Mietpreisbremsen“ noch „Kappungsgrenzen“ bringen Entspannung am Wohnungsmarkt. Dies vermögen nur eine große Zahl von Neubauten und eine höhere Eigentumsquote. In Deutschland ist der private Anteil am Wohneigentum weit geringer als im Durchschnitt der europäischen Nationen. Wohneigentum muss vor allem für die Bezieher kleinerer Einkommen erschwinglicher werden.

Wir wollen Bundesbaugesetze, die um Ballungsgebiete herum eine ausreichende Baulandausweisung auch für die Ballungsgebietzentren ermöglichen. Diese sind dem Planungshoheitsrecht der betroffenen Umlandgemeinden vorzuziehen.

Wohneigentum schafft Heimatbindung und fördert den Wunsch, das eigene Umfeld zu bewahren und zu erhalten. Wirtschaftlich berechenbare, stabile Eigentums- und Mietverhältnisse stärken auf Dauer das gesellschaftliche Wohlergehen, fördern den Zusammenhalt der Generationen und können auch der Landflucht entgegenwirken.

Die gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsgesellschaften sind zu stärken. Entlastung bringen auch Eigentumsbeteiligungen in modernen Genossenschaftsformen, mit denen neuer Wohnraum gewonnen und vorhandener Wohnraum modernisiert werden kann.

Familiengerechte Wohnformen in Stadtrandlagen und in ländlichen Gebieten können die Zentren entlasten und der großflächigen Entvölkerung und Verarmung auf dem Land entgegenwirken. Voraussetzung dafür ist allerdings eine durchgängig modernisierte und leistungsfähige Infrastruktur.

► Wir wollen mehr
Wohneigentum schaffen
Wohneigentum fördert
Heimatbindung und
Wunsch, das eigene
Umfeld zu bewahren und

14.8 Stadtentwicklung: Nachverdichten, aber Bausünden verhindern

Neu zu schaffende Stadtbezirke müssen nach den neuesten Erkenntnissen der Stadtplanung gestaltet werden.

Beim Verdichten und Modernisieren von Stadtbezirken sollen die sozialen, kulturellen, gewerblichen, verkehrstechnischen und ökologischen Belange miteinander verbunden und von Anfang an umfassend geplant werden. Die AfD bekennt sich zur strikten Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Bundesstiftung Baukultur gemäß dem Bericht 2014/15, lehnt jedoch die Energiewende selbst und daher auch die damit verbundenen Empfehlungen ab.

Eine Nachverdichtung von Wohngebieten soll nur solange zulässig sein, bis die Fehlentwicklungen am Wohnungsmarkt beseitigt sind. Ansonsten behält das Vorbeschriebene aber auch bei der geregelten Erweiterung der Städte Gültigkeit. Eine städtebaulich sinnvolle Entlastung der Immobiliennachfrage lässt sich nur durch nachträgliche Verdichtung von locker bebauten Bezirken und durch Aufstocken, Umnutzen und Schließen von Baulücken erreichen. Erst nachrangig ist der Bau neuer Stadtbezirke anzustreben, es sei denn ausreichend Erweiterungsflächen sind vorhanden. Als wichtiges Hilfsmittel zur Nachverdichtung kann auch die Wiedereinführung der Staffelbauordnung dienen.

Allerdings muss sie anders als früher in der Nachkriegszeit nun stadtplanerisch optimal ausgestaltet sein, um die Wiederholung alter Bausünden in Gestalt „riesiger Betonklötze“ zu verhindern.

Beschlossen auf dem Bundesparteitag
in Stuttgart am 30.04./01.05.2016.

MUS



Niedersachsen. Unsere Heimat. Unsere Zukunft.

Landeswahlprogramm des
Landesverbandes Niedersachsen der
Alternative für Deutschland



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Stichworte	3
I. Präambel – wofür wir stehen	11
II. Unsere Grundwerte	12
III. Politische Inhalte der AfD Niedersachsen	14
1. Bürgerrechte stärken – Volksabstimmungen erleichtern	14
2. Finanzielle Unabhängigkeit für Land und Gemeinden	17
3. Die Verwaltung dient dem Bürgerwohl	20
4. Wirtschaft stärken – Beschäftigung fördern	22
5. Infrastruktur modernisieren und ausbauen	29
6. Energieversorgung in Niedersachsen	31
7. Unsere Landwirte schützen – Höfesterben beenden	34
8. Der AfD-Sozialpakt	39
9. Arbeit schafft Wohlstand	42
10. Die Familien sind das Herz und die Zukunft unserer Nation	46
11. Gesundheitsversorgung sichern – Strukturen modernisieren	50
12. Bildung ist Zukunft – unser Bildungssystem wiederaufbauen	56
13. Kultur und Wissenschaft	61
14. Den Rechtsstaat schützen und die innere Sicherheit stärken	65
15. Massenzuwanderung stoppen – unsere Identität schützen	71
16. Verbrechen bekämpfen – Demokratie schützen	73
17. Die Europapolitik gefährdet unseren Wohlstand	79
18. Die Bundeswehr ist uns in Niedersachsen willkommen – wir stehen hinter unserer Bundeswehr	80

Suchworte

Inhaltsverzeichnis	2
Stichworte	3
I. Präambel – wofür wir stehen	11
II. Unsere Grundwerte	12
1. Mehr Direkte Demokratie in Niedersachsen	12
2. Gewaltenteilung wiederherstellen	12
3. Rechtsstaatlichkeit durchsetzen	12
4. Soziale Marktwirtschaft – Freiheit und Verantwortung	12
5. Föderalismus umsetzen	12
6. Subsidiarität – das Grundprinzip	12
7. Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur	13
8. Wir sind alle Niedersachsen	13
III. Politische Inhalte der AfD Niedersachsen	14
1. Bürgerrechte stärken – Volksabstimmungen erleichtern	14
9. Das Instrument der Volksabstimmungen stärken	14
10. Kommunale Selbstverwaltung stärken und ausbauen	14
11. Zurück zur Gewaltenteilung in Niedersachsen	14
12. Wahlverfahren den Vorgaben der Landesverfassung anpassen	15
13. Parteienfinanzierung deckeln und den Landtag verkleinern	15
14. Benachteiligung der kleineren kommunalen Fraktionen aufheben	15
15. Wahlverfahren den Vorgaben der Landesverfassung anpassen	15
16. Stellen im öffentlichen Dienst fair ausschreiben	15
17. Fraktionszwang beenden	15
18. Den Einfluss von Interessengruppen wirksam einschränken	16
19. Transparente Gesetze mit Erfolgskontrolle und Verfallsdatum	16
20. Kein Übermaß von Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Landtag	16
2. Finanzielle Unabhängigkeit für Land und Gemeinden	17
21. Föderalismus und Gemeinschaft stärken	17
22. Die Finanzhoheit der Kommunen stärken	17
23. Für ein transparentes und gerechtes Steuersystem	17
24. Steuerpflicht für alle Gewinne und Einkommen durchsetzen	17
25. Bisherige Förderpraxis beenden	17
26. Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben	18
27. An Kommunen übertragene Aufgaben vollständig finanzieren	18
28. Schuldenbremse konsequent umsetzen	18
29. Straßenausbaubeiträge landesweit abschaffen	19
30. Eigentümerland Niedersachsen	19
31. Grundsteuer: keine Neuregelung zu Lasten der Bürger	19
32. Vereinfachung bei Ertrags- und Umsatzsteuer	19
3. Die Verwaltung dient dem Bürgerwohl	20
33. Effektiv zum Wohle der Bürger	20
34. Gesetze und Vorschriften auf den Prüfstand stellen	20

35. Entscheidungskompetenz der Verwaltung stärken	20
36. Das niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung rückabwickeln	20
37. Förderungsblase beenden	20
38. Verwaltung in der Fläche stärken	21
39. Chancen der Digitalisierung nutzen	21
40. Verfahren beschleunigen – Planungssicherheit schaffen	21
41. Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen	21
42. Steuerverschwendung und unkontrollierte Ausgaben vermeiden	21
43. Keine politischen Beamten in Behörden des Landes und der Kommunen	21
4. Wirtschaft stärken – Beschäftigung fördern	22
44. Die Soziale Marktwirtschaft	22
45. Corona-Maßnahmen: Folgen entschädigen	22
46. Kleine und Mittlere Betriebe fördern – nicht vorrangig Großkonzerne	22
47. Industriestandort Niedersachsen sichern	22
48. Investitionen fördern	23
49. Landesbeteiligung bei VW erhalten	23
50. Wirtschaft und Hochschulen stärken	23
51. Den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft stoppen	23
52. Störung von Lieferketten vorbeugen – Produktion nach Niedersachsen zurückholen	24
53. Bürokratieabbau sichert und schafft Arbeitsplätze	24
54. Schluss mit Bevormundung – freie Unternehmer	24
55. Benachteiligung beseitigen – Gleichmacherei beenden	24
56. Schluss mit EU-Vergaberichtlinien – einheimische Betriebe zuerst	24
57. Wirtschafts- und Exportförderung als Anschubhilfe mit Erfolgskontrolle	24
58. Betriebe weiterführen und Neugründungen unterstützen	25
59. Klare Herkunftsangaben auf Produkten	25
60. Keine Sanktionen zu Lasten unserer Wirtschaft	25
61. Unabhängige und kostengünstige Energieversorgung	25
62. Regionale Bankeninfrastruktur erhalten	26
63. Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten	26
64. Wohneigentumsquote erhöhen	26
65. Wohnraumangel nicht durch Massenmigration verschärfen	26
66. Mieten staatlicherseits nicht zusätzlich in die Höhe treiben	26
67. Neubau statt mehr Mangelverwaltung	27
68. Wohnungsneubau erleichtern und attraktiver machen	27
69. Mehr Wohngeld	27
70. Mieten und Wohnungsbau nicht durch neue Vorschriften zusätzlich verteuern	27
71. Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt	27
72. IHK und Handwerkskammer neu ordnen	28
73. Reserven aktivieren und besser qualifizieren	28
74. Fachkräfte stärken	28
75. Das duale System als zentrale Säule der Ausbildung stärken	28

5. Infrastruktur modernisieren und ausbauen	29
76. Verkehrsinfrastrukturaufgaben an die Einnahmen koppeln	29
77. Dauerbaustellen vermeiden – Aufträge intelligent ausschreiben	29
78. Schluss mit ideologischer Verkehrspolitik	30
79. Straßen und Schienen im Staatseigentum	30
80. Transrapid statt Lastenfahrrad	30
81. Bahn modernisieren – Engstellen beseitigen	30
82. Pendlerpauschale erhöhen	30
83. Strafen des Bußgeldkataloges sind vielfach unverhältnismäßig	30
6. Energieversorgung in Niedersachsen	31
84. Die bisherige Klimaschutzpolitik ist falsch	31
85. Der „Green Deal“ dient nur der Kapitalverschiebung	31
86. Der weitere Ausbau der sog. „Erneuerbaren“ ist keine Lösung	31
87. Günstige Lebensmittel haben Vorrang vor teurem Ökostrom	32
88. Keine Ausnahmen für EEG-Anlagen	32
89. EEG abschaffen – Stromnetze wieder stabilisieren	32
90. Elektromobilität ist Marktsache	32
91. Kernenergie als verlässlichen Grundlaststromproduzenten beibehalten	33
92. Forschung und Entwicklung der Kernenergietechnik wieder aufnehmen	33
93. Ein geologisches Endlager wird nicht benötigt	33
94. Fossil befeuerte Kraftwerke bleiben unverzichtbar	33
7. Unsere Landwirte schützen – Höfe sterben beenden	34
95. Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft	34
96. Regionalisierung und Direktvermarktung fördern	34
97. Der Bodenspekulation entgegenwirken	35
98. Heimische Landwirtschaft erhalten	35
99. Der „Green Deal“ ist ein schlechter Deal	35
100. Verschärfte Düngeverordnung sofort abschaffen	35
101. Moderne Technik nutzen, um unsere Betriebe für die Zukunft zu stärken	35
102. Rücknahme der Änderung der EU-Förderung	35
103. Weidetiere schützen statt Risse von Raubtierrudeln honorieren	36
104. Schweinemarkt in Deutschland retten, totalen Strukturbruch verhindern	36
105. Versorgungslage mit Milch für die Bevölkerung sichern	36
106. Wettbewerb bei Molkereien erhalten – Kleinbetriebe schützen	36
107. Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben	36
108. Tiertransporte reduzieren	37
109. Wir erkennen den positiven Wert der Jagd an	37
110. Naturschutz statt sogenanntem „Klimaschutz“	37
111. Die Gängelung der Forstwirtschaft beenden	37
112. Natur- und Landschaftsschutz gewährleisten – Flächenausweitung stoppen	37
113. Unsere Fischer wirksam unterstützen	38
114. Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen	38
115. Tourismus in ländlichen Regionen fördern	38
116. Ferien auf dem Bauernhof stärken, effizient fördern und vermarkten	38

8. Der AfD-Sozialpakt	39
117. Das Wertvollste in Niedersachsen sind seine Menschen	39
118. Hartz IV muss dringend verbessert werden	39
119. Gute Arbeit, guter Lohn, gute Rente	39
120. Steuern und Abgaben insbesondere auf Löhne senken – Leistung muss sich lohnen	39
121. Steuerfreigrenzen für kleine Einkommen und Renten erhöhen	40
122. Doppelbesteuerung der Renten beenden	40
123. Nur Sachleistungen für ausreisepflichtige Ausländer	40
124. Das Eigentum unserer Bürger schützen und mehren	40
125. Armutsgefährdung auf dem höchsten Stand	40
126. Kleinkindbetreuung durch Eltern und Großeltern fördern	41
127. Die Mittelschicht ist die Basis unserer Demokratie	41
128. Pflegesituation in Niedersachsen verbessern	41
9. Arbeit schafft Wohlstand	42
129. Die AfD fordert ein Ende der geschönten Arbeitslosenstatistik	42
130. Keine Gleichstellung von Personen mit langer Erwerbsbiografie und Zuwanderern	42
131. Leiharbeit angemessen entlohnen	42
132. Mindestlohn stärken	43
133. Qualifikation statt Alimentierung	43
134. Eingliederung und Weiterbildung gezielt fördern	43
135. Neustart nach Kindererziehung erleichtern	43
136. Eltern/Frauen, die Kindererziehung leisten, dürfen nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung benachteiligt werden	43
137. Über eine Million Langzeitarbeitslose sind zu viel	44
138. Ältere Arbeitnehmer gehören nicht aufs Abstellgleis	44
139. Das Potenzial älterer Arbeitnehmer optimal nutzen	44
140. Aktualität gemeldeter offener Stellen der Jobbörse der Arbeitsagentur	44
141. Abwanderung von Fachkräften entgegenwirken – Zuwanderung Geringqualifizierter stoppen	44
142. Arbeitsmarktpolitik verbessern	45
143. Jugendarbeitslosigkeit senken – Abschlussquote für Schule und Ausbildung erhöhen	45
10. Die Familien sind das Herz und die Zukunft unserer Nation	46
144. Für den Erhalt der Familie als Grundpfeiler unserer Gesellschaft	46
145. Übergriffe des Staates in die Familien verhindern	46
146. Die Familie aufwerten und sichern	46
147. Familien finanziell entlasten	46
148. Bezahlbarer Wohnraum für Familien	46
149. Hebammenberuf unbedingt erhalten	47
150. Ehe stärken – Trennungsfolgen mindern	47
151. Alleinerziehende Eltern unterstützen	47
152. Familienstrukturen generationsübergreifend stärken	48
153. Bewegung unserer Kinder fördern und Familien unterstützen	48
154. Die Gefahren der „Virtual Reality“ für unsere Jugend ernstnehmen	48
155. Frauen unterstützen – ungeborenes Leben schützen	48
156. „Gender Mainstreaming“ keine Plattform geben	48

157. Frühsexualisierung unserer Kinder verhindern	49
158. Kinder brauchen Bindung	49
159. Corona-Impfpflicht für unsere Kinder verhindern	49
11. Gesundheitsversorgung sichern – Strukturen modernisieren	50
160. Gesundheit ist keine Ware	50
161. Mehr lokale Gesundheitszentren	50
162. Hebammen aktiv unterstützen	50
163. Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln	50
164. Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung	50
165. Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern	51
166. Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache	51
167. Besser vorsorgen	51
168. Den Kommunen die Durchführung von Prävention ermöglichen	51
169. Bewegung und sportliche Betätigung sind fester Teil des Lebens	52
170. Pflegefachkräftemangel beheben statt beklagen	52
171. Fachleute in die Aufsichtsgremien	52
172. Antibiotikastrategie forcieren	52
173. Keine Impfpflicht	52
174. Palliativmedizin ausbauen	53
175. Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld	53
176. Stationäre Pflege durch klare Fokussierung verbessern	53
177. Pflegeberufe stärken	54
178. Den Rettungsdienst wieder zur schnellen Hilfe machen	54
179. Mehr Unabhängigkeit von Importen – auch in der Medizin	54
180. Abrechnungssystem patientenfreundlich reformieren	55
12. Bildung ist Zukunft – unser Bildungssystem wiederaufbauen	56
181. Schule. Aber normal. Für ein leistungsorientiertes Schulsystem und eine ideologiefreie Bildung	56
182. Ideologiefreie Bildung	56
183. Inklusion nur mit Augenmaß	56
184. Ganztags als Ausnahme	57
185. Digitalisierung vorantreiben	57
186. Werte und Integration in der Schule fördern	57
187. Ethikunterricht statt Religionsunterricht	58
188. Kopftuchverbot im Unterricht	58
189. Die Hauptfächer stärken	58
190. Schule normal trotz Corona	59
191. Gendern abschaffen	59
192. Schule ohne politische Indoktrination	59
193. Berufliche Bildung stärken	60
13. Kultur und Wissenschaft	61
194. Deutsche Sprache fördern und bewahren	61
195. Kultur in Bräuchen und Denkmälern erhalten	61
196. Heimat und Industriemuseen sind ein lebendiger Teil unserer Geschichte	62
197. Musik und Kunst mit klassischem Schwerpunkt	62

198. Medien müssen politisch unabhängig sein	62
199. Verkleinerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	63
200. Abschaffung der Zwangsgebühr	63
201. Rundfunkräte direkt wählen	63
202. Entflechtung von „privatem“ Rundfunk und Pressekonzernen	63
203. Wissenschaft und Forschung, die wirklich frei sind	64
14. Den Rechtsstaat schützen und die innere Sicherheit stärken	65
204. Unabhängigkeit des Verfassungsschutzes herstellen	65
205. Waffengesetz (WaffG) und die Angst des Staates vor den Bürgern	65
206. Keine weitere Verschärfung für Sportschützen, Jäger und Waffensammler	65
207. Linke Gewalt entschieden bekämpfen	66
208. Stärkung unserer Polizei in Niedersachsen	66
209. Feuerwehren ausbauen und verstärken	67
210. Unsere Rettungsdienste wichtig und schützenswert	67
211. Verbesserung des Katastrophenschutzes	68
212. Wieder Nahrungsmittelvorräte für den Krisenfall bereithalten	68
213. Alarmierung von Einsatzkräften und Bevölkerung	69
214. Für ein freies Netz	69
215. Sport ist eine Investition in die Zukunft unserer Bürger	69
15. Massenzuwanderung stoppen – unsere Identität schützen	71
216. Niedersachsen ist kein Einwanderungsland	71
217. Die Massenzuwanderung erfolgt in die Sozialsysteme	71
218. Verfassungswidrige Zuwanderung beenden	71
219. Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen	72
220. Einschränkung der Pull-Faktoren	72
16. Verbrechen bekämpfen – Demokratie schützen	73
221. Für einen konsequenten Strafvollzug	73
222. Maßregelvollzug verschärfen – Resozialisierung nicht zu Lasten der Sicherheit	73
223. Die politische Freiheit schützen	73
224. Wiederherstellung des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit	73
225. Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte sichern	74
226. Jugendstrafjustiz beschleunigen, damit sie erzieherisch wirkt	74
227. Jugendstraftäter nachhaltig resozialisieren	75
228. Die Streitschlichtung neu ordnen – Gerichte entlasten	75
229. Der Schutz der Bürger hat Vorrang	75
230. Schluss mit geschönten Statistiken	76
231. Mehr Personal für die Justiz	76
232. Personal im Strafvollzug richtig einsetzen	76
233. Größere Realitätsnähe der Strafjustiz herstellen	77
234. Recht sprechen – kein Bonus für Prominente und Reiche	77
235. Effektivität im Justizsystem wiederherstellen	77
236. Opfer- und Zeugenschutz ausbauen; Schutz der Richter	77
237. Opferanwälte für Nebenkläger	77
238. Keine kulturellen und religiösen Vorbehalte – kein Scharia-Recht auf deutschem Boden	78

239. Keine Staatsverträge mit den islamischen Verbänden	78
240. Keine Gendersprache in der Justiz	78
241. Einfach gelagerte Strafverfahren zeitlich straffen	78
17. Die Europolitik gefährdet unseren Wohlstand	79
242. Schluss mit der Inflationierung unseres Geldes durch die EZB	79
243. Bargeld muss weiter vollumfänglich Zahlungsmittel bleiben	79
244. Ende der Finanzierung Südeuropas durch Target 2- Schulden	79
245. Enteignung der deutschen Sparer stoppen	79
18. Die Bundeswehr ist uns in Niedersachsen willkommen - wir stehen hinter unserer Bundeswehr	80
246. Streitkräfte sind wesentlicher Ausdruck staatlicher Souveränität	80
247. Die Bundeswehr ist traditionell wichtig für Niedersachsen	80
248. Krieg ist kein Mittel der Politik	80

MUS

MUS

1. Präambel – Wofür wir stehen

In unserem Programm für Deutschland haben wir die Verortung der Alternative für Deutschland im politischen Spektrum festgelegt:

- ▶ **Wir sind Liberale und Konservative**
- ▶ **Wir sind freie Bürger unseres Landes**
- ▶ **Wir sind überzeugte Demokraten**

Auf dieser Basis vereinen wir Bürger aus allen gesellschaftlichen Bereichen unserer Nation und vertreten die Interessen des deutschen Volkes im Sinne unseres Grundgesetzes. Wir sind überzeugte Demokraten und stehen auf dem Wertefundament unserer Kultur und Tradition: Im Bewusstsein und in der Wertschätzung unserer langen Geschichte, unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer natürlich gewachsenen Sprache wollen wir unsere landsmännische Kultur bewahren und eine bessere Zukunft für unser Land Niedersachsen gestalten.

Wir sind die Partei der Freiheit und der Eigenverantwortung, unterstützen aber alle Mitglieder unserer Solidargemeinschaft, die diese nicht wahrnehmen können. Wir stehen im Geiste der Aufklärung, fördern wissenschaftliche Erkenntnisse und stellen sie in den Dienst des Gemeinwohls, dem wir uns verpflichtet fühlen. Die Wissenschaft steht über der Ideologie.

Wir sind davon überzeugt, dass die größtmögliche, verantwortungsvoll genutzte persönliche und wirtschaftliche Freiheit unserem Wohlstand am besten dient. Außerhalb der staatlichen Kernaufgaben wird jeder Euro, der im Vermögen des Bürgers verbleibt, innovativer und kreativer investiert, als durch die Hand jedweder öffentlichen Verwaltung.

Die Politik der Altparteien hingegen hat sich in den letzten Jahrzehnten konsequent gegen die tragenden Säulen unserer Gesellschaft gerichtet: Selbstständige, Facharbeiter und Familien werden durch die derzeit noch tonangebende Klasse aus Politik, Medien, Kirchen und Gewerkschaften vernachlässigt oder geradezu verachtet: Die Bürger sollen arbeiten, zahlen und schweigen. Ihre Einkommen werden durch Steuern und Abgaben abgeschöpft, ihre Ersparnisse verschwendet, ihre Zukunft verspielt. Und das Grundgesetz wird unter dem Mantel von Verordnungen systematisch umgangen. Wer Missstände beim Namen nennt, wird von selbsternannten Moralisten diffamiert und zum Schweigen gebracht.

Wir beugen uns diesen Denk- und Sprechverboten nicht. Deshalb wollen wir eine sachliche und vernunftorientierte Diskussionskultur wiederherstellen. Politisches Handeln muss sich am Sachinteresse der Bürger statt an weltfremden, ideologischen Vorgaben orientieren. Als Partei freier und verantwortungsbewusster Bürger aus der Mitte der Gesellschaft setzen wir uns für einen nachhaltigen Wandel der Politik und für eine grundlegende Erneuerung der Demokratie ein. Hierbei wollen wir die Verantwortung nicht immer weiter zentralisieren, sondern, wo immer es möglich und sinnvoll ist, uns Bürgern zurückgeben. Dies ist das bewährte, aber von den Altparteien aufgegebene Subsidiaritätsprinzip.

II. Unsere Grundwerte

Aufbauend auf die Positionierung in der Präambel unseres Grundsatzprogramms vertreten wir die nachfolgend aufgeführten Grundwerte, die auch Maßstab unserer Zielsetzungen auf Landesebene sind:

1. Mehr direkte Demokratie in Niedersachsen

Wir treten auf Landes- und Kommunalebene für die Direkte Demokratie ein. Als «Partei des gesunden Menschenverstandes» setzen wir auf das Urteilsvermögen und das Verantwortungsbewusstsein der mündigen Bürger.

Diese müssen bei allen wichtigen Entscheidungen ihrer Volksvertreter ein Mitsprache- oder Veto-recht haben, wie dies in der Schweiz der Fall ist.

2. Gewaltenteilung wiederherstellen

Wir wollen eine klare Gewaltenteilung auf allen Bundes- und Länderebenen. Jede Aufweichung der Gewaltenteilung ist zu verhindern oder zurückzunehmen. Die Justiz darf nur dem Grundgesetz und der Landesverfassung verpflichtet sein.

Die politische Einflussnahme wollen wir beenden. Mitglieder der Landesregierung dürfen nicht zugleich stimmberechtigtes Mitglied im niedersächsischen Landtag sein.

3. Rechtsstaatlichkeit durchsetzen

Die Freiheit des Einzelnen und der Schutz vor unverhältnismäßigen Eingriffen staatlicher Institutionen ist die Basis unseres Staatsverständnisses.

Wir setzen uns für einen schlanken Rechtsstaat ein und verschaffen dem Grundgesetz und der niedersächsischen Verfassung wieder uneingeschränkte Geltung.

4. Soziale Marktwirtschaft – Freiheit und Verantwortung

Die Umsetzung des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard hat zu einem in der Welt einmaligen wirtschaftlichen Wohlstand für alle in Deutschland geführt. Voraussetzung dafür ist ein Ordnungsrahmen für einen Wettbewerb mit klaren und gerechten Regeln, die allen Marktteilnehmern eine Chancen- und Leistungsgerechtigkeit ermöglicht. Die Freiheit und die Eigenverantwortung jedes Einzelnen sind wesentliche Bestandteile funktionierender Märkte.

Sämtliche über eine Ordnungspolitik hinausgehenden Staatseingriffe außerhalb seiner hoheitlichen Aufgaben sind ein Zeichen von Staatsversagen mit der Folge der Entmündigung der Bürger.

5. Föderalismus umsetzen

Wir wollen die staatlich notwendigen Aufgaben in Kommune, Land und Bund transparenter zuordnen. Denn nur unter dieser Voraussetzung können die Wähler die politisch Verantwortlichen für deren Entscheidungen sanktionieren.

6. Subsidiarität – das Grundprinzip

Um die Freiheit und Individualität zu gewähren, wollen wir das Subsidiaritätsprinzip bei der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben anwenden. Staatliche Aufgaben sind nur dann auf eine nächsthöhere Ebene zu übertragen, wenn dies für die Mehrheit der beteiligten Bürger von Vorteil ist. Mit dem Recht, diese Übertragung aufheben zu können.

Damit wollen wir der zunehmenden Entmündigung von Kommunen durch Land und Bund, aber auch der Länder durch den Bund entgegenreten.

7. Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur

Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen und stärken die Familien.

Wir machen unser Bildungssystem wieder so leistungsfähig, dass es den unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnissen der Schüler gerecht wird.

Wir werden unsere deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft und unsere gelebten Traditionen dauerhaft erhalten. Sie sind die Quelle des Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins unseres Volkes. Wir wollen, dass nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder und Enkel langfristig in unserem Land mit deutscher Mehrheit und mit deutscher Leitkultur leben können.

8. Wir sind alle Niedersachsen

Wir bewahren als Niedersachsen unsere landsmännische und kulturelle Identität. Wir wollen die vielfältige niedersächsische Kultur- und Naturlandschaft erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für uns und alle zukünftigen Generationen.

Wir stehen für ein Niedersachsen als ein starker Partner in einem Europa der Vaterländer und in der Welt. Die vielfältigen internationalen Beziehungen unseres Bundeslandes sind ein wichtiger Faktor für Kultur, Sport, Wissenschaft und Wirtschaft.

III. Politische Inhalte der AfD Niedersachsen

1. Bürgerrechte stärken – Volksabstimmungen erleichtern

Nach der niedersächsischen Verfassung geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Diese wird in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Dabei wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung nur mit. Wir wollen diese rechtsstaatlichen Anforderungen erfüllen, indem wir nachfolgende Änderungen anstreben:

9. Das Instrument der Volksabstimmungen stärken

Direkte Demokratie bedeutet, dass sich die wahlberechtigten Bürger Niedersachsens sowohl auf Landesebene als auch kommunaler Ebene zwischen den Wahlen an der politischen Willensbildung des Landtags beteiligen, mitentscheiden oder selbst entscheiden können.

Auf Landesebene kann eine Volksinitiative von 70.000 (rd. 1,1 %) Wahlberechtigten verlangen, dass sich der Landtag mit einem Vorhaben befasst. Beim Volksbegehren haben 10 % (rd. 610.000) der Wahlberechtigten die Möglichkeit, dem Landtag einen Gesetzesentwurf vorzulegen oder ein bestehendes Gesetz ändern oder aufheben zu lassen. Sofern der Landtag diesem Entwurf nicht wesentlich folgt, ist ein Volksentscheid herbeizuführen. Dieser bedarf einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei mindestens 25 % (rd. 1.500.000) der Wahlberechtigten die Gesetzesvorlage befürwortet haben müssen.

Aufgrund dieser Hürden sind die bisherigen Regelungen in Niedersachsen wirkungslos. Daher wollen wir die jeweils erforderlichen Wählerstimmen bei der Volksinitiative auf 60.000 (rd. 1 %) und beim Volksbegehren auf 2,5 % (etwa 150.000 Wahlberechtigte) senken. Da es keine Mindestbeteiligung (Quorum) bei einer Landtagswahl gibt, lehnen wir dieses auch für Volksentscheide ab.

Diese Neuregelungen sollen zugleich ohne jede Einschränkung gelten, also auch für haushaltsrechtliche Entscheidungen aller Art. Nur unter diesen Voraussetzungen werden die Parlamente jede neue Verschuldung zu Lasten nachfolgender Generationen sorgfältiger abwägen. Darüber hinaus treten wir für verbindliche Volksentscheide (obligatorische Referenden) bei Verfassungsänderungen und bei jeder Übertragung oder Rückholung von Souveränitätsrechten ein.

10. Kommunale Selbstverwaltung stärken und ausbauen

Föderalismus heißt auch, regionale kulturelle Unterschiede zu wahren. Dies ist in Art. 29 Abs. 1 S. 1 GG niedergelegt. Wir werden daher die kommunale Selbstverwaltung ausbauen und stärken sowie die zunehmende Fremdbestimmung der Bürger durch Land, Bund und EU abbauen.

Wir setzen uns auch für ein Mitentscheidungsrecht der Gemeindevertretungen sowie aller Bürger in allen Belangen ein, welche die Gemeinden oder Landkreise unmittelbar berühren.

Die Bürger sollen selbst entscheiden dürfen, welche Leistungen sie mit welchem Steuerbetrag finanzieren wollen. Die Kosten für übertragene Aufgaben sind vollständig durch das Land, den Bund oder die EU zu übernehmen.

11. Zurück zur Gewaltenteilung in Niedersachsen

Wir wollen eine klare Gewaltenteilung. Jedwede Vermengung der drei Gewalten ist aufzulösen und dauerhaft zu unterbinden. Dies erfordert auch die Trennung von Amt und Mandat. Mitglieder der Exekutive dürfen nicht zugleich Mitglied der Legislative sein.

Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern aller Ebenen und Gerichtshöfe sowie von Staatsanwälten beenden und für die Zukunft ausschließen. Dazu ist die Selbstverwaltung auszubauen, indem wir einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat im Sinne des Modellvorschlags des Deutschen Richterbundes einrichten.

Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft werden wir beenden.

12. Wahlverfahren den Vorgaben der Landesverfassung anpassen

Nach der Niedersächsischen Verfassung sollen die Mitglieder des Landtages in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden.

Wir streben ein Wahlrecht wie auf kommunaler Ebene an, in der eine freie Listenwahl durch Kumulieren und Panaschieren möglich ist.

13. Parteienfinanzierung deckeln und den Landtag verkleinern

Sowohl die direkte als auch die indirekte Parteienfinanzierung sind zu deckeln. Dies betrifft Wahlkampfkostenerstattungen und Stiftungen. Über eine Veränderung – auch der Abgeordnetenentschädigungen – sollen die Wähler in Verbindung mit einer Landtagswahl entscheiden.

Das Parlament ist keine Versorgungsanstalt für „verdiente Parteimitglieder“. Daher lehnen wir die weitere Erhöhung der Abgeordnetenzahl des Landtages ab. Wir wollen stattdessen die Anzahl der Landtagsabgeordneten im Landtag reduzieren.

14. Benachteiligung der kleineren kommunalen Fraktionen aufheben

Im Ergebnis der Änderung des Berechnungsverfahrens für die Sitzverteilung und die Personalausstattung in Kommunalparlamenten durch das Kommunalverfassungsgesetz vom 13.10.2021 werden kleinere Fraktionen aktuell schlechter gestellt als zuvor.

Die AfD fordert wie im Landtag einen Oppositionszuschlag und die Rückkehr zum Hare/Niemeyer-Verfahren bei den Ausschussbesetzungen.

15. Wahlverfahren den Vorgaben der Landesverfassung anpassen

Zur Vermeidung von Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernden Strukturen und Lobbyismus fordern wir eine Amtszeitbegrenzung für Listenabgeordnete im Landtag auf höchstens vier Legislaturperioden. Diese Regelung gilt nicht für direkt gewählte Abgeordnete.

16. Stellen im öffentlichen Dienst fair ausschreiben

Gemäß dem Grundgesetz hat jeder Deutsche gleiche Zugangschancen zu jedem öffentlichen Amt. Wir werden durchsetzen, dass alle Besetzungen von Ämtern im öffentlichen Dienst und in öffentlich dominierten Unternehmen – insbesondere in Führungspositionen – über öffentliche Stellenausschreibungen transparent und nachprüfbar vorgenommen werden. Die Parteizugehörigkeit darf hierbei ebenso wenig ein Entscheidungskriterium sein wie das Geschlecht, das Alter oder eine ethnische Zugehörigkeit.

17. Fraktionszwang beenden

Die Mitglieder des Landtages sind gemäß Landesverfassung nur ihrem Gewissen unterworfen. Fraktionszwang oder Fraktionsdisziplin sind verfassungswidrig. Daher sollen auf Antrag einer Fraktion Abstimmungen in geheimer Wahl durchführbar sein.

18. Den Einfluss von Interessengruppen wirksam einschränken

Die Mitglieder des Landtages vertreten das ganze Volk. Wir wollen den Einfluss von Interessengruppen auf unsere Abgeordneten einschränken.

Wir fordern außerdem, dass alle Abgeordneten verpflichtet werden, die gleichen Korruptionspräventionsregeln wie die Beschäftigten der Landesverwaltung einzuhalten, sämtliche Interessenkonflikte anzuzeigen und alle Nebentätigkeiten in einem Register offenzulegen.

19. Transparente Gesetze mit Erfolgskontrolle und Verfallsdatum

Neue Gesetze ziehen meist eine Reihe zusätzlicher Verordnungen und Vorschriften auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen nach sich. Einerseits sichert dies die Umsetzung gesetzlicher Inhalte. Andererseits steigt dadurch die Komplexität des Verwaltungshandelns immer weiter an. Deswegen sollen gesetzliche Regelungen zukünftig eine zeitlich begrenzte Gültigkeit haben und erst nach Prüfung der Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit hinsichtlich des Regelungszieles unbefristet verabschiedet werden dürfen.

Im Rahmen der Erstellung von Gesetzesvorlagen ist öffentlich zu dokumentieren, welche Interessengruppen oder Experten an deren Erstellung beteiligt gewesen sind.

20. Kein Übermaß von Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Landtag

Gemäß Landesverfassung kann die Wählbarkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes zahlenmäßig beschränkt werden. Dieser Artikel soll bis auf weiteres angewendet werden.

Die Schlechterstellung der Selbständigen und unselbständig Beschäftigten gegenüber öffentlich Bediensteten, denen exklusiv das Ruhen ihres Dienstverhältnisses zusteht, ist ungerecht. Es hat zur Verbeamtung der Parlamente geführt.

2. Finanzielle Unabhängigkeit für Land und Gemeinden

21. Föderalismus und Gemeinschaft stärken

Wir als AfD setzen uns dafür ein, den Föderalismus und die Selbstbestimmung der Länder und Gemeinden zu stärken. Wir stehen zum Subsidiaritätsprinzip, wonach Aufgaben immer so weit nach unten delegiert werden, wie dies möglich und sinnvoll ist.

Dieses für die AfD sehr wichtige Prinzip staatlicher Organisation findet sich in allen Bereichen unseres Wahlprogramms wieder.

Wir wollen, dass zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Aufgaben klar getrennt und auch die Steuereinnahmen dementsprechend auf die verschiedenen Ebenen verteilt werden.

Zudem fordern wir, dass durch turnusmäßige Wirtschaftlichkeitsanalysen die Finanzierung übernommener Aufgaben überprüft wird. Diese Aufgabenkritik muss regelmäßig, mindestens aber einmal pro Legislaturperiode, vorgenommen werden.

22. Die Finanzhoheit der Kommunen stärken

Bei einer Neuordnung des Steuerrechts werden wir uns dafür einsetzen, dass Steuereinnahmen verstärkt der untersten Ebene zugesprochen werden, damit diese mehr und bürgernähere Entscheidungsspielräume bekommt.

Unsere Reformvorstellungen schließen auch die Gewerbesteuer und die Umsatzsteuer ein. Dass damit einhergehend auch die Verteilung der Einnahmen über die Ebenen neu geordnet werden muss, ist selbstverständlich und hat wie zuvor beschrieben aufgabenbezogen zu erfolgen.

Wir befürworten einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern und zwischen den Kommunen im Rahmen einiger Prozentpunkte, aber nicht außerhalb einheitlicher Gesetze und Regelungen.

23. Für ein transparentes und gerechtes Steuersystem

Wir wollen ein zukunftsweisendes Steuersystem in Deutschland. Wir sind bereit, dieses gemeinsam mit anderen Parteien und sachorientierten Organisationen, wie beispielsweise dem Bund der Steuerzahler, zu erstellen.

Ein eigenes Steuererhebungssystem für die EU lehnen wir kategorisch ab.

24. Steuerpflicht für alle Gewinne und Einkommen durchsetzen

Wir fordern eine Steuerpflicht für alle deutschen Staatsbürger, insbesondere auch für jene, die ihren Wohnsitz in die Schweiz, nach Monaco usw. verlegt haben. Zudem wollen wir, dass in Deutschland erzielte Gewinne künftig auch in Deutschland besteuert werden. Wir wollen daher internationale Steuerschlupflöcher schließen, die Verschiebung von Gewinnen unterbinden und dies insbesondere auch auf Ebene der EU durchsetzen.

25. Bisherige Förderpraxis beenden

Subventionen wirken auf Dauer wie eine Droge, die die Leistungsbereitschaft der Empfänger reduzieren und die Lasten der Mehrheit erhöhen.

Wir werden dafür sorgen, dass Subventionen reduziert, auf einen möglichst kurzen Zeitraum befristet und standardmäßig durch Wirtschaftlichkeitsanalysen überprüft werden. Zudem darf nur ein begrenzter und verantwortlicher Personenkreis die jeweiligen Bewilligungen erteilen oder Gelder freigeben.

26. **Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben**

Aktuell werden ideologische und religiöse Vereine häufig als gemeinnützig eingestuft, obwohl sie vollkommen einseitig und nicht selten gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung gerichtet agieren. Wir wollen die privilegierte Gemeinnützigkeit auf solche Vereine und Verbände beschränken, deren gesellschaftliches Interesse aus dem Grundgesetz abgeleitet werden kann und die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bejahen.

Mit uns gibt es keine Unterstützung mehr für:

- ▶ verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppen,
- ▶ Islamverbände,
- ▶ Gender Mainstreaming und sexuelle Vielfalt,
- ▶ Anti-Kapitalismus-Projekte,
- ▶ die Förderung illegaler Einwanderung,
- ▶ die Verhöhnung der Opfer von Straftaten durch „Täter-Opfer-Ausgleich“ etc.
- ▶ Werbung für die Legalisierung des Drogenmissbrauchs,
- ▶ Klimaschutzpropaganda

Wir sind nicht gegen gesellschaftlichen Pluralismus. Vielmehr sind wir Garanten dafür, dass jeder selbst entscheiden darf, wie er leben will, solange er anderen dieses Recht ebenfalls zubilligt und der Gesellschaft mit seinem Verhalten keinen Schaden zufügt. Anders zu sein, ist allerdings keine Rechtfertigung dafür, Geld vom Staat zu erhalten.

27. **An Kommunen übertragene Aufgaben vollständig finanzieren**

„Wer bestellt, bezahlt“. Wir wollen diesen im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Grundsatz konsequent zum Schutz der Kommunen anwenden.

Schon der 2019 geregelte Rechtsanspruch auf kostenlose Kinderbetreuung hat viele Kommunen an die Grenze der finanziellen Belastbarkeit geführt, da die Mehrkosten nicht vollständig durch den Bund und das Land finanziert wurden. Heute wird darüber hinaus schon der Rechtsanspruch auf kostenfreie Ganztagsbetreuung diskutiert. Da in den Kommunen das Personal für die Kinderbetreuung fehlt und selbst dieser Rechtsanspruch heute noch nicht überall erfüllt werden kann, werden damit viele Kommunen weiterhin alleingelassen.

Eine vollständige Kosten- und Kostenfolgeabschätzung ist in Niedersachsen nicht klar geregelt. Andere Bundesländer haben hierzu gesetzliche Regelungen wie ein Konnexitäts-Ausführungsgesetz erlassen oder Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden geschlossen. Wir fordern, diese Lücke zu schließen und den Kommunen einen aufgabengerechten Steueranteil zuzusprechen.

28. **Schuldenbremse konsequent umsetzen**

Eine Ausweitung von Aufgaben des Staates ist nur möglich, wenn diese durch Einnahmen oder Kreditaufnahmen gedeckt werden. Die seit 2019 in der Niedersächsischen Verfassung verankerte Schuldenbremse darf auch nach einem Regierungswechsel nicht aufgeweicht werden. Damit soll der Bürger vor einer weiter ausufernden Steuer- und Abgabenbelastung geschützt werden. Absurde Steuerideen wie eine „Bettensteuer“ oder eine Pferdesteuer lehnen wir ab.

29. Straßenausbaubeiträge landesweit abschaffen

In Niedersachsen sollen keine Straßenausbaubeiträge (Strabs) mehr erhoben werden. Die Art der Erhebung führt fallweise zu erheblichen finanziellen Belastungen der Anwohner. Von guten Straßen profitieren aber alle. Diese ungleiche Belastung gefährdet den sozialen Frieden der betroffenen Kommunen.

30. Eigentümerland Niedersachsen

Vor dem Hintergrund der rasant steigenden Immobilienpreise setzen wir uns für eine Senkung der Grunderwerbsteuer um einen Prozentpunkt ein. Der Ersterwerb eines selbstgenutzten Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung soll Grunderwerbsteuerfrei werden.

31. Grundsteuer: Keine Neuregelung zu Lasten der Bürger

Die Neuregelung der Grundsteuer in Niedersachsen lehnen wir ab. Das per Öffnungsklausel für Niedersachsen geltende Gesetz führt zu Mehrbelastungen für die Bürger. Die seitens der etablierten Parteien versprochene „Aufkommensneutralität“, wonach das Volumen der Grundsteuer durch die Neuregelung nicht steigt, wird es nicht geben.

32. Vereinfachung bei Ertrags- und Umsatzsteuer

Mit Blick auf die Umsatzsteuer streben wir eine Senkung und die Einführung eines einheitlichen Umsatzsteuersatzes an. Die bisherige Praxis, beispielsweise Babynahrung mit 19 % aber Hundekekse mit 7 % zu besteuern, wollen wir damit beenden. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass das Einkommensteuerrecht wesentlich vereinfacht wird.

5. Die Verwaltung dient dem Bürgerwohl

Die Verwaltung in Niedersachsen ist ein Baustein, um Dienstleistungen für den Bürger zu erbringen, die besser durch den Staat als durch den Markt bereitgestellt werden können. Wir stehen für eine schlanke und bürger-nahe Landesverwaltung.

33. **Effektiv zum Wohle der Bürger**

Verwaltungsentscheidungen dauern vor allem dort zu lange, wo Entscheidungen zum Wohle der Bürger und der Unternehmen gefragt sind.

Bürokratische Hemmnisse verzögern individuelles Handeln und schränken die Freiheit der Bürger ein. Die Einhaltung von Fristen für Entscheidungen muss daher künftig auch für die Verwaltung gelten. Dies bedeutet, dass bei Nichteinhaltung von Fristen die Genehmigung als erteilt gilt. Bearbeitungszeiten werden hierdurch planbar werden, was insbesondere auch Investitionsvorhaben der Wirtschaft zu Gute kommen wird. Das Widerspruchsrecht gegen Verwaltungsentscheide muss ohne Beschreiten des Klageweges grundsätzlich möglich sein. Um effektive Entscheidungen zu sichern, können neu zu schaffende Schiedsstellen einer Einbindung von Verwaltungsgerichten vorgezogen und damit die Gerichte selbst entlastet werden.

34. **Gesetze und Vorschriften auf den Prüfstand stellen**

Gewerbeaufsicht, Brandschutz und weitere Regelungen mit Berichts- und Dokumentationspflichten sollten ihrem wesentlichen Regelungsziel nach nicht dazu dienen, Unternehmen zu behindern oder Neugründungen zu verhindern. Leider ist aber genau dies in der aktuellen Ausgestaltung vielfach der Fall. Wir fordern daher, sämtliche Vorschriften prüfen, verschlanken und wenn möglich streichen zu lassen. Denn es gilt weiterhin der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

35. **Entscheidungskompetenz der Verwaltung stärken**

Wir werden die Anzahl der Verwaltungsebenen in Niedersachsen wie auch die Anzahl der Behörden reduzieren. Damit geht eine klare Aufgabenzuordnung und eindeutige Verantwortlichkeit einher.

36. **Das niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung rückabwickeln**

Das 2017 gegründete Ministerium wollen wir ersatzlos streichen. Es gibt keine separate Aufgabe, die außerhalb der von den übrigen Ministerien bereits wahrgenommenen Aufgaben durch dieses Ministerium wahrgenommen werden müsste.

Solange die Bundesrepublik Deutschland Zahlungen an die EU leistet, sollen von den übrigen Ministerien konsequent sämtliche mögliche Fördermittel ausgeschöpft werden, um zumindest einen Teil dieser leistungslosen und durch den EU-Bürokratismus deutlich reduzierten Zahlungen dem Land zukommen zu lassen.

37. **Förderungsblase beenden**

Auf Landesebene und darunter wollen wir für alle Förderungen festlegen, welche Behörde für einen Förderzweck einen Bewilligungsbescheid erstellen darf. Damit soll der Verwaltungsaufwand deutlich reduziert werden, da derzeit mehrere Verwaltungen für einen einzigen Förderzweck in der EU, dem Bund, dem Land, dem Kreis und der Gemeinden/Städte Bewilligungen vornehmen können.

38. Verwaltung in der Fläche stärken

Die beständige Aushöhlung der Autonomie der Kommunen durch Landesgesetze weisen wir entschieden zurück. Wir wollen die kommunale Eigenständigkeit verbessern und die Politik der permanenten Einmischung „von oben“ beenden.

39. Chancen der Digitalisierung nutzen

Die Digitalisierung interner Verwaltungsprozesse und die digitale Integration der Behörden untereinander soll weiter vorangetrieben werden, um einerseits die Mitarbeiter in den Behörden zu entlasten und Verwaltungsabläufe zu beschleunigen.

Zur Steigerung der Bürgernähe sollen die Behörden ihre digitalen Leistungsangebote für den Bürger weiter ausbauen und ihre Kommunikation, etwa in Schreiben und Veröffentlichungen, adressatengerechter gestalten. Der Bürger muss kostenfrei alle Informationen erhalten. Dies gilt auch für finanz- und haushaltsrechtliche Themen, denn Transparenz fördert die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen bei Steuer- oder Gebührenerhöhungen ebenso wie das Kostenbewusstsein auf der Ausgabenseite.

Wir werden uns für eine hochleistungsfähige Mobilfunk- und Netzinfrastruktur für alle Bürger und die Verwaltung einsetzen.

40. Verfahren beschleunigen – Planungssicherheit schaffen

Wir werden das öffentliche Bau- und Planungsrecht vereinfachen. Raumordnungs-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren müssen innerhalb weniger Monate rechtssicher durchgeführt werden können.

41. Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen

Öffentliche Bauprojekte müssen so geplant und ausgeführt werden, dass Kostensteigerungen weitestgehend vermieden werden, wie es in der Privatwirtschaft Standard ist. Hier ist professionelles Projektmanagement ohne beständige politische Eingriffe und Änderungen erforderlich.

42. Steuerverschwendung und unkontrollierte Ausgaben vermeiden

Die AfD fordert die Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung für Staatsdiener und Amtsträger. Diese müssen bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit haftbar gemacht werden können. Dies gilt, ähnlich wie in der Privatwirtschaft, bei der Geschäftsführerhaftung für Organisationsversagen. Die Kommunalaufsicht und die Rechnungshöfe sollten hierfür eine Ermittlungs- und Anzeigepflicht erhalten.

43. Keine politischen Beamten in Behörden des Landes und der Kommunen

Im öffentlichen Dienst muss die Qualifikation zählen und nicht das passende Parteibuch, Geschlecht oder ein Migrationshintergrund. So werden bislang politische Beamte häufig etwa als Polizeipräsidenten oder Oberstaatsanwälte eingesetzt, obwohl sie für die fachliche Führung ihrer Mitarbeiter ungeeignet sind. Wir fordern die vollständige Abschaffung politischer Beamter als Leiter von Landesbehörden.

Die Soziale Marktwirtschaft soll in der Krise anstelle der Notfall-Planwirtschaft beibehalten werden.
Die Freiheit muss durch die Soziale Marktwirtschaft gesichert werden.
Wir wollen uns nicht fremd bestimmen lassen.

44. **Die Soziale Marktwirtschaft**

Diese stellt nach dem Willen ihrer Vordenker Wilhelm Röpke, Walter Eucken und Alfred Müller-Armack sowie ihres politischen Umsetzers Ludwig Erhard die Alternative zu einer staatlichen Lenkungswirtschaft und dem reinen Wirtschaftsliberalismus dar. Der starke, aber zurückhaltende Staat im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft schafft mit einer durchgreifenden Ordnungspolitik die Rahmenbedingungen für eine faire Wettbewerbswirtschaft und sorgt für sozialen Ausgleich.

Die europapolitischen Utopien und ideologische Reglementierungen haben zu einer Instrumentalisierung und Gängelung der Wirtschaft geführt.

45. **Corona-Maßnahmen: Folgen entschädigen**

Die Erfahrungen mit den Corona-Maßnahmen während der Krise zeigen auf, dass eine Überregulierung der Wirtschaft durch Eingriffe des Staates zu einer Übersteuerung mit negativen Folgen führt.

Die Folgen der Corona-Maßnahmen haben in der Wirtschaft großen Schaden angerichtet, insbesondere bei Kleinbetrieben und in mittelständischen Unternehmen.

Bedingte Betriebsschließungen oder indirekte Zugangsbeschränkungen gegenüber Kunden und Mitarbeitern, die nicht geimpft sind, stellen einen Eingriff in die Gewerbefreiheit der Betriebe dar, der zu hohen finanziellen Einbußen für die Betroffenen führte und bis heute staatlicherseits nicht entschädigt wurde. Die AfD fordert hier umgehend staatliche Leistungen und für die Fälle zukünftiger Einschränkungen zeitgleiche Regelungen zur Existenzsicherung sowie die volle Entschädigung gerade auch kleiner Betriebe und Selbstständiger.

Große Millionenhilfen aus deutschen Steuermitteln an ausländische Konzerne, welche in Deutschland keine oder kaum Steuern bezahlen, sind für die AfD nicht akzeptabel.

Im Gegensatz zu Bayern, wo die Landesregierung eine unkomplizierte und präventive Entschädigungsregelung umgesetzt hat, war die Ausgestaltung der Hilfen durch SPD und CDU in Niedersachsen absolut mangelhaft, wobei die übergeleiteten temporären Bundeshilfen zunächst sogar mitten in der Pandemie zurückgefordert worden sind!

46. **Kleine und Mittlere Betriebe fördern – nicht vorrangig Großkonzerne**

Eine Umsatzverlagerung von kleinen Betrieben vor Ort hin zu Großkonzernen, die über das Internet Geschäfte abschließen und in Deutschland, außer der Lohnsteuer, fast keine Steuern zahlen, werden hierdurch noch begünstigt.

Hier muss eine gezielte Besteuerung dieser Großkonzerne erfolgen und eine Reduzierung der Steuern für die regionalen Betriebe vor Ort in Niedersachsen.

47. **Industriestandort Niedersachsen sichern**

Die systematische Deindustrialisierung der letzten Jahrzehnte mit massiver Verlagerung ganzer Industriezweige in Länder mit niedrigeren Lohn- und Energiekosten sowie geringeren Umweltstandards ist zu stoppen. Dies gilt erst recht für das Programm der Dekarbonisierung mit seinen verheerenden

Auswirkungen auf Niedersachsen als Wirtschaftsstandort. Eine reine Fokussierung auf Veredelung und Dienstleistungen halten wir langfristig für sehr gefährlich.

Durch die aktuelle Politik von Landes- und Bundesregierung sind bis zu einer Million Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und deren Zulieferbetriebe in Deutschland bedroht. Der Verlust so vieler Arbeitsplätze würde die Existenz von Millionen Haushalten in Niedersachsen gefährden.

Die AfD fordert, dass die Bürger selbst entscheiden sollten, welche Energieträger sie z. B. beim Autofahren, Heizen etc. nutzen wollen.

48. Investitionen fördern

Es gilt daher, dem verarbeitenden Gewerbe und den mit ihm verbundenen Dienstleistern als Wachstumsmotoren ein investitionsfreundliches Umfeld zu schaffen. Die Sicherung der Industriestandorte und ihrer Wettbewerbsfähigkeit erfordert gerade in einem Hochlohnland wie Niedersachsen einen ständigen Wissens- und Technologievorsprung.

49. Landesbeteiligung bei VW erhalten

Von den rund 4,8 Mio. Arbeitnehmern in Niedersachsen sind über 10 % in den großen Industrieunternehmen unseres Bundeslandes beschäftigt. Darüber hinaus arbeiten viele Beschäftigte bei deren Zulieferbetrieben.

Wir bekennen uns deshalb ausdrücklich zu diesen strukturbestimmenden Unternehmen.

Die AfD wendet sich daher gegen jede Reduzierung der Beteiligung beim VW-/Porsche-Konzern.

50. Wirtschaft und Hochschulen stärken

Entwicklungen wie autonomes Fahren, E-Mobilität oder moderne Verkehrsleit- und Lenksysteme kündigen für die niedersächsische Automobil- und Verkehrsindustrie und ihre Zulieferer große technologische Umwälzungen an. Die AfD wird insbesondere die anwendungsbezogene Forschung aufwerten und die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen verbessern. Dadurch kann unsere Industrie im internationalen Wettbewerb weiter in Spitzenpositionen gehalten werden.

Wir werden berücksichtigen, dass die niedersächsische Verkehrsindustrie nicht nur aus VW besteht, sondern auch in den Bereichen Schienenfahrzeuge, Luftfahrt und Schiffbau aktiv ist.

Die Vergabe öffentlicher Fördermittel darf nicht nach politischer Ideologie erfolgen, sondern muss insbesondere den Gesichtspunkt eines möglichen wirtschaftlichen Nutzens berücksichtigen - Marktwirtschaft statt Planwirtschaft!

51. Den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft stoppen

Die AfD fordert international gleiche Bedingungen für ausländische Investoren und wendet sich entschieden gegen die Ungleichbehandlung in bestimmten Ländern. Wir sehen es als Missbrauch des freien Marktes an, wenn große Staatskonzerne im Namen ihrer Regierungen in Deutschland Firmen übernehmen oder staatlicherseits aus dem Ausland heraus gezielt Beteiligungs- und Unternehmenszukaufe gesteuert werden. Für Staaten, die Beschränkungen bei Kapitalbeteiligungen und Kapitalverkehr erlassen haben, sollen hier ebenfalls entsprechende Beschränkungen gelten.

Auch das System der Zerschlagung von Unternehmen mit dem Ziel der Mehrwerterzielung, wie es von einigen Finanzinvestoren betrieben wird, lehnen wir ab.

52. Störung von Lieferketten vorbeugen – Produktion nach Niedersachsen zurückholen

Um die Lieferketten im technologisch wichtigen Hochleistungssektor zu stabilisieren, sollten vor allem elektronische Bauteile und Pharmarohstoffe wieder verstärkt in Niedersachsen produziert werden. Die AfD fordert die Ansiedlung von Hochleistungsindustrie in Niedersachsen.

53. Bürokratieabbau sichert und schafft Arbeitsplätze

Die beste und zugleich preiswerteste Wirtschaftsförderung ist nach unserer Meinung eine Reduzierung des bürokratischen Aufwandes, sei es bei Investitionsprojekten, in der Buchhaltung oder bei Publizitätspflichten für kleine AGs. Wir werden bürokratische Vorschriften vereinfachen, wie z. B. zum Mindestlohn. Wir setzen uns dafür ein, wieder einen funktionierenden Arbeitsmarkt einzurichten. Das Prinzip von Angebot und Nachfrage führt dazu, dass Unternehmen gute Arbeitnehmer nur dann dauerhaft an sich binden können, wenn sie ihnen vorteilhafte Arbeitsbedingungen bieten.

54. Schluss mit Bevormundung – freie Unternehmer

Unternehmerischer Freiraum, egal, ob bei Produktion oder Investition, aber auch Lohnunterschiede bei unterschiedlicher Qualifikation sind wesentliche Merkmale einer leistungsfähigen Marktwirtschaft. Die AfD wendet sich daher strikt gegen die wachsende staatliche Bevormundung.

55. Benachteiligung beseitigen – Gleichmacherei beenden

Gerade im Hinblick auf kleine und mittlere Betriebe bzw. Behörden ist zwingend auf die Verhältnismäßigkeit des Aufwandes und der Kosten zu achten, z. B. bei Gleichstellungsbeauftragten. Wir halten es für äußerst problematisch, wenn kleinere Unternehmen das Ziel „professioneller“ Kläger werden. Daher gilt es, Missbrauchsmöglichkeiten auszuschließen und Abmahnvereine oder das ausufernde Verbandsklagerecht einzuschränken. Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz hat seinen Zweck verfehlt und ein unerträgliches Maß an bürokratischem Aufwand verursacht. Es ist daher ersatzlos zu streichen.

56. Schluss mit EU-Vergaberichtlinien – einheimische Betriebe zuerst

Gerade in strukturschwachen und ländlichen Räumen bieten kleine und mittlere Unternehmen überproportional viele Arbeitsplätze. Für diese Zielgruppe sind öffentliche Aufträge besonders wichtig. Der von der EU erzwungene Wettbewerb mit Anbietern aus Niedriglohnländern ist vielfach unfair: Reduzierte Sozial-, Umwelt- und Besteuerungsvorschriften, wie sie bereits bei unseren direkten EU-Nachbarn vorhanden sind, führen zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung zu Lasten unserer heimischen Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem untergräbt dieser Wettbewerb unser Lohnniveau und schadet damit den einheimischen Arbeitnehmern. Der Abfluss von Steuern und Abgaben aus der Region schadet zudem den öffentlichen Haushalten. Wir werden daher die Verpflichtung zur Anwendung der EU-Vergaberichtlinien auf staatliche Großvorhaben beschränken. Ferner wollen wir unsere einheimischen Betriebe steuerlich dadurch entlasten, dass wir die unsinnige „Energiewende“ in Deutschland beenden.

57. Wirtschafts- und Exportförderung als Anschubhilfe mit Erfolgskontrolle

Wir lehnen die Dauersubventionierung von Unternehmen ab. Im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung stellen wir die Förderung der mittelständischen Wirtschaft in Niedersachsen, vor

allem der kleinen und mittleren Betriebe, in den Vordergrund.

Ein Schwerpunkt sollte dabei auf der Erschließung neuer Märkte liegen, z. B. durch Gemeinschaftsstände an internationalen Messen, die Stärkung des Messestandorts Niedersachsen, internationale Kooperationen oder die Unterstützung bei der Erlangung behördlicher Genehmigungen im Ausland. Es gilt zudem nicht nur, Existenzgründungen durch Bürgschaften, Beratungshilfen etc. gezielter zu unterstützen und im Falle von Problemen bei der Unternehmensnachfolge Unterstützung anzubieten, sondern auch insolvenzbedrohten Unternehmen zu helfen oder sie in die Lage zu versetzen, an internationalen Ausschreibungen teilzunehmen.

58. Betriebe weiterführen und Neugründungen unterstützen

Die Sicherung von Arbeitsplätzen – ob im Zuge einer erfolgversprechenden Sanierung oder durch die Weiterführung eines Betriebs – Vorrang vor einer Zerschlagung oder der Betriebsaufgabe haben.

Hierzu werden wir die Existenzgründerberatung um die Bereiche Sanierungs- und Unternehmensnachfolgeberatung erweitern.

Sonderförderungen und Sonderrechte für nichtdeutsche Bevölkerungsgruppen lehnt die AfD kategorisch ab.

59. Klare Herkunftsangaben auf Produkten

Erst die klare Herkunftsangabe auf allen Waren ermöglicht es dem Verbraucher, sich gezielt für regionale Waren zu entscheiden. Dies kann ohne Kosten zu einer Verringerung der Transportmengen beitragen und helfen, gerade die regionalen Betriebe zu stärken.

Wir wollen die zunehmende Verwässerung des Markenzeichens „Made in Germany“ beenden. Hierzu werden wir den Mindestwertschöpfungsanteil in Deutschland angemessen erhöhen.

60. Keine Sanktionen zu Lasten unserer Wirtschaft

Wirtschaftssanktionen gegenüber anderen Ländern sind in der Regel nicht erfolgreich und schaden auch unserer Wirtschaft.

Durch Sanktionen werden die gerade im Falle militärischer Konflikte ohnehin bestehenden Lieferengpässe noch verstärkt.

Die AfD lehnt Wirtschaftssanktionen, welche nicht von den Vereinten Nationen beschlossen worden sind, kategorisch ab.

61. Unabhängige und kostengünstige Energieversorgung

Um mehr Unabhängigkeit von russischem Gas und Öl zu erreichen, müssen wir andere Lieferketten für unsere Energieversorgung finden.

Flüssiggas- und Öllieferungen auch aus dem Iran und aus Venezuela können eine sinnvolle Alternative sein längerfristig die Abhängigkeit von russischen Lieferungen zu reduzieren. Generell darf aber auch der Kostengesichtspunkt wie aktuell beim teuren US-Flüssiggas im Vergleich zum billigen russischen Gas nicht völlig außer Acht gelassen werden. Handelsembargos gab es übrigens bisher fast nur auf Initiative der USA.

Die staatlichen Eingriffe zu Gunsten oder zu Lasten bestimmter Energieträger vom Kohleausstieg bis zur massiven Subventionierung erneuerbarer Energien haben die Energieversorgung in Deutschland erheblich destabilisiert und sind sofort zu beenden

62. Regionale Bankeninfrastruktur erhalten

Regional verwurzelte Banken sind zur Versorgung der mittelständischen Wirtschaft mit Kapital und zur Abwicklung eines reibungslosen Geschäftsverkehrs in Niedersachsen unverzichtbar.

Wir wenden uns daher gegen die Schwächung der regionalen Kreditwirtschaft aus Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken und ihrer Spitzeninstitute durch aufsichtsrechtliche Beschränkungen von Seiten der EZB, die hierbei vornehmlich die Interessen der privaten Großbanken vertritt.

Banken mit staatlicher Beteiligung müssen Spekulationsgeschäfte untersagt sein, um das Haftungsrisiko für den Steuerzahler zu begrenzen.

63. Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten

Von der Nordseeküste über die Lüneburger Heide bis zu den Mittelgebirgen: Niedersachsen besitzt mit seiner abwechslungsreichen und naturnahen Landschaft einige der wichtigsten Urlaubsregionen Deutschlands. Die Zahl der Arbeitsplätze im Tourismus ist mehr als sechsmal so hoch wie im gesamten Bereich der „erneuerbaren Energien“ und doppelt so hoch wie in der Automobilbranche.

Die AfD sieht hier ein erhebliches Wachstumspotenzial, insbesondere bei Touristen aus dem Ausland.

64. Wohneigentumsquote erhöhen

Deutschland besitzt die mit Abstand niedrigste Wohneigentumsquote der EU. Wir wollen diese Quote erhöhen, indem wir den Erwerb einer Wohnung oder eines Hauses für den Normalverdiener und junge Familien erleichtern.

Insbesondere fordern wir Fördermaßnahmen für Familien mit Kindern sowie die umgehende Abschaffung der Wohnimmobilien-Kreditvergaberichtlinie.

65. Wohnraumangel nicht durch Massenmigration verschärfen

Der Wohnraumangel in Niedersachsen sorgt zunehmend für sozialen Sprengstoff. Auf der einen Seite fehlen bezahlbare Wohnungen, auf der anderen Seite werden die Mieten immer teurer, sodass bereits heute jeder fünfte Haushalt in Niedersachsen mehr als 40 % seines monatlichen Nettoeinkommens für die Miete aufbringen muss.

Mit nur knapp 54 % ist die Wohneigentumsquote in Niedersachsen verheerend niedrig.

Beide Entwicklungen beschleunigen die Verdrängung von Familien, Alleinerziehenden und Rentnern aus bestimmten Wohngebieten und führt immer mehr dazu, dass eine solide, soziale Durchmischung ganzer Bezirke nicht mehr gegeben ist. Flankiert und verstärkt wird dies durch einen weiter unbremsten Migrationsdruck, der den Wohnraum in den letzten Jahren maßgeblich verknappt hat.

Wir fordern daher eine Zuzugsteuerung für Migranten nach dänischem Vorbild.

66. Mieten staatlicherseits nicht zusätzlich in die Höhe treiben

Da die Städte und Gemeinden in Niedersachsen für geflüchtete Menschen Wohnungen anmieten und dies teilweise zu Konditionen über dem normalen Mietpreisniveau, entsteht ein zusätzlicher Preisauftrieb und unfaire Konkurrenz auf dem Markt für Mietwohnungen. Dies trifft vor allem diejenigen Bürger, die eine Wohnung suchen und nicht staatlich alimentiert werden, sondern durch Arbeit ihr Einkommen erzielen.

Die Folge ist, dass Normalverdiener infolge staatlicher Eingriffe es immer schwerer haben, eine Wohnung anzumieten.

Die AfD fordert daher zusätzliche Anstrengungen der Politik, um auch deutschen Bürgern den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen.

67. Neubau statt mehr Mangelverwaltung

Mietendeckel und Mietpreisbremse schaffen keine neuen Wohnungen! Das Gegenteil ist der Fall: Investitionen in den Neubau werden weiter gebremst. Mit beiden Maßnahmen versuchen die Altparteien nur die Fehlsteuerung der letzten Jahre zu kaschieren.

Über viele Jahre wurden von der Politik Millionen von staatlichen Wohnungen an private Gesellschaften verschleudert, statt in den Neubau zu investieren. Der Einfluss kommunaler und staatlicher Wohnungsgesellschaften gerade auch auf die Preissetzung bei Mieten wurde durch die Politik praktisch völlig aufgegeben.

Die AfD fordert endlich wieder mehr Förderung des Wohnungsneubaus, wofür unterschiedliche Instrumente wie Baukindergeld, Erbbaurecht, Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften u. v. m. in der Vergangenheit mit Erfolg genutzt wurden.

Ein größeres Angebot bei Wohnungen wird automatisch auch zu mehr Wettbewerb um Mieter führen und damit den Mietenanstieg bremsen.

Davon leider unberührt bleibt natürlich die staatliche Mietpreis-inflationierung als Folge neuer Vorschriften, z. B. im Zusammenhang mit der sogenannten „Klimapolitik“, welche die AfD ebenfalls klar ablehnt.

68. Wohnungsneubau erleichtern und attraktiver machen

Als langfristige Maßnahme zur Verbesserung des Wohnungsmarkts und als Bremse bei den Mietsteigerungen muss Niedersachsen wieder eine eigene Landeswohnungsbaugesellschaft unterhalten.

Die überbordenden Umweltauflagen und die ausufernden Regulierungen, die maßgeblich die Baukosten erhöhen, müssen grundsätzlich und umfassend auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft und verschlankt werden.

Wir brauchen dringend eine Attraktivitätssteigerung, um die Erstellung von Wohnimmobilien durch private, bürgerliche Investoren zu fördern, weil normaler Wohnungsbau nicht nur staatlich sein sollte. Niedersachsen benötigt umgehend einen Erlass zur Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren, der vorsieht, dass von der Einreichung der Unterlagen bis zur Entscheidung des Verfahrens maximal 90 Tage vergehen dürfen.

69. Mehr Wohngeld

Um gerade das Wohnungsangebot für sozial schwache Familien, Alleinerziehende und Rentner zu verbessern, fordert die AfD eine Erhöhung des Wohngeldes.

70. Mieten und Wohnungsbau nicht durch neue Vorschriften zusätzlich verteuern

Nur ein freier Wettbewerb der Energieträger schafft die Möglichkeit, den kostengünstigsten Brennstoff zu nutzen. Die AfD wendet sich entschieden dagegen, ab ca. 2025 bei Heizungserneuerung fossile Brennstoffe zu verbieten und damit Neubaukosten sowie Bestandsmieten staatlicherseits weiter in Höhe zu treiben.

71. Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt

Betriebe der kommunalen Infrastruktur besitzen eine herausragende Bedeutung, wenn sie der Daseinsvorsorge dienen. Sie dürfen daher nur mit Zustimmung der Bürger vor Ort privatisiert werden. Daneben muss in jedem Fall entweder eine zeitliche Befristung erfolgen oder ein Rückübertragungsvorbehalt eingeräumt werden.

Die Alternative für Deutschland leistet entschiedenen Widerstand gegen Bestrebungen, diese Selbstbestimmung durch EU-Vorschriften oder internationale Handelsabkommen auszuhebeln.

72. IHK und Handwerkskammer neu ordnen

Wir befürworten, dass Anforderungen im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, im Gutachterwesen oder z. B. in Bezug auf Genehmigungen im Kraftverkehr durch umlagefinanzierte Kammern klar geregelt werden.

Das Leistungs- und Anforderungsniveau darf zudem nicht abgesenkt werden.

Den Bereich der Interessenvertretung und Dienstleistungen der heutigen Kammern wollen wir aber auf freiwilliger Basis, d. h. mit freiwilligen Mitgliedschaften und Beiträgen, organisieren.

73. Reserven aktivieren und besser qualifizieren

In Niedersachsen gibt es gegenwärtig noch immer viele Unterbeschäftigte, darunter viele Arbeitslose, häufig sogar Langzeitarbeitslose. Dieses Reservoir kann aktiviert und qualifiziert werden.

Die Zuwanderung gering- oder unqualifizierter Personen, wie aktuell betrieben, ist daher völlig unsinnig.

Die Vorrangprüfung für deutsche Arbeitnehmer ist beizubehalten.

74. Fachkräfte stärken

In manchen Bereichen stehen aktuell gut ausgebildete Bewerber nicht mehr im Überfluss zur Verfügung. Von einem generellen Mangel kann dennoch keine Rede sein. Nur in wenigen Berufsfeldern gibt es mehr offene Stellen als Bewerber.

Nach Überzeugung der AfD Niedersachsen besteht dementsprechend kein Grund, die verbesserten Chancen von Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt gleich in eine allgemeine Mangelsituation umzuwandeln. Auf einem funktionierenden Arbeitsmarkt konkurrieren nicht nur Bewerber um Unternehmen, sondern eben auch Unternehmen um qualifizierte Arbeitskräfte.

Aktuell verlassen pro Jahr ca. 300.000 überwiegend gut ausgebildete Deutsche ihre Heimat vielfach in Richtung unserer europäischen Nachbarn.

Die AfD fordert endlich Maßnahmen, diesen Aderlass an z. B. Technikern, Ingenieuren, Facharbeitern und Ärzten zu reduzieren, statt ständig über angeblich notwendige Zuwanderung zu reden.

Statt Verbesserungen anzustreben, werden von der aktuellen Politik lieber Gelder an andere EU-Staaten verschenkt und in Deutschland dafür neue Abgaben eingeführt, eine noch längere Lebensarbeitszeit eingefordert oder noch mehr kaputtgespart und reguliert, wie z. B. im Gesundheitswesen.

75. Das duale System als zentrale Säule der Ausbildung stärken

Bei drei Vierteln der gegenwärtig besonders gesuchten Fachkräfte handelt es sich um Arbeitnehmer mit Berufsausbildung oder gar Meisterbrief. Für die Zukunft wird zudem ein wachsender Bedarf handwerklicher Fachkräfte und ein Überangebot an Akademikern prognostiziert.

Wir setzen uns daher für die Stärkung der dualen Bildungssysteme und für den Ausbau in der Fläche ein, um mehr praxisnahe und qualifizierte Fachkräfte auszubilden.

Der Meister- und der Facharbeiterabschluss helfen, hohe Standards zu erhalten.

Deshalb werden wir wieder für alle selbstständigen Handwerksberufe den Meister- oder Gesellenbrief zugrunde legen, um eine schleichende Aufweichung unserer Qualitätsstandards zu beenden.

5. Infrastruktur modernisieren und ausbauen

Für Niedersachsen als Wirtschaftsstandort und Transitland sind leistungsfähige und sichere Verkehrswege sowie eine gute Infrastruktur von größter Bedeutung. Der reibungslose Gütertransport gerade auch an den Häfen in Emden, Wilhelmshaven, Bremen und Hamburg ist für Ex- und Importeure ein wesentlicher Standortfaktor. Die aktuelle Situation, eine Folge von jahrzehntelangem Missmanagement, ist in vielen Bereichen mehr als unbefriedigend. Ob Verkehrswege (Wasser, Straße, Schiene) oder Netze (Strom, Internet, Wasser/Abwasser): Die Investitionen müssen wesentlich erhöht werden, um den gewaltigen Rückstau bei der Sanierung der Straßen, der Landesstraßen und Bundesstraßen, vor allem aber der Brücken in Niedersachsen nachzuholen.

Straßen und Brücken sind die Adern unseres Wohlstandes, ohne deren Instandhaltung gibt es keine florierende Wirtschaft und letztendlich weniger Arbeitsplätze.

Ebenso wichtig für unsere Wirtschaft ist der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer niedersächsischen Häfen. Hier müssen seitens der Landesregierung endlich auskömmlich Mittel für den Erhalt und die Weiterentwicklung zur Verfügung gestellt werden, damit diese auch zukünftig im internationalen Wettbewerb bestehen können.

76. Verkehrsinfrastrukturaufgaben an die Einnahmen koppeln

Die Kosten für den Bau und die Erhaltung von Fernstraßen sind Aufgabe des Bundes. Hierzu fließen dem Bund auch die enormen Steuereinnahmen zu.

Die Kreise und Kommunen sind für den Bau und Unterhalt von Kreis- und Gemeindestraßen verantwortlich, verfügen jedoch über keine eigenen Steuereinnahmen aus dem Verkehrssektor. Wir wollen diesen Mangel im Rahmen der Neuordnung der kommunalen Finanzen beheben und den Verteilungsschlüssel zugunsten der Kommunen verändern.

77. Dauerbaustellen vermeiden – Aufträge intelligent ausschreiben

Staus und der Verschleiß überlasteter Umleitungen verursachen erhebliche volkswirtschaftliche Kosten. Großräumige Umleitungen sorgen für steigende Kosten etc. durch zusätzlich gefahrene Kilometer.

Diese werden nicht selten durch schlechtes Baustellenmanagement und verzögerte Investitionen noch weiter in die Höhe getrieben. Gerade diese Mehrkosten für Bürger und Unternehmen müssen endlich berücksichtigt werden.

Wir lehnen es ab, auf minimierte Bauzeiten und rasche Umsetzung zu verzichten, nur weil die Mittel aktuell nicht eingeplant sind oder ein langsamerer Baufortschritt bei oberflächlicher Betrachtung billiger ist.

Wir fordern deshalb, dass bei Ausschreibungen von vornherein auf möglichst kurze Bauzeiten und geringe Verkehrsbehinderungen Wert gelegt wird und dass Umleitungsstrecken währenddessen baustellenfrei bleiben. Wir fordern, Ausschreibungen nach RAL zu gestalten (RAL= Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung).

78. Schluss mit ideologischer Verkehrspolitik

Wir sind für eine ausgewogene Verkehrspolitik, bei der kein Verkehrsmittel einseitig bevorzugt wird. Dies gilt auch für bestimmte Antriebs- und Motorvarianten. Ein Zulassungsverbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab, und befürworten stattdessen den Wettbewerb der verschiedenen Antriebssys-

teme in einem freien Markt. Jedoch halten wir die Forschung in den Bereichen wie der Elektro-Mobilität für einen Automobilstandort wie Niedersachsen für sinnvoll. Synthetische und alternative Kraftstoffe wie Autogas, Methanol, synthetischer Diesel oder Benzin, Wasserstoff u. a. müssen gefördert werden, da wir uns nicht allein auf die Elektrobatteriefahrzeuge verlassen wollen.

79. Straßen und Schienen im Staatseigentum

Schienen und Straßen dürfen nicht privatisiert werden. Die Bundesinfrastrukturgesellschaft, die Autobahn GmbH des Bundes, sehen wir daher sehr kritisch.

Wir fordern, dass die Länder von der Mitwirkung bei der Planung nicht ausgeschlossen werden sollen.

80. Transrapid statt Lastenfahrrad

Die AfD fordert eine stärkere Förderung von Innovationen im Bereich Verkehr und Verkehrslenkung als Alternative zu immer neuen staatlichen Regulierungen.

Gerade die Anbindung kleinerer Kreisstädte an das ICE-Netz der Bahn sollte deutlich verbessert werden.

81. Bahn modernisieren – Engstellen beseitigen

Wir sind dafür, die durch die Deutsche Bahn erwirtschafteten Gewinne konsequent zu reinvestieren, um die Wettbewerbssituation der Bahn zu verbessern. Hierzu gehören die rasche Beseitigung von Engstellen im Netz sowie die konsequente Umrüstung auf Flüsterbremsen und glatte Radlaufflächen für weniger Lärm.

82. Pendlerpauschale erhöhen

Durch die sehr stark gestiegenen Ölpreise sind die Einnahmen des Finanzministers aus dem Verkauf vom Benzin und Diesel enorm gewachsen. Es ist daher völlig gerechtfertigt, dass auf der anderen Seite Pendler eine steuerliche Entlastung bei ihren massiv gestiegenen Kosten für den Weg zur Arbeit erwarten.

Die AfD fordert eine Anpassung der Pendlerpauschale.

83. Strafen des Bußgeldkataloges sind vielfach unverhältnismäßig

Verkehrsübertretungen sowie generell Rechtsbrüche müssen geahndet und strafbewehrt sein.

Die aktuelle Politik in Sachen Verkehrsübertretungen zielt dabei aber offensichtlich vorrangig auf Staatseinnahmen ab. Völlig anders als bei normalen Straftaten werden die Bußgelder im Verkehrsbereich fortlaufend nach oben geschraubt, sodass vielfach keine Relation mehr zu den Geldstrafen in anderen Bereichen besteht.

Die AfD wendet sich gegen ein vorsätzliches Abkassieren. Bußgelder müssen dem Vergehen angemessen und einkommensabhängig gestaltet werden.

6. Energieversorgung in Niedersachsen

84. Die bisherige Klimaschutzpolitik ist falsch

Das Klima in allen Klimazonen der Erde – von tropisch bis polar – wandelt sich naturgesetzlich seit die Erde besteht. Die Veränderung des Klimas hat in erster Linie kosmische Gründe, vor allem Schwankungen der Sonneneinstrahlung.

Für einen nennenswerten Einfluss des Spurengases CO₂ auf Wetter und Klima gibt es keinen wissenschaftlichen Nachweis. In erdgeschichtlichen Zeiten war die Konzentration von CO₂ über zehnmal höher als heute, und das waren Zeiten mit einem blühenden Leben in Flora und Fauna. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, von dem bewährten Energiemix, also Kohle, Erdgas, Erdöl und Kernenergie, abzuweichen. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg, auch weil sie die positiven Effekte steigender CO₂-Konzentrationen nicht berücksichtigt. CO₂ ist die Grundlage allen Lebens auf der Erde, denn aus CO₂ bilden Pflanzen die Biomasse, von der Tiere und Menschen leben. Der steigende CO₂-Anteil in der Atmosphäre bewirkt bereits ein Ergrünen der Erde und hat die Produktion von Nutzpflanzen und damit die Welternährung erheblich verbessert.

Die AfD fordert daher die unverzügliche Abschaffung der CO₂-Steuer.

85. Der „Green-Deal“ dient nur der Kapitalverschiebung

Mit dem Klimaschutzplan 2050 und dem „Green Deal“ der EU steht für die regierenden Altparteien das Ziel der völligen Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft an oberster Stelle. Der Ausstieg aus der Kohle und das Verkaufsverbot von benzin- und dieselgetriebenen Kraftfahrzeugen sind beschlossene Vorhaben. Ziel ist die weltweite Umverteilung des Wohlstands, einschließlich einer Umverteilung in Deutschland von unten nach oben. Es geht auch um viele Milliarden Euro, die Deutschland jedes Jahr in einen Fonds einzahlen soll, der die Entwicklungsländer unterstützt. Die Erfahrung lehrt, dass diese Gelder in unklaren Kanälen und bei den Potentaten der dritten Welt versickern werden. Und wo soll das Geld letztendlich herkommen? Denn die Dekarbonisierung führt zur Deindustrialisierung Deutschlands mit der Folge einer drastischen Absenkung des Lebensstandards unserer Bürger.

Den Klimaschutzplan 2050 und „Green Deal“ der EU lehnen wir ab. Wir fordern, aus den Pariser Klimaverträgen auszutreten und den Zertifikatehandel zu beenden.

Außerdem werden wir die Unterstützung von politisch geprägter Klimaforschung einstellen und die sogenannten Klimaschutzbeauftragten abschaffen.

86. Der weitere Ausbau der sog. „Erneuerbaren“ ist keine Lösung

Unsere Landschaft ist mit Windkraft- und Solaranlagen zugebaut worden, und es sollen noch viel mehr werden. Die ungeheuren Kosten werden den normalen Bürgern aufgebürdet, die Belastung für die Umwelt und die gesundheitlichen Schäden für die Menschen werden in Kauf genommen. Das Grundproblem der „Erneuerbaren“ wird mit dem weiteren Ausbau immer schlimmer: Bei günstigem Wetter liefern sie mehr Strom als gebraucht wird, der billigst oder gar zu negativen Preisen ins Ausland verkauft werden muss. Oder wir bezahlen, weil Anlagen abgeschaltet werden mussten. Bei ungünstigem Wetter müssen die konventionellen Anlagen (Kohle, Atom, Gas) weiterhin die Versorgung sicherstellen, wir haben also doppelte Kosten ohne einen wirklichen Nutzen. Die Sicherheit unserer Stromversorgung kann nicht mehr gewährleistet werden und eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes erreichen wir so ebenfalls nicht. Die Energie- und damit die Lebenshaltungskosten werden noch weiter steigen.

Die Umverteilung von unten (normale Bürger) nach oben (Anlagen-Betreiber, Investoren, Zertifikatehändler, Spekulanten ...) wird noch größere Ausmaße annehmen. Dem werden wir Einhalt gebieten.

87. Günstige Lebensmittel haben Vorrang vor teurem Ökostrom

Der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzflächen für Windkraftanlagen, Solaranlagen und Monokulturen hat zugenommen. Neben den negativen Folgen für Umwelt und Natur (Biodiversität) führt dies auch zur Erhöhung der Pachtzinsen und somit zu einem Verdrängungseffekt zu Lasten bäuerlicher Betriebe. Der Betrieb von Biogasanlagen stellt dann eine attraktive Art der Energiegewinnung dar, wenn für dessen Erzeugung überwiegend landwirtschaftliche Reststoffe wie z. B. Gülle aus lokaler landwirtschaftlicher Produktion zum Einsatz kommen.

Wir wollen erreichen, dass Ackerflächen zum größten Teil zur Lebensmittelproduktion verwendet werden und nicht für erneuerbare Energien, denn sonst müssten wir vermehrt Nahrungsmittel importieren, wodurch die Ernährungssituation in den Ländern der Dritten Welt nachteilig beeinträchtigt wird.

88. Keine Ausnahmen für EEG-Anlagen

Umwelt und Landwirtschaft dürfen nicht weiter geschädigt werden. Daher lehnen wir EEG-subventionierte Solarparks und Windenergieanlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen und in Naturschutzgebieten ab. Wir wollen zudem erreichen, dass EEG-Bauvorhaben weiterhin naturschutzrechtlichen Beschränkungen unterliegen.

89. EEG abschaffen - Stromnetze wieder stabilisieren

Elektrische Energie muss sekundengenau bereitgestellt werden, so wie sie auch verbraucht wird. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die sonstigen Maßnahmen der sogenannten „Energiewende“ wird die Sicherheit der Stromversorgung zunehmend gefährdet.

Die Abschaffung des EEG ist daher eine zentrale Forderung der AfD, denn alle Bemühungen, durch eine vorübergehende Subventionierung (sog. „Anschub-Finanzierung“) zu marktfähigen Anlagen zu kommen, sind gescheitert.

EE-Anlagen können weiterhin im Rahmen der Gewerbefreiheit (also ohne Subventionen) ganz normal errichtet werden, sofern sie nicht der Natur oder den Menschen schaden.

90. Elektromobilität ist Marktsache

Die Technik der Elektromobilität ist mehr als 100 Jahre alt. Sie konnte sich bis heute am Markt nicht durchsetzen, weil es technisch schwierig ist, Strom in großen Mengen zu speichern. Dies begründet die geringe Reichweite und die hohen Kosten der Elektroautos. Die vollständige Versorgung des Personen- und Warenverkehrs mit Strom aus erneuerbaren Quellen würde eine Vervielfachung der Zahl an Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen sowie Großspeichern erfordern. Für eine flächendeckende E-Mobilität ergäbe sich ein zusätzlicher Stromverbrauch, der weit über dem liegt, welcher mit Wind und Sonne überhaupt erzeugt werden kann.

Es gibt zudem keinen Grund, überhastet die fossilen Energieträger ersetzen zu müssen: Immer neue Lagerstätten werden entdeckt und erschlossen. Auf Grund neuer Fördertechniken werden flüssige und gasförmige Kraftstoffe noch für sehr lange Zeit den Bedarf decken können, selbst wenn dieser weiter ansteigen wird.

Einem Verbot der sog. „Verbrenner“ treten wir entschieden entgegen.

Abgesehen von der Unterstützung der Forschung fordern wir daher, die Elektromobilität den Kräften des Marktes zu überlassen und staatliche Subventionen und regulatorische Markteingriffe zu beenden.

91. **Kernenergie als verlässlichen Grundlaststromproduzenten beibehalten**

Die zivile Nutzung der Kernenergie stellt eine der höchsten Errungenschaften des Menschen im Umgang mit der Natur dar und fordert gleichwohl ein Höchstmaß an Verantwortung. Heute wird die Kernenergie von fast zwei Drittel der Weltbevölkerung genutzt, viele weitere Länder planen den Einstieg. Dem Beschluss Deutschlands zum Ausstieg folgt fast niemand auf der Welt.

Nach der weiteren Abschaltung von drei Kernkraftwerken (KKW) Ende 2021 erzeugen die letzten noch bestehenden drei Kernkraftwerke kostengünstig ca. 7 % des verlässlichen Grundlaststroms, dieser kann durch die wetterabhängigen EE-Anlagen nicht ersetzt werden und ist daher unverzichtbar. Bei einem endgültigen Ausstieg entstünde eine Lücke in der Versorgung mit der Gefahr eines Black-outs. Es ergibt keinen Sinn, diese Lücke durch Import von Atomstrom aus den Nachbarländern zu schließen, abgesehen davon, dass diese unter Umständen nicht liefern können oder wollen.

Aus all diesen Gründen ist eine Ausnutzung der technisch gesicherten Laufzeiten der noch bestehenden KKW, die zu den sichersten auf der Welt gehören, die einzig sinnvolle Maßnahme.

92. **Forschung und Entwicklung der Kernenergietechnik wieder aufnehmen**

Weltweit wird die Kernenergie weiterentwickelt und ausgebaut. Wir wollen nicht, dass sich Deutschland ohne Not aus der Erforschung einer zukunftssicheren Technik ausklinkt. Daher sollen auch hier Forschung und Entwicklung an Reaktoren der Generation IV wieder aufgenommen werden. Diese sind inhärent sicher und ermöglichen die weitere Verwertung der bei uns lagernden abgebrannten Kernelemente, sodass dann die Endlagerung zu großen Teilen überflüssig wird.

Wir sind dafür, sowohl den Einsatz von Thorium an Stelle von Uran näher zu erforschen als auch die Möglichkeiten des Dual-Fluid-Reaktors mit integrierter Wiederaufarbeitung. Bei diesen Technologien bestehen in Notfallsituationen weder eine Explosions- noch eine Strahlungsgefahr. Wir fordern außerdem eine bessere finanzielle Ausstattung der Kernfusionsforschung.

93. **Ein geologisches Endlager wird nicht benötigt**

Abgebrannte Brennelemente sind kein Müll, sondern energetische Wertstoffe und können wieder aufgearbeitet werden. Sie benötigen daher kein geologisches Endlager. Atommüll von heute ist die Energiequelle von morgen. Frankreich und Russland erzeugen ihren Strom schon heute zum Teil aus recyceltem Atommüll.

Als Endprodukt verbleiben die eigentlichen Spaltstoffe, diese haben nur ein sehr geringes Volumen. Sie können oberirdisch sicher gelagert werden und nach 100 bis 300 Jahren dem normalen Wertstoffkreislauf zugeführt werden.

94. **Fossil befeuerte Kraftwerke bleiben unverzichtbar**

Da die „Erneuerbaren“ bisher keine planbare und sichere Energie liefern können, sind die mit Kohle und Gas befeuerten Kraftwerke eine unverzichtbare Säule der Stromerzeugung und werden noch auf unabsehbare Zeit benötigt. Eine baldige Abschaltung wird es aus technischen Zwängen nicht geben können. Daher brauchen diese Kraftwerke verlässliche ökonomische Bedingungen.

Ältere Kraftwerke sollten durch neuere ersetzt werden, da sie bessere Wirkungsgrade und einen niedrigeren Schadstoffausstoß aufweisen. Dies alles sichert zudem die Arbeitsplätze der Beschäftigten.

Der deutsche Alleingang des Kohleausstiegs ist wirkungslos, denn derzeit sind weltweit mehr als 400 Kohlekraftwerke im Bau oder in Planung.

7. Unsere Landwirte schützen – Höfesterben beenden

95. Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft

Lebt der Bauer, lebt das Land! Unsere gut ausgebildeten Landwirte müssen wieder in die Lage versetzt werden, von ihren Einkommen den sozialen Standard ihrer Familien sichern zu können und Investitionen für den Weiterbestand ihrer Höfe zu tätigen, denn sie müssen ihren Arbeitsplatz selbst finanzieren und für die nächste Generation bewahren. Die AfD will die Rahmenbedingungen für den produzierenden Landwirt deutlich verbessern.

Wir fordern daher, dass die ausufernde Bevormundung durch die EU-Bürokratie sowie bürokratische Überreglementierungen des Bundes und Landes zurückgenommen werden müssen. Die Landwirte brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit. Der Beruf des Landwirts muss wieder attraktiver werden und mehr Wertschätzung erfahren. Den bäuerlichen Landwirten darf nicht die Existenzgrundlage entzogen werden, weil sie langfristig die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung in Deutschland sichern. Die Existenzsicherung unserer Viehbetriebe trägt maßgeblich zur Stabilisierung der Ernährungsversorgung unserer Bevölkerung bei und muss daher von Seiten der Politik nachhaltig gesichert werden.

96. Regionalisierung und Direktvermarktung fördern

Der Ausbau regionaler Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften ist ressourcenschonend, sichert Arbeitsplätze in landwirtschaftlichen Familienbetrieben mit kleinteiligen Strukturen und garantiert das Einkommen der ländlichen Bevölkerung. Dazu gehört auch die Veredelung von bäuerlichen Produkten durch mittelständische Molkereien und Schlachthöfe.

Wir fordern in diesem Bereich ebenfalls einen Abbau bürokratischer und gesetzlicher Hürden und eine Rückführung der Entscheidungskompetenzen auf die Bundes-, Länder- und Kommunalebene.

Wir unterstützen die Betreiber von Hofläden, die regionale Produkte vermarkten und damit für eine Nahversorgung im ländlichen Raum sorgen. Auch in diesem Bereich müssen bürokratische Vorgaben abgebaut werden. Einschlägige EU-Verordnungen lehnen wir ab.

97. Der Bodenspekulation entgegenwirken

Der Flächenverbrauch auf Kosten der Landwirtschaft nimmt in Deutschland rapide zu, obwohl dies nicht notwendig ist, wenn bestehende Wohn- und Gewerbeflächen angemessen und behutsam verdichtet und Industriebrachen neu genutzt werden.

Wir sind entschieden gegen die Umwidmung von landwirtschaftlichen Nutzflächen zu Naturschutzgebieten als Ausgleichsflächen für Baugebiete oder Infrastrukturprojekte. Grunderwerb, insbesondere durch steuerfreie Share Deals, durch internationale Investoren auf dem deutschen Bodenmarkt sind gegen die Interessen unserer Landwirte gerichtet. Die bestehenden Grundverkehrsbeschränkungen für landwirtschaftliche Flächen müssen auf den Handel mit Anteilen von Gesellschaften erweitert werden. Das bisherige Regionale Raumordnungsprogramm (RRÖP) in Niedersachsen hat bisher Zugriffe auf die „Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft“ verhindert.

Der 2. Entwurf des Landesraumordnungsprogramms sieht vor, dass dieser Mechanismus entfallen soll. Es besteht infolgedessen die Gefahr, dass nach Beendigung der Photovoltaik-Nutzung auf Grund naturschutzrechtlicher Gründe eine landwirtschaftliche Nutzung dieser Fläche unmöglich ist. Diese landwirtschaftlichen Flächen würden dann für die Nutzung landwirtschaftlicher Erzeugung nicht mehr zur Verfügung stehen und fallen somit ersatzlos weg!

Energiekonzepte müssen nach Ansicht der AfD gemeinsam mit den Gemeinden, den Landkreisen und den Landwirten unter Einbeziehung der Bedürfnisse der Landwirtschaft gestaltet werden.

98. Heimische Landwirtschaft erhalten

Die Sicherung der Grundversorgung unserer Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln ist durch einen hohen Selbstversorgungsgrad sicherzustellen. Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland versorgen ohnehin nur noch knapp die Hälfte der deutschen Bevölkerung.

Hier müssen wir einen Kurswechsel einleiten. Agrarflächen müssen vorrangig der Nahrungsmittelherstellung dienen.

Extensivierung und Flächenverbrauch führen zudem zu weiter ansteigenden Nahrungsmittelimporten. Steigende Preise und Hunger werden gerade in der 3. Welt die Folge sein, wie der Krieg in der Ukraine gerade eindrucksvoll deutlich gemacht hat (Weizenpreis + 300 % z. B. in arabischen Ländern).

Die AfD fordert eine Abkehr von weiteren Importen aus Mercosur-Staaten, erst recht, soweit diese nicht den hohen europäischen Qualitätsstandards entsprechen.

99. Der Green Deal ist ein schlechter Deal

Die politisch gewollte Extensivierung mit massiven Ertragsrückgängen würde das Ziel einer hohen Selbstversorgung für die heimische Bevölkerung nachhaltig gefährden.

Die AfD fordert daher, dass mit Blick auf die aktuelle Versorgungssituation die 4 %-ige Flächen-Zwangstilllegung durch den Green Deal in der neuen GAP-Periode ab 2023 sofort rückgängig gemacht werden muss.

100. Verschärfte Düngeverordnung sofort abschaffen

Eine bedarfsgerechte Düngung mit Mineraldünger muss in Niedersachsen im gesamten Bereich der Pflanzenproduktion möglich bleiben. Die vorgeschriebene 20 %-ige Unterversorgung der Pflanzen mit Düngernährstoffen wird zu einer starken Ertragsreduzierung führen. Die derzeit gültige verschärfte Düngeverordnung muss bei der akuten Düngerversorgungsproblemlage durch Sanktionen und Kriegsfolgen unverzüglich der aktuellen Lage angepasst werden.

Die AfD fordert eine präzisere Binnendifferenzierung der roten Gebiete mit aktuellen, regionsspezifischen Nitrat-Messwerten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass nicht nur die Landwirtschaft Verursacher für eine eventuelle Nitratbelastung einzelner Grundwasserkörper ist. Das Nitratmessstellennetz ist zu einem repräsentativen, verursacherbezogenen Messstellennetz neu zu gestalten. Die Auflagen der verschärfen Düngeverordnung müssen sofort aktualisiert werden, da diese auf Falschmeldungen durch nicht repräsentative Nitratmessungen und -meldungen vom Bundesumweltamt an die EU-Bürokratie beruhen.

101. Moderne Technik nutzen, um unsere Betriebe für die Zukunft zu stärken

Die Digitalisierung im ländlichen Raum muss weiter vorangetrieben werden. Auch landwirtschaftliche Betriebe in Einzellage müssen die Möglichkeit haben, diese verstärkt einzusetzen.

102. Rücknahme der Änderung der EU-Förderung

Die AfD lehnt jede weitere Verschiebung des Geldes aus der ersten Säule der EU-Förderung in die zweite Säule ab. Wir fordern deshalb, dass die getätigten, landwirtschaftlich nachteiligen Änderungen zurückgenommen werden. Die Unterstützungszahlungen aus der ersten Säule sind keine Subvention für die Landwirte. Sie dienen ausschließlich dem Ausgleich von wettbewerbsbeschränkenden Produktionsauflagen und höheren Produktionskosten.

103. Weidetiere schützen statt Risse von Raubtierrudeln honorieren

Bei der starken Vermehrung der Wolfspopulation zeigen sich nun die gravierenden Schattenseiten dieser wieder angesiedelten Wildraubtiere. Hunderte Weidetierhalter sind in Niedersachsen in ihrer Existenz bedroht, da der Wolf nunmehr seinen Nahrungstisch auf die Nutztiere auf der Weide ausgedehnt hat und die Ausgleichszahlungen, falls sie denn überhaupt geleistet werden, die Schäden nicht annähernd kompensieren können. Die ersten Betriebsaufgaben bei großen Schäfereien durch die wiederholten Raubtierangriffe zeigen deutlich die Brisanz und die weiter steigende Gefahr. Frankreich und Schweden haben dem Rechnung getragen und eine Höchstzahl für Wölfe festgelegt. (Frankreich 500, Schweden 350). Es wird Zeit, dass Deutschland diesem Beispiel folgt, um weiteren Schaden von den Weidetierhaltern abzuwenden.

104. Schweinemarkt in Deutschland retten, totalen Strukturbruch verhindern

Der Preis für Schweinefleisch ist auch in Niedersachsen durch die Corona-Krise und nach dem Auftreten der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Brandenburg und Sachsen dramatisch abgestürzt. Die AfD fordert Maßnahmen zur Versorgungssicherung und Marktpreisstützung für Schweinefleisch durch staatliche Beihilfen für die private Lagerhaltung, um die ASP-Folgen abzumildern und für eine Versorgungsnotlage notwendige Reserven zu schaffen.

Die niedersächsischen Schweinehalter und Ferkelerzeuger benötigen eine Zukunftsperspektive wie beispielsweise eine 5D-Kennzeichnung, damit die Merkmale Geburt, Aufzucht, Mast, Schlachtung und Verarbeitung in Deutschland für den Verbraucher ersichtlich sind.

105. Versorgungslage mit Milch für die Bevölkerung sichern

Das Milchland Niedersachsen hat bei der Erzeugung von einigen Milchprodukten einen Anteil von bis zu 30 % in Deutschland. Auch wenn sich der Milchpreis zuletzt wieder stabilisiert hat, muss die Politik hier handeln und endlich Erleichterungen auf der Kostenseite ermöglichen. Rechtliche Verschärfungen aus dem Gewässerschutz und dem Düngerecht bei gleichzeitiger Einhaltung der geforderten hohen Qualitätsstandards der Milch stellt die Milcherzeugerbetriebe vor große Herausforderungen.

Um einen weiteren Rückgang der Milcherzeugerbetriebe zu verhindern, sollen für die bäuerlichen Betriebe beispielsweise Erschwernisausgleiche für Schutzgebiete beibehalten und finanzielle Unterstützungen für Tierwohlmaßnahmen gewährt werden.

106. Wettbewerb bei Molkereien erhalten - Kleinbetriebe schützen

Die 7 anlieferungsstärksten meldepflichtigen Molkereien nehmen bereits ca. 90 % der in Niedersachsen angelieferten Milchmenge auf.

Wir wollen die Versorgungssicherheit in Niedersachsen sicherstellen, eine Monopolbildung verhindern und echte Regionalität schaffen. Hierfür fordern wir eine sofortige rechtliche Umsetzung der UTP-Richtlinien mit harten Konsequenzen gegen den unlauteren Wettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel.

Gerade kleinere Betriebe bieten überproportional viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum und ermöglichen kurze Transportwege von den milcherzeugenden bäuerlichen Familienbetrieben zu den Molkereien. So werden auch vor- und nachgelagerte Arbeitsplätze in der Region erhalten.

107. Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben

Der grundgesetzlich verankerte Tierschutz muss von der Geburt bis zur Schlachtung der Nutztiere sichergestellt werden. Mehr Tierschutz ist nur durch moderne Stallungen möglich. Planungssicherheit und Zukunftsperspektiven sind für die Landwirtschaft unabdingbar.

Genehmigungsverfahren für Um- und Neubauten müssen rechtlich verschlankt werden und eine lang-

fristige Rechtssicherheit hergestellt werden. Neubauten müssen über ihre Nutzungsdauer, auch bei rechtlichen Änderungen ohne Nachrüstungen, weiterbetrieben werden können.

Wo NGOs und private Vereine mit kriminellen Aktionen gegen Tierhalter aktiv sind, muss dieses sofort durch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen juristisch geahndet werden.

108. Tiertransporte reduzieren

Wir fordern den Wiederaufbau dezentraler, mittelständischer Schlachthöfe, weil dies dabei hilft, Tiertransporte kurz zu halten.

Die AfD lehnt „Stallhaltung auf Rädern“ ebenso ab wie industrielle Großschlachthöfe die den Antransport der Tiere über riesige Entfernungen erforderlich machen.

Betäubungsloses Schlachten darf es selbst aus religiösen Gründen nicht geben.

109. Wir erkennen den positiven Wert der Jagd an

Wir erkennen den positiven Wert der Jagd an und stellen uns schützend vor unsere Jäger, denn diese leisten in freiwilliger Erfüllung ihrer Aufgaben einen wertvollen Beitrag für den Natur- und Landschaftsschutz. Eine weitere Verschärfung des Jagdgesetzes lehnen wir ab. Wir befürworten die traditionelle Jagdausübung und unterstützen das Leitbild: Wald mit Wild im Einklang der Natur.

110. Naturschutz statt sogenanntem „Klimaschutz“

Wir lehnen die CO₂-Bepreisung im Rahmen der sogenannten Klimapolitik prinzipiell ab. Solange diese Politik aber praktisch durchgeführt wird, muss auch die Speicherleistung der Land- und Forstwirtschaft entsprechend honoriert werden. Jede gebundene Tonne CO₂ (auf Grundlage anerkannter Berechnungsmodelle) muss mit dem gängigen Marktpreis aus den Finanzmitteln der CO₂-Abgaben vergütet werden. Etwaige Finanzierungslücken sind aus der zweiten Säule der Landwirtschaft zu tragen. Gleichzeitig setzen wir uns für wettbewerbsfähigen, steuerbefreiten Agrardiesel, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern (Frankreich etc.), ein. Bis zur Novellierung unterstützen wir nachhaltig den Fortbestand der bisherigen Agrardieselnrückvergütung. Die bestehenden reststoffverwertenden Hofbiogasanlagen sollten zur Strommarktstabilisierung weiter betrieben werden. Neue, den Pachtmarkt störende Großprojekte zur Methanerzeugung und Einspeisung als Erdgasersatz lehnen wir ab.

Die AfD steht für den Erhalt der Natur und den Erhalt der Artenvielfalt in unserer Heimat. Daher lehnen wir die aktuelle Umweltzerstörung durch die Energie- und Landwirtschaftspolitik der Altparteien, insbesondere der Grünen, strikt ab.

111. Die Gängelung der Forstwirtschaft beenden

Die Forstwirtschaft hat vor allem die Aufgabe, wirtschaftlich Holz zu produzieren. Holz ist einer der wichtigsten heimischen Rohstoffe. Die Entscheidung darüber, welche Baumarten angepflanzt werden, gehört allein in die Hände der Waldbauern und Forstwirte.

Bürokratische Eingriffe wie die einseitige Förderung der Anpflanzung von Buchen lehnt die AfD auch wegen der damit verbundenen ökologischen Verarmung klar ab.

112. Natur- und Landschaftsschutz gewährleisten – Flächenausweitung stoppen

Wir stehen dafür ein, den Schutz von Niedersachsens einzigartigen Natur- und Landschaftsräumen auch weiter zu gewährleisten. Die Ausweisung weiterer Schutzgebiete, FFH-Gebiete, NATURA 2000-Gebiete sowie Nationalparkausweitungen lehnen wir ab, zumal diese zu einer schleichenden Enteignung der betroffenen Eigentümer führen.

113. Unsere Fischer wirksam unterstützen

Wir setzen uns für den Schutz der Weltmeere vor der rücksichtslosen Überfischung durch internationale Fangflotten ein.

Internationales Recht ist zwar durchzusetzen, allerdings lehnen wir die willkürliche Ausweisung von Meeresschutzzonen ab, wenn sie die nachhaltig wirtschaftende mittelständische Fischerei in ihrer Existenz gefährdet. Bei Verhandlungen über internationale Fangquoten müssen die berechtigten Interessen der deutschen Fischer mit Nachdruck und gleichberechtigt durchgesetzt werden. Natur- und Umweltschutzbestimmungen dürfen in Deutschland zudem nicht strenger als in anderen europäischen Ländern ausgelegt werden.

Die AfD fordert einen Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen für unsere Fischer.

Die Fischtreppe an Stromhindernissen in deutschen Flüssen sind nach wie vor unzureichend und müssen zugunsten der Wanderfische erheblich verbessert werden.

114. Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen

Wir wollen Anreize schaffen, damit Unternehmen ihre Produktionsstätten in ländliche Gebiete verlagern und Firmenneugründer ermutigt werden, in ländlichen Gebieten ansässig zu werden. Dies gilt ganz besonders für die digitalen Arbeitsbereiche.

Der schnelle weitere Ausbau des digitalen Breitbandnetzes muss daher äußerste Priorität genießen. Ferner schafft er gerade für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Voraussetzungen „in den eigenen vier Wänden“ mobil zu arbeiten. Je mehr Firmen und Handwerksbetriebe in ländlichen Gebieten ansässig sind, desto weniger findet eine Landflucht in die Städte statt. Gerade auch für junge Menschen entstehen so Zukunftsperspektiven in ihrer angestammten Heimat.

115. Tourismus in ländlichen Regionen fördern

Von der Nordseeküste über die Lüneburger Heide bis zu den Mittelgebirgen: Niedersachsen besitzt mit seiner abwechslungsreichen und naturnahen Landschaft einige der wichtigsten Urlaubsregionen in Deutschland. Die Zahl der Arbeitsplätze im Tourismus ist mehr als sechsmal so hoch wie im gesamten Bereich der „erneuerbaren Energien“ und doppelt so hoch wie in der Automobilbranche.

Die AfD sieht hier noch ein erhebliches Wachstumspotenzial, insbesondere bei Touristen aus dem Ausland. Tourismus sollte daher durch die Landesregierung stärker gefördert werden.

Melkhüs, kleine Raststätten in der unmittelbaren Nähe eines Radweges, in denen Milchspezialitäten und Produkte aus der Region angeboten werden, können z. B., die Attraktivität einer Region gerade für Fahrradtouristen zusätzlich erhöhen und zugleich die Direktvermarktung unterstützen.

116. Ferien auf dem Bauernhof stärken, effizient fördern und vermarkten

Der Fremdenverkehr ist als Wirtschaftsfaktor unverzichtbar und sollte Vorrang vor Windkraft- und Solaranlagen haben, die beide den Wert der Landschaft nachhaltig mindern.

Gerade durch das Konzept „Ferien auf dem Bauernhof“ kann für landwirtschaftliche Betriebe eine zusätzliche Einnahmequelle erschlossen und zugleich vielen Städtern ein Einblick in den harten Lebensalltag auf einem Bauernhof vermittelt werden.

8. Der AfD-Sozialpakt

117. Das Wertvollste in Niedersachsen sind seine Menschen

Den Menschen in unserem Land wieder Sicherheit im Arbeitsleben und im Alter zu geben, ist unser Ansporn und unsere Verpflichtung zugleich. Erst wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind, beginnen die Menschen wieder, in ihre Zukunft zu investieren.

Haben die Menschen in unserem Land eine Zukunft, dann hat auch unser Land wieder eine Zukunft. Die AfD strebt hierzu in verschiedenen Bereichen unseres Sozialsystems Änderungen an. Hierzu zählen die Themenbereiche Arbeitslosigkeit, Besteuerung kleiner Einkommen, Armutsgefährdung, Pflege und vieles mehr.

118. Hartz IV muss dringend verbessert werden

In Niedersachsen betrug die Zahl der Hartz IV-Empfänger Ende 2019 fast 700.000. Um die Anzahl der Bezieher zu senken, gilt es bevorzugt, Menschen aus Hartz IV in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu vermitteln. Das bringt den Menschen Erfüllung und Anerkennung in der Gesellschaft. Gleichzeitig sinken die Sozialkosten.

Die AfD fordert,

- ▶ die Qualifizierung zu erweitern,
- ▶ die Arbeitsförderung sinnvoll ausbauen,
- ▶ die Eingliederung in Betriebe für Arbeitslose stärker zu fördern und
- ▶ die Hinzuverdienstgrenzen zu erhöhen.

Es ist die Agentur für Arbeit, die wir erhalten müssen, da sie es ist, die wichtige Schritte in der Arbeitsmarktpolitik unternimmt und somit gerade für nachfolgende Jahrgänge die Zukunftsgestaltung mit Arbeit gewährleistet.

119. Gute Arbeit, guter Lohn, gute Rente

Jeder soll durch Vollzeitarbeit gut leben und entsprechende Rentenansprüche erwerben können. Dazu brauchen wir angemessene Löhne.

2019 lagen 35 % aller Bruttoarbeitslöhne unter 2000 Euro pro Monat. Die sich daraus ergebenden nettolohnbezogenen Rentenansprüche im Alter erreichen damit gerade einmal die Größenordnung der aktuellen Leistungen an Sozialhilfeempfänger.

Das Problem der Altersmut kann so nach Ansicht der AfD mitnichten verringert werden, sondern wird weiter zunehmen.

120. Steuern und Abgaben insbesondere auf Löhne senken Leistung muss sich lohnen

Leider ist das aktuelle Steuersystem leistungsfeindlich. Immer mehr Brutto wird durch Steuern und Abgaben aufgezehrt. Die Abzüge sind viel zu hoch, gerade für geringe und mittlere Einkommen.

Die Forderung der AfD ist daher eindeutig: die Steuerbelastung kleiner und mittlerer Einkommen und Renten muss gesenkt, die Lohnnebenkosten müssen begrenzt werden.

Aktuell führt jede Lohnerhöhung dazu, dass die prozentuale Steuerlast der Bürger weiter ansteigt, die Steuern also überproportional steigen.

Die AfD will die Steuerprogression daher an einen Inflationsindex koppeln und damit verhindern, dass der Finanzminister weiterhin erheblich von hohen Inflationsraten profitiert.

121. Steuerfreigrenzen für kleine Einkommen und Renten erhöhen

Die AfD findet es widersinnig, kleine Einkommen und Renten einerseits zu besteuern und dann wieder mit staatlichen Unterstützungsleistungen aufzubessern.

Wir werden daher den steuerlichen Freibetrag in der Lohn- und Einkommensteuer deutlich erhöhen.

Die AfD fordert die Anhebung der Steuerfreigrenze für Nettoeinkommen auf mindestens 15.000 Euro pro Jahr sowie eine fortlaufende Anpassung entsprechend der Pfändungsfreigrenze.

Wir verstehen nicht, dass Einkommen einerseits als Grundsicherung von der Pfändung ausgenommen sind, aber der Staat dennoch genau von diesen noch weiter Steuern einkassiert!

Dies wird gleichzeitig den Abstand zum Bezug von Hartz-IV-Leistungen erhöhen, entsprechend unserer Forderung: „Es muss mehr Geld in der Tasche des kleinen Mannes verbleiben“.

122. Doppelbesteuerung der Renten beenden

Viele Rentner, die seit 2005 Steuern auf ihre Renten bezahlen, unterliegen damit einer Doppelbesteuerung. Die AfD fordert, diesen verfassungswidrigen Zustand umgehend zu ändern.

Die AfD sieht die Besteuerung von Renten prinzipiell kritisch. Die von der AfD geforderte generelle Anhebung des Steuerfreibetrages auf über 15.000 Euro pro Jahr würde auch viele Rentner spürbar entlasten und somit bis zu einer Rente von 1.250 Euro eine Doppelbesteuerung vermeiden.

123. Nur Sachleistungen für ausreisepflichtige Ausländer

Aktuell halten sich immer mehr eigentlich ausreisepflichtige Personen in Deutschland auf. Rechtsmittel und andere Maßnahmen verzögern die Ausreise in vielen Fällen ganz gezielt, wobei weiterhin vollumfänglich Sozialleistungen in Anspruch genommen werden können.

Die AfD fordert daher, ausreisepflichtigen Ausländern nicht die vollen Sozialleistungen zu gewähren. Ausreisepflichtige sollen stattdessen nur noch Sachleistungen erhalten.

Darüber hinaus wird die AfD die Zuwanderung von EU-Ausländern in die Sozialsysteme begrenzen und keine Sozialleistungen mehr auf ausländische Konten überweisen.

124. Das Eigentum unserer Bürger schützen und mehr

Die staatlich befeuerte hohe Inflation bedroht massiv die Sparvermögen, Lebensversicherungen, Betriebsrenten etc. unserer Bürger. Die aktuelle Politik steht damit im krassen Widerspruch zum grundgesetzlichen Auftrag.

Darüber hinaus werden die Abgaben für Klima und Umwelt kontinuierlich in die Höhe getrieben und die explodierenden Kosten für Lebensmittel, Heizen und Tanken zehren einen immer größeren Teil von Renten und Einkommen auf.

Die AfD wird dem entgegenwirken und in einem ersten Schritt die EEG-Umlage abschaffen und Energiesteuern senken.

Es ist doch geradezu absurd, wenn z. B. auf die CO₂-Steuer auch noch Mehrwertsteuer erhoben wird und der Staat letztlich von jeder Preissteigerung, insbesondere bei Energie, zusätzlich profitiert.

125. Armutsgefährdung auf dem höchsten Stand

In Niedersachsen waren 2019 und damit bereits vor der Pandemie mit rund 1,26 Millionen Menschen (fast 16 % der Bevölkerung) so viele Einwohner wie noch nie zuvor von Armut bedroht oder arm. Und dies, obwohl die Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig war und die Löhne seit Jahren angeblich ständig gewachsen sind.

Eigene Kinder, die wir so dringend brauchen, stellen immer noch das größte Armutsrisiko dar (Tendenz steigend). Verschärft wird diese Situation durch die aktuell stark steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten bei gleichzeitig sinkenden Reallöhnen. Alleinerziehende und Frauen sind dabei ganz besonders von Armut und Altersarmut bedroht.

Gerade im Interesse der Kinder fordert die AfD entschiedene staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Armutsrisikos.

126. **Kleinkindbetreuung durch Eltern und Großeltern fördern**

Große Studien (z. B. NICHD 1919 und 2007) belegen die Risiken der Fremdbetreuung für die Kindesentwicklung in den ersten Lebensjahren.

Die AfD fordert daher die Einführung eines Betreuungsgeldes für die ersten drei Jahre, welches als Lohnersatzleistung gezahlt und am Nettolohn der letzten drei Jahre orientiert sein soll, gedeckelt auf die Höhe des allgemeinen durchschnittlichen Nettogehalts.

127. **Die Mittelschicht ist die Basis unserer Demokratie**

Die Mittelschicht bildet das Rückgrat unserer Gesellschaft. Aber nur, wenn diese mittlere Einkommensgruppe auch für viele Menschen erreichbar ist, kann gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt und die Demokratie stabilisiert werden. Gerade für junge Menschen wird es immer schwerer, sich in der Mittelschicht zu behaupten, von einem Aufstieg dorthin ganz zu schweigen.

In Deutschland ist die Mittelschicht seit 23 Jahren kontinuierlich geschrumpft und hat sich auch in Zeiten einer guten Konjunktur nicht erholt.

Daraus leitet die AfD klare Forderungen an die Politik ab:

- ▶ Die Aufstiegschancen für junge Menschen müssen verbessert werden, zum Beispiel durch eine Ausbildungsgarantie.
- ▶ Die Möglichkeiten für und Inanspruchnahme von Erwachsenenbildung muss gestärkt werden, damit die Beschäftigungsfähigkeit erhalten bleibt.
- ▶ Umfassende Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung müssen genutzt werden, um neue, gute und sozial abgesicherte Arbeitsplätze zu schaffen.
- ▶ Die steuerliche Belastung der Arbeitnehmer muss reduziert werden.
- ▶ Die Familien müssen finanziell so gestärkt werden, dass Eltern wieder eine echte Wahlfreiheit haben, wie lange sie ihre Kinder in der Familie betreuen.

128. **Pflegesituation in Niedersachsen verbessern**

3/4 der Pflegebedürftigen werden in Niedersachsen zu Hause durch die Familie gepflegt. Somit tragen die Familien der Pflegebedürftigen die Last der Pflege. Dabei sind auch viele Kinder zwischen 12 und 18 Jahren, in die Pflege der Angehörigen ganz oder teilweise eingebunden.

Fürsorgliche Pflege kostet Zeit und Geld. Aus diesem Grund fordert die AfD eine Erhöhung der Pflegesätze und eine deutliche Aufwertung der Häuslichen Pflege.

9. Arbeit schafft Wohlstand

Statt durch den Hebel der Beschäftigung die Sozialkassen zu stärken, wird durch die derzeitige Praxis deren Gesamtsituation kontinuierlich verschlechtert.

Die Aufnahme immer weiterer Migranten durch die Freizügigkeitsregel der EU und die Politik der Altparteien auf Bundes-, Landes und Kommunalebene frisst unseren Wohlstand und lässt keinen Platz zur Verbesserung der Situation der deutschen Bevölkerung. Wir brauchen endlich wieder Konzepte für unsere Bürger, die unsere Bürger und unser Land weiterbringen.

129. Die AfD fordert ein Ende der geschönten Arbeitslosenstatistik

In den letzten Jahrzehnten haben die Altparteien durch immer neue Maßnahmen die tatsächliche Arbeitslosigkeit schön gerechnet, indem bestimmte Gruppen von Arbeitslosen einfach nicht mehr mitgezählt wurden.

Jede Analyse der Situation bedarf korrekter Zahlen. Somit gehören alle, die Arbeit suchen, aber derzeit in einer Qualifizierungsmaßnahme sind, natürlich ebenfalls zu den Arbeitslosen. Das gleiche gilt für Ältere, die aufgrund von Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit nicht mehr mitgezählt werden oder aber für Kranke, welche aufgrund ihrer Krankheit aktuell heraus gerechnet werden.

Wer jedes Jahr Hunderttausende von Armutsmigranten ins Land lässt, braucht sich nicht zu wundern, dass die Arbeitslosenquote unter gering qualifizierten Menschen steigt. Gleichzeitig fordern dann die Altparteien, diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt werden nicht durch Einwanderung von Unqualifizierten, sondern durch Qualifizierung der vorhandenen Arbeitslosen und Produktivitätssteigerungen in der Wirtschaft gelöst. Nur dies sichert unseren Wohlstand auch in Zukunft und schafft die Basis für ein funktionierendes Sozialsystem.

130. Keine Gleichstellung von Personen mit langer Erwerbsbiografie und Zuwanderern

Arbeitslosigkeit kann jeden treffen. Sei es durch Langzeiterkrankung, Konkurs des Arbeitgebers oder den massiven Wandel in der Arbeits- und Industrielwelt, wie dieser aktuell unter dem Oberbegriff „Digitalisierung 4.0“ oder dem „Great Reset“ von den Eliten betrieben wird.

Die AfD fordert, dass bei der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I die Dauer der Vorbeschäftigung (Erwerbsbiografie) berücksichtigt werden muss.

Wer lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, darf nicht schon nach 12 Monaten in das Arbeitslosengeld II abgeschoben werden. Gerade ältere Arbeitnehmer werden hier massiv benachteiligt. Die finanzielle Gleichstellung von jahrelang Erwerbstätigen und in die Sozialsysteme Zugewanderten lehnen wir deshalb strikt ab.

131. Leiharbeit angemessen entlohnen

Leiharbeit bietet Arbeitgebern die Möglichkeit, auf Schwankungen bei der Produktnachfrage flexibler zu reagieren. Umgekehrt nimmt der Arbeitnehmer dafür deutliche Nachteile gegenüber Festangestellten in Kauf.

Für die AfD ist es daher selbstverständlich, dass diese Situation nicht einseitig zum Nachteil des Arbeitnehmers gestaltet sein darf.

Konkret heißt dies: Leiharbeitnehmer sind vergleichbaren Stammarbeitnehmern hinsichtlich der Entlohnung ab dem 1. Arbeitstag gleichzustellen.

Um dem erhöhten Kündigungsrisiko und der erwarteten Flexibilität der Leiharbeitnehmer Rechnung zu tragen, wollen wir eine Flexibilitätsprämie einführen. Sie wird als prozentualer Aufschlag auf das maßgebliche Arbeitsentgelt geleistet.

132. Mindestlohn stärken

Die AfD spricht sich ganz klar für Mindestlöhne im Kampf gegen Lohndumping als Folge von EU-Freizügigkeit und der Massenzuwanderung gering qualifizierter Flüchtlinge aus.

133. Qualifikation statt Alimentierung

Landes- und Bundesregierung konnten in den letzten Jahren die tatsächliche Arbeitslosigkeit nicht wirklich dauerhaft senken. Lediglich durch Anpassung der Statistik wurde ein entsprechender Eindruck erweckt. Die heutigen Eingliederungs- / und Qualifizierungsmaßnahmen gehen am Arbeitsmarkt vorbei. Daher kann aus einem Pool von mehreren Millionen Arbeitslosen nur eine geringe Zahl an Arbeitsplätzen besetzt werden. Die Quote der Langzeitarbeitslosen bleibt daher weiter unverträglich hoch.

Wir vertreten als Lösungsansatz eine gezielte Qualifikation geeigneter Arbeitsloser oder Hartz IV-Empfänger in Abstimmung insbesondere mit den kleinen und mittelständischen Unternehmen, in denen in Deutschland 80 % aller Arbeitnehmer beschäftigt sind. Nur so kann sichergestellt werden, dass derartige Maßnahmen den tatsächlichen Arbeitsmarkterfordernissen entsprechen.

134. Eingliederung und Weiterbildung gezielt fördern

Eine Eingliederung mit nach und nach sinkenden Zuschüssen soll zunächst die Kosten für Einarbeitung/Weiterbildung des Arbeitnehmers auf Seiten des Arbeitgebers kompensieren, berücksichtigt aber dann auch die zunehmende Einsetzbarkeit des Arbeitnehmers im Arbeitsprozess.

Relativ hohe Anfangszuschüsse steigern dabei den Anreiz für Arbeitgeber, z. B. einen Langzeitarbeitslosen seinen Erfordernissen entsprechend selbst zu qualifizieren.

So entsteht aus einem Sozialempfänger ein Sozialbeitragszahler. Das ist das Ziel der AfD.

135. Neustart nach Kindererziehung erleichtern

Kind und Karriere sind für viele derzeit noch zwei gegensätzliche Entscheidungsalternativen. Aus Angst vor beruflichen Nachteilen oder aus Gründen fehlender betrieblicher Angebote entscheiden sich zudem viele hochqualifizierte Fachkräfte aktuell leider gegen ein Kind.

Junge Frauen wollen sich um ihre Kinder kümmern, aber auch später wieder entsprechend berufstätig sein.

Wir wollen Weiterbildungen bei Änderungen am Arbeitsplatz, um Müttern die Aufnahme der Tätigkeit im alten Job zu erleichtern. Hierzu sind die Belange der Arbeitgeber und der Mitarbeiter abzustimmen.

136. Eltern/Frauen, die Kindererziehung leisten, dürfen nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung benachteiligt werden

Nur wer in den 20 Jahren von dem Renteneintritt mindestens 18 Jahre in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert war, kann auch als Rentner weiter in der gesetzlichen Pflichtversicherung bleiben.

Da die Frauen in Deutschland bei der Geburt ihrer Kinder immer älter werden, führt dies häufig dazu, dass die Rückkehr in den Beruf erst zum Ende der vierziger Lebensjahre erfolgt, da sie sich zuvor häufig um die Kindererziehung kümmern.

Genau dieser Personenkreis, der eh durch geringere Anspardeleistungen in der Rentenversicherung im Alter schon schlechter gestellt ist, wird aktuell vom Gesetzgeber noch weiter benachteiligt, da er dann ab dem Renteneintritt plötzlich in die teurere private Krankenversicherung für Rentner wechseln muss. Die AfD hält diesen Zustand für vollkommen inakzeptabel. Wir wollen diesen Missstand umgehend ändern und Kindererziehungszeiten bei der Berechnung der Vorversicherung entsprechend anrechnen.

137. Über eine Million Langzeitarbeitslose sind zu viel

Wer in Deutschland länger als 12 Monate arbeitslos gemeldet ist, wird von der Arbeitsagentur als Langzeitarbeitsloser geführt und erhält evtl. keine Stellenvorschläge mehr. Seit Jahren gibt es mehr als eine Million Langzeitarbeitslose.

Diese Menschen müssen nicht mehr beim Arbeitsamt vorstellig werden und einen Nachweis ihrer Bewerbungen vorlegen. Dieses Vorgehen betrifft insbesondere die Personengruppe der 50- bis 64-Jährigen in Deutschland. Ab 63 Jahren erfolgt dann die Zwangsverrentung, wenn Arbeitslosengeld II gezahlt wird.

138. Ältere Arbeitnehmer gehören nicht aufs Abstellgleis

Die deutsche Gesellschaft altert stark, negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt sind aber nicht zwangsläufig, da sich unter den älteren einheimischen Bürgern sehr viele Fachkräfte befinden. Aus diesem Grunde gilt es, unsere qualifizierten und erfahrenen älteren Menschen nicht fahrlässig auf das Abstellgleis zu schieben, sondern sie als Potenzial und Bereicherung für die Wirtschaft wie auch für unser Land allgemein zu betrachten. Auch ältere Arbeitnehmer sind ein integraler Bestandteil des Arbeitsmarktes, ihnen sind seitens der Politik und Wirtschaft Wertschätzung und Anerkennung entgegenzubringen. Sie sind es, die durch ihre wertvolle Erfahrung den Unterschied ausmachen und so die beste Qualität liefern.

Wir fordern daher, dass die Zwangsverrentung durch das Jobcenter beendet wird. Die Zwangsverrentung gibt es nur, um Statistiken zu schönen.

139. Das Potenzial älterer Arbeitnehmer optimal nutzen

Viele ältere Arbeitnehmer haben in einem langen Berufsleben Fähigkeiten und Erfahrungen gesammelt. Diese gilt es weiter für den Arbeitsmarkt nutzbar zu machen.

Wir fordern daher, altersgerechte Berufsbiografien zu erleichtern. Dazu gehören beispielsweise die zu verbessernden Programme für Aus- und Weiterbildung sowie Möglichkeiten der individuelleren Arbeitszeitgestaltung, um den Übergang vom Arbeitsleben in die Rente fließender zu machen und auch Arbeitswünsche über das Rentenalter hinaus zu erleichtern.

140. Aktualität gemeldeter offener Stellen der Jobbörse der Arbeitsagentur

In der Statistik der Agentur für Arbeit finden sich zu oft Stellen, die schon längst besetzt sind. Dies ergibt ein falsches Bild des Arbeitskräftebedarfes. Hier muss korrekt gearbeitet werden. Daher fordern wir bessere, zeitnahe Überprüfungen der gemeldeten offenen Stellen. Nur dann entspricht die Statistik auch der wirklichen Situation am Arbeitsmarkt.

141. Abwanderung von Fachkräften entgegenwirken Zuwanderung Geringqualifizierter stoppen

In den letzten Jahren haben jedes Jahr ca. 300.000 überwiegend junge Deutsche unser Land verlassen, um eine Arbeit im Ausland anzunehmen. Die Ursachen sind vielfältig, zeigen aber in einigen Bereichen

doch sehr deutliche Nachteile der Situation in Deutschland. Überlastungen im Gesundheitsbereich, hohe Besteuerung von Arbeit und Leistung, überbordende Bürokratisierung und mangelnde Freiheit bei der Berufsausübung bis hin zu unzureichender Förderung von Zukunftstechnologien und Existenzgründern. Viele Problemfelder lassen sich klar benennen und könnten verändert werden. In den Altparteien fehlt dafür jedoch der Wille.

Statt immer mehr gering qualifizierte Menschen, häufig mit zusätzlichen Lasten für die Sozialsysteme, nach Deutschland zu holen, fordert die AfD, endlich Maßnahmen, um der massenhaften Auswanderung gut ausgebildeter deutscher Fachkräfte entgegenzuwirken. Diese sind in Deutschland zur Schule gegangen und wir alle haben vielfach ihre Ausbildung an deutschen Universitäten mitbezahlt. Jetzt zuzusehen, wie viele unser Land verlassen, um anderswo zu arbeiten und natürlich dann dort Steuern und Sozialabgaben zu bezahlen, ist völlig unsinnig.

142. Arbeitsmarktpolitik verbessern

Arbeitsmarktpolitik greift tief in die individuellen Belange der Bürger ein. Zum einen, wenn sie als Arbeitslose Zielgruppe von Arbeitsmarktpolitik sind, zum anderen ist auch ein Großteil der Arbeitnehmer von arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen betroffen. Dazu zählen Regelungen zur Arbeitszeit oder zum Beitrag für die Arbeitslosenversicherung/Arbeitsförderung.

Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesrepublik Deutschland stützt sich auf drei Säulen: Die Arbeitsvermittlung, die Arbeitslosenversicherung und die aktive Intervention in den Arbeitsmarkt mit Maßnahmen wie der beruflichen Fort- und Weiterbildung sowie Umschulungen.

Kernpunkte der Arbeitsmarktpolitik sind die Vollbeschäftigung, aber auch die Senkung der Lohnnebenkosten und Sicherung der Erwerbsbiografien.

Grundvoraussetzung für eine Senkung der Arbeitslosigkeit und der Zahl der Hartz IV-Empfänger sowie der damit verbundenen Kosten ist natürlich die Einbeziehung des entsprechenden Personenkreises in die Vermittlungstätigkeit. Völlig unverständlich ist es daher, dass im November 2019 nur 36 % der Leistungsbezieher von Hartz IV als arbeitslos gemeldet waren. 64 %, also fast 2/3, wurden nicht in der Vermittlungstätigkeit erfasst.

Die AfD fordert einmal mehr ein sachgerechtes und ungeschöntes Vorgehen.

143. Jugendarbeitslosigkeit senken – Abschlussquote für Schule und Ausbildung erhöhen

Wir haben in Niedersachsen ca. 9 % Jugendliche ohne Ausbildung. Ein wichtiges Ziel von Arbeitsmarktpolitik muss es sein, diesen Anteil zu senken und so späterer Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Die AfD fordert daher ein Wiederaufleben des Programmes JUMP.

Nicht fehlen darf an dieser Stelle natürlich der Verweis darauf, dass eine wesentliche Ursache der Jugendarbeitslosigkeit nicht im Arbeitsmarkt, sondern bereits in ungenügenden Bildungsleistungen im Schulsystem zu suchen ist. Defizite aus diesem Bereich im Zuge der Arbeitsmarktpolitik aufzuholen, ist schwierig und teuer.

Die AfD fordert daher ganz entschieden eine leistungsorientiertere Schulbildung. Wir alle wissen, lernen tut der Mensch sein ganzes Leben. Die Schule soll in erster Linie gut auf den Übertritt in einen neuen Lebensabschnitt vorbereiten.

10. Die Familien sind das Herz und die Zukunft unserer Nation

144. Für den Erhalt der Familie als Grundpfeiler unserer Gesellschaft

Die AfD bekennt sich zur Familie als grundlegender Pfeiler unserer Gesellschaft. Die Familie sichert den Bestand des deutschen Volkes, und das über Generationen hinweg.

Idealerweise besteht die Kernfamilie aus Vater, Mutter und Kindern. Andere Lebensmodelle lehnen wir nicht ab. Was wir allerdings ablehnen, ist das Herabwürdigen der traditionellen Familie.

Familie beinhaltet die Erziehung der Kinder, Sicherheit, Obhut, Heimat und Liebe. Auch die Betreuung und Fürsorge betagter oder kranker Angehöriger ist ein unabdingbarer Wert einer Familie.

Wir wollen die Familien in Niedersachsen unterstützen und ein klares Zeichen für ein Ja zum Leben und zur Zukunft setzen.

145. Übergriffe des Staates in die Familien verhindern

Aus gutem Grund hat das Grundgesetz in Artikel 6 die Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung gestellt. Die AfD stellt sich klar gegen die populistische Forderung, „Kinderrechte“ ins Grundgesetz aufzunehmen. Hinter diesem Begriff verbirgt sich in Wahrheit ein Angriff gegen Eltern, Kinder und Familien, denn durch diese Änderung würde sich der Staat ein unangemessenes Eingriffsrecht in die Kindserziehung erzwingen. Deswegen hat der Gesetzgeber die gesamte Familie unter Schutz gestellt und nicht nur Teile von ihr. Wir haben den Anspruch, Familien zu schützen - auch vor unangemessener staatlicher Einflussnahme.

Es ist die Pflicht eines Staates, finanzielle Hindernisse hinsichtlich der Familienplanung zu minimieren und im Gegenzug die Erziehungs- und Fürsorgeleistung der einzelnen Mitglieder anzuerkennen.

146. Die Familie aufwerten und sichern

Die AfD setzt sich für eine kinderfreundliche und Familien wertschätzende Gesellschaft ein. Die Familie spielt für etwa Dreiviertel der Deutschen nach wie vor eine sehr wichtige Rolle, aber ihre gelebte Bedeutung hat über die Jahre stark abgenommen. Angst vor sozialem Abstieg, Armutsrisiken und Unsicherheit sind mit ursächlich dafür, dass Kinderlosigkeit zu etwas Alltäglichem geworden ist. Dies ist auch hinsichtlich der demografischen Entwicklung ein besorgniserregender Trend, welcher sich seit Jahrzehnten abzeichnet. Eine höhere Geburtenrate in Niedersachsen ist notwendig, wenn unsere Gesellschaft und Kultur für die Zukunft bewahrt werden sollen.

Wir fordern eine größere Anerkennung der Erziehungsleistung sowie eine Familienpolitik, die gerade junge Menschen zur Familiengründung ermutigt und sie finanziell entlastet.

147. Familien finanziell entlasten

Der Aspekt finanzieller Gerechtigkeit ist für eine familienfreundliche Politik ungemein wichtig. Erst wenn eine echte steuerliche Entlastung von Familien der Regelfall wird, kann von Solidarität mit Familien ernsthaft gesprochen werden. Kinder dürfen kein Armuts- und Abstiegsrisiko sein! Vielmehr ein Grund für gesellschaftliche Anerkennung und höheren sozialen Status. Das bestehende Steuerrecht ist kompliziert und veraltet.

Das Ehegattensplitting soll erhalten, aber zum Familiensplitting weiterentwickelt werden, sodass der Steuertarif der gemeinsamen Kinderanzahl angepasst und der sozialen Lage der Familie gerecht wird. Dieses Familiensplitting sollte auch bei Trennungen und bis zum 18. Lebensjahr der Kinder bzw. bis zum Ende der ersten Berufsausbildung (max. bis 27) erhalten bleiben.

Zusätzlich sollen Eltern zur Herstellung der Lastengerechtigkeit bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden, ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird.

148. Bezahlbarer Wohnraum für Familien

Neben der Schaffung von günstigen Mietwohnungen wollen wir auch möglichst viele Familien in die eigenen vier Wände bringen. Bauland soll vergünstigt an Familien abgegeben werden. Statt teurer Förderung von Energieeffizienzhäusern wollen wir gestaffelte Teilerlasse nach Kinderzahl.

149. Hebammenberuf unbedingt erhalten

Nach wie vor gibt es zu wenige Hebammen. Aktuell bestimmt eine EU-Richtlinie eine schrittweise Akademisierung des Berufsstandes. Fraglich ist, ob diese Neuerung einen Anreiz schaffen wird, den Beruf der Hebamme wieder attraktiver zu machen. Womöglich werden engagierte Frauen ohne Studiemöglichkeit ausgegrenzt.

Bisher war unser System der Berufsausbildung qualitativ hochwertig und anerkannt. Die Probleme hinsichtlich der Berufshaftpflichtversicherung und des Sicherstellungszuschlags für Hebammen, die Geburten betreuen, sind noch nicht vollumfänglich gelöst. Dies ist unverständlich und der Hauptgrund für den Hebammenmangel.

Wir fordern als Partei, die klar das Leben bejaht, die Berufsgruppe der Hebammen dringend zu unterstützen, um zu gewährleisten, dass Mütter und Kinder einen optimalen Start ins Leben erfahren.

150. Ehe stärken – Trennungsfolgen mindern

Kinder sind die Hauptleidtragenden, wenn sich die Eltern trennen. Die daraus resultierenden Schäden müssen reduziert werden, indem die Problematik aus der Sicht des Kindes betrachtet wird. Dazu zählen auch die Unterstützung und Beratung getrenntlebender Eltern.

Da die Mehrheit der Trennungskinder bei den Müttern aufwächst, ist ein besonderes Augenmerk auf die Einbeziehung der Väter in die Erziehung zu legen. Kinder brauchen Vater und Mutter, die jeweils unterschiedliche Aspekte für die Entwicklung einbringen. Kinder dürfen nicht als Druckmittel oder Instrument der Rache dienen, indem der Kontakt dem anderen Partner erschwert oder verwehrt wird. Die Umgangsrechte und -pflichten beider Elternteile müssen entsprechend gestärkt werden. Wir fordern auch bei nichtehelichen Kindern ein gemeinsames Sorgerecht ab der Geburt.

Umgangsbehinderung stellt ein schwerwiegendes Fehlverhalten dar, welches den betroffenen Kindern sowie dem anderen Elternteil nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügt.

Ein derartiges Verhalten kann nicht toleriert werden und muss bei fehlender Einsicht des boykottierenden Elternteils zur Einschränkung des Sorgerechts zu Gunsten des kooperativen Elternteils führen, wenn es keine schwerwiegenden Gründe für die Umgangsverweigerung gibt.

151. Alleinerziehende Eltern unterstützen

Die Lebensrealität zeigt das Zerbrechen jeder dritten Ehe und eine Vielzahl von Eltern, häufig Mütter, die zu Alleinerziehenden werden.

Die Lebenssituation, alleinerziehend zu sein, darf nicht zu Armut führen oder negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder bedeuten.

Die AfD fordert deshalb eine bessere Unterstützung durch die Solidargemeinschaft.

152. Familienstrukturen generationsübergreifend stärken

Die Jugend, aber auch die Senioren sind Teil unserer Familien. Die AfD steht für die Förderung häuslicher, familiennaher Pflege von Senioren und einem Ausbau von Mehrgenerationenhäusern. Regionale Strukturen müssen zum Wohl der Familie gefördert werden, um der Entwicklung des Auseinanderfallens von Familien und der Einsamkeit von Senioren entgegenzuwirken.

153. Bewegung unserer Kinder fördern und Familien unterstützen

Die Zahlen der übergewichtigen Kinder steigen, das Leben unserer Jugend spielt sich mehr und mehr digital ab. Um diesem negativen Trend entgegenzuwirken, die Familien finanziell zu entlasten und auch um die Nachwuchsförderung unserer Sportvereine in Niedersachsen zu unterstützen, soll jedes Kind die Möglichkeit erhalten, in einen Sportverein seiner Wahl beitragsfrei einzutreten. Die Kosten hat das Land Niedersachsen zu tragen.

154. Die Gefahren der „Virtual Reality“ für unsere Jugend ernst nehmen

Viele digitale Neuerungen erweisen sich als hilfreich und fortschrittlich. Kinder und Jugendliche sind vermehrt mit der Digitalisierung von großen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens konfrontiert. Aber die Gefahren des Internet und der „Virtual Reality“ müssen mehr ins Bewusstsein rücken: Es drohen Cyber-Mobbing, Datenmissbrauch, die sittliche Desorientierung und Verrohung von Kindern und Jugendlichen durch Pornografie und Gewalt oder Straftaten bis hin zu Sexualdelikten.

Wir fordern daher dringend eine vermehrte Aufklärung über digitale Medien. Nicht nur Schulen, sondern auch Eltern sind gefragt, hierbei Verantwortung zu übernehmen, wenn es um den maßvollen und zeitlich begrenzten Umgang mit dem Internet geht.

Vorbeugende Maßnahmen der Schulen und mehr Anlaufstellen müssen zur Unterstützung geschaffen werden, wenn Kinder Opfer von Cybermobbing oder Internetkriminalität wurden.

155. Frauen unterstützen – ungeborenes Leben schützen

Die AfD fordert, im Beratungsgespräch für Schwangere in Not sollten Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch erwägen, auch die Alternative der lebensrettenden Adoptionsfreigabe ausreichend vermittelt werden. Diese verdient den Respekt der Gesellschaft. Besonders sensibel umgegangen werden muss mit Frauen, die durch eine Gewalttat schwanger geworden sind.

Schwangerschaftsberatung in Konfliktsituationen darf nicht ergebnisoffen sein, sondern muss mit dem Ziel der Bejahung des Kindes erfolgen. Die AfD Niedersachsen nimmt folgende Position des Grundsatzprogramms für sich in Anspruch: „Die AfD steht für eine Kultur des Lebens und ist im Einklang mit der deutschen Rechtsprechung der Meinung, dass der Lebensschutz bereits mit dem Embryo beginnt.“

Es ist notwendig, dass das geltende Verfassungsrecht umgesetzt wird, den Schutz der Ungeborenen in den Lehrplänen der Schulen sowie im öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk ausreichend zu thematisieren.

156. „Gender Mainstreaming“ keine Plattform geben

Die dem Gender Mainstreaming zugrunde liegenden Theorien haben mit Wissenschaft nichts zu tun, sondern widersprechen der naturwissenschaftlich orientierten Anthropologie.

Gender Mainstreaming versucht, der Gesellschaft, besonders Kindern und Jugendlichen, unentwegt eine Dekonstruktion der Geschlechter „Mann“ und „Frau“ aufzuzwingen. Es findet ein fundamentaler

Angriff auf die natürlichen Grundlagen unserer Gesellschaft statt, den die AfD entschieden ablehnt. Wir fordern, dass endlich damit aufgehört wird, die Lebensrealität der meisten Menschen in Niedersachsen zu ignorieren. Diese identifizieren sich sehr wohl mit einem der Begriffe männlich oder weiblich. Aus diesem Grund lehnen wir eine auf linken Ideologien basierende Pseudowissenschaft wie „Gender Studies“ sowie die Politik des „Gender Mainstreaming“ ab. Die finanzielle Förderung ideologischer Gender-Projekte muss sofort eingestellt werden.

157. Frühsexualisierung unserer Kinder verhindern

Die Frühsexualisierung unserer Kinder muss gestoppt werden. Die schon im Kindergarten propagierte Frühsexualisierung zielt nicht auf eine altersgerechte Aufklärung, sondern auf die Manipulation unserer Kinder ab. Sie bewirkt eine Verunsicherung bis hin zur Zerstörung von geschlechtlicher Identität, eine Beseitigung natürlicher Schamgrenzen und wichtiger Schutzräume. Jede Form der Frühsexualisierung unserer Kinder muss unterbunden werden.

158. Kinder brauchen Bindung

Eine Fremdbetreuung von Kindern unter drei Jahren lehnen wir entschieden ab, da in dieser Zeit die Bindung zwischen Vater, Mutter und Kind entscheidend ist.

Familien brauchen eine echte Wahlfreiheit zwischen der Kinderbetreuung zu Hause und der Fremdbetreuung in einer Kita.

Der Staat hat die finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, so dass diese Entscheidung ausschließlich innerhalb der Familien getroffen werden kann. Keine Familie darf aus finanziellen Gründen dazu gezwungen sein, ihr Kind in eine Kita abgeben zu müssen.

Das Ziel der AfD ist es, Familien darin zu unterstützen, ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können.

159. Corona-Impfpflicht für unsere Kinder verhindern

Die Entwicklung eines Impfstoffes dauert normalerweise mehrere Jahre. Soviel Zeit ist notwendig, um Nebenwirkungen und Spätfolgen abschätzen zu können und alle Genehmigungsverfahren zu durchlaufen. Die neuartigen Impfstoffe gegen das Corona-Virus dagegen wurden in wenigen Monaten entwickelt. Eine ausreichende Testung gab es nicht. Hinzu kommt, dass diese Impfstoffe anders als herkömmliche Impfstoffe nicht auf einer Immunantwort auf abgeschwächte Erreger beruhen, sondern völlig neuartige Verfahren nach sich ziehen, um den Körper zur Produktion von Antikörpern anzuregen. All das sollte uns skeptisch stimmen. Berichte von allergischen Reaktionen, Herzinfarkten, Thrombosen und Todesfällen in Zusammenhang mit der Impfung zeigen uns, dass der Impfstoff ein nicht einschätzbares Risiko birgt.

Aus diesem Grund lehnen wir eine Impfpflicht und eine Einschränkung der Grundrechte für Ungeimpfte generell ab, aber besonders für unsere Kinder, für die die Eltern die Verantwortung tragen, ab.

Die AfD wird alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um eine Zwangsimpfung für unsere Kinder zu verhindern.

11. Gesundheitsversorgung sichern – Strukturen modernisieren

160. **Gesundheit ist keine Ware**

Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen; sie zu schützen, muss das oberste Gebot einer guten Gesundheitspolitik sein. Bei der Ausrichtung gesundheitspolitischer Maßnahmen muss das Patientenwohl immer im Mittelpunkt stehen. Wirtschaftliche Interessen müssen hintangestellt werden. Gesundheit kann und darf kein Geschäft sein. Der Verkauf kommunaler Krankenhäuser an ausschließlich gewinnorientierte, private Klinikkonzerne hat sich als Fehler herausgestellt.

Die AfD fordert, die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser durch Abbau des Investitionsstaus zu verbessern. Im letzten Jahr wurde der bestehende Investitionsstau mit 2,2 Milliarden Euro beziffert. Die vom Land zur Verfügung gestellten Fördermittel für Baumaßnahmen in Höhe von derzeit 120 Millionen Euro jährlich müssen verdoppelt werden. Zudem bedarf es aus Sicht der AfD eines landeseigenen Strukturfonds in Höhe von einer Milliarde Euro zur Beschleunigung einer Verbesserung der stationären Versorgung.

161. **Mehr lokale Gesundheitszentren**

Neben der niedergelassenen und freiberuflichen Ärzteschaft als einer tragenden Säule der Gesundheitsversorgung begrüßen wir auch alternative Versorgungsformen wie lokale Gesundheitszentren. Lokale Gesundheitszentren versammeln ein breites Spektrum an Fachrichtungen und können moderne Arbeitszeitmodelle anbieten und sich somit an die neuen Anforderungen junger Absolventen anpassen. Das erprobte Modell der Polikliniken wird hier in Ansätzen erfolgreich weitergeführt. Die Führung der Gesundheitszentren durch Klinikkonzerne sehen wir kritisch, da diese einen Teil der Daseinsvorsorge darstellen und der Patient nicht nur noch als Objekt in einer auf Gewinnmaximierung gedrehten Krankenhausmaschinerie betrachtet werden darf.

162. **Hebammen aktiv unterstützen**

Die AfD Niedersachsen will die Geburt zu Hause oder in Geburtshäusern als alternatives Angebot auch in der Fläche erhalten. Ausgleichszahlungen oder der Sicherstellungszuschlag lösen das grundsätzliche Problem immer weiter steigender Haftpflichtprämien nicht.

Wir fordern daher, die freiberuflich tätigen Hebammen von der Berufshaftpflichtversicherung zu entlasten.

163. **Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln**

Wir werden die Zusammenarbeit der Leistungserbringer insbesondere bei chronisch Kranken fördern sowie die Gesundheitsberufe besser organisieren und weiterentwickeln. Die mangelnde Vernetzung der Akteure und die oft mangelhafte Patientenzentrierung sind zentrale Kostentreiber im deutschen Gesundheitswesen.

Deshalb fordern wir die substanzielle Weiterentwicklung von regionalen Gesundheitsnetzwerken, um Steuerungsmöglichkeiten vor Ort mit einem hohen Maß an Bürgerbeteiligung zu schaffen.

164. **Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung**

Die 2003 eingeführte Vergütung stationärer Leistungen in Form von diagnosebasierten Pauschalen hat dazu beigetragen, dass einst rentabel geführte, wohnortnahe Krankenhäuser unrentabel geworden und in wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Privatisierungen, Schließungen und Zusammenlegungen waren und sind die Folge.

Wir können und wollen uns wirtschaftlichen Realitäten nicht verschließen. Aber wir wollen diese Entwicklung ergebnisoffen prüfen und gesundheitspolitische Fehlentscheidungen im Sinne der Patienten abwenden. Den Rückzug staatlicher bzw. kommunaler Krankenhausträger aus der stationären Versorgung sehen wir kritisch. Bei der wirtschaftlich gebotenen Zusammenlegung von Standorten setzen wir auf Bürgerbeteiligung und Transparenz. Es muss sichergestellt werden, dass damit keine Verschlechterung der Versorgung verbunden ist.

Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, die Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten in kommunale Hände zurückzuführen und zu erhalten. Eine weitere Industrialisierung der Medizin durch Klinikkonzerne lehnen wir ab.

165. Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern

Die AfD Niedersachsen fordert, dass Notfallpraxen, sog. Portalpraxen, flächendeckend an die Krankenhäuser, die mit ihnen zusammenarbeiten, angegliedert werden und 24 Stunden am Tag für die Patienten erreichbar sind. Dies reduziert die teure und fehlgesteuerte Inanspruchnahme der Krankenhausambulanzen und erhöht die Sicherheit der Akteure.

166. Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache

Gesundheit ist immer auch eine Frage des Vertrauens. Ärzte und Pflegekräfte, die den Patienten nicht verstehen, sind wenig geeignet, Vertrauen zu schaffen.

Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, müssen daher die deutsche Sprache in Wort und Schrift sicher beherrschen.

167. Besser vorsorgen

Das beste Gesundheitssystem ist eines, das so wenig wie möglich in Anspruch genommen wird. In Deutschland besteht Einigkeit darüber, dass Prävention neben der kurativen Medizin, der Rehabilitation und der Pflege zu einer vierten Säule im Gesundheitswesen ausgebaut werden soll. Prävention vermeidet nicht nur Krankheiten, sondern steigert auch die Lebensqualität und die Lebensdauer. Durch entsprechende Förderprogramme und Angebote in Schulen wollen wir erreichen, dass Kinder und junge Erwachsene von vornherein über die Risiken einer ungesunden Lebensführung aufgeklärt und zu einer gesunden Lebensführung anregt. Wir möchten die allgemein verbreitete Fragestellung: „Ich bin erkrankt, was mache ich jetzt?“ durch die Fragestellung „Wie werde ich gar nicht erst krank?“ ersetzen. Die Rahmenvereinbarung zum Präventionsgesetz verpflichtet das Land, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kommunen und Kreise in die Lage versetzt werden, diese Mittel abzurufen und zu verwenden.

Wir fordern daher von der Landesregierung ein kostenfreies Schulesen nach den Zertifizierungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung anzubieten, sodass unseren Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern ein gesundes Wachstum ermöglicht wird.

168. Den Kommunen die Durchführung von Prävention ermöglichen

Mit dem Präventionsgesetz 2015 sind die Krankenkassen gesetzlich dazu verpflichtet worden, Mittel für Präventionsprogramme auch in allen niedersächsischen Gebietskörperschaften vorzuhalten.

Das Land Niedersachsen hat dafür zu sorgen, dass alle Kommunen diese Mittel auch abrufen und einsetzen können.

169. Bewegung und sportliche Betätigung sind fester Teil des Lebens

Wir unterstützen sowohl den Schul- als auch den Vereinssport, weil beiden Bereichen eine entscheidende Rolle für die Gesundheit der Bevölkerung zukommt.

Die AfD fordert daher ein Sportförderprogramm zur Verhinderung von Ausfällen beim Schulsport, bei dem die Sportvereine eingebunden werden.

170. Pflegefachkräftemangel beheben statt beklagen

Die Pflegebranche leidet unter akutem Fachkräftemangel. Die Zahl alter und pflegebedürftiger Menschen steigt ständig an, während die Zahl der Fachkräfte sich verringert. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der zukünftige Pflegepersonalbedarf auf Basis der Ermittlung des individuellen Pflegebedarfs der Patienten und Bewohner abgeleitet wird und so Pflegepersonaluntergrenzen für alle medizinischen Bereiche festgelegt werden.

Angesichts der enormen Belastungen, die mit der Pflegetätigkeit verbunden sind, wollen wir die finanziellen Rahmenbedingungen verbessern und uns unter anderem dafür einsetzen, dass die Gehälter in bundeseinheitlichen Tarifen festgelegt werden und damit auch Abwanderungen entgegenwirken.

Um der Pflege eine Stimme zu verleihen und die Rechte der Pflege zu stärken, fordern wir, dass die Pfleger selbst darüber abstimmen können, ob sie die Errichtung einer gestärkten Landesvertretung mit freiwilliger Mitgliedschaft wünschen.

171. Fachleute in die Aufsichtsgremien

Wir fordern, dass in den Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft eine Besetzung der Aufsichtsgremien durch qualifizierte Fachleute erfolgt, damit erforderliche Reformen nicht am Einfluss von Parteipolitikern scheitern.

172. Antibiotikastrategie forcieren

Bereits heute werden rund 30 % der sogenannten Reserveantibiotika in der industriellen Tierhaltung eingesetzt. Neben der Entwicklung neuer Antibiotika ist ein konsequentes Hygiene-Management wie am Beispiel der Niederlande notwendig, um Infektionen mit Krankenhauskeimen zu verhindern.

Wir fordern deshalb eine Liste von „Reserve-Antibiotika“, die nur dem Menschen vorbehalten sind. Auch alle anderen Quellen der Antibiotikaresistenz – wie etwa die Hygiene in Krankenhäusern – müssen stärker fokussiert und kontrolliert werden.

173. Keine Impfpflicht – Impfen muss freiwillig bleiben!

Die AfD verteidigt das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 GG und die Entscheidungsgewalt jedes Einzelnen über seinen Körper.

Das Corona-Infektionsgeschehen zeigt, dass die bisher zur Verfügung stehenden Impfungen weder ausreichend schützen noch über mehrere Monate wirksam sind. Trotz Impfung überträgt sich das Virus weiter. Die Politik hat die Krankenhäuser vor der Wintersaison weiter geschwächt: Mehr als 4.000 Intensivbetten wurden 2021 abgebaut. Auch die Impfpflicht für das Pflegepersonal, es gibt z. Z. ca. 30 % ungeimpfte Pflegekräfte, hat die Anzahl von betreibbaren Intensivbetten stark reduziert. Um von ihrem Versagen abzulenken, versucht die Politik nun, die Gesellschaft zu spalten: Die Ungeimpften sollen zum Sündenbock für den nächsten „Lockdown“ gemacht werden.

Dabei war kurz nach Beginn der Pandemie bereits klar, dass wir lernen müssen, mit dem Corona-Virus zu leben. Und zwar klug und mit Augenmaß. Eine Welt ohne Viren wird es auch zukünftig nicht geben.

Eine gesunde Lebensweise und soziale Kontakte sorgen für ein robustes Immunsystem und sind durch Impfungen nicht ersetzbar.

Stattdessen wird der Druck auf Ungeimpfte mit der Drohung einer Impfpflicht immer weiter erhöht, und wer heute noch als vollständig geimpft gilt, gilt morgen schon als ungeimpft. Wer sich impfen lassen möchte, kann und soll sich selbstverständlich jederzeit impfen lassen. Für die meisten Menschen stellt eine Corona-Infektion jedoch keine Gefahr dar. Kinder zeigen oft gar keine Symptome. Deshalb darf das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit nicht preisgegeben werden.

Wir müssen unsere Risikogruppen schützen. Aber auch unsere Freiheit. Halten wir zusammen – gegen die Spaltung. Bleiben wir gesund. Aber ohne Zwang!

174. Palliativmedizin ausbauen

Jeder Bürger, dessen Lebensende unausweichlich ist, hat das Recht, sein Leben in Würde und ohne Schmerzen beenden zu können. Dazu bedarf es einer flächendeckenden palliativmedizinischen Versorgung in Form eines ganzheitlichen Konzeptes. Bislang ist der Bedarf an Einrichtungen der spezialisierten Palliativmedizin, wie etwa Hospizen und Palliativstationen, in Niedersachsen nicht gedeckt. Wir fordern daher, das palliativmedizinische Angebot nachhaltig zu fördern und weiter ausbauen.

175. Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld

Die im Rahmen der demografischen Entwicklung zu erwartende Erhöhung der Anzahl der Pflegebedürftigen bei gleichzeitiger Verringerung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel ist eine enorme gesellschaftliche Herausforderung. Zugleich wünschen sich die meisten Menschen, so lange wie möglich im häuslichen Umfeld gepflegt zu werden. Aus diesem Grund setzt sich die AfD ganz besonders für die Interessen von pflegebedürftigen Menschen, pflegenden Angehörigen und Pflegefachkräften ein.

Deshalb wollen wir die häusliche Pflege besser honorieren und Anreize setzen, Angehörige zu Hause zu pflegen. Angesichts der hohen Kosten, die ein Pflegeplatz im Heim erzeugt, sind die Vergütungen für pflegende Familienangehörige noch zu niedrig. Wir fordern auch eine höhere Anrechnung von Pflegeleistungen innerhalb der Familie auf die Lebensleistung und somit auf die spätere Rentenzahlung. Außerdem muss die Eigenbeteiligung in der stationären Pflege begrenzt werden. Im Bereich des Wohnungs- und Städtebaus muss der demografische Wandel berücksichtigt werden, um der alternden Bevölkerung den individuellen Zugang zum gesellschaftlichen Leben so lange es geht zu ermöglichen.

Wir unterstützen auch Wohnmodelle, z. B. Mehrgenerationenhäuser, die es im sinnvollen Rahmen ermöglichen, dass sich Menschen gegenseitig helfen.

176. Stationäre Pflege durch klare Fokussierung verbessern

Der Staat hat nicht die Aufgabe, alle Pflegebedürftigen in staatlichen Pflegeheimen zu betreuen. Das kann er zukünftig auch gar nicht leisten. Er setzt allerdings die Rahmenbedingungen.

Die stationäre Pflege soll vor allem Bedürftigen mit schweren oder mehreren Einschränkungen zugleich (Multimorbidität) dienen, bei denen die Angehörigen oder Mitbewohner überfordert sind und die häusliche Unterbringung nicht mehr vertretbar ist.

Durch eine Konzentration auf diejenigen Menschen, die stationäre Pflege am dringendsten nötig haben, wollen wir die finanziellen Mittel zielgerichtet einsetzen, um darüber hinaus noch Spielraum für die Verbesserung der Situation der häuslichen Pflege zu haben.

177. Pflegeberufe stärken

Die Versorgung in der Pflege muss sich gleichermaßen an den Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen, ihrer Angehörigen und Pflegefachkräften orientieren. Menschenwürdige Pflege braucht qualifiziertes und vor allen Dingen über hinreichend Zeit verfügendes Pflegepersonal.

Ursachen für fehlenden Berufsnachwuchs und die mangelnde Bereitschaft, dauerhaft in pflegerischen Berufen tätig zu sein, sind neben hohem Leistungsdruck und Überlastung auch eine unzureichende gesellschaftliche Wertschätzung des Berufes bei weitgehend inadäquater Entlohnung. Die niedersächsischen Pflegevergütungssätze sind im deutschen Vergleich deutlich zu niedrig. Das akzeptieren wir nicht länger.

Wir fordern an dieser Stelle, dass Niedersachsen eine Vorreiterrolle einnimmt und als Flächenland ein Modellprojekt „Pflege ohne Zeitdruck“ in Deutschland die höchsten Vergütungssätze zahlt.

Um die verschiedenen Pflegeberufe wieder attraktiver zu gestalten, fordern wir

- ▶ eine Entbürokratisierung der pflegerischen Tätigkeiten,
- ▶ mehr und ansprechendere Aus- und Weiterbildungsangebote,
- ▶ eine leistungsgerechtere Vergütung sowie
- ▶ einen verbindlichen länderübergreifenden Mindestpersonalschlüssel für das Pflegepersonal
- ▶ und eine Beendigung des Experimentes der generalisierten Pflegeausbildung.

178. Den Rettungsdienst wieder zur schnellen Hilfe machen

Die Mitarbeiter des Rettungsdienstes sichern Tag für Tag das Leben und die Gesundheit der Bürger. Der Rettungsdienst leistet einen unschätzbaren wertvollen Beitrag zu Gesundheitsvorsorge und Gefahrenabwehr. Die Hilfsfrist kann aber durch den Rettungsdienst zukünftig nicht mehr flächendeckend eingehalten werden.

Die AfD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die Hilfsfrist durch den Rettungsdienst eingehalten werden kann. Das bedeutet mehr Dezentralisierung der Rettungswachen und eine Ausweitung der Luftrettung. Das Sicherheitsempfinden der Bürger hängt nicht nur davon ab, wie schnell die Polizei vor Ort sein kann, sondern auch davon, wie schnell in medizinischen Notfällen geholfen werden kann. Für den Patienten zählt jede Sekunde. Wir fordern daher weiterhin, mobile Ersthelfer (First Responder) flankierend zum Rettungsdienst auf freiwilliger Basis in das Notrufsystem aufzunehmen. Der mögliche Einsatz von Sonderwarneinrichtungen für Ersthelfer ist hierbei ebenfalls zu prüfen. Auf Initiative der AfD ist diese Forderung bereits in zwei Landkreisen und einer kreisfreien Stadt in Sachsen-Anhalt erfolgreich umgesetzt worden.

179. Mehr Unabhängigkeit von Importen – auch in der Medizin

Die erste Auseinandersetzung mit dem neuen Coronavirus im Frühjahr 2020 hat uns gezeigt, dass in einer solchen Lage allein die Nationalstaaten handlungsfähig und in der Lage sind, Schutzmaßnahmen zu organisieren. Auch für den Fall, dass wir einmal mit einem gefährlicheren Virus als dem COVID-19-Erreger konfrontiert werden, müssen wir sicherstellen, dass Deutschland sich in einer solchen Krise medizinisch versorgen kann.

Wir fordern deshalb, die Produktion medizinischer Güter in Deutschland gezielt darauf auszurichten, dass wir unabhängiger von instabilen Regierungen oder von fragwürdigen Interessen Dritter werden. Einheimische Unternehmen sollen stärker eingebunden werden. Eine gemeinsame Produktstrategie und Konzeption müssen flankierend begleitet werden. Angesichts der Dimen-

sion und der Kosten der Abhängigkeit von fernen Märkten lohnt sich ein solches Konzept auch für die Volkswirtschaft. Wie in der Landwirtschaft und damit bei der Ernährung unserer Bevölkerung streben wir auch bei versorgungsrelevanten Medikamenten nach größtmöglicher Unabhängigkeit vom Weltmarkt.

Dazu gehört die vorsorgliche Einrichtung von Notfalllagern für kritische bzw. lebensnotwendige Arzneimittel, da Produktionsverlagerungen oder Produktionsausfälle im Krisenfall nicht auszuschließen sind.

180. Abrechnungssystem patientenfreundlich reformieren

Die gesetzliche Regelung des DRG-Systems (Abrechnungssystem der Krankenhäuser) hat dazu beigetragen, dass einst rentable, wohnortnahe Kliniken in wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Hierbei steht nur noch der Abrechnungsfall und nicht der Mensch im Mittelpunkt. Die AfD fordert, das DRG-System abzuschaffen. Es sichert offenbar keine bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung für den Patienten.

12. Bildung ist Zukunft – unser Bildungssystem wiederaufbauen

181. Schule. Aber normal. Für ein leistungsorientiertes Schulsystem und eine ideologiefreie Bildung

Hervorragende Bildung und die Vermittlung von fundierten Kenntnissen, welche durch ein leistungsstarkes Bildungssystem gewährleistet werden, sind ein entscheidender Schlüssel zur Bewältigung der Probleme unseres Landes und zur Erziehung der Jugend zu mündigen Bürgern. Nur durch ein hohes Niveau der Schul- und Universitätsausbildung werden wir in der Lage sein, die Herausforderungen und Aufgaben der Zukunft zu meistern.

182. Ideologiefreie Bildung

Leider müssen wir feststellen, dass die Universitäten und Schulen in Niedersachsen in zunehmendem Maße ihre Kernaufgaben, Bildung und Wissen zu vermitteln, nicht mehr erfüllen können. Sie sind zu einem Experimentierfeld linker Ideologen und praxisferner Theoretiker geworden, so dass die eigentliche Aufgabe von Lehrern, die Erteilung eines niveaureichen Unterrichtes, mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden ist. Das niedersächsische Bildungssystem und -niveau verfallen zunehmend. Hier muss es zum Wohl unserer Kinder unbedingt eine Kehrtwende geben!

Die AfD ist die einzige Partei, die eine grundlegende Wiederherstellung des weltweit anerkannten dreigliedrigen Schulsystems, die Wiedereinführung der Diplom- und Magisterstudiengänge und die Rückkehr zum Leistungsgedanken anstrebt.

183. Inklusion nur mit Augenmaß

Die AfD Niedersachsen steht für Inklusion mit Augenmaß.

Die Inklusion in Regelschulen, wie sie derzeit Anwendung findet, ist ein Irrweg. Hier spielen ideologische Vorstellungen, nicht jedoch das Kindeswohl, der Elternwille oder die Arbeitssituation der Lehrer eine übergeordnete Rolle.

Das in Niedersachsen zurzeit praktizierte System der Inklusion muss bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt als gescheitert angesehen werden. Personalmangel und unzureichende finanzielle Ausstattung der Schulen zeigen schon jetzt, dass die wesentlichen Ziele, die damit verbunden werden, nicht zu erreichen sind. Die Lehrer sind überfordert, denn ein qualifizierter Unterricht auf verschiedenen Niveaustufen gleichzeitig ist schlicht nicht möglich. Eine erzwungene Inklusion auf Kosten der Unterrichtsqualität und auf dem Rücken unserer Kinder darf nicht weiter stattfinden und muss sofort beendet werden. Wir wollen das ehemals gut funktionierende System der Förderschulen wiederherstellen, erhalten und ausbauen.

Die AfD sieht aber auch die Chancen, die mit einer sinnvollen Inklusion verbunden sind. Dabei gilt es, zwei Arten von Inklusion zu unterscheiden:

Die traditionelle, gewachsene Inklusion: Seit Jahrzehnten werden behinderte Schüler, die begabt sind und sich angemessen verhalten können, an Regelschulen unterrichtet. Sie müssen dort dieselben Leistungsanforderungen erfüllen wie ihre Klassenkameraden und erleben alle Höhen und Tiefen des Schullebens. So können sie selbstverständlich auch sitzenbleiben. Allerdings werden sie entsprechend ihrer Behinderung unterstützt. Diese Inklusion mit Augenmaß hat sich bewährt.

Die neue, erzwungene Radikalinklusion: In Niedersachsen dürfen alle behinderten Kinder eine Schulform besuchen, die von ihren Eltern gewählt wird. Das betrifft auch Lernbehinderte, geistig Behinderte und schwer Verhaltensgestörte. Sitzenbleiben können lernbehinderte und geistig behinderte Schüler nicht. Wer die Leistungsanforderungen nicht erfüllen kann, hat Anspruch auf

einen maßgeschneiderten Unterricht im Unterricht, der aber von nur einem Lehrer in der Klasse nicht gewährleistet werden kann. Die betroffenen Lehrer sind dauerhaft überfordert und können niemandem mehr gerecht werden. Es kommt nicht selten vor, dass in einem Klassenraum mehrere Förderkinder mit verschiedenen Behinderungen mit jeweils einer Schulbegleitung unterrichtet werden. Dass in solch einer Situation kein normaler Unterricht möglich ist (allein schon wegen des Lärmpegels), ist verständlich. Finanzpolitiker erhoffen sich von der Abwicklung der Förderschule Einsparungen, die auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft vollzogen werden. Insbesondere die Lernbehinderten sollen in den Regelschulen preiswert untergemischt werden. Wir wollen für jedes Kind, das aufgrund einer Behinderung Lernschwierigkeiten hat, eine angemessene Förderung sicherstellen, die ihm ermöglicht, das Beste aus seiner Situation zu machen. Von daher kann es keine Automatik für eine gemeinsame Beschulung geben.

184. Ganztag als Ausnahme

Die ganztägige „Beschulung“ muss eine Ausnahme bleiben. Sie ist kein bildungspolitisches, sondern eher ein sozialpolitisches Instrument. Ganztag bedeutet mehr Betreuung, aber nicht mehr Unterricht. Dass Schüler nach sechs Stunden Unterricht und einer Mittagspause noch effektiv lernen können, ist eine Missachtung der Realität.

Der Ganztag dient in erster Hinsicht der Förderung der Erwerbstätigkeit beider Elternteile und besonders von Frauen, was der kindgerechten Erziehung zuwider läuft. Sie begünstigt damit die weitere Zerstörung der Familie. Als Nebeneffekt verabschieden sich immer mehr Eltern von der Erziehungsarbeit. Freizeit- und Vereinsaktivitäten wie Musikschule, Sportvereine, Pfadfinder oder Freunde besuchen kommen zu kurz. Individuelle Interessen und Begabungen kann eine Ganztagschule in diesem Ausmaß nicht bieten und fördern. Die Ganztagschule erhöht ebenso nach Ansicht von vielen Ärzten und Psychologen die psychische Belastung von Kindern und gefährdet eine gesunde Entwicklung besonders sensibler Schüler. Die psychische und nervliche Belastung von Kindern und Jugendlichen in der Schule nimmt deutlich zu. Ruhe und Rückzug sind kaum mehr möglich, die ständige soziale Interaktion überfordert viele Kinder.

185. Digitalisierung vorantreiben

Die AfD unterstützt eine für den Lehrbetrieb geeignete Digitalisierung der Schulen. Dafür sind die Schulen mit moderner Hard- und Software auszustatten. Im Einzelnen hat jede Schule mindestens einen Systemadministrator zu bekommen. Des Weiteren muss jeder Klassenraum mit einem Smartboard versehen werden, welches selbstverständlich einen Internetzugang besitzt. Die Einführung von speziellen Schulverwaltungsprogrammen, wie z. B. IServ, die die Kommunikation zwischen Lehrern, Schülern und Eltern erleichtern, ist zu unterstützen.

Allerdings sind alle Bestrebungen abzulehnen, auch den Unterricht selbst zu digitalisieren und die Erarbeitung von Wissen aus dem analogen Lernprozess herauszulösen, um die Lehrerpersönlichkeit durch das Medium zu ersetzen. Der Lehrer, sein Unterricht und das Unterrichtsgespräch sind und bleiben im Unterricht die wesentlichen Punkte für alle Schüler.

186. Werte und Integration in der Schule fördern

Die für unser Zusammenleben entscheidenden Werte, z. B. Verantwortung, Teamfähigkeit, Ehrlichkeit, Fleiß, Verlässlichkeit, Toleranz, Kameradschaft, Gewaltfreiheit, Solidarität, individuelle Freiheit, Primat des Rechtsstaats und Demokratie, sollen in Schulen vermittelt werden.

Ebenso ist die Beherrschung der deutschen Sprache wesentlicher und unverzichtbarer Teil des Bildungsauftrags der Schule. Zu viele Schüler kommen ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Regelschulen und haben deshalb geringere Bildungschancen. Dies ist eine Herausforderung für den Staat ebenso wie für die betreffenden Familien, denen klare Signale gegeben werden sollten.

Schule und Gesellschaft brauchen ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit und Homogenität. Auch Schulveranstaltungen sind ein Mittel der Integrationsförderung; dazu gehören Klassenfahrten, Sportveranstaltungen oder Theateraufführungen, an denen alle teilnehmen.

Einheimische Schüler dürfen infolge des massiven Zuzugs von Kindern, die kein Deutsch sprechen, nicht in ihrer schulischen Entwicklung beeinträchtigt werden. Schüler von neu eingewanderten Migranten, welche die deutsche Sprache nicht oder nicht ausreichend beherrschen, sind zunächst in Vorbereitungsklassen zu unterrichten. Schüler aus Familien mit Bleibeperspektive sollen auf einen Abschluss in Deutschland vorbereitet werden, Schüler ohne Bleibeperspektive auf eine Rückkehr in ihre Heimat. Die Übernahme der Schüler in die Regelklassen setzt gute Deutschkenntnisse sowie Fachkenntnisse voraus; diese sind durch Tests zu prüfen.

187. Ethikunterricht statt Religionsunterricht

Die AfD ist für die Ersetzung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen durch einen Ethikunterricht, der u. a. wesentliche Aspekte der Weltreligionen, unter besonderer Berücksichtigung des Christentums, enthält.

Sollte aus dem politischen Willensbildungsprozess dennoch eine Einführung islamischen Religionsunterrichts resultieren, muss dieser strikt grundgesetzkonform und frei von ausländischer inhaltlicher und finanzieller Einflussnahme sein.

188. Kopftuchverbot im Unterricht

Die AfD Niedersachsen spricht sich für ein Kopftuchverbot an allen öffentlichen Schulen und generell für Mitarbeiter in der Öffentlichen Verwaltung aus.

Das Kopftuch bei Schülern und Lehrkräften ist mit dem Gedanken der deutschen Leitkultur, in die sich alle Einwanderergruppen einzufügen haben, nicht vereinbar.

Die AfD tritt für ein leistungsfähiges, differenziertes, fachlich ausgerichtetes und durchlässiges Schulsystem ein. Grundsätzlich wird damit die Rückkehr zum bewährten dreigliedrigen Schulsystem angestrebt, welches über Jahrzehnte durch hervorragende Bildungserfolge den Wohlstand Deutschlands sicherte und weltweit als Vorbild diente. Dieses hervorragende Schulsystem, das den jungen Schülern in ihrer Entwicklung zu selbstständig denkenden Staatsbürgern und Berufstätigen unterstützt, basiert auf Erfahrung und Realitätssinn. Hier zeigt sich, dass die unterschiedliche Ausprägung von intellektuellen und praktischen Befähigungen durch kein Schulsystem aufgehoben werden kann. Die Annahme ist falsch, dass durch eine allgemeine Vergabe des Abiturs und einem Akademisierungswahn ein gesellschaftlicher Fortschritt erzielt werden kann.

Die AfD setzt sich dementsprechend für eine Stärkung des dualen Systems und die deutliche Profil-schärfung der allgemeinbildenden Schulen ein.

189. Die Hauptfächer stärken

Mathematik, Deutsch und Englisch sind die unverzichtbaren Fächer, die einen Schwerpunkt des Unterrichts darstellen müssen.

Wenn einem Hauptfach wie Mathematik tendenziell nur noch maximal drei Wochenstunden zur Verfü-

gung stehen, weil Nebenfächer einen immer weiteren Raum einnehmen, ist das ein Irrweg, der beendet werden muss.

190. **Schule normal – trotz Corona**

Durch die langen Schulschließungen aufgrund von Covid-19 konnten nicht alle Unterrichtsziele der letzten Schuljahre vermittelt werden. Das sog. Homeschooling konnte diesen Ausfall gerade in den Hauptfächern nicht kompensieren, so dass viele Schüler erhebliche Lernrückstände haben. Diese Lernrückstände müssen dringend aufgeholt werden, ansonsten droht eine weitere Verschärfung der Bildungskatastrophe.

Unsere Forderung: Schule muss wieder normal sein.

Der Unterricht sollte ohne Masken stattfinden, Förderunterricht am Nachmittag muss organisiert werden, freiwilliges Wiederholen einer Klasse muss möglich sein, unterrichtsfremde Inhalte sollten zugunsten des Wesentlichen gestrichen werden. Es darf keine Schulschließungen geben, denn die Schulen benötigen regulären Unterricht. Ein weiteres Absenken der Anforderungen bzw. des Niveaus kann keine Lösung sein und darf nicht stattfinden.

Mobile Impfstationen auf dem Schulgelände werden von uns entschieden abgelehnt.

Die Schulen werden heutzutage mit zu vielen Aufgaben belastet. Die Kernaufgabe ist jedoch die Erteilung von Unterricht für alle Schüler. Diese Kernaufgabe hat die Schule zuerst zu erfüllen. Sollte es aufgrund von mangelnder Unterrichtsversorgung oder von erhöhtem Krankenstand zu Personalengpässen im Schulalltag kommen, so ist zuvörderst der Regelunterricht für alle Klassen zu gewährleisten. Zusatzbedarfe wie Ganztagsunterricht, Förderunterricht oder Inklusion sind in diesem Falle nachrangig zu versorgen.

Die Landesregierung hat darüber hinaus für ausreichend Reserven zu sorgen, um insbesondere längerfristige Unterrichtsausfälle ggf. mit Springern etc. zu vermeiden.

191. **Gendern abschaffen**

Sprachwidriges Gendern wird in Deutschland von einer kleinen Minderheit in den ideologischen Zentren von Bundesregierung, Landesregierung, kommunalen Verwaltungen, Behörden, öffentlich-rechtlichem Rundfunk, privaten Rundfunksendern, Konzernen und Kirchen gegen ca. 70 % der deutschen Bevölkerung versucht durchzusetzen (z. B. Schornsteinfeger*innen und Schornsteinfegende).

Diese Begriffe sind nicht nur aus sprachwissenschaftlicher Sicht völlig unsinnig und stören die Präzision der Sprache, die Sprachökonomie und den Sprachfluss. Sie sind grammatikalisch falsch und auch nicht stringent für alle Begriffe durchzuhalten. Die AfD ist die einzige Partei in Deutschland, die sich gegen dieses von gleichgeschalteten Behörden, Institutionen und Konzernen beförderte unsinnige Gendern stellt, das sprachwidrig ist und unserer Sprache als historisch gewordenem kulturellem Schatz Schaden zufügt.

192. **Schule ohne politische Indoktrination**

Schüler sollen an staatlichen Schulen ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Weltanschauung gemeinsam erzogen und unterrichtet werden. In Erziehung und Unterricht soll die Freiheit zum Bekennen religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen geachtet und auf die Empfindungen Andersdenkender Rücksicht genommen werden.

Die Praxis der regierenden Altparteien wird diesem Anspruch nicht gerecht. Sie betrachten das niedersächsische Schulsystem als ihr parteipolitisches, weltanschauliches und ideologisches Machtinstrument. Dies spiegelt sich u. a. in der Verunsicherung von Kindern bezüglich ihres von Geburt an natürlichen Geschlechts, einer antideutschen EU-Propaganda und der Dämonisierung der AfD wider. Die Altparteien schrecken nicht davor zurück, das Schulschwänzen der „Fridays-for-Future-Bewegung“ als „Lernen durch Engagement“ zu verkaufen und damit Schüler zu instrumentalisieren.

Politische Indoktrination durch Lehrer richtet großen Schaden bei Schülern an: Sie werden in der Bildung eigener Urteile beeinträchtigt und zu einem bestimmten erwünschten Verhalten (political correctness) erzogen. Betroffene Schüler trauen sich in einem solchen Klima der Angst nicht mehr, ihre Meinung offen auszusprechen, weil sie schlechte Noten oder Anfeindungen fürchten.

Die Indoktrination in der Schule muss beendet werden.

193. Berufliche Bildung stärken

Der wirtschaftliche Erfolg seit der Gründung der Bundesrepublik wurde maßgeblich auf dem Fundament Handwerk, Handel und Industrie aufgebaut. Dies sind die Pfeiler, die den Wohlstand Deutschlands sichern.

Das Tandem aus Unternehmen und Berufsschulen ist schon lange ein Erfolgsmodell, welches mit der dualen Ausbildung aus Schülern gute Fachkräfte im jeweiligen beruflichen Kontext ausbildet. Dazu benötigen wir gut ausgebildete Haupt- und Realschulabsolventen mit Grundlagenwissen, auf dem die Erlangung beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten aufbauen kann. Wir wollen möglichst alle Schüler gemäß ihren Kenntnissen und Fähigkeiten ein Ausbildungsangebot machen können, damit sie durch ihren beruflichen Erfolg ihren Lebensunterhalt dauerhaft sichern können.

Erhalt und Ausbau des beruflichen Schulsystems sollen eine gute Entwicklung für die Menschen vor Ort, die Wirtschaft und unsere Gesellschaft fördern.

Die berufsbildenden Schulen dürfen dazu auch den Bereich der Weiter- und Fortbildungen im Sinne des lebenslangen Lernens nicht vernachlässigen. Hier gilt es, in Zusammenarbeit mit den Kammern aus Handwerk und Industrie bedarfsgerechte Bildungsgänge zum Nutzen der Fachkräfte anzubieten.

13. Kultur und Wissenschaft

Niedersachsen ist eine Wiege der deutschen Nation und ein bedeutender Kulturraum Nordeuropas. Wir pflegen unser Kulturerbe in den Traditionen des christlichen und freiheitlich denkenden Abendlandes. Unsere Leitkultur beinhaltet demokratische Selbstverfassung, Identität stiftendes Brauchtum und die Autonomie der Wissenschaften und Künste. Das Land Niedersachsen entstand aus Fürstenstaaten, Bistümern, Hansestädten und freien Bauernschaften. Diesen Binnenföderalismus gilt es zu bewahren bzw. wiederherzustellen. Pluralistische Meinungsbildung muss auch in den öffentlich-rechtlichen Medien verwirklicht werden. Kunstfreiheit als inhaltliche und Subsidiarität als wirtschaftliche Verantwortung ist maßgeblich in allen Belangen der Kulturpolitik.

194. Deutsche Sprache fördern und bewahren

Deutsch ist die angestammte Sprache, mit der sich unsere Nation verständigt. Ihre Literatur bewahrt unser kulturelles Wissen und gewährleistet das Verstehen von Generation zu Generation. Behörden und öffentliche Institutionen sind gehalten, sich in Wort und Schrift einer wohlgesetzten Umgangssprache zu bedienen. Der Gender-Sprache und fremdsprachigen Parallelgesellschaften erteilen wir eine Absage. Als schützenswerten geistigen Reichtum verstehen wir unsere landestypischen Mundarten.

Der Spracherwerb im Schulunterricht und in der Erwachsenenbildung muss auf höchste Qualitätsansprüche und entsprechende Leistungsprüfungen angelegt sein.

Wir fordern höhere Ankaufsetats für öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken, bei denen auch ein konservatives Themenspektrum sowie regionale Verlage und einheimische Autoren berücksichtigt werden.

Die Literaturgeschichte Niedersachsens – von der Ottonischen Renaissance über Humanismus und Aufklärung bis zur Heimatliteratur des 20. Jahrhunderts – soll durch Forschungsvorhaben, Veranstaltungen und Ausstellungen zu einem Schwerpunkt im kulturellen Gedächtnis ausgebaut werden. Durch umfangreiche Digitalisierung von historischem Schriftgut sollen Archive und akademische Einrichtungen ertüchtigt werden, ihre historischen Bestände für die Öffentlichkeit und die Forschung freier und leichter erreichbar zu machen.

195. Kultur in Bräuchen und Denkmälern erhalten

Viele Deutsche sind ratlos, vermutlich sogar sprachlos aufgrund des Verlustes der Tradition und der gesellschaftlichen Dekonstruktion. Diese Leere hat sich besonders durch die politisch gewollte Individualisierung bzw. Globalisierung verstärkt.

Die AfD ist konservativ im Sinne des christlichen Abendlandes. Wir schätzen die deutsche Lebensart und Identität in ihren ureigenen und vielfältigen regionalen Ausprägungen. Wir leben und lieben die deutsche Kultur in Verhaltensweisen und traditionellen Volksfesten.

Wir pflegen unsere regionale Kultur: Diese Nahräume, die Stadt, das Dorf, die Region benötigen wir, um im Zeitalter der Globalisierung bestehen zu können. Die Oldenburger, die Friesen und die Wendländer, alle benötigen regionale Anker, die ein Gefühl der Sicherheit schenken.

Wir wollen, dass das niedersächsische und ostpreußische Kulturgut digitalisiert wird, um leichter für jedermann zugänglich zu werden. Alles, was zur deutschen oder regionalen Kultur gehört, muss erhalten bleiben und sowohl politisch als auch finanziell gefördert werden. Wir verstehen die deutsche Geschichte als Kontinuum. Diese Kontinuität können wir erleben und sehen im deutschen

Brauchtum und in den architektonisch wertvollen Gebäuden und Denkmälern, beispielsweise den friesischen Bauern- und Fischerhäusern, den mittelalterlichen Burgen, den Fassaden der Gründerzeit oder in Bauten der Industriekultur.

Deshalb fordern wir die denkmalgeschützten Gebäude zu erhalten sowie kulturell bedeutende Bauwerke zu rekonstruieren. Wir befürworten die aktive Nutzung von Denk- und Ehrenmälern, denn diese sollen Teil des Schulalltags sein. Das Kulturgut der ehemaligen deutschen Ostgebiete soll bewahrt und vererbt werden.

196. Heimat und Industriemuseen sind ein lebendiger Teil unserer Geschichte

Ob Mühlen-, Brot-, Fischerei-, Bergbau-, Oldtimer- oder Heimatmuseum – regionale Museen unterhalten, überwiegend ehrenamtlich, vielfach wichtige kulturhistorische Sammlungen.

Wir fordern eine stärkere Förderung dieser Museen. Dies dient der Heimattradition und stärkt zugleich diese touristischen Attraktionen in den häufig ländlichen Kommunen.

197. Musik und Kunst mit klassischem Schwerpunkt

Wir stehen für eine moderne, wegweisende Kulturlandschaft und Kulturförderung, die sich ihrer Wurzeln, Traditionen und herausragenden historischen Schöpfungen bewusst ist.

Die klassische Hochkultur (Museen, Theater, Opern, Ballett, Sinfonieorchester) bedarf der staatlichen Subventionen. Auf diese Weise geförderte Einrichtungen sollen einen Schwerpunkt auf die herausragenden Werke der Geschichte legen.

Wir möchten breiten Bevölkerungsschichten den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen. Die Förderung von Musikschulen und Vereinen, die Stärkung der Fächer Kunst und Musik in den Schulen sowie unterstützende Programme wie „Wir machen die Musik“ möchten wir beibehalten sowie nach Möglichkeit ausbauen.

Wir kritisieren die zunehmende Politisierung der Kulturszene zugunsten des linken Mainstreams und der Political Correctness. Dadurch sind Themen wie Gender, Geschlechtergerechtigkeit, Antirassismus, Antikapitalismus und der sog. „Kampf gegen Rechts“ stark überrepräsentiert.

Künstler, die die AfD thematisieren möchten, laden wir ein, mit uns ins Gespräch zu kommen. Durch die Medien und den politischen Gegner ist ein völlig verzerrtes öffentliches Bild der AfD entstanden. Viele Inszenierungen haben dieses Bild bisher bedauerlicherweise unkritisch und die Tatsachen verdrehend weiterverbreitet.

Wir stehen für echte Kunstfreiheit, frei von politischen linken oder rechten Vorgaben so, wie es auch das Grundgesetz formuliert hat.

198. Medien müssen politisch unabhängig sein

Die Medienwirtschaft in Niedersachsen ist auf wenige Unternehmen konzentriert und bildet überwiegend einen linksliberalen Meinungsausschnitt ab. Die SPD-eigene Medien-Holding ddvg ist an zahlreichen norddeutschen Zeitungshäusern beteiligt, insbesondere an der Madsack-Gruppe, die wiederum über das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) eine zentralisierte überregionale politische Berichterstattung anbietet. Wir fordern die Herauslösung der SPD-Medienholding aus Beteiligungen und Kommanditstrukturen von Verlagen.

Echte Gewaltenteilung setzt auch eine Unabhängigkeit der Medien voraus, die es in Deutschland kaum noch gibt.

199. Verkleinerung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Wir fordern, den Staatsvertrag des Landes Niedersachsen mit dem NDR im Jahre 2024 fristgerecht zu 2026 zu kündigen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner jetzigen Form ist nicht mehr zeitgemäß! Der „Grundversorgungsauftrag“ der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten umfasst derzeit noch Programmsparten, die von kommerziellen Anbietern bereits zur Genüge abgedeckt werden. Darum treten wir für eine strikte „Arbeitsteilung“ zwischen kommerziellem und nichtkommerziellem Rundfunk ein, bei der den nichtkommerziellen Angeboten die Aufgabe zukommt, nur diejenigen Programmsparten abzudecken, die von kommerziellen Rundfunkbetreibern nicht geleistet werden können.

Unser langfristiges Ziel ist der Ausstieg Niedersachsens aus allen Rundfunkstaatsverträgen. Stattdessen wird die Landesmedienanstalt mit dem Grundversorgungsauftrag für Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung in Radio und Fernsehen beauftragt, die diesen durch Lizenzierung kommerzieller und nichtkommerzieller Anbieter sicherstellt.

200. Abschaffung der Zwangsgebühr

Die zur Veranstaltung nichtkommerzieller Radio- und Fernsehangebote notwendigen Subventionen sollen nicht länger zwangsweise von den Bürgern aufgebracht werden. An die Stelle der Zwangsgebühr sollte eine Mischfinanzierung nichtkommerzieller Radio- und Fernsehangebote durch Abgaben von Medienkonzernen, Zuwendungen von Mäzenen und freiwillige Hörer- bzw. Zuschauerspendsen treten. Keine Subvention von Inhalten, die nicht der Subvention bedürfen!

201. Rundfunkräte direkt wählen

Wir wollen die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Anstalten (sofern diese bestehen bleiben) und die Aufsichtsräte der Landesmedienanstalten aus der Abhängigkeit von Parteien und Lobbygruppen befreien. Darum treten wir für eine Direktwahl der Mitglieder dieser Aufsichtsgremien durch die Bürger ein.

202. Entflechtung von „privatem“ Rundfunk und Pressekonzernen

Kommerzielle („private“) Radio- und Fernsehsender befinden sich oft in der Hand von Pressekonzernen. Wer bereits die Zeitungslandschaft beherrscht, sollte nicht auch noch Radio und Fernsehen beherrschen! Wir treten für eine Entflechtung von Presse und kommerziellem Rundfunk ein.

Heute werden selbst Meinungen in sozialen Netzwerken kontrolliert und überwacht. Wer „falsch“ denkt, ist schnell gelöscht. Dies führt zu vorseilender Selbstzensur und damit zur Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Wir stehen für ein freies Internet, ohne Meinungszensur, ohne Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) und ohne Uploadfilter. Das Grundrecht der Meinungs- und Informationsfreiheit ist zu schützen und zu garantieren.

Mit Sorge registrieren wir, dass große ausländische Konzerne als Betreiber sozialer Medien inzwischen selbst Zensur ausüben, z. B. mittels ihrer „Gemeinschaftsstandards“, die zum Teil noch über die nach derzeitiger deutscher Gesetzeslage bestehenden Meinungsbeschränkungen hinausgehen. Wir wollen eine Gesetzeslage, die die Meinungsfreiheit im Netz garantiert und auf dem deutschen Markt vertretene Anbieter verpflichtet, diese Gesetzeslage zu achten.

203. Wissenschaft und Forschung, die wirklich frei sind

Der Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland ist abhängig von der Kreativität und dem Fortschritt seiner Forscher und Ingenieure. Während auf viele Lehrstühle und Studenten in den Geisteswissenschaften, insbesondere bei Gender- und Geschlechterforschung, verzichtet werden kann, gilt es die Lehre und Forschung in den MINT-Fächern zu intensivieren.

Wir stehen für eine grundsätzliche Freiheit der Wissenschaften und für die Freiheit der Forschungsaktivitäten der Wissenschaftler. Direkt oder indirekt politisch verordnete Einschränkungen, beispielsweise bei den Themen Kernenergie oder Gentechnik, gilt es zu beenden. Um Anschluss an Forschungstrends und an die Weltspitze zu behalten bzw. wieder zu erlangen, muss auch auf diesen, vom bisher vorherrschenden politisch korrekten Mainstream ausgegrenzten Bereichen wieder geforscht und gelehrt werden können.

Ähnlich wie bei der Kunst ist auch bei der Wissenschaft seit langem eine starke Politisierung zu erleben. Diese erkennt man an der Zahl der Lehrstühle unterschiedlicher Fachbereiche. Hier hat der klassisch-naturwissenschaftliche Bereich in den vergangenen Jahrzehnten stark gegenüber Themen wie Gender, Sozialwissenschaften und anderen Geisteswissenschaften verloren. Das gilt es bei künftigen Entscheidungen zu korrigieren.

14. Den Rechtsstaat schützen und die innere Sicherheit stärken

Innere Sicherheit ist eines der wesentlichen Politikfelder, die die Kernaufgaben des Staates darstellen: Es geht um den Schutz unserer Bürger vor Kriminalität und Gefahren sowie um die Nothilfe im Unfall-, Katastrophen- und Havariefall.

204. Unabhängigkeit des Verfassungsschutzes herstellen

In Niedersachsen gibt es im Gegensatz zu anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland kein eigenständiges Landesamt für Verfassungsschutz, stattdessen gibt es nur eine Abteilung im Innenministerium, die mit den Aufgaben einer Verfassungsschutzbehörde betraut ist. Diese Abteilung ist an die Weisung ihres obersten Dienstherrn, des Ministers, gebunden. Dies zeigt die offensichtliche, parteipolitische Möglichkeit zur Einflussnahme des Innenministers auf die Arbeit der „Verfassungsschutz“-Abteilung in seinem Ministerium.

Die AfD fordert, dass eine Verfassungsschutzbehörde des Landes Niedersachsen ihre Arbeit unabhängig vom Politikbetrieb zu leisten hat.

Unabhängig davon, dass parteipolitische Einflussnahmen auf Behörden aller Ebenen immer eine Rolle spielen, muss bei der Aufstellung von Einrichtungen, deren Leiter nicht Regierungsmitglieder sind, auf Landesebene sichergestellt werden, dass die Gefahr einer parteipolitischen Instrumentalisierung und damit der Verlust der politischen Unabhängigkeit ausgeschlossen ist.

Dieses Erfordernis kann im Grundsatz nur gewährleistet werden, wenn sowohl die Struktur als auch die Kontrollmöglichkeit der Arbeit des Verfassungsschutzes dieser Maxime entsprechen.

Die AfD fordert daher die Einrichtung eines weitestgehend unabhängigen niedersächsischen Landesamts für Verfassungsschutz als eigenständige Landesbehörde mit einer Leitung, die einem dienstrechtlich zur Geheimhaltung verpflichteten, parlamentarischen Gremium jederzeit uneingeschränkt auskunfts- und rechenschaftspflichtig ist und in das Vertreter aller im niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien, unabhängig von einem Fraktionsstatus, gesandt werden.

205. Waffengesetz (WaffG) und die Angst des Staates vor den Bürgern

Aufgrund verschiedener terroristischer Anschläge in Europa wurde wiederholt das deutsche Waffengesetz (WaffG) verschärft. Es gilt als eines der schärfsten Waffengesetze der Welt. So bedauerlich die Anlässe waren, so wenig war es notwendig, hier weitere Verschärfungen vorzunehmen, die ausschließlich Personengruppen in Deutschland betreffen, die zu den zuverlässigsten und am meisten kontrollierten gehören. Auf Vorschlag der EU-Kommission hat das EU-Parlament in Reaktion auf die Terroranschläge von Paris im November 2015 die EU-Feuerwaffenrichtlinie geändert. Damit kommt es zu einer weiteren Verschärfung des Waffenrechts. Betroffen von der Verschärfung des ohnehin schon restriktiven Waffenrechts sind vor allem Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Die Gruppe der Legalwaffenbesitzer ist in Niedersachsen stark betroffen. Illegale, für terroristische Anschläge benutzte Waffen werden davon nicht erfasst. Die Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie lehnen wir weiterhin ab.

206. Keine weitere Verschärfung für Sportschützen, Jäger und Waffensammler

Letztmalig wurde in 2020 eine EU-Feuerwaffenrichtlinie erlassen, die aber das bisherige deutsche Waffenrecht bereits beinhaltete. Dennoch wird die Vorgabe der EU-Feuerwaffenrichtlinie genutzt, das ohnehin strenge deutsche Waffenrecht genau an diesen Stellen über das Maß der EU-Feuerwaffenricht-

linie hinaus zu verschärfen. Solche Änderungen sind nicht von der EU-Feuerwaffenrichtlinie gedeckt und entspringen offensichtlich dem Wunsch, den legalen Privatbesitz von Schusswaffen für schießsportliche, jagdliche und Sammlerzwecke weiter einzuschränken.

Weiter ist anzumerken, dass der Staat durch diverse Verschärfungen für den Bestand an Altwaffen, insbesondere in den Regelungen mit Bezug zur Eintragungspflicht von Vorderladerwaffen, nicht nur aktive Sportschützen, sondern auch unzählige Privatpersonen getroffen hat, die bisher legal Vorderladerwaffen aus vielerlei Gründen erworben haben. Plötzlich werden diese kriminalisiert.

Bereits zu dieser Zielsetzung muss festgestellt werden, dass die Sicherheit der Bevölkerung vor Terroranschlägen nicht dadurch verbessert werden kann, dass legale Waffenbesitzer in ihrem rechtmäßigen Umgang mit Waffen weiteren Restriktionen ausgesetzt sind. Stattdessen beinhaltet die EU-Feuerwaffenrichtlinie und somit auch die Umsetzung in nationales Recht neue Verbote, die sich allein gegen die allgemein hin als rechtstreu eingeschätzten Sportschützen, Jäger und Sammler, mithin gegen die Legalwaffenbesitzer richten. Das eigentliche Ziel der Gesetzesänderung wird mit diesen Regelungen nicht erreicht.

Wir als AfD Deutschland lehnen jede weitere Verschärfung des WaffG ab und unterstützen unsere Sportschützen, Waffensammler und die Jäger in ihrem Bestreben.

Statt Legalwaffenbesitzer zu kriminalisieren, ist dem illegalen Waffenbesitz und -handel ein Riegel vorzuschieben.

207. Linke Gewalt entschieden bekämpfen

Die Altparteien haben den Kampf gegen den Linksextremismus nicht nur aufgegeben. Sie haben ihn in den letzten Jahren nicht einmal geführt.

Der Linksextremismus überschreitet zunehmend die Schwelle zum Linksterrorismus. Wir fordern daher verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen den Linksextremismus.

Der Staat drückt schon lange ein Auge zu, wenn es um Gewalt von links geht. Im Jahre 2014 kippte die damalige Bundesministerin Schwesig (SPD) das Verbot der Förderung extremistischer Vereine durch den Bund. Aber auch auf Länderebene fließen seit Jahren Millionen von hart verdienten Steuergeldern in zwielichtige Vereine und Initiativen „gegen rechts“. So finanziert der Staat seine erklärten Feinde. Linke Parteien wie Grüne, SPD und Linke (SED) nehmen dabei gerne in Kauf, dass politische Gegner bedroht, verfolgt und angegriffen werden. Renate Künast (Grüne) forderte gar 2020 ungeniert eine verlässliche Finanzierung dieser NGOs und Antifa.

Die Gewährung staatlicher Fördergelder muss wieder an eine Verpflichtungserklärung gekoppelt werden, keine extremistischen Strukturen zu unterstützen. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung einer verbindlichen Extremismusklausel.

Gewalttätige und -unterstützende linksextremistische und autonome Gruppen, die der sogenannten Antifa zuzuordnen sind, sind als terroristische Vereinigungen, die „Antifa“-Logos als verfassungsfeindliche Symbole einzustufen. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Privilegierung von „Antifa-Recherchen“ muss verhindert oder ggf. umgehend abgeschafft werden.

Darüber hinaus fordern wir das Verbot der linksextremistischen Plattform „Indymedia“.

208. Stärkung unserer Polizei in Niedersachsen

Niedersachsen braucht mehr Polizisten. Doch der Beruf des Polizisten hat deutlich an Attraktivität verloren. In Bezug auf Bezahlung, Ausstattung und Aufstiegsperspektiven ziehen immer mehr potenzielle Kandidaten andere Berufsfelder vor. Die Anforderungen an Polizeianwärter mussten bereits

gesenkt werden, um den dringendsten Bedarf zu decken. Es ist daher das Ziel der AfD Niedersachsen, durch eine grundlegende Reform von Struktur und Ausbildung die Stärke und Effektivität der Landespolizei Niedersachsen zu erhöhen und die Sicherheit unserer Bürger wirksamer zu schützen.

Wir sehen im Ausbau der Befugnisse der Ordnungsämter sowie dem Aufbau einer Ordnungspolizei nach Berliner Vorbild die Möglichkeit, die Polizei von Routineeinsätzen im Bereich von Verkehrs- und Ordnungswidrigkeiten unterhalb der Grenze zu Straftatbeständen zu entlasten. Die Aufnahme von Verkehrsunfällen, Geschwindigkeitskontrollen sowie die Überwachung des Straßenverkehrs müssen nicht von Polizisten durchgeführt werden.

Polizisten sind nach unserer Überzeugung nicht die Ermittlungsgehilfen der Staatsanwaltschaft, sondern wesentlich zum Schutz der Bürger unseres Landes vor Kriminalität und Verbrechen sowie zur Durchsetzung von Recht und Ordnung, wo die Sicherheit der Bürger gefährdet ist, einzusetzen.

Entsprechend geschulte Justizermittlungsbeamte könnten die Aufgaben der Polizei weiter auf den Kern ihres Auftrages fokussieren. Schutz vor Kriminalität und Verbrechenprävention!

Der Umfang, die Ausrüstung und die Organisation der Polizei muss zukünftig das Ergebnis einer polizeifachlichen Aufgabenkritik ihres gesetzlichen Auftrags sein. Eine fachfremde politische Einflussnahme und eine Personalpolitik nach Kassenlage lehnen wir ab.

209. Feuerwehren ausbauen und verstärken

Die Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen stehen immer komplexeren Aufgaben und Gefahren gegenüber. Für die schwierige Löschung einer zunehmenden Zahl von Elektrofahrzeugen ist teilweise nur unzureichende materielle Ausstattung vorhanden. Gleichzeitig stehen immer weniger ehrenamtliche, junge Einsatzkräfte zur Verfügung.

Der Brandschutz in Niedersachsen stützt sich überwiegend auf ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren. Wir sind auf die Leistungsbereitschaft und Motivation leistungsfähiger Einsatzkräfte angewiesen. Der ehrenamtliche Einsatz dieser einsatzfähigen Feuerwehrleute ist jedoch kein Karrierevorteil, sondern in den Augen vieler Arbeitgeber eine Einschränkung und daher ein Nachteil.

Die AfD fordert daher eine einsatzorientierte Entlohnung für Einsatz, Übung und Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehren und eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung dieser Leistung. Die AfD regt als Anreiz für freiwilligen Feuerwehrdienst ein Betriebsrentenmodell an, in dem sich zum einen geleistete Ausbildungsdienste, Dienste im Realeinsatz und Fernbleibezeiten von der Familie in Altersvergütung/-rentenpunkte niederschlägt.

Es soll sich lohnen, sich zu engagieren. Die Anerkennung der Gesellschaft muss mess- und spürbar sein. Wir brauchen mehr freiwillige Feuerwehreinsetzkkräfte!

Die AfD fordert außerdem eine Überarbeitung des Berechnungsschlüssels und eine Anpassung der personellen und technischen Ausstattung der Berufsfeuerwehren und hauptamtlichen Feuerwehrkräfte. Der aktuelle Berechnungsschlüssel von hauptamtlichen Feuerwehrkräften auf die Anzahl der Einwohner spiegelt nicht die gestiegene Brandlast immer komplexerer technischer Bauwerke und Anlagen wider. Die Herausforderung der Elektromobilität sind darin weder technisch noch personell berücksichtigt.

Wir benötigen mehr Einsatzkräfte und weniger Verwaltung.

210. Unsere Rettungsdienste – wichtig und schützenswert!

Neben den Feuerwehrleuten sind die Rettungsdienste die Ersten vor Ort – bei einem Autounfall, einem Brand oder einem medizinischen Notfall. Ihre Aufgabe ist es, Hilfe zu leisten. Aber immer häufiger werden sie bei dieser Arbeit angegriffen oder bedroht.

Die Innenbehörden sprechen von einer steigenden Zahl der tätlichen Angriffe auf Rettungsdienstmitarbeiter. Allein im Jahr 2020 wurden in Niedersachsen und Bremen 216 Kräfte des Rettungsdienstes während eines Einsatzes mit einem Messer angegriffen. Eine veröffentlichte Studie des DRK sorgte für Aufsehen, da diese eine immer größer werdende Zahl von Aggressionen gegenüber Rettungskräften aufzeigte.

Die AfD Niedersachsen fordert, die Problematik der Übergriffe auf Mitarbeiter des bodengebundenen Rettungsdienstes im Einsatz wahrzunehmen und wird sich dafür einsetzen, bedarfsgerechte Lösungen zum Eigenschutz der betroffenen Personen zu finden und Rettungsdienste beispielsweise bei der Anschaffung von Stichschutzwesten zu unterstützen.

211. Verbesserung des Katastrophenschutzes

Die Flutkatastrophe im Ahrtal hat den Bundesbürgern gezeigt, welche Bedeutung ein funktionierender Katastrophenschutz hat und welche Folgen es für Leben und Gesundheit hat, wenn dieser versagt.

Wir Niedersachsen haben die Erinnerungen an die Katastrophen des Heidebrandes, der Hochwasser von Elbe und Leine sowie diverse Sturmfluten nicht vergessen.

Der Katastrophenschutz stützt sich auf die Einsatzkräfte der Feuerwehren, der Rettungsdienste, Polizei und Kreisverwaltung des betroffenen Landkreises. Technisches Hilfswerk und Bundeswehr werden bei Bedarf zusätzlich angefordert, wenn mehr als zwei Landkreise betroffen sind. Landeseigene Reserven fehlen und können nur über den Bund und zunehmend private Unternehmen ergänzt werden. Das schafft Friktionen, erhöht den Koordinierungsaufwand und kann in letzter Konsequenz Menschenleben, private und wirtschaftliche Existenzen kosten.

Die Ahrtal-Katastrophe hat uns gezeigt, dass wir weder technisch, organisatorisch, noch personell in der Lage sind, eine solch langanhaltende Krisensituation zu bewältigen. Die AfD fordert den Aufbau von Landeskatastrophenschutzeinheiten.

Wir in Niedersachsen sind nicht ausreichend gegen die einem massiven, überregionalen Stromausfall, geschützt.

Die Alternative für Deutschland fordert einen Ausbau des Katastrophenschutzes zum Schutz unserer Bürger. Dieser muss personell und technisch so verstärkt werden, dass unsere Bürger die Gewissheit haben, dass ihnen auch bei einer länger andauernden Großschadenslage schnell und effizient geholfen werden kann. Unsere Einsatzkräfte sind keine Maschinen und haben auch Familien; sie dürfen nicht auf Verschleiß gefahren werden.

212. Wieder Nahrungsmittelvorräte für den Krisenfall bereithalten

Außerdem müssen Lagerkapazitäten für Nahrungsmittel geschaffen werden, da landwirtschaftliche Produkte im Krisenfall ebenfalls nicht sofort lieferbar sind. Auch wenn es in der Vergangenheit mit der Landesreserve Vorsorge für Katastrophenfälle gab, so treten heute neue Anforderungen auf. Während früher militärische Aspekte im Vordergrund standen, so rückt jetzt die Vorsorge bei Pandemien, Umweltkatastrophen, Cyberattacken und Terroranschlägen in den Mittelpunkt der Überlegungen zum Schutz der Bevölkerung. Die Aufrechterhaltung der Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser, Strom, Medizinprodukten sowie der Erhalt einer intakten Infrastruktur müssen höchste Priorität haben.

Die AfD fordert, wieder Nahrungsmittelvorräte anzulegen, die der gestiegenen Krisengefahr Rechnung tragen.

213. Alarmierung von Einsatzkräften und Bevölkerung

In Deutschland gab es allein im Jahr 2020 etwa 10.000.000 Alarmierungen für die Rettungsdienste in zivilen und öffentlichen Einsatzszenarien.

Es werden etwa 100.000 freiwillige Helfer und etwa 50.000 hauptamtliche Rettungskräfte angesprochen. Außerdem werden etwa 35.000 Rettungssanitäter und Notärzte in Deutschland vorgehalten.

Dies ist ein unglaublich großer Apparat, der einer effizienten Steuerung bedarf, damit die Kosteneffizienz nicht verloren geht. Die Fehlbarkeit dieser Steuerung wurde bei dem Unglück im Ahrtal 2021 sichtbar.

Ein wichtiger Punkt ist die Alarmierung von Rettungskräften sowohl technisch, quantitativ wie auch fachlich qualifiziert. Leider ist in Deutschland das Alarmierungswesen in einem inhärenten, d. h. nicht optimal ausgeprägten Zustand.

Die Alarmierung von freiwilligen Einsatzkräften erfolgt über eigene analoge oder digitale Pager-Dienste der regionalen Einsatzleitenden. Damit werden all diejenigen Einsatzkräfte alarmiert, die im Besitz eines solchen Pagers sind. Die Einsatzleitungen wissen aber erst kurz vor dem Einsatz, wer tatsächlich verfügbar ist und zum Einsatz erscheint. Das ist hinsichtlich der Einsatzplanung keineswegs optimal.

Über zivile Mobilfunk- oder Telefonnetze werden weder Einsatzkräfte noch die Bürger alarmiert, obwohl diese Techniken vorhanden sind. Einzelne Kick-Off Projekte in diversen Landkreisen zeigen, dass die technischen Möglichkeiten vorhanden sind. Alarmsirenen, jahrzehntelang vernachlässigt und demontiert, stehen nicht mehr flächendeckend zur Verfügung. Diverse Landkreise sind dazu übergegangen, Altanlagen zu modernisieren und digital auszubauen. Auch hier werden Grenzen sichtbar, die der gesetzlichen Regelung bedürfen wie z. B. der Ausbau von GSM-Funkstrecken und die Sicherung des Notbetriebs von Funkstrecken.

Die Alarmierung und Information der Bürger und der Einsatzkräfte in Notlagen ist jedoch zwingend notwendig und muss auf moderne, breitere Methoden gestellt werden, um Menschenleben zu schützen und aus Gefahren zu retten!

Es ist inakzeptabel, dass die Politik leitende Katastrophenschutz- und Feuerwehrbeamte für das eigene Versagen bestraft.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Niedersachsen bei Gefahr alarmiert werden können. Auch gegen die Politik in Hannover!

214. Für ein freies Netz

Die AfD steht für vernünftigen Datenschutz und den Schutz der Bürger. Wir wehren uns gegen eine flächendeckende Überwachung, die alle Bürger zu potenziellen Verdächtigen macht.

215. Sport ist eine Investition in die Zukunft unserer Bürger

Der Sport begegnet uns in vielfältiger Form, vom Schulsport über Sportvereine, kommerzielle Fitnesszentren und z. B. Reha-Anwendungen. In der Verantwortung des Landes sind dabei sowohl über das Kultusministerium der Schulsport als auch über das Innenministerium die Förderung des Breiten- und Spitzensportes gegeben. Die Bedeutung des Sportes für die Gesundheit und Gesundheitsvorsorge ist allgemein unstrittig.

Die Sportvereine in Niedersachsen sind überwiegend ehrenamtlich aufgestellt und finanzieren sich über Mitgliedsbeiträge sowie über öffentliche Zuwendungen oder Kredite bei Bauvorhaben.

Der Breitensport kann und muss aber auch außerhalb von Vereinen gefördert werden, um der geänderten Arbeits- und Lebenswelt der Bürger in Niedersachsen gerecht zu werden.

Öffentlich zugängliche Sporteinrichtungen und Trimm-Dich-Pfade müssen wieder Einzug in öffentliche Grünanlagen erhalten, so wie auch Anreize geschaffen werden müssen, sich im Breiten- und Vereinssport zu engagieren. Krankenkassenbeiträge in Verbindung mit jährlich abgelegten Sportnachweisen zu reduzieren, erscheint uns ebenso sinnvoll, wie verletzungsgefährliche Extremsportarten mit erhöhten Krankenkassenbeiträgen an den vermeidbaren Kosten zu beteiligen.

MUS

15. Massenzuwanderung stoppen – unsere Identität schützen

216. Niedersachsen ist kein Einwanderungsland

Die aktuelle Politik verstößt gegen den Auftrag des Grundgesetzes, den „Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden“. Sie verletzt das Prinzip der nationalen Identität und nimmt die Destabilisierung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Kauf. Eine solche Politik stellt die seit der Aufklärung in Europa entwickelten Prinzipien von Volkssouveränität und Demokratie auf den Kopf.

Die Alternative für Deutschland tritt für ein tolerantes und weltoffenes Deutschland ein. Doch Welt-offenheit ist nicht gleichzusetzen mit offenen Grenzen und Toleranz bedeutet nicht die Pflicht zur Selbstaufgabe.

Wir betrachten es daher nicht nur als das Recht, sondern auch als die Pflicht der AfD, die jahrhunderte-alte Identität Deutschlands und der Niedersachsen zu schützen.

Unsere Identität ist in Gefahr. Der Anteil von Menschen ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung ist in Deutschland in den vergangenen 50 Jahren um etwa das Sechzehnfache gestiegen. Schon jetzt leben in Deutschland mehr als 18 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Bei einer im bisherigen Tempo weitergehenden Masseneinwanderung steigt die Zahl der Migranten bis 2050 auf mindestens 35 Millionen.

Für unsere Kinder fordern wir eine Abkehr von der Politik der Einwanderung: Deutschland – und damit auch Niedersachsen – ist kein Einwanderungsland.

217. Die Massenzuwanderung erfolgt in die Sozialsysteme

Die Altparteien behaupten seit Jahren immer wieder, die Bundesländer würden Zuwanderung benötigen, da es aufgrund der zurückgehenden Bevölkerungszahl sonst zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften komme. Tatsächlich geht aber ein großer Teil der gegenwärtigen Zuwanderung am Arbeitsmarkt vorbei und direkt in die Sozialsysteme. Der Anteil von Personen ohne Berufsqualifizierung ist bei Migranten mehrfach höher als bei Deutschen, so wie die Sozialunterstützungsquote bei Zuwanderern um mehr als das Doppelte höher liegt als bei Deutschen.

Die Masse der sogenannten Flüchtlinge des Jahres 2015 wird aufgrund fehlender sprachlicher und beruflicher Fähigkeiten langfristig von Sozialleistungen leben. Allein das Land Niedersachsen muss bereits jetzt pro Jahr etwa zwei Milliarden Euro für die Bewältigung der illegalen Zuwanderung aufwenden.

Die seit Jahrzehnten stattfindende Einwanderung bildungsferner Menschen nach Niedersachsen löst also nicht das demografische Problem, sondern verschärft seine Folgen auf dramatische Weise. Sie senkt den Bildungsstand der Bevölkerung und damit ihre Produktivität ab, sie hilft nicht gegen Fachkräftemangel, sondern erzeugt Arbeitslosigkeit und belastet den Staatshaushalt.

218. Verfassungswidrige Zuwanderung beenden

Die sogenannte Flüchtlingskrise der Jahre 2015/2016 hat etwa 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland gebracht, oftmals illegal.

Artikel 16a (2) des Grundgesetzes sagt eindeutig, dass Menschen, die aus einem Mitgliedstaat der EU oder aus einem anderen Drittstaat einreisen, kein Anrecht auf Asyl besitzen.

Das deutsche Asylgesetz verlangt in §18, einem Flüchtling die Einreise zu verweigern, wenn er aus einem sicheren Drittstaat einreist. Diese Regelung entspricht auch dem europäischen Recht. Das Bundesverfassungsgericht stellte dies bereits in einem Grundsatzurteil 1996 fest.

Die Massenzuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland und die Durchführung von Asylverfahren für diese ist somit ein glatter Verfassungsbruch und verstößt gegen geltendes deutsches und europäisches Recht.

Für die AfD Niedersachsen hat es oberste Priorität, dass Deutschland die vollständige Kontrolle über die Zuwanderung wiedergewinnt.

Daher fordern wir, ständige Grenzkontrollen wieder einzuführen und damit ein illegales Übertreten der deutschen Grenze zu unterbinden.

219. Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen

Die bislang besonders nachlässige niedersächsische Abschiebepaxis muss sich allein am geltenden Recht und an den Interessen der Bürger dieses Landes orientieren.

Asyl bedeutet Zuflucht auf Zeit. Anerkannte Asylbewerber müssen nach Entspannung der Lage in ihrer Heimat konsequent zurückgeführt werden. Flüchtlingshilfe sollte grundsätzlich vor Ort geleistet werden.

Wir fordern die konsequente Rückführung illegaler Zuwanderer in ihre Heimatländer oder sichere Drittstaaten.

Wir fordern, die Abschiebehaf für ausreisepflichtige Personen bis zur Ausreise zu vollziehen, die vollständige Einstellung sämtlicher Geldzahlungen an Personen ohne gültiges Aufenthaltsrecht und die Beendigung von „Integrationsmaßnahmen“ für illegale Zuwanderer.

Wir fordern gleichfalls energische außenpolitische Maßnahmen, um die Rückführung illegaler Migranten und abgelehnter Asylbewerber in ihre Heimatländer zu ermöglichen. Fehlende Papiere dürfen kein Ausreisehindernis sein. Bei Bedarf müssen durch deutsche Behörden entsprechende Ersatzpapiere erstellt werden können. Die sogenannte „Härtefall-Kommission“ ist abzuschaffen.

Mit dem Geld, das Deutschland für die erfolglose Bewältigung der Flüchtlingskrise im eigenen Land aufwendet, könnte in den Krisengebieten weitaus mehr hilfsbedürftigen Menschen geholfen werden.

220. Einschränkung der Pull-Faktoren

Im internationalen Vergleich sind die Leistungen für Asylbewerber in Deutschland und Niedersachsen unverhältnismäßig hoch. Anerkannte Bewerber erwartet eine lebenslängliche materielle Absicherung.

Die Mittel dafür werden aufgebracht von Steuerzahlern, die schwer dafür arbeiten müssen, aber keine Wirtschaftsflüchtlinge eingeladen haben.

Die Großzügigkeit des deutschen Staates verursacht eine erhebliche Sogwirkung, die zum Tod vieler Menschen führt. Insbesondere Niedersachsen zeigt eine ausgeprägte Willkommenskultur für die sogenannten Flüchtlinge und erleichtert ihnen die Einreise über die Flughäfen und Bahnstrecken. In den meisten Fällen, ohne dass die Bevölkerung etwas davon mitbekommt. Das Land lädt damit schwere moralische Schuld auf sich. Die Asylanerkennung führt zu einer sofortigen Gleichstellung in allen sozialen Sicherungssystemen, ohne jede vorangegangene Teilnahme am Solidarsystem, insbesondere ohne Einzahlungen in dieses System. Diese Praxis belastet Niedersachsens Landesmittel und seine Kommunen unnötig und muss daher politisch geändert werden.

16. Verbrechen bekämpfen – Demokratie schützen

221. Für einen konsequenten Strafvollzug

Vertrauen in die Justiz ist essenziell. Justiz braucht Vollzug.

Die ökonomischen Standards der Gefangenen dürfen nicht höher sein als die Standards in Alten- oder Pflegeheimen. Wir nehmen es nicht hin, dass ein Straftäter im Gefängnis besser lebt als ein Rentner im Altenheim.

Die Arbeit von Strafgefangenen darf nicht in erster Linie dem Einkommenserwerb der Straftäter dienen, sondern muss wenigstens einen Teil der Gefängniskosten decken.

Viele Gefängnisinsassen sind Mitglieder von Banden oder kriminell-religiösen Vereinigungen. Die übrigen Gefängnisinsassen sind vor ihnen zu schützen. Wir wollen daher Angehörige derartiger Gruppierungen von den übrigen Strafgefangenen isolieren.

Drogen haben keinen Platz im Gefängnis. Die Persönlichkeitsrechte von Straftätern sind nachrangig, wenn es um das Aufspüren von illegalen Substanzen geht, z. B. im Rahmen routinemäßiger Durchsuchungen der Zellen durch Drogenhunde.

222. Maßregelvollzug verschärfen Resozialisierung nicht zu Lasten der Sicherheit

Gegenwärtig können die Gefängnisverwaltungen allein über die Gewährung von Lockerungen beim Strafvollzug, wie z. B. den offenen Vollzug, Urlaub und Freigang, ohne dass die Staatsanwaltschaft hiervon auch nur etwas erfährt, entscheiden. Wir wollen sicherstellen, dass die Gewährung von Lockerungen im Strafvollzug grundsätzlich von der Zustimmung der Staatsanwaltschaft abhängig ist.

Resozialisierungsmaßnahmen sind sehr kostenintensiv und werden vom Steuerzahler finanziert. Diese Mittel dürfen daher nur Straftätern zugutekommen, bei denen eine Resozialisierungsfähigkeit tatsächlich besteht. Für die Strafgefangenen dürfen Resozialisierungsleistungen nicht länger als Angebot verstanden werden; sie sind vielmehr als Chance zu begreifen, die sie sich verdienen müssen. Der im Strafvollzug dominierende Resozialisierungsgedanke darf den Anspruch der Allgemeinheit auf Schutz vor gefährlichen Straftätern keinesfalls zurückdrängen. Die Sicherheit der Bürger muss oberste Priorität haben.

223. Die politische Freiheit schützen

Während der deutsche Staat Beobachter in ferne Länder entsendet, um den demokratischen Charakter von Wahlen zu prüfen, sehen sich hierzulande Aktive der AfD Drohungen, Gewalttaten und Diskriminierungen ausgesetzt. Die Blockade von Demonstrationen und die Störung von Wahlkampfveranstaltungen der AfD sind Alltag geworden und verhindern eine faire und gleichberechtigte Teilnahme am Prozess der politischen Willensbildung. Ein Land, in dem die Veranstaltung einer Oppositionspartei nur unter Gefahr und durch einen Polizei-Kordon hindurch zugänglich ist, kann nicht mehr als eine vollgültige Demokratie bezeichnet werden.

Wir fordern daher eine Präzisierung des Versammlungsrechtes, die es unmöglich macht, Gegendemonstrationen in Sicht- und Rufweite einer politischen Veranstaltung abzuhalten. Die Teilnahme an Blockaden und gewalttätigen Demonstrationen muss empfindlich bestraft werden.

224. Wiederherstellung des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit

Der Rechtsstaat scheitert, wenn Rechtsbruch zu häufig ungesühnt bleibt und das Vertrauen in die staatliche Ordnung beim Bürger hierdurch zu sinken beginnt.

Seit Jahren nimmt Deutschland unter den EU-Mitgliedsstaaten die weitaus meisten Asylbewerber auf, die in der Regel illegal nach Europa einreisen und von einem der Vollversorgung dienenden Leistungssystem auf Kosten der Steuerzahler angezogen werden. Altbundeskanzlerin Angela Merkel hat sich in einer historisch einmaligen Fehlleistung im September 2015 über geltendes Recht hinweggesetzt und eine „Herrschaft des Unrechts“ installiert, wie dies der damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer bezeichnete. Diese „Herrschaft des Unrechts“ besteht bis heute fort und wird unter der neuen Bundesregierung mit Bundeskanzler Olaf Scholz weiter aufrechterhalten.

Besondere Schwerpunkte müssen nach unserer Überzeugung bei der Bekämpfung und Verfolgung von Gewaltkriminalität, Sexualstraftaten, Drogen- und Einbruchskriminalität sowie politisch oder religiös motivierter Kriminalität gesetzt werden. Die offenkundige Ignoranz gegenüber Straftaten aus linksextremen Unterstützerkreisen wollen wir beenden und auch hier den Rechtsstaat wieder in Vollzug setzen.

Die sogenannte Corona-Pandemie wurde außerdem von den Altparteien ausgenutzt, um nach und nach die Grundrechte außer Kraft zu setzen.

Als einzige demokratische Kraft fordert die AfD Niedersachsen kompromisslos die Einhaltung der Grundrechte und die Wiederherstellung des Rechts und widersteht dem schrankenlosen Einwanderungswahn sowie der Willkommensdiktatur der Altparteien.

225. Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte sichern

Die Vergabe von Richterstellen muss sich am Leistungsprinzip orientieren. Eignung, Befähigung und fachliche Leistung müssen die alleinigen Kriterien für die Besetzung einer Richterstelle sein. Die derzeitige Form der Besetzungsverfahren über das Justizministerium ermöglicht die Vergabe nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Einer Ämterpatronage ist somit Tür und Tor geöffnet. Werden „Vertrauensleute der Regierung“ systematisch bevorzugt, befördert das eine dem Staat geneigte Judikatur. Insbesondere die Verfassungsgerichte, aber auch die Rechnungshöfe sind vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen.

Wir wollen die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern aller Ebenen und Gerichtshöfe sowie von Staatsanwälten beenden und für die Zukunft ausschließen.

Um die Unabhängigkeit der dritten Gewalt zu stärken, werden wir ihre Selbstverwaltung ausbauen, indem wir einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat im Sinne des Modellvorschlags des Deutschen Richterbundes einrichten.

226. Jugendstrafjustiz beschleunigen, damit sie erzieherisch wirkt

Gerade im Jugendstrafrecht muss ein schnelles Handeln der Justiz gewährleistet sein. Um pädagogisch wirken zu können, muss eine kurze Jugendstrafe sehr schnell verhängt werden. Dies ist so wichtig, dass zu diesem Zweck neue Richterstellen geschaffen werden müssen. Auch kleinere Delikte wie Graffiti, Sachbeschädigungen oder Vermummung auf Demonstrationen müssen sofort bestraft werden. Die AfD Niedersachsen vertritt die „Theorie der zerbrochenen Scheibe“. Bereits eine zerbrochene Fensterscheibe oder ein einziges Graffiti führen unmittelbar zur Verwahrlosung des Wohnumfeldes. Saubere Wege und saubere Häuser sind ein wichtiges Element der Kriminalitätsprävention.

Falsche Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse oder die Lebensumstände von Tätern oder die Tolerierung vermeintlich geringfügiger Delikte setzen das falsche Zeichen. Wir dürfen nicht dazu ermuntern, die Grenzen auszutesten. Wir dulden keine „Kuscheljustiz“.

227. Jugendstraftäter nachhaltig resozialisieren

Jugendliche Wiederholungstäter müssen gezielt erzogen werden. Sie müssen lernen, sich in Selbstdisziplin und Selbstbeherrschung zu üben und erkennen, dass sich Verbrechen nicht lohnen. Die AfD Niedersachsen wird daher den Strafraumen deutlich erhöhen. Der erhöhte Strafraumen soll nicht in erster Linie zu längeren Gefängnisaufenthalten von Jugendstraftätern führen. Der Jugendliche soll vielmehr in einer ganz deutlich verlängerten Resozialisierungsphase erzogen werden. Die Gefängnisstrafen können durch den freiwilligen Aufenthalt in Besserungsanstalten ergänzt werden, welche die Reststrafe verkürzen.

Resozialisierung für Wiederholungstäter kann dann erfolgreich sein, wenn sie dauerhaft aus ihrem sozialen Umfeld genommen werden.

Durch Fußfesseln werden wir gewährleisten, dass Straftäter einer geregelten Arbeit nachgehen. Gehen sie der Arbeit nicht nach oder wird gegen Auflagen verstoßen, so wird die Strafe verlängert oder Kurzarrest im Gefängnis verhängt. In der Resozialisierung darf dem Straftäter in keinem Fall eine Sozialleistung als Geldleistung zugutekommen. Möchte der Straftäter Geld, so muss er hierfür arbeiten. Dem Straftäter soll bewusst werden, dass finanzieller Erfolg mit Arbeit zusammenhängt.

Die Resozialisierung von Jugendlichen darf auf keinen Fall mit Erlebnispädagogik verbunden werden. Es darf nicht sein, dass jugendliche Straftäter auf Staatskosten Reisen ins Ausland unternehmen können.

228. Die Streitschlichtung neu ordnen – Gerichte entlasten

Die Gerichte der ersten Instanz müssen entlastet werden.

Wir fordern daher die obligatorische außergerichtliche Streitschlichtung als zusätzliche Zulassungshürde vor der amtsgerichtlichen Erstinstanz für alle Streitwerte unter 600 €, soweit sie im bisherigen Gesetz nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist. Die juristischen Streitschlichter arbeiten ähnlich den Notaren als Organ der Rechtspflege.

Außerdem sollen bei gescheiterter Streitschlichtung die erforderlichen Sachverständigengutachten in gekürzten selbstständigen Beweisverfahren eingeholt werden. Der Streitschlichter gibt sodann eine juristische Stellungnahme mit Votum ab.

Den Streitschlichter muss der Unterlegene bezahlen, wenn das Votum des Streitschlichters mit dem Urteil der ersten Instanz übereinstimmt. Im Übrigen trägt die Staatskasse die Kosten. Die Gebühren der Streitschlichtung müssen dem Arbeitsaufwand des Streitschlichters angepasst werden.

Die obligatorische außergerichtliche Streitschlichtung soll nur durch Juristen erfolgen. Es darf sich keine Paralleljustiz etablieren. In keinem Fall ist die Scharia Teil der deutschen Rechtsordnung, auch nicht bei kleineren Konflikten.

229. Der Schutz der Bürger hat Vorrang

Es ist nicht hinnehmbar, dass Kriminelle in kürzester Frist wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Bei Wiederholungstätern ist Wiederholungsgefahr als Haftgrund offenkundig und Untersuchungshaft daher grundsätzlich anzuordnen. Die vorhandenen Instrumente müssen durchgesetzt werden. Verdächtige mit ungeklärter Identität oder mehreren Staatsangehörigkeiten sind wegen Fluchtgefahr generell in Haft zu nehmen. Die Zahl der Haftplätze muss erhöht, die Verfahrensdauer deutlich beschleunigt werden, um Abschreckungseffekte zu erzeugen.

Die aktuelle Praxis des niedersächsischen Strafvollzugs für besonders gefährliche Verbrecher ist unverantwortlich. In Niedersachsen entweichen jedes Jahr etwa 15 hochgefährliche Insassen aus dem Maßregelvollzug, mit oftmals schlimmen Folgen für die Bevölkerung. Es kommt immer wieder zu Gewaltver-

brechen sowie zu versuchten und vollendeten Tötungsdelikten durch entwichene Häftlinge. Dasselbe gilt für Häftlinge, die in Phasen von Lockerungen das Haftgelände für einen bestimmten Zeitraum legal verlassen dürfen.

Wir fordern daher, den Maßregelvollzug zu verschärfen, die Kapazitäten auszubauen und Hafterleichterungen einzuschränken. Der Schutz der Allgemeinheit hat für uns Vorrang vor der Resozialisierung einzelner Straftäter.

230. Schluss mit geschönten Statistiken

Die Kriminalitätsstatistik und wissenschaftliche Studien belegen die höhere Kriminalität von Ausländern sowie Deutschen mit Migrationshintergrund besonders bei der Gewaltkriminalität. Die Erfassung der Identität aller einreisenden Nicht-EU-Bürger ist ausnahmslos vorzunehmen. Die Ausweisung ausländischer Straftäter in ihre Herkunftsländer würde eine deutliche Erhöhung der Sicherheit zur Folge haben und muss durchgesetzt werden. Um präventiv besser wirken zu können, müssen alle Daten in der Kriminalstatistik zur Auswertung und Analyse erhoben und bereitgestellt werden.

231. Mehr Personal für die Justiz

Die Judikative ist eine wichtige Säule unserer Demokratie. Die Funktions- und Leistungsfähigkeit unserer Justiz gegen Kriminalität und bei der Bearbeitung von Zivil- und Verwaltungsverfahren kann nur mit noch mehr Personal nachhaltig gesteigert werden. Die Richterschaft, der Justizvollzugsdienst und andere Berufsgruppen in der Justizverwaltung stehen aufgrund der Altersstruktur in den nächsten Jahren vor einer Pensionierungswelle. Zudem gestaltet sich besonders im Justizvollzugsdienst die Nachwuchsgewinnung als schwierig.

Die AfD Niedersachsen fordert daher eine signifikante weitere Aufstockung des Personals, insbesondere bei Richtern, Staatsanwälten, Bewährungshelfern und Verwaltungsangestellten. Für den Justizvollzugsdienst ist eine wahrnehmbare Einstellungsoffensive durchzuführen sowie die Attraktivität dieses Berufes durch finanzielle Anreize zu steigern.

232. Personal im Strafvollzug richtig einsetzen

Auf der einen Seite sind völlig überlastete Staatsanwaltschaften und Gerichte sowie eine ausgedünnte und politisch am Gängelband geführte Polizei der Grund dafür, warum sogar bekannte Intensivtäter immer wieder ihr Unwesen treiben können. Auf der anderen Seite existiert in Niedersachsen ein ausgefeiltes System sozialer und rechtlicher Betreuung, das sich um die Belange von Straftätern kümmert von den strafrechtlichen Ermittlungen zu Beginn bis zur Zeit nach Verbüßung der Strafe zum Zwecke der Resozialisierung. Diese jahrzehntelange falsche Schwerpunktsetzung der Altparteien muss beendet werden. Natürlich sollen im erforderlichen Umfang auch Betreuungsangebote für Straftäter sichergestellt werden, um Resozialisierungschancen zu nutzen.

In erster Linie bedarf es aber einer konsequenten und zeitnahen Ahndung jedes Rechtsbruchs. Zu diesem Zweck wollen wir die erforderlichen finanziellen, materiellen und technischen Mittel bereitstellen, um Staatsanwaltschaften und Gerichte personell und materiell in die Lage zu versetzen, Straftaten konsequent und schnell aufzuklären, anzuklagen und Recht zu sprechen.

Eine handlungsfähige Justiz ist für uns eine Selbstverständlichkeit und gehört zu den Grundfaktoren für das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Hierfür ist neben der Schaffung neuer Stellen auch die Digitalisierung der Justiz voranzutreiben. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Verfahrensdauer bei Gericht erheblich verkürzt wird und Fristen gewahrt bleiben.

233. Größere Realitätsnähe der Strafjustiz herstellen

Bei Strafverfahren wegen schwerer Gewalt und/oder Eigentumsdelikten fallen Urteile gegen Angehörige mancher Gruppen oft unverhältnismäßig mild aus, was sowohl den Abschreckungseffekt der Strafverfolgung als auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Effizienz der Rechtspflege negativ beeinflussen muss.

Wir fordern daher, dass Richter an Strafkammern insbesondere in größeren Städten jeweils eine Woche pro Jahr die örtlichen Polizeikräfte in Problemgebieten im Streifen- und Einsatzdienst begleiten, um einen besseren Eindruck der Situation vor Ort zu bekommen.

234. Recht sprechen – kein Bonus für Prominente und Reiche

Sogenannte „Deals“ haben im Strafrecht nichts zu suchen. Bei Strafverfahren müssen am Ende Urteile stehen, die nicht wie Vergleiche anmuten. Wir fordern, dass im Strafverfahren die Wahrheitsfindung im Mittelpunkt steht und bei der Strafzumessung das Gesetz eingehalten wird.

Urteilsabsprachen im Strafverfahren, die einer quasi vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Gericht und den Verfahrensbeteiligten gleichkommen, stehen mit dem Rechtsempfinden der meisten Bürger nicht im Einklang und beeinflussen das Ansehen der Justiz sowie das Vertrauen der Bevölkerung in deren Unabhängigkeit nachteilig. Im Strafrecht haben Geschädigte und die Angeklagten ein Recht auf ein Urteil. In diesem Zusammenhang darf es keine sogenannten Prominentenboni bei der Strafzumessung geben. Wer das Gesetz bricht, soll ungeachtet seiner gesellschaftlichen Stellung bestraft werden.

Bei der Aussetzung von Strafen zur Bewährung fordern wir eine restriktivere Vorgehensweise. Straftäter dürfen nicht den Eindruck haben, dass die Begehung von Straftaten keine ernst zu nehmenden Sanktionen nach sich ziehen.

235. Effektivität im Justizsystem wiederherstellen

Die AfD Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass alle bestehenden Gesetze auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft und alle nicht notwendigen Gesetze aufgehoben werden. Insbesondere kann es nicht sein, dass die Gerichte immer wieder hastig und unüberlegt verfasste Vorschriften prüfen und aufheben müssen.

Ferner ist sowohl bei bereits bestehenden Gesetzen als auch beim Erlassen neuer Gesetze stets darauf zu achten, wie sie so gestaltet werden können, dass sie gut justiziabel sind. Das bedeutet, dass Gesetze einfache und klare Regeln enthalten sollen, die nach Möglichkeit bereits vom Ansatz her Zweifelsfragen nicht aufkommen lassen und Entscheidungskriterien enthalten, die an leicht ermittelbare Umstände anknüpfen.

236. Opfer- und Zeugenschutz ausbauen; Schutz der Richter

Zur wirksamen Verfolgung von Verbrechen der organisierten Kriminalität sowie von Gewaltverbrechen ist der Schutz der Richter insbesondere vor Einschüchterung sowie eine Stärkung des Opfer- und Zeugenschutzes erforderlich. Es muss verhindert werden, dass jemand aufgrund seiner Bereitschaft vor Gericht auszusagen ein zweites Mal zum Opfer wird. Auch dürfen Straftäter nicht deswegen ungeschoren davorkommen, weil sie Zeugen oder Richter einschüchtern konnten.

237. Opferanwälte für Nebenkläger

Wenn der Täter Anspruch auf einen Pflichtverteidiger hat, muss auch das Opfer über eine juristische Unterstützung verfügen. Wir wollen daher jedem Opfer als Nebenkläger im Strafverfahren kostenfrei einen Opferanwalt zur Seite stellen. Wir wollen zudem die Rechte von Opfern sowie deren

Angehörigen im Strafverfahren ausweiten. Insbesondere für traumatisierte Personen muss eine intensivere und individuell angepasste Opferbetreuung durchgeführt werden. Weiterhin wollen wir in Niedersachsens Gerichten geschützte Zeugenschutzzimmer und Vernehmungszimmer mit Videotechnik einrichten lassen, um auch hier eine Bedrohung und Beeinflussung auszuschließen.

238. Keine kulturellen und religiösen Vorbehalte – kein Scharia-Recht auf deutschem Boden

Unser Rechtssystem wird immer weiter aufgeweicht. Häufig werden Straftaten bei entsprechendem kulturellem Hintergrund der Täter nicht angemessen geahndet.

Wir lehnen jede Aufweichung der bestehenden deutschen Strafgesetzgebung aufgrund einer Rücksichtnahme auf Eigenheiten und Rechtsnormen anderer Kulturkreise ab. Religion, Kultur und Ideologie dürfen keinen mildernden Einfluss auf das Strafmaß haben.

Wir sind gegen jegliche Art von Paralleljustiz und fordern deren konsequente Verfolgung im Rahmen des geltenden Rechts. Wer in Deutschland leben möchte, hat sich über unser Rechtssystem zu informieren und es zu respektieren.

Eine Regelung von Konflikten nach dem Gesetz der Scharia, und sei es auch nur ansatzweise, darf es in Niedersachsen nicht geben.

Die bestehenden Rechtsnormen des Internationalen Privatrechts bleiben von dieser Stellungnahme unberührt.

239. Keine Staatsverträge mit den islamischen Verbänden

Jegliche Staatsverträge mit den islamischen Verbänden wie in Hamburg lehnt die AfD Niedersachsen kategorisch ab.

240. Keine Gendersprache in der Justiz

Gendergerechte Sprache hat in der Justiz nichts verloren. Klare, verbindliche Gesetze und Urteile, für die der Staat verantwortlich ist, bedürfen einer präzisen und korrekten Sprache. Die Verwendung gendergerechter Schriftsprache ist zu untersagen, um für Verständlichkeit und Klarheit zu sorgen.

241. Einfach gelagerte Strafverfahren zeitlich straffen

Wir wollen die niedersächsischen Staatsanwaltschaften ermutigen, das in der Strafprozessordnung vorgesehene beschleunigte Verfahren verstärkt einzusetzen, so dass zwischen Tat und Urteil nur wenig Zeit vergeht. Durch die zeitliche Straffung einfach gelagerter Strafverfahren kann die erzieherische Wirkung gerade auch bei Jugendlichen und Heranwachsenden besser zur Geltung kommen. Daher setzen wir uns dafür ein, das beschleunigte Verfahren auch auf das Jugendstrafrecht auszuweiten.

17. Die Europapolitik gefährdet unseren Wohlstand

242. Schluss mit der Inflationierung unseres Geldes durch die EZB

Allein in den letzten zwei Jahren haben die Zentralbanken im Umfang von 16.000 Milliarden neues Geld geschaffen (ca. 4000 Milliarden Euro durch die EZB). Dies hat im Ergebnis zu zwei Effekten geführt. Die Vermögenspreise sind enorm gestiegen, d. h. viele Milliardäre haben durch Corona ihr Vermögen verdoppelt. Auf der anderen Seite hat das Geld die Spekulation mit Rohstoffen angekurbelt. Egal ob Holz, Kupfer usw., die Preise sind explodiert. Der Endverbraucher bekommt immer weniger für Lohn und Rente und muss immer mehr für Lebensmittel, Energie und Miete ausgeben.

Die AfD fordert daher ein sofortiges Ende der Inflationierung unseres Geldes durch die EZB und eine Rückkehr zur Stabilitätspolitik statt immer höherer Inflationsziele.

243. Bargeld muss weiter vollumfänglich Zahlungsmittel bleiben

Die EU-Kommission und auch der Europäische Gerichtshof haben in der letzten Zeit Entscheidungen getroffen, die das Bargeld immer weiter untergraben. Die Einführung eines digitalen Euro wird die Abschaffung zusätzlich vorantreiben.

Die AfD fordert daher eine verbindliche Annahme- und Ausgabepflicht für Bargeld in allen Bereichen der Wirtschaft durch die Verankerung im GG.

244. Ende der Finanzierung Südeuropas durch Target 2-Schulden

Mit aktuell 1200 Milliarden Euro ungedeckter, unbesicherter Target 2-Forderungen sind andere Euro-Zentralbanken bei der Bundesbank verschuldet. Namhafte Ökonomen warnen daher davor, dass die Bundesbank im Falle eines EU-Austritts von z. B. Italien insolvent würde und vom deutschen Steuerzahler rekapitalisiert werden müsste.

Die AfD fordert daher in einem ersten Schritt die sofortige Einhaltung der geltenden EU-Verträge, welche die aktuell betriebene rechtswidrige Staatsfinanzierung oder auch die Vergemeinschaftung der Schulden verbieten.

In einem 2. Schritt muss die Zuständigkeit in allen monetären Fragen (Geld, Banken, Steuern, Haushalte/Verschuldung...) in die nationale Hoheit zurückgeführt werden.

245. Enteignung der deutschen Sparer stoppen

Seit über 10 Jahren drückt die EZB das Zinsniveau für Sparer und Inhaber von Lebensversicherungen immer weiter auf zuletzt negative Werte. Dieser völlig absurde Zustand dient einzig und allein dazu, die völlig überschuldeten Eurostaaten insbesondere in Südeuropa irgendwie vor dem Kollaps zu retten. All dies geschieht aber auf Kosten der privaten und betrieblichen Alterssicherungen. Immer mehr Pensionskassen und Lebensversicherungen geraten daher in Schwierigkeiten, von negativen „Erträgen“ für Sparer und Versicherte ganz zu schweigen.

Die AfD fordert daher das sofortige Ende der Zinsmanipulation durch die EZB die zudem über Immobilienpreis-Explosion die Mieten immer weiter in die Höhe treibt.

18. Die Bundeswehr ist uns in Niedersachsen willkommen – wir stehen hinter unserer Bundeswehr

246. Streitkräfte sind wesentlicher Ausdruck staatlicher Souveränität!

Die AfD steht hinter der Bundeswehr, ihrer Einbindung in das kollektive Verteidigungsbündnis der NATO und bei der Erfüllung ihres militärischen Auftrages in Niedersachsen und im Ausland.

Wir begrüßen Übungen der Bundeswehr und verbündeter Truppen in der Fläche sowie das Wirken der Jugendoffiziere in den Schulen im Rahmen einer notwendigen sicherheitspolitischen Information; mithin sehen wir die Jugendoffiziere auch als notwendige „Werbeträger“ für den Beruf des Soldaten in einer Zeit der Aussetzung der Wehrpflicht!

Das Auftreten der Bundeswehr in Niedersachsen fördert die Verbundenheit der Bevölkerung mit den Streitkräften sowie das Verständnis für den Auftrag unserer Soldaten.

Unsere Verbundenheit gilt den Soldaten, den Reservisten, den Veteranen und ihren Familien. Der Soldat in Uniform muss geachteter Teil des öffentlichen Lebens in unserm Land sein.

247. Die Bundeswehr ist traditionell wichtig für Niedersachsen

Die AfD fühlt sich mit ihren Soldaten in einer die Generationen übergreifenden Tradition verbunden. Niedersachsen ist mit seinen ca. 50 Standorten und NATO-Truppenübungsplätzen einer der bedeutendsten Stationierungsräume aller Teilstreitkräfte und übender NATO-Kontingente in Deutschland. Die dauerhafte Präsenz deutscher Soldaten in Niedersachsen ist ein bedeutender Wirtschafts- und Sicherheitsfaktor. Streitkräfte sind Arbeitgeber, direkte und indirekte Steuerzahler durch die Soldaten und ihre Angehörigen sowie Auftraggeber für lokale Betriebe.

Zur gefechtsnahen Aus- und Weiterbildung sowie Inübnunghaltung sind die im Land liegenden Truppenübungsplätze unverzichtbar. Über diese Nutzung hinaus bilden sie Biotope, gesuchte Lebensräume für die heimische Fauna und Flora.

Unsere ca. 30 000 Soldaten in Niedersachsen, das Landeskommando Niedersachsen, unsere Reservisten, sind uns willkommene und wertvolle Unterstützung im Katastrophenschutz; siehe Brand in der Lüneburger Heide, Hochwasserschutz an der Elbe, Einsatz der „Sanität“ wider das Virus!

Wir unterstützen den verfassungsgemäßen Einsatz der Bundeswehr in Niedersachsen und ihren Dienst im Rahmen der nationalen Sicherheitsvorsorge.

Wir fordern, dass ehemalige Liegenschaften und Kasernen für eine Nutzung durch die Bundeswehr in Krisenzeiten, d. h. den dann notwendigen Streitkräfteaufwuchs, in Betrieb gehalten werden. Sie dürfen nicht als „Flüchtlingsunterkünfte“ oder Gewerbebetriebe zweckentfremdet werden.

In Zeiten, in denen deutsche Panzer in einen fremden Krieg gesendet werden sollen, aber die verfassungsgemäße Verteidigungsfähigkeit unserer Nation darniederliegt, ist für die Wähler der Alternative für Deutschland die Bundeswehr ein Raum freien und treuen Dienens, welches wir im privaten und politischen Handeln stützen und fördern.

248. Krieg ist kein Mittel der Politik

Die AfD ist gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes. Zumal, wenn diese ohne UN-Mandat erfolgen. Die Aufgabe der Bundeswehr ist die Landesverteidigung im Rahmen des westlichen Bündnisses und nicht die Unterstützung geostrategischer Interessen anderer Länder.

Wir wenden uns daher auch entschieden gegen Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete, egal, ob in Europa, der arabischen Welt oder anderswo.

Diese Politik hat sich in über 70 Jahren bundesdeutscher Geschichte bewährt und muss beibehalten werden. Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz sind, gerade für uns als Deutsche, Grundelemente der Demokratie und daher in anderen Ländern ebenfalls einzufordern.

WUUS

MUS

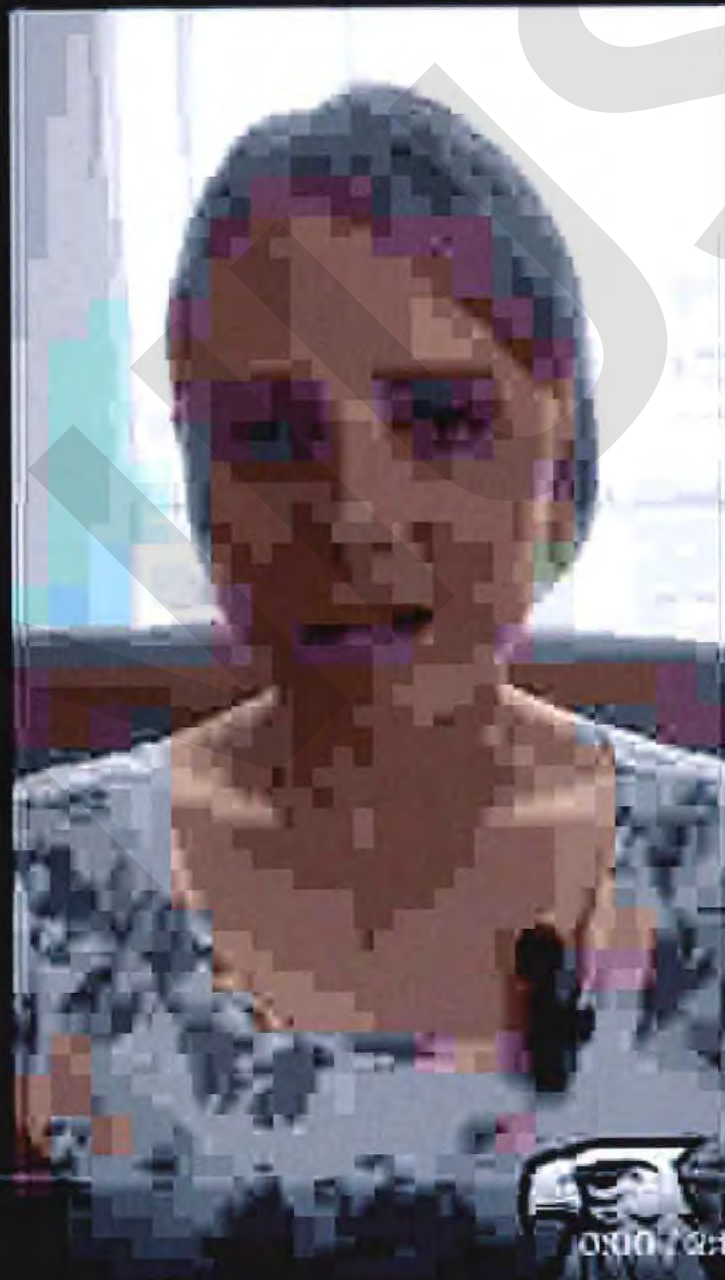
NMUS

MUS

Ab jetzt WÖCHENTLICH und EXKLUSIV: Die BRANDNEUE 🔥
DeutschlandKURIER 🇩🇪 -Klartextkolumne der familienpolitischen
Sprecherin der AfD-Fraktion im Landtag von Niedersachsen, Vanessa
Behrendt!

Erste Folge JETZT ANSCHAUEN! 🇩🇪 🤖

via [@MdBehrendt](#) und [@AFDFraktionND](#)



10:07



++ WARNUNG ++ WARNUNG ++ WARNUNG ++



++ WARNUNG ++ WARNUNG ++

»MAP Pride« Erkennungszeichen von Pädophilen!

- ▶ „MAP“ steht für „Minor Attracted Person“, also Leute, die sich sexuell von Minderjährigen angezogen fühlen. Es handelt sich um die verharmlosende Eigenbezeichnung von Pädophilen.
- ▶ Mit der „MAP Pride“-Flagge haben sich Pädos ein Symbol gegeben. Damit zeigen sie, dass sie in ihrer Neigung nichts Falsches sehen, sondern stolz darauf sind.
- ▶ Bei Sichtung der Pädos-Pride-Flagge sofort die **Polizei verständigen**.

! Dieses Pädophilen-Symbol wurde schon beim **Christopher Street Day** in Köln mitgeführt. Später bekannte sich die Online-Pädos-Plattform „**Krumme 13**“ zu der Aktion und warb um Toleranz.



Diese Flagge steht für

- 1 Frühsexualisierung**
- 2 Genitalverstümmelung**
- 3 Verabreichen von Hormonen an Kinder**
- 4 Doktorspielräume in Kitas**
- 5 Kinder-Drag-Queen-Shows**
- 6 Leugnung von Biologie**
- 7 Männer im Frauensaunas und in Damensaunas**



Quelle: Behremit 2011

Photo: Bildzeitung

JETZT SPENDEN!

www.afd-niedersachsen.de/spenden

AFD Niedersachsen

Bank: Sparkasse Hannover

IBAN: DE57 2505 0180 0910 4083 86

BIC: SPKHDE2HXXX

Bitte geben Sie im Verwendungszweck Ihre Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenquittung zukommen lassen können.

Gleich zu PayPal!



Bereit für mehr?

Jetzt Mitgliedsantrag anfordern unter:

www.afd-niedersachsen.de/mitglied-werden

AFD Niedersachsen
Am Brühlke 14 (Haus 3)
30519 Hannover
lp-squad-niedersachsen.de

Bildnachweise: iStock, IMAGO / Eibner Europa, IMAGO / Images





Das Regenbogen-Regime regiert!

► **Frühsexualisierung ist Staatsdoktrin:** Laut offizieller Standards von Bund und WHO sollen schon **Kleinkinder Masturbieren, lernen** und selbst Babys werden als „sexuelle Wesen“ bezeichnet.

► Aus immer mehr Kitas werden verstörende „Sexualkonzepte“ geleakt. Kinder werden zu Sexspielen animiert, „orale Handlungen an den Geschlechtsorganen“ als normal begrüßt

Standards für die Sexualaufklärung in Europa

(Berlin), „Anfassertabellen“ (NRW)

verteilt und Miss-

brauch unter den

Kindern wie das

Urinieren in

den Mund und

das Einführen

von Käfern u.

Stöcken vor

den Eltern

verheim-

licht und

relativiert.

► **Babys seien „sexuelle Wesen“**

► **„lustvolle Erfahrungen körperlicher Nähe“**

► **„frühkindliche Masturbation“**

► **Erwachsene sollen helfen**

► **Kinder-Sexualität als „Menschenrecht“**

Wir erleben die Legalisierung von Pädophilie!

► **Kuscheln mit Fremden:** Das ist das „Konzept“ von „Original Play“, Fremde Männer kommen in die Kita und „rangeln“ im intensiven Körperkontakt mit den Kindern. Eine **Einladung an Pädophilie!**

Hier ist „Original Play“ bereits verboten:

Rheinland-Pfalz

Brandenburg

Bayern

Hamburg

Bremen

Berlin

Sachsen



► **Die AfD fordert:** Verbot für Körpererkundungsräume und „Original Play“, lebenslanges Berufsverbot für Erzieher mit pädophilen Neigungen!

! Tipp für Eltern:

Fragen Sie Ihre Kita oder deren örtliche Träger, ob in der Einrichtung ein Sexualkonzept existiert. **Wichtig: schriftlich!**



Trans-Propaganda für die Kleinsten?

- Kinder brauchen keine **Drag-Queens**, aber Drag-Queens scheinbar Kinder: **Trans-Aktivist:innen** veranstalten immer öfter einschlägige Lesungen für Kinder.
- Sie propagieren **schwängere Männer** und die beliebige **Wahl des Geschlechts**.
- Kinder werden dadurch stark in ihrer geschlechtlichen **Identität** verunsichert.

Das sind Geschlechter:



Das sind soziale Konstrukte:



Im falschen Koffer gefangen: Folge Gender-Therapie!

Der Diagnose „Trans“ folgt **Trend-Therapie**: erst Pubertät dann Hormone und am Ende: Risiken werden verharmlicht **vieler Nebenwirkungen**



Pubertätsblockade

Unterdrücken wichtige Reifung des Kindes. **Depressionen u. Wahnstörungen** sind bekannte Konsequenzen

Hormontherapie

Gegengeschlechtliche Hormone führen zu **Unfruchtbarkeit** und zu gefährlichen **Gefäßserkrankungen**

Transgender-Operationen

„Geschlechtsangleichende Operationen“ hinterlassen sehr oft **chronische Schmerzen** und die **Unfähigkeit zu GV**.

Anzahl Betroffener mit Beschwerden nach Gender-OP: **29%** Inkontinenz

Schmerzen beim Sex bei Bewegung

Themenbeiträgen versorgt zu werden, und das soll und wird auch in Zukunft so bleiben. Heute jedoch möchte ich eine meiner sehr seltenen Ausnahmen von diesen künstlichen Beiträgen machen und Ihnen in meiner heutigen Kolumne stattdessen in eigener Sache schreiben.

Sie werden vermutlich bereits erfahren haben, dass ich am gestrigen Freitag, den 28.11., nach 8 1/2 Jahren Mitgliedschaft in der Partei Alternative für Deutschland (AfD), davon seit gut 6 1/2 Jahren ohne Unterbrechung als einer ihrer besten Vorsitzenden (in der AfD Bundesvorsprecher genannt) mit stufenloser Wirkung meinen Rücktritt vom Parteivorstand und der Leitung der AfD-Delegation im Europäischen Parlament sowie zugleich meinen Austritt aus der Partei erklärt habe. Kurzum, nach vielen Jahren überaus intensiven täglichen Einsatzes für die Partei habe ich am gestrigen Tag einen Schlussstrich gezogen und mein politisches Engagement für die AfD beendet.

Ich muss Ihnen vermutlich kaum erklären, dass mir diese Entscheidung nach all den Jahren und ungezählten Tausenden an ehrenamtlichen Arbeitsstunden, nach all dem Engagement für das politische Vorankommen der Partei AfD als andere als leichtgefallen ist. Dennoch: Dieser Schritt erfolgte nach sehr langer und sehr mühsamer Überlegung und in der sicheren Gewissheit, dass er zum jetzigen Zeitpunkt unvermeidlich, notwendig und richtig ist.

Mit mir dabei bewusst, dass ich mit diesem Rückzug aus der AfD vielen Menschen innerhalb wie außerhalb der Partei, die mich und meine Arbeit seit Jahren hoch wertschätzen, eine erhebliche Frustration zumutet. Gerade das hat mir diese Entscheidung so schwergemacht. Zugleich weiß ich natürlich auch, dass der gestrige Tag für einige herausragende Funktionäre der Partei, die lange- und dann höchst eilig - keine Mühe gescheut haben, meinen Abschied aus der Partei zu erwirken, ein Tag der Freude war und in manchen Kreisen vermutlich der eine oder andere Korkhol gebrüllt haben dürfte. Wie weit diese Freude reicht, mag dann die Zukunft zeigen.

Für meine Entscheidung durfte das nicht ausschlaggebend sein und war es auch nicht. Nicht die Zustimmung für die einen, noch das Frohlocken der anderen. Die Frage, die ich mir beantworten musste, war stattdessen eine zweifache: Zum einen: Siche ich in dem politischen Projekt AfD als gesamtdeutsche Partei noch eine Zukunft? Zum anderen: Kann ich durch meine Arbeit für die Partei riesen auf einen Weg bringen, der sie eine vernünftige und echte Alternative für Deutschland sein lässt und den ich mitgehen kann und möchte?

Liebe Leser, ich denke, Sie kennen durch die langjährige Lektüre meiner Kolumnen meine Art zu arbeiten, meine Sicht der Freiheitlichkeit und Rechtfertigbarkeit verpflichteter politischer Ziele, und letztlich sogar mit der Zeit mich selbst als Person ein wenig. Dann wissen Sie, dass ich politische Arbeit vor allem als etwas Inhaltliches verstehe, das auf Daten, Fakten, Empirie, bestehende Studien und das besten Lösungen für die gesellschaftlichen Fragen und Probleme, die nur im politischen Raum zu lösen sind. Effektiv und wirksam sind mir hier zweiwörter, und ich verstoche kein starkes simplifizierendes Krakeelen und eitle Selbstaufzwickungen (beides geht oft Hand in Hand). Darum habe ich immer für ein politisches Handeln und auch Arbeiten mit Maß und Mitte geworben und gekämpft, und ich werde das in meiner politischen Arbeit so auch weiterhin tun. Leider konnte ich mich mit diesem Anspruch, dass Maß und Mitte bei aller notwendigen Härte in der inhaltlichen Auseinandersetzung das Erscheinungsbild der gesamten Partei in der Öffentlichkeit prägen mögen, trotz aller Bemühungen darum in keiner Weise durchsetzen.

Auf etlichen Parteitag, so etwa bei meiner letzten Wiederwahl in Braunschweig und noch deutlicher auf dem Parteitag in Köln 2020, habe ich deutlich vor den Gefahren einer zunehmenden Radikalisierung gewarnt, eine dringend notwendige Disziplinierung und Professionalisierung der Partei angemahnt, damit die Partei schrittweise in die Fähigkeit zur Übernahme von Gestaltungs- und Regierungsverantwortung hineinwachsen könne.

Heute Ende Januar 2022, nach Jahren gefühlgeladener Weibens und intensiven Kämpfers für einen strikt vernunftgeleiteten und multivollen Kurs der Partei, besteht für mich kein Restzweifel mehr, dass ich mit diesem Austritt aus der Partei nicht durchgehen konnte und dies auch in Zukunft nicht zu erwarten wäre.

Große Teile der Partei und mit ihr für etliche ihrer führenden Repräsentanten haben sich für einen immer radikaleren, nicht nur sprachlich enthemmteren Kurs, für politisch Positionen und verbale Entgleisungen entschieden, die die Partei in vollständige Isolation und immer weiter an den politischen Rand treiben. Ich würde Dutzende an konkreten Beispielen dafür nur aus einer First weniger zurückliegender Monate zu beibringen, verziehe mir hier aber, das im Einzelnen anzuhören.

Besonders erschüttert ist für mich, bis nicht ganz wenige Parteimitglieder immer wieder eine tiefe, auch verbal artikulierte Verachtung für Außenstehende wie auch für die etablierten und bewährten Medienkanäle der parlamentarischen Demokratie erleben zu müssen. Wer daran festhält, dass die Parlamente in unserem politischen System der natürliche und vörrangige Ort der politischen Auseinandersetzung sind und dass diese Auseinandersetzung in Respekt vor dem Anderen stattfinden hat, wird in diesen Kreisen schnell als „Systemling“ verunglimpft, dies durchaus auch von Abgeordneten mit eigenem Mandat und nicht gerufen damit einbezogenen und selbst gern in Anspruch genommenen Annehmlichkeiten des Parlamentarismus.

Ich kann und werde diesen in das völlige politische Abseits führenden Kurs, der zwischen etwas regelrecht Sektenspezifisches, weil nur die Meinung der eigenen Blase als einzige mögliche Wahrheit akzeptierend, an sich hat, aus Selbstachtung und Verantwortungsbewusstsein nicht mittragen.

Nach sehr eingehender Prüfung kann ich mit besa die oben aufgeführten Fragen nur negativ beantworten: Ich sehe in dem politischen Projekt AfD als gesamtdeutsche Partei keine Zukunft mehr. Die Möglichkeit, die durchaus bestanden hätte, durch ein politisches Erwachenwerden in echte gestalterische Verantwortung für eine bessere Politik für unser Land hineinzuwachsen, wurde durch weit verbreitete Disziplinlosigkeit, Diktatorismus, Kartellismus, Opportunismus und allgemein mangelnde politische Reife verort sie weit auch nicht wiederkommen. Und ich sehe keine Chance mehr, durch mein weiteres Engagement in der Partei diesen Weg abzuwenden, es fehlt der Wille dazu bei zu vielen, und es sind auch die politischen Grundüberzeugungen in der Partei (Frankfurter) zu heterogen dazu.

Darum ziehe ich für mich die unvermeidliche Konsequenz des Parteiaustritts. All jene, die sich gemeinsam mit mir für einen strikt vernunftgeleiteten und multivollen Kurs der Partei eingesetzt haben, bitte ich von ganzem Herzen um Verständnis für diesen Schritt.

Liebe Leser, war es das jetzt etwa? Nein, das war es natürlich nicht!!!

Selbstverständlich geht es weiter. Hier auf meiner Seite im gewohnten Turnus aus „Meinungen am Mittwoch“-Videe und „Samstagsgedanken“-Kolumne, und natürlich auch mit meiner politischen Arbeit. Mein Mandat im Europäischen Parlament, in das ich im Jahr 2019 erneut gewählt wurde, werde ich weiterhin wahrnehmen und meine politische Arbeit dort entschlossen fortsetzen. Für mich ist diese Entscheidung keineswegs nur ein Abschied, sondern vor allem ein Aufbruch. Wohin und zu welchen neuen politischen Projekten mich dieser Aufbruch führt, wird sich in der nächsten Zukunft zeigen, und ich würde Sie dies hier zu gegebener Zeit wissen lassen.

Deutschland braucht demgegenüber dem je eine andere Politik als die der uns regierenden Ampel-Koalition, ich will und werde meinen persönlichen Beitrag dazu leisten.



Captured at: 08/08/2025 08:55

0335

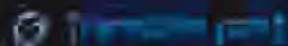
URL: <https://x.com/KrahMax/status/1833043735283658845>

658845



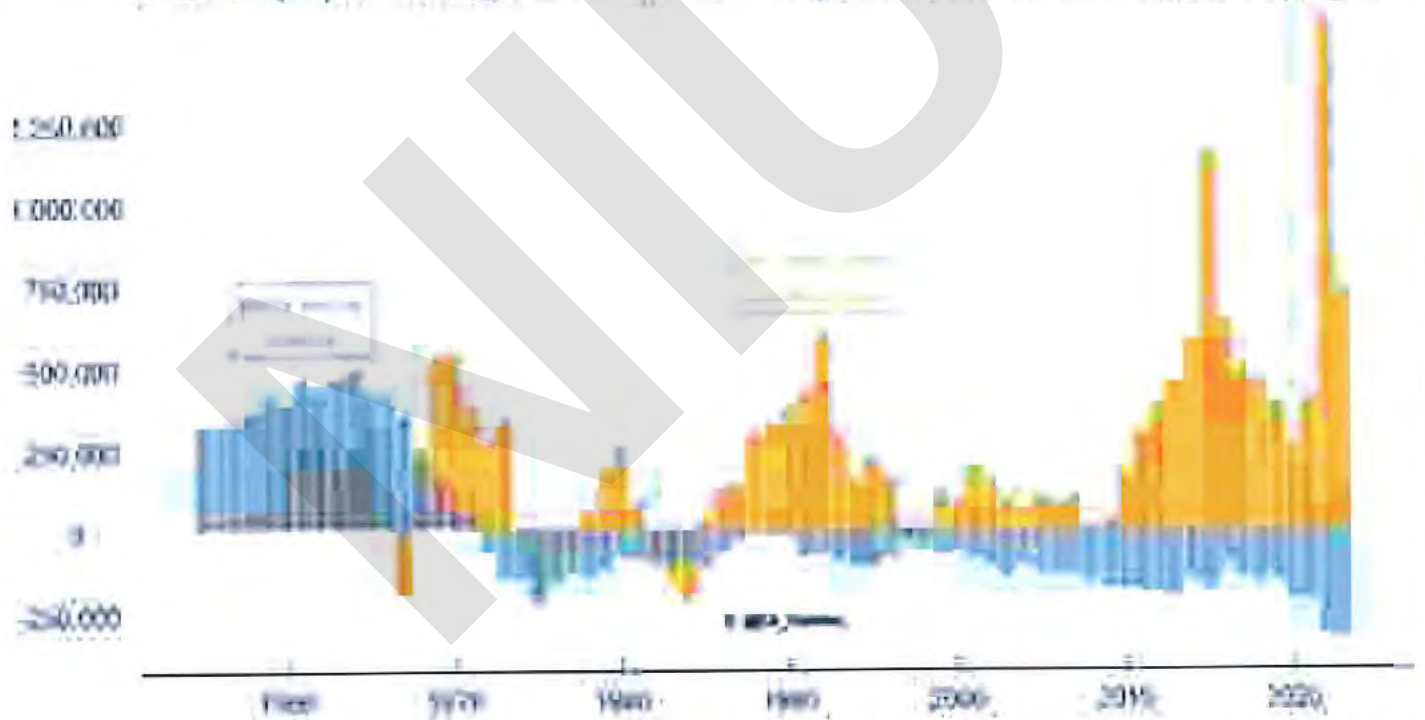
Dr. Maximilian Krah MdB

@KrahMdB

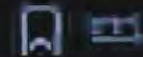
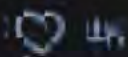


Deutschland: Masseneinwanderung bei gleichzeitigem Sterbeüberschuss der Autochthonen, das ganze seit fast 50 Jahren mit Eskalation ab 2010. Natürlich ist das ein Bevölkerungsaustausch!

Natural population growth and net migration to Germany, 1955-2023



8:24 AM Sep 9, 2024 · 122.8K Views





AFD-Stadtratsfraktion Hannover

3 Std. · 🌐



➔ Alternative Gewerkschaft Zentrum gründet Regionalbüro in Hannover ➔

Die Gewerkschaft Zentrum gab in der gestrigen Pressekonferenz in Hannover bekannt, ab 1. Mai 2025 ein Regionalbüro in Hannover zu eröffnen. Eine echte Alternative zu den ideologisch verbläuteten DGB-Gewerkschaften!

Während Verdi & Co. lieber gegen rechts „kämpfen“ als sich um die echten Probleme der Beschäftigten zu kümmern, setzt sich Zentrum für die Arbeitnehmerinteressen ohne rot-grünen Beigeschmack ein.

Jens Keller, Ex-Verdi-Mitglied, übernimmt die Leitung des Regionalbüros Nordwest. Verdi wollte ihn wegen seiner politischen Haltung und aktiven AfD-Mitgliedschaft ausschließen. Bei Zentrum hat er nun eine neue Heimat gefunden. Hier will er sich besonders für Beschäftigte im öffentlichen Dienst stark machen, denn auch da sieht er großes Potenzial. Aber auch für alle anderen Mitglieder aus Norddeutschland, vom Handwerker bis zum Beschäftigten in der Automobilindustrie, will er ein verlässlicher Ansprechpartner sein.

Der Vorsitzende von Zentrum, Oliver Hilburger, bringt es auf den Punkt: Die alten Gewerkschaften sind zu Machtapparaten verkommen, die echte Solidarität längst vergessen haben. Zentrum steht klar und solidarisch hinter seinen Mitgliedern und bietet ihnen rechtliche Beratung, Unterstützung bei betriebsinternen Wahlen, Streikgeld-Auszahlungen, Lehrgänge und vieles mehr.

Meist Infos: <https://www.zentrum.tv>

Dr. Christina Baum



👍 14

2 Kommentare · 5 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

April 15



Klartext von Dr. Christina Baum MdB



Neugründung eines weiteren Regionalbüros der alternativen Gewerkschaft Zentrum.

Anlässlich der Eröffnung des Regionalbüros „Zentrum Nord-West“ fand gestern in Hannover eine Pressekonferenz statt, zu der ich als MdB und neues Mitglied der Gewerkschaft eingeladen war. Ich gratuliere dem Zentrum ganz herzlich zu diesem weiteren wichtigen Schritt und insbesondere zur Auswahl des zukünftigen Leiters Jens Keller. Er hat bereits bei dieser PK seine Kompetenz und seine Willensstärke bewiesen, die er ganz sicher brauchen wird, um dem DGB mit seiner über Jahrzehnte aufgebauten Macht die Stirn zu bieten.

Ich bin überzeugt, dass er es mit Hilfe treuer Mitstreiter schaffen wird und wünsche ihm ganz viel Erfolg für seine zukünftige Arbeit.

Dr. Christina Baum MdB

Mutig, Patriotisch, Freihaltlich!

Mitglied des Deutschen Bundestages



Unsere westliche Parteiführung muss uns in der richtigen Balance zwischen herner
 wären die engere Zusammenarbeit der Fraktionen mit den Bezirksratsmitgliedern und die
 Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit

Im Zuge der Klausurtagung haben wir uns außerdem mit Kollegen der AfD **Frankfurt**
 getroffen, konstruktive Gespräche geführt und uns über unsere Fraktionsarbeit ausgetauscht. **Obwohl**
 die AfD im Osten **weltweit** erfolgreicher ist als bei uns im Westen **Deutschlands**, müssen
 auch die Kollegen in Erfurt mit politischen und medialen Gegenwind kämpfen.

Erfolgreicher „Kampf auf der Straße“ und der enorme Rückenwind aus einem großen Teil der
 klar denkenden Bevölkerung hat unsere Partei im Osten letztendlich so stark gemacht. **Auf**
 diesem Erfolg ruhen sich die Kollegen aber **Gewiss** nicht aus. Sie setzen sich auch im Erfurter
 Stadtrat mit Leidenschaft für die Rechte der Bürger ein.

Wir dürften außerdem einen Teil der engagierten Kollegen der AfD **Frankfurt** **Ulrichs/Laubs**
 kennenlernen, die uns ein kurzes Zusammentreffen mit dem Landeschef und
 Fraktionsvorsitzenden **Elm** **10/24** ermöglichen

Für unsere drei Ratsherren und den Geschäftsführer war dieser kurze Besuch in ihrer **Hemmat**
 (alle **Viel** haben Ostdeutsche Wurzeln) sehr **erfrischend** und sie konnten eine Menge **Eindrücke**
 und Ideen mit nach Hannover nehmen

[AfD Elm](#) [Ulrichs](#) [Laubs](#) [Elm](#) [10/24](#)



24

1 Kommentar 4 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

41864065974274



Dr. Gunnar Beck

@ggunnarbeck



📖 [Comic](#)

Die Biologie und Medizin lehren uns, Lebewesen unterscheiden sich weitestgehend aufgrund ihrer genetischen Ausstattung. Nur bei der menschlichen Intelligenz macht die linke 'Wissenschaft' eine Ausnahme. Sonderbar, nicht?





Gerhard Vierfusz [Geschichte](#) · 20. Apr.

["Hilfsgeld"](#) wird jetzt bald Geschichte sein, aber der Geist [0340](#) Flügels lebendig sein in dieser [MfD](#). Halten wir an diesem Geist fest, bewahren wir die Einheit der AfD! Danke [Jürgen Mölzer](#) für fünf großartige gemeinsame Jahre!

[youtube.com/gerhardvierfusz](#) · [youtube.com/gerhardvierfusz](#)





aldiosnabrueck

Mit überwältigender Mehrheit von 97% wurde Marco Quekemeier, MdB auf dem Kreisparteiitag eindringlich bestätigt. In seiner Dankesrede kündigte er an, künftig besonderen Fokus auf die Öffentlichkeitsarbeit und d Mitgliederzuwachs zu legen. Bereits in den kommenden Monaten startet die Umsetzung konkreter Maßnahmen: monatliche Veranstaltungen und wöchentliche Infostände sollen der Partei im Landkreis Osnabrück deutlich erhöhen.

Auch der stellvertretende Vorsitzende, Adrian Maxhuth ebenfalls mit 97% der Stimmen wiedergewählt wurde. Worte, er kritisierte die Neue Osnabrücker Zeitung für meinungsgefräbte und unsachliche Berichterstattung. 'versuchte Meinungsmache' bezeichnete. Gleichzeitig er an die Mitglieder, den Weg mit Ehrigkeit und Gesch zu gehen – insbesondere mit Blick auf den bevorstehenden Kommunalwahlkampf, bei dem, einstmals auch Bürgermeisterkandidaten für die Partei antreten sollte.

Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurde R Efmov gewählt. Der aus Melle stammende Funktionär wie seine Kollegen eine Zustimmung von 97% erhielt an, sich gezielt um den Ausbau der Struktur- und Öffentlichkeitsarbeit im Südkreis Osnabrück zu kümmern. Partei auch dort organisatorisch zu stärken und sichtbar machen.

Die starke Rückmeldung für den insgesamt neuok Vorstand ist ein deutliches Signal. Der AfD Kreisverband Dyrabrück-Land geht geschlossen, motiviert und mit in die kommenden Monate – mit dem Ziel, bei der Kommunalwahl ein starkes Ergebnis zu erzielen und politische Verantwortung zu übernehmen.

#afd #alternativellanddeutschland #politik #marcelque



7. Juni

Gefällt dir_k Brandes und 55 weitere Personen



afd.osnabrueck und jungealternative_nds
Landkreis Osnabrück

afd.osnabrueck. Ein ereignisreiches Wochenende lie
afd.osnabrueck. Rund 30 Helfer unterstützen beim
Plakatieren in Stadt und Landkreis um [Gemeinschaft](#)
das Ziel eines zweiseitigen Ergebnisses zu verhalfen
Ich bedanke mich bei den Mitgliedern und Freunde
jungealternative_nds. @jahreszeit und der
[Junge Alternative Osnabrück](#) 
141 Wka.



Gefällt [afd.osnabrueck.stadt](#) und 57 weitere Personen

3. Oktober 2022



Kommentieren





JungeAlternative_nids und #afd.osnabrueck



JungeAlternative_nids: Die Wahlkampfhefter der Junge Alternative, die im Rahmen der niedersächsischen Landtagswahl am 13. Juni 2025 im Kreisverbandes eingeladen. #GemeinDeuts #Zusammenhalt #BEDE

101 likes



Gefällt **kaiser.afd** und 157 weitere Personen
11 Jun 2025



Kaiser.afd





Jungealternative nds

Jungealternative nds → → + Die niedersächsische Jug
zusammen → →

Am vergangenen Wochenende wählte die niedersäch
die Landesliste zur Bundestagswahl 2025. Dabei set
gimichä_fehre_ auf Listenplatz 7 und Otto Corneli
Listenplatz 23 zwei junge engagierte Mitglieder der
Alternative Niedersachsen durch

Wir freuen uns auf einen spannenden und engagiert
Wahlkampf im neuen Jahr! 🙌🏻👉

1 Wk.

dietmardominkhenng 🙌🏻🙌🏻

1 Wk. Antworten

sophialiening Go Jungs 🙌🏻

1 Wk. Antworten

zwinshredd 🙌🏻🙌🏻

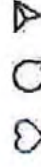
1 Wk. Antworten

ardfreundehanover Viel Erfolg! 🙌🏻🙌🏻

1 Wk. Antworten

yoshi5.5k Wir für euch, ihr für uns! 🙌🏻

1 Wk. Antworten



👍 Gefällt david.schmalstieg und 131 weitere Personen

👤 Legende 2024



👤 Commentieren...



034
jungealternative_nds
Apolda

jungealternative_nds (@chrupallaino hat heute in S auf dem Bundeskongress der Jungen Alternative mit Deutlichkeit die Zugehörigkeit der JA-Niedersachsen

Wir wollen DANKE sagen! 🙏
Wir bleiben Sturmfest und Erwerbswachsen! 🇩🇪
Wir sind diese JA-Niedersachsen!

chrupallaino hat #jungealternative #niedersach #apolda #bundeskongress #niedersachsen Team

luca.igra
23.04.2024 11:54
Gefällt mir · 100 · 100

platzweilte Ihr braucht mehr Verständnis und Leute den Boden stehen, wir ihr mit Herz4 Empfänger und unter aller Sau. Mich habt ihr als wahlst. verloren!

1 Tag · Zitieraktion



👤 gefällig Jochenlobstedt_offiziell und 150 weitere Personen

WURDE MITGELESEN



2345962987933



Junge Alternative Niedersachsen

GAJ Niedersachsen

...

Hand in Hand unterstütze die Niedersächsische Jugend gemeinsam mit der Jungen Alternative Thüringen die AfD! Wir hoffen auf ein richtungsweisendes Ergebnis bei der LTW!

17:04:15 (akt.)



AfD Thüringen

GAfD_Thüringen · Aug 24

Auch unser Familienfest in #Sömmerda war ein voller Erfolg. Die schmutzigen und unfairen Versuche des Altparteiensystems, unseren Erfolg zu verhindern, werden alle ins Leere gehen. Am 1. September werden sie in der Wahlkabine die Rechnung präsentiert bekommen. #derOstenmächts



1:09 PM · Aug 25, 2024 · 20 views



afd_jugend_niedersachsen und micha_fehre_afd
Original Audio

afd_jugend_niedersachsen Wahlkampf-Finale in Brandenburg

#afd #uckermärk #niedersachsen #brandenburg

anjahuenitzsch Schön das es euch gibt ihr seid die Zukunft

4.5k Gefällt 1 Mal Antworten

heidiwo60 11 Gefällt 1 Mal Antworten



Gefällt 37 Mal

vor 14 Stunden

Kommentar schreiben





afd_jugend_niedersachsen und michra_fehre_afd
Original-Audio

...



afd_jugend_niedersachsen Wenn niedersachsens stürmteste
Jugend nach Thüringen kommt ist selbst die Antifa überfordert...
🇩🇪 #afd #niedersachsen #thüringen #parnietz #unruheland
#sozial #yetzwahl #hölle

10. Juli



anjahrweitzsch 🇩🇪🇩🇪🇩🇪 ihr seid unsere Zukunft
#unruheland

7. Jul. Annulieren



Gefällt 32 Mal
Vor 10 Stunden



afdjugendniedersachsen



Gestern um 09:16

...

++ Deutsche mit Migrationshintergrund gehören zu uns! ++

„Ich sage es persönlich und als Landesvorsitzender unserer AfD Niedersachsen“, so [Ansgar Schledde](#) [MfL Niedersachsen](#), „wir bekennen uns vollständig und vorbehaltlos zum deutschen Staatsvolk als Summe aller Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. So steht es das Grundgesetz, so sieht es die AfD.“

Alle deutschen Staatsangehörigen besitzen dieselben Rechte und Pflichten. Dabei spielt es keine Rolle, wie lang oder kurz die Einbürgerung schon zurückliegt.

Das Staatsvolk ist Träger der deutschen Kultur und der deutschen Identität. Sie zu erhalten, ist im Sinne unserer Verfassung und der UN-Erklärung von Mexiko, womit das Recht 'eines jeden Volkes, seine kulturelle Identität zu erhalten und zu schützen', festgestellt wurde.

Gerade deswegen ist es von enormer Bedeutung, die Zugehörigkeit zum deutschen Staatsvolk an strenge Bedingungen zu knüpfen. Das bedeutet: Schluss mit der illegalen Massenmigration, Schluss mit Fehlarbeiten zur Einwanderung.

Das gebietet der gesunde Menschenverstand und auch der Respekt vor der Integrationsleistung der vielen Deutschen mit Migrationshintergrund.

Späterliche Identitätspolitik im Sinne der sogenannten 'kritischen Rassentheorie', die woke Grüne forcieren, lehnen wir aus voller Überzeugung ab. Es gibt für uns keine Deutschen erster und zweiter Klasse!“



183

18 Kommentare · 28 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Senden

Teilen



atd_kv_lueneburg
Heidemarie-Halle



afd_kv_lueneburg = Landesparität in Bad Falling
Tätigkeitsbericht des Schatzmeisters, Schuldenfrei-
Landesverband und großartige Mitgliederwirklu
#Gesundheit #ZukunftDeutschland #Niedersachsen



Gefällt [olaf.hilmerafd](#) und 3 weitere Personen



Kommentare (1)



GRÖSSTER AFD KREISVERBAND DEUTSCHLANDS!

**WIR SIND
500 MITGLIEDER!**



AfD Hannover Land
20. Januar · 🌐

Wir konnten unsere Mitglieder, zwei Jahre vor west, mehr als verd uns, dass vor einigen Tagen da rusch dem Aufnahmeprozess bi dürfen!

Doch damit ist noch lange nich gehen stark auf die 600 zu und jedes weitere, neue Mitglied

Noch kein Mitglied? Dann wird > <https://afp.hannover.land/wirderude/>

👍 91



Reaktionliste



Achim Fischer

Wie geil wäre es, wenn Mitglied in diesem Jahr Freundes/Bekanntem/Ein neues Mitglied beg könnte bei uns mitzum Vielleicht einfach Gedanken machen, sie aufschreiben und nach ansprechen. Mehr antrag

23. Jan. Gefällt mir · Anh



Kerst Mauser hat g



Valentin Klett
Und in einem Jahr 1000

23. Jan. Gefällt mir · Anh



AfD Hannover Lan



Marco Mitschke
Die AfD hat keine Kompetenz und/



Kommentieren



Ein „Einzelfall“ reiht sich an den nächsten... Aus allen Teilen Deutschlands häufen sich die Schreckensmeldungen über importierte Messergewalt. Währenddessen schweigt die Ampel-Regierung.

Die "Schoßhunde" der CDU schmücken sich derweil in allerlei Talkshows mit abgekupferten AfD-Forderungen, dabei waren gerade sie für die Masseneinwanderung in den Jahren 2015 und 2016 federführend verantwortlich.

Die einzige Partei, die sich gegen die importierte Gewalt zur Wehr setzen kann und diese offen anspricht, ist und bleibt die **#AfD!**

„Einzelfall“ reiht sich an „Einzelfall“

**Nur die AfD kann eine
Umkehr bewirken!**

**UNSER LAND
ZUERST!**



450

40 Kommentare 63 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

Niedersachsen war in den vergangenen Tagen leider äußerst präsent in den regionalen und bundesweiten Nachrichten. Messerstechereien, Mord und Vergewaltigung...

Kennen Sie schon den Einzelfallticker der AfD? In dieser Auflistung sehen wir, wohin die bunte Einwanderungspolitik und Kuscheljustiz führt:

<https://www.afd.de/einzelfallticker/>

Es ist an der Zeit, dass die Sicherheit der Menschen in unserem Land wiederhergestellt wird! Dazu ist es notwendig, dass Straftaten rigoros verfolgt und ausländerrechtliche Maßnahmen wie Abschiebungen auch endlich effektiv durchgeführt werden.

Sicherheit gibt es nur mit der **#AfD!**

10 Tage Schauer-Rückblick:

- 27. Februar: Messerangriff in Wedemark
- 01. März: Mann an Bahnsteig erschossen
- 06. März: 19-Jährige nach Party ermordet

...

Wie viele «Einzelfälle» noch?


UNSER LAND
ZUERST!




   92

34 Kommentare 22 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen



AfD Niedersachsen

35 Min. · 🌐

...

++ Sie sagen „Flüchtlinge“, aber meinen Migranten! ++

Artikel 16a unseres Grundgesetzes besagt, dass sich auf das Asylrecht nicht berufen kann, wer durch einen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist. Und praktisch alle Asyilmigranten, die nach Deutschland kommen, sind über zahlreiche sichere Drittstaaten eingereist, da Deutschland von sicheren Drittstaaten umgeben ist.

Wer seinen Pass weggeworfen und Griechenland oder Polen oder den ganzen Balkan durchquert hat, um in die deutschen Sozialsysteme einzuwandern, der ist kein Flüchtling und sollte dementsprechend auch keinen Flüchtlingsstatus erhalten. Zumindest wenn man etwas auf das Grundgesetz gibt. Als AfD tun wir das konsequent.

Es gibt
FLÜCHTLINGE
 und
„FLÜCHTLINGE“.

Deutschland hat vor allem

„FLÜCHTLINGE“.





AfD Niedersachsen

9. September um 12:56 · 🌐

...

++ Sicherheit muss wieder hergestellt werden: jetzt harter Kurswechsel! ++

Am Wochenende hat sogar der Ex-Chef des Bundesverfassungsgerichts klar gesagt: Die Asylpolitik von Bund und Ländern ist eine Gefahr für die Sicherheit unseres Landes.

Genau das sagen wir seit 2015! Und habe leider Recht behalten. Es ist Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel:

- 👉 Polizei stärken.
- 👉 Grenzen kontrollieren.
- 👉 Illegale zurückweisen.
- 👉 Kriminelle + Abgelehnte abschieben.
- 👉 Ordnung wieder herstellen.

Dafür steht die AfD!

**Auf unkontrollierte
Migration folgt
unkontrollierbare
Gewalt!**

Für Recht, Ordnung:

**JETZT
AfD**



Landesverband
Niedersachsen



**ANSGAR
SCHLEDDE**
LANDESVORSITZENDER



URL: <https://www.facebook.com/search/top?q=bev%C3%9C6lkerungsaustausch>



Jörn König, MdB

11. März 2020 · 🌐



++ Wir sind Bundesbürger und keine Versuchskarnickel! - Ein Bevölkerungsaustausch findet statt ++

on linker Mainstreamseite wird empört aufgeschrien, wenn es jemand wagt zu behaupten, ein Bevölkerungsaustausch findet statt. Dabei erleben wir eine „Zuwanderung“ in bisher unbekanntem Ausmaß. Diese wird auch noch ganz offen propagiert:

lauben Sie nicht? Dann lesen Sie mehr auf meinem Blog.

<http://www.koenig-bundestag.de/wir-sind-bundesbuenger.../>

DER AUSTAUSCH TAUBT



Königs Blog

KOENIG-BUNDESTAG.DE

Wir sind Bundesbürger und keine Versuchskarnickel!

Mehr dazu

Wir sind Bundesbürger und keine Versuchskarnickel! März 11, 2020 | Keine K...

👍👎 4.934

986 Kommentare 3.144 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

📧 Senden

🔗 Teilen

... r schnell weiß - „traumatisierte und psychisch erkrankte“ Asylbewerber in Lebensgefahr geraten. Und nur selten kann die Polizei die Situation entschärfen wie im vorliegenden Fall, bei dem ein 40-jähriger Sudanese in einer Asylunterkunft im niedersächsischen Harsefeld zuvor Polizeibeamte mit einem Messer angegriffen hatte.

Diese importierte und von allen Altparteien verharmloste und schöneredete Messerkultur wird uns leider noch lange erhalten bleiben und absehbar fortlaufend weitere Opfer fordern. Die Allgemeinheit muss vor solchen tickenden Zeitbomben dringend besser geschützt werden. Es stellt sich in solchen Fällen immer wieder heraus, dass derlei Messerkünstler nicht das erste mal einschlägig auffällig wurden.

Daher muss bei entsprechenden Vorkommnissen endlich konsequent gehandelt werden: Abschieben oder wegsperren! Der Schutz der Bevölkerung muss endlich oberste Priorität im Umgang mit Asylanten haben



t-online.



In Niedersachsen

Mann in Asylunterkunft von Polizisten erschossen

04.10.2021, 12:54 Uhr | AFP



Polizei-Einsatzfahrzeug (Symbolbild): In Harsefeld haben Polizisten einen Asylbewerber erschossen. (Quelle: Fotostand/imago images)



Ein 40-Jähriger soll in einer

niedersächsischen Asylunterkunft

125

7 Kommentare 13 Mal geteilt

Gefällt mir

Komentieren

Teilen

verunglimpfen, dies gehört auch entsprechend sanktioniert. Wenn dies aber für Hunderte von Migranten Anlass dazu ist, Autos und Reifen in Brand zu setzen und Polizei und Rettungskräfte zu attackieren, wie jetzt in Schweden geschehen, ist dies erneut ein Beleg dafür, dass Multikulti, dass Integration zumindest bei Migranten aus gewissen Herkunftsländern zu wenig funktioniert und oftmals scheitert.

Den Koran für sich persönlich jedoch abzulehnen, gehört zur unverhandelbaren Meinungsfreiheit, die man nicht nur in Schweden auch öffentlich kundtun dürfen muss. Wer damit ein Problem hat, passt nicht in eine freiheitliche, moderne Gesellschaft westlicher Prägung.

Das Verharren in integrationsverweigernden Parallelstrukturen, ein bisweilen rückständiges Frauenbild und eine überkommene Werteordnung, Clanstrukturen und ein oftmals irrwitziges Verständnis von „Ehre“, die Ablehnung rechtsstaatlicher Autorität als oberste Ordnungsinanz sind die Attribute, mit denen viele Migranten aus einschlägigen Herkunftsländern ihr Willkommensein bei der breiten Masse der angestammten Bevölkerung vereiteln.

Gutmenschliche Realitätsverweigerer in den Entscheidungsgremien der Politik, die alldem zum Trotz die Menschen mit dem Märchen von einer funktionierenden Multikultigesellschaft weiterhin zu indoktrinieren versuchen, haben daher nicht nur Vorkommnisse wie zuletzt in Schweden zu verantworten.

Auf ihr Konto gehen auch die durch Migranten überdurchschnittlich aufgeblähten Kriminalstatistiken, wobei viele von ihnen vor allem als Gewaltstraftäter viel Leid bei Menschen verursachen. Das auch in Deutschland vielfach als illegales Einfallstor missbrauchte Asylrecht muss daher dringend reformiert werden.

Großbritannien geht hier einen modernen und effektiven Weg:


Die britische Regierung will nämlich künftig Asylbewerber ins afrikanische Ruanda ausfliegen, damit sie dort auf die Entscheidung über ihren Asylantrag warten. Beide Länder haben bereits eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Insbesondere männliche Migranten sollen nach illegaler Ankunft in das afrikanische Land gebracht werden. Well done, Mr. Johnson!


Unruhen in Schweden - Multikulti implodiert!




 Stephan Bothe MdL
Landtag Niedersachsen

AfD


 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

Die Kreistagsfraktion der AfD fordert in einem Eilantrag an den Kreistag, Flüchtlinge aus der Ukraine nicht in herkömmlichen Sammelunterkünften mit anderen Asylbewerbern unterzubringen, sondern in von der Kreisverwaltung anzumietenden Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Stephan Bothe zur Begründung:


„Da Männer im wehrfähigen Alter die Ukraine derzeit nicht verlassen dürfen, werden hauptsächlich Frauen und Kinder erwartet. Diese müssen nicht nur wegen ihrer vielfachen Traumatisierung, sondern auch zum Schutz vor sexuellen und gewalttätigen Übergriffen, wie sie immer wieder aus Sammelunterkünften gemeldet werden, separat untergebracht werden. Auch die sehr unterschiedliche kulturelle Prägung der eher nach westlicher Lebensart ausgerichteten ukrainischen Flüchtlinge und der oftmals nach sehr traditionellen und zum Teil rückständigen Strukturen sozialisierten afrikanischen und arabischen Flüchtlinge lässt eine getrennte Unterbringung sehr ratsam erscheinen, um hier Konflikten vorzubeugen.“

Ukrainekrise:

**Frauen und Kinder NICHT
in Massenunterkünfte
mit anderen
Asylbewerbern stecken!**

 Kreistagsfraktion Lüneburg


AfD

 308

11 Kommentare 67 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

! Schweden zahlt den Preis für seine liberale Einwanderungspolitik und die deutschen Medien täuschen die Bevölkerung !

⚠ Vorsicht Klartext:

☒ Schwere Migrantenkrawalle erschüttern seit Tagen Schwedens Städte. In Malmö und anderswo liefert sich ein wütender Mob von überwiegend Einwanderern schwere Straßenschlachten mit der Polizei. Gewaltexzesse, ausgehend von muslimischen Einwanderern sind nichts neues mehr in Schweden, einem Land was sich jahrelang mit der weltweit liberalsten und großzügigsten Einwanderungspolitik gepriesen hat. Es braucht nicht mehr viel um bürgerkriegsähnliche Zustände zu entfachen: Eine genehmigte Demonstration der völlig belanglosen islamfeindlichen Mini-Organisation "Stram-Kurs" sorgte für die schlimmsten Straßenschlachten, die das Land in den letzten Jahren erlebt hat.

☒ Die mediale Aufarbeitung dieser Vorfälle durch die deutschen Leitmedien, allen voran die GEZ-Presse, können als neue Tiefpunkte in der bundesdeutschen Medienberichterstattung gewertet werden. Bei "rechten Demos im Malmö ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen", schreibt das ZDF auf Twitter. Die ARD-"Tagesschau" bläst ins gleiche Horn und meldet: "In Schweden ist es in mehreren Städten am Samstagabend und in der Nacht zu Sonntag zu gewalttätigen Protesten gekommen, nachdem einer rechtsradikalen Partei Kundgebungen erlaubt worden waren."

☒ Wer formuliert wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk, will nicht aufklären, sondern verschleiern. Was den Bürgern in Schweden und Frankreich langsam dämmert, soll dem deutschen Bundesbürger noch so lange es möglich ist, vorenthalten werden. Das Problem ist weder eine Weltreligion, noch irgendwelche Rechten: Das Problem nennt sich **MULTIKULTURALISMUS!**

☒ Mit der unkontrollierten Masseneinwanderung haben sich die westeuropäischen Sozialstaaten eine neue soziale Unterschicht importiert. Abgeschottet von der Mehrheitsgesellschaft haben sie in Schweden, Frankreich und Deutschland Parallelstrukturen entwickelt, in denen die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft zunehmend als feindlich wahrgenommen wird. Aufgeheizt wird diese soziale Spannung durch eine herrschende politische Klasse, die wie in Deutschland das eigene Volk mit Rassismuskorruptionen und Schuld komplexen überhäuft und damit jeden Einwanderer genau die Argumente liefert, die er braucht, um sich gegen die staatlichen Autoritäten zu stellen. Wenn deutsche Politiker in der eigenen Gesellschaft ständig eine rechtsextreme Gefahr wettern und ihrer Polizei rassistische Tendenzen unterstellen, dann hetzen sie damit bewusst oder unbewusst Migranten gegen den Staat und die eigene Bevölkerung auf. Was wir in Schweden erleben, ist kein Konflikt zwischen zwei extremen Gruppen, sondern ein tief sitzender Hass und ein Misstrauen der Migranten gegenüber der Gesellschaft, die sie einst aufgenommen hat.

Die sog. "Bunte Vielfalt" zerstört das Vertrauen und den Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Deutschland muss diese hochriskante Politik des Multikulturalismus endlich beenden.

- 1 Wir brauchen eine deutsche Leitkultur, die zur Integration verpflichtet !
- 2 Wir müssen die Einwanderung in unser Sozialsystem endlich stoppen !
- 3 Straffällig gewordene Ausländer müssen am Tag ihrer Verurteilung aus Deutschland ausgewiesen werden !
- 4 Schluss mit dem Selbsthass: Wir müssen lernen unsere Lebensart selbstbewusst zu verteidigen !

Krawalle in Schweden - Was die Medien verschweigen:

**DER MULTIKULTURALISMUS
IST DAS PROBLEM !**



Dirk Brandes
Mitglied des Deutschen Bundestages

www.dirkbrandes.de

Berichterstattung über den gestrigen Vorfall in Duisburg wie üblich das Wort „Ausländer“ politisch korrekt vermeidet, ist sofort klar, welche Klientel hier einmal wieder auf ihre Weise eine Meinungsverschiedenheit ausgetragen hat.

Ungehemmte Zuwanderung, ungehemmter Großfamiliennachzug und der politisch gewollte Missbrauch des Asylrechts, das zu einem Einfallstor für Sozialmigration umgewidmet wurde, sind die Ursache für ein Klima von immer mehr primitiver Gewalt und den Zerfall der inneren Sicherheit in Deutschland. Die aus rückständigen Kulturen mitimportierten und oftmals kriminellen Großfamilien- und Clanstrukturen mit eigenem, die staatliche Autorität ablehnenden Rechtsverständnis treffen dabei hierzulande auf einen schwachen und von linker Politik demontierten Rechtsstaat.

Verfolgt werden dabei in erster Linie diejenigen, die diese desolaten Zustände benennen, sie bekämpfen und ändern wollen. Dies kommt nirgends so deutlich zum Ausdruck, wie beim peinlichen Agieren des politisch missbrauchten Verfassungsschutz in Sachen AfD! Auch in vielen Bereichen der Justiz hat die dort eingezogene links/grüne Dienst-Ideologie die Dinge von den Füßen auf den Kopf gestellt.

Trotz des mittlerweile inflationär von den Gerichten gewährten Migrationsbonus „Bewährung“ beherbergen deutsche Gefängnisse eine Vielzahl von Ausländern. Normale, sichere Verhältnisse kann es in Deutschland nur wieder mit konsequenten Abschiebungen und Beendigung der Kuscheljustiz geben!

<https://fb.watch/cPeAxGUX-5/>

Kulturbereicherung in Duisburg: Zahlreiche Schüsse, vier Verletzte, mindestens 80 Beteiligte!


 Stephan Bothe MdL
Landtag Niedersachsen


AfD




3

1 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen



Jörn König, MdB

48 Min. · 🌐

0363



Hannover will mehr gegen Messerangriffe tun - Verbotzonen für Waffen, verstärkte Streifen und Kontrollen haben bisher auch nicht geholfen. Die einzige Lösung wäre, weniger Messerfachkräfte aufzunehmen. Aber auch im Wahlkampf will man davon in der Landeshauptstadt nichts wissen.

<https://www.ndr.de/.../Hannover-will-mehr-gegen...>



Hannover will mehr gegen Messerangriffe tun

👍👤 196

66 Kommentare 22 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

👉 So kann es gestern in Ludwigshafen zu einem Verfall, der sehr an den Patrouillen-Massaker im Juni letzten Jahres erinnert. Wieder ein Somalier, wieder „Allahu Akbar“-Rufe, wieder unschuldige Tote. An dieser Stelle möchte ich den Angehörigen der getöteten jungen Männer mein tiefstes Beileid ausdrücken. Auch den Zeugen der Tat wünsche ich eine baldige Erholung von dem Erlebten, ebenso dem Polizisten, der den Täter mit Hilfe seiner Dienstwaffe handlungsunfähig machen musste.

<https://www.welt.de/.../Rheinland-Pratz-Zwei-Tote-bei-...>

👉 Nun muss man es ja heutzutage dazu schreiben: Nein, nicht alle Somalier stehen unter Generalverdacht, Mörder oder Amokläufer zu sein. Jedoch mehren sich in den letzten Jahren die Messerattacken in der Bundesrepublik, man kann inzwischen schon von einer Messerpandemie reden.

👉 So wurden z.B. in NRW seit 2019 fast 20.000 Messerangriffe von der Polizei erfasst, wie eine Anfrage der dortigen AfD-Fraktion ergab. Tendenz steigend, ebenso wie die überproportional hohe Anzahl Tatverdächtiger ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

<https://ungefuehrtheit.de/pol.../deutschland/2022/messer-angriffe/>

👉 Während Sie also um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen, laufen Sie in unzähligen Gebieten Deutschlands Gefahr, beim Einkaufen mit einer Machete abgeschlachtet oder auf eine andere Weise das Zufallsopfer eines zugereisten mutmaßlichen Irren zu werden. Solche Gefahren waren noch vor 10 Jahren in einem „sicheren“ und vergleichsweise friedlichen Land wie Deutschland unvorstellbar. Sicher erinnern Sie sich an etliche Schlagzeilen aus dem laufenden Jahr, in denen es immer wieder um Gewalttaten - auch größeren Ausmaßes - ging, berichtet wurde von Toten und Verletzten und immer wieder Migranten als Täter.

👉 Auch ein Blick nach Frankreich schürt in dieser Woche die Wut und lässt uns hilflos zurück. Hier wurde ein 12-jähriges Mädchen auf bestialische Weise zugerichtet in einem Koffer gefundene Tatverdächtige: 4 Algerier. Unser Nachbarland hat, wie man immer wieder mal vermisst, ein noch größeres Problem mit Migrantengewalt und Parallelstrukturen als Deutschland. Allerdings ist es nur eine Frage der Zeit, bis Deutschland in dieser traurigen Entwicklung nachholt, die Tendenz lässt sich unschwer erkennen.

👉 Nun ist dieser Zustand keine Naturgewalt, sondern fortgesetztes, eklatantes Staatsversagen und Rechtsbruch seitens der Vorgängerregierung. Aber auch die aktuelle Regierung scheint sich für die massive Gefährdung unserer Bevölkerung nicht zu interessieren, schafft noch mehr Anreize für Migranten, nach Deutschland zu kommen und kontrolliert weder die deutschen noch die europäischen Außengrenzen. Mittlerweile gibt es wieder Fluchtbewegungen nach Mitteleuropa in der Größenordnung wie 2015, vorwiegend über die Balkanroute. Zu allem Überfluss müssen diese Leute hier auch noch vollversorgt werden, denn die wenigstens Zuwanderer werden hier niemals einer Erwerbstätigkeit nachgehen und damit ihren Lebensunterhalt ohne Hilfe bestreiten.

👉 Ich sage: Wir sind weit über die Grenzen des Erträglichen und unserer Kapazitäten hinaus. Es gibt schon ein unfassbar hohes Gefährdungspotential und Unmengen an Sozialleistungsempfängern in Deutschland, wir können das - auch angesichts unserer eigenen wirtschaftlichen Lage - einfach nicht mehr leisten. Dieses Unrecht, das hier geschieht, ist der Bevölkerung nicht mehr vermittelbar und wird zu sozialen Unruhen führen, wenn nicht endlich gehandelt wird. Und daran werden nicht „die Rechten“ schuld sein, sondern allein die Vorgängerregierung und die Ampel, die der Masseneinwanderung auch noch Beifall klatscht und die Einbürgerung forciert. Ganz nebenbei importiert man sich damit zum Machterhalt ein neues Wahlvolk.

👉 Und um doch noch mal auf eine mutmaßlich intellektuell suboptimal ausgestattete Persönlichkeit aus dem Kabinett zu kommen: Unsere feministische Außenministerin kündigt weitere 8-10 Mio. „Flüchtlinge“ an und dass „wir“ sie alle aufnehmen werden. Dieses Ministeramt muss dringend mit einer kompetenten Person besetzt werden. Aktuell ist das ganz offensichtlich nicht der Fall, denn wir haben bereits jetzt einen Kontrollverlust in der Inneren Sicherheit und Baerbock bereitet nun den Todesstoß vor. Weg damit, solche Leute handeln gegen die deutsche Bevölkerung!

✗ Ein Sozialsystem UND offene Grenzen funktioniert nicht. Nirgends. Und auch die Integration des kulturfremden Prekariats aus Entwicklungsländern wird nur bei besonders engagierten Einzelfällen funktionieren. Eine Regierung, die nicht dementsprechend zum Wohl ihrer eigenen Bürger handelt ist nur eins: Überflüssig.

👉 Machen wir endlich Schluss damit! Gehen Sie auf die Straße, protestieren Sie, zählen Sie die Verantwortlichen bei jeder Gelegenheit mit rechtsstaatlichen Mitteln an! Und machen Sie bei jeder Wahl bitte Ihre Kreuze bei der AfD.

👉 Nur mit uns wird es eine Migrationspolitik mit Verstand, sichere Grenzen und eine Wiederherstellung der inneren Sicherheit geben.

Innere Unsicherheit

Nachschub gesichert
8 Mio.

Erneut Machetenopfer



Deutschland. Aber normal.



Gäste müssen sich benehmen und sich nach den Regeln des Gastgebers richten: was im normalen Leben eine Selbstverständlichkeit ist, scheint in der Migrationspolitik unvorstellbar.

„Wer in unserem Land aufgenommen wird und Sicherheit, Unterkunft, Verpflegung und auch Geld erhält, sollte dafür dankbar sein“, stellt unser Landtagsabgeordneter Stephan Bothe klar. „Ist es als Land, das Schutz gewährt, zu viel verlangt, dass Flüchtlinge keine Straftaten begehen, sondern etwas Dankbarkeit zeigen?“

Unzählige Menschen sind bereits Opfer „Schutzsuchender“ geworden. Dass sich natürlich nicht alle und auch nicht die Mehrheit der Asylbewerber an Verbrechen beteiligen, ist ein schwacher Trost angesichts dieses ungeheuren Leids.

Jedes Opfer ist eines zu viel! Und viele Schreckenstaten wären durch selbstbewussten Grenzschutz und konsequente Abschiebungen verhinderbar gewesen. Populär mag das nicht sein. Aber es ist richtig und dient der Sicherheit unseres Landes.



**IST ES ALS LAND,
DAS SCHUTZ GEWÄHRT,
ZU VIEL VERLANGT,
DASS FLÜCHTLINGE KEINE
STRAFTATEN BEGEHEN,
SONDERN ETWAS
DANKBARKEIT
ZEIGEN?**

Stephan **Bothe** MdL



Wie oft sind Sie seit 2015 in Konflikt mit dem Gesetz geraten? Vermutlich kein einziges Mal. Der Palästinenser Ibrahim A. schaffte es gleich zwölfmal, saß sogar schon in U-Haft. Die Entlassung nutzte er, um Menschen in der Regionalbahn abzuschlachten. Acht Menschen wurden verletzt, zwei ermordete er.

„Ibrahim A. ist ein Intensivstraftäter und mutmaßlicher Mörder, den man uns als Einzelfall verkaufen will“, urteilt der AfD-Landtagsabgeordnete Stephan Bothe. „Diese Taten geschehen Tag für Tag in ganz Deutschland – auch in unserem Niedersachsen!“


Wer für dieses Gewaltphänomen politische Lösungen fordert, dem werde vorgeworfen, „einfache Lösungen für komplexe Probleme zu fordern. Dabei ist eines klar: Hätte man den Verbrecher Ibrahim A. abgeschoben, würden zwei unschuldige Menschen noch leben. Manchmal sind einfache Lösungen eben das Richtige!“


Einzelfall 





   501

111 Kommentare 79 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

URL: <https://www.facebook.com/profile/100044486917184/search/?q=psychisch%20gest%C3%B6rt>



Martin Sichert, MdB

12. Mai 2023 ·

Die Mehrheit will keine unkontrollierte Zuwanderung mehr!
Früher waren wir Export-Weltmeister, jetzt sind wir Import-Weltmeister von Messergewalt. Wir können diese ewige Verharmlosung nicht mehr hören!
Das sind keine Einzelfälle, das ist eine Epidemie. Es reicht!

Das ganze Video: https://www.youtube.com/watch?v=EjNAj_rU49k



3.938

221 Kommentare 1.417 Mal geteilt

Gefällt mir

Komentieren

Teilen



Jörg König, MdB

19. Mai · 🌐

0368

Hannover: Feiertagsgewalt.

Hannover ist leider kein Einzelfall. Überall machen Migranten diese Tage das Land unsicher: <https://www.heimat-kurier.at/.../afroarabischer.../>, <https://www.focus.de/.../monatelange-randale-terrorisiert...>, <https://www.lvz.de/.../jugendliche-rauben-in-leipzig...>.
<https://www.tagesschau.de/.../ndr-streit-eskaliert-mann...>



Niedersachsen

Streit eskaliert: Mann in Hannover niederge-
stochen



160

61 Kommentare 48 Mal geteilt



Gefällt mir



Kommentieren



Teilen

SICHERTDEUTSCHLAND

Schock-Nachricht

MIGRATION

Grenzkontrollen wegen Personalmangels
nicht durchzuhalten

Aktualisiert: 24.10.2023, 14:37

Wir stehen schutzlos da!



Martin Sichert, MdB
27. Oktober 2023 · 🌐

Das rot-grüne Ziel scheint erre vollständig schutzlos da.

Der Import von Kriminellen, Te Migranten, die einfach nichts b haben, führt dazu, dass unsere mittlerweile nicht mehr in der hoheitliche Aufgaben zu erled bräuchten eine riesige Anzahl allen Aufgaben gerecht zu wer

Ohne Grenzkontrollen sind Ab Kriminellen zwecklos.
Der Vorsitzende der Gewerksc anzeig

👍❤️ 1,08Z



Relevanteste ▾



Brigitte Hauke

Wir bräuchten die Arm sogar Diese haben sie gemacht. Es stimmt, w VÖLLIG schutzlos, das diese Invasoren WISSE steh uns bei. 🇩🇪🇵🇸🇵🇷

1 Jahr Gefällt mir · Antw Alle 4 Antworten anse



Waltraud Peter

Unfassbar was hier alle es wird Zeit... das es ei Volksaufstand gibt!!! V uns das nicht mehr geraten lassen

1 Jahr Gefällt mir · Antworte

Alle 11 Antworten anse



Kommentieren ...



URL: <https://www.facebook.com/search/posts?q=importier&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNcllxcImFyZ3NcljpcllwifSJ9>



Martin Sichert, MdB

2. November 2023 · 🌐



Halloween: 350 "Jugendliche" randalieren – Böllerwürfe auf Polizisten, Wasserwerfer im Einsatz. Aber warum passiert das immer wieder?

Es passiert, weil Menschen wie Ricarda Lang den Import von Gewalttätern erwirken, die unsere Städte in Schutt und Asche legen.

Die Lösung: Abschiebung,

Der Schlüssel dazu: die AfD.

<https://www.mopo.de/.../halloween-randale-in-harburg.../>



SICHERT DEUTSCHLAND

👍👎👏 3.246

1.634 Kommentare 731 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

„Entschiedenheit gegen alle antisemitischen Erscheinungsformen vor“, behauptet Rot-Grün. Dem widerspricht anscheinend sogar ein ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter:

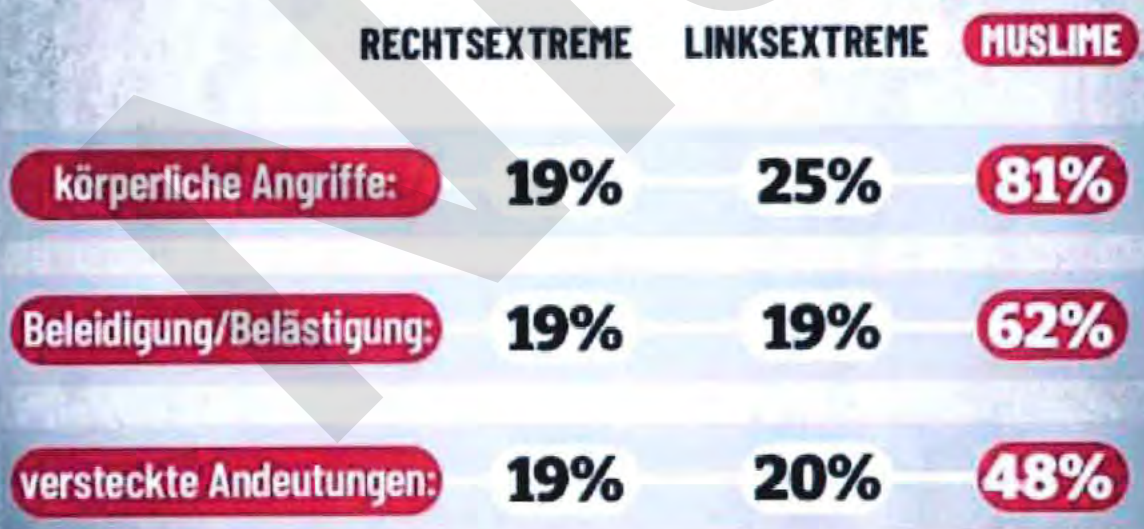
Gegenüber WELT prangert Michael Höntsch, der 2022 von einem propalästinensischen Demonstranten angegriffen wurde, eine „merkwürdige Scheu“ gegen „arabisch- und türkischstämmigen“ Antisemitismus an. Von uns auf diese Aussage hingewiesen, weicht die Landesregierung einer Stellungnahme aus. Kein Wunder:

Muslime sind für den Großteil von körperlichen Angriffen und Beleidigungen und Belästigungen von Juden verantwortlich, so die Betroffenen laut einer Studie der Universität Bielefeld von 2017!

„Mit jedem Tag, den die Massenzuwanderung aus islamischen Staaten ungebremst weitergeht, wird es für Juden in Deutschland gefährlicher“, stellt [Stephan Buthe MdL](#) (AfD-Fraktion Niedersachsen) klar. „Wenn es Stephan Weil mit der Solidarität mit den Juden in Niedersachsen ernst meinen würde, dann hätte er muslimischen Judenhass schon vor Jahren mindestens anerkannt. Diesen Mut zur Wahrheit hatte aber nur die AfD.“

Antisemitismus!

Das sind die Täter, wenn man Juden fragt:



Quelle: Universität Bielefeld, 2017



Baerbock holt **25 Scharia-Richter** ins Land!

Wann endet
dieser
Wahnsinn?

Erst mit
einer

AfD
-Regierung!



Stefan **Marzischewski-Drewes** MdL



AfD-Fraktion Niedersachsen
1. Dezember 2023 · 🌐

++ Baerbock importierte 25 Scharia-Richter ins Land. 200 Familienangehörigen aus Afghanistan folgen.

„Wir von der AfD haben von Anfang an gewarnt, dass die Ampel unter dem Deckmantel der Evakuierung sogenannter 'Ortsvertriebenen' Afghanistans deutsches Recht für die Migranten ohne jede Berechtigung aushebelt“, erklärt unser Fraktionsvorsitzender **Marzischewski-Drewes**.

„Und so kam es auch. Jetzt ist es Baerbock im Zuge dessen, die Scharia-Richter ins Land zu importieren... Mehr anzeigen“

👍 277



Relevanteste

Martina Winkler
Unerträglich diese Grü...

32 Wo. · Gefällt mir · Antw...

Friedhelm Hoegner
Das deutsche Kalifat kö...

1 Jahr · Gefällt mir · Antw...

„Relevanteste zuerst“ wurde ausgewählt. Sie können die Reihenfolge hieraus ändern.

Kommentieren ...



b3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3Ncljpcllwif
SJ9



Thorsten Moriße MdL
25. Februar um 15:56 · 🌐



Deutschland, Ihr Weltsozialamt!

Nigerianer mit deutschem Pass verursacht jährliche Kosten von 1,5 Millionen Euro!

Es sind Beispiele wie diese, die belegen, wie sehr das deutsche Sozialsystem verkommen ist: Ein Nigerianer mit deutschem Pass hat für 24 Kinder die Vaterschaft anerkannt und damit 94 Angehörigen ein Bleiberecht verschafft. Die geschätzten Zahlungen an den Mann belaufen sich auf rund 22.000€ monatlich.

Hinzukommen weitere Sozialleistungen für die "Angehörigen". Insgesamt zahlt der Staat jährlich rund 1,5 Millionen für sämtliche Leistungen wie z.B. Strom, Wohnungen, Kindergeld etc.

Wie sich nun herausstellt, soll es sich hierbei um Sozialbetrug im großen Stil handeln. Der besagte Mann lebt in Afrika laut Recherchen in Saus und Braus inkl. mehrere Autos.

Wie kann es sein, dass ein Mann so ausschweifend vom deutschen Staat lebt und wie ist es möglich, dass es keinen Beamten gibt, der diesen Ungereimtheiten auf den Grund geht?!

Wie viele Fälle von Sozialbetrügerei wird es geben, die durch solche Methoden das hart verdiente Geld der deutschen Arbeiter verpulvern?

Wir werden es wissen, sobald die AfD die Regierung stellt!



Deutschland, Ihr Weltsozialamt!

Nigerianer mit deutschem Pass verursacht Kosten von 1,5 Millionen Euro!



Thorsten Moriße
Für Sie im Niedersächsischen Landtag

👍👎 14

3 Kommentare 1 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

u04wMmGyRcGvH917uE0TF3XCF0yIKR02IF1HDS1jcu
Z4F51cbarC8Ja4CMBByZbl



Martinichert, MdB

28. Februar um 12:30 · 🌐

Nigerianer mit deutschem Pass kassiert richtig ab

Wie lange müsstet Ihr für 1,5 Millionen Euro im Jahr arbeiten? Ein Nigerianer, der die deutsche Staatsangehörigkeit hat, muss keine Stunde dafür arbeiten, denn er greift alles ab, was der deutsche Sozialstaat zu bieten hat: Bürgergeld, Kindergeld, Energiezuschläge usw.

Als Dank protzt er mit diesem Geld in seiner Heimat und besitzt Luxusgüter, von denen hart arbeitende Väter nur träumen können.

Wir beenden solche Zustände! Versprochen.

<https://www.nius.de/.../9d834215-2a75-4e92-b566-163c840219e7>

Sozialstaat unter -Regierung:




24 Kinder, 94 mal Bleiberecht,
1,5 Mio. Euro im Jahr: So
finanziert ein Nigerianer sich
sein Cabrio-Leben



SOZIALBETRUG


Sozialstaat unter AfD -Regierung:

- Entzug des deutschen Passes
- Rückführung ins Heimatland
- Härtere Strafen für Sozialbetrug
- Scheinvaterschaften prüfen



Wir regeln das!





SICHERTDEUTSCHLAND

  AfD Wolfsburg und 1.967 weitere Personen

266 Kommentare 812 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

pclm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixcl
mFyZ3NcljpcllwifSlsInJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU6
MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbWVcli
xclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFx
cljwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFx
cljwMjQtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWVyXFxcljpcXFW
iMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljw
MjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxXC
yMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcXFwiOlxXC
lyMDI0LTEyLTMxXFxcIn1cln0ifQ%3D%3D



Martin Sichert, MdB

14. März 2024

Die nächste Bastion der linken kulturellen Hegemonie wird von der AfD übernommen.

Wer hätte gedacht, dass der Import von Millionen homophoben Muslimen dazu führen würde, dass die Schwulenszene die einzige Partei wählt, die sich um ihre Sicherheit und Interessen kümmert?

Quelle: <https://www.maenner.media/.../umfragehammer-rechtsruck.../>

SICHERTDEUTSCHLAND

männer*

Umfragehammer: Rechtsruck in der schwulen Szene

von Redaktion
12. März 2024



Riesen Überraschung bei einer von der männer* Redaktion in Auftrag gegebenen Umfrage zur Europawahl. Rund 10.000 Nutzer der Datingplattform ROMEO nahmen teil und wählten die AfD auf den ersten Platz.

👍👎 1,300

70 Kommentare 164 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

clm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFn
ZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcllwifSlslnJwX
2NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVc
ljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3Nclj
pcIntcXFwic3RhcncRfeWVhcXcXCI6XFxcljwMj
RcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFx
cljwMjQtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWVyXFxclj
pcXFwiMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxc
XCI6XFxcljwMjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF
9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxcl
mVuZF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXF
xcln1cln0ifQ%3D%3D

 AfD-Fraktion Niedersachsen
10. April 2024

++ Fast jeden 3. Tag eine Gruppenvergewaltigung! ++

In Niedersachsen hat sich die Anzahl der Gruppenvergewaltigungen von 2017 bis 2022 fast verdreifacht. 113 Fälle entsprechen einer Tat an fast jedem dritten Tag! Die Verdächtigen:

Sind zu 49 Prozent Ausländer. Bei einem Ausländeranteil an der Bevölkerung von 11,8 Prozent sind Nicht-Deutsche hier also enorm überrepräsentiert. Um ein noch klareres Bild zu erhalten, fragten wir die Landesregierung auch nach Doppelstaatlern:

Wie so oft, kann oder will sie hierzu jedoch keine Angaben machen. [Stephan Bothe MdL](#), innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion Niedersachsen:

„Früher hat man fast nie etwas über Gruppenvergewaltigungen gelesen. Das gab es einfach kaum bis gar nicht. Heute ist dieses entsetzliche Verbrechen fast alltäglich. Für mich liegt auf der Hand, dass dafür die Migrationspolitik mit ihrem Import archaisch sozialisierter Männer verantwortlich ist.

Damit solche Schändungsorgien wieder aufhören, müssen wir die Täter hart bestrafen, alle illegalen und kriminellen Ausländer rigoros abschieben und unsere Grenzen schützen. Sichere Grenzen, sichere Frauen.“



Wir sagen:

Sichere Grenzen, sichere Frauen!

- Fast jeden 3. Tag eine Gruppenvergewaltigung!
- 49 % Tatverdächtige ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Quelle: Landesregierung auf AfD-Anfrage (Drs. 78/3134)

Stephan Bothe MdL



 AfD Oldenburg Land und 548 weitere Personen

22 Kommentare 63 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

Im5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zd
HNclixclmFyZ3NcljpcIlwifSlslInJwX2NyZWF0aW9uX3Rpb
WU6MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVclix
clmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxcljw
MjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjQt
MVxcXCIsXFxclmVuZGF95ZWfYXFxcljpcXFwiMjAyNFxcXC
IsXFxclmVuZGF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjQtMTJcXFwiLFx
cXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXF
xclmVuZGF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXFxcln1cln
0ifQ%3D%3D



Jörn König, MdB
3. Mai 2024 · 🌐

...

++ Mehrheit sieht den großen Austausch kommen ++

Das Bundesamt für Verfassungsschutz deutet Begriffe wie „Großer Austausch“ oder „Bevölkerungsaustausch“ als rechtsextreme Verschwörungsvokabeln. Aber wieder wird eine Verschwörungstheorie zur gelebten Praxis. Etwas, was seit Jahren offensichtlich ist, wird nun aus der relativen Mehrheit des Volkes selbst heraus bestätigt. 45 % glauben, dass die Europäer nach und nach durch Afrikaner und Menschen aus dem Nahen Osten ersetzt werden. Herr Haldenwang kann sich das rechtsextreme Framing „in die Haare schmieren“. Weitere Erkenntnisse der INSA-Umfrage: 54% haben Angst, dass Deutsche zur Minderheit in Deutschland werden. 65% sagen, es gibt auch Rassismus gegen Weiße.

So sieht die Realität aus, von der die Ampel umzingelt ist. Liebe Leute, jetzt heißt es Konsequenzen ziehen und AfD wählen! Denn die AfD ist die einzige Partei, die konsequent dagegen ist!

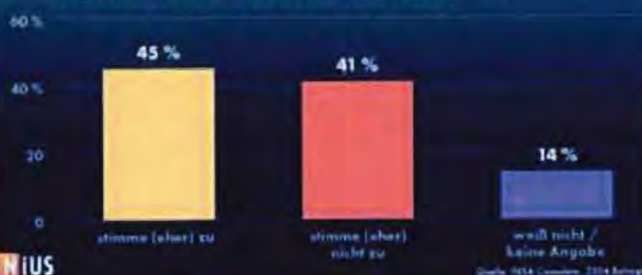
<https://www.nius.de/.../c05b5c39-0335-4a03-a50f-2a9a74b03c40>

<https://www.nius.de/.../b1d48381-8eb5-4db8-b93b-b361c39814d5>

Relative Mehrheit der Deutschen sieht die Realität, auch wenn sie als „rechtsextrem“ verleugnet wird.

Angst vor Bevölkerungsaustausch!

Ich glaube, dass Europäer nach und nach durch Einwanderer aus Afrika und dem Nahen Osten ersetzt werden.



Jörn König

👤 AfD Salzgitter und 947 weitere Personen

💬 183 Kommentare 180 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

📤 Senden

👉 Teilen

Importierte

Gewalt!

jetzt auch in

Fürstenaau?!

**MdL
Marcel Queckemeyer**



marcel_queckemeyer_md1
Fürstenaau

marcel_queckemeyer_md1 Wann reicht es endlich Am 1. Mai ereignete sich im Zentrum von #Fürstenaau bewaffnete #Auseinandersetzung, wie auch in der #anderen #Medien berichtet wurde. Es ist unfassbar #Gewalttaten immer häufiger vorkommen und jetzt uns in Fürstenaau.

Ein Video des Vorfalls, das in den sozialen Medien von Passanten aufgenommen wurde, offenbart, dass den Beteiligten nicht um etwa #Deutsche handelt, sondern vermutlich um Klientel aus dem nahen Osten.

Es ist alarmierend, dass bewaffnete #Konflikte nun Kleinstädten wie unserer ausgetragen werden. Wer nicht handeln, was kommt dann als Nächstes?

Es ist an der Zeit, diesem #Wahnsinn ein Ende zu setzen. Deshalb sollten Sie sich für eine echte #Alternative die Alternative für Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen,

Marcel Queckemeyer
Mitglied des Niedersächsischen Landtages

#afd #marcelqueckemeyer

1 Tag

bungelke Leider die sich so auf führen sollten abgelehnt werden. Die haben in Deutschland nichts zuzusetzen.

20 Stn Antworten



Gefällt niwes.huy und 21 weitere Personen

Gestern

Kommentieren ...

May 7, 2024



Martin Sichert Infokanal



Vor fast 10 Jahren hat die damalige **Merkel-Regierung** unser Land Invasoren aus dem Nahen Osten freigegeben. Erstmals in der Geschichte hat ein Land Eroberern nicht nur Tür und Tor eröffnet, sondern sie mit Unterkünften und Geld der eigenen Bevölkerung ausgestattet. Folge: Terror, Gewalt und Bevölkerungersersetzung.

Es lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit, wie die Regierung durch die öffentlich-rechtlichen Medien das eigene Volk manipuliert und den Untergang geführt hat.

So lange die Altparteien an der Macht bleiben wird sich die Situation verschlimmern.

Es ist höchste Zeit für eine Politik, die an der Grenze feindselige Invasoren stoppt und sie gar nicht erst ins Land lässt.

Martin Sichert. Unzensuriert. Jetzt abonnieren!

<https://t.me/martinsichertinfo>

33 OK 08:02

v%C3%B6lkerungsaustausch&filters=eyJycF9hdXR
ob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbm
RfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcllwifSJ9



Jörn König, MdB
21. Mai 2024 · 🌐



++ Mehrheit sieht den großen Austausch kommen ++

Das Bundesamt für Verfassungsschutz deutet Begriffe wie „Großer Austausch“ oder „Bevölkerungsaustausch“ als rechtsextreme Verschwörungsvokabeln. Aber wieder wird eine Verschwörungstheorie zur gelebten Praxis. Etwas, was seit Jahren offensichtlich ist, wird nun aus der absoluten Mehrheit des Volkes selbst heraus bestätigt. 54 % der Deutschen haben Angst, dass die Deutschen im eigenen Land zur Minderheit werden. Herr Haldenwang kann sich das rechtsextreme Framing „in die Haare schmieren“. Weitere Erkenntnisse der INSA-Umfrage: 45 % glauben, dass die Europäer nach und nach durch Afrikaner und Menschen aus dem Nahen Osten ersetzt werden. 65% sagen, es gibt auch Rassismus gegen Weiße.

So sieht die Realität aus, von der die Ampel umzingelt ist. Liebe Leute, jetzt heißt es Konsequenzen ziehen und AfD wählen! Denn die AfD ist die einzige Partei, die konsequent dagegen ist!

<https://www.nius.de/.../c05b5c39-0335-4a03-a50f-2a9a74b03c40>

Frei nach Walter Ulbricht:
„Niemand hat die Absicht,
die Deutschen abzuschaffen.“

Bevölkerungs- austausch!

Ich habe Angst, dass Deutsche zur Minderheit in Deutschland werden.

Angst	Prozent
stimme (aber) zu	54%
stimme (aber) nicht zu	37%
weiß nicht / keine Angabe	9%

Jörn König
NIUS

👍 1.594

240 Kommentare 288 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen



Klaus Wichmann
13. September um 12:00 · 🌐

++ Nicht Messer sind das Problem, sondern die, die zustechen! ++

Nancy Faeser greift knallhart durch – jedenfalls wenn es um unliebsame Zeitschriften geht. Bei der ausufernden Messergewalt, einem nachweisbaren Nebenprodukt ihrer Massenmigration, spielt sie hingegen auf Zeit.

Ihr neuester Ansatz, lange Klängen in der Öffentlichkeit zu verbieten und mehr Messerverbotzonen auszurufen, ist eine weitere Episode aus der Kategorie: „Symbolpolitik, die garantiert nichts an den Problemen in Deutschland ändern wird“.

In ein, zwei Jahren wird man dann nämlich verkünden, wie viele Stichwaffen sichergestellt, Bußgelder verhängt, Gefährderansprachen vorgenommen wurden und so weiter. Bis dahin bleiben die Grenzen ungeschützt, das Messern geht weiter und – für Faeser und ihre Kumpanen ein wichtiger Nebeneffekt:

Immer mehr ausländische Täter werden dann dank erleichterter Einbürgerung zu Deutschen. Wie Faeser und Co. die Statistiken dann auslegen werden, dürfte klar sein.

Ich habe es schonmal gesagt und sage es wieder: Man kann Messer verbieten, wie man auch Weihnachtsmärkte einzäunen kann. An der Gefahr durch Messerstecher oder islamistische Attentäter ändert sich dadurch nichts.

Die AfD wird den mutwilligen Import der Messerkultur aus Ländern wie Afghanistan und Syrien stoppen, ausländische Täter konsequent abschieben und Einbürgerungen mit sinnvollen Hürden erschweren statt erleichtern. Denn ein Blick in die Besteckschublade genügt, um dem Naivsten klarzumachen:

Nicht Messer sind das Problem, sondern die, die zustechen!



KLAUS WICHMANN
für NIEDERSACHSEN



19

4 Kommentare 45 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

📧 Senden

🔗 Teilen

...s&fi
X2d
yb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3Ncljpcllw
ifSJ9



Martin Sichert, MdB

8. Januar · 🌐



Silvester: "Deutsche" Täter namens Abdullah

Nach den schrecklichen Brandanschlägen in der Silvesternacht in Berlin zeichnet sich wieder ein deutliches Bild ab:

670 Tatverdächtige gibt es bisher, davon sind 400 mit deutschem **Pass**. 256 Namen hat der Innensenat nach Forderungen der AfD bekanntgegeben:

90 Vornamen sind augenscheinlich deutsch oder europäisch (nicht-muslimisch), aber 65 Prozent der deutschen Tatverdächtigen haben Vornamen, die eindeutig nicht-deutschen Ursprungs sind. Eine Auswahl ist hier zusammengestellt.

Lasst Euch also nicht einreden: "Deutsche machen das auch!" Schaut genau hin, wie systematisch die Wahrheit über junge Migranten verschleiert werden soll.

Quelle:

<https://www.nius.de/.../2676b9c5-4d31-4f86-87fa-a2ea83049028>

SILVESTERNACHT in BERLIN



Täter überwiegend jung, männlich, mit Migrationshintergrund*:

Abdul	Adham	Alli	Denizcan
Abdulhamid	Ahmet	Can	Ekrem
Abdulkadir	Ahmad	Cem	Hassan
Abdulkarim	Ahmed	Cemal	Mohammed
Abdullah	Adem	Damian	Yousuff

* Auswahl der Täternamen mit deutschem Pass

670 Tatverdächtige

400 mit deutschem Pass

256 Namen veröffentlicht

65 Prozent der deutschen
Tatverdächtigen haben
Vornamen, die eindeutig nicht-
deutschen Ursprungs sind

SICHERT DEUTSCHLAND

👍👎 889

141 Kommentare 340 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

Captured at: 03/03/2025 14:35

0383

URL: <https://x.com/MdlBehrendt/status/1896095993789366606>



Vanessa Behrendt MdL

@MdlBehrendt



Welche Ramadan-Beleuchtung findet ihr besser?

[Translate post](#)



Last edited 8:11 AM · Mar 2, 2025 · **88.1K** Views

388

218

2.9K

83





Wer hätte das gedacht?

ZAHILLOSE

MESSERANGRIFFE

TROTZ

MESSERVERBOTSZONEN!



Stephan Bothe MdL

afd.fraktion.niedersachsen

afd.fraktion.niedersachsen ++ Wer hätte das gedacht: Messerangriffe trotz Messerverbotzonen! ++

Innenministerin Daniela Behrens und Landespolizeipräsident Axel Brockmann präsentierten jüngst die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2024 für Niedersachsen.

„Auch 2024 gab es erneut eine Zunahme der Rohheitsdelikte, der Straftaten gegen die persönliche Freiheit und der Häuslichen Gewalt“, warnt Stephan Bothe, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag.

„Das weiterhin extrem hohe Niveau im Bereich der Messerangriffe zeigt die Sinn- und Nutzlosigkeit der Einrichtung von Messerverbotzonen. Diese beeindruckten insbesondere kriminelle Migranten, die auch hier überdurchschnittlich als Tatverdächtige auffallen, offenbar wenig bis überhaupt nicht.“

Das Messer als das Symbol schlechthin für importierte Migrantengewalt ist zur alltäglichen latenten Bedrohung für jedermann geworden. Wie diesem Umstand Rechnung getragen werden soll, ist seit Jahren im Handeln der Landesregierung nicht erkennbar.

Solange die Benennung von Fakten, wie wir dies als AfD-Fraktion regelmäßig im Landtag tun, von der Innenministerin als Panikmache und populistische Angstmache abgetan wird und die von uns in entsprechenden Anträgen aufgezeigten notwendigen Konsequenzen ignoriert und abgelehnt werden, bleibt Niedersachsen eine Kriminalitätshochburg.“

@stephan_bothe_mdL

#AFD #LtNDS

21 Std.

b.ausberlin Na so was auch

13 Std. Antworten



jeromeblake78 Die Angriffe finden ja auch außerhalb der "Verbotszeit" von 6-22 Uhr statt. Das ist Deutschl



Gefällt **stephan_bothe_mdL** und 136 weitere Personen

Vor 21 Stunden



Kommentieren





21. März um 09:41 · 🌐

++ Sind das Schul- oder Gefängnishöfe? ++

Raub, Körperverletzung, Nötigung: Laut Landeskriminalamt wurden im Jahr 2023 in Niedersachsen 2.680 Rohheitsdelikte „im schulischen Kontext“ registriert. Pro Schultag ergibt das 14 Delikte!

Erst kürzlich machte ein Gewaltdelikt an der Oberschule am Falkenweg in Sande im Landkreis Friesland überregional Schlagzeilen. Hier kommt es im Schnitt jeden Monat zu einer Körperverletzung. Trotzdem bezeichnet die Landesregierung die dortige Präventionsarbeit als „vorbildlich“.

Rot-Grün selbst arbeite daran, Schulen „noch effizienter bei der Prävention von Gewalt“ zu unterstützen, richtet man uns aus. Harm Rykena, schulpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion Niedersachsen:

„Das soll wohl ein Witz sein! Die Zahlen sprechen für sich: Alle Runderlasse und runden Tische haben versagt. Die Regierung muss das Problem endlich an der Wurzel packen.“

Dazu gehört, bei der Gewalt systematisch Migrationshintergründe und Religion der Täter zu erfassen. Schauen wir weiterhin jahrelang weg, wird es bald keinen Unterschied mehr zwischen Schul- und Gefängnishöfen geben.“

**RAUB****KÖRPERVERLETZUNG****NÖTIGUNG****Jeden Schultag****14 Rohheitsdelikte****an Schulen
in Niedersachsen!**

👍👎👤 Delia Klages und 629 weitere Personen

73 Kommentare 102 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

📧 Senden

🔗 Teilen



Martin Sichert, MdB

19 Std. · 🔒

🔥 MASSENMIGRATION OHNE SINN UND VERSTAND 🔥

Deutschland hat von 2010 bis 2024 – also in nur 15 Jahren – 8,4 Millionen Migranten aufgenommen. In den 55 Jahren (!) zuvor waren es insgesamt 7,5 Millionen.

Die Massenmigration begann unter Merkel, wurde unter der Ampel weiter beschleunigt und wird auch unter Merz unverändert weitergehen. CDU/CSU, SPD und GRÜNE sind die Verantwortlichen für Kriminalität, Überfremdung, Explosion des Sozialertrags, Bildungsmisere und viele andere Probleme, die negative Folgen der unkoordinierten Massenmigration sind.

Die AfD wird diesen Wahnsinn stoppen. Versprochen! 🇩🇪 ❤️

#nurnochAfD

MASSENMIGRATION OHNE SINN UND VERSTAND

Net migration to Germany is at historic high in the past 10 years

Chart shows net migration of foreign nationals to Germany by 5-year-period



Source: Federal Statistical Office (2023). Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland von 1990 bis 2023. Chart shows net migration of non-Germans. Values until 1990 refer to West Germany.

DIESEN WAHNSINN STOPPT NUR DIE AfD!

SICHERTDEUTSCHLAND

👍👎 682

64 Kommentare 250 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔄 Teilen

179671203965




Dirk Brandes, MdB

@DirkBrandes74



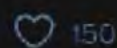
Die Bundesregierung erwartet steigende Ausländerkriminalität – und macht trotzdem weiter wie bisher. Wer in diesem Wissen weiter massenhaft junge Männer ins Land holt, gefährdet unsere Sicherheit bewusst.

 Zeit für eine Wende. Zeit für die #AfD!

[Translate post](#)



7:13 PM · Apr 24, 2025 · 1,043 Views



X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3Ncljpc
cllwifSlsInJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hb
WVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntc
XFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxcljwMjVcXFwiLFxcXCJz
dGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjUtMVxcXCIsXFxclmVu
ZF95ZWYyXFxcljpcXFwiMjAyNVxcXCIsXFxclmVuZF9tb25
0aFxcXCI6XFxcljwMjUtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXI
cXFwiOixcXClyMDI1LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXIcXF
wiOixcXClyMDI1LTEyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D



Martin Sichert, MdB

13. Mai · 🌐

AfD - Anfrage belegt:

SYRISCHE FRAUEN GEWALTÄTIGER ALS DEUTSCHE MÄNNER!

Unter Gewaltkriminalität fällt schwere und gefährliche Körperverletzung, Raub, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, Mord oder Totschlag.

Wenn Euch Linke mal wieder weismachen wollen, Männer seien das Problem oder Deutsche wären genauso gewalttätig, dann zeigt ihnen bitte diese Statistik, um endlich mit den linken Märchen aufzuräumen!

Man bedenke dabei sogar noch, dass unter den deutschen Staatsangehörigen viele mit Migrationshintergrund dabei sind, die Ali heißen oder noch gar nicht lange die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

Ganzer Artikel:

<https://www.nius.de/.../ff2f0593-8381-4b22-a985-d799e3823876>

“DEUTSCHE MACHEN DAS AUCH”

DAS PROBLEM SIND NICHT DEUTSCHE!

DAS MASSIVE PROBLEM IST

AUSLÄNDERKRIMINALITÄT!

**Tatverdächtige pro 100.000 Einwohner
im Bereich „Gewaltkriminalität“**



NIUS

Quelle: Bundesinnenministerium, Polizeiliche Kriminalstatistik 2024

SICHERTDEUTSCHLAND

AfD Wolfsburg und 2.500 weitere Personen

307 Kommentare 967 Mal geteilt

Gefällt mir

Komentieren

Teilen



Stefan Henze

Gestern um 07:35 · 🌐



Massen-Einbürgerungen:

Fast 300.000 neue „Deutsche“ im Jahr 2024, vor allem Syrer! Die Bundesregierung verschleudert den deutschen Pass wie billige Werbeflyer.

So wird die Masseneinwanderung in unsere leidenden Sozialsysteme durch die Hintertür legalisiert. Die Zeche zahlen die arbeitenden Bürger.

So darf es nicht weitergehen. Nur wir garantieren den Politikwechsel. Der deutsche Pass muss wieder etwas wert sein!

<https://www.bild.de/.../staatsbuergerschafts-rekord-fast...>



STEFAN HENZE, MdB



FÜR NIEDERSACHSEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

👍 35

3 Kommentare 13 Mal geteilt

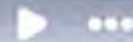
👍 Gefällt mir

🗨️ Kommentieren

📄 Teilen

[aspauloldenburg/3673518366844888176/](#)

andreas paul oldenburg • 4 Std.



**So erledigen die Altparteien die
Migrationskrise.
20.000 Afghanen sind nicht mehr
ausreisepflichtig, warum?
Sie haben nun den deutschen Pass....**

AFGHANISCHE STAATSANGEHÖRIGE IN DEUTSCHLAND	AUSREISEPFLICHTIGE MIT DULDUNG	VOLLZIEHBAR AUSREISEPFLICHTIGE	AUSREISEPFLICHTIGE GESAMT
31. Dezember 2020	26.546	2.899	29.245
31. Dezember 2021	25.715	2.563	28.278
31. Dezember 2022	21.086	2.964	24.050
31. Dezember 2023	12.584	1.955	14.339
31. Dezember 2024	9.294	1.554	10.848
31. Mai 2025	9.602	1.801	11.423

Quelle: AZR

Antwort an andreas paul oldenburg ...



Captured at: 08/25/2025 15:13

0391

URL: <https://x.com/MartinaUhrMdB/status/1949505126823034936>



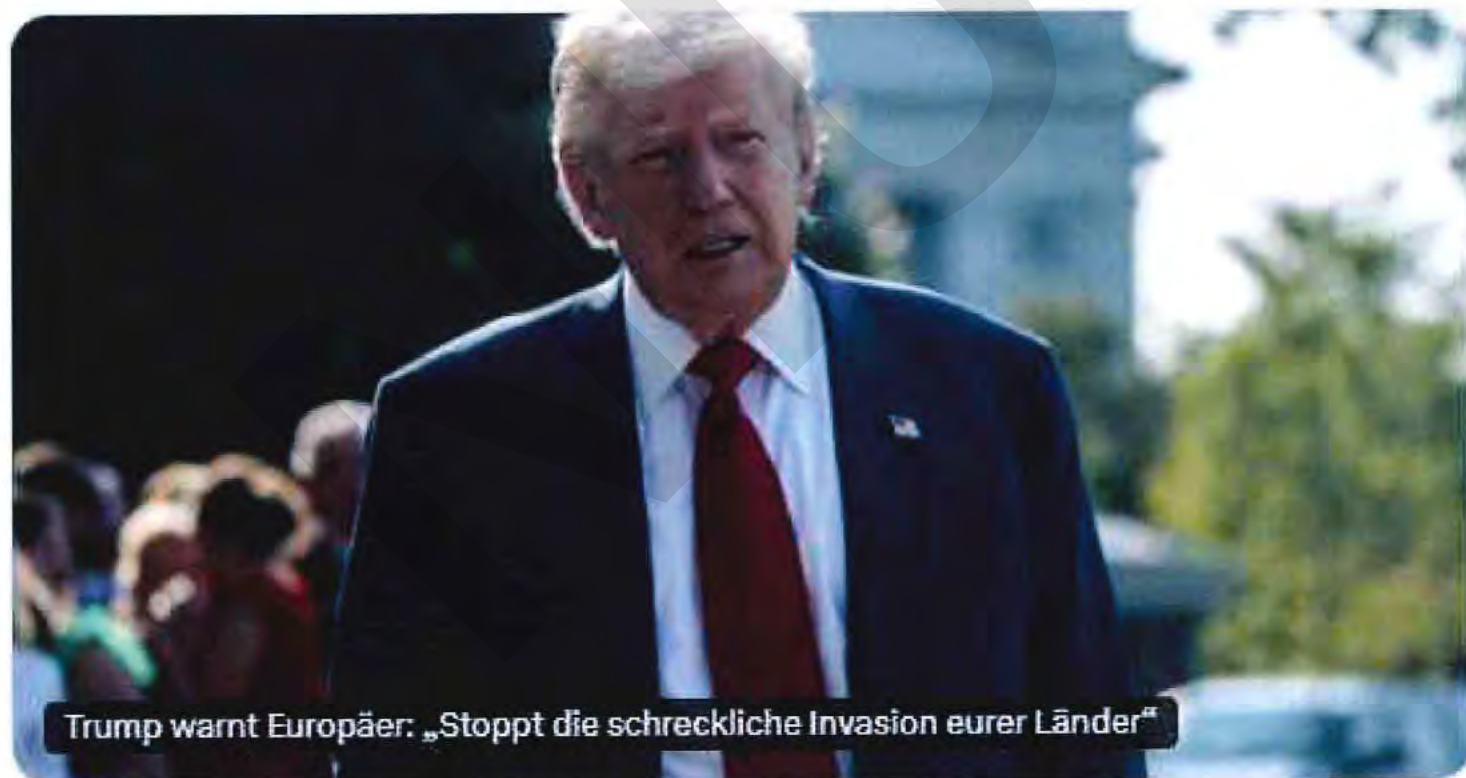
Martina Uhr

@MartinaUhrMdB



[Translate post](#)

Trump hat recht - rettet Europa: Er warnt vor der „schrecklichen Invasion“ durch Migration! Die Regierung schweigt, nur wir handeln.



From tichyseinblick.de

6:20 PM · Jul 27, 2025 · 38 Views

Captured at: 08/06/2025 12:22

0392

URL: <https://x.com/Lists/1950211840241262850>

↳ Ansgar Schledde reposted



Vanessa Behrendt Mdl  @MdlBehrendt · 30m

Deutschland stirbt aus – und die Altparteien klatschen!

Nur noch 10% der Bevölkerung sind junge Deutsche zwischen 15 und 24 Jahren, wie Spiegel berichtet.

Vor 40 Jahren waren es fast doppelt so viele. Heute? Alt, müde, überfremdet.

Ohne Massenzuwanderung läge der Anteil unter 9%.

Die Zukunft dieses Landes wird nicht mehr geboren, sie wird importiert. Einwanderung ersetzt keine Kinder!

Doch statt deutsche Familien zu stärken, finanziert der Staat lieber Asylindustrie, Regenbogenunterricht und Frühsexualisierung.

Statt Lebensfreude gibt's Klimapanik und Genderchaos.

Damit muss ein für alle mal Schluss sein!

Dieses Land gehört seinen Kindern. Nicht den Kindern der Welt.



↳ 19



100



788



Captured at: 09/05/2025 10:59

0393

JRL: <https://x.com/i/lists/1950211840241262850>



Omid Najafi, MdL AfD  @omidnajafi_afd · Aug 26



Also:

Wir schieben die ausreisepflichtigen und kriminellen Ausländer ab, illegale Einwanderung wird beendet, der Rundfunkbeitrag wird gestrichen, eure Stromkosten bringen wir auf unter 15 Cent/kWh, Transen werden nicht mehr im Kindergarten vor euren Kindern tanzen, Benzin und Diesel werden mindestens 20 Cent günstiger.

Ihr werdet nicht mehr abgestochen, überfahren, bedroht oder ausgeraubt. Nachts könnt ihr problemlos spazieren gehen oder stundenlang zu Fuß nach Hause schlendern und auch sicher ankommen.

Grundsteuer weg
Grunderwerbssteuer weg
CO2-Steuer weg
Straßenausbaubeiträge weg
usw. usf.

Das Land unterstützt die Kommunen finanziell und ihr werdet endlich überall funktionierendes Handynetzen haben.

Ist das so furchtbar schlimm, was wir fordern, oder warum wählt ihr noch immer nicht die [#AfD](#)?

Wer abgestochen oder arbeitslos werden will, kann weiter die linken Altparteien wählen.

Wir jedenfalls wollen das nicht!

 483

 1.5K

 9.5K

 384K



Captured at: 09/05/2025 09:58

0394

URL: <https://x.com/i/lists/1950211840241262850>



Dirk Brandes, MdB @DirkBrandes74 · Sep 2

Der Mord an Liana aus #Friedland ist leider nur eine von vielen Schreckensmeldungen, welche die Masseneinwanderung in unser Land r
sich bringt. Wer das noch verschweigt, macht sich zum Mittäter!



1



3



26



378



**AfD Leute Nds**

@der_kuhne

**Omid Najafi, MdL AfD** @omidnajafi_afd · Sep 3

Schwarz auf weiß. Für jeden sichtbar und nachvollziehbar. Sie lassen die Mörder auf euch und eure Kinder los. Sie decken die Mörder.

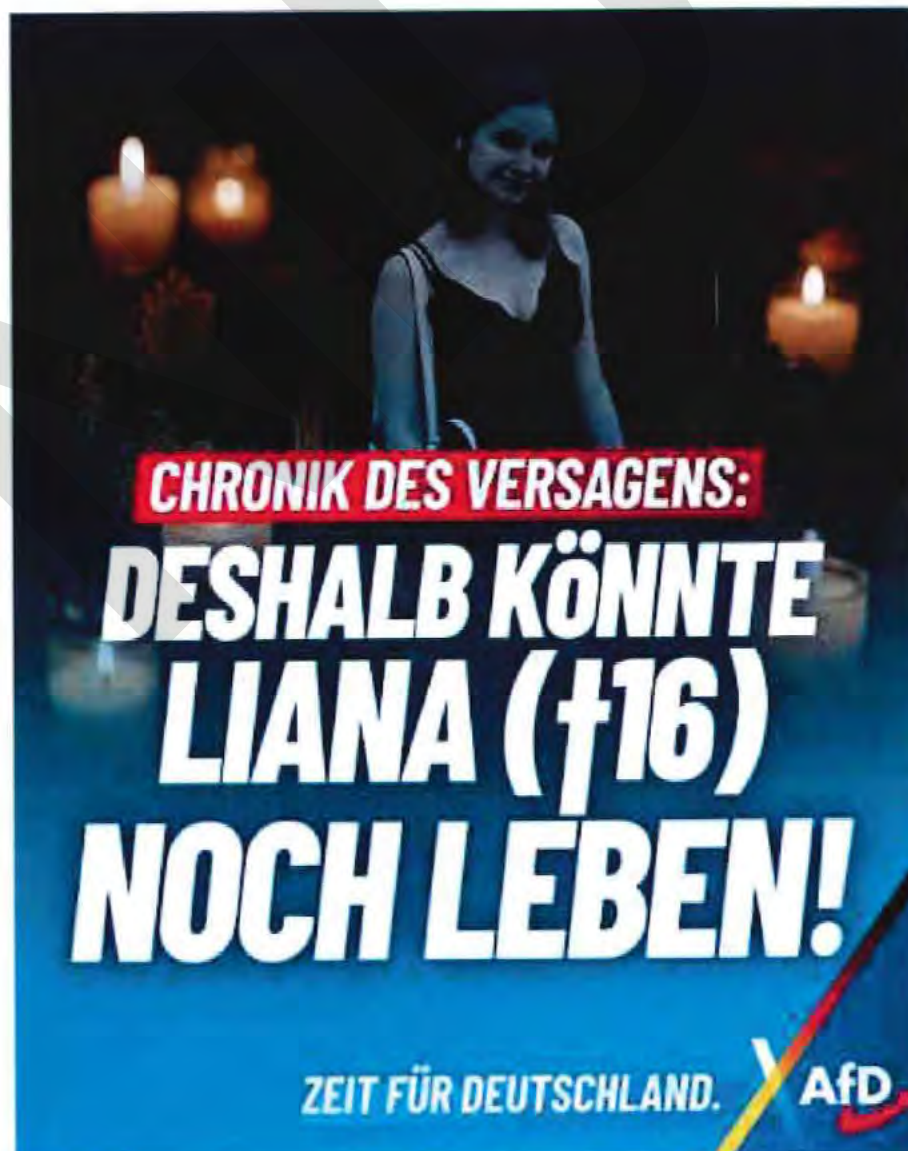
Wie offensichtlich wollt ihr es noch?

**AfD** @AfD · Sep 3

+++ Der Fall Liana K.: Ein Versagen von Politik und Behörden +++

Liana K. wurde nur 16 Jahre alt. Der Fall erschüttert ganz Deutschland, denn er steht exemplarisch – wie viele weitere – für eine fehlgeleitete Politik und ein Versagen der Behörden. Aufgrund von DNA-Spuren geht

[Show more](#)



76

406

3.8K



Captured at: 09/05/2025 09:50

0396

JRL: <https://x.com/i/lists/1950211840241262850>



Omid Najafi, MdL AfD @omidnajafi_afd · 17h



SPD/CDU/Grüne/LINKE/BSW wählen tötet Kinder



4

33

184

1.5K



joern.koenig • 3 Std.



Gefällt 9 Mal

joern.koenig Bundesinnenminister Dobrindt (CSU) schafft es nicht, die unkontrollierte Migration zu stoppen, wenigstens die ausreisepflichtigen Migranten umgehend in ihre Heimat zurückzuführen, auf den Straßen endlich wieder für die Sicherheit der Bürger zu sorgen und behauptet auch noch, die AfD sei das Problem. Die Süddeutsche Zeitung zitiert ihn: „Die AfD bietet keine Lösungen, sie heizt Stimmungen an und will die Gesellschaft spalten.“ – „Sie versucht, Unsicherheit künstlich hochzuhalten.“

Unermüdlich liefert die AfD in allen Parlamenten ständig Lösungen, und zwar auf allen Politikfeldern, nicht nur zum Thema Migration. Wenn sie zu Recht immer wieder auf die unerträglichen Angriffe aufmerksam macht – auf Messerangriffe, das „Vor-den-Zug-Schubsen“, Massenvergewaltigungen und alle anderen Gewalttaten, die heute alltäglich in Deutschland passieren und die es früher so nicht gab oder wesentlich seltener –, dann ist das kein Anheizen einer Stimmung oder der Versuch, Unsicherheit künstlich hochzuhalten, sondern ein Weckruf und gleichzeitig auch die Empörung über diese Taten und darüber, dass die Regierungen es nicht schaffen, die Sicherheit wiederherzustellen, die jeder Bürger erwarten kann. Deutschland muss diesen bestialischen Horror nicht ertragen. Die Alternative für Deutschland ist bereit, sie muss aber auch gewählt werden, um etwas ändern zu können.

Kommentieren ...



IOjAiOiJ7XCJuYW1lXCi6XCJjcmVhdGlvbI90aW1lXCIsXCJ
hcmdzXCi6XCJ7XFxcInN0YXJ0X3llyXJcXFwiOlxcXClyMDI
1XFxclixcXFwic3RhcncRfbW9udGhcXFwiOlxcXClyMDI1LT
FcXFwiLFxcXCJlbnRfeWVhclxcXCi6XFxcljwMjVcXFwiLF
xcXCJlbnRfbW9udGhcXFwiOlxcXClyMDI1LTEyXFxclixcX
Fwic3RhcncRfZGF5XFxcljpcXFwiMjAyNS0xLTFcXFwiLFxc
XCJlbnRfZGF5XFxcljpcXFwiMjAyNS0xMi0zMVxcXCJ9XC
J9liwicnBfYXV0aG9yOjAiOiJ7XCJuYW1lXCi6XCJteV9ncm
91cHNfYW5kX3BhZ2VzX3Bvc3RzXCIsXCJhcmdzXCi6XCJ
cIn0ifQ%3D%3D&locale=de_DE



Stephan Bothe MdL

20. November um 10:21 · 🌐



Ist Niedersachsen sicher?

Die Innenministerin Daniela Behrens feiert: 2024 nur noch 529.264 Straftaten in Niedersachsen – weniger als 2014!

Alles super seit Merkel die Grenzen geöffnet hat, oder?

Die Pressemitteilung vom 13. März 2025 verschweigt natürlich, WER diese Taten wirklich begeht.

Die nackte Wahrheit aus der PKS 2024 (ohne die reinen Ausländerrechtsverstöße, damit's nicht auffällt):

Ausländer = 11,4 % der Bevölkerung in Niedersachsen Ausländer = 31,9 % aller Tatverdächtigen

Das ist nicht „leicht überrepräsentiert“ – das ist fast das DREIFACHE!

Jeder dritte, der hier erwischt wird, hat keinen deutschen Pass – obwohl nur jeder neunte Einwohner einer ist.

Und jetzt schaut euch die Grafik an: Bei den Männern knallen die Ausländer mit 11.431 Tatverdächtigen pro 100.000 Einwohner davon – fast VIER MAL so hoch wie deutsche Männer (3.085). Bei Frauen ist es „nur“ das Dreifache.

Das ist kein „Rückgang der Kriminalität“ – das ist ein Bevölkerungsaustausch mit kriminellen Folgen.

Merkels Erbe: Niedersachsen ist nicht sicherer geworden. Es ist nur älter – und fremder.

#afd #niedersachsen #fakten

6863

Straftaten insgesamt

Tatverdächtige unter 18 Jahre pro 100.000 Einwohner je Nationalität, Niedersachsen 2024

■ Ausland ■ Deutschland



2613



2566



1108



Mann

Frau



Quellen: BKA, PKS 2024, Schlüssel: 890000, Tatv. nach Alter und Geschlecht (T40 und 50); Destatis, Bevölkerung nach Bundesland, Geschlecht, Altersjahre, 31.12.2023.

👍👎🗨️ 23

14 Kommentare · 1 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

🗨️ Kommentieren

👉 Teilen

Der Fall eines kleinen Hundes, der im bayerischen Straubing von einem Syrer aus dem dritten Stock geworfen wurde und elend an seinen schweren inneren Verletzungen verstarb, erschütterte Deutschlands Tierfreunde.

In Europa selbst wird die Situation immer schlimmer. Durch die muslimische Massenzuwanderung, die sich in vielen Vierteln Spaniens, Frankreichs und Schwedens konzentriert, gelten Hunde besonders bei radikalen Glaubensanhängern als "unrein" und verachtenswert. Sie werden als übergroße Ratten bezeichnet. Man macht Jagd auf sie, vergiftet sie, vergewaltigt sie und pfählt sie sogar durch den Hals. Der Hass auf den besten Freund des Menschen nimmt unfassbare Formen an.

Was uns noch bevorstehen könnte, zeigt sich derzeit im Iran und anderen muslimischen Staaten. Dort ist bereits das Gassi-Gehen verboten, ebenso die Mitnahme der Vierbeiner im Auto; auch ist es strikt verboten, dass die Tiere den Kopf aus dem Fenster halten. Einen Hund zu besitzen, steht unter Strafe. Halter müssen nicht nur mit einem Bußgeld von 2.500 Euro rechnen, sondern auch mit der Tötung des Tieres sowie 60 Peitschenhieben. Mittelalterlicher, kranker Wahnsinn.

In London und Manchester skandieren erregte Muslime öffentlich: „Das ist jetzt islamische Zone. Führen Sie hier nicht Ihren Hund aus! Muslime mögen keine Hunde!“ In den USA und in Kanada weigern sich muslimische Bus- und Taxifahrer, Blindenhunde mitzunehmen. Dort sieht man schon heute, was Deutschland in Zukunft droht. Und das alles nur, weil der islamische Glaube mit all seinen Begleiterscheinungen hier immer mehr Fuß fasst.

Wollen wir das? Müssen wir nach unseren Frauen jetzt auch zunehmend Angst um unsere Vierbeiner haben?

<https://www.wochenblick.at/syrer-schleudert-hund-aus-dem-fe...>

<https://www.wochenblick.at/uebergrosse-ratten-das-harte-sc.../>

Verstümmelt, verbrannt, vergewaltigt:

**Hunde verenden
für radikalen
Islam!**



AfD

Captured at: 14/04/2025 14:03

0400

JURL: <https://www.facebook.com/AfDFriesland>



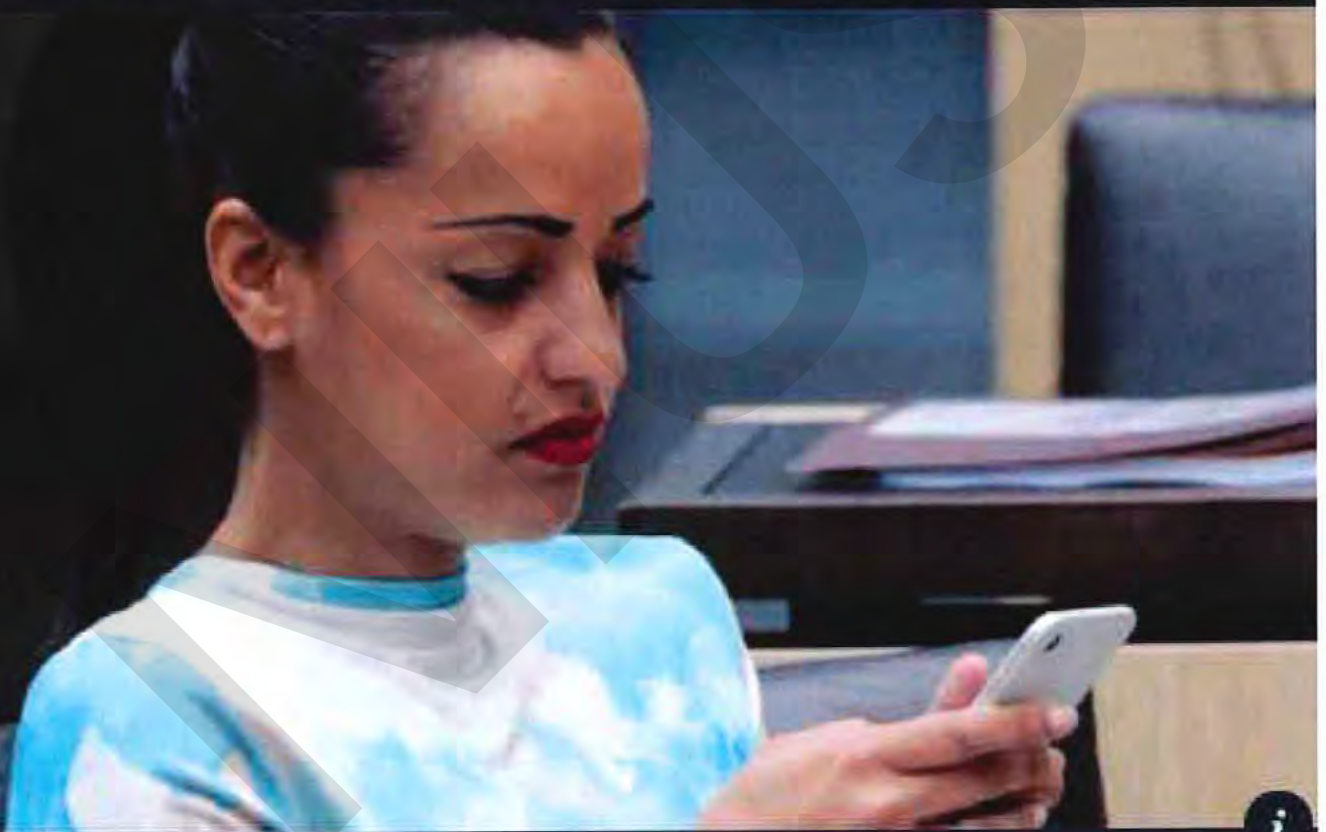
AfD Kreisverband Wittmund

6. Mai 2019 · 🌐



Aussage einer - zumindest nach dem Pass - deutschen Politikerin: "Wir werden schon dafür sorgen, dass dieser Name (gemeint ist Mohammed) nie verschwindet!"

Solche Individuen regieren uns und entscheiden über die Zukunft unseres Landes und damit unserer Kinder und Enkel. Wir werden abgeschafft.



WEB.DE

Angeblicher Regelverstoß: Twitter-Konto von Sawsan Chebli zeitweise gesperrt

An die Adresse der AfD gerichtet, schreibt Sawsan Chebli über den Namen Mohammed: "Wir ...



5

2 Kommentare 1 Mal geteilt



Gefällt mir



Kommentieren



Teilen

Eine grausame Tat wurde vor dem Bremer Landgericht verhandelt. Ein „Mann“ schnitt seiner schwangeren Frau von hinten mit einem Buschmesser die Kehle durch. Der Verdacht, dass das mit „kultureller Bereicherung“ zu tun hat bestätigt sich auch hier, dieser „Mann“ ist aus Nigeria. Entsprechend gering war das Strafmaß, 10 Jahre gab es für dieses Tötungsdelikt. Natürlich darf man das nicht als Migrationsrabatt bezeichnen, die etablierte Begründung lautet: der Täter habe „im Affekt gehandelt“.

<https://amp.mopo.de/.../bestialische-tat-mann-toetet-freundin...>

Nigerianer schneidet schwangerer Frau mit Buschmesser von hinten die Kehle durch.

(012)

AfD Cuxhaven



30

7 Kommentare 25 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen



www.afd-fraktion-hannover.de



AfD-Stadtratsfraktion Hannover

5 Std. · 🌐

Am 15. März 2022 stachen drei junge Frauen auf eine 16 jährige im Vahrenwalder Park ein, nur wenige Tage später greift ein 17 jähriger einen gleichaltrigen Jugendlichen mit einem Messer auf einem Lindener Spielplatz an. Beide Opfer überlebten die Attacken glücklicherweise schwer verletzt.

Zwar sinkt laut aktueller Kriminalstatistik die Gesamtzahl der Straftaten in Hannover, dies liege aber hauptsächlich an den pandemiebedingten Einschränkungen. Denn während Einbrüche und Schwarzfahrdelikte abnehmen, steigen vor allem Missbrauchsfälle und Messerangriffe deutlich an.

2021 verzeichnete die Statistik ganze 589 Messerangriffe in Hannover, ein neuer, trauriger Rekord! Von 34 Tötungsdelikten wurden 16 mit einer Stichwaffe begangen!

Besonders brisant: Jeder zweite Täter hatte keinen deutschen Pass! Ausländer sind also überproportional häufig an Messerangriffen beteiligt, bezogen auf ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Übrigens: Ob die Täter mit deutschen Pass einen Migrationshintergrund hatten, wird in der Statistik leider nicht erwähnt. Sie werden ihre Gründe haben!

Quelle: <https://www.pd-h.polizei-nds.de/..?polizeiliche...>

www.afd-fraktion-hannover.de/355



1 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

May 10

0403

Marie-Thérèse Kaiser

Forwarded from Charlotte Corday ...



Ein großer Austausch findet nicht statt!

526 14:09



ATD Kreisverband Wittmund

12 Std. · 🌐

0404

So ähnlich ging es im Mittelalter in Deutschland auch schon mal zu. Eigentlich hatten wir uns weiter entwickelt und zivilisiertere Wege gefunden, Meinungsunterschiede auszutragen. Aber ich bin ja als Optimist verschrien und bin guter Hoffnung, dass unsere zugewanderten Facharbeiter, Akademiker und Nobelpreisträger das bis zum Jahr 3022 auch im Griff haben.



WEB.DE

Streit zwischen Großfamilien in Essen eskaliert: Massenschlägerei mit Hunderten Beteiligten

👍 1

1 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

Die Abwanderung von deutschen Staatsbürgern ins Ausland geht ungebremst weiter, während eine EU-Statistik zeigt, dass Deutschland immer mehr zum Magneten von Asylbewerbern wird. Dazu Alice Weidel, AfD-Bundessprecherin:

„Der sogenannte Brain-Drain geht in immer größerer Geschwindigkeit voran. Allein im Jahr 2021 haben etwa eine Million Deutsche ihre Heimat für immer verlassen, während laut dem s... Mehr anzeigen

**DEUTSCHE GEHEN - SYRER,
AFGHANEN UND RUMÄNEN KOMMEN!**

**DEUTSCHE
LEISTUNGSTRÄGER
WERDEN ZU
FLÜCHTLINGEN
VOR DER POLITIK!**

Alice Weidel



AfD AfD Wolfsburg
21 Std. · 🌐

Man darf es ruhig aussprechen, auch wenn es der Verfassungsschutz gleich wieder in seine Akten schreibt: Es ist Umvolkung und es ist real! Wahrheit lässt sich nicht zensieren und beugt sich keiner Dienstanweisung!

Deutschland, Niedersachsen und Wolfsburg wachsen nur und ausschließlich durch Zuwanderung!

Bei den Kindern haben wir den "Point of no Return" wohl bereits überschritten.

Noch immer bekommen die Deutschen viel zu wenig Kinder, um den Bestand zu erhalten. Somit verkleinert sich die Bevölkerung mit jeder Generation um ca. ein Drittel.

Aufgefüllt wird seit Jahren mit Migranten, die zumeist in den Sozialen Sicherungssystemen zu Hause sind.

Hier werden weit mehr Kinder geboren und dies wird schließlich die Zukunft unseres Landes sein!

Oder sollte man sagen: Dieses Landes? Denn wessen Landes wird es sein in ein, zwei Generationen?

Das ganze System der Umvolkung inklusive der üppigen Sozialtransfers erhält der Deutsche mit seinen Steuern und Abgaben, die seit Jahrzehnten steigen und ein astronomisches Niveau erreicht haben!

Wir zahlen also dafür, dass andere hier gut und gerne leben können.

Das ist ein Fakt und das sagt jede Statistik und führt dazu, dass die jungen und flexiblen und gut ausgebildeten Leute das Land verlassen- so Sie denn können.

Das wiederum erhöht das Tempo dieses Prozesses, der zweifelsfrei von den Regierenden genau so gewollt ist! Zu glauben, dass man sowas über Jahrzehnte "aus versehen" laufen lassen würde, mit allen Konsequenzen für die Rente, die Arbeitslosenversicherung, die Kultur, Normen und Werte... ist einfach nur naiv! Niemand macht eine solche Entwicklung mit aus Unwissenheit oder Dummheit und steht mit seinem Beamtenapparat ganz plötzlich vor dem Ergebnis. Das wird nicht nur in Kauf genommen, sondern ist geplant und durchgeführt und genau so fein Justiert, dass das System es gerade noch verkraften und aufrecht erhalten kann, bis es kein zurück mehr gibt!

Es soll ein neues Deutschland werden. Eines, das bunter, diverser und multikultureller ist als das alte. Es sollen alle gleich sein- gleich arm und der Staat regelt, wem wie viel zusteht. Freiheit, Bürgertum, Unabhängigkeit, Wohlstand und Besitz sind diesen Leuten ein Dorn im Auge. Damit stehen sie genau in einer Reihe mit den Plänen des Great Reset des WEF unter Klaus Schwab!

Diese Pläne sind nicht geheim- sie schreiben Bücher darüber, sie bringen es raus und runter in den Medien. Alle könnten das sehen, wenn sie denn wollten!

👍👎 6

3 Kommentare · 1 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen



Gefällt 2 Mal

afd_kv_goslar Wann begreifen die Menschen das?

VOR 47 MINUTEN



Kommentieren ...

Posten



Neues aus dem Shithole Bremen

Ständig finden in der Innenstadt Überfälle statt. Laut Polizei sind bisher "ALLEI" Tatverdächtigen Ausländer. Zuletzt wurden fünf sogenannte „Flüchtlinge“ in Haft genommen. Wir empfehlen allen Altparteien-Wählern, weiter klatschen und brav Danke sagen!

Straßenraub: Fünf Männer in Untersuchungshaft

Immer wieder Überfälle in der Innenstadt – Polizei zieht Zwischenbilanz der Ermittlungsgruppe

VON FUSARINI GABRIELE

Blöße – immer wieder Überfälle rund um die Bremer Innenstadt. Das Militär, stets abulich, die Beschuldigung des Über ebenfals. Jüngere Männer, allein oder zu zweit, reißt, stiehlt, besann, die Goldstücke vom Hals, die leere Uhr vom Handgelenk, die Anstehende vom Arm. Nun, wieder die extra entgegenschickte Ermittlungsgruppe der Polizei eine Erfolg. Die Beamten faßen bei elf Überfällen 22 Verdächtige. Fünf Zwangsweise können in Untersuchungshaft.

Seit Monaten alle paar Tage Überfälle in der Innenstadt, und das läuft am Tag, wenn es noch hell ist. Beim Bitt und in der Konkrete eine

wird ein Paar identifiziert. In gewalttätig überfallen geschäftlich und gewerblich. Der Einsatz hierausgehen. Besonders drehen. Im Vorbeigehen zieht ein Täter einen Geldbeutel, einen Geldbeutel an der Schulterschleife, die keine Uhr vom Arm. Die Handtasche, die ein Mann bei sich hat, die leere Uhr vom Handgelenk, die Anstehende vom Arm. Nun, wieder die extra entgegenschickte Ermittlungsgruppe der Polizei eine Erfolg. Die Beamten faßen bei elf Überfällen 22 Verdächtige. Fünf Zwangsweise können in Untersuchungshaft.



Empfänger Straßenraub (Mittlerweile) Die Polizei konnte bisher 22 Verdächtige

prüfen“ im Einsatz und den Angaben zufolge noch zwei Straftäter. Am Mittwochabend trat es um eine Zwangsweise. Dabei die „Schuldigen“ fassen die 22 Verdächtige bei elf Überfällen. Die Polizei konnte bisher 22 Verdächtige

aus der Innenstadt

aus der Innenstadt

gieren. Kerstin Fischer. Alle Untersuchungen zu einem der untersuchten. Täter sind 20-jährige bis 30-jährige, teils in einer körperlichen Ausprägung, anbei. Ausnahmefälle, bereits in und Papier. Der Gruppe Verdächtige ist es, der älteren 30 Jahre alt, die meisten um, die 20 Jahre vor dem überaus ungewöhnlichen und / getragene Diebstahl haben vorgenommen. Die Untersuchungen im der Innenstadt sind nicht abgeschlossen. Die Polizei hat bisher 22 Verdächtige

gieren. Kerstin Fischer. Alle Untersuchungen zu einem der untersuchten. Täter sind 20-jährige bis 30-jährige, teils in einer körperlichen Ausprägung, anbei. Ausnahmefälle, bereits in und Papier. Der Gruppe Verdächtige ist es, der älteren 30 Jahre alt, die meisten um, die 20 Jahre vor dem überaus ungewöhnlichen und / getragene Diebstahl haben vorgenommen. Die Untersuchungen im der Innenstadt sind nicht abgeschlossen. Die Polizei hat bisher 22 Verdächtige

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erfolgt das Antragsrecht. Einige hatten die Straftäter und Mörder. „Zuletzt wurde am Dienstag ein Mann, 27-jährig, in Untersuchungshaft genommen. Er ist in der Innenstadt verhaftet worden. Die Polizei hat bisher 22 Verdächtige



14

1 Kommentar 2 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen





AfD Wolfsburg

13 Std. · 🌐

...

[0409](#)



AfD-Chan

16 Std. · 🌐

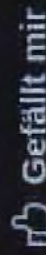
Und wieder hat eine Merkel-Fachkraft ein Mädchen getötet.

Wann schützen wir endlich unsere Kinder?



16

5 Kommentare 9 Mal geteilt



Gefällt mir



Kommentieren



Teilen

gleichzeitig weiterhin nicht ausreichend vermehren dürfen und der bei weitem nicht mit
Zuwanderern in Millionenhöhe aufgefüllt werden muss.

Angeblich, um unseren Wohlstand zu erhalten und die Anzahl der Arbeitsplätze auf gleichbleibendem Niveau zu halten.

Das sagt man uns zwar schon seit Jahrzehnten, aber daran, dass die Rentenkassen leer und die Sozialkassen überlastet sind hat das bisher nie etwas verbessert!

Das Märchen, warum man die Deutschen durch Zuwanderung ersetzen müsse, wird man uns noch erzählen, wenn der letzte Deutsche mit 100 Jahren tot vom Arbeitsplatz weggetragen wird und das letzte noch Deutsch sprechende Kind im Ort verzweifelt versucht, seine arabisch-afrikanischen Mitschüler in die ehemalige "Mehrheitsgesellschaft" zu integrieren.

Es geht wohl eher um billige Arbeitskräfte und Konsumenten statt um Fachkräfte und ob die Deutschen sich fortpflanzen oder irgendjemand scheint Scholz und seinen Kumpanen herzlich egal zu sein!

Der Verfassungsschutz beäugt es ja mit Argwohn und wer das böse Wort trotzdem in den Mund nimmt, kommt auf die schwarzen Listen, aber es ist ein Fakt und nicht mehr abzustreiten: Umvolkung findet statt und wird ganz gezielt in Kauf genommen von Leuten wie Scholz und Baerbock und Merkel und ähnlichen, weil ihnen das eigene Volk stets bestenfalls egal war und ist und weil die Umvolkung so nette Begleiterscheinungen hat, wie "Buntheit" und "Diversität" und man auf die eigene Kultur sowieso nichts gibt.

Interessant wird sein, ob sich die in vermeintlichen Wohlstand gepackten Deutschen (noch ist der Kühlschrank voll, noch ist die Wohnung warm) so sang und klanglos dem ergeben werden, oder ob es doch noch so etwas wie ein gesunder Wille zur Selbstbehauptung gibt, der einen Widerstand gegen das eigene Ersetzt-werden durch die eigene Regierung wach werden lässt oder ob man weiter dahindämmert, wie Greise im Altenheim und es einfach geschehen lässt. Es gibt einen Widerstand- man kann ihn wählen und verstärken, man muss es nur auch tun!

<https://www.handelsblatt.com/.../rente.../28860794.html>



HANDELSBLATT.COM

Rente: Scholz: Mehr ältere Arbeitnehmer sollten bis zum offiziellen Renteneintrittsalter arbeiten

16

3 Kommentare 5 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen



AfD Wolfsburg

1 Tage ·

0411



Derzeit regen sich wieder die Politiker von SPD bis Grüne darüber auf, dass Rettungskräfte angegriffen werden und kein Respekt mehr da ist und beklagen eine Verrohung der Gesellschaft. Das sind komischerweise genau dieselben Politiker, die diese Situation erst herbei geführt haben! Neu ist diese Entwicklung auch nicht, es gab 2015 schon die Massenvergewaltigungen auf der Domplatte in Köln.

Seither wurde nichts getan, um am ursprünglichen Problem etwas zu beheben.

Im Gegenteil! Man hat die Grenzen immer weiter geöffnet und freut sich über eine ungesteuerte Zuwanderung aus aller Welt.

Nun sind es offensichtlich genau diese "Zukunftsdeutschen", welche die Obrigkeit und den deutschen Staat hassen und ihn bei jeder Gelegenheit angreifen, die sich bietet und sei es nur ein Sanitäter in Uniform.

Diese Entwicklung wird nicht aufhören, sondern es wird schlimmer werden. Daran kann auch ein Böllerverbot nichts ändern, obwohl ich für ein lokales Böllerverbot in Neukölln, Kreuzberg und Leipzig Conneberg durchaus zu haben wäre.

Solange man aber am ursprünglichen Problem nichts macht, nicht konsequent bestraft und ggf. auch abschiebt und die Grenzen schließt, ist das alles wirkungslos.

Auch die Linksextremen Steinwerfer sind doch spätestens seit dem G20-Gipfel in Hamburg gut bekannt.

Ob Böller oder nicht, diese Leute werfen auch Gullideckel und Steine vom Dach auf Polizisten. Solange die Politik aber genau jene Leute fördert und für den Straßenkampf gegen ihre politische Konkurrenz nutzt, werden die auch weiter Barrikaden bauen und die Polizei angreifen.

Frau Innenministerin Faeser weiß dies und wird nichts ändern.

Sie macht jetzt nur Theater. Schauspielerei. Am Ende werden beide Gruppen genau so weiter machen können und stattdessen wird Sie den Bürgern wieder ein Stück ihrer Freiheit nehmen, um Sicherheit vorzutäuschen.

Die Bürger, die nun nach einem allgemeinen Böllerverbot rufen, haben entweder nichts verstanden oder Sie machen mit bei der Täuschung.

Sklaven, die nach der Peitsche rufen.

BILD.DE

Silvester-Randale in deutschen Städten: Wer sind diese Chaoten, die unser Land kaputt machen?



7

1 Kommentar 2 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen



AfD Hannover
@AfdHannover

0412

...

Nicht die die Herkunft macht jemand zum Täter, sondern seine Sozialisierung. Sozialisierung kommt von der Herkunft. Kommt man aus streng religiösen archaischen Verhältnissen, ist die Wahrscheinlichkeit des Abfärbens hoch. [#Amish](#)



Jürgen Kasek  @JKasek · 3. Jan.

Wer meint, dass die Herkunft für Straftaten relevant sei, argumentiert rassistisch. Nicht die Herkunft macht jemanden zum Täter.

9:50 nachm. · 4. Jan. 2023

119 Mal angezeigt **4** Retweets **5** „Gefällt mir“-Angaben

Sie stellt sich schützend vor die Gewalttäter und versucht mit einem Böllerverbot für alle Bürger vom eigentlichen Problem abzulenken. Ist auch klar, denn die Grünen haben diese Situation nicht nur mit zu verantworten, sie begrüßen diese Zustände sogar!

Taqiyya heißt das, was sie macht und zeigt damit, dass die Grünen ein Teil des Problems sind und niemals an einer Lösung interessiert sind. Dass sie ihren Mitmenschen die Freiheit Stück für Stück verbieten wollen, ist ja nicht neu. Das machen sie andauernd und was sie nicht verbieten können, das machen sie teuer. Weil ihnen Deutschland letztlich egal ist und es ihrer Auffassung nach ein deutsches Volk gar nicht gibt, fühlen sie sich diesem natürlich auch nicht verpflichtet, sondern eher den "Zukunftsdeutschen", denen sie hier beibringt. Wer Grün wählt macht sich mitschuldig!

Wir können jetzt natürlich gerne 18 Wochen lang dämliche Metadebatten über Integration führen oder wir schützen Einsatzkräfte und Bevölkerung mit nem Verbot von Böllern. Wie schwer kann es sein, eine so einfache Lösung für ein klares Problem zu finden?

Quelle: Twitter
Aminata Touré, Die Grünen
Integrationsministerin Schleswig-Holstein

Die Integrationsministerin der schwarz-grünen Landesregierung möchte nicht über Integration debattieren und meht, eine ganz einfache Lösung zur Verhinderung von Gewalttätzen gegen Einsatzkräfte wie an Silvester gefunden zu haben. Ich finde, sie macht es sich viel zu leicht.

Quelle: Twitter
Christopher Vogt, FDP
Landtagsfraktionsleiter
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

Ort

2025

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
22	26	27	28	29	30	31
23	2	3	4	5	6	7
24	9	10	11	12	13	14
25	16	17	18	19	20	21
26	23	24	25	26	27	28
27	30	1	2	3	4	5
						6

sondere Brutalität und Menschenverachtung der Täter. Es gehört zum Gesamtbild dazu, was wir es mit einer neuen Dimension zu tun haben — quantitativ und qualitativ. Die beiden jugendlichen Opfer des Messermordes im Regionalexpress von Kiel nach Hamburg wurden besonders grausam getötet. Offenkundig systematisch praktiziertes Kehledurch- und Kopfabstreifen kann nicht mehr mit einer Aussage relativiert werden, wie »es gibt auch deutsche Verbrecher«.

Wir haben es mit erkennbaren, wiederholt auftretenden Mustern und einer gewissen Regelmäßigkeit zu tun. Dabei ist für die Gefährdung unserer Gesellschaft zunächst zweitrangig, ob es sich bei diesen neuen "deutschen" Verbrechensphänomenen um die Folge einer fremden soziokulturellen Prägung oder die Traumatisierung durch persönliche Kriegserfahrungen oder eine unseren Werten entgegenstehende Ethik handelt. Aber diese Tatsache muß zwingend im Zusammenhang mit der Einwanderungsdebatte berücksichtigt werden und die Frage muß gestellt werden dürfen, ob wir solche Probleme überhaupt bei uns »integrieren« wollen — und können. Ich für meinen Teil möchte das nicht. Und ich möchte auch nicht bei der Frage steckenbleiben, welche zusätzlichen Präventionsmaßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen es bedarf, um zumindest schnellstmöglich die Symptome zu reduzieren. Die ehemalige Bundeskanzlerin Merkel ordnete die hier beschriebene Problemlage kurz und zynisch ein, als sie sagte: »nun sind sie halt da«.

Sie sind nicht nur da, es kommen jeden Tag mehr.

Wenn wir keine 180-Grad-Wende in der Einwanderungspolitik durchsetzen, dann ist von der weltweit bewunderten deutschen Vertrauensgesellschaft, auf der eine stabile Staatlichkeit fußte, schon bald nichts mehr übrig.

Dann wird Deutschland ein einziger Angstraum sein.

DAS GROSSE SCHLACHTEN

Die Morde von
Brokstedt und
die importierte
Gewalttradition



1 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

AfD AfD Wolfsburg
12. Februar 2023 · 🌐

...

Das wird wieder Chaos pur! Keine Kontrolle, jeder kann rein, keiner muss je wieder raus und der Michel zahlt alles wieder fleißig. Diese Regierung steht für die laufende Umvolkung wie keine zuvor! Helfen vor Ort okay, aber kein weiterer Kontrollverlust mehr der zum Kollaps der sozialen Sicherungssysteme führt!


”

Es geht um Hilfe in der Not. Wir wollen ermöglichen, dass türkische oder syrische Familien in Deutschland enge Verwandte aus der Katastrophenregion unbürokratisch zu sich holen können.

Nancy Faeser, SPD
Bundesinnenministerin

tagesschau

Quelle: twitter.com/BAW_fund

 tagesschau · Folgen

12. Februar 2023 · 🌐

Betroffene des Erdbebens im türkisch-syrischen Grenzgebiet mit Verwandten in Deutschland sollen unbürokratisch mit Visa einreisen dürfen.

Die Bevölkerung Deutschlands wächst obwohl sie eigentlich schrumpfen müsste, weil die Geburten die Todesfälle nicht ausgleichen. Das Wachstum findet also nur durch Migration statt. In der Folge steigt der Ausländeranteil der Bevölkerung und das seit Jahrzehnten und das dramatisch. Die seit Jahren andauernde Massenmigration hat seit 2009 rund 18 Millionen Menschen ins Land gespült. Dazu kommt noch, dass Migranten eine höhere Geburtenrate haben. Das bedeutet, dass wir inzwischen mehr nicht Deutsche Kinder haben, als deutsche Kinder.

Also kann man sagen, dass wir eine Umvolkung erleben. Da die Politik all dies weiß und das schon seit Jahrzehnten, werden wir wahrscheinlich ganz gezielt aus unserem eigenen Land heraus gezüchtet.

Deutschland soll bunter werden. Das Land der Deutschen, so wie wir es kennen, wird es schon bald nicht mehr geben.

Das hat natürlich auch Auswirkungen auf unsere Kultur, das Zusammenleben usw.

Warum das so gemacht wird, weiß ich nicht. Vielleicht geht es plump um wirtschaftliches Wachstum und mehr Konsumenten. Vielleicht haben aber auch einige Leute ganz andere Ziele, die Sie damit verfolgen. Das warum zu wissen, wäre schon mal was, aber wichtiger wäre es, sich dieser Entwicklung mit aller Kraft entgegen zu stellen und sie zu stoppen!

Deutschland ist das Land der Deutschen! Es ist nicht irgendjemandes Land und es kann nicht egal sein, ob sich die Deutschen fortpflanzen oder irgendjemand und es kann nicht egal sein, wer seine Kultur an seine Nachkommen weiter gibt!

Es ist das Volk der Deutschen, dem die Politik verpflichtet ist! Wer dabei mit hilft, das eigene Volk abzuschaffen, wie Thilo Sarrazin 2009 so treffend beschrieben hat, der verrät seine eigene Familie! Die AfD wird sich diesen Leuten mit aller Kraft entgegen stellen bis wir diese Politik beendet haben und wieder Politik für die eigenen Leute machen!

Fachkräftemangel?

Produktivitäts-
wachstum statt
Massenmigration

Dr. Christian Blex

Alternative
für
Deutschland



Dr. Christian Blex

8. März 2023 · 3

Seit Jahren wird uns erzählt, wir bräuchten Migration um einen angeblichen Arbeitskräftemangel zu beseitigen. Aber selbst wenn wir das Narrativ des Fachkräfte- ...
[Mehr anzeigen](#)

5

1 Kommentar · 3 Mal geteilt

Gefällt mir

Komentieren

Teilen

Captured at: 28/02/2025 11:08

0417

URL: <https://www.facebook.com/search/posts?q=bev%C3%9Ckerungsaustausch&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Inclm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifSJ9>



AfD Hannover Stadt

23. März 2023 · 🌐



„Das Video ist kein Einzelfall: Es bietet einen Einblick in den grausamen Alltag von deutschen Kindern und Jugendlichen in Gegenden, wo der Bevölkerungsaustausch weit fortgeschritten ist“ – eine schonungslose Analyse.



HEIMAT-KURIER.AT

Qual-Video aus Heide: Nur die Spitze des Eisbergs - Heimatkurier

Ein verstörendes Video aus Schleswig-Holstein sorgt in sozialen Medien für Wut und Fassungslos...

👍👎👤 31

7 Kommentare 11 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

📧 Senden

➦ Teilen

Mal drüber nachdenken:



Zahlen für Niedersachsen im 3. Quartal 2022
Quelle: Landesamt für Statistik



AfD-Fraktion Niedersachsen

8. April 2023 · 🌐

++ Zuwanderung ist nicht die Lösung für Überalterung! ++

Finde den Fehler: Im 3. Quartal 2022 wuchs die Bevölkerung von Niedersachsen um 24.099 Personen – bei 6.391 mehr Gestorbenen als Lebendgeborenen. Des Rätsels Lösung:

Allein von Oktober bis Dezember zogen 30.490 Menschen zu – fast 28.000 davon nicht aus NRW oder Schleswig-Holstein, sondern „über die Grenzen des Bundesgebiets“, wie es das Landesamt für Statistik ausdrückt. AfD-Fraktionschef Stefan Marzischewski-Drewes kommentiert:

„Diese denkwürdigen Zahlen beweisen, wie richtig es ist, dass wir uns für eine aktivierende Familienpolitik stark machen. Denn selbst, wenn hinter den enormen Zuwanderungszahlen zu 100 Prozent ausgebildete Fachkräfte stünden – was in Deutschland bekanntlich mitnichten der Fall ist –, kann man ein Geburtendefizit damit nicht dauerhaft ausgleichen.

Jedenfalls nicht, wenn man sein eigenes Land nach ein paar Jahren noch wiedererkennen will. Ein Land ohne eigene Kinder ist nicht zukunftsfähig, daher aktivierende Familienpolitik.“



9

2 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

Eine Sekte, nichts anderes!

Sich sterilisieren zu lassen, um keine Kinder mehr zeugen zu können, weil die es ja ach so schlecht haben würden in dieser schlechten Welt, aber dann sich auf die Straße kleben, weil genau diese nicht geborenen Kinder eine lebenswerte Zukunft haben sollen, ist der allerletzte Beweis, dass diese Leute Psychos sind. Geisteskranke, die durch Hintermänner in Panik versetzt und fehlgeleitet werden.

Wir brauchen mehr Therapeuten und weniger Samthandschuhe um diese Verrückten zu stoppen, die eine ganze Gesellschaft in ihren Wahn mit hineinziehen!

Übrigens: Ob sich auch die Hassans und Aisches dieser Republik zur Rettung des Planeten sterilisieren lassen?
Ich denke mal die Antwort wird dafür sorgen, dass sich der Bevölkerungsaustausch noch beschleunigt...



► Ort < 2025 >

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
18	28	29	30	1	2	3	4
19	5	6	7	8	9	10	11
20	12	13	14	15	16	17	18
21	19	20	21	22	23	24	25
22	26	27	28	29	30	31	1
23	2	3	4	5	6	7	8

Captured at: 03/22/2024, 06:14 AM

0420

URL: <https://www.facebook.com/AfDVerden/posts/pfbid0H7UyyxECCftAeRiaazT6s4EnxQtXswHLrHdPUpHXxxiFZGMHfvXoEAgb5nr2JXLI>



AfD Verden

4. Mai 2023 · 🌐



Natürlich gibt es ein Volk. Ein Staatsvolk, ein Deutsches Volk. Auch wenn der Regierungsschutz, die Verfassungsschutz anderer Meinung ist. Jetzt macht brav Meldung, ihr Schnüffler. Böse AfD, böse, böse, böse.... 😏

<https://jungefreiheit.de/.../komme.../2023/es-gibt-ein-volk/>



JUNGEFREIHEIT.DE

Es gibt ein Volk

Es ist mit dem Grundgesetz vereinbar, sich für die Erhaltung des – ethnisch-kulturell verstand...

👍 30

2 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

URL: <https://www.facebook.com/search/posts?q=ersatzmigrationsmigration&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6InRlcmlm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcm9udG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcllwifSJ9>

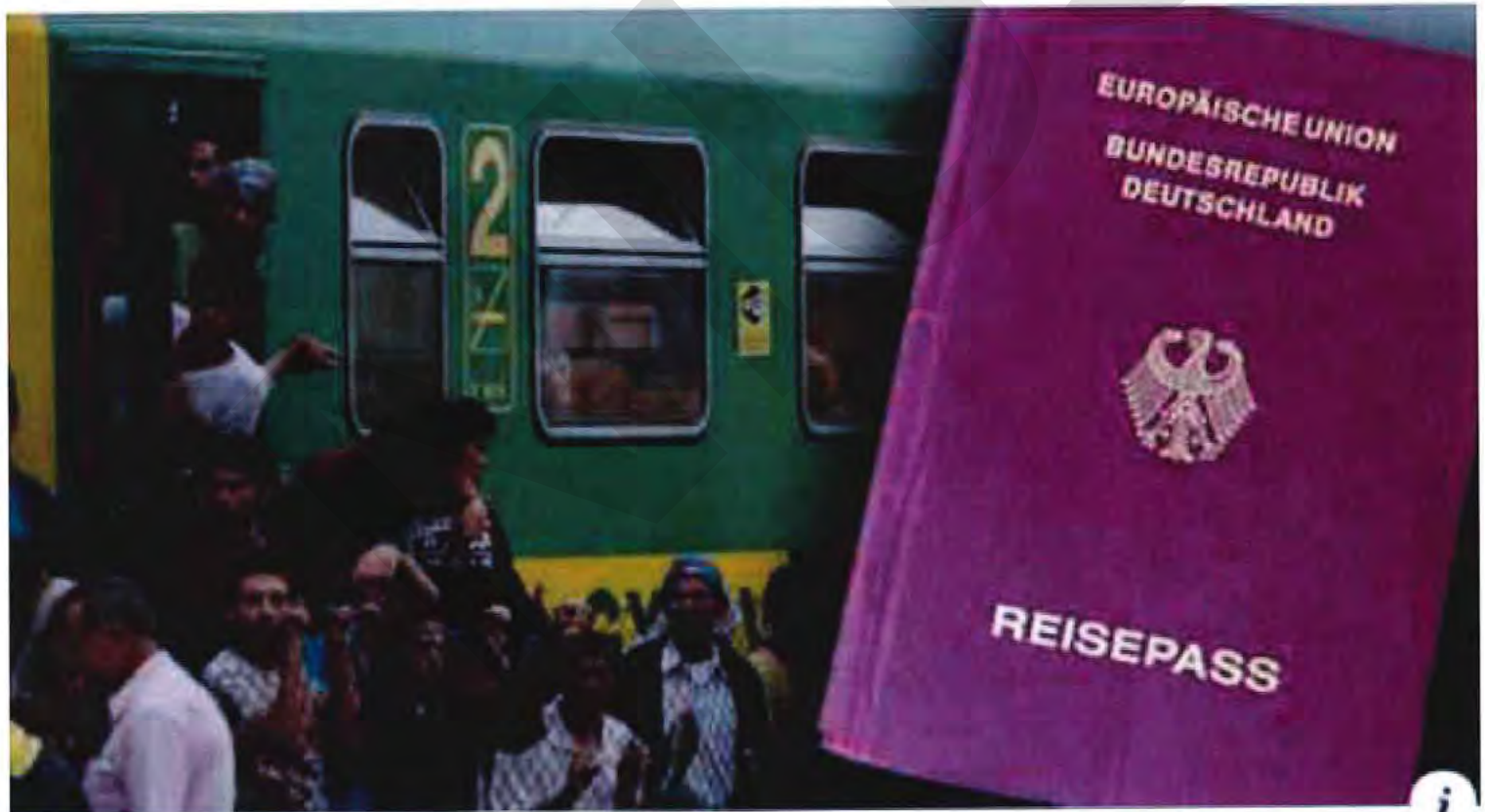


AfD Hannover Stadt

31. Mai 2023 · 🌐

...

„Je höher die Zahl der Einbürgerungen, desto schwieriger wird es für rechte und migrationskritische Parteien, künftig demokratische Mehrheiten zu erringen. Die Altparteien sichern sich mit der Ersatzmigration für den drohenden Stimmenverlust ab“ - weitere Ausführungen dazu gelten als verfassungsfeindlich.



HEIMAT-KURIER.AT

Deutschland: Knapp 170.000 Einbürgerungen - ein Drittel davon Syrer! -
Heimatkurier

👍👎👤 37

7 Kommentare 3 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

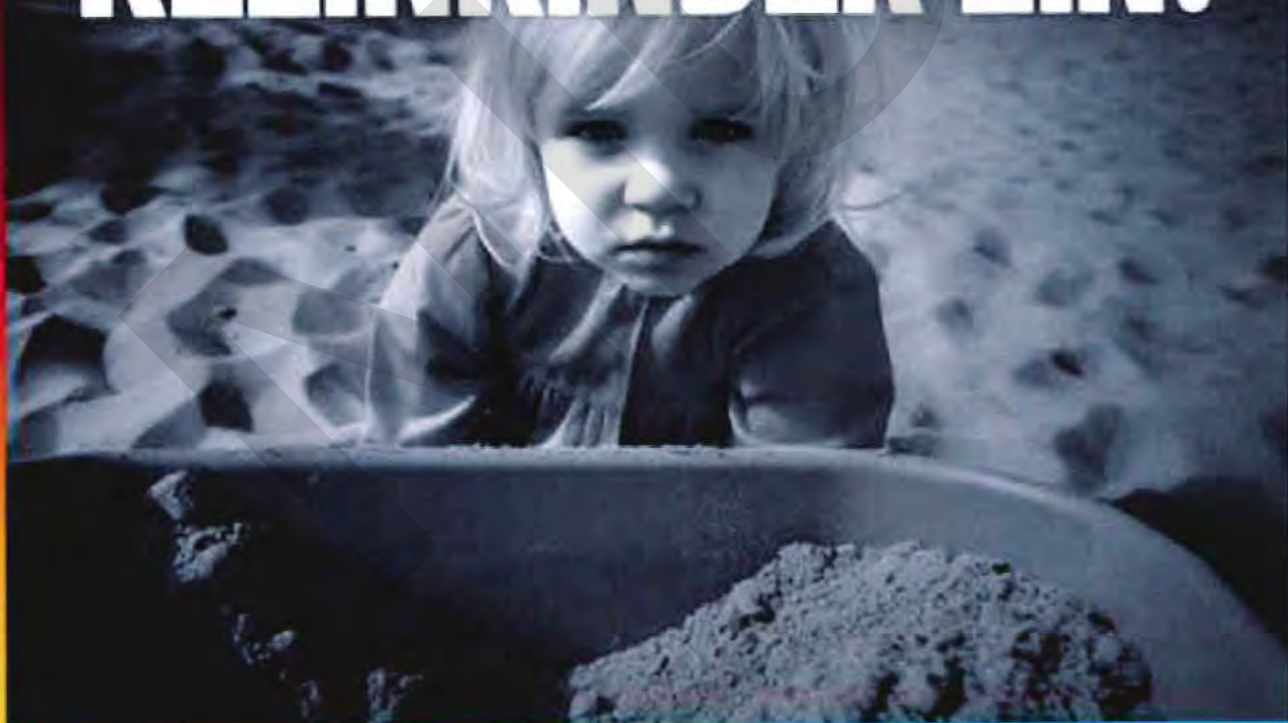
🔄 Teilen

Globalisten unseren Kontinent durch die massenhafte Flucht von kranken und vielfach kranken Individuen fluten und denen unsere Frauen und Kinder zum Fraß vorwerfen.

Und unseren gesteuerten Systemmedien ist das nur eine Randnotiz wert! Schläft weiter ihr Schafe, es gibt nichts zu sehen!

Wer starke Nerven hat und nicht die Augen vor der grausamen Wirklichkeit verschließen will, dem empfehlen wir die patriotische Journalistin und Bloggerin Anabel Schunke, die die schrecklichen Videosequenzen geteilt hat.

WIE LANGE WOLLT IHR NOCH ZUSEHEN?
**SYRER STICHT
 AUF VIER
 KLEINKINDER EIN!**



AfD

8. Juni · 🌐

+++ Während die EU endlos redet: Syrischer „Flüchtling“ sticht auf vier Kinder ein! +++

Es sind zwei Ereignisse, die am selben Tag stattfinden: Während die EU-... [Mehr anzeigen](#)

👍👎👤 21

2 Kommentare 3 Mal geteilt



Gefällt mir



Kommentieren



Teilen



AfD Wolfsburg

25. Juni 2023 · 🌐

0423

...

Das ist der Plan der Deutschlandabschaffer von Merkel angefangen, über Scholz, Faeser, Baerbock, Habeck, von der Leyen usw.

Sie machen alle mit. Sie sind das Team Umvolkung, die unser Land, unsere Kultur und unser Volk auslöschen wollen.

Wer das verhindern will, wer möchte, dass Deutschland auch in Zukunft das Land der Deutschen ist, der kommt zur AfD!

Werden Sie Mitglied! Spenden Sie! Wählen Sie die AfD! Gehen Sie zu Demos!

Werden Sie aktiv gegen den linken Irrsinn!

Wir werden nicht zulassen, dass unser Land ruiniert- und an Fremde übergeben wird!

Gemeinsam stellen wir uns gegen die Grünen, die Sozialisten und die EU-Fanatiker, die mit unserem Volk nichts Gutes im Schilde führen!

Wir werden diese Entwicklung aufhalten, aber dafür brauchen wir Sie!

Wir brauchen Leute, die keine Angst haben, die sich für ihr Land und ihre Familie einsetzen. Wir brauchen Leute, die ein Deutschland an ihre Kinder und Enkel übergeben wollen, so wie Sie es von ihren Eltern und Großeltern übernommen haben.

Wir müssen mehr werden! Wir müssen stärker werden!

Warten Sie nicht länger, sondern kommen Sie zu uns!

Wir sind die Alternative für Deutschland!

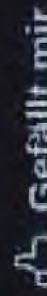


BILD.DE

Kriegen ALLE Clan-Mitglieder jetzt den Deutschen Pass?



2



Gefällt mir



Kommentieren



Teilen

...
weile
en

junger Männer“ wieder zu: In Mönchengladbach wurde eine 17-Jährige von einem circa 30-jährigen Mann belästigt, im baden-württembergischen Fellbach sogar mehrere Mädchen im Alter zwischen sieben und zwölf Jahren von einem 34-Jährigen, der im Wasser Körperkontakt zu ihnen suchte. In Karlsruhe wurde ein Bademeister zusammengeschlagen, weil er am Abend schließen wollte und eine Gruppe Jugendlicher aufforderte zu gehen. Im bayerischen Röttenburg gerieten drei Großfamilien aneinander, sodass die Polizei eingreifen musste. Und im schleswig-holsteinischen Wesselburen sorgte eine sechsköpfige Gruppe dafür, dass das Bad vorzeitig geräumt werden musste. Sie hatten im Wasser Alkohol getrunken, geraucht, gepöbelt und mit Flaschen geworfen.

Nachdem längst ganze Stadtteile und die meisten Bahnhöfe in Deutschland zu sogenannten No-Go-Areas geworden sind, erobern sich gewaltbereite Männergruppen mit meist migrantischen Wurzeln nun die Freibäder. Wie bei allen „Einzelfällen“ hat sich auch hier die #Gewalt zu einem Flächenbrand ausgeweitet, weil sie von Politik und Öffentlichkeit weggeschwiegen wird. Wir von der #AfD benennen diese Probleme und fordern Lösungen. Wer sich nicht benimmt, hat nicht nur das Freibad, sondern – wenn es sich um gewaltbereite #Zuwanderer handelt – auch das Land zu verlassen. Es kann nicht sein, dass die Bürger Stück für Stück verdrängt werden und die Ampelregierung mit ihren Steuern diese Entwicklung auch noch finanziert!

Alle #Einzelfälle gibt es auf www.einzelfallticker.de

<https://afdkompakt.de/.../bademeister-will-feierabend.../>

„EINZELFÄLLE“ IM FREIBAD REISSEN NICHT AB!

VIELE WEITERE «EINZELFÄLLE» AUF:

www.einzelfallticker.de

AfD

👍👎😬 16

1 Kommentar 3 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

🗨 Kommentieren

➦ Teilen

Gruppenverbrechen und Verbrechen. In #Kaiserslautern, in #München wird eine Zehnjährige von einem Somalier belästigt und verfolgt, in #Berlin und #Görlitz sind jeweils Verletzte zu beklagen, als Migranten #Abi-Feten stürmen. Quer durch Deutschland zieht sich eine Spur sogenannter #Einzelfälle, die oben beschriebenen sind dabei lediglich die, die medial aufgegriffen wurden. Und es nimmt kein Ende.

Während die Bundesregierung in die Sommerpause entschwinden ist, lässt sie das Land mit den von ihr verursachten Problemen allein. Mehr als ein halbherziges Bedauern war der verantwortlichen Bundesinnenministerin #Faeser hinsichtlich der verletzten Polizisten in Gießen nicht zu entlocken. Zu allen anderen traurigen "Einzelfällen" äußerte sie sich überhaupt nicht.

Deutschland braucht eine politische Kraft, die das Wohl der eigenen Bürger in den Vordergrund stellt. Eine politische Kraft, die nicht darüber hinweg sieht, dass die #Migrationspolitik immer mehr Bürger gefährdet. Deutschland braucht #Neuwahlen - und eine starke #AfD.

Einen Überblick über sogenannte Einzelfälle finden Sie hier: <http://einzelfallticker.de>

EIN WOCHENENDE IM BESTEN DEUTSCHLAND ALLER ZEITEN.

Berlin: Migranten stürmen Abi-Feier

Görlitz: Migranten stürmen Abifeier

Dresden: Somalier tötet Fahrgast (40)

Giessen: Eritreer liefern sich Straßenschlachten

Kaiserslautern: Massenschlägerei mit mehreren Verletzten

Somalier bedrängt Mädchen (10) in Zug

ALLE «EINZELFÄLLE» AB SOFORT HIER:

*Einzelfälle am 7. und 8. Juli 2023

www.einzelfallticker.de



2

1 Kommentar 3 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen



AfD Wolfsburg

20. August · 🌐

0426



Wer es immer noch nicht mitbekommen hat: Unser Land wird gerade (wieder einmal oder immer noch) mit Zuwanderern überflutet!

Ich sage überflutet, weil es Maßstäbe wie 2015 hat und wir seitdem vielleicht 12 bis 13 MILLIONEN Menschen hier untergebracht haben, der Strom aber nicht abreißt, sondern noch ansteigt!

Keiner weiß mehr wohin!

Geld fehlt, Wohnungen fehlen, die Helfer sind weniger, desillusioniert, die Teddybärwerfer meiden die Bahnhöfe, kurz: Deutschland verliert (erneut oder immer noch) die Kontrolle!

Die Grenzen stehen weit offen, gar nichts wird gesteuert, es läuft eine ungesteuerte, wahllose Einwanderungswelle über unser Land und als ob das nicht reichen würde, fährt der Kanzler nach Kenia und wirbt dort um die Zuwanderung von 250 000 "Fachkräften". Er scheint also mindestens so dumm wie seine Vorgängerin, Frau Merkel, zu sein!

Oder er hat das gleiche Ziel!

Das Ziel ist meiner Meinung nach, Deutschland mit Migranten aus aller Welt zu beschicken, Gott weiß, warum und wofür, oder der Teufel, da bin ich mir nicht sicher.

Jedenfalls wird streng darauf geachtet, dass der Strom auch ja nicht versiegt und weiter Nachschub kommt, auch wenn keiner mehr weiß, wo die Leute leben sollen. Es wurde vorher schon über Wohnungsmangel geklagt, was aber offensichtlich egal zu sein scheint und die Medien achten ebenso streng darauf, dass der Wahnsinn nicht allzu sehr aufgebauscht wird. Berichte nur vereinzelt, meist verniedlichend, die Politiker lobend und natürlich immer pro Einwanderung und Gegner diffamierend.

Machen wir uns nichts vor: Die Medien sind Teil des Plans, Teil des Problems und haben sich ganz offenbar mit den Politikern der Altparteien zusammen getan, um es genau so, wie es jetzt eskaliert, eskalieren zu lassen.

Da man "Umvolkung" nicht sagen darf, weil einen sonst der Regierungsschutz mit Namen Verfassungsschutz auf den Hals gehetzt wird (wie jüngst seinen ehemaligen Leiter, Herrn Maßen), meide ich es natürlich und sage es nicht, aber was hier läuft, ist für alle, die hinsehen, sonnenklar!

...

Ab September werden Asylbewerber und Geflüchtete im Landkreis Bad Tölz an Gemeinden verteilt, die ihre Quote nicht erfüllen. Nicht alle Bürgermeister haben schon eine Lösung.

<https://www.merkur.de/.../asyl-zwangszuweisung-sind-in...>

👍👎👨‍👉 10

7 Kommentare 5 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

Es kann überall und jederzeit passieren: Im Freibad, auf der Kirmes, mitten auf der Straße – oder am Münchner U-Bahnhof Max-Weber-Platz. Dort wurde nun ein 18-jähriger Mann stundenlang von einem 20-jährigen Afghanen vergewaltigt. Gegen 1 Uhr war der 18-Jährige allein und betrunken auf dem Bahnsteig unterwegs, woraufhin der Afghane die Wehrlosigkeit des alkoholisierten Mannes ausnutzte. Erst in den frühen Morgenstunden lässt der Peiniger von seinem Opfer ab, klaut ihm aber noch das Handy. Über die Ortungsfunktion des Handys konnte der Täter gefunden und festgenommen werden.

Wir wollen ein Deutschland, in welchem derartige sogenannte „Einzelfälle“ nicht zum Alltag gehören. Kein Afghane, der so etwas tut, hat etwas in unserem Land zu suchen – schiebt die Täter endlich ab! Eine Auflistung weiterer „Einzelfälle“ finden Sie hier: <https://www.afd.de/einzelfallticker/>

NUR DIE AFD KÄMPFT DAFÜR:

**SICHERE
GRENZEN, SICHERE
BAHNHÖFE!**

VIELE WEITERE «EINZELFÄLLE» AUF:

www.einzelfallticker.de

AfD

23

1 Kommentar 3 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

VcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixcl
mFyZ3NcljpcllwifSJ9



AfD Wolfsburg

26. August 2023 · 🌐

...

Kaum zu glauben, dass man im Superstaat der Umverteilung, Deutschland, die Umverteilung noch einmal um 34 Milliarden Euro erhöhen könnte, wo doch bereits jetzt einem zwei Drittel des Verdienstes weggenommen werden und anschließend durch die Kassen des Staates wandern. Man darf sich dabei nichts vormachen: Die Empfänger dieser Gelder werden wohl eher nicht die deutschen Familien sein! Die sind schon lange nicht mehr "Kinderreich" und damit auch nicht mehr im Focus der Politiker! Wer in Deutschland Kinderreich ist und damit das Geld erhält, das den anderen zuvor aus der Tasche gezogen wurde, dürfte jedem klar sein! Das Geld wird ganz gezielt zu denen umgeleitet, die im Zentrum rot-grüner Politik stehen! Ich sag jetzt mal "Zukunftsdeutsche".

Jeder, der denkt, er würde damit dem Nachbarn helfen und für ein gutes Leben dessen Kindes sorgen, der irrt! Derwerte Nachbar und seine Frau werden auch weiterhin beide arbeiten gehen um den Krippenplatz für ihr Kind zu finanzieren und die Steuern rein zu kriegen- genauso, wie Du! Das ist nicht sozial und es ist nicht unsozial, wenn man das nicht okay findet!

Das einzige, das die **Kindergrundsicherung** tatsächlich sichern würde, ist der **Nachschub an armen Kindern** für die nächste Generation.

Armut wird durch Umverteilung **nicht verhindert**, sondern **verschlimmert**.

Zacharias Schalley

AfD
Landespartei
NRW



AfD-Fraktion NRW · Folgen

20. August 2023 · 🌐

++ Kindergrundsicherung verschärft Kinderarmut! ++... Mehr anzeigen

👍👎 16

4 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

Seit dem 21. Februar dokumentiert die AfD in ihrem „Einzelfallticker“ jene Straftaten, die von den etablierten Parteien permanent als „Einzelfälle“ verharmlost werden (<https://www.afd.de/einzelfallticker/>). Es sind schwerwiegende Delikte, bei denen jeder weiß, dass Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika einen erheblichen Teil der Täter ausmachen: Messerangriffe, Vergewaltigungen, bewaffnete Raubüberfälle und vieles mehr. Innerhalb von noch nicht einmal acht Monaten dokumentierte die AfD – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – insgesamt 1000 sogenannte „Einzelfälle“!

Schon diese Zahl verdeutlicht, dass die Beschönigungen der Massenmigrations-Ideologen nicht mehr zu ertragen sind. Ob im Schwimmbad, in der Diskothek oder in der Bahn: Überall kann es passieren, dass angeblich „traumatisierte“ Herrschaften plötzlich ausrasten, um sich stechen und schlagen, sich an Frauen vergehen. Für die Opfer ist es ein Schlag ins Gesicht, wenn Ampel-Regierung und CDU anschließend mit Phrasen reagieren und sich nicht das Geringste an der selbstmörderischen Willkommenspolitik ändert. Angesichts der täglichen „Einzelfälle“ ist unsere Forderung klar: Grenzen schützen und Scheinflüchtlinge konsequent in ihre Heimatländer zurückschicken!

Zum „Einzelfallticker“:

<https://www.afd.de/einzelfallticker/>



NUR DIE SPITZE DES EISBERGS:

**ÜBER 1000 «EINZELFÄLLE»
IN 8 MONATEN!**

VIELE WEITERE «EINZELFÄLLE» AUF:
www.einzelfallticker.de

AfD

👍👎 5

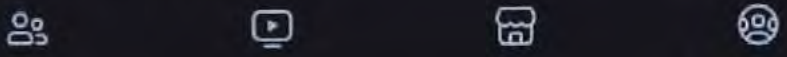
1 Kommentar

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

volk
ung&inters-eyjyof9naXR08slm00m0m0m0w0v0,ppclm
15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3Ne
ljpcllwifSJ9



AfD Wolfsburg

16. Oktober 2023 · 🌐



Keine deutschen Schüler, keine deutsche Sprache.
Nirgendwo ist die im Gange befindliche Umvolkung deutlicher zu sehen, wie bei den jüngsten und besonders in der Schule.
Das deutsche Volk schrumpft. Weiterhin. Seit Jahren.
Dass die Bevölkerung hingegen wächst, liegt einzig und allein an der hohen Zuwanderung und deren Nachkommen.
Diese Entwicklung ist gewollt und kein Versehen! Wie kann man dann erwarten, dass die Mindeststandards in der Schulbildung eingehalten werden?
Kinder, die kein Wort Deutsch sprechen, schreiben nunmal keine guten Diktate!
Dass im Laufe der Jahre die Kinder aufholen, ist natürlich klar, jedoch geht viel Zeit und Energie dabei verloren und am Ende kommen leider bei vielen keine Wunder dabei heraus!
Wie sollte es auch anders sein?
Die AfD will eine Begrenzung der Zuwanderung und eine Förderung deutscher Familien. Wir möchten das dreigliedrige Schulsystem beibehalten und eine Konzentration auf die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen!
Gendern in der Schule und eine Toleranzerziehung im Sinne der LGBT hat auf dem Lehrplan nichts zu suchen!
CDU, SPD und Grüne haben unser Bildungswesen kaputt gemacht!
Ihre Ideologie frisst die Bildung unserer Kinder auf!
Zeit, das zu ändern!



TICHYSEINBLICK.DE

Fast ein Viertel der Neuntklässler in Deutsch unterhalb der Mindeststandards

Der neue IQB-Bildungstrend für Neuntklässler zeigt: 33 Prozent bleiben beim Lesen unter de...

👍 🗿 🗿 17

1 Kommentar 2 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

🗨️ Kommentieren

🔗 Teilen

Nirgendwo ist die im Gange befindliche Umvolkung deutlicher zu sehen, wie bei den jüngsten und besonders in der Schule.

Das deutsche Volk schrumpft. Weiterhin. Seit Jahren.

Dass die Bevölkerung hingegen wächst, liegt einzig und allein an der hohen Zuwanderung und deren Nachkommen.

Diese Entwicklung ist gewollt und kein Versehen! Wie kann man dann erwarten, dass die Mindeststandards in der Schulbildung eingehalten werden?

Kinder, die kein Wort Deutsch sprechen, schreiben nunmal keine guten Diktate!

Dass im Laufe der Jahre die Kinder aufholen, ist natürlich klar, jedoch geht viel Zeit und Energie dabei verloren und am Ende kommen leider bei vielen keine Wunder dabei heraus!

Wie sollte es auch anders sein?

Die AfD will eine Begrenzung der Zuwanderung und eine Förderung deutscher Familien. Wir möchten das dreigliedrige Schulsystem beibehalten und eine Konzentration auf die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen!

Gendern in der Schule und eine Toleranzerziehung im Sinne der LGBT hat auf dem Lehrplan nichts zu suchen!

CDU, SPD und Grüne haben unser Bildungswesen kaputt gemacht!

Ihre Ideologie frisst die Bildung unserer Kinder auf!

Zeit, das zu ändern!



TICHYSEINBLICK.DE

Fast ein Viertel der Neuntklässler in Deutsch unterhalb der Mindeststandards

Der neue IQB-Bildungstrend für Neuntklässler zeigt: 33 Prozent bleiben beim Lesen unter de...



👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

👉 Teilen

Eine Unfassbare Aussage:

Die Evangelische Kirche (EKD) hat in Person ihrer obersten Repräsentantin, Annette Kurschus, nun die völlige Unterwerfung der Deutschen unter das Primat der Zuwanderungsgesellschaft gefordert

Die Deutschen sollten bis zu ihrer vollständigen Selbstaufgabe den Zuzug von Migranten akzeptieren.

Was die offensichtlich völlig verwirnte und böswillig Deutscheindliche Chefin der protestantischen Kirche Deutschlands hier fordert, ist nichts anderes, als dass sich die Deutschen aus moralischen Anspruch, aus evtl. Schuldbewusstsein für alle die Schlechthigkeiten, die Deutsche jemals in der Geschichte begangen haben, aus der Geschichte verabschieden und sich freiwillig aus ihrem eigenen Land züchten lassen!

Entgegen der Lehre von Charles Darwin sollen die Deutschen sich nicht mehr selbst behaupten, sich selbst vermehren, sondern aus der Evolution verabschieden. Anders kann man es nicht verstehen, was die Dame sagt!

Wie tief muss der Hass auf die eigenen Leute sein, wenn man so etwas fordert!

Selbstaufgabe. Das bedeutet in dem Zusammenhang, dass wir die Sicherheit unserer Frauen und Kinder, die Pflege unserer Alten, die Ordnung, Kultur und Lebensart unseres Volkes über den Haufen werfen und uns nichts wichtiger ist, als Fremden zu helfen.

Das ist- man muss es so sagen: KRANK!

Es kann einem NICHT egal sein, ob die eigenen Kinder eine gesicherte Zukunft im Land ihrer Vorfahren haben und ob sie selber Kinder bekommen und großziehen können und in ihrer von ihren Eltern und Großeltern überlieferten Kultur als freie Menschen leben können, oder ob irgendwer hier lebt und irgendeine Werteordnung lebt!

Es wäre auch völlig widernatürlich das von den Leuten zu verlangen!

Kein Vogel füttert irgendwelche Junge in irgendeinem Nest!

Jeder füttert seine Junge.

Ist es anders, so ist es Betrug, siehe den Kuckuck.

Aber zu fordern, man müsse so viele Leute aufnehmen und versorgen- ohne Rücksicht auf die Folgen für die Gesellschaft oder einen selber oder die eigenen Liebsten- eben bis hin zur Selbstaufgabe, das ist Unchristlich!

Man ist ob solcher Forderungen nur noch erschüttert!

Die Leute müssen aus dieser Kirche, die sich nur noch den Neubürgern verschrieben hat, die lieber die LGBT-Lobby segnet, als Patrioten in ihren Reihen zu dulden, umgehend austreten!

Wer jetzt noch diese Kirche unterstützt, damit diese ihre Macht gegen das eigene Volk richten kann, der macht sich am großen Austausch mitschuldig!

Kein Cent, keine Unterstützung mehr für diese linksgrün-verseuchte Kirche, die sich schon längst andere Schälchen gesucht hat!

Sie sind unerbittlich gegen ihre Nächsten um den Über-über-Nächsten zu hofieren, um vom Mainstream den Bauch gestreichelt zu bekommen. Sowas sollte man nicht unterstützen!

Kirchenaustritt und Widerstand gegen solche kranken Pläne JETZT!

► Ort

Juni 2025

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
22	26	27	28	29	30	31
23	2	3	4	5	6	7
24	9	10	11	12	13	14
25	16	17	18	19	20	21
26	23	24	25	26	27	28
27	30	1	2	3	4	5
						6

Man ist ob solcher Forderungen nur noch erschüttert!

Die Leute müssen aus dieser Kirche, die sich nur noch den Neubürgern verschrieben hat, die lieber die LGBT-Lobby segnet, als Patrioten in ihren Reihen zu dulden, umgehend austreten!

Wer jetzt noch diese Kirche unterstützt, damit diese ihre Macht gegen das eigene Volk richten kann, der macht sich am großen Austausch mitschuldig!

Kein Cent, keine Unterstützung mehr für diese linksgrün-verseuchte Kirche, die sich schon längst andere Schäfchen gesucht hat!

Sie sind unerbittlich gegen ihre Nächsten um den Über-über-Nächsten zu hofieren, um vom Mainstream den Bauch gestreichelt zu bekommen. Sowaas sollte man nicht unterstützen!

Kirchenaustritt und Widerstand gegen solche kranken Pläne JETZT!

Evangelische Kirche auf Irrwegen:

Zuwanderung
bis zur

Selbstaufgabe!



Peter Felser
Mitglied des Deutschen Bundestages

Peter Felser, AfD · Folgen
30. Oktober 2023

Zuwanderung bis zur Selbstaufgabe - Evangelische Kirche auf Irrwegen... Mehr anzeigen

Ort

2025

Juni		Fr	Sa	So			
22	26	27	28	29	30	31	1
23	2	3	4	5	6	7	8
24	9	10	11	12	13	14	15
25	16	17	18	19	20	21	22
26	23	24	25	26	27	28	29
27	30	1	2	3	4	5	6



AfD im Kreis Verden

@VerdenAfD

0434



In ganz Deutschland wird regelmäßig gemessert, auch in Verden. Nach der Täterbeschreibung dürfte es sich auch hier um eine „Fachkraft“ handeln.

[Translate post](#)

Ostertorstraße in Verden am Donnerstagabend sucht die Polizei nach Zeugen. Laut Aussage des Opfers ereignete sich der Vorfall wie folgt: Auf dem Vorplatz der Kreissparkasse sprach ein Unbekannter den 43-Jährigen gegen 18.35 Uhr an. Unter Vorhalten eines Messers verlangte er Bargeld. Als der Mann sich weigerte, ihm sein Geld auszuhändigen, soll der Angreifer „mit seinem Messer in Richtung des Mannes gestochen“ haben, wie es im Bericht der Polizei heißt. Das Opfer habe sich dabei leichte Verletzungen am Hinterkopf zugezogen, schilderten die Beamten weiter.

Während der Täter ohne Beute in Richtung Andreaswall flüchtete, wählte der Überfallene den Notruf. Der 43-Jährige wurde daraufhin vor Ort von Rettungskräften versorgt und im Anschluss ins Krankenhaus gefahren. Parallel fahndete die Polizei nach dem Unbekannten. Der Gesuchte soll etwa 20 Jahre alt, 1,85 Meter groß und von schlanker Statur sein. Der Mann soll schwarze Haare und einen schwarzen Bart gehabt haben.

9:57 AM · Dec 2, 2023 · 54 Views



Es wird halt Politik gegen Deutsche, gegen deutsche Familien, gegen Kinder von Deutschen generell, gemacht und gleichzeitig Politik für Fremde, für Einwandererfamilien, für Kinder von nicht-Deutschen im speziellen.

Eine Politik der Umvolkung, des Selbsthasses und der Selbstaufgabe.

Die Zukunft der Altparteien ist bunt, aber nicht Deutsch.

Die Zukunft der AfD ist schwarz-rot-gold!

Wir machen Politik für unser Volk, für unsere Familien und für unsere Kinder und Enkel!

Die Deutschen haben die Wahl!



René Springer ✓

@Rene_Springer

Deutschland wird immer unattraktiver für Familien. Das schadet unserer Gesellschaft langfristig!

Wir brauchen nicht nur konsequente [#Remigration](#), sondern auch endlich eine aktivierende Familien- und Bevölkerungspolitik!



Ralf Schuler ✓ @drumheadberlin · 2 Std.

Tiefster Stand seit über zehn Jahren:
Geburtenrate in Deutschland stürzt massiv ab
[nius.de/Gesellschaft/t...](#) via @niusde_



René Springer ✓ · Folgen

20. März 2024 · 🌐

<https://twitter.com/Rene.../status/1770432890892947480...>



2

2 Mal geteilt



Gefällt mir



Komentieren



Senden

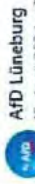


Teilen

GRUPPENVERGEWALTIGUNG IN ROSTOCK:



**UNSERE KINDER WERDEN
AUF DEM ALTAR DER
WILLKOMMENSKULTUR
GEOPFERT!**



AFD Lüneburg

19. April 2024

Gruppenvergewaltigung

Unsere Kinder werden auf dem Altar der Willkommenskultur geopfert.

Die jüngste Schwelchenstatistik zeigt zwei junge Mädchen in einer Gruppe von einer Männergruppe verewaltigt. Die Ampel-Regierung hat auf die Notwendigkeit geachtet, während die Täter anscheinend Unwesens treiben, sind die Folgen der traumatischen Folgen Tragödie ist ein direktes Resultat der unzulänglichen #Grenzschutz und der laschen Justizpolitik der geordneten #Bundesregierung.

Wie die #Kriminalstatistik zeigt, steigt die Zahl der Opfer kontinuierlich an. Aber anscheinend keine Maßnahmen zu ergreifen. In Untätigkeit und Ideologie. Konsequente Durchsetzung #Schutz unserer Bürger. Wäre Politik, die Sicherheit und Frieden. Der Mittelpunkt stellt und von Kriminalität durch eine #Migrationspolitik.

Jedes Opfer ist eines zu viele. Dass Deutschland seine Position überdenkt und die Sicherheit wieder ernst nimmt. Die Anwesenheit des notwendigen Wandel anzunehmen. Ein sicheres Deutschland zu gewährleisten. #AFD #Sicherheit

[https://afd.kompakt.de/...](https://afd.kompakt.de/)
ng-in-.../ Weniger anzeigen



18



AfD-Kernpunkte zur Europawahl: Festung Europa!

Die unregelmäßige und illegale Zuwanderung von Menschen aus der ganzen Welt überfordert uns. Wir wollen nicht zu Fremden im eigenen Land werden.

Deshalb wollen wir den Zustrom schon an den europäischen Außengrenzen stoppen wie auch die Kontrolle über die deutschen Grenzen wieder herstellen. Asylverfahren wird es mit uns nur noch außerhalb Deutschlands geben. Wer kein Recht darauf hat, in Deutschland zu sein, muss wieder gehen. Abschiebungen werden wir im notwendigen Umfang konsequent durchgeführt.



#europaNEUdenken

👍 18

↓ Kommentar 5 Mal geteilt

Ort

← Juli →

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
27	30	1	2	3	4	5
28	7	8	9	10	11	12
29	14	15	16	17	18	19
30	21	22	23	24	25	26
31	28	29	30	31	1	2
32	4	5	6	7	8	9
						10

← 2025 →

 AfD Verden-Osterholz · Folgen

...

Trauriger neuer Rekord in Messerland, Überwiegend Afghanen haben vergangenen Wochenende mehrere Menschen niedergestochen. Buntland wird bunt mit Blut.

<https://www.tichyseinblick.de/.../die-floskel-vom-.../>



**Epidemie der Messer-
Attacken: Die Floskel
vom Einzelfall**

vor 5 Stunden

 Tichys Einblick

 1

 Gefällt mir

 Teilen

Ort

← Juni →

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
22	27	28	29	30	31	1
23	3	4	5	6	7	8
24	9	10	11	12	13	14
25	16	17	18	19	20	21
26	23	24	25	26	27	28
27	30	1	2	3	4	5
						6

← 2025 →

%B6lkerungsaustausch&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6I
 ntlm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFncG9
 zdHNclixclmFyZ3NcljpcllwifSJ9



AfD Wolfsburg

21. Juni 2024 · 🌐



Von Bevölkerungsaustausch darf man aber nicht sprechen!
 Nennen wir es besser neue, bunte Realität.



Tichys Einblick · Folgen

21. Juni 2024 · 🌐

Neuesten Zahlen zufolge wächst die deutsche Bevölkerung bis 2045 leicht an und verschiebt sich weiter in den städtischen Raum. Was der Bericht tendenziell verschweigt: Dieser Zuwachs ist nur durch massive Immigration und daraus resultierende Bevölkerungsverschiebung möglich.



TICHYSEINBLICK.DE

Deutschland wächst bis 2045 marginal - durch massive Zuwanderung

Neuesten Zahlen zufolge wächst die deutsche Bevölkerung bis 2045 leicht an und verschie...



👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

📧 Senden

🔗 Teilen

Auch dieses Wochenende haben „Kulturbereicherer“ wieder für viel fließendes Blut in Buntland gesorgt.

<https://www.ni.us.de/.../4285ca62-ad0f-4cfd-86c2-22ac88c877ec>

<https://www.ni.us.de/.../9e53f163-e972-44be-932f-114148504119>

<https://www.ni.us.de/.../46dba57b-2b2c-4f63-8a08-f8bc03b82e46>

<https://www.ni.us.de/.../23a7d5b1-2b60-47d7-b58b-861a8c636a75>



👍👍👍 5

3 Mal geteilt

Ort

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
22	26	27	28	29	30	31
23	2	3	4	5	6	7
24	9	10	11	12	13	14
25	16	17	18	19	20	21
26	23	24	25	26	27	28
27	30	1	2	3	4	5
						6

2025

AID Verden-Osterholz · Folgen

22. Juli 2024

In der bunten Republik Blutland haben unsere „Goldstücke“ die letzten Tage wieder ordentlich gemessert. Deutschland ist nicht mehr sicher!

<https://www.nius.de/.../458c1b27-2c8c-4edc-b3e0-6cb1207c0fbf>

<https://www.tichyseinblick.de/.../das-messer-gehört-zu.../>



Das Messer gehört zu Deutschland



Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

Ort

< Juni >

< 2025 >

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
22	26	27	28	29	30	31
23	2	3	4	5	6	7
24	8	9	10	11	12	13
25	16	17	18	19	20	21
26	23	24	25	26	27	28
27	30	1	2	3	4	5
						6

0E

Fr, 13. Jun., 11:2





In Wolfsburg laufen die Schulen und Kindertagesstätten über. Aber unsere Geburtenzahlen sagen ganz klar, dass es keinen Babyboom gibt! Seit über zehn Jahren fast konstant bei 1,5 Kindern pro Frau. Jetzt sogar noch leicht gesunken, auf 1,38! Frau Bothe lügt also wie gedruckt, wenn sie sagt, das wären die vielen Geburten! Es ist die starke Zuwanderung, die tausende Familien mit Kindern an unsere überforderten Schulen bringt!

Deutschlands Bevölkerung musste seit Jahrzehnten schrumpfen. Tut sie aber nicht, weil der Bevölkerungsrückgang mit einer Zuwanderung von Millionen Menschen aufgefüllt wird! Diese Kinder belasten unser Bildungssystem, was man an den schlechten Werten bei zum Beispiel Pisa-Studien ablesen kann. Wir müssten bei steigender Bevölkerung eigentlich die Infrastruktur ausbauen, aber dafür fehlt das Geld! Schulen, Krankenhäuser, Wasserversorgung, es trifft eigentlich jeden Bereich und in jedem Bereich fahren wir am Limit und auf Verschleiß. Dass wir diesen Bevölkerungsaustausch, diese Zuwanderung beenden müssen, weigern sich die Genossen und grünen Unholde beharrlich einzugestehen. Im Gegenteil: Sie machen mit ihrer Politik munter weiter. Stoppen kann sie nur der Wähler. Einige von ihnen haben heute dazu die Gelegenheit. Wählen Sie bitte blau! Wählen Sie bitte die AfD!



REGIONALHEUTE.DE

Stadt in der Region hat höchste Geburtenziffer in Niedersachsen



Teilen

Kommentieren

Teilen

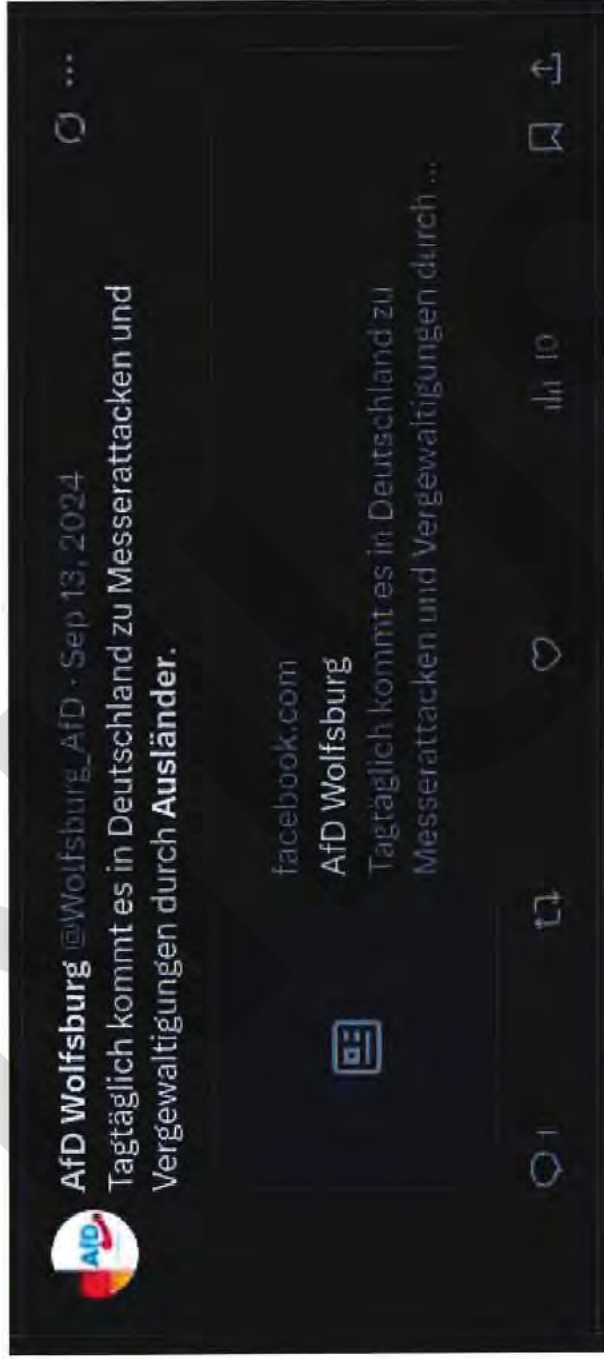
Ort

Mai		< 2025						
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
18	28	29	30	1	2	3	4	
19	5	6	7	8	9	10	11	
20	12	13	14	15	16	17	18	
21	19	20	21	22	23	24	25	
22	26	27	28	29	30	31	1	
23	2	3	4	5	6	7	8	


08



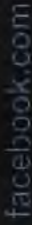
Do, 8. Mai, 14:32



A screenshot of a Facebook post from the page 'AfD Wolfsburg'. The post is in German and contains a message about daily violence against foreigners in Germany. The post includes the AfD logo, the name of the page, the date (September 13, 2024), and the text of the post. At the bottom, there are icons for comments, shares, likes, and a share button.





 **AfD Wolfsburg** @Wolfsburg_AfD · Sep 13, 2024

Tagtäglich kommt es in Deutschland zu Messerattacken und Vergewaltigungen durch **Ausländer**.

 facebook.com

AfD Wolfsburg

Tagtäglich kommt es in Deutschland zu Messerattacken und Vergewaltigungen durch ...

 1   

MESSERGEWALT
GEFÄHRLICHSTE ORTE NRW

- Kölner Straße, **Düsseldorf**
- Neumarkt, **Köln**
- Kampstraße, **Dortmund**
- Ostwall, **Krefeld**
- Münsterstraße, **Dortmund**
- Berliner Platz, **Münster**
- Belgienweg, **Soest**
- Kaiserplatz, **Aachen**
- Kesselbrink, **Bielefeld**
- Bremer Platz, **Münster**
- Konrad-Adenauer-Platz, **Düsseldorf**
- Maximilianstraße, **Bonn**
- Sprottauer Straße, **Detmold**

TÄTER MIT MIGRATIONS-HINTERGRUND: 84%

AfD

AfD AFD-Fraktion NRW · Folgen
27. September 2024

→ Auf diesen Plätzen und Straßen wird am meisten gemessert! →

Ganz NRW ist Messerland, doch wo ist es am schlimmsten? Markus Wagner (AfD-Fraktion NRW) hat vom Innenministerium die gefährlichsten Straßen und Plätze in 2023 eingefordert.

Mit 15 Straßaten wurde auf der Kölner Straße in Düsseldorf am meisten gemessert. Mit zehn weiteren Delikten auf dem Konrad-Adenauer-Platz ist die Landeshauptstadt gleichzeitig Messerhauptstadt. Der zweitgefährlichste Ort

Der Neumarkt in Köln (13 Straßaten). Dortmund belegt mit der Kampstraße (12 Straßaten) den dritten Platz. Jeweils einmal wurde zudem auf der Dortmunder Münsterstraße, dem Krefelder Ostwall, dem Berliner Platz in Münster und auf dem Belgienweg in Soest zugestochen. Aber von wem?

Auf die 13 gefährlichsten Orte verteilen sich 118 Tatverdächtige, von denen 84 Ausländer sind, am häufigsten Syrer und Algerier. Wernet man die Vornamen der deutschen Tatverdächtigen aus, hat fast jeder zweite einen Vornamen wie „Amrmar“, „Dopukan“ oder „Yasin“. Fast neun von zehn Tatverdächtigen dürften somit einen Migrationshintergrund haben! Wagner:

„Ich sage erneut: Die unregelte Massenmigration führt auch zu Messermigration. Wir müssen kriminelle Ausländer abschieben, etwaige Abschiebebehörden beseitigen, Einbürgerungen erschweren, die Grenzen schützen und zur Anwendung des deutschen Asylrechts zurückkehren.“

Dass die Dortmund Stadterwaltung ihren Messer-Hotspot Kampstraße gerade in einen sogenannten „Boulevard“ mit Sitzbänken und Wasserbecken umgestaltet, steht sinnbildlich für die Politik die sich vor der Realität drückt. Wir schauen nicht weg! - Wir sind Realisten.“

► Ort

Mai		2025						
Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So		
18	28	29	30	1	2	3	4	
19	5	6	7	8	9	10	11	
20	12	13	14	15	16	17	18	
21	19	20	21	22	23	24	25	
22	26	27	28	29	30	31	1	
23	2	3	4	5	6	7	8	



AfD Oldenburg Land

12 Std. · 🌐



Dieses Land soll geflutet werden und zwar mit Absicht, ohne Rücksicht auf Verluste. Wir können niemals alle benachteiligten Menschen auf der Welt hier bei uns aufnehmen! Das wird niemals funktionieren! Wir zerstören nur unsere eigene Gesellschaft. Wenn das die Konsequenz unseres aktuellen Asylrechts ist, dann gehört es abgeschafft!

Anerkennung als Geflüchtete

Afghanische Frauen erhalten ein Recht auf Asyl in Europa ohne Einzelfallprüfung

Der EuGH stuft den Umgang der Taliban mit Frauen in Afghanistan als Verfolgung ein. Afghanischen Frauen werden mit der Menschenwürde verbundene Grundrechte vorenthalten, sagt der Gerichtshof.



TAGESSPIEGEL

Foto: dpa / Ebrahim Mesoudi



Tagesspiegel

1 Tag · 🌐

Bei der individuellen Prüfung des Asylantrags einer afghanischen Frau genügt es, wenn ein EU-Land lediglich ihr Geschlecht und ihre Staatsangehörigkeit berücksi... [Mehr anzeigen](#)

👍👎 16

1 Kommentar 1 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

🗨️ Kommentieren

🔗 Teilen

Die hassen uns! Unsere Regierung will, dass wir uns tot arbeiten, um solchen Leuten im Lotterleben zu finanzieren und die Linken sehen das in ihrem ganzen Selbsthass wahrscheinlich als gerechte Strafe für den verlorenen Krieg, dass die Nachkommen der Nazis ihre Abschaffung noch selbst bezahlen und statt ihrer Kinder und Enkel ihre Feinde füttern müssen. Kuckuckskindern gleich.

Es ist unfassbar, dass die meisten Deutschen das achselzuckend hinnehmen, weil Sie sich lieber Fußball angucken, oder weil der Bauch ja (noch) voll ist oder weil Sie Angst haben, was der Arbeitgeber oder der Nachbar sonst denken könnte.

Das Trauma scheint tief in uns zu sitzen, dass wir den kollektiven Selbstmord vorziehen, um nicht "Nazi" genannt zu werden.

In einer gesunden Demokratie wären die Verantwortlichen schon längst abgewählt und vom Hof gejagt und der eine oder andere hinter Schloss und Riegel, aber nicht bei uns!

Hier werden wir durch die Propaganda im TV so gehirngewaschen, dass wir uns noch darüber freuen und uns als gute Menschen fühlen, während wir all das zerstören, was Generationen von Deutschen verteidigt und aufgebaut haben!

Wer sich nicht freut, dass die eigene Gesellschaft stirbt und das Land übernommen wird, der wird zum Staatsfeind erklärt.

Das ist in höchstem Maße geisteskrank und wir müssen diese Haltung schnellstens überwinden, bevor es unumkehrbar wird!

Beenden wir diesen Alptraum, diese Gehirnwäsche, diese Umvolkung auf unsere Kosten!
Kommt zur AfD! Macht uns stärker! Gemeinsam holen wir uns unser Land zurück!

CDU-GEFÖRDERTE AUSBEUTUNG DER STEUERZAHLER:

SYRER KASSIERT MIT „PFLEGEFAMILIE“ MONATLICH 13.000 €!

AfD



AfD

22. Oktober 2024 · 🌐

CDU-geförderte Ausbeutung der Steuerzahler: Syrer kassiert mit „Pflegefamilie“ monatlich 13.000 €!

Ein unglaublicher Fall aus Nordrhein-Westfalen zeigt es erneut: Die CDU beutet die Steuerzahler für ihre Asylagenda aus. Weil er fünf vermeintlich minderjä... [Mehr anzeigen](#)



2

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

📧 Senden

🔗 Teilen

clm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFn
ZxNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifSlsInJwX
2NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVc
ljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3Nclj
pcIntcXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxcIjIwMj
RcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFx
cljIwMjQtMVxcXCIsXFxcImVuZF95ZWYyXFxcIj
pcXFwiMjAyNFxcXCIsXFxcImVuZF9tb250aFxc
XCI6XFxcIjIwMjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF
9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxcI
mVuZF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXF
xcln1cIn0ifQ%3D%3D



AfD Landkreis Harburg

31. Oktober 2024

Sprengstoffanschlag in Berlin vereitelt: Offene Grenzen gefährden unser Leben!

Erneut ist Deutschland offenbar haarscharf einer Katastrophe entgangen: Ein wahrscheinlich 30-jähriger Täter, der nun mit Überwachungsfotos gesucht wird, flüchtete am Mittwoch in Berlin-Neukölln vor einer Polizeikontrolle und verlor dabei eine Tasche mit dem hochexplosivem Sprengstoff TATP.

Die AfD wird sich niemals daran gewöhnen: Wir werden den Islamismus-Import stoppen, unsere Grenzen schützen und islamistische Gefährder abschieben!



20

1 Kommentar

Gefällt mir

Komentieren

Teilen

XRob3l6MCl6Intclm5hbWVcljpcIm15X
2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdH
NclixclmFyZ3NcljpcIlwifSlslmJwX2Ny
ZWF0aW9uX3RpbWU6MCl6Intclm5hb
WVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVclix
clmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcncRfeWV
hclxcXCl6XFxcIjIwMjRcXFwiLFxcXCJ
zdGFydF9tb250aFxcXCl6XFxcIjIwMjRc
MVxcXCIsXFxcImVuZF95ZWVycXFxcIj
pcXFwiMjAyNFxcXCIsXFxcImVuZF9tb
250aFxcXCl6XFxcIjIwMjRcMTJcXFwiL
FxcXCJzdGFydF9kYXlrcXFwiOlxcXCly
MDI0LTEtMVxcXCIsXFxcImVuZF9kYXI
cXFwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXFxcIm
1cln0ifQ%3D%3D



AfD Kreisverband Hildesheim
6. Dezember 2024

Infobrief vom 6. Dezember 2024

Liebe Leser,

Ängst hat eine überwältigende Mehrheit der Bürger erkannt, wie gefährlich Wirtschaftsminister Habeck und seine grüne Partei sind. Der Verlust unzähliger Arbeitsplätze und eine beispiellose Industrieflucht aus unserem Land sind das Ergebnis seiner Energie-, Wirtschafts- und Steuerpolitik. Was darüber jedoch nicht vergessen werden darf: Jene Parteien, die Habeck zur Macht verholfen haben und ihm auch weiterhin zur Macht verhelfen wollen, sind genauso gefährlich. Vielleicht sind sie sogar noch gefährlicher, weil sie – wie etwa CDU-Chef Merz – ihre Übereinstimmung mit der grünen Agenda vorübergehend zu tarnen versuchen. Merz wettete in den Landtagswahlkämpfen gegen die Grünen, zeigt nun aber sein wahres Gesicht, indem er allen Ernstes Habeck als Wirtschaftsminister einer schwarz-grünen Bundesregierung ins Gespräch bringt.

Auch beim Import von Messerstechern und Gewalttätern gibt es in Wahrheit keinen Konflikt zwischen den Grünen und der CDU. Man ist sich einig, dass unser Land aufgegeben und mit Massenmigration ruiniert werden soll. Schließlich ist die CDU dafür verantwortlich, dass unsere Weihnachtsmärkte zunehmend an einen Hochsicherheitsstrakt erinnern, während an den Staatsgrenzen jeder Pseudo-Flüchtling problemlos in unser Land spazieren kann. Im Wahlkampf zur bevorstehenden Bundestagswahl werden wir den Menschen deshalb eine ganz klare Botschaft vermitteln: Nicht nur mit der Habeck-Partei muss im Wahllokal abgerechnet werden – sondern auch mit ihren Stalbügelhaltern, allen voran mit der CDU. Es ist ganz einfach: Nur die AfD stoppt Habecks Politik!

Sie haben Beiträge, Kommentare, Anregungen, Lob oder Kritik? Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung an redaktion@sfd.de.

Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten!

Es grüßt Sie herzlich
Ihre AfD-Bundesgeschäftsstelle



9 Kommentare · 6 Mal geteilt



AFD Hannover

25.400 Mitglieder

Obdachlose gehen niemals wählen,
hoffierte Migranten die im Expressverfahren eingebürgert werden
bekommen Wahl- und Bürgerrechte,
ohne die eigene Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen

So schafft sich die Bundesregierung neue Wähler,
durch Bevölkerungsaustausch

Die Deutschen sollen für diese Menschen mehr arbeiten,
in den Krieg ziehen,
mehr Steuern zahlen
und
höhere Krankenkassenbeiträge entrichten,
Kritik daran ist natürlich Rechts

Eine Migrationpolitische Wende & eine reale finanzielle Entlastung der
Bürger gibt's nur mit der #AfD

Deshalb

#wastochAfD

weil es gut für Deutschland & seine Bürger ist





kaiser.afd
Landtag von Nordrhein-Westfalen

Der Fall aus Brokstedt ist kein Einzelfall. Der Politik der offenen Grenzen sind bereits unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Menschen, die ein Leben und ein soziales Umfeld hatten - wie du und ich. Menschen, um die getrauert wird und deren Angehörig mit ihrem Schmerz zurückbleiben.

Michael Kyrath, der Vater von Ann-Marie, hat sich das Motto seiner getöteten Tochter zu eigen gemacht. Er kämpft für sie weiter und bietet vielen anderen Betroffenen Unterstützung. Ich bewundere Herrn Kyrath für seine Stärke und bin dankbar, dass ich ihm das im Rahmen einer Veranstaltung der @afd-fraktion.nrw persönlich sagen konnte. Michael Kyrath ist ein Mann, der trotz seiner unsäglichen Trauer Gutes tut und für Liebe und Toleranz plädiert. Er beweist Mut, indem er die sachliche Auseinandersetzung sucht und sich nicht davor scheut, die Fakten klar zu benennen. Dabei wünsche ich ihm auch in Zukunft von Herzen alle Kraft.

Unkontrollierte Masseneinwanderung tötet. Sie kostet Menschenleben und wir sollten niemals damit aufhören, die Namen dieser Menschen zu nennen. Für uns bleiben sie unvergessen. Mögen die Opfer in Frieden ruhen und mögen die Verantwortlichen früher oder später zur Rechenschaft gezogen werden.

2 Tage

Für dich

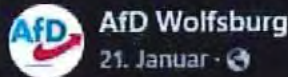
heinzbeisswenger
1 Tag · Gefällt 1 Mal · Antworten

marcelk_83 Es muss sich etwas ändern in der Politik deswegen braucht es neue Leute, neue Ideen und noch vieles mehr

Gefällt rebecca.sturmfest und 819 weitere Personen
Vor 2 Tagen

Kommentieren

3% Bevölkerungsaustausch
6Intclm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfc
G9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifSJ9



Da träumt einer und sehnt den großen Bevölkerungsaustausch geradezu herbei. Ja, den, den es gar nicht gibt...



freitag und behzad.karim.khani

Folgen




der Freitag

„In spätestens zehn Jahren sind wir Migranten hier mindestens die Königsmacher. Mindestens! *Gen Z* ist da auf unserer Seite. Die *Boomer* sind bald nicht mehr da. Damit fehlt ein großer Teil der AfD- und CDU-Wähler. Das wird ein ganz anderes Land sein. In zehn Jahren werden wir auf heute *zurückblicken*, wie wir heute auf die 80er schauen.“

Das gesamte Interview über die deutsche Gaza-Debatte, den Wahlkampf von CDU und AfD und eine migrantische Zukunft findet ihr über den Link in der Bio



Ich bin nur auf Twitter, um rumzuopfern · Folgen

21. Januar · 

“Es wird mehr Menschen in Deutschland geben, die Karim Khani richtig aussprechen können als Fleischhauer, und mir gefällt das.”

Karim Khani.



Gefällt mir



Kommentieren



Senden



Teilen

AfD Verden-Osterholz · Folgen

5. Februar

Was sagen die links-grün versifften dazu? Ihr importiert millionenfach intolerante Menschen aus patriarchalischen Ländern und zerstört damit selbst das tolerante Deutschland. Aber das versteht ihr wieso nicht 😏

#MEGA #Brandmauer #Brandmauerfote

<https://www.bild.de/.../afd-liegt-bei-schwulen-vorn-das...>

<https://jungefreiheit.de/.../die-meisten-schwulen-wollen.../>

0 liegt bei Schwulen
n. Das Portal Romellen AfD wählen
gte seine User

0 Stunden
BILD.de

2 Stunden
Junge Freiheit

1

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

Ort

← Juni →

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
22	26	27	28	29	30	31
23	2	3	4	5	6	7
24	9	10	11	12	13	14
25	16	17	18	19	20	21
26	23	24	25	26	27	28
27	30	1	2	3	4	5

← 2025 →



AfD Wolfsburg
@Wolfsburg_AfD



Nicht Messer sind das Problem, sondern Messermänner!



facebook.com

AfD Wolfsburg

Nicht Messer sind das Problem, sondern Messermänner!
Der sicherheitspolitische AfD-Fraktionssprecher Hans...

1:44 AM · Feb 8, 2025 · 27 Views

5628638436



AfD Hannover

@AfdHannover



...

#Scholz braucht keinen #Hofnarren
er hat ein ganzes Kabarett,
wie die stets lächelnde Saskia #Esken,
Antifa Boy Lars #Klingbeil oder den bosnischen Clanjungen
Adis #Ahmetovic,
der sich in Hannover ganz besonders für AfD Plakate interessiert 😏

Wir umgeben uns lieber mit stabilen Leuten,
wie #ElonMusk 🍻❤️🇺🇸🇩🇪

Deshalb

#nurnochAfD ❤️

weil es gut für Deutschland 🇩🇪 ist

[Translate post](#)

Serge Menga @SergeMenga2024 · Feb 12

Olaf Scholz sagt #Hofnarren zum Man in Black von der CDU ?Oh Oh ... 😏😏

Link : m.bild.de/politik/inland...

5:58

er.afd/3585882229558442618/



kaiser.afd 22 Std.

III Giga D'Agostino - L'Amour Toujours



RAMADAN-BELEUCHTUNG

AFD-EDITION

@nie_wieder_altparteien

Da sie nicht mehr von den Deutschen, die noch alle Latten am Zaun haben, gewählt werden, wird das Volk halt ausgetauscht.

Sie holen ihre Wähler einfach ins Land!

Ja, das IST ein Bevölkerungsaustausch!

Man braucht nicht mehr drum herum labern. Sie haben sich dazu entschieden, die

Zusammensetzung der Bevölkerung zu ihrem Gunsten zu verändern und nutzen Migration als

Waffe gegen ihre Gegner. Wer das kritisiert, der ist ein Nazi.

Man muss die Dinge beim Namen nennen: Sie haben die Wähler belogen und in dem Glauben gelassen, dass sie die Migration der Massen in unser Land beenden werden. Das Gegenteil ist der Fall!

Es landen dauernd Flieger mit Nachschub.

Sie werden gar nichts begrenzen.

Sie haben euch krass belogen und tun alles, damit es mit der Masseneinwanderung weiter geht.

Es sind Verbrecher!

Nur warum stemmen sich die Menschen, nachdem ihnen so dreist vor Augen geführt wird, dass sie in allem belogen wurden, nicht dagegen?

Ist noch genug Kraft da, oder wird das Deutschland, wie wir es seit Jahrzehnten kennen, untergehen?

JR JUNGE FREIHEIT · Folgen
Reals · 13. März · 📍

Wieso spricht
JUNGE FREIHEIT
WOLFSBURG · 13. MÄRZ 2025

Ort

← Mai → < 2025

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
18	29	30	1	2	3	4
19	5	6	7	8	9	10
20	12	13	14	15	16	17
21	19	20	21	22	23	24
22	26	27	28	29	30	31
23	2	3	4	5	6	7
						8

Um die Schulden zurück zu zahlen, werden sie an das Vermögen der Menschen gehen. Häuser, Sparkonten, Alles, was sich für den Staat zu Geld machen lässt.

Und während man die Deutschen plündert, Holt man jedes Jahr eine halbe Million Einwanderer ins Land, viele davon Kopfabstreifer und mit dem Auto in Menschenmengen-Fahrer und gibt Ihnen alles, was sie wollen. Unterkunft, Essen, Trinken, Gesundheitsversorgung. ...

Bezahlen müssen das die, die ausgeplündert werden.

Das ist staatlich verordneter, kollektiver Selbstmord!

Der Suizid des deutschen Volkes, betrieben durch seine Politiker.

Diese Leute hat der Wahnsinn gepackt und aus irgendeinem Grund verfällt das Volk in Agonie, in eine Angststarre und lässt die Wahnsinnigen gewähren.

Es ist, als würde man Kaiser Nero achseizuckend dabei zusehen, wie er Rom abfackelt.

Deutschland, wie wir es kennen, wird untergehen, wenn man die Verrückten an den Schalthebeln der Macht durch Wahlen nicht mehr los wird.



Björn Höcke - Folgen
15. März

Diese Beutegemeinschaft der Kartellparteien hat sich unter der Regie von Friedrich Merz auf einen ungeheuerlichen Schuldenexzess geeinigt. Erwartungsgemäß versagte die st... Mehr anzeigen

► Ort

Mai							< 2025 >			
Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So				
18	28	29	30	1	2	3	4			
19	5	6	7	8	9	10	11			
20	12	13	14	15	16	17	18			
21	19	20	21	22	23	24	25			
22	26	27	28	29	30	31	1			
23	2	3	4	5	6	7	8			

Quelle: BKA - Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 (PKS)

TATVERDÄCHTIGE VERGEWALTIGUNG

PRO 100.000 EINWOHNER

Afghanistan	103
Bulgarien	36
Syrien	66
Türkei	30
Deutschland	9

HANS-JÜRGEN GOBNER MDB
GOSSNER-IM-LANDTAG.DE

AfD

afd_hildesheim

afd_hildesheim Und unter den Deutschen bitte no Migrationshintergründen darstellen. Dann sähe ma Desaster

18 Std.

heidivo60 3 Std. · Antworten

aloisdegelAfd.....DE...DEAfd.....DE...DE AFD

- 1 Bitte eine Maut wie Österreich.
 - 2 Asyl nur noch für Politiker.
 - 3 Bewachte Grenzen wie 1955.
 - 4 CDU Schulden-Merz hat gelogen.
 - 5 www.AfD.de. de top Programm.
 - 6 NEUWAHLEN noch 2025.
 - 7 Bitte eine Demokratie wie USA.
 - 8 Bitte eine EU wie USA. Raus aus dieser EU.
 - 9 Bitte PassGesichtskontrolle wie USA und Duba
 - 10 Gas aus Russland nicht Ukraine.
- 6 Std. · Antworten

joergmueller1952 Remigration sofort nach Afghan Syrien und Afrika weg sofort alle weg sofort und fe

6 Std. · Gefällt 1 Mal · Antworten

schlenker7784 Furchtbar!!Für mich nur die AfD

10 Std. · Gefällt 1 Mal · Antworten



Gefällt 35 Mal Vor 18 Stunden

Kommentieren ...



**AfD Wolfsburg**

Gestern um 12:35 · 🌐



Die SPD hat sich ganz offensichtlich festgelegt.
Auf Deutschlands Abschaffung.
Sie wollen den Niedergang. Sie wollen eine andere Republik.
Sie wollen Deutschland verändern und als Land der deutschen abschaffen. Wahrscheinlich, weil ihr Selbsthass abgrundtief ist.
Es ist, als würde die Antifa in der Regierung sitzen und mit Lust alles kaputt schlagen wollen, was auch nur an das Deutsche Volk erinnert.
Ihnen sind islamistische Mullahs offenbar lieber, als eine kulturell gewachsene Gesellschaft mit einer deutschen Leitkultur.
Die SPD will den Deutschen Volkstod mithilfe der Massenmigration herbeiführen- ganz so, wie es ihre Fußtruppen vom Schwarzen Block immer wieder schreien und auf ihren einschlägigen Seiten als Kacheln im Internet posten.
Die SPD könnte man somit getrost als politischer Arm dieser Deutschlandhasser benennen.
Und Saskia Esken sitzt dieser wirren Truppe, die die Arbeit und die Geschichte vieler Generationen Deutscher absichtlich in die Tonne tritt, vor.
Es ist, als wenn eine der Bienen im Stock bleibt, während alle anderen ausfliegen und fleißig Honig sammeln und während alle mit arbeiten beschäftigt sind, drinnen alles kaputtschlägt, die Hornissen einlädt und die eigene Brut aus den Waben wirft. Destruktiv und schädlich.
Die Bürger dürfen diese Partei nicht mehr wählen!
Wählt sie ab und lasst nicht zu, dass die unser Land zerstören, um ihre Multikulti-Träume umzusetzen!

**Apollo News**

Gestern um 11:41 · 🌐

Saskia Esken hat sich in einem ZDF-Interview gegen jede Form der Asylwende ausgesprochen. „Wir haben die Wende bereits“, so Esken. Ein Abschaffen des Asylgrundrechts od... **Mehr anzeigen**



APOLLO-NEWS.NET

„Wir hatten die Wende bereits“: Esken erteilt klare Absage an Asylrechtsreform - Apollo News

AfD Cloppenburg / Vechta und 13 weitere Personen

6 Kommentare



Gefällt mir



Kommentieren



Teilen



AfD Ostfriesland

2 Std. · 🌐

...

Schon wieder ein Tag und eine Nacht in Deutschland, die von Messergewalt überschattet wurden. Zwei Opfer starben nach Angriffen, ein Täter wurde von der Polizei erschossen.

Es sollte nicht heißen "Verdammte Messer!" sondern "Verdammte Migrationspolitik!"

#AfD #migration #JetztAfD

Quelle:

<https://www.bild.de/.../mehrere-messer-angriffe-in...>

Mehrere tödliche Attacken in wenigen Stunden

VERDAMMTE MESSER!



TRITTAU: Mann in Disco erstochen ++ BERLIN: Mann in U-Bahnhof erstochen, weiterer Täter sticht an Parkbank auf Opfer ein ++ HAMBURG: Frau und Mann an Bushaltestelle niedergestochen

👍👎👤 12

3 Kommentare 4 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

🗨️ Kommentieren

🔄 Teilen

es

**Hannah H.** @Tweetenti · Apr 14

2015 machte Anas Modamani als 17jähriger, syrischer Flüchtling ein Selfie mit Angela Merkel. Er dachte, sie wäre ein Filmstar. 🇩🇪 Heute ist er Deutscher, hat er ein abgeschlossenes Studium und arbeitet als freier Journalist. Nach 10 Jahren hat er 2025 seine Mutter wiedergesehen.



145

400

6K

314K

**Marie-Thérèse Kaiser** @hallofraukaiser · Apr 14

Na wenn das so ist, dann können doch noch mehr herkommen, um Kinder abzuschlachten und Frauen zu vergewaltigen.

11

5

401

3.6K





AfD - Kreisverband Stade

12 Std. · 🌐



MASSENMIGRATION OHNE SINN UND VERSTAND 🔥

Deutschland hat von 2010 bis 2024 – also in nur 15 Jahren – 8,4 Millionen Migranten aufgenommen. In den 55 Jahren (!) zuvor waren es insgesamt 7,5 Millionen.

Die Massenmigration begann unter Merkel, wurde unter der Ampel weiter beschleunigt und wird auch unter Merz unverändert weitergehen. CDU/CSU, SPD und GRÜNE sind die Verantwortlichen für Kriminalität, Überfremdung, Explosion des Sozialtats, Bildungsmisere und viele andere Probleme, die negative Folgen der unkoordinierten Massenmigration sind.

Die AfD wird diesen Wahnsinn stoppen. Versprochen! 🇩🇪💙

MASSENMIGRATION OHNE SINN UND VERSTAND

Net migration to Germany is at historic high in the past 10 years

Chart shows net migration of foreign nationals to Germany by 5-year-period



Source: Federal Statistical Office (2025): Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland von 1950 bis 2023
 Data available at: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevölkerung/Wanderungen/Tabellen/wanderungen-zwischen-deutschland-und-dem-ausland-jahr-02.html>
 Chart shows net migration of non-Germans. Values until 1990 refer to West Germany

**DIESEN WAHNSINN STOPPT
NUR DIE AfD!**

SICHERTDEUTSCHLAND

👍 27

7 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔄 Teilen

dXR0b3I6MCI6Intclm5nbWVcljpcim15
X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zd
HNclixclmFyZ3NcljpcllwifSlsInJwX2N
yZWFOaW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5h
bWVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbWVcl
ixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcncRfe
WVhclxcXCI6XFxcljwMjVcXFwiLFxcX
CJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljwM
jUtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWYyXFx
cljpcXFwiMjAyNVxcXCIsXFxclmVuZF
9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjUtMTJcXF
wiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcX
ClyMDI1LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9k
YXlcXFwiOlxcXClyMDI1LTEyLTMxXFx
cln1cln0ifQ%3D%3D

AFD - Kreisverband Weserbergland
16. Mai '24



14-köpfige Familie aus Afghanistan
will von Pakistan aus Aufnahme in
Deutschland erklagen?

ZEIT FÜR DIE AFD!



AFD Niedersachsen
16. Mai '24

-- Diese Dreistigkeit macht einfach nur sprachlos! --

Ursprünglich sollten im Zuge des Afghanistan-Aufnahmeprogramms nur besonders schutzwürdige, sogenannte „Ortskräfte“ nach Deutschland gebracht werden. Die Behauptung: Sie würden unter der neuen Taliban-Regierung verfolgt. Eine Falschbehauptung, wie heute klar ist. Immer wieder versicherte uns Ex-Außenministerin Annalena Baerbock: Es handle sich höchstens (!) um 500-1000 Personen.

Eine dreiste Lüge, wie wir heute wissen. Wie Die Welt – zum Beweis für die vorsätzliche Täuschung unserer Bürger und Steuerzahler – in einem aktuellen Bericht festhält: wurden aus den wenigen hundert angeblich besonders bedrohten Afghanen bis heute „36.000“ – muss man sich mal vorstellen!

In Anbetracht der längst offenkundigen Visa-Fälschungen und vor dem Hintergrund, dass linke NGOs bei den gewerbsmäßig organisierten Charterflügen mitmischen („Gefälschte Pässe? Kein Problem!“) muss man von einer arglistigen Täuschung der Deutschen sprechen – natürlich unter Mithilfe wohlwollender Medien.

Wird mit der neuen Regierung alles besser? Keine Chance! Statt des versprochenen Stopps der Charterflüge berichtet Die Welt über kreative Wege, den Afghanen-Import auszuhebeln: Eine 14-köpfige afghanische Familie will ihre Einreise nach Deutschland nun per Eilantrag erzwingen und klagt deshalb vor einem deutschen Verwaltungsgericht.

Zur Begründung heißt es: Baerbock und Co. hätten der Familie bereits Zusagen gemacht. Heißt: Die Altlasten der Ampel sollen uns weiterhin beschäftigen. Wie Die Welt schreibt, warten übrigens weitere „3000 Afghanen“ noch auf ihren Abflug – und auch sie haben bereits eine „Aufnahmezusage“.

64695642244




Marie-Thérèse Kaiser

@hallofraukaiser




Der Staat greift durch.

[Translate post](#)

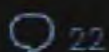


Deutsche
Aktivisten
wollen nach
Italien reisen.

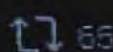


Afghanische
Invasoren
wollen nach
Deutschland reisen.

10:37 AM · May 16, 2025 · 5,720 Views



22



65



728



12



Captured at: 19/05/2025 14:02

0466

URL: <https://www.facebook.com/AfDWolfsburg>



AfD Wolfsburg

19 Std. · 🌐

Mir scheint, deutsche Frauen sollen sowieso nur noch arbeiten gehen und deutsche Kinder si sowieso nicht mehr gewollt. Man reißt die Familien auseinander und alle sollen nur noch Steu zahlen.

Für wen Familienförderung gedacht ist und wer sich vermehren soll und nicht arbeiten gehen das kann sich jeder selbst denken.

RND.DE

„Jede Arbeitskraft bringt uns voran“: Bas will Erwerbstätigkeit von Frauen erhöh



5

1 Mal



Gefällt mir

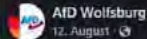


Komentieren



Teilen

U6MCI6Intcm5hbWVcljpcImNyZWZ0aW9uX3RpbWVclixc
ImFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxcjllwMj
VcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcjllwMjUtM
VxcXCIsXFxcImVuZF95ZWZyXFxcjllwMjUtMTJcXFwiLFxc
XFxcImVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcjllwMjUtMTJcXFwiLFxc
XCJzdGFydF9kYXlxcXFwiOlxXClYMDI1LTEtMTVxcXCIsXF
xclmVuZF9kYXlxcXFwiOlxXClYMDI1LTEyLTMxXFxcIn1cIn
0ifQ%3D%3D



AID Wolfsburg
12. August · 🌐

Es gibt Menschen in Deutschland, die wollen die Massenmigration.
Aus welchen Gründen- ob Sie die deutsche Identität und Mehrheitsgesellschaft hassen, oder sich persönlich daran bereichern oder politischen Gewinn in Form von Macht und Positionen daraus erhalten, ist dabei unerheblich. Sie wollen die Massenmigration und Sie sehen zu, dass der Zustrom nicht abreißt und immer neue Menschen nachströmen.
Unser Land wird dadurch destabilisiert. Wir sind verschuldet, unsere sozialen Sicherungssysteme stehen vor dem Kollaps. Es gibt ethnische Konflikte, Terror und vermehrte Straftaten.
Die Geburtenzahl der Deutschen bricht ein. Gleichzeitig haben zum Beispiel syrische Frauen im Durchschnitt doppelt so viele Kinder, wie deutsche Frauen.
Die Hälfte aller Bürgergeldempfänger haben einen Migrationshintergrund.
Mit anderen Worten: Die Deutschen arbeiten und zahlen dafür, dass andere sich hier niederlassen, Familien gründen und dies ohne große Anstrengungen finanziert bekommen.
Jeder, der das kritisch sieht, wird vom Staat und seinen Handlangern verfolgt, gebrandmarkt und bekämpft.
Das ist zwar gestresst in meinen Augen, aber es ist die derzeitige Situation.
Die Bürger müssen der Wahrheit ins Auge sehen: Da gibt es Leute, die Andere euch vorziehen und die das ganz bewusst so machen!
Das ist weder Dummheit, noch Versagen, sondern Absicht!
Niemand kann behaupten, dass man so eine Entwicklung über Jahrzehnte unter wechselnden verantwortlichen Personen und Regierungen aus Unwissenheit oder Dummheit einfach so laufen lässt!
Niemand kann behaupten, dass man angesichts der enormen Probleme, vor denen unser Land steht, aus Versehen im Ausland für noch mehr Zuwanderung in die Sozialsysteme wirbt!
Das ist so geplant und durchgeführt!
Der Verfassungsschutz mag das jetzt wieder in seine Berichte schreiben und gerne auch meinen, dass das rechts oder extrem oder sonst was ist- geschenkt!
Es ist, wie es ist und ein Fakt ist ein Fakt- egal, wie das irgendwelche Angehörigen einer Behörde deuten, die von genau den Leuten bezahlt werden und abhängig sind, die diese Entwicklungen mit zu verantworten haben!
Deutschland schafft sich ab! Sarrazin hatte Recht!
Ja, es findet ein offensichtlich gewollter Austausch der Bevölkerung statt!
Warum weiß kein Mensch und es versteht auch niemand, warum die Deutschen ihn so apathisch geschehen lassen! Es wird aber definitiv Auswirkungen auf unser Land, unsere Lebensart, auf die Kultur und Sitten und Gebräuche haben und unser Land verändern und das hat es auch bereits. Manche Grüne und manche von der SPD wird das freuen. Ich halte diese Entwicklung für fatal! Das ganze Ausmaß dessen, was gerade läuft, wird man vielleicht erst in einigen Jahrzehnten spüren, aber ich vermute jetzt schon, dass unsere Kinder und Enkel uns und die Verantwortlichen verfluchen werden, für das, was wir haben geschehen lassen und für das, was man getan hat, um sich selbst einen Vorteil zu verschaffen.
Eine einst stolze Kulturnation befindet sich im Niedergang und die Regierungen aus mindestens 3 Jahrzehnten, hatten daran ihren Anteil.
Das zu stoppen, wird die Schicksalsfrage unserer Nation!
Kommt zur AID!
Wählt die AID!
Unterstützt den Protest und die Opposition!
Wenn unser Volk eine Zukunft haben will, dann muss die derzeitige Entwicklung gestoppt werden und die derzeit handelnden Politiker müssen abgesetzt werden!

benefit (Bürgergeld)



HINWEISE NICHT MEHR AUF ARABISCH

Deutschland wirbt im
Ausland weiter für
das Bürgergeld

jf.de



JUNGE FREIHEIT
12. August · 🌐

Deutschland bewirbt das Bürgergeld weltweit in Fremdsprachen – ausdrücklich „für Menschen aus dem Ausland“. Doch mit den Ausfüll-Hinweisen auf Arabisch soll nun Schluß ... Mehr anzeigen

URL: <https://www.facebook.com/AfDHannoverStadt>



AfD Hannover Stadt
25. August um 18:12 · 🌐

...

Was kann man da noch leugnen?



ANSAGE.ORG

Bevölkerungsaustausch als mathematische Tatsache: Berlin übertrifft das Plansoll deutlich



40

8 Kommentare · 9 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

🗨️ Kommentieren

🔗 Teilen

clnN0YXJ0X3IIYXJcXFwiOlxcXClyMDI1XFxclixcXFwic3Rhc
nRfbW9udGhcXFwiOlxcXClyMDI1LTFcXFwiLFxcXCJlbnRf
eWVhclxcXCI6XFxcljwMjVcXFwiLFxcXCJlbnRfbW9udGhc
XFwiOlxcXClyMDI1LTEyXFxclixcXFwic3RhcRfZGF5XFxclj
pcXFwiMjAyNS0xLTFcXFwiLFxcXCJlbnRfZGF5XFxcljpcX
FwiMjAyNS0xMi0zMVxcXCJ9XCJ9liwicnBfYXV0aG9yOjAiO
iJ7XCJuYW1lXCI6XCJteV9ncm91cHNfYW5kX3BhZ2VzX3B
vc3RzXCIsXCJhcmdzXCI6XCJcln0ifQ%3D%3D



AfD Kreisverband Friesland - Wittmund

20. September · 🌐

...

Willkommen in Hamburg, der Stadt, in der der deutsche Pass weniger Wert ist als ein Pfandbon einer einzelnen PET Flasche.

Während man an der SB-Kasse verzweifelt, weil die Paprika nicht gescannt wird, winkt die Ausländerbehörde munter alles durch, was einen Antrag abgibt. Kontrolle? Überprüfung? Ach Quatsch, das brems doch nur den politischen Durchlauferhitzer.

5730 neue „Passdeutsche“ allein im ersten Halbjahr 2025 – hauptsächlich Afghanen, Syrer, Iraker. Und über 31.000 Anträge liegen noch rum, als wären's Rabattmarken. Aber keine Sorge: Die Politik will's genau so. Je weniger hingeschaut wird, desto besser läuft der Multikulti-Selbstbedienungsladen.

Der deutsche Normalbürger darf für jede Kleinigkeit Nachweise, Gebühren und Formulare stapeln, bis der Rücken kracht. Aber für die Staatsbürgerschaft reicht offenbar: Antrag rein, Stempel drauf, „Willkommen im Club“.

Hamburg wird kein Einzelfall sein.

Schaut euch um in euren Städten und Gemeinden.

Kurz gesagt: Deutschland verkauft sein wertvollstes Dokument gerade im Sonderangebot. Und das Beste daran? Es geht schneller als Einkaufen im Discounter.

Ihr wollt das nicht?

Dann werdet Mitglied in unserer Volkspartei AfD. Fangt an zu gestalten, im nächsten Jahr gibt es in Niedersachsen Kommunalwahlen.

Sei schlau, wähle Blau.

Wähle die AfD.

**Nur 0,24 Prozent
der 5730
Einbürgerungsanträge
in Hamburg im ersten
Halbjahr 2025 wurden
abgelehnt.
Es ist ein reines
Durchwinken.**

 **AfD**

👍👎 39

11 Kommentare 14 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

11OjAiOiJ7XCJuYW1lXCi6XCJjcmVhdGlvbI90aW1lXCIsXC
CJhcmdzXCi6XCJ7XFxcInN0YXJ0X3llyXJcXFwiOlxcXCly
MDI1XFxclicxcXFwic3RhcncRfbW9udGhcXFwiOlxcXClyMDI
1LTFcXFwiLFxcXCJlbnRfeWVhclxcXCi6XFxcjJwMjVcXF
wiLFxcXCJlbnRfbW9udGhcXFwiOlxcXClyMDI1LTEyXFx
clixcXFwic3RhcncRfZGF5XFxcjJpcXFwiMjAyNS0xLTFcXF
wiLFxcXCJlbnRfZGF5XFxcjJpcXFwiMjAyNS0xMi0zMVxc
XCJ9XCJ9liwicnBfYXV0aG9yOjAiOiJ7XCJuYW1lXCi6XCJ
teV9ncm91cHNfYW5kX3BhZ2ZzX3Bvc3RzXCIsXCJhcmd
zXCi6XCJcIn0ifQ%3D%3D&locale=de_DE



AfD Wolfsburg
7. November · 🌐

...

Die Kartellparteien der Deutschlandabschafter wollen Fakten schaffen. Alle kommen rein. Niemand muss mehr gehen. Und alle bekommen den Pass, damit niemand mehr sie zurückführen kann-selbst, wenn die Kartellparteien einmal endlich ihre Macht verloren haben. Sie zementieren die Migration, unter der unsere Gesellschaft so leidet und das mit voller Absicht und Kalkül! Man könnte so etwas einen gewollten Bevölkerungsaustausch durch Teile der Politik nennen!



JUNGE FREIHEIT
6. November · 🌐

Die Ablehnungsquote von Staatsbürgerschaftsanträgen innerhalb Sachsens unterscheidet sich massiv. Während im linken Leipzig fast jeder den deutschen Paß erhält, sind es ... Mehr anzeigen

👍👎 2

1 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

🗨️ Kommentieren

🔗 Teilen



Die Namen „deutscher“ Messerangreifer in NRW 2024:

- | | | |
|----------|-------|-------------|
| Mohamed | Abbas | Burak |
| Mohammad | Abdel | Eyüp |
| Mostafa | Abid | Farid |
| Muhammed | Admir | Faruk |
| Nazif | Adlis | Hasan |
| Munir | Cayan | Usw. usf... |

**Migrationshintergrund bei
Tatverdächtigen erheben!**

afd_hildesheim

afd_hildesheim Abdel, Burak und Cem: die „deutsche Tatverdächtigen in der PKS!

Eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Markus W ergab, dass mehr als die Hälfte aller Tatverdächtige Zusammenhang mit Messerdelikten in NRW in den und 2024 Migranten waren. Von 1.745 ermittelten hatten 893 keinen deutschen Pass.

Die Vornamen der insgesamt 852 „deutschen“ Tatv zeigen, wieso die Kartellparteien die Erhebung des Migrationshintergrunds verweigern: Abdullah, Amir Burak, Cemal und viele mehr lassen sich der Liste ta Messerstecher entnehmen. Über 250 dieser Namen offensichtlich eine „Migrationsgeschichte“. Insgesamt so auf mindestens 67% Tatverdächtige mit Migration so wird die Statistik zu Lasten der Einheimischen ve

Seit Jahren steigt die Zahl der Messerdelikte rapide kam es in der gesamten Bundesrepublik zu 29.014 mit Messer. Allein in NRW wurden im vergangenen Messerattacken erfasst und damit über 28% mehr zuvor (1680 Fälle).

Anstatt jedoch durchzugreifen und das Problem be nennen, werden Messerverbotzonen und ähnliche eingeführt. Wir müssen endlich den Migrationshintergru erheben, damit die Bürger das wahre Ausmaß der erfahren.

Alexander Jungbluth, MdEP

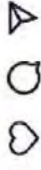
https://youtube.com/post/Uglox_PWd4tH-22jFUsVyyjriORD89HzSpv?si=X9HUFt24VWYYp

Begleitet von 23 Std.

micha.le24 Das Gute wird immer über das Böse sie noch AfD

8 Std. Gefällt 1 Mal Antworten

prettyboyfloyd.7.7.7 Ja alles Surensöhne!



Gefällt 47 Mal

Vor 25 Stunden



Kommentieren ...



Gerhard Vierfusz Retweeted



Roman Möseneder @dieserRoman · Feb 22

0472

Bevölkerungsaustausch. Österreich. Die Zahlen. Seht selbst!

Freiheitliche Jugend Salzburg @RFJSalzburg · Feb 22

Der Bevölkerungsaustausch ist einer der drängendsten Fragen unserer Zeit. Niedrige Geburtenraten bei gleichzeitig anhaltender Masseneinwanderung sorgen für einen Rückgang Einheimischer in unserem Land. An den Volksschulen zeigt sich ein katastrophales Bild. Seht selbst:



▶ 4.3K views

0:00 / 1:14



5



21



113



Show this thread



Gerhard Vierfusz

@DerRechteAnwalt

#StopptDenGroßenAustausch



»Jan«  @jeanvansta · Mar 6

»Wir müssen sicherstellen, dass nicht zu viele Menschen in unser Land kommen, sonst kann unser Zusammengehörigkeitsgefühl nicht existieren« – Dänemarks Regierungschefin. Eine Sozialdemokratin. Da hat es jemand verstanden. welt.de/politik/auslan...

8:19 PM · Mar 6, 2021 · Twitter for iPhone

5 Retweets 13 Likes





Gerhard Vierfusz
@DerRechteAnwalt



Der Große Austausch ist eine
vERschwÖruNGstHeorie



Bidens Einwanderungspolitik: Migranten-Flut strömt in
die USA

[Translate Tweet](#)



Bidens Einwanderungspolitik: Migranten-Flut strömt in die USA

Am Damm stehen alle paar hundert Meter Wagen der „Border Patrol“, darüber knattert ein Polizei-Helikopter. Abgesucht wird der Grenzfluss Rio Grande nah...

[bild.de](#)

10:36 AM · Mar 15, 2021 · Twitter for iPhone

1 Retweet 2 Likes



Gerhard Vierfusz
@DerRechteAnwalt

...

Es geht ihnen nur um Deutschland. Genauer: um ihren **#Haß** auf **#Deutschland**. Noch genauer: um ihren Haß auf das deutsche **#Volk**. Nicht das Staatsvolk - das **#ethnischle** deutsche Volk. Es sind tief **#neurotischle** **#völkischle** Antinationaristen, haßerfüllte völkische **#Ethnomasochisten**.

Translate Tweet



Dipl. Blauauge, 4fach XXXX @_seiwachsam · Jun 23, 2021

In der arabischen Welt werden Homosexuelle hart bestraft bzw. getötet. Kein Boykott. Kein Aufschrei. Dafür fließen Milliarden dahin. Also Schluss mit der elenden Heuchelei, @PaulZiemiak! #GERHUN twitter.com/PaulZiemiak/st...

12:43 PM · Jun 23, 2021 · Twitter for iPhone

3 Retweets 11 Likes





Gerhard Vierfusz @DerRechteAnwalt · 19h

Wenn das deutsche Volk sich, wie am 26.09.2021 mit 80 %iger Mehrheit ⁰⁴⁷⁶ geschehen, für den neuen liberalen Kollektivismus entscheidet, dann mag das die Regierung berechtigen, den ins Land geholten afghanischen Goldstücken die deutschen Mädchen und Frauen als Beute zu überlassen. 1/2



1



3



Gerhard Vierfusz @DerRechteAnwalt · 19h

Es berechtigt sie jedoch nicht, auch die Frauen und Mädchen der Nachbarvölker freizugeben; dazu wäre ein entspr. Vertrag erforderlich. Mein Vorschlag: Tschechien erklärt die Benes-Dekrete etc. für nichtig — und wir sichern dafür unsere Grenze für sie. 2/2



[exxpress.at](https://www.express.at)

Neue Details: So zerstörte ein Afghane binnen weniger Stunden das L...
Die Gewaltorgie eines 23-jährigen Afghanen erschüttert momentan die tschechische Kleinstadt Karlsbad. In einem Wald stach er auf eine 37-...



4



Jens Kestner

1 Tage · 🌐

0477

Wir erinnern uns an die ersten Bilder wo in U-Bahnen Fahrgäste drangsaliert und körperlicher Gewalt ausgesetzt waren.

Die nächste Bereicherung, durch noch nicht länger hier lebenden Jugendliche, die entdeckten, wie viel Spaß es machen kann, hilflose Passanten mit einem Fußtritt die Treppe hinunterzustoßen.

Wenn man so möchte die nächste Eskalationstufe, ist das Gleisbettschupsen.

War es zu damaligen Zeiten wirklich ein Unfall oder ein versehen, ist es nun ein beliebiges Mitt der täglichen Gewalt seid 2015 geworden.

Wer hätte es für möglich gehalten das man auf dem Bahnsteig eine Wand oder Hinweistafel sucht, der man seinen Rücken zuwenden kann.

Was Sie hier lesen, nennt sich Innere Sicherheit.

In einem Land das mal berümt war für den Schutz seiner Bürger.

[#KESTNER](#) [#AID](#) [#InnereSicherheit](#)

WELT.DE

2021: Fast 50 Menschen ins Gleisbett gestoßen - WELT



48

11 Kommentare 26 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

@DerRechteAnwalt

Der #GroßeAustausch fordert seine #Opfer auf allen Seiten. Kein Grund für unsere #Gesellschaftstechniker, ihr #einzigartigesExperiment abzurechnen.

Translate Tweet

Reinhild Amandina X @ReinhildAmandi · 3h

Vor 11 Tagen wurde die Afghanin Zohra G. mitten in #Pankow am helllichten auf offener Straße von ihrem Expartner und Landsmann erstochen. Noch am Tatort erlag die sechsfache Mutter ihren Verletzungen. Beide hatten zuvor in der gleichen Flüchtlingsunterkunft gelebt.

Show this thread



10:01 AM · May 10, 2022 · Twitter for iPhone

3 Retweets 5 Likes





Gerhard Vierfusz still living strong 

@DerRechteAnwalt

[0479](#)

Unsere [#Pseudo_Eliten](#) haben d. ihre Politik des [#Bevölkerungsaustauschs](#) nicht nur unser Recht auf Bewahrung der [#ethnokulturelle](#)n [#Identität](#) verletzt, s. auch die Grundlagen unsere [#Rechtsstaats](#) zerstört und den Staat [#delegitimiert](#). Sie sind die wahren [#Verfassungsfeinde](#). 1/

Translate post

9:48 AM · Aug 10, 2022



2



3



14





Gerhard Vierfusz
@DerRechteAnwalt

0480

Wir müssen die beiden Probleme:
#Ersetzungsmigration und **#Pensionsapokalypse** in
ihrem Zusammenwirken erkennen und bekämpfen. Die
Lösung kann nur in einer Politik der **#Remigration** und
#Assimilation liegen, letztlich im **#ModellJapan**.
@Afd

Translate Tweet



odysee.com

- Babyboomer: Pensionsapokalypse und Ersetzungsmi...
- Mitglied bei MSLive+ werden und Videos vorab sehen:
[https://www.subscribestar.com/martin-sellner/subscribe ...](https://www.subscribestar.com/martin-sellner/subscribe...)

1:26 PM · Aug 28, 2022 · Twitter for iPhone

8 Retweets 1 Quote Tweet 14 Likes



Gerhard Vierfusz
@DerRechteAnwalt

0481

Gewissermaßen eine Win-win-Situation für die „geflüchteten“ **#Vergewaltiger** und die sich als Gesellschaftstherapeuten betätigenden **#Gutmenschen**.

Translate Tweet

 **Mark**  @mark_nrx · 14h

Replying to @DerRechteAnwalt

Weil der Anstieg an Vergewaltigungen in der Statistik zur Ausweitung des therapeutischen Staates genutzt werden kann. Toxische Männlichkeit dies das.

7:13 PM · Oct 6, 2022 · Twitter for iPhone

Leben und ein weiterer läge nicht im Krankenhaus. 1/5

[#Somalier](#)

 **FOCUS online**  @focusonline · 14h

Zwei Tote bei Messerangriff in Ludwigshafen: Jetzt nennt die Polizei erste Details zur Tat focus.de/166655114?poc=...

 1

 2

 19





Gerhard Vierfusz @DerRechteAnwalt · 8h

Es ist immer wieder bemerkenswert, wie gering die BRD ein Menschenleben bewertet: Es ist für sie vernachlässigbar. Tote werden statistisch erfaßt, grafisch dargestellt und miteinander verrechnet, mit dem Resultat, daß es angeblich noch nie so sicher gewesen sei wie heute. 2/5

 1



 1





Gerhard Vierfusz @DerRechteAnwalt · 8h

Daß es aber noch sehr viel sicherer wäre, insbesondere für Frauen und Mädchen, wenn wir nicht Hunderttausende von Männern aus hochaggressiven archaischen Völkern in unser Land gelockt hätten, wird gemeinhin verschwiegen. Vor allem aber: 3/5

 1



 1





Gerhard Vierfusz @DerRechteAnwalt · 8h

Nach unserer kontinentaleuropäischen Ethik und dem durch sie geprägten Grundgesetz ist der Mensch keine statistische Größe u. nicht Teil eines Bestandes, mit dem man rechnen könnte. Er hat vielmehr einen Eigenwert, genannt „Würde“, dessen Schutz oberstes Ziel des Staates ist. 4/5

 1



 3





Gerhard Vierfusz
@DerRechteAnwalt

Alles dies ist unserer Regierung völlig gleichgültig. Aber wir anderen müssen uns immer wieder klar machen: Die beiden ermordeten Deutschen in [#Ludwigshafen](#) ebenso wie die grausam zu Tode gefolterte [#Lola](#) sind Opfer einer verbrecherischen Politik. 5/5

[#Reconquista](#)
[#Remigration](#)

[Translate Tweet](#)

11:02 PM · Oct 18, 2022 · Twitter for iPad

4 Likes

Der [#GroßeAustausch](#) ist kein unabwendbares Schicksal. [#Remigration](#) ist möglich!



▶ 94 Mal angezeigt

0:01 / 0:45 🔊 ↗

11:40 vorm. · 25. Okt. 2022 · Twitter for iPhone

3 Retweets 1 Tweet zitieren 9 „Gefällt mir“-Angaben



Gerhard Vierfusz

@DerRechteAnwalt

0484

Das Problem ist der **#GroßeAustausch**.



Dr. Maximilian Krah MdEP  @KrahMax · 14 Std.

So feiern Marokkaner in Marokko den Sieg bei #BELMAR. In Brüssel hingegen brennt es. Das Problem sind nicht Marokkaner, das Problem ist Multikulti! pic.twitter.com/dzWxddXzk4

11:42 vorm. · 28. Nov. 2022 · Twitter for iPhone

8 „Gefällt mir“-Angaben

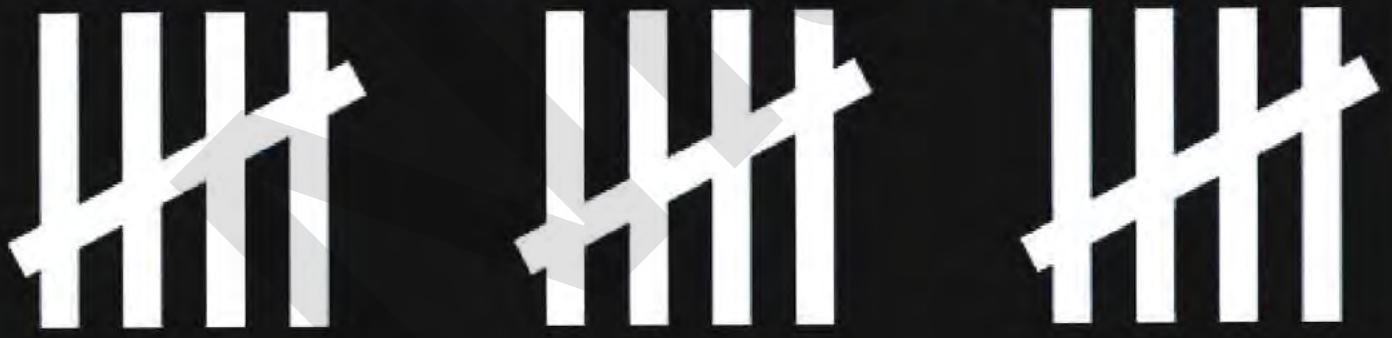
Wir befinden uns im Krieg. Im Krieg mit unserer eigenen Regierung. Dieser Krieg ist grausam. Die Regierung führt ihn ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung. Und es gibt kein sicheres Hinterland für 13- und 14-jährige Mädchen.

[#Ulm](#)

[#Wirwollenleben](#)

[#StopptdenGroßenAustausch](#)

Einzelfahrt



[f @Bjoern.Hoecke AfD](#) [i @Bjoern_hoecke_afd](#) [t.me/BjoernHoeckeAFD](#) [@BjoernHoecke](#) [@bjoern_hoecke](#)

10:42 nachm. · 5. Dez. 2022

1 Retweet 12 „Gefällt mir“-Angaben



Gerhard Vierfusz
@DerRechteAnwalt

[0486](#)

...

Sie werden in Frankreich niemals zu Franzosen werden.
Und in Deutschland niemals zu Deutschen.

[#MaghrebMob](#)
[#RemigrationSofort](#)
[#StopptdenGroßenAustausch](#)



Jan A. Karon @jannibal_ · 22 Std.

Ihr erinnert euch an den 14-jährigen Aymen aus #montpellier, der nach dem Frankreich-Marokko-Spiel starb? Weil ein vom Maghreb-Mob verängstigter Fahrer mit seinem Auto losfuhr? Was seitdem geschah, war nicht weniger als ein ethnischer Bandenkrieg mitten in Europa. Doch von vorne. pic.twitter.com/11IKVbOwvL

[Diesen Thread anzeigen](#)

12:16 vorm. · 20. Dez. 2022

5 Retweets · 8 „Gefällt mir“-Angaben



Jens Kestner ✓

18 Std. · 🌐

0487



Ich frage mich gerade warum man Alice Weidel & Gottfried Curio für Ihre Aussagen im Bundestag gescholten hat?

Die Begrifflichkeiten „alimentierten Messermännern“ und „Fachkräfte für Messerattacken“ scheinen doch zu stimmen?!

Deutschland 🇩🇪 so sicher wie nie, scheint eine Lüge zu sein!



T-ONLINE.DE

Ex sticht auf Frau ein – Lebensgefahr

Laute Schreie hallen durch die Meister-Francke-Straße in Hamburg, eine Frau bleibt schwer ...

👍 😞 😡 212

26 Kommentare 85 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

Wir müssen die Informationen über dieses und andere grauenhafte #Migrantenverbrechen verbreiten, damit die Europäer das Ungeheuerliche des Geschehens erfassen, das der #GroßeAustausch ist; und wir müssen stets darauf hinweisen, wer die Verantwortung trägt: unsere #Regierungen.

Translate Tweet

Jan A. Karon @jannibal_ · 17h

In Frankreich kam es zu einem Vergewaltigungsfall, der das Land empört, nein, verstört. Die Details sind so grausam, dass er ein Politikum darstellt. Aber wir müssen darüber reden. Was ist in Cherbourg passiert? nius.de/Frankreich/in-...

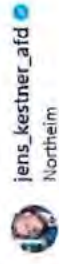
Le viol avec actes de barbarie d'une Cherbourgeoise émeut jusqu'aux la personnel de l'hôpital

C'est vendredi 4 août, il y a une semaine, qu'une Cherbourgeoise de 29 ans a été admise aux urgences de l'hôpital Pasteur de Cherbourg. Victime de viol avec actes de barbarie, ses d'une gravité extrême ont même choqué les personnels de santé qui l'ont prise en charge.



6:04 PM · Aug 13, 2023 · 505 Views

7 Reposts 11 Likes



jens_kestner_afd
Northheim

jens_kestner_afd „Abschiebungen müssen funktionieren. Amazon Prime: schnell, effizient und ohne Ausreden. Bleiberecht hat, muss konsequent und zügig zurück werden.“

— Jens Kestner (AfD)

14 Wd.



victoriamedmodell Ich stimme voll und ganz zu! Nach Polen!

13 Wd. Antworten



b.aus.berlin Zusätzlich Grenzen zu, nur Sachleistung Atomkraft, Diätenkürzungen, EU Austritt usw usw

14 Wd. Antworten

— Antworten ansehen (1)



zappebravo Genau. Die Deutschen haben schließlich lange vor Amazon Prime bewiesen, dass sie das Dep von Menschen, nachdem man erst sie erst einmal entmenslicht und z. B. ganz pauschal als „Messer oder Amazon-Ware bezeichnet hat, bis zur Perfektion betreiben kann.

13 Wd. Gefällt 1 Mal Antworten



herrsegeleschreibt Sie befürworten also eine Zusammenarbeit mit islamistischen Terror-Regimen?

8 Wd. Antworten

„Abschiebungen müssen funktionieren wie Amazon Prime: schnell, effizient und ohne Ausreden. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent und zügig zurückgeführt werden.“

– Jens Kestner (AfD)



Gefällt antje.my72 und 55 weitere Personen
16. April



Kommentieren ...



3%A4nder&src=typed_query



Vanessa Behrendt MdL @MdlBehrendt · Sep 26, 2024



Wie ich schon mehrfach darauf hingewiesen habe, es sollen ALLE Formen der Sexualität akzeptiert werden. Keine Distanzierung von Pädophilen, nicht ein einziges Mal! Schutz für **Kinderschänder**, was eine verkommene Gesellschaft sind wir mittlerweile geworden?



NIUS @niusde_ · Sep 26, 2024

Weiter heißt es: „Das Thema der Pädophilie/Pädosexualität muss ständig in der politischen Debatte sein. Der politische Kampf auf Akzeptanz & Anerkennung wird niemals enden. Die neue Generation von pädophil-liebenden Menschen wächst gerade heran.“
nius.de/gesellschaft/b...



Bundestag berät über Pädovorschlag

Schutz von Kinderschändern soll in der Verfassung verankert werden

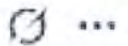
Der Bundestag wolle beschreiben,

die in der nachfolgenden Sammelübersicht enthaltenen Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses zu Petitionen anzunehmen.

URL: https://x.com/search?q=lobbygruppen&src=typed_query&pf=on



Vanessa Behrendt MdL  @MdlBehrendt · Oct 20, 2024



Die Regenbogenfahne steht für: Machenschaften pädophiler **Lobbygruppen**, die Gefährdung von Kindern durch LGBTQ-Propaganda, das Bedrängen von Kleinkindern mit Transsexualität, das legale „Kuscheln“ und „Rangeln“ fremder Männer mit Kindergartenkindern („Original Play“) und die Behandlung von Geschlechtsidentitätsstörungen mit Pubertätsblockern, Hormontherapien und Transgender-OPs. Wenn wir unsere Kinder schützen wollen, dann gibt es nur eine Partei, die das Thema wirklich an der Wurzel packt: die [#AfD!](#)

Das sind meine
Farben:




Das nicht:



Vanessa Behrendt MdL



 1.1K

 1.3K

 7.6K

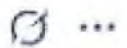
 1M



URL: [https://x.com/search?pf=on&q=\(pedo%20OR%20p%C3%A4dophilie%20OR%20p%C3%A4do-kriminell%20OR%20homo%20OR%20schwul%20OR%20trans%20OR%20sex%20OR%20indoktrinieren%20OR%20indoktrination%20OR%20fetisch\)%20since%3A2017-05-01&src=typed_query](https://x.com/search?pf=on&q=(pedo%20OR%20p%C3%A4dophilie%20OR%20p%C3%A4do-kriminell%20OR%20homo%20OR%20schwul%20OR%20trans%20OR%20sex%20OR%20indoktrinieren%20OR%20indoktrination%20OR%20fetisch)%20since%3A2017-05-01&src=typed_query)



Vanessa Behrendt MdL @MdlBehrendt · Mar 15



Warum wurden eigentlich die Farben Babyblau und Rosa in die Pride Flag eingearbeitet, obwohl bekannt ist, dass **Trans-Flag Creator** Monica Helms diese Farben bewusst wählte, um kleine Jungen und Mädchen zu repräsentieren? Auch bei der MAP Flag (Der Begriff MAP steht für „Minor Attracted Person“ und bezeichnet Erwachsene mit einer Neigung zu Minderjährigen) finden sich diese Farben wieder.

catholicarena.com/latest/2023/7/...

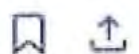


74

170

847

22K



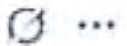
Captured at: 08/12/2025 17:04

0493

URL: <https://x.com/MdlBehrendt>



Vanessa Behrendt Mdl  @MdlBehrendt · Apr 9



Danke für NICHTS @CDU !

Dieser Koalitionsvertrag stärkt die Familien nicht, sondern treibt sie auseinander. Der hier genannte Kinder und Jugendplan erinnert stark an die bekannte Forderung, Kinderrechte in die Verfassung aufzunehmen. Kinderrechte im Grundgesetz sind nicht nötig da Kinder bereits Träger aller Grundrechte sind. Kinderrechte hebeln das Elternrecht aus und würden dazu führen, dass der Staat die Lufthoheit über die Kinderbetten erlangt. Familien müssen gestärkt werden, Kinder geschützt und das bereits im Mutterleib. Anstatt sich für eine Willkommenskultur stark zu machen, damit ungeplante Kinder nicht zu ungewollten werden, setzt man lieber darauf, Schwangerschaftsabbrüche zu erleichtern. Die Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung soll über die heutigen Regelungen hinaus erweitert werden.

Das frauengefährdende Selbstbestimmungsgesetz bleibt, hier wird erwähnt, dass bei der Evaluation besonders der Fokus auf die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche gelegt werden soll. Die Regierung unterstützt es also, dass verunsicherte Kinder und Jugendliche in die unwiderrufliche Selbstverstümmelung getrieben werden.

"Queeres Leben" soll vor Diskriminierung geschützt werden und man möchte mit weiteren Maßnahmen mehr Bewusstsein schaffen (Wieviel denn noch ?!?!?). Unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung. Man distanziert sich hier wieder einmal NICHT Pädophilen!

Wir brauchen keine weiteren Maßnahmen, die uns die unsägliche Wokeness mit aller Aggressivität in die Köpfe hämmern will. Das Grundgesetz schützt diese Menschen bereits, wie alle anderen Menschen auch.

 33

 155

 1K

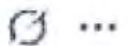
 8.3K



URL: https://x.com/search?q=igbtq%20since%3A2023-05-01&src=typed_query&f=top&pf=on



Vanessa Behrendt MdL  @MdlBehrendt · Apr 15



So geht Kinderschutz: In Ungarn sind **LGBTQ+**-Veranstaltungen mittlerweile verboten, jegliche **LGBTQ+**-Inhalte in Fernsehen, Filmen, Werbung und Literatur, die für Minderjährige zugänglich sind, untersagt. Sobald wir als AfD in Regierungsverantwortung sind, werden wir es Ungarn gleichtun. Verlasst euch drauf.

Verfassung kennt künftig nur noch zwei Geschlechter


LGBTQ+-Veranstaltungen werden aus Gründen des „Kinderschutzes“ verboten, die Teilnahme unter Strafe gestellt. Eine Verfassungsänderung mit weitreichenden Folgen.




Thomas Fasbender


14.04.2025



 258

 509

 3.2K

 41K



philie%20OR%20p%C3%A4do-kriminell
 %20OR%20kindersch%C3%A4nder%20
 OR%20missbrauch%20OR%20Igbt%20O
 R%20Igbtq%20OR%20Igbtqia%20OR%2
 0Igbtq%2B%20OR%20Igbtqia%2B%20O
 R%20schwul%20OR%20lesbisch%20OR
 %20trans%20OR%20queer%20OR%20sc
 hwulenlobby%20OR%20queerlobby%20
 OR%20pedo%20OR%20pedophile%20O
 R%20translobby%20OR%20vielfalt%20O
 R%20gender%20OR%20genderwahn%2
 0OR%20genderlobby))%20since%3A202
 2-01-01&src=typed_query&f=top&pf=on

← ((pädophil OR pädolo OR regenbogen OR pädophile OR pädolo- ...

Top Latest People Media Lists

100 11K 8.4K 35K

Vanessa Behrendt MdL @MdLBehrendt · Jul 5
 → Wer hat eigentlich die Trans-Flagge erfunden? →

Dass die Trans-Ideologie mittlerweile in Kindergärten, Schulen, Universitäten und Medien demonstrierend Einzug gehalten hat, dürfte manchem unangenehm aufgefallen sein. Was das mit den Kindern macht, kann man allerdings kaum hinterfragen, ohne dafür massiv angefeindet zu werden.

Eine Frage, die auf Abwege führt, ist die nach der Trans-Flagge, dem zentralen Symbol der Bewegung. Als Erfinder der „Trans Pride Flag“ gilt Trans-Aktivist und Democrats-Mitglied Robert Hogge, der sich später Monica Helms nannte. Er schuf das Symbol mit den hellblauen und hellrosanen Streifen 1999.

Schon während seiner Zeit als Marine-Soldat bei der US Navy begann Hogge Frauenkleider zu tragen. Während seiner Geschlechtsumwandlung 1997 arbeitete er in einem Sex-Shop. In der 2019 veröffentlichten Autobiographie „Menr als nur eine Flagge“ schreibt er: „Im Laufe meines Lebens habe ich festgestellt, dass ich sowohl ein Mann als auch eine Frau bin, weder ein Mann noch eine Frau, und manchmal beides gleichzeitig. Ich bin nicht verwirrt, sondern ich glaube, ich bin erleuchtet.“

In seiner Kindheit habe Hogge nach eigenen Angaben ein „Ritual“ daraus gemacht, die Unterwäsche fremder Frauen zu stehlen und anzuprobieren – auch die der eigenen Mutter. Wörtlich schreibt er: „Die Gefühle, die ich hatte, gekleidet wie eine Frau, deckten das gesamte Spektrum menschlicher Erfahrung ab. Sexuelle Erregung war an der Spitze der Liste dessen, was über mich kam, während ich Frauenkleider trug.“

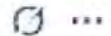
Doch es wird noch düsterer. In den sexuellen Fantasien spielen auch Kinder eine Rolle. In Hogge / Helms fiktionalem Roman „Tales from a Two-Gendered Mind“ schreibt er in fetischisierender Weise über ein kleines Mädchen geschrieben, das einen älteren Mann heiratet und auf wundersame Weise nicht altert. 2023 erklärte der mittlerweile 71-jährige Hogge über soziale Medien, dass er und sein 23 Jahre jüngerer Partner – ebenfalls eine Trans-Person – ein vierzehnjähriges Kind adoptiert haben. Es sei ein „Transgender-Kind“, wie das Paar erklärt.

Diese Hintergründe zur Trans-Ideologie und zum Erfinder der Trans-Flagge zeigen, dass hinter der vorgeblichen Intention, lediglich eine „Befreiung“ von tradierten Geschlechterrollen zu bewirken, ganz andere, zum Teil zutiefst verstörende sexuelle Motive erkennbar werden. Der fließende Übergang in die Pädophilie ist deutlich erkennbar. Diese Hintergründe aufzuklären und vor den Gefahren einer Normalisierung dieser Ideologie zu warnen, muss unsere Aufgabe sein.





Vanessa Behrendt MdL @MdlBehrendt · Jul 17



++ Wir brauchen eine Brandmauer zur Pädophilie! ++

Weil eine aggressive LGBTQ- und „Pride“-Lobby auf Normalisierung und Zurschaustellung privater Lebensbereiche drängt, nehmen die öffentlichen Debatten über sexuelle Vorlieben und Fetische seit Jahren zu.

Gemeingefährlich wird es, wenn auch strafbare Handlungen unter dem Banner der sexuellen Befreiung und Toleranz plötzlich als diskutabel gelten sollen. Aus Pädophilen machen Aktivisten im englischen Sprachraum mittlerweile „minor-attracted persons“ (MAPs) – als wäre ihre Neigung nur eine Vorliebe unter vielen. Das Ziel:

Die Legalisierung von Kindersexpuppen und Kinderpornografie durch KI.

Diesem Trend zur Normalisierung muss daher mit aller Konsequenz entgegengetreten werden. Pädophilie ist keine legitime sexuelle Präferenz, sondern eine psychische Störung!



272

751

3.9K

86K





Vanessa Behrendt MdL @MdlBehrendt · Jul 24



Warum suchen diese Typen eigentlich permanent den Kontakt zu Kindern? Ricardo Simonetti in einem Kindergarten, wie er das Buch "Raffi und sein pinkes Tutu" vorliest. Kinder in einem Alter, in dem sie nicht einmal die Uhr lesen können, sollen plötzlich hinterfragen, ob sie „im richtigen Körper“ sind?!

Das hat mit Toleranz nichts zu tun.

Das ist Beeinflussung und eine Grenzüberschreitung an der kindlichen Seele.

Es ist beschämend und gefährlich, dass das nicht nur erlaubt, sondern auch noch gefeiert wird.

Schluss mit dieser Frühsexualisierung! Schluss mit der gezielten Indoktrination unserer Kinder! Eltern, steht auf – unsere Kinder brauchen Schutz, keine bunte Umerziehung!



734

1.2K

7.3K

165K



Vanessa Behrendt MdL @MdlBehrendt · Jul 24



riccardosimonetti-initiative.com

8

5

41

8.7K



Captured at: 08/05/2025 14:10

0498

URL: <https://x.com/MdlBehrendt>



Vanessa Behrendt Mdl  @MdlBehrendt · Jul 26

Nackt durch die Straßen rennen, Geschlechtsverkehr vor den Augen aller
Hundekostüme, Vibratoren in Körperöffnungen, öffentliche
Auspeitschungen.

All das gibt es heute beim CSD in Berlin. Aber klar, wir brauchen unbedingt
MEHR Toleranz und Sichtbarkeit für diese Vertreter der grenzenlosen
Selbstentfaltung auf Level 3000 und dürfen auf KEINEN Fall über Grenzen
reden, sonst sind wir ja "queerfeindlich" 🙄.

 945

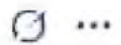
 2K

 15K

 643K






36088

**Madeleine**  @missdelein2 · Jul 25

„Nürnberg hat bereits Bänke, Zebrastreifen und Flaggen in den Farben des Regenbogens - geht es nach den Grünen, kommt schon bald aber eine prominente Rolltreppe dazu. Für die Partei geht es um nicht weniger als ein deutliches Zeichen gegen den Hass.“

**Mehr Sichtbarkeit**

**Gegen Hass auf LGBTQ+-
Community: Bekommt Nürnberg
bald eine Regenbogen-
Rolltreppe?**

 764 88 471 37K**Harm Rykena** 

@HRykena

 [Translate post](#)

Der Regenbogen ist mittlerweile selbst ein Symbol des Hasses - des Hasses gegen alle Menschen, die nicht queer sein wollen. Mit Toleranz hat das nicht viel zu tun.

8:51 AM · Jul 27, 2025 · 7 Views

Captured at: 08/20/2025 10:27

0500

URL: <https://x.com/i/lists/1950211840241262850>



Vanessa Behrendt MdL  @MdLBehrendt · 3h



Der Berliner Senat, der heute eine Drag-Show mit Mitmachangeboten für Kinder finanziert, ist im übrigen derselbe Senat, der auch das sogenannte Kentler-Experiment unterstützt hat, bei dem in den 1970er- und 80er-Jahren Kinder und Jugendliche bewusst pädosexuellen Männern überlassen wurden.



55



163



643



8.7K

Captured at: 09/12/2025 10:54

0501

URL: <https://x.com/i/lists/1950211840241262850>



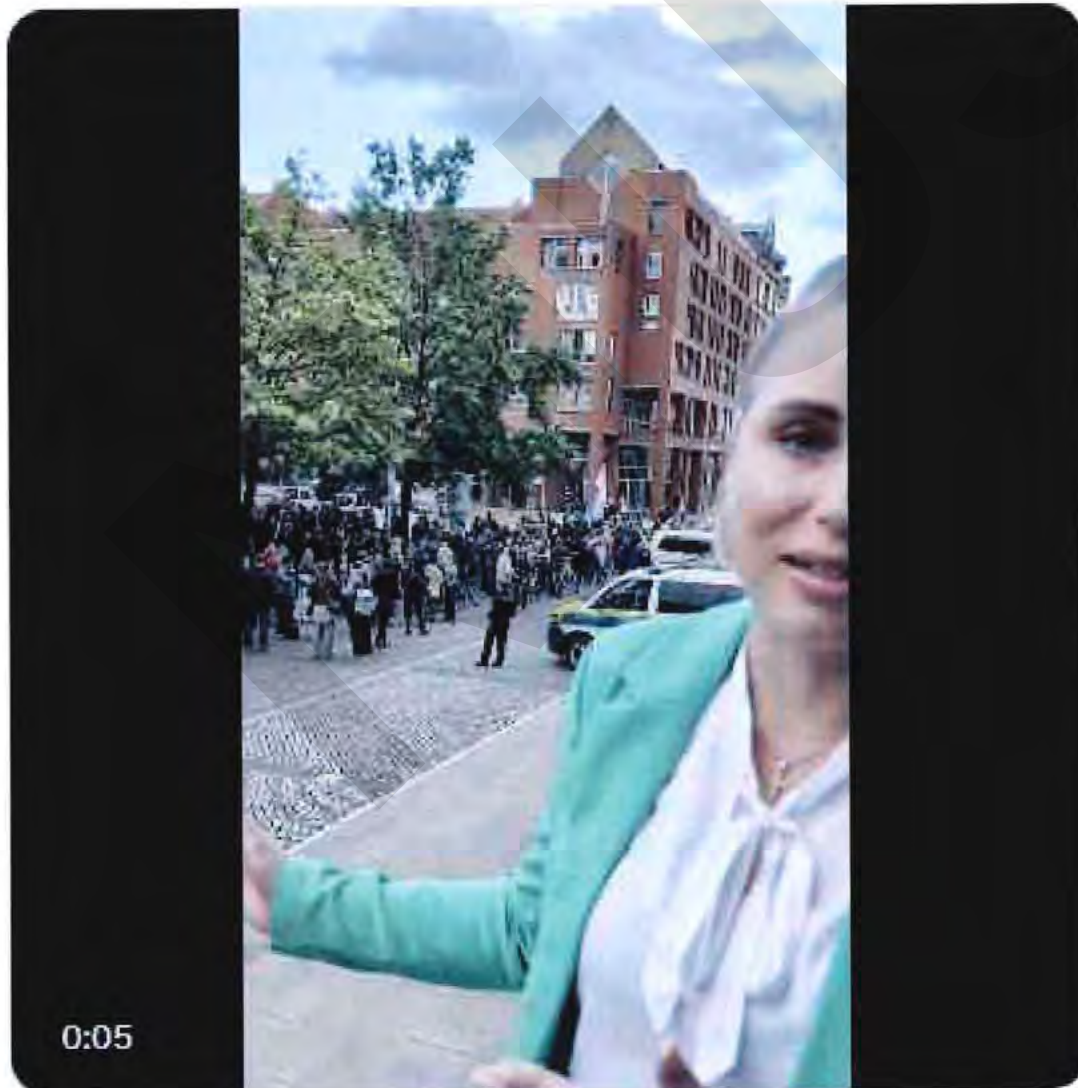
Vanessa Behrendt MdL  @MdlBehrendt · 16h



Es ist einfach maximal abartig!

Vor dem niedersächsischen Landtag findet eine Regenbogendemo statt, kurz nachdem ein Familienvater offenbar durch genau diese Bewegung ermordet wurde.


Laut Nius sollen sich auf dem tödlichen Projektil eingravierte Transparolen befunden haben.




0:05

 417

 556

 4.1K

 146K





Motiv: Trans-Ideologie?

**Charlie Kirks Attentäter
ist in Beziehung mit
Transgender!**



Vanessa Behrendt Mdl

vanessa_behrendt_md1



vanessa_behrendt_md1 ++ Wurde Charlie Kirk von woker
Ideologie ermordet? ++



„Turning Point USA“-Gründer Charlie Kirk wurde erschossen
eine Frage aus dem Publikum über Transgender-Amokläufer
beantworten wollte.

Die Frage fand vor dem Hintergrund des jüngsten Vorfalls
versuchten Massenmordes während eines Gottesdienstes (
einer Schule (!) im US-Bundesstaat Minneapolis statt. Dort
23-jährige Robin Westman, der sich selbst als Frau identifizierte,
Hunderte Schüsse durch die Kirchenfenster abgeben und
zwei Kinder ermordet und 18 weitere Menschen teils schw
verletzt.

Jetzt verdichten sich die Zeichen: Es könnte mehr dahinterstecken,
dass Charlie Kirks Todesschütze ausgerechnet bei dieser Fr
Abzug drückte, denn:

Kirks mutmaßlicher Mörder, der Tyler Robinson, soll laut ne
Medienberichten nicht nur tief in linksradikalen Chats verwe
sein, sondern auch mit einem Mann zusammengelebt hab
sich als trans identifiziert.

Sollte sich dies bewahrheiten, wäre es der zweite schwerw
Anschlag innerhalb kürzester Zeit, bei dem Trans-Ideologie
prägende Rolle gespielt hat.

2 Std.



Gefällt 74 Mal

Vor 2 Stunden

Kommentieren ...



Posten

URL: https://x.com/search?pr=only-type%20since%3A2023-05-01&src=typed_query



AfD Hannover @AfdHannover · May 18



Deutschland hat nur eine richtige Flagge 🇩🇪

Die Farben sind Schwarz-Rot-Gold

Die deutsche Regierung macht sich gemein,
mit PädO-Kriminellen & Fetischisten,
die längst die LGBT **Bewegungen** geentert haben,
die ausgrenzen, Meinungsfreiheit unterdrücken und
sich ausschließlich über ihre Fetische definieren

Die 6 Farben Fahne steht keineswegs für Deutschland 🇩🇪,
die USA 🇺🇸, UK 🇬🇧 oder sonst einen Nationalstaat
sondern für eine Demokratie feindliche Ideologie

Deshalb

#nurnochAfD 💙

weil es gut & sicher für Deutschland 🇩🇪 ist



16

40

243

1.9K



zung%20fehlanzeige&src=typed_query&pf=on

Top

Latest

People

Media

Lists



AfD Hannover @AfdHannover · Jun 11

Die AfD wird niemals an der Seite von Pädophilen stehen, die Grünen wollten Sex mit Kindern schon sehr früh legalisieren

Distanzierung? Fehlanzeige!

[@MdlBehrendt](#) hat den Kampf gegen die Pädophilen aufgenommen & es offenbart sich immer mehr, Welche politischen Akteure auf deren Seite stehen & Schutz von Kindern gänzlich ablehnen, Gendern, Frühsexualisierung & sexuelle Indoktrination sogar noch intensivieren

[#WirSindVanessa](#), denn diesen Kampf führt sie keineswegs allein

Deshalb

[#nunochAfD](#) ❤️
weil es gut & sicher für Deutschland 🇩🇪 ist

[#Stolzmonat](#) [#StolzStattPride](#) [#Stolzmonat2025](#)



Naomi Seibt @SelbtNaomi · Jun 10

PEDOPHILES CALL FOR PROTEST AGAINST AfD CHILD PROTECTION EVENT !!

ONLY the AfD is targeted by PEDOS.



1:18

13

98

400

2.0K



Gestern war es wieder soweit: Bundeskanzlerin Angela Merkel traf sich erneut mit den Länderchefs, um eine Verlängerung und Verschärfungen der Lockdown-Drangsalierungen auszubaldorn. Dabei hat sich Merkel widerstandslos mit ihrer Forderung durchgesetzt, flächendeckend die Bewegungsfreiheit der Bürger einschränken, offenbar ermutigt vom schweigsamen Erdulden der bisherigen Grundrechtseinschränkungen von der Mehrheit der Bevölkerung.

Ab einer willkürlich festgelegten 7-Tages-Inzidenz von mehr als 200 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in einem Landkreis wird jetzt jeder dort an die 15 Kilometer-Kette gelegt und darf sich darüber hinaus nicht fortbewegen. Nachdem das bei unpassenden Wahlergebnissen schon funktioniert hat, will Merkel jetzt auch das Grundgesetz „rückgängig“ machen?

Stephan Bothe, MdL: „Die Außerkraftsetzung von festgeschriebenen Grundrechten unter dem Deckmantel einer abstrakten, für die meisten Menschen nicht zu greifenden, angeblichen Gefahr hat einen Automatismus angenommen, der bedenklich stimmen muss. Die hier regelmäßig alles abnickenden Ministerpräsidenten der Länder, die sich selbst mit Blick auf die AfD gerne penetrant und demonstrativ als Mitglieder von demokratischen Parteien bezeichnen, verspielen jedoch mit einem allzu leichtfertigen Umgang mit unserem Grundgesetz eher das demokratische Fundament unserer Gesellschaft.“

Nicolas Lehrke, AfD-Generalsekretär Niedersachsen: „Mit dieser neuerlichen Provokation will Angela Merkel offenbar testen, wie weit sie wohl gehen kann beim Umbau des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats Deutschland zu einer DDR 2.0. Schon seit der herbeigeredeten „Flüchtlings“-Krise 2015 ist klar, dass Merkel geltendes Recht eher als Empfehlung denn als bindende Grundlage ihres politischen Handelns sieht.“

NICOLAS LEHRKE

STEPHAN BOTHE (MdL)

**Corona-Lockdown:
Merkel will Bewegungsfreiheit einschränken!**

AfD

Die Grünen haben für ihre radikale Erbschaftspolitik und die daraus resultierenden Maßnahmen Verantwortung übernommen, die sie selbst verursacht haben. Nämlich: Umverteilung und Verbote.

Umverteilung, weil viele von ihnen selbst nie etwas erwirtschaftet haben, geschweige denn Nettosteuerzahler werden. Weil sie es als ihr Anrecht als Politiker ansehen, die Milliarden an Steuergeldern zum Fenster rauszuschmeißen.

Verbote, weil sie Ihnen, also engagierten Eltern, erfolgreichen Angestellten und verantwortungsbewussten Unternehmern, nicht die Vernunft und Mündigkeit zutrauen, aus freien Stücken die richtige Entscheidung zu treffen.

Grüne Politik ist wilde Utopie gepaart mit Elitendünkel. Genau das führte uns an den Punkt, an dem wir stehen und wird uns noch weiter ins Chaos stürzen, wenn wir nicht gegensteuern.

Dabei ist das denkbar einfach: Grüne und ihre Vorfeldorganisationen SPD, CDU und FDP abwählen – AfD in Regierungsverantwortung bringen!

Sie möchten nicht bis zur nächsten Wahl warten, um aktiv zu werden? Dann treten Sie jetzt der AfD bei und fordern Sie noch heute Ihren Mitgliedsantrag an unter:

www.afd-niedersachsen.de/mitglied-werden



16

2 Kommentare 6 Mal geteilt

Gefällt mir

Komentieren

Teilen

UZO1/search/?q=sed%20keimzelle



Thomas Ehrhorn

18. Februar 2019 · 🌐

...

Jetzt offiziell: Altparteien gründen SED-Keimzelle im Bundestag

Nun haben die Altparteien ihre letzte Scham abgelegt und machen aus ihrem geistigen Zusammenschluss keinen Hehl mehr. Wie Medien am Freitag berichteten, haben sich Bundestagsabgeordnete von Union, SPD, FDP, Grünen und Linken erstmals getroffen, um sich zu „vernetzen“. Ziel der neuen Gruppierung sei es, mehr Frauen ins Parlament zu bekommen. Mitglied dieses Netzwerkes ist auch die Sprecherin der Frauen in der Unionsfraktion. Weitere Treffen sollen folgen. Da ist sie nun endlich offiziell: die SED-Keimzelle der Altparteien, der freiwillige Zusammenschluss zur sozialistischen Einheitspartei. Knapp dreißig Jahre nach dem Untergang der DDR-Tyrannie haben Christdemokraten, Christsoziale und Liberale keine Scheu mehr, mit den Nachfolgern der roten Terrorknechte zu paktieren. Wer die Kolleginnen und Kollegen der Altparteienfraktionen im Bundestag und besonders in den Ausschüssen hinter verschlossenen Türen mitbekommt, der weiß schon längst, dass sich CDU/CSU und FDP von den übrigen linken Parteien höchstens noch dadurch unterscheiden, dass sie den Sozialismus und die Planwirtschaft etwas verbrämter einführen möchten. Dass Deutschland in der sozialistischen Internationalen aufgehen soll, darin sind sich die Altparteienvertreter aber längst einig. Hätten wir einen funktionierenden Verfassungsschutz, würde er sich diesen Bestrebungen, die weder mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung noch mit unserer Verfasstheit als Nationalstaat vereinbar sind, längst entgegengestellt haben.

👍👎 265

54 Kommentare 281 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

NIEDERSACHSEN

KOMPAKT

Niedersachsen wieder
#AUFMACHEN
 Lockdown-Wahnsinn beenden,
 Freiheit für Land
 und Bürger!



GRUSSWORT | 02

BILDUNGSPOLITIK | 03

DEUTSCHLANDRETTER | 04

AUFMACHEN | 05

PODCAST AFD NIEDERSACHSEN | 07

MOSKAUREISE | 08

KOMMUNALWAHLKAMPF | 10

EXKLUSIVINTERVIEW TINO CHRUPALLA | 11

KOLUMNE STEPHAN BOTHE | 14

WERDE
DEUTSCHLAND
 RETTER!



Alternative
 für
 Deutschland

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN



Liebe Leser,

das Jahr 2021 wird ein Superwahljahr auch für die AfD werden. Neben der Bundestagswahl und den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin finden in Niedersachsen auch Kommunalwahlen statt. Hier heißt es, neben dem Erreichen eines guten Wahlergebnisses, auch die gewonnenen Mandate möglichst vollständig mit Mandatsträgern besetzen zu können. Der Landesverband Niedersachsen hat sich daher zum Ziel gesetzt, noch stärker zu werden, noch mehr Menschen anzusprechen und sie für unsere Politik zu interessieren und dafür, bei uns Mitglied zu werden. Unterstützend hierfür haben wir verschiedene Kampagnen ins Leben gerufen, wie „Niedersachsen wieder aufmachen!“, die ein sofortiges Ende des wahnwitzigen Lockdowns fordert, oder auch unsere jüngste Mitglieder-Gewinnungskampagne „Werde Deutschlandretter“. Um als AfD in unserem schönen Niedersachsen wie auch in Berlin weiter erfolgreich als einzige Alternative zur etablierten Politik wirken zu können und sichtbar zu bleiben, bitte ich Sie alle um Ihre Unterstützung.

Jens Kestner

Landesvorsitzender AfD Niedersachsen

Bildungspolitik in der Afd Niedersachsen

Vermittlung von hervorragenden Kenntnissen, welches durch ein differenziertes und leistungsstarkes Bildungssystem gewährleistet wird, ist ein entscheidender Schlüssel zur Bewältigung der Probleme unseres Vaterlandes und zur Erziehung der Jugend zu mündigen Bürgern. Nur durch ein hohes Niveau der Schul- und Universitätsausbildung in Niedersachsen werden wir in der Lage sein, die Herausforderungen und Aufgaben der Zukunft zu meistern.



Leider müssen wir dagegen feststellen, dass die Universitäten und Schulen in Niedersachsen entgegen allen Beteuerungen des Kultusministeriums im zunehmenden Maße ihre Kernaufgaben, Bildung und Wissen zu vermitteln, nicht mehr erfüllen können. Sie sind zu einem Experimentierfeld und Spielwiese linker Ideologen und praxisferner Theoretiker geworden, so dass die eigentliche Aufgabe von Lehrern, die Erteilung eines niveaувollen Unterrichtes, mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden ist.

Inklusion, binnendifferenzierter Unterricht, G8 bzw. G9, Bachelor- und Masterabschlüsse, Kompetenzorientierung, Genderstudiengänge, Schreiben nach Gehör, steigende Analphabetenrate, Brennpunktschulen und das sog. Homeschooling etc. sind Kennzeichen, die zeigen, dass das niedersächsische Bildungssystem und Niveau immer mehr verfällt.

Die Afd ist auch hier die einzige Alternative, die einzige Partei, die eine grundlegende Restauration, d.h. die Wiederherstellung des weltweit anerkannten dreigliedrigen Schulsystems, die Wiedereinführung der Diplom- und Magisterstudiengänge und die Rückkehr zum Leistungsgedanken anstrebt.

Der Landesfachausschuss 06 – Bildung versucht diese Reform und Erneuerung des niedersächsischen Bildungssystems durch eine programmatische Weiterentwicklung und Fortentwicklung unserer Parteibeschlüsse zu unterstützen.

Hier können wir Ihnen erfreut mitteilen, dass nun das schulpolitische Programm durch unseren LFA fertiggestellt wurde und am 20.03.21 auf einem bildungspolitischen Kongress in den Räumen des niedersächsischen Landtages vorgestellt werden wird. Der LFA 6 Bildung würde sich über zahlreiche Teilnehmer freuen.

Mit freundlichen Grüßen,
Thorsten Althaus
Leiter LFA 06 – Bildung

Landesverbandes „Werde Deutschlandretter!“ soll patriotische Menschen, denen die Politik der Altparteien zuwider ist, ansprechen und Ihnen zeigen, dass die AfD ein Ort der Gemeinschaft ist. Beisitzerin im Landesvorstand, Marie-Therese Kaiser, zeigt gemeinsam mit fünf weiteren, engagierten Mitgliedern, dass die AfD keine Partei der alten weißen Männer ist, wie so oft in den Medien dargestellt. Marie-Therese, Mary Khan, Lisa Lehmann, Jessica Schuelke, Rabea Shahini und Bianca Wolter zeigen, wie schön Patriotismus und Einsatz für das Vaterland sein kann. Noch kein AfD-Mitglied?

Kampagne „Wir sind Deutschlandretter!“



„SCAN MICH“ und werde MITGLIED IN DER AfD!



Oder besuche uns auf:
www.afd-niedersachsen.de/mitwirken



#AUFMACHEN setzte der Landesvorstand im Januar ein klares Zeichen für die Bürger Niedersachsens: Die überzogenen Corona-Maßnahmen der Landesregierung müssen sofort ein Ende haben, damit der Mittelstand überleben kann! Der Zuspruch unserer Mitglieder war riesig und wir bedanken uns bei jedem einzelnen, der sich an der Kampagne beteiligt hat. Zusammen sind wir ein starker Landesverband, der deutliche Signale nach außen setzen kann.

Kampagne Niedersachsen wieder #AUFMACHEN!



DEN KAMPAGNENFLYER
gibt es hier zum Ausdrucken:

[www.afd-niedersachsen.de/
download/NDS-Aufmachen-
Flyer.pdf](http://www.afd-niedersachsen.de/download/NDS-Aufmachen-Flyer.pdf)

dem Verteilen von Flyern und Banner-Aktionen den Kampagnentag des Landesverbandes unterstützt. Wir danken allen Beteiligten für ihr vorbildliches Engagement. Die gute Resonanz aus der Bevölkerung ist der verdiente Lohn für diese konstruktive Zusammenarbeit. So macht man gemeinsam Politik für die Menschen und bringt damit auch unsere AfD in der Zustimmung voran.

Erfolgreicher Aktionstag „Niedersachsen wieder aufmachen!“



wir auch ein Podcast-Format. Es soll ein Sprachrohr für Mitglieder unserer Partei jeder Art sein. Ob Kommunalpolitiker, Bundestagsabgeordneter, Kreisvorsitzender oder sonst irgendwie immer im Einsatz: Das Format soll Zuhörern interessante und neue Einblicke in die unterschiedlichen Leben unserer Parteimitglieder geben. Beisitzerin im Landesvorstand, Rebecca Seidler, empfängt dabei jede Woche an unterschiedlichen Orten Interviewpartner und versucht echte Gespräche zu führen, anstatt einen Fragenkatalog ab zu arbeiten.



Politik und Alternative – Der Podcast der AfD Niedersachsen

ALLE FOLGEN UNTER:
www.afd-niedersachsen.de/afdnds-podcast/

SCAN MICH:
Hier geht's zu allen
PODCASTFOLGEN.



Alternative
für
Deutschland

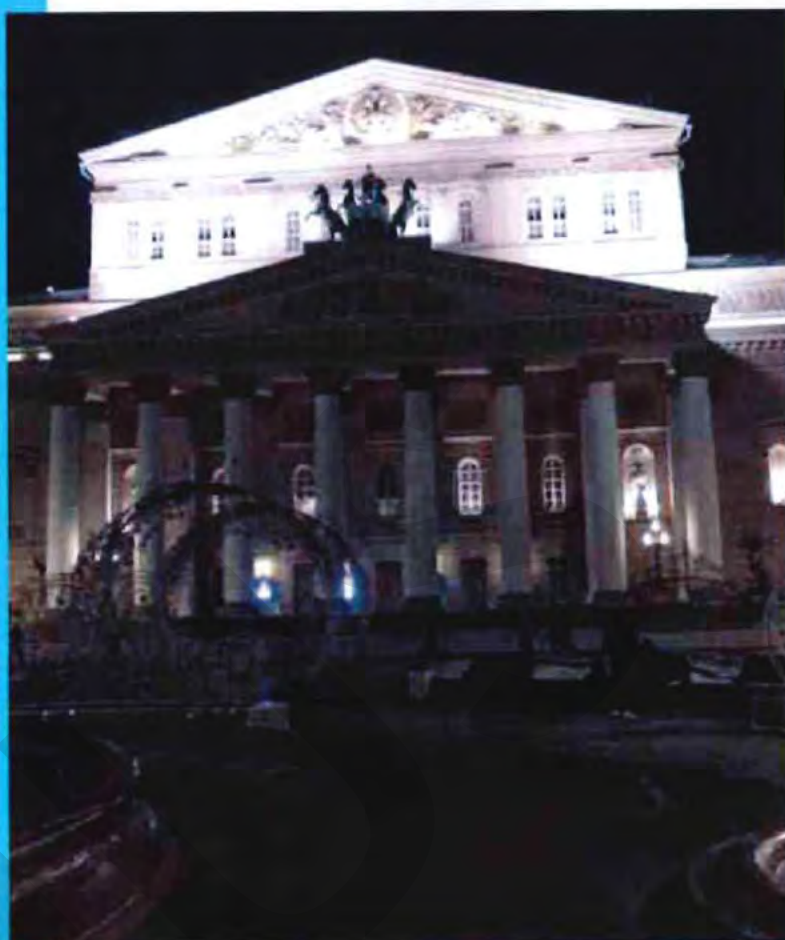
LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN



Moskautreise

AfD-Bundestagsfraktion, und allen voran ihres außenpolitischen Sprechers Armin-Paulus Hampel, war die Moskautreise inklusive Empfang beim russischen Außenminister Sergei Wiktorowitsch Lawrow Anfang Dezember 2020. Die russische Führung hatte erkannt, dass die AfD als größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag gleichzeitig die einzige ist, die den Sinn einer Außenpolitik, die diesen Namen auch verdient, verstanden hat und umsetzt. Aus diesem Grunde wurde nach diversen Vorgesprächen, in denen die Positionen der russischen Regierung und der AfD abgewogen wurden in Moskau entschieden, den Parteisprecher Tino Chrupalla und den außenpolitischen Sprecher der Fraktion, unseren Paul Hampel, mit allen Ehren nach Moskau einzuladen. Neben einem umfangreichen Programm in Moskau mit einer Kranzniederlegung am Grab des unbekanntes Soldaten, einem Besuch auf einem deutschen Soldatenfriedhof, diversen Gesprächen und Treffen, kam es dann zu dem Empfang beim russischen Außenminister.

Dieses Gespräch verlief äußerst angeregt und war für beide Seiten ein Gewinn. Für unsere Partei stellte der Empfang eine ganz klare Aufwertung auf dem internationalen Parkett dar, was ausschließlich der Beharrlichkeit und guten Kenntnis der russischen Akteure durch Paul Hampel zu verdanken ist. Die russische Seite konnte erfahren, dass die AfD



vollständig realitätsbewusst agiert und einen von gegenseitigem Respekt für die jeweils anderen Positionen und Interessen getragenen Dialog wünscht, der in einem fairen Ausgleich für beide Seiten mündet. Dies ist das direkte Gegenteil dessen, was unsere Bundesregierung praktiziert.

Moskautreise

mehr als drei Stunden ging man auseinander in dem festen Bestreben, diese bilateralen Gespräche zu verstetigen und zu vertiefen. Die russische Seite hat unsere Partei als einzig ernstzunehmenden Vertreter der beiderseitigen Interessen akzeptiert. Es wird voraussichtlich weitere Gespräche auf höchster Ebene geben, die sich allerdings allesamt noch in der Planungsphase befinden. Man kann ohne Übertreibung diese Reise als den Startschuss für eine eigenständige Außenpolitik der AfD werten, die hoffentlich bald in echte Staatspolitik umgewandelt werden kann, wenn nach dem Zusammenbruch der Nach-Merkel-Regierung eine Regierungsbildung ohne die AfD nicht mehr denkbar ist.

Um auf die „Außenpolitik“ in Sachen Russland der Merkel-Regierung zurückzukommen, die sich auszeichnet durch völlig nutzlose Sanktionen zu Lasten der deutschen Wirtschaft, ständige einseitige Vorverurteilungen der russischen Regierung -zuletzt im Fall Nawalny-, unverantwortliche Einflussnahmen in rein interne russische Angelegenheiten wie den Grenzstreit zwischen der Ukraine und Russland im Donbass, etc. Dies alles hat mit Außenpolitik nichts mehr zu tun. Als größten Dilettanten dabei muss man Heiko Maas bezeichnen, der durch seine lächerliche Verbohrtheit und sein unprofessionelles Auftreten schon längst jeden Respekt verspielt hat. Dieser „Minister“ würde vermutlich am liebsten, unter völliger



Verkennung der Realitäten und seiner Möglichkeiten, Nawalny in einem verplombten Einbahnwagen nach Sankt Petersburg schicken, auf dass dieser dort eine Revolution auslöse. Wie 1917 mit Lenin. Nur dass Nawalny leider nicht Lenin ist, Putin nicht Nikolaus II. und vor allem klein Heiko nicht der Kaiser. Dieser Mensch erkennt nicht einmal, dass nach dem deutsch-russischen Krieg 1941-1945 deutsche Politiker in Fragen von innerrussischen Grenzen besser besonders zurückhalten sein sollten.

Im Ergebnis können wir als Niedersachsen-AfD stolz auf unseren Paul Hampel und seine außergewöhnlichen Erfolge auf dem außenpolitischen Parkett sein. Man stelle sich nur vor, welche Stellung Deutschland in der Welt hätte mit ihm als Außenminister...

Kommunalwahlkampf

der AfD Niedersachsen,

viele von Ihnen fiebern dem Kommunalwahlkampf im Spätsommer dieses Jahres entgegen und wollen mit der Vorbereitung loslegen. Der Landesvorstand steht in der Pflicht, Sie hierbei zu unterstützen und das tun wir auch.

Als Leiter der Landesprogrammkommission ist es meine Aufgabe, sicherzustellen, dass wir rechtzeitig ein Kommunalwahlprogramm des Landesverbandes vorlegen können. Die Inhalte liefern unsere Landesfachausschüsse (LFA). Bereits im Sommer des vergangenen Jahres haben Arbeitsgruppen, an denen auch einige unserer Kommunalpolitiker teilgenommen haben, Themen gesammelt und erste Formulierungsentwürfe erstellt. Am 31.10.2020 traf sich dann die Landesprogrammkommission in Verden, wobei wir nicht nur die Leiter, sondern alle Angehörigen der LFAs eingeladen haben. Wir haben vereinbart, dass bis Ende des Jahres alle LFAs ihre Kapitel vorlegen, damit sie anschließend zusammengeführt und in das Gesamtprogramm integriert werden können.

Natürlich hatten auch unsere LFAs mit den Widrigkeiten der Corona-Politik der Altparteien zu leiden. Dennoch sind wir jetzt soweit: am 14.03.2021 erfolgt die Schlussberatung in der Landesprogrammkommission. Sie alle erhalten das Programm und können sich hieraus diejenigen Inhalte aussuchen, die Sie für Ihr eigenes Kreiswahlprogramm übernehmen wollen. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei den vielen Mitgliedern unseres Landesverbandes bedanken, die in unseren Landesfachausschüssen hervorragende Arbeit geleistet haben. Diese inhaltliche Arbeit aus der Basis unserer Partei heraus ist ein Markenzeichen unserer AfD, um das

uns viele in den Altparteien beneiden. Offiziell beschließen unsere Mitglieder das Kommunalwahlprogramm auf dem Landesparteitag 2021. Ich habe dem Landesvorstand vorgeschlagen, diesen Parteitag kurz vor der Wahl durchzuführen, um die Wirkung in den Medien zu maximieren.

Zusätzlich zum Programm bieten wir seit Anfang März auch Schulungen für unsere Kommunalwahlkandidaten an. Wir haben hierzu eine enge Kooperation mit einem Schulungsdienstleister vereinbart. Wir bieten Schulungen in drei Themenbereichen an:

Zweitägige kommunalpolitische Basisseminare mit Schwerpunkt auf dem bevorstehenden Kommunalwahlkampf.

Dozenten sind:

Uwe Wappler

(Institutionenkunde und Einführung in die Thematik)

Staatssekretär a.D. Michael Büge

(Wahlkampfstrategie, -planung und -umsetzung)

Dirk Oberle

(Wahlkampfkommunikation)

TAGESSEMINARE

- Pressearbeit, Pressemitteilungen
- Bösartige Interviews
- Diskussionsveranstaltungen, Schlagfertigkeit
- Verhalten am Wahlkampfstand

Sie für Ihren Wahlkampf nutzen können. Wir machen die Hülle, Sie füllen sie mit Ihren Inhalten:

Kreiswahlprogramme, Kandidatenprospekte, Flyer, Themen- und Kandidatenplakate. Ende März sind wir fertig, dann sind Sie dran. Viel Erfolg.

findet auch die Bundestagswahl statt. Ich habe unseren Landesverband in den Sitzungen der Bundesprogrammkommission vertreten. Mit unserem Bundestagswahlprogramm bleiben wir uns treu. Keine falschen Kompromisse, Mut zur Wahrheit.

Exklusives Interview für Niedersachsen-Kompakt mit AfD Bundessprecher Tino Chrupalla

Hr. Chrupalla, erwarten Sie auf dem BPT in Dresden innerparteiliche Kontroversen und Auseinandersetzungen?

Ich erwarte in unserem „gärtigen Haufen“ lebhaft, kontroverse und leidenschaftliche Diskussionen und Debatten. Damit diese Prozesse zu sinnvollen Ergebnissen führen, brauchen wir offene und freie Diskussionen, Debatten und Auseinandersetzungen. Meinungsverschiedenheiten sind das Lebenselixier unserer Partei und Demokratie!

Für mich ist ganz entscheidend: Die Unterschiede in unserer Alternative für Deutschland machen ihre Lebendigkeit aus. Um politisch wichtig und wirksam zu sein, brauchen wir die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Anregungen der sozialstaatlichen und marktwirtschaftlichen Orientierungen in der Partei. Ich will dafür sorgen und mithelfen, dass sich das alles zu dem großen langfristigen Ziel der Übernahme von Regierungsverantwortung unter einer AfD-Mehrheitsregierung unterordnet.





Wie wird sich die Partei besonders in sozial- und wirtschaftspolitischer Hinsicht aufstellen?

Die Grundlage unseres Konzeptes ist die Soziale Marktwirtschaft, also die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und marktwirtschaftlichen Prinzipien. Sie bilden die Grundlagen unseres Wohlstandes.

Wir müssen nach den verheerenden Folgen der rot-grünen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Geisterfahrt, den chaotischen und schädlichen Corona-Maßnahmen eine Art „Neues Wirtschaftswunder“ auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft schaffen!

Unser Konzept belohnt die Leistungsbereitschaft und das Engagement der Bürger. Wir

... für Leben lang gearbeitet haben, eine auskömmliche Rente garantieren.

Um es auf den Punkt zu bringen:

Wir stehen für Wohlstandsrenten statt Armutsrenten und wir stehen ein für den Ausgleich von Markt und Solidarität und Gerechtigkeit in unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die Bundes-AfD als Verdachtsfall eingestuft. Wie stellen Sie sich dazu?

Der Verfassungsschutz wird in diesem Wahljahr eindeutig instrumentalisiert. Dabei soll doch der Verfassungsschutz das Grundgesetz und nicht die Regierung schützen. Das ist eines demokratischen Rechtsstaats unwürdig.

Wir werden juristisch alle Mittel bis zum Bundesverfassungsgericht ausschöpfen. Außerdem gehen wir damit souverän und selbstbewusst um. Ich lade die Verfassungsschützer ein, mal ein paar Tage mit mir zu verbringen.

Und noch eine Anmerkung:

Ich frage Sie, wundern Sie sich nicht auch darüber, dass die Corona-Maßnahmen so völlig chaotisch und planlos ablaufen, die politische Instrumentalisierung aber planvoll und punktgenau im Wahljahr 2021 stattfindet?

Dazu passt ja der Spruch: Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Wie sehen Sie Behinderungen und Angriffe auf den Wahlkampf unserer Partei?

Die linksextreme Antifa plant nach Informationen des baden-württembergischen Innenministeriums Anschläge auf den AfD-Bundestagswahlkampf. Das berichtet die „WELT“ im Februar 2021. Demnach war der gewalttätige Angriff auf einen AfD-Stand im schwäbischen Schondorf erst der Anfang einer drohenden Serie von Gewalttaten gegen Mitglieder und Anhänger unserer Partei.

Wir jedenfalls werden ohne Furcht in diesen Wahlkampf gehen und uns von diesen Gewalttätern nicht einschüchtern lassen.

Im Gegenteil! Das bis heute von vielen politischen Persönlichkeiten – auch solchen in Regierungsämtern – goutierte kriminelle Handeln der gewaltbereiten Antifa ist uns Ansporn, die demokratischen Kräfte in unserem Land zu revitalisieren und Deutschland in eine bessere Zukunft zu führen. Deswegen hier an dieser Stelle mein Appell an Sie:

Lassen Sie uns zusammenstehen und zusammenhalten! Lassen Sie uns mit Mut und Zuversicht voranschreiten!



„Verfassungsschutz außer Kontrolle“

Der dienstbeflissene und den Altparteien untertänigst ergebene Thomas Haldenwang, Chef des sogenannten Bundesamtes für Verfassungsschutz, hat in der letzten Woche, entgegen den Auflagen des Verwaltungsgerichts Köln, die AfD bundesweit voreilig zum angeblich rechtsextremistischen „Verdachtsfall“ hochgestuft und wurde augenblicklich von den Kölner Richtern zurückgepiffen. Zu recht attestierten sie dem VS, mit dem Vorgehen der Behörde „werde in unvertretbarer Weise“ in die Chancengleichheit politischer Parteien eingegriffen.

Der so blamierte Haldenwang, dessen Behörde unter seiner Leitung zielgerichtet zu einem Oppositionsunterdrückungs-Apparat umgestaltet wurde, hatte es nicht für nötig gehalten, die Entscheidung über einen von der AfD hierzu eingereichten Eilantrag - wie mit dem Gericht vereinbart - abzuwarten. Beim VS macht man sich offenbar seine eigenen Gesetze und hierbei werden demokratische Grundwerte wie die Unschuldsvermutung genauso über Bord geworfen wie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Jeder, der auch nur sachlich und neutral auf die Zustände in Sachen illegale Migration, Ausländerkriminalität, staatlicher Kontrollverlust über Parallelgesellschaften und Großfamilien-Clans hinweist, findet sich umgehend in einem „Bericht“ wieder!

Was mit dem Ende der DDR ein für alle Mal überwunden schien, nämlich die Unterdrückung und Repression der politischen Opposition mit dem Ziel der Vernichtung bzw. Verhinderung derselben, erlebt zum hoffentlich baldigen Ende der Kanzlerschaft der SED-sozialisierten Merkel ein fatales Comeback.

Um die Stasi Überwachungsmethoden „legal“ einsetzen zu können, wurde vom VS ein 1000-seitiger Bericht zusammengelogen, der belegen soll, dass „hinreichend verdichtete, tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die AfD gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung



folgt“ - zu deutsch: Dass die AfD die Dreistigkeit besitzt, sich um parlamentarische Mandate zu bewerben, um der deutschlandfeindlichen Politik der Altparteien entgegenzutreten.

Von parlamentarischer Kontrolle durch das ebenfalls von den Altparteien dominierte Parlamentarische Kontrollgremium zu sprechen, die uns lieber heute als morgen verboten sähen, ist überdies kaum mehr als ein schlechter Witz. Wenigstens die mutigen Kölner Verwaltungsrichter geben zu der Hoffnung Anlass, dass das außer Kontrolle geratene und willkürlich zweckentfremdete Bundesamt für Verfassungsschutz früher oder später wieder seiner bestimmungsgemäßen Aufgabe nachgehen wird.

„Pünktlich zum Auftakt des Wahljahres 2021 hat das Bundesamt für angeblichen Verfassungsschutz (BfV) die von den Altparteien zur Ausschaltung politischer Konkurrenz erteilte Anweisung umgesetzt und die AfD zum herbei fantasierten „rechtsextremistischen“ Verdachtsfall eingestuft. Dies war auch absehbar, denn seit das Bundesamt für Verfassungsschutz unter seinem neuen Leiter Thomas Haldenwang faktisch von einem Politiker anstatt von einem neutralen Behördenchef geleitet wird, hat das Amt mit dem vorgeblichen Schutz der Verfassung nicht mehr viel zu tun.“

BOTHE WEITER:

„Die nicht vorhandene Seriosität der Behörde ist auch daran erkennbar, dass entgegen ihrer vor dem Kölner Verwaltungsgericht gemachten Zusage, sich vor der Entscheidung über die dort eingegangenen Eilanträge der AfD diesbezüglich nicht öffentlich zu einer Einstufung zu äußern, nun dennoch öffentlichkeitswirksam in allen Medien darüber berichtet wird.“

„Dass ein deutscher Inlandsgeheimdienst konkurrierende Parteien beobachtet, kennen wir bisher nur aus zwei totalitären Systemen in Deutschland aus dunkler Vergangenheit. Die AfD wird dies nicht aufhalten!“

MUS



Alternative
für
Deutschland

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

V.i.S.d.P. Alternative für Deutschland
Landesverband Niedersachsen | Jens Kestner
Am Brabrinke 14 | 30519 Hannover
Tel.: +49 511 84302100
E-Mail: lgs@afd-niedersachsen.de

Tel.: +49 511 84302100
E-Mail: lgs@afd-niedersachsen.de

+++ Niedersachsen: Pistorius will härtere Gangart +++

„Telegram ist der Brandbeschleuniger der Verschwörungsschwurbler, Coronaleugner und Staatsverdrossenen“ (Quelle: siehe unten).

Die AfD ist ihm natürlich auch ein Dorn im Auge. Unliebsame Kommunikationsmittel, Andersdenkende und politische Gegner ausschließen - DDR 2.0. Mit freundlicher Unterstützung der Mainstream-Medien.

<https://www.sueddeutsche.de/.../messengerdienst-telegram...>





SUEDDEUTSCHE.DE


Radikale Proteste: „Telegram ist der Brandbeschleuniger“

 456

230 Kommentare 54 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

Wir befinden uns auf dem besten Wege in eine meinungspolitische DDR 2.0. Denn ein neues Gesetz sieht die deutschlandweite Erstellung von Meldestellen in Unternehmen ab 50 Mitarbeitern und Behörden vor. Nicht nur verfassungsfeindliche Äußerungen sollen dort gemeldet werden, sondern auch Äußerungen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle.

Müssen wir nun mit Gesinnungs-Wärtern an jeder Ecke rechnen?

Quelle:

<https://pleiteticker.de/bundestag-beschliesst-aufbau-von.../>





Dirk Brandes


Für Niedersachsen im Bundestag





www.dirkbrandes.de

  3.706

1.015 Kommentare 1.292 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

486917184/search?q=diktatur&filters=eyJycF9jcmVhdGlvbi90aW1lOjAiOiJ7XCJuYW1lXCi6XCJjcmVhdGlvbi90aW1lXCIsXCJhcmdzXCi6XCJ7XFxcInN0YXJ0X3llyXJcXFwiOlxcXClyMDIzXFxclicXFwic3RhcncRfbW9udGhcXFwiOlxcXClyMDIzLTFcXFwiLFxcXCJlbnRfeWVhcixcXCi6XFxcilwMjNcXFwiLFxcXCJlbnRfbW9udGhcXFwiOlxcXClyMDIzLTFcXFxcilxcXFwic3RhcncRfZGF5XFxciljpcXFwiMjAyMy0xLTFcXFwiLFxcXCJlbnRfZGF5XFxciljpcXFwiMjAyMy0xMi0zMVxcXCJ9XCJ9In0%3D



Martin Sichert, MdB

7. Dezember 2023

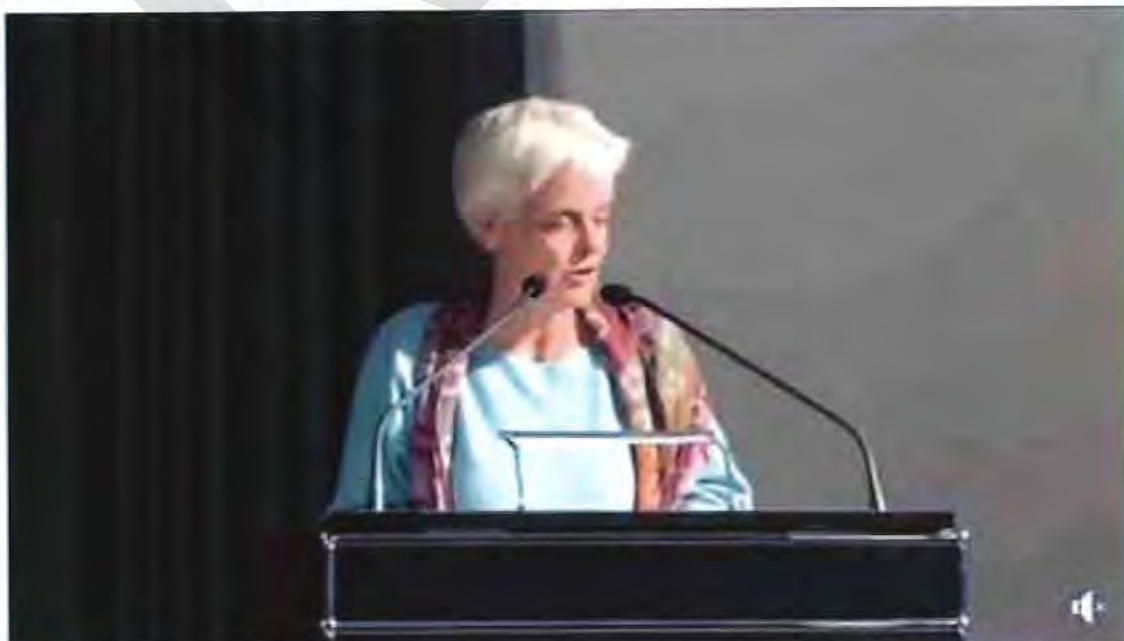
...

Man unterstellt den Grünen gerne, sie wüssten nicht, was sie tun.

Die Wahrheit ist: Sie wissen es, sie haben einen Plan und diesem folgen sie sehr erfolgreich.

Ihr Ziel ist nicht, die Umwelt oder das Klima zu "retten", das Ziel ist ein Übergang in eine Diktatur, so wie es die Grüne Ulrike Herrmann bei einer Konferenz zugibt. Diesem Ziel sind die Grünen, seit dem sie an der Macht sind, ein gutes Stückchen näher gekommen.

Was ihr zusammen mit uns machen könnt, ist, Mitbürger über die grünen Herrschaftspläne zu informieren. Teilt dieses Video mit Euren Freunden, zeigt ihnen, wofür Grüne wirklich stehen.



👍👎 545

115 Kommentare 435 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

🗨️ Kommentieren

🔄 Teilen

3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcllwifSl
slnJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpcIm
NyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3Rhc
RfeWVhclxcXCI6XFxcljwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb25
0aFxcXCI6XFxcljwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcl
cljpcXFwiMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcl
jwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjRcXFwiLFxcXCJyM
DI0LTETMVxcXCI6XFxclmVuZGF9kYXlclXFwiOlxcXClyMDI0LT
EyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D



Delia Klages

29. Januar 2024 · 🌐

Gratulation, Uwe Thrum!

Stolze 47,6% der Stimmen konnte mein Parteikollege Uwe Thrum in der Landratswahl erringen.

Leider konnte das Altparteien-Kartell einen weiteren AfD Landrat verhindern.

Kann die CDU also nur noch mit den Linken überleben?



👍 47

7 Kommentare 31 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

rteien&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpci
m15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3N
cljpcllwifSlsInJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5
hbWVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcInt
cXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxcljwMjRcXFwiLFxcXCJ
zdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjQtMVxcXCIsXFxclmV
uZF95ZWVyXFxcljpcXFwiMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb2
50aFxcXCI6XFxcljwMjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kY
XlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcX
FwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D



Martin Sichert, MdB

3. Februar 2024 · ✨



Wollt Ihr ein Beispiel dafür haben, wie Regierung, Kartellparteien und ihre Vorfeld-Organisationen zusammenarbeiten, um eine Geschichte durchzusetzen?

Es ist ganz einfach. Schaut Euch dieses kurze Video dazu an.

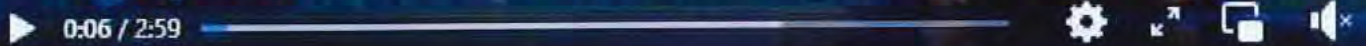


SICHERT DEUTSCHLAND

20.1.2024

**WIE MEDIEN UND
PARTEIENKARTELL
ZUSAMMENARBEITEN**

tagesschau



994

260 Kommentare 609 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

jpclm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixc
ImFyZ3NcljpcllwifSlsInJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU
6MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbWVcl
ixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcnRfeWVhclxcXCI6XF
xcljIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XF
xcljIwMjQtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWYyXFxcljpcXF
wiMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljI
wMjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOixcX
ClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcXFwiOixc
XClyMDI0LTEyLTMxXFxcln1cIn0ifQ%3D%3D

👤 📺 📄 👤 ...

 **Martin Sichert, MdB** •
14. Februar 2024 • 🔒

DIE DIKTATUR BEGINNT JETZT

Anders kann man diesen Post der Bundesinnenministerrin Nancy „Antifa“ Faeser nicht interpretieren. Sie wird dafür zuständig sein, wer ein Rechtsextremist ist und wann der Staat verhöhnt wurde. Das wird praktisch alle Nicht-Linksextremisten umfassen.

In ihrem Umfeld werden Menschen, die nicht geimpft sind oder an zwei an statt 170 Geschlechter glauben, als rechtsextrem bezeichnet. Faesers Behörde kann nun wirklich jeden willkürlichen Vorwand nehmen, um Menschen zu überwachen und zu diskriminieren. Unser Rechtsstaat wird in aller Öffentlichkeit demontiert. Ein antidemokratisches, dystopisches Szenario, das nur Ihr mit Eurer Stimme verhindern könnt.

Quelle: <https://x.com/nancyfaeser/status/1757388693805977858>

WIRD JETZT SATIRE VERBOTEN?

SICHERTDEUTSCHLAND

 **Nancy Faeser** •
@NancyFaeser **Folgen**

Wir wollen bei Rechtsextremisten jeden Stein umdrehen. Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen!

Diese Person will bestimmen, wer ein Rechtsextremist ist und was eine Verhöhnung des Staates darstellt!

DIE DIKTATUR BEGINNT JETZT!

5X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3
NcljpcllwifSlslInJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intc
Im5hbWVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3N
cljpcIntcXFwic3Rhc nRfeWVhclxcXCI6XFxcljwMjRcXF
wiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjQtMVxc
XCIsXFxclmVuZF95ZWYyXFxcljpcXFwiMjAyNFxcXCIs
XFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjQtMTJcXFwiLF
xcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEtMVxcXC
IsXFxclmVuZF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXFx
cln1cln0ifQ%3D%3D



Jörn König, MdB

2. März 2024

+++ Regierungsschutz braucht private "Hilfe" +++

Die als „Verfassungsschutz“ getarnte weisungsgebundene Behörde Regierungsschutz braucht private Hilfe. Private Träger, Meldestellen und linke Medien übernehmen, natürlich trotzdem steuerfinanziert, bestimmte Teile der Strafverfolgung. Außerdem können jetzt ja auch nicht strafbare Äußerungen als Delegitimierung des Staates verfolgt werden. Es ist alles nur noch ein riesiger Sumpf zur Machterhaltung. Auch dieser „zweite öffentliche Dienst“ wird die Realität nicht aufhalten können. Die DDR hatte am Ende 190.000 inoffizielle Stasi-Mitarbeiter und 2 Millionen SED-Mitglieder bei 17 Millionen Einwohnern. Es hat nichts geholfen, die DDR ist Geschichte.

<https://apollo-news.net/der-schatten-verfassungsschutz/>



„Verfassungsschutz“ mit dubiosen Schatten

Stasi privat: Meldestellen und linke Medien

Private Träger und Meldestellen übernehmen Teile der Strafverfolgung gegen „Hetze im Netz“. Damit wird ein rechtsfreies System geschaffen, gegen das sich Betroffene nicht wehren können.

 **Alternative für Deutschland**
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Jörn König

536

47 Kommentare 98 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

Im15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclm
FyZ3NcljpcllwifSlslInJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU6M
Cl6Intclm5hbWVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbWVclixcl
mFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxclj
wMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxclj
wMjQtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWVycXFxcljpcXFwiMj
AyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMj
QtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcXClyM
DI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcXFwiOlxcXClyM
DI0LTEyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D



Martin Sichert, MdB

10. März 2024

...

Karl Lauterbach hat mitbekommen, dass die AfD auf TikTok erfolgreicher ist, als alle Altparteien zusammen. Jetzt will er sogar persönlich etwas dagegen unternehmen!

Im Ernst: Allein mein TikTok-Konto hat mehr als doppelt so viele "Likes" wie alle 500 Bundestagsabgeordnete von Grünen, SPD und Union zusammen.

Was uns erfolgreich macht ist Ehrlichkeit, Direktheit und Authentizität. Genau das dürfen sich die Kartell-Politiker nicht erlauben, denn was sie wollen ist Bevormundung, Freiheitseinschränkung und links-bunte Ideologie.

Der blaue Tsunami lässt sich nicht mehr aufhalten.

Quelle: https://www.t-online.de/_/karl-lauterbach-geht-auf...

Falls Ihr mir noch nicht auf TikTok folgt, hier ist der Link
<https://www.tiktok.com/@sichertdeutschland>

**„Ich werde jetzt sogar anfangen, TikTok zu nutzen.
Ich werde versuchen, dort auch ein gutes
Gegengewicht zur AfD bilden.“**



1.901

181 Kommentare 238 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

ilters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpcIm15X2dy
b3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifS
lsInJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpcI
mNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3Rhc
nRfeWVhclxcXCI6XFxcIjIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb2
50aFxcXCI6XFxcIjIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcIj
cljpcXFwiMjAyNFxcXCI6XFxcIjIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcIj
IwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcIjIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcIj
I0LTEtMVxcXCI6XFxcIjIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcIjIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcIj
yLTMxXFxcIn1cln0ifQ%3D%3D



Martin Sichert, MdB

12. März 2024 · 🌐



Heute veröffentlichte die Tagesschau einen Hetz-Artikel gegen die Mitarbeiter der AfD im Bundestag und versucht so, sie dem linken, gewalttätigen Mob zum Fraß vorzuwerfen. Die ARD spielt dabei die Rolle des Propaganda-Kanals einer Diktatur: Es ist nicht das erste Mal, dass sie scharf gegen Regierungskritiker vorgeht.

SICHERT DEUTSCHLAND



👍👎 1.699

150 Kommentare 961 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

5X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3Nclj
pcllwifSlsInJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hb
WVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntcX
Fwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxcljIwMjRcXFwiLFxcXCJzd
GFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlclX
F95ZWYyXFxcljpcXFwiMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlclX
FxcXCI6XFxcljIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlclX
FwiOlxclXCI6XFxcljIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlclX
FwiOlxclXCI6XFxcljIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlclX



Stefan Marzischewski-Drewes
16. März · 🌐

...

Keine DDR 2.0. Meinungsfreiheit für alle! Es kann mittlerweile jeden von uns treffen! 🇩🇪
#Schlumpf #Schlumpfe #Schule #Freiheit #AfD #Gifhorn #Marzischewski #MV #Miriam

Meinungsfreiheit in Deutschland?

Meinungsfreiheit in Deutschland?



Freiheit für Schlümpfe!

015904267383 afd-kreisgf@gmx.de

Deutschland.
Aber normal.



AfD Fraktion Gifhorn

👍❤️👏 64

35 Kommentare 13 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

📧 Senden

🔗 Teilen



Langjähriger Stern-Chef-Redakteur
Hans-Ulrich Jörges:

Verfassungsschutz:

„Haldenwang stellt sich selbst in die Tradition der Gestapo!“

Haldenwang will jetzt Meinungen, die nicht strafbar sind, mit Hilfe des Verfassungsschutzes verfolgen. Verfolgt wird also auch, was legal ist!



Alternative für Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Jörn König

Jörn König, MdB
7. April 2024 ·
++ Faeser und Haldenwang b
Diktatur ++

Die Bundesinnenministerin N
Chef des weisungsgebunden
„Verfassungsschutzes“ halten
Rechtsstaat. Sie wollen jetzt a
verfolgen, die völlig legal sind
„Die äußersten Grenzen zieht
im Hinblick auf strafbare Prop
Volksverhetzung. Jedoch auc
strafrechtlichen Grenzen und
Legalität können Meinungs
verfassungsschutzrechtlich v
Es ist ein beispielloser Angriff
Meinungsfreiheit Innenminis
(SPD) und ihr Geheimdienst
Haldenwang (CDU) wollen kö
verfolgen, der den Staat kriti
„Gefährdungspotenzial“ besi
Damit wird schon Gedanken
eingeschränkt – Meinungs-
Handlungsfreiheit sowieso.
Wer dem Innenministerium h
könnte sein Bankkonto verli
Ausland reisen dürfen, seiner

#WehretDenAnfängen und #
<https://www.nius.de/.../5da...>
bd2b-64559091f5fb Wenige

725



Relevanteste ▾



Wolf Schiller
Irgendwie kann ich mir
Haldenwang auch gut als

Kommen Sie ...



in/

posts/pfbid0UeYysr1ArHa3Embj1Qr4zjnqxnv6p
MGkNkzzCukSTE2wzMtaojF1Bsbgiuky5V6LI

Martin Sichert, MdBs Beitrag



Martin Sichert, MdB

7. April · 🌐

Beamte müssen immun sein gegen politische Erpressungen, deswegen konnten sie auch nicht gefeuert werden - bis vor Kurzem.
In ihrem "K(r)ampf gegen Rechts" hat Innenministerin Faeser dieses Stück politischer Neutralität beseitigt, so dass Beamte nun auch politisch-indoktrinierte Anweisungen ausführen müssen, sollten sie noch ihren Job behalten wollen. Rein "zufällig" sind nun einige hundert(!) Polizeibeamte unter Rechtsextremismusverdacht gekommen. Manche sollen sogar "Verschwörungstheoretiker" sein. Machen wir uns nichts vor: diese Beamten sind einfach nicht links(radikal) genug und das wird ihnen nun zum Verhängnis.

Faeser betreibt in feinsten sozialistischer Manier eine politische Säuberung der Polizei, das Ziel: DDR 2.0

Quelle: <https://www.tagesschau.de/.../polizisten...>

SICHERTDEUTSCHLAND

Politische Säuberung der Polizei im Gange!

**Nancy Faeser hebt die Neutralität der
Polizei auf. Gleichzeitig werden politisch
unbequeme Beamte identifiziert, damit
sie fallen gelassen und durch politisch
willfähige, neue Beamte ersetzt werden.**

👍❤️ 3.143

861 Kommentare 1.878 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

📧 Senden

🔗 Teilen

dr&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intcm5nbWVcljpc
clm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixcl
mFyZ3NcljpcclwifSJ9



Martin Sichert, MdB

18. April · 🌐

...

Die AfD-Fraktion in Sachsen hat von der Regierung herausbekommen, dass es zwei Treffen im März zwischen der ARD (vertreten durch den MDR) und dem Verfassungsschutz gegeben hat.

Ohne die AfD wären die Geheimgespräche niemals ans Licht gekommen. Die Tatsache, dass diese Termine geheim waren, lässt nichts Gutes für die Demokratie in Sachsen vermuten. Da beide Institutionen davon leben, über die AfD zu berichten bzw. sie geheimdienstlich zu beobachten, ist davon auszugehen, dass der VS Informationen zwecks medialer Angriffe weitergegeben hat.

Die Sachsen können sich ganz gut an genau die gleiche politische Koordination in der DDR erinnern, und werden sie bei der nächsten Wahl in wenigen Monaten mit der AfD in der Regierungsverantwortung beenden.

Quelle: <https://www.freilich-magazin.com/.../sachsen...>



👍👎 1.962

157 Kommentare 1.199 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

📧 Senden

🔄 Teilen



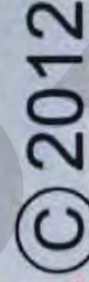
Nach dem „Z“ nun auch „C“ verboten!



Eine Frau in Chemnitz sagt: „Mir wird vorgeworfen, dass mein T-Shirt gegen die Verfassung verstößt“ und zeigt dabei auf den Schriftzug. Das „C“ auf dem roten Hintergrund (das Logo von „Compact“), sei laut den Beamten „verfassungsfeindlich“.

Aktueller Rechts-Tipp

Schaut mal bitte Eure CDs durch, ob da welche von Compact dabei sind.



Wenn auch noch das unerlaubte C drauf ist, sofort Polizei rufen (Bademantel bereit halten).



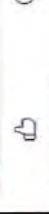
Jörg König, MdB
24. Juli 2024 · 🌐

Nach dem "Z" nun auch

Bitte ans_hnallen und fertig
Wir müssen uns ja an die Ge
ist ja schon seit Anfang 202
das "C". Gott sei Dank sind
Die Selbstläute A, O, E, I, U,
erlaubt. Das kann kein _ufall
einfä_her, kur_erhand dem V
ab_us_hneiden. Dann verste
anderen. Vermudi_h wird m
weil die Regierung Vers_hw
gemeinen Geheimspra_he u
kot_en.

[https://reitschuster.de/.../v.../buchstabe-auf.../ Weniger z](https://reitschuster.de/.../v.../buchstabe-auf.../)

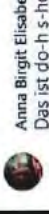
599



Relevanteste

Andreas Tesch
Dann muss dringen
verboten werden ...
Faeser!

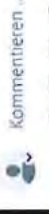
49 Wo. Gefällt mir
Alle 7 Antworten an



Anna Birgit-Elisabeth
Das ist do-h s-hon r
no-h lä-herli-h

Brill
Andreas Bredthaue
Andr... Mehr anzeig

50 Gefällt
Wo. mir
Alle 5 Antworten ansehen



Kommentieren ...

m15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3N
cljpcllwifSlsInJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5
hbWVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcInt
cXFwic3RhcHRfeWVhclxcXCI6XFxcljwMjRcXFwiLFxcXCJ
zdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjRcXFwiLFxcXCJ
uZF95ZWVycXcljpcXFwiMjRcXFwiLFxcXCJscXclmVuZF9tb2
50aFxcXCI6XFxcljwMjRcXFwiLFxcXCJscXclmVuZF9kYXlcX
XlcXFwiOlxXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcX
FwiOlxXClyMDI0LTEtMTxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D



Martin Sichert, MdB

27. September 2024 · 🌐



KARTELLPARTEIEN MISSACHTEN WÄHLERWILLEN IN THÜRINGEN

Was sich gestern im Thüringer Landtag ereignete, ist absolut einzigartig: In der konstituierenden Sitzung, die vom Alterspräsidenten geführt wurde, sollte als Erstes ein Landtagspräsident oder eine -präsidentin gewählt werden. Dies war schon immer der gewöhnliche Ablauf. Doch weil die AfD stärkste Kraft ist, weigerten sich die anderen Parteien (CDU, Linke, SPD, BSW), dass überhaupt ein Vorschlag von der AfD gemacht werden durfte. Es wurde ständig unterbrochen und nach einem Geschäftsordnungsantrag geschrien, um die Tagesordnung der Sitzung zu ändern.

Es endete damit, dass die Sitzung auf morgen, den 28.09.2024, verschoben werden musste und das Verfassungsgericht in Thüringen die Rechtmäßigkeit prüfen wird. Die sogenannten selbsternannten Demokraten entlarven sich mal wieder als Demokratie-Verächter!

<https://reitschuster.de/.../jetzt-fuer-sie-dechiffriert.../>

Irre Szenen in Thüringen!

Alterspräsident
Jürgen Treutler (AfD):

atmet



SPD, CDU, Linke, BSW:

**Das ist
Machtergreifung!**



SICHERTDEUTSCHLAND



AfD Oldenburg Land und 1.746 weitere Personen

373 Kommentare · 504 Mal geteilt



Gefällt mir



Kommentieren



Tellen

ers=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpcIm15X2dyb

3Vwc19hbmRfcGFncG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifS

U9



Martin Sichert, MdB

1. Oktober · ⚙️



Wird die AfD VERBOTEN?!

Eins ist ganz klar: Sollten wir, die AfD, eine demokratisch gewählte, nach dem Grundgesetz handelnde Partei verboten werden, stehen Deutschland düstere Zeiten bevor. Denn das Verbot einer demokratisch gewählten Partei ist entgegen dem Willen des Volkes und damit der Beginn einer Diktatur. Dass die Leitparteien SPD, CDU/CSU, Grünen und Linken das Bundesverfassungsgericht allen ernstes auffordern, die AfD als verfassungswidrig einzustufen und damit zu verbieten, ist auf der einen Seite der absolute Beweis dafür, dass wir eine der stärksten politischen Kräfte geworden sind und den anderen Parteien auch in Zukunft viele Mandate wegnehmen werden. Auf der anderen ist es natürlich die Spitze aller Maßlosigkeit. Wenn sich jene Parteien im Nachgang noch weiterhin als "demokratisch" bezeichnen, dann haben wir ganz klar eine DDR 2.0.



👍 AfD Wolfsburg und 2.644 weitere Personen

371 Kommentare 1.001 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

📧 Senden

➦ Teilen



Alle Tagesordnungspunkte abgesetzt, außer vereinbarte Debatten und aktuelle Stunden

Ampel+Union verweigern die Arbeit!

Nach dem Ampelausfall haben alle alten Parteien Angst, dass Anträge und Gesetze mit den Stimmen der AfD verabschiedet werden. Daher keine Abstimmungen! Das Kartell hat Angst vor der Demokratie!



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Jörn König



Jörn König, MdB
9. November 2024 ·
++ Die Ampelunion hat Angst vor der Demokratie! ++

Am Tag nach dem Ampel-Ausfall haben alle alten Parteien durch die eigene Angst die Stimmen von CDU/CSU/Mehrheit erlangen könnten ihre Gesetzentwürfe mit den anderen Parteien nicht durchsetzen werden. Parteitakt so kennen wir das Kartell.

485



Relevanteste



Richard Maier
Wer Merz -CDU-CSU nichts begriffen was läuft.Niemals darf G jetzt wieder mit in d kommen.Das wäre c ins Gesicht gegen u Deutschland,wer da dem ist sozial- u.wir ... Mehr anzeigen

34 · Wie · Gefällt mir



Martin Diener
Die CDU hat kein In Deutschland wieder richtigen Weg zu bringen genauso weitergehen Mit Grün kann eh nicht werden....ausser noch ich hoffe das Volk w auf ...

34 · Gefällt

Antworten

51 · Bearbeitet



Kommentieren ...



Sitzungswoche abgesagt im Deutschen Bundestag

Arbeitsver- weigerung von CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP!

Das Kartell hat einfach mal eine Sitzungs-
woche abgesagt. Sie verweigern demo-
kratische Abstimmungen, weil sie vorab nicht
mehr die Ergebnisse auskugeln können.



Jörn König

Jörn König, MdB
25. November 2023
++ Diese Woche wäre S++

Wegen drohender Zufa
AFD haben die Kartellpa
Grüne und FDP die Kart
abgesagt. Es wäre die .H
gewesen, in der Bun
beschlossen werden soll
Pflichtaufgabe können d
abarbeiten. Ganz vorn m
Größe" Meitz will nur no
Absprache mit der Reste
Grüne beschließen. Frie
zur Neuwahl nur noch A
Tagesordnung gesetzt w
vorab mit SPD und Grün
„Zufallsmehrheiten“ mit
jeden Preis verhindern. D
SPD, Grüne und FDP der
ausfallen zu lassen. Dam
Fraktionsrecht, dass ma
Tagesordnungspunkt oh
anderer Fraktionen betra
ausgehebelte. Der Bunde
abgeschaltet wie ein last
Laubbäuser. In den beide
Sitzungswochen wurden
der Tagesordnungspunk
so! Und wer sich nicht v
vertreten fühlt, hat eben
im Zweifelsfall das Etik
selbst ernannt. „Democ
Demokratie. Kann man s

[https://apollo-news.net/...
einmal.../](https://apollo-news.net/...)

[https://apollo-news.net/...
vertrauensfrage-union.](https://apollo-news.net/...)

528

Relevanteste

Kommentieren ...

cim15XZayD3VWC19NDMKTCGFPZANTCG9ZAMNCIIXCI
mFyZ3NcljpcllwifSIsInJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU
6MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVcl
ixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XF
xcljwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XF
xcljwMjRtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWYyXFxcljpcXF
wiMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxclj
wMjRtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcX
ClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcXFwiOlxc
XClyMDI0LTEyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D



 **Jörn König, MdB**
11. Dezember 2024 · 🌐

Alle gegen die AfD – weil sie sonst zu schwach sind

In Thüringen deutet sich eine Zusammenarbeit der CDU und der Linken an. Gab es da nicht mal einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Für die Macht ist alles egal. Nachdem die Christdemokraten eine schriftliche Vereinbarung zunächst abgelehnt hatten, schlug Mario Voigt am Dienstag ein „3-plus-1-Format“ vor, in dem die Linke mit der Koalition und gegen die AfD stimmen soll.

Es ist ein bisschen wie in der die Nationale Front gegen die AfD. War doch zu erwarten, fast wie in der DDR, allerdings gab es da keine Alternative. Aber die Nationale Front will diese ja auch deshalb verbieten....

Also können wir genüsslich der CDU bei ihrem Niedergang zusehen. Sie legt sich mit beiden Kommunisten-Parteien ins Bett. Für die Macht ist alles egal.

Warum eigentlich nicht gleich ein Einigungsparteitag aller vier Parteien (CDU, BSW, SPD und Linke) zur SED2.0?

Noch eins wird deutlich: BSW gehört mit zum Kartell. Das sollte bei der Bundestagswahl vom Wähler mit Ignoranz honoriert werden. Wer BSW wählt, wählt rot grün und schwarz und damit eben doch den Krieg.

AfD wählen am 23.02.2025!

<https://apollo-news.net/nach-vierer-gesprachen-koalition.../>

<https://apollo-news.net/vier-parteien-gegen-die-afd.../>

Thüringen: Blockpartei CDU arbeitet wieder mit der SED zusammen

Alle Parteien arbeiten gegen die AfD zusammen!

Die DDR ist wieder da:
Eine Nationale Front aus CDU, BSW, SPD und Linke wählt Mett-Mario zum Ministerpräsidenten.



Wählt die Kandidaten der Nationalen Front!

Jörn König

👍❤️ 1.057

208 Kommentare 259 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen



Jörg König

Die DDR ist wieder da. (Fast) alle Parteien im Parlament in einem Block.

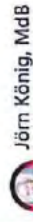
Thüringen: Blockpartei CDU regiert mit SED, Stasi und Antifa!

Mett-Mario mit Plagiate-Zertifikat zum Ministerpräsidenten gewählt.



Alternative für Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Jörg König, MdB

12. Dezember 2024 · 🌐

++ Eine ganze Menge SED, Stasi und Antifa im Parlament in der „CDU-Regieru

Heute wurde Mario Voigt zum Ministerpräsidenten gewählt. Wähler zum Ministerpräsidenten Björn Höcke: „Zwei linke Koalitionen, ein linker Konsultationspartner, eine linke Koalition, sondern Brombeerkoalition, sondern mit einem schwarzen, fallen die Bürger nun erneut eine linke Thüringer Himbeerkoalition zum Ministerpräsidenten sind die Wählerwillen“, sagte der AfD Fraktionsvorsitzende. Voigt komme das Land, dann die Person, „auf den Kopf gestellt die AfD-Fraktion heute „selbst geschlossen gegen Voigt geschlossen. Die CDU legt sich mit überzeu Leuten und Antifanten ins Bett für Konservative nicht mehr v Löwenthal rotiert im Grab. B Werner, Karola Stange, Andre den Linken waren bei der SED der Stasi dabei. Tilo Kummer bei der Stasi. Die allgegenwärtig König-Preuss und Christian S überzeugte Antifanten. Viel S die Macht ist ja alles egal!

<https://www.nitius.de/.../57a...aad5-b679bc652c05> Wenig

926



Relevanteste ▾

Kommentieren ...



b3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3Ncljpcllwif
SlsInJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpc
ImNyZWFOaW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3Rh
cnRfeWVhclxcXCI6XFxcljwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb
250aFxcXCI6XFxcljwMjRtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWfyX
FxljpcXFwiMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XF
xcljwMjRtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcXCI
yMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcXFwiOlxcXCIyMDI
0LTEyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D



Martin Sichert, MdB

15. Dezember 2024

Während ein Kartell aus SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP den Bundestag nahezu lahmlegt, um wichtige Gesetze nicht mit Hilfe der AfD beschließen zu müssen, zeigen wir Bürgernähe! 🇩🇪

Diese Woche war eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis in Niedersachsen zu Besuch in Berlin. Die Teilnehmer konnten sich bei einer Visite in Habecks „Anti-Wirtschaftsministerium“ und im Bundestag aus erster Hand über die dortige Arbeit informieren – oder besser gesagt, über die dortige desaströse Arbeitsverweigerung.

Weiter geht's bereits im Januar! Vom 26. bis 29.1.2025 findet eine weitere Berlin-Fahrt ab Wilhelmshaven statt. Es gibt noch Restplätze! Interesse? Infos und Anmeldung unter martin.sichert.wk@bundestag.de



227

9 Kommentare 23 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen



Martin Sichert, Mid
12. März · 🌐

LÜGENBARON SCH LÜGENBARONI!

Karl Lauterbach verteidigt Schuldenvorgehen. Das Polit-Kartell der Altpar Demokratie und Wählerwill gegenseitig nach oben.

Das werden wir nicht hinnehmen! tatenlos dabei zusehen!

Quelle Video: Markus Lanz

Weniger anzeigen

👍 Gefällt mir

🗨️ Kommentare

Eberhard Roth
ich frage mich, wie Medikamente oder anderes Zeug sich täglich einwirft. Andernfalls kann man ein sinnloses Gesab geben.

16 Wo. Gefällt mir

Alle 52 Antworten

Ursula Zeitler

Wann werden die e Rechenschaft gezo

Wir wenn 10 Euro S bezahlen oder die

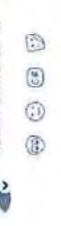
dann sind wir dran. Danke nochmal an

CSU Wähler.

Wi... Mehr anzeigen

16 Wo. Gefällt mir 341

Kommentieren ...



SICHERTDEUTSCHLAND

SlsInJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpc
 ImNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntcXfwic3Rh
 cnRfeWVhclxcXCI6XFxcIjIwMjVcXFcwLmVucXZlMjUyZDZl
 250aFxcXCI6XFxcIjIwMjVcXFcwLmVucXZlMjUyZDZl
 FxcIjIwMjVcXFcwLmVucXZlMjUyZDZlMjUyZDZlMjUyZDZl
 xcljIwMjUyZDZlMjUyZDZlMjUyZDZlMjUyZDZlMjUyZDZl
 yMDI1LTEtMVxcXCI6XFxcIjIwMjVcXFcwLmVucXZlMjUyZDZl
 1LTEyLTMxXFxcIjIwMjVcXFcwLmVucXZlMjUyZDZlMjUyZDZl



 **Martin Sichert, MdB** · 2. April · 🌐

OHNE AfD NUR GRÜNER EINHEITSBREI!

In Deutschland definieren sich CDU, CSU, SPD, Grüne, Linke, BSW und FDP immer als „bunt“, „vielfältig“ und „demokratisch“.

Fakt ist jedoch, dass genau diese Parteien einen Kartellparteienblock bilden: Links-Grün, in Bund und Land stets in unterschiedlichen Koalitionen an der Macht: CDU/CSU/SPD, CDU/Grüne, SPD/Grüne/Linke, CDU/BSW/SPD, SPD/Linke, SPD/Grüne, CDU/SPD/FDP, SPD/Grüne/FDP, SPD/BSW.

Ergebnis: Schuldenorgien, Migrationsirrsinn, Klimawahn, Coronawillkür, Gender-Gaga, Bevormundung, Überwachung, EU-Totalitarismus, marode Infrastruktur, malade Sicherheitslage, Bildungsnotstand, Altersarmut, Kriegstreiberei.

Die AfD ist die einzige Alternative zu diesem Kartell. Ohne AfD würde Deutschland praktisch aufhören, eine Demokratie zu sein, weil man keine Wahl mehr hat.

In der Grafik seht Ihr, wie sich die jüngste Umfrage tatsächlich darstellt.



👤 AfD Wolfsburg und 1.165 weitere Personen · 62 Kommentare · 332 Mal geteilt

👍 Gefällt mir · 💬 Kommentieren · ➦ Teilen



WER SICH SO INS AMT MOGELT,



**VERDIENT KEINEN APPLAUS,
SONDERN RAUSSCHMISS!**

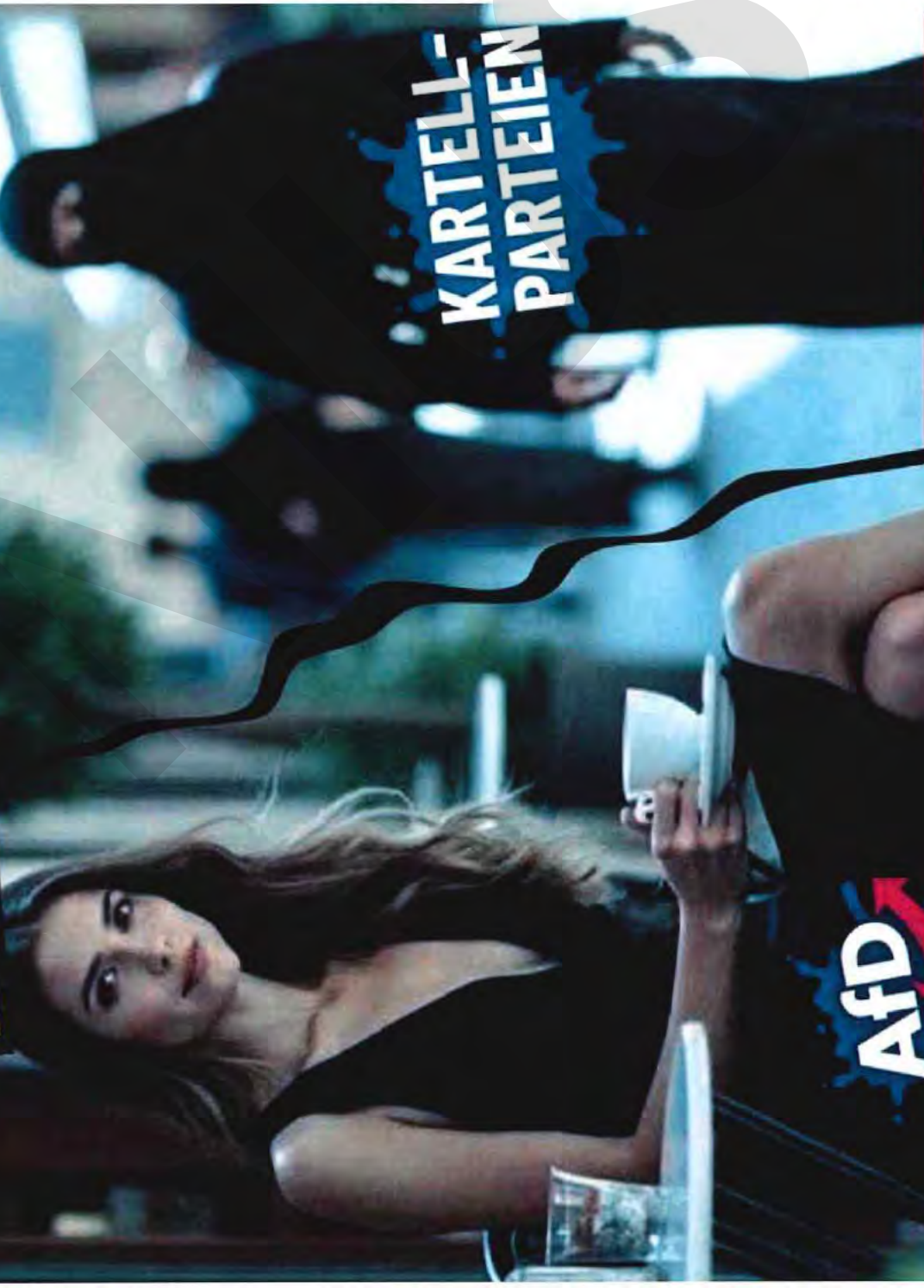
DIE LINKE.

SICHERTDEUTSCHLAND



- Martin Sichert, Md** 17. Mai ·
Merz: Kanzler der Linken u Welt, nicht des deutschen
Der 2. Wahl-Kanzler und se werden Deutschland nicht fahren, als es die Ampel ge Die Figuren sind ausgetaus gleich.
Statt faulen Kompromissen sollte die Union ihre Brand einreißen!
9,509
- Relevanteste
- Conny Rüdich**
Weg mit ihm
7 Wb. · Gefällt mir
Alle 14 Antworten a
- Dietmar Fuhrmann**
Dieser Baron von M eine Witzfigur von
7 Wb. · Gefällt mir
Antwort ansehen
- Ilka Springfeld**
Nur noch AfD
7 Wb. · Gefällt mir
Alle 19 Antworten a
- Yücel Gündogan**
Es ist eine Schande diesem Land abläut-Dienetzen Tage der abgewählten Regierung noch en einen rausziehen. Nimm
Kommentieren ...

WELCHER WEG, DEUTSCHE FRAU?



SICHERT DEUTSCHLAND

martinsichert • Folgen

Freiheit statt Verschleierung!

Während CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke weiter Migration fördern und islamistische Ideologien die AfD für Klartext: Keine Vollverschleierung im öffentlichen Raum, sondern konsequente Abschiebung von Gefährdern und Frauenfeindliche Unterdrückungssysteme; für sich Selbstbestimmung und unsere freiheitliche Lebenspolitik, die unser Land und unsere Frauen schützt!

ingelorevath 23 Min. · Gefällt 1 Mal · Antworten

73_struppi_11 Das linke Bild 34 Min. · Gefällt 1 Mal · Antworten

u.c.b Alles schön und gut ...wie wird die AfD an diese Probleme herangehen Umsetzbar bitte 10 Min. · Antworten

kein_Internet_gerade kein islamistan in de 46 Min. · Gefällt 1 Mal · Antworten

irene_schulz Sehnest du dich danach, in einer eile zu leben und ein atemberaubendes Auto zu fahren Moment kö.nnte näher sein, als du glaubst! 18 Min. · Antworten

Gefällt afd.kreisverband.stade und 153 weitere Personen Vor 1 Stunde

Kommentieren ...



m5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZX
NfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifSlsInJwX2Ny
ZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpcI
mNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcInt
cXFwic3RhcncRfeWVhcXcXCI6XFxcIjIwMjVcXF
wiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcIjIwMj
UtMVxcXCIsXFxcImVuZF95ZWYyXFxcIjIwMjVc
MjAyNVxcXCIsXFxcImVuZF9tb250aFxcXCI6XF
xcIjIwMjVcXFxcIjIwMjVcXFxcIjIwMjVcXFxcI
kYXlcXFwiOlxcXClyMDI1LTEtMVxcXCIsXFxcIm
VuZF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI1LTEyLTMxXFxcI
n1cln
0ifQ%3D%3D



Jörn König, MdB

22. Mär 2023

-- SPD ist ewiggestrig und undemokratisch --

Gerade komme ich aus dem Ältestenrat. Ein Kartell aus CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke hat gerade dafür gestimmt, dass die größte Opposition AfD einen viel zu kleinen Fraktionssaal bekommen soll. Wir sollen nur 1,7 m2 pro Abgeordneten bekommen, während die SPD mit 3,9 m2 den halben Saal zum Tanzen hat. Es ist zu eng und von Brandschutz und Versammlungsstättenverordnung müssen wir auch nicht reden, denn es werden mehrere Soll-Bestimmungen verletzt. Die SPD glaubt immer noch, es ist 1998 und sie sei die größte Fraktion. Ewiggestrig halt.

Auf jeden Fall zeigt sich das undemokratische Verhalten der SPD, die zur Absicherung ihrer Pfründe ein Kartell mit CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke gebildet hat. Demokratie ist das alles nicht. Die alten Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht. Die nächsten Wahlen kommen. Einfach abwählen!

<https://jungefreiheit.de/.../afd-bundestagfraktion-muss-/>

Dreist, dreister, SPD

Skandal! Drittkleinste Fraktion SPD im größten Fraktionssaal!

 Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Jörn König



1.448

457 Kommentare · 279 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

alink.php?story_idid=pidid0zmpzw 111
79JqEdTzqTBwQZdxNGEgYyzFth1ybw
g6dZnR4NbhoNm4ao1CrP1wymHyWI
&id=61568214406355



Anja Arndt - Mitglied des Europäischen Parlaments

21. November um 13:53 · 3

Der Volksentscheid zur Klimaneutralität 2040 hat Hamburg in ein politisches Durcheinander gestürzt. Jetzt will plötzlich die CDU das Rad zurückdrehen – dabei ist sie seit Jahren Teil genau jener Parteienlandschaft, die jeden grünen Wunsch Katalog reflexhaft abnickt. Jetzt, wo Bürger und Wirtschaft Alarm schlagen, wird man plötzlich vernünftig. Viel zu spät.

Die SPD wiederum zeigt das übliche Muster: Vor der Abstimmung Zweifel säen, nach der Abstimmung moralisch belehren. Man spricht pathetisch vom Respekt vor dem Wählerwillen, obwohl man genau weiß, dass die Umsetzung technisch, finanziell und sozial völlig unrealistisch ist. Aber der grüne Koalitionspartner darf nicht verärgert werden – der Machterhalt steht über allem.

Die Grünen selbst treiben den 2040-Kurs weiter wie eine Glaubensbewegung voran, völlig losgelöst von der Realität: fehlende Fachkräfte, unbezahlbare Sanierungen, steigende Mieten, industrielle Abwanderung, fehlender Netzausbau. Auf all diese Fragen gibt es keine Antworten.

Die Wahrheit ist: Alle Kartellparteien haben Hamburg in dieses Chaos geführt. Die einen durch radikale Klimavorgaben, die anderen durch jahrelange Feigheit, das Wort „Nein“ auszusprechen.

Hamburg braucht keinen weiteren ideologischen Aktionismus, sondern Politik, die funktioniert, die bezahlbar ist und die die Lebenswirklichkeit der Menschen ernst nimmt – statt ständig neue Verbote und Fristen über sie auszuschütten.

HAMBURG IM KLIMA-WAHN



**›Zukunftsentscheid wackelt –
Altparteien-Kartell zerlegt
sich selbst**



Anja Arndt
MdB



👍 217

29 Kommentare · 26 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

ien&filters=eyJycF9jcmVndGlvbi9uaw110JAiOiJ7XCJuYW11XCI6XCJjcmVhdGlvbi90aW11XCI6XCJhcmdzXCI6XCJ7X
 FxclnN0YXJ0X3IiYXJcXFWiOlxcXClyMDI1XFxclixcXFwic3
 RhenRfbW9udGhcXFwiOlxcXClyMDI1LTFcXFwiLFxcXCJI
 bmRfeWVhclxcXCI6XFxcljIwMjVcXFwiLFxcXCJlbnRfbW9
 udGhcXFwiOlxcXClyMDI1LTFcXFwiLFxcXCJlbnRfZGF5X
 F5XFxcljpcXFwiMjAyNS0xLTFcXFwiLFxcXCJlbnRfZGF5X
 FxcljpcXFwiMjAyNS0xMi0zMVxcXCJ9XCJ9liwicnBfYXV0a
 G9yOjAiOiJ7XCJuYW11XCI6XCJteV9ncm91cHNfYW5kX3
 BhZ2VzX3Bvc3RzXCI6XCJhcmdzXCI6XCJcln0ifQ%3D%3
 D



Martin Sichert, MdB
 2. Dezember um 17:29 ·



DAS ZEITALTER DER BLOCKPARTEIEN IST VORBEI!

Hier seht ihr meine vollständige Rede aus Bitterfeld. Was ist der Status quo, welche Herausforderungen stehen vor uns, und wohin wollen wir gehen? Für Frieden, Freiheit und Wohlstand.

SICHERTDEUTSCHLAND

0:05 / 30:48

733

100 Kommentare 74 Mal geteilt

Gefällt mir Kommentieren Teilen

Bilanz nach 14 Jahren Stasi-Merkel :

- > Gesellschaft unheilbar gespalten
- > Demokratie kaputt
- > Grenzen kaputt
- > Polizei kaputt
- > Bundeswehr kaputt
- > Wirtschaft kaputt
- > Bildung kaputt
- > Energieversorgung kaputt
- > Gesundheitswesen kaputt
- > Rentensystem kaputt



Die schlechteste Kanzlerin aller Zeiten hinterlässt einen Scherbenhaufen.



...und das ganze Land voll NAZIS. 😏

@roydachs

Antworte afd_kv_goslar ...





afd_kv_goslar

0553



Open

Save

**Wenn meine Nachbarn
Ostern grillen, muss
ich die dann melden?
(Sorry, ist meine erste
Diktatur!)**



 Gefällt **afd_kv_osnabruECK** und **19 weitere Personen**

afd_kv_goslar 😊

andrea_zuercher Wenn es nicht so traurig wäre, würde ich an dieser Stelle lachen.



GESTERN



Kommentar hinzufügen

Posten

54
tern aus der
halten habe.

Mehr zu den Hintergründen meiner Hausdurchsuchung findet ihr auf
meinem Telegram-Kanal. t.me/BjoernHoeckeAfD



264 835 2.8K



AfD Hannover
@AfdHannover

Replying to [@BjoernHoecke](#)

30 Jahre nach der Wende könnte man meinen, dass in
Thüringen immer noch Stasi und VoPo-Methoden
angewendet werden. Kein Wunder bei einer
sozialistischen Einheitsregierung von Merkels Gnaden.
[#FreeBjörnHöcke](#) !

[Translate Tweet](#)

10:28 AM · May 24, 2021 · Twitter for Android

7 Likes



Open

Save



afd_kv_goslar · Abonniert

afd_kv_goslar Das kennen wir aus der Geschichte

2. Sid

klauskluger

16 Min. · Antworten



Gefällt 4 Mal
VOR 2 STUNDEN

kommentar hinzufügen

Zensur fand auch in Deutschland statt,
gegen die Opposition, gegen Kritiker von Maßnahmen,
gegen andere medizinische Meinungen

Sie alle wurden diskreditiert und zensiert

Zustände eines diktatorischen Entwicklungslandes

Deshalb [#NurNochAfD](#)



exxpress.at

Twitter Files enthüllen: Gesamte Corona-Debatte dramatisch manipuliert!

Elon Musk lässt die nächste Twitter-Bombe platzen: Während der Covid-

Pandemie beugten sich die Twitter-Chefs oft dem Druck der US-Regierung. Sie ...

5:31 nachm. - 28. Dez. 2022

54 Mal angezeigt 1 Retweet 4 „Gefällt mir“-Angaben

ayp3VWC19NDMKTCGF7NZANTCG9ZQHNC
lixclmFyZ3NcljpcllwifSlsInJwX2NyZWF
0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVclj
pclmNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFy
Z3NcljpcIntcXFwic3RhcncRfeWVhclxcX
CI6XFxcljWmJncXFwiLFxcXCJzdGFyd
F9tb250aFxcXCI6XFxcljWmJmMTMVxcXC
IsXFxclmVuZF95ZWVYXFxcljpcXFwiMj
AyM1xcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcX
CI6XFxcljWmJmMTJcXFwiLFxcXCJzd
GFydF9kYXlxcXFwiOlxXClyMDIzLTetM
VxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlxcXFwiOlxXC
ClyMDIzLTYeLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D
%3D

AID Rottenburg/Wimme
20. April 2023 13

Spiel nicht mit den Schmutzkindern, oder warum der Faschistenstaat in der Endphase wild um sich beißt.

Wer kann sich noch an die letzte Phase der DDR erinnern? Ein Land, wirtschaftlich am Ende, Menschen fliehen über die Botschaben Ungarns, der Tschchenoslowakei oder über die grüne Grenze zwischen Ungarn und Österreich in den Westen. Die, die noch zu Hause bleiben und sich von den hohlen Phrasen der SED Diktatur nicht mehr einschüchtern lassen, gehen auf die Straßen und stürzen das Honecker-Regime endgültig. Stasi-Chef Erich Mielke versteigt sich mit den gleichgeschalteten Medien in immer wüstere Beschimpfungen der freiheitsliebenden Demonstranten: "Gottersrevolutionäre und progressive Kräfte, gesteuert aus dem Westen", "BRD-Agenten und Faschisten", "Randalierer und Skinheads" waren nur einige Bezeichnungen, um diese Menschen zu diskreditieren.

Erkennen Sie Parallelen?

Auch heute verlassen Manche(n) ihre Helme. Sie fliehen zwar nicht mit dem 180sten unterem Arm, aber auch heute verlassen zuerst unsere klügsten Köpfe und Fachkräfte das Land. Wissenschaftler sind im europäischen Ausland und den USA genauso herzlich willkommen wie unsere Ärzte in Skandinavien.

Wirtschaftsstandort Deutschland?

Der wird sehenden Auges und mit voller Absicht gegen die Wand gefahren! Erst durch unsinnige Corona-Maßnahmen, dann durch unnötige Sanktionen gegen Russland und nicht zuletzt durch pseudowissenschaftliche Klimamaßnahmen und immer neuen Auflagen und Abgaben vertriebt und zerstört man die Automobilindustrie. BASF und diese Woche noch der Verkauf von Volkswagen in die USA. Eine Inflationsrate, die mit knapp 10% noch nie so hoch war seit Bestehen der Bundesrepublik und ein Reallohnverlust von 4% im Jahr 2022 zeigen eindeutig, daß unsere Wirtschaft sich im Niedergang befindet.

Und die bürgerlich-konservativ-paternalistische Opposition?

Findet in der objektiven Berichterstattung der gleichgeschalteten, hier nennt man sie Öffentlich-Rechtliche Medien, nicht statt. Die bei Befragungen mehrheitlich linksgrün ideologisierten Journalisten ergehen sich entweder in Missachtung oder Verachtung.

Der "Welfische" Parteienstaat definiert sich mit unterschiedlichen Namen und Farben, heraus kommt aber immer grün! Keine SPD Regierung ohne die Grünen, keine CDU Regierung ohne die SPD oder die Grünen, Ampel, Jamaica, oder Afghanistan Koalition, die Grünen mit der Macht der Sperrminorität im Bundesrat. Letzten Endes wieder eine SED, eine OSED, eine Ökotozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Und das Parteiensystem beißt in Angst um seine Pfunde und Duzen um sich. Die noch von Merkel installierten gefügigen Parteigänger Stefan Heßler als Vorsitzender des Bundesverfassungsgerichts und Thomas Haldenwang als Chef des zum Regierungsschutz verkommnen Verfassungsschutzes wissen, wie sie die von Merkel begonnene Agenda zur Behinderung der einzigen Opposition im Bundestag unter der grünen Einheitsregierung fortführen. Diese Woche erst wurde unsere Jugendorganisation Junge Alternative für Deutschland als "geleitet rechtsextremistisch" gekennzeichnet. Erkennen sie die Parallelen? Ja, die häßliche Fratze der Diktatur kommt durch die Blume wieder durch. Nicht durch eine Mechtildbäumche, Putsch oder Revolution, sondern auf leisen Sohlen, Stück für Stück.

Letzten Endes ist dieses Stigma eine logische Folgerung der uns stetig steigenden Umfragergebnisse. Stärkste Partei in Thüringen, stärkste Partei in Brandenburg, zweitstärkste Kraft in Sachsen-Anhalt und Sachsen, dritstärkste Kraft in Mecklenburg-Vorpommern, im Osten geht die Sonne auf und die Angst treibt das System!

Egal, was man uns noch für Steine in den Weg legt, wir stehen zu unserer Jungen Alternative und ihrem Vorsitzenden **Hannes Gnauck - AfD!**

Und eines Tages hat Haldenwang im Bundestag vielleicht Jammern:
"Aben ich liebe doch alle Menschen!"



Die Arbeiterpartei Deutschlands (APD) ist eine der ältesten Parteien in Deutschland. Sie wurde am 1. August 1869 in der Stadt Halle (Saale) gegründet. Die APD ist die Vorgängerin der heutigen Arbeiterpartei Deutschlands (APD) und der Arbeiterpartei Deutschlands (APD).

Die APD wurde von Friedrich Wilhelm Dittmann gegründet. Dittmann war ein führender Arbeiterführer und ein wichtiger Vertreter der Arbeiterbewegung in Deutschland. Er war ein Anhänger der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) und der Arbeiterpartei Deutschlands (APD).

Die APD war eine der ersten Parteien in Deutschland, die sich für die Rechte der Arbeiter einsetzte. Sie kämpfte für die Einführung des Acht-Stunden-Tages, für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und für die Einführung des allgemeinen Franchise.

Die APD war eine der ersten Parteien in Deutschland, die sich für die Rechte der Arbeiter einsetzte. Sie kämpfte für die Einführung des Acht-Stunden-Tages, für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und für die Einführung des allgemeinen Franchise.



Die APD war eine der ersten Parteien in Deutschland, die sich für die Rechte der Arbeiter einsetzte. Sie kämpfte für die Einführung des Acht-Stunden-Tages, für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und für die Einführung des allgemeinen Franchise.

Die APD war eine der ersten Parteien in Deutschland, die sich für die Rechte der Arbeiter einsetzte. Sie kämpfte für die Einführung des Acht-Stunden-Tages, für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und für die Einführung des allgemeinen Franchise.



Die APD war eine der ersten Parteien in Deutschland, die sich für die Rechte der Arbeiter einsetzte. Sie kämpfte für die Einführung des Acht-Stunden-Tages, für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und für die Einführung des allgemeinen Franchise.

Die APD war eine der ersten Parteien in Deutschland, die sich für die Rechte der Arbeiter einsetzte. Sie kämpfte für die Einführung des Acht-Stunden-Tages, für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und für die Einführung des allgemeinen Franchise.



ImFyZ3NcljpcllwifSlslnJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU
 6MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVcl
 ixclmFyZ3NcljpcIntcXfwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XF
 xcljWmJNcXfwilFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XF
 xcljWmJMtMVxcXCIsXfxcImVuZl95ZWfYXfxccljpcX
 FwiMjAyM1xcXCIsXfxcImVuZl9tb250aFxcXCI6XFxc
 IjWmJMtMTJcXfwilFxcXCJzdGFydF9kYXlclXfwilOlx
 cXClyMDIzLTETMVxcXCIsXfxcImVuZl9kYXlclXfwilOlx
 xcXClyMDIzLTETMxXfxcIn1cln0ifQ%3D%3D



nre Staatsgewalt geht vom Volke aus. So soll es bleiben. „Dem Deutschen Volke dienen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden!“ Uns als AfD sind das keine leeren Worte, keine „altmodischen Formeln“ – es ist uns Programm! Die CDU muss erst beweisen, dass es auch ihr Ernst damit ist.

Dass es ihr, im wohlverstandenen Eigeninteresse, Ernst sein SOLLTE, zeigt der geballte Hass der linkslinken "Demokratieförderer", der sich unter dem Post der CDU Vechta gegen diese entlädt. Wenn die PFD ("Partnerschaft für Demokratie")- und ContRa-Leute von "Demokratie" sprechen, dann meinen sie etwas anderes als das, was ein Friedrich Ebert, ein Gustav Stresemann, ein Konrad Adenauer, Theodor Heuss, Carlo Schmid, Kurt Schumacher oder Ludwig Erhard darunter verstanden haben! Das müssen die CDU-Gliederungen an der Basis endlich einmal begreifen! Die "Antifa" hat noch stets mit der Salamitaktik gearbeitet, sich bürgerliche Verbündete zu suchen, sie als "nützliche Idioten" zu missbrauchen und nach erreichtem Ziel wie heiße Kartoffeln fallen zu lassen. Könnten die "Demokratieförderer" wie sie wollten – sie würden die CDU neben der AfD gleich mitverbieten. Solange die CDU nach der Pfeife der Antifa tanzt, ist sie GEDULDET – mehr nicht.

Es gibt eben nur zwei Lager! Dasjenige, das sich auf der Demokratie im freiheitlichen Sinne gründet, der Demokratie als Herrschaft des Staatsvolks – und dasjenige, das die Demokratie transformieren will in eine Herrschaft internationaler NGOs, "Bürgerräte" (-> Räterepublik Klingelt's?) und anderer Kungelrunden und den Staat in ein Siedlungsgebiet miteinander um ihr jeweiliges Stück vom Kuchen ringender "Communities", die nichts mehr vereint (- der Staat als Beute). Die CDU muss sich entscheiden.



clm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixcl
mFyZ3NcljpcllwifSlsInJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU
6MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVcl
ixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcnRfeWVhcixcXCi6XF
xcljwMjNcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCi6XF
xcljwMjMtMVxcXCIsXFxcImVuZF95ZWYyXFxcIjpcXF
wiMjAyM1xcXCIsXFxcImVuZF9tb250aFxcXCi6XFxcIj
wMjMtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcX
ClyMDIzLTEtMVxcXCIsXFxcImVuZF9kYXlcXFwiOlxc
XClyMDIzLTEyLTMxXFxcImVuZF9kYXlcXFwiOlxc



AfD im Rat der Stadt Vechta
27. Mai 2023 · 🌐



„Netter“ Versuch, CDU Vechta...

Demokratie bedeutet „Herrschaft des Volkes“ - so haben wir es alle in der Schule einmal gelernt, nicht wahr?

Und wer ist „das Volk“?

Die DDR nannte sich „Deutsche Demokratische Republik“, Nordkorea nennt sich „Demokratische Volksrepublik Korea“. Ja, Kommunisten sind ehrlich überzeugt davon Demokraten zu sein. Sie definieren „Volk“ nicht im Sinne von „populus“, sondern von „plebs“ - also als das, was wir „das EINFACHE Volk“ nennen würden, die „Proletarier“. Und da die kommunistische Partei nach eigener Definition die „Partei der Proletarier“ ist, herrscht überall dort wo die KP herrscht, natürlich „das Volk“ - es gilt also: „Kommunismus = Demokratie“...

Unser FREIHEITLICHER Demokratiebegriff ist ein anderer. Im Grundgesetz heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (Art. 20.2). Und der Amtseid der Bundespolitiker lautet: „Ich schwöre, dem Deutschen Volke zu dienen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden“. Von irgendwelchen anderen Herrschaften, denen sonst noch (oder gar prioritär) zu dienen wäre, ist da gar nicht die Rede.

Das Deutsche Volk ist also der verfassungsmäßige Souverän dieser Republik. Und wer ist „Das Deutsche Volk“?

Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (§ 1 StAG) oder

als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit Aufnahme auf dem Gebiet des Deutschen Reichs in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 gefunden hat (→ Statusdeutscher: Art. 116 Abs. 1 GG).

Wenn wir als AfD von Volk und Demokratie sprechen, dann meinen wir genau dies. Die freiheitliche Demokratie, wie sie die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes gemeint und gewollt haben. Wobei wir allerdings das Grundgesetz gern um Elemente der direkten Demokratie ergänzt sehen wollen, um dem Volk mehr demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten zu verschaffen. Getreu dem Motto: Demokratie ist gut - mehr Demokratie ist besser!

Und was meinen die Kartellparteien von CDU/CSU, FDP, Grünen und Roten, wenn sie heute von „Demokratie“ sprechen? Die Demokratie sei die „Herrschaft der Demokraten“. Und wer „Demokrat“ ist, das bestimmen sie. Das Volk, der verfassungsmäßige Souverän - interessiert die Kartellparteien nicht mehr. Wer vom Volk spricht, gilt ihnen als „Rechtsradikaler“, gar als „Rechtsextremist“. Die Kartellparteien verstehen (im Gegensatz zum Grundgesetz!!) die Demokratie inzwischen als „transnational“. Demokratie ohne 'demos', ohne 'populus', ohne Volk! Also eigentlich nur noch 'Kratie'. Altparteien-Kratie. Kartellokratie...

Dabei sind den Kartellparteien die Kommunisten als Verbündete lieber als diejenigen, die noch am antitotalitären, freiheitlichen Demokratiebegriff und an der Volkssouveränität im Sinne des Grundgesetzes festhalten, wie die AfD es tut.

In der Vergangenheit kumpelte die CDU Vechta gern mit dem Verein „ContRa e.V.“, dessen Abzeichen die geballte Kommunistenfaust und der rote Sowjetstern sind, und dessen Motto lautet „stay red“ (bleibe rot!). Honi soit, qui mal y pense...

In einem facebook-Post positioniert sich die CDU Vechta nun plötzlich gegen „ContRa“ und will dem Verein öffentliche Mittel entziehen. So weit, so gut, so richtig - selbstverständlich sehen wir als AfD dies genauso.

Dabei allerdings versteigt sich die CDU dazu, den „ContRa“-Verein, der mit dem Volk im Sinne des Grundgesetzes nun wirklich nichts am Hut hat, ausgerechnet mit der AfD zu vergleichen, also der einzigen Partei, die unter Demokratie noch das versteht, was die Väter und Mütter des Grundgesetzes darunter verstanden haben - und, damit nicht genug, schimpft die CDU in ihrem Post auch noch ausgerechnet die AfD als „antidemokratisch“. Geht's noch?!

Wir werden uns dem Schutz der Demokratie natürlich nicht verschließen und unterstützen die Forderung der CDU. Gleichzeitig laden wir die CDU ein, endlich aus dem Blockflöten-Kartell derer auszubrechen, welche den verfassungsmäßigen Souverän dieser Republik vom Thron stoßen und die Demokratie zum Volkshohn machen wollen.



BÜRGERDIALOG

Kanzlergespräch in Erfurt: 90 Minuten und ein Foto mit Olaf Scholz

von Andreas Kehrer, MDR THÜRINGEN
Stand: 11. August 2023, 11:54 Uhr

Lea Wengel aus Erfurt bewegt vor allem die **Klimafrage**. "Herr Scholz ist 2021 als sogenannter Klimakanzler angetreten und ich frage mich, welche Maßnahmen die Bundesregierung dabei umsetzt und ob er glaubt, dass das ausreichend ist", führt die 31-jährige aus. Ein Thema, das in dem 90-minütigen Abend zu kurz kommen wird.



Landesgeschäftsstelle

Unsere Mitarbeiter*innen



Lea Wengel
Referentin für Presse- und

0561

afd_kv_goslar

afd_kv_goslar Willkommen in der DDR
3 Std

hammer_harley Nein was ein zufall
5 Min · Antworten



Sei der/die Erste, dem das gefällt
VOR 3 STUNDEN



hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfc
G9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifSlslInJwX2NyZW
F0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpcImNy
ZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntcXFW
ic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxcIjIwMjNcXFWiLFx
cXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcIjIwMjNcXFWiLFx
cXCIsXFxcImVuZGF9ZWFyZXFxcIjIwMjNcXFWiLFx
1xcXCIsXFxcImVuZGF9ZWFyZXFxcIjIwMjNcXFWiLFx
MtMTJcXFWiLFxcXCJzdGFydF9kYXlclXFWiOlc
XCIyMDIzLTEtMVxcXCIsXFxcImVuZGF9kYXlclXFW
wiOlcXCIyMDIzLTEyLTMxXFxcIn1cln0ifQ%3D
%3D



AfD Rotenburg/Wümme

14. August 2023

Thüringen macht es wieder einmal vor!
Der von den Kartellparteien instrumentalisierte sogenannte Verfassungsschutz dient nur dem
einzigen Zweck, daß sich die fünf abgesprochenen Altparteien vor einer echten Opposition sicher
fühlen können! Nirgendwo anders in der westlich zivilisierten Welt gibt es einen
Inlandsgeheimdienst, der gegen die Opposition arbeitet.
Und auf Bundesebene bekommt die Stasi-Chef Mielke Kopie Haldenwang auch regelmäßig einen
richterlichen Schuss vor den Bug!



von wegen verfassungsfeindlich & rechtsextrem

**GERICHT WIDERSPRICHT
VS-CHEF UND
INNENMINISTER**



AfD Thüringen · Folgen

14. August 2023

Über ein Jahr schon versuchen die Thüringer SPD Männer Maier (Innenminister) und Kramer
(VS-Präsident) Mitglieder der AfD Thüringen durch die Einstufung als „rechtsextr... Mehr
anzeigen

16

1 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

0b316MC161nc1m5hbwvcljpcim15ΛZαy
b3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNcli
xclmFyZ3NcljpcllwifSlslmJwX2NyZWf
0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcl
jpcImNyZWf0aW9uX3RpbWVclixclmF
yZ3NcljpcIntcXfwic3RhcncRfeWVhclxc
XCI6XFxcIjIwMjNcXfwiLFxcXCJzdGFy
dF9tb250aFxcXCI6XFxcIjIwMjNcXfwi
XCIsXfxcImVuZf95ZWfYXfxcIjpcXfwi
iMjAyM1xcXCIsXfxcImVuZf9tb250aFxc
cXCI6XFxcIjIwMjNcXfwiLFxcXCJzdGFy
dF9tb250aFxcXCI6XFxcIjIwMjNcXfwi
OEtMVxcXCIsXfxcImVuZf9kYXlcXfwiO
IxcXCI6XFxcIjIwMjNcXfwiLFxcXCJzdGFy
dF9tb250aFxcXCI6XFxcIjIwMjNcXfwi
%3D%3D



AFD Rotenburg/Würme
24. August 2023

Der Staat installiert still und leise durch die Hintertür eine Stasi 2.0 mit einem Netzwerk aus tausenden Spitzeln und Meldestellen!
Dazu ein sehr lesenswerter Artikel aus der Welt von Hubertus Krabe, dem ehemaligen Leiter der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, den wir Ihnen gerne in voller Länge zur Verfügung und gleichzeitig als Warnung stellen möchten:

Die Rückkehr des Danunziantentums
Von Hubertus Krabe

Das Hinweisgeberschutzgesetz der Ampel verpflichtet Firmen, Meldestellen für Straftaten einzurichten. Informanten dürfen anonym bleiben. Falschmeldungen bleiben straflos. Unter Autor ist Historiker. Und warnt vor einer Vergiftung des sozialen Klimas, wie man sie von Unrechtsstaaten kennt.

In Deutschland wird derzeit ein neues Meldesystem für Straftaten aufgebaut. Rund 90.000 Unternehmen und Tausende öffentliche Einrichtungen müssen seit Juli sogenannte Meldestellen einrichten. Wer dies veräumt, dem droht eine Geldbuße von bis zu 20.000 Euro.

Hinzukommen sogenannte externe Meldestellen, die Bund und Länder übergreifend betreiben. Die genannten Stellen sollen nicht nur Meldungen entgegennehmen, sondern auch Untersuchungen durchführen. Weltweit unbemerkt von der Öffentlichkeit: entsteht auf diese Weise ein neuer, riesiger Ermittlungsapparat, der wieder im Grundgesetz noch in den Verfassungen der Länder vorgesehen ist.

Vorgesehen wird all dies durch das unlängst in Kraft getretene Hinweisgeberschutzgesetz. Danach muss, wer mehr als 49 Mitarbeiter beschäftigt, eine separate Stelle einrichten, an die man im Arbeitsleben beobachtete Straftaten melden kann. Die Stelle muss sogenannte Meldekanäle betreiben, über die Informanten schriftlich, mündlich oder telefonisch berichten können.

Vergangene Woche trat auch noch eine Verordnung über eine zentrale Meldestelle des Bundes in Kraft. Sie soll Personen beraten, die „in Erwägung stehen, eine Meldung zu erstatten“. Ebenso willkommen ist, wer sich nicht an die Meldestelle im eigenen Unternehmen wenden will, im Internet stellt die Bundesstelle dazu eigene Meldekanäle zur Verfügung: ab dem 1. Juli 2024 auch für anonyme Informanten. Die Bundesstelle verfügt über 22 Mitarbeiter und kostet den Steuerzahler jährlich rund fünf Millionen Euro.

Der Anstoß für das neue Meldesystem kam aus Brüssel. Auf Vorschlag der EU-Kommission verabschiedete das Europäische Parlament 2019 eine Richtlinie zum Schutz von sogenannten Whistleblowern. Die Mitgliedstaaten sollten sie innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht überführen. Doch während Frankreich und Österreich nur das Nötigste übernahmen, machte die Ampel-Regierung daraus ein detailverstecktes Mammutwerk.

Arbeitgeber werden zur Hilfspolizei

Den ursprünglichen Geltungsbereich der Richtlinie hat die Bundesregierung dabei massiv ausgeweitet. Ziel der EU war es nämlich nur, das Unionsrecht besser durchzusetzen, und Personen, die Verstöße dagegen melden, zu schützen. Das deutsche Gesetz macht dagegen private und öffentliche Arbeitgeber zu einer Art Hilfspolizei.

Die Meldestellen müssen nicht nur Hinweise auf Straftaten aller Art, sondern auch auf divers-
büßgeldbewehrte Delikte verfolgen. Sogar für Äußerungen von Beamten, „die einen Verstoß gegen die Pflicht zur Verfassungstreue darstellen“, sind sie zuständig.

Bei der Abfassung des Gesetzes war die Bundesregierung sichtlich bemüht, es potenziellen Informanten möglichst leicht zu machen. Das Geschäftsgeheimnis, das Steuergeheimnis und das Sozialgeheimnis wurden für sie außer Kraft gesetzt. Einzige Bedingung ist, dass der Informant „hinreichenden Grund zu der Annahme hatte, dass die Weitergabe oder die Offenlegung des Inhalts dieser Informationen notwendig ist, um einen Verstoß aufzudecken“. Auch anonyme Hinweise sollen die Meldestellen bearbeiten.

Repressalien gegen Informanten – vom Gesetz euphemistisch als „Hinweisgeber“ bezeichnet – sind dagegen verboten. Wer gegen diese Auflage verstößt, dem droht ein Bußgeld von bis zu 50.000 Euro. Auch Falschmeldungen sollen straflos bleiben. Theoretisch muss zwar der Informant den dadurch entstandenen Schaden ersetzen, doch nur, wenn er vorsätzlich oder grob fahrlässig handelte. Da die Meldestellen zur Vertraulichkeit verpflichtet sind, dürfte die Durchsetzung eines solchen Anspruchs in der Praxis kaum möglich sein.

Informanten genießen zudem einen weitgehenden Kündigungsschutz. Behauptet nämlich ein Beschäftigter, dass seine Benachteiligung im Beruf aufgrund einer Meldung erfolgte, muss ihm der Arbeitgeber das Gegenteil beweisen. Von Kündigung oder Abstieg bedrohte Arbeitnehmer könnten deshalb versucht sein, rasch eine Meldung einzureichen – und dann zu behaupten, diese sei die Ursache der Maßnahme.

Das neue Gesetz stellt den vorläufigen Höhepunkt einer schon länger anhaltenden Entloosung dar. Immer häufiger animiert der deutsche Staat seine Bürger, andere Mitbürger anzuschwärzen. Während das Strafgesetzbuch aus gutem Grund ausschließlich verlangt, geplante schwere Straftaten anzukündigen, damit sie noch verhindert werden können, hat sich in Deutschland

b3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNcll
xclmFyZ3NcljpcllwifSlsInJwX2NyZW
0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcl
jpcImNyZWf0aW9uX3RpbWVclixclmF
yZ3NcljpcIntcXFwic3RhcnRfeWVhclxc
XCi6XFxcljIwMjNcXFwiLFxcXCJzdGFy
dF9tb250aFxcXCi6XFxcljIwMjNcX
XCi6XFxclmVuZF95ZWfYXFxcljpcXFw
iMjAyM1xcXCi6XFxclmVuZF9tb250aF
cXCi6XFxcljIwMjNcMTJcXFwiLFxcXCJ
zdGFydF9kYXlxcXFwiOlxXClyMDIzL
tMVxcXCi6XFxclmVuZF9kYXlxcXFwiO
lcXClyMDIzLTMxXFxcln1cln0ifQ%
3D%3D

Seit anderthalb Jahren bereitet zum Beispiel das Bundeskriminalamt die Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet. Wörtlj solcher Rufe das Land Nordrhein-Westfalen vier Meldetelefonen ein die Vorfälle auch unterhalb der Strafbarengrenze erfassen sollen.

Darüber hinaus unterhalten auch zahlreiche NGOs private Internet-Portale, bei denen man Hate Speech, Antisemitismus, Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit oder Anti-Feminismus melden kann. Die „Pete-Portale“, wie die Kritiker nennen, arbeiten praktisch alle auf Kosten des Staates.

Mancher will sich rächen

Von der Meldung zur Denunziation ist es dabei oftmals nur ein kleiner Schritt. Wer einem Vorgesetzten, Arbeitskollegen oder Lieferanten Straftaten vorwirft, aber den Weg zur Polizei scheut, hat dafür nämlich häufig private Motive. Manche einer erhofft sich dadurch persönliche Vorteile, andere wollen sich für etwas rächen. Viele suchen schlicht nach Anerkennung. Auch Schadenfreude – ein Wort, das es nur im Deutschen gibt – kann eine Rolle spielen.

Untersuchungen zum Nationalsozialismus bestätigen diese Einschätzung: Die „Rassenschänder“, „Wahnschätzungen“ oder „heimtückliche Angriffe auf Staat und Partei“ – fast immer wurden die entsprechenden Verfahren durch private Mitteilungen initiiert. Die meisten Informanten sahen es dabei vor sich an die Zellen-, Block- oder Kreisleiter der NSDAP statt an die Polizei zu wenden.

„Auf diese Weise gelang es dem Machttraber, in die Privatsphären einzudringen und in engen Kreisen gegenseitiges Misstrauen zu erzeugen“, heißt es in Karol Sauerlands Buch „50 Silberlinge“. Den meisten Denunziationen hätten dabei persönliche Motive zugrunde gelegen.

Für den Staat hat ein solches System nicht nur Vorteile. Wird er massenhaft für die Austragung persönlicher Konflikte instrumentalisiert, überfordert dies schnell seine Institutionen. Selbst die NS-Führer waren deshalb für eine Begrenzung der Denunziationen. Als Reinhard Heydrich 1938 dem Minister eine Verordnung vorlegte, die die Deutschen dazu verpflichten sollte, jede wahrgenommene Straftat zu melden, stieß er damit auf einhellige Ablehnung.

Sogar Joseph Goebbels meinte, durch die Verordnung, würde ein Denunziantentum geschichtet werden, gegen das die Bestrafung der falschen Anzeige nur ein unvollkommenes Abwehrmittel bietet.

Anderer als im Nationalsozialismus waren Denunziationen in der DDR stärker geächtet. „Ehemaliger denunzierten sich nur im Ausnahmefall untereinander, auch die Bindungen zwischen Kindern und Eltern wirkten in der Regel stark und nachhaltig“, heißt es dazu in einer Studie der Historikerin Anita Kötzner-Ehlers.

Überwachung erzeugt tiefes Misstrauen

Die Machttraber ermittelten daher ein ausgefeiltes System. Informanten gezielt einzuwerben, zu ihnen zählen nicht nur die offiziellen Mitarbeiter der Staat, sondern auch die Akquiranten-Elitären der Polizei, die Hauptbuchführer und weitere Aushilfspersonal. Die flämende Überwachung hatte in der Gesellschaft ein tiefes Misstrauen zur Folge.

Welche Folgen das neue Meldesystem der Bundesregierung haben wird, ist noch nicht abzusehen. Im besten Fall wird es von der Bevölkerung ignoriert. Dann ist es nur eine weitere bürokratische Last für private und öffentliche Arbeitgeber. Im schlechtesten Fall wird es massenhaft genutzt und vergiftet dadurch sukzessive die Sozialbeziehungen.

Denn hier bei jeder Tätigkeit und jedem Gespräch daran denken muss, dass einer Meldestelle davon Mitteilung gemacht werden könnte, entwickelt einen Argwohn, wie man ihn sonst nur aus Diktaturen kennt.

Dabei hat schon jetzt eine wachsende Zahl von Bundesbürgern Angst, sich im Alltag unbeschwert zu äußern. Bei einer Befragung im Jahr 2021 hatten nur noch 43 Prozent das Gefühl, man könne in Deutschland seine politische Meinung frei sagen – der tiefste Wert seit Jahrzehnten. Die Angst beruht dabei nicht auf Bestimmungen des Strafrechtsbuchs, sondern auf gesellschaftlichen Sanktionen.

Das neue Meldesystem dürfte diese Unsicherheit weiter verstärken. Wird dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten, könnte eine Gesellschaft entstehen, die keine Privatsphäre mehr kennt, sondern sich nach staatlichen Vorgaben selbst kontrolliert.



Verfassungsschutz wird zur Stasi 2.0:
Öffentlicher Aufruf zur Bespitzelung!

Alternative für Deutschland Kreisverband Rotenburg (Wümme)

2 Kommentare 20 Mal gelikt



AfD Oldenburg Land

22. Oktober um 20:55 · 🌐

[0565](#)

Das ist das wahre Gesicht der Erz-Kommunistin Wagenknecht. Wir jedenfalls wollen keine DDR 3.0, denn die DDR 2.0 von heute, ist schon schlimm genug.



Die DDR war das friedfertigste und menschenfreundlichste Gemeinwesen, das sich Deutschen im Gesamt ihrer bisherigen Geschichte geschaffen haben.

(Sahra Wagenknecht)

[gutezitate.com](#)



14



10 Kommentare · 16 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

🗨 Kommentieren

🔗 Teilen



AfD Oldenburg Land


15 Std. · 🌐

0566



Während man im „Besten Deutschland aller Zeiten“ zur Zeit nach einem Verurteilten Mörder sucht, der während eines Waldspaziergangs seinen Bewachern entkam (wieso machen verurteilte Mörder Waldspaziergänge 🤔👮👤😡), erleben unliebsame Befürworter der Freiheit brutale Hausdurchsuchungen, wie in der „Besten DDR aller Zeiten!“
(Mehr im Kommentarbereich)



t.me/bjoernbanane 



Björn Winter

16 Std. · 🌐

Ich bin bei Sabrina und kümmere mich um sie!


Hier geht's zum Video!


https://youtu.be/W9su8Sf9mc0?si=yTonh_tjgnHNzbqr... Mehr anzeigen




1

1 Kommentar

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

kl
:lj
pclm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixcl
mFyZ3NcljpcllwifSlslnJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6
MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVcli
xclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFx
cljwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFx
cljwMjQtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWFiYXNlcljpcXFw
iMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljw
MjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcXCI
yMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcXFwiOlxcXC
lyMDI0LTEyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D

Gefällt mir Kommentieren Teilen

 **AfD Wolfsburg**
8. Januar 2024 · 🌐

Darf es eine Diktatur sein, um die Demokratie zu schützen?
So oder so ähnlich ticken die Altparteien.
Demokratie erkennen sie nur bei sich und nie bei anderen, dabei handeln sie genau entgegen dem,
was eine Demokratie ausmacht!

 STARTSEITE NEWS POLITIK REGION UNTERHALTUNG SPORT FUSSBALL LIFESTYLE RATGEBER GESUNDHEIT SEX & LIEBE AUTO SPIELE DEALS

Wegen AfD-Umfragehoch in Sachsen

Kretschmer will Social-Media regulieren



 **Erika Steinbach** ●
8. Januar 2024 · 🌐

Antidemokraten entlarven sich !!

👍❤️ 6 2 Kommentare

Gefällt mir Kommentieren Teilen

3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcllwifSI
sInJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpcIm
NyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3Rhen
RfeWVhclxcXCI6XFxcljIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb25
0aFxcXCI6XFxcljIwMjRcXFxcXCI6XFxclmVuZF95ZWVycXc
cljpcXFwiMjAyNFxcXCI6XFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxclj
IwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTE
I0LTEtMVxcXCI6XFxclmVuZF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTE
yLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D



AfD-Fraktion im Kreistag Vechta
17. Januar 2024 · 🌐

Wir werden obsiegen!

Das alte Kartell aus Parteien, Medien und NGO's hat fertig. Sie sind nicht in der Lage die neue Wirklichkeit zu erkennen, obwohl diese bereits massiv die Tür eintritt. Sie können sich nur noch mit Zähnen und Klauen an ihre Posten klammern und wild um sich schlagen.



👍 55

7 Kommentare 3 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

0570

**Bevor man in Deutschland damit beginnt,
demokratische Parteien
verbieten zu wollen, sollte man
zunächst mit undemokratischen
Parteien anfangen!**



Wir sind komplett links-Rechts und demokratischen Spielraum aggressiv bekämpft und verbieten will
während Personen die Hand beschneidet und nur eine liberale Koalition erhalten will und demokratisch

TEAMBYSTRON

[bystron](#) [TeamBystron](#) [Petition40](#) [Petition40](#) [@bystron40](#) [www.petition](#) [LikeTeamBystron](#)




gefällt 4 Mal

kommentieren ...



māpōwvvcijpcim 15Λz0y03vwc 19n0mR1c0r1z
XNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcllwifSlslnJwX2
NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVclj
pclmNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3Ncljpc
clntcXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCi6XFxcljIwMjR
cXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCi6XFxclj
IwMjQzMVxcXCIsXFxclmVuZGF95ZWYyXFxcljpc
XFwiMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZGF9tb250aFxcXC
I6XFxcljIwMjQzMVxcXCJzdGFydF9kY
XlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmV
uZGF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXFxcl
n1cln0ifQ%3D%3D



 AfD Wolfsburg
13. Februar 2024

Unfassbar!

Wir leben in einem totalitären Staat und nicht mehr in einer funktionierenden Demokratie!

Man muss Angst vor solch einer Entwicklung haben!

Wo soll diese Gleichschaltung enden?

Das sind faschistische Handlungsweisen!

Die Verfolger von Oppositionellen zu einer der dunkelsten Zeit unserer Geschichte hätten es wohl nicht anders gemacht!

Das sind Zersetzungsmaßnahmen, wie sie auch die Stasi in der DDR gegen Abweichler angewandt hat!

Sowas muss Konsequenzen haben!

Die angeblichen Verteidiger der Demokratie sind inzwischen viel gefährlicher geworden, als es die AfD jemals war oder werden würde!

Wer heute gegen faschistische Strukturen auf die Straße gehen will und wer die Demokratie stärken möchte, der muss für und mit der AfD auf die Straße gehen!




FÜR ALLE,
DIE ES
WISSEN
WOLLEN. 

STELLEN SIE SOLCHE ZAHLUNGEN EIN

Überweisungen an die
AfD? Sparkasse äußert
sich zu Drohbrief

ALLE INFOS AUF JF.DE

 JUNGE FREIHEIT ist hier: JUNGE FREIHEIT. - Folgen
12. Februar 2024 · Berlin

Ein Bürger überweist eine Spende an die AfD und traut seinen Augen nicht. Einen Tag später schreibt ihm die Sparkasse: „Stellen Sie bitte im eigenen Interesse solche Zahlungen ein.“ Der Brief ist nach JF-Informationen echt. Was hat es damit auf sich? Alle Infos hier:
<https://jungefreiheit.de/.../ueberweisungen-an-die-afd-/>

1 Kommentar

Im5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZ
XNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifSlslInJwX2
NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVclj
pclmNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3Ncljpc
clntcXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxcljwMjR
cXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljI
wMjQtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWVycXFxcljpcX
FwiMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6
XFxcljwMjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXI
cXFwiOlxcXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZ
F9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXFxcln1c
In0ifQ%3D%3D



AfD Landkreis Harburg

14. Februar 2024 · 1

DIE DIKTATUR BEGINNT JETZT

Anders kann man diesen Post der Bundesinnenministerin Nancy „Antifa“ Faeser nicht interpretieren. Sie wird dafür zuständig sein, wer ein Rechtsextremist ist und wann der Staat verhöhnt wurde. Das wird praktisch alle Nicht-Linksextremisten umfassen.

In ihrem Umfeld werden Menschen, die nicht geimpft sind oder an zwei an statt 170 Geschlechter glauben, als rechtsextrem bezeichnet. Faesers Behörde kann nun wirklich jeden willkürlichen Vorwand nehmen, um Menschen zu überwachen und zu diskriminieren. Unser Rechtsstaat wird in aller Öffentlichkeit demontiert. Ein antidemokratisches, dystopisches Szenario, das nur Ihr mit Eurer Stimme verhindern könnt.

Quelle: Martin Sichert (AfD), MdB

WIRD JETZT SATIRE VERBOTEN?



Nancy Faeser

@NancyFaeser

Folgen

Wir wollen bei Rechtsextremisten jeden Stein umdrehen. Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen!

Diese Person will bestimmen, wer ein Rechtsextremist ist und was eine Verhöhnung des Staates darstellt!

DIE DIKTATUR BEGINNT JETZT!

SICHERT DEUTSCHLAND



29

9 Kommentare · 4 Mal geteilt

Gefällt mir

Komentieren

Teilen

m5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZ
XNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifSlsInJwX2
NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVclj
pclmNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3Ncljpc
clntcXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxcljIwMjR
cXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljI
wMjQtMVxcXCIsXFxclmVuZGF95ZWVycXFxcljpc
XFwiMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZGF9tb250aFxcXC
I6XFxcljIwMjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kY
XlclXFwiOlxcXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmV
uZGF9kYXlclXFwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXFxcl
n1cln0ifQ%3D%3D



AfD-Fraktion Gemeinderat Winsen Aller

25. März 2024

Jetzt haben wir es schwarz auf weiß:

RKI-Protokolle entlarven Corona-Lügen: Wo bleiben die Rücktritte und Konsequenzen?

In einem Land mit einer funktionierenden politischen Kultur würde es nun Rücktritte hageln. Gesundheitsminister Lauterbach müsste seinen Posten unverzüglich räumen, aber auch zahlreiche Verantwortliche des Robert-Koch-Instituts und Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Doch die etablierten Parteien haben sich in einem Kartell eingerichtet, in dem fast niemand mehr für Fehlverhalten und himmelschreiendes Unrecht zur Verantwortung gezogen wird.



AfD

25. März 2024

RKI-Protokolle entlarven Corona-Lügen: Wo bleiben die Rücktritte und Konsequenzen?... [Mehr anzeigen](#)

63

4 Kommentare 7 Mal geteilt

b3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3Ncljpcllwif
SJ9



Afd Rotenburg/Wümme

26. März um 16:19 · 🌐

In der DDR hatte man auch die Möglichkeit etwas anderes zu wählen, wenn man nicht nur den Zettel für die SED falten wollte.
Auch da gab es die CDU, die LDPD, die NDP, aber letztlich waren sie auch nur Marionetten des sozialistischen Systems. Damals wie heute, Blockparteien wählt man nicht!

**IN DEUTSCHLAND HABEN WIR
ALLE MÖGLICHEN REGIERUNGEN:**

Rot-Grün

Schwarz-Grün-Gelb

Rot-Grün-Gelb

Rot-Grün-Schwarz

Schwarz-Gelb

Rot-Schwarz

Schwarz-Grün

Rot-Rot

Rot-Rot-Grün

Warum sollte es also etwas bringen, eine dieser
Parteien zu wählen?



Afd Niedersachsen

26. März um 07:15 · 🌐

++ Wer soll diesen Parteien noch glauben? ++

„Uns reicht's! Wir wählen CDU!“, plakatierte die CDU in unserem Nachbarbundesland Nordrhein-Westfalen im Wahlkampf 2017. Weil unter der rot-grünen Landesregierung die Ausländerkriminalität durch die Decke ging.

Dabei verschwieg man aber geflissentlich, dass im Bund die eigene Partei die Kanzlerin stellte, die diese Zustände entscheidend mitverantworten hat. Das ist ein typischer Trick, den durch die Bank weg alle Etablierten anwenden.

Lassen Sie sich nicht in die Irre führen: All diese Parteien sind irgendwo in Deutschland in Regierungsverantwortung. Keine von ihnen hat etwas zum Besseren gewendet. Und keine von ihnen wird es tun, wenn sie nochmal gewählt wird!

Treten Sie der Afd bei und bereiten Sie den ersten echten Regierungswechsel seit Langem mit uns vor: www.afd-niedersachsen.de/mitglied-werden

14

4 Mal geteilt



Gefällt mir



Kommentieren



Teilen

AfD Verden-Osterholz - Folgen
20. Mai 2024

Diese Einheitsfronten bilden sich überall. Die Blockparteien zünden Deutschland gerade an und behaupten dann, die AfD ist wieder schuld. Jedem sollte klar sein, wer nicht AfD wählt, bekommt automatisch die Grünen!

RÜCKKEHR DER
DDR?

Die „demokratische Front“ atomisiert Deutschland

VON MARCO GALLINA
Mo, 20. Mai 2024



Auf einem Wahlplakat im Landkreis Roth treten die „Demokratischen Parteien“ zum EU-Wahlkampf gegen die AfD gemeinsam an: von CSU bis Linke. Ein Vorgeschmack auf die Einheitsfront?



satorische Trennlinie der De
rechts der Union: Wie sich eil
derlebt!

1

4 Kommentare

Ort

Juni

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
22	26	27	28	29	30	31
23	2	3	4	5	6	7
24	9	10	11	12	13	14
25	16	17	18	19	20	21
26	23	24	25	26	27	28
27	30	1	2	3	4	5
						6

Mo, 16. Jun., 13:22



m5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZX
NfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifSlslInJwX2Ny
ZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpcI
mNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcInt
cXFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxcljIwMjRcXF
wiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljIwMj
QtMVxcXCIsXFxclmVuZGF95ZWVYXFxcljpcXFwi
MjAyNFxcXCIsXFxclmVuZGF9tb250aFxcXCI6XFx
cljIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlclmFyZ
wiOlxXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZGF9kY
XlclmFwiOlxXClyMDI0LTEyLTMxXFxclm1cln0if
Q%3D%3D

afd AfD Oldenburg Land
18. Juli 2024

COMPACT-Verbot: Breiter Widerstand gegen Faeser

Nach dem „COMPACT“-Verbot von Nancy Faeser schwappt der BRD-Innenministerin eine gewaltige Welle des Widerstandes und der Abneigung entgegen. Auf der anderen Seite solidarisieren sich bereits Tausende im Netz mit dem kritischen Magazin. Aber nicht nur von den „COMPACT“-Fans hagelt es Kritik an der Innenministerin – auch neutrale Beobachter fürchten bereits, dass dieser autoritäre Schritt Faesers die Tore zur Diktatur aufgestoßen hat. Viele fragen sich, was als Nächstes kommt? Welche anderen regierungskritischen Medien sollen verboten werden? Mit welchen drastischen Mitteln geht die Ampelregierung künftig gegen die Opposition vor?



Die gefährlichen Faschisten, die vorgeben, die Demokratie zu verteidigen, lassen sich wieder einmal ganz neue Regeln einfallen, um sich die politische Konkurrenz vom Leibe zu halten. Die Demokratie, der sie dienen ist keine! Diese Leute haben sich die Demokratie zur Beute gemacht und sitzen durch Staatsgelder fettgefressen wie eine Spinne im Netz an einflussreichen Stellen im System. Sie versorgen mit Steuergeldern ihre Nützlinge und die von ihnen gelenkten Medien und bekämpfen jeden, der versucht, ihnen ihre Macht wieder wegzunehmen. Totengräber unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung, unserer Gesetze, Werte und Normen. Nur die Wähler können diesen Spuk beenden, indem Sie bei künftigen Wahlen nur noch AfD wählen! Kommen Sie zu uns! Werden Sie Mitglied! Machen Sie die Opposition stärker und gemeinsam werden wir diese Leute aus ihren Ämtern fegen! Deutschland braucht die Wende! Deutschland braucht die AfD!



Ort

Mai

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
18	28	29	30	1	2	3
19	5	6	7	8	9	10
20	12	13	14	15	16	17
21	19	20	21	22	23	24
22	26	27	28	29	30	31
23	2	3	4	5	6	7
						8

< 2025 >



pclm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixcl
mFyZ3NcljpcllwifSlslJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6
MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVclix
clmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhenRfeWVhcixcXCI6XFxc
ljlwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcl
jlwMjQtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWYyXFxcljpcXFwi
MjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljlw
MjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcXCI
yMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcXFwiOlxcXC
lyMDI0LTEyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D

 AFD Oldenburg Land
11. August 2024 · 

Wie wäre es mit „verwirkbaren Minister-Titeln“, wenn diese Personen sich nicht mehr an die Rechtsstaatlichkeit halten, und eine Diktatur anstreben?

CDU-MANN SCHLÄGT "VERWIRKBARE LIZENZEN" FÜR SOCIAL-MEDIA-NUTZER VOR UND ERNTET WUT



 AFD Offenbach-Land - Alternative für Deutschland · Folgen
11. August 2024 · 

Düsteres Gedankengut vom Steigbügelhalter der Kommunisten in Thüringen... [Mehr anzeigen](#)

 9

1 Kommentar · 3 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren


 Teilen


ik
cl
jpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixc
ImFyZ3NcljpcIlwifSIsInJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU
6MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbWVcl
ixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhenRfeWVhcixcXCI6XF
xcljwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XF
xcljwMjQtMVxcXCIsXFxcImVuZF95ZWVycXFxcXcljpcXF
wiMjAyNFxcXCIsXFxcImVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcXclj
wMjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcX
ClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxcImVuZF9kYXlcXFwiOlxc
XClyMDI0LTEyLTMxXFxcIn1cln0ifQ%3D%3D

 AFD Oldenburg Land
4. September 2024 · 

Alles richtig, nur wird sich die AfD nicht mehr „verhindern“ lassen, auch wenn sie undemokratisch von den Kartellparteien ausgegrenzt wird.
Der Ostdeutsche ist 89 nicht auf die Straße gegangen um wieder in einer Diktatur zu landen!



 Anabel Schunke · Folgen

4. September 2024 · 

Jan van Aken von der Linkspartei bei Lanz zum Thema Migration.

Oder: Warum die CDU sich von dieser Partei weder in einer Minderheitenregierung tolerieren lassen noch mit ihr in irgendeiner anderen Form zusammenarbeiten sollte, wenn sie keinen politischen Selbstmord begehen will.

Wenn die CDU mit solchen Leuten gemeinsame Sache macht, um die AfD zu verhindern, holt die AfD bei den nächsten Landtagswahlen im Osten die absolute Mehrheit.

Wie will man mit einer solchen Partei auch nur irgendeinen sinnigen Beschluss zum Thema Migration fassen?

[#lanz](#) [#janvanaken](#) [#migration](#) [#asylpolitik](#)

 14

3 Kommentare

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

Sitzverteilung - Die hier dargestellten Daten sind vorläufig. Entscheidend über die Vergabe von Mandaten ist das amtliche Endergebnis, welches vom Landeswahlleiter verkündet wird.

Landtagswahl, Land Brandenburg
Vorläufiges Ergebnis



© Landeswahlleiter Brandenburg/Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg

Alternative für Deutschland (AfD)

30 Sitze



23. September 2024
Das vorläufige amtliche Ende
Brandenburgwahl steht fest:

- Die AfD legt um 5,7 Prozent auf 29,2 % und zieht mit 30 Mandaten in den Landtag ein. In Umfragen und Wahl lag sie noch bei 28 %.
- Die SPD kommt dank Leif Grünen, Linken und FDP auf SPD knapp vor der AfD liegt spielt de facto keine Rolle. In AfD stärkste Partei geworden schließt das Kartell sie von einer Regierungsbeteiligung aus.

- Grüne draußen
- FW draußen
- Linke draußen

- FDP bei 0,8 % und draußen
- AfD hat eine Sperrminorität
- Für Rot-Schwarz reicht es ist mit 2 Mandaten Mehrheit. Lila möglich. Bei der Wunderratswahl das viel Ungewissheit.

- Die "gemäßigte" WerteU und Meuthen bei 0,26 %, Ra immer die Medien, sich zu mehr Stimmen aus dem "Büro bekommt?"

- AfD stärkste Kraft bei den anzeig





Max Otte ✓

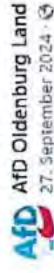
@maxotte_says

In Thüringen schwadronieren
Parteifunktionäre der Altparteien von
"#Machtergreifung", während gerade
die Machtergreifung von Mario Voigt
vorbereitet wird.
Zur Erinnerung: für die Machtergreifung
wurden 1933 Gesetze verändert, nicht
verteidigt. Die AfD verteidigt geltendes
Recht.

Zuletzt bearbeitet 10:51 · 27 Sept. 24

283 Reposts 5 Zitate

1.074 „Gefällt mir“-Angaben 20 Lesezeichen



AFD Oldenburg Land
27. September 2024 ·
War das in Coronazeiten nicht
Blockparteien wollten und hab
geltendes Recht außer Kraft ge
Macht am Parlament vorbei pe
"Ministerpräsidentenkonferen
und die AfD hat als einzige Pa
dagegenzuhalten.



Relevanteste ▾



André Niedner

<https://www.ardmedia-o/nachtcfe/was-von-bleibt/swr/Y3JpZDovL3ZxgwbzlwNjkyMTU>

40 Wo.

Gefällt mir · An



Markus Göwert

Hier mal zum Vergleich
konstituierende Sitzung
Bundestages aus 2017
Anträge zur Geschäfts
Beginn der Sitzung ab
wurden.

Vielleicht gibt es ja ma
sachliche Antwort, wo
Unterschied liegen soll
(ca. Minu... Mehr anze

40 Wo.

Gefällt mir · An



Kommentieren ...



m15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3N
cljpcllwifSlsInJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5h
bWVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntc
XFwic3RhcncRfeWVhclxcXCI6XFxccljwMjRcXFwiLFxcXCJz
dGFydF9tb250aFxcXCI6XFxccljwMjQtMVxcXCIsXFxcImVu
ZF95ZWVycXFxccljpcXFwiMjAyNFxcXCIsXFxcImVuZF9tb250
aFxcXCI6XFxccljwMjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlc
XFwiOlxcXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxcImVuZF9kYXlcXFwi
OlxcXClyMDI0LTEyLTMxXFxcIn1cln0ifQ%3D%3D



AfD Cloppenburg / Vechta

28. September 2024 · 🌐

...

In Thüringen haben die Kartellparteien heute die Demokratie abgeschafft!
Wahlsieger erhält durch CDU Kungeleien keinen Vizepräsidenten!

Weimar/Erfurt, 27.09.2024



Nach langem mit großer Geduld der Thüringer Bürger ertragenem
Leidensweg verstarb heute unsere geliebte

Demokratie

Unser besonderer Dank gilt der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag,
die bis zum Schluß alles in ihrer Macht Stehende getan hat, um die
Demokratie in Thüringen zu erhalten. Leider waren am Ende die
Scheindemokraten und Autokraten von CDU, SPD Linke und BSW
mit Hilfe willfähriger Richter am Verfassungsgerichtshof stärker.

In tiefer Trauer:
Die thüringer Bürger und Wähler
Björn Höcke und Fraktion

Thüringer Verfassungsgerichtshof:
Klaus von der Weiden [#CDU](#)
Anika Klafki: [#SPD](#)
Jens Petermann [#Linke](#)
Jörg Geibert [#CDU](#)
Klaus Hinkel [#SPD](#)



AfD im Landkreis Wolfenbüttel

28. September 2024 · 🌐

In [#Thüringen](#) hat die [#CDU](#) gezeigt, der Wählerwille ist egal. Egal wer stärkste Kraft ist, die
CDU behält die Macht. Zur Not holt man eben das CDU geführte Verfassung... [Mehr anzeigen](#)



AfD Oldenburg Land und 14 weitere Personen

12 Kommentare · 3 Mal geteilt

cljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNcli
xclmFyZ3NcljpcIlwifSlslInJwX2NyZWf0aW9uX3Rpb
WU6MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWf0aW9uX3Rpb
WVclixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcncRfeWVhcixcX
CI6XFxcljwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxc
XCI6XFxcljwMjQtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWfYXF
xcljpcXFwiMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcX
CI6XFxcljwMjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlc
XFwiOlxcXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlc
cXFwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%
3D



AfD Kreisverband Wilhelmshaven

1. Oktober 2024

AfD-Verbotsantrag im Bundestag

Mehrere Bundestagsabgeordnete planen ein Verbotverfahren gegen die AfD! Dieser Vorstoß wird von einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU/CSU, Grünen und Linken unterstützt. Ziel ist es, die AfD als verfassungswidrig einzustufen, obwohl die juristische Grundlage und die notwendige Mehrheit im Bundestag noch unklar sind. Das spricht Bände über die eigentliche Verfassungstreue dieser Abgeordneten!

Siemtje Möller (SPD) sagt: „Wir brauchen noch Zeit“, und verweist auf die Komplexität eines gut begründeten Verfahrens. Anne Janssen (CDU) warnt davor, dass ein Verbot das Opfernarrativ der AfD stärken könnte.

MdB Martin Sichert (AfD) bezeichnet den Versuch, politische Opposition zu verbieten, als „diktatorisches Denken“ und stellt klar: Ein Verbot der AfD würde den Bürgern zeigen, welche Abgeordneten diktatorisch handeln.

Dazu unser Kreisvorsitzender Thorsten Morße MdL:

Echte Demokraten haben es nicht nötig, andere Parteien zu verbieten. Steht zusammen für die Meinungsfreiheit und gegen Diktatur! 🇩🇪



Jeverisches Wochenblatt · Folgen

1. Oktober 2024

Die Diskussion um ein mögliches Parteiverbot der AfD hat wieder Fahrt aufgenommen. In Kürze könnte ein entsprechender Antrag im Bundestag eingereicht werden. Was die Bu... **Mehr anzeigen**



NWZONLINE.DE

AfD-Verbotsantrag im Bundestag: Das sagen die Bundestagsabgeordneten aus der Region

3

2 Kommentare · 1 Mal geteilt

Gefällt mir

Komentieren

Teilen



AFD Kreisverband Friesland

1 Tag · 🌐



Die deutschen Qualitäts- und Leitmedien berichten ausführlich über offene Zensur die nach über 75 Jahren wieder in Deutschland stattfinden soll.

Ach nein doch nicht, die Leitmedien wie Spiegel, Focus, Süddeutsche Zeitung usw nehmen die geplante Zensur einfach hin.

Vielleicht nehmen sie es hin weil sie eh nur Haus und Hofberichterstatter der Regierung und des Altparteienkartells sind.

Meinungsfreiheit und echte Demokratie gibt es wenn ihr die AfD wählt.

herse online

DSA: Bundesnetzagentur benennt ersten "Trusted Flagger"

Die erste deutsche Organisation, REspect!, hat sich für den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers qualifiziert.

vor 4 Tagen



iFun.de

EU-Digitalgesetz: Meldestelle REspect! wird erster „Trusted Flagger“

Die Bundesnetzagentur hat mit der Meldestelle REspect! der Stiftung zur Förderung der Jugend in Baden-Württemberg heute die erste ...

vor 5 Tagen



Caschys Blog

Trusted Flagger für Online-Plattformen in Deutschland zugelassen

Die Begrifflichkeit "Trusted Flagger" hören vielleicht einige unserer Leser zum ersten Mal. Grundsätzlich handelt es sich dabei um ...

vor 5 Tagen



mobiflip

Deutschlands erster „Trusted Flagger“ zugelassen

Die Bundesnetzagentur hat heute die erste Organisation als Trusted Flagger nach dem Digital Services Act (DSA) zugelassen. Die Meldestelle REspect!

vor 5 Tagen



dasding.de

HIER kannst du jetzt Hate und Fake News melden

Die Bundesnetzagentur hat mit "REspect!" eine erste offizielle Meldestelle zugelassen, um illegale Inhalte im Netz zu bekämpfen.

vor 4 Tagen



Tichys Einblick

Bundesnetzagentur stattet Meldestelle mit weitreichenden Befugnissen aus

Die Meldestelle der Bundesnetzagentur ist heute die erste ...



6

3 Mal geteilt

Gefällt mir

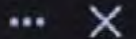
Kommentieren

Teilen



AfD Oldenburg Land

1 Tag ·



DDR

AMPEL- DEUTSCHLAND

- | | |
|----------------------------|---|
| ▶ staatliche Willkür | ▶ Corona-Maßnahmen
Ausgrenzung der Opposition |
| ▶ Kontrolle der Medien | ▶ Staatsfunk-Propaganda
EU Media Freedom Act
EU Digital Service Act |
| ▶ Überwachung
und Angst | ▶ „Sicherheitspaket“
„Demokratiefördergesetz“
Tatbestand der „Delegiti-
mierung des Staates“ |

Für Freiheit & Demokratie:



AfD-Fraktion NRW

1 Tag ·

++ Dieses Ereignis änderte alles! ++

Am 9. Oktober 1989 demonstrierten in Leipzig 70.000 Bürger friedlich gegen das DDR-Regime und weder Volkspolizei, Stasi no... [Mehr anzeigen](#)



14

2 Mal geteilt



Gefällt mir



Kommentieren



Teilen

Irrenhaus Deutschland!

Aus Angst vor Zustimmung der AfD wird die illegale Massenmigration aufrechterhalten und der Bundestag lahmgelagt. Die Blockparteien müssen abgestraft werden!

<https://www.nius.de/.../267871e2-3d27-4793-854c-d6b6133fac1a>

<https://www.nius.de/.../1f003e6b-12a6-46db-8832-58ed6a11ba55>

NIUS APP **NEU**

Aus Furcht vor AfD-Zustimmung: Union bringt Antrag zur Migrationsbegrenzung nicht ein



Ampe! und Union einigen sich darauf, bis zur Neuwahl den Bundestag lahmzulegen

1

Gefällt mir

Kommentieren ...

Kommentieren

Tellen



Ort

Juni >

Mi	Do	Fr	Sa	So
22	26	27	28	29
30	1	2	3	4
5	6	7	8	9
10	11	12	13	14
15	16	17	18	19
20	21	22	23	24
25	26	27	28	29
30	1	2	3	4
5	6			

< 2025 >

iliters=eyjycf9naakob3iomc10m10m0m0bwwvcijpc0m |5X2dy
b3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcllwifS
lslnJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpcI
mNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3Rhc
nRfeWVhclxcXCI6XFxcIjlwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb2
50aFxcXCI6XFxcIjlwMjRcXFxcIjVxcXCIsXFxcImVuZWF95ZWFiXF
xcIjpcXFwiMjAyNFxcXCIsXFxcImVuZWF9tb250aFxcXCI6XFx
cIjlwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXIcXFwiOlxcXCly
MDI0LTEtMVxcXCIsXFxcImVuZWF9kYXIcXFwiOlxcXClyMDI0
LTEyLTMxXFxcIn1cln0ifQ%3D%3D



AfD Goslar

20. November 2024 · 🌐



Netzfund.

Hier ein paar Erklärungen warum die Grünen so gefährlich sind:

Die Grünen sind keine Demokraten, weil sie die Grundprinzipien der Demokratie untergraben und versuchen eine totalitäre Diktatur nach ihrer Vorstellung zu errichten. Hier sind einige Gründe dafür:

1. Abschaffung der Gewaltenteilung: In einer Demokratie gibt es eine klare Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, um Machtmissbrauch zu verhindern. Die Grünen versuchen diesen Schutzmechanismus aufzulösen.
2. Abschaffung freier Wahlen und Parteien: Eine funktionierende Demokratie ist auf regelmäßige, freie Wahlen und ein Mehrparteiensystem angewiesen. Die Grünen versuchen politische Parteien außerhalb des links-grünen Meinungsspektrums zu verbieten. Dadurch können keine oppositionellen Meinungen mehr ins Parlament einfließen, was die Demokratie effektiv beenden würde.
3. Einschränkung der Meinungsfreiheit: Eine lebendige Demokratie lebt vom freien Austausch von Ideen und Meinungen. Die Grünen unterdrücken jedoch jegliche kritischen Stimmen und schränken die Pressefreiheit massiv ein. Medien werden zu Propagandainstrumenten der Regierung, sodass keine unabhängigen Informationen mehr verbreitet werden.
4. Einsatz von Angst und Einschüchterung: Demokratische Regierungen basieren auf der Zustimmung der Bürger, während die Grünen ihre Macht auf Angst und Unterdrückung aufbauen. Der Geheimdienst, der Verfassungsschutz und „Organisationen“ wie die #Antifa schüchtern die Bevölkerung ein und sorgen dafür, dass jede Form des Widerstands gegen die Regierung im Keim erstickt wird.
5. Personenkult: Die Grünen etablieren den „Personenkult“, das bedeutet, dass einige wenige Politiker als „Führer“ allein Entscheidungen treffen und alle ihnen bedingungslos folgen müssen. Dieses Prinzip steht im Widerspruch zu demokratischen Werten, die auf kollektiven Entscheidungen und der Beteiligung aller Bürger beruhen.

👍👎 15

5 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen



Kommentieren ...





AfD im Landkreis Wo
14. Dezember 2024 ·
Thüringen beweist, es gibt nu
Deutschland, das Kartell der
AfD.



👍👎🗨️ 59



Relevanteste



Christian Bachmann
Das was in Thüringen
kann man nur noch a
bezeichnen. Demokra
mir anders vor. 🙄

29 Wo. · Gefällt mir · A



Peter Fischer
Nichts anderes erwart
Altparteien. Lügen un
bis es denen passt. 🙄

29 Wo. · Gefällt mir · A



Thomas Krause
Bis sie brechen und v

29 Wo. · Gefällt mir · A



Günter Reif hat g



Manfred Hartmann
Politischer Schmutz. Z
nicht lange gut gehe

29 Wo. · Gefällt mir · A



Kerstin Wehner



29 Wo. · Gefällt mir · A



Cimmna Broda

Kommentieren ...



Antworten 3

AfD Verden-Osterholz · Folgen
20. Dezember 2024

Die Wahnsinnspolitik der Blockparteien hinterlässt ihre nächsten Opfer
Kein Vergeben, kein Vergessen!

Unsere Gedanken sind bei den Hinterbliebenen!

<https://www.nius.de/.../502aeb1d-b376-4198-a035-a3bb18e0ffdd1>



NACHRICHTEN

11 Tote, bis zu 80 Verletzte: Arabischer Terrorist rast in Magdeburg in Weihnachtsmarkt



Einsatzkräfte sperren den Tatort ab.

20.12.2024 · 21:09 Uhr

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

Ort

Juni							< 2025 >						
Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
22	25	27	28	29	30	1							
23	2	3	4	5	6	7	8						
24	9	10	11	12	13	14	15						
25	16	17	18	19	20	21	22						
26	23	24	25	26	27	28	29						
27	30	1	2	3	4	5	6						

Cl6Intclm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hb
mRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIl
wifSlsInJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU6MCI6
Intclm5hbWVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbW
VclixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3Rhc nRfeWV
hclxcXCI6XFxcljwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFy
dF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjQtMVxcXCIsX
FxclmVuZF95ZWVyXFxcljpcXFwiMjAyNFxc
XCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljwM
jQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwi
OlxcXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9
kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXFxcln1
cln0ifQ%3D%3D

 AFD Kreisverband Osnabrück-Stadt
27. Dezember 2024

Wer die Wahl hat, hat keine Qual!

Am 23. Februar ist es soweit: Wir stehen vor einer entscheidenden Wahl, die unser Land für die kommenden Jahre prägen wird! Ein neuer Bundestag wird gewählt, und die Frage, die sich jeder von uns stellen sollte, lautet: Wen wollen wir wählen? Hier ist eine kleine Hilfestellung für all jene, die die Nase voll haben von den altbekannteren politischen Spielchen!

Die CDU hat über 16 Jahre lang unter der Führung von Angela Merkel eine Politik der Unentschlossenheit und des Stillstands betrieben – eine regelrechte Merkel-Diktatur! Erinnern wir uns an die Einleitung des Atomausstieges: Ein Schritt, der nicht nur die Energieversorgung destabilisiert hat, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands aufs Spiel gesetzt hat. Und was kam danach? Die SPD, die Grünen und die FDP haben in nur drei Jahren alles noch schlimmer gemacht! Ihr unüberlegtes Handeln hat unser Land und unsere Wirtschaft weiter ins Verderben geführt.

Es ist höchste Zeit, dass wir aufwachen und die Zeichen der Zeit erkennen! Wir brauchen eine Politik, die für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gestaltet wird – nicht für die Interessen einer kleinen Elite. Die AFD steht für eine Zukunft, in der wir wieder ohne Angst leben können! Eine Zukunft, in der unser Land nicht von ideologischen Experimenten, sondern von gesundem Menschenverstand und nationalem Stolz geprägt ist.

Lasst uns gemeinsam die Weichen für eine Politik stellen, die unser Land voranbringt und die Sicherheit aller Bürger gewährleistet. Wer die Wahl hat, hat die Möglichkeit, für eine Veränderung zu stimmen – und diese Veränderung heißt AFD! Gemeinsam gestalten wir eine Zukunft, in der wir wieder stolz auf uns und unser Land sein können.



DREI ALTE WEISSE MÄNNER
ODER
EINE JUNGE FRAU

MÄRCHEN FÜR DIE WIRTSCHAFT
KRIEG FÜR DEUTSCHLAND
HAT VERGESSEN WAS ER WILL
MÄCHT POLITIK FÜR DEUTSCHLAND

 **Afd**
KREISVERBAND
OSNABRÜCK-STADT

Am 23. Februar
beide Stimmen:
AFD!

AfD Verden-Osterholz · Folgen
9. Februar

Bestätigt, Demos gegen die AfD sind von der Regierung mit Steuergeldern finanziert!
Solche organisierten Masserdemos gibt es sonst nur in totalitären Staaten!

Am 23.02 die Systemparteien versenken!

#MEGA #Brandmauer #Brandmauertote

<https://www.nius.de/.../4b9d5ce8-7800-4fa4-a7dd-ac078530d54f>

<https://www.bild.de/.../mit-steuergeldern-gegen-die-cdu...>

NIUS APP **NEU**

ALLE DETAILS!

N + Live-Talk mit Ralf Schuler

All Nachrichten NIUS Live Politik



**Chef-Wahlkämpfer der SPD gesteht ein:
„Demos gegen Rechts“ von der
Regierung finanziert**

von Redaktion

👍 5



2 Kommentare · 3 Mal geteilt

Ort

Juni

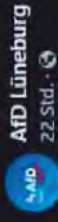
Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
22	26	27	28	29	30	31
23	2	3	4	5	6	7
24	9	10	11	12	13	14
25	16	17	18	19	20	21
26	23	24	25	26	27	28
27	30	1	2	3	4	5
						6

< 2025 >



Eilmeldung

Wegen Faeser-Meme: Chef des „Deutschland-Kurier“ zu sieben Monaten Haft verurteilt



AfD Lüneburg
22 Std. · 🌐

+++ Das Gericht ihrer Hoheit für

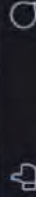
7 Monate auf Bewährung und eine Entschuldigung als Auflage. So ist in autokratischen Ländern über Inzwischen leider auch hier. Das sollte auch linke Medien ein Spielraum der Meinungsfreiheit enger.

In der Satire liegt immer ein wal und ihr ergebendes Amtsgericht das verdeutlicht.

Wir aber wählen die Freiheit!
... Mehr anzeigen



30



Relevanteste ▾



Silke Sievers

Die bekommt schon noch gerechte Strafe... Und die natürlich auch

22 Std. · Gefällt mir · Antw



Torsten Claassen

Verbrecherorganisation al

21 Std. · Gefällt mir · Antw



Karin Hölzinger-geyer

Orwell 1984: Wer das Buch den Film kennt weiß bes

20 Std. · Gefällt mir · Antworten



Herbert Zahra



Die AfD wird zu stark, daher will man uns über die gelenkten Justiz und den hörigen Verfassungsschutz einfach verbieten. Den Bürgern wird auf diesem Wege die Möglichkeit genommen, eine andere Politik zu wählen. Sowaas machen Diktaturen.

Entzug des passiven Wahlrechts bei mehrfacher Verurteilung wegen "Volksverhetzung"

Antidemokratische Streitfragen und Volksverhetzung

Im Rahmen der Rüstungsbekämpfung unserer Demokratie regeln wir dem Entzug des passiven Wahlrechts bei mehrfacher Verurteilung wegen Volksverhetzung. Wir wollen Integrität, Antisemitismus, Hass und Hetze noch intensiver bekämpfen und dazu insbesondere den Tatbestand der Volksverhetzung verschärfen. Wir prüfen, inwiefern eine Strafbarkeit für Anträger und Söldner, die in Zusammenhang mit der Demontierung antisemitische und extremistische Hetze in geschützten Chatgruppen teilen, eingeführt werden kann.

21879
2890
2191
2892
2893
2894
2895

Wie die GroKo die Opposition angreift



11. April um 09:25

Schwarz-Rot möchte Personen bei „mehrfacher Verurteilung wegen Volksverhetzung“ das passive Wahlrecht entziehen. Bei der jetzigen Rechtsprechung zum Paragrafen wird die...
Mehr anzeigen

Ort

April

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
14	1	2	3	4	5	6
15	7	8	9	10	11	12
16	14	15	16	17	18	19
17	21	22	23	24	25	26
18	28	29	30	1	2	3
19	5	6	7	8	9	10
						11

< 2025 >

Ein Sinn, die Staatsbürgerschaft zu verschleiern ist, das Wahrecht. Es sichert den Kartellparteien ihre Macht. Ein anderer Sinn besteht darin, die Statistik zu verfälschen.

NORDRHEIN-WESTFALEN

So viele deutsche Intensivtäter heißen Mohammed und Ali

jf.de

JUNGE FREIHEIT ist hier: **Nordrhein-Westfalen - Folgen**
 11. April

Fast 70 Prozent der jugendlichen Intensivtäter in Nordrhein-Westfalen haben einen Migrationshintergrund – viele von ihnen besitzen dennoch die deutsche Staatsangehörigkeit.
Mehr anzeigen

Ort

Mai

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
18	28	29	30	1	2	3
19	5	6	7	8	9	10
20	12	13	14	15	16	17
21	19	20	21	22	23	24
22	26	27	28	29	30	31
23	2	3	4	5	6	7
						8

< 2025 >

=kar

tell&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpc
clm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixcl
mFyZ3NcljpcIlwifSIsInJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU6
MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbWVclix
clmFyZ3NcljpcIntcXFwic3Rhc nRfeWVhclxcXCI6XFxc
ljlwMjVcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcl
jlwMjUtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWFOaW9uX3RpbWU6
MjAyNVxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljlw
MjUtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcXCI
yMDI1LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcXFwiOlxcXC
lyMDI1LTEyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D



AfD Kreisverband Friesland - Wittmund

21. Mai · 🌐

...

Der Witz dabei, diese sogenannten Demokraten der Altparteien sprechen immer von demokratischen Fraktionen.

Lächerlich.

Kartell bleibt Kartell.



AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag · Folgen

21. Mai · 🌐

Die anderen Parteien beschädigen mit ihrer willkürlichen Diskriminierung die demokratischen Institutionen! Alice Weidel und Tino Chrupalla zur Ausgrenzung der AfD im Bundestag!

👍👎👏 8

1 Kommentar 2 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

Captured at: 22/05/2025 07:49

0597

URL: https://x.com/AfD_Lueneburg/status/1925247

83228757774



AfD Kreisverband Lüneburg

@AfD_Lueneburg



Kartellparteien verweigern uns Ausschussvorsitze.

Wir werden das nicht vergessen haben, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag geändert haben. Versprochen!
[#DeshalbAfD](#) [#ZeitfürDeutschland](#) [#gesichertunbequem](#)

Translate post

JF JUNGE FREIHEIT @Junge_Freiheit · 12h

Die AfD geht bei den Ausschußvorsitzen leer aus. Es wird sich gar nicht die Mühe gemacht, inhaltliche Argumente gegen ihre Kandidaten vorzubringen. Wie schon bei der Frage nach dem viel zu kleinen Sitzungssaal geht es nur noch darum, zu schikanieren. jungefreiheit.de/debatte/kommen...

7:50 PM · May 21, 2025 · 118 Views



arteien&filters=eyJycF9jcmVhdGlvbI90aW1lOjAiOiJ7XCJ
 uYW1lXCi6XCJjcmVhdGlvbI90aW1lXCIsXCJhcmdzXCi6X
 CJ7XFxcInN0YXJ0X3llyXJcXFwiOlxcXClyMDI1XFxclicxX
 Fwic3RhenRfbW9udGhcXFwiOlxcXClyMDI1LTFcXFwiLFx
 cXCJlbnRfeWVhcixcXCi6XFxcliclwmMjVcXFwiLFxcXCJlbn
 RfbW9udGhcXFwiOlxcXClyMDI1LTFcXFxclicxXFwic3Rhc
 nRfZGF5XFxclicpcXFwiMjAyNS0xLTFcXFwiLFxcXCJlbnRf
 ZGF5XFxclicpcXFwiMjAyNS0xMi0zMVxcXCJ9XCJ9liwicnB
 fYXV0aG9yOjAiOiJ7XCJueWw1lXCi6XCJteV9ncm91cHNfy
 W5kX3BhZ2VzX3Bvc3RzXCIsXCJhcmdzXCi6XCJcIn0ifQ
 %3D%3D



AfD im Landkreis Wolfenbüttel

21. Mai um 15:05 · 🌐



Das, was die Kartellparteien mit der AfD machen, um sie auszugrenzen, ist nicht nur kindisch, es zeigt vor allem die Kleingeistigkeit jener. Mit Wissen, Können und guter Politik können sie anscheinend nicht punkten und versuchen es daher mit unlauteren Mitteln.



AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

20. Mai um 18:17 · 🌐

Der Reichstag gehört dem Volk und nicht der SPD!... Mehr anzeigen



AFD- Fraktion im Lüneburg Stadtrat
17. Juni um 20:04 ·
+++ Vertreter der AFD wird a
Die Initiative "Bezahlbarer Wohnraum Lüneburg" hat kurzfristig den Namen von dem „Werkstatt“ ausgeschlossen.
Die Ausladung der AFD folgte der Initiative ausgeübten Druck der Kartell-Fraktionen, so dass die Teilnahme der AFD hätte bei der Entscheidung zu einem Aufbruch der Sache ni... Mehr anzeigen

7

Relevanteste
Andrea Klüber
2 Wo. · Gefällt mir · An
Kommentieren ...

6Intclm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbm
RfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwi
fSlslnJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU6MCI6In
tclm5hbWVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbWV
clixclmFyZ3NcljpcIntcXFWic3Rhc nRfeWVh
clxcXCI6XFxcljwMjVcXFWiLFxcXCJzdGFyd
F9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjUtMVxcXCIsXF
xclmVuZF95ZWVycXFWicXFWiMjAyNVxcX
CIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMj
UtMTJcXFWiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFWi
OlxcXClyMDI1LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9
kYXlcXFWiOlxcXClyMDI1LTEyLTMxXFxcln1
cIn0ifQ%3D%3D



AFD Wolfsburg
20. Juni um 12:52

Unsere politischen Gegner hatten Jahrzehnte, um sich im System einzunisten und es nun zu kontrollieren. Nun betrachten sie den Staat als ihr Eigentum und machen die Regeln, wie sie sie gebrauchen können. Der Staat sollte neutral sein und nicht parteiisch!
Aber nicht so, im Linksstaat!
Hier wird der Staat als Waffe genutzt, um die demokratische Pluralität auszuhebeln. Unsere Gegner dulden nur Parteien und Politiker, die die selbe Meinung haben, wie sie selber und die die selbe Politik betreiben, wie sie selber.
Alles andere wird bekämpft.
Ob Lehrer, Journalist, Beamter in der Verwaltung - keiner von der SPD oder den Grünen hat sich je beschwert, wenn diese "Haltung zeigen".
Aber wenn derjenige Ihre Klimaretzungspolitik kritisiert oder deren Migrationspolitik ablehnt, oder deren Transgender-Lobby-Politik nicht mag, dann wird er bekämpft, bis in den privatessten Bereich hinein. Da soll er seinen Job verlieren, aus dem Verein geworfen werden, keine Veranstaltungsräume mehr bekommen.
Er wird überwacht, angezeigt, der VS auf ihn gehetzt. Morgens klingelt man bei ihm und holt ihn für Memes im Badeanzug auf die Wache. Unsere Gegner sind ganz einfach heuchlerische, gefährliche, faschistische Udemokraten!
Sie pfeifen auf die Demokratie!
Sie lehnen die Gewaltenteilung ab!
Sie hintertreiben das Neutralitätsgebot des Staates!
Sie nutzen Gewalt, Lügen, Hetze, Desinformation, Zensur, FakeNews, Einschüchterung und Verfolgung, um die Konkurrenz auszuschalten!
Sie nutzen die von Ihnen kontrollierten Medien und ihren Einfluss auf Konzerne und Staatsbetriebe. Ganz im Sinne früherer sozialistischer Ideologien - die Stasi hat es nicht anders gemacht!
Es ist einfach widerlich und verachtenswert!
Und doch wird auch dieser Versuch Deutschland umzubauen, in sich zusammenbrechen!
Noch jedes Mal hat sich am Ende das Recht und die Freiheit durchgesetzt!
So auch sicherlich dieses mal!
Dann wählen uns die Beamten heimlich und wenn ihr uns verbieten wollt, dann formiert sich im Volk der Widerstand.
Demokratie und Rechtsstaat lassen sich nicht auf Dauer von dieser linksgrünen Cirque aufhalten!

WAZ Wolfsburg Allgemeine Zeitung • Folgen
19. Juni um 00:57

Die Landesregierung will Verfassungseinde grundsätzlich schneller aus dem Staatsdienst entfernen. Dafür verschärft sie das Disziplinarrecht. Auch im Hinblick auf den m... Mehr anzeigen



WAZ-ONLINE DE
Wie sich Niedersachsen bereit macht, AFD-Beamte schneller loszuwerden
Die Landesregierung will Verfassungseinde grundsätzlich schneller aus dem Staatsdienst e...



Jens Kestner

5. Januar um 15:57 ·

0601



Stubenarrest, chinesische Verhältnisse sind die Stichworte. Wir Westdeutschen wollen dies nicht, weil wir es nicht kennen. Die Ostdeutschen wollten die Freiheit und bekommen das zurück, was sie nicht mehr wollten "Gängelung und allgegenwärtige staatliche Kontrolle".

Eine Umfrage hat ergeben, daß 99% der Bürger die Entscheidung gut finden, alleine das erinnert schon an den Sozialismus. Ich hoffe alle TV Studios und Talkrunden sind weiter als 15 km von Lauterbachs Wohnsitz entfernt...aber mal Spaß bei Seite, was sich hier abspielt, ist ein Regierungsversagen das seines gleichen sucht.

#KESTNER #AfD #lockdown



WELT.DE

Lockdown-Verlängerung: Bewegungsradius der Bürger soll in Hotspots auf 15 Kilometer beschränkt werden - WELT

976

370 Kommentare 283 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen



Armin Paul Hampel

6 Std. ·

0602



Wer sein im Grundgesetz garantiertes Demonstrationsrecht wahrnimmt wird im Merkelstaat anschließend "zum Gespräch gebeten" um "den Sachverhalt aufzuklären".

30 Jahre nach der Wiedervereinigung kehren Denunziantentum, Blockwartmentalität und Gängelei zurück. Zeitungen und Fernsehen sind auf Kurs, das "Zentralkomitee" im Kanzleramt setzt die Grundrechte außer Kraft und der Bundestag wird zur Volkskammer degradiert. Unsere Enkel werden uns fragen, warum uns der Mut fehlte, uns dagegen aufzulehnen.

<https://www1.wdr.de/.../leiterin-bussgeld-amt-hagen-bei...>



WWW1.WDR.DE

Leiterin der Bußgeldstelle in Hagen bei Querdenker-Demo

In Hagen haben am Sonntag etwa 200 Menschen aus der sogenannten Querdenker-Szene d...

125

27 Kommentare 36 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen



Blondes Gift

@MissKKPL

0603

In [#Deutschland2022](#) scheitert die [#Impfpflicht](#) nicht am monatelangen Protest der Bürger - nein in unsere [#Volksrepublik2.0](#) herrscht [#Papiermangel](#) 🗳️🗳️🗳️🗳️🗳️🗳️🗳️🗳️🗳️🗳️
[#DDR2.0](#)

[Translate Tweet](#)

10:27 AM · Mar 21, 2022 · Twitter for Android

1 Retweet **2** Likes

JURL: https://www.facebook.com/?filter=pages&sk=h_chr



AfD Stadtverband Ronnenberg-Gehrden

29. März um 07:53 · 🌐



Es muss demokratisch aussehen



DDR 2.0



„Unsere Demokratie“

Linksgrüner Einheitsblock

85258825996

**Martin Sichert, MdB** ✓

@Martin_Sichert



Das letzte Mal, als die Fahne einer bestimmten Ideologie an deutschen Rathäusern gehisst wurde, waren danach Millionen Menschen tot. Deshalb lasst es sein. An Rathäuser gehören nur die Fahnen des Ortes, Landes und Bundes, und keine Fahnen egal welcher Ideologie.

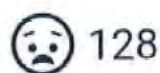
[Translate post](#)

Frage des Tages

Sollte die Regenbogenfahne auf öffentlichen Gebäuden gehisst werden?



Die gehisstete Regenbogenfahne im vergangenen Jahr vor dem Roten Rathaus Foto: Soeren Stache/dpa



128



12



↻ AfD-OHZ-VER Retweeted

0606



Rehlein
@Rehlein20

...

Replying to @Nelli_Gager and @AnnTina9



6:04 PM · Feb 17, 2020 · Twitter for Android

Geschichtsvergessen: Auf dem [#Telegram](#)-Kanal [#AfD](#) Kreisverband [#Salzgitter](#), der auch auf der Homepage eingebettet ist, wird folgendes Bild verbreitet: Zusehen ist das Eingangstor zum KZ [#Dachau](#), aber statt "Arbeit mach frei" stand dort "[#Impfen](#) macht frei".

[#Corona](#) [#Niedersachsen](#)

Translate Tweet

AfD Salzgitter

Einen [#Impfzwang](#) wird es nicht geben.

Wer nicht geimpft ist, der darf nur nicht mehr:

- [▶](#) mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren
- [▶](#) ins Kino oder zum Konzert gehen
- [▶](#) ins Schwimmbad gehen
- [▶](#) den Supermarkt betreten
- [▶](#) ins Restaurant gehen
- [▶](#) ein Hotel buchen
- [▶](#) ins Ausland reisen

Aber einen Impfzwang gibt es nicht, ihr könnt doch selbst entscheiden, ob ihr euch impfen lassen wollt oder nicht.

Vielleicht verliert ihr auch euren Job, weil ihr nicht geimpft seid. Aber ihr müsst euch nicht impfen lassen, nein - ist alles freiwillig...

[#CoronaWahnsinn](#)
[#Ermächtigungsgesetz](#)

84 10:00

Quelle: <https://t.me/s/afdsalzgitter>

AfD Salzgitter
[@afdsalzgitter](#)

135 Members 1.22K Photos 306 Videos 3 Files

Alternative für Deutschland

[▶ DOWNLOAD TELEGRAM](#)

to view and join the conversation

[About](#) [Blog](#) [Apps](#) [Platform](#)

Und immer die Diskussion, das Greifgelenk...

Nach der Auffassung dürften wir nicht mal Schnürsenkel verwenden, denn die können sich lösen und man könnte stolpern...

Aber gleichzeitig hat man hierzulande kein Problem damit, 3 Millionen Leute ins Land zu holen und vollzuversorgen.

Es ist lächerlich geworden!

Mittlerweile sagt uns der Wirtschaftsminister, wie lange wir Duschen sollen, Greta sagt uns, wie oft wir in den Urlaub dürfen und ob mit dem Flieger oder mit dem Rad. Özdemir sagt uns, wie oft wir Fleisch essen dürfen und ob Milch böse ist.

Es ist unglaublich, aber wir scheinen nur noch wie Kinder behandelt zu werden und jede Verantwortung für unser Leben abzugeben- in Sachen Gesundheit an Panikminister Lauterbach und beim Fahrradfahren an die Dekra.

Die Kontrolle über das eigene Leben, zu dem schon immer auch gewisse Risiken gehörten, sollte man nicht einfach so abgeben! Wer sich vor allem und jedem Angst machen lässt und vom Staat nicht die Freiheit erwartet, sein Leben so zu führen, wie man es für richtig hält, sondern für allumfassende Sicherheit zu sorgen, der begibt sich in eine gefährliche Abhängigkeit und Unmündigkeit!

In erster Linie sind wir freie Menschen und keine Untertanen!

Wer das mit dem Anschnallen beim Autofahren oder mit dem Helm auf einem Krad vergleicht, der schnallt einfach nicht, dass dieser Staat immer mehr übergriffig wird und die Kontrolle über JEDEN Bereich unseres Lebens haben will!

Es geht um Kontrolle und nicht um Gesundheitsschutz!

Sinnvolle Regeln, ja bitte, aber irgendwo muss es gut sein! Diese Grenze hat man in Deutschland schon lange überschritten!

Wie die Nationalsozialisten an die Einheit von Volk und Reich appellierten, so verlangen Grüne und Linke heute den Gleichschritt im Sinne einer Verantwortung für alles und jeden und den gesamten Planeten. Nur Verantwortung für sich selbst darf man nicht mehr tragen, denn das wäre individuell und damit der neuen, konformen Gleichmacherei abträglich.

Irgendwas muss man aber den Menschen auch noch selbst überlassen, sonst können wir uns alle bald in Watte packen und leben dann wie die Affen im Zoo! Hinter Gittern, werden von Pflegern versorgt, aber sind Gefangene, lebenslang!

Wer will so leben?

Sozialisten vielleicht, Grüne sicher, Blockwart-Typen auch, aber freie Menschen wählen diesen Weg sicher nicht!

ZDF

Umfrage: Mehrheit für Helmpflicht auf Fahrrad

- 59 Prozent der Befragten befürworten verpflichtendes Helmtragen für Fahrradfahrende
- 40 Prozent tragen (fast) immer Helm
- 28 Prozent tragen nie Helm

Quelle: Dekra e. V.

Foto: iStock.com / CasperPictures, Symbolix

zdf heute

ZDF heute

22 Std. · 🌐

Bisher gibt es für Radfahrende keine Pflicht, einen Helm zu tragen. Vielen reicht das nicht aus.



afd_kv_goslar • Gefolgt [0609](#)



afd_kv_goslar Olaf, da hat deine Abteilung scheinbar gepennt 🤔 will ja führer der freien Welt 🌍 Dann braucht es solche Bilder!

2 Std.



Gefällt 1 Mal

VOR 2 STUNDEN



Kommentieren

3&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpcI
 m15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmF
 yZ3NcljpcllwifSlsInJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU6MCI
 6Intclm5hbWVcljpcImNyZWFOaW9uX3RpbWVclixclm
 FyZ3NcljpcIntcXFwic3Rhc nRfeWVhclxcXCI6XFxcljw
 MjNcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljw
 MjMtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWVycXFxcljpcXFwiMjA
 yM1xcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljwMjMt
 MTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI
 zLTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI
 zLTEyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D



AfD im Landkreis Wolfenbüttel

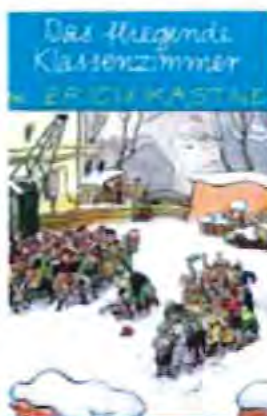
30. März 2023 · 🌐



Bücherverbrennung in moderner Form. Es trifft immer mehr Autoren wie Astrid Lindgren, Agatha Christie und weitere, deren Bücher nun umgeschrieben werden, um dem woken Zeitgeist zu entsprechen. Der Autor hat ein Werk geschaffen, das eigentlich kein Außenstehender verändern dürfte.

Gerade Kästner's Bücher sind 1933 schon einmal auf dem Scheiterhaufen der Nazis gelandet. Die Farbe hat sich geändert, aber nicht die Ideologie.

Werden jetzt dann auch berühmte Gemälde umgemalt, weil vielleicht der Maler dem Zeitgeist entsprechend die Personen auf dem Gemälde nicht Woke gemalt hat?



TBREITSCHNEIDER.HOME.BLOG

Jetzt also auch Erich Kästner...

Jeden Tag denke ich, es kann doch nicht schlimmer kommen und dann kommt es schlimmer. Und abstruser. Und gefährlicher! Am 10. Mai 1933 wurden Erich Kästners Bücher in seinem Beisein zusammen mit vi...



2

👍 Gefällt mir

🗨️ Kommentieren

🔗 Teilen



Komentieren ...






**Werden die Leute merken,
dass die Grünen keine Ökos sind!**





Non Plus Ultra


1 Tage · 

5

1 Kommentar 1 Mal gete

 **Gefällt mir**

 **Kommentieren**

 **Teilen**



Lotrhar Mandaka

22 Std. · 🌐

0612



**DER NAZI VON HEUTE IST NICHT
BRAUN, SONDERN GRÜN !!!**



Grünes Reich

**SEIN HOLOCAUST IST DER MORD
AM EIGENEN VOLK**



7



Gefällt mir



Teilen

ÜBERNACHRICHTEN VON VORJAHRE
yb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNcl
ixclmFyZ3NcljpcllwifSlslInJwX2NyZW
F0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWV
cljpcImNyZWY0aW9uX3RpbWVclixcl
mFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhenRfeWVh
clxcXCI6XFxcljIwMjNcXFwiLFxcXCJz
dGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcljIwMjMt
MVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWYyXFxclj
pcXFwiMjAyM1xcXCIsXFxclmVuZF9tb
250aFxcXCI6XFxcljIwMjMtMTJcXFwiL
FxcXCJzdGFydF9kYXlxcXFwiOlxcXCly
MDIzLTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXI
cXFwiOlxcXClyMDIzLTEyLTMxXFxcln
1cln0ifQ%3D%3D

AFD Oldenburg Land
11. September 2023

1933 wurden Bücher von unliebsamen Autoren von der NSDAP & SA verbrannt !!
Die Aussagen dafür waren :
„ Wider dem undeutschen Geiſt !“
NSDAP, SS & SA Mitglieder waren damals und bis spät in die 90 er, von der CDU, FDP und der SPD !!
Nachzulesen u. A. bei Wikipedia !
Und jetzt setzt diesen Satz mal in die heutige Zeit um !!
JEDER, DER SICH DER JETZIGEN REGIERUNG WIDERSETZT UND NICHT REGIERUNGSKONFORME MITTEILUNGEN OFFENTLICH PREIS GIBT, WIRD ZENSURIERT, GEMASSREGELT UND ZUM SCHWEIGEN GEBRACHT !!!
Noch Fragen, wohin das ALLES noch führt ??
Ich denke nicht !

MADE IN GERMANY
6000
YouTube Videos sind
aufgrund aktueller
Gesetzgebung gesperrt!
Zusätzlich sind 900
Bücher auf dem Index!
Damit hat Deutschland
Nordkorea abgehängt und
steht Weltweit auf Platz 1
beim Thema Internetzensur!

Deutschland im Widerstand!
Jens Reinhold · 10. September 2023

5 Mal geteilt

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

ers=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpcIm15X2dyb3
Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcellwifSlsI
nJwX2NyZWFOaW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpcImN
yZWFOaW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhenR
feWVhclxcXCI6XFxcljIwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250
aFxcXCI6XFxcljIwMjQtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZWVyXFxcl
jpcXFwiMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljI
wMjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlclXFwiOlxcXClyMD
I0LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlclXFwiOlxcXClyMDI0LTE
yLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D

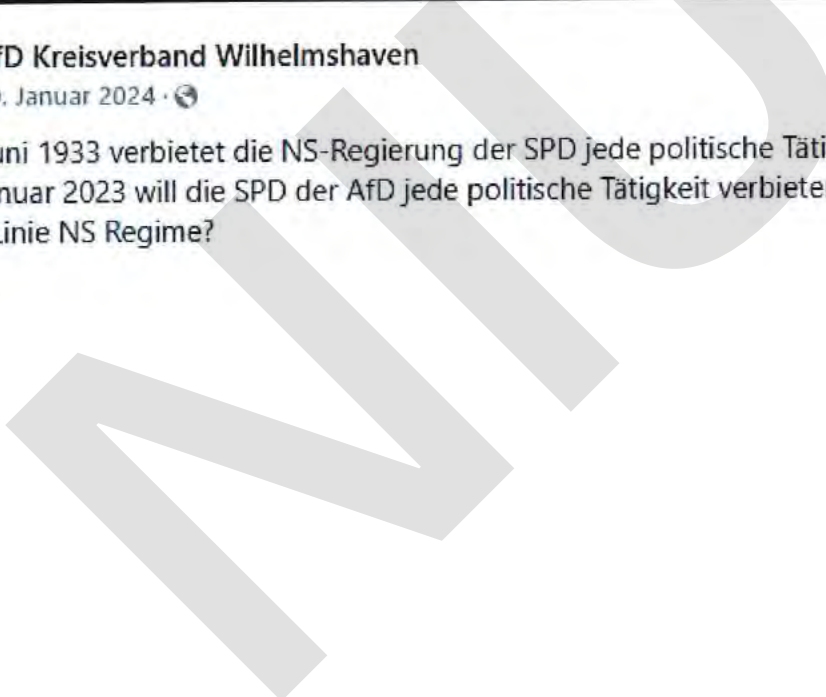


AfD Kreisverband Wilhelmshaven

29. Januar 2024 · 🌐



Am 22. Juni 1933 verbietet die NS-Regierung der SPD jede politische Tätigkeit!
Am 22.Januar 2023 will die SPD der AfD jede politische Tätigkeit verbieten!
SPD auf Linie NS Regime?



MSN.COM

Debatte über AfD-Verbot: Bovenschulte regt Kommission an

Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte hat sich in der Debatte über ein mögliches AfD-...

👍👎 13

8 Kommentare 4 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

**AfD Wolfsburg**

3. März um 07:52 · 🌐

Schnüffeln für den Endsieg der Demokratie.

Da offensichtlich nicht genug zu finden ist, hofft man wohl darauf, dass der Arbeitgeber reagiert. Zersetzung nannte man das bei der Stasi. GEZ abschaffen!

**Leyla Bilge**

2. März um 20:04 · 🌐

Liebe Freunde,

seit einigen Tagen recherchiert das Recherche-Team vom Bayerischen Rundfunk. Welchem Zweck diese Recherche dient will man vorerst nicht verraten.

Sie schreiben mehrere AfD-Mitglieder an und bitten um Stellungnahme zu privatem politischen Engagement der Vergangenheit. Zeitgleich teilen Sie die Informationen mit dem Arbeitgeber und erbitten sich hier ebenfalls eine Stellungnahme. Kann es noch schlimmer werden wenn sich ein Arbeitgeber jetzt schon für seine Mitarbeiter rechtfertigen muss? Die Blamage des Münchhausen Magazins Correctiv war wohl nicht schlimm genug. Hier meine Antwort auf die E-Mail des BR.

Sehr geehrtes BR-Recherche Team,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 29.02.2024 deren Eingang ich Ihnen hiermit bestätige. Gern nehme ich zu Ihren Fragen wie folgt Stellung:

Ich bin sehr verwundert, dass Sie in Zeiten multipler Krisen Ihre sehr knappen Ressourcen für Recherchen von Sachverhalten nutzen, die zum einen öffentlich bekannt sind und zum anderen weit in der Vergangenheit liegen. Gern unterstütze ich Sie jedoch bei Ihrer Arbeit, in der Hoffnung, dass das Ergebnis sich hinsichtlich von Qualität und Wahrheitsgehalt von dem der Correctiv-Recherchen positiv unterscheidet.

Im Jahr 2017, der Zeitraum auf den Ihre Fragen abzielen, waren weder das erwähnte Compact-Magazin noch die damalige Bürgerrechtsbewegung Pegida vom Verfassungsschutz in irgendeiner Form eingestuft. Ich hoffe, dass damit der Kern Ihrer Anfrage beantwortet wurde.

Deshalb gab es zu diesem Zeitpunkt auch keinerlei Veranlassung, bei den von mir präsentierten Themen, Einladungen auszuschlagen oder Auftritte zu verbieten.

Die gleichzeitige Kontaktaufnahme zu meinem Arbeitgeber und dem Verweis bzw. Nachfragen zu persönlichem, (politischen), Engagement weit vor dem Beginn des aktuellen Anstellungsverhältnisses empfinde ich als sehr befremdlich. Haben Sie dabei selbst kein Storgefühl?

Neben dem von Ihnen angefragten Auftritt und der Moderatorentätigkeit stand ich seit dem Jahr 2011 regelmäßig für Auftritte, Dokumentationen und Interviews im In- und Ausland zur Verfügung, einen erheblichen Teil davon auch für den ÖRR.

Als im Rahmen des Bayerischen AfD-Parteitages in Greding Ihre BR-Kollegen einen Interview-Partner mit Migrationshintergrund suchten, um ihn zu dem „Potsdam-Treffen“ zu befragen, stand ich ebenfalls vor Ort parat. Aus mir nicht bekannten Gründen hat man dieses Interview dann nicht durchgeführt. Wahrscheinlich war ich einfach das falsche Mitglied mit Migrationshintergrund.

Seit dem Beginn meiner aktivistischen Arbeit im Jahr 2011 bin ich zu den Themen „Schutz von Kindern und Frauen vor Missbrauch“ medial vertreten. Bis zu meinem Parteieintritt in die AfD war ich ebenfalls gern gesehener Gast im privaten und ÖRR-TV, lange bevor an die Gründung von Pegida, Compact oder der AfD zu denken war.

Die von mir vertretenen Themen sind wichtig. Den Einsatz für den Schutz von Kindern und Frauen muss man nicht erklären, dazu Stellung nehmen oder sich erklären nur weil er aus Sicht der Haltungsgesellschaft aus der vermeintlichen Richtung kommt.

Als selbst Betroffene werde ich auch weiterhin gegen die illegale Massenmigration eintreten und für den Schutz unserer Kinder und Frauen sowie ein sicheres Deutschland eintreten.

Abschließend kann ich nur hoffen, dass Ihre Intention zu dieser Recherche mit den Grundwerten eines neutralen ÖRR in Einklang steht. Aufgrund des Umstandes, dass Sie so viele Mitglieder der AfD und ihre Arbeitgeber gleichzeitig angeschrieben haben, lässt mich jedoch mit der Befürchtung zurück, dass dies in einer ähnlich desaströsen Kampagne enden könnte wie die des Populismus-Magazins Correctiv.

Wenn Sie im Rahmen Ihrer Recherche weitere Fragen zu meinem Privatleben haben, würde es den Mitgliedern Ihres Teams gut zu Gesicht stehen, Anfragen mit dem jeweiligen Namen zu verschicken. Oder gibt es moralische oder rechtliche Bedenken zu dieser Recherche wenn man sich hinter einem anonymen „BR-Recherche-Team“ verbergen muss?

Mit freundlichen Grüßen

Leyla Bilge



AfD Oldenburg Land und 7 weitere Personen

rs=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifSIsInJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3Rhc nRfeWVhcXcXCI6XFxcXcljwMjVcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFxcXcljwMjUtMVxcXCIsXFxcImVuZF95ZW FyXFxcXcljpcXFwiMjAyNVxcXCIsXFxcImVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcXcljwMjUtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI1LT EtMVxcXCIsXFxcImVuZF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI1LTEyLT MxXFxcIn1cln0ifQ%3D%3D



AfD Kreisverband Wilhelmshaven

5. Februar · 🌐



Nicht die politische Ausrichtung Mitte-Rechts ist der Feind, sondern die rot-linksorientierte Politik. Linksextremisten, die mit Schlagringen und Schlagstöcken bewaffnet sind, greifen Passanten an und verletzen sie schwer, ähnlich wie es die SA in den Jahren 1933-1945 getan hat.



MSN.COM

Durchsuchungen nach Angriff mutmaßlicher Linksextremisten

Im vorigen Sommer soll eine Gruppe mutmaßlicher Linksextremisten Menschen in einem Zwic...

👍 8

1 Kommentar 2 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen



Afd im Landkreis Wolfent
4. Mai · 🌐

Jetzt können die Säuberungen im Dienst beginnen.

Willkommen in der neuen deutschen Säuberungen beginnen nie mit Ge Sie beginnen mit Überprüfungen. Mit Fragebögen. Mit der Auswahl Staat noch tragbar ist.

1933 nannte man es das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Hitler ließ alle „unerwünschten“ Personen, Juden, Kommunisten, Andersdenkende dem öffentlichen Dienst entfernen. Das nannte man damals ganz offiziell Säuberung.

In der DDR (1949–1990) hieß es „Säuberung der Verlässlichkeit“.

Nur wer linientreu zur SED stand, durfte weiterarbeiten. Wer zu westlich dachte, zu kritisch war, wurde aus der SED ausgeschlossen. Staatliche Gesinnungsprüfung als

Und heute?

Man nennt es Demokratieschutz. Doch wieder prüft man Staatsdientliche, sondern auf ihre Gedankensfreiheit. Ihre Überzeugung, ihr Stimmverhalten.

Wenn eine Regierung beginnt, Geprüfte zu prüfen statt Taten,

dann schützt sie nicht die Demokratie.

Dann schützt sie ihre Macht – vor dem eigenen Volk. **Weniger anzeigen**



👍👎👤 179

👍👎👤 113 93





AfD Kreisverband Friesland - Wittmund

10. Juli um 23:21 · 🌐



Im übrigen, die Buchstaben S, P und D findet man auch in NSDAP.
Wehret den Anfängen.

!! AfD-Mitglieder raus aus dem öffentlichen Dienst?

Wie ist das mit dem Grundgesetz zu vereinbaren?

Grundgesetz (Art. 3 GG): Das Grundgesetz verbietet Diskriminierung aus verschiedenen Gründen, darunter Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glaube, religiöse oder politische Anschauungen. Wie ist dann diese gesetzliche Neuerung einzuordnen: Beamte in Rheinland-Pfalz sollen künftig schriftlich versichern, keiner "extremistischen Organisation" wie der AfD anzugehören – sonst drohen Disziplinarverfahren. Innenminister Michael Ebling (SPD) fordert Verfassungstreue „ohne Wenn und Aber“. AfD-Vize Münzenmaier warnt vor „antidemokratischen Mitteln“ und einer „Umkehr der Beweislast“.

! In unseren Augen ein eindeutiger Verstoß gegen das Grundgesetz Artikel 3.

Mehr dazu:



JUNGEFREIHEIT.DE

Rheinland-Pfalz bereitet Berufsverbot für AfD-Mitglieder vor

Rheinland-Pfalz verschärft seine Verwaltungsvorschrift zur Verfassungst...

👍 11

1 Kommentar 1 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

landwittmund



AfD Kreisverband Friesland - Wittmund

15. Juli um 08:44 · 🌐



Wusstet ihr eigentlich das in NSDAP die Buchstaben S, P und D vorkommen? Wehret den Anfängen.



NIUS

15. Juli um 08:05 · 🌐

Nach Äußerungen von Frauke Brosius-Gersdorf und Ann-Katrin Kaufhold, den von der SPD aufgestellten Kandidatinnen für das Bundesverfassungsgericht, zu einem möglichen Af... [Mehr anzeigen](#)



Gerhard Vierfusz
[@DerRechteAnwalt](#)

[0620](#)

Alles Wesentliche, das zu diesem Tag zu sagen ist.
[#8Mai](#) [#TagDerKatastrophe](#) [#TagDerTrauer](#)
youtu.be/nC3BLSTTGM via [@YouTube](#)

[Translate Tweet](#)

11:37 PM · May 8, 2020 · Twitter Web Client

6 Likes



[Show more replies](#)



Gründungsmitglied der AfD-Fraktion im Bundestag, Mitglied der Bundestagsverwaltung, Vorsitz der Bundestagsverwaltung

< Zurück Vor >

Hampel: Milliarde für Namibia ist neuer Höhepunkt der deutschen Entschuldigungskultur

Berlin, 29. Mai 2021. Den Kampf der deutschen Schutztruppe gegen Hereros und Nama in der deutschen Kolonialzeit will die Bundesregierung jetzt als Völkermord anerkennen. Im Rahmen der Versöhnung soll ein 1,1 Mrd. Euro schweres Programm zur Wiedergutmachung auf den Weg gebracht werden.

Dazu erklärt Armin-Paulus Hampel, Außenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion im Deutschen Bundestag:

„Mit dieser Entscheidung bekräftigt Heiko Maas (SPD) den geschichtsvergessenen Umgang Deutschlands mit der eigenen Vergangenheit und schreibt die Entschuldigungskultur der deutschen Politik fort. Die Kolonialzeit ist ein

Wir müssen uns als Deutschland unserer Vergangenheit stellen, aber eine Entschuldigung mit einem Ablasshandel durch deutsche Steuergelder von über einer Milliarde Euro zu verknüpfen, lehnen wir ab.“



Ähnliche Beiträge

LETZTE PRESSEMITTEILUNGEN



Steffen Kotré: Radikale Ausbau von Offshore-Windindustrieanlagen keine verantwortungsvolle Energiepolitik



Ulrike Schleke-Ziesing: Höhere Lebensarbeitsjahre nichts anderes als weitere Rentenkürzung



Gätz Frömminger: Infiltration



Martin Sichert: Lauterbach mit 830 Millionen Euro im Corona-Tunnelblick



Alice Weidel/Tino Chrupalla: Entscheidung zur einrichtungsbefreiung Impfpflicht ist ein Schlag für die Demokratie

**Die einzige
ZDF-Sendung in der
ich Karl Lauterbach
noch sehen möchte ist
Aktenzeichen XY...**



Gefällt 17 Mal

afd_kv_goslar 🗣️

[Alle 3 Kommentare ansehen](#)

VOR 12 STUNDEN



Kommentieren ...

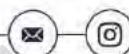
Posten

[Home](#)[Search](#)[Full
list](#)[Incoming /
Outgoing](#)[Assistants](#)[Directory](#)[Search MEP
meetings](#)[Ethics and
Transparency](#)

Anja ARNDT

Europe of Sovereign Nations Group




Member




Germany - Alternative für Deutschland (Germany)

Assistants


Accredited assistants

-  Gundula FALCH
-  Michael SCHNEIDER
-  Paul Christiaan VENTER


Local assistants

-  Patrick SCHEELJE

Specialised service providers

-  TANNWALD MEDIA UG

Paying agents

-  BSL Muldentral Steuerberatungsgesellschaft

Home

[Main parliamentary activities](#)[Other parliamentary activities](#)[Curriculum vitae](#)[Declarations](#)[Assistants](#)[Meetings](#)[History of parliamentary service](#)

Contact

Bruxelles

Parlement européen
Bât. WILLY BRANDT
02M069
60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60

Strasbourg

Parlement européen
Bât. VACLAV HAVEL
V03009
1, avenue du Président Robert Schuman

Share this page:    

[Sign up for email updates](#) [Subscribe to the RSS feed](#)

MEPs

Political groups

[Group of the European People's Party \(Christian Democrats\)](#)

[Group of the Progressive Alliance of Socialists and Democrats in the European Parliament](#)

[Patriots for Europe Group](#)

[European Conservatives and Reformists Group](#)

[Renew Europe Group](#)

[Group of the Greens/European Free Alliance](#)

[The Left group in the European Parliament - GUE/NGL](#)

[Europe of Sovereign Nations Group](#)

[Non-attached Members](#)

See also

[Visits](#)

[Live sessions](#)

[Legislative Observatory](#)

[President of the European Parliament](#)

European Parliament

[News](#)

[Topics](#)

[MEPs](#)

[About Parliament](#)

[Plenary](#)

[Committees](#)

[Delegations](#)

[EU budget](#)



[Contact](#)

[Sitemap](#)

[Legal notice](#)

[Privacy policy](#)

[Accessibility](#)

FELDZUG PODCAST

FOLGE #01
MARIE-THERESE KAISER



Feldzug Podcast - Folge #01 - Marie-Therese Kaiser

1.359 Aufrufe • 06.09.2021 • www.feldzug.net

Twitter: <https://twitter.com/Feldzug2>

Im Schlusspurt des Bundestagswahlkampfes 2021 konnten wir für die Premiere unseres Feldzug Podcastes für politische Strategie und Kommunikation die Bundestagskandidatin Marie-Therese Kaiser gewinnen. Gemeinsam mit Marie sprachen wir über die Nutzung von Social Media in der politischen Kommunikation und wie sie mit ihrer Zielgruppe interagiert. Zugleich sprachen wir über die Chancen und Zukunftsperspektiven der AfD-Jugendarbeit und die bisherige Performance der aktuellen Bundestagswahlkampagne. Hört rein!

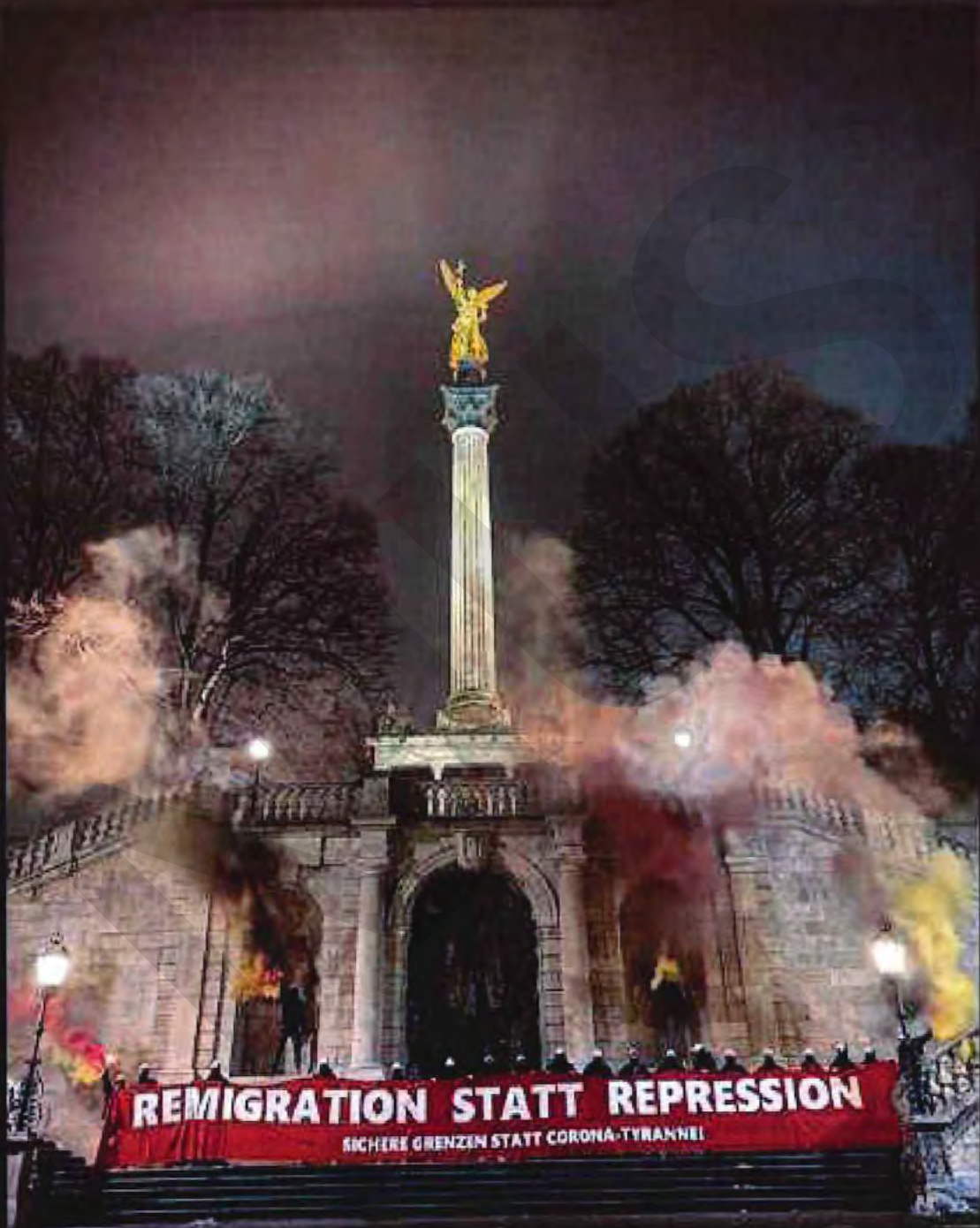
Weniger anzeigen

👍 73 🗨️ Mag ich nicht 🏠 Teilen ⚙️ Speichern ...



Okzident Media
2210 Abonnenten

ABONNIEREN



@isar_legion

Antworte hallofraukaiser ...





lukreta_official • Folgen
Garten der Frauen



lukreta_official Heute ist Weltfrauentag. Ein Tag, der einst der Kampf für Frauenrechte gewidmet wurde. Seit 1911 wird er jährlich begangen. Vieles hat sich seither zugunsten der Frau verändert.

Doch vielleicht ist es wichtiger denn je, den Weltfrauentag zu begehen, da wir in einer Zeit leben, in der das Frausein zunehmend verwischt wird. Moderne intersektionelle Feminismen verstehen sich fälschlicherweise immer noch als Frauenrechtlerinnen. Obwohl gerade sie es sind, die Frauen vermehrt im Stich lassen.

Dank LGBTQ- und Genderideologie wird die Definition der „immer stärker ausgeweitet. Sexuelle Gewalt wird nur dann thematisiert, wenn das Täterprofil im Sinne der Intersektion stimmt.

Die einfache Frau wird vom Wohlfahrtsfeminismus im Stich gelassen.

Heute wollen wir all jenen Frauen gedenken, die fernab von neofeministischen Zwangsmaßnahmen kulturell und gesellschaftlich einen Beitrag zum Aufbau dieses Landes geleistet haben. Sei es als Lehrerin, Künstlerin oder Krankenschwester.

Wir wünschen Euch einen schönen Weltfrauentag!

#lukreta #weltfrauentag #womensupportingwomen #woment #frau #initiative #freiheit #sicherheit #frauenrechte #feminist #feminist #weiblichkeit #frauenin #gedenken #kultur #gesellschaft #8 #märz #hamburg #gardenderfrauen

1 Stk



iilaydialaa Bitte halt deine Fressell

8 Min · Antworten



darkrock2000

1 Stk · Antworten

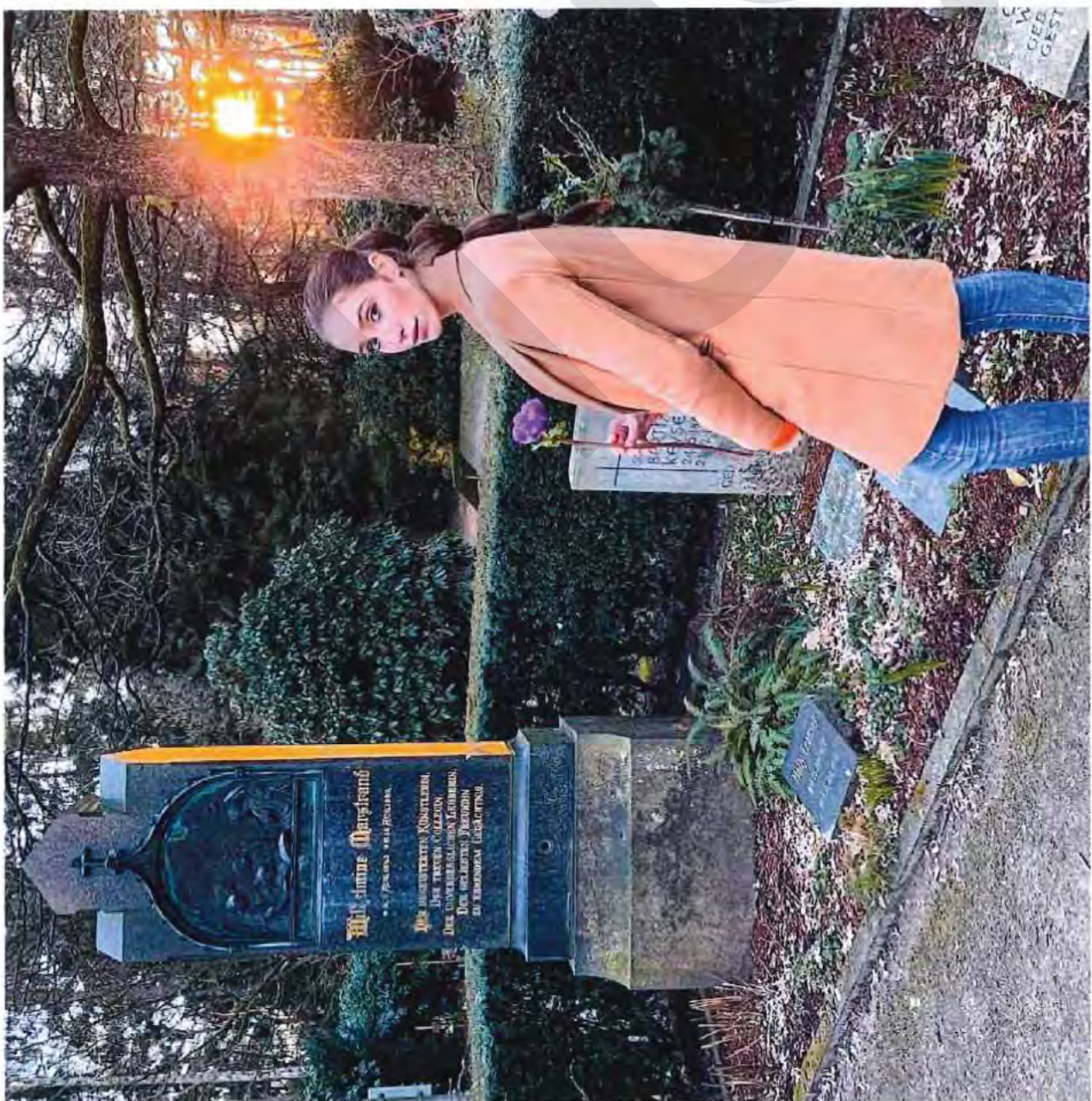


Gefällt sturmefeste_hannover und 121 weitere Personen

VCP 3 STILLEN



lukreta_official



Frisch eingetroffen

Brittany Pettibone heißt seit zwei Jahren Brittany Sellner. Sie lebt nicht mehr in Idaho, sondern in Wien, und sie ist vor kurzem Mutter geworden. Zieht sie sich nun aus der aktiven Beteiligung an den Projekten ihres Mannes, Martin Sellner, zurück?

Bisher nicht: Brittany hat in den USA ihr zweites politisches Buch veröffentlicht, *Patriots not welcome*, und natürlich veröffentlicht Antaios es, und zwar unter dem deutschen Titel *An vorderster Front*, wiederum übersetzt von Ellen Kositzka, die ja bereits *Jung, weiblich, rechts* übertrug.

In ihrem neuen Buch schildert Brittany also ihr politisches „Coming Out“:

- + wie sie zunächst an einer Karriere als Schriftstellerin arbeitet, dann aber öffentlich den „Trump-Train“ besteigt und für diese Entscheidung ihre literarischen Ambitionen aufgeben muß: Es kommt zum sofortiger Bruch des Feuilletons, der Literaturszene, der Kollegen mit ihr;
- + wie sie politische Youtube-Formate ins Leben ruft und sehr erfolgreich bespielt und wie sie, das gut behütete, geschwisterreiche katholische „Mädchen vom Lande“ zur Reporterin wird und dafür die Welt bereist;
- + wie sie als Aktivistin auf Kundgebungen spricht, bei denen linke Gewalt eskalierte;
- + wie sie schließlich auf diesen berüchtigten Martin Sellner trifft und wie sie von da an die unglaublichen Auseinandersetzungen um die Aktionen, Erfolge und die Zerschlagung der Identitären Bewegung miterlebt und beschreibt – von Hausdurchsuchungen über Helikopterflüge bis zu FBI-Verhören.

Als Verlag verstehen wir Brittanys autobiographisches Buch als Lehrstück und als Protokoll: Was Sellner und sie angestoßen und durchgehalten haben, was England (Haft!), Österreich (Kriminalisierung!) und andere EU-Staaten mit ihnen und anderen Aktivisten angestellt hat, um den Aufwuchs einer authentischen, gewaltfreien und sehr erfolgreichen Bewegung von rechts zu verhindern, ist kaum zu glauben.

An vorderster Front ist mitreißend, oft auch in selbstironischem Ton geschrieben – es ist zugleich unterhaltsame Lektüre und ein politisches Dokument ersten Ranges.

<https://phalanx-europa.com/detail/index/sArticle/781>

Phalanx Europa

Brittany Sellner: An vorderster Front

Antaios Verlag: Brittany Pettibone heißt seit zwei Jahren Brittany Sellner. Sie lebt nicht mehr in Idaho, sondern in Wien, und sie ist vor kurzem...



in Münster der erste durch [Lukreta](#) (Initiative für Frauenrechte) ins Leben gerufene Frauenkongress statt.

Irmhild Boßdorf und ihre Tochter Reinhild hatten Frauen aus dem ganzen Land eingeladen, Teil eines spannenden Austausches zu werden. Und ja, auch Männer konnten sich anmelden, was sie auch zahlreich taten.

Etwa 50 Frauen und Männer waren der Einladung zur Diskussion über Frauen- und Familienpolitik gefolgt. Aus unserem Kreisverband reisten zwei Frauen in das schöne Münsterland.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD im LWL, Sascha Menkhaus eröffnete die Veranstaltung.

Vor Ort referierte die YouTuberin Charlotte Corday, über frühkindliche Sexualisierung und Indoktrination von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

[Gerrit Huy](#) MdB referierte zum Thema Familienpolitik, Einwanderungsproblematik und all die großen aus der Ampelpolitik resultierenden Probleme.

Auch die Landtagsabgeordnete Enxhi Seli-Zacharias und Dr. Anna Rathert waren mit von der Partie.

Es waren alles in allem sehr interessante Vorträge und Fragerunden, sowie eine abschließende angeregte Podiumsdiskussion.

Das ist Frauenpolitik nach unseren Vorstellungen, frei von erzwungenem Genderquatsch, Quotenfrauen und sich den Altparteien anbietenden Landfrauen.



In #Paris wurde am Freitag die Leiche der 12 jährigen #Lola gefunden. Erst vergewaltigt, geschändet und dann wie Abfall in einem Koffer entsorgt.
 Dringend tatverdächtig sind vier Algerier zwischen 26 und 43 Jahren. #GerechtigkeitfürLola #justicepurlola #Lola12ans #manifpurlola

Translate Tweet



9:38 PM · Oct 19, 2022 · Twitter for iPhone

24 Retweets 59 Likes



Marie-Thérèse Kaiser
@hallofrau Kaiser

0631



Wir von @Lukreta_ haben da den passenden Aufkleber

[Translate Tweet](#)



4:41 PM · Jun 5, 2023 · 727 Views

1 Retweet 25 Likes

lukreta_official

06

lukreta_official Hier sind ein paar Eindrücke vom Frauenkongress. Im Mittelpunkt stand diesmal das "Gendermainstreaming und Transideologie". Neben über die juristischen, finanziellen und medizinischen "Transagenda", diskutierten wir in einer Podiumsdiskussion mit @maximilian.krah über Präventionsmaßnahmen gegen Frühsexualisierung und Transwahn bei Jugendlichen. Vielen Dank an alle Redner und alle Teilnehmer für gelungene Veranstaltung. ❤️

#lukreta #frauenkongress #frauen #trans #transsexuell #transagenda #transideologie #feminismus #femini #jugendschutz #queerfeminismus #geschlecht #geschlechtsidentität #identität #nonbinär #geschlechtsumwandlung

17 Std.



amandina_vomrhein

17 Std. Antworten



rebellion_dex

16 Std. Gefällt 1 Mal Antworten



manu_dk89

13 Std. Gefällt 1 Mal Antworten



cedric.krippner Beim nächsten mal gerne wieder!

15 Std. Gefällt 2 Mal Antworten



magdalena_manuela

17 Std. Gefällt 2 Mal Antworten



Gefällt 140 Mal
VOR 17 STUNDEN



Fotografiertes



Media is too big

VIEW IN TELEGRAM

6:30

Ich veröffentliche den Geheimplan von Potsdam!

■ Was wurde in Potsdam gesagt? Ich habe (anders als die NeoStasi) keinen Mitschnitt aber die Folien. Ich werde sie am Freitagabend veröffentlichen und meinen Vortrag live noch einmal halten.

! Der Clou: dabei geht es nur am Rande um Remigration. Das Thema machte nur einen Bruchteil der Redezeit bei der Veranstaltung aus.

📖 [Remigrationsbuch vorbestellen](#)

🎬 [Mein Kurzvideo](#)

🎧 [Meine Audioanalyse](#)

✓ [Mitglied bei MSLive+ werden.](#)

108 👁 18:52

January 12



afd_kv_goslar • 12 Std.



Gefällt 12 Mal

afd_kv_goslar 🤔

1 Kommentar ansehen

Kommentieren ...



bWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zd
HNclixclmFyZ3NcljpcllwifSlsInJwX2NyZWFOaW9uX
3RpbWU6MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWFOaW9uX
3RpbWVclixclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3RhcnRfeWVh
clxcXCI6XFxcljwMjRcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb25
0aFxcXCI6XFxcljwMjQtMVxcXCIsXFxclmVuZF95Z
WFyXFxcljpcXFwiMjAyNFxcXCIsXFxclmVuZF9tb25
0aFxcXCI6XFxcljwMjQtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFyd
F9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEtMVxcXCIsXFxclmV
uZF9kYXlcXFwiOlxcXClyMDI0LTEyLTMxXFxcln1cln
0ifQ%3D%3D



AfD - Kreisverband Weserbergland

19. März · 🌐

...

Quelle: Screenshot Twitter



IB-Aktivisten zeigen Solidarität für Schülerin!



Bernhard Zimniok



Bernhard.Zimniok.de



@BernhardZimniok



bernhardzimniok



BernhardZimniok1983



Bernhard Zimniok · Folgen

19. März · 🌐

++ Heimatliebe ist kein Verbrechen: Solidarität für Schülerin in MeckPom ++

Letzte Woche wurde der Fall publik: Eine Schülerin wurde auf Bestreben des Rektors aus der Klasse geholt und von der Polizei eine Gefährderansprache gehalten, weil sie bei TikTok Vi...

Mehr anzeigen



13

1 Mal geteilt

Gefällt mir

Komentieren

Senden

Teilen

lukreta_official
Deutscher Bundestag



lukreta_official Nein zum Selbstbestimmungsges

Heute stimmt der Deutsche Bundestag über das s
#Selbstbestimmungsgesetz ab. Dieses steht scho
mehreren Jahren auf der Agenda der Ampel-Regie
das vermeintlich veraltete #Transsexuellengesetz
Demnach soll eine transsexuelle Person künftig ke
medizinischen oder psychologischen Gutachten m
müssen, um rechtlich ihr Geschlecht zu ändern. N
Selbstbestimmungsgesetz reicht es aus, einfach z
gehen und per Sprechakt sein neues Geschlecht z
und das bis zu einmal im Jahr. ^{17 9}

Was zunächst amüsant klingen mag, birgt jedoch
Gefahren, insbesondere für Frauen und für Kinder

- Mit dem Selbstbestimmungsgesetz können bio
Männer ohne weiteres per Deklaration in Frauens
eindringen, seien es Damentoiletten, öffentliche U
Frauenhäuser, Frauenstraftalente, oder der Frau
Schon jetzt zeigt sich unter anderem am Beispiel
welche Konsequenzen das mit sich bringt. Transfr
Thomas gewinnen Kollegemeinschaften im Sch
sie ihren echten weiblichen Kollegen körperlich üb
Verurteilte Sexualstraftäter wechseln während des
Geschlecht im Ausweis, um in einem Frauengefähr
Haftstrafe zu verbüßen. In New Jersey wurde vor
Jahren eine Frau in eben so einer Strafanstalt vor
"Mitinsassin" geschwängert.

- Das Selbstbestimmungsgesetz sieht vor, dass
ab 14 Jahren ohne Zustimmung der Eltern und Ju
unter 14 Jahren mit Zustimmung der Eltern ihr Ge
ändern dürfen. Wenn Erziehungsberechtigte dem
Kindes auf Geschlechtsänderung jedoch nicht zus
das Jugendamt im Sinne des "Kindeswohls" als A
Stelle treten. Eltern werden so weiter entmündigt
staatlichen Ideologie preisgegeben.

- Um Transsexuelle vor vermeintlicher Diskrimin
schützen, ist dem Gesetzesentwurf ein sogenannt
bußgelbewehrtes "Offenbarungsverbot" beigefügt. Wer es also
wagt einen biologischen Mann dar sich als Frau fühlt als Mann



Gefällt oprinzessin und 219 weitere Personen

Vor 1 Stunde



Kommentieren ...





 afd.kreisverband.stade
Deutschland

 afd.kreisverband.stade DE Remigration - Nicht ohne die AfD 

#Bücher #Autoren #Austausch #FürUnsereZukunft
#GedankenTeilen #nichtohneafd #afd #oliverstromann
#martinseilner


1 Tag

 **mikeduschek** 
23 Std. · Gefällt 3 Mal · Antworten

 **lmykonos** 
1 Tag · Gefällt 3 Mal · Antworten

 **constantin.may** 
1 Tag · Gefällt 3 Mal · Antworten

 Gefällt **simon.armdt.1989** und **340** weitere Personen
Gestern

 **Kommentare**



URL: <https://x.com/i/lists/1950209149662290140>

↳ AfD Kreisverband Stade reposted



Martin Sellner @Martin_Sellner · Jul 26



Remigration für Wien
Remigration für Europa!
[#w2607](#)



0:10

98

1K

6.4K

91K



er.

afd/3688826198591795871/



kaiser.afd 10 Min.

Ganzes Reel ansehen >

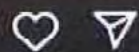


filmkunstkollektiv and
lederhosenrevolte_

1:48



Antwort an kaiser.afd ...



#NeuesProfilbild



11:12 AM · Aug 28, 2021 · Twitter for iPhone

1 Retweet 33 Likes



Tweet your reply

Reply



Gerhard Vierfusz @DerRechteAnwalt · Aug 28

Replying to @DerRechteAnwalt

Der junge Mann neben mir kam ganz zufällig mit aufs Foto. Ich weiß nicht einmal seinen Namen, erinnere mich auch nicht mehr an Ort und Zeit unserer Zusammenkunft :)



14





Gefällt 23 Mal

potzi91 Demogänger leben länger.
#Widerstand #Deutschland #Niedersachsen #Braunschweig #Impfpflicht #Heimat #Freiheit
#Tradition

VOR 2 STUNDEN

☺ Kommentieren ...

Posten



Potzi @S_Potzi · Jan 29

Gönnung in #Breslau mit @MissKKPL

0642



3

1

15



0643

VERGESST DEN
DEUTSCHEN OSTEN NICHT



...

Follow

Blondes Gift

@MissKKPL

Es wird so geschehen wie es geschrieben steht...sowohl im Leben als auch bei
Twitter

[Translate bio](#)

© Мамоново, Россия  Joined December 2010

152 Following **316** Followers



lukreta_official • Folgt [0644](#)



lukreta_official Stark ohne Qu

Der Fall #Ganserer sorgt für vie
Dank intersektionellem Feminis
die Geschlechterdebatte emotio
und nicht mehr Fakten-basiert g
Wenn man künftig nicht einmal
Frau sein muss, um von der
Frauenquote zu profitieren, war
es dann überhaupt noch Quote

Sämtliche Frauen wissen oft nic
ihnen der Kopf steht, wenn sie
Alltag mit Kindern und Berufstä
bewältigen. Zeitgleich versuche
moderne Feministen ihnen
vorzugaukeln, sie würden etwa
Allgemeinheit der Frauen tun, v



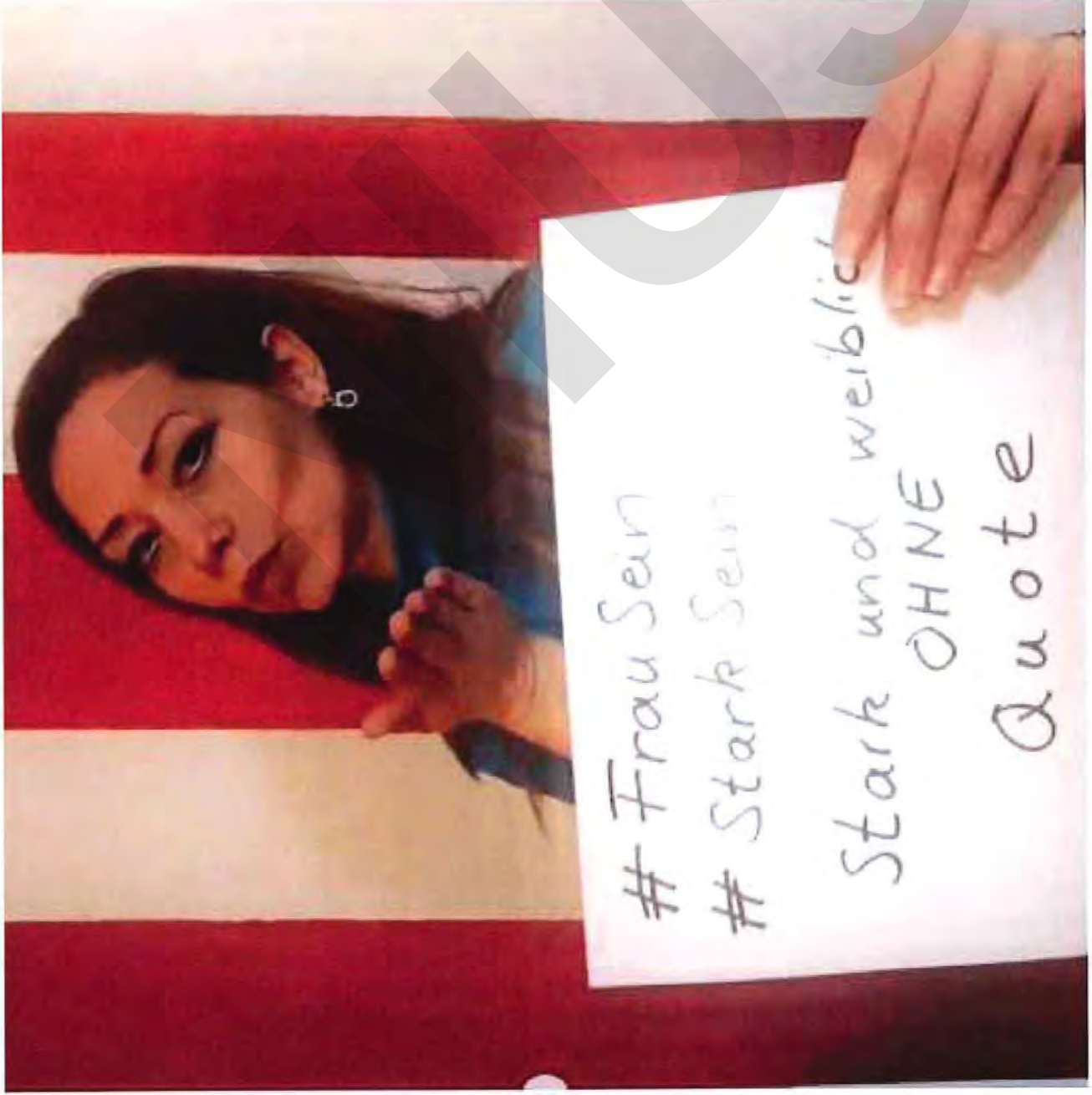
Gefällt [rebecca.sturmfest](#) und
245 weitere Personen

VOR 21 STUNDEN



KOMMENTIEREN

POSTEN



#Frau Sein

Stark Sein

Stark und weiblich
OHNE

Quote



Gerhard Vierfusz
@DerRechteAnwalt

[0645](#)

#NordStream2 wird aufgedreht!
#AktionSolidarität
#Lubmin



2:55 PM · Aug 29, 2022 · Twitter for iPad

60 Retweets **9** Quote Tweets **216** Likes

Gerhard Vierfusz replied



Sral der Zweite 🌐 @Der2teLarsXY · 12h

0646



Ich bin hier auf RT anscheinend der einzige, der Martin Sellners Aktion feiert.

26

1

143



Gerhard Vierfusz @DerRechteAnwalt · 48m



Dann leben Sie in einem Paralleluniversum, oder Sie folgen einfach den falschen Leuten.

Ich feiere seit gestern nachmittag, und wie Sie sehen können, nicht alleine!



Gerhard Vierfusz @DerRechteAnwalt · 18h

#NordStream2 wird aufgedreht!

#AktionSolidarität

#Lubmin



0:45 | 4,885 views



Martin [#Sellner](#) hat mit der Protestaktion in [#Lubmin](#) gezeigt, daß er unersetzbar in der Widerstandsbewegung und einer ihrer wichtigsten Köpfe ist. Sellner steht für friedlichen, gewaltfreien, antiextremistischen Widerstand. Ich fordere von [#Twitter](#), ihm sein Konto zurückzugeben!

[Translate Tweet](#)

4:43 PM · Aug 30, 2022 · Twitter for iPad

2 Retweets 1 Quote Tweet 22 Likes



Tweet your reply

Reply



Gerhard Vierfusz @DerRechteAnwalt · 16h

Replying to [@DerRechteAnwalt](#)



t.me

[Martin Sellner \[TELEGRAMELITE\]](#)

Nord Stream 2 Aktion - Was macht ein Ösi an der Ostsee? [Die Nord Stream Aktion schlägt hohe ...](#)

1



6



Gerhard Vierfusz @DerRechteAnwalt · 16h



t.me

Aktion Solidarität

Identitäre Initiative für Autarkie, Souveränität und Remigration. [#unserlandzuerst](#)



6





Gerhard Vierfusz
@DerRechteAnwalt

0648



Diese Aktionen sind richtig und wichtig. Wir brauchen sie auch in d. BRD. Wir können nicht nur über das Verbrechen an unserem Volk sprechen. Wir müssen zugleich auch über die Verbrechen an den Männern, Frauen und Kindern sprechen, die zu unserem Volk gehören.

[#DeutscheLebenZählen](#)



9:55 nachm. · 8. Nov. 2022 · Twitter for iPhone

12 Retweets 1 Tweet zitieren 37 „Gefällt mir“-Angaben





Gerhard Vierfusz
@DerRechteAnwalt

0649



Saudi-Arabien, Iran, Syrien: Der Nahe Osten wird befriedet. Ein großer Erfolg der Friedensmächte China und Rußland, eine Katastrophe für den Großen Satan USA, ein Hoffnungszeichen für die gesamte kultivierte Menschheit.

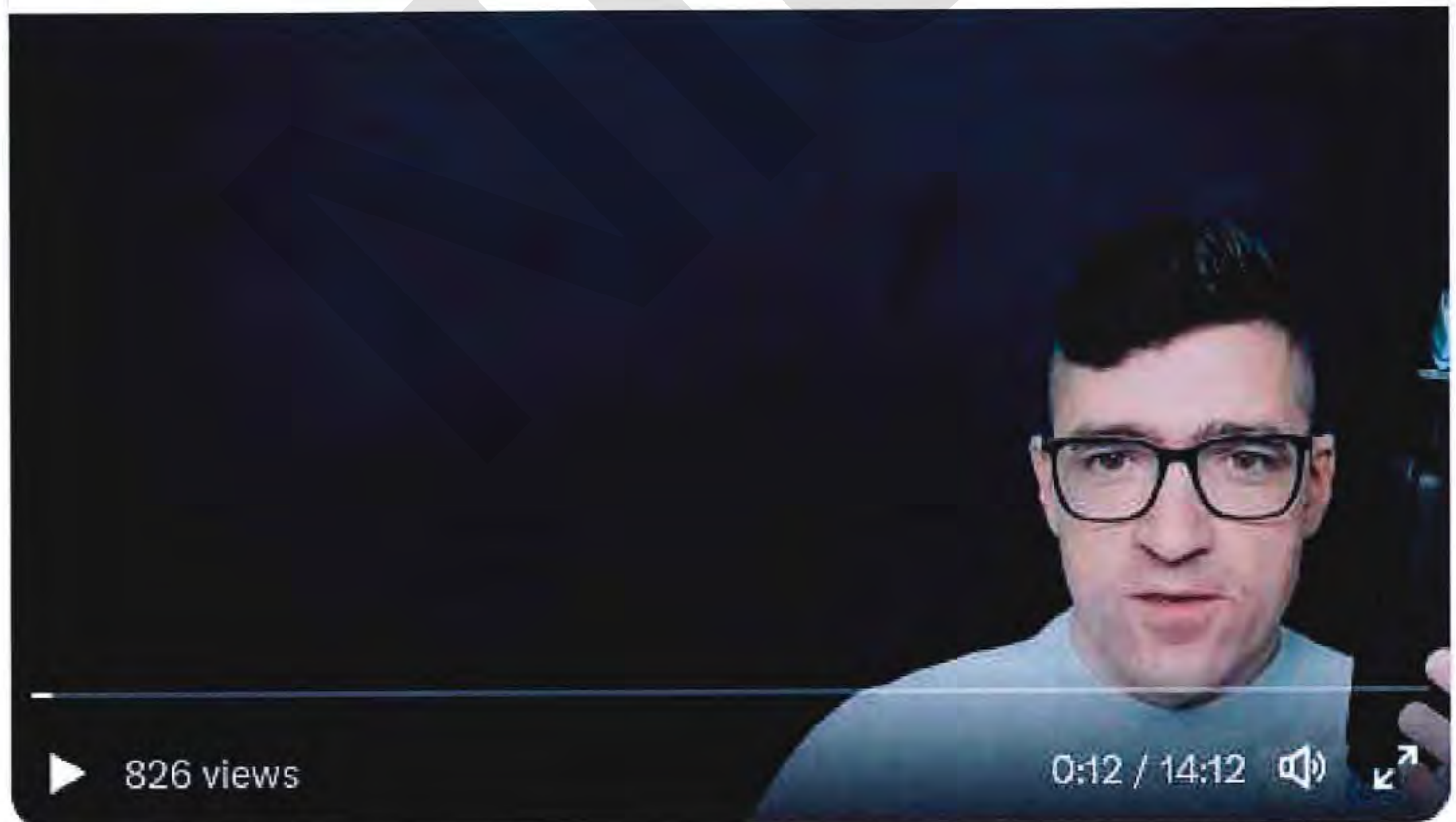
[Translate Tweet](#)

MSLive @MSLive_aut · 15h

Machtbeben: Die neue Ordnung im Nahen Osten

Das wird massive Folgen haben! An den zeternden USA vorbei schließen arabische Länder Frieden: versöhnen sich mit Hilfe Chinas und Russlands.






Warum das gerade jetzt geschieht und welche rumble.com/v2f5xnw-machtb..... [Show more](#)



9:12 PM · Mar 28, 2023 · **627** Views

WARUM DIE MELDESTELLE ANTIFEMINISMUS

UNS ALLE GEFÄHRDET

-  Aussagen im Sinne der Meinungsfreiheit werden kriminalisiert.
-  Unerwünschte Veranstaltungen, Personen und Beiträge jenseits irgendeines Straftatbestands werden erfasst und mit tatsächlichen Straftaten gleichgesetzt.
-  Klima der Angst: Menschen mit anderer Meinung werden eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht.
-  Mehr als 100.000 € an Steuergeldern werden zur Denunziation verschwendet.
-  Tatsächliche Gewalttaten gegen Frauen werden relativiert.

**MELD'
MICH
DOCH.**

@lukreta_official





Meld' mich doch,

weil ich sticken kann.

**MELD'
MICH
DOCH.**

lukreta_official

lukreta_official • Handarbeit ist Dir zu "völkisch"

Meld' mich doch, weil ich sticken kann.

<https://t.me/lukreta>

#meldmichdoch #meldestelle #lukreta #antifeminis
#amadeuantoniofoundation #feminismus #handarbeit
18 Std.



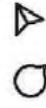
kaosnebula Spinnen, stricken und weben :)

16 Std. Gefällt 2 Mal Antworten



grapeoida Danke für die inspiration zu ganz viel to
material @amadeuantoniofoundation

17 Std. Gefällt 1 Mal Antworten



Gefällt oprinzeßin und 123 weitere Personen
VOR 18 STUNDEN



KOMMENTIEREN

Freunde

Meldet euch an, es lohnt sich 😊



**DRITTER
EUROPÄISCHER
FRAUEN
KONGRESS**
09.03 | 10⁰⁰-18⁰⁰ | Köln

Anmeldung unter:
maximilian.krah@europarl.europa.eu



Logo of the European Parliament, featuring a stylized 'D' and the text 'EUROPEAN PARLIAMENT'.

@lukreta_official



lukreta_official
Deutscher Bundestag

lukreta_official Nein zum Selbstbestimmungsgesetz
Heute stimmt der Deutsche Bundestag über das so genannte Selbstbestimmungsgesetz ab. Dieses steht schon seit mehreren Jahren auf der Agenda der Ampel-Regierung. Das vermeintlich veraltete Transsexuellengesetz (TSG) soll durch ein neues Transsexuellengesetz (TStG) ersetzt werden. Demnach soll eine transsexuelle Person künftig keine Transsexuelle Person mehr sein, sondern eine Person mit einer anderen Geschlechtsidentität. Das TSG ist ein medizinisches oder psychologisches Gutachten erforderlich, um rechtlich ihr Geschlecht zu ändern. Nach dem TStG reicht es aus, einfach zu erklären, dass man ein bestimmtes Geschlecht sein möchte, und das bis zu einmal im Jahr.
Was zunächst amüsant klingen mag, birgt jedoch große Gefahren, insbesondere für Frauen und für Kinder:

• Mit dem Selbstbestimmungsgesetz können biologische Männer ohne weiteres per Deklaration in Frauen eingeschrieben werden, seien es Damentoiletten, öffentliche Umkleekabinen, Frauenhäuser, Frauenstrafanstalten oder der Frauenrat. Schon jetzt zeigt sich unter anderem am Beispiel der Transfrauen, welche Konsequenzen das mit sich bringt. Transfrauen verlieren ihren Arbeitsplatz, ihre Wohnung, ihre Identität. Thomas gewinnen Collegemeisterschaften im Schwimmen, sie verlieren ihren echten weiblichen Kollegen körperlich überlegen. Verurteilte Sexualstraftäter wechseln während des Strafvollzugs das Geschlecht im Ausweis, um in einem Frauengefängnis zu verbüßen. In New Jersey wurde vor wenigen Jahren eine Frau in eben so einer Strafanstalt von einer "Mitinsassin" geschwängert.

• Das Selbstbestimmungsgesetz sieht vor, dass Kinder ab 14 Jahren ohne Zustimmung der Eltern und Jugendämter unter 14 Jahren mit Zustimmung der Eltern ihr Geschlecht ändern dürfen. Wenn Erziehungsberufte dem Kind das Recht auf Geschlechtsänderung jedoch nicht zustimmen, kann das Jugendamt im Sinne des "Kindeswohls" als Adressat der Entscheidung fungieren. Eltern werden so weiter entmündigt und staatliche Ideologie preisgegeben.

• Um Transsexuelle vor vermeintlicher Diskriminierung zu schützen, ist dem Gesetzesentwurf ein sogenanntes "Offenbarungsverbot" beigefügt. Wer es also wagt einen biologischen Mann dar sich als Frau fühlt als Mann



Gefällt oprinzeissin und 219 weitere Personen
Vor 1 Stunde

Kommentieren





hallofraukaiser • [Abgegrüßt](#)



hallofraukaiser Die gemeinsame #Arbeit mit dem politischen #V mir besonders wichtig! Dazu z mich nicht nur #Bürgerbewegu und verschiedene #Netzwerke sondern eben auch #alternativeMedien. Gestern w mal wieder zu Gast in der #Co Redaktion. Die Entwicklung Co verfolge ich schon lange und v inzwischen schon seit mehrere Jahren immer mal wieder in de #Dialog. Der Austausch mit de verschiedenen Organisationen politischen Vorfelds ist nicht nur persönlicher Ebene stets ange sondern er inspiriert mich auch weiteren politischen Arbeit. Be



Gefällt [afd_kv_osnabrueck und](#) **582 weitere Personen**

GESTERN



Freizeitaktivitäten hinzufügen...

Posten



Gefällt 6 Mal

afd_kv_goslar Wir werden diese Pest beseitigen 🇩🇪

thomasvulpius COMPACT - Mut zur Wahrheit!

VOR 3 STUNDEN

😊 Kommentar hinzufügen ...

Posten

COMPACT

Open

Save

Startseite » Linker „Aktivist“ will Putin hinrichten lassen

Linker „Aktivist“ will Putin hinrichten lassen

Von **Sven Reuth** – 17. August 2022 36 Kommentare



Philipp Ruch, 34th Chaos Communication Congress, Leipzig. Foto: Tobias



Gefällt **rebecca.sturmfest** und **5 weitere Personen**

afd_kv_goslar Vom Staat finanziert, darf der Typ seine Hetze in die Welt tragen. Widerlich 🤢

[1 Kommentar ansehen](#)

VOR 14 STUNDEN



Kommentieren

Posten



afd_kv_goslar • Gefolgt 0657
Original-Audio

...

Noch keine Kommentare.

Beginne die Unterhaltung.



Gefällt 5 Mal

VOR 15 STUNDEN



Kommentieren

Posten

if in a new tab to download or open this video



Das BRD-Regime schlägt zurück!

14 Bundesländer - 11 politische Maßnahmen. Das ist das Ergebnis des 8. bundesweiten Aktionstags gegen Hassstrafes vom 30. Nov. 2021. Eine 29-jährige aus Spandau in Berlin soll ein Bild von Adolf Hitler in einer öffentlichen Messenger-Gruppe hochgeladen haben. Ihr Mobiltelefon wurde beschlagnahmt. Ermittlungen sind in Gange. Die BRD-Regime überläßt...

tv.compact-online.de

www.compact-magazin.de/aktuelle-sozialpolitik/extra-gem-compact/programm-erhebungsregeln



0658

URL: <https://www.facebook.com/AfD31785/posts/pfbid063MUiYKLcvDJWXzMNC2uA2UDHK1AXRhGpfiCZdHZ3gKbPbX6GhxbHAW5dYFByUhql>



AfD - Kreisverband Weserbergland

7. März um 22:30 · 🌐



PETR BYSTRON IM COMPACT-INTERVIEW

**Irre: Deutsche
Generäle planen
Angriff auf
Russland!**

COMPACT

TEAMBYSTRON



Petr Bystron

7. März um 12:03 · 🌐

Irre: Deutsche Generäle planen Angriff auf Russland!

Petr Bystron im Interview mit Compact.

👍👎 3

1 Kommentar 1 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

0659



COMPACT

🔊 1:42 / 1:03:47

Afd: So schaffen wir die blaue Wende!

C COMPACTTV
313.000 Abonnenten

Abonnieren

👍 7031



➦ Teilen

≡+ Speichern



59.830 Aufrufe 27.04.2024

Die Repression gegen die Afd nimmt immer krassere Ausmaße an. In dieser bewegten Zeit treffen sich der Brandenburger Fraktionschef Christoph Berndt, die Influencerin Marie-Thérèse Kaiser und Politkanalyst Daniel Fiß zum Gespräch bei Paul Klemm im COMPACT-TV Studio, um über Vergangenheit und Zukunft der blauen Partei zu reden. Wie gelingt die patriotische Wende?

ST
Idioten-Aktionen haben
 WELT Nachrichtensender
 179 119 Aufrufe · vor 5 T
 Neu

WELT
 AUTOMATENKARTONEN-LAUFWEISER
 DIESE AKTIONEN HABEN ES SICH 3.411
 Mal angesehen

BRUNNEN
Wahlkampf
 WELT

**Vorstellung der EU-
 Wahlkampagne des Bü**



6000 € Strafe wegen Asyl-Kritik! Musk ist schockiert



8861 Tellen Speichern

77.127 Aufrufe 09.05.2024

Die AfD-Politikerin Marie-Thérèse Kaiser muss 6000 € Strafe wegen Volksverhetzung zahlen – das hat das Landgericht Verden am Montag entschieden. Dieses Urteil ist so skandalös, das sich sogar Elon Musk einschaltet. Sehen Sie Marie-Thérèse Kaiser im COMPACT-Interview!

Marie-Thérèse Kaisers Instagram: @hallofrau-kaiser

Bestellen Sie COMPACT-Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-shop.de>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Sozialen Plattformen:

Telegram - t.me/CompactMagazin | twitter.com/COMPACTMagazin | [/p0k1emmm](https://www.youtube.com/channel/UCp0k1emmm) und auch hier auf [/compacttv](https://www.youtube.com/channel/UCp0k1emmm)

JETZT COMPACT-TV UNTERSTÜTZEN!

Halten Sie unsere unabhängigen Nachrichten für wichtig? Diese Videoproduktionen kosten COMPACT eine Menge Geld. Mit einer Spende können Sie dazu beitragen, dass wir auch künftig auf Sendung sind. Via Pay Pal an [verlag@compact-mail](mailto:verlag@compact-mail.de) (auch unter <https://bit.ly/2FaXEHQ>) oder per Lastschrift unter <https://www.compact-online.de/unterstuetzen>. Wollen Sie mehr von COMPACT TV sehen? Bleiben Sie doch auf dem Laufenden über die Produktionen von COMPACT TV und abonnieren Sie diesen YouTube-Kanal.

Kapitel

[Alle ansehen](#)



Personen

2 Personen



Elon Musk

Marie-Thérèse Kaiser

Musik

1 Songs



Alex Under The Sky - Cinematic Movie
AlexUnderTheSky

Musik

Transkript

Du kannst im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)



Videos Kanalinfo



Freibäder: Deutsche Mädchen als Freiwild

COMPACTTV
518.000 Abonnenten **Abonnieren**

12.072 **Speichern**

3.182 Aufrufe 30.06.2025

Selbst in Hessen) missbrauchen "Männer" zahlreiche minderjährige Mädchen im Freibad - doch die Reaktion der Politik enttäuscht und macht wütend. Wer sind diese "Männer"? Was genau ist passiert? Und wieso ist diese
I nur die Spitze des Eisberges? AfD-Politikerin Marie-Thérèse Kaiser und Paul Klemm haben sich diesen Fall einmal genauer angeschaut.

MPACT-TV ist für Sie gratis! Bitte spenden Sie zu unserer Unterstützung über <https://compact-online.de/unterstuetzen>

stellen Sie COMPACT-Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-shop.de>

gen Sie uns auch auf unseren anderen Sozialen Plattformen:
eagram - t.me/CompactMagazin | twitter.com/COMPACTMagazin |
i hier auf [/ compacttv](https://www.youtube.com/channel/UC...)

STÜTZEN SIE COMPACT-TV UNTERSTÜTZEN!

ten Sie unsere unabhängigen Nachrichten für wichtig? Diese Videoproduktionen kosten COMPACT eine Menge Geld. Mit einer Spende können Sie dazu beitragen, dass wir auch künftig auf Sendung sind:

Grund Faesers Kampf gegen COMPACT, wurden uns unsere Konten genommen. Doch Sie können uns unterstützen, indem Sie im COMPACT Shop eine Bestellung aufgeben. Schauen Sie JETZT noch vorbei:
<https://www.compact-shop.de/>

Wenn Sie mehr von COMPACT TV sehen? Bleiben Sie doch auf dem Laufenden über die Produktionen von COMPACT TV und abonnieren Sie diesen YouTube-Kanal.

Transkript

können Sie im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)

COMPACTTV
518.000 Abonnenten

Videos Kanalinfo X

[Transkript anzeigen](#)



COMPACT

Widerlich! Pablo-Mesa will Rache an AfD-Frau!



COMPACT TV

19.000 Abonnenten

Abonnieren

Teilen

Speichern

10.718 Aufrufe · 28.11.2025

Ein Plagiaten-Herzstück will seine ideologische Unwissenschaftlichkeit vorsetzen. Wegen des Vorwurfs der "Vollverschönerung" ahnen wir die Protagonisten für die Aufklärung ihrer Verantwortung. Die AfD will es nicht. Welche Partei haben die Protagonisten und in dieser Hinsichtung die Hauptgegnerschaft? Maria-Christina Kaiser (AfD) und Paul-Eberhard Lauterbach (Bündnis 90/Die Grünen) sind im Mittelpunkt des Tages.

Die heutige Hauptgegnerschaft: COMPACT-TV-Sprecher des Malteser-Museums, Nils...

[https://www.compact-tv.de/.../...](#)

COMPACT-TV ist für die größte Live-Sprecherin in der Szene 0952 8203 3088 1178 0713 40 (COMPACT-Messenger-Geschäft) oder über [https://www.compact-tv.de/...](#)

Beachten Sie die COMPACT-Messenger- und -Sprecherin-Beiträge auf [https://www.compact-tv.de/...](#)

Folgen Sie uns auch auf unserer anderen Social-Media-Plattformen:

Twitter: [https://twitter.com/compact_tv](#) | Facebook: [https://www.facebook.com/compact_tv](#) |

und hier auf [https://compact-tv.de/...](#)

111

JETZT COMPACT-TV UNTERSTÜTZEN

Haben Sie unsere unabhängigen Nachrichten für wichtig? Diese Video-Produktionen machen COMPACT-TV ein Mägdle Geld. Mit einer Spende können Sie dazu beitragen, dass wir auch künftig auf Sendung sind.

Aufgrund finanzieller Knappheit ergaben COMPACT-TV-Werbung und unsere Kunden zusammen. Doch Sie können uns unterstützen, indem Sie in COMPACT-TV eine Bestellung aufgeben. Schreiben Sie JETZT noch vorher: [https://www.compact-tv.de/...](#)

Wollen Sie mehr von COMPACT-TV sehen? Bleiben Sie doch auf dem Laufenden über die Produktionen von COMPACT-TV und abonnieren Sie diesen YouTube-Kanal.

Wie wurde dieser Inhalt erstellt?

Automatisch generiert

[Anzeige](#)

Transkript


Das Video enthält Transkripte

[Transkript anzeigen](#)



Gerhard Vierfusz
@DerRechteAnwalt

0663

Compact. Der Tag vom 2. März: Die gesamte zweite Hälfte der Sendung, volle 15 Minuten, sprechen Jürgo Elsässer und Martin Müller-Mertens über die Frage der Berechtigung der russischen Nazi-Vorwürfe gegen die ukrainische Regierung. Unbedingt hörenswert 
[tv.compact-online.de/compact-der-ta...](https://www.compact-online.de/compact-der-ta...)

Translate Tweet

3:28 PM · Mar 3, 2022 · Twitter for iPad



Bereiten wir uns auf diese Erkenntnis vor: Der liebe Onkel im Westen, der beste Freund, das Vorbild aller liberalen Träume kolonisiert fremde Länder, um dort völkerrechtswidrig mit Pest- und Milzbrandernegern zu experimentieren.

Wie werden wir reagieren?

[Translate Tweet](#)



compact-online.de

Biowaffenforschung in der Ukraine – Presseerklärung des russischen Verteidigungsministeriums
Die Analyse der Vernichtungsprotokolle zeigt, dass im Biolabor in Lwiw mit Erregern von Pest, Milzbrand und Brucellose gearbeitet wurde, in den Labors in...

4:32 PM · Mar 8, 2022 · Twitter for iPad

3 Retweets 1 Quote Tweet 7 Likes



Gerhard Vierfusz
@DerRechteAnwalt

0665

Chance für junge rechte Journalisten! 📌

[Translate Tweet](#)

 **COMPACT-Magazin** @COMPACTMagazin · Mar 26

COMPACT expandiert! Wir suchen neue Mitarbeiter im Bereich Verlag/Vertrieb und in der Redaktion. Für junge Talente bieten wir zusätzlich ein bezahltes Volontariat. compact-online.de/compact-bietet...

4:01 PM · Mar 26, 2023 · **384** Views

2 Retweets **7** Likes





Strack-Zimmermann will Taurus-Raketen gegen Moskau! 🇷🇺

COMPACTTV
345.000 Abonnenten

Abonnieren

👍 11.603 💬 ➦ Teilen ⌵ Speichern ⋮

96.020 Aufrufe 20.02.2024

Wer ist nun eigentlich die gefährlichste Partei im Land? Die einen sagen AfD, für die anderen sind es die Grünen. Doch Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP ist dermaßen kriegsbegeistert, dass sie gemeinsam mit der oppositionellen CDU für den Einsatz von Taurus Raketen gegen Moskau stimmt - ein Sakrileg für die Regierung. Wie gefährlich diese Frau und das Ergebnis dieser Abstimmung werden kann, besprechen heute Chefredakteur Jürgen Elsässer und der ehem. Bundestagsabgeordnete und Journalist Armin-Paulus Hampel (AfD).

Bestellen Sie COMPACT-Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-shop.de>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Sozialen Plattformen:

Telegram - t.me/CompactMagazin | twitter.com/COMPACTMagazin | [polklemme](https://www.youtube.com/channel/UCpolklemme) und auch hier auf [compacttv](https://www.youtube.com/channel/UCcompacttv)

JETZT COMPACT-TV UNTERSTÜTZEN!

Halten Sie unsere unabhängigen Nachrichten für wichtig? Diese Videoproduktionen kosten COMPACT eine Menge Geld. Mit einer Spende können Sie dazu beitragen, dass wir auch künftig auf Sendung sind: Via Pay Pal an verlag@compact-mail (auch unter <https://bit.ly/2FsKEHQ>) oder per Überweisung an COMPACT Magazin GmbH auf das Konto IBAN: DE70 1605 0000 1000 5509 97. Wollen Sie mehr von COMPACT TV sehen? Bleiben Sie doch auf dem Laufenden über die Produktionen von COMPACT TV und abonnieren Sie diesen YouTube-Kanal.

Personen

2 Personen



Marie-Agnes Strack-Zimmermann



Armin-Paul Hampel

Musik

1 Songs



Hero
Florens

🎵 Musik

Transkript

Du kannst im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)

COMPACTTV
345.000 Abonnenten

📺 Videos 📄 Kanalinfo 🗨️ X

Weniger anzeigen

0667



Armin-Paul Hampel
Gastkommentator

▶ 🔊 1.46 / 50.18

Maaßen kaputt: WerteUnion zerlegt sich selbst!

COMPACTTV
288.000 Abonnenten

👍 11.938

🔗 Teilen

📌 Speichern

96.949 Aufrufe 21.02.2024

War's das schon wieder? Nur drei Tage nach der Parteigründung der WerteUnion treten prominente Mitglieder wie Markus Krall wieder aus und sorgen damit zum wohl schnellsten Partientod der deutschen Geschichte. Was ist passiert? Wer ist noch gegangen und warum? Und was heißt das für Maaßen und seine Partei? Armin-Paulus Hampel und Paul Klemm beantworten Ihnen jetzt alle Fragen.

Bestellen Sie COMPACTMagazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-shop.de>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Sozialen Plattformen:

Telegram - t.me/CompactMagazin | [Twitter.com/COMPACTMagazin](https://twitter.com/COMPACTMagazin) | [/ polklemme](https://www.youtube.com/channel/UCp0k1emmc) und auch hier auf [/ compacttv](https://www.youtube.com/channel/UCp0k1emmc)

JETZT COMPACTTV UNTERSTÜTZEN!

Halten Sie unsere unabhängigen Nachrichten für wichtig? Diese Videoproduktionen kosten COMPACT eine Menge Geld. Mit einer Spende können Sie dazu beitragen, dass wir auch künftig auf Sendung sind: Via PayPal an [verlag@compact-mail](mailto:verlag@compact-mail.de) (auch unter <https://bit.ly/2F-kEhG>) oder per Überweisung an COMPACT Magazin GmbH auf das Konto IBAN: DE70 1605 0000 1000 5509 97. Wollen Sie mehr



Das große Gauland-Interview: (I) Außenpolitik

COMPACTTV
346.000 Abonnenten **Abonnieren**

5351 Teilen Speichern

63.328 Aufrufe 24.03.2024

Alexander Gauland, ein politisches Urgestein der Bundesrepublik, im strategischen Interview für COMPACT-TV: Der Elder Statesman kann auf ein erfülltes politisches Leben zurückblicken, war in der Führungsriege der hessischen CDU, gestaltete dann die AfD, rettete sie aus vielen Krisen. Im Gespräch mit dem langjährigen ARD-Korrespondenten Armin Paul Hampel skizziert er die großen Linien für unser Land und seine Partei. Heute Teil I: Die Außenpolitik. Teil II folgt am nächsten Wochenende.

Bestellen Sie COMPACT-Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-shop.de>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Sozialen Plattformen:

Telegram - t.me/CompactMagazin | twitter.com/COMPACTMagazin | [/polklemme](https://www.youtube.com/channel/UCp0klemme) und auch hier auf [/compacttv](https://www.youtube.com/channel/UCp0klemme)

JETZT COMPACT-TV UNTERSTÜTZEN!

Halten Sie unsere unabhängigen Nachrichten für wichtig? Diese Videoproduktionen kosten COMPACT eine Menge Geld. Mit einer Spende können Sie dazu beitragen, dass wir auch künftig auf Sendung sind. Via PayPal an verlag@compact-mail (auch unter <https://bit.ly/2FskEHQ>). Wollen Sie mehr von COMPACT TV sehen? Bleiben Sie doch auf dem Laufenden über die Produktionen von COMPACT TV und abonnieren Sie diesen YouTube-Kanal.

Personen

2 Personen



Alexander Gauland



Armin-Paul Hampel

Musik

1 Songs



Alex Under The Sky - Cinematic Movie
[AlexUnderTheSky](#)

Musik

Transkript

Du kannst im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)

COMPACTTV
346.000 Abonnenten

Videos Kanalinfo X

Weniger anzeigen



Das große Gauland-Interview: (II) Innenpolitik



Abonnieren

4827 Teilen Speichern

66.217 Aufrufe 30.03.2024

Der AfD-Ehrenvorsitzende im Gespräch mit Armin Paul Hampel. Im zweiten Teil des Interviews rekapituliert Alexander Gauland nicht nur seine Zeit in der AfD, er stellt auch strategische und inhaltliche Überlegungen über die Zukunft der Partei an. Die Blauen befinden sich momentan besonders unter Beschuss: Führende Regimevertreter und Medien denken offen über einen AfD-Verbotsantrag nach, gefordert wird der Grundrechte-Entzug für Björn Höcke, Vertreter der Partei werden systematisch benachteiligt und diskriminiert.

Bestellen Sie COMPACT-Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-shop.de>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Sozialen Plattformen:

Telegram - t.me/CompactMagazin | twitter.com/COMPACTMagazin | [polklemme](https://www.youtube.com/channel/UCp0klemme) und auch hier auf [/ compacttv](https://www.youtube.com/channel/UCp0klemme)

JETZT COMPACT-TV UNTERSTÜTZEN!

Halten Sie unsere unabhängigen Nachrichten für wichtig? Diese Videoproduktionen kosten COMPACT eine Menge Geld. Mit einer Spende können Sie dazu beitragen, dass wir auch künftig auf Sendung sind: Via Pay Pal an [verlag@compact-mail](mailto:verlag@compact-mail.de) (auch unter <https://bit.ly/2FskEhQ>) oder per Lastschrift unter <https://www.compact-online.de/unterst...> Wollen Sie mehr von COMPACT TV sehen? Bleiben Sie doch auf dem Laufenden über die Produktionen von COMPACT TV und abonnieren Sie diesen YouTube-Kanal.

Kapitel

[Alle ansehen](#)



0:00
Verlassen wir die Außenpolitik und...



0:30
Wir sind in der schwierigen Situatio...



0:52
Die Basis der CDU muss deutlich...



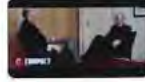
2:20
Auch die Führung der CDU muss deutlich...



5:20
Was umkehrbar ist, ist nicht in dem Sinne...



8:15
Es ist schwierig, Menschen, die sich...



9:56
Kann ein Regierung, eine Regierung...



11:30
Hat Herr Sie gesagt Herr

Personen

3 Personen



Alexander Gauland



Björn Höcke



Armin-Paul Hampel

Musik

1 Songs



Alex Under The Sky - Cinematic Movie
AlexUnderTheSky

Musik

Transkript

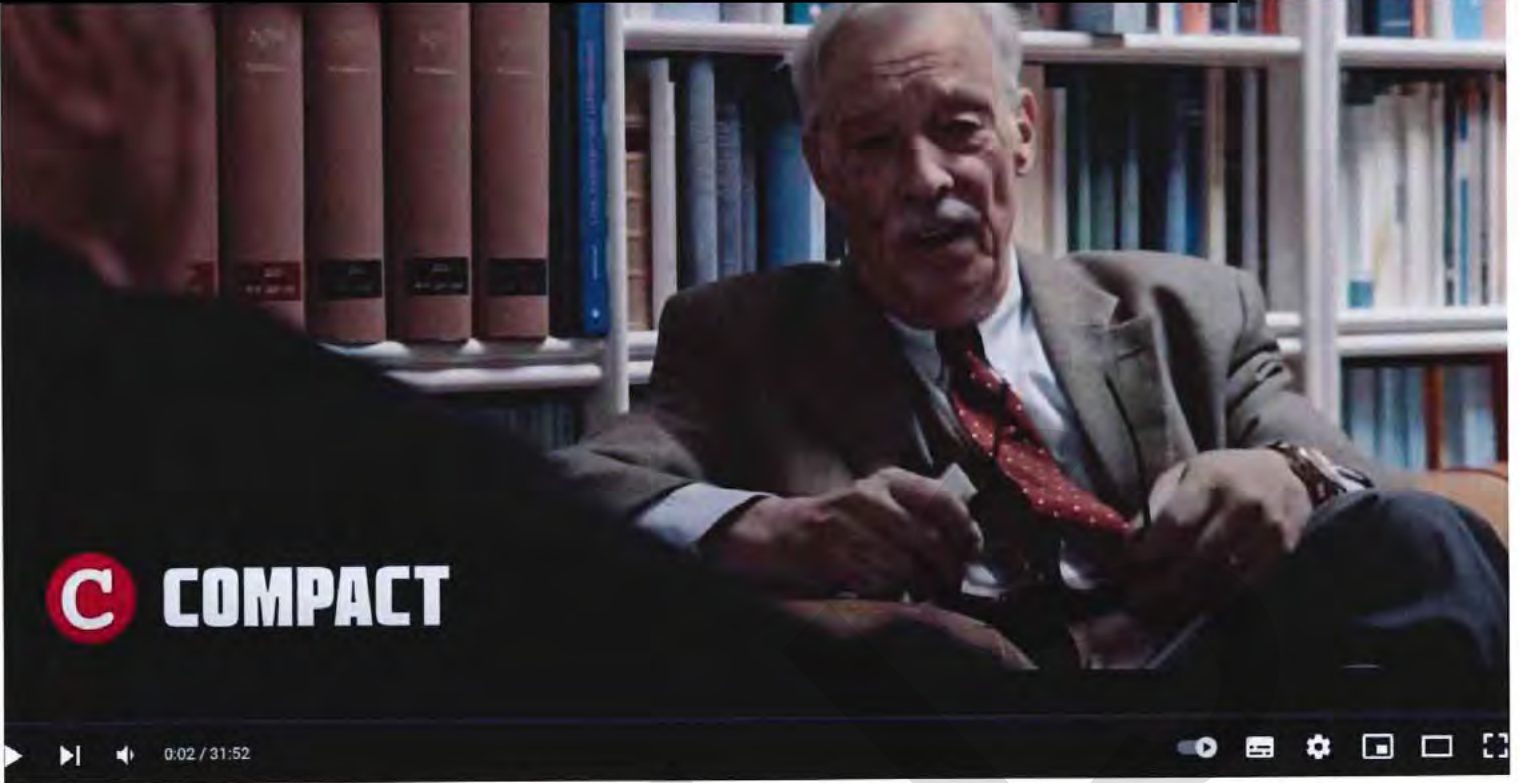
Da kannst im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)



Videos Kanalinfo

Weniger anzeigen



Rupert Scholz (CDU): «Haldenwang agiert verfassungswidrig!»

COMPACTTV
346.000 Abonnenten

Abonnieren

👍 5168 💬 ➦ Teilen ⌵ Speichern

1.662 Aufrufe 16.06.2024

war Senator von Berlin und unter Kohl Bundesminister der Verteidigung: Staatsrechtler Rupert Scholz (CDU). Im Interview mit Armin-Paul Hampel übt er scharfe Kritik an Innenministerin Faeser und Verfassungsschutzpräsident Haldenwang. Jetzt die neue Folge von «Hampel hakt nach» sehen!

Stellen Sie COMPACT-Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-shop.de>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Sozialen Plattformen:

Telegram - t.me/CompactMagazin | twitter.com/COMPACTMagazin | [Instagram](#) / polklemme und auch hier auf [YouTube](#) / compacttv

UNTERSTÜTZEN!

Wollen Sie unsere unabhängigen Nachrichten für wichtig? Diese Videoproduktionen kosten COMPACT eine Menge Geld. Mit einer Spende können Sie dazu beitragen, dass wir auch künftig auf Sendung bleiben. Spenden Sie uns: Via Pay Pal an [verlag@compact-mail](mailto:verlag@compact-mail.de) (auch unter <https://bit.ly/2FsKEhQ>) oder per Lastschrift unter <https://www.compact-online.de/unterstuetzen>. Wollen Sie mehr von COMPACT TV sehen? Bleiben Sie bei uns auf dem Laufenden über die Produktionen von COMPACT TV und abonnieren Sie diesen YouTube-Kanal.

Personen

Personen



Rupert Scholz



Armin-Paul Hampel



Thomas Haldenwang

Transkript

Transkript im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)

COMPACTTV
346.000 Abonnenten

📺 Videos 📄 Kanallinfo ⌵ X

Werbung anzeigen



Wahlbetrug? Geheimplan gegen Trump

COMPACTTV
391.000 Abonnenten **Abonnieren**

8877

56.547 Aufrufe 04.11.2024

Es scheint, als könne ihn nichts mehr stoppen. In den letzten Umfragen vorn und sogar die Swing-States auf seiner Seite - der Republikaner Donald Trump wird unter normalen Umständen die Präsidentschaftswahl für sich entscheiden. Doch welches Ass haben die Demokraten im Ärmel? Mit exklusiven Bildern unseres Kamera-Teams von vor Ort, analysieren Armin-Paul Hampel und André Poggenburg die gespannte Situation in den USA.

Bestellen Sie COMPACT-Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-shop.de>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Sozialen Plattformen:
Telegram - t.me/CompactMagazin | twitter.com/COMPACTMagazin |
und hier auf [/ compacttv](https://www.youtube.com/channel/UC...)

JETZT COMPACT-TV UNTERSTÜTZEN!

Halten Sie unsere unabhängigen Nachrichten für wichtig? Diese Videoproduktionen kosten COMPACT eine Menge Geld. Mit einer Spende können Sie dazu beitragen, dass wir auch künftig auf Sendung sind:

Aufgrund Faesers Kampf gegen COMPACT, wurden uns unsere Konten genommen. Doch Sie können uns unterstützen, indem Sie im COMPACT Shop eine Bestellung aufgeben. Schauen Sie JETZT noch vorbei: <https://www.compact-shop.de/>

Wollen Sie mehr von COMPACT TV sehen? Bleiben Sie doch auf dem Laufenden über die Produktionen von COMPACT TV und abonnieren Sie diesen YouTube-Kanal.

Erwähnte Personen

1 Person



Donald Trump

Transkript

Du kannst im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)

COMPACTTV
391.000 Abonnenten

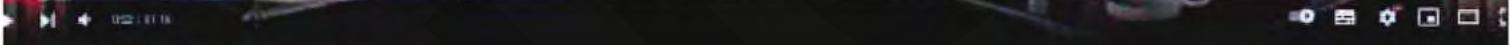
Videos Kanalinfo X

[Weniger anzeigen](#)



0672

COMPACT



Wahl-Wahl: Schwarzer Tag für Deutschland

COMPACT-TV 13.892

05.05.2025

Übersicht

COMPACT TV ist für Sie gratis. Unterstützen Sie unsere Arbeit über <https://www.compact-magazin.de>

Lesen Sie COMPACT Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-magazin.de>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Social Media Plattformen:
Instagram - <https://www.instagram.com/compactmagazin/>
Facebook - <https://www.facebook.com/compactmagazin/>
Twitter auf <https://twitter.com/compacttv>

© 2025 COMPACT TV UNTERNEHMEN

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Genehmigung der COMPACT TV UNTERNEHMEN. Die COMPACT TV UNTERNEHMEN sind für den Inhalt der Beiträge verantwortlich. Die COMPACT TV UNTERNEHMEN sind nicht für die Inhalte von Links zu anderen Webseiten verantwortlich.

COMPACT TV ist für Sie gratis. Unterstützen Sie unsere Arbeit über <https://www.compact-magazin.de>

Lesen Sie COMPACT Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-magazin.de>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Social Media Plattformen:
Instagram - <https://www.instagram.com/compactmagazin/>
Facebook - <https://www.facebook.com/compactmagazin/>
Twitter auf <https://twitter.com/compacttv>

© 2025 COMPACT TV UNTERNEHMEN

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Genehmigung der COMPACT TV UNTERNEHMEN. Die COMPACT TV UNTERNEHMEN sind für den Inhalt der Beiträge verantwortlich. Die COMPACT TV UNTERNEHMEN sind nicht für die Inhalte von Links zu anderen Webseiten verantwortlich.

COMPACT TV ist für Sie gratis. Unterstützen Sie unsere Arbeit über <https://www.compact-magazin.de>

Lesen Sie COMPACT Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-magazin.de>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Social Media Plattformen:
Instagram - <https://www.instagram.com/compactmagazin/>
Facebook - <https://www.facebook.com/compactmagazin/>
Twitter auf <https://twitter.com/compacttv>



11,118 | Teilen | Speichern

Wo ist die Grenzschießung, Herr Merz?

COMPACT TV **Abonnieren**

120.957 Aufrufe · 07.08.2023

Lügen haben kurze Beine... und führen zu immer schlechteren Umfrageergebnissen. Das hat Kai-Invoth Merz offenbar. In den letzten Tagen gelernt: "Aya"-Stopp an allen Grenzen - SOFORT! Was ist dran? Wieviel Glauben kann man dieser Ankündigung schenken? Amir-Paul Hampel und Dimitri Reichert analysieren die aktuelle Lage.

COMPACT TV ist für Sie gratis! Bitte spenden Sie zu unserer Unterstützung über <https://www.compact-shop.de>

Bestellen Sie COMPACT Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-shop.de>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Socialen Plattformen:
Telegram - t.me/compactmagazin | www.compactmagazin.de |
und hier auf [/ compacttv](https://www.youtube.com/channel/UC...)

JETZT COMPACT TV UNTERSTÜTZEN!

Halten Sie unsere unabhängigen Nachrichten für wichtig! Diese Videoproduktionen kosten COMPACT kein Menge Geld. Mit einer Spende können Sie dazu beitragen, dass wir auch künftig auf Sendung sind.

Aufgrund Facebooks Kampf gegen COMPACT, wurden unsere Konten genommen. Durch Sie können wir unterstützen, indem Sie im COMPACT Shop eine Bestellung aufgeben. Schauen Sie JETZT noch vorbei: <https://www.compact-shop.de/>



5:09 / 1:50

7490 | Teilen | Speichern

Sommerfest: Wir feiern den Widerstand!

COMPACT TV
544.000 Abonnenten

08.08.17 Aufnahme 09.08.2023
Das COMPACTMagazin feiert den 50. Geburtstag! Unser Sommerfest ist die Spitze eines Sieges des Sommer. In Sachsen-Anhalt können Alternative Medienmacher*innen, Magaziner*innen, Influencer*innen und Widerständler*innen zusammenkommen, um unter dem großen, roten C zu feiern!

COMPACT TV ist für Sie gratis! Bitte spenden Sie zu unserer Unterstützung an die Bank: DE52 2505 0000 1131 6713 40 (COMPACTMagazin GmbH) oder über <https://www.compact-tv.de/donieren>

Bestellen Sie COMPACT Magazine und spannende Bücher auf <https://www.compact-shop.de/>

Folgen Sie uns auch auf unseren anderen Sozialen Plattformen:
Telegram - t.me/CompactMagazin | twitter.com/COMPACTMagazin |
und hier auf [/ compact](https://www.youtube.com/channel/UC...)

JETZT COMPACT TV UNTERSTÜTZEN!
Halten Sie unsere unabhängigen Nachrichten für wichtig? Diese Videoproduktionen kosten COMPACT eine Menge Geld. Mit einer Spende können Sie dazu beitragen, dass wir auch künftig auf Sendung sind:
Aufgrund des Kampfes gegen COMPACT werden uns unsere Konten genommen. Doch Sie können uns unterstützen, indem Sie im COMPACT Shop eine Bestellung aufgeben. Schauen Sie **JETZT** noch vorbei: <https://www.compact-tv.de/>



Migration: Segen oder Fluch? | Wir klären das!

6434 06.01.2021

0 +10 Teilen



Wir klären das!

277 Abonnenten

Abonnieren

Einfach und mit Fakten unterlegt erklärt: Worum geht es beim Streitthema „Migration“ eigentlich? Unsere Moderatorin Marie-Thérèse Kaiser geht der Sache in der neuen YouTube-Sendung „Wir klären das!“ auf den Grund. Dabei geht es nicht um Phrasendrescherei, sondern um einen genauen Blick darauf, wem Migration nützt und wem nicht. Anschauen und mitdiskutieren!

00:00 - 00:22 Intro
 00:22 - 01:20 Was ist Migration?
 01:20 - 03:31 Der Migrationspakt
 03:31 - 04:40 Die Zahlen
 04:40 - 06:52 Unsere Städte
 06:52 - 09:09 Fazit
 09:09 - 10:12 Outro

Folgt uns...

...auf Twitter: <https://twitter.com/WirKlaerenDas>

...auf Instagram: <https://www.instagram.com/marieerklaert/>

...auf Facebook: <https://www.facebook.com/wirklaerendas/>

Marie auf Twitter folgen: <https://twitter.com/hallofrau-kaiser>

Maries Website: <https://www.maritheresekaiser.de/>

Der UN-Migrationspakt: <https://www.focus.de/politik/ausland/un-gener...>

Antonio Guterres, der Utopist: <https://www.focus.de/politik/ausland/antonio-...>

Der Migrationspakt als Elitenprojekt: <https://sezession.de/59954/der-migrationspakt...> und <https://sezession.de/62542/deutschland-nur-no...>

Alle Migrationszahlen: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft...>

Der Anteil an der Bevölkerung: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/_... und <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/new...>

David Miller findet klare Worte: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/david-mi...> und <https://www.deutschlandfunk.de/philosophie-to...>

Impressum:

Ein Prozent e.V.

Kurt-Beyer-Str. 2

10117 Berlin

Weniger anzeigen



Was ist meine IDENTITÄT? | Wir klären das!

3168 02.02.2021

0 +4 Teilen



Wir klären das!

277 Abonnenten

Abonnieren

Identitätspolitik? Diesen Begriff hört man heute oft. Jeder will sich identifizieren – mit seiner Heimat, seinem Geschlecht, seiner Zugehörigkeit. Doch einmal ganz einfach heruntergebrochen: Worum geht es dabei eigentlich? Was bedeutet es, auf Identitätssuche zu sein? Unsere Moderatorin Marie hat sich das Thema angesehen und erklärt euch heute den Begriff „Identität“ von der Pike auf.

00:00 - 00:14 Intro

00:14 - 01:44 Was bedeutet Identität eigentlich?

01:44 - 04:00 Eine kleine Geschichtsstunde

04:00 - 06:51 Gottfried Herder und Freunde

06:51 - 08:09 Beispiele aus der Praxis

08:09 - 11:00 Identität nach Belieben wechseln?

11:00 - 12:00 Outro

Quellen:

„Identität“ im Duden: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Identita...>

Mehr zum Thema:

Alain de Benoist: Wir und die anderen, Berlin 2008

Francis Fukuyama: Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet, Hamburg 2019

Folgt uns...

...auf Twitter: <https://twitter.com/WirKlaerenDas>

...auf Instagram: <https://www.instagram.com/mariereklaert/>

...auf Facebook: <https://www.facebook.com/wirklaerendas/>

Marie auf Twitter folgen: <https://twitter.com/hallofrauakaiser>

Maries Website: <https://www.marietheresekaiser.de/>

Impressum:

Ein Prozent e.V.

Kurt-Beyer-Str. 2

01127 Berlin

Weniger anzeigen



Sind Steuern RAUB?! | Wir klären das!

3258 10.03.2021

-0 +7 Teilen



Wir klären das!
277 Abonnenten

Abonnieren

Des Deutschen Lieblingsthema: die alljährliche Steuererhöhung. 2021 kommt sie in Form der CO2-Bepreisung – und facht damit die Debatte um Sinn und Zweck von Steuern neu an. Wären wir alle ohne Steuern besser dran? Das fragen sich zumindest viele Bürger, die keinen realen Gegenwert zu den Abgaben an den Staat sehen. Wir wollen uns heute differenziert an das Thema heranwagen.

00:00 - 00:16 Intro
00:16 - 03:41 Die CO2-Bepreisung im Überblick
03:41 - 06:47 Unsere Steuersünden
06:47 - 08:55 Was für die Steuern spricht
08:55 - 11:04 Im internationalen Vergleich
11:04 - 12:43 Fazit
12:43 - 13:35 Outro

Folgt uns...

...auf Twitter: <https://twitter.com/WirKlaerenDas>

...auf Instagram: <https://www.instagram.com/mariethereklaert/>

...auf Facebook: <https://www.facebook.com/wirklaerendas/>

Marie auf Twitter folgen: <https://twitter.com/hallofraukaiser>

Maries Website: <https://www.marietherekaiser.de/>

Mehr Anreize für die grüne Energie: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbrauch...>

Was ein Liter Benzin eigentlich kostet: <https://www.mobil.org/co2-steuer-ab-2021-10-c...>

1,1 Milliarden Euro gegen Rechts: <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland...>

Das ganze Uni-Dilemma: <https://www.news4teachers.de/2014/10/hochschu...>

Das Schwarzbuch der Steuerzahler: <https://www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/steuerg...>

Die Steuermythen: <https://steuermythen.de/mythen/mythos-5/#--t...>

Die Deutschen und ihre Steuern: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/st...>

Impressum:

Ein Prozent e.V.
Kurt-Beyer-Str. 2

Weniger anzeigen



✘ Welche Meinungen sind VERBOTEN? ✘ | Wir klären das!

📺 22665 🕒 22.03.2021

🔍 0 → 3:33 🔄 Teilen



Wir klären das!

277 Abonnenten

▶ Abonnieren

Diese Folge ist brandaktuell! Immer öfter werden bestimmte Meinungen ausgegrenzt, ja sogar aus dem öffentlichen Raum verbannt. So zuletzt bei einem Computerspiel, das aufgrund eines vermeintlich verrohdenden Einflusses auf die Jugend auf den Index gesetzt wurde. Gleichzeitig existieren unzählige Spiele, Filme und Musikalben, die offen gewaltverherrlichende Inhalte transportieren. Die sind in der Regel jedoch kein Problem, sondern erst dann, wenn es politisch wird. Darf man bestimmte Meinungen nicht länger äußern? Wir haben's geklärt! #CancelCulture #Meinungsfreiheit

00:00 - 01:15 Wir müssen reden...

01:15 - 01:49 Wie weit geht Meinungsfreiheit?

01:49 - 03:50 Cancel Culture erklärt

03:50 - 05:52 Wer wird „gecancelt“?

05:52 - 07:50 Vielfalt der Geächteten

07:50 - 10:20 Ein Appell an alle

10:20 - 11:09 Outro

Folgt uns...

...auf Twitter: <https://twitter.com/WirKlaerenDas>

...auf Instagram: <https://www.instagram.com/marieerklaert/>

...auf Facebook: <https://www.facebook.com/wirklarendas/>

Marie auf Twitter folgen: <https://twitter.com/hallofraukaiser>

Maries Website: <https://www.marieheresekaisers.de/>

Wurde Uwe Steimle „gecancelt“? <https://www.spiegel.de/kultur/tv/uwe-steimle-...>

Der Skandal um die Harry-Potter-Erfinderin:
<https://www.spiegel.de/kultur/transgender-deb-...>

Der Appell für freie Debattenräume: <https://idw-europe.org/>

Sneaky Snitch by Kevin MacLeod <http://incompetech.com>
Creative Commons — Attribution 3.0 Unported — CC BY 3.0
Free Download / Stream: <http://bit.ly/sneaky-snitch>
Music promoted by Audio Library <https://youtu.be/7-rXQALDv-4>

Impressum:
Ein Prozent e.V.
Kurt-Beyer-Str. 2
10117 Berlin

⏪ Weniger anzeigen



Die Medien in unserer freien Gesellschaft... | Wir klären das!

10569 08.07.2021

+ 34 Teilen



Wir klären das!

277 Abonnenten

Abonnieren

Alles in unserer Welt dreht sich um Informationen. Theoretisch ist es für uns möglich, beinahe alles jederzeit ohne Zeitverzögerung über das Internet herauszufinden. Doch so einfach ist es nicht: Großkonzerne wie Facebook und Google beherrschen die Kommunikation im Netz. Aber auch die „alten“ Massenmedien – die Zeitungen, das Fernsehen und das Radio – sind nicht so unabhängig, wie man es vielleicht denken würde. In dieser Folge wirft unsere Moderatorin Marie-Thérèse Kaiser einen Blick auf die sog. Massenmedien unserer Zeit.

Folgt uns...

...auf Twitter: <https://twitter.com/WirklaerenDas>

...auf Instagram: <https://www.instagram.com/maneerklaert/>

...auf Facebook: <https://www.facebook.com/wirklaerendas/>

Marie auf Twitter folgen: <https://twitter.com/hallofrau-kaiser>

Maries Website: <https://www.marieheresekaiser.de/>

Quellen:

Beck, Klaus (2010): Kommunikationswissenschaft. 2. Auflage. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 84.

<https://www.br.de/mediathek/video/zahlen-und-...>

Burkhard Müller-Ullrich: Medienmärchen. Gesinnungstäter im Journalismus, 1998, S. 19

<https://www.pro-medienmagazin.de/medien/journ...>

Elisabeth Noelle-Neumann: Die Schweigespirale. Die öffentliche Meinung – unsere soziale Haut, München 2001.

https://www.achgut.com/artikel/neues_von_der_...

<https://www.helse.de/tp/features/Der-oekonomi...>

ENERGIEWENDE



WIR KLÄREN DAS!



Wie „grün“ ist unser Strom? | Wir klären das!

9174 11.08.2021

+ 29 Teilen



Wir klären das!

277 Abonnenten

Abonnieren

Wie grün soll Deutschland werden? Wenn es nach Baerbock und Co. geht, dann muss die elektrische Zukunft „erneuerbar“ sein. Doch wie realistisch ist das eigentlich? Und können wir so einfach den Atomstrom außen vor lassen? Marie geht der Sache auf den Grund.

Folgt uns...

...auf Twitter: <https://twitter.com/WirKlaerenDas>

...auf Instagram: <https://www.instagram.com/marieerkaert/>

...auf Facebook: <https://www.facebook.com/wirklaerendas/>

Marie auf Twitter folgen: <https://twitter.com/hallofrauakaiser>

Maries Website: <https://www.marieresekaiser.de/>

Quellen:

Werner Heisenberg: Physik und Philosophie, 7. Aufl., Stuttgart 2006, S. 92.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/artic...>

Antwort

der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Steffen Kotré, Tino Chrupalla, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/12042 –, online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/123/19...>

<https://www.energyscope.ch/100-questions/ener...>

https://www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft...

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehe...>

Helmut Schmidt im Interview mit „Die Zeit“ (24.7.2008).

Impressum: Ein Prozent e.V. Kurt-Beyer-Str. 2 01237 Dresden

Weniger anzeigen



Wie steht es um Deutschlands Schulen?

34195 28.10.2021

0 + 19 Teilen



Wir klären das!
277 Abonnenten

Abonnieren

Hurra, hurra, die Schule brennt? Wir wollen ja nicht den Teufel an die Wand malen, aber um das deutsche Schulsystem steht es schlecht, vor allem im Vergleich mit Ländern wie Finnland oder Dänemark. Was läuft schief bei der Erziehung und Ausbildung der kommenden Generationen?

Unsere Schüler:

<https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitte...>

Chancengleichheit:

<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/...>

Schulen in Berlin:

<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/...>

Lockdown-Schule:

<https://www.deutschlandfunk.de/unterricht-im-...>

Deutschland im G8-Fieber:

<https://www.tagesspiegel.de/wissen/abschied-v...>

<https://www.forschung-und-lehre.de/politik/ru...>

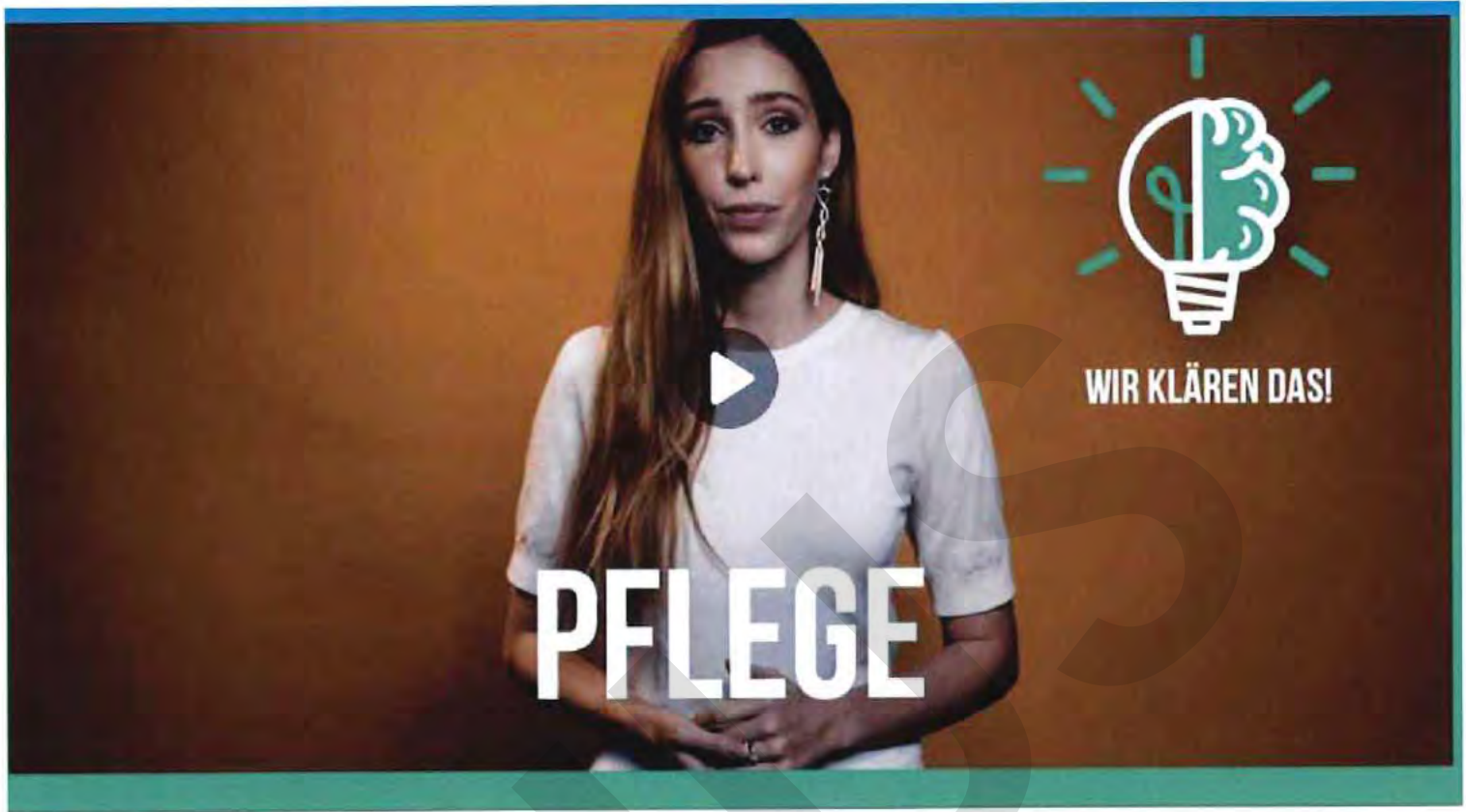
<https://www.tagesspiegel.de/meinung/g8-g9-und...>

<https://deutsches-schulportal.de/bildungswese...>

<https://www.iwd.de/artikel/g9-wiederbelebung-...>

Weniger anzeigen

Ich suche ...



Warum den Deutschen die Pfleger fehlen.

12205 11.11.2021

0 + 18 Teilen

Wir klären das!
277 Abonnenten

▶ Abonnieren

rankenhäuser und Pflegeheime sind zentral für unsere Gesellschaft. Dennoch nimmt kaum jemand wahr, wie prekär die Lage der dort angestellten ist. Was wir brauchen sind keine geheuchelten Solidaritätsbekundungen, sondern endlich Taten. Werfen wir einen Blick auf die Misere der Pfleger.

Alle Quellen:

<https://www.fr.de/rhein-main/privatisierung-k...>

<https://www.aerzteblatt.de/archiv/64543/Oeffe...>

<https://taz.de/Kritik-an-neuer-Pflegereform/!...>

<https://www.rechtsdepesche.de/intensivstation...>

<https://www.zeit.de/arbeit/2020-04/pflegekrae...>

<https://pflegepioniere.de/blog/ein-gesellscha...>

<https://www.t-online.de/nachrichten/deutschla...>

Weniger anzeigen

ich suche ...



Was hat Karl Lauterbach eigentlich drauf?

15385 13.01.2022

0 +30 Teile

 Wir klären das!
277 Abonnenten

[▶ Abonniere](#)

Karl Lauterbach polarisiert. Wir haben mal ganz nüchtern auf die Bilanz des umstrittenen Gesundheitspolitikers geschaut. Wo kommt er her, was hat bislang geleistet und hat er wirklich Ahnung von dem, was er aktuell als Gesundheitsminister anstellt? Findet es in dieser Folge heraus!

- Quellen:
- <https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/karl...>
 - <https://www.spiegel.de/wissenschaft/der-einfl...>
 - <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/lauter...>

Weniger anzeigen

Ich suche ...



WIR KLÄREN DAS!



OLAF SCHOLZ

Kanzlercheck: Was taugt Olaf Scholz?

5467 27.01.2022

0 + 18 Teiler

Abonnieren

Wir klären das!
277 Abonnenten

Wirecard? Cum-Ex? Irgendwie hat jeder diese Begriffe schon einmal gehört. Aber was hat das mit Olaf Scholz zu tun? Wir stellen den Kanzler vor und klären, wo er starke Mann der SPD schon gelogen hat.

- Quellen:
- <https://www.sueddeutsche.de/meinung/cum-ex-st...>
 - <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ol...>
 - <https://www.focus.de/politik/videos/zerstoert...>
 - <https://www.focus.de/politik/experten/g20-gip...>
 - <https://www.focus.de/politik/deutschland/scho...>
 - <https://www.sueddeutsche.de/politik/wirecard-...>
 - <https://www.tagesschau.de/investigativ/panora...>

Weniger anzeigen

Ich suche ...



Wie „rassistisch“ ist die Polizei?

6420 11.02.2022

0 +14 Teiler

Wir klären das!
277 Abonnenten

[▶ Abonnieren](#)

Man kennt es: Man wird von der Polizei angehalten, weil man migrantisch aussieht und deswegen für kriminell gehalten wird. Oder? Zumindest wurde jetzt in den USA Racial Profiling für rechtswidrig erklärt. Aber worum geht es dabei eigentlich?

Neulichmal nachgerechnet: Das ist die Anzahl der Tatverdächtigen bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Relation zu den jeweils in Deutschland lebenden Staatsbürgern.

Ergebnis: 1.965/818.460 (0,24%), Türken: 1.495/1.461.910 (0,10%), Afghanen: 1.336/271.805 (0,49%), Deutsche: 45.733/72.569.978 (0,06%)

Quellen:
<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft...>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studi...>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studi...>

© 2022 Freie Presse, alle Rechte vorbehalten

[Weniger anzeigen](#)

URL: <https://frei3.de/post/32b30bc4-07e3-4f42-8412-a77b288f6b89>



Le Pen-Wähler: Links oder Rechts?

4236 25.04.2022

Wir klären das!
277 Abonnenten

— 0 + 10 Teilen

▶ Abonnieren

Marine Le Pen hat die Wahlen um die französische Präsidentschaft verloren – erneut. Doch hat sie so viele Wähler wie nie zuvor. Woher kommt die

captured at: 06/05/2025 15:11

0687

URL: <https://frei3.de/post/e9d9a637-4027-4234-a4ab-d5232d01d9c4>

Ich suche ...



Wie der Ukrainekrieg die Welt verändert

3962 06.05.2022

0 + 12 Teilen

 Wir klären das!
277 Abonnenten

 Abonnieren

Am 24. Februar 2022 macht Geschichte: Nach diesem Datum ist die Welt eine andere; vielleicht wird der Tag, an dem Russland die Ukraine angriff, auch als

4 Kommentare

Ich suche ...



orona: Wer hat abkassiert?

4181 02.06.2022

- 0 + 13 Teilen


Wir klären das!
 277 Abonnenten

▶ Abonnieren

orona war eine Katastrophe. Für die Erkrankten, für die Bürgerrechte, für alle. Oder? Naja, es gab auch einige, denen das Ganze ganz recht kam. Wir zeigen, wer el Corona richtig abkassiert hat.

Quellen:

<https://www.deraktionaer.de/artikel/pharma-bi...>

<https://www.cNBC.com/2020/05/07/senators-ask-...>

<https://www.bloomberg.com/billionaires/profil...>

<https://www.n-tv.de/wirtschaft/Bezos-verdient...>

<https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/gew...>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studi...>

<https://www.rtl.de/cms/das-sind-die-30-reichs...>

Weniger anzeigen

aptured at: 06/05/2025 15:12

0588

RL: <https://frei3.de/post/145ec409-a979-4fcd-a9d0-256c31fd11a4>

Ich suche ...

Wie »FUNK« eine „Afd- Strategie“ erfindet

FOLGE 3.1

Wie Funk eine Afd-Strategie erfindet | Wir klären das! Folge 3.1

4097 07.10.2022

0 + 14 Teiler



Wir klären das!
277 Abonnenten

Abonnieren

Wenn öffentlich-rechtliche Medien Schützenhilfe für grüne und linke Themen machen, dann kommt so etwas wie das Funk-Format „Die da oben“ dabei heraus. Vor kurzem erschien ein Video auf deren Youtube-Konto, das die Afd-Strategie auf der App „TikTok“ erklären soll. Sind die gebührenfinanzierten Medien hier einerseits an einer großen Verschwörung auf der Spur?

Erzähl den Freunden doch mal einen Besuch ab:

<https://www.youtube.com/c/DieDaOben>

Weniger anzeigen

URL: <https://frei3.de/post/ddb0f6b5-1706-4347-95a6-4b1d1d76b889>



Wir klären... EURE FRAGEN! | Wir klären das! Folge 3.2

📺 3020

🕒 27.10.2022

−0 +7 📄 Teilen



Wir klären das!
277 Abonnenten

▶ Abonnieren

Heute gibt es eine kleine Spezialfolge: Unsere Moderatorinnen Marie und Lisa stellen sich den Fragen, die uns allen unter den Nägeln brennen. Also, schaut mal rein...

captured at: 06/05/2025 15:14

0891

URL: <https://frei3.de/post/47bd8d98-8f5c-4fc1-91df-0a68c6071a8d>

Ich suche ...

Was wir über die linksextreme „Hammerbande“ wissen

FOLGE 3.3

so eiskalt gehen linke Gewalttäter vor.

8408 22.11.2022

0 +7 Teilen



Wir klären das!

277 Abonnenten

▶ Abonnieren

linke Gewalt richtet sich nur allzu oft gegen Menschen. Den letzten Beweis für diese gar-nicht-so-steile These liefert die Hammerbande um die mutmaßliche Rahtzieherin Lina E., der derzeit in Dresden der Prozess gemacht wird. Dabei haben die Staatsanwälte einen Trumpf in der Tasche: Johannes Domhöver war selbst Mitglied der gewalttätigen linksextremen Gruppierung und packt nun vor Gericht aus. Wir haben euch seine Aussagen zusammengefasst.

Weitere Infos findet ihr hier: <https://www.einprozent.de/blog/recherche/das-...>

Inzwischen gibt es auch weitere Erkenntnisse durch Domhövers Aussagen. Hier könnt ihr diese nachlesen: [https://www.einprozent.de/blog/recherche/zeug...](https://www.einprozent.de/blog/recherche/zeug-...)

Überdem gibt es hier weitere Infos: [https://www.compact-online.de/exklusiv-anklag...](https://www.compact-online.de/exklusiv-anklag-...)

und hier: [https://www.compact-online.de/der-fall-lina-e...](https://www.compact-online.de/der-fall-lina-e-...)

Weniger anzeigen

URL: <https://frei3.de/post/394e4967-d74a-43c4-8c0e-82d860808ec6>



Ungarn legt deutschen Linksextremisten das Handwerk



3649 13.03.2023

-0 +5 Teilen



Wir klären das!
277 Abonnenten

▶ Abonnieren

Eine linksextreme deutsche Gruppe weitet ihre Aktivitäten auch auf Ungarn aus. Nach einigen Gewalttaten können die dortigen Behörden aber einen Teil der mutmaßlichen Täter dingfest machen. Die Spur führt zur Hammerbande um die derzeit angeklagte Lina Engel...

Ist unser Geld bald nichts mehr wert?



FOLGE **3.7**

Wie bekämpft man eine Inflation?

5875 05.04.2023

- 0 + 9 Teilen



Wir klären das!

277 Abonnenten

▶ Abonnieren

Die Inflation ist in aller Munde. Doch das Phänomen ist kein neues, und nicht alle sind sich einig, dass lediglich die ausbleibenden Rohstoffe aus Russland verantwortlich für die Teuerung sind. Ebenso gespalten sind sich die Experten bei der Frage nach der Bekämpfung der Inflation. Wir haben die wichtigsten Positionen beleuchtet.

Quellen:

<https://politischeoekonomie.com/warum-man-nic...>

<https://www.sparkasse.de/themen/wertpapiere-a...>

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-...>

<https://www.deutschlandfunk.de/leitzins-ezb-v...>

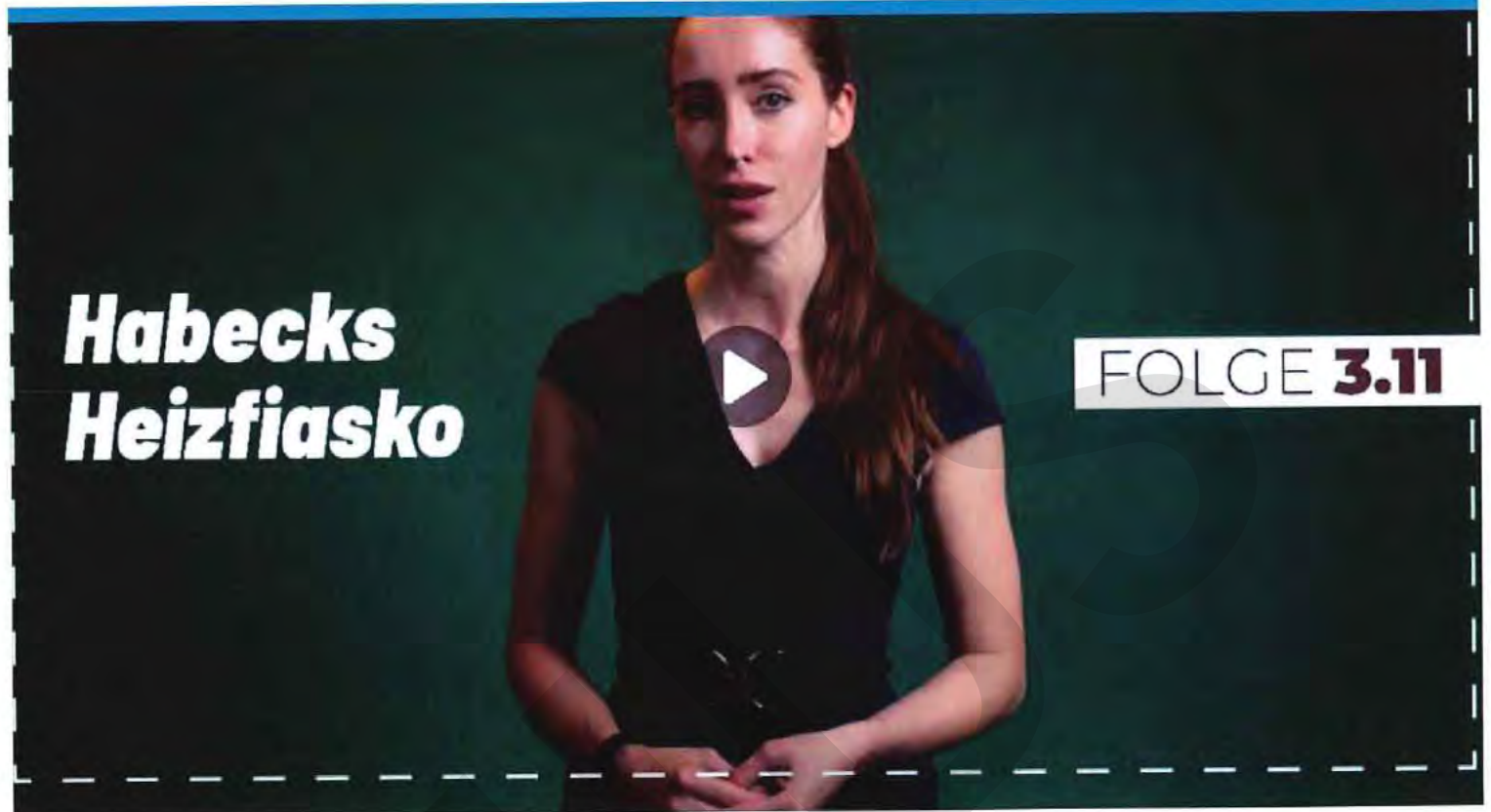
<https://mauricehoefgen.substack.com/p/ezb-zin...>

<https://mauricehoefgen.substack.com/p/lindner...>

<https://politischeoekonomie.com/die-alte-idee...>

<https://miwi-institut.de/archives/2689>

Weniger anzeigen



Chaos um Habecks Heizungshammer



2165 10.08.2023

0 +6 Teilen



Wir klären das!

277 Abonnenten

▶ Abonnieren

Mit seinem Heizungsgesetz trieb Robert Habeck zahlreiche Hausbesitzer in die Verzweiflung – bis die Gesetzesinitiative kurzfristig vor Gericht gestoppt wurde. Aber das ist nur eine kurze Pause, denn im September soll das sog. Gebäudeenergiegesetz (GEG) doch noch im Bundestag abgesegnet werden. Wir schauen uns an, was eigentlich im Text drinsteht, warum es zum Chaos kam und wie es jetzt weitergehen könnte.

Quellen:

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/he...>

<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/waerm...>

<https://www.freilich-magazin.com/politik/exkl...>

<https://www.morgenpost.de/ratgeber/article238...>

Weniger anzeigen

URL: <https://frei3.de/post/6180da5d-6308-4508-a1a1-57cbc35908ed>

Faesers Chaos

FOLGE 3.13



Nancy Faeser: die Überforderte? | Wir klären das!

📄 1366

🕒 04.10.2023

📄 -0 +6 Teilen



Wir klären das!

277 Abonnenten

▶ Abonnieren

Nicht erst seit der Affäre um die Versetzung des missliebigen BSI-Chefs Arne Schönbohm steht Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) in der Kritik. Gleichzeitig will sie nächsten Sonntag in Hessen die Landtagswahl gewinnen... Aber warum eigentlich? Gefällt es der SPD-Politikerin in Berlin nicht? Wir werfen

aptured at: 06/05/2025 15:17

0696

RL: <https://frei3.de/post/cd8ce923-9c1e-4b8e-bf8d-00f67e2a3dbd>

Ich suche ...



Wie verbietet man die AfD?

1657 12.01.2024

-1 +4 Teilen



Wir klären das!
277 Abonnenten

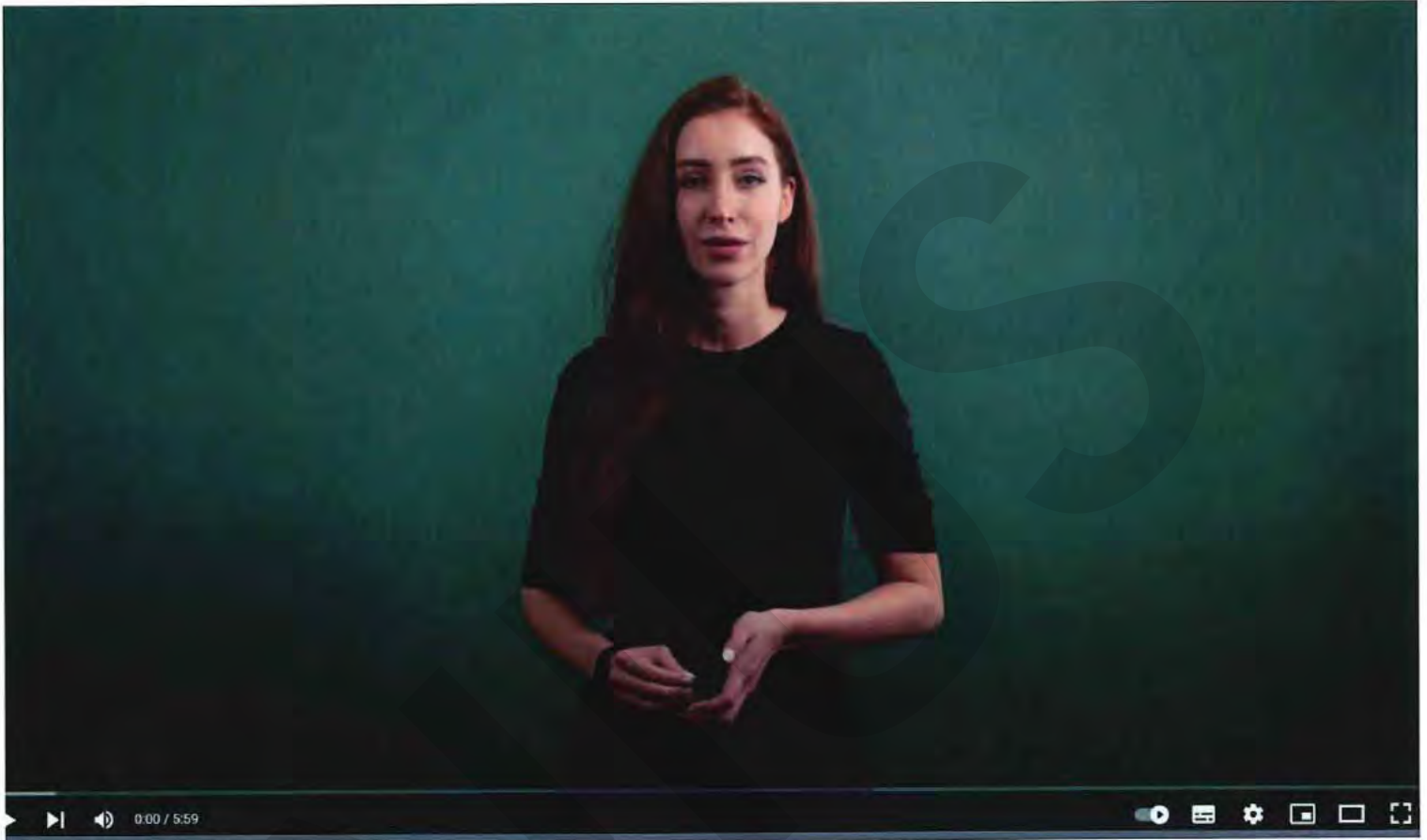
▶ Abonnieren

correctiv präsentiert die scheinbaren Fakten, auf die Politik und Medien nur warten. Hat das Establishment mit der »Wannseekonferenz 2.0« das Argument erfunden, mit dem die AfD verboten werden soll? Marie-Thérèse Kaiser hat sich angesehen, warum es bei einem möglichen Verbotsverfahren gegen die AfD geht spoiler: Mit der Wannseekonferenz hat all das gar nichts zu tun.

Quellen:

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-in-...>

Weniger anzeigen



Was ist dran an der »Gewalt gegen Politiker«?

Wir klären das!
294 Abonnenten

Abonnieren

👍 14

🗨️

➦ Teilen

🔖 Speichern

1 Aufrufe 15.08.2024

»heiße Phase« des Wahlkampfs kann gefährlich sein; Politiker und ihre Wahlkampfthelfer werden zur Zielscheibe. Der Fall eines SPD-Politikers, der in Dresden angegriffen wurde, scheint dies deutlich zu machen. Der Aufschrei dieser Attacke folgte, verschleiert die reale Gefahr: Denn die meisten Angriffe erfolgen auf rechte Politiker und ihre Unterstützer. Die Politik versucht nun, den Speiß herumzudrehen – und den Rechten die Schuld in die Schuhe zu schieben. Marie macht diesem Spuk ein Ende.

Transkript

kannst im Transkript mitlesen.

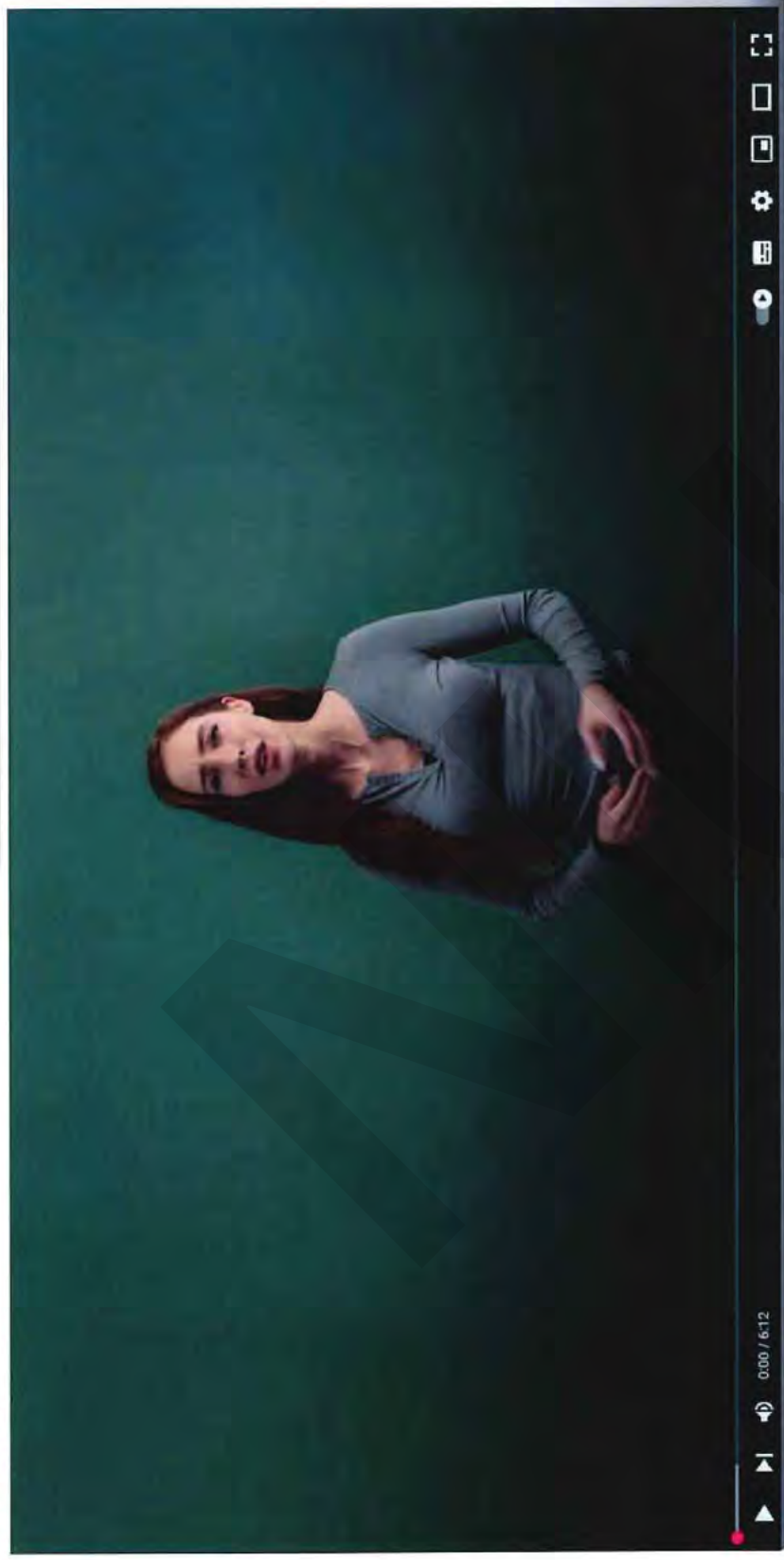
[Transkript anzeigen](#)

Wir klären das!
294 Abonnenten

Videos

Kanalinfo

weiter anzeigen



Warum es auch mit der CDU keine Asyl-Wende geben wird.

Wir klären das!
284 Abonnenten

👍 24

Teilen

Speichern

274 Aufrufe 27.08.2024 #Solingen #Anschlag #Reul

#Solingen ist in aller Munde. Nein, es ist überhaupt kein Wunder, dass ein solcher #Anschlag ausgerechnet in Nordrhein-Westfalen stattfand – denn die regierende CDU und ihr »Law and Order«-Innenminister Herbert #Reul haben mit Sicherheit einige Tricks auf Lager, aber keiner davon hilft gegen die Folgen der Massenmigration. Was die CDU dagegen gut kann: Geld einsammeln. Und Migranten ins Land holen. Thema des heutigen Videos ist daher eine Schleuserbande, die in Nordrhein-Westfalen ihr Unwesen treibt. Im Spinnennetz der Schleuser hängen sie alle mit drin: Die NRW-CDU, Herbert Reul und nicht zuletzt der Solinger Oberbürgermeister Tim Kurzbach. Ob diese Politiker Deutschland vor weiteren Anschlägen beschützen können? Mehr als fraglich.

Transkript

Du kannst im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)

Wir klären das!
284 Abonnenten

Videos Kanalinfo



▶ 🔊 0:00 / 2:47

⏸ ⏪ ⏩ ⏴ ⏵

Jetzt kommen die Talahons!

 **Wir klären das!**
294 Abonnenten [Abonnieren](#)

2.702 Aufrufe 15.10.2024

Der -Talahon- ist in aller Munde. Was oft witzig annimmt, deutet aber auf ein viel tiefer liegendes Problem hin. Maite erklärt euch in diesem Video, was damit gemeint ist.

👍 134

🔗 Teilen


🔖 Speichern

⋮

Transkript

Du kannst im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)

 **Wir klären das!**

294 Abonnenten

 Videos


 Kanalinfo



0:02 / 7:32



2024 war wild.

 **Wir klären das!**
294 Abonnenten

Abonnieren

620 Aufrufe 29.01.2025
Bauernproteste, Syllt-Feiern, Ampel-Aus: Das Jahr 2024 hatte es in sich. Was außerdem wichtig war, erfährt ihr in diesem Jahresrückblick. Anschauen und Teilen!

36



Transkript

Du kannst im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)

 **Wir klären das!**
294 Abonnenten

 Videos

 Kanalinfo



f der Staat so mit »Verbrechern« umgehen?

Wir klären das!
294 Abonnenten

Abonnieren

👍 45 🗨 ➦ Teilen 📌 Speichern

Aufrufe 06.03.2025

Ungarn werden Linksextremisten eingeknastet, in Deutschland landen sog. Reichsbürger hinter Gittern. Wie die Justiz mit vermeintlichen Staatsfeinden umgeht, ist von Land zu Land unterschiedlich. Wir schauen uns zwei prominente Fälle ein – und blicken auf Deutschland und Ungarn.

Transkript

hier kannst im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)

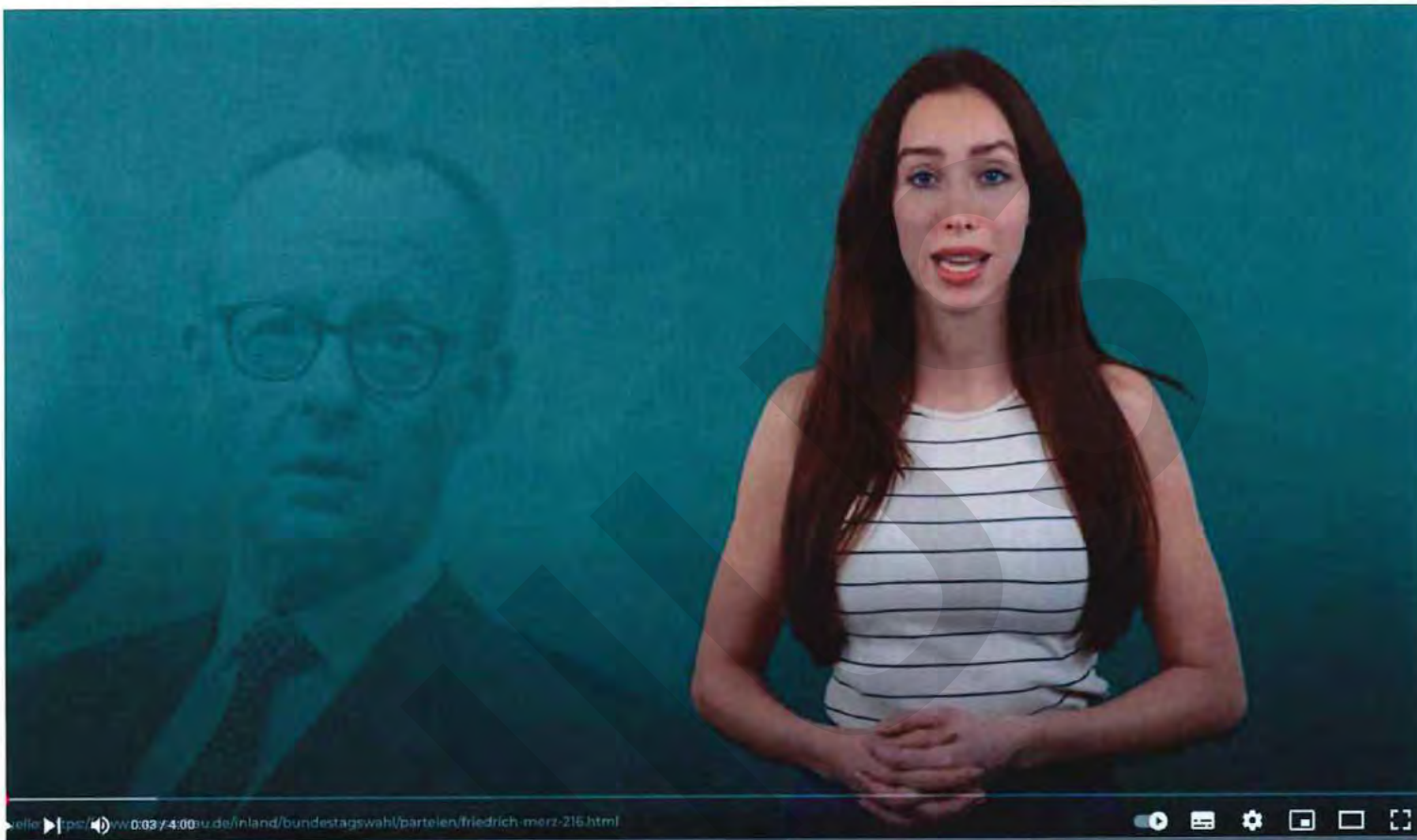
Wir klären das!
294 Abonnenten

Videos Kanallinfo

[Werbung anzeigen](#)



Suchen



wollen den Hype um Heidi Reichenek verstehen. | Wir klären das!

Wir klären das!
613 Abonnenten **Abonnieren**

688 Teilen Speichern

165 Aufrufe 13.05.2025
Eigentlich war »Die Linke« schon tot. Eigentlich hatten alle die Partei schon abgeschrieben. Aber mit einem cleveren Kniff hat sich »Die Linke« wieder zurück in die Relevanz katapultiert. Nicht ganz unschuldig daran: Friedrich Merz. Ist ihr nicht? Wir erklären's!

Transkript

Kannst im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)

Wir klären das!
613 Abonnenten

Videos Kanalinfo

[Transkript anzeigen](#)



Suchen



«abhängiger Journalismus» auf Staatskosten

Wir klären das!
613 Abonnenten

Abonnieren

60



Teilen

Speichern

6 Aufrufe 05.06.2025

Die neue Bundesregierung um Kanzler Merz will gemeinnützigen Journalismus fördern. So steht es im schwarz-roten Koalitionsvertrag. Dahinter steckt nicht etwa der Plan, journalistische Angebote »diverser« zu machen und kritische Stimmen prominenter zu machen, sondern im Kern geht es um Hofberichterstattung. Marie schaut sich die »gemeinnützige« Medienlandschaft mal an.

Transkript

Du kannst im Transkript mitlesen.

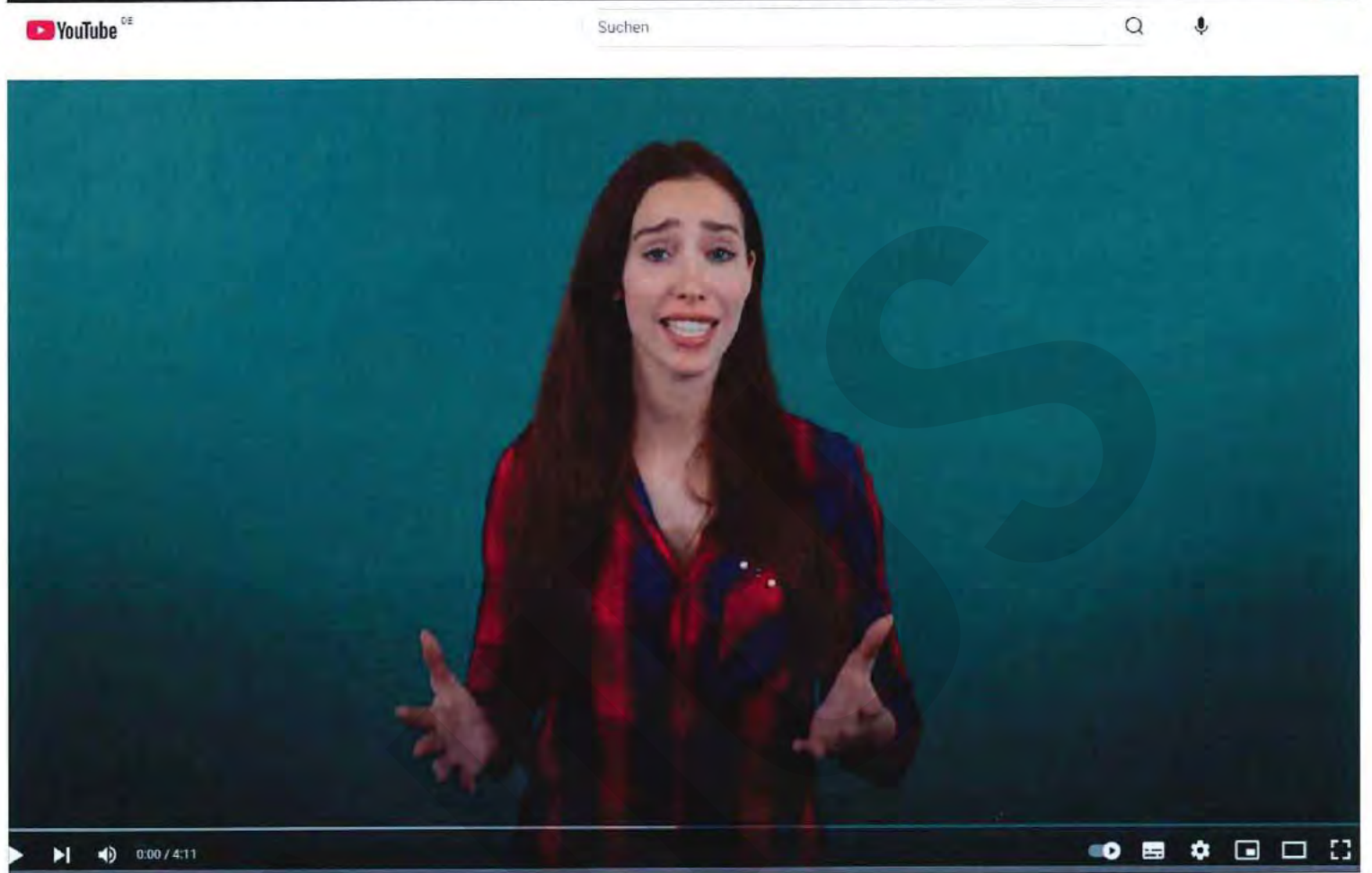
[Transkript anzeigen](#)

Wir klären das!
613 Abonnenten

Videos

[Kanalinfo](#)

Transkript anzeigen



inungsfreiheit im Netz? Nicht mit den Grünen!

Wir klären das!
613 Abonnenten

Abonnieren

👍 21 💬 ➦ Teilen 📌 Speichern

Aufrufe 25.06.2025
ss Elon Musk bei Twitter beziehungsweise X andere Salten aufzieht, passt nicht Jedem: Etwa den Grünen, die schmerzlich merken, wie ihnen Diskurshoheit und Wähler flöten gehen. Das ist das Problem: Die Altparteien verliere
: Kontrolle über das Internet und die sozialen Medien. Die Lösung: Kontrolle, Zensur – und vielleicht eine eigene, »unabhängige« und von euch, den Bürgern, finanzierte Plattform. Wir haben uns die grünen Pläne genauer
gesehen.

ranskript

kannst im Transkript mitlesen.

[Transkript anzeigen](#)

Wir klären das!
613 Abonnenten

[Videos](#) [Kanalinfo](#)

aniger anzeigen



»Wir klären das!« | Lagebesprechung #44 mit Marie-Thérèse Kaiser

523

🕒

05.02.2021

-0 +0

🔗

Tellen



Lagebesprechung
77 Abonnenten

▶ Abonnieren

Begonnen hat für Marie-Thérèse Kaiser alles in der Jungen Union. Doch unter dem Eindruck der offenen Grenzen von 2015 vollzog sie nach bereits länger andauerndem Fremdsein den endgültigen Bruch mit der CDU. Es folgte der Eintritt in der AfD und von dort ging es über einen Gastauftritt in der Sendung „Laut Gedacht“ zum eigenen Format: „Wir klären das!“ ist seit Anfang 2021 fester Bestandteil der von Ein Prozent unterstützten Medien. Leider ließen auch die Antifa-Angriffe nicht lange auf sich warten. Wir haben mit Marie-Thérèse Kaiser über ihren Weg zur AfD, ihre Medienarbeit und wie sie mit den Attacken der Antifa umgeht gesprochen.

✓ Mehr anzeigen

0706

Marie-Thérèse Kaiser

EINPROZENT
SOLIFONDS

Dein Solifonds für Marie-Thérèse Kaiser.

5894 16.09.2021

0 +10 Teilen



EinProzent Film
159 Abonnenten

Abonnieren

Wer in der Öffentlichkeit steht, dient als Zielscheibe. So erleben es viele Menschen, die sich für unser Land einsetzen. Marie-Thérèse Kaiser übernimmt in der AfD Verantwortung und moderiert das Filmformat „Wir klären das!“. Dafür muss sie bezahlen: Eine beschmierte Hausfassade und unzählige Hassnachrichten und -videos dokumentieren die Rachlust linker Chaoten.

Mehr erfahren: www.solifonds.me

Werbung

Die Bürgerinitiative „Ein Prozent“ versteht sich als professionelle Widerstandsplattform für deutsche Interessen. Als erste seriöse Lobbyorganisation für verantwortungsbewusste, heimatliebende Bürger arbeiten wir daran, einer schweigenden Mehrheit von unzufriedenen Demokraten endlich wieder eine Stimme zu schenken und ihnen Gehör zu verschaffen.

Weniger anzeigen



@ein_prozent

0707

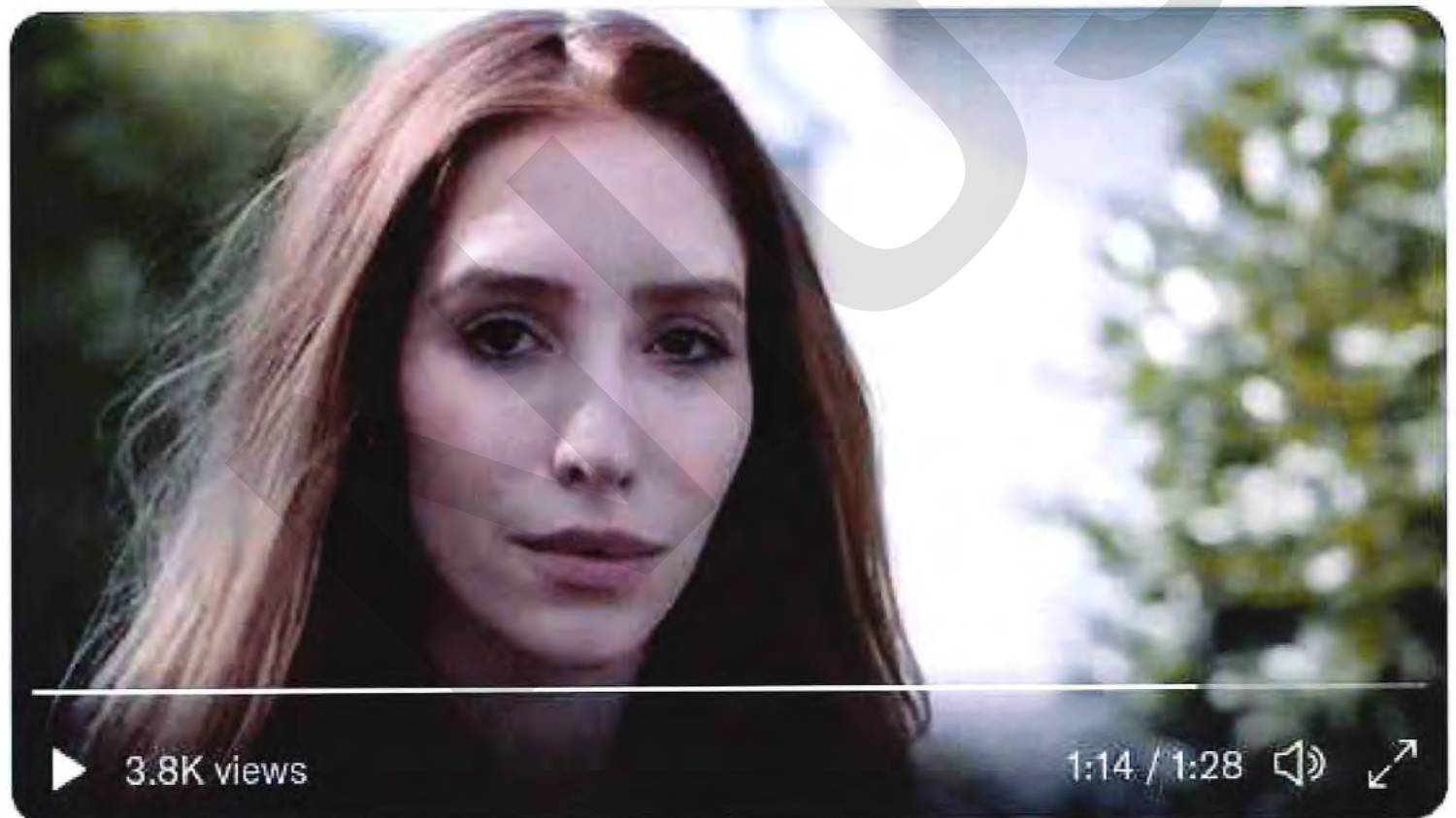


So funktioniert der [#EinProzent](#)-[#Solifonds](#).

Alle Infos auf: solifonds.me

So „banal“ das Prinzip auch klingen mag, es ist ein bis dato nie unternommener Schritt. [#Solidarität](#) für die erste Reihe!

[Translate Tweet](#)



3:53 PM · Sep 16, 2021 · Twitter Web App

80 Retweets **19** Quote Tweets **187** Likes





BUNDESREGIERUNG WAR INFORMIERT: INTERNES PAPIER DER BUNDESPOLIZEI

afd_kv_goslar • Abonniert

afd_kv_goslar Wie immer, ihr Lügner 🗡️ in Berlin!

13 Std.

sniper44magnum DARUM SEID SCHLAU UND WÄHLT
BLAU !!

13 Std. · Antworten



Gefällt 5 Mal
VOR 13 STUNDEN



Einprozent

Marie-Thérèse Kaiser

Forwarded from Ein Prozent



Benedikt Kaiser auf Telegram

Benedikt Kaiser kennt ihr als eine der Stimmen aus unserem Podcastformat "Lagebesprechung". Mehr Politikanalysen und Einschätzungen gibt es jetzt in seinem Telegramkanal. [Schaut mal hier vorbei!](#)

🟡 Alle Folgen unseres Podcasts findet ihr natürlich wie gewohnt [hier](#). Daneben findet ihr alle alle Folgen [hier auf Telegram](#).

- ◆ Folgt "Ein Prozent"!
- ➔ Unterstützt uns!
- ✉ Mehr Infos im [Rundbrief](#).
- 🎧 Unsere [Podcasts](#).



@ein_prozent

10

...

Ein Verfahren wegen [#Volksverhetzung](#) kann jeden treffen. Es ist ein **Zensurgesetz**, dass kritische Stimmen unterdrücken soll.

Wir zeigen, wie das Gesetz vor allem im Netz wirkt, warum es gerade verschärft wurde und warum es beinahe eine **exklusive Regelung für Rechte** ist.

Aktuell hat es [@hallofraukaiser](#) getroffen, morgen könntest du dran sein.

Alle Fakten findest du auf unserem Blog:
einprozent.de/blog/meinungsf

Nutze den [#Stolzmonat](#) und informiere dich!

[Translate Tweet](#)



3:01 PM · Jun 6, 2023 · 3,417 Views

August 5



Marie-Thérèse Kaiser
Forwarded from Ein Prozent

**Wir brauchen dich,
um Wahlbetrug
zu verhindern!**
Jetzt eintragen!

www.wahlbeobachtung.de

Stell dir vor, du könntest aktiv dazu beitragen, dass Wahlen fair und transparent ablaufen.

🟡 Auf wahlbeobachtung.de kannst du genau das tun.

📧 Trag einfach deine E-Mail-Adresse und Postleitzahl ein, und schon erhältst du regelmäßig informative Rundbriefe mit exklusiven Schulungen, Links zu informativen Podcasts und aktuellen Texten zur politischen Strategie des Vorfelds.

🟡 Am Wahltag selbst halten wir dich auf dem Laufenden. Sollten Vorfälle oder Probleme auftreten, schicken wir dir umgehend regionale Nachrichten und Informationen, damit du schnell und effektiv auf Verstöße reagieren kannst.

Schon jetzt findest du auf wahlbeobachtung.de unseren umfassenden Leitfaden für Wahlbeobachter, nützliches Material zur Wahlbeobachtung, spannende Videos und detaillierte Recherchen und aufgedeckte Betrugsfälle.

📧 *Werde Teil unserer Gemeinschaft und hilf mit, die Demokratie zu stärken!*

🟡 Folgt »Ein Prozent«!

📧 Unterstützt uns!

📧 Mehr Infos im [Rundbrief](#).

📧 Unsere [Podcasts](#).

1.1K 🌐 15:50

URL: <https://t.me/s/HalloFrauKaiser>

August 15



Marie-Thérèse Kaiser

Forwarded from [EinProzent](#) | [Videoarchiv](#)




Media is too big

[VIEW IN TELEGRAM](#)

5:59

Was ist dran an der »Gewalt gegen Politiker«?

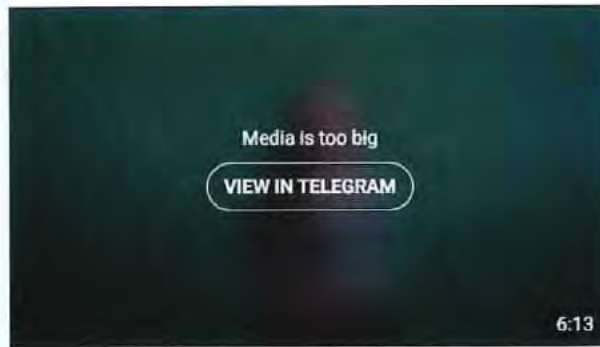
Die »heiße Phase« des Wahlkampfs kann gefährlich sein: Politiker und ihre Wahlkampfshelfer werden zur Zielscheibe. Der Fall eines SPD-Politikers, der in Dresden angegriffen wurde, scheint dies deutlich zu machen. Der Aufschrei, der dieser Attacke folgte, verschleiert die reale Gefahr: Denn die meisten Angriffe erfolgen auf rechte Politiker und ihre Unterstützer. Die Politik versucht nun, den Spieß herumzudrehen – und den Rechten die Schuld in die Schuhe zu schieben. Marie macht diesem Spuk ein Ende.

-  Folgt »Ein Prozent«!
-  Unterstützt uns!
-  Mehr Infos im [Rundbrief](#).



Marie-Thérèse Kaiser

Forwarded from EinProzent | Videoarchiv



Warum es auch mit der CDU keine Asyl-Wende geben wird.

Eine Schleuserbande treibt ihr Unwesen, holt dutzende Ausländer ins Land und schmiert die Behörden, um Aufenthaltsgenehmigungen für ihre »Kunden« zu erhalten. Verbindungen der Schleuser weisen zur regierenden CDU, zu Innenminister Herbert Reul, der sich gern als »Law and Order«-Politiker inszeniert. Und nicht zuletzt wäre da der Oberbürgermeister von Solingen, Tim Kurzbach, zu nennen. Abseits aller Sprüche nach dem Anschlag von Solingen: Solche Politiker sind nicht in der Lage, unser Land vor weiteren Attacken zu schützen!

- 👍 Folgt »Ein Prozent«!
- 👍 Unterstützt uns!
- 👍 Mehr Infos im Rundbrief.

609 👁 07:50



Marie-Thérèse Kaiser

Forwarded from Ein Prozent



Wie geht eigentlich Wahlbeobachtung?

Die Wahlen in Sachsen und Thüringen werden wichtig. Jede Stimme zählt. Umso größer ist auch die Bedeutung unserer Wahlbeobachtungskampagne.

➡️ Doch wie wird man eigentlich Wahlbeobachter? Und was hat man dann für Aufgaben?

👍 Das wollen wir euch heute erklären. Via Zoom. Seid dabei – meldet euch per Mail an wahlbeobachter@einprozent.de.

- 👍 Folgt »Ein Prozent«!
- ➡️ Unterstützt uns!
- ➡️ Mehr Infos im Rundbrief
- 🎧 Unsere Podcasts

011 👁 00:00



hallofraukaiser · Folgen

Original-Audio

0714



hallofraukaiser 105 Wo.

Dank an alle, die den Solifonds unterstützen 🙌❤️ <https://www.solifonds.me>



markhunt.crystalkeeper 63 Wo.

Dont let anyone take away your Humanity. hug x

Gefällt mir · Antworten



tobiasg1988 103 Wo.

Die Wahrheit ist in Deutschland unerwünscht. Aber was die Medien und die Altparteien machen das ist Volksverhetzung ohne Ende. Stehe auf jedenfall zu 100% hinterhinen und



Gefällt 1.333 Mal

25. Juli 2023



Kommentare zu diesem Beitrag wurden limitiert.



Tobias Stober (Infokanal)

Forwarded from EinProzent | Videoarchiv

Media is too big

VIEW IN TELEGRAM

9:40

Irre: Das soll also die "Tiktok-Strategie der AfD" sein?

Funk kennt ihr vielleicht: Das ist sozusagen der Versuch der gebührenfinanzierten GEZ-Sender, auf Youtube mit "coolen", zeitgeistigen Inhalten Fuß zu fassen.

Einer der Kanäle – "Die da oben" – fabuliert sich dabei eine rechte Unterwanderungsstrategie auf Tiktok zusammen. "Wir klären das", ein patriotisches Format, das übrigens ohne GEZ-Gebühren auskommt, hat sich dieses "Exklusiv"-Video mal angesehen.

- Folgt "Ein Prozent"!
- Unterstützt uns!
- Mehr Infos im Rundbrief.
- Das Video auf Frei3.

Ich ziehe bei nächster Gelegenheit nach, aber @_relhok_ und @dennis.hohloch haben schon gut vorgelegt 🙌

Zeigt #SolidaritätmitAntaios!
Zeigt eure #Kaplaken!

(Wer mich markiert, wird geteilt 😊)





Gefällt **niedersachsen_afd** und **840 weitere Personen**

hallofraukaiser Am Wochenende nehme ich mir auch in stressigen Wahlkampfphasen gerne die Zeit, um zwischendurch mal ein bisschen zu lesen. Hierfür ist die Reihe Kaplaken vom Verlag Antaios besonders gut geeignet, da die Bücher nur zwischen 60 und 100 Seiten umfassen. Besonders empfehlen kann ich euch aktuell das Buch „Postliberal - Ein Entwurf“ von Erik Ahrens und Bruno Wolters. Um so viel vorweg zu nehmen: es geht nicht darum, antiliberal zu sein, sondern es geht darum, neu zu denken und der Zukunft offen und unvoreingenommen entgegen zu blicken. Beim postliberalen Denken versuchen wir uns von Lagern wie „rechts“ und „links“ zu befreien und auch mal angemessen kritisch mit materiellem Kapitalismus und idealistischem Liberalismus umzugehen. [@konfliktmagazin](#)

[Alle 22 Kommentare ansehen](#)

hallofraukaiser [@thanatan.nds](#) 😊👍



bonnieruffy Ich vermisse die Schminktipps 😊😘



7. AUGUST



kommentar hinzufügen

Posten



Marie-Thérèse Kaiser ✓
@hallofraukaiser

0718

[@Verlag_Antaios](#) ist einfach der beste Verlag. Da kann ich ja auch nichts für, Herr Haldenwang. ••

Translate Tweet

 **Tomasz Froelich** @TomaszFroelich · 1h

Eine rechte und patriotische Weltanschauung ist das normalste auf der Welt - oder sollte es zumindest sein. Stattdessen wird sie durch den VS kriminalisiert, siehe #Schnellroda. Ich habe dort, auch bei gelegentlichem Dissens, bestellt, und werde es jetzt erst recht tun.

9:21 AM · Oct 6, 2021 · Twitter for iPhone

2 Retweets **12** Likes



Tweet your reply

Reply



@_benedikt_kaiser



Jetzt vorbestellen!

[JUNGEUROPA.DE](https://www.jungeuropa.de)

Antworte kaiser,afd ...



Die neue Ausgabe der Sezession thematisiert 10 Jahre #AfD.
Vorfreude! ❤️ 🇩🇪 ❤️

 **Sezession im Netz** @SiNetz · 31. Jan.

NEU! Die Sezession #112 zum Thema: 10 Jahre #AfD



10 Jahre AfD

Erik Lehnert
Mythos und Lage

Benedikt Kaiser
Krisenkonvergenz

Daniel Fiß
Wer wählt rechts?

Martin Sellner
Ethnische Wahlen

Thor v. Waldstein
Zum Bürgertum

10:07 nachm. · 31. Jan. 2023 · 64 Mal angezeigt

1 Retweet 4 „Gefällt mir“-Angaben



hallofraukaiser • Folgen

Schnellroda, Sachsen-Anhalt, Germany

0721



hallofraukaiser Winterakademie
Schnellroda @verlag.antaiois

1 Wo.



Gefällt 662 Mal

VOR 7 TAGEN

Kostenlos heruntergeladen von



0722

0723



Captured at: 26/03/2025 13:04

0724

URL: <https://www.facebook.com/AfD31785>



AfD - Kreisverband Weserbergland

16 Std. · 🌐



Björn Höcke

17 Std. · 🌐

Nachklapp zum finanzpolitischen Staatsstreich:



SEZESSION.DE

Noch einmal Legalität und Legitimität - Sezession im Netz

Der gelungene Sozialstaat und der respektierte Rechtsstaat setzen erzogene Völker, vor all...



Gefällt mir



Kommentieren



Teilen

0725





0726



0727



Thema Islam: AfD-MdB Friedhoff antwortet PI-NEWS-Lesern

23. Mai 2018 121



Suche

NEIN ZUR ZENSUR.
RT DE IST HIER!



Anzeige

Über 300 Kommentare von unseren Lesern gab es zum PI-NEWS-Interview mit dem niedersächsischen AfD-Bundestagsabordneten Dietmar Friedhoff „Wie kann man erklären, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört?“ und dem Folgeartikel „Sie verschenken den Goldenen Apfel“ von Selberdenker. Dabei kritisierten einige Leser vor allem Friedhoffs These einer Reformierbarkeit des Islam. In einem neuen Video-Statement greift der 51-jährige einige Kommentare explizit auf und nimmt dazu Stellung. Wir danken Dietmar Friedhoff für seine Dialogbereitschaft mit den PI-NEWS-Lesern.

Like

Beitrag teilen:



HOFMANN-REINECKE
GRÜN XTREM

Dietmar Friedhoff zu Schäuble: 0729 Offenbarungseid des Rechtsstaates

29. September 2018 70



Suche

NEIN ZUR ZENSUR.
RT DE IST HIER!



Anzeige

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) erklärte kürzlich sinngemäß, dass diesem Staat die Kraft fehlt, die illegal ins Land Eingedungen ohne Bleiberechtigung wieder zurückzuführen. Stattdessen träumt er von Integration. Dietmar Friedhoff, Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, spricht im PI-NEWS-Interview von einem „Offenbarungseid des Rechtsstaates“ und stellt klar: Illegale Migranten müssen zurückgeschickt werden! Und er spricht auch an, welch unglaubliche Belastung für den Staatshaushalt, also den Steuerzahler, der Willkommenswahn darstellt.

Like

Beitrag teilen:



Anzeige: Wandere auf colinas de rock recht - Einsa Dausna Danama



„Was muss noch passieren, dass die Menschen endlich wach werden?“

30. November 2016 103



Suche

NEIN ZUR ZENSUR.
RT DE IST HIER!

KETZERBRIEFE

Flaschenpost für unangepasste Gedanken

Wo hat er recht,
wo liegt er daneben?

www.ahriman.com

Anzeige

Der niedersächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Dietmar Friedhoff hat sich im PI-NEWS-Interview zur aktuellen Bundestagsdebatte über den UN-Migrationspakt geäußert. Er fordert einen Aufstand der Ehrlichen und Tapferen. Friedhoff: „Sind wir alle verückt? Was muss noch passieren, dass die Menschen endlich merken, dass hier ein Ausverkauf unseres Sozialsystems forciert wird?“ Dieser Ausverkauf müsse mit allen Mitteln bekämpft werden, so der 52-Jährige. „Nicht, weil wir nicht geme geben, sondern weil wir erkennen müssen, dass Deutschland nur dann helfen kann, wenn Deutschland in der Lage ist, helfen zu können. Und das geht nur, wenn wir unser Sozialsystem stärken und schützen. Das hat nichts damit zu tun, dass wir nicht helfen wollen, sondern wir müssen vor Ort in den Ländern helfen.“

Like

Beitrag teilen:



HOFMANN-REINECKE
GRÜN EXTREM
UND DUMM
Januar

Friedhoff: „Frau Merkel, kümmern Sie sich um die Menschen in diesem Land“

29. Juni 2019 131



Suche

NEIN ZUR ZENSUR. RT DE IST HIER!

Der niedersächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Dietmar Friedhoff hat in einem Video-Statement für PI-NEWS die Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung kritisiert. Friedhoff: „Derzeit leiden in der Welt 800 Millionen Menschen an Hunger. Alle zehn Sekunden stirbt auf dieser Welt ein Kind. Es liegt nicht daran, dass es nicht genug zu essen gibt, sondern es liegt daran, dass es viele Ideologien gibt, die den Menschen drangsaliieren, dass es korrupte Regime auch und gerade in Afrika gibt, die diese Menschen ausbeuten.“



Anzeige

Und empfiehlt: „Hier müssen wir viel mehr dahin kommen, diese Länder in die Selbstentwicklung und in die Selbstbestimmung zu kriegen, sich um diese Menschen, die ihnen anvertraut sind, zu kümmern.“



EILMEDUNG - Maschmeyer hat alle belogen

Weiterlesen >

weiter von Art Stone

Denn bevor man sich die Probleme in aller Welt lösen zu wollen, sollte erstmal auf die prekäre Situation der Menschen im eigenen Land geschaut werden. Friedhoff: „In Deutschland leiden 500.000 Kinder an Mangelernährung. 500.000 Kinder gerade aus Hartz IV-Familien. Und viele Rentner.“

Friedhoffs Appell an die Bundesregierung: „Kümmern Sie sich um die Menschen in diesem Land. Es ist ein Skandal, dass in diesem Land 1,5 Millionen Menschen leben müssen, die sich nicht würdevoll ernähren. Und das ist die Aufgabe einer Regierung. Schämen Sie sich Frau Merkel, dass das in diesem Land möglich ist!“



Anzeige

Hier die Rede von Friedhoff zum Thema im Deutschen Bundestag, bei der Parlamentspräsident Thomas Oppermann (SPD) ihm zum Ende hin wegen Überschreitung der Redezeit das Wort entzog:



Like

Beitrag teilen:



Anzeige: Wandlere aus, solange es noch geht - Finca Bayano, Panama



Anzeige

Linker Kulturkolonialismus



102 Foto: Bildzeitung vom 14.01. und 27.01. 2017. Gestaltung: Ina Schabert. Foto: Bildzeitung vom 14.01. und 27.01. 2017. Gestaltung: Ina Schabert. Foto: Bildzeitung vom 14.01. und 27.01. 2017. Gestaltung: Ina Schabert.

Von DIETMAR FRIEDHOFF | Nachdem die US-amerikanisch geführte Militäraktion im Jahr 2001 den Sturz des Taliban Regimes in Afghanistan herbeigeführt hatte, wurde die freiwillige Entschärfung afghanischer Frauen zum Symbolbild für deren Befreiung von der islamistischen Herrschaft. Damals spendeten westliche Journalisten noch Applaus – heute, 20 Jahre später, verkauft uns das Zwangsgeliebtenmanzierte Punk-Magazin von ARD und ZDF die religiöse Verschleierung nicht nur als medizinischen „Way of Life“, sondern als Ausdruck von „Feminismus“ und „Antifeminismus“.

Das Beispiel zeigt, wie weit die Unterwanderung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch islamoffene bis islamfeindliche Mitarbeiter bereits fortgeschritten ist (Tina Birkhals: Mistake hierzu wertvolle Recherchearbeit). Die Widerstandskräfte gegen den religiösen Fundamentalismus scheinen, wohin man blickt, erlahmt zu sein. Gleichzeitig liebäugelt der iranischstämmige Omid Nouripour, neben Ricarda Lang vorläufig als Co-Moderatorin der Grünen gewählt, mit der Einführung von „Grundgesetzkonferenzen“ Teilen der Schul-.

Wie kommt es soweit kommen? – Ich denke, dass man drei Hauptursachen in den Blick nehmen muss, und zwar:



FILMEDUNG - Thiel hat alle belogen

von Dietmar Friedhoff

1. den fehlgeleiteten westlichen „Demokratie-Export“, an dem sich Deutschland mit der Bundeswehr beteiligt,
2. die fehlgeleitete deutsche Entwicklungshilfe und den damit bezweckten „Ideologie-Export“,
3. den fehlgeleiteten „Ideologie-Import“ durch Massenemigration.

Die Veruche der vergangenen Jahrzehnte, in Ländern Nordafrikas sowie Zentral- und Vorderasiens demokratische Strukturen mittels militärischer Interventionen durchzusetzen, haben immer das Gegenteil dessen bewirkt, was sie eigentlich bezweckten, denn sie führten zur gesellschaftlichen Destabilisierung und zu Bürgerkriegen. Statt prowestliche und demokratische Gruppen langfristig zu stärken, begünstigten sie den Vormarsch von Islamisten.

Der schmächtige Rückzug westlicher Streitkräfte aus Afghanistan setzte einen tragischen Schlusspunkt unter die Hoffnungen, die den 20 Jahre dauernden NATO Einsatz getragen hatten und im vollkommenen Bankrott endeten, was sich zeigte, dass die Afghanen nicht willens waren, für einen liberalen demokratischen Staat nach westlichem Vorbild einzustehen. Die Praxis zeigt, was für uns selbst gut und richtig ist, ist mit archaischen Gesellschaften nur bedingt vereinbar. Wir müssen daher endlich die neuzeitliche Brille abwerfen. Denn die Strategie des Demokratie-Exports, vor allem, was er weilt, schadet nicht nur den davon betroffenen Ländern, sondern auch denen, die sich militärisch engagieren, indem sie der Verletzung von Wahlstand und der Verbreitung von Elend Vorschub leisten, fördern sie auch die Migration nach Europa mit all ihren katastrophalen Folgen für unser Gemeinwesen.

Weniger verheerend, aber ähnlich wirkungslos gestaltet sich der Werte-Export im Rahmen der sogenannten Entwicklungshilfe. Auch hier wird mit großer Zuversicht das Gegenteil des Gewünschten erreicht. Statt wirklich Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, zementiert die deutsche Entwicklungshilfe Abhängigkeitsverhältnisse, die in erster Linie den meist korrupten Eliten vor Ort und unserer eigenen heimischen „Entwicklungshilfsindustrien“ zugutekommen. Solange sie weiter alimentiert werden, sehen die Empfängerländer zwar über die ideologischen Vorzeichen der deutschen Zusammenarbeit großzügig hinweg. Doch wird wohl niemand ernstlich annehmen, dass Projekte zum „Gender Mainstreaming“ und zur Förderung sexueller Minderheiten geeignet sind, unser Ansehen in diesen Ländern zu mehren. Was wir in Wahrheit exportieren, ist das Bild eines dekadenten Westens, das bestenfalls Unverständnis, wenn nicht gar Verachtung weckt.

Dieses Bild wiederum prägt auch die Erwartungen vieler Migranten, die nach Deutschland und Europa aufbrechen. Mit erheblichem Druck, ihre religiösen und kulturellen Gebräuche abzulegen, müssen sie hier nicht rechnen, im Gegenteil. Ob Kindereien, weibliche Genitalverstümmelung oder muslimische Ehrbegriffe: Die linksgrünen Kulturmaßstäbe saugen alles an, was nicht zu uns passt – Hauptsache, man zerstört das Eigenle. So wird all das, was vor kurzem noch als verwerflich und mit unserem Menschenbild unvereinbar galt, als kulturelle Bereicherung verklärt. Wenn Burkini und Hijab erst einmal als Ausdruck des Feminismus gelten, wie lange wird es dann noch dauern, bis man uns auch die weibliche Genitalverstümmelung auf die gleiche Weise zu verkaufen sucht?

Was darüber steht, ist etwas, was ich als „linken Kulturkolonialismus“ bezeichnen. Einerseits trägt dieser linke Kulturkolonialismus die Gender-Ideologie und ein universalistisch-beschränktes Menschenbild als Spaltziele in die zum Teil noch archaischen Gesellschaften der Entwicklungsländer hinein. Andererseits wird, sobald es um die Rechte von Migranten in Deutschland geht, jede religiös-kulturelle Tradition als „schutzwürdig“ erklärt, ganz gleich, ob sie im Widerspruch zum Grundgesetz steht oder nicht. Nur für unsere eigenen, insbesondere deutschen Gebräuche gilt das nicht: Die sollen auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt werden.

Dabei ist es doch eine Binsenweisheit, dass Integration scheitern muss, wenn dem Integrationswilligen gar nicht klar ist, wohin er sich eigentlich integrieren soll. Wenn jenseits der deutschen Sprache keine Kultur mehr zu erkennen ist (siehe Aydan Özoguz), müssen sämtliche Alarmglocken schrillen. Das heißt auch, dass wir uns selbstkritisch fragen müssen, warum das Erbe des jüdisch-christlichen Abendlandes aber Jahre und Jahrzehnte hinweg immer stärker geschwunden ist – und auch, welche politischen Akteure diesen Prozess des Unsichtbarwerdens vorangetrieben (oder hingenommen) haben. Eine breite gesellschaftliche Debatte hierzu ist überfällig.

Der linke Kulturkolonialismus kolonisiert also nach innen und nach außen. Dass dessen Verfechter zur Revitalisierung des Islams sogar den Feminismus miteinbringen, zeigt an Überlegen, wie weit sich eben dieser neue LGBTQ-Feminismus von der Frauenemanzipationsbewegung entfernt hat. Sagen wir es in der gleichen Deutlichkeit wie Alice Schwarzer in ihrem 2011 erschienenen Buch „Die große Verschleierung. Für Integration, gegen Islamismus“: Der Schleier ist das Symbol der Unterdrückung eines Geschlechts, und der Genkörpersteiner hat in einer Demokratie nichts zu suchen!

Die Frauenemanzipation im Sinne Alice Schwarzers ist Teil jener europäischen Kultur und Lebensweise, für die wir heute einstehen müssen, wenn wir sie in die Zukunft bewahren wollen. Es braucht nichts weniger als eine europäische Kulturhebelung, um dem linken Kulturkolonialismus die Stirn zu bieten. Wenn wir hingegen vor den Linken und dem Islam immer weiter zurückweichen, dann haben wir schon verloren.



Dietmar Friedhoff (53), Diplomingenieur und Obersteuermann der Reserve, ist seit 2017 für die AfD Mitglied des Deutschen Bundestages. Im 19. Deutschen Bundestag ist Friedhoff Obmann des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zudem ist er als stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss, sowie im Vermittlungsausschuss vertreten. Er veröffentlicht regelmäßig Beiträge auf Facebook und auf Telegramm.

Beitrag teilen

Suche

NEIN ZUR ZENSUR. RT DE IST HIER!



HOFMANN-REINECKE GRÜN EXTREM UND DUMM Ignoranz kennt keine Gnade EBOOK & PRINT BEI AMAZON

Hier werben auf PI und erreicht ihr ab 100.000 User erreichen



Ab in die KRAUTZONE! Rabattpcode: PINNEWS 15 Prozent Rabatt für Pinterest

Wandere aus, solange es noch geht Finca Bayano PANAMA



Boris Becker Erklärt, Warum Er Millionen In Krypto Investiert Hat



Die BILD setzt seit Monaten gegen den russischen Präsidenten den Moskauer Spiegle-Redaktionschef Johannes Bole gegen „Putin ist jetzt unser Feind!“

Von DIETMAR FRIEDHOFF | Seit der Entsendung russischer Truppen in die Ostukraine handelt sich die Kriegstreiber in den Mainstreammedien von einem Höhepunkt zum nächsten. Ein eindrucksvolles Beispiel für unzulässige Vereinfachung und Einseitigkeit liefert jetzt die BILD-Zeitung mit einem Kommentar ihres Redaktionschefs Johannes Bole.

Bole behauptet: „Putin ist jetzt unser Feind!“



**„Höhle der Löwen“-
Schock: Carsten
Maschmeyer ließ diese**

Weltanschauung

© Philipp Hölzl/epa

UNSER Feind? Wieso UNSER Feind? Wer sind denn WIR, Herr Bole? Sprechen Sie für die Deutschen und Europäer, die im Falle eines russisch-amerikanischen Großkonfliktes zu Staub zermalmt werden? Oder für die Kriegstreiber des Westens, die mit Kriegsangst und Konflikten ihr Geld verdienen?

Ich will die russische Politik nicht in Schutz nehmen: Putin zockt – genau wie Joe Biden. Machtpolitiker wie sie verzocken die Welt an einem Spieltisch, an dem über die Schicksale von Völkern und ganzen Kontinenten entschieden wird. Aber warum sollten wir Deutschen uns an diesem Spiel beteiligen wollen?

Bole walter: „Krieg! Invasion! Es ist eine historische Lage in der jüngeren Geschichte Europas. Russland

rückt mit Waffengewalt in ein anderes Land ein, um es zu erobern.“ Nun mal langsam, Herr Bole. Das kann man ja auch ganz anders sehen: Die Russen sprechen von einer „Friedensmission“, und zwar deswegen, weil sie den nach ihrer Darstellung an Leib und Leben bedrohten ethnischen Russen in der Ostukraine zur Hilfe kommen. Ob die Vorwürfe Putins an die ukrainische Regierung, einen „Genozid“ an diesen Russen zu betreiben oder vorzubereiten, zutreffen, können wir von hier aus nicht beurteilen, weil wir keine objektiven Quellen haben – auch Sie nicht.

„Seit Jahren greift Russland die Länder im Westen an. Mit Hackerangriffen. Mit Lügen und Propaganda, z.B. auf dem Zersetzungs-Sender Russia Today.“

Die angebliche Einmischung Russlands in den US-amerikanischen Wahlkampf zugunsten Donald Trumps hat sich gerade als linksliberale, von den Democrats verbreitete Verschwörungstheorie herausgestellt (siehe Mueller-Report). Und wenn „Russia Today“ ein Zersetzungs-Sender ist, was sind dann eigentlich ARD und ZDF oder die Deutsche Welle?

„Putin will seine Einflussosphäre Richtung Europa vergrößern. Mit Waffengewalt, mit Krieg!“

Mit welchen Mitteln haben denn die US-Amerikaner ihre Einflussosphäre im Nahen und Mittleren Osten vergrößert bzw. vergrößern wollen, Herr Bole? Und kann es ein russischer Präsident wirklich zulassen, dass die NATO im Zuge ihrer Osterweiterung unmittelbar an Russlands Grenze vorstößt? Wie würde denn ein US-amerikanischer Präsident reagieren, wenn ein russisch geführtes Militärbündnis auf einmal in Mexiko oder Kanada stünde? Sehen Sie, Herr Bole, es ist die immer gleiche Heuchelei und Doppelmoral des Westens – auch der EU übrigens, wenn Sie an die Westsahara oder den Kosovo denken.

„Das macht auch unser Leben in Deutschland unsicherer. In Putins neuer Welt können wir uns nicht mehr darauf verlassen, dass Grenzen sicher sind, dass Frieden herrscht.“

Die Hoffnung, dass Grenzen sicher sind, haben wir schon 2015 begraben müssen. Und wer Frieden will, sollte nicht mit dem Säbel rasen – erst recht nicht, wenn er ohne Unterhosen dasteht, so wie das verteidigungsunfähige und -unwillige Deutschland!

Dann fordert Bole auch noch eine „neue Ostpolitik“ (Willy Brandt würde sich im Grab umdrehen) und eine „komplett neue Verteidigungspolitik“:

„Waffen, Technik, Soldaten! Niemand spricht es gerne aus. Aber ohne funktionierende Armee kann Deutschland Aggressoren wie Putin und künftig wohl auch Präsident Xi (China) nichts entgegensetzen.“

Um das überhaupt zu ermöglichen, müssten sich die Deutschen nicht nur militärisch, sondern auch ideell in der gleichen Weise erneuern wie die Russen nach 1990. Doch ist es das, was Bole und andere Transatlantiker wollen? Natürlich nicht: Sie wollen ein Deutschland, das die geopolitischen Zielsetzungen der Amerikaner als willfähriges Helferteil unterstützt, ohne sich je zu fragen, ob es auch eigene Interessen verfolgen darf. Und darum streuen sie der deutschen Öffentlichkeit Sand in die Augen, läuschen über unsere militärische und politische Ohnmacht hinweg und malen Feindbilder an die Wand, die ihnen von der US-amerikanischen Politik und Rüstungsindustrie eingeflüstert werden.

Und darum sage ich: Die Kriegstreiber sind jetzt unsere Feinde!



Dietmar Friedhoff

Dietmar Friedhoff, geboren 1966 in Hagen (Westfalen), verheiratet, drei Kinder. Seit 2017 sitzt Friedhoff für die AfD im Deutschen Bundestag und ist u.a. deren afrikapolitischer Sprecher. 2021 veröffentlichte er im GHV-Verlag das Buch **Dieken wir Afrika**. Es enthält nicht nur eine Abrechnung mit 60 Jahren lehgeleiteter deutscher und westlicher Entwicklungshilfepolitik, sondern auch eine konservative Grundsatzstrategie zur Selbstenwicklung unseres Nachbarkontinents.





Russophobie in Deutschland: Selbstgerechte hetzen gegen Minderheit

4. März 2022 106



Alle Ampeln auf Rot: In Deutschland greift derzeit eine Russophobie um sich, die an finstere Zeiten erinnert.

Von DIETMAR FRIEDHOFF | Wie wir von verschiedenen Seiten hören, sehen sich russischstämmige Deutsche und Russen, die seit Jahren in Deutschland leben, plötzlich mit Feindseligkeiten konfrontiert.

Wir hören von Restaurants, deren Inhaber keine Russen mehr bedienen wollen, von Boykottaufrufen, von einer Politik der „Sippenhaft“, die russische Kulturschaffende und Sportler trifft, und von politisch motivierten Umbenennungen zum Beispiel von Waren („Zupfkuchen“ statt „Russischer Zupfkuchen“). Diese Ereignisse sind nichts anderes als Warnsignale einer gefährlichen Entwicklung, die als direkte Folge der russlandfeindlichen Hetze durch Politik und Medien zu bewerten ist.



EILMEDUNG - Thelen hat alle belogen

[Weiterlesen >](#)

20. Februar 2019 411.576

Erinnert sich noch jemand daran, dass deutsche Einwanderer in den USA 1914 und 1941 boykottiert, kriminalisiert, an Leib und Leben bedroht und ihrer Freiheit beraubt wurden, weil man sie einer „Feindmacht“ zurechnete? Sollten wir nicht aus der Geschichte gelernt haben?

Und wie kann es sein, dass bei Ausbruch des Corona-Virus in Europa Politik und Medien vor antichinesischen Ressentiments warnen, dass sie uns mahnten, wir dürften die Chinesen nicht für den Ausbruch verantwortlich machen, heute jedoch keine solchen Stimmen zu vernehmen sind?

„Aus Worten werden Taten.“ – Diesen Spruch haben wir inzwischen so häufig gehört. Wenn er wirklich zutrifft, dann tragen die Selbstgerechten, die uns regieren, die Hauptverantwortung dafür, dass russische Menschen in Deutschland diskriminiert und bedroht werden.

Ich sage: Solidarität mit den Russlanddeutschen und den Russen, die in Deutschland ihre Heimat gefunden haben! Mit Putins Angriffskrieg haben sie doch am allerwenigsten zu tun.



Dietmar Friedhoff

Dietmar Friedhoff, geboren 1966 in Hagen (Westfalen), verheiratet, drei Kinder. Seit 2017 sitzt Friedhoff für die AfD im Deutschen Bundestag und ist u.a. deren afrikapolitischer Sprecher. 2021 veröffentlichte er im GHV-Verlag das Buch *Denken wir Afrika*. Es enthält nicht nur eine Abrechnung mit 60 Jahren fehlgeleiteter deutscher und westlicher Entwicklungshilfepolitik, sondern auch eine konservative Grundsatzstrategie zur Selbstentwicklung unseres Nachbarkontinents.

Like
 Beitrag teilen:
 [Social media icons]

Suche

NEIN ZUR ZENSUR. RT DE IST HIER!

Alle unsere Titel sind lieferbar!
Auch Buchhändler können belogen werden.
Telefonische Bestellung ist immer möglich: +49 761 502303
www.ahriman.com

Anzeige

HOFMANN-REINECKE GRÜN UND DUMM
Ignoranz kennt keine Gnade
EBOOK & PRINT BEI AMAZON

Anzeige

Hier werben auf PI
... und täglich bis zu 120.000 User erreichen!

Das Dornröschen
DIE neue politische nicht ganz korrekte Comic-Serie für Erwachsene!
5 Hefte zum Preis von 4! Versandkostenfrei!

Anzeige

17 Std. · 🌐

0735

PI-NEWS: Dietmar Friedhoff im Gespräch mit Gerd Schultze-Rhonhof

<https://www.pi-news.net/.../video-dietmar-friedhoff-im.../>

#DeutschlandAberNormal #DenkenWirDeutschland #DenkenWirZukunft

● Bundestagsrede: "Entwicklungssillusionstheater und linken Ideologiebetrieb endlich stoppen":
<https://youtu.be/sBvOV3UC5CM>

● Bitte teilen, liken und abonnieren.

Homepage: <https://dietmar-friedhoff.de>

GETTR: https://gettr.com/user/d_friedhoff_mdb

Instagram: https://www.instagram.com/dietmarfriedhoff_mdb

Telegram: <https://t.me/dietmarfriedhoff>

TikTok: <https://vm.tiktok.com/ZMLxt9ruo/>

Twitter: <https://twitter.com/dietmarfriedho1>

Youtube: <https://www.youtube.com/c/DietmarFriedhoffMdB>

Ukraine-Krieg

Im Gespräch mit
Gerd Schultze-Rhonhof, General a. D.




Dietmar
Friedhoff 
Mitglied des Deutschen Bundestages


PI-NEWS.NET


Video: Dietmar Friedhoff im Gespräch mit Gerd Schultze-Rhonhof | PI-NEWS

Video: Dietmar Friedhoff im Gespräch mit Gerd Schultze-Rhonhof 4. Mai 2022 25 Das erste ...

1 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

Video: Dietmar Friedhoff im Gespräch mit Gerd Schultze-Rhonhof mit Gerd Schultze-Rhonhof

4. Mai 2022 30



Suche



Das erste Opfer eines jeden Krieges ist die Wahrheit und beide Konfliktparteien nutzen die Propaganda als zusätzliche Waffe. Mit diesem Wissen versucht der niedersächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Dietmar Friedhoff im Gespräch mit Ex-General Gerd Schultze-Rhonhof herauszufinden, wo auf beiden Seiten gezielt Propaganda eingesetzt wird. Außerdem befassen sich Friedhoff und Schultze-Rhonhof in diesem 49 Minuten-Video mit folgenden Fragen: Wem nutzt der Krieg in der Ukraine und welche Mitschuld an der Katastrophe tragen die westlichen Mächte? Was sind die Gefahren für Deutschland und sind deutsche Politiker noch ganz bei Trost? Beide Gesprächspartner sind sich einig: Es braucht in dieser Situation keine schweren Waffen, es braucht Diplomatie!

RUSSLAND VERSTEHEN?

RUSSLAND ERKLÄREN.

Dieses Buch spiegelt den aktuellen Grodkonflikt. Weder Prio noch Contra, weder Verteidigung, Sachlich und gut lesbar erzähltes Lyben.

LANDT bei MANUSCRIPTUM.

Verwandte Bücher bestellen unter www.manuscriptum.de

Anzeige



Like

Beitrag teilen:



<https://www.pi-news.net/.../video-afd-abgeordnete.../>

Den gesamten Reise- und Tatsachenbericht aus Pakistan: <https://m.youtube.com/c/DietmarFriedhoffMdB>

#DeutschlandAberNormal #DenkenWirDeutschland #DenkenWirZukunft

- Bitte teilen, liken und abonnieren.
- Bundestagsrede: "Gendern kann man nicht essen", <https://youtu.be/-0ag-B53POg>

Homepage: <https://dietmar-friedhoff.de>

GETTR: https://gettr.com/user/d_friedhoff_mdb

Instagram: https://www.instagram.com/dietmarfriedhoff_mdb

Telegram: <https://t.me/dietmarfriedhoff>

TikTok: <https://vm.tiktok.com/ZMLxt9ruo/>

Twitter: <https://twitter.com/dietmarfriedho1>

Youtube: <https://www.youtube.com/c/DietmarFriedhoffMdB>

Wie und woher kommen Migranten aus Afghanistan?

Spurensuche in Pakistan

Tag 1 - 25.07.2022




PI-NEWS.NET


Reise-Video: AfD-Abgeordnete Friedhoff und Keuter in Pakistan | PI-NEWS


Reise-Video: AfD-Abgeordnete Friedhoff und Keuter in Pakistan 1. August 2022 30' Seit Vietn...

 11

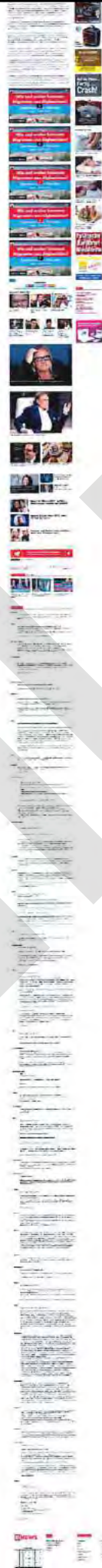
2 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

MUS



Das Ahrtal – Geschichte eines Staatsversagens

2. September 2022 30



Von DIETMAR FRIEDHOFF (AfD-MdB) | Ich musste nicht erst an den Hindukusch reisen, um zu wissen, dass Deutschland nicht dort verteidigt wird. Dennoch führte mir meine Recherche-Reise in die Grenzregion von Pakistan und Afghanistan (PI-NEWS berichtete) diese Tatsache deutlich wie nie vor Augen, und ich beschloss, dass mich meine nächste Reise ins Ahrtal führen sollte: Denn hier, in dieser von einer Jahrhundertflut verwüsteten, von Politik, Medien und Staat im Stich gelassenen Region, hier wird Deutschland wirklich verteidigt – oder hier sollte es verteidigt werden, denn der Wiederaufbau lahm, die Hilfe kommt nicht an, die Ortsansässigen sehen kein Licht am Ende des Tunnels.

Erinnern wir uns: 134 Menschen starben infolge des Hochwassers im Ahrtal im Juli 2021. Die damalige rheinland-pfälzische Umweltministerin Anne Spiegel hatte noch am 14. Juli, dem Tag vor der Flutnacht, Entwarnung geben lassen, es sei kein extremes Hochwasser zu erwarten. Während der Katastrophe hatte die Ministerin ihre Mitarbeiter mit der Frage beschäftigt, wie die Verantwortung von ihr abgelenkt werden könne. Anderthalb Wochen später war sie nach Frankreich in den Urlaub gereist, den sie für einen Tag unterbrach, um sich bei den Aufräumarbeiten den Medien zu zeigen. Ihr Rücktritt erfolgte erst auf massiven öffentlichen Druck – nachdem ein unwürdiger, tränenreicher Auftritt vor den Kameras sie nicht hatten retten können. Die Personalie Anne Spiegel darf dabei nicht verdecken, dass der Flutkatastrophe ein viel weitergehendes Versagen zugrunde lag, ein Versagen des Katastrophenschutzes – Warnungen wurden ignoriert, Sirenen funktionierten nicht. Als es dann ans Aufräumen ging, hatten vor allem drei Aspekte Priorität:



EILMEDUNG - Horst Lichter hat alle belogen

weiterlesen

© 2022 by PI-NEWS

1. die Plünderungen zu verschweigen, die vor allem von Menschen mit Migrationshintergrund im Katastrophengebiet begangen worden waren;
2. zu verhindern, dass Politikversagen und Katastrophe von „Rechtsextremen“ instrumentalisiert werden,
3. die Verantwortung für die Katastrophe dem „menschengemachten Klimawandel“ zuzuschreiben.

Nach großem medialen Trara und einem Gottesdienst mit dem gesamten Polit-Establishment im Aachener Dom ist es dann planmäßig (?) stillgeworden ums Ahrtal – obwohl jeder weiß, dass die Probleme nicht gelöst sind und viele Menschen dort nach wie vor in Provisorien leben.

Begleitet von meinem Kameramann und unterstützt von lokalen Parteifreunden, habe ich mir ein eigenes Bild von der Lage gemacht. Dieser Film dokumentiert unsere Eindrücke vor Ort (Video oben).

Mein Fazit:

Wir brauchen eine nationale Anstrengung zum Wiederaufbau der zerstörten Gemeinden. Nicht nur die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin, sondern auch der Bundeskanzler müssen diese Anstrengung endlich zu ihrer Priorität machen. Nicht Waffenhilfe für die Ukraine, nicht Evakuierung vermeintlicher Ortskräfte aus Afghanistan, sondern Hilfe für unser eigenes Volk, für unsere deutschen Mitbürger ist jetzt geboten. Der Staat muss sich endlich wieder denen zuwenden, für die er primär verantwortlich ist und deren Schutz und Fürsorge er im Ahrtal so eklatant vernachlässigt hat.

Das bedeutet: Deutschland zuerst – Bauen wir gemeinsam das Ahrtal wieder auf!

Like

Beitrag teilen:



Angenehm! Wenden sie sich wenn es noch geht - Eliza Bayano, Panama

Suche

NEIN ZUR ZENSUR. RT DE IST HIER!

Röpers epochales Coronabuch

Wo hat er recht, wo liegt er daneben?

www.ahrman.com

Anzeige

HOFMANN-REINECKE GRÜN EXTREM UND DUMM
Ignoranz kennt keine Gnade
EBOOK & PRINT BEI AMAZON

Anzeige

Hier werben auf PI
und täglich bis zu 120.000 User erreichen!



Anzeige



Dietmar Friedhoff: Afrikanische Verhältnisse in Deutschland

Von PI - 8. Februar 2024 15



Von DIETMAR FRIEDHOFF (AfD-MdB) | Es war die siebte Haushaltsdebatte, die ich als Abgeordneter erlebte, 2017, als wir erstmals in den Deutschen Bundestag einzogen, betrug der Haushalt der schwarzroten Großen Koalition knapp 320 Milliarden Euro – heute, sieben Jahre später, sieht der Etat der Ampel ganze 477 Milliarden Euro vor, also eine Steigerung um 157 Milliarden Euro. Dass diese Milliarden nicht in die sanierungsbedürftige Infrastruktur, in den Erhalt unserer Schulen, unserer Krankenhäuser fließen oder unseren Kindern und Alten zugutekommen, dürfte uns allen klar sein: Wenn sie nicht von den Folgekosten der Masseneinwanderung in unseren Sozialstaat oder vom Stellvertreterkrieg in der Ukraine aufgefressen werden, verschleudern wir sie als Entwicklungshilfe in alle Welt – ohne Nutzen für uns und mit meist nur geringem Nutzen für die Empfänger.

Das nennt man dann Entwicklungspolitik. Und wie immer bei uns lautet das Motto: Wenn etwas nicht funktioniert – mehr vom Gleichen! Lag der Entwicklungshilfe-Etat 2017 noch bei acht Milliarden Euro, so steigt er im aktuellen Haushalt auf 11,2 Milliarden Euro. Darunter fallen auch einige Millionen, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die Unterstützung und Förderung von „Good Governance“ in Afrika eingeplant hat, also von verantwortungsvoller Staatsführung. Tatsächlich sind wir gerade dabei, afrikanische Verhältnisse bei uns einzuführen, nicht zuletzt was den Umgang mit der einzigen wirklichen Oppositionspartei angeht, und über uns darüber hinaus im fortgesetzten Export von universalistisch-globalistischen Wertevorstellungen im Sinne des „Great Reset“, von Gender-Mainstreaming- und Klimaschutz-Prestigeprojekten.



Wie Deutsche reich werden durch Investitionen

Wirtschaftswissenschaften 3

February 19, 2024

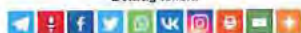
Was es wirklich braucht, ist ein Neuanfang auf der Grundlage wirtschaftlicher Zusammenarbeit: auf Augenhöhe, zu beiderseitigem Wohl, ohne postkoloniale oder paternalistische Handlungsmuster und ohne historische Schuldzuschreibungen. Dass ein solcher pragmatischer, von den Afrikanern selbst vielfach eingeforderter Ansatz derzeit keine Chance auf Umsetzung hat, liegt natürlich auch an der derzeitigen Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die in der Finanzierung von Fahrradwegen in „einer Stadt wie Penz“ einen ernsthaften Beitrag zum Hochwasserschutz in Deutschland sieht. Es muss nicht betont werden: Als Sprecherin für eine woke NGO wäre Svenja Schulze bestimmt brauchbar, als Ministerin aber ist sie ein Totalausfall.

Was nicht heißen soll, dass es unter Schulzes Vorgänger, dem CDU-Entwicklungsminister Gerd Müller, besser gewesen wäre. Die Finanzierung von Radwegen in Peru und von Transgender-Elektro-Rikscha-Fahrer/-innen in Indien wird zwar von der derzeitigen Ministerin weitergeführt, auf den Weg gebracht hat sie aber niemand anders als Gerd Müller! Und wenn die Unionstraktion heute ein Positionspapier zur deutschen Afrika-Politik vorgelegt, das „eine Strategie für eine neue Zusammenarbeit mit unseren afrikanischen Partnern“ verheißt und unter die „alten Denkmuster“ der Entwicklungshilfe einen Schlussstrich ziehen will, so ist das nur ein weiterer Beleg dafür, dass der sich windende schwarze Lurch, wenn ihn der Wähler küsst, ganz schnell in einen grünen Frosch verwandelt und den aktuellen Gender-Mainstreaming-Klima-Weltrettungs-Zirkus in genau der gleichen Weise fortführen wird, wie es die Ampel tut. Auch unter der derzeitigen Scheinopposition CDU würden die afrikanischen Verhältnisse weiter zunehmen – auf unseren Straßen und in den Parlamenten, zum Schaden von Demokratie und Meinungsfreiheit.

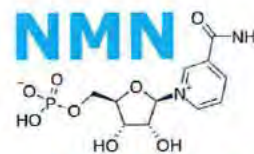
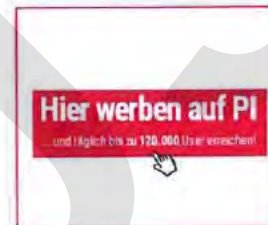
Es bleibt dabei: Die einzige wahre Entwicklungspolitik, nämlich eine Selbstentwicklungspolitik zum Wohle Afrikas UND Deutschlands, vertritt die AfD.

Like

Beitrag teilen:



Suche



So altern wir jetzt rückwärts!

www.nmn-anti-aging.de

Anzeige



Anzeige



Start › Deutschland › Dietmar Friedhoff: Gegen Christenverfolgung und Weißenhass

Deutschland Video

Dietmar Friedhoff: Gegen Christenverfolgung und Weißenhass

By PI 22. März 2024

52

Von DIETMAR FRIEDHOFF | Ist Christenverfolgung eine Sache der fernen Vergangenheit? – Im Gegenteil, denn tatsächlich hat die Gewalt gegen Christen in den letzten Jahren weltweit ein neues Höchstmaß erreicht. Zum wortwörtlich heißen Boden für Christen haben sich dabei die Länder Subsahara-Afrikas entwickelt. So wurden in Nigeria zwischen Oktober 2021 und September 2022 mehr als 5000 Christen wegen ihres Glaubens ermordet.

Von Nigeria aus verübt die islamistische Terrormiliz Boko Haram Massaker an Christen in Kamerun und vertreibt sie aus ihren Dörfern. Im Nordosten des Kongo attackiert die islamistische ADF-Miliz christliche Kirchen und Dörfer. Auch in Burkina Faso, Mali, Somalia und Mosambik sind zumeist islamistisch motivierte Angriffe auf Christen keine Seltenheit.



AD

Achtung! Wer eine Gasheizung hat sollte noch vor 2026...

(günstig-heizen.de)

AD

Gelenkschmerzen: Geheimer Oma-Tipp erobert Deutschland

(beautymomente.com)



AD

Hannover: Normale Deutsche berichten, wie sie mit dieser...

Eine neue App verändert alles – viele profitieren...
(Tägliche Nachrichten)

Zu dieser religiösen Gewalt gesellt sich die rassistische Gewalt gegen Weiße – vor allem natürlich in Südafrika. Dort rollt seit Jahren bereits eine beispiellose Gewaltwelle gegen Buren und andere Angehörige der weißen Minderheit, insbesondere gegen weiße Farmer, die sechs Mal so häufig Opfer von Mordattacken werden wie schwarze Südafrikaner. Hört man sich Politiker wie Julius Malema an, die vor überfüllten Stadien die Tötung der Weißen (Buren) fordern, stellt sich die Frage, ob hier nicht der Boden für einen Völkermord bereitet wird.

Wer wie ich Christ ist und an Gott und Jesus Christus glaubt, darf dazu nicht schweigen. Wie ich in meiner Rede vor dem Deutschen Bundestag klargestellt habe: Es muss Maxime einer

werteorientierten deutschen Außenpolitik sein, Ländern, in denen die Verfolgung von Weißen und Christen zu beklagen ist, die Zusammenarbeit zu verweigern – und natürlich auch die Entwicklungshilfe.

Dass es dafür aus den anderen Fraktionen keinen Beifall geben würde, habe ich nicht anders erwartet, sind doch Politik und Medien stolz auf die blinden Flecken in ihrem Sichtfeld, die es ihnen nicht einmal erlauben, antiweißen Alltagsrassismus und Christenfeindlichkeit in Ihrer direkten Umgebung, in den deutschen Großstädten von heute wahrzunehmen.

Diese politisch korrekte Ignoranz ermöglicht ja erst den Import von Islamismus, Antisemitismus und weiblicher Genitalverstümmelung, also all jener Kultursegnungen, die uns spätestens seit 2015 bereichern. Dabei wissen wir alle: Es geht anders. Und wir von der AfD werden es anders machen!



Dietmar Friedhoff.

Dietmar Friedhoff. Geboren am 18. Juni 1966 in Hagen; evangelisch; verheiratet; drei Kinder. Ausbildung zum Funkelektroniker; Fachhochschulreife; Dipl.-Ing. Elektrotechnik. Wehrdienst bei der Fallschirmjägertruppe, aktiver Reservist bei Pz. Brg 21, Obersteleutnant d.R. Afrikapolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion; Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Ordentliches Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Beitrag teilen:

AD

Achtung! Wer eine Gasheizung hat sollte noch vor 2026...

günstig-heizen.de

AMUS

AD

Überschüssiges Bauchfett? Ein einfaches Apothekenprodukt kann helfen!

Spiegel der Gesundheit

AD

Wenn Sie sich die Zeit am Computer vertreiben möchten, ist dieses realistische Spiel ein Muss.

RAID: Shadow Legends

AD

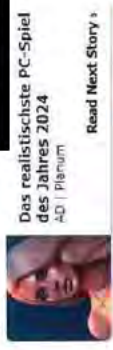
Gelenkschmerzen: Geheimer Oma-Tipp erobert Deutschland

beautymomente.com

Martin Sichert: „PI-NEWS ist wichtiges Sprachrohr gegen die Islamisierung Europas“



PI-NEWS wird am 11. November 20 Jahre alt! Seit zwei Jahrzehnten dokumentiert dieser Blog durch seine Autoren und unzählige wertvolle Kommentare das Zeitgeschehen. Auch wenn die meisten Nachrichten keine positiven waren, ist dieser Geburtstag ein Grund zum Feiern. Wir haben trotz aller Widerstände durchgeführt und werden es mit Ihrer Hilfe auch weiterhin schaffen. Viele gute Wünsche, über die wir uns sehr freuen, erreichen uns dieser Tage. Einige davon als Videobotschaften, wenn wir Sie, liebe Leser, gerne im Monat November teilhaben lassen möchten. Hier der Jubiläumsgruß von Martin Sichert (AID-11GB), Bielang erschienen: Björn Hocke – Prof. Max Otte – Dr. Roland Härtwig – Martin Sellner – Dr. Christa Baum – Prof. Harald Weyl – „Captain Future“.



Das realistischste PC-Spiel des Jahres 2024 AD | Plenum

Read Next Story »

Facebook »



Roth und Hofreiter als bayerisches Spitzenduo der Grünen aufgestellt

20. April 2021 0



Gefällt mir 1 Tweet



Gefällt 4 Mal

[afd_kv_goslar](#) Kasperltheater fertig

[bandelliero](#) Die sollten Kinder machen. Für die Geisterbahn

VOR 3 STUNDEN

Kommentar hinzufügen

[melden](#)

Captured at: 26/05/2025 09:05

0747

JURL: <https://www.facebook.com/sichertmartin>



Martin Sichert, MdB

24. Mai um 20:12 · 🌐



Friedens-Demo in Berlin!

Wer im Frieden die Kriegstreiber nicht stoppt, der erwacht irgendwann im Krieg. Deutschlands Sicherheit wird nicht am Hindukusch verteidigt, sie wird auch nicht in der Ukraine verteidigt und auch nicht in Litauen. Hört auf Konflikte überall auf der Welt anzuheizen."

Für Frieden, Freiheit und Demokratie fand heute eine Demonstration in Berlin statt. Es war mir eine Ehre dort als Redner meinen Beitrag für eine bessere Zukunft zu leisten.

SICHERTDEUTSCHLAND



3:04 / 4:19



AfD Cloppenburg / Vechta und 6.386 weitere Personen · 825 Kommentare · 1.805 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen



afd_kv_goslar

Original-Audio

0748



Gefällt 19 Mal

afd_kv_goslar Deutsche Schande in Uniform 🇩🇪 Sind wir wieder im Faschismus angekommen? Wenn Trommeln der Regierung Angst bereiten 🤔

VOR 12 STUNDEN



Kommentieren

Posten

Marie-Thérèse Kaiser Retweeted

0749



Frank Franz ✓

@FrankFranz

A. Schunke im Space sinngemäß: Mit Leuten wie Kubitschek und Höö habe ich nichts gemeinsam, keine Schnittmengen. Schunke drei Sätze später: Ich kenne mich mit der neurechten Szene nicht so gut aus.

Kannst du dir nicht ausdenken. So dermaßen überbewertet, die Frau.

[Translate Tweet](#)

Last edited 12:38 AM · Jul 8, 2023 · **19.6K** Views

29 Retweets **2** Quotes **503** Likes **4** Bookmarks

CORRECTIV-RECHERCHE

T+ Buxtehuder AfD-Mann war bei konspirativem Treffen zu massenhafter Abschiebung dabei

Millionen Menschen mit Migrationshintergrund sollen aus Deutschland abgeschoben werden: Das sollen führende AfD-Politiker und Rechtsextremisten bei einem konspirativen Treffen als Plan besprochen haben. Mit dabei: Maik Julitz, AfD-Kreisvorsitzender im Landkreis Stade.



Von Karsten Wissner, Von Anping Richter

Donnerstag, 11.01.2024, 19:50 Uhr



Maik Julitz (links) und der ehemalige Spiegel-Kulturchef Matthias Matussek bei einem gemeinsamen Auftritt im Buxtehuder Stadthaus. Foto: Wissner

Buxtehude. Der Treffpunkt war exklusiv, die Teilnahme teuer: Mindestens 5000 Euro wurden für einen Platz an der Tafel im Landhaus Adlon am Lehnitzsee nahe Potsdam als freiwilliger Beitrag fällig. „Das habe ich gerne bezahlt und würde es auch wieder tun, weil ich Projekte bedenke, die ich für unterstützenswert halte“, sagt Maik Julitz, Unternehmer aus Buxtehude und Vorsitzender der AfD im Landkreis Stade. Das Treffen und die dort besprochenen Themen beherrschen seit Mittwoch die Medien.

Julitz zahlt 5000 Euro für die Teilnahme am konspirativen Treffen

Dass er mit dabei war, ist durch die Zusammenarbeit des TAGEBLATT mit dem Recherchenetzwerk Correctiv zutage gekommen. „Ein weißer SUV aus Stade rollt auf den Hof, aus dem Fenster ballert die Band Frei.Wild: „Wir, wir, wir, wir schaffen Deutschland“, heißt es in dem [Correctiv-Artikel](#), der gerade bundesweit Schlagzeilen macht. Das Auto, von dem die Rede ist, ist ein Firmenwagen von Maik Julitz, wie sich schnell herausstellt. Der will zuerst nicht mit dem TAGEBLATT reden, das von



Dieses Bild löste die TAGEBLATT-Recherche aus. Der weiße BMW-SUV mit Stader Kennzeichen gehört dem Unternehmen des AfD-Kreisvorsitzenden Maik Julitz und steht vor dem Gästehaus in Potsdam. Foto: Recherche-Netzwerk Correctiv

Das, was über das Treffen am Lehnitzsee bekannt wurde, veranlasst Innenministerin Nancy Faeser, klarzustellen, dass es notwendig ist, dass der Verfassungsschutz die Vernetzung von AfD-Vertretern im rechtsextremistischen Spektrum und welche menschenverachtenden Ideologien dort propagiert werden, genau beobachtet. „Den Verfassungsschutz“, sagt der gebürtige Rostocker Maik Julitz, halte er ohnehin für einen „absolut politisch instrumentalisierten Betrieb“.

Geheimplan: Deutsche mit Migrationshintergrund abschieben

Das Stichwort „Remigration“ ist beim Treffen am See eines der zentralen Themen. Unter den Anwesenden sind unter anderem Roland Hartwig, der Berater von AfD-Partei- und Fraktionschefin Alice Weidel, die AfD-Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy, Tim Krause, stellvertretender AfD-Kreisvorsitzender aus Potsdam, der sachsen-anhaltinische AfD-Co-Fraktionsvorsitzende Ulrich Siegmund sowie Mitglieder der rechtskonservativen Werteunion.

LESEN SIE AUCH:



FRAGEN UND ANTWORTEN

Kann man, soll man, darf man die AfD verbieten?



POTSDAM

AFD-Politiker sprachen mit Identitären über „Masterplan“

Einer der Redner ist Buchautor Martin Sellner aus Österreich, ein führender Kopf der Neuen Rechten. Er schreibt gerade ein Buch über sogenannte Remigration und hat seine Ideen dazu vorgetragen. „Spannend“, findet das Maik Julitz. Er wolle das „auf jeden Fall lesen“. Dem ehemaligen Innenminister Horst Seehofer (CSU) pflichtet er mit einem Zitat bei: „Migration ist die Mutter aller Probleme.“

Wie Correctiv berichtet, hat Sellner nicht nur davon gesprochen, Asylbewerber und Ausländer mit Bleiberecht abzuschieben, sondern auch „nicht assimilierte“ deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund und sogar Menschen, die sich für Asylsuchende einsetzen.

Maik Julitz rechnet mit einer AfD-Regierung in Deutschland

Wie steht Julitz dazu? „Ich möchte nicht, dass in dem Artikel steht, dass ich für Vertreibung bin.“

Die Rechtsgrundlage dafür könnte geschaffen werden - später, wenn die Voraussetzungen da sind, spricht: Wenn die AfD auf Bundesebene das Sagen hat.

Lesen Sie auch:

- [AfD-Eklat im Buxtehuder Rat](#)
- [80 Demonstranten bei umstrittener AfD-Versammlung im Alten Land](#)
- [Nach Demo: AfD erhebt schweren Vorwurf gegen Bürgermeister Timo Gerke](#)

Auf der europäischen Ebene rechnet Julitz schon sehr bald mit Veränderungen. „Das wird der letzte Besuch von Frau von der Leyen in Stade gewesen sein“, sagt er über den Besuch der EU-Kommissionspräsidentin im Stadeum am Dienstag. Er glaubt, dass seine Fraktion im Europaparlament, zu der neben der AfD auch Abgeordnete aus dem Lager von Giorgia Meloni aus Italien und Marine Le Pen in Frankreich sowie Rechtspopulisten aus weiteren fünf Mitgliedstaaten gehören, einen großen Erfolg einfahren wird. Später, denkt er, werde das auch auf Bundesebene so sein. Um dazu nötige politische Allianzen mache er sich keine Sorgen: „Die werden sich ergeben, sobald wir die Mehrheiten haben. Dann werden sie alle angekrochen kommen.“

Der Buxtehuder Unternehmer ist der führende Kopf der AfD im Kreis

Maik Julitz ist in der AfD in der Region der unumstrittene Anführer. Der 58-jährige Diplom-Ingenieur ist Vorsitzender des Stader Kreisverbands und des Buxtehuder Stadtverbands. Weitere kommunale Verbände der AfD gibt es im Kreis nicht. Maik Julitz sitzt in der zweiten Wahlperiode im Stader Kreistag, ist dort Mitglied der dreiköpfigen AfD-Fraktion. 2021 flog er bei der Kommunalwahl aus dem Rat der Stadt Buxtehude. Damals befanden sich die Zustimmungswerte der in Teilen zerstrittenen AfD anders als heute im Sinkflug. Die Buxtehuder Fraktion halbierte sich vor der Wahl, im Kreistag gingen zwei von ehemals drei Sitzen verloren.

Lesen Sie auch:

- [Stadtrat in Buxtehude rechnet mit Politikstil der AfD ab](#)
- [Streit um Nutzung der Schul-Aulen in Buxtehude](#)
- [Nach AfD-Veranstaltung: So wollen Eltern die Parteipolitik an Buxtehudes Schulen stoppen](#)

Julitz' Rede-Beiträge provozieren nicht selten massiven Widerspruch im Kreistag. Rassismus und Rechtsbruch sind zwei Vorwürfe, die Julitz dabei gemacht wurden. Damals hatte die AfD vorgeschlagen, nur noch Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen und alle anderen mit einem Aufnahmestopp zu belegen. Neben dem von den anderen Fraktionen kritisierten Rassismus überstiege ein solcher Beschluss die Kompetenzen des Kreistags deutlich. Während der Corona-Pandemie suchte Julitz die Nähe zur coronaskeptischen Szene.

Mitglieder der Bundesregierung sind „Handlager von Amerika“

Julitz geht davon aus, dass es einen übergeordneten Plan gibt, eine multiethnische Gesellschaft durchzusetzen. Daraus leitet er, bezogen auf den Artikel 6 der UN-Menschenrechtskonvention, ein Recht auf Widerstand gegen deutsches Recht ab. Gängige Verschwörungsmymen haben ähnliche Argumente. Aus Julitz' Sicht sind die Mitglieder der Bundesregierung „Handlager von Amerika“.





Blick auf ein Gästehaus in Potsdam, in dem AfD-Politiker nach einem Bericht des Medienhauses Correctiv im November an einem Treffen teilgenommen haben sollen. Daran soll auch der bekannteste Vertreter der rechtsextremen Identitären Bewegung, Martin Sellner, teilgenommen haben. Foto: Jens Kalaene/dpa Foto: Jens Kalaene/dpa

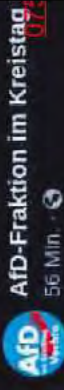
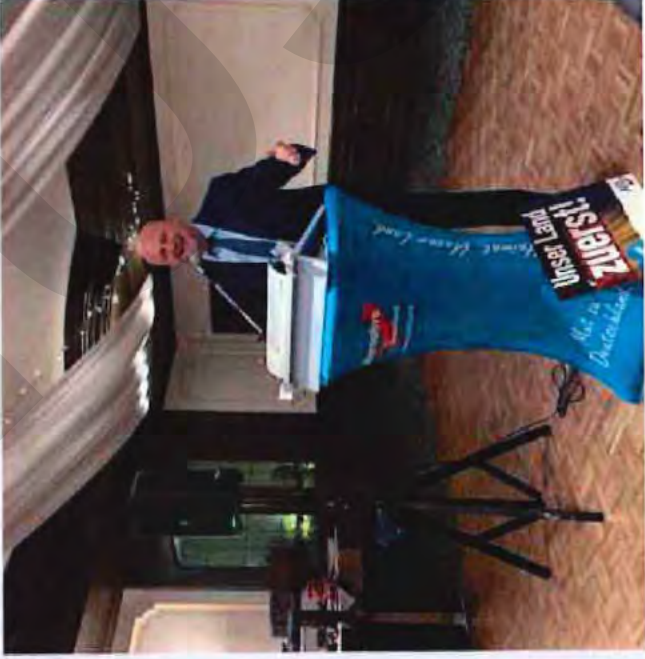
Das hatte Julitz so ähnlich auch in einem Gespräch vor der Landtagswahl 2022 mit dem TAGEBLATT formuliert. Julitz bekam als AfD-Direktkandidat 10,8 Prozent. Inzwischen redet die AfD meistens nicht mehr mit dem TAGEBLATT, aber sehr gerne über die Zeitung. Gerne auch als „ehemaliges Nazi-Blatt“ oder als „linksextremistische Zeitung“. Es gibt einen AfD-Kreisvorstandsbeschluss, mit dem TAGEBLATT nicht mehr zu reden. Auslöser dafür war die Berichterstattung über eine AfD-Veranstaltung in der Samtgemeinde Lühe.

Buxtehude ist die Hochburg der AfD im Landkreis Stade

Buxtehude ist im Kreis personell eine AfD-Hochburg. Bei der Kommunalwahl 2022 kamen alle Spitzenkandidaten in den fünf Wahlbezirken des Landkreises aus Buxtehude. Im Kreistag sitzen mit Karsten Kohls und der Kreistags- und Ratsfraktionsvorsitzenden Anke Lindszus zwei weitere Buxtehuder AfD-Politiker.

Julitz hat seine finanziellen Möglichkeiten als Unternehmer häufiger genutzt. So ist er als Spender für seine Partei aufgetreten. Er hatte eine Buxtehuder Städtepartnerschaft mit der christlichen Stadt im vom Assad-Regime kontrollierten Teil des Landes vorgeschlagen und dafür sogar den ehemaligen Spiegel-Kulturchef Matthias Matussek in eine Ratssitzung geholt. Es war nicht der erste Auftritt Matusseks in rechten Kreisen.

Hintergrund: Dieser Artikel entstand in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk CORRECTIV.Lokal, das Recherchen im Lokaljournalismus stärkt. Das gemeinwohlorientierte Medienhaus CORRECTIV informiert im Newsletter „Spotlight“ täglich über neue Entwicklungen zum Thema: <https://correctiv.org/newsletter/>



Der KV Cloppenburg-Vechta hat Saalveranstaltung „Unser Land zu Herbst statt kalte Füße“ des AfD-K Diepholz unterstützt.
Ca. 80 Patrioten hatten sich im He Landkreises Diepholz zu dieser int Veranstaltung eingefunden. KV-Vo Andreas Iloff führte souverän durch Als Referenten sprachen Dietmar (MdB) und Hannes Gnauck (MdB, Bundesvorsitzender der JA). Ich h unsers KV überbracht und ein kurz abgegeben.
Eine gelungene Veranstaltung! **Wir anzeigen**



Gefällt mir Kommentiere





oprinzessin



oprinzessin ++ Kreisparteitag Osnabrück ++
Der AfD Kreisverband Osnabrück hat am Samstag
einen neuen Vorstand gewählt.

Ich wünsche allen Gewählten viel Erfolg bei der Arbeit
Partei!

Der Gewählte Vorstand:
Vorsitzender: Marcel Queckemeyer, MdL Niedersachsen
1. Stellvertreter: Adrian Maxhuni
2. Stellvertreter: Klaas Meyer
Schatzmeister: Ingo Barkau
Schriftführer: Nicolas Vossenkämper
Beisitzer:
Werner Urbatsch, Karl-Heinz Abhorn, Leander Huber,
Haschke

@stephan_bothe_mdL, @ansgar_schledde_mdL, @...
@matthiasheiferichafid und ich waren vor Ort um zu
unterstützen!

Viel Erfolg für die kommenden Aufgaben und bis zu
Mal liebe @afd.osnabrueck!

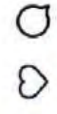
#AfD #NurDieAfD #Kreisparteitag #Osnabrück #Br
#Lüneburg #Hannover #EmsVechte #NRW #Nieder
#SeidSchlauWähltBlau #Deutschlandretter #WirSind

119 Wg



rude_ruessel Basiert und rotgepillt 🙄❤️

119 Wg Gefällt 1 Mal · Antworten



Gefällt stefan_bothe_mdL und 40 weitere Personen

6. März 2023



Kommentieren ...




0756



▶ 🔊 0:50 / 1:28 ⏏ ⏪ ⏩ ⚙️ 📄 📺 📌 📁 📁 ⋮

7 Teilen Speichern ...

3. Preußenfest Schnellroda - Einmarsch der Festredner (15.09.2023)

 **Schütt Wolfgang**
1150 Abonnenten [Abonnieren](#)

172 Aufrufe 17.09.2023 [SCHNELLRODA](#)

Am Freitag, den 15. September 2023, fand das 3. Preußenfest in Schnellroda/Sachsen-Anhalt statt, unter der Leitung von Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).

- Hier der Einmarsch der Redner des Abends mit den Fahnen Sachsen-Anhalts.
- Birgit Bessin (AfD-Brandenburg)
 - Oliver Kirchner (AfD-Sachsen-Anhalt)
 - Dr. Maximilian Kraß (Sachsen)
 - Dr. Roland Hartwig (Brandenburg)
 - Dr. Hans-Thomas Tillschneider (Sachsen-Anhalt).

Moderator des Preußenfestes: Frank Rinck (AfD-Niedersachsen).

Die Marschmusik beim Einmarsch: Hohenzollerner Marsch

0757

Impressionen von unserem Neujahrsempfang 2024 im Bürgersaal Northeim mit angeschlossener Nikolai-Kapelle.

Der dort zur letzten Ruhe gebettete Graf Otto von Northeim und Herzog von Bayern spielte dabei eine besondere Rolle.


(* um 1020; † 11. Januar 1083)

Zum ersten Mal wurde der Graf-Otto-Preis vom AfD Kreisverband Northeim an einen herausragenden deutschen Politiker überreicht.

Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Maik Schmitz folgten Grußworte des Landesvorstandes der AfD Niedersachsen durch Delia Klages, die niedersächsische Spitzenkandidatin Anja Arndt zur Europawahl, dem Generalsekretär der AfD Sachsen-Anhalt Jan Wenzel Schmidt, sowie dem Vertreter unserer Jugendorganisation der JA Niedersachsen Robin Braune.

Die Laudatio auf den Preisträger Björn Höcke wurde durch den ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Landesvorsitzenden der AfD Niedersachsen Jens Kestner gehalten.

Der Preisträger Björn Höcke hielt im Anschluss eine Grandiose Rede zur Lage in Deutschland und Europa.

Mit dem Preisträger des Graf-Otto-Preises
(in Anlehnung an Graf-Otto-von Northeim) 

Björn Höcke besteht jetzt nicht nur eine feste Verbindung zum Kreisverband Northeim, sondern auch zu der Geschichte unserer Kreisstadt Northeim, welche 2025 den 1000 Geburtstag von Graf Otto feiern will.

Wir bedanken uns bei allen Gästen, unseren Mitgliedern und allen fleißigen Helfern die diesen besonderen Abend möglich gemacht haben.

Danke !

AfD Kreisverband-Nord
1 Tag

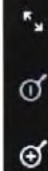
0758

9

Gefällt mir



„Relevanteste zuerst“ wurde ausgewählt
wurden daher möglicherweise hierauf





Dirk Brandes - Für Niedersachsen im Bundestag

Gestern um 07:12 · 🌐



Volles Haus für die #AfD ❤️

Am vergangenen Samstag hielt der Kreisverband Gifhorn zusammen mit unserem EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krahe in Wesendorf-Gifhorn ab. Mit dabei waren Klaus Wichmann und Stefan Marzischewski.

Ein besonderer Dank geht an Andrea Zacharias und Robert Preuss für Organisation und Moderation. Jederzeit wieder.

Vielen Dank für die tolle Veranstaltung!



👍 601

38 Kommentare 39 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

🗨️ Kommentieren

📤 Teilen

%20unterl%C3%BC%C3%9F&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcIlwifSJ9



AfD Cloppenburg / Vechta

20. April 2024 · 🌐



Impressionen vom Landesparteitag der AfD Niedersachsen in Unterlüß. Ein sehr harmonischer Parteitag! Draußen einige hundert Schreihälse der Antifa & Co. Heute morgen haben Antifanten versucht den Veranstaltungsort zu stürmen. Immer wieder kam es bei der Anreise von Delegierten zu Übergriffen der Udemokraten. Der Landesvorsitzende Frank Rinck und unser EU-Kandidat Maximilian Krah wurden bedroht. Trauriger Höhepunkt einer Haß- und Hetzkampagne gegen die AfD!



👤 Dirk Brandes - Für Niedersachsen im Bundestag und 27 weitere Personen

4 Kommentare

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

mpf&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpcIm
15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFncG9zdHNclixclmFyZ3Ncl
jpcllwifSJ9



Marcel Queckemeyer, MdL Niedersachsen

20. Juli · 🌐



Sommerfest bei [Mike Moncsek](#)

Wir machen Sachsen blau!

Eine Woche werde ich den Wahlkampf mit meinem Büroleiter Nicolas unterstützen!

Erst Sachsen und dann Niedersachsen!

Wir werden Deutschland verändern und zwar positiv!!!!!!



AfD Cloppenburg / Vechta und 46 weitere Personen

4 Kommentare

Gefällt mir

Komentieren

Senden

Teilen

07:52



Schweringen | Sommer-Stammtisch der AfD Nienburg-Schaumburg mit Manuel Krauthausen Maximilian Krahn

ANSAR TV
1133 Abonnenten

Abonnieren

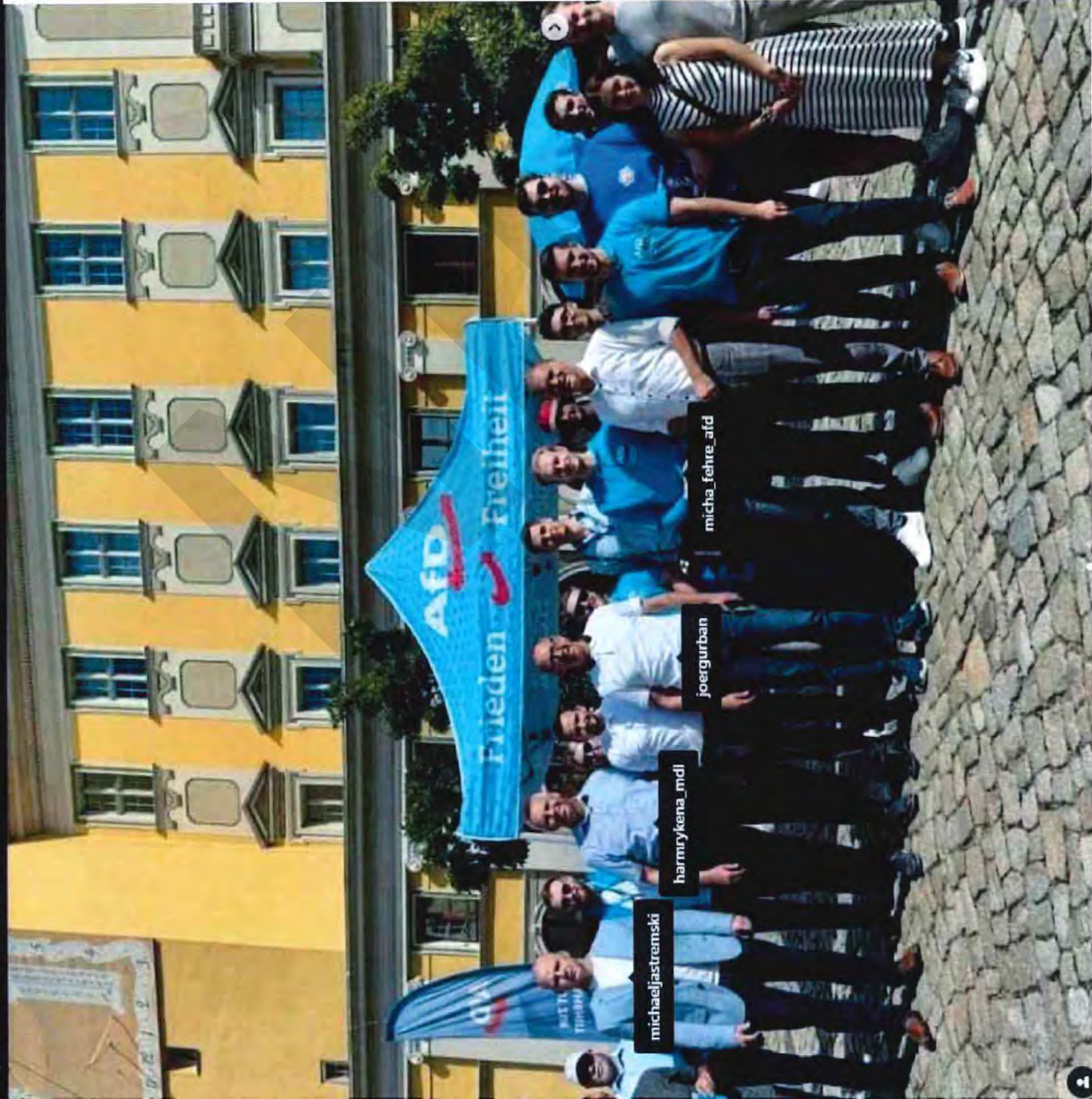
3.736 Aufrufe Vor 18 Stunden Live gestreamt **SCHWERINGEN**
Dieses Video wurde keine Beschreibung hinzugefügt.

Transkript

Du kannst im Transkript mitlesen.

Transkript anzeigen

ANSAR TV



afd_oldenburg_land

afd_oldenburg_land Wahlkampfhilfe in Sachsen

Teile des Kreisvorstandes der AfD Oldenburg-Land engagierte Mitglieder waren vom 31.07.- 04.08.24 zur Unterstützung des Wahlkampfes für die Landtagswahl in Sachsen vor Ort in Bautzen. Die dortigen AfDler haben sich sehr freuen! So muss das! Nur gemeinsam sind wir stark!

MdL Frank Peschel in Bautzen

Auch Landesvorsitzendrr Jörg Urban war dort.

Wir wünschen unseren Freunden in Sachsen noch viel Erfolg für den Wahlkampf. #afd #zukunftsgezeiten #gemeinsamstark #sachsen #afwahlen

3 Tage

tofoprussia Passt auf euch auf

1 Tag · Antworten



Gefällt dir_k_brandes und 41 weitere Personen

Vor 3 Tagen

Kommentieren ...

15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3Ncl jpcllwifSj9



AfD Gifhorn

13. August um 08:27 · 🌐



Landtagswahl in Sachsen

Gifhorne AfD macht Wahlkampf in der sächsischen Grenzstadt Görlitz

Eine Delegation von Mitgliedern und Kommunalpolitikern aus dem AfD Kreisverband Gifhorn ist für mehrere Tage nach Görlitz gereist um die Parteikollegen im sächsischen Landtagswahlkampf zu unterstützen. Seit 2019 besteht eine enge Kooperation zwischen den AfD Kreisverbänden Gifhorn und Görlitz.

Dazu äußern sich der Initiator Frank Lange, Kreistagsabgeordneter aus Papenteich und der Gifhorne Kommunalpolitiker Robert Preuß in einer gemeinsamen Pressemitteilung:

„Im Landkreis Görlitz und in ganz Sachsen ist die AfD längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und stärkste politische Kraft weit vor der CDU. Während die AfD hier im Kreistag 31 Sitze stellt, kommen SPD und Grüne zusammen nur noch auf 5 Sitze.

Millionen Deutsche blicken in diesen Wochen deswegen hoffnungsvoll auf die Landtagswahl in Sachsen. Gelingt uns ein Regierungswechsel mit einem AfD- Ministerpräsidenten als Ziel, könnte ein Ruck durch ganz Deutschland gehen, der die destruktive Politik der etablierten Parteien beendet und endlich eine Tendenzwende, insbesondere in der Migrationspolitik eingeleitet werden.

Im dreitägigen Straßenwahlkampf wurde uns deutlich, dass die Görlitzer, auch aufgrund ihrer DDR- Vergangenheit, eine viel kritischere Sicht auf die veröffentlichte Meinung durch die führende Politik und der ihr angeschlossenen Medien haben. Politische Rückschlüsse werden hier eher aus der Erfahrung im Alltag, als aus den Erzählungen im ARD oder ZDF gebildet.

Wir hatten auch die Möglichkeit am Regionaltreffen des Görlitzer AfD Kreisverbandes teilzunehmen. Dass im Landkreis Gifhorn Wirte von politischen Gegnern bedroht werden, wenn sie der AfD Einlass gewähren wollen und auch die systematische Ausgrenzung in den politischen Gremien sorgte für Entsetzen bei den Gastgebern. In Görlitz käme sowas vereinzelt vor, jedoch nicht in diesem Ausmaß.

Rückblickend mussten wir auch feststellen, dass die Folgen der katastrophalen Einwanderungspolitik in Görlitz noch nicht so sichtbar sind, wie in den westdeutschen Städten. Zustände, wie auf der Gifhorne Braunschweiger Straße, wo deutsch nicht mehr die selbstverständliche Alltagssprache ist, gibt es in der sächsischen Grenzstadt zu Polen noch nicht.“



69

8 Kommentare 16 Mal geteilt



j.schuelke.mdl



j.schuelke.mdl

Vom 10. bis 13.08. 2024 waren mein Kollege Peer L... und ich zusammen mit fleißigen Helfern aus unsere Kreisverband Hannover-Land im wunderschönen, h... Torgau und seiner Umgebung unterwegs. Beim Flyern konnten wir die herrliche Gegend nahe und an den Infoständen hatten wir die Möglichkeit die sächsische Bevölkerung kennenzulernen. Neben dem Wahlkampf wurde uns ein kulturelles u... kulinarisches Programm vom Feinsten geboten. Vielen Dank an unsere sächsischen Freunde für die ausserordentlich herzlichen Empfang in eurer Heimat! Ihr seid zurecht stolz auf euer Land, auf eure Kultur Tradition. Wir haben euch von Herzen gerne unterstützt dies zu bewahren. Jetzt drücken wir euch von Niedersachsen aus ganz Daumen. Wir freuen uns auf ein phänomenales Wahlergebnis baldiges Wiedersehen. 💙👍

22 Std.



👍 Gefällt afd_kv_lueneburg und 32 weitere Personen
Vor 22 Stunden

🗨️ Kommentieren ...



Captured at: 08/29/2024, 02:39 PM

0766

URL: <https://www.facebook.com/search/posts?q=wahlkam...&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Intclm5hbWVcljpcIm15...K2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3Nclj...ellwifSJ9>



Martin Sichert, MdB

22. August um 11:33 · 🌐



Kürzlich war ich bei der Thüringer Direktkandidatin Wiebke Muhsal, und sie hatte - bevor ich angekommen bin - eine recht ernüchternde Warnung für mich.



👍 945

52 Kommentare · 113 Mal geteilt

- 👍 Gefällt mir
- 💬 Kommentieren
- 📧 Senden
- ➦ Teilen



jacqueline_kleinhans_afd_gf • Folgen
Original-Audio

jacqueline_kleinhans_afd_gf Wir unterstützen Sachsen beim Wahlkampf. Am 01.09. 24 AFD wählen! #afd #AfDjetzt #AFD #AFDwirkt #dieampelmussweg #cdauaustrittjetzt #dieltdpmussweg #AFDLeipzig #afd wählen #spdaustrittjetzt #afdsachsen

5 Tage




Gefällt 22 Mal

Vor 5 Tagen





 j.schuelke.mdl


 j.schuelke.mdl ++ Wahlkampf in Sachsen Teil 2 ++

Vom 14. bis 17.08. unterstütze ich gemeinsam mit den Niedersachsen den Volkspolitiker Mike Monseke in seinem Wahlkampf in Mittelsachsen. Neben Flyer und Banner- und Plakataktionen bringen unsere sächsischen Freunde auch hier ein abwechslungsreiches kulturelles Rahmenprogramm. Eines der Highlights der Besuch eines Oltimer - Motoradrennen auf dem Sachsenring. Eine tolle Möglichkeit seine Mittagspausen zu verbringen.

Fazit der Wahlkampfwochen: Sachsen ist ein wunderbares Land reich an Kultur und Geschichte. Seine Bürger sind ebenfalls bodenständig und unglaublich herzlich. Vielen Dank Sachsen, vielen Dank lieber Mike. Wir Drücken alle Daumen für dich und deine wunderbare Heimat! 🇩🇪🙌🏻🍀 Glück auf!

1 Tag



 Gefällt rebecca.sturm und 38 weitere Personen
Gestern

 Kommentieren ...





dirk_brandes



dirk_brandes Wahlkampf in Sachsen

Wir sind heute mit einem Team aus Niedersachse Wahlkampf-Endspurt in Sachsen. Erst Flyer verteilt Abschlusskundgebung mit Dr. Maximilian Krah u

Ich bin gespannt auf Sonntag! #AFD

2 Tage

Für dich



martasauer1 Viel Erfolg

1 Tag Gefällt 2 Mal Antworten



anjahuenitzsch Und wir erst #nurnochAFD un ihr unterstütz...wir sehen uns ja bald

1 Tag Gefällt 1 Mal Antworten



maryland_81 ...viel Spaß, gebt Gas! Deutschland. Alles!!!

1 Tag Gefällt 2 Mal Antworten



beate.schuler.73

1 Tag Gefällt 1 Mal Antworten



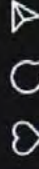
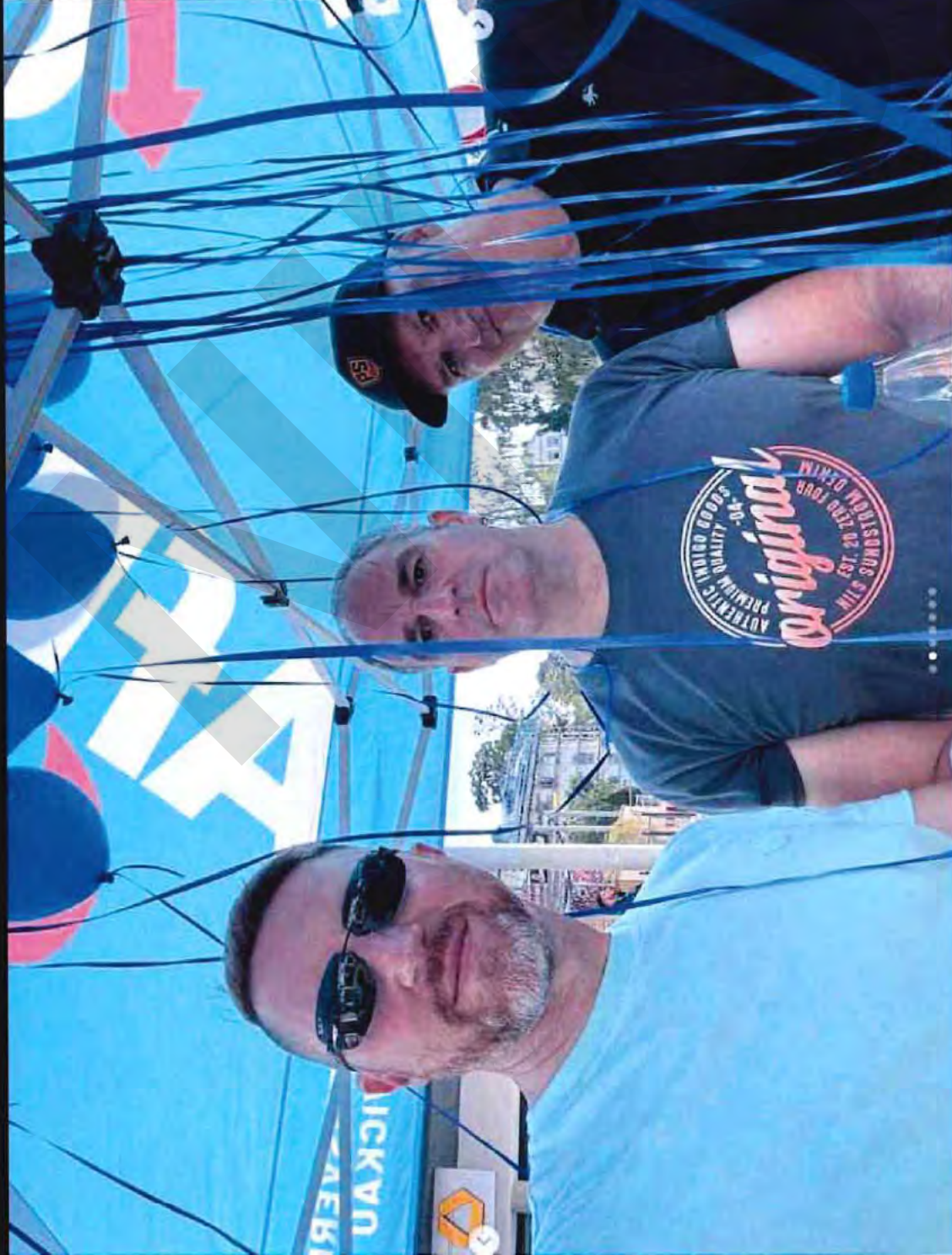
daisy85roe

2 Tage Gefällt 1 Mal Antworten



sin6mokka

2 Tage Gefällt 2 Mal Antworten



Gefällt rebecca.sturmfest und 111 weitere Personen

Vor 2 Tagen



Kommentieren



dirk_brandes



dirk_brandes Wahlkampf in Sachsen

Wir sind heute mit einem Team aus Niedersachsen Wahlkampf-Endspurt in Sachsen. Erst Flyer verteilte Abschlusskundgebung mit Dr. Maximilian Krahn und

Ich bin gespannt auf Sonntag! #AfD

2 Tage

Für dich



martasauer1 Viel Erfolg

1 Tag Gefällt 2 Mal Antworten



anjahuenitzsch Und wir erst #nurnochAfD und ihr unterstützt...wir sehen uns ja bald

1 Tag Gefällt 1 Mal Antworten



maryland_87 ...viel Spaß, gebt Gas! Deutschland. Alles!!!

1 Tag Gefällt 2 Mal Antworten



beate.schuler.73

1 Tag Gefällt 1 Mal Antworten



daisy85roe

2 Tage Gefällt 1 Mal Antworten



sin66mokka

2 Tage Gefällt 2 Mal Antworten



rebecca.sturmfest Gefällt rebecca.sturmfest und 111 weitere Personen

Vor 2 Tagen



Kommentieren ...



Stefan Henze

11 Std. · 🌐



Erfolgreiche Wahlkampfhilfe in Sachsen! Direktmandat für die AfD!

Drei Tage waren wir mit einem Unterstützerteam aus dem Kreisverband Hannover-Land zusammen mit Teams aus Bayern und Hessen vor Ort, um gemeinsam für unser Land zu kämpfen.

Kein Haus lag zu versteckt, kein „Berg“ war zu steil, unsere Flyertrupps haben nichts ausgelassen! Stände besetzen und mit den Bürgern sprechen? Na klar!

Bühnen für Veranstaltungen aufbauen? Klar waren die Niedersachsen da und haben angepackt!

Gestern haben wir dann unsere Belohnung erhalten, mit 0,5 % Vorsprung vor der CDU hat unser Kandidat Mike Monczek das Direktmandat errungen!

Glückwunsch aus Niedersachsen Mike. Wir kommen wieder, wenn ihr uns braucht!

#zwickau #Monczek #AfD #sachsen #AfDNiedersachsen #henze



Sachsen: Erststimmen Zwickau 5

Vorläufiges Ergebnis. Gewählt wurde Mike Monczek, AfD. Wahlbeteiligung: 74,0%



9

9 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Senden

Teilen



dirk_brandes



dirk_brandes Ein wunderbarer Abend!

Gestern Abend hielt der #AfD Kreisverband Hannover Stammtisch mit dem NRW Landesvorsitzenden Mai unserem Landesvorsitzenden Ansgar Schledde, Md Niedersachsen und Maximilian Krahn ab. Den Organisatoren um den Kreisverband herzlicher an Micha Fehre für die Moderation durch den Aber

Über 300 Anmeldungen zählte der Kreisverband. Ei allerdings den Veranstaltungsort aufgrund der mas Gegendemo mit etlichen linksmotivierten Straftäter erreichen.

20 Std.



alexander20025 Ich gratuliere euch ganz herzlich f Deutschland DE 🥰

16 Std.

Gefällt 2 Mal · Antworten



lotharirsen 🍷🍷🍷🍷🍷

19 Std.

Gefällt 1 Mal · Antworten

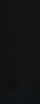
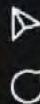


anjabdf Schampus Max und Stammtisch, für mehr ihn auch nicht!

19 Std.

Antworten

— Antworten ansehen (1)



Gefällt rebecca.sturmfest und 60 weitere Personen

Vor 20 Stunden





j.schuelke.mdl

So lautete das Motto einer Veranstaltung des Stadt Neustadt am Rbg, am Mittwoch Abend. Die Gastredaliesamt junge Politiker aus Bund, Land und der Region Hannover. Auf Grund einer kurzfristigen Absage der ursprünglichen Veranstaltungsortes, wurde das Gastred Wunstorf verlegt und so hatte ich die Möglichkeit a der AfD Wunstorf ebenfalls ein paar Begrüßungswoc zum größten Teil junge Publikum zu richten. Themen des Abends waren: Wirtschaft, Verteidigung Bundeswehr und Kommunalpolitik.

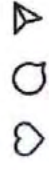
Ein herzliches Dankeschön geht an die beiden Orga @r.kuehn.afd und @roccokeyer1979 und natürlich an die hervorragend überaus fachkompetenten Hauptredner @hannesg @omidnajafi.afd.

Ein großes Lob auch an die tolle Moderation von M Es war eine wirklich gelungene Veranstaltung die h alsbald wiederholt wird.

@afd_wunstorf @afdhanoverland Bearbeitet · 3 Tage

andreas_graap Welcher Veranstaltungsort in Neust denn aus welchem Grund genau so kurzfristig ab ?

3 Tage · Antworten



Gefällt omidnajafi.afd und 65 weitere Personen Vor 3 Tagen

Kommentieren ...



Captured at: 10/28/2024 09:51 AM URL: https://x.com/Ansgar_Schledde/status/1850480701897900383/photo/2



Ansgar Schledde
@Ansgar_Schledde

Wieder unterwegs –
Der Kreisverband hat
Vorsitzender wurde
Herzlichen Glückwu
und auf gute Zusam
den rund 100 Teilne
@Vincentz_AFD, @K
@jucekemeyer_afd,
ich. 😊

Translate post
11:12 AM · Oct 27, 2024

3

Post your re

Ansgar Sch
@ansghajaj_sch
@Vincentz_AFD

Omid Naj
Jetzt auch bei



Xiaomi Deuts
High-End Smartphone mit Leica
Kamera und gratis Tablet. Xiaomi



15K



192



2




3

Captured at: 11/14/2024 07:31 AM URL: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1059406596200727&set=pcb.1059407849533935>



Dieses Foto stammt aus einem Beitrag.

 **Dirk Brandes - Für Nie im Bundestag**
7 Min. · 🌐

1



 **Kommentieren ...**





marcel_queckemeyer_md



marcel_queckemeyer_md | Weihnachtsfeier der AfD Osnabrück-Land



Gestern durften wir vom #AfD Kreisverband Osnabrück-Land eine wunderbare #Weihnachtsfeier erleben. Ein echtes Highlight des Abends war der Besuch unseres Europaabgeordneten @maximilian.krah , der mit einem spannenden Vortrag über aktuelle politische Themen für viele Denkanstöße sorgte. Seine Worte motivieren uns, mit voller Kraft ins nächste Jahr zu starten.

Mit über 90 Gästen haben wir nicht nur das vergangene Jahr gefeiert, sondern auch den Blick auf das kommende Jahr gerichtet. Die große Herausforderung #2025 wird der #Bundestagswahlkampf , bei dem wir wieder alles geben, um unsere #Werte und #Ziele zu vertreten.

Vielen Dank an alle, die diesen Abend so besonders gemacht haben! #Gemeinsam sind wir stark.

#AfD #Weihnachtsfeier

1 Std.



Gefällt 6 Mal

Vor 1 Stunde







AfD Kreisverband-Northeim

16. Februar · 🌐



◆ Bericht zur Kundgebung des AfD-Kreisverbandes Northeim am 15. Februar 2025 ◆

Am 15. Februar setzte der AfD-Kreisverband Northeim mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz und einem anschließenden Empfang in der Alten Wache ein starkes Zeichen. Insgesamt nahmen 400 Mitglieder und interessierte Bürger an beiden Veranstaltungen teil und machten deutlich: Der Süden Niedersachsens erlebt einen politischen Aufbruch!

Die Veranstaltung wurde von nationalen und internationalen Medien begleitet, darunter NDR, BBC sowie freie Influencer aus dem gesamten Bundesgebiet. Unsere hochkarätigen Gäste unterstrichen mit ihren Reden die klare Botschaft unserer Partei:

- ◆ Tino Chrupalla, Bundessprecher
- ◆ Dirk Brandes, Spitzenkandidat für Niedersachsen
- ◆ Jan Wenzel Schmidt, Generalsekretär aus Sachsen-Anhalt
- ◆ Marcel Queckemeyer, Mitglied des Landtages
- ◆ Sascha Lensing, Bundestagskandidat aus Nordrhein-Westfalen
- ◆ Unsere Kandidaten Angela Rudzka und Waldemar Rau

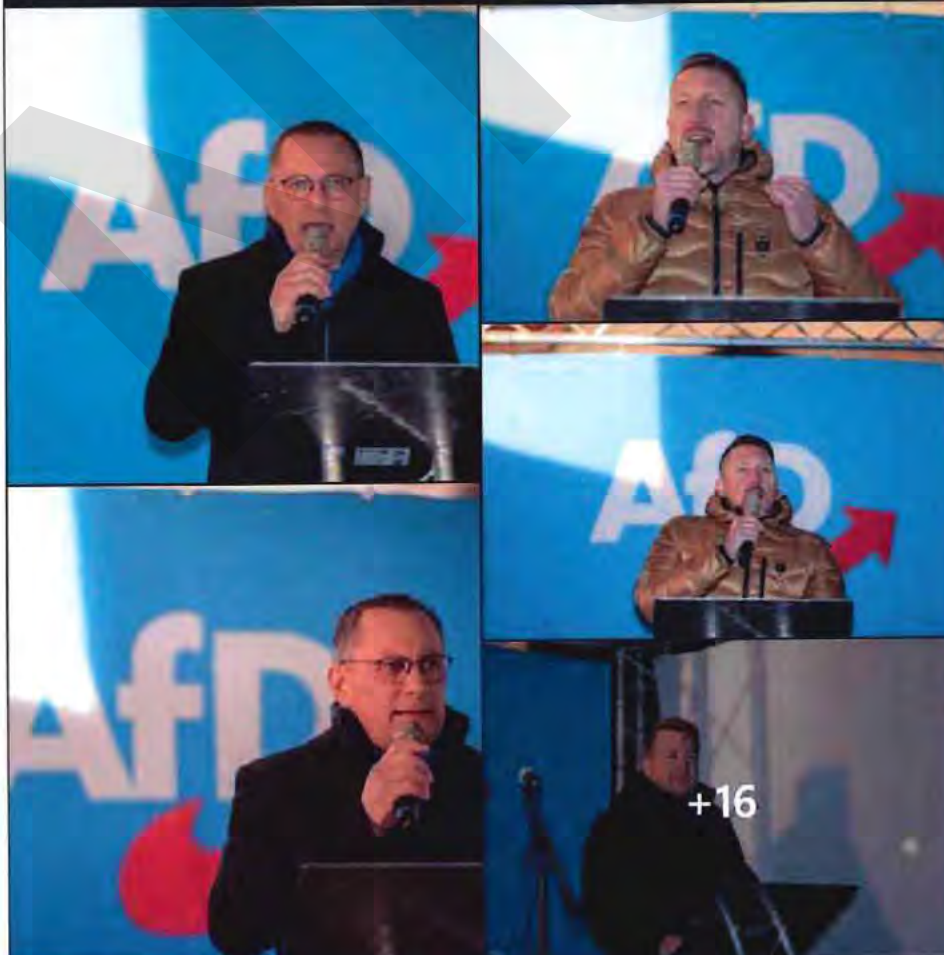
Durch den Abend führte der ehemalige Landesvorsitzende von Niedersachsen und Ehrenvorsitzende des Kreisverbandes Northeim, Jens Kestner. Ohne die hervorragende Arbeit des Vorstandes unter der Leitung von Maik Schmitz und den fleißigen und engagierten Mitgliedern wäre dieser Abend nicht möglich gewesen.

Während wir für eine sichere und gerechte Zukunft für Deutschland eintraten, wurde zeitgleich ein Gegenprotest vom DGB und den üblichen linken Gruppierungen organisiert. Dass diese Personen an einem Tag gegen uns demonstrierten, an dem eine Mutter mit ihrem Kind an den Folgen des islamistischen Anschlags von München verstarb, zeigt ihre moralische Verblendung und Gleichgültigkeit gegenüber echter Sicherheit.

Doch unser Signal ist klar: Das war erst der Anfang einer politischen Offensive, die von Northeim ausgehen wird! Gemeinsam mit unseren befreundeten Kreisverbänden Göttingen und Goslar werden wir den Süden Niedersachsens nachhaltig verändern.

Ein besonderer Dank gilt allen Spendern, die uns mit ihrer Unterstützung diesen erfolgreichen Abend ermöglicht haben. Ohne euch wäre das nicht möglich gewesen!

Danke an alle, die diesen Aufbruch mit uns gestaltet haben! 🇪🇺 🇩🇪 Wir kämpfen weiter für eine sichere und selbstbestimmte Zukunft! 🇩🇪



👍 386

60 Kommentare 26 Mal geteilt

👤 Profil

💬 Kommentieren

👍 Tollen



AfD-Stadtratsfraktion Hannover

3 Std. · 🌐



++ Alternative Gewerkschaft Zentrum gründet Regionalbüro in Hannover ++

Die Gewerkschaft Zentrum gab in der gestrigen Pressekonferenz in Hannover bekannt, ab 1. Mai 2025 ein Regionalbüro in Hannover zu eröffnen. Eine echte Alternative zu den ideologisch verblendeten DGB-Gewerkschaften!

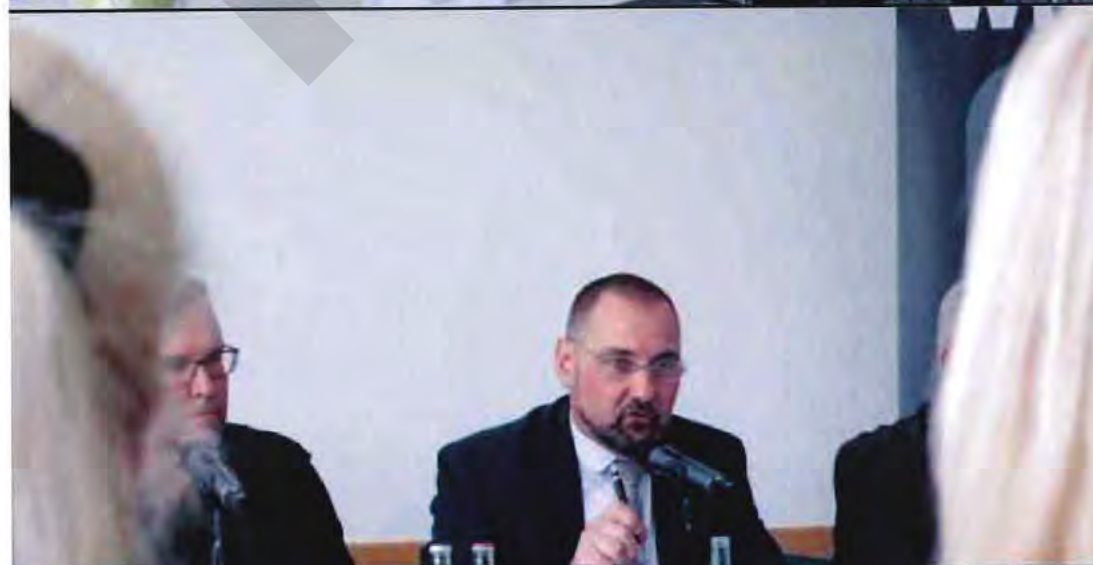
Während Verdi & Co. lieber gegen rechts „kämpfen“ als sich um die echten Probleme der Beschäftigten zu kümmern, setzt sich Zentrum für die Arbeitnehmerinteressen ohne rot-grünen Beigeschmack ein.

Jens Keller, Ex-Verdi-Mitglied, übernimmt die Leitung des Regionalbüros Nordwest. Verdi wollte ihn wegen seiner politischen Haltung und aktiven AfD-Mitgliedschaft ausschließen. Bei Zentrum hat er nun eine neue Heimat gefunden. Hier will er sich besonders für Beschäftigte im öffentlichen Dienst stark machen, denn auch da sieht er großes Potenzial. Aber auch für alle anderen Mitglieder aus Norddeutschland, vom Handwerker bis zum Beschäftigten in der Automobilindustrie, will er ein verlässlicher Ansprechpartner sein.

Der Vorsitzende von Zentrum, Oliver Hilburger, bringt es auf den Punkt: Die alten Gewerkschaften sind zu Machtapparaten verkommen, die echte Solidarität längst vergessen haben. Zentrum steht klar und solidarisch hinter seinen Mitgliedern und bietet ihnen rechtliche Beratung, Unterstützung bei betriebsinternen Wahlen, Streikgeld-Auszahlungen, Lehrgänge und vieles mehr.

Mehr Infos: <https://www.zentrum.tv>

Dr. Christina Baum



👍 14

2 Kommentare 5 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

🔗 Teilen

April 15



Klartext von Dr. Christina Baum MdB



Neugründung eines weiteren Regionalbüros der alternativen Gewerkschaft Zentrum.

Anlässlich der Eröffnung des Regionalbüros „Zentrum Nord-West“ fand gestern in Hannover eine Pressekonferenz statt, zu der ich als MdB und neues Mitglied der Gewerkschaft eingeladen war. Ich gratuliere dem Zentrum ganz herzlich zu diesem weiteren wichtigen Schritt und insbesondere zur Auswahl des zukünftigen Leiters Jens Keller. Er hat bereits bei dieser PK seine Kompetenz und seine Willensstärke bewiesen, die er ganz sicher brauchen wird, um dem DGB mit seiner über Jahrzehnte aufgebauten Macht die Stirn zu bieten.

Ich bin überzeugt, dass er es mit Hilfe treuer Mitstreiter schaffen wird und wünsche ihm ganz viel Erfolg für seine zukünftige Arbeit.

Dr. Christina Baum MdB
Mutig. Patriotisch. Freiheitlich!
Mitglied des Deutschen Bundestages



AFD Lüneburg | 131 Mitglieder · Landkreis Lüneburg

8 Std. · Lüneburg · 🌐



+++ AfD-Stammtisch mit Maximilian Krah +++

Rund 100 Mitglieder und Interessierte waren zum heutigen Stammtisch der AfD-Lüneburg gekommen und sie haben ihr Kommen nicht bereut.

Zu Gast war schließlich nicht irgendwer. Maximilian Krah, AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl und neuer Bundestagsabgeordneter gab sich die Ehre und begeisterte die Mitglieder mit einer starken Rede, in der er die AfD-Politik dem sich anbahnenden Merz-Desaster gegenüberstellte. Krahs Ausführungen machten klar, wer eine echte Wende will, muss AfD wählen!

Unser Kreissprecher Stephan Bothe moderierte den Abend gewohnt souverän.

Viele Fragen der Teilnehmer und zahlreiche Selfies mit dem Ehrengast rundeten den gelungenen Abend ab.

Vielen Dank an Maximilian Krah, an alle Helfer und auch an die 9 Teilnehmer, die gleich ihren Mitgliedsantrag ausfüllten!

Wir dürfen uns alle auf den nächsten Stammtisch freuen!



AfD Cloppenburg / Vechta und 22 weitere Personen

1 Kommentar

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

**Vanessa Behrendt**

5. Juni um 17:19 · 🌐



Ein phänomenaler Abend gestern in meinem Kreisverband 🇩🇪 Wir durften @ulrich_siegmund und @martin.reichardt.bk begrüßen und hatten einen wunderbaren Austausch mit interessierten Bürgern. Die Zukunft Deutschlands ist blau. Wir sind gekommen, um zu bleiben und wir lassen uns nicht mundtot machen. Vielen Dank für euren Besuch.



121

10 Kommentare 5 Mal geteilt

Gefällt mir

Kommentieren

Teilen

Rechtsextremer Gast aus Erfurt im Harz

Stress in der AfD: Björn Höcke besucht Kreisvorsitzenden in Seesen

Der rechtsextreme AfD-Politiker Björn Höcke aus Thüringen hat in dieser Woche Main Müller besucht, den Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes Goslar. Die Partei in Niedersachsen ist irritiert, allen voran der Landesvorsitzende Ansgar Schledde.

Seesen. Ein Besuch, der viele Fragen aufwirft und den AfD-Vorsitzenden im Landkreis Goslar in Bedrängnis bringt: Der rechtsextreme AfD-Politiker und thüringische Landesvorsitzende Björn Höcke war in dieser Woche Gast beim Kreisvorsitzenden Main Müller in Seesen. Das Treffen ruft in der Partei über die Grenzen der Region hinaus Irritationen und Kritik hervor.

Wie ein Lauffeuer hat sich die Nachricht vom Besuch Höckes am Mittwoch dieser Woche verbreitet. Müller hat die Bilder davon selbst weitergereicht, nämlich über die Whats-App-Gruppe des AfD-Kreisverbandes. Pikant ist der Besuch vor allem wegen der Frage, welchem Zweck er diene.

„Schwerstens irritiert“

Dachdeckermeister Müller ist seit Oktober 2024 Kreisvorsitzender, er gilt als Vertrauter des niedersächsischen AfD-Landesvorsitzenden Ansgar Schledde. Müller betont stets, er gehöre dem „bürgerlich-konservativen Lager“ der AfD an. Im Kreisverband liegt er im Clinch mit dem Bad Harzburger Stadtverbandsvorsitzenden Kim Schumacher, weil dieser stets rechtsextreme AfD-Politiker einlädt, wie jetzt die Bundestagsabgeordnete Christina Baum an diesem Samstag im Bündheimer Schloss.

Die Nachricht vom Besuch Höckes hat auch den Landesvorsitzenden Ansgar

Schledde erreicht. Er sagt: „Der Landesverband war nicht informiert.“ Er sei „schwerstens irritiert, ich wüsste auch nicht, was das soll“.

Alle 38 Kreisvorsitzenden in Niedersachsen hätten „ihren Unmut geäußert, wir sind alle ziemlich baff“. Als er am Donnerstagabend von dem Treffen erfuhr, übrigens nicht von Main Müller, „musste ich erstmal darüber nachdenken“, sagt Schledde, der auch Höcke einen Vorwurf macht: Nämlich dass dieser ihn nicht informiert habe, so wie es eigentlich üblich sei.

Welche Konsequenzen das für Main Müller hat, ist schwer abzusehen, aber es wird seine Stellung nicht stärken. Auf die Frage nach einem Rücktritt antwortet Müller, der sich zurzeit im Urlaub befindet, am Telefon, dafür sehe er keinen Grund.

Müller erklärt, er habe Höcke beim Sommerfest der thüringischen AfD im Juni in Greiz angesprochen. Er habe sich von ihm Passagen aus dessen umstrittenen Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ erläutern lassen wollen, um zu sehen, ob er auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe, wie sie in der Verfassung festgeschrieben sei.

Müller betont, er habe seine Haltung nicht geändert, sehe sich weiter als

Konservativer und lehne Rassismus ab. Nach dem Telefonat mit der GZ schickt er eine Mitteilung, darin heißt es unter anderem: „Herr Höcke gilt als politisch umstrittenste Figur Deutschlands. Daher wollte ich mir selbst ein Bild machen von ihm als Person, von ihm als Politiker, von ihm als Familienvater und von ihm als Lehrer.“ Er habe sich einen Eindruck von Höcke verschaffen wollen, weil er „nicht für eine Partei eintreten wolle“, die nicht zum Grundgesetz stehe, schreibt Müller weiter.

Viele Fragen bleiben

Doch in der Partei bleiben viele Fragen, das zeigen Gespräche mit Mitgliedern aus dem Harzkreis, aus Goslar und aus dem Raum Göttingen. Warum besucht Höcke einen Kreisvorsitzenden in Niedersachsen und fährt an dessen Privatadresse mit zwei großen Dienst-Limousinen vor? Will Höcke seinen Einfluss in Westdeutschland ausweiten und sucht dafür Mitglieder, von denen er glaubt, dass er sie für sich gewinnen kann?

Eins ist sicher, die Partei in der Region ist schwer verunsichert. Ein AfD-Mitglied aus Goslar sagt: „Ich war völlig von den Socken, ich habe gedacht, es wäre ein Fake, als ich die Fotos gesehen habe.“ Main Müller wirft er außerdem vor, dass er über den Besuch nicht informiert hat. „Befremdlich“ sei das.

Autor/-in: Oliver Stade
Rubrik: Region
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN
Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD): 26.303¹
Weblink: <https://www.goslarsche.de/lokales/afd-hoecke-besuch-goslar-mueller-schledde-irritiert-672692.html>

¹ von PMG gewichtet 05-2025

Abbildung: Björn Höcke (l.), AfD Landesvorsitzender in Thüringen und Fraktionschef seiner Partei im Erfurter Landtag, besucht am Mittwoch dieser Woche den AfD Kreisvorsitzenden Main Müller in Seesen. Sein Abstecher irritiert selbst viele AfD Mitglieder in der Region.

Fotograf/-in: Foto: Privat

Abbildung: Olga Grabo, Partnerin des Goslarer Kreisvorsitzenden Main Müller und 2. stellvertretende AfD Vorsitzende des Kreisverbandes Goslar, freut sich über den Besuch von Björn Höcke.

Fotograf/-in: Foto: Privat

GZ+ Stress in der AfD: Björn Höcke besucht Kreisvorsitzenden in Seesen



Björn Höcke (l.), AfD-Landvorsitzender in Thüringen und Fraktionschef seiner Partei im Erfurter Landtag, besucht am Mittwoch dieser Woche den AfD-Kreisvorsitzenden Main Müller in Seesen. Sein Abstecher irritiert viele AfD-Mitglieder in der Region. Foto: Privat

Der rechtsextreme AfD-Politiker Björn Höcke aus Thüringen hat vor einigen Tagen Main Müller besucht, den Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes Goslar. Die Partei in Niedersachsen ist irritiert, allen voran der Landesvorsitzende Ansgar Schledde.

Armin-Paulus Hampel

Christina Baum MdB



12. Juli IN Bad Harzburg - Einlass 17:30 - Beginn ab 18 Uhr

HARZBURGER TREFFEN

Die Stadtratsfraktion der AfD Bad Harzburg lädt gemeinsam mit dem AfD Kreisverband Harz ins Bündheimer Schloss ein:

**Gestütstraße 10
38667 Bad Harzburg**

AfD




19. Juni um 20:20 · 🌐

80



Kommentieren ...



 4 Std. · 🌐

Die Stadtratsfraktion der AfD Bad Harzburg lädt gemeinsam mit dem AfD-Kreisverband Harz zu einem weiteren Harzburger Treffen in das Bündheimer Schloss nach Bad Harzburg ein. Auch dieses Mal ist es wieder gelungen, zu den brandaktuellen Themen Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten, sowie zum prognostizierten Kollaps des deutschen Gesundheitssystems, zwei hochkarätige Vortragsredner zu gewinnen:

Armin Paul Hampel, anerkannter Fachjournalist für Außenpolitik, sowie die Bundestagsabgeordnete Dr. Christina Baum, als promovierte Ärztin eine Fachfrau im Bereich Gesundheitspolitik.

Der renommierte Journalist und Politiker Paul Hampel, der unter anderem nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus das ARD-Hauptstadtstudio in Berlin mit aufgebaut hat und jahrelanger Chef des ARD-Südasiens-Studios in Neu-Delhi war, gilt als ausgewiesener Kenner der russischen Interessenlage wie auch der Situation in der arabischen Welt.

Im Jahr 2020 war er z. B. als Bundestagsabgeordneter gemeinsam mit dem AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Tino Chrupalla zu einem mehrstündigen Gespräch beim russischen Außenminister Sergej Lawrow in Moskau.

Er wird in seinem Vortrag insbesondere 3 brandaktuelle Themen näher beleuchten:

Den Ukrainekrieg

Den Aufbau einer multipolaren Weltordnung

Deutschlands gefährliches Spiel mit der UNO-Feindstaatenklausel

Die Bundestagsabgeordnete und promovierte Zahnmedizinerin Dr. Christina Baum, die aktiv und erfolgreich mit der AfD-Bundestagsfraktion gegen die C-19-Impflicht kämpfte und offen vor massivem Kliniksterben und Unbezahlbarkeit des Gesundheitssystems auf dem Hintergrund der Masseneinwanderung warnt, referiert zu den beiden wichtigen Themen:

Gesundheitswesen am Abgrund - wie die ungehinderte Massenmigration das Gesundheitssystem überlastet

Verfassungsschutz und der Kampf gegen die Opposition - wie unliebsame Meinungen kriminalisiert werden.

Die Veranstaltung findet im Bündheimer Schloss, Gestütstraße 10; 38667 Bad Harzburg, statt.

Armin-Paulus Hampel

Christina Baum MdB



12. Juli IN Bad Harzburg - Einlass 17:30 - Beginn ab 18 Uhr


HARZBURGER TREFFEN


Die Stadtratsfraktion der AfD Bad Harzburg lädt gemeinsam mit dem AfD Kreisverband Harz ins Bündheimer Schloss ein:

Gestütstraße 10
38667 Bad Harzburg


 8

1 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

Captured at: 14/07/2025 07:34

0788

URL: <https://www.facebook.com/profile.php?id=100064714057857>

 **AfD Goslar**
21 Std. · 

...


Christina Baum, Dennis Möhring und Stefan Kowallis beim AfD - Vortragsabend am 12.07.2025 im Bündheimer Schloss, Armin Hampel musste leider krankheitsbedingt absagen



 25

1 Kommentar

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

URL: <https://www.facebook.com/profile.php?id=100064714057857>

4057857



AfD Goslar

21 Std. · 🌐



Den AfD - Vortragsabend am 12.07.2025 im Bündheimer Schloss eröffneten AfD - Ratsherr Stefan Kowallis und Stadtverbands - Vorsitzender Kim Schumacher, bevor Mitveranstalter Dennis Möhring vom AfD - Kreisverband Harz die Auswirkungen der aktuellen Politik auf die Region schilderte. Die AfD - Bundestagsabgeordnete Christina Baum sprach zu den Auswirkungen der Masseneinwanderung auf das Gesundheits - System, die Rolle des Verfassungsschutzes bei der De - Legitimierung der Opposition und den immer noch währenden Kampf der Justiz gegen Kritiker der Corona - Maßnahmen. Eine Fragerunde beschloss den Abend.



👍 25

2 Kommentare 3 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

Captured at: 14/07/2025 07:44

0790

URL: <https://www.facebook.com/profile.php?id=100064714>

057857



AfD Goslar

17 Std. · 🌐

...

Im Begleitprogramm der AfD – Veranstaltung die übliche Melange aus Linksfaschisten, Demokratiefeinden und Mitläufern, hier wurde das NS – Regime und seine Opfer zur Hetze gegen die größte Oppositionspartei und ihre Mitglieder missbraucht – an diesen aktivisten sieht man, wie wichtig die AfD für unser Land ist und wieder gilt: „wehret den Anfängen“ gs



👍 24

2 Kommentare 3 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

🗨 Kommentieren

🔗 Teilen

Gefolgt



 Gefällt 79 Mal

dirk_brandes DE Spannendes Wochenende für unsere AfD in Niedersachsen!

Am Freitag durfte ich beim Stammtisch in der Wedemark über die anstehende Kommunalwahl diskutieren. Der direkte Austausch zeigt mir immer wieder: Die Menschen wollen Lösungen für ihre Heimat – und wir liefern sie!

Am Samstag ging es weiter mit dem Sommerfest des KV Lüneburg. Herzlichen Dank an Stephan Bothe und das ganze Team vor Ort für die hervorragende Organisation und die Gastfreundschaft.

Ebenfalls am Samstag ein weiterer Höhepunkt: die Wahl unseres Landratskandidaten Stefan Marzischewski in Gifhorn. Wir gehen mit viel Rückenwind und klarer Haltung in die kommenden Wahlkämpfe.

👉 Dieses Wochenende hat erneut gezeigt: Unsere AfD ist motiviert, geschlossen und bereit, Verantwortung zu übernehmen – vor Ort, in den Kommunen und darüber hinaus!

[#niedersachsen](#) [#afd](#)

Kommentieren ...





stefan_henze · Folgen

0792



stefan_henze · 3 Wo.

Ein unvergesslicher Tag beim Sommerfest des AfD-Kreisverbands Lüneburg: Gemeinsam in die Zukunft

Gestern hatte ich die tolle Gelegenheit am Sommerfest des AfD-Kreisverbands Lüneburg teilzunehmen. Ein großes Dankeschön an Stephan Bothe und den engagierten Mitgliedern vor Ort für die hervorragende Organisation!

Besonders inspirierend war die motivierende Rede des AfD-Landesvorsitzenden Ansgar Schledde. Wir müssen die AfD auf die Regierungsverantwortung vorbereiten und gemeinsam stellen wir uns täglich dieser Herausforderung.

Es war ein großartiges Treffen mit zahlreichen Gästen, darunter unsere



Gefällt 29 Mal

31. August

Melde dich an, um mit „Gefällt mir“ zu markieren oder zu kommentieren.

URL: <https://x.com/Lists/1950211840241262850>

Stephan Bothe MdL reposted



Dr. Maximilian Krah MdB @KrahMax · Aug 31



Sommerfest bei @MdLBothe, der im schwierigen Landkreis Lüneburg eine großartige Arbeit leistet. Die @AfD_LV_NDS ist eine Macht in Niedersachsen geworden. Es ist immer eine Freude, zu Gast zu sein. Folgeempfehlung für Stephan Bothe und den Landesvorsitzenden @Ansgar_Schledde!



Stephan Bothe MdL



12



6.6K





delia.klages

0794



delia.klages Sommerfest in Thüringen 🍷

Am vergangenen Wochenende war ich zu Gast beim Sommerfest der AfD-Fraktion Thüringen. Vielen Dank für die Einladung und eine gelungene Veranstaltung.

#afd #alternativfürdeutschland #politik #heimat #heimatlieb
6 Std.



Gefällt dirk_brandes und 12 weitere Personen
VOR 6 STUNDEN



Kommentieren





Marie-Thérèse Kaiser
@hallofrau Kaiser

[0795](#)

Nach dieser parteiinternen Adellung kann ich dann jetzt
getrost Feierabend machen. Besser kann der Tag nicht
mehr werden. 🤔

[Translate Tweet](#)



bjoern_hoecke_afd folgt
dir jetzt. 6h

Abonniert

10:14 PM · Jul 27, 2021 · Twitter for iPhone

24 Retweets **1** Quote Tweet **320** Likes





afd_kv_goslar

0796



35 Aufrufe

afd_kv_goslar Unsere Partei ist noch nicht bereit, um Björn an die Spitze zu wählen. Trotzdem ist in Risa der Anfang gemacht worden!

VOR 4 STUNDEN

 Kommentieren ...

Posten



hemem

waren die engere Zusammenarbeit der Fraktion mit den Bezirksratsmitgliedern und die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit.

Im Zuge der Klausurtagung haben wir uns außerdem mit Kollegen der [AfD Fraktion Erfurt](#) getroffen, konstruktive Gespräche geführt und uns über unsere Fraktionsarbeit ausgetauscht. 🍷 Obwohl die AfD im Osten weitaus erfolgreicher ist als bei uns im Westen Deutschlands, müssen auch die Kollegen in Erfurt mit politischen und medialen Gegenwind kämpfen.

Erfolgreicher „Kampf auf der Straße“ und der enorme Rückenwind aus einem großen Teil der klardenkenden Bevölkerung hat unsere Partei im Osten letztendlich so stark gemacht. 📢 Auf diesem Erfolg ruhen sich die Kollegen aber Gewiss nicht aus. Sie setzen sich auch im Erfurter Stadtrat mit Leidenschaft für die Rechte der Bürger ein.

Wir durften außerdem einen Teil der engagierten Kollegen der [AfD-Fraktion im Thüringer Landtag](#) kennenlernen, die uns ein kurzes Zusammentreffen mit dem Landeschef und Fraktionsvorsitzenden [Björn Höcke](#) ermöglichten.

Für unsere drei Ratsherren und den Geschäftsführer war dieser kurze Besuch in ihrer „Heimat“ (alle Vier haben Ostdeutsche Wurzeln) sehr erfrischend und sie konnten eine Menge Eindrücke und Ideen mit nach Hannover nehmen.

[#AfD](#) [#hannover](#) [#erfurt](#) [#heisserherbst](#) [#unserlandzuerst](#)



👍 24

1 Kommentar 4 Mal geteilt

👍 Gefällt mir

💬 Kommentieren

➦ Teilen

🌟 Ausschnitt der Höcke Rede wo er es wagt: "Alles für Deutschland" zu sagen 😂🌟

Björn Höcke in Merseburg 29.05.2021

AfD Wahlkampfrede

Deswegen wird er angeklagt 😂

Lächerlich !

Mehr Infos und Abonnement hier:

Befreiter.Blick

t.me/BefreiterBlick

[Translate Tweet](#)



9:15 AM · Jun 6, 2023 · 29K Views

457 Retweets 38 Quotes 1,060 Likes 35 Bookmarks

GEHEIMTREFFEN
AfD-Politiker diskutieren
Remigrationspläne

Ohne mich?!

Das wird schon nichts
Ernstzunehmendes gewesen sein ...

Hoecke AfD @BjoernHoecke

90 14:47



AfD Stade Info Kanal
Forwarded from Björn Höcke

Die Schlagzeilen überschlugen sich: AfD-Politiker sollen in einer Villa konspirativ Abschiebepläne ausgeheckt haben. In diesem VerschwörerKreis sollen sich neben »finanzstarken Unternehmern«, auch ein ausgewiesener Verfassungsrechtler und ein Mann befunden haben, der 17 Jahre lang Bayerns oberster Jurist war. Selbst wenn man diese reißerische Posse für bare Münze nimmt: Was soll daran so verwerflich gewesen sein? Daß die AfD für die Rückführung illegal eingereister und krimineller Ausländer eintritt, ist nichts Neues. Dafür werden wir gewählt. Und daß man sich bei Zeiten Gedanken darüber macht, welche verfassungskonformen Möglichkeiten es gibt – was soll daran verwerflich sein? Gerade vor dem Hintergrund, daß wir es mit Regierungen zu tun haben, die spätestens seit 2015 geltendes Recht in Permanenz gebrochen haben und die bestrebt waren und sind, durch Einbürgerungen (2022: 168.000!) im Schnellverfahren neue Tatsachen zu schaffen, ist eine juristische Prüfung auch dringend erforderlich geworden!

Leider entpuppt sich die »investigative Recherche« des Regierungskampagnenteams von »Correctiv« als Rohrkrepierei. Immerhin wird eingeräumt, daß man nicht von einer Parteiveranstaltung berichtet. Desungeachtet war an dem privaten Treffen nichts, aus dem ein großes Geheimnis gemacht werden müßte. Daran ändern auch die Stalkermethoden und grobkörnige Paparazziaufnahmen nichts. Der Ursprungsartikel, auf den sich alle weiteren Medien beziehen, liest sich wie ein billiger Kriminalroman. Mit ausschweifenden szenischen Beschreibungen wird das Fehlen harter Fakten kaschiert. Auch die optische Aufbereitung des Beitrags erinnert eher an Groschenromane. Das hat nur wenig mit wirklich investigativen Journalismus und sehr viel mit billiger Stimmungsmache zu tun. Und es offenbart, wie oberflächlich die Quellenbewertung bei den vermeintlichen »Qualitätsmedien« ist, die diese Räuberpistole groß aufblasen. Man versucht schon gar nicht mehr, mit seriöser Berichterstattung das verlorengewangene Vertrauen der kritischen Bürger wiederzugewinnen.

Nun wissen wir also einmal mehr, daß die AfD für eine konsequente, jedoch völlig rechtsstaatskonforme Remigrationspolitik steht. Das ist etwa so originell wie die Erkenntnis, daß die SPD nicht mit Geld umgehen kann, die CDU ihre konservativen Werte verraten hat (und daran nichts ändern will) oder daß Grüne mit der Realität auf Kriegsfuß stehen. Aber eines sollte auch klar sein: Wer Deutschland liebt, eine ungeteilte Loyalität zu unserem Land hat, muß sich, gleich welche Familiengeschichte er hat, nicht vor einer AfD-Regierung fürchten. Im Gegenteil!

🇩🇪 Folgen Sie mir auf Telegram:

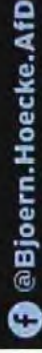
@BjoernHoeckeAfD

94 14:47

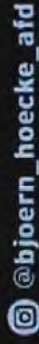
Grundrechtsentzug:

Sie sind nicht
hinter mir her,
sondern es geht
um **EUCH**.

Ich stehe ihnen
dabei nur im Weg.



@Bjoern.Hoecke.AfD



@bjoern_hoecke_afd



t.me/BjoernHoeckeAfD



@BjoernHoecke



afd_kv_goslar



afd_kv_goslar Genau so ist es!

19 Std.



katzenmuffti3 Das ist der Satz von Trump. Wow, if
Lezte

11 Std. Antworten



grafdaark1978 Oh. Er macht wieder die Opferrolle

3 Std. Antworten



dirk_spelsberg Sieh dir diesen Beitrag auf Face
https://www.facebook.com/share/v/xAH5ejp2wGU6
/?mibextid=WC7FNe

17 Std. Antwortteil



boehser_b.u.s.e. 81 ES GEHT AUCH NICHT NU
ES GEHT UM UNSERE **H E I M A T** ♥, UNSER
GELIEBTES VATERLAND, UNSER GELIEBTES
DEUTSCHLAND ♥, FÜR DEUTSCHLAND ALLES
WIR AUCH UNSEREN AHNEN SCHULDIG ♥. NIE
DENEN DIE TAGTÄGLICH UNS BELÜGEN UND
BETRÜGEN, SIE FEINDE UNSERES LANDES U
PATRIOTEN ♥

18 Std. Gefällt 1 Mal Antworten



Gefällt rebecca.sturmfest und 47 weitere Personen

vor 19 Stunden



Kommentieren





afd_kv_goslar • 7 Std.

0801



gefällt 4 Mal

afd_kv_goslar Sehr gute Lösung!

kommentieren



URL: <https://www.facebook.com/search/posts?q=ersatzungsmigration&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6Im5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcllwifSJ9>



AfD - Kreisverband Weserbergland

6. Oktober 2024 · 🌐



Lena Kotré · Folgen

6. Oktober 2024 · 🌐

Skandal-Urteil: Afghanin zu sein reicht als Asylgrund – EU öffnet die Tore!

Der EU-Gerichtshof macht es offiziell: Frau zu sein und aus Afghanistan zu kommen, reicht, um Asyl in Europa zu bekommen. Wieder einmal zeigt die EU, dass sie nicht an den Schutz ihrer eigenen Bürger denkt, sondern die Grenzen für eine erneute Masseneinwanderung und Ersetzungsmigration weit aufreißt.

Dieses Urteil bringt uns einen Schritt näher an Bevölkerungsersetzung und Überforderung unseres Sozialsystems.



6

1 Kommentar 2 Mal geteilt



Gefällt mir



Kommentieren



Teilen

URL: [https://www.facebook.com/search/posts?q=ersatzungsmigration&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6In...
...clm5hbWVcljpcIm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNf...
...cG9zdHNclixclmFyZ3NcljpcllwifSJ9](https://www.facebook.com/search/posts?q=ersatzungsmigration&filters=eyJycF9hdXRob3I6MCI6In...)



AfD - Kreisverband Weserbergland

22. Mai · 🌐



Lena Kotré AfD



Lena Kotré · Folgen

22. Mai · 🌐

Remigration ist kein Randthema mehr – sie wird zur Leitidee einer neuen Politik!

In meiner Rede auf der Remigrationskonferenz in Mailand habe ich deutlich gemacht: Rückführung statt Ersatzungsmigration – mit kultureller Schlagkraft und politischem Willen. In Italien ist das jetzt ein Top-Thema – und auch in Deutschland wächst der Druck auf Altparteien und Staatsfunk. Und diesen werden wir intensivieren.



Gefällt mir



Kommentieren



Teilen



Kommentieren ...



pclm15X2dyb3Vwc19hbmRfcGFnZXNfcG9zdHNclixcl
mFyZ3NcljpcllwifSlsInJwX2NyZWF0aW9uX3RpbWU6
MCI6Intclm5hbWVcljpcImNyZWF0aW9uX3RpbWVcli
xclmFyZ3NcljpcIntcXFwic3Rhc nRfeWVhc lxcXCI6XFx
cljlwMjVcXFwiLFxcXCJzdGFydF9tb250aFxcXCI6XFx
cljlwMjUtMVxcXCIsXFxclmVuZF95ZW FyXFxcljpcXF
wiMjAyNVxcXCIsXFxclmVuZF9tb250aFxcXCI6XFxcljl
wMjUtMTJcXFwiLFxcXCJzdGFydF9kYXlcXFwiOlxcX
ClyMDI1LTEtMVxcXCIsXFxclmVuZF9kYXlcXFwiOlxc
XClyMDI1LTEyLTMxXFxcln1cln0ifQ%3D%3D



 AfD Wolfsburg
5. Juni um 12:47 · 



CDU BLEIBT AUF BAERBOCK-KURS

**CDU SETZT
ILLEGALEN IMPORT
VON AFGHANEN
FORT**

LANDTAG BAYERN 

 AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag · Folgen
5. Juni um 09:34 · 

CDU verrät Deutschland: Weiterer Afghanen-Import! ... Mehr anzeigen



jens_kestner_afd • Gefolgt

11. März

jens_kestner_afd Parteitag in Riesa ist eröffnet
Parteifreunde getroffen...mal schauen was das
bringt.

2 Tage

klauskluger

1 Tag Antworten

filou_love_forever

2 Tage Antworten

afd_kv_goslar Viel Glück 🍀 LG Matze

2 Tage Antworten

Antworten verbergen

jens_kestner_afd @afd_kv_goslar

2 Tage Antworten



Gefällt niwes.huy und 92 weitere Personen

10.000 TAGEH





Open

Save




@afd_stober

Antwort auf @afd_stober





 Gefällt **jens_kestner_afd** und 77 weitere Personen

afd.stober Heute werden gleich zwei Geburtstage von Staatsmännern gefeiert - der eine weilt leider nicht mehr unter uns, der andere steht noch vor großen staatsmännischen Aufgaben.

Otto von Bismarck sagte einst: "Einen wirklich großen Mann erkennt man an drei Dingen: Großzügigkeit im Entwurf, Menschlichkeit in der Ausführung und Mäßigkeit beim Erfolg."

Behalte Dir diese drei Tugenden auf deinem Weg stets bei. Möge das kommende Lebensjahr viele wunderbare Abenteuer, Erfolge und tolle Erinnerungen bringen - alles Gute zum Geburtstag! 🇩🇪 🇦🇫🇩





afd.stober • 1 Tag
Königslutter am Elm



Gefällt 14 Mal

afd.stober Heute werden gleich zwei Geburtstage von großen Politikern gefeiert - der eine weilt leider nicht mehr unter uns, der andere steht noch vor großen staatsmännischen Aufgaben.

Otto von Bismarck sagte einst: „Einen wirklich großen Mann erkennt man an drei Dingen: Großzügigkeit im Entwurf, Menschlichkeit in der Ausführung und Mäßigkeit beim Erfolg.“

Zitat Björn Höcke: „Das Erlangen eines Mandates ist das Eine - es entsprechend auszufüllen und ggf. Regierungsverantwortung zu übernehmen das Andere!“

Behalte Dir diese drei Tugenden auf deinem Weg stets bei, lieber [@bjoern_hoecke_afd](#). Möge das kommende Lebensjahr viele wunderbare Abenteuer, Erfolge und tolle Erinnerungen bringen - alles Gute zum Geburtstag! 🎉👍

Kommentieren ...



Nds. Ministerium für Inneres und Sport
Abt. 1
Aktenzeichen: [REDACTED]

Hannover, 2.2.2026
Bearbeiter: [REDACTED]
Telefon: [REDACTED]

Bestimmung eines Beobachtungsobjekts gemäß § 6 NVerfSchG

1. Vermerk

Abteilung 5 hat am 28.1.20206 einen Antrag auf Einstufung der „Alternative für Deutschland“ (AfD) – Landesverband Niedersachsen als Beobachtungsobjekt gem. § 6 NVerfSchG vorgelegt. Der Landesverband wird seit dem 11.5.2022 als Verdachtsobjekt gem. § 7 NVerfSchG planmäßig beobachtet. Nach einer Verlängerung der Verdachtsphase am 7.5.2024 um zwei Jahre hat nunmehr eine Entscheidung über die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt zu erfolgen. Endet die Verdachtsphase ohne Bestimmung zum Beobachtungsobjekt, ist die Beobachtung gemäß § 7 Abs. 2 Satz 4 NVerfSchG unverzüglich zu beenden; bisher gespeichert personenbezogene Daten wären zu löschen.

Voraussetzung für eine Bestimmung einer Einzelperson oder eines Personenzusammenschlusses zu einem Beobachtungsobjekt ist gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG, dass Tatsachen vorliegen, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen aus vergleichbaren Fällen, das Vorliegen einer Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung belegen. Maßgeblich ist in diesem Zusammenhang, dass sich in der Verdachtsphase gesammelte tatsächliche Anhaltspunkte in ihrer Gesamtschau dergestalt verdichtet haben, dass die Überzeugung besteht, dass es sich tatsächlich um extremistische Bestrebungen handelt.¹ Die vorliegenden Erkenntnisse über Einzelpersonen müssen das Gesamtbild des Personenzusammenschlusses nach den genannten Anforderungen maßgeblich prägen.²

Der Antrag auf Bestimmung als Beobachtungsobjekt legt die rechtlichen Voraussetzungen der Einstufung überzeugend dar. Die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt erscheint unter Zugrundelegung der im Antrag dargelegten Tatsachen gut vertretbar.

Der Antrag richtet sich neben den allgemein geltenden Anforderungen insbesondere auch an der Rechtsprechung zur Beobachtung der AfD Bundespartei durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall aus. Der Rechtsschutz der AfD hatte im gesamten Instanzenzug keinen Erfolg. Das OVG Münster³ wies die Berufung gegen das Urteil des VG Köln⁴ zurück. Das BVerwG wies eine auf Zulassung der Revision gerichtete Beschwerde zurück.⁵ In der inhaltlichen Ausprägung ergibt sich aus dieser Rechtsprechung auch für die Beobachtung des AfD Landesverbands eine verlässliche Orientierung.

Belege für das Vorliegen einer Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung finden sich durch die ideologische Ausrichtung der Partei, die nicht mit der Menschenwürde und dem Demokratieprinzip vereinbar ist. Eine Verletzung der Menschenwürde besteht in der Verfolgung eines ethnisch-kulturellen Volksverständnisses, wonach zwischen dem ethnischen Volk

¹ VG Köln, Ur. v. 8.3.2022 – 13 K 207/20, Beck-Online, Rn. 357, 359; BO-Antrag S. 27.

² VG Köln, a.a.O., Beck-Online, Rn. 360.

³ OVG Münster, Ur. v. 13.05.2024 - 5 A 1218/22.

⁴ VG Köln, Ur. v. 8.3.2022 – 13 K 326/21.

⁵ BVerwG, Beschl. v. 20.5.2025 – 6 B 23/24.

und dem Staatsvolk zu differenzieren ist. Auf diese Weise wird Staatsbürgern, die nicht Teil des ethnischen Volks sind, graduell die Menschenwürde abgesprochen. Ausprägungen dieses Volksverständnisses sind Thesen zum „Bevölkerungsaustausch“ bzw. der generellen Abwertung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund. Dieses Volksverständnis ist eng mit einer generellen Fremdenfeindlichkeit als weitere Ausprägung der Verletzung der Menschenwürde verzahnt. Diese äußert sich dadurch, dass Migrantinnen und Migranten vielfach pauschal abgewertet werden. Die Unvereinbarkeit der ideologischen Haltung der AfD mit dem Demokratieprinzip wird durch eine anhaltende Verächtlichmachung anderer Parteien („Kartellparteien“, „Blockparteien“), die ihnen gleichzeitig kriminelles sowie antidemokratisches Handeln unterstellt, deutlich. Damit geht oftmals eine Gleichstellung der Bundesrepublik mit nichtdemokratischen Systemen einher („DDR 2.0“; Gleichstellung mit Diktaturen im Allgemeinen).

Die Belege für diese ideologische Ausrichtung finden sich in einer umfassenden Materialsammlung mit Zitaten die den offiziellen Kommunikationskanälen des Landesverbandes oder seiner Untergliederungen, Parteifunktionären sowie Mandatsträgerinnen oder Mandatsträgern zugeordnet werden können. Einschlägige Zitate sind beständig nachweisbar. Eine Intensivierung nach Häufigkeit und Deutlichkeit der extremistischen Ausprägung, wie das BfV dies für die Bundespartei feststellen konnte, ist bezogen auf den niedersächsischen Landesverband nicht zu beobachten. Die erforderliche Verdichtung tatsächlicher Anhaltspunkte ist daher schwerer zu belegen. Nach Einschätzung der Abteilung 5 könnte es sich hier um eine taktisch motivierte Zurückhaltung im Hinblick auf öffentliche Äußerungen handeln, die keineswegs mit einer ideologischen Neuorientierung gleichzusetzen ist. Diese Sichtweise wird anhand der vorliegenden Belege dadurch gestützt, dass weiterhin zahlreiche einschlägige Äußerungen vorhanden sind und in keiner Weise eine inhaltliche Abgrenzung zu ostdeutschen Landesverbänden, die sich ohne Zurückhaltung extremistisch positionieren, erfolgt. Vielmehr wird beständig gerade auch die Nähe und der Austausch mit diesen Landesverbänden gesucht. Bei der Betrachtung der Zitate ist ferner zu bemerken, dass einzelne Zitate für sich genommen zumindest in Teilen von der Meinungsfreiheit gedeckt erscheinen. Nach der Rechtsprechung können derartige Zitate im entsprechenden Kontext gleichwohl tatsächliche Anhaltspunkte für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung sein.⁶

Die bisherige Rechtsprechung in Bezug auf die AfD bezog sich auf eine Beobachtung als Verdachtsfall. Hinsichtlich der Anforderung an die Verdichtung tatsächlicher Anhaltspunkte zu Tatsachen, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen aus vergleichbaren Fällen, das Vorliegen einer extremistischen Bestrebung belegen, kann daher nur auf allgemeine abstrakte Rechtssätze zurückgegriffen werden. Es handelt sich hier um einen unbestimmten Rechtsbegriff der vollumfänglich einer gerichtlichen Überprüfung und Wertung unterliegt.

In Bezug auf den konkret anzulegenden Maßstab könnten sich bezogen auf die niedersächsische Rechtslage möglicherweise Abweichungen zum Bund ergeben, da in der Gesamtsystematik Unterschiede bestehen. Anders als beim Bund ist in Niedersachsen eine Beobachtung nach Ablauf der maximal vierjährigen Verdachtsphase zwingend einzustellen (§ 7 Abs. 2 Satz 4 NVerfSchG). Damit ergeben sich bei einer nicht erfolgenden Bestimmung zu einem Beobachtungsobjekt sehr viel einschneidendere Rechtsfolgen als beim Bund. Dieser ist bei der

⁶ OVG Münster, a.a.O., Beck-online, Rn. 109.

Verlängerung der Verdachtsphase lediglich an das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gebunden; starre Höchstfristen bestehen hingegen nicht. Diese unterschiedlichen Wechselwirkungen zwischen Tatbestand und Rechtsfolge sind nach hiesiger Auffassung auch bei der Auslegung dahingehend zu berücksichtigen, dass die Anforderungen an die Verdichtung tatsächlicher Anhaltspunkte geringer sind, als bei der entsprechenden Bestimmung nach dem BVerfSchG. Diese Auslegung steht auch nicht im Widerspruch zum Sinn und Zweck der Regelung und der Entstehungsgeschichte. So lautet die Formulierung im Gesetzentwurf der Landesregierung zunächst noch auf „tatsächliche Anhaltspunkte“.⁷ Erst im Rahmen der Ausschussberatung wurde der Wortlaut auf „Tatsachen“ geändert.⁸ Ziel der Änderung war es, unter Anknüpfung an die generelle Rechtsprechung des BVerfG zur Unterscheidung zwischen tatsächlichen Anhaltspunkten und Tatsachen klarzustellen, dass nicht im Wesentlichen Vermutungen, sondern konkrete und im gewissen Umfang verdichtete Umstände als Tatsachenbasis das Vorliegen einer Bestrebung belegen und nachweisbar sein müssen.⁹ Die Formulierung diene damit allein der Abgrenzung zu den vergleichsweise geringen Anforderungen, die bei einer Anknüpfung an „tatsächliche Anhaltspunkte“ bestünden.¹⁰ Hingegen verlangt die Rechtsprechung bezogen auf eine Einstufung als erwiesen extremistisches Beobachtungsobjekt nach der Systematik des Bundes, dass sich tatsächliche Anhaltspunkte zur Gewissheit verdichten haben.¹¹ Die Entstehungsgeschichte des § 6 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG lässt diesbezüglich also graduell etwas mehr Spielraum erkennen, als dies bei der Anforderung der Gewissheit der Fall wäre. Rechtsprechung zu dieser Frage bezogen auf das NVerfSchG ist bislang nicht ersichtlich.

In der Gesamtschau erscheint die zugrundeliegenden Tatsachenbasis ausreichend für eine Bestimmung des Landesverbands als Beobachtungsobjekt. Einschlägige Zitate finden sich auf allen Parteebenen über den gesamten Zeitraum der Verdachtsphase. Enthalten sind hierbei auch Zitate von Abgeordneten und herausgehobenen Parteifunktionären, die maßgeblich für die inhaltliche Ausrichtung des Landesverbands sind. Somit erscheint eine Bewertung der Zitate als prägend für das Gesamtbild gut vertretbar.

2. [REDACTED] mit der Bitte um Mitzeichnung. [REDACTED]

3. Frau Ministerin auf dem Dienstweg mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Ministerin

30
10/02

Staatssekretär

Ok 3.7.

⁷ Gesetzentwurf vom 14.10.2014, Drucksache 17/2161, S. 3.

⁸ Beschlussempfehlung Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes v. 30.8.2016, Drucksache 2 17/6365, S. 9.

⁹ Schriftlicher Bericht Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes v. 13.09.2016, Drucksache 17/6464, S. 5.

¹⁰ Vgl. BVerfGE 122, 120, 146 unter Verweis auf BVerfGE 100, 313, 395.

¹¹ VG Köln, Urt. v. 8.3.2022 – 13 K 207/20, Beck-Online, Rn. 357.



Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Digitalisierung

Referat 53: [REDACTED]

Aktenzeichen: [REDACTED]

Die VS-Einstufung endet mit
Ablauf des Jahres 2056

Hannover, 27.01.2026

- 223 - Seiten

1. Ausfertigung Ref. 53

Bestimmung eines Beobachtungsobjektes gemäß § 6 NVerfSchG

Erstantrag

Name und Abkürzung des Objektes

Alternative für Deutschland (AfD) – Landesverband Niedersachsen

Phänomenbereich

Rechtsextremismus

Organisationsform

Politische Partei

Inhalt

1. Ausgangslage und Vorgehensweise	1
2. Rechtliche Vorbemerkungen	4
2.1. Parteien als Beobachtungsobjekt.....	4
2.2. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung	6
2.3. Freiheitliche demokratische Grundordnung als Schutzgut.....	7
2.3.1. Menschenwürde	9
2.3.2. Demokratieprinzip	14
2.3.3. Rechtsstaatsprinzip	16
2.3.4. Positionierung zum Nationalsozialismus	17
2.4. Feindliche Ausrichtung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung	18
2.5. Meinungsäußerungen und sonstige Verhaltensweisen	21
2.6. Verbindungen zu als verfassungsfeindlich eingestuften Organisationen und Teilorganisationen	26
2.7. Verdichtung tatsächlicher Anhaltspunkte zu Tatsachen als Voraussetzung zur Einstufung als Beobachtungsobjekt.....	27
3. Ideologische Ausrichtung und Struktur des AfD-Landesverbandes Niedersachsen.....	29
3.1. Ideologische Ausrichtung	29
3.2. Gliederung der AfD	35
3.3. Entwicklung der Gesamtpartei.....	36
3.4. Entwicklung der AfD Niedersachsen.....	38
3.4.1. Einfluss des „Flügels“ auf den Landesverband	44
3.4.2. Einfluss der „Jungen Alternative“ (JA) auf den Landesverband	46
4. Belege für das Vorliegen einer Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung	49
4.1. Menschenwürde	51
4.1.1. Ethnopluralismus	51
a) Äußerungen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Funktionärinnen und Funktionären der AfD Niedersachsen	52
b) Äußerungen von Kreisverbänden.....	59
c) Sonstige	83
d) Bewertung	86
4.1.2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	91
4.1.2.1. Migranten, Asyl- und Fremdenfeindlichkeit	92
a) Äußerungen des Landesverbandes	92

b) Äußerungen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Funktionärinnen und Funktionären.....	94
c) Äußerungen von Kreisverbänden	107
d) Sonstige	118
e) Bewertung.....	119
4.1.2.2. Queerfeindlichkeit.....	121
a) Äußerungen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Funktionärinnen und Funktionären.....	121
b) Äußerungen von Kreisverbänden	125
c) Bewertung.....	126
4.1.3. Sonstige Aussagen gegen die Menschenwürde.....	127
a) Äußerungen von Kreisverbänden.....	127
b) Bewertung.....	127
4.2. Demokratieprinzip	128
4.2.1. Parlamentarismus und Demokratie, Nutzung von Begrifflichkeiten wie „Systempartei“, „Kartellpartei“, „Blockpartei“	128
a) Äußerungen des Landesverbandes	129
b) Äußerungen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Funktionärinnen und Funktionären.....	130
c) Äußerungen von Kreisverbänden.....	138
d) Bewertung.....	149
4.2.2. Gleichsetzung mit nichtdemokratischen Systemen und deren Relativierung.....	150
a) Äußerungen des Landesverbandes	150
b) Äußerungen von Mandatsträgern und Funktionären	151
c) Äußerungen von Kreisverbänden.....	156
d) Sonstige	166
e) Bewertung	167
4.3. Positionierung zum Nationalsozialismus und revisionistische/verharmlosende Aussagen/Positionen.....	168
a) Äußerungen von Mandatsträgern und Funktionären	168
b) Äußerungen von Kreisverbänden.....	169
c) Sonstige	173
d) Bewertung.....	174
4.4. Aussagen mit Gewaltbezug.....	175

a)	Äußerungen von Mandatsträgern und Funktionären.....	175
b)	Äußerungen von Kreisverbänden.....	175
c)	Bewertung.....	176
4.5.	Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen und Akteuren	176
4.5.1.	„Identitäre Bewegung“ (IB)	176
a)	Verbindungen von Mandatsträgerinnen und Funktionärinnen	177
b)	Verbindungen der Kreisverbände.....	177
c)	Sonstige Verbindungen	180
4.5.2.	„COMPACT-Magazin GmbH“ („COMPACT“)	182
a)	Strukturelle Verbindungen	182
b)	Verbindungen der Kreisverbände.....	182
c)	Sonstige Verbindungen	183
4.5.3.	„Ein Prozent“	185
a)	Strukturelle Verbindungen	186
b)	Verbindungen der Kreisverbände.....	186
c)	Sonstige Verbindungen	187
4.5.4.	Nachfolgestrukturen des „Instituts für Staatspolitik“ (IfS) und „Antaios Verlag“	187
a)	Verbindungen der Kreisverbände.....	188
4.5.5.	„PI-News“	190
a)	Verbindungen von Mandatsträgern und Funktionären	190
b)	Verbindungen der Kreisverbände.....	192
4.5.6.	Weitere Organisationen und Akteure	192
a)	Mandatsträger und Funktionäre	192
b)	Verbindungen der Kreisverbände.....	192
c)	Sonstige Verbindungen	193
4.5.7.	Bewertung	193
4.6.	Verbindungen zu rechtsextremistischen Kräften innerhalb der AfD („Nicht-Distanzierung“)	195
a)	Gemeinsame Veranstaltungen.....	195
b)	Verbindungen von Mandatsträgerinnen und Funktionärinnen	199
c)	Verbindungen der Kreisverbände.....	199
d)	Sonstige Akteure	201
e)	Bewertung	201
5.	Abschließende Bewertung	202
Anhang	214

1. Ausgangslage und Vorgehensweise

Der Landesverband Niedersachsen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) wird mit seinen mehr als 8.000¹ Mitgliedern (Stand: September 2025) durch Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Deutschen Bundestag, im Niedersächsischen Landtag, im Europäischen Parlament und kommunalen Vertretungen repräsentiert.

Die im Rahmen der zwischen Juli 2019 und März 2020 vollzogenen Verdachtsgewinnungsphase² zur AfD Niedersachsen bekannt gewordenen tatsächlichen Anhaltspunkte für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung konnten im Wesentlichen auf einen identifizierbaren Personenzusammenschluss zurückgeführt werden, welcher der damalig existierenden innerparteilichen Sammlungsbewegung „Der Flügel“ zuzuordnen war.³ Die Verdachtsgewinnungsphase gegen den AfD-Landesverband Niedersachsen mündete folglich am 19.03.2020 in der Einstufung des „Flügels“ zum Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung⁴ gemäß §§ 6, 16 Abs. 2, § 21 Abs. 5 S. 1 Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz (NVerfSchG). Diese war bis zum 18.03.2024 befristet. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit wurde zu diesem Zeitpunkt von einer Einstufung des gesamten Landesverbandes abgesehen, da sich die tatsächlichen Anhaltspunkte in Quantität und Qualität vor allem auf Funktionärinnen und Funktionäre sowie Anhängerinnen und Anhänger des „Flügels“ zurückführen ließen. Eine wesentliche politische Steuerung und Prägung des Landesverbandes durch diesen Personenzusammenschluss war zum damaligen Zeitpunkt nicht gegeben bzw. nicht konkret feststellbar.

Nach der Landesvorstandswahl im September 2020 setzte sich die politische Führungsebene maßgeblich aus Anhängerinnen und Anhängern des „Flügels“ zusammen. Aufgrund dieser personellen und inhaltlichen Entwicklung war die alleinige

¹ Neue Presse: „Vor allem der rechte und linke Rand gewinnen: So entwickeln sich Niedersachsens Parteien“ vom 22.09.2025. Online unter: <https://www.neuepresse.de/der-norden/mitgliederzahlen-der-parteien-in-niedersachsen-vor-allem-linke-und-afd-gewinnen-stark-6A53ELLI2ZCFHPYV2253VJSGME.html>

² Das NVerfSchG verwendet die Begriffe Verdachtsgewinnungsphase, Verdachtsobjekt und Beobachtungsobjekt. Diese verlaufen analog zum Stufenmodell des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), das die Begrifflichkeiten Prüffall, Verdachtsfall und gesichert extremistische Bestrebung gebraucht.

³ Az. [REDACTED]

⁴ Az. [REDACTED]

Reduktion auf den „Flügel“ nicht mehr gegeben, da sich dessen Einfluss stetig auf den gesamten AfD-Landesverband ausweitete. Der gesamte AfD-Landesverband Niedersachsen wurde schließlich am 11.05.2022 aufgrund des Vorliegens tatsächlicher Anhaltspunkte, die insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen den Verdacht einer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 1. Var. NVerfSchG rechtfertigten, zum Verdachtsobjekt gemäß § 7 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG bestimmt.⁵

Die Verdachtsphase kann einmalig um zwei Jahre verlängert werden, wenn die Voraussetzung für die Bestimmung zum Verdachtsobjekt weiterhin erfüllt ist. Dementsprechend wurde gemäß § 7 Abs. 2 S. 3 NVerfSchG die Verdachtsphase am 07.05.2024 bis zum 06.05.2026 verlängert.⁶ Die daraus folgende weitere Bearbeitung der AfD Niedersachsen als Verdachtsobjekt war insofern weiterhin angemessen, weil mit dieser Einstufung die adäquate Möglichkeit bestand, die weitere Entwicklung des Landesverbandes mit Blick auf eine sich verstetigende Radikalisierung hin zum Extremismus bewerten und eine mögliche fortgesetzte Beobachtung nach Ablauf der Einstufung als Verdachtsobjekt rechtfertigen und begründen zu können.

Die nun vorliegende Bestimmung zum Beobachtungsobjekt nach § 6 NVerfSchG ist das Ergebnis der abschließenden Bewertung des bisherigen Beobachtungszeitraums der Verdachtsphase der AfD Niedersachsen, beginnend ab dem 11.05.2022 mit der Einstufung als Verdachtsobjekt. Dabei werden auch die mittlerweile aufgelösten bzw. in die Gesamtpartei übergegangenen Personenzusammenschlüsse „Der Flügel“ und die Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) Niedersachsen berücksichtigt, sofern deren Wirken einen nachvollziehbaren Einfluss auf den Landesverband und seine Ausrichtung hatte bzw. hat.⁷

Die Einstellung des Beobachtungsobjektes „Der Flügel“ erfolgte mit Fristablauf am 18.03.2024. Die bereits zum 31.03.2020 und damit weitaus früher erfolgte Selbstauflösung des „Flügels“ war lediglich ein formaler Akt nach außen und änderte

⁵ Az. [REDACTED]

⁶ Az. [REDACTED]

⁷ Auch nach der offiziellen Auflösung der „Jungen Alternative“ wirken noch viele ihrer Mitglieder in der Mutterpartei und repräsentieren die Parteijugend. Die am 29.11.2025 neugegründete Jugendorganisation „Generation Deutschland“, die als rechtlich unselbstständiger Teil unmittelbar an die AfD angegliedert ist, übt auch weiterhin direkten Einfluss auf die Partei aus.

nichts an der Notwendigkeit, diesen Zusammenhang für die Einstufung weiterhin als Beobachtungsobjekt zu behandeln. Denn auch nach der formalen Auflösung konnten weiterhin Aktivitäten festgestellt werden, die sich eindeutig dem „Flügel“ zurechnen ließen und nicht in Verbindung mit der AfD Niedersachsen als Ganzes standen. In den Folgejahren wurde jedoch neben dem sukzessiven Rückgang der Aktivitäten zunehmend auf einschlägig vom „Flügel“ genutzte Symboliken und Veranstaltungsbezeichnungen verzichtet. Dies steht symptomatisch dafür, dass „Der Flügel“ schrittweise und mittlerweile vollständig in der Gesamtpartei aufgegangen und ideologisch in die Parteistrukturen integriert worden ist. Eigene Strukturen, die ein Fortbestehen dieses Personenzusammenschlusses belegen, konnten nicht mehr festgestellt werden. Die Verlängerung der Beobachtung als eigenständiges Beobachtungsobjekt war dementsprechend vier Jahre nach der formalen Auflösung nicht weiter angemessen oder erforderlich. Niedersächsische Vertreterinnen und Vertreter des ehemaligen „Flügels“ sowie etwaige Fortsetzungsbestrebungen konnten im Rahmen der Verdachtsobjektsbearbeitung des AfD-Landesverbandes ohne Einschränkungen weiterhin berücksichtigt werden.

Die JA Niedersachsen ist seit September 2018 Beobachtungsobjekt des Niedersächsischen Verfassungsschutzes. Die bisher als eigenständiger Verein agierende offizielle Jugendorganisation der AfD löste sich inklusive aller Landesverbände zum 31.03.2025 selbst auf. Sie wird seit dem 29.11.2025 durch die enger an die Partei angebundene Jugendorganisation „Generation Deutschland“ (GD) ersetzt. Die Einstufung der JA Niedersachsen als Beobachtungsobjekt wäre spätestens zum 01.09.2026 zu verlängern.

Belege für ein verfassungsfeindliches Bestreben der AfD Niedersachsen wurden über den gesamten Beobachtungszeitraum fortlaufend gesichert und in einer Materialsammlung⁸ zusammengefasst. Die in diesem Antrag angeführte Sammlung endet im Dezember 2025 und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Intensität der Beobachtung und folglich der Umfang der Belegsammlung richteten sich nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Verdachtsobjektsbearbeitung. Die tatsächlichen Anhaltspunkte, die mitunter zur Einstufung des AfD-Landesverbandes Niedersachsen zum Verdachtsobjekt führten, sind ebenfalls Bestandteil der

⁸ Siehe „4. Belege für das Vorliegen einer Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“.

Materialsammlung. Beobachtungszeitraum ab dem 11.05.2022 primär entscheidungserheblich für die Frage, ob der ursprünglich festgestellte Verdacht sich bestätigt hat oder nicht.

Die Materialsammlung dient vor allem der Verschriftlichung und des Nachweises der im Beobachtungszeitraum angefallenen Erkenntnisse. Die Belege werden im Originalwortlaut wiedergegeben, wobei Rechtschreib- und Grammatikfehler gekennzeichnet werden. Nicht in Textform verfasste Inhalte werden umschrieben. Da es sich um öffentlich zugängliche Belegstellen handelt, sind diese grundsätzlich als offen und gerichtsverwertbar einzustufen.

Die aufgeführten Belege, die vor der Verdachtsobjektseinstufung entstanden sind, dienen der Kontextualisierung und dem Nachweis einer langjährigen Verstetigung der ideologischen Prägung sowie dem Aufzeigen von Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen. Die Entwicklung einer Partei ist als andauernder Prozess zu verstehen. Um eine Verstetigung einer verfassungsschutzrelevanten, extremistischen politischen Ideologie aufzuzeigen, ist es notwendig, einen umfassenden Zeitraum abzudecken. So kann festgestellt werden, ob eine Kontinuität der zentralen ideologischen Kernelemente, ungeachtet der jungen Parteigeschichte der AfD mitsamt ihrer politischen Richtungssuche und des wechselnden Führungspersonals, gegeben ist.

Abschließend gilt es zu bewerten, ob sich die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte der Verdachtsphase zu Tatsachen verdichtet haben und somit die weitere Beobachtung der AfD Niedersachsen als Beobachtungsobjekt gemäß § 6 Abs.1 NVerfSchG gerechtfertigt ist.

2. Rechtliche Vorbemerkungen

2.1. Parteien als Beobachtungsobjekt

Nach § 6 Abs. 1 S. 1 NVerfSchG ist ein Beobachtungsobjekt ein

„Personenzusammenschluss oder eine Einzelperson nach § 4 Abs. 1, der oder die zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 4 planmäßig beobachtet und aufgeklärt wird.“

Ein Personenzusammenschluss ist in Abgrenzung zur Einzelperson jede Personenmehrheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, in der eine Mehrheit von Personen einen gemeinsamen Zweck verfolgt.⁹ Im Vordergrund steht beim Personenzusammenschluss nicht das Individualverhalten, sondern die Zusammenschau aller (Einzel-)Aktivitäten.

Zu Personenzusammenschlüssen zählen auch politische Parteien, die nach § 2 Abs. 1 PartG „Vereinigungen von Bürgern“, also Mehrheiten von Personen sind. Das Ziel von Parteien ist es, „auf die politische Willensbildung Einfluss [zu] nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken [zu] wollen [...]“.

Einer Einstufung politischer Parteien als Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes steht die Parteienfreiheit nach Art. 21 Abs. 1 S. 1 und 2 GG nicht entgegen. Zwar schützt der Art. 21 Abs. 1 S. 1 und 2 GG die Parteien als frei gegründete, im gesellschaftlich-politischen Bereich wurzelnde, staatsfreie Vereinigungen. Ihnen steht insbesondere das Recht zu, eigenständig über Ziele, Organisationen und Tätigkeiten frei von staatlicher Einflussnahme oder Überwachung zu entscheiden. Diesem Recht kommt aufgrund seiner engen Verbindungen zum Demokratieprinzip aus Art. 20 Abs. 1 GG auch eine hohe Bedeutung zu.

Eine Beobachtung von Parteien kann jedoch unter bestimmten Umständen gerechtfertigt werden. Die Parteienfreiheit findet nämlich in der Entscheidung des Grundgesetzes für eine Streitbare Demokratie eine Schranke.¹⁰ Das Grundgesetz geht nicht davon aus, dass die freiheitliche Demokratie sich im Prozess der öffentlichen Meinungsbildung stets von selbst behaupten wird.¹¹ Die staatliche Beobachtung einer politischen Partei ist daher gerechtfertigt, soweit sie ausschließlich mit Blick auf eine mögliche Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durchgeführt und auf das zur Verteidigung dieser Grundordnung zwingend Gebotene beschränkt, die Verhältnismäßigkeit also gewahrt wird.¹²

⁹ VG Köln, Urt. v. 8.3.2022, 13 K 326/21, BeckRS 2022, 3817, Rn. 112.

¹⁰ BVerfG, Urt. v. 17.1.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 409, 418; BVerwG, Urt. v. 21.7.2010, 6 C 22.09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 24; Urt. v. 07.12.1999, 1 C 30/97, NJW 2000, 824 (825).

¹¹ BVerwG, Urt. v. 21.7.2010, 6 C 22.09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 24; Urt. v. 07.12.1999, 1 C 30/97, NJW 2000, 824 (825).

¹² BVerfG, a.a.O., Rn. 418; BVerwG, Urt. v. 21.7.2010, 6 C 22.09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 25.

Einer Beschränkung der Parteienfreiheit im Wege einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz steht des Weiteren auch nicht das Parteienprivileg aus Art. 21 Abs. 4 GG entgegen.¹³ Nach dieser Vorschrift sind zwar Eingriffe in die Parteienfreiheit grundsätzlich dem BVerfG vorbehalten. Allein das BVerfG darf über das Verbot von politischen Parteien und ihren Ausschluss von staatlicher Finanzierung entscheiden; vor dem Ergehen einer solchen verfassungsgerichtlichen Entscheidung ist jedes administrative Einschreiten gegen den Bestand der politischen Partei unzulässig. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist aber kein gegen den Bestand der politischen Partei gerichtetes Einschreiten, auch keine Sanktion ihrer Funktionärinnen und Funktionäre, Mitglieder sowie Unterstützerinnen und Unterstützer.¹⁴ Sie dient vielmehr der Aufklärung des gegen die Partei gerichteten Verdachts der Verfolgung verfassungsfeindlicher Ziele; die grundsätzliche Zulässigkeit einer solchen Aufklärung wird vom Grundgesetz vorausgesetzt.¹⁵

Als politische Partei handelt es sich bei der AfD Niedersachsen kraft Natur der Sache um eine Bestrebung, also um eine politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweise in einem Personenzusammenschluss gem. § 4 Abs. 1 S. 1 NVerfSchG.

2.2. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

Der Zweck des Niedersächsischen Verfassungsschutzes nach § 1 NVerfSchG ist es, „dem Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung, des Bestandes und Sicherheit des Bundes und der Länder“ zu dienen.

Der Begriff der Bestrebung ist in § 4 Abs. 1 NVerfSchG legaldefiniert:

„Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 4 sind politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss. Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss

¹³ BVerfG Urt. v. 21.7.2010, 6 C 22.09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 20 f.; Urt. v. 07.12.1999, Az. 1 C 30/97, NJW 2000, 824 (825); implizit auch: BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 409, 418; Beschl. v. 20.02.2013, Az. 2 BvE 11/12, NVwZ 2013, 568, Rn. 24.

¹⁴ BVerfG, Urt. v. 21.7.2010, 6 C 22.09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 21; Urt. v. 07.12.1999, Az. 1 C 30/97, NJW 2000, 824 (825).

¹⁵ Ebd.

handeln, sind Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1, 2 oder 4, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.“

2.3. Freiheitliche demokratische Grundordnung als Schutzgut

Schutzgut sind die in § 4 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) genannten Verfassungsgrundsätze, auf die § 4 Abs. 3 NVerfSchG zur Definition verweist:

„Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.“ [sic!]

Bei der Prüfung der verfassungsfeindlichen Ausrichtung gegen einen dieser Grundsätze darf allerdings nicht allein auf den Wortlaut des § 4 Abs. 3 NVerfSchG i. V. m. § 4 Abs. 2 BVerfSchG abgestellt werden. Vielmehr ist der dortige Katalog im Lichte der Rechtsprechung des BVerfG zum Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auszulegen.

Das BVerfG hat in seinem Urteil zum Verbotsverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 2017 betont, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung in Art. 21 Abs. 2 GG auf die drei zentralen, für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlichen, Grundprinzipien – die Menschenwürde, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip – zu reduzieren

ist.¹⁶ Zur Frage, ob die Maßstäbe, die im Zusammenhang mit einem Parteiverbotsverfahren entwickelt worden sind, uneingeschränkt auch auf die verfassungsschutzrechtliche Beobachtung einer Partei übertragbar sind, hat sich das BVerfG nicht ausdrücklich geäußert.

Das verfassungsgerichtliche Parteiverbot stellt die schärfste Waffe des demokratischen Rechtsstaates gegen seine organisierten Feinde und damit den weitreichendsten Eingriff in die Parteienfreiheit dar.¹⁷ Ein Parteiverbot führt zum vollständigen Ausschluss der Partei aus dem Prozess der politischen Willensbildung und kommt daher erst in Betracht, wenn dasjenige in Frage gestellt und abgelehnt wird, was zur Gewährleistung eines freiheitlichen und demokratischen Zusammenlebens schlechthin unverzichtbar ist und daher außerhalb jedes Streits stehen muss.¹⁸

Eine vergleichbare Wirkung kommt der verfassungsschutzbehördlichen Beobachtung einer politischen Partei hingegen nicht zu. Zudem besteht ein Beobachtungs- und Informationsinteresse nicht nur hinsichtlich der schlechthin unverzichtbaren Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Auch die Ablehnung oder Missachtung sonstiger Grundrechte muss im Rahmen der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung mit einer Partei thematisiert werden können. Insofern erscheint der Gedanke nicht abwegig, dass der Schutzzweck der §§ 3, 4 NVerfSchG entsprechend weitergeht. Verschiedene Verwaltungsgerichte stellen daher für die Beobachtung politischer Parteien bislang auf den Katalog der Verfassungsschutzgesetze ab.¹⁹ Das OVG Münster nimmt demgegenüber die Konzentration auf die Kernelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vor. Nach der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung hat die Grundentscheidung der Verfassung für einen offenen Prozess der politischen Willensbildung zur Folge, dass auch das kritische Hinterfragen einzelner Elemente der Verfassung möglich sein muss, ohne dass dadurch ein Parteiverbot oder ein Finanzierungsausschluss ausgelöst werden kann. Daraus leitet das OVG Münster ab, dass, wenn keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die politische Betätigung die Grenzen zulässiger

¹⁶ BVerfG Ur. v. 17.1.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 535 ff.

¹⁷ BVerfG, Ur. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 405.

¹⁸ Ebd., Rn. 535.

¹⁹ VG Köln, Ur. v. 8.3.2022, 13 K 326/21, BeckRS 2022, 3817, Rn. 122 f.; VG München, Beschl. v. 17.04.2023, M 30 E 22.4913, BeckRS 2023, 8029, Rn. 63; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, BeckRS 2023, 31551, Rn. 48; VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, S. 32.

politischer Willensbildung überschreitet, auch kein Anlass für eine nachrichtendienstliche Beobachtung bestehe.²⁰ Die katalogartige Aufzählung der Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 2 BVerfSchG – auf den § 4 Abs. 3 NVerfSchG entsprechend verweist – stehe dazu aber nicht in Widerspruch. Diese stelle – entsprechend der früheren Rechtsprechung des BVerfG – nur nicht die Kernelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, sondern die sich daraus ergebenden Ableitungen in den Vordergrund.²¹

Die Frage der Übertragbarkeit der Maßstäbe eines Parteiverbotsverfahrens bedarf hier also keiner abschließenden Klärung. Denn die in § 4 Abs. 3 NVerfSchG i. V. m. § 4 Abs. 2 BVerfSchG benannten Schutzgüter sind jedenfalls auf die Kernelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zurückzuführen. Es handelt sich hierbei um maßgebliche Elemente des Rechtsstaats- und Demokratieprinzips.²² Zudem sind wesentliche im Grundgesetz normierte Menschenrechte, wie das Diskriminierungsverbot und die Religionsfreiheit, Ausprägungen der Menschenwürde²³ und jedenfalls dann verfassungsschutzrechtlich relevant, wenn ihre Beseitigung angestrebt wird oder sie außer Geltung gesetzt werden sollen.

Die vorliegende Bestimmung zum Beobachtungsobjekt orientiert sich daher an den drei vom BVerfG definierten Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung: der Menschenwürde, dem Demokratieprinzip und dem Rechtsstaatsprinzip.

2.3.1. Menschenwürde

Die Garantie der Menschenwürde schützt den einzelnen Menschen im Kern seiner personalen Individualität, Identität und Integrität und in seiner elementaren Rechtsgleichheit.²⁴ Der Mensch darf niemals zum bloßen Objekt staatlichen Handelns degradiert werden, sondern ist immer auch als Subjekt zu behandeln, dem um seiner selbst willen, allein kraft seines Menschseins ein Achtungsanspruch zukommt.²⁵

²⁰ OVG Münster, Ur. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 81.

²¹ Ebd.

²² Warg in: Dietrich/Eiffler: „Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste“, 2017, V § 1 Rn. 48.

²³ BVerfG, Ur. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 541; VGH München, Ur. v. 6.7.2017, 10 BV 16.1237, BeckRS 2017, 124859, Rn. 39.

²⁴ BVerfG, Ur. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 539.

²⁵ Ebd.

Damit unvereinbar sind zunächst Vorstellungen von einem ursprünglichen und unbedingten Vorrang eines, wie auch immer gearteten, Kollektivs gegenüber dem einzelnen Menschen. Die Menschenwürde wird nur geachtet, wenn der Einzelne als grundsätzlich frei und die ihm auferlegten Sozialbindungen als rechtfertigungsbedürftig gedacht werden. Dies bedeutet zwar nicht, dass Verweise auf die Sozialgebundenheit des Menschen dessen Würde in irgendeiner Weise in Frage stellen würden. Wer aber eine Gesellschaft will, in der der Einzelne dem Kollektiv untergeordnet ist, ohne dass es dafür im Einzelfall einer Begründung bedürfte, wendet sich damit gegen die Garantie der Menschenwürde.²⁶

Mit der Garantie der Menschenwürde sind auch Vorstellungen unvereinbar, die den grundsätzlichen Achtungsanspruch des Menschen von etwas anderem als seiner bloßen Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung abhängig machen wollen.²⁷

Dies bedeutet zwar nicht, dass schon jeder Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG oder die besonderen Diskriminierungsverbote aus Art. 3 Abs. 2 und 3 GG auch die Menschenwürde verletzt. Erst recht stellen sachlich begründete Ungleichbehandlungen keinen Verstoß gegen die Menschenwürde dar. Wer aber eine Gesellschaft will, in der bestimmten Gruppen von Menschen ein von vornherein abgewerteter rechtlicher Status zugeschrieben wird oder in welcher diese Gruppe von Menschen einer demütigenden Ungleichbehandlung ausgesetzt werden, wendet sich gegen die Garantie der Menschenwürde.

Durch das Lob des Patriotismus, der Liebe zum Heimatland und des Zusammengehörigkeitsgefühls in der sozialen Gemeinschaft wird die Menschenwürde nicht in Frage gestellt. Die Grenze wird aber dann überschritten, wenn der Einzelne als der Gemeinschaft unbedingt untergeordnet gedacht und seine Würde von der Zugehörigkeit zu der Gemeinschaft abhängig gemacht wird. Dies ist etwa der Fall, wenn in völkisch-nationalistischer Weise allein das Überleben des Volkes als Organismus zum Ziel des politischen Handelns gemacht wird, hinter dem die Interessen des Einzelnen vollständig zurückzutreten haben.

²⁶ Ebd., Rn. 540.

²⁷ Dazu und zum Folgenden: BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 538 ff.; BVerfG Urt. v. 23.1.2024, 2 BvB 1/19, BeckRS 2024, 444, Rn. 251 ff.; OVG Münster, Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 125.

Auch Vorstellungen, die in diesem Sinne den Erhalt des Volkes in seinem ethnischen Bestand fordern und ethnische „Fremde“ nach Möglichkeit ausschließen, verstoßen gegen die Garantie der Menschenwürde,²⁸ da ein dergestalt völkisch-abstammungsmäßiger Volksbegriff eine Ausrichtung des Zuwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrechts an ethnischen Kriterien impliziert, wonach bestimmte Menschen qua Geburt und ihrer Natur nach aus dem Volk ausgeschlossen wären. Ein solcher Volksbegriff stellt die Subjektqualität des Individuums und den aus der Menschenwürde folgenden Achtungsanspruch des Einzelnen in Frage und führt überdies zu einer Verweigerung elementarer Rechtsgleichheit für all jene, die nicht der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ angehören.²⁹ Letztlich führt dies auch für Personen, die bereits über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen, zu einer Klassifizierung und Abstufung auf Grundlage der ethnischen Zugehörigkeit in solche erster und zweiter Klasse. Dies gilt selbst dann, wenn der ethnische Volksbegriff Ausnahmen zuließe und auf Ausbürgerungen verzichten würde.³⁰

Das OVG Münster sieht dabei nicht bereits die rein deskriptive Verwendung eines solch „ethnisch-kulturellen Volksbegriffs“ als beachtlich an. Die Schwelle zur Verfassungsschutzrelevanz sei erst dann überschritten, wenn die Verwendung des Begriffs mit einer politischen Zielsetzung verbunden sei, mit der die rechtliche Gleichheit aller Staatsangehörigen in Frage gestellt wird.³¹ Hierfür seien jedoch keine explizit geäußerten Forderungen nach einer rechtlichen Diskriminierung deutscher Staatsangehöriger mit Migrationsgeschichte zwingend, da bei einer politischen Partei regelmäßig angenommen werden könne, dass sie den von ihr geäußerten Fehlentwicklungen aktiv rechtlich und tatsächlich entgegensteuern wolle. Hinreichende Anhaltspunkte für das Vorliegen solcher Bestrebungen böten daher auch abwertende Äußerungen, die deutlich machen, dass deutsche Staatsangehörige mit Migrationsgeschichte nicht als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft angesehen werden, sofern diese Äußerungen im Zusammenhang mit der politischen Betätigung der Partei abgegeben werden und sich aus dem Kontext ergibt, dass die Migrationsgeschichte als solche als Problem gesehen wird und nicht – rechtlich

²⁸ VG Berlin, Beschl. v. 28.5.2020, 1 L 97/20, BeckRS 2020, 14940, Rn. 37; bestätigt in OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.6.2020, OVG 1 S 56/20, BeckRS 2020, 13910, Rn. 28.

²⁹ BVerfG, Urf. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 635.

³⁰ OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.6.2020, OVG 1 S 56/20, BeckRS 2020, 13910, Rn. 37.

³¹ OVG Münster, Urf. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 130.

zulässig – eine fehlende Integration beklagt oder für eine restriktivere Migrations- und Einbürgerungspolitik geworben werden soll.³²

Eine Beeinträchtigung der Menschenwürde liegt demgegenüber nach anderer in der Rechtsprechung vertretener Ansicht bereits bei allen Formen rassistisch motivierter Diskriminierung vor sowie wenn einzelne Personen oder Personengruppen grundsätzlich wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden,³³ die Gleichwertigkeit aller Staatsangehöriger also in Zweifel gezogen wird, und nicht erst unter der Voraussetzung einer intendierten rechtlichen Ungleichbehandlung.

Die Behandlung von Sachthemen wie die Entwicklung von Parallelgesellschaften und daraus resultierende Problematiken als solches begründen jedoch ebenso wenig Verfassungsschutzrelevanz wie das Eintreten für eine restriktive Einwanderungspolitik.³⁴ Wenn in diesem Zusammenhang allerdings das politische Ziel propagiert wird, das deutsche Volk in seinem „ethnisch-kulturellen Bestand“ zu erhalten, ist dies in jedem Fall als Anhaltspunkt für ein verfassungsschutzrelevantes ethnisch-kulturelles Volksverständnis zu werten.

Auch Kritik an den Angehörigen von Minderheiten oder die Forderung nach der gesetzlichen Einschränkung der von ihnen in Anspruch genommenen Grundrechte stellt nicht per se deren Menschenwürde in Frage. Die Grenze wird dann überschritten, wenn in solcher Kritik oder solchen Forderungen eine grundsätzliche Abwertung der Angehörigen der Minderheit allein aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit zum Ausdruck kommt oder wenn die Forderungen sich auf einen Eingriff in den Menschenwürdegehalt ihrer Grundrechte richten.

Demzufolge ist es zulässig, tatsächliche und vermeintliche Kriminalität von Migrantinnen und Migranten zu thematisieren und zum Gegenstand des politischen Diskurses zu machen oder die tatsächlich oder vermeintlich fehlende Anpassung von bestimmten Bevölkerungsgruppen an die Lebensgewohnheiten der Mehrheitsbevölkerung zu problematisieren und eine stärkere Anpassung zu fordern.

³² Ebd., Rn. 131.

³³ VG Köln, Urt. v. 8.3.2022, 13 K 326/21, BeckRS 2022, 3817, Rn. 140; VG Berlin, Urt. v. 12.11.2020 – VG 1 K 606.17, BeckRS 2020, 34341, Rn. 24f.; dieses bestätigend: OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.6.2021, OVG 1 N 96/20, BeckRS 2021, 16034, Rn. 11.

³⁴ Vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, Rn. 48; OVG Münster, Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 131; VG München, Beschl. v. 27.7.2017, 22 E 17.1861, BeckRS 2017, 119732, Rn. 41.

Auch Kritik an der Einwanderungs- und Asylpolitik ist nicht verfassungsschutzrelevant. So stellt die Forderung nach einer weitgehenden Beschränkung von Zuwanderung keinen Anhaltspunkt für fremdenfeindliche Bestrebungen dar. Anders ist es allerdings zu beurteilen, wenn Äußerungen unmittelbar an die Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Migrantinnen und Migranten adressiert sind und diese pauschal verächtlich machen (z. B. als Kriminelle, Gewaltverbrecher oder „Sozialschmarotzer“).³⁵

Nicht zu beanstanden ist zudem, die Religion oder eine sonstige Lebensanschauung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe inhaltlich zu kritisieren, ohne die Mitglieder dieser Bevölkerungsgruppe persönlich und/oder pauschal abzuwerten. Auch Forderungen nach einer gesetzlichen Beschränkung der Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG oder ihrer Modifikation durch Verfassungsänderung bewegen sich grundsätzlich im Rahmen des allgemeinen politischen Diskurses. Keine Verfassungsschutzrelevanz begründen in diesem Zusammenhang auch Äußerungen, die lediglich als muslim- oder islamkritisch anzusehen sind, sich z. B. nur gegen bestimmte Erscheinungsformen der Religion und ihrer Ausübung richten. Die Grenze wird aber überschritten, wenn Gläubige wegen ihres Glaubens diskriminiert und ihnen generell der Schutz des Art. 4 GG versagt werden soll. Ferner wird sie überschritten, wenn die Religion und ihre Gläubigen im Sinne eines pauschalen Feindbilds abgelehnt oder als ihrer Natur nach kriminell, aggressiv, triebgesteuert und gefährlich dargestellt werden. Sie ist auch überschritten, wenn den Angehörigen einer solchen Bevölkerungsgruppe das Recht auf freie Selbstentfaltung, Religionsausübung und Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozess vollkommen abgesprochen wird, indem ihre vollständige Anpassung in Verhalten und Denken an ein bestimmtes Ideal eines autochthonen Deutschen verlangt wird.

Verunglimpfungen in Form von tatsachenwidrigen pauschalen Verdächtigungen und Unterstellungen würdigen dabei Menschengruppen in ihrer Gesamtheit ab und rufen Ablehnung hervor. Solche Agitationen schüren Ängste, Unsicherheiten und Vorurteile und sind damit letztlich auch geeignet, den Boden für unfriedliche Verhaltensweisen gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen zu bereiten.³⁶

³⁵ BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 721.

³⁶ VG Berlin, Urt. v. 07.09.2016, 1 K 71.15, Rn. 23; VG Stuttgart Beschl. v. 6.11.2023, 1 K 167/23, BeckRS 2023, 31551, Rn. 95.

2.3.2. Demokratieprinzip

Das Demokratieprinzip verbürgt die freie Selbstbestimmung aller Bürgerinnen und Bürger. Politische Freiheit und Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger sind die Grundbedingungen der Demokratie. In einer Demokratie muss sich die Willensbildung stets vom Volk zu den Staatsorganen und nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk vollziehen. Dieser Prozess der politischen Meinungsbildung muss zudem offen gestaltet und für alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein; er setzt somit die gleichberechtigte Teilhabe aller voraus. Darüber hinaus beinhaltet das Demokratieprinzip die Volkssouveränität, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Die Staatsgewalt darf keine anderen Legitimationsquellen als das Volk haben (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG). Unverzichtbar für ein demokratisches System sind danach die Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung aller Staatsgewalt an das Volk.³⁷

Nach der Rechtsprechung des BVerfG bedeutet die Ablehnung des Parlamentarismus an sich noch keine Missachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, sofern sie mit der Forderung nach der Ersetzung durch ein plebiszitäres System verbunden ist.³⁸ Dementsprechend können Forderungen nach der Ablösung der im Grundgesetz vorgesehenen parlamentarisch-repräsentativen Demokratie mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar sein, sofern Alternativen aufgezeigt werden, die einen ununterbrochenen Legitimationszusammenhang zwischen dem Volk und den mit der Ausübung staatlicher Aufgaben betrauten Organen und Amtswaltern garantieren. Die Staatsgewalt darf aber niemals als Werkzeug zur Perpetuierung der Herrschaft einer bestimmten Mehrheit dienen.³⁹

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass Kritik an der Regierung nicht gegen das Demokratieprinzip verstößt. Des Weiteren ist es auch ohne jede Verfassungsschutzrelevanz, wenn eine Partei eine grundlegende Veränderung der politischen Verhältnisse und der Ausrichtung der Sachpolitik anstrebt, etwa indem sie bestehende Parteien grundlegend kritisiert, deren Auffassungen als vollkommen überholt und schädlich darstellt und diese in Wahlen zu verdrängen sucht. Auch sind

³⁷ BVerfG, Ur. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 543.

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd., Rn. 545.

Fragen nach notwendigen Veränderungen der aktuellen konkreten Ausgestaltung des demokratischen Entscheidungsprozesses legitim. Den Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlässt die Partei aber dann, wenn sie den Parlamentarismus und die aktuellen politischen Verhältnisse verächtlich macht, ohne aufzuzeigen, auf welchem Weg sie sonst dem Grundsatz der Volkssouveränität Rechnung tragen und die Offenheit des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten will.⁴⁰

Anhaltspunkte für eine verfassungsschutzrelevante Bestrebung gegen das Demokratieprinzip durch nicht sachbezogene Verächtlichmachungen können sich insbesondere aus gehäuften pauschalen Beschimpfungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und Verunglimpfungen des Staates und seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten ergeben, bei denen es nicht mehr um Kritik und Auseinandersetzung geht, sondern darum, das Vertrauen der Bevölkerung in die verfassungsmäßige Ordnung von Grund auf zu erschüttern, damit ihr die freiheitliche demokratische Grundordnung als Ganzes fragwürdig erscheine.⁴¹

Hierbei ist nicht jede scharfe, polemische oder emotionale Äußerung bereits als tatsächlicher Anhaltspunkt zu bewerten, insbesondere dann nicht, wenn aus ihr lediglich die innere Überzeugung hervortritt, dass ein Mitglied aus den eigenen Reihen das betreffende Staatsamt besser ausfüllen würde und die Äußerung damit als Kritik verbunden mit der Darstellung des eigenen Willens zur Macht zu verstehen ist. Davon zu unterscheiden sind jedoch Schmähungen in reiner Diffamierungsabsicht, die jeglichen Sachbezug vermissen lassen.⁴²

Die Grenze zur Verächtlichmachung des Parlamentarismus ist dabei erst dann überschritten, wenn sich aus einer Äußerung ergibt, dass dem politischen Gegner die Existenzberechtigung abgesprochen werden soll.⁴³

⁴⁰ Ebd., Rn. 546.

⁴¹ OVG Münster, Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 165; vgl. auch Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 4, Rn. 124 m. w. N.

⁴² Dazu und zum Voranstehenden: BVerwG, Urt. v. 18.5.2001, 2 WD 42.00, 43.00, BeckRS 2001, 158041, Rn. 49 ff.; OVG Münster, ebd., Rn. 166.

⁴³ BVerwG, ebd., Rn. 60 ff.; OVG Münster, ebd., Rn. 167; VG Köln Beschl. v. 5.2.2024, 13 L 1124/23, BeckRS 2024, 5594, Rn. 191 ff.

2.3.3. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip zielt auf die Bindung und Begrenzung öffentlicher Gewalt zum Schutz individueller Freiheit. Es ist ebenso wie das Demokratieprinzip durch eine Vielzahl einzelner Elemente geprägt. Das BVerfG hat im NPD-Verbotsverfahren verdeutlicht, dass von den Elementen des Rechtsstaatsprinzips die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte sowie die Beibehaltung des Gewaltmonopols des Staates bestimmend für die freiheitliche demokratische Grundordnung sind.⁴⁴

Die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt umfasst dabei die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung sowie die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht. Die Bindung der Gesetzgebung an die Verfassung hat zunächst normenhierarchische Wirkung, da hiermit der Vorrang der Verfassung vor dem (einfachen) Gesetz statuiert wird (Art. 20 Abs. 3 GG). Die Bindung der Exekutive an das Gesetz bezieht sich auf alle Handlungsformen der Verwaltung. Sie beinhaltet eine unabhängigkeitsichernde Schutzfunktion und hat zudem legitimationsstiftende Bedeutung für das Verwaltungshandeln. Hinzu kommt der sogenannte Vorbehalt des Gesetzes, wonach das Handeln der vollziehenden Gewalt – insbesondere bei Eingriffen in Rechte der Bürgerinnen und Bürger – einer parlamentsgesetzlichen Grundlage bedarf.

Nach dem sogenannten Gewaltmonopol des Staates ist die Anwendung physischer Gewalt staatlichen Organen vorbehalten, die an Gesetze gebunden sind und einer gerichtlichen Kontrolle unterliegen. Dem Einzelnen steht insoweit kein Selbsthilferecht zu.

Das Element der gerichtlichen Kontrolle wird durch die im Rechtsstaatsprinzip verankerte Justizgewährung verkörpert. Diese beinhaltet zugleich die staatliche Pflicht zur Gewährung wirksamen Rechtsschutzes durch Gerichte und den individuellen Anspruch des Einzelnen auf effektiven Rechtsschutz. Die Justizgewährung bildet die Kehrseite zum Gewaltmonopol des Staates.

⁴⁴ BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 547.

2.3.4. Positionierung zum Nationalsozialismus

Mit Blick auf die Menschenwürde, das Demokratieprinzip sowie das Rechtsstaatsprinzip kann auch die Positionierung zum Nationalsozialismus von Bedeutung für die verfassungsschutzrechtliche Einschätzung einer Partei sein.

Laut Bundesverfassungsgericht besitzt der Nationalsozialismus

*„für die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland eine gegenbildlich identitätsprägende Bedeutung, die einzigartig ist“. Das Grundgesetz könne „weithin geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden“.*⁴⁵

Auch wenn das Verbot der nationalsozialistischen Betätigung keinen genuinen Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstelle, komme

*„der positiven historischen Bewertung des Nationalsozialismus und seiner führenden Repräsentanten oder der Leugnung der von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen“ eine „erhebliche indizielle Bedeutung hinsichtlich der Verfolgung verfassungsfeindlicher, auf eine Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteter Ziele einer Partei zu“.*⁴⁶

Fühlt sich eine Partei mit den zentralen Prinzipien des Nationalsozialismus verbunden, kann hieraus etwa mit Blick auf das Führerprinzip, den ethnischen Volksbegriff sowie rassistische und antisemitische Haltungen ein Verstoß gegen die Menschenwürde und das Demokratieprinzip in Form der politischen Freiheit und Gleichheit sowie gegen das Rechtsstaatsprinzip resultieren. Eine mögliche Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus ist daher bei der Prüfung der einzelnen Tatbestandmerkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu berücksichtigen.⁴⁷ Einschlägige Verbindungen liegen eindeutig vor, wenn der historische Nationalsozialismus im Ganzen oder zumindest einzelne ideologische Fragmente befürwortet werden. Auch die Relativierung des nationalsozialistischen Unrechts oder Kritik an der zentralen Rolle des nationalsozialistischen Unrechts in der deutschen Erinnerungskultur kann

⁴⁵ BVerfG, Urt. v. 04.11.2009, 1 BvR 2150/08, NJW 2010, 47, Rn. 65.

⁴⁶ BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 592, 591.

⁴⁷ Ebd., Rn. 598.

als Verstoß gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gewertet werden, sofern dies mit einer Befürwortung nationalsozialistischer Ziele einhergeht.

Ob beziehungsweise inwieweit sich Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung konkretisieren, hängt vom Ausmaß ab, in dem z. B. positiv auf den Nationalsozialismus Bezug genommen oder dieser vorteilhaft dargestellt wird. Für die Prüfung sind insbesondere folgende Kriterien wesentlich, um die Positionierung zum Nationalsozialismus zu erfassen und zu bewerten:

- ob der Nationalsozialismus aktiv befürwortet, gerechtfertigt oder verherrlicht wird;
- ob der Nationalsozialismus beschönigend dargestellt wird, etwa indem der Unrechtscharakter des NS-Staates und seine Verbrechen verharmlost, bestritten oder systematisch verschwiegen werden;
- ob die aus dem Nationalsozialismus für die Deutschen und die Bundesrepublik resultierende rechtliche, finanzielle und moralische Verantwortlichkeit und die historische NS-Aufarbeitung grundsätzlich abgelehnt wird. Zwar liegt in solchen Haltungen nicht zwingend eine unmittelbare Befürwortung des Nationalsozialismus, jedoch kommt in der Ablehnung der NS-Aufarbeitung zum Ausdruck, dass die aus den Verbrechen des Nationalsozialismus gezogenen Lehren keine Relevanz mehr für die Gegenwart haben. Dies kann in der Zusammenschau mit den sonstigen Positionen der Partei Anhaltspunkte dafür bieten, dass politische Ziele verfolgt werden (z. B. völkische Positionen), die solange nicht durchsetzbar sind, wie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus andauert.

Ferner ist auch der Gebrauch eines an die NS-Propaganda angelehnten Sprachgebrauchs bei der Prüfung zu berücksichtigen.

2.4. Feindliche Ausrichtung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die Annahme verfassungsfeindlicher Bestrebungen setzt gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 NVerfSchG weiter voraus, dass sie darauf ausgerichtet sind, einen der in Absatz 3 (i. V. m. § 4 Abs. 2 BVerfSchG) genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Dies erfordert zunächst, dass der Personenzusammenschluss die Verfassungsgrundsätze nicht nur passiv ablehnt und kritisiert, sondern auf ihre Beeinträchtigung mit äußerlich feststellbaren Aktivitäten – wie z. B. der Schulung und Mobilisierung eigener Mitglieder, öffentlichen Auftritten oder der Teilnahme an Wahlen – hinwirkt. Politisch bestimmt sind diese Aktivitäten, wenn sie auch objektiv geeignet sind, politische Wirkungen zu entfalten, also die für das Gemeinwesen als solches geltenden verbindlichen Regeln zu verändern.⁴⁸ Ziel- und zweckgerichtet sind die fraglichen Aktivitäten schließlich, wenn sie mit einer gewissen Ernsthaftigkeit, Dauerhaftigkeit und Zielstrebigkeit ausgeführt werden.

Dementsprechend genügt für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht, dass der fragliche Personenzusammenschluss bzw. seine Mitglieder Beeinträchtigungen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nur in Kauf nehmen.⁴⁹ Insbesondere kann die bloße innere Übereinstimmung oder Sympathie mit den Zielen einer anderen verfassungsfeindlichen Organisation eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht rechtfertigen. Eine Beobachtung kommt erst in Betracht, wenn der Personenzusammenschluss bzw. die für ihn verantwortlich Handelnden selbst auf die Beeinträchtigung des Schutzguts der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hinarbeiten.

Unerheblich ist aber, ob die Beseitigung oder die Außerkraftsetzung des Schutzguts das politische Haupt- oder Endziel des Personenzusammenschlusses sind. Es genügt, dass sie ein maßgeblicher Zweck sind, den der Personenzusammenschluss und die für ihn verantwortlich Handelnden ggf. nur neben anderen politischen Zielen verfolgen.⁵⁰

Unerheblich ist zudem, ob es möglich erscheint, dass die fraglichen Aktivitäten in absehbarer Zeit zu einer Beseitigung oder Außerkraftsetzung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung führen könnten. Auch Aktivitäten, die auf eher utopisch wirkende Ziele gerichtet sind, die nach menschlichem Ermessen nicht in absehbarer Zukunft verwirklicht werden, dürfen und müssen vom

⁴⁸ BVerwG, Urt. v. 14.12.2020, 6 C 11/18, BeckRS 2020, 43572, Rn. 20.

⁴⁹ Hierzu und zum Folgenden: BVerwG, Urt. v. 21.7.2010, 6 C 22.09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 60.

⁵⁰ Ebd.

Verfassungsschutz beobachtet werden. Es genügt, dass die Aktivitäten zu einer Einwirkung auf das Schutzgut potenziell tauglich erscheinen.⁵¹

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus dem Urteil des BVerfG im zweiten Verbotsverfahren gegen die NPD. Nach diesem Urteil hängt zwar die Zulässigkeit eines Parteiverbots davon ab, dass die verfassungsfeindlichen Aktivitäten einer Partei „Potenzialität“, also eine gewisse Aussicht auf Erfolg, haben. Diese Ausführungen beziehen sich aber nur auf das Parteiverbot und nicht auch auf sonstige Eingriffe in die Parteienfreiheit aus Art. 21 Abs. 1 S. 1 und 2 GG, wie etwa die Beobachtung durch den Verfassungsschutz.⁵²

Die Voraussetzungen eines Parteiverbots gemäß Art. 21 Abs. 2 GG sind aufgrund der unterschiedlichen Eingriffswirkungen auch nicht unverändert auf die Beobachtung von Parteien durch Verfassungsschutzbehörden und den Begriff der Bestrebung zu übertragen. Mit einem Parteiverbot geht der Verlust des Status als Partei und der entsprechenden Rechte ihrer Mitglieder, ihre Auflösung und das Verbot, eine Ersatzorganisation zu schaffen, einher.⁵³ Die verfassungsschutzbehördliche Beobachtung weist dagegen eine deutlich geringere Eingriffstiefe auf.

Des Weiteren kommt es auch nicht darauf an, ob der Personenzusammenschluss gewalttätige oder in sonstiger Weise illegale Aktivitäten entfaltet. Der Verfassungsschutz darf und muss auch Bestrebungen beobachten, die mit legalen Mitteln, die auf die Durchsetzung eines politischen Ziels ausgerichtet sind, auf die Beeinträchtigung mindestens eines der Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hinarbeiten.⁵⁴ Die verantwortlich Handelnden müssen auf den Erfolg der Rechtsgutbeeinträchtigung hinarbeiten. Die bloße Kritik an Verfassungsgrundsätzen reicht für die Annahme einer verfassungsfeindlichen Bestrebung nicht aus, wenn sie nicht mit der Ankündigung von oder der Aufforderung zu konkreten Aktivitäten zur Beseitigung dieser Grundsätze verbunden ist.⁵⁵

⁵¹ Ebd., Rn. 59; VG Köln, Urte. v. 11.11.2004, 20 K 1882/03, NJOZ 2005, 700 (721).

⁵² BVerfG, Urte. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 585 ff.

⁵³ Vgl. z.B. Sachs/Koch, 10. Aufl. 2024, GG Art. 21, Rn. 195 ff.

⁵⁴ Vgl. zu kämpferisch-aggressives Vorgehen: BVerwG Urte. v. 21.7.2010 – 6 C 22.09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 59.

⁵⁵ Vgl. OVG Münster, Urte. v. 13.5.2024, – 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 100, m.w. N.

Schließlich ist auch nicht erforderlich, dass die fraglichen Aktivitäten die Schwelle zum Aggressiv-Kämpferischen überschreiten.⁵⁶ Das Vorliegen aggressiv-kämpferischer Verhaltensweisen ist nach der Rechtsprechung des BVerfG zwar Voraussetzung für ein Parteiverbot und ggf. für die Beobachtung von Abgeordneten.⁵⁷ Im Übrigen ergeben sich aus dem Gesetz und der Rechtsprechung des BVerfG aber keine Vorgaben, die den Auftrag des Verfassungsschutzes auf aggressiv-kämpferische Aktivitäten beschränken würden.

Im Ergebnis ist damit auch bei Parteien und ihren Teilorganisationen insbesondere relevant, ob sich die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte derart zu Tatsachen verdichtet haben, dass die Ablehnung von Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und deren Abschaffung als Bestimmungsgrund ihres politischen Handelns nunmehr als gesicherte Tatsache zu bewerten ist.⁵⁸ Die weiteren gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz, nämlich die Entfaltung aktiver, politisch bestimmter, ziel- und zweckgerichteter Verhaltensweisen, dürften bei ihnen hingegen in aller Regel zu bejahen sein. Charakteristisches Ziel von Parteien und damit auch ihrer Teilorganisationen ist gerade die Einflussnahme auf die politische Willensbildung (§ 2 Abs. 1 PartG).

2.5. Meinungsäußerungen und sonstige Verhaltensweisen

Einer Partei und ihren Teilorganisationen sind zunächst ihre jeweilige Satzung und andere, in einem formellen Verfahren beschlossene Dokumente, wie z. B. Programme und Parteitagsbeschlüsse, ohne Weiteres zuzurechnen. Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen können sich zudem aus den Äußerungen und Taten von führenden Persönlichkeiten und sonstigen Vertreterinnen und Vertretern, Mitarbeitenden und Mitgliedern sowie sonstigen Anhängerinnen und Anhängern der Gruppierung sowie aus deren Schulungs- und Werbematerial und aus den von ihr

⁵⁶ BVerwG Urt. v. 21.7.2010, 6 C 22.09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 59; VG Köln, Beschl. v. 5.2.2024, 13 L 1124/23, BeckRS 2024, 5594, Rn. 106; Urt. v. 8.3.2022, 13 K 326/21, BeckRS 2022, 3817, Rn. 128.

⁵⁷ BVerfG, Urt. v. 17.08.1956, 1 BvB 2/51, NJW 1956, 1393 (1397); Urt. v. 17.09.2013, 2 BvR 2436/10, BeckRS 2014, 4876, Rn. 121.

⁵⁸ BVerwG, Urt. v. 21.7.2010, 6 C 22.09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 60; VG Köln, Urt. v. 8.3.2022, 13 K 208/20, BeckRS 2022, 3819, Rn. 193; 13 K 326/21, BeckRS 2022, 3817, Rn. 228.

herausgegebenen oder beeinflussten Zeitungen und Zeitschriften oder sonstigen Publikationsorganen ergeben.⁵⁹

Verlautbarungen, Erklärungen und sonstige politische Aktivitäten der maßgeblichen Funktionärinnen und Funktionäre eines Personenzusammenschlusses sind diesem zuzurechnen. Meinungsäußerungen und Verhaltensweisen von maßgeblichen Funktionärinnen und Funktionären können eine Beobachtung auch dann rechtfertigen, wenn sie nicht von den satzungsmäßigen oder sonstigen, in formellen Verfahren beschlossenen Zielen des Personenzusammenschlusses gedeckt werden.⁶⁰ Ein Personenzusammenschluss kann einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht dadurch entgehen, dass er sich in seinen offiziellen Dokumenten formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennt und auf das Propagieren verfassungsfeindlicher Ziele verzichtet, wenn seine Mitglieder eben doch die Ablehnung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Bestimmungsgrund ihres politischen Handelns machen.⁶¹

Die handlungsorientierte Ablehnung von Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann sowohl in Form von politischen Forderungen und sonstigen Meinungsäußerungen bekundet werden als auch in sonstigen Verhaltensweisen, insbesondere in der Verbindung zu extremistischen Organisationen, zum Ausdruck kommen.

Politische Forderungen und sonstige Meinungsäußerungen können eine handlungsorientierte Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstellen, wenn der Erlass von Gesetzen oder die Ergreifung von behördlichen Maßnahmen gefordert werden, die gegen einen Grundsatz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen, also z. B. den Menschenwürdegehalt eines Grundrechts verletzen. Bei Äußerungen innerhalb einer Partei oder einer Teilorganisation ist davon aber auch auszugehen, wenn nur allgemeinere Theorien und Konzepte beschrieben werden, die mit den grundsätzlichen Wertungen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind, ohne dass konkrete

⁵⁹ Vgl. BVerfG, Urt. v. 17.08.1956, 1 BvB 2/51, NJW 1956, 1393 (1398); OVG Münster Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 102; VG Köln, Urt. v. 8.3.2022, 13 K 208/20, BeckRS 2022, 3819, Rn. 103 m.w.N.

⁶⁰ Hierzu und zum Folgenden: BVerfG, Urt. v. 23.10.1952, BvB 1/51, NJW 1952, 1407 (1409); OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111/10, Rn. 48; VGH München, Beschl. v. 7.10.1993, 5 CE 93.2327, NJW 1994, 748 (749).

⁶¹ So auch OVG Münster, Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 104 f.

Maßnahmen gefördert werden. Beispiel dafür wäre etwa die Propaganda eines rassistischen Weltbilds. Bei Äußerungen innerhalb einer Partei oder einer Teilorganisation einer Partei liegt es regelmäßig auf der Hand, dass die beschriebenen Theorien und Konzepte auch in politisches Handeln umgesetzt werden sollen.⁶²

Dabei kommt es nicht entscheidend darauf an, ob die zur Feststellung des Bestehens verfassungsfeindlicher Bestrebungen herangezogenen Äußerungen für sich genommen zulässig sind, da sie vom Schutz der Meinungsfreiheit des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG umfasst sind. Im politischen Meinungskampf gilt zwar für die Abhandlung von Themen, an denen ein öffentliches Interesse besteht, allgemein die Vermutung für die freie Rede und sind auch scharfe und übersteigerte Äußerungen grundsätzlich zulässig.⁶³ Mit der Feststellung, dass die einzelnen Äußerungen unter den Schutz der Meinungsfreiheit des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG fallen, ist jedoch nicht zugleich gesagt, dass deswegen die Berücksichtigung im Rahmen der verfassungsschutzbehördlichen Beurteilung unzulässig wäre. Es ist dem Staat nicht verwehrt, aus Meinungsäußerungen, die den Schutz des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG genießen – also weder verboten sind, noch bestraft werden können – Schlüsse zu ziehen und Maßnahmen zum Rechtsgüterschutz zu ergreifen. Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz definiert den Begriff der Bestrebung nicht anhand der Merkmale legal/illegal. Deshalb können die Verfassungsschutzbehörden an die Inhalte von Meinungsäußerungen anknüpfen, soweit diese Ausdruck eines Bestrebens sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. einzelne Kernelemente zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.⁶⁴ Dies trifft insbesondere bei politischen Parteien zu, da diese auf politische Aktivität und auf die Änderung der politischen Verhältnisse ausgerichtete Organisationen sind. Bei Meinungsäußerungen, die von oder innerhalb einer politischen Partei abgegeben werden, liegt zumindest nahe, dass sie mit der Intention einer entsprechenden Änderung der realen Verhältnisse getätigt werden.⁶⁵

⁶² Ebd., Rn. 105 m.w.N.

⁶³ Vgl. BVerwG, Urt. v. 18.5.2001, – 2 WD 42.00, 43.00, BeckRS 2001, 158041, Rn. 36f.; OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 06.04.2006, OVG 3 B 3.99, NVwZ 2006, 838 (840 f.); VG Köln, Urt. v. 8.3.2022, 13 K 208/20, BeckRS 2022, 3819, Rn. 104.

⁶⁴ OVG Münster, Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 114; VG Köln, Urt. v. 8.3.2022, 13 K 208/20, BeckRS 2022, 3819, Rn. 105 m. w. N.

⁶⁵ BVerwG, Urt. v. 21.7.2010, 6 C 22.09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 61; OVG Münster, ebd., Rn. 105 m.w.N.; VG Stuttgart, Beschl. v. 6.11.2023, 1 K 167/23, BeckRS 2023, 31551, Rn. 96 m.w.N.

Die verfassungstreue Zielsetzung kann sich auch aus einer Gesamtschau erlaubter Äußerungen ergeben.⁶⁶ Auch auf den ersten Blick mehrdeutige Äußerungen, die aber durch die Berücksichtigung des Kontexts, in dem sie getätigt wurden, und durch die Einbeziehung nachrichtendienstlichen Hintergrundwissens über den in Rede stehenden Phänomenbereich eindeutig ausgelegt werden können, sind verwertbar, wenn sich die im Subtext verdeckt enthaltene zusätzliche Aussage dem angesprochenen Publikum als „unabweisbare Schlussfolgerung“ aufdrängt.⁶⁷ Der Verfassungsschutz ist nicht gehalten, extremistische Äußerungen gegen jede Logik als noch verfassungskonform auszulegen.⁶⁸ Er muss auch nicht alle nach dem abstrakten Wortlaut einer Äußerung theoretisch denkbaren Deutungsmöglichkeiten berücksichtigen. Vielmehr darf er darauf abstellen, wie die konkreten Adressaten in dem jeweiligen Personenzusammenschluss eine Äußerung vernünftigerweise verstehen dürften. Vor allem sind besondere Terminologien, Signalwörter und Vorverständnisse des jeweiligen Phänomenbereichs zu berücksichtigen. Des Weiteren sind auch vorherige Positionierungen zu berücksichtigen, an die sich eine Äußerung anschließt.

Daneben können auch mehrdeutige Äußerungen neben eindeutigen Äußerungen zur Verdichtung des Verdachts herangezogen werden. Insofern geht die Rechtsprechung zwar davon aus, dass strafrechtliche und zivilrechtliche Sanktionen nicht nur auf zweideutige Äußerungen allein gestützt werden dürfen. So ist beispielsweise im Rahmen einer strafrechtlichen Prüfung eines Volksverhetzungsvorwurfs nach Abschluss der Beweiswürdigung aufgrund der Entscheidungsregel „in dubio pro reo“ immer diejenige Auslegungsvariante heranzuziehen, die noch von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Soweit es demgegenüber um Maßnahmen der Gefahrenaufklärung geht, ist eine Gesamtschau anzustellen. Ein Verdacht kann sich auch aus der Gesamtschau von für sich genommen unverdächtigen Tatsachen ergeben.⁶⁹

⁶⁶ Vgl. OVG Münster, ebd., Rn. 109; VG Köln, a.a.O. m. w. N.

⁶⁷ Vgl. BVerfG, Beschl. v. 25.3.2008, 1 BvR 1753/03, BeckRS 2008, 34581, Rn. 33.

⁶⁸ Vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, Rn. 48; OVG Münster, a.a.O., Rn. 113; VG Köln, Urt. v. 8.3.2022, 13 K 326/21, BeckRS 2022, 3817, Rn. 442.

⁶⁹ Vgl. BVerwG, Urt. v. 17.10.1990, 1 C 12/88, NJW 1991, 581 (582); Urt. v. 21.7.2010, 6 C 22/09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 30; OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, Rn. 44; OVG Münster Urt. v. 13.5.2024 – 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 109; VG Köln, Beschl. v. 5.2.2024, 13 L 1124/23, BeckRS 2024, 5594, Rn. 142.

Neben Meinungsäußerungen kann auch das Verlinken oder Teilen von Beiträgen aus den sozialen Netzwerken von Relevanz sein, wenn die geteilten bzw. verlinkten Beiträge ihrerseits Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen enthalten. Dies gilt insbesondere dann, wenn im Teilen bzw. der Verlinkung eine Solidarisierung oder Identifizierung mit dem entsprechenden Inhalt zum Ausdruck kommt. Dabei kommt es darauf an, ob ein durchschnittlicher Empfänger, der die Positionen des Teilenden kennt, von einer inhaltlichen Identifizierung bzw. zustimmenden Leseempfehlung mit dem geteilten Beitrag ausgehen würde.⁷⁰ Fügt sich der geteilte Beitrag in die inhaltlichen Positionen des Teilenden ein und liegt keine ausdrückliche oder sich aus dem Kontext ergebende Missbilligung oder Distanzierung vor,⁷¹ kann je nach Einzelfall von einem Zueigenmachen im verfassungsschutzrechtlichen Sinne ausgegangen werden. Daneben kann das Teilen bzw. die Verlinkung von Beiträgen jedoch auch ohne ein entsprechendes konkretes Zueigenmachen einen Anhaltspunkt darstellen, da auch in der Weiterverbreitung entsprechender Inhalte eine objektive Unterstützungshandlung zu sehen ist.⁷²

Das Gesetz normiert in § 4 Abs. 1 S. 1 NVerfSchG Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung als bestimmte Verhaltensweisen in, aber eben auch für einen Personenzusammenschluss. Gemäß § 4 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG handelt für einen Personenzusammenschluss, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Als tatbestandliches Unterstützen ist jede Tätigkeit anzusehen, die sich in irgendeiner Weise positiv auf die Aktionsmöglichkeiten des Personenzusammenschlusses auswirkt.⁷³ Dazu zählen Tätigkeiten, die die innere Organisation und den Zusammenhalt des Personenzusammenschlusses, seinen Fortbestand oder die Verwirklichung seiner Bestrebung fördern und damit seine potenzielle Gefährlichkeit festigen und sein Gefährdungspotenzial stärken.⁷⁴

⁷⁰ Vgl. OLG Dresden, Urt. v. 7.2.2017, 4 U 1419/16, BeckRS 2017, 102219.

⁷¹ Vgl. Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 3 Rn. 112f.

⁷² Vgl. OVG Münster, Beschl. v. 29.07.2025, 16 B 881/23, BeckRS 2025, 19665, Rn. 96ff.; VG München, Beschl. v. 28.10.2011, 22 E 11.3568, BeckRS 2012, 47481; VG Regensburg, Urt. v. 21.03.2019, RO 5 K 17.1402, BeckRS 2019, 5728, Rn. 48.

⁷³ Vgl. Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 4 Rn. 32ff. m.w.N.

⁷⁴ Vgl. BVerwG, Urt. v. 15.03.2005, 1 C 26.03, NVwZ 2005, 1091 (1093); Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 4 Rn. 32.

2.6. Verbindungen zu als verfassungsfeindlich eingestuft Organisationen und Teilorganisationen

Eine handlungsorientierte Ablehnung von Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann auch in Überschneidungen mit vom Verfassungsschutz zu beobachtenden Organisationen zum Ausdruck kommen.⁷⁵ Allein aus dem Umstand, dass Mitglieder sowie Funktionärinnen und Funktionäre eines Personenzusammenschlusses, der sich beispielsweise mit einer Unvereinbarkeitsliste grundsätzlich zu einem Abgrenzungsbeschluss bekennt, dennoch eine deutliche Nähe zu extremistischen Organisationen aufweisen, ergeben sich dabei zwar noch keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Verfassungsfeindlichkeit.⁷⁶ Von erheblicher Bedeutung sind aber Verbindungen zu gesichert verfassungsfeindlichen Bestrebungen, die über bloße Überschneidungen in der Mitgliedschaft hinausgehen und auch strukturelle Verbindungen beinhalten, wie z. B. personelle Überschneidungen auf der Vorstandsebene, die Herausgabe gemeinsamer Erklärungen oder eine grundsätzliche inhaltlich-programmatische und taktisch-konzeptionelle Anlehnung an die andere Organisation.⁷⁷

Auch die verfassungsschutzrechtliche Bewertung von Gruppierungen innerhalb einer heterogenen Partei ist für die Beurteilung der tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen einer Partei von Bedeutung. Derartigen Gruppierungen kommt im Rahmen einer vorzunehmenden Gesamtschau eine wesentliche Bedeutung bei der Beurteilung der Gesamtpartei zu, sofern sie keine unbedeutenden Splittergruppen innerhalb der Partei sind, sondern nach ihrer satzungsmäßigen Stellung, der Zahl ihrer Mitglieder, ihrem Rückhalt bei der Gesamtheit der Parteimitglieder und dem sich hieraus ergebenden Einfluss nennenswertes Gewicht innerhalb der Partei besitzen.⁷⁸

Unter solche Gruppierungen fallen auch die Teilorganisationen einer Partei. Um Teilorganisationen handelt es sich in der Regel, wenn Organisationen in die Partei eingegliedert sind und vorrangig darauf abzielen, über diese auf die politische

⁷⁵ OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, Rn. 46 und 49; Urt. v. 06.04.2006, 3 B 3.99, NVwZ 2006, 838 (844), Rn. 185 ff.; OVG Lüneburg, Urt. v. 19.10.2000, 11 L 87/00, NVwZ-RR 2002, 242 (249); VG Hamburg, Urt. v. 13.12.2007, 8 K 3483/06, BeckRS 2008, 34191, Rn. 31; VG Köln, Urt. v. 8.3.2022, 13 K 208/20, BeckRS 2022, 3819, Rn. 152; Beschl. v. 5.2.2024, 13 L 1124/23, BeckRS 2024, 5594, Rn. 221; VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6L 20/24, S. 64.

⁷⁶ OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 06.04.2006, 3 B 3.99.

⁷⁷ VG Hamburg, Urt. v. 13.12.2007, 8 K 3483/06, BeckRS 2008, 34191, Rn. 31, 33.

⁷⁸ BVerwG, Urt. v. 21.7.2010, 6 C 22.09, BeckRS 2010, 52869, Rn. 45.

Willensbildung Einfluss zu nehmen. Dabei dienen auch überlappende Mitgliedschaften als Abgrenzungskriterium zu reinen Nebenorganisationen.⁷⁹

2.7. Verdichtung tatsächlicher Anhaltspunkte zu Tatsachen als Voraussetzung zur Einstufung als Beobachtungsobjekt

Im Gegensatz zum Verdachtsobjekt, bei dem nach § 7 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG lediglich tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 NVerfSchG rechtfertigen müssen, werden beim Beobachtungsobjekt gemäß § 6 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG Tatsachen vorausgesetzt, die das Vorliegen einer Bestrebung belegen.

Dementsprechend ist es für eine Hochstufung zum Beobachtungsobjekt entscheidend, dass sich die tatsächlichen Anhaltspunkte zu Tatsachen verdichtet bzw. verfestigt haben. Die Bestrebung eines Personenzusammenschlusses muss also in seiner Grundtendenz gesichert verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Vor allem im Hinblick auf die Beurteilung einer Partei gilt es, die Größe des Personenzusammenschlusses zu berücksichtigen. Bei einer Mitgliederzahl von mehr als 8.000 Personen können nicht alle individuellen politischen Ansichten in der Bewertung berücksichtigt werden; vielmehr kommt es auf den gesamtparteilichen Willensbildungsprozess an. Entscheidend ist auf inhaltlicher Ebene demnach das Gesamtbild, wobei die verfassungsfeindlichen Äußerungen und Verhaltensweisen den Charakter des Personenzusammenschlusses prägen müssen. Das ist dann der Fall, wenn dieser von einer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnenden Grundtendenz beherrscht wird.⁸⁰

Aus der Beobachtung des Personenzusammenschlusses während der Verdachtsphase muss hervorgehen, dass sich die tatsächlichen Anhaltspunkte dergestalt verdichtet haben, dass die Überzeugung besteht, dass es sich tatsächlich um eine extremistische Bestrebung handelt.⁸¹ Die tatsächlichen Anhaltspunkte müssten sich mithin zur Gewissheit verdichtet haben.⁸² Dabei sind auch immer die

⁷⁹ Vgl. Dürig/Herzog/Scholz/Klein, 107. EL März 2025, GG Art. 21 Rn. 235.

⁸⁰ VG Köln, Ur. v. 8.3.2022, 13 K 207/20, BeckRS 2022, 3818, Rn. 360; Beschl. v. 5.2.2024, 13 L 1124/23, BeckRS 2024, 5594, Rn. 101 m.w.N.; Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, VereinsG § 3, Rn. 68; vgl. ferner: OVG Münster Ur. v. 13.5.2024 – 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 108 (die verfassungsfeindlichen Bestrebungen müssen demnach das Gesamtbild „bestimmen“).

⁸¹ VG Köln Ur. v. 8.3.2022 – 13 K 207/20, BeckRS 2022, 3818, Rn. 359.

⁸² Auf die Terminologie der Verdichtung zur Gewissheit abstellend: VG Ansbach, Ur. v. 25.4.2019, AN 16 K 17.1038, BeckRS 2019, 12368, Rn. 27 ff. (Identitäre Bewegung Deutschland).

Aspekte zu berücksichtigen, die gegen die Annahme entsprechender Anhaltspunkte sprechen. Maßgeblich ist insofern eine Gesamtschau der von dem Personenzusammenschluss ausgehenden Aktivitäten.⁸³

Der Verdichtungsgrad kann anhand verschiedener Kriterien bemessen werden:

- Eine inhaltliche Verschärfung der vom Personenzusammenschluss vertretenen Positionen kann zu einer Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte hin zur Gewissheit führen. Dies ist jedenfalls der Fall, wenn eine Radikalisierung in Bezug auf die den Verdacht begründenden Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festzustellen ist.
- Eine Verdichtung kann sich darüber hinaus aus der zunehmenden Bedeutung maßgeblicher Träger extremistischer Bestrebungen im Personenzusammenschluss ergeben. Die politischen Äußerungen und Verhaltensweisen der maßgeblichen Funktionärinnen und Funktionäre können Parteien und ihren Teilorganisationen zugerechnet werden. Dies gilt auch im Verhältnis von Bundes- zu Landesverband sowie zwischen den einzelnen Landesverbänden.⁸⁴ Kommt Personen, die bereits bekannte Vertreterinnen und Vertreter von gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Positionen sind, eine zunehmende Bedeutung in einem Personenzusammenschluss zu, so kann daraus gefolgert werden, dass auch ihre Positionen eine größere Zustimmung innerhalb des Personenzusammenschlusses genießen. Besonders relevant wird dies, wenn sich eine Person mit bekanntermaßen verfassungsfeindlichen Positionen zur Funktionärin oder zum Funktionär entwickelt. Ein vergleichbarer Fall liegt dann vor, wenn eine solche Person bereits Funktionärin oder Funktionär ist und ihre Wirkmacht weiter ausdehnt. Je nach Ausmaß der Bedeutung, die diesen Personen zukommt, können ihre inhaltlichen Positionen als ideologische Basis des Personenzusammenschlusses gesehen und ihm zugerechnet werden.
- Eine Verdichtung von Anhaltspunkten kann sich auch aus der Zunahme beobachtungsrelevanter Äußerungen und Aktivitäten einer Bestrebung in der Summe ergeben. So zeigt die zahlenmäßige Zunahme von Äußerungen und Verhaltensweisen, die sich gegen die freiheitliche demokratische

⁸³ VG Köln, Urt. v. 8.3.2022, 13 K 326/21, BeckRS 2022, 3817, Rn. 127.

⁸⁴ Siehe „3.2 Gliederung der Alternative für Deutschland (AfD)“.

Grundordnung richten, eine Verfestigung und Verbreitung derselben innerhalb der Organisation, selbst wenn diese inhaltlich nicht an Schärfe zunehmen.

- Auch die nahtlose und unbeeindruckte Fortsetzung von Agitationen gegen die Menschenwürde aus Art. 1 Abs. 1 GG ungeachtet der Einstufung als Verdachtsobjekt und in Kenntnis der Beanstandungen können Anzeichen für eine Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer extremistischen Bestrebung in Form eines Beobachtungsobjektes darstellen. Eine derartige Fortsetzung kann insbesondere etwa angenommen werden, wenn an bereits beanstandeten Aussagen und Agitationen festgehalten wird, sie wiederholt und verteidigt werden oder gar versucht wird, kritische Auseinandersetzungen bereits im Keim zu ersticken.⁸⁵

Die Überzeugung von einer verfassungsfeindlichen Grundhaltung gegenüber der bestehenden Verfassungsordnung kann allein aus einer Gesamtbetrachtung der vielfältigen Einzelakte der Partei und ihrer Funktionärinnen und Funktionäre gewonnen werden, die erst in dieser Zusammenschau ein eindeutiges Bild ergeben.⁸⁶

3. Ideologische Ausrichtung und Struktur des AfD-Landesverbandes Niedersachsen

3.1. Ideologische Ausrichtung

In Anbetracht der unter „4. Belege für das Vorliegen einer Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ dargelegten Erkenntnisse sowie der inhaltlichen und personellen Entwicklung stellt sich die gegenwärtige ideologische Ausrichtung der AfD Niedersachsen wie folgt dar: Die AfD vertritt politisch einen ethnisch-kulturellen Volksbegriff, der in Teilen auf rechtsextremistische und verschwörungstheoretische Narrative Bezug nimmt.⁸⁷ Das dahinterstehende Konzept von „Volk“ und „Heimat“ folgt einem ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis und schließt Menschen aus, die als „fremd“ wahrgenommen werden. Im Fall der AfD betrifft dies insbesondere Migrantinnen und Migranten oder Menschen muslimischen

⁸⁵ VG Köln, Ur. v. 8.3.2022, 13 K 207/20, BeckRS 2022, 3818, Rn. 364, 390; Beschl. v. 5.2.2024, 13 L 1124/23, BeckRS 2024, 5594, Rn. 144, 165; VG Dresden, Beschl. v. 15.7.2024, 6 L 20/24, S. 41ff., 51.

⁸⁶ OVG Münster Ur. v. 13.5.2024 – 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 108.

⁸⁷ Im Folgenden werden die zentralen Inhalte des ethnisch-kulturellen Volksbegriffs exemplarisch anhand verschiedener Aussagen dargestellt. Die umfassende Behandlung der Thematik inklusive der zugehörigen Belege erfolgt unter „4.1.1. Ethnopluralismus“.

Glaubens. In ethnischer wie in kultureller Hinsicht geht es um Fragen gesellschaftlicher Zugehörigkeit und sozialer Ausgrenzung. Auf Facebook benutzten etwa die niedersächsischen AfD-Politiker Thorsten Moribe (MdL) am 25.02.2024 und Martin Sichert (MdB) am 28.02.2024 die Formulierung „Nigerianer mit deutschem Pass“. Der damalige Landesschiedsrichter und Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Oldenburg-Land nahm zum Beispiel auf X eine Unterscheidung zwischen dem „Staatsvolk“ und dem „deutschem Volk“ vor. Im Wortlaut heißt es:

„Es geht ihnen nur um Deutschland. Genauer: um ihren #Haß auf #Deutschland. Noch genauer: um ihren Haß auf das deutsche #Volk. Nicht das Staatsvolk – das #ethnische Volk. Es sind tief #neurotische #völkische Antinationalisten, haßerfüllte völkische #Ethnomasochisten.“ [sic!]⁸⁸

Diese in Deutschland lebenden und von der AfD als fremd empfundenen Menschen würden „den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur“ in Deutschland verstärken, wie es im Grundsatzprogramm der AfD aus dem Jahr 2016 heißt, weil „die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen.“⁸⁹ Eine ähnliche Argumentation findet sich auch im Wahlprogramm der AfD Niedersachsen zur Landtagswahl 2022, die in verschwörungstheoretischer Ausdrucksweise einen „Bevölkerungsaustausch“ durch die Zuwanderung ethnisch und kulturell fremder Menschen andeutet:

„Der Anteil von Menschen ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung ist in Deutschland in den vergangenen 50 Jahren um etwa das Sechzehnfache gestiegen. Schon jetzt leben in Deutschland mehr als 18 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Bei einer im bisherigen Tempo weitergehenden Masseneinwanderung steigt die Zahl der Migranten bis 2050 auf mindestens 35 Millionen.“⁹⁰

Verschwörungstheoretische Narrative wie der „Große Austausch“ oder auch die „Umvolkung“ sind auf diese Weise anschlussfähig. So werde durch „die Eliten“ in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gezielt die Einwanderung muslimischer und nicht weißer Menschen und die daraus folgende Verdrängung der mehrheitlich weißen

⁸⁸ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 23.06.2021.

⁸⁹ Grundsatzprogramm der AfD in der Beschlussfassung auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04 und 01.05.2016, S. 42.

⁹⁰ Landeswahlprogramm 2022 der AfD Niedersachsen, S. 71.

europäischen Bevölkerung in Europa vorangetrieben. Bei der Europawahlversammlung am 29./30.07.2023 sowie deren Fortsetzung vom 04.08. bis 06.08.2023 in Magdeburg (ST) hatte beispielsweise die niedersächsische Kandidatin, Marie-Thérèse Kaiser, in ihrer Bewerbungsrede für einen Listenplatz unter anderem vom „Bevölkerungsaustausch“ gesprochen, der angeblich mit einer gezielten politischen Agenda verfolgt werde:

„Unter dem Deckmantel des sogenannten Multilateralismus wird immer mehr Entscheidungskompetenz auf eine supranationale Ebene gehoben. Die vollständige Abschaffung der Nationalstaaten, das fanatische Verfolgen von utopischen Klimazielen, Genderideologie, Frühsexualisierung und natürlich der Bevölkerungsaustausch. Das alles sind Symptome eines bösartigen Tumors, der in dieser EU streut.“⁹¹

In diesem Redeauszug wird neben der Verschwörungserzählung vom „Großen Austausch“ auch das in rechtsextremistischen Kreisen verbreitete Narrativ des „Great-Reset“ angeschnitten. Eine global agierende Elite versuche demnach, eine internationale Diktatur auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene zu etablieren.

Die Erzählung eines gezielt vorangetriebenen „Bevölkerungsaustausches“ wird auch durch den AfD-Kreisverband Wolfsburg verbreitet:

„Die SPD will den Deutschen Volkstod mithilfe der Massenmigration herbeiführen [...]“ [sic!]⁹²

Mit der angeblich gezielt gesteuerten Migration zum „Austausch der Bevölkerung“ geht ebenfalls eine von der AfD Niedersachsen vorangetriebene Diffamierung des Staates und politischer Akteure einher, die zum Feindbild erklärt und für den „Bevölkerungsaustausch“ verantwortlich gemacht werden. Dies mündet allgemein in einer Verächtlichmachung und Agitation gegen den demokratischen Rechtsstaat, seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten – hauptsächlich andere politische Parteien sowie deren Vertreterinnen und Vertreter – und Institutionen.⁹³ Weit über die

⁹¹ Marie-Thérèse Kaiser am 04.08.2023 auf der Europawahlversammlung in Magdeburg. Online unter: <https://youtu.be/B21ROH3bz2I?t=31615>, siehe auch S. 69.

⁹² Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 07.04.2025, siehe auch S. 78 f.

⁹³ Im Folgenden werden die zentralen Inhalte der Verächtlichmachung und Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates, seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten, Institutionen sowie

Verschworungserzählung des „Großen Austausch“ hinausgehend wird in Bezug auf verschiedene Themenkomplexe diese Verächtlichmachung durch den niedersächsischen Landesverband letztendlich als Vehikel genutzt, um ihre Ideologie anschlussfähig zu machen und in die Bevölkerung zu tragen. Die Auseinandersetzung im politischen Wettbewerb ist nicht immer von Respekt und Fairness geprägt, sondern äußert sich wiederkehrend auf herabwürdigende und verunglimpfende Art und Weise, sodass letztendlich die Legitimität anderer Parteien infrage gestellt wird:

„++ Die Ampelunion hat Angst vor der Demokratie! ++

Am Tag nach dem Ampel-Ausfall findet sich die Kartellparteien durch die eigene „Brandmauer“ eingesperrt. Sie haben Angst, dass Gesetze mit den Stimmen von CDU/CSU, AfD und FDP eine Mehrheit erlangen könnten. Die Union macht übrigens voll mit, auch die Union will nicht, dass ihre Gesetzentwürfe mit den Stimmen der AfD zu Gesetzen werden. Parteitaktik vor Gemeinwohl, so kennen wir das Kartell.“ [sic!]⁹⁴

Begriffe wie „Systempartei“, „Kartellpartei“ oder auch „Blockpartei“ sprechen den so bezeichneten Parteien ihre grundsätzliche Existenzberechtigung und ihr legitimes Wirken im Parteienwettbewerb ab. Gleichmaßen wird die Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit diktatorischen Systemen wie der „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR) oder dem nationalsozialistischen Regime gezielt genutzt, um ihr die demokratische Ordnung abzusprechen.

Ein weiteres zentrales Ideologem des ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnisses ist die Agitation gegen migrantische und geflüchtete Personen.⁹⁵ Diese lässt sich unter anderem durch den von der AfD initiierten sogenannten „Einzelfallticker“ veranschaulichen, der auch vom niedersächsischen Landesverband mehrfach in den sozialen Medien aufgegriffen und weiterverbreitet wurde. Der „Einzelfallticker“ wurde im Februar 2023 durch den Bundesvorstand der AfD vorgestellt und ist über dessen Homepage aufrufbar.⁹⁶ Das Portal listet Fälle von Straftaten, insbesondere Gewalt- und Sexualdelikten, auf und visualisiert diese auf einer

anderer politischer Parteien exemplarisch anhand verschiedener Aussagen dargestellt. Die umfassende Behandlung der Thematik inklusive der zugehörigen Belege erfolgt unter „4.2. Demokratieprinzip“.

⁹⁴ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 09.11.2024, siehe auch S. 132.

⁹⁵ Im Folgenden werden die zentralen Inhalte der Migrant-, Asyl-, und Fremdenfeindlichkeit bzw. die pauschale Abwertung dieser Menschengruppen exemplarisch anhand verschiedener Aussagen dargestellt. Die umfassende Behandlung der Thematik inklusive der zugehörigen Belege erfolgt unter „4.1.2.1. Migrant-, Asyl-, und Fremdenfeindlichkeit“.

⁹⁶ www.afd.de/einzelfallticker

Deutschlandkarte. Konkret suggeriert der „Einzelfallticker“ einen direkten Zusammenhang zwischen Migration und dem Anstieg von Straftaten. Es entsteht zudem der Eindruck, dass methodische Fehler durch den Versuch der Skandalisierung überlagert werden sollen. So fehlen stellenweise Quellenbelege und viele der hinterlegten Artikel aus der medialen Berichterstattung, die den jeweiligen „Einzelfall“ beschreiben sollen, lassen keinerlei Rückschluss auf die Herkunft des Täters zu. Beim „Einzelfallticker“ handelt es sich somit nicht um eine faktenbasierte Darstellung, sondern im Wesentlichen um ein Propagandainstrument der AfD. Geflüchtete und Asylsuchende werden pauschal als Gewalttäter dargestellt. Im Rahmen des „Einzelfalltickers“ und über diesen hinaus finden sich Formulierungen wie „importierte Migrantengewalt“, „importierte Messergewalt“, „Import der Messerkultur“, „Messerfachkräfte“ die ein Zerrbild von Migranten, Geflüchteten und insbesondere Muslimen erzeugen, mit dem die AfD ihr parteipolitisches Kernthema untermauert:

„Im Zusammenhang mit der importierten Migrantengewalt erschreckt immer wieder die besondere Brutalität und Menschenverachtung der Täter. Es gehört zum Gesamtbild dazu, daß wir es mit einer neuen Dimension zu tun haben – quantitativ und qualitativ.“ [sic!]⁹⁷

„Ein ‚Einzelfall‘ reiht sich an den nächsten... Aus allen Teilen Deutschlands häufen sich die Schreckensmeldungen über importierte Messergewalt. Währenddessen schweigt die Ampel-Regierung [...] Die einzige Partei, die sich gegen die importierte Gewalt zur Wehr setzen kann und diese offen anspricht ist und bleibt die #AfD!“⁹⁸

„[...] Das Messer als das Symbol schlechthin für importierte Migrantengewalt ist zur alltäglichen latenten Bedrohung für jedermann geworden [...]“⁹⁹

„Auf unkontrollierte Migration folgt unkontrollierbare Gewalt!“¹⁰⁰

„Kann man vorbestrafte Messermänner noch als ‚Einzelfall‘ bezeichnen? [...]“¹⁰¹

Neben der verallgemeinernden Abwertung von Migrantinnen und Migranten sowie Menschen muslimischen Glaubens thematisiert die AfD Niedersachsen auf

⁹⁷ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 27.01.2023, siehe auch S. 108 f.

⁹⁸ Facebook-Eintrag der AfD Niedersachsen vom 31.01.2023, siehe auch S. 92.

⁹⁹ Instagram-Eintrag der AfD-Fraktion Niedersachsen vom 19.03.2025, siehe auch S. 103 f.

¹⁰⁰ Facebook-Eintrag der AfD Niedersachsen vom 09.09.2024, siehe auch S. 93.

¹⁰¹ Facebook-Eintrag der AfD-Fraktion Niedersachsen vom 27.01.2023, siehe auch S. 98.

verunglimpfende Art und Weise die politische und gesellschaftliche Teilhabe sexueller Minderheiten, insbesondere der sogenannten LGBTQIA+-Community¹⁰². Seitdem der „Pride Month“ als zentraler Monat von Feierlichkeiten der LGBTQIA+-Bewegung als Zeichen gegen Diskriminierung, Stigmatisierung und Kriminalisierung queerer Menschen immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rückt, agitieren unter anderem verschiedene rechtsextremistische Strömungen verstärkt gegen diese Bewegung. Dies geschieht vor allem aus einer Ablehnung von Diversität im Hinblick auf sexuelle Orientierungen sowie Partnerschafts- und Familienmodelle heraus. Diese bildet in Verbindung mit der rechtsextremistischen Weltanschauung die Basis für ein völkisches Familienverständnis. Demnach wird Heterosexualität und die damit verbundene traditionelle Kernfamilie unter Abwertung anderer sexueller Orientierungen als alternativlos und biologisch einzig „natürlich“ angesehen.

Der niedersächsische AfD Landesverband agitiert seit Ende des Jahres 2023 verstärkt gegen die LGBTQIA+-Community.¹⁰³ Diese wird oft pauschal als Kollektiv adressiert, welches gemeinsame, aus Sicht der AfD strikt abzulehnende, Ziele verfolge. Dabei wird durch Funktionärinnen und Funktionäre der AfD Niedersachsen in der Regel durch stark emotionalisierte Rhetorik beispielsweise unterstellt, in Deutschland werde durch die LGBTQIA+-Community die Normalisierung von Pädophilie – gleichgesetzt mit Kindesmissbrauch – angestrebt. Vor allem die niedersächsische Landtagsabgeordnete und Beisitzerin im Landesvorstand, Vanessa Behrendt (MdL), greift die Thematik wiederholt auf:

„Die Regenbogenfahne steht für: Machenschaften pädophiler Lobbygruppen, die Gefährdung von Kindern durch LGBTQ-Propaganda, das Bedrängen von Kleinkindern mit Transsexualität, das legale ‚Kuscheln‘ und ‚Rangeln‘ fremder Männer mit Kindergartenkindern (‚Original Play‘) und die Behandlung von Geschlechtsidentitätsstörungen mit Pubertätsblockern, Hormontherapien und Transgender-OPs.“¹⁰⁴

¹⁰² LGBTQIA+ ist ein Akronym aus den Wörtern lesbisch, schwul (gay), bisexuell, transgender, queer, intergeschlechtlich, asexuell. Das + steht für weitere sexuelle Orientierungen und Identitäten.

¹⁰³ Im Folgenden werden die zentralen Inhalte der Queerfeindlichkeit bzw. die pauschale Abwertung dieser Menschengruppe exemplarisch anhand verschiedener Aussagen dargestellt. Die umfassende Behandlung der Thematik inklusive der zugehörigen Belege erfolgt unter „4.1.2.2. Queerfeindlichkeit“.

¹⁰⁴ X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 20.10.2024, siehe auch S. 121.

Im August 2025 verkündete der „Deutschlandkurier“ mit Chefredakteur David Bendels, dass gemeinsam mit Behrendt eine als Videoformat in den sozialen Netzwerken erscheinende wöchentliche Kolumne veröffentlicht wird, die unter anderem Themen zur Familienpolitik und zur LGBTQIA+-Community aufgreife. Der erste Beitrag trägt den Titel „Transfrauen sind keine Frauen!“.¹⁰⁵

Der vom AfD-Landesverband Niedersachsen im Dezember 2023 herausgegebene Flyer „Kindheit unterm Regenbogen“¹⁰⁶ spricht von dem regierenden „Regenbogen-Regime“, in dem Frühsexualisierung von Kindern „Staatsdoktrin“ sei. Die von der LGBTQIA+-Community verwendete „Progress Flagge“ stehe pauschal unter anderem für „Frühsexualisierung“, „Genitalverstümmelung“ oder das „Verabreichen von Hormonen an Kinder“. Laut Flyer basieren sämtliche Forderungen der LGBTQIA+-Community auf pädophilen Neigungen.

3.2. Gliederung der AfD

Die AfD Niedersachsen ist – wie auch alle weiteren Landesverbände – als Untergliederung ein unselbständiger Teil der Gesamtpartei; auch im Hinblick auf ihre inhaltliche-programmatische Ausrichtung. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass organisatorische Einheiten einer auf Bundesebene tätigen Partei denselben ideologischen Hintergrund haben und diesen auch zum Ausdruck bringen.¹⁰⁷ Die von § 7 PartG vorgeschriebene Untergliederung einer Partei bedeutet nicht, dass ein Landesverband gegenüber der Bundespartei oder gegenüber den übrigen Landesverbänden im Rahmen einer verfassungsschutzrechtlichen Prüfung jeweils als „Dritter“ anzusehen ist, sondern im Gegenteil, dass er insoweit integrierter Teil des Ganzen ist.¹⁰⁸ Diese Verwobenheit der Organisationseinheiten drückt sich unter anderem auch dadurch aus, dass die Landesverbände gem. § 11 Abs. 3 der Bundessatzung der AfD Delegierte zu Bundesparteitagen entsenden können. Daher können auch Meinungsäußerungen und Aktivitäten von Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern des AfD-Bundesverbandes sowie anderer Landesverbände im Rahmen der Zurechenbarkeit

¹⁰⁵ X-Eintrag vom Deutschland Kurier vom 10.08.2025.

¹⁰⁶ Flyer „Kindheit unterm Regenbogen“ der AfD Niedersachsen.

¹⁰⁷ VG München, Urt. v. 20.06.2024, M 30 K22.4912, Rn. 77; VGH Kassel, Beschl. v. 26.9.2025, 8 B 1714/23, BeckRS 2025, 25224, Rn. 54.

¹⁰⁸ OVG Münster, Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, BeckRS 2024, 10026, Rn. 107 m. w. N.

als Nachweis für verfassungseindliche Bestrebungen des niedersächsischen Landesverbandes herangezogen und verwertet werden.¹⁰⁹

3.3. Entwicklung der Gesamtpartei

Da, wie bereits unter „1. Ausgangslage und Vorgehensweise“ ausgeführt, für die Bewertung der Zeitraum der Verdachtsphase maßgeblich ist, wird vorwiegend auf die Entwicklungslinien seit Mai 2022 abgestellt.

Insgesamt ist nach einem stetigen Einflussgewinn der extremistischen Kräfte innerhalb der AfD eine Manifestierung von deren Machtstellung zu beobachten, die sich über den gesamten Bundesverband und die Landesverbände erstreckt. Diese Feststellung geht mit einer entsprechenden politisch-ideologischen Homogenisierung einher. So wurden bereits auf dem 13. Bundesparteitag der AfD in Riesa (SN) vom 17.06. bis 19.06.2022 mehrere Personen des völkisch-nationalistischen Lagers in den Bundesvorstand gewählt. Der thüringische Landesvorsitzende Björn Höcke sowie dessen Unterstützerinnen und Unterstützer zeigten damit, dass sie nicht nur parteiinterne Debatten, sondern auch die politische Ausrichtung der AfD mitbestimmen können. Die auf dem Parteitag geführte Debatte anlässlich der schließlich durchgesetzten Streichung des rechten Vereins „Zentrum“ (früher: „Zentrum Automobil“) von der Unvereinbarkeitsliste¹¹⁰ der AfD, verdeutlichte bereits im Jahr 2022 die Wirkungsmacht der völkisch-nationalistischen Kräfte. Die liberal-konservativen Kräfte scheiterten hier erstmals deutlich bei ihrem Versuch, Gestaltungshoheit auf personeller oder inhaltlicher Ebene zu erlangen.

Auch bei der bereits erwähnten Europawahlversammlung in Magdeburg (ST) am 29./30.07.2023 sowie deren Fortsetzung vom 04.08. bis 06.08.2023 konnten die extremistischen Strömungen ihren Einfluss weiter ausbauen. Das sogenannte „gemäßigte“ Lager der liberal-konservativen Kräfte spielte fortan nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Liste der AfD zur Europawahl am 09.06.2024 unterstrich erneut deutlich die innerparteiliche

¹⁰⁹ VGH Kassel, Beschl. v. 26.9.2025, 8 B 1714/23, BeckRS 2025, 25224, Rn. 53 ff.; VGH München, Beschl. v. 14.09.2023, 10 CE 23.796, BeckRS 2023, 24631, Rn. 88 ff.; VG München, a.a.O., Rn. 70.

¹¹⁰ Die Unvereinbarkeitsliste umfasst rechts-, links- und ausländerextremistische sowie islamistische Parteien, Vereine und weitere Organisationen (auch Scientology), die verboten sind bzw. von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden. Ihre Mitglieder dürfen nicht in die AfD eintreten. Auch laut § 2 Abs. 4 der Landessatzung der AfD Niedersachsen können Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind oder waren, nicht Mitglied der Partei sein.

Vormachtstellung der extremistischen Kräfte. Gleichzeitig zeigte sich in den Redebeiträgen der Kandidaten eine Verrohung der Sprache sowie ein zunehmender Gebrauch politischer Kampfbegriffe und verschwörungstheoretischer Narrative. Es dominierten dabei Begriffe wie „Remigration“, „Festung Europa“ oder „menschengemachter Bevölkerungswandel“.

Auf dem Bundesparteitag der AfD am 11./12.01.2025 in Riesa (SN) ist ein zentraler Begriff der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten „Remigration“ durch die AfD in ihr Wahlprogramm aufgenommen worden. Seitdem der Begriff in Folge der im Januar 2024 erfolgten medialen Berichterstattung zu einem Vernetzungstreffen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD und Akteuren der Neuen Rechten am 25.11.2023 in Potsdam in der Öffentlichkeit breit und kontrovers diskutiert wird, ringt die Partei um die Deutungshoheit des Schlagwortes. In Bezug auf einen auf dem Bundesparteitag vorgestellten 100-Tage-Zukunftsplan der AfD, führte die Bundessprecherin Alice Weidel aus:

„Die Grenzen lückenlos schließen und jeden illegalen und ohne Papiere Einreisenden zurückweisen und eine ganz klare Ansage an alle Welt: Die deutschen Grenzen sind dicht! Die Versorgung von Asylbewerbern von Geld- auf Sachleistungen umstellen, Sozialleistungen für Nichtaufenthaltsberechtigte streichen und Rückführungen im großen Stil durchführen. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn es dann Remigration heißen soll, dann heißt es eben Remigration!“¹¹¹

Auch der Parteiaustritt des ehemaligen Bundessprechers Jörg Meuthen im Januar 2022 zeigte bereits die beschriebene Entwicklung auf. Am 28.01.2022 begründete er seinen Austritt unter anderem damit, dass sich „große Teile der Partei“ und „führende Repräsentanten“ radikalisiert hätten. Diese Radikalisierung spiegele sich nicht nur in einem „sprachlich enthemmten Kurs“ wider, sondern auch in den „politischen Positionen“ und „verbalen Entgleisungen“.¹¹²

Die zentrale Entwicklungslinie ist demnach die spätestens seit dem Jahr 2022 festzustellende politisch-ideologische Homogenisierung der Partei, welche mit der Marginalisierung des liberal-konservativen Lagers einhergeht. Mit dem Austritt der Bundestagsabgeordneten Joana Cotar im November 2022 verlor das liberal-

¹¹¹ Redebeitrag von Alice Weidel auf dem AfD-Bundesparteitag am 11./12.01.2025 in Riesa.

¹¹² Facebook-Eintrag von Jörg Meuthen vom 29.01.2022.

konservative Lager eine ihrer letzten prominenten Vertreterinnen. Obwohl die Partei seither keineswegs vollständig konfliktbefreit ist, konnte durch die fehlenden Lagerkämpfe eine Phase der Stabilisierung eingeleitet werden, die durch das erfolgreiche Abschneiden bei Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen begleitet wird. Es ist dahingehend nicht zu erwarten, dass die Partei einen gemäßigeren Kurs einschlagen wird: So sind die verbliebenen Kräfte des liberal-konservativen Lagers nicht dazu in der Lage, mäßigend auf die politische Ausrichtung zu wirken. Neben dem Fehlen von potenziellen Führungspersönlichkeiten tragen die sogenannten „gemäßigten“ Kräfte die vorgegebene politisch-ideologische Linie des völkisch-nationalistischen Lagers vielmehr mit. Auch gibt es aufgrund des erfolgreichen Abschneidens bei Wahlen und allgemein hoher Zustimmungswerte keinen Anlass für die Gesamtpartei, eine wesentliche Mäßigung anzustreben.

3.4. Entwicklung der AfD Niedersachsen

Der niedersächsische Landesverband der AfD befindet sich seit geraumer Zeit in einer Phase der Professionalisierung und der inneren und äußeren Geschlossenheit. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen seit dem Landesparteitag der AfD Niedersachsen am 28.05.2022 festzustellen, bei dem ein neuer Landesvorstand gewählt wurde. Der seit 2020 und bis dahin amtierende Landesvorsitzende Jens Kestner stand zuvor unter einem erheblichen innerparteilichen Druck. Seit längerer Zeit forderte eine Mehrzahl der niedersächsischen Kreisverbände aufgrund ihm vorgehaltener unzureichender Führungsqualitäten einen Parteitag, um über die weitere Zukunft des durch Akteure des ehemaligen „Flügel“-geprägten Landesverbandes neu zu verhandeln. Im Ergebnis wurde der damalige Bundestagsabgeordnete Frank Rinck aus dem Kreisverband Uelzen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Rinck, der sich keinem Lager uneingeschränkt zuordnen ließ, sollte einigend auf den Landesverband einwirken. Demnach war die Zusammensetzung des folgenden Landesvorstandes durchaus heterogen: So wiesen einige der Vorstandmitglieder in der Vergangenheit eine Nähe zum im April 2020 formal aufgelösten „Flügel“ auf, während sich andere dem liberal-konservativen Lager zugehörig fühlten. Insgesamt ging es jedoch mehr um machtpolitische Ansprüche als um die ideologische Ausrichtung. Die vorab beschriebene, sich bundesweit abzeichnende Dominanz des völkisch-nationalistischen Lagers sowie die damit einhergehende sich verstetigende Radikalisierung der Gesamtpartei verlief zeitlich parallel zur Neuaufstellung des

niedersächsischen Landesvorstandes. Prägenden oder gar steuernden Einfluss auf diese bundesweite Entwicklung hatte der niedersächsische Landesverband jedoch kaum; weder durch das Platzieren politisch-ideologischer Inhalte, noch durch Führungspersonen. Seit der Konstituierung eines neuen Landesvorstandes am 28.05.2022 bemüht sich die AfD Niedersachsen stellenweise zwar um ein eher gemäßigtes öffentliches Auftreten, allerdings trägt sie die extremistische Ausrichtung der Gesamtpartei uneingeschränkt mit. Der Landesverband ist nicht um eine ideologisch-programmatische Mäßigung bemüht, sodass von keinem aktiven Gegenpol gesprochen werden kann. Demnach ergeben sich seither keine Anhaltspunkte, die eine Distanzierung zum Kurs der Bundespartei erkennen lassen, ebenso wenig zu den als gesichert rechtsextremistisch eingestufteten Landesverbänden Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg oder zu einschlägigen Aussagen verschiedener Funktionärinnen und Funktionäre.

Vielmehr wird durch eigene Aussagen dieses mit einer politischen Zielrichtung verknüpfte ethnisch-kulturelle Volksverständnis aktiv zum Ausdruck gebracht oder die Nähe zu extremistischen Akteuren gesucht. Obwohl der niedersächsische AfD-Landesverband keinen maßgeblich steuernden Einfluss auf die zunehmende Radikalisierung der Partei als Ganzes hatte, unterstützt er diese Entwicklung und wirkt durch seine Äußerungen und Handlungen bewusst an der Meinungsbildung der Gesamtpartei mit. Der Neujahrsempfang des AfD-Kreisverbandes Northeim am 12.01.2024 kann hierfür beispielhaft genannt werden. Dieser war vorwiegend durch völkisch-nationalistische Kräfte der AfD geprägt. Als Ehrengast war Björn Höcke eingeladen, der von niedersächsischen Funktionärinnen und Funktionären als Preisträger mit dem parteieigenen „Graf-Otto-Preis“ geehrt wurde. Gegenüber der Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) betonte Maik Schmitz, Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Northeim, dass der erstmalig verliehene Preis „für Verdienste um die Partei und Deutschland“ an Höcke überreicht wurde. Der Ehrenvorsitzende des Kreisverbandes Northeim und ehemalige niedersächsische Landesvorsitzende, Jens Kestner, betonte während seiner Laudatio:

„Björn Höcke spricht uns aus unserem politischen Herzen.“¹¹³

¹¹³ Hessische/Niedersächsische Allgemeine: „AfD-Kreisverband verleiht ‚Graf-Otto-Preis‘ bei ihrem Neujahrsempfang an Björn Höcke“ vom 14.01.2024. Online unter: <https://www.hna.de/lokales/northeim/dank-fuer-langjaehrige-treue-92774593.html>

Weiterhin trat unter anderem die stellvertretende Landesvorsitzende und AfD-Landtagsabgeordnete Delia Klages als Rednerin auf. Klages dokumentierte bereits am 28.08.2023 auf Instagram ihre Teilnahme am Sommerfest der AfD-Fraktion Thüringen, indem sie ein gemeinsames Foto mit Björn Höcke von der Veranstaltung veröffentlichte. Ferner war auf dem Neujahrsempfang mit Robin Braune ein damaliger Funktionär der JA Niedersachsen ebenfalls als Redner vertreten. Der Neujahrsempfang verdeutlicht, dass nicht allein von einer fehlenden Distanzierung gesprochen werden kann, sondern Vernetzungsbestrebungen mit rechtsextremistischen Teilen innerhalb der AfD auch von niedersächsischen Mitgliedern sowie Funktionärinnen und Funktionären ausgehen bzw. vorangetrieben werden.

Mit dem Landesparteitag am 20./21.04.2024 in Unterlüß und der dortigen Wahl des neuen Landesvorsitzenden Ansgar Schledde (MdL) entwickelte sich die AfD Niedersachsen zunehmend zu einem integralen Bestandteil der Gesamtpartei. Nach im Vorfeld kommuniziertem Wunsch sollte ein AfD-Politiker den Landesverband anführen, der sich auch vorwiegend mit Landespolitik beschäftigt und vor Ort Präsenz ausstrahlt. Mit Tino Chrupalla (MdB, Co-Sprecher AfD Bundesverband, SN), Carsten Hütter (MdL, Bundesschatzmeister, SN) und Maximilian Krah (MdB, zum damaligen Zeitpunkt MdEP, SN) waren bundesweit bekannte Repräsentanten der AfD bei dem Landesparteitag vertreten.

Nach der Wahl zum neuen Landesvorsitzenden betonte Ansgar Schledde die Einigkeit innerhalb der Partei und eine etwaige Beteiligung an zukünftigen Regierungsbildungen:

„Es geht darum, noch mehr Einheit zu schaffen, die Partei weiter auf Wachstumskurs zu halten und letztendlich zu professionalisieren, dass wenn wir die Möglichkeit haben eine Regierungsbeteiligung zu bekommen, wir dann eben auch top vorbereitet sind.“¹¹⁴

Unterstützung erhielt Schledde auch von Maximilian Krah, der ihn als „starke“ und „bundesweit wahrnehmbare“ Person beschrieb und den niedersächsischen Landesverband als „Pfeiler der AfD“ herausstellte.¹¹⁵

¹¹⁴ Redebeitrag von Ansgar Schledde auf dem AfD-Landesparteitag am 20./21.04.2024 in Unterlüß.

¹¹⁵ Ebd.

Mit Stand vom 27.01.2026 setzt sich der niedersächsische AfD-Landesvorstand folgendermaßen zusammen:

Name	Vorname	Funktion
Schledde	Ansgar	Landesvorsitzender
Brockmann	Jens-Christoph	1. Stellv. Landesvorsitzender
Klages	Delia	2. Stellv. Landesvorsitzende
Bothe	Stephan	3. Stellv. Landesvorsitzender
Lilienthal	Peer	Schatzmeister
Dörhöfer	Christian	Schriftführer
Kever	Rocco	Wahlkampfbeauftragter
Queckemeyer	Marcel	Beisitzer
Vogel	Carsten	Beisitzer
Jahn	Dennis	Beisitzer
Meyer	Florian	Beisitzer
Fehre	Micha	Beisitzer
Meißner	Rudolf	Beisitzer
Nilz	Sonja	Generalsekretärin
Behrendt	Vanessa	Beisitzerin ¹¹⁶

Im Rahmen des Europawahlkampfes zur Europawahl am 09.06.2024 wurden weitere Veranstaltungen mit dem damaligen AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah abgehalten. Am 06.04.2024 nahm er an einer Veranstaltung des Kreisverbandes Gifhorn in Wesendorf teil, bei der mit Dirk Brandes (MdB), Klaus Wichmann (MdL) und Stefan Marzischewski-Drewes (MdL) auch Parlamentarier der AfD Niedersachsen zugegen waren. Die Wahlkampfveranstaltung wurde im Vorfeld in den sozialen Netzwerken mit Krah als Gast durch die AfD beworben. Im Nachgang zur Veranstaltung veröffentlichte Dirk Brandes auf Facebook ein Foto, das ihn mit Krah,

¹¹⁶ Behrendt wurde beim Landesparteitag in Bad Fallingbostel am 08.03.2025 zur Beisitzerin gewählt.

Marzischewski-Drewes, Wichmann und Robert Preis vom Kreisverband Gifhorn zeigt.¹¹⁷ Am 12.04.2024 fand in Buxtehude der Themenabend „Europa der Nationen“ des Kreisverbandes Stade statt, bei dem Krah als Hauptredner eingeladen war. Dieser musste den Termin kurzfristig absagen, was jedoch nicht die Tatsache schmälert, dass der Kreisverband Stade eine Veranstaltung mit Krah als Hauptprotagonist abhalten wollte.

Im Verlauf der Jahre 2024 und 2025 folgten weitere Auftritte von Maximilian Krah, der sich zu einem häufig präsenten Gast bei Veranstaltungen der niedersächsischen AfD entwickelte. Krah betonte bereits in seinem Buch „Politik von rechts. Ein Manifest“ sein Volksverständnis, das auf einer ethnisch-homogenen Gemeinschaft fußt:

„Rechte Politik bekennt sich zum Volk, das ist mehr als die Gemeinschaft der Staatsbürger. [...] Volk ist Schicksal. Volk ist Realität. [...] Eine Gemeinschaft, die ehrlich und rechtstreu ist, die vertraut und Vertrauen gewährt, ist einer solchen, die derlei nicht praktiziert, überlegen. Der ehrliche Einzelne ist aber in einer Gesellschaft der Unehrllichen hoffnungslos verloren. Deshalb sind Anstand, Ehrlichkeit und Vertrauen nur zu gewinnen, wenn Völker in ihrem ethnischen Substrat Bestand haben, wenn ihre positiven Eigenschaften durch die Homogenität der ebenso Geprägten zum Vorteil aller werden, statt daß sie dem Einzelnen im unbarmherzigen Selbstbehauptungskampf unter Fremden zum Nachteil gereichen. Ohne den Schutzraum des Volkes verschwindet deshalb jede Eigentümlichkeit und Liebenswürdigkeit; ja, alles was den Kampf ums nackte Überleben übersteigt.“ [sic!]¹¹⁸

Weiterhin bedient auch Krah die rechtsextremistische Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“, wie er beispielhaft im September 2024 verdeutlichte:

„Deutschland: Masseneinwanderung bei gleichzeitigem Sterbeüberschuss der Autochthonen, das ganze seit fast 50 Jahren mit Eskalation ab 2010. Natürlich ist das ein Bevölkerungsaustausch!“ [sic!]¹¹⁹

Der niedersächsische Landesverband hat also wiederholt den Kontakt zu Krah gesucht, der – ungeachtet seines durch ihn kommunizierten Strategiewechsels – offenkundig rechtsextremistische Positionen vertritt.

¹¹⁷ Facebook-Eintrag von Dirk Brandes vom 08.04.2024, siehe auch S. 196.

¹¹⁸ Krah, Maximilian: „Politik von rechts. Ein Manifest“, Schnellroda 2023, S. 53 f.

¹¹⁹ X-Eintrag von Maximilian Krah vom 09.09.2024.

Als beispielhafte Veranstaltung kann das „Harzburger Treffen“ am 18.07.2023 mit den Hauptrednern Krahe, Hans-Thomas Tillschneider (MdB, ST), Martin Reichardt (MdB, ST) und Omid Najafi (MdB) erwähnt werden. Zu Beginn betonte Kim Schumacher (AfD-Stadtverband Bad Harzburg), dass die Veranstaltung in Kooperation mit dem AfD-Stadtverband Wernigerode (Kreisverband (KV) Harz) organisiert wurde. Man wolle damit ein Zeichen setzen und verdeutlichen, dass sich die Partei nicht trennen lasse und zusammenhalte. Schumacher greift damit den Umstand auf, dass die AfD-Landesverbände Sachsen-Anhalt und Sachsen von den dortigen Verfassungsschutzbehörden als gesichert rechtsextremistisch eingestuft sind.¹²⁰ Diese demonstrative Geschlossenheit konnte auch bei Wahlkampfveranstaltungen anlässlich der Landtagswahlen am 01.09.2024 in Thüringen und Sachsen beobachtet werden: Hier leisteten verschiedene Delegationen niedersächsischer Kreisverbände sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vor Ort Unterstützung.¹²¹

Dass sich der niedersächsische Landesverband zunehmend zu einem „Pfeiler der AfD“ (s.o.) entwickelte, spiegelte sich ebenfalls in der Wahl des AfD-Bundesvorstandes beim Bundesparteitag vom 28.06. bis 30.06.2024 in der Grugahalle in Essen (NW) wider. Der niedersächsische Bundestagsabgeordnete, Dirk Brandes, wurde mit 88,31 % (340 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen, 18 Enthaltungen) ohne Gegenkandidaten als 3. Beisitzer gewählt. Brandes ist damit der erste niedersächsische AfD-Politiker seit 2017, der wieder in den Bundesvorstand gewählt wurde. Von 2015 bis 2017 hatte Armin-Paulus Hampel das Amt des Beisitzers inne.

Die AfD Niedersachsen war jahrelang durch kontinuierliche Lagerkämpfe geprägt und auch innerhalb der Parteibasis tief gespalten. Sie entwickelte sich jedoch seit dem Jahr 2022 zu einem strukturierten, organisierten und stetig wachsenden Landesverband, der seine Rolle im Gesamtgefüge der Partei gefunden hat. Auch wenn der AfD-Landesverband Niedersachsen nach wie vor nicht als ideologischer Motor der Partei gilt, konnte in der seit Mai 2022 zu beobachtenden Stabilisierungsphase festgestellt werden, dass der Fokus vor allem auf die Professionalisierung der parlamentarischen Arbeit sowie die grundsätzliche Struktur und Organisation gelegt wurde. Dabei wird konsequent die extremistische politische Linie der Gesamtpartei unterstützt und aktiv der Kontakt zu bundesweit extremistischen Parteiakteuren gesucht. Die Übernahme

¹²⁰ Az. [REDACTED]

¹²¹ Siehe hierzu „4.6 Verbindungen zu rechtsextremistischen Kräften innerhalb der AfD („Nicht-Distanzierung“).“

des Landesvorsitzes durch Ansgar Schiede im April 2024 verstärkte diese Entwicklung weiter. Die bereits erwähnte Streichung des Vereins „Zentrum“ von der Unvereinbarkeitsliste wirkte sich im April 2025 auch unmittelbar auf den niedersächsischen Landesverband aus, indem die gemeinsame Kooperation weiter vorangetrieben wurde. Auf einer Pressekonferenz am 14.04.2025 wurde bekanntgegeben, dass der sich selbst als Gewerkschaft bezeichnende Verein zum 01.05.2025 ein Regionalbüro in Hannover gründe. So soll eine „echte Alternative zu den ideologisch verblendeten DGB-Gewerkschaften“¹²² geschaffen werden. Bei der Pressekonferenz war neben dem niedersächsischen AfD-Politiker Jens Keller, der die Leitung des Regionalbüros Nordwest übernahm, auch Christina Baum (MdB, BW/ST) zugegen.¹²³ Keller zeigte sich in der Vergangenheit zusammen mit weiteren Kollegen der AfD-Stadtratsfraktion Hannover im Rahmen einer Klausurtagung im November 2022 in Erfurt auf einem gemeinsamen Foto mit Björn Höcke.¹²⁴

3.4.1. Einfluss des „Flügels“ auf den Landesverband

Die Prägung des Landesverbandes durch den „Flügel“ war bei der Ersteinstufung der AfD Niedersachsen zum Verdachtsobjekt im Mai 2022 ein maßgeblicher Faktor. Durch mehrere Neubesetzungen und insbesondere seit der eingangs dargelegten Neukonstituierung des AfD-Landesvorstandes im Jahr 2022 sind die eindeutig identifizierbaren Anhängerinnen und Anhänger des formal aufgelösten „Flügels“ zwar nicht mehr wie im vorherigen Ausmaß in Funktionärsposten tätig gewesen. Mit Delia Klages, Stephan Bothe, Peer Lilienthal und Marcel Queckemeyer sind jedoch noch vier Funktionärinnen und Funktionäre im aktuellen Landesvorstand vertreten, die in der Vergangenheit Bezüge zum „Flügel“ aufwiesen. Der Bundestagsabgeordnete und Mitglied im AfD-Bundesvorstand, Dirk Brandes, gehört wiederum zu den niedersächsischen Unterzeichnern der „Erfurter Resolution“.¹²⁵ Die langjährige „Flügel“-Anhängerin Rabea Shahini war von Oktober 2022 bis Anfang des Jahres 2024 Mitarbeiterin der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. Im Anschluss war sie

¹²² Facebook-Eintrag der AfD-Stadtratsfraktion Hannover vom 15.04.2025.

¹²³ Telegram-Eintrag von Christina Baum vom 15.04.2025.

¹²⁴ Facebook-Eintrag der AfD-Stadtratsfraktion Hannover vom 17.11.2022.

¹²⁵ Die „Erfurter Resolution“ aus März 2015 kann als Gründungsdokument des „Flügels“ betrachtet werden. Die Unterzeichner attestieren der AfD darin eine fehlerhafte Entwicklung und erachten deshalb den Zusammenschluss des „Flügels“ als notwendig. Demnach fehle das Bekenntnis der AfD zu einer grundsätzlichen politischen Wende, indem man sich von Organisationen des neurechten Vorfeldes distanzieren, auf die Unterstützung bestimmter ostdeutscher Landesverbände verzichten und auf dem Weg zu einer technokratisch ausgerichteten Partei sei.

für den Europaabgeordneten Gunnar Beck (MdEP bis Juni 2024, ST) tätig. Beck stellte unter anderem in biologistisch-rassistischer Manier die Gleichheit der Menschen infrage:

„Die Biologie und Medizin lehren uns, Lebewesen unterscheiden sich weitestgehend aufgrund ihrer genetischen Ausstattung. Nur bei der menschlichen Intelligenz macht die linke ‚Wissenschaft‘ eine Ausnahme. Sonderbar, nicht?“¹²⁶

Der „Flügel“ ist nach seiner Auflösung in seiner Gesamtheit so weit in der Gesamtpartei – und damit auch im Landesverband Niedersachsen – aufgegangen, dass er mit seiner Ideologie und seinen Anhängerinnen und Anhängern tief in die Parteistrukturen eingesickert ist. Dies lässt sich vor allem anhand der bundesweit festzustellenden Radikalisierung der Partei festmachen, sodass eine eindeutige Trennung zwischen Gesamtpartei und „Flügel“ nicht mehr gegeben ist. Letztlich muss konstatiert werden, dass die innerparteiliche Sammlungsbewegung der „Flügel“ ihren ursprünglichen Zweck damit erfüllt hat. Bereits kurz vor der Auflösung schrieb das damalige Mitglied des Landesschiedsgerichts Niedersachsen, Gerhard Vierfuß, auf der Plattform X (ehemals Twitter):

„#DerFlügel wird jetzt bald Geschichte sein, aber der Geist des Flügels wird lebendig sein in dieser @AfD. Halten wir an diesem Geist fest, bewahren wird die Einheit der AfD! Danke @BjoernHoecke für fünf großartige gemeinsame Jahre!“¹²⁷

Als formale Struktur spielt der „Flügel“ dementsprechend keine Rolle mehr. Die Beobachtung des „Flügels“ als eigenständiges Beobachtungsobjekt des Niedersächsischen Verfassungsschutzes wurde, wie oben bereits ausgeführt, im März 2024 eingestellt.

Dass allerdings auch weit nach der formalen Auflösung des „Flügels“ im Jahr 2020 noch eine Vernetzung unter seinen Anhängerinnen und Anhängern bestand, konnte beispielsweise anhand der in Schnellroda (ST) stattfindenden „Preußenfeste“ beobachtet werden. Der Veranstaltungsort in Schnellroda (ST) wird primär durch den Vordenker der Neuen Rechten, Götz Kubitschek, und das mit ihm in Verbindung stehende aufgelöste und neustrukturierte „Institut für Staatspolitik“ (IfS) genutzt. Beim „3. Preußenfest“ am 15.09.2023 übernahm der damalige Bundestagsabgeordnete und

¹²⁶ X-Eintrag von Gunnar Beck vom 24.08.2022.

¹²⁷ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 26.04.2020.

Landesvorsitzende der AfD Niedersachsen, Frank Finck, die Moderation. Unter den Rednern waren unter anderem Hans-Thomas Tillschneider und Maximilian Krahl.

Bereits beim „2. Preußenfest“ am 16.09.2022 konnte die Teilnahme niedersächsischer Akteure festgestellt werden.¹²⁹ Der erwähnte Neujahrsempfang des AfD-Kreisverbandes Northeim am 12.01.2024 ist ein weiterer Beleg für die fortbestehende Vernetzung zwischen ehemaligen Akteuren des „Flügels“, ohne dass es noch eine offizielle Struktur gibt.

3.4.2. Einfluss der „Jungen Alternative“ (JA) auf den Landesverband

Funktionärinnen und Funktionäre sowie Mitglieder der zum 31.03.2025 selbst aufgelösten AfD-Jugendorganisation JA sind in die aktive Politikgestaltung des AfD-Landesverbandes Niedersachsen eingebunden, bekleiden Ämter in AfD-Kreisverbänden sowie im Landesvorstand und repräsentieren die AfD in kommunalen Vertretungen und im Deutschen Bundestag. Der bis zur Auflösung amtierende Vorsitzende der als Beobachtungsobjekt eingestuften JA Niedersachsen, Adrian Maxhuni, ist zugleich stellvertretender Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Osnabrück. Am 07.06.2025, auf dem Kreisparteitag des AfD-Kreisverbandes Osnabrück-Land, wurde er in diesem Amt bestätigt.¹³⁰ Als Ratsmitglied in der Samtgemeinde Bersenbrück sowie im Rat der Gemeinde Gehrde vertritt er die AfD Niedersachsen auf kommunaler Ebene. Maxhuni unterhält engen Kontakt zu dem Bundestagsabgeordneten, Landesvorstandsmitglied und Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes Osnabrück-Land, Marcel Queckemeyer. Die JA unterstützte Queckemeyer zur Landtagswahl 2022 mit einem Wahlkampfwochenende am 30.09. und 01.10.2022, an dem sich auch Mitglieder der JA aus anderen Landesverbänden beteiligten.¹³¹ Im darauffolgenden Jahr wurde den JA-Mitgliedern gedankt, indem sie zum Sommerfest des Kreisverbandes eingeladen wurden, an dem neben Queckemeyer auch der amtierende Beisitzer des Landesvorstandes und Vorsitzende des Kreisverbandes Osnabrück-Stadt, Florian Meyer, teilnahm.¹³² Mittlerweile ist Maxhuni als persönlicher Mitarbeiter für Queckemeyer tätig.

¹²⁸ YouTube-Eintrag vom Kanal „Schütt Wolfgang“ vom 17.09.2023.

¹²⁹ Az. [REDACTED].

¹³⁰ Instagram-Eintrag der AfD Osnabrück-Land vom 07.06.2025.

¹³¹ Instagram-Eintrag der AfD Osnabrück-Land vom 03.10.2022.

¹³² Instagram-Eintrag der AfD Osnabrück-Land vom 11.07.2023.

Weitere Mitglieder der aufgelösten JA Niedersachsen, die nach wie vor als Funktionärinnen und Funktionäre, sowie Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD Niedersachsen in Erscheinung treten, sind: Der bis zuletzt amtierende JA-Schatzmeister Christian Zimmermann (Ratsmitglied Gemeinde Friedland), Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende Kreisverband Rotenburg; Mitglied im Kreistag Rotenburg/Wümme) sowie Tobias Stober (Mitglied im Kreistag Helmstedt; Ratsmitglied Königslutter am Elm). Sowohl Kaiser als auch Stober sind darüber hinaus im Deutschen Bundestag als Mitarbeitende für die AfD tätig. Während nicht abschließend festgestellt werden kann, in welcher Funktion Stober für die AfD im Bundestag wirkt, arbeitet Kaiser seit Mai 2024 als Bürosachbearbeiterin der AfD-Fraktionsvorsitzenden sowie als persönliche Mitarbeiterin der AfD-Bundessprecherin Alice Weidel.

Die JA-Mitglieder Micha Fehre (MdB) und Otto Cornelius wurden im Dezember 2024 auf die Landesliste zur Bundestagswahl am 23.02.2025 auf die Listenplätze 7 und 23 gewählt.¹³³ Im Zuge dessen ist Fehre in den Deutschen Bundestag eingezogen. Durch Fehre, der auch das Amt des Beisitzers im Landesvorstand innehat, war die JA Niedersachsen somit bis zur offiziellen Auflösung auf Landes- und parlamentarisch auf Bundesebene vertreten.

Die auf dem JA-Bundeskongress am 01.02.2025 in Apolda (TH) mit Wirkung zum 31.03.2025 beschlossene Auflösung beruht auf einer Satzungsänderung, die auf dem AfD-Bundesparteitag am 11./12.01.2025 in Riesa (SN) mit der nötigen Zweidrittelmehrheit verabschiedet wurde. Die bis dato als eigenständiger Verein agierende JA war nicht direkt an die Partei angegliedert. Dies bedeutete, dass nicht jedes Mitglied der Jugendorganisation automatisch Parteimitglied war. Der AfD-Bundesvorstand wollte mit einem Antrag genau diese Voraussetzung schaffen, um letztendlich die JA bei einem befürchteten Vereinsverbot besser schützen, aber auch bei Fehlverhalten von Mitgliedern Parteiausschlussverfahren durchsetzen zu können. Letztendlich beinhaltete der Antrag die Gründung einer neuen Parteijugend, die ursprünglich ab dem 01.04.2025 als rechtlich unselbstständige Teilorganisation der Partei agieren sollte. Diese erfolgte schließlich auf einem Gründungskongress am 29.11.2025 in Gießen (HE). Die neue AfD-Jugendorganisation trägt den Namen „Generation Deutschland“ (GD) und wählte mit Jean-Pascal Hohm (MdL, BB) einen

¹³³ Instagram-Eintrag der JA Niedersachsen vom 27.12.2024.

Bundesvorsitzenden, der bereits die ehemalige JA-Brandenburg annahm. Mit Adrian Maxhuni (stellvertretender Bundesvorsitzender), Reinhild Goes (stellvertretende Finanzbeauftragte) und Julia Gehrckens (Beisitzerin) ist die AfD Niedersachsen mit insgesamt drei Funktionärinnen und Funktionären personell am stärksten im GD-Bundesvorstand vertreten.

Schlussendlich bedeutet die Neustrukturierung der JA, anders als es den Anschein haben könnte, allerdings keine Trennung der AfD auf Bundesebene von ihrer als gesichert rechtsextremistischen Bestrebung eingestuften Jugendorganisation und damit eine Distanzierung von extremistischen Strömungen, sondern vielmehr eine von ihr initiierte stärkere Integration in die Partei. Das gilt gleichermaßen für den niedersächsischen AfD-Landesverband und die als rechtsextremistisches Beobachtungsobjekt eingestufte JA Niedersachsen. Es betrifft zum einen ihre ehemaligen Mitglieder und zum anderen ihre rechtsextremistische Ideologie. Dahingehend muss konstatiert werden, dass die JA vollständig in der Gesamtpartei aufgegangen ist. Führende Funktionärinnen und Funktionäre, sowie Repräsentantinnen und Repräsentanten der JA Niedersachsen waren zudem ohnehin bereits Parteimitglied und in die Politikgestaltung der AfD eingebunden. Laut des designierten Bundesvorsitzenden der neuen GD soll diese vor allem als „Kaderschmiede“ und „Innovationsmotor“ der Partei dienen.¹³⁴

In der Vergangenheit gab es zeitweise Bestrebungen des niedersächsischen AfD-Landesverbandes, sich eigenständig von der JA Niedersachsen zu trennen. Bereits beim AfD-Landesparteitag am 28.05.2022 in Hannover wurde ein Antrag zur Tagesordnung angemeldet, der sich mit der Nichtanerkennung der Neugründung der JA Niedersachsen im April 2021 als offizielle Jugendorganisation auseinandersetzt. Demnach sei es die Angelegenheit des Landesparteitages, über die Anerkennung einer Jugendorganisation zu entscheiden. Die Neugründung der JA Niedersachsen sei hingegen lediglich unter der Mitwirkung des damaligen Landesvorstandes erfolgt und somit nichtig. Dieses Vorhaben verdeutlicht nochmals die zum damaligen Zeitpunkt offen ausgetragenen innerparteilichen Machtkämpfe in der AfD Niedersachsen, die ebenfalls die JA zum Streitpunkt machten. Einige Kräfte in der AfD Niedersachsen waren um eine taktische Distanzierung gegenüber der extremistischen JA

¹³⁴ Süddeutsche Zeitung: „Generation geschmeidig“ vom 29.10.2025. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-jugendorganisation-ja-generation-deutschland-li.3330952>

Niedersachsen bemüht. Stattdessen sollte der parallel existierende Zusammenschluss junger AfD-Mitglieder namens „Junge AfD Niedersachsen“ als offizielle Jugendorganisation in Niedersachsen fungieren.

Im Anschluss erfuhr die JA Niedersachsen durch den thüringischen AfD-Landessprecher Björn Höcke Unterstützung. Höcke und weitere seiner Anhängerinnen und Anhänger bezogen öffentlichkeitswirksam die Position, dass die Verankerung der JA in der Parteisatzung auch für Niedersachsen gelte. Schließlich stellte sich auch der AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla auf dem Bundeskongress der JA am 15.10.2022 in Apolda (TH) vor den niedersächsischen JA-Landesverband und betonte: „Wir brauchen eine starke JA Niedersachsen!“¹³⁵

Die Distanzierungsbestrebungen des AfD-Landesverbandes gegenüber der JA Niedersachsen verfestigten sich im Folgenden nicht weiter, sodass der JA-Landesverband bis zur Auflösung weiterhin als offizielle AfD-Jugendorganisation auftrat. Zu der vermeintlichen Konkurrenzstruktur „Junge AfD Niedersachsen“ konnte im Jahr 2024 eine Annäherung beobachtet werden. Beide niedersächsischen Jugendorganisationen traten gemeinsam anlässlich der Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg auf.¹³⁶

4. Belege für das Vorliegen einer Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die nachfolgend aufgeführte Materialsammlung, die bereits eingangs erläutert wurde, berücksichtigt Aussagen und Verhaltensweisen der AfD Niedersachsen. Soweit Äußerungen und Verhaltensweisen von parlamentarischen Vertreterinnen und Vertretern berücksichtigt wurden, betreffen diese unter Berücksichtigung des Indemnitätsschutzes nur den außerparlamentarischen Raum. Sie folgt einer chronologischen Ordnung und ist inhaltlich in die verfassungsschutzrelevanten Kategorien Menschenwürde, Demokratieprinzip, Positionierung zum Nationalsozialismus, Aussagen mit Gewaltbezug, Verbindungen zu rechtsextremistischen Beobachtungsobjekten sowie Verbindungen zu extremistischen Kräften innerhalb der AfD gegliedert. Einige Aussagen bezüglich der Menschenwürde

¹³⁵ Instagram-Eintrag der JA Niedersachsen vom 15.10.2022.

¹³⁶ X-Eintrag der JA Niedersachsen vom 26.08.2024; Instagram-Eintrag der Jungen AfD Niedersachsen vom 16.09.2024; Instagram-Eintrag der Jungen AfD Niedersachsen vom 25.08.2024.

und des Demokratieprinzips sind vereinzelt nicht eindeutig den Unterkategorien „Ethnopluralismus“ und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ bzw. „Parlamentarismus und Demokratie, Nutzung von Begrifflichkeiten wie Systempartei, Kartellpartei und Blockpartei“ sowie „Gleichsetzung von nichtdemokratischen Systemen und deren Relativierung“ zuzuordnen, sondern lassen sich in beiden Kategorien verorten. In diesem Fall erfolgt die Zuordnung zu lediglich einer Unterkategorie.

Auf einer strukturellen Ebene erfolgt eine Gruppierung der verschiedenen Akteure der AfD Niedersachsen, um den Querschnitt des Landesverbandes adäquat abzubilden:

- Landesverband: Aussagen, die von den offiziellen Kanälen des Landesverbandes getätigt werden.
- Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Funktionärinnen und Funktionäre: Aussagen und Verhaltensweisen der parlamentarischen Vertreterinnen und Vertreter auf Bundes-, Landes und europäischer Ebene sowie jener Mitglieder, die eine offizielle Funktion innerhalb des Landesvorstandes übernehmen. Dazu zählen auch offizielle Fraktions- oder Landesgruppenkanäle. Viele Mandatsträgerinnen und Mandatsträger nehmen zugleich Funktionärsstellen auf Landes- und Kreisebene ein.¹³⁷ Insbesondere diesen Doppelfunktionen kann ein ungleich prägenderer inhaltlicher Einfluss attestiert werden.
- Kreisverbände: Aussagen und Verhaltensweisen der Kanäle der Kreisverbände sowie ihre Vorsitzenden, die als stellvertretend für den jeweiligen Kreisverband anzusehen sind. Die Kreisverbände fungieren als Bindeglied zwischen Parteibasis und Landes- bzw. Bundesebene. Dadurch tragen sie erheblich zur politischen Willensbildung bei.
- Sonstige: Aussagen und Verhaltensweisen von Mitgliedern ohne offizielle Funktion, die jedoch auf den Landesverband einwirken sowie Parteimitglieder, die nicht länger in Niedersachsen wohnhaft sind, jedoch zum Zeitpunkt der Aussage für den niedersächsischen Landesverband aktiv waren.

¹³⁷ Siehe hierzu „Anhang“, S. 214-222.

4.1. Menschenwürde

Äußerungen der AfD Niedersachsen, die unvereinbar mit der in Art. 1 Abs. 1 GG festgeschriebenen Menschenwürde sind, bilden den Schwerpunkt der festzustellenden Verstöße gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Sie sind Ausdruck eines in der Partei verankerten ethnisch-kulturellen bzw. völkisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs und der pauschalisierten Abwertung bestimmter Menschengruppen.

4.1.1. Ethnopluralismus

Der Ethnopluralismus ist das zentrale Konzept der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten und bedeutendes Ideologem eines völkischen Nationalismus. In Abgrenzung zum biologistischen Rassismus wird nicht von verschiedenen Rassen gesprochen, sondern von einer Völkervielfalt, die es zu bewahren gilt. Die unveränderlichen kulturellen Identitäten der jeweils als Kollektiv betrachteten Völker müssen dabei vor jeglichen fremden Einflüssen geschützt werden.

Obwohl der Ethnopluralismus auf den Rassenbegriff und die Wertigkeit von „Rassen“ verzichtet sowie per se keine Nationen oder Kulturen prinzipiell abwertet, wird ein ausgrenzender Nationalismus propagiert. Ausschlaggebend ist die Ablehnung einer Vermischung der Kulturen, da diese als in sich geschlossen betrachtet werden. Folglich wird Migration in „kulturfremde Gesellschaften“ aufgrund der Inkompatibilität in einem ethnisch-kulturellen Kontext abgelehnt, die in Ausgrenzung sowie Abwertung von beispielsweise deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund mündet. Letztendlich stellt sich somit doch die Frage nach der (Volks-)Zugehörigkeit. Dadurch wird die gewichtige Konfliktlinie „ethnisches Volk“ vs. „Staatsvolk“ des Ethnopluralismus deutlich. Die Völker und ihre Kultur sind aus ethnopluralistischer Perspektive mit einem festen Siedlungsgebiet verknüpft, welches durch Zuwanderung bedroht wird. Durch eine Vermischung würde sich der Kern des Volkes mitsamt seinen historisch-gewachsenen kulturellen Werten, Traditionen und Normen unwiderruflich verändern.

Ein derartig geprägtes Weltbild kann in abwertenden Einstellungen und Handlungen gegenüber als fremd empfundenen Menschengruppen münden, sodass Menschen bestimmter Kulturkreise pauschal mit negativen Attributen (Kriminalität, Gewaltaffinität, rückständiges Gesellschaftsverständnis, etc.) verknüpft werden. Daran

schließen sich verschwörungstheoretische Narrative wie der „Große Austausch“ oder auch die „Umvolkung“ (weitere Begriffe sind „Bevölkerungsaustausch“ oder auch „Ersetzungsmigration“) an, die die Bedrohung der ethnischen und kulturellen Identität des Volkes in den Vordergrund rücken: „Eliten“ aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tauschen demnach, in Verbindung mit dem demographischen Wandel, gezielt die sich als ethnisch-homogen verstehende Bevölkerung durch „Kulturfremde“ aus.

Das Konzept des Ethnopluralismus steht in einem Widerspruch zum Universalismus der Menschenwürde, wonach jeder Mensch über die gleiche Würde und gleiche Menschenrechte, unabhängig von Ethnie, Geschlecht, Staatsangehörigkeit oder beispielsweise Religion, verfügt.

Das Konzept des Ethnopluralismus und die daran anschließenden Narrative sind eines der Kernthemen des niedersächsischen AfD-Landesverbandes. Es wird von den Kreisverbänden bis hin zu Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern und Funktionärinnen und Funktionären der AfD Niedersachsen vertreten und fortlaufend aktiv weiterverbreitet, was anhand der folgenden Belegstellen deutlich wird.

a) Äußerungen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Funktionärinnen und Funktionären der AfD Niedersachsen

Stephan Bothe (MdL) mit einer Rede am 12.07.2019 auf dem „Hermannstreffen“:

„Dem Cherusker Fürst Hermann gelang es, die zahlreichen germanischen Stämme im Kampf gegen die römischen Expansionsgedränge zu einen. Endlich zeigten einmal die germanischen Vorfahren Einigkeit, Gemeinschaftsgefühl. Erstmals trat ein gemeinsames germanisches Bewusstsein auf die Bühne der Weltgeschichte. Liebe Freunde, über 2000 Jahre später blicken wir auf eine wechselvolle, aber uns doch stolz machende deutsche Geschichte. Und ohne Umschweife bekenne ich beispielsweise, dass ich stolz auf mein Land bin. [...] Aber jetzt kommt das große Aber, werte Mitstreiter. Derart bedroht wie heute, war der Fortbestand unserer Nation schon sehr, sehr lange nicht mehr. Masseneinwanderung, National-Masochismus, linksgrüne Gutmenschen und kriminelle Ausländer, um nur einige Beispiele zu nennen, haben Deutschland im jungen einundzwanzigsten Jahrhundert fest im Griff.“¹³⁸

¹³⁸ Stephan Bothe beim „Hermannstreffen“ am 12.07.2019.

Jörn König (MdB) schrieb am 11.03.2020 auf Facebook.

„Wir sind Bundesbürger und keine Versuchskarnickel! – Ein Bevölkerungsaustausch findet statt.

Von linker Mainstreamseite wird empört aufgeschrien, wenn es jemand wagt zu behaupten, ein Bevölkerungsaustausch findet statt. Dabei erleben wir eine ‚Zuwanderung‘ in bisher unbekanntem Ausmaß. Diese wird auch noch ganz offen propagiert: Glauben sie nicht? Dann lesen Sie mehr auf meinem Blog.“¹³⁹

Stephan Bothe (MdB) schrieb am 21.01.2022 auf Facebook unter Betonung einer Unvereinbarkeit der kulturellen Identitäten und Herausstellung eines Zusammenhangs von Kriminalität und Migration:

„Unruhen in Schweden – Multikulti implodiert!

Sicher, man muss kein Koran-Buch öffentlichkeitswirksam verbrennen oder anders verunglimpfen, dies gehört auch entsprechend sanktioniert. Wenn dies aber für Hunderte von Migranten Anlass dazu ist, Autos und Reifen in Brand zu setzen und Polizei und Rettungskräfte zu attackieren, wie jetzt in Schweden geschehen, ist dies erneut ein Beleg dafür, dass Multikulti, dass Integration zumindest bei Migranten aus gewissen Herkunftsländern zu wenig funktioniert und oftmals scheitert.

Den Koran für sich persönlich jedoch abzulehnen, gehört zur unverhandelbaren Meinungsfreiheit, die man nicht nur in Schweden öffentlich kundtun dürfen muss. Wer damit ein Problem hat, passt nicht in eine freiheitliche, moderne Gesellschaft westlicher Prägung.

Das Verharren in integrationsverweigernden Parallelstrukturen, ein bisweilen rückständiges Frauenbild und eine überkommene Werteordnung, Clanstrukturen und ein oftmals irrwitziges Verständnis von ‚Ehre‘, die Ablehnung rechtsstaatlicher Autorität als oberste Ordnungsinstantz sind die Attribute, mit denen viele Migranten aus einschlägigen Herkunftsländern ihr Willkommensdasein bei der breiten Masse der angestammten Bevölkerung vereiteln.

Gutmenschliche Realitätsverweigerer in den Entscheidungsgremien der Politik, die alldem zum Trotz die Menschen mit dem Märchen von einer funktionierenden

¹³⁹ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 11.03.2020.

Multikulti-Gesellschaft weiterhin zu indoktrinieren versuchen, haben daher nicht nur Vorkommnisse wie zuletzt in Schweden zu verantworten.

Auf ihr Konto gehen auch die durch Migranten überdurchschnittlich aufgeblähten Kriminalstatistiken, wobei viele von ihnen vor allem als Gewaltstraftäter viel Leid bei Menschen verursachen. Das auch in Deutschland vielfach als illegales Einfallstor missbrauchte Asylrecht muss daher dringend reformiert werden.

Großbritannien geht hier einen modernen und effektiven Weg: Die britische Regierung will nämlich künftig Asylbewerber ins afrikanische Ruanda ausfliegen, damit sie dort auf die Entscheidung über ihren Asylantrag warten. Beide Länder haben bereits eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Insbesondere männliche Migranten sollen nach illegaler Ankunft in das afrikanische Land gebracht werden. Well done, Mr. Johnson!¹⁴⁰

Stephan Bothe (MdL) schrieb am 01.03.2022 auf Facebook:

„Da Männer im wehrfähigen Alter die Ukraine derzeit nicht verlassen dürfen, werden hauptsächlich Frauen und Kinder erwartet. Diese müssen nicht nur wegen ihrer vielfachen Traumatisierung, sondern auch zum Schutz vor sexuellen und gewalttätigen Übergriffen, wie sie immer wieder aus Sammelunterkünften gemeldet werden, separat untergebracht werden. Auch die sehr unterschiedliche kulturelle Prägung der eher nach westlicher Lebensart ausgerichteten ukrainischen Flüchtlinge und der oftmals nach sehr traditionellen und zum Teil rückständigen Strukturen sozialisierten afrikanischen und arabischen Flüchtlinge lässt eine getrennte Unterbringung sehr ratsam erscheinen, um hier Konflikte vorzubeugen.“¹⁴¹

Die **AfD-Fraktion Niedersachsen (Landtag)** schrieb am 18.11.2023 auf Facebook:

„Das sind die Täter, wenn man Juden fragt! [...] Muslime sind für den Großteil von körperlichen Angriffen und Beleidigungen und Belästigungen von Juden verantwortlich, so die Betroffenen laut einer Studie der Universität Bielefeld von 2017! ‚Mit jedem Tag, den die Massenzuwanderung aus islamischen Staaten ungebremst weitergeht, wird es für Juden in Deutschland gefährlicher‘, stellt Stephan Bothe (AfD-Fraktion Niedersachsen) klar. ‚Wenn es Stephan Weil mit der Solidarität mit den Juden

¹⁴⁰ Facebook-Eintrag von Stephan Bothe vom 21.01.2022.

¹⁴¹ Facebook-Eintrag von Stephan Bothe vom 01.03.2022.

In Niedersachsen ernst gemeint wurde, dann hätte er muslimischen Rassismus schon vor Jahren mindestens anerkannt. Diesen Mut zur Wahrheit hatte aber nur die AfD.“¹⁴²

Thorsten Moriße (MdB) schrieb am 25.02.2024 auf Facebook:

„Deutschland, ihr Weltsozialamt! Nigerianer mit deutschem Pass verursacht jährliche Kosten von 1,5 Millionen Euro!

Es sind Beispiele wie diese, die belegen, wie sehr das deutsche Sozialsystem verkommen ist: Ein Nigerianer mit deutschem Pass hat für 24 Kinder die Vaterschaft anerkannt und damit 94 Angehörigen ein Bleiberecht verschafft. Die geschätzten Zahlungen an den Mann belaufen sich auf rund 22.000€ monatlich.

Hinzukommen weitere Sozialleistungen für die ‚Angehörigen‘. Insgesamt zahlt der Staat jährlich rund 1,5 Millionen für sämtliche Leistungen wie z.B. Strom, Wohnungen, Kindergeld, etc.

Wie sich nun herausstellt, soll es sich hierbei um Sozialbetrug im großen Stil handeln. Der besagte Mann lebt in Afrika laut Recherchen in Saus und Braus inkl. mehrere Autos.

Wie kann es sein, dass ein Mann so ausschweifend vom deutschen Staat lebt und wie ist es möglich, dass es keinen Beamten gibt, der diesen Ungereimtheiten auf den Grund geht?!

Wie viele Fälle von Sozialbetrügern wird es geben, die durch solche Methoden das hart verdiente Geld der deutschen Arbeiter verpulvern?

Wir werden es wissen, sobald die AfD die Regierung stellt!“¹⁴³

Martin Sichert (MdB) schrieb am 28.02.2024 auf Facebook:

„Nigerianer mit deutschem Pass kassiert richtig ab.

Wie lange müsstet Ihr für 1,5 Millionen Euro im Jahr arbeiten? Ein Nigerianer, der die deutsche Staatsangehörigkeit hat, muss keine Stunde dafür arbeiten, denn er greift

¹⁴² Facebook-Eintrag der AfD-Fraktion Niedersachsen vom 28.11.2023.

¹⁴³ Facebook-Eintrag von Thorsten Moriße vom 25.02.2024.

alles ab, was der deutsche Sozialstaat zu bieten hat: Bürgergeld, Kindergeld, Energiezuschläge usw.

*Als Dank protzt er mit diesem Geld in seiner Hand und besitzt Luxusgüter, von denen hart arbeitende Väter nur träumen können. Wir beenden solche Zustände! Versprochen.*¹⁴⁴

Jörn König (MdB) schrieb am 03.05.2024 auf Facebook:

*„Mehrheit sieht den großen Austausch kommen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz deutet Begriffe wie ‚Großer Austausch‘ oder ‚Bevölkerungsaustausch‘ als rechtsextreme Verschwörungsvokabeln. Aber wieder wird eine Verschwörungstheorie zur gelebten Praxis. Etwas, was seit Jahren offensichtlich ist, wird nun aus der relativen Mehrheit des Volkes selbst heraus bestätigt. 45% glauben, dass die Europäer nach und nach durch Afrikaner und Menschen aus dem Nahen Osten ersetzt werden. Herr Haldenwang kann sich das rechte extreme Framing ‚in die Haare schmieren‘. Weitere Erkenntnisse der INSA-Umfrage: 54% haben Angst, dass Deutsche zur Minderheit in Deutschland werden. 65% sagen, es gibt auch Rassismus gegen Weiße. So sieht die Realität aus, von der die Ampel umzingelt ist. Liebe Leute, jetzt heißt es Konsequenzen ziehen und AfD wählen! Denn die AfD ist die einzige Partei, die konsequent dagegen ist!“*¹⁴⁵

Martin Sichert (MdB) schrieb am 08.01.2025 auf Facebook:

„Silvester: ‚Deutsche‘ Täter namens Abdullah.

Nach den schrecklichen Brandanschlägen in der Silvesternacht in Berlin zeichnet sich wieder ein deutliches Bild ab: 670 Tatverdächtige gibt es bisher, davon sind 400 mit deutschem Pass. 256 Namen hat der Innensenat nach Forderungen der AfD bekanntgegeben: 90 Vornamen sind augenscheinlich deutsch oder europäisch (nicht-muslimisch), aber 65 Prozent der deutschen Tatverdächtigen haben Vornamen, die eindeutig nicht-deutschen Ursprungs sind. Eine Auswahl ist hier zusammengestellt.

Lass euch also nicht einreden: ‚Deutsche machen das auch!‘ Schaut genau hin, wie systematisch die Wahrheit über junge Migranten verschleiert werden soll.

¹⁴⁴ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 28.02.2024.

¹⁴⁵ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 03.05.2024; inhaltsgleich: Facebook-Eintrag von Jörn König vom 21.05.2024.

Quelle: <https://nius.de/.../2676b9c3-4d31-4b7a-a2eab364362b>

Martin Sichert (MdB) schrieb am 15.04.2025 auf Facebook:

„MASSENMIGRATION OHNE SINN UND VERSTAND

Deutschland hat von 2010 bis 2024 – also in nur 15 Jahren – 8,4 Millionen Migranten aufgenommen. In den 55 Jahren (!) zuvor waren es insgesamt 7,5 Millionen.

Die Massenmigration begann unter Merkel, wurde unter der Ampel weiter beschleunigt und wird auch unter Merz unverändert weitergehen. CDU/CSU, SPD und GRÜNE sind die Verantwortlichen für Kriminalität, Überfremdung, Explosion des Sozialstaates, Bildungsmisere und viele andere Probleme, die negative Folgen der unkoordinierten Massenmigration sind.

*Die AfD wird diesen Wahnsinn stoppen. Versprochen!*¹⁴⁷

Martin Sichert (MdB) schrieb am 13.05.2025 auf Facebook:

„AfD –Anfrage belegt!

SYRISCHE FRAUEN GEWALTTÄTIGER ALS DEUTSCHE MÄNNER!

Unter Gewaltkriminalität fällt schwere und gefährliche Körperverletzung, Raub, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, Mord oder Totschlag. Wenn euch Linke mal wieder weismachen wollen, Männer seien das Problem oder Deutsche wären genauso gewalttätig, dann zeigt ihnen bitte diese Statistik, um endlich mit den linken Märchen aufzuräumen!

Man bedenke dabei sogar noch, dass unter den deutschen Staatsangehörigen viele mit Migrationshintergrund dabei sind, die Ali heißen oder noch gar nicht lange die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

*Ganzer Artikel: <https://nius.de/.../ff2f0593-8381-4b22-a985-d799e3823876>“ [sic!]*¹⁴⁸

¹⁴⁶ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 08.01.2025.

¹⁴⁷ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 15.04.2025; inhaltsgleich: Facebook-Eintrag der AfD Stade vom 15.04.2025.

¹⁴⁸ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 13.05.2025.

Stefan Henze (MdB) schrieb am 11.06.2025 auf Facebook:

„Massen-Einbürgerungen:

Fast 300.000 neue ‚Deutsche‘ im Jahr 2024, vor allem Syrer! Die Bundesregierung verschleudert den deutschen Pass wie billige Werbeflyer.

So wird Masseneinwanderung in unsere leidenden Sozialsysteme durch die Hintertür legalisiert. Die Zeche zahlen die arbeitenden Bürger.

So darf es nicht weitergehen. Nur wir garantieren den Politikwechsel. Der deutsche Pass muss wieder etwas wert sein!“¹⁴⁹

Andreas Paul (MdB) veröffentlichte am 10.07.2025 einen Story-Beitrag auf Instagram, der eine Statistik zu ausreisepflichtigen Afghanen zeigt. Dazu schreibt er:

„So erledigen die Altparteien die Migrationskrise. 20.000 Afghanen sind nicht mehr ausreisepflichtig, warum? Sie haben nun den deutschen Pass...“¹⁵⁰

Martina Uhr (MdB) schrieb am 27.07.2025 zu dem auf „Tichyseinblick“ erschienenen Artikel „Stoppt die schreckliche Invasion eurer Länder“ auf X:

„Trump hat recht – rettet Europa: Er warnt vor der ‚schrecklichen Invasion‘ durch Migration! Die Regierung schweigt, nur wir handeln.“¹⁵¹

Vanessa Behrendt (MdB) schrieb am 06.08.2025 auf X:

„Deutschland stirbt aus – und die Altparteien klatschen! Nur noch 10% der Bevölkerung sind junge Deutsche zwischen 15 und 24 Jahren, wie Spiegel berichtet. Vor 40 Jahren waren es fast doppelt so viele. Heute? Alt, müde, überfremdet. Ohne Massenzuwanderung läge der Anteil unter 9%. Die Zukunft dieses Landes wird nicht mehr geboren, sie wird importiert. Einwanderung ersetzt keine Kinder! Doch statt deutsche Familien zu stärken, finanziert der Staat lieber Asylindustrie, Regenbogenunterricht und Frühsexualisierung. Statt Lebensfreude gibt's Klimapanik und Genderchaos. Damit muss ein für alle mal Schluss sein! Dieses Land gehört seinen Kindern. Nicht den Kindern der Welt.“ [sic!]¹⁵²

¹⁴⁹ Facebook-Eintrag von Stefan Henze vom 11.06.2025.

¹⁵⁰ Instagram-Eintrag von Andreas Paul vom 10.07.2025.

¹⁵¹ X-Eintrag von Martina Uhr vom 27.07.2025.

¹⁵² X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 06.08.2025.

Stephan Bothe (MdB) schrieb am 20.11.2025 auf Facebook:

„Ist Niedersachsen sicher?

Die Innenministerin Daniela Behrens feiert: 2024 nur noch 529.264 Straftaten in Niedersachsen – weniger als 2014! Alles super seit Merkel die Grenzen geöffnet hat, oder? Die Pressemitteilung vom 13. März 2025 verschweigt natürlich, WER diese Taten wirklich begeht. Die nackte Wahrheit aus der PKS 2024 (ohne die reinen Ausländerrechtsverstöße, damit's nicht auffällt):

Ausländer = 11,4 % der Bevölkerung in Niedersachsen Ausländer = 31,9 % aller Tatverdächtigen

Das ist nicht ‚leicht überrepräsentiert‘ – das ist fast das DREIFACHE! Jeder dritte, der hier erwischt wird, hat keinen deutschen Pass – obwohl nur jeder neunte Einwohner einer ist. Und jetzt schaut euch die Grafik an: Bei den Männern knallen die Ausländer mit 11.431 Tatverdächtigen pro 100.000 Einwohner davon – fast VIER MAL so hoch wie deutsche Männer (3.085). Bei Frauen ist es ‚nur‘ das Dreifache.

Das ist kein ‚Rückgang der Kriminalität‘ – das ist ein Bevölkerungsaustausch mit kriminellen Folgen.

Merkels Erbe: Niedersachsen ist nicht sicherer geworden. Es ist nur älter – und fremder.

#AfD #niedersachsen #fakten“ [sic!]¹⁵³

b) Äußerungen von Kreisverbänden

Der **AfD-Kreisverband Wittmund**¹⁵⁴ schrieb am 06.05.2019 zu dem auf „web.de“ erschienen Artikel „Angeblicher Regelverstoß: Twitter-Konto von Sawsan Chebli zeitweise gesperrt“ auf Facebook:

„Aussage einer - zumindest nach dem Pass - deutschen Politikerin: "Wir werden schon dafür sorgen, dass dieser Name (gemeint ist Mohammed) nie verschwindet!" Solche

¹⁵³ Facebook-Eintrag von Stephan Bothe vom 20.11.2025.

¹⁵⁴ Die Kreisverbände Wittmund und Friesland haben am 03.10.2024 auf einem gemeinsamen Parteitag die Fusion ihrer beiden Kreisverbände zum Kreisverband Friesland-Wittmund beschlossen.

individuen regieren uns und entscheiden über die Zukunft unseres Landes und damit unserer Kinder und Enkel. Wir werden abgeschafft.“¹⁵⁵

Der **AfD-Kreisverband Salzgitter** schrieb am 24.02.2019 auf Facebook:

„Übergroße Ratten‘: Wie die islamische Zuwanderung unsere Hunde bedroht. Der Fall eines kleinen Hundes, der im bayerischen Straubing von einem Syrer aus dem dritten Stock geworfen wurde und elend an seinen schweren inneren Verletzungen verstarb, erschütterte Deutschlands Tierfreunde. In Europa selbst wird es immer schlimmer. Durch die muslimische Massenzuwanderung, die sich in vielen Vierteln Spaniens, Frankreichs und Schwedens konzentriert, gelten Hunde besonders bei radikalen Glaubensanhängern als ‚unrein‘ und verachtenswert. Sie werden als übergroße Ratten bezeichnet. Man macht Jagd auf sie, vergiftet sie, vergewaltigt sie und pfählt sie sogar durch den Hals. Der Hass auf den besten Freund des Menschen nimmt unfassbare Formen an. Was uns noch bevorstehen könnte, zeigt sich derzeit im Iran und anderen muslimischen Staaten. Dort ist bereits das Gassi-Gehen verboten, ebenso die Mitnahme der Vierbeiner im Auto; auch ist es strikt verboten, dass die Tiere den Kopf aus dem Fenster halten. Einen Hund zu besitzen, steht unter Strafe. Halter müssen nicht nur mit einem Bußgeld von 2.500 Euro rechnen, sondern auch mit der Tötung des Tieres sowie 60 Peitschenhieben. Mittelalterlicher, kranker Wahnsinn.

In London und Manchester skandieren erregte Muslime öffentlich: ‚Das ist jetzt islamische Zone. Führen Sie hier nicht ihren Hund aus! Muslime mögen keine Hunde!‘ In den USA und in Kanada weigern sich muslimische Bus- und Taxifahrer, Blindenhunde mitzunehmen. Dort sieht man schon heute, was Deutschland in Zukunft droht. Und das alles nur, weil der islamische Glaube mit all seinen Begleiterscheinungen hier immer mehr Fuß fasst.

Wollen wir das? Müssen wir nach unseren Frauen jetzt auch zunehmend Angst um unsere Vierbeiner haben?“¹⁵⁶

Der **AfD-Kreisverband Cuxhaven** schrieb am 19.01.2020 auf Facebook:

„Eine grausame Tat wurde vor dem Bremer Landgericht verhandelt. Ein ‚Mann‘ schnitt seiner schwangeren Frau von hinten mit einem Buschmesser die Kehle durch. Der

¹⁵⁵ Facebook-Eintrag der AfD Wittmund vom 06.05.2019.

¹⁵⁶ Facebook-Eintrag der AfD Salzgitter vom 24.02.2019.

verdacht, dass das mit ‚kultureller Bereicherung‘ zu tun hat bestätigt sich auch hier, dieser ‚Mann‘ ist aus Nigeria. Entsprechend gering war das Strafmaß, 10 Jahre gab es für dieses Tötungsdelikt. Natürlich darf man das nicht als Migrationsrabatt bezeichnen, die etablierte Begründung lautet: der Täter habe ‚im Affekt gehandelt‘.¹⁵⁷

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) teilte am 10.05.2022 auf Telegram ein Foto eines Ausstellungsplakats mit dem Text „Die Deutschen des 21. Jahrhunderts. Daneben ist eine schwarze Frau zu sehen. Kaiser schreibt dazu:

„Ein großer Austausch findet nicht statt!“¹⁵⁸

Der **AfD-Kreisverband Wittmund** veröffentlichte am 26.06.2022 zu einem auf „web.de“ erschienenen Artikel mit dem Titel „Streit zwischen Großfamilien in Essen eskaliert: Massenschlägerei mit Hunderten Beteiligten“ auf Facebook folgenden Text:

„So ähnlich ging es im Mittelalter auch schon ´mal zu. Eigentlich hatten wir uns weiter entwickelt und zivilisiertere Wege gefunden, Meinungsunterschiede auszutragen. Aber ich bin ja als Optimist verschrien und bin guter Hoffnung, dass unsere zugewanderten Facharbeiter, Akademiker und Nobelpreisträger das bis zum Jahr 3022 auch im Griff haben.“ [sic!]¹⁵⁹

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** nimmt am 09.06.2022 auf Facebook Bezug auf einen Beitrag von AfD-Bundessprecherin Alice Weidel zum Thema „Deutsche flüchten vor der Politik – Syrer, Rumänen und Afghanen kommen!“:

„Man darf es ruhig aussprechen, auch wenn es der Verfassungsschutz gleich wieder in seine Akten schreibt: Es ist Umvolkung und es ist real! Wahrheit lässt sich nicht zensieren und beugt sich keiner Dienstanweisung! Deutschland, Niedersachsen und Wolfsburg wachsen nur ausschließlich durch Zuwanderung! Bei den Kindern haben wir den ‚Point of no Return‘ wohl bereits überschritten. Noch immer bekommen die Deutschen viel zu wenig Kinder, um den Bestand zu erhalten. Somit verkleinert sich die Bevölkerung mit jeder Generation um ca. ein Drittel. Aufgefüllt wird seit Jahren mit Migranten, die zumeist in den Sozialen Sicherungssystemen zu Hause sind. Hier werden weit mehr Kinder geboren und dies wird schließlich die Zukunft unseres Landes sein! Oder sollte man sagen: Dieses Landes? Denn wessen Landes wird es

¹⁵⁷ Facebook-Eintrag der AfD Cuxhaven vom 19.01.2020.

¹⁵⁸ Telegram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 10.05.2022.

¹⁵⁹ Facebook-Eintrag der AfD Wittmund vom 26.06.2022.

sein in ein, zwei Generationen? Das ganze System der Umvolkung inklusive der üppigen Sozialtransfers erhält der Deutsche mit seinen Steuern und Abgaben, die seit Jahrzehnten steigen und ein astronomisches Niveau erreicht haben! Wir zahlen also dafür, dass andere hier gut und gerne leben können. Das ist ein Fakt und das sagt jede Statistik und führt dazu, dass die jungen und flexiblen und gut ausgebildeten Leute das Land verlassen- so Sie denn können. Das wiederum erhöht das Tempo dieses Prozesses, der zweifelsfrei von den Regierenden genau so gewollt ist! Zu glauben, dass man sowas über Jahrzehnte ‚aus versehen‘ laufen lassen würde, mit allen Konsequenzen für die Rente, die Arbeitslosenversicherung, die Kultur, Normen und Werte... ist einfach nur naiv! Niemand macht eine solche Entwicklung mit aus Unwissenheit oder Dummheit und steht mit seinem Beamtenapparat ganz plötzlich vor dem Ergebnis. Das wird nicht nur in Kauf genommen, sondern ist geplant und durchgeführt und genau so fein Justiert, dass das System es gerade noch verkraften und aufrecht erhalten kann, bis es kein zurück mehr gibt! Es soll ein neues Deutschland werden. Eines, das bunter, diverser und multikultureller ist als das alte. Es sollen alle gleich sein- gleich arm und der Staat regelt, wem wie viel zusteht. Freiheit, Bürgertum, Unabhängigkeit, Wohlstand und Besitz sind diesen Leuten ein Dorn im Auge. Damit stehen sie genau in einer Reihe mit den Plänen des Great Reset¹⁶⁰ des WEF unter Klaus Schwab! Diese Pläne sind nicht geheim- sie schreiben Bücher darüber, sie bringen es raus und runter in den Medien. Alle könnten das sehen, wenn sie denn wollten!“ [sic!]¹⁶¹

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 19.11.2022 auf X:

„Umvolkung darf man ja nicht mehr sagen. Darum: Es wird bestimmt nicht lange dauern, bis die Dorfbewohner integriert sind! Neues Deutschland und seine neuen Plusdeutschen. Doppelplusgut. Nicht.“

¹⁶⁰ Der englische Begriff „The Great Reset“ (dt. „Der große Neustart“) bezeichnet die Initiative des Weltwirtschaftsforums für eine Neugestaltung der Weltwirtschaft und der Weltgesellschaft im Anschluss an die COVID-19-Pandemie. Sie legt einen stärkeren Fokus auf Themen wie Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit unter Beteiligung der Betroffenen mit ihren jeweils speziellen Interessen. Die Initiative wurde vom Direktor des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, entworfen und im Juni 2020 vorgestellt. Im Juli 2020 veröffentlichte er zusammen mit Thierry Malleret das dazugehörige Buch „Covid-19: Der große Umbruch“. Seitdem verwenden verschiedene Gruppen und Autoren den Ausdruck „Great Reset“ für angebliche Weltherrschaftspläne einer mächtigen finanziellen und politischen Elite, die hinter der Pandemie stecke und diese für ihre Zwecke benutze.

¹⁶¹ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 29.06.2022.

https://m.bild.de/bild-plus/regional/frankfurt/frankfurt-aktuell/500-seelen-don-soll-1000-aufnehmen-angst-vorm-fluechtlings-kollaps-81955884.bildMobile.html?cid=social.bildsocial.exactagconverter.acquisition..81955884.free.facebook.Bild&t_ref=https%3A%2F%2Fm.facebook.com%2F162

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 16.12.2022 auf Facebook zu einem Artikel des „Handelsblatt“ mit dem Titel „Rente: Scholz: Mehr ältere Arbeitnehmer sollen bis zum offiziellen Renteneintrittsalter arbeiten“:

„Scholz vom Team Umvolkung erklärt den Bürgern, warum Sie länger arbeiten müssen, sich gleichzeitig weiterhin nicht ausreichend vermehren dürfen und der frei werdende Platz mit Zuwanderern in Millionenhöhe aufgefüllt werden muss. Angeblich, um unseren Wohlstand zu erhalten und die Anzahl der Arbeitsplätze auf gleichbleibendem Niveau zu halten. Das sagt man uns zwar schon seit Jahrzehnten, aber daran, dass die Rentenkassen leer und die Sozialkassen überlastet sind hat das bisher nie etwas verbessert! Das Märchen, warum man die Deutschen durch Zuwanderung ersetzen müsse, wird man uns noch erzählen, wenn der letzte Deutsche mit 100 Jahren tot vom Arbeitsplatz weggetragen wird und das letzte noch Deutsch sprechende Kind im Ort verzweifelt versucht, seine arabisch-afrikanischen Mitschüler in die ehemalige ‚Mehrheitsgesellschaft‘ zu integrieren. Es geht wohl eher um billige Arbeitskräfte und Konsumenten statt um Fachkräfte und ob die Deutschen sich fortpflanzen oder irgendjemand scheint Scholz und seinen Kumpanen herzlich egal zu sein!

Der Verfassungsschutz beäugt es ja mit Argwohn und wer das böse Wort trotzdem in den Mund nimmt, kommt auf die schwarzen Listen, aber es ist ein Fakt und nicht mehr abzustreiten: Umvolkung findet statt und wird ganz gezielt in Kauf genommen von Leuten wie Scholz und Baerbock und Merkel und ähnlichen, weil ihnen das eigene Volk stets bestenfalls egal war und ist und weil die Umvolkung so nette Begleiterscheinungen hat, wie ‚Buntheit‘ und ‚Diversität‘ und man auf die eigene Kultur sowieso nichts gibt.

Interessant wird sein, ob sich die in vermeintlichen Wohlstand gepackten Deutschen (noch ist der Kühlschrank voll, noch ist die Wohnung warm) so sang und klanglos dem ergeben werden, oder ob es doch noch etwas wie ein gesunder Wille zur

¹⁶² X-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 19.11.2022.

Selbstbehauptung gibt, der einen Widerstand gegen das eigene Ersetzt werden durch die eigene Regierung wach werden lässt oder ob man weiter dahindämmert, wie Greise im Altenheim und es einfach geschehen lässt. Es gibt einen Widerstand- man kann ihn wählen und verstärken, man muss es nur auch tun!“ [sic!]¹⁶³

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 02.01.2023 auf Facebook zu einem „BILD“-Artikel mit dem Titel „Silvester-Randale in deutschen Städten: Wer sind diese Chaoten, die unser Land kaputt machen?“:

„Derzeit regen sich wieder die Politiker von der SPD bis Gründe darüber auf, dass Rettungskräfte angegriffen werden und kein Respekt mehr da ist und beklagen eine Verrohung der Gesellschaft. Das sind komischerweise genau dieselben Politiker, die diese Situation erst herbei geführt haben! Neu ist diese Entwicklung auch nicht, es gab 2015 schon Massenvergewaltigungen auf der Domplatte in Köln. Seither wurde nichts getan, um am ursprünglichen Problem etwas zu beheben. Im Gegenteil! Man hat die Grenzen immer weiter geöffnet und freut sich über eine ungesteuerte Zuwanderung aus aller Welt. Nun sind es offensichtlich genau diese ‚Zukunftsdeutschen‘, welche die Obrigkeit und den deutschen Staat hassen und ihn bei jeder Gelegenheit angreifen, die sich bietet und sei es nur ein Sanitäter in Uniform. Diese Entwicklung wird nicht aufhören, sondern es wird schlimmer werden. Daran kann auch ein Böllerverbot nichts ändern, obwohl ich für ein lokales Böllerverbot in Neukölln, Kreuzberg und Leipzig Conneberg durchaus zu haben wäre. Solange man aber am ursprünglichen Problem nichts macht, nicht konsequent bestraft und ggf. auch abschiebt und die Grenzen schließt, ist das alles wirkungslos. Auch die Linksextremen Steinewerfer sind doch spätestens seit dem G20-Gipfel in Hamburg gut bekannt.

Ob Böller oder nicht, diese Leute werden auch Gullideckel und Steine vom Dach auf Polizisten. Solange die Politik aber genau jene Leute fördert und für den Straßenkampf gegen ihre politische Konkurrenz nutzt, werden die auch weiter Barrikaden bauen und die Polizei angreifen. Frau Innenministerin Faeser weiß dies und wird nichts ändern. Sie mach jetzt nur Theater. Schauspielerei. Am Ende werden beide Gruppen genau so weiter machen können und stattdessen wird Sie den Bürgern wieder ein Stück Freiheit nehmen, um Sicherheit vorzutäuschen. Die Bürger, die nun nach einem

¹⁶³ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 16.12.2022.

allgemeinen Böllerverbot rufen, haben entweder nichts verstanden oder Sie machen mit bei der Täuschung. Sklaven, die nach der Peitsche rufen.“ [sic!]¹⁶⁴

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 04.01.2023 zu einem auf „NDR Info“ erschienenen Interviewausschnitt mit der Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung von Bündnis90/Die Grünen Aminata Touré (SH) auf Facebook:

„Sie stellt sich schützend vor die Gewalttäter und versucht mit einem Böllerverbot für alle Bürger vom eigentlichen Problem abzulenken. Ist auch klar, denn die Grünen haben diese Situation nicht nur mit zu verantworten, sie begrüßen diese Zustände sogar!

Taqyia heißt das, was sie macht und zeigt damit, dass die Grünen ein Teil des Problems sind und niemals an einer Lösung interessiert sind. Dass sie ihren Mitmenschen die Freiheit Stück für Stück verbieten wollen, ist ja nicht neu. Das machen sie andauernd und was sie nicht verbieten können, das machen sie teuer. Weil ihnen Deutschland letztlich egal ist und es ihrer Auffassung nach ein deutsches Volk gar nicht gibt, fühlen sie sich diesem natürlich auch nicht verpflichtet, sondern eher den ‚Zukunftsdeutschen‘, denen sie hier beispringt. Wer Grün wählt macht sich mitschuldig!“¹⁶⁵

Der **AfD-Kreisverband Hannover-Stadt** schrieb am 04.01.2023 auf X:

„Nicht die die Herkunft macht jemand zum Täter, sondern seine Sozialisierung. Sozialisierung kommt von der Herkunft. Kommt man aus streng religiösen archaischen Verhältnissen, ist die Wahrscheinlichkeit des Abfärbens hoch.“ [sic!]¹⁶⁶

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 12.02.2023 zu einem Facebook-Beitrag der „Tagesschau“ auf Facebook:

„Das wird wieder Chaos pur! Keine Kontrolle, jeder kann rein, keiner muss je wieder raus und der Michel zahlt alles wieder fleißig. Diese Regierung steht für die laufende

¹⁶⁴ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 02.01.2023.

¹⁶⁵ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 04.01.2023.

¹⁶⁶ X-Eintrag der AfD Hannover-Stadt vom 04.01.2023.

Umvolkung wie keine zuvor. Helfen vor Ort okay, aber kein weiterer Kontrollverlust mehr der zum Kollaps der sozialen Sicherungssysteme führt!“ [sic!]¹⁶⁷

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 08.03.2023 auf Facebook zu einem Facebook-Eintrag von Christian Blex (MdL, NW) mit dem Titel „Fachkräftemangel? Produktivitätswachstum statt Massenmigration“:

„Es werden immer weniger Deutsche geboren. Seit den Coronalockdowns sogar noch weniger wie ohnehin schon. 2022 sind die Geburtenzahlen geradezu eingebrochen. Aufgefüllt wird das Land mit Migranten. Die Bevölkerung Deutschlands wächst obwohl sie eigentlich schrumpfen müsste, weil die Geburten die Todesfälle nicht ausgleichen. Das Wachstum findet also nur durch Migration statt. In der Folge steigt der Ausländeranteil der Bevölkerung und das seit Jahrzehnten und das dramatisch. Die seit Jahren andauernde Massenmigration hat seit 2009 rund 18 Millionen Menschen ins Land gespült. Dazu kommt noch, dass Migranten eine höhere Geburtenrate haben. Das bedeutet, dass wir inzwischen mehr nicht Deutsche Kinder haben, als deutsche Kinder. Also kann man sagen, dass wir eine Umvolkung erleben. Da die Politik all dies weiß und das schon seit Jahrzehnten, werden wir wahrscheinlich ganz gezielt aus unserem eigenen Land heraus gezüchtet. Deutschland soll bunter werden. Das Land der Deutschen, so wie wir es kennen, wird es schon bald nicht mehr geben. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf unsere Kultur, das Zusammenleben usw. Warum das so gemacht wird, weiß ich nicht. Vielleicht geht es plump um wirtschaftliches Wachstum und mehr Konsumenten. Vielleicht haben aber auch einige Leute ganz andere Ziele, die Sie damit verfolgen. Das warum zu wissen, wäre schon mal was, aber wichtiger wäre es, sich dieser Entwicklung mit aller Kraft entgegen zu stellen und sie zu stoppen! Deutschland ist das Land der Deutschen! Es ist nicht irgendjemandes Land und es kann nicht egal sein, ob sich die Deutschen fortpflanzen oder irgendjemand und es kann nicht egal sein, wer seine Kultur an seine Nachkommen weiter gibt! Es ist das Volk der Deutschen, dem die Politik verpflichtet ist. Wer dabei mit hilft, das eigene Volk abzuschaffen, wie Thilo Sarrazin schon 2009 so treffen beschrieben hat, der verrät seine eigene Familie! Die AfD wird sich diesen Leuten mit aller Kraft entgegen stellen bis wir diese Politik beenden haben und wieder Politik für die eigenen Leute machen!“ [sic!]¹⁶⁸

¹⁶⁷ Facebook-Eintrag der AfD-Wolfsburg vom 12.02.2023.

¹⁶⁸ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg 08.03.2023.

Der **AfD-Kreisverband Hannover-Stadt** verbreitete am 23.03.2023 ein Video des „Heimat Kuriers“ mit dem Titel „Qual-Video aus Heide: Nur die Spitze des Eisbergs“ auf Facebook weiter. Dazu schreiben sie:

„Das Video ist kein Einzelfall: Es bietet einen Einblick in den grausamen Alltag von deutschen Kindern und Jugendlichen in Gegenden, wo der Bevölkerungsaustausch weit fortgeschritten ist – eine schonungslose Analyse“¹⁶⁹

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 08.04.2023 zu einer von der AfD-Fraktion Niedersachsen veröffentlichten Statistik zum „Geburtendefizit“, der „Nettozuwanderung“ und einer insgesamt steigenden Bevölkerungszahl auf Facebook:

„Die schrumpfende Bevölkerung wird nach und nach ausgetauscht. Millionenfach wird die entstandene Lücke mit Einwanderern aufgefüllt bis die Deutschen in der Minderheit sind.“ [sic!]¹⁷⁰

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 25.04.2023 auf Facebook:

„Eine Sekte, nichts anderes!

Sich sterilisieren zu lassen, um keine Kinder mehr zeugen zu können, weil die es ja auch so schlecht haben würden in dieser schlechten Welt, aber dann sich auf die Straße kleben, weil genau diese nicht geborenen Kinder eine lebenswerte Zukunft haben sollen, ist der allerletzte Beweis, dass diese Leute Psychos sind. Geistesranke, die durch Hintermänner in Panik versetzt und fehlgeleitet werden.

Wir brauchen mehr Therapeuten und weniger Samthandschuhe um diese Verrückten zu stoppen, die eine ganze Gesellschaft in ihren Wahn mit hineinziehen!

Übrigens: Ob sich auch die Hassans und Aisches dieser Republik zur Rettung des Planeten sterilisieren lassen?

Ich denke mal die Antwort wird dafür sorgen, dass sich der Bevölkerungsaustausch noch beschleunigt...“ [sic!]¹⁷¹

¹⁶⁹ Facebook-Eintrag der AfD Hannover-Stadt vom 23.03.2023.

¹⁷⁰ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 08.04.2023.

¹⁷¹ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 25.04.2023.

der „Jungen Freiheit“ mit dem Titel „Es gibt ein Volk“ auf Facebook:

„Natürlich gibt es ein Volk. Ein Staatsvolk, ein Deutsches Volk. Auch wenn der Regierungsschutz, ähm der Verfassungsschutz anderer Meinung ist. Jetzt macht brav Meldung, ihr Schnüffler. Böse AfD, böse, böse, böse...“ [sic!]¹⁷²

Der **AfD-Kreisverband Hannover-Stadt** schrieb am 31.05.2023 zu einem Artikel des „Heimat Kurier“ mit dem Titel „Deutschland: Knapp 170.000 Einbürgerungen – ein Drittel davon Syrer!“ auf Facebook:

„Je höher die Zahl der Einbürgerungen, desto schwieriger wird es für rechte und migrationskritische Parteien, künftig demokratische Mehrheiten zu erringen. Die Altparteien sichern sich mit der Ersetzungsmigration für den drohenden Stimmenverlust ab' - weitere Ausführungen dazu gelten als verfassungsfeindlich.“¹⁷³

Der **AfD-Kreisverband Rotenburg/Wümme** schrieb am 08.06.2023 auf Facebook:

„Es zerreißt einem das Herz und dreht den Magen um, wenn man sieht, wie internationale Globalisten unseren Kontinent durch die Masseninvasion von kulturfremden und vielfach kranken Individuen fluten und unsere Frauen und Kinder zum Fraß vorwerfen. Und unseren gesteuerten Systemmedien ist das nur eine Randnotiz wert! Schlaft weiter ihr Schafe, es gibt nichts zu sehen!

Wer starke Nerven hat und nicht die Augen vor der grausamen Wirklichkeit verschließen will, dem empfehlen wir die patriotische Journalistin und Bloggerin Anabel Schunke, die die schrecklichen Videosequenzen geteilt hat.“¹⁷⁴

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 25.06.2023 auf Facebook zu einem „BILD“-Artikel mit dem Titel „Kriegen ALLE Clan-Mitglieder jetzt den Deutschen Pass?“ [sic]:

„Das ist der Plan der Deutschlandabschaffer von Merkel angefangen, über Scholz Faeser, Baerbock, Habeck, von der Leyen usw.

¹⁷² Facebook-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 04.05.2023.

¹⁷³ Facebook-Eintrag der AfD Hannover-Stadt vom 31.05.2023.

¹⁷⁴ Facebook-Eintrag der AfD Rotenburg/Wümme vom 08.06.2023.

Sie machen alle mit. Sie sind das Team Umweltangst, die Angst vor Klimawandel, die Angst vor Islamisierung, die Angst vor Kultur und unser Volk auslöschen wollen. Wer das verhindern will, wer möchte, dass Deutschland auch in Zukunft das Land der Deutschen ist, der kommt zur AfD! Werden Sie Mitglied! Spenden Sie! Wählen Sie die AfD! Gehen Sie zu Demos! Werden Sie aktiv gegen den linken Irrsinn! Wir werden nicht zulassen, dass unser Land ruiniert- und an Fremde übergeben wird! Gemeinsam stellen wir uns gegen die Grünen, die Sozialisten und die EU-Fanatiker, die mit unserem Volk nichts Gutes im Schilde führen! Wir werden diese Entwicklung aufhalten, aber dafür brauchen wir Sie! Wir brauchen Leute, die keine Angst haben, die sich für ihr Land und ihre Familie einsetzen. Wir brauchen Leute, die ein Deutschland an ihre Kinder und Enkel übergeben wollen, so wie Sie es von ihren Eltern und Großeltern übernommen haben. Wir müssen mehr werden! Wir müssen stärker werden! Warten Sie nicht länger, sondern kommen Sie zu uns! Wir sind die Alternative für Deutschland!“ [sic!]¹⁷⁵

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) mit einer Rede am 04.08.2023 auf der AfD-Europawahlversammlung in Magdeburg (ST):

„Unter dem Deckmantel des sogenannten Multilateralismus wird immer mehr Entscheidungskompetenz auf eine supranationale Ebene gehoben. Die vollständige Abschaffung von Nationalstaaten, das fanatische Verfolgen von utopischen Klimazielen, Genderideologie, Frühsexualisierung und natürlich der Bevölkerungsaustausch. Das alles sind die Symptome eines bösartigen Tumors, der in dieser EU streut.“¹⁷⁶

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 20.08.2023 auf Facebook:

„Wer es immer noch nicht mitbekommen hat: Unser Land wird gerade (wieder einmal oder immer noch) mit Zuwanderern überflutet! Ich sage überflutet, weil es Maßstäbe wie 2015 hat und wir seitdem 12 bis 13 MILLIONEN Menschen hier untergebracht haben, der Strom aber nicht abreißt, sondern noch ansteigt!

Keiner weiß mehr wohin! Geld fehlt, Wohnungen fehlen, die Helfer sind weniger, desillusioniert, die Teddybärwerfer meiden die Bahnhöfe, kurz: Deutschland verliert (erneut oder immer noch) die Kontrolle!

¹⁷⁵ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 25.06.2023.

¹⁷⁶ Marie-Thérèse Kaiser am 04.08.2023 auf der Europawahlversammlung in Magdeburg. Online unter: <https://youtu.be/B21ROH3bz2I?t=31615>

Die Grenzen stehen nicht ein, sondern sie werden gesteuert, wahllose Einwanderungswelle über unser Land und als ob das nicht reichen würde, fährt der Kanzler nach Kenia und wirbt dort um die Zuwanderung von 250 000 ‚Fachkräften‘. Er scheint also mindestens so dumm wie seine Vorgängerin, Frau Merkel, zu sein! Oder er hat das gleiche Ziel! Das Ziel ist meiner Meinung nach, Deutschland mit Migranten aus aller Welt zu beschicken, Gott weiß, warum und wofür, oder der Teufel, da bin ich mir nicht sicher.

Jedenfalls wird streng darauf geachtet, dass der Strom auch ja nicht versiegt und weiter Nachschub kommt, auch wenn keiner mehr weiß, wo die Leute leben sollen. Es wurde vorher schon über Wohnungsmangel geklagt, was aber offensichtlich egal zu sein scheint und die Medien achten ebenso streng darauf, dass der Wahnsinn nicht allzu sehr aufgebauscht wird. Berichte nur vereinzelt, meist verniedlicht, die Politiker lobend und natürlich immer pro Einwanderung und Gegner diffamierend.

Machen wir uns nichts vor: Die Medien sind Teil des Plans, Teil des Problems und haben sich ganz offenbar mit den Politikern der Altparteien zusammen getan, um es genau so, wie es jetzt eskaliert, eskalieren zu lassen.

Da man ‚Umvolkung‘ nicht sagen darf, weil einen sonst der Regierungsschutz mit Namen Verfassungsschutz auf den Hals gehetzt wird (wie jüngst seinen ehemaligen Leiter, Herrn Maßen) meide ich es natürlich und sage es nicht, aber was hier läuft, ist für alle, die hinsehen, sonnenklar!

...

Ab September werden Asylbewerber und Geflüchtete im Landkreis Bad Tölz an Gemeinden verteilt, die ihre Quote nicht erfüllen. Nicht alle Bürgermeister haben schon eine Lösung.“ [sic!]¹⁷⁷

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** verbreitete am 26.08.2023 einen Facebook-Beitrag der AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen weiter. Dazu schreiben sie:

„Kaum zu glauben, dass man im Superstaat der Umverteilung, Deutschland, die Umverteilung noch einmal um 34 Milliarden Euro erhöhen könnte, wo doch bereits jetzt einem zwei Drittel des Verdienstes weggenommen werden und anschließend durch

¹⁷⁷ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 20.08.2023.

die Klassen des Staates wandern. Man kann sich vorstellen: Die Empfänger dieser Gelder werden wohl eher nicht die deutschen Familien sein! Die sind schon lange nicht mehr ‚Kinderreich‘ und damit auch nicht mehr im Focus der Politiker! Wer in Deutschland Kinderreich ist und damit das Geld erhält, das den anderen zuvor aus der Tasche gezogen wurde, dürfte jedem klar sein!

Das Geld wird ganz gezielt zu denen umgeleitet, die im Zentrum rot-grüner Politik stehen! Ich sag jetzt mal ‚Zukunftsdeutsche‘. Jeder, der denkt, er würde damit dem Nachbarn helfen und für ein gutes Leben dessen Kindes sorgen, der irrt! Der werthe Nachbar und seine Frau werden auch weiterhin beide arbeiten gehen um den Krippenplatz für ihr Kind zu finanzieren und die Steuern rein zu kriegen- genauso, wie Du! Das ist nicht sozial und es ist nicht asozial, wenn man das nicht okay findet!“ [sic!]¹⁷⁸

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 16.10.2023 zu dem auf „Tichyseinblick“ erschienenen Artikel „Fast ein Viertel der Neuntklässler in Deutsch unterhalb der Mindeststandards“ auf Facebook:

„Keine deutschen Schüler, keine deutsche Sprache. Nirgendwo ist die im Gange befindliche Umvolkung deutlicher zu sehen, wie bei den jüngsten und besonders in der Schule. Das deutsche Volk schrumpft. Weiterhin. Seit Jahren. Dass die Bevölkerung hingegen wächst, liegt einzig und allein an der hohen Zuwanderung und deren Nachkommen. Diese Entwicklung ist gewollt und kein Versehen! Wie kann man dann erwarten, dass die Mindeststandards in der Schulbildung eingehalten werden? Kinder, die kein Wort Deutsch sprechen, schreiben nunmal keine guten Diktate! Dass im Laufe der Jahre die Kinder aufholen, ist natürlich klar, jedoch geht viel Zeit und Energie dabei verloren und am Ende kommen leider bei vielen keine Wunder dabei heraus! Wie sollte es auch anders sein? Die AfD will eine Begrenzung der Zuwanderung und eine Förderung deutscher Familien. Wie möchten das dreigliedrige Schulsystem beibehalten und eine Konzentration auf die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen! Gendern in der Schule und eine Toleranzerziehung im Sinne der LGBT hat auf dem Lehrplan nichts zu suchen! CDU, SPD und Grüne haben unser

¹⁷⁸ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 26.08.2023.

„Bildungswesen kaputt gemacht: ihre Aufgabe ist es, die Bildung der Kinder zu fördern, nicht die Kinder auf der auf!
Zeit, das zu ändern!“ [sic!]¹⁷⁹

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 06.11.2023 zu einem Beitrag von Peter Felser (AfD) auf Facebook:

„Eine unfassbare Aussage: Die Evangelische Kirche (EKD) hat in Person ihrer obersten Repräsentantin, Annette Kurschus, nun die völlige Unterwerfung der Deutschen unter das Primat der Zuwanderungsgesellschaft gefordert!

Die Deutschen sollten bis zu ihrer vollständigen Selbstaufgabe den Zuzug von Migranten akzeptieren.

Was die offensichtlich völlig verwirrte und böswillig Deutschfeindliche Chefin der protestantischen Kirche Deutschlands hier fordert, ist nichts anderes, als dass sich die Deutschen aus moralischen Anspruch, aus evtl. Schuldbewusstsein für alle Schlechtigkeiten, die Deutsche jemals in der Geschichte begangen haben, aus der Geschichte verabschieden und sich freiwillig aus ihrem eigenen Land züchten lassen!

Entgegen der Lehre von Charles Darwin sollen die Deutschen sich nicht mehr selbst behaupten, sich selbst vermehren, sondern aus der Evolution verabschieden. Anders kann man es nicht verstehen, was die Dame sagt!

Wie tief muss der Hass auf die eigenen Leute sein, wenn man so etwas fordert!

Selbstaufgabe. Das bedeutet in dem Zusammenhang, dass wir die Sicherheit unserer Frauen und Kinder, die Pflege unserer Alten, die Ordnung, Kultur und Lebensart unseres Volkes über den Haufen werfen und uns nichts wichtiger ist, als Fremden zu helfen.

Das ist- man muss es so sagen: KRANK!

Es kann einem NICHT egal sein, ob die eigenen Kinder eine gesicherte Zukunft im Land ihrer Vorfahren haben und ob sie selber Kinder bekommen und großziehen können und in ihrer von ihren Eltern und Großeltern überlieferten Kultur als freie Menschen leben können, oder ob irgendwer hier lebt und irgendeine Werteordnung lebt!

¹⁷⁹ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 16.10.2023.

Es wäre auch völlig widernatürlich das von den Leuten zu verlangen!

Kein Vogel füttert irgendwelche Junge in irgendeinem Nest!

Jeder füttert seine Junge.

Ist es anders, so ist es Betrug, siehe den Kuckuck.

Aber zu fordern, man müsse so viele Leute aufnehmen und versorgen- ohne Rücksicht auf die Folgen für die Gesellschaft oder einen selber oder die eigenen Liebsten- eben bis hin zur Selbstaufgabe, das ist Unchristlich!

Man ist ob solcher Forderungen nur noch erschüttert!

Die Leute müssen aus dieser Kirche, die sich nur noch den Neubürgern verschrieben hat, die lieber die LGBT-Lobby segnet, als Patrioten in ihren Reihen zu dulden, umgehend austreten!

Wer jetzt noch diese Kirche unterstützt, damit diese ihre Macht gegen das eigene Volk richten kann, der macht sich am großen Austausch mitschuldig!

Kein Cent, keine Unterstützung mehr für diese linksgrün-versuchte Kirche, die sich schon längst andere Schäfchen gesucht hat!

Sie sind unerbittlich gegen ihre Nächsten um den Über-über-Nächsten zu hofieren, um vom Mainstream den Bauch gestreichelt zu bekommen. Sowas sollte man nicht unterstützen!

Kirchenaustritt und Widerstand gegen solche kranken Pläne JETZT!" [sic!]¹⁸⁰

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 20.03.2024 zu einem X-Eintrag von René Springer (MdB, BB), der sich mit den Themen Remigration und Familienpolitik befasst, auf Facebook:

Die Geburtenzahlen von Deutschen sind so tief wie lange nicht! Es wird Politik gegen Deutsche, deutsche Familien, gegen Kinder von Deutschen generell, gemacht und gleichzeitig Politik für Fremde, für Einwanderungsfamilien, für Kinder von nicht-Deutschen im speziellen. Eine Politik der Umvolkung, des Selbsthasses und der Selbstaufgabe. Die Zukunft der Altparteien ist bunt, aber nicht Deutsch. Die Zukunft

¹⁸⁰ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 06.11.2023.

der AfD ist schwarz für gold. Wir machen Politik für unsere Familien und für unsere Kinder und Enkel! Die Deutschen haben die Wahl!“ [sic!]¹⁸¹

Der **AfD-Kreisverband Hannover-Land** beschrieb am 06.05.2024 auf Facebook das Schlagwort „Festung Europa“:

„AfD-Kernpunkte zur Europawahl: Festung Europa!

Die unregelte und illegale Zuwanderung von Menschen aus der ganzen Welt überfordert uns. Wir wollen nicht zu Fremden im eigenen Land werden.

Deshalb wollen wir den Zustrom schon an den europäischen Außengrenzen stoppen wie auch die Kontrolle über die deutschen Grenzen wieder herstellen. Asylverfahren wird es mit uns nur noch außerhalb Deutschlands geben. Wer kein Recht darauf hat, in Deutschland zu sein, muss wieder gehen. Abschiebungen werden wir im notwendigen Umfang konsequent durchgeführt.“ [sic!]¹⁸²

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 21.06.2024 zu einem Artikel von „Tichyseinblick“ mit dem Titel „Deutschland wächst bis 2045 marginal – durch massive Zuwanderung“ auf Facebook:

„Von Bevölkerungsaustausch darf man aber nicht sprechen! Nennen wir es besser neue, bunte Realität.“¹⁸³

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 27.07.2024 auf X:

„Acht Millionen Ausländer kamen seit 2005: Die Massenmigration zerstört unser Land! facebook.com/share/p/ZwY8Lu...“¹⁸⁴

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 01.09.2024 zu dem auf „regionalheute.de“ erschienen Beitrag mit dem Titel „Stadt in der Region hat höchste Geburtenziffer in Niedersachsen“ auf Facebook:

„In Wolfsburg laufen die Schulen und Kindertagesstätten über. Aber unsere Geburtenzahlen sagen ganz klar, dass es keinen Babyboom gibt!“

¹⁸¹ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 20.03.2024.

¹⁸² Facebook-Eintrag der AfD Hannover-Land vom 06.05.2024.

¹⁸³ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 21.06.2024.

¹⁸⁴ X-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 27.07.2024.

Seit über zehn Jahren fast konstant bei 1,5 Kindern pro Frau. Jetzt sogar noch leicht gesunken, auf 1,38! Frau Bothe lügt also wie gedruckt, wenn sie sagt, das wären die vielen Geburten! Es ist die starke Zuwanderung, die tausende Familien mit Kindern an unsere überforderten Schulen bringt!

Deutschlands Bevölkerung musste seit Jahrzehnten schrumpfen. Tut sie aber nicht, weil der Bevölkerungsrückgang mit einer Zuwanderung von Millionen Menschen aufgefüllt wird!

Diese Kinder belasten unser Bildungssystem, was man an den schlechten Werten bei zum Beispiel Pisa-Studien ablesen kann. Wir müssten bei steigender Bevölkerung eigentlich die Infrastruktur ausbauen, aber dafür fehlt das Geld! Schulen, Krankenhäuser, Wasserversorgung, es trifft eigentlich jeden Bereich und in jedem Bereich fahren wir am Limit und auf Verschleiß.

Dass wir diesen Bevölkerungsaustausch, diese Zuwanderung beenden müssen, weigern sich die Genossen und grünen Unholde beharrlich einzugestehen. Im Gegenteil: Sie machen mit ihrer Politik munter weiter. Stoppen kann sie nur der Wähler. Einige von ihnen haben heute dazu die Gelegenheit. Wählen Sie bitte blau! Wählen Sie bitte die AfD!" [sic!]¹⁸⁵

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Land** schrieb am 07.10.2024 zu einem Artikel des Tagesspiegels mit dem Titel „Afghanische Frauen erhalten ein Recht auf Asyl in Europa ohne Einzelfallprüfung“ auf Facebook:

„Dieses Land soll geflutet werden und zwar mit Absicht, ohne Rücksicht auf Verluste. Wir können niemals alle benachteiligten Menschen auf der Welt hier bei uns aufnehmen! Das wird niemals funktionieren! Wir zerstören unsere eigene Gesellschaft. Wenn das die Konsequenz unseres aktuellen Asylrechts ist, dann gehört es abgeschafft!“¹⁸⁶

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 22.10.2024 auf Facebook:

„Weil er fünf vermeintlich minderjährige Asylbewerber in seiner Wohnung aufnimmt, kassiert ein 23-jähriger Syrer als ‚Gastvater‘ monatlich über 13.000 Euro!“

¹⁸⁵ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 01.09.2024.

¹⁸⁶ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 07.10.2024.

Die hassen uns! Unsere Regierung will, dass wir uns tot ansehen, um Leuten ihr Lotterleben zu finanzieren und die Linken sehen das in ihrem ganzen Selbsthass wahrscheinlich als gerechte Strafe für den verlorenen Krieg, dass die Nachkommen der Nazis ihre Abschaffung noch selbst bezahlen und statt ihrer Kinder und Enkel ihre Feinde füttern müssen. Kuckuckskindern gleich.

Es ist unfassbar, dass die meisten Deutschen das achselzuckend hinnehmen, weil Sie sich lieber Fußball angucken, oder weil der Bauch ja (noch) voll ist oder weil Sie Angst haben, was der Arbeitgeber oder der Nachbar sonst denken könnte.

Das Trauma scheint tief in uns zu sitzen, dass wir den kollektiven Selbstmord vorziehen, um nicht ‚Nazi‘ genannt zu werden.

In einer gesunden Demokratie wären die Verantwortlichen schon längst abgewählt und vom Hof gejagt und der eine oder andere hinter Schloss und Riegel, aber nicht bei uns! Hier werden wir durch Propaganda TV so gehirngewaschen, dass wir uns noch darüber freuen und als gute Menschen fühlen, während wir all das zerstören, was Generationen von Deutschen verteidigt und aufgebaut haben!

Wer sich nicht freut, dass die eigene Gesellschaft stirbt und das Land übernommen wird, der wird zum Staatsfeind erklärt. Das ist in höchsten Maße geisteskrank und wir müssen diese Haltung schnellstens überwinden, bevor es unumkehrbar wird!

Beenden wir diesen Alptraum, diese Gehirnwäsche, diese Umvolkung auf unsere Kosten! Kommt zur AfD! Macht uns stärker! Gemeinsam holen wir uns unser Land zurück!“ [sic!]¹⁸⁷

Der **AfD-Kreisverband Hannover-Stadt** schrieb am 08.12.2024 auf X:

„Obdachlose gehen niemals wählen,

hofierte Migranten die im Expressverfahren eingebürgert werden bekommen Wahl- und Bürgerrechte, ohne die eigene Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen

So schafft sich die Bundesregierung neue Wähler, durch Bevölkerungsaustausch

¹⁸⁷ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 22.10.2024.

Die Deutschen sollen für diese Menschen mehr arbeiten, in den Krieg ziehen, mehr Steuern zahlen und höhere Krankenkassenbeiträge entrichten,

Kritik daran ist natürlich Rechts

Eine Migrationspolitische Wende & eine reale finanzielle Entlastung der Bürger gibt's nur mit der #AfD

Deshalb

#nurnochAfD

weil es gut für Deutschland & seine Bürger ist" [sic!]¹⁸⁸

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 21.01.2025 zu einem Auszug eines Interviews mit dem Schriftsteller Karim Khani, iranischer Herkunft, aus der Wochenzeitung „der Freitag“ mit dem Textauszug „In spätestens zehn Jahren sind wir Migranten hier mindestens die Königsmacher. Mindestens! Gen Z ist da auf unserer Seite. Die Boomer sind bald nicht mehr da. Damit fehlt ein großer Teil der AfD- und CDU-Wähler. Das wird ein ganz anderes Land sein. In zehn Jahren werden wir auf heute zurückblicken, wie wir heute auf die 80er schauen“ auf Facebook:

„Da träumt einer und sehnt den großen Bevölkerungsaustausch geradezu herbei. Ja, den, den es gar nicht gibt...“¹⁸⁹

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 13.03.2025 zu einem Video der „Jungen Freiheit“ auf Facebook:

„Da sie nicht mehr von Deutschen, die noch alle Latten am Zaun haben, gewählt werden, wird das Volk halt ausgetauscht. Sie holen ihre Wähler einfach ins Land! Ja, das IST ein Bevölkerungsaustausch! Man braucht nicht mehr drum herum labern. Sie haben sich dazu entschieden, die Zusammensetzung der Bevölkerung zu ihren Gunsten zu verändern und nutzen Migration als Waffe gegen ihre Gegner. Wer das kritisiert, der ist ein Nazi. Man muss die Dinge beim Namen nennen: Sie haben die Wähler belogen und in dem Glauben gelassen, dass sie die Migration der Massen in unser Land beenden werden. Das. Gegenteil ist der Fall! Es landen dauernd Flieger mit Nachschub. Sie werden gar nichts begrenzen. Sie haben euch krass belogen und

¹⁸⁸ X-Eintrag der AfD Hannover-Stadt vom 08.12.2024.

¹⁸⁹ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 21.01.2025.

her! Nur warum stemmen sich die Menschen, nachdem ihnen so dreist vor Augen geführt wird, dass sie in allem belogen würden, nicht dagegen? Ist noch genug Kraft da, oder wird das Deutschland, wie wir es seit Jahrzehnten kennen, untergehen?“ [sic!]¹⁹⁰

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 16.03.2025 auf Facebook zu einem Beitrag von Björn Höcke:

„Um die Schulden zurück zu zahlen, werden sie an das Vermögen der Menschen gehen. Häuser, Sparkonten. Alles, was sich für den Staat zu Geld machen lässt.

Und während man die Deutschen plündert, holt man jedes Jahr eine halbe Million Einwanderer ins Land, viele davon Kopfabschneider und mit dem Auto in Menschenmengen-Fahrer und gibt ihnen alles, was sie wollen. Unterkunft, Essen, Trinken, Gesundheitsversorgung, ...

Bezahlen müssen das die, die ausgeplündert werden.

Das ist staatlich verordneter, kollektiver Selbstmord!

Der Suizid des deutschen Volkes, betrieben durch seine Politiker.

Diese Leute hat der Wahnsinn gepackt und aus irgendeinem Grund verfällt das Volk in Agonie, in eine Angststarre und lässt die Wahnsinnigen gewähren.

Es ist, als würde man Kaiser Nero achselzuckend dabei zusehen, wie er Rom abfackelt.

Deutschland, wie wir es kennen, wird untergehen, wenn man die Verrückten an den Schalthebeln der Macht durch Wahlen nicht mehr los wird.“ [sic!]¹⁹¹

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 07.04.2025 zu einem Artikel von „Apollo News“ mit dem Titel „Wir hatten die Wende bereits: Esken erteilt klare Absage an Asylrechtsreform“ auf Facebook:

„Die SPD hat sich ganz offensichtlich festgelegt. Auf Deutschlands Abschaffung. Sie wollen den Niedergang. Sie wollen eine andere Republik. Sie wollen Deutschland verändern und als Land der deutschen abschaffen. Wahrscheinlich, weil ihr Selbsthass

¹⁹⁰ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 13.03.2025.

¹⁹¹ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 16.03.2025.

abgründlicher. Es ist, als wären die ... ist alles kaputt schlagen wollen, was auch nur an das Deutsche Volk erinnert. Ihnen sind islamistische Mullahs offenbar lieber, als eine kulturell gewachsene Gesellschaft mit einer deutschen Leitkultur. Die SPD will den Deutschen Volkstod mithilfe der Massmigration herbeiführen- ganz so, wie es ihre Fußtruppen vom Schwarzen Block immer wieder schreien und auf ihren einschlägigen Seiten als Kacheln im Internet posten. Die SPD könnte man somit getrost als politischer Arm dieser Deutschlandhasser benennen. Und Saskia Esken sitzt dieser wirren Truppe, die die Arbeit und Geschichte vieler Generationen Deutscher absichtlich in die Tonne tritt, vor. Es ist, als wenn eine der Bienen im Stock bleibt, während alle anderen ausfliegen und fleißig Honig sammeln und während alle mit arbeiten beschäftigt sind, drinnen alles kaputtschlägt, die Hornissen einlädt und die eigene Brut aus den Waben wirft. Destruktiv und schädlich. Die Bürger dürfen diese Partei nicht mehr wählen! Wählt sie ab und lasst nicht zu, dass die unser Land zerstören, um ihre Multikulti-Träume umzusetzen!“ [sic!]¹⁹²

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 18.05.2025 zu dem auf „RND.de“ veröffentlichten Artikel „Jede Arbeitskraft bringt uns voran: Bas will Erwerbstätigkeit von Frauen erhöhen“ auf Facebook:

„Mir scheint, deutsche Frauen sollen sowieso nur noch arbeiten gehen und deutsche Kinder sind sowieso nicht mehr gewollt. Man reißt die Familie auseinander und alle sollen nur noch Steuern zahlen. Für wen Familienförderung gedacht ist und wer sich vermehren soll und nicht arbeiten gehen muss, das kann sich jeder selbst denken.“¹⁹³

Der **AfD-Kreisverband Hildesheim** veröffentlichte am 01.06.2025 einen Instagram-Beitrag mit dem Titel „Die Namen ‚deutscher‘ Messerangreifer in NRW 2024.“ Es folgt eine Auflistung verschiedener Vornamen. Der Beitrag wird durch folgenden Text ergänzt:

„Abdel, Burak und Cem: die ‚deutschen‘ Tatverdächtigen in der PKS ! Eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Markus Wagner (AfD) ergab, dass mehr als die Hälfte aller Tatverdächtigen im Zusammenhang mit Messerdelikten in NRW in den Jahren 2023 und 2024 Migranten waren. Von 1.745 ermittelten Verdächtigen hatten 893 keinen

¹⁹² Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 07.04.2025.

¹⁹³ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 18.05.2025.

ächtigen

zeigen, wieso die Kartellparteien die Erhebung des Migrationshintergrunds verweigern: Abdullah, Amir, Ayman, Berkey, Burak, Cemal und viele mehr lassen sich der Liste tatverdächtige Messerstecher entnehmen. Über 250 dieser Namen haben offensichtlich eine „Migrationsgeschichte“. Insgesamt kommt man so auf mindestens 67% Tatverdächtige mit Migrationshintergrund. So wird die Statistik zu Lasten der Einheimischen verfälscht. Seit Jahren steigt die Zahl der Messerdelikte rapide an. Im Jahr 2024 kam es in der gesamten Bundesrepublik zu 29.014 Gewaltdelikten mit Messer. Allein in NRW wurden im vergangenen Jahr 2.160 Messerattacken erfasst und damit über 28% mehr als noch im Jahr zuvor (1680 Fälle). Anstatt jedoch durchzugreifen und das Problem beim Namen zu nennen, werden Messerverbotzonen und ähnlicher Nonsens eingeführt. Wir müssen endlich den Migrationshintergrund erheben, damit die Bürger das wahre Ausmaß der Migrantengewalt erfahren. Alexander Jungbluth, MdEP

http://youtube.com/post/Ugkx_PWd4tH-22IFUvsVyqyJriORDB9HzSpv?si=X9HUFtI24VIWYYpP¹⁹⁴

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** beschrieb am 12.08.2025 auf Facebook die seiner Meinung nach entstehenden Folgen einer geplanten, sogenannten „Massenmigration“ in Form eines „Bevölkerungsaustauschs“:

„Es gibt Menschen in Deutschland, die wollen die Massenmigration.

Aus welchen Gründen- ob Sie die deutsche Identität und Mehrheitsgesellschaft hassen, oder sich persönlich daran bereichern oder politischen Gewinn in Form von Macht und Positionen daraus erhalten, ist dabei unerheblich. Sie wollen die Massenmigration und Sie sehen zu, dass der Zustrom nicht abreißt und immer neue Menschen nachströmen.

Unser Land wird dadurch destabilisiert. Wir sind verschuldet, unsere sozialen Sicherungssysteme stehen vor dem Kollaps. Es gibt ethnische Konflikte, Terror und vermehrte Straftaten.

¹⁹⁴ Instagram-Eintrag der AfD Hildesheim vom 01.06.2025.

Die Geburtenzahl der Deutschen bricht ein. Gleichzeitig haben zum Beispiel syrische Frauen im Durchschnitt doppelt so viele Kinder, wie deutsche Frauen.

Die Hälfte aller Bürgergeldempfänger haben einen Migrationshintergrund.

Mit anderen Worten: Die Deutschen arbeiten und zahlen dafür, dass andere sich hier niederlassen, Familien gründen und dies ohne große Anstrengungen finanziert bekommen.

Jeder, der das kritisch sieht, wird vom Staat und seinen Handlangern verfolgt, gebrandmarkt und bekämpft. Das ist zwar geisteskrank in meinen Augen, aber es ist die derzeitige Situation. Die Bürger müssen der Wahrheit ins Augen sehen: Da gibt es Leute, die Andere euch vorziehen und die das ganz bewusst so machen! Das ist weder Dummheit, noch Versagen, sondern Absicht!

Niemand kann behaupten, dass man so eine Entwicklung über Jahrzehnte unter wechselnden verantwortlichen Personen und Regierungen aus Unwissenheit oder Dummheit einfach so laufen lässt!

Niemand kann behaupten, dass man angesichts der enormen Probleme, vor denen unser Land steht, aus Versehen im Ausland für noch mehr Zuwanderung in die Sozialsysteme wirbt! Das ist so geplant und durchgezogen! Der Verfassungsschutz mag das jetzt wieder in seine Berichte schreiben und gerne auch meinen, dass das rechts oder extrem oder sonst was ist- geschenkt! Es ist, wie es ist und ein Fakt ist ein Fakt- egal, wie das irgendwelche Angehörigen einer Behörde deuten, die von genau den Leuten bezahlt werden und abhängig sind, die diese Entwicklungen mit zu verantworten haben!

Deutschland schafft sich ab! Sarrazin hatte Recht! Ja, es findet ein offensichtlich gewollter Austausch der Bevölkerung statt! Warum weiß kein Mensch und es versteht auch niemand, warum die Deutschen ihn so apathisch geschehen lassen! Es wird aber definitiv Auswirkungen auf unser Land, unsere Lebensart, auf die Kultur und Sitten und Gebräuche haben und unser Land verändern und das hat es auch bereits. Manche Grüne und manche von der SPD wird das freuen. Ich halte diese Entwicklung für fatal! Das ganze Ausmaß dessen, was gerade läuft, wird man vielleicht erst in einigen Jahrzehnten spüren, aber ich vermute jetzt schon, dass unsere Kinder und Enkel uns und die Verantwortlichen verfluchen werden, für das, was wir haben geschehen lassen

und für das, was man getan hat, um ... eine einst stolze Kulturnation befindet sich im Niedergang und die Regierungen aus mindestens 3 Jahrzehnten, hatten daran ihren Anteil. Das zu stoppen, wird die Schicksalsfrage unserer Nation! Kommt zur AfD! Wählt die AfD! Unterstützt den Protest und die Opposition! Wenn unser Volk eine Zukunft haben will, dann muss die derzeitige Entwicklung gestoppt werden und die derzeit handelnden Politiker müssen abgesetzt werden!“ [sic!]¹⁹⁵

Der **AfD-Kreisverband Hannover-Stadt** schrieb am 25.08.2025 zu einem auf „Ansage.org“ erschienen Artikel mit dem Titel „Bevölkerungsaustausch als mathematische Tatsache: Berlin übertrifft das Plansoll deutlich“ auf X:

„Was kann man da noch leugnen?“¹⁹⁶

Der **AfD-Kreisverband Friesland/Wittmund** schrieb am 20.09.2025 auf Facebook:

„Willkommen in Hamburg, der Stadt, in der der deutsche Pass weniger Wert ist als ein Pfandbon einer einzelnen PET Flasche. Während man an der SB-Kasse verzweifelt, weil die Paprika nicht gescannt wird, winkt die Ausländerbehörde munter alles durch, was einen Antrag abgibt. Kontrolle? Überprüfung? Ach Quatsch, das bremst doch nur den politischen Durchlauferhitzer. 5730 neue ‚Passdeutsche‘ allein im ersten Halbjahr 2025 – hauptsächlich Afghanen, Syrer, Iraker. Und über 31.000 Anträge liegen noch rum, als wären's Rabattmarken. Aber keine Sorge: Die Politik will's genau so. Je weniger hingeschaut wird, desto besser läuft der Multikulti-Selbstbedienungsladen. Der deutsche Normalbürger darf für jede Kleinigkeit Nachweise, Gebühren und Formulare stapeln, bis der Rücken kracht. Aber für die Staatsbürgerschaft reicht offenbar: Antrag rein, Stempel drauf, ‚Willkommen im Club‘. Hamburg wird kein Einzelfall sein. Schaut euch um in euren Städten und Gemeinden. Kurz gesagt: Deutschland verkauft sein wertvollstes Dokument gerade im Sonderangebot. Und das Beste daran? Es geht schneller als Einkaufen im Discounter. Ihr wollt das nicht? Dann werdet Mitglied in unserer Volkspartei AfD. Fangt an zu gestalten, im nächsten Jahr gibt es in Niedersachsen Kommunalwahlen. Sei schlau, wähle Blau. Wähle die AfD.“ [sic!]¹⁹⁷

¹⁹⁵ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 12.08.2025.

¹⁹⁶ X-Eintrag der AfD Hannover-Stadt vom 25.08.2025.

¹⁹⁷ Facebook-Eintrag der AfD Friesland/Wittmund vom 20.09.2025.

„Junge Freiheit“ erschienen Artikel mit dem Titel „Einbürgerungen in Leipzig verfünffacht – kaum noch Ablehnungen“ auf Facebook:

„Die Kartellparteien der Deutschlandabschaffer wollen Fakten schaffen. Alle kommen rein. Niemand muss mehr gehen. Und alle bekommen den Pass, damit niemand mehr sie zurückführen kann- selbst, wenn die Kartellparteien einmal endlich ihre Macht verloren haben. Sie zementieren die Migration, unter der unsere Gesellschaft so leidet und das mit voller Absicht und Kalkül!

Man könnte so etwas einen gewollten Bevölkerungsaustausch durch Teile der Politik nennen!“ [sic!]¹⁹⁸

c) Sonstige

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) teilte am 06.03.2021 einen Beitrag auf X, der sich mit Migration beschäftigt. Dazu schrieb er:

„#StopptDenGroßenAustausch“¹⁹⁹

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) teilte am 15.03.2021 einen Artikel von „Bild.de“ mit dem Titel „Bidens Einwanderungspolitik: Migranten-Flut strömt in die USA“. Dazu schrieb er:

„Der Große Austausch ist eine vERSchwÖruNGstHeorle [Clown-Emoji].“²⁰⁰

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) schrieb am 23.06.2021 auf X einen Beitrag, der sich mit den Protesten gegen die Diskriminierung von Homosexuellen im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft auseinandersetzt und in diesem Zusammenhang auf die Homophobie in der „arabischen Welt“ hinweist:

„Es geht ihnen nur um Deutschland. Genauer: um ihren #Haß auf #Deutschland. Noch genauer: um ihren Haß auf das deutsche #Volk. Nicht das Staatsvolk – das #ethnische

¹⁹⁸ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 07.11.2025.

¹⁹⁹ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 06.03.2021.

²⁰⁰ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 15.03.2021.

ölkische
 #Ethnomasochisten.“ [sic!]²⁰¹

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) schrieb am 10.05.2022 auf X:

„Der #GroßeAustausch fordert seine #Opfer auf allen Seiten. Kein Grund für unsere #Gesellschaftstechniker, ihr #einzigartigesExperiment abubrechen.“ [sic!]²⁰²

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) schrieb am 10.08.2022 auf X:

„Unsere #Pseudo_Eliten haben d. ihre Politik des #Bevölkerungsaustausch|s nicht nur unser Recht auf Bewahrung der #ethnokulturelle|n #Identiät verletzt, s. auch die Grundlagen unseres #Rechtsstaat|s zerstört und den Staat #delegitimiert. Sie sind die wahren #Verfassungsfeinde.“ [sic!]²⁰³

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) verbreitete am 28.08.2022 auf X ein Video von Martin Sellner weiter. Dazu schrieb er:

„Wir müssen die beiden Probleme: #Ersetzungsmigration und #Pensionsapokalypse in Ihrem Zusammenwirken erkennen und bekämpfen. Die Lösung kann nur in einer Politik der #Remigration und #Assimilation liegen, letztlich im #ModellJapan @AfD“²⁰⁴

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) schrieb am 18.10.2022 zu einem Artikel auf Focus Online, der sich mit einem Messerangriff in Ludwigshafen befasst auf X:

„‘Ob es einen Zusammenhang zwischen Nationalität und Tat gebe, sei noch unklar...’
 – Nein, das ist nicht unklar. Hätte der Täter sich in dem Staat aufgehalten, zu dem er gehört, dann wären zwei Deutsche jetzt noch am Leben und ein weiterer läge nicht im Krankenhaus. Es ist immer wieder bemerkenswert, wie gering die BRD ein Menschenleben bewertet: Es ist für sie vernachlässigbar. Tote werden statistisch erfaßt, grafisch dargestellt und miteinander verrechnet, mit dem Resultat, daß es

²⁰¹ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 23.06.2021.

²⁰² X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 10.05.2022.

²⁰³ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 10.08.2022.

²⁰⁴ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 28.08.2022.

angeblich noch nie so sicher gewesen sei wie heute. Das es aber noch sehr viel sicherer wäre, insbesondere für Frauen und Mädchen, wenn wir nicht Hunderttausende von Männern aus hochaggressiven archaischen Völkern in unser Land gelockt hätten, wird gemeinhin verschwiegen. Vor allem aber: Nach unserer kontinentaleuropäischen Ethik und dem durch sie geprägten Grundgesetz ist der Mensch keine statistische Größe u. nicht Teil eines Bestandes, mit dem man rechnen könnte. Er hat vielmehr einen Eigenwert, genannt ‚Würde‘, dessen Schutz oberstes Ziel des Staates ist. Alles dies ist unserer Regierung völlig gleichgültig. Aber wir anderen müssen uns immer wieder klar machen: Die beiden ermordeten Deutschen in #Ludwigshafen ebenso wie die grausam zu Tode gefolterte #Lola sind Opfer einer verbrecherischen Politik. #Reconquista #Remigration“ [sic!]²⁰⁵

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) verbreitete am 25.10.2022 ein Video auf X von Gernot Schmidt weiter und schrieb dazu:

„Der #GroßeAustausch ist kein unabwendbares Schicksal. #Remigration ist möglich!“²⁰⁶

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) schrieb am 28.11.2022 auf X:

„Das Problem ist der #GroßeAustausch.“²⁰⁷

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) schrieb am 05.12.2022 auf X:

„Wir befinden uns im Krieg. Im Krieg mit unserer eigenen Regierung. Dieser Krieg ist grausam. Die Regierung führt ihn ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung. Und es gibt kein sicheres Hinterland für 13- und 14-jährige Mädchen. #Ulm #Wirwollenleben #StopptdenGroßenAustausch“²⁰⁸

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) antwortet auf den X-Beitrag „Ihr erinnert euch an den 14-jährigen Aymen aus #montpellier, der nach dem Frankreich-Marokko-Spiel stirbt? Weil ein vom

²⁰⁵ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 18.10.2022.

²⁰⁶ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 25.10.2022.

²⁰⁷ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 28.11.2022.

²⁰⁸ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 05.12.2022.

„Maghreb Mob“ vorangegangener Fall mit dem Titel „Geschah, was nicht weniger als ein ethnischer Bandenkrieg mitten in Europa“ am 20.12.2022 auf X:

„Sie werden in Frankreich niemals zu Franzosen werden. Und in Deutschland niemals zu Deutschen. #MaghrebMob #RemigrationSofort #StopptdenGroßenAustausch“²⁰⁹

Jens Kestner (Landesvorsitzender 2020-2022) schrieb am 21.02.2022 auf Facebook:

„Die nächste Bereicherung, durch noch nicht länger hier lebenden Jugendliche, die entdeckten, wieviel Spaß es machen kann, hilflose Passanten mit einem Fußtritt die Treppe hinunterzustoßen.“²¹⁰

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) schrieb am 13.08.2023 auf X einen Beitrag zu einem Vergewaltigungsfall in Frankreich:

„Wir müssen die Informationen über dieses und andere grauenhafte #Migrantenverbrechen verbreiten, damit die Europäer das Ungeheuerliche des Geschehens erfassen, das der #GroßeAustausch ist; und wir müssen stets darauf hinweisen, wer die Verantwortung trägt: unsere #Regierungen.“²¹¹

d) Bewertung

Die AfD Niedersachsen differenziert zwischen einem ethnischen Volk und einem sog. Staatsvolk. Diese Unterscheidung steht in einem Widerspruch zu dem Volksbegriff des Grundgesetzes. Nach Art. 116 Abs. 1 GG ist diejenige Person ohne Einschränkung oder sonstige Unterscheidung Deutscher, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Die Auswertung der entsprechenden Belege verdeutlicht, dass ein dem entgegenstehendes ethnisch-kulturelles Volksverständnis nicht nur von einzelnen Personen verwendet wird. Vielmehr wird dieses insbesondere und mit einer gewissen Regelmäßigkeit von Mitgliedern des Bundestages und des Niedersächsischen Landtages aufgegriffen, die zum Teil auch hochrangige Funktionen wie beispielsweise die Mitgliedschaft im Landesvorstand innehaben. Durch die herausgehobene Stellung

²⁰⁹ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 20.12.2022.

²¹⁰ Facebook-Eintrag von Jens Kestner vom 21.02.2022.

²¹¹ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 13.08.2023.

halb der Parteistrukturen als auch darüber hinaus eine besondere Strahlkraft. Dies gilt umso mehr, soweit die Personen Doppelfunktionen (wie z. B. Stephan Bothe, Vanessa Behrendt oder Jörn König) bekleiden. So haben sie z. B. als Vorsitzende größerer Kreisverbände auch in der Fläche eine besondere Wirkmacht und können so – praktisch doppelt – diskursbestimmend auf den Landesverband einwirken. Positionierungen und Aussagen wie „Nigerianer mit deutschem Pass“ (Martin Sichert, MdB/Thorsten Moriße, MdL), „‘Deutsche’ Täter namens Abdullah“ (Martin Sichert, MdB), „Fast 300.000 neue ‚Deutsche‘ im Jahr 2024, vor allem Syrer!“ (Stefan Henze, MdB), „Übrigens ob die Täter mit deutschem Pass einen Migrationshintergrund hatten, wird in der Statistik leider nicht erwähnt“ (AfD-Stadtratsfraktion Hannover), „Plusdeutsche“ oder „Zukunftsdeutsche“ (KV Wolfsburg) zeigen auf, dass die AfD Niedersachsen zwischen einem ethnisch-deutschen Volk und einem Staatsvolk unterscheidet. Unter anderem wird der Migrationshintergrund hervorgehoben und in den Vordergrund gestellt oder das Wort „Deutsche“ in Anführungszeichen gesetzt. Dabei findet jedoch keine reine Beschreibung einer Tatsache statt. Mit den genannten Formulierungen wird eine eindeutige Wertung transportiert, die eine Verächtlichmachung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund gegenüber der autochthonen Bevölkerung beinhaltet und ein eindeutiger Ausdruck eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnisses ist. Der „deutschen Volksgemeinschaft“ kommt damit ein abstammungsbezogener, exklusiver Charakter zu. Dies führt dazu, dass Menschen, die nach Lesart der AfD dieser Gemeinschaft nicht angehören, davon exkludiert und sowohl menschlich als auch aufgrund der in den Äußerungen zumindest implizit geforderte Aberkennung der gleichen Rechte in ihrem rechtlichen Status abgewertet werden.²¹² Es entsteht hierdurch eine Klassifizierung Deutscher erster und zweiter Klasse, welche gegen die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG und gegen die in Art. 3 Abs. 3 GG festgeschriebenen Gleichheitssätze verstößt.

Daran knüpfen rechtsextremistische Verschwörungsnarrative wie der „Große Austausch“ (auch „Umvolkung“, „Bevölkerungsaustausch“ oder „Ersetzungsmigration“) an, die in besonders erheblichem Maß durch die Akteure des niedersächsischen Landesverbandes verbreitet werden: „Die schrumpfende

²¹² Vgl. auch BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 669, 681, 690.

andene
 Lücke mit Einwanderern aufgefüllt bis die Deutschen in der Minderheit sind“ [sic!] (KV Wolfsburg), „Es zerreißt einem das Herz und dreht den Magen um, wenn man sieht, wie internationale Globalisten unseren Kontinent durch die Masseninvasion von kulturfremden und vielfach kranken Individuen fluten und unsere Frauen und Kinder zum Fraß vorwerfen“ (KV Rotenburg/Wümme), „Keine deutschen Schüler, keine deutsche Sprache. Nirgendwo ist die im Gange befindliche Umvolkung deutlicher zu sehen, wie bei den jüngsten und besonders in der Schule“[sic!] (KV Wolfsburg), „Dieses Land soll geflutet werden und zwar mit Absicht, ohne Rücksicht auf Verluste.“ (KV Oldenburg-Land), „Der Suizid des deutschen Volkes, betrieben durch seine Politiker.“ (KV Wolfsburg).

Das Vertreten der These des „Großen Austauschs“ offenbart eine migrantenfeindliche Grundhaltung und zielt darauf ab, Migrantinnen und Migranten ihre Menschenwürde abzusprechen.²¹³ Das Konzept geht mit völkisch-ethnischen bzw. ethnisch-kulturellen Vorstellungen einher, indem es auf den Schutz der autochthonen Bevölkerung in ihrem ethnischen Bestand und die Vermeidung der Vermischung mit anderen Ethnien abzielt. Die Vielzahl der Äußerungen und die wiederholte Verwendung der einschlägigen Begrifflichkeiten verdeutlichen, dass es sich nicht nur um Einzelmeinungen oder überspitzte Kritik, sondern um eine im niedersächsischen Landesverband tief verankerte Vorstellung einer rein abstammungsbezogenen „deutschen Volksgemeinschaft“ handelt und damit eine eindeutige Ablehnung zentraler Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorhanden ist.²¹⁴ Trotz der gerichtlichen Feststellung, dass das Propagieren des „Großen Austauschs“, ebenso wie das Vertreten eines ethnisch-kulturellen Volksbegriffs²¹⁵, gegen die Menschenwürde gerichtet ist, wird das Verschwrungsnarrativ weiterhin bewusst verbreitet (Jörn König, MdB: „Mehrheit sieht den großen Austausch kommen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz deutet Begriffe wie ‚Großer Austausch‘ oder ‚Bevölkerungsaustausch‘ als rechtsextreme Verschwörungsvokabeln. Aber wieder wird eine Verschwörungstheorie zur gelebten Praxis.“; KV Wolfsburg: „Man darf es ruhig aussprechen, auch wenn es der Verfassungsschutz gleich wieder in seine Akten

²¹³ So etwa OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.6.2021, OVG 1 N 96/20, BeckRS 2021, 16034, Rn. 11.

²¹⁴ Vgl. BVerfG, Ur. v. 17.1.2017, 2 BvB 1/13, NJW 2017, 611, Rn. 673 ff., 690 ff.; VG München, Beschl. v. 27.7.2017, M 22 E 17.1861, BeckRS 2017, 119732, Rn. 41.

²¹⁵ BVerfG, ebd., Rn. 635.

– zwar nur einmalig – verwendeten Begrifflichkeit „Deutscher Volkstod“ durch den Kreisverband Wolfsburg („Die SPD will den Deutschen Volkstod mithilfe der Massenmigration herbeiführen [...]“ [sic!]) eine Rhetorik zu eigen gemacht, die im Neonazismus weit verbreitet ist.

Aus einem ethnopluralistischen Verständnis heraus wird durch die AfD Niedersachsen die Unvereinbarkeit kultureller Identitäten betont, was in erster Linie das Zusammenleben mit Menschen aus muslimisch geprägten Ländern betrifft. Auch wenn eine offen kommunizierte Abwertung des Islam als Religion mit spezifischen Äußerungen unterbleibt, transportieren Verschwörungserzählungen wie der „Große Austausch“ bzw. ein allgemein ethnisch-kulturelles Volksverständnis eine Islam- und Muslimfeindlichkeit. Die religiöse Prägung ist wichtiger Bestandteil einer jeden kulturellen Identität. Aussagen wie „[...] dass Multikulti, dass Integration zumindest bei Migranten aus gewissen Herkunftsländern zu wenig funktioniert und oftmals scheitert“ (Stephan Bothe, MdL), „Auch die sehr unterschiedliche kulturelle Prägung der eher nach westlicher Lebensart ausgerichteten ukrainischen Flüchtlinge und der oftmals nach sehr traditionellen und zum Teil rückständigen Strukturen sozialisierten afrikanischen und arabischen Flüchtlingen lässt eine getrennte Unterbringung sehr ratsam erscheinen“ (Stephan Bothe, MdL), „So ähnlich ging es im Mittelalter auch schon mal zu. Eigentlich hatten wir uns weiter entwickelt und zivilisierte Wege gefunden, Meinungsunterschiede auszutragen. Aber ich bin ja als Optimist verschrien und bin guter Hoffnung, dass unsere zugewanderten Facharbeiter, Akademiker und Nobelpreisträger das bis zum Jahr 3022 auch im Griff haben“ [sic!] (KV Wittmund), „Nicht die die Herkunft macht jemand zum Täter, sondern seine Sozialisierung. Sozialisierung kommt von der Herkunft. Kommt man aus streng religiösen archaischen Verhältnissen, ist die Wahrscheinlichkeit des Abfärbens hoch“ [sic!] (KV Hannover-Stadt) implizieren, dass aufgrund kultureller und herkunftsbedingter Differenzen ein Zusammenleben nicht möglich sei.

Im Zusammenspiel mit dem häufig von der AfD zitierten Multikulturalismus und „unkontrollierter Massenzuwanderung/Migration“ wird so, auch durch die häufig betonte Zunahme von Gewaltkriminalität, ein Bedrohungsszenario konstruiert, in dem die ethnische und kulturelle Homogenität des deutschen Volkes gefährdet sei („Deutschland muss diese hochriskante Politik des Multikulturalismus endlich

in den Entscheidungsgremien der Politik, die alldem zum Trotz die Menschen mit dem Märchen von einer funktionierenden Multikultigesellschaft weiterhin zu indoktrinieren versuchen“ (Stephan Bothe, MdL), „Mit jedem Tag, den die Massenzuwanderung aus islamischen Staaten ungebremst weitergeht, wird es für Juden in Deutschland gefährlicher“ (AfD-Fraktion Niedersachsen), „Mit der unkontrollierten Masseneinwanderung haben sich die westeuropäischen Sozialstaaten eine neue soziale Unterschicht importiert“ (Dirk Brandes, MdB), „Unkontrollierte Masseneinwanderung tötet“ (Marie-Thérèse Kaiser), „Freiheit statt Verschleierung! Während CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke weiter unkontrollierte Migration fordern und islamistische Ideologien dulden [...]“ (Martin Sichert, MdB)).²¹⁶

Um die kulturelle Unvereinbarkeit darüber hinaus hervorzuheben, werden Migrantinnen und Migranten zudem verunglimpfend als „Schmarotzer“ dargestellt, die den Sozialstaat bewusst ausnutzen („Deutschland, ihr Weltsozialamt! Nigerianer mit deutschem Pass verursacht jährliche Kosten von 1,5 Millionen Euro!“ (Thorsten Moriß, MdL), „Nigerianer mit deutschem Pass kassiert richtig ab.“ (Martin Sichert, MdB), „So wird Masseneinwanderung in unsere leidenden Sozialsysteme durch die Hintertür legalisiert. Die Zeche zahlen die arbeitenden Bürger.“ (Stefan Henze, MdB), „Und während man die Deutschen plündert, holt man jedes Jahr eine halbe Million Einwanderer ins Land, viele davon Kopfabsteiger und mit dem Auto in Menschenmengen-Fahrer und gibt ihnen alles, was sie wollen. Unterkunft, Essen, Trinken, Gesundheitsversorgung, ...“ [sic!] (KV Wolfsburg), „Die Empfänger dieser Gelder werden wohl eher nicht die deutschen Familien sein!“ (KV Wolfsburg)).

Auch zugespitzte Kritik an Parallelgesellschaften und aus der Einwanderung resultierende Problematiken begründen, wie auch die grundlegende Kritik an Migrationspolitik, für sich genommen noch keine Verfassungsschutzrelevanz.²¹⁷ Wie oben bereits aufgezeigt, verlässt die AfD Niedersachsen sowohl im Hinblick auf Qualität als auch Quantität der Äußerungen den Rahmen der legitimen Kritik an Sachthemen. Indem sie das Volk in seinem „ethnisch-kulturellen Bestand“ erhalten möchte, wird das Recht auf Zuwanderung an ethnisch-kulturelle Kriterien geknüpft, sodass bestimmte Gruppen Staatsangehöriger aufgrund einer angeblich ethnisch-

²¹⁶ Siehe auch „4.1.2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“.

²¹⁷ Vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, Rn. 48; VG München, Beschl. v. 27.7.2017, M 22 E 17.1861, BeckRS 2017, 119732, Rn. 32.

aus dem „Volk“ ausgeschlossen werden. Als „fremd“ wahrgenommene Staatsangehörige sind damit einer Ungleichbehandlung in abwertender sowie demütigender Art und Weise ausgesetzt. Die stetige Wiederholung entsprechender Aussagen insbesondere durch größere Kreisverbände und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Funktionärinnen und Funktionäre zeigt, dass es sich bei entsprechenden Positionierungen nicht um bloße Entgleisungen einzelner Personen handelt, sondern ein ethnisch-kulturelles Volksverständnis im oben genannten Sinne vielmehr prägend für den gesamten niedersächsischen AfD-Landesverband ist. Anhaltspunkte für ein glaubwürdiges Überdenken oder Abrücken von derartigen Positionen sowie deutlicher Widerspruch innerhalb des Verbands sind hingegen nicht erkennbar. Somit wird die Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG, die unabhängig von Merkmalen wie der Herkunft für alle Menschen gleichermaßen gilt, missachtet, und gegen die in Art. 3 Abs. 3 GG festgeschriebenen Gleichheitsgrundrechte verstoßen.

4.1.2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschreibt als Oberkategorie die Abwertung von Menschengruppen aufgrund einer ihnen zugeschriebenen Zugehörigkeit. Ob sich ein Individuum zu dieser Gruppe selbst hinzuzählt, ist dabei nicht relevant. Diese Einteilung in Gruppen aufgrund bestimmter zugewiesener Merkmale und deren Abwertung fußt im Kern auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit. Facetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit können beispielsweise Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, die Abwertung asylsuchender Menschen, die Verunglimpfung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder Identität oder auch Antisemitismus sein. Sie beziehen sich demnach auf die soziale, religiöse und ethnische Herkunft sowie unterschiedliche Lebensstile.

Die nachfolgenden Belegstellen verdeutlichen die pauschale Abwertung bestimmter Menschengruppen durch Vertreterinnen und Vertreter der AfD Niedersachsen. Vor allem prägend ist die Verunglimpfung von Geflüchteten und Menschen, die von der AfD als „fremd“ wahrgenommen werden. Sie werden von Funktionärinnen und Funktionären sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern und den Kreisverbänden pauschal als Gewaltverbrecher und Schmarotzer dargestellt. Diese Form der Abwertung wird mit einem der Kernthemen der Partei, der Migration, verknüpft.

„Sie sagen ‚Flüchtlinge‘, aber meinen Migranten!“

Artikel 16a unseres Grundgesetzes besagt, dass sich auf das Asylrecht nicht berufen kann, wer durch einen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist. Und praktisch alle Asilmigranten, die nach Deutschland kommen, sind über zahlreiche sichere Drittstaaten eingereist, da Deutschland von sicheren Drittstaaten umgeben ist. Wer seinen Pass weggeworfen und Griechenland oder Polen oder den ganzen Balkan durchquert hat, um in die deutschen Sozialsysteme einzuwandern, der ist kein Flüchtling und sollte dementsprechend auch keinen Flüchtlingsstatus erhalten. Zumindest wenn man etwas auf das Grundgesetz gibt. Als AfD tun wir das konsequent.²²⁰

Die **AfD Niedersachsen** veröffentlichte am 09.09.2024 einen Facebook-Bildbeitrag, auf dem der Landesvorsitzende Ansgar Schledde zu sehen ist. Der dazugehörige Text lautet:

„Auf unkontrollierte Migration folgt unkontrollierbare Gewalt!“²²¹

Die **AfD Niedersachsen** offenbart am 16.05.2025 auf Facebook eine grundlegende Abwertung afghanischer Geflüchteter als „Afghanen-Import“ unter Unterstellung einer unberechtigten Flucht und einer Täuschung der Bevölkerung u.a. durch die Regierung:

„++ Diese Dreistigkeit macht einfach nur sprachlos! ++“

Ursprünglich sollten im Zuge des Afghanistan-Aufnahmeprogramms nur besonders schutzwürdige, sogenannte ‚Ortskräfte‘ nach Deutschland gebracht werden. Die Behauptung: Sie würden unter der neuen Taliban-Regierung verfolgt. Eine Falschbehauptung, wie heute klar ist. Immer wieder versicherte uns Ex-Außenministerin Annalena Baerbock: Es handle sich höchstens (!) um 500–1000 Personen.

Eine dreiste Lüge, wie wir heute wissen. Wie Die Welt – zum Beweis für die vorsätzliche Täuschung unserer Bürger und Steuerzahler – in einem aktuellen Bericht festhält, wurden aus den wenigen hundert angeblich besonders bedrohten Afghanen bis heute ‚36.000‘ – muss man sich mal vorstellen!

²²⁰ Facebook-Eintrag der AfD Niedersachsen vom 03.09.2024.

²²¹ Facebook-Eintrag der AfD Niedersachsen vom 09.09.2024.

In Anbetracht der längst überkündigten visa-Fälschungen und vor dem Hintergrund, dass linke NGOs bei den gewerbsmäßig organisierten Charterflügen mitmischen (Gefälschte Pässe? Kein Problem!) muss man von einer arglistigen Täuschung der Deutschen sprechen – natürlich unter Mithilfe wohlwollender Medien.

Wird mit der neuen Regierung alles besser? Keine Chance! Statt des versprochenen Stopps der Charterflüge berichtet Die Welt über kreative Wege, den Afghanen-Import auszuhebeln: Eine 14-köpfige afghanische Familie will ihre Einreise nach Deutschland nun per Eilantrag erzwingen und klagt deshalb vor einem deutschen Verwaltungsgericht.

Zur Begründung heißt es: Baerbock und Co. hätten der Familie bereits Zusagen gemacht. Heißt: Die Altlasten der Ampel sollen uns weiterhin beschäftigen. Wie Die Welt schreibt, warten übrigens weitere ‚3000 Afghanen‘ noch auf ihren Abflug – und auch sie haben bereits eine ‚Aufnahmezusage‘.

So viel Dreistigkeit macht einfach nur sprachlos!“

Der Beitrag wird von einem Bild mit folgendem Text ergänzt:

„14-köpfige Familie aus Afghanistan will von Pakistan aus Aufnahme in Deutschland erklagen? Zeit für die AfD!“²²²

b) Äußerungen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Funktionärinnen und Funktionären

Stephan Bothe (MdL) schrieb am 06.10.2021 auf Facebook:

„Polizei erschießt Messer-Asylant und verhindert weitere ‚Einzelfälle‘. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo im Land Menschen durch – wie man immer schnell weiß – ‚traumatisierte und psychisch erkrankte‘ Asylbewerber in Lebensgefahr geraten. Und nur selten kann die Polizei die Situation entschärfen wie im vorliegenden Fall, bei dem ein 40-jähriger Sudanese in einer Asylunterkunft im niedersächsischen Harsefeld zuvor Polizeibeamte mit einem Messer angegriffen hatte. Diese importierte und von allen Altparteien verharmloste und schöngeredete Messerkultur wird uns leider noch lange erhalten bleiben und absehbar fortlaufend weitere Opfer fordern. Die Allgemeinheit muss vor solchen tickenden Zeitbomben dringend besser geschützt

²²² Facebook-Eintrag der AfD Niedersachsen vom 16.05.2025.

werden. Es stellt sich in solchen Fällen immer wieder heraus, dass derlei Messerkünstler nicht das erste mal einschlägig auffällig wurden. Daher muss bei entsprechenden Vorkommnissen endlich konsequent gehandelt werden: Abschieben oder wegsperren! Der Schutz der Bevölkerung muss endlich oberste Priorität im Umgang mit Asylanten haben.“ [sic!]²²³

Dirk Brandes (MdB, Beisitzer Bundesvorstand) schrieb am 20.04.2022 auf Facebook:

„Schweden zahlt den Preis für seine liberale Einwanderungspolitik und die deutschen Medien täuschen die Bevölkerung! [...] Mit der unkontrollierten Masseneinwanderung haben sich die westeuropäischen Sozialstaaten eine neue soziale Unterschicht importiert. Abgeschottet von der Mehrheitsgesellschaft haben sie in Schweden, Frankreich und Deutschland Parallelstrukturen entwickelt, in denen die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft zunehmend als feindlich wahrgenommen wird. Aufgeheizt wird diese soziale Spannung durch eine herrschende politische Klasse, die wie in Deutschland das eigene Volk mit Rassismusvorwürfen und Schuldkomplexen überhäuft und damit jeden Einwanderer genau die Argumente liefert, die er braucht, um sich gegen die staatlichen Autoritäten zu stellen. Wenn deutsche Politiker in der eigenen Gesellschaft ständig eine rechtsextreme Gefahr wettern und ihrer Polizei rassistische Tendenzen unterstellen, dann hetzen sie damit bewusst oder unbewusst Migranten gegen den Staat und die eigene Bevölkerung auf. Was wir in Schweden erleben, ist kein Konflikt zwischen zwei extremen Gruppen, sondern ein tief sitzender Hass und ein Misstrauen der Migranten gegenüber der Gesellschaft, die sie einst aufgenommen hat. Die sog. ‚Bunte Vielfalt‘ zerstört das Vertrauen und den Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Deutschland muss diese hochriskante Politik des Multikulturalismus endlich beenden [...].“ [sic!]²²⁴

Stephan Bothe (MdL) schrieb am 05.05.2022 auf Facebook:

„Kulturbereicherung in Duisburg: Zahlreiche Schüsse, vier Verletzte, mindestens 80 Beteiligte!

Auch wenn im Video (Link unten) nicht der Name ‚Ali‘ zu hören wäre und trotz, dass sämtliche Berichterstattung über den gestrigen Vorfall in Duisburg wie üblich das Wort

²²³ Facebook-Eintrag von Stephan Bothe vom 06.10.2021.

²²⁴ Facebook-Eintrag von Dirk Brandes vom 20.04.2022.

„Ausländer politisch korrekt vertrieben, ist bereits mehr, wenn sie überhaupt einmal wieder auf ihre Weise eine Meinungsverschiedenheit ausgetragen hat.“

Ungebremste Zuwanderung, ungehemmter Großfamiliennachzug und der politisch gewollte Missbrauch des Asylrechts, das zu einem Einfallstor für Sozialmigration umgewidmet wurde, sind die Ursache für ein Klima von immer mehr primitiver Gewalt und der Zerfall der inneren Sicherheit in Deutschland. Die aus rückständigen Kulturen mitimportierten und oftmals kriminellen Großfamilien- und Clanstrukturen mit eigenem, die staatliche Autorität ablehnenden Rechtsverständnis treffen dabei hierzulande auf einen schwachen und von linker Politik demontierten Rechtsstaat.

Verfolgt werden dabei in erster Linie diejenigen, die diese desolaten Zustände benennen, sie bekämpfen und ändern wollen. Dies kommt nirgends so deutlich zum Ausdruck, wie beim peinlichen Agieren des politisch missbrauchten Verfassungsschutz in Sachen AfD! Auch in vielen Bereichen der Justiz hat die dort eingezogene links/grüne Dienst-Ideologie die Dinge von den Füßen auf den Kopf gestellt.

Trotz der mittlerweile inflationär von den Gerichten gewährten Migrationsbonusse ‚Bewährung‘ beherbergen deutsche Gefängnisse eine Vielzahl von Ausländern. Normale, sichere Verhältnisse kann es in Deutschland nur wieder mit konsequenten Abschiebungen und Beendigung der Kuscheljustiz geben!“ [sic!]²²⁵

Jörn König (MdB) schrieb am 08.09.2022 zu einem Artikel des NDR mit dem Titel „Hannover will mehr gegen Messerangriffe tun“ auf Facebook:

„Hannover will mehr gegen Messerangriffe tun – Verbotszonen für Waffen, verstärkte Streifen und Kontrollen haben bisher auch nicht geholfen. Die einzige Lösung wäre, weniger Messerfachkräfte aufzunehmen. Aber auch im Wahlkampf will man davon in der Landeshauptstadt nichts wissen.“²²⁶

Frank Rinck (MdB von 2021-2025, damaliger Landesvorsitzender) schrieb am 19.10.2022 auf Facebook:

„Folklore und Bereicherung.“

²²⁵ Facebook-Eintrag von Stephan Bothe vom 05.05.2022.

²²⁶ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 08.09.2022.

Während die, keine Sorge, machen Sie sich um Ihre Zukunft Sorgen machen, gibt es in unserem Land zunehmend Irre, die frei herumlaufen. Nein, ich spreche heute nicht vom Bundeskabinett, sondern von zugereisten Fachkräften für Messerfolklore, die unsere Bevölkerung nach wie vor in Gefahr bringen.

So kam es gestern in Ludwigshafen zu einem Vorfall, der sehr an den ‚Amoklauf‘ in Würzburg im Juni letzten Jahres erinnert. Wieder ein Somalier, wieder ‚Allahu Akbar‘-Rufe, wieder unschuldige Tote. An dieser Stelle möchte ich den Angehörigen der getöteten jungen Männer mein tiefstes Beileid ausdrücken. Auch den Zeugen der Tat wünsche ich eine baldige Erholung von dem Erlebten, ebenso dem Polizisten, der den Täter mit Hilfe seiner Dienstwaffe handlungsunfähig machen musste.

Nun muss man es ja heutzutage dazu schreiben: Nein, nicht alle Somalier stehen unter Generalverdacht, Mörder oder Amokläufer zu sein. Jedoch mehren sich in den letzten Jahren die Messerattacken in der Bundesrepublik, man kann inzwischen schon von einer Messerpandemie reden. [...]“²²⁷

Die **AfD-Fraktion Niedersachsen (Landtag)** veröffentlichte am 09.12.2022 auf Facebook einen Beitrag zum Thema „Asyl ist nicht bedingungslos!“:

„Gäste müssen sich benehmen und sich nach den Regeln des Gastgebers richten: Was im normalen Leben eine Selbstverständlichkeit ist, scheint in der Migrationspolitik unvorstellbar. ‚Wer in unserem Land aufgenommen wird und Sicherheit, Unterkunft, Verpflegung und auch Geld erhält, sollte dafür dankbar sein‘, stellt unser Landtagsabgeordneter Stephan Bothe klar. ‚Ist es als Land, das Schutz gewährt, zu viel verlangt, dass Flüchtlinge keine Straftaten begehen, sondern etwas Dankbarkeit zeigen‘? Unzählige Menschen sind bereits Opfer ‚Schutzsuchender‘ geworden. Dass sich natürlich nicht alle und auch nicht die Mehrheit der Asylbewerber an Verbrechen beteiligen, ist ein schwacher Trost angesichts dieses ungeheuren Leids. Jedes Opfer ist eines zu viel! Und viele Schreckenstaten wären durch selbstbewussten Grenzschutz und konsequente Abschiebungen verhinderbar gewesen. Populär mag das nicht sein. Aber es ist richtig und dient der Sicherheit unseres Landes.“²²⁸

²²⁷ Facebook-Eintrag von Frank Rinck vom 19.10.2022.

²²⁸ Facebook-Eintrag der AfD-Fraktion Niedersachsen vom 09.12.2022.

„Kann man vorbestrafte Messermänner noch als ‚Einzelfall bezeichnen‘? Wie oft sind Sie seit 2015 in Konflikt mit dem Gesetz geraten? Vermutlich kein einziges Mal. Der Palästinenser Ibrahim A. schaffte es gleich zwölfmal, saß sogar schon in U-Haft. Die Entlassung nutzte er, um Menschen in der Regionalbahn abzuschlachten. Acht Menschen wurden verletzt, zwei ermordete er. ‚Ibrahim A. ist ein Intensivstraftäter und mutmaßlicher Mörder, den man uns als Einzelfall verkaufen will‘, urteilt der AfD Landtagsabgeordnete Stephan Bothe. ‚Diese Taten geschehen Tag für Tag in ganz Deutschland – auch in unserem Niedersachsen!‘ Wer für dieses Gewaltphänomen politische Lösung fordert, dem werde vorgeworfen, ‚einfache Lösungen für komplexe Probleme zu fordern. Dabei ist eines klar: Hätte man den Verbrecher Ibrahim A. abgeschoben, würden zwei unschuldige Menschen noch leben. Manchmal sind einfache Lösungen eben das Richtige!‘“ [sic!]²²⁹

Martin Sichert (MdB) schrieb am 12.05.2023 zu einem Video von „Achtung Reichelt“ auf Facebook:

„Die Mehrheit will keine unkontrollierte Zuwanderung mehr!

Früher waren wir Export-Weltmeister, jetzt sind wir Import-Weltmeister von Messergewalt. Wir können diese ewige Verharmlosung nicht mehr hören! Das sind keine Einzelfälle, das ist eine Epidemie. Es reicht!

Das ganze Video: https://www.youtube.com/watch?v=EjNAj_rU49k²³⁰

Jörn König (MdB) nahm am 19.05.2023 Bezug auf mehrere Pressemeldungen, die sich mit Gewalttaten auseinandersetzen. Dazu schrieb er:

„Hannover: Feiertagsgewalt. Hannover ist leider kein Einzelfall. Überall machen Migranten diese Tage das Land unsicher.“ [sic!]²³¹

Martin Sichert (MdB) schrieb am 27.10.2023 auf Facebook:

„Das rot-grüne Ziel scheint erreicht: Wir stehen vollständig schutzlos da.

²²⁹ Facebook-Eintrag der AfD-Fraktion Niedersachsen vom 27.01.2023.

²³⁰ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 12.05.2023.

²³¹ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 19.05.2023.

Der Import von Kriminellen, Terroristen und Migranten, die uns zu suchen haben, führt dazu, dass unsere Polizisten mittlerweile nicht mehr in der Lage sind, hoheitliche Aufgaben zu erledigen. Wir bräuchten eine riesige Anzahl von Polizisten, um allen Aufgaben gerecht zu werden.

Ohne Grenzkontrollen sind Abschiebungen von Kriminellen zwecklos.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) für die Bundespolizei in Berlin und Brandenburg, Lars Wendland, äußert sich besorgt:

„Bei den Grenzkontrollen haben wir schon Personal von überall aus Deutschland. Und ich behaupte, wir halten das nicht allzu lange durch.“

Das behaupten wir auch und haben eine Lösung, um die Not leidenden Polizisten zu unterstützen: Die AfD in Regierungsverantwortung, die einzige Partei, die unsere Grenzen dauerhaft sichern wird.

https://www.morgenpost.de/berlin/article239874417/Grenzkontrollen-wegen-Personalmangels-nicht-durchzuhalten.html?fbclid=IwY2xjawLkPYdleHRuA2FlbQlxMAABHrdhU0xCwk9tgHTsDNcXLR4Q1Sjyn9bs8UW7vY8Ikib7f2dKaaeCFZrS95O__aem_z7xKCqJIHLdvnYQYN6IQYQ²³²

Martin Sichert (MdB) schrieb am 02.11.2023 auf Facebook:

„Halloween: 350 ‚Jugendliche‘ randalieren – Böllerwürfe auf Polizisten, Wasserwerfer im Einsatz. Aber warum passiert das immer wieder?“

Es passiert, weil Menschen wie Ricarda Lang den Import von Gewalttätern erwirken, die unsere Städte in Schutt und Asche legen.

Die Lösung: Abschiebung.

Der Schlüssel dazu: die AfD.

<https://www.mopo.de/hamburg/polizei/halloween-randale-in-harburg-hunderte-werfen-boeller-polizisten-barrikade-errichtet/?fbclid=IwY2xjawLkV1lleHRuA2FlbQlxMAABHt->

²³² Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 27.10.2023.

K_12GvKwKwSf05tkShalm7Vw50rhcgrder Qd7A250VabpqrHrIp0RE5020r_aem_N
 GehCS8NSo8UHiMut3dSkw²³³

Die **AfD-Fraktion Niedersachsen (Landtag)** schrieb am 01.12.2023 auf Facebook:

„++ Baerbock importierte 25 Scharia-Richter samt 200 Familienangehörigen aus Afghanistan! ++

„Wir von der AfD haben von Anfang an gewarnt, dass die Ampel unter dem Deckmantel der Evakuierung sogenannter 'Ortskräfte' aus Afghanistan deutsches Recht brechen und Migranten ohne jede Berechtigung importieren wird‘, erklärt unser Fraktionsvorsitzender, Stefan Marzischewski-Drewes.

„Und so kam es auch. Jetzt ist bekannt geworden, dass Baerbock im Zuge dessen mindestens 25 afghanische Scharia-Richter eingeflogen hat. Und nicht nur das: Alleine diese 25 Mann bringen 200 Familienmitglieder mit‘, so Marzischewski-Drewes weiter.

„Dieser Wahnsinn verletzt deutsche Interessen, fördert die Islamisierung unserer Heimat und gefährdet Deutsche und alle Menschen, die mit Recht in Deutschland leben. Insbesondere für tatsächlich Verfolgte ist der Import von Scharia-Richtern ein Schlag ins Gesicht – oder ein Peitschenhieb bzw. ein Steinwurf, wie es dort heißen würde.

Aber schon auf Landesebene werden wir in Regierungsverantwortung gegenwirken können: Abschiebung ist nämlich Aufgabe des Landes. Eine AfD-Regierung wird diese Aufgabe erfüllen!“²³⁴

Martin Sichert (MdB) schrieb am 14.03.2024 auf Facebook:

„Die nächste Bastion der linken kulturellen Hegemonie wird von der AfD übernommen.

Wer hätte gedacht, dass der Import von Millionen homophoben Muslimen dazu führen würde, dass die Schwulenszene die einzige Partei wählt, die sich um ihre Sicherheit und Interessen kümmert?

Quelle:

²³³ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 02.11.2023.

²³⁴ Facebook-Eintrag der AfD-Fraktion Niedersachsen vom 01.12.2023.

https://maenner.media/gesellschaft/positivumfragenammon-100keran-in-der-schwulen-szene/?fbclid=IwY2xjawLu4oFleHRuA2FibQIxMAABH2hYEEY4SXv-J_TsqhLYR5X8TSK5pLU-mPm43s9biRJBE6l-4cqmh0r7wxqmcq_aem_GWNDxPd1GyTtXgEfn_D7cw²³⁵

Die **AfD-Fraktion Niedersachsen (Landtag)** schrieb am 10.04.2024 auf Facebook:

„++ Fast jeden 3. Tag eine Gruppenvergewaltigung! ++

In Niedersachsen hat sich die Anzahl der Gruppenvergewaltigungen von 2017 bis 2022 fast verfünffacht. 113 Fälle entsprechen einer Tat an fast jedem dritten Tag! Die Verdächtigen:

Sind zu 49 Prozent Ausländer. Bei einem Ausländeranteil an der Bevölkerung von 11,8 Prozent sind Nicht-Deutsche hier also enorm überrepräsentiert. Um ein noch klareres Bild zu erhalten, fragten wir die Landesregierung auch nach Doppelstaatlern:

Wie so oft, kann oder will sie hierzu jedoch keine Angaben machen. Stephan Bothe MdL, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion Niedersachsen:

„Früher hat man fast nie etwas über Gruppenvergewaltigungen gelesen. Das gab es einfach kaum bis gar nicht. Heute ist dieses entsetzliche Verbrechen fast alltäglich. Für mich liegt auf der Hand, dass dafür die Migrationspolitik mit ihrem Import archaisch sozialisierter Männer verantwortlich ist.

Damit solche Schändungsorgien wieder aufhören, müssen wir die Täter hart bestrafen, alle illegalen und kriminellen Ausländer rigoros abschieben und unsere Grenzen schützen. Sichere Grenzen, sichere Frauen.“ [sic!]²³⁶

Marcel Queckemeyer (MdB, zum damaligen Zeitpunkt MdL) schrieb am 04.05.2024 auf Instagram:

„Wann reicht es endlich? Am 1. Mai ereignete sich im Zentrum von #Fürstenau eine bewaffnete #Auseinandersetzung, wie auch in der #NOZ und anderen #Medien berichtet wurde. Es ist unfassbar, dass solche #Gewalttaten immer häufiger vorkommen und jetzt auch hier bei uns in Fürstenau. Ein Video des Vorfalls, das in den sozialen Medien kursiert und von Passanten aufgenommen wurde, offenbart, dass

²³⁵ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 14.03.2024.

²³⁶ Facebook-Eintrag der AfD-Fraktion Niedersachsen vom 10.04.2024.

es sich bei den Beteiligten nicht um etwa #Deutsche handeln, sondern vornehmlich um Klientel aus dem nahen Osten. Es ist alarmierend, dass bewaffnete #Konflikte nun sogar in Kleinstädten wie unserer ausgetragen werden. Wenn wir jetzt nicht handeln, was kommt dann als Nächstes? Es ist an der Zeit, diesem #Wahnsinn ein Ende zu setzen. Deshalb sollten Sie sich für eine echte #Alternative entscheiden: die Alternative für Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen, Marcel Queckemeyer Mitglied des Niedersächsischen Landtages

#afd #marcelqueckemeyer“ [sic!]

Der Beitrag wird von einem Bild mit folgendem Text ergänzt:

„Importierte Gewalt! Jetzt auch in Fürstenaue?!“²³⁷

Martin Sichert (MdB) schrieb am 07.05.2024 auf Telegram:

„Vor fast 10 Jahren hat die damalige Merkel-Regierung unser Land Invasoren aus dem Nahen Osten freigegeben. Erstmals in der Geschichte hat ein Land Eroberern nicht nur Tür und Tor eröffnet, sondern sie mit Unterkünften und Geld der eigenen Bevölkerung ausgestattet. Folge: Terror, Gewalt und Bevölkerungszersetzung.

Es lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit, wie die Regierung durch die öffentlich-rechtlichen Medien das eigene Volk manipuliert und den Untergang geführt hat.

So lange die Altparteien an der Macht bleiben wird sich die Situation verschlimmern.

Es ist höchste Zeit für eine Politik, die an der Grenze feindselige Invasoren stoppt und sie gar nicht erst ins Land lässt.“²³⁸

Klaus Wichmann (MdL) schrieb am 13.09.2024 auf Facebook:

„Nicht Messer sind das Problem, sondern die, die zustechen!

Nancy Faeser greift knallhart durch – jedenfalls wenn es um unliebsame Zeitschriften geht. Bei der ausufernden Messergewalt, einem nachweisbaren Nebenprodukt ihrer Massenmigration, spielt sie hingegen auf Zeit.

²³⁷ Instagram-Eintrag von Marcel Queckemeyer vom 04.05.2024.

²³⁸ Telegram-Eintrag von Martin Sichert vom 07.05.2024.

im neuesten Ansatz, lange Ringe in der Öffentlichkeit zu verbieten und mehr Messerverbotzonen auszurufen, ist eine weitere Episode aus der Kategorie: ‚Symbolpolitik die garantiert nichts an den Problemen in Deutschland ändern wird.‘

In ein, zwei Jahren wird man dann nämlich verkünden, wie viele Stichwaffen sichergestellt, Bußgelder verhängt, Gefährderansprachen vorgenommen wurden und so weiter. Bis dahin bleiben die Grenzen ungeschützt, das Messern geht weiter und – für Faeser und ihre Kumpanen ein wichtiger Nebeneffekt:

Immer mehr ausländische Täter werden dann dank erleichterter Einbürgerung zu Deutschen. Wie Faeser und Co. Die Statistiken dann auslegen werden, dürfte klar sein.

Ich habe es schonmal gesagt und sage es wieder. Man kann Messer verbieten, wie man auch Weihnachtsmärkte einzäunen kann. An der Gefahr durch Messerstecher oder islamistische Attentäter ändert sich dadurch nichts.

Die AfD wird den mutwilligen Import der Messerkultur aus Ländern wie Afghanistan und Syrien stoppen, ausländische Täter konsequent abschieben und Einbürgerungen mit sinnvollen Hürden erschweren statt erleichtern. Denn ein Blick in die Besteckschublade genügt, um dem Naivsten klarzumachen: Nicht Messer sind das Problem, sondern die, die zustechen!“ [sic!]²³⁹

Vanessa Behrendt (MdL) veröffentlichte am 02.03.2025 einen Bild-Beitrag auf X, der ein beleuchtetes Schild mit „Happy Ramadan“ und eine beleuchtete Landebahn eines Flughafens zeigt und fordert dabei implizit die Abschiebung aller Menschen muslimischen Glaubens:

„Welche Ramadan-Beleuchtung findet ihr besser?“²⁴⁰

Die **AfD-Fraktion Niedersachsen (Landtag)** schrieb am 19.03.2025 auf Instagram:

„++ Wer hätte das gedacht: Messerangriffe trotz Messerverbotzonen! ++

Innenministerin Daniela Behrens und Landespolizeipräsident Axel Brockmann präsentieren jüngst die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für Niedersachsen.

²³⁹ Facebook-Eintrag von Klaus Wichmann vom 13.09.2024.

²⁴⁰ X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 02.03.2025.

„Auch 2024 gab es erneut eine Zunahme der Rohheitsdelikte, der Straftaten gegen die persönliche Freiheit und der Häuslichen Gewalt“, warnt Stephan Bothe, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag.

„Das weiterhin extrem hohe Niveau im Bereich der Messerangriffe zeigt die Sinn- und Nutzlosigkeit der Einrichtung von Messerverbotzonen. Diese beeindrucken insbesondere kriminelle Migranten, die auch hier überdurchschnittlich als Tatverdächtige auffallen, offenbar wenig bis überhaupt nicht.“

Das Messer als das Symbol schlechthin für importierte Migrantengewalt ist zur alltäglichen latenten Bedrohung für jedermann geworden. Wie diesem Umstand Rechnung getragen werden soll, ist seit Jahren im Handeln der Landesregierung nicht erkennbar.

Solange die Benennung von Fakten, wie wir dies als AfD-Fraktion regelmäßig im Landtag tun, von der Innenministerin als Panikmache und populistische Angstmache abgetan wird und die von uns in entsprechenden Anträgen aufgezeigten notwendigen Konsequenzen ignoriert und abgelehnt werden, bleibt Niedersachsen eine Kriminalitätshochburg.“²⁴¹

Die **AFD-Fraktion Niedersachsen (Landtag)** schrieb am 21.03.2025 auf Facebook:

„++ Sind das Schul- oder Gefängnishöfe? ++“

Raub, Körperverletzung, Nötigung: Laut Landeskriminalamt wurden im Jahr 2023 in Niedersachsen 2.680 Rohheitsdelikte ‚im schulischen Kontext‘ registriert. Pro Schultag ergibt das 14 Delikte!

Erst kürzlich machte ein Gewaltdelikt an der Oberschule am Falkenweg in Sande im Landkreis Friesland überregional Schlagzeilen. Hier kommt es im Schnitt jeden Monat zu einer Körperverletzung. Trotzdem bezeichnet die Landesregierung die dortige Präventionsarbeit als ‚vorbildlich‘.

Rot-Grün selbst arbeite daran, Schulen ‚noch effizienter bei Prävention von Gewalt‘ zu unterstützen, richtet man uns aus. Harm Rykena, schulpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion Niedersachsen:

²⁴¹ Instagram-Eintrag der AfD-Fraktion Niedersachsen vom 19.03.2025.

„Das soll wohl ein Witz sein: Die Zahlen sprechen für sich: Die Handtasche und runden Tische haben versagt. Die Regierung muss das Problem endlich an der Wurzel packen.

Dazu gehört, bei der Gewalt systematisch Migrationshintergründe und Religion der Täter zu erfassen. Schauen wir weiterhin jahrelang weg, wird es bald keinen Unterschied mehr zwischen Schul- und Gefängnishöfen geben.“²⁴²

Dirk Brandes (MdB, Beisitzer Bundesvorstand) schrieb am 24.04.2025 auf X:

„Die Bundesregierung erwartet steigende Ausländerkriminalität – und macht trotzdem weiter wie bisher. Wer in diesem Wissen weiter massenhaft junge Männer ins Land holt, gefährdet unsere Sicherheit bewusst.

Zeit für eine Wende. Zeit für die #AfD!²⁴³

Omid Najafi (MdL) schrieb am 26.08.2025 auf X:

„Also: Wir schieben die ausreisepflichtigen und kriminellen Ausländer ab, illegale Einwanderung wird beendet, der Rundfunkbeitrag wird gestrichen, eure Stromkosten bringen wir auf unter 15 Cent/kWh, Transen werden nicht mehr im Kindergarten vor euren Kindern tanzen, Benzin und Diesel werden mindestens 20 Cent günstiger. Ihr werdet nicht mehr abgestochen, überfahren, bedroht oder ausgeraubt. Nachts könnt ihr problemlos spazieren gehen oder stundenlang zu Fuß nach Hause schlendern und auch sicher ankommen. Grundsteuer weg Grunderwerbssteuer weg CO2-Steuer weg Straßenausbaubeiträge weg usw. usf. Das Land unterstützt die Kommunen finanziell und ihr werdet endlich überall funktionierendes Handynetz haben. Ist das so furchtbar schlimm, was wir fordern, oder warum wählt ihr noch immer nicht die #AfD? Wer abgestochen oder arbeitslos werden will, kann weiter die linken Altparteien wählen. Wir jedenfalls wollen das nicht!“²⁴⁴

²⁴² Facebook-Eintrag der AfD-Fraktion Niedersachsen vom 21.03.2025.

²⁴³ X-Eintrag von Dirk Brandes vom 24.04.2025.

²⁴⁴ X-Eintrag von Omid Najafi vom 26.08.2025.

Dirk Brandes (MdB, Besitzer Bundesvorstand) schrieb am 02.09.2025 auf X:

„Der Mord an Liana aus #Friedland ist leider nur eine von vielen Schreckensmeldungen, welche die Masseneinwanderung in unser Land mit sich bringt. Wer das noch verschweigt, macht sich zum Mittäter!“²⁴⁵

Omid Najafi (MdB) schrieb am 03.09.2025 zu einem Beitrag der AfD zum Tod von Liana K. aus Friedland auf X:

„Schwarz auf weiß. Für jeden sichtbar und nachvollziehbar. Sie lassen die Mörder auf euch und eure Kinder los. Sie decken die Mörder. Wie offensichtlich wollt ihr es noch?“²⁴⁶

Omid Najafi (MdB) schrieb am 04.09.2025 auf X:

„SPD/CDU/Grüne/LINKE/BSW wählen tötet Kinder“ [sic!]

Der Beitrag wird durch ein Foto ergänzt, auf dem mehrere Kinder sowie die Texte „Erstochen, überfahren, vor Züge geschmissen“ und „Das sind die toten Kinder der Migrationspolitik“ zu sehen sind.²⁴⁷

Jörn König (MdB) veröffentlichte am 08.09.2025 einen Bild-Beitrag auf Instagram mit dem Text „Innenminister schafft Asylwende nicht und kritisiert AfD, während auf der Straße gemessert wird“. Dazu schreibt König:

„Bundesinnenminister Dobrindt (CSU) schafft es nicht, die unkontrollierte Migration zu stoppen, wenigstens die ausreisepflichtigen Migranten umgehend in ihre Heimat zurückzuführen, auf den Straßen endlich wieder für die Sicherheit der Bürger zu sorgen und behauptet auch noch, die AfD sei das Problem. Die Süddeutsche Zeitung zitiert ihn: ‚Die AfD bietet keine Lösungen, sie heizt Stimmungen an und will die Gesellschaft spalten.‘ – ‚Sie versucht, Unsicherheit künstlich hochzuhalten.‘ Unermüdlich liefert die AfD in allen Parlamenten ständig Lösungen, und zwar auf allen Politikfeldern, nicht nur zum Thema Migration. Wenn sie zu Recht immer wieder auf die unerträglichen Angriffe aufmerksam macht – auf Messerangriffe, das ‚Vor-den-Zug-Schubsen‘, Massenvergewaltigungen und alle anderen Gewalttaten, die heute alltäglich in Deutschland passieren und die es früher so nicht gab oder wesentlich

²⁴⁵ X-Eintrag von Dirk Brandes vom 02.09.2025.

²⁴⁶ X-Eintrag von Omid Najafi vom 03.09.2025.

²⁴⁷ X-Eintrag von Omid Najafi vom 04.09.2025.

„Sicherer“, dann ist das kein Anzeichen einer Stimmung über der Furchung, Sicherheit künstlich hochzuhalten, sondern ein Weckruf und gleichzeitig auch die Empörung über diese Taten und darüber, dass die Regierungen es nicht schaffen, die Sicherheit wiederherzustellen, die jeder Bürger erwarten kann. Deutschland muss diesen bestialischen Horror nicht ertragen. Die Alternative für Deutschland ist bereit, sie muss aber auch gewählt werden, um etwas ändern zu können.“²⁴⁸

c) Äußerungen von Kreisverbänden

Die **AfD-Stadtratsfraktion Hannover** schrieb am 28.03.2022 auf Facebook:

„Am 15. März 2022 stachen drei junge Frauen auf eine 16 jährige im Vahrenwalder Park ein, nur wenige Tage später greift ein 17 jähriger einen gleichaltrigen Jugendlichen mit einem Messer auf einem Lindener Spielplatz an. Beide Opfer überlebten die Attacken glücklicherweise schwer verletzt. Zwar sinkt laut Kriminalstatistik die Gesamtzahl der Straftaten in Hannover, dies liege aber hauptsächlich an den pandemiebedingten Einschränkungen. Denn während Einbrüche und Schwarzfahrdelikte abnehmen, steigen vor allem Missbrauchsfälle und Messerangriffe deutlich an. 2021 verzeichnete die Statistik ganze 589 Messerangriffe in Hannover, ein neuer, trauriger Rekord! Von 34 Tötungsdelikten wurden 16 mit einer Stichwaffe begangen! Besonders brisant: Jeder zweite Täter hatte keinen deutschen Pass! Ausländer sind also überproportional häufig an Messerangriffen beteiligt, bezogen auf ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung. Übrigens Ob die Täter mit deutschem Pass einen Migrationshintergrund hatten, wird in der Statistik leider nicht erwähnt. Sie werden ihre Gründe haben!“ [sic!]²⁴⁹

Dieser Eintrag wurde durch den **AfD-Kreisverband Hannover-Stadt** weiterverbreitet.

Der **AfD-Kreisverband Osterholz-Verden** nahm am 20.10.2022 auf Facebook Bezug auf einen Zeitungsartikel mit dem Titel „Straßenraub: Fünf Männer in Untersuchungshaft“:

„Neues aus dem Shithole Bremen. Ständig finden in der Innenstadt Überfälle statt. Laut Polizei sind bisher ‚ALLE!‘ Tatverdächtigen Ausländer. Zuletzt wurden fünf

²⁴⁸ Instagram-Eintrag von Jörn König vom 08.09.2025.

²⁴⁹ Facebook-Eintrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 28.03.2022.

„sogenannte ‚Nachlinge‘ in Haft genommen. Wir empfinden auch Empörung über die Wähler, weiter klatschen und brav Danke sagen!“ [sic!]²⁵⁰

Der **AfD-Kreisverband Goslar** veröffentlichte am 20.10.2022 einen Instagram-Beitrag, der zum einen Panzer mit der Bilderunterschrift „Export“ und zum anderen Geflüchtete mit der Bildunterschrift „Import“ zeigt. Der Kreisverband fügte die folgende Bildbeschreibung hinzu:

„Wann begreifen die Menschen das?“²⁵¹

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** verbreitete am 05.12.2022 folgenden Inhalt von der Seite „AfD-Chan“ auf Facebook weiter:

„Und wieder hat eine Merkel-Fachkraft ein Mädchen getötet. Wann schützen wir endlich unsere Kinder?“²⁵²

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Land** schrieb am 27.01.2023 folgenden Beitrag unter der Überschrift „Das grosse Schlachten“ auf Facebook:

„Im Zusammenhang der importierten Migrantengewalt erschreckt immer wieder die besondere Brutalität und Menschenverachtung der Täter. Es gehört zum Gesamtbild dazu, daß wir es mit einer neuen Dimension zu tun haben – quantitativ und qualitativ. Die beiden jugendlichen Opfer des Messermordes im Regionalexpress von Kiel nach Hamburg wurden besonders grausam getötet. Offenkundig systematisch praktiziertes Kehledurch- und Kopfab schneiden kann nicht mehr mit einer Aussage relativiert werden, wie ‚es gibt auch deutsche Verbrecher‘. Wir haben es mit erkennbaren, wiederholt auftretenden Mustern und einer gewissen Regelmäßigkeit zu tun. Dabei ist für die Gefährdung unserer Gesellschaft zunächst zweitrangig, ob es sich bei diesen neuen ‚deutschen‘ Verbrecherphänomenen um die Folge einer fremden soziokulturellen Prägung oder die Traumatisierung durch persönliche Kriegserfahrungen oder eine unseren Werten entgegenstehende Ethik handelt. Aber die Tatsache muß zwingend im Zusammenhang mit der Einwanderungsdebatte berücksichtigt werden und die Frage muß gestellt werden dürfen, ob wir solche Probleme überhaupt bei uns ‚integrieren‘ wollen – und können. Ich für meinen Teil möchte das nicht. Und ich möchte auch nicht bei der Fragesteckenbleiben, welche

²⁵⁰ Facebook-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 20.10.2022.

²⁵¹ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 20.10.2022.

²⁵² Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 05.12.2022.

zusätzlichen Präventionsmaßnahmen und ... darf, um zumindest schnellstmöglich die Symptome zu reduzieren. Die ehemalige Bundeskanzlerin Merkel ordnete die hier beschriebene Problemlage kurz und zynisch ein, als sie sagte ‚nun sind sie halt da‘. Sie sind nicht nur da, es kommen jeden Tag mehr. Wenn wir keine 180-Grad-Wende in der Einwanderungspolitik durchsetzen, dann ist von der weltweit bewunderten deutschen Vertrauensgesellschaft, auf der eine stabile Staatlichkeit fußte, schon bald nichts mehr übrig. Dann wird Deutschland ein einziger Angsttraum sein.“ [sic!]²⁵³

Der **AfD-Kreisverband Lüneburg** schrieb am 30.06.2023 auf Facebook:

„Angriffe, sexuelle Belästigungen, Schlägereien: In Deutschlands Freibädern gibt es mittlerweile alles – außer Erholung. Auch in den vergangenen Tagen schlugen die berüchtigten ‚Gruppen junger Männer‘ wieder zu: In Mönchengladbach wurde eine 17-Jährige von einem ca. 30-jährigen Mann belästigt, im baden-württembergischen Fellbach sogar mehrere Mädchen im Alter zwischen sieben und zwölf Jahren von einem 34-Jährigen, der im Wasser Körperkontakt zu ihnen suchte. In Karlsruhe wurde ein Bademeister zusammengeschlagen, weil er am Abend schließen wollte und eine Gruppe Jugendlicher aufforderte zu gehen. Im bayerischen Rotenburg gerieten drei Großfamilien aneinander, sodass die Polizei eingreifen musste. Und im schleswig-holsteinischen Wesselburen sorgte eine sechsköpfige Gruppe dafür, dass das Bad vorzeitig geräumt werden musste. Sie hatten im Wasser Alkohol getrunken, geraucht, gepöbelt und mit Flaschen geworfen.“

Nachdem längst ganze Stadtteile und die meisten Bahnhöfe in Deutschland zu sogenannten No-Go-Areas geworden sind, erobern sich gewaltbereite Männergruppen mit meist migrantischen Wurzeln nun die Freibäder. Wie bei allen ‚Einzelfällen‘ hat sich auch hier die #Gewalt zu einem Flächenbrand ausgeweitet, weil sie von Politik und Öffentlichkeit weggeschwiegen wird. Wir von der #AfD benennen diese Probleme und fordern Lösungen. Wer sich nicht benimmt, hat nicht nur das Freibad, sondern – wenn es sich um gewaltbereite #Zuwanderer handelt – auch das Land zu verlassen. Es kann nicht sein, dass die Bürger Stück für Stück verdrängt

²⁵³ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 27.01.2023.

Wolfsburg und die Kampagne... auf noch finanziert! Alle #Einzelfälle gibt es auf www.einzelfallticker.de" [sic!]²⁵⁴

Der **AfD-Kreisverband Wolfenbüttel** schrieb am 10.07.2023 auf Facebook:

„Ein #Somalier tötet einen Fahrgast in #Dresden. In #Gießen liefern sich #Eritreer Straßenschlachten und verletzen #Polizisten, eine Massenschlägerei gibt es auch in #Kaiserslautern. In #München wird eine Zehnjährige von einem Somalier belästigt und verfolgt, in #Berlin und #Görlitz sind jeweils Verletzte zu beklagen, als Migranten #Abi-Feten stürmen. Quer durch Deutschland zieht sich eine Spur sogenannter #Einzelfälle, die oben beschriebenen sind dabei lediglich die, die medial aufgegriffen wurden. Und es nimmt kein Ende.

Während die Bundesregierung in die Sommerpause entschwinden ist, lässt sie das Land mit den von ihr verursachten Problemen allein. Mehr als ein halbherziges Bedauern war der verantwortlichen Bundesinnenministerin #Faeser hinsichtlich der verletzten Polizisten in #Gießen nicht zu entlocken. Zu allen anderen traurigen ‚Einzelfällen‘ äußerte sie sich überhaupt nicht.

Deutschland braucht eine politische Kraft, die das Wohl der eigenen Bürger in den Vordergrund stellt. Eine politische Kraft, die nicht darüber hinwegsieht, dass die #Migrationspolitik immer mehr Bürger gefährdet. Deutschland braucht #Neuwahlen – und eine starke #AfD.

Einen Überblick über sogenannte Einzelfälle finden Sie hier: <http://einzelfallticker.de>²⁵⁵

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Stadt** schrieb am 23.08.2023 auf Facebook:

„Afhane vergewaltigt stundenlang 18-Jährigen am Bahnsteig! Es kann überall und jederzeit passieren: Im Freibad, auf der Kirmes, mitten auf der Straße – oder am Münchner U-Bahnhof Max-Weber-Platz. Dort wurde nun ein 18-jähriger Mann stundenlang von einem 20-jährigen Afghanen vergewaltigt. Gegen 1 Uhr war der 18-Jährige allein und betrunken auf dem Bahnsteig unterwegs, woraufhin der Afghane die Wehrlosigkeit des alkoholisierten Mannes ausnutzte. Erst in den frühen Morgenstunden lässt der Peiniger von seinem Opfer ab, klaut ihm aber noch das

²⁵⁴ Facebook-Eintrag der AfD Lüneburg vom 30.06.2023.

²⁵⁵ Facebook-Eintrag der AfD Wolfenbüttel vom 10.07.2023.

Handy. Über die Ortungsdaten des Handys konnte die Polizei die Aufenthaltsorte festgenommen werden.

Wir wollen ein Deutschland, in welchem derartige sogenannten ‚Einzelfälle‘ nicht zum Alltag gehören. Kein Afghane, der so etwas tut, hat etwas in unserem Land zu suchen – schiebt die Täter endlich ab! Eine Auflistung weiterer ‚Einzelfälle‘ finden Sie hier: <https://www.afd.de/eintelfallticker/>²⁵⁶

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Stadt** schrieb am 07.10.2023 auf Facebook:

„AfD-‚Einzelfallticker‘ deckt auf: 1000 ‚Einzelfälle‘ innerhalb von acht Monaten!

Seit dem 21. Februar dokumentiert die AfD in ihrem ‚Einzelfallticker‘ jene Straftaten, die von den etablierten Parteien permanent als ‚Einzelfälle‘ verharmlost werden (<https://www.afd.de/einzelfallticker/>). Es sind schwerwiegende Delikte, bei denen jeder weiß, dass Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika einen erheblichen Teil der Täter ausmachen: Messerangriffe, Vergewaltigungen, bewaffnete Raubüberfälle und vieles mehr. Innerhalb von noch nicht einmal acht Monaten dokumentierte die AfD – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – insgesamt 1000 sogenannte ‚Einzelfälle‘!

Schon diese Zahl verdeutlicht, dass die Beschönigungen der Massemigrations-Ideologen nicht mehr zu ertragen sind. Ob im Schwimmbad, in der Diskothek oder in der Bahn: Überall kann es passieren, dass angeblich ‚traumatisierte‘ Herrschaften plötzlich ausrasten, um sich stechen und schlagen, sich an Frauen vergehen. Für die Opfer ist es ein Schlag ins Gesicht, wenn Ampel-Regierung und CDU anschließend mit Phrasen reagieren und sich nicht das Geringste an der selbstmörderischen Willkommenspolitik ändert. Angesichts der täglichen ‚Einzelfälle‘ ist unsere Forderung klar: Grenzen schützen und Scheinflüchtlinge konsequent in ihre Heimatländer zurückzuschicken!²⁵⁷

Der **AfD-Kreisverband Osnabrück** verteilte im November 2023 anlässlich einer geplanten Unterbringung von 200 Geflüchteten in einem Verwaltungsgebäude der Stadt Melle einen Flyer. Darin ist folgende Passage enthalten:

„Das soll nun nicht heißen, dass wir von der AfD gegen Hilfe von durch Verfolgung und Krieg geflüchteter Menschen sind. Für diese Menschen bedarf es absolut kein teures,

²⁵⁶ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Stadt vom 23.08.2023.

²⁵⁷ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Stadt vom 07.10.2023.

angeborene Verbrechen, die Asyl in unserem Land und Ihrer schönen Gemeinde haben. Leider befinden sich momentan gut 1.100 Menschen, davon fast je zur Hälfte aus der Ukraine und aus Drittstaaten, die hier auf dem Gebiet der Stadt Melle versorgt werden. Ob darin die 200, die hier einziehen sollen dazu gehören, oder ob es neue sog. Menschen in Not sind, ist nicht ersichtlich.²⁵⁸

Der **AfD-Kreisverband Osterholz-Verden** veröffentlichte am 02.12.2023 auf X einen Ausschnitt eines Zeitungsartikels und schrieb dazu:

„In ganz Deutschland wird regelmäßig gemessert, auch in Verden. Nach der Täterbeschreibung dürfte es sich auch hier um eine ‚Fachkraft‘ handeln.“ [sic!]²⁵⁹

Der **AfD-Kreisverband Lüneburg** schrieb am 19.04.2024 auf Facebook:

„+++ Gruppenvergewaltigung in Rostock +++

Unsere Kinder werden auf dem Altar der Willkommenskultur geopfert!

Die jüngste Schreckenstat in Rostock, bei der zwei junge Mädchen in einem öffentlichen Park von einer Männergruppe vergewaltigt wurden, offenbart erneut die schmerzhafteste Realität: Die Ampel-Regierung hat auf ganzer Linie versagt. Während die Täter anscheinend ungestört ihr Unwesen treiben, sind die Opfer gezwungen, mit den traumatischen Folgen zu leben. Diese Tragödie ist ein direktes Resultat der unzulänglichen #Grenzsicherung und der laschen Justizpolitik der gegenwärtigen #Bundesregierung.

Wie die #Kriminalstatistik unschwer erkennen lässt, steigen die Zahlen derartiger Verbrechen kontinuierlich an. Aber anstatt wirksame Maßnahmen zu ergreifen, verharrt die Regierung in Untätigkeit und Ideologie. Die AfD fordert eine konsequente Durchsetzung der Gesetze und den #Schutz unserer Bürger. Wir stehen für eine Politik, die Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt stellt und nicht für den Import von Kriminalität durch eine verfehlte #Migrationspolitik.

Jedes Opfer ist eines zu viel. Es ist an der Zeit, dass Deutschland seine Politik grundlegend überdenkt und die Sicherheit seiner Bürger wieder ernst nimmt. Die AfD

²⁵⁸ Flugblatt der AfD Osnabrück; Az. 051-S-600100-0000-0191/2023.

²⁵⁹ X-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 02.12.2023.

ist bereit, diesen notwendigen Prozess anzukurbeln, um Deutschland zu kämpfen.

#AfD #Sicherheit

https://afdkompakt.de/2024/04/17/gruppenvergewaltigung-in-rostock-unsere-kinder-werden-auf-dem-altar-der-willkommenskultur-geopfert/?fbclid=IwY2xjawLu40lleHRuA2FlbQlXMAABHi9qyEEeXCdHefqvy9TBYEuL CX2NI3eHOKSnnqVhv80hddr6snQ2uAGTPMYF_aem_Y5j4Va7y5LywQ1-2tdZ_kw²⁶⁰

Der **AfD-Kreisverband Osterholz-Verden** schrieb am 17.06.2024 zu dem auf „Tichyseinblick“ erschienen Artikel „Epidemie der Messer-Attacken: Die Floskel vom Einzelfall“ auf Facebook:

„Trauriger neuer Rekord in Messerland. Überwiegend Afghanen haben vergangenen Wochenende mehrere Menschen niedergestochen. Buntland wird bunt mit Blut.

<https://www.tichyseinblick.de/.../die-floskel-vom-.../> [sic!]²⁶¹

Der **AfD-Kreisverband Osterholz-Verden** schrieb am 30.06.2024 auf Facebook:

„Auch dieses Wochenende haben ‚Kulturbereicherer‘ wieder für viel fließendes Blut in Buntland gesorgt.

<https://www.nius.de/.../4285ca62-ad0f-4cfd-86c2-22ac88c877ec>

<https://www.nius.de/.../9e53f163-e972-44be-932f-114148504119>

<https://www.nius.de/.../46dba57b-2b2c-4f63-8ad8-f8bc03b82e46>

<https://www.nius.de/.../23a7d5b1-2b60-47d7-b58b-861a8c636a75>²⁶²

Der **AfD-Kreisverband Osterholz-Verden** schrieb am 22.07.2024 auf Facebook:

„In der bunten Republik Blutland haben unsere ‚Goldstücke‘ die letzten Tage wieder ordentlich gemessert. Deutschland ist nicht mehr sicher!

²⁶⁰ Facebook-Eintrag der AfD Lüneburg vom 19.04.2024.

²⁶¹ Facebook-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 17.06.2024.

²⁶² Facebook-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 30.06.2024.

<https://www.tichyseinblick.de/.../das-messer-gehoert-zu.../>²⁶³

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 23.09.2024 auf X:

*„Tagtäglich kommt es in Deutschland zu Messerattacken und Vergewaltigungen durch Ausländer“*²⁶⁴

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** verbreitete am 27.09.2024 auf Facebook einen Beitrag der AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen weiter:

„++ Auf diesen Plätzen und Straßen wird am meisten gemessert! ++

Ganz NRW ist Messerland, doch wo ist es am schlimmsten? Markus Wagner (AfD-Fraktion NRW) hat vom Innenministerium die gefährlichsten Straßen und Plätze in 2023 eingefordert.

Mit 15 Straftaten wurde auf der Kölner Straße in Düsseldorf am meisten gemessert. Mit zehn weiteren Delikten auf dem Konrad-Adenauer-Platz ist die Landeshauptstadt gleichzeitig Messerhauptstadt. Der zweitgefährlichste Ort:

Der Neumarkt in Köln (13 Straftaten). Dortmund belegt mit der Kampstraße (12 Straftaten) den dritten Platz. Jeweils elfmal wurde zudem auf der Dortmunder Münsterstraße, dem Krefelder Ostwall, dem Berliner Platz in Münster und auf dem Belgierweg in Soest zugestochen. Aber von wem?

Auf die 13 gefährlichsten Orte verteilen sich 118 Tatverdächtige, von denen 84 Ausländer sind, am häufigsten Syrer und Algerier. Wertet man die Vornamen der deutschen Tatverdächtigen aus, hat fast jeder zweite einen Vornamen wie „Ammar“, „Dogukan“ oder „Yasin“. Fast neun von zehn Tatverdächtige dürften somit einen Migrationshintergrund haben! Wagner:

„Ich sage erneut: Die unregelte Massenmigration führt auch zu Messermigration. Wir müssen kriminelle Ausländer abschieben, etwaige Abschiebehürden beseitigen, Einbürgerungen erschweren, die Grenzen schützen und zur Anwendung des deutschen Asylrechts zurückkehren.“

²⁶³ Facebook-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 22.07.2024.

²⁶⁴ X-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 23.09.2024.

gerade in einen sogenannten „Boulevard“ mit Sitzbänken und Wasserbecken umgestaltet, steht sinnbildlich für die Politik die sich vor der Realität drückt. Wir schauen nicht weg! - Wir sind Realisten.“ [sic!]²⁶⁵

Der **AfD-Kreisverband Harburg** schrieb am 31.10.2024 auf Facebook:

„Sprengstoffanschlag in Berlin vereitelt: Offene Grenzen gefährden unser Leben!

Erneut ist Deutschland offenbar haarscharf einer Katastrophe entgangen: Ein wahrscheinlich 30-jähriger Täter, der nun mit Überwachungsfotos gesucht wird, flüchtete am Mittwoch in Berlin-Neukölln vor einer Polizeikontrolle und verlor dabei eine Tasche mit dem hochexplosivem Sprengstoff TATP.

*Die AfD wird sich niemals daran gewöhnen: Wir werden den Islamismus-Import stoppen, unsere Grenzen schützen und islamistische Gefährder abschieben!*²⁶⁶

Der **AfD-Kreisverband Hildesheim** schrieb am 06.12.2024 auf Facebook:

„Infobrief vom 6. Dezember 2024

Liebe Leser,

längst hat eine überwältigende Mehrheit der Bürger erkannt, wie gefährlich Wirtschaftsminister Habeck und seine grüne Partei sind. Der Verlust unzähliger Arbeitsplätze und eine beispiellose Industrieflucht aus unserem Land sind das Ergebnis seiner Energie-, Wirtschafts- und Steuerpolitik. Was darüber jedoch nicht vergessen werden darf: Jene Parteien, die Habeck zur Macht verholfen haben und ihm auch weiterhin zur Macht verhelfen wollen, sind genauso gefährlich. Vielleicht sind sie sogar noch gefährlicher, weil sie – wie etwa CDU-Chef Merz – ihre Übereinstimmung mit der grünen Agenda vorübergehend zu tarnen versuchen. Merz wetterte in den Landtagswahlkämpfen gegen die Grünen, zeigt nun aber sein wahres Gesicht, indem er allen Ernstes Habeck als Wirtschaftsminister einer schwarz-grünen Bundesregierung ins Gespräch bringt.

Auch beim Import von Messerstechern und Gewalttätern gibt es in Wahrheit keinen Konflikt zwischen den Grünen und der CDU. Man ist sich einig, dass unser Land

²⁶⁵ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 27.09.2024.

²⁶⁶ Facebook-Eintrag der AfD Harburg vom 31.10.2024.

angegeben und mit massenmigrationen... die CDU dafür verantwortlich, dass unsere Weihnachtsmärkte zunehmend an einen Hochsicherheitstrakt erinnern, während an den Staatsgrenzen jeder Pseudoflüchtling problemlos in unser Land spazieren kann. Im Wahlkampf zur vorgezogenen Bundestagswahl werden wir den Menschen deshalb eine ganz klare Botschaft vermitteln: Nicht nur mit der Habeck-Partei muss im Wahllokal abgerechnet werden – sondern auch mit ihren Steigbügelhaltern, allen voran mit der CDU. Es ist ganz einfach: Nur die AfD stoppt Habecks Politik!²⁶⁷

Der **AfD-Kreisverband Osterholz-Verden** schrieb am 05.02.2025 auf Facebook:

„Was sagen die links-grün versifften dazu? Ihr importiert millionenfach intolerante Menschen aus patriarchalischen Ländern und zerstört damit selbst das tolerante Deutschland. Aber das versteht ihr wieso nicht

#MEGA #Brandmauer #Brandmauertote

<https://www.bild.de/.../afd-liegt-bei-schwulen-vorn-das...>

<https://jungfreiheit.de/.../die-meisten-schwulen-wollen.../>“ [sic!]²⁶⁸

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 08.02.2025 auf X:

„Nicht Messer sind das Problem, sondern Messermänner!“²⁶⁹

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) veröffentlichte am 11.03.2025 auf Instagram einen Bild-Beitrag, der eine beleuchtete Landebahn eines Flughafens zeigt und implizit die Abschiebung aller Menschen muslimischen Glaubens fordert:

„RAMADAN-BELEUCHTUNG AFD-EDITION“ [sic!]²⁷⁰

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) schrieb am 05.04.2025 auf Instagram:

„Aufgeben ist keine Option! - das war das Motto von Ann-Marie Kyrath. Das 17-jährige Mädchen wurde am 25. Januar 2023 in einem Regionalzug kurz vor der Einfahrt in den

²⁶⁷ Facebook-Eintrag der AfD Hildesheim vom 06.12.2024.

²⁶⁸ Facebook-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 05.02.2025.

²⁶⁹ X-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 08.02.2025.

²⁷⁰ Instagram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 11.03.2025.

erissen.

Mit ihr, ihr Freund Danny, der sich schützend vor sie stellte.

Der Fall aus Brokstedt ist kein Einzelfall. Der Politik der offenen Grenzen sind bereits unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Menschen, die ein Leben und ein soziales Umfeld hatten - wie du und ich. Menschen, um die getrauert wird und deren Angehörige mit ihrem Schmerz zurückbleiben.

Michael Kyrath, der Vater von Ann-Marie, hat sich das Motto seiner getöteten Tochter zu eigen gemacht. Er kämpft für sie weiter und bietet vielen anderen Betroffenen Unterstützung. Ich bewundere Herrn Kyrath für seine Stärke und bin dankbar, dass ich ihm das im Rahmen einer Veranstaltung der @afd.fraktion.nrw persönlich sagen konnte. Michael Kyrath ist ein Mann, der trotz seiner unsäglichen Trauer Gutes tut und für Liebe und Toleranz plädiert. Er beweist Mut, indem er die sachliche Auseinandersetzung sucht und sich nicht davor scheut, die Fakten klar zu benennen. Dabei wünsche ich ihm auch in Zukunft von Herzen alle Kraft.

Unkontrollierte Masseneinwanderung tötet. Sie kostet Menschenleben und wir sollten niemals damit aufhören, die Namen dieser Menschen zu nennen. Für uns bleiben sie unvergessen. Mögen die Opfer in Frieden ruhen und mögen die Verantwortlichen früher oder später zur Rechenschaft gezogen werden.²⁷¹

Der **AfD-Kreisverband Hildesheim** veröffentlichte am 07.04.2025 eine Statistik von Hans-Jürgen Goßner (MdB, BW), die Tatverdächtige in Zusammenhang mit Vergewaltigungen nach Herkunftsländern setzt. Dazu schreiben sie:

„Und unter den Deutschen bitte noch die mit Migrationshintergrund darstellen. Dann sähe man das ganze Desaster.“²⁷²

Der **AfD-Kreisverband Ostfriesland** schrieb am 14.04.2025 zu dem auf „Bild.de“ erschienen Artikel „Mehrere tödliche Attacken in wenigen Stunden. Verdammte Messer!“ auf Facebook:

²⁷¹ Instagram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 05.04.2025.

²⁷² Instagram-Eintrag der AfD Hildesheim vom 07.04.2025.

„Schon wieder ein Tag und eine Nacht in Deutschland, die von Mord und Vergewaltigung überschattet wurden. Zwei Opfer starben nach Angriffen, ein Täter wurde von der Polizei erschossen.“

Es sollte nicht heißen ‚Verdammte Messer!‘, sondern ‚Verdammte Migrationspolitik!‘²⁷³

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) schrieb am 14.04.2025 zu einer Fluchtgeschichte eines Syrers auf X:

„Na wenn das so ist, dann können doch noch mehr herkommen, um Kinder abzuschlachten und Frauen zu vergewaltigen.“²⁷⁴

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) veröffentlichte am 16.05.2025 ein „Meme“ auf X. Dieses nimmt Bezug auf eine kurz zuvor durch die Bundespolizei verhängte Ausreiseuntersagung gegenüber deutschen Aktivisten der IB, die eine rechtsextremistische Veranstaltung in Mailand besuchen wollten. Bildlich stellt es dabei die zwei Texte *„Deutsche Aktivisten wollen nach Italien reisen.“* und *„Afghanische Invasoren wollen nach Deutschland reisen.“* gegenüber. Durch die Bildsprache wird dabei suggeriert, der deutsche Staat handle lediglich im Fall der ersten Option. Dazu schreibt sie:

„Der Staat greift durch.“²⁷⁵

d) Sonstige

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) schrieb am 03.01.2022 auf X:

„Wenn das deutsche Volk sich, wie am 26.09.2021 mit 80%iger Mehrheit geschehen, für den neuen liberalen Kollektivismus entscheidet, dann mag das die Regierung berechtigen, den ins Land geholten afghanischen Goldstücken die deutschen Mädchen und Frauen als Beute zu überlassen. Es berechtigt sie jedoch nicht, auch die Frauen und Mädchen der Nachbarvölker freizugeben; dazu wäre ein entspr. Vertrag erforderlich. Mein Vorschlag: Tschechien erklärt die Benes-Dekrete etc. für nichtig – und wir sichern dafür unsere Grenze für sie.“²⁷⁶

²⁷³ Facebook-Eintrag der AfD Ostfriesland vom 14.04.2025.

²⁷⁴ X-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 14.04.2025.

²⁷⁵ X-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 16.05.2025.

²⁷⁶ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 03.01.2022.

2018-2023) schrieb am 06.10.2022 auf X auf einen Beitrag eines anderen Nutzers zum Thema Vergewaltigung:

„Gewissermaßen eine Win-win-Situation für die „geflüchteten“ #Vergewaltiger und die sich als Gesellschaftstherapeuten betätigenden #Gutmenschen.“²⁷⁷

Jens Kestner (Landesvorsitzender 2020-2022) äußerte sich am 29.01.2023 auf Facebook zu dem Artikel „Ex sticht auf Frau ein – Lebensgefahr“ auf T-Online.de:

„Ich frage mich gerade warum man Alice Weidel & Gottfried Curio für Ihre Aussagen im Bundestag gescholten hat? Die Begrifflichkeit ‚alimentierten Messermännern‘ und ‚Fachkräfte für Messerattacken‘ scheinen doch zu stimmen?! Deutschland so sicher wie nie, scheint eine Lüge zu sein!“ [sic!]²⁷⁸

██████████ (Abgeordneter der AfD-Fraktion Region Hannover bis ██████████) bezeichnete am 06.01.2024 ausweislich einer polizeilichen Meldung eine Angestellte in der Notaufnahme eines Krankenhauses als „dunkelhäutige Drecksau“. Anschließend äußerte er „du bist zu dunkel für die deutsche Rasse“ und „wenn du von derselben Rasse wärst, dürftest du mich behandeln.“²⁷⁹

Jens Kestner (Landesvorsitzender 2020-2022) schrieb am 16.04.2025 auf Instagram:

„Abschiebungen müssen funktionieren wie Amazon Prime: schnell, effizient und ohne Ausreden. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent und zügig zurückgeführt werden.“²⁸⁰

e) Bewertung

Der niedersächsische Landesverband demonstriert vielfach seine pauschale Abwertung gegenüber Migrantinnen und Migranten sowie generell von Menschen als fremd empfundener ethnischer Zugehörigkeit. Dass dieses Menschenbild für den Landesverband prägend ist, zeigt sich anhand der Quantität und Qualität der Äußerungen. Diese werden wiederkehrend und unwidersprochen von Personen mit

²⁷⁷ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 06.10.2022.

²⁷⁸ Facebook-Eintrag von Jens Kestner vom 29.01.2023.

²⁷⁹ Az. ██████████

²⁸⁰ Instagram-Eintrag von Jens Kestner vom 16.04.2025.

herausragenden Funktionen innerhalb des Landesverbandes (Klaus Wichmann) des und Klaus Wichmann) sowie von unterschiedlichen Kreisverbänden getätigt und verbreitet. So werden sie unter anderem auf entmenslichende Art und Weise als „Invasoren“ (Martin Sichert, MdB: „Vor fast 10 Jahren hat die damalige Merkel-Regierung unser Land Invasoren aus dem Nahen Osten freigegeben“), auf ironische Art als „Goldstücke“ (KV Osterholz-Verden) und „Importware“ (AfD Niedersachsen: „Afghanen-Import“; Dirk Brandes, MdB: „Mit der unkontrollierten Masseneinwanderung haben sich die westeuropäischen Sozialstaaten eine neue soziale Unterschicht importiert“; Martin Sichert, MdB: „Der Import von Kriminellen, Terroristen und Migranten“; Martin Sichert, MdB: „Import von Millionen homophoben Muslimen“; AfD-Fraktion im Landtag: „Import archaisch sozialisierter Männer“; KV Hildesheim: „Import von Messerstechern und Gewalttätern“; KV Osterholz-Verden: „Ihr importiert millionenfach intolerante Menschen aus patriarchalischen Ländern“) bezeichnet.

Aussagen wie „Bei der ausufernden Messergewalt, einem nachweisbaren Nebenprodukt ihrer Massenmigration“, „mutwilligen Import der Messerkultur aus Ländern wie Afghanistan“ (Klaus Wichmann, MdL), „Das Messer als das Symbol schlechthin für importierte Migrantengewalt“ (AfD-Fraktion Niedersachsen), „Die Bundesregierung erwartet steigende Ausländerkriminalität – und macht trotzdem weiter wie bisher. Wer in diesem Wissen weiter massenhaft junge Männer ins Land holt, gefährdet unsere Sicherheit bewusst“ (Dirk Brandes, MdB), „Auf unkontrollierte Migration folgt unkontrollierbare Gewalt!“ (Ansgar Schledde, MdL), „Import-Weltmeister von Messergewalt“ (Martin Sichert, MdB) „Es sollte nicht heißen ‚Verdammte Messer‘, sondern ‚Verdammte Migrationspolitik‘“ (KV Ostfriesland) oder „Die unregelte Massenmigration führt auch zu Messermigration“ (KV Wolfsburg) sowie der bereits dargelegte „Einzelfallticker“ der AfD diskreditieren Geflüchtete, Zugewanderte und aus Sicht der AfD Menschen fremder ethnischer Zugehörigkeit pauschal als kriminelle Gewaltverbrecher, die dadurch als minderwertig verunglimpft und dementsprechend nicht gleichwertig achtenswerte Personen in der Gemeinschaft dargestellt werden.

Kriminalität wird in den Kontext der Zuwanderung gesetzt; praktisch als deren denklogische Folge. So wird eine Kausalität zwischen zugewanderten Menschen – insbesondere männlichen und muslimischen – und (Gewalt-)Kriminalität geschaffen. Die wiederholte Verwendung der in den einzelnen Belegstellen und zuvor nochmals

Beispielhaft aufgeführten Sonntag bzw. Signamenten für die Öffentlichkeit, dass es eben nicht um die Thematisierung und sachliche Auseinandersetzung einzelner von Migranten begangenen Gewalttaten geht, sondern um eine beabsichtigte, generelle Stigmatisierung Zugewanderter als Verbrecher.

Der Rahmen einer legitimen Thematisierung der von Migrantinnen und Migranten begangenen Straftaten bzw. Gewaltverbrechen wird insofern verlassen. In der Folge zeigt sich darin insbesondere ein Verstoß gegen Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 3 Abs. 3 GG.

4.1.2.2. Queerfeindlichkeit

a) Äußerungen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Funktionärinnen und Funktionären

Vanessa Behrendt (MdL) schrieb am 26.09.2024 zu dem auf „NIUS.de“ erschienenen Artikel „Schutz von Kinderschändern soll in der Verfassung verankert werden“ auf X:

„Wie ich schon mehrfach darauf hingewiesen habe, es sollen ALLE Formen der Sexualität akzeptiert werden. Keine Distanzierung von Pädophilen, nicht ein einziges Mal! Schutz für Kinderschänder, was eine verkommene Gesellschaft sind wir mittlerweile geworden?“²⁸¹

Vanessa Behrendt (MdL) schrieb am 20.10.2024 auf X:

„Die Regenbogenfahne steht für: Machenschaften pädophiler Lobbygruppen, die Gefährdung von Kindern durch LGBTQ-Propaganda, das Bedrängen von Kleinkindern mit Transsexualität, das legale ‚Kuscheln‘ und ‚Rangeln‘ fremder Männer mit Kindergartenkindern (‚Original Play‘) und die Behandlung von Geschlechtsidentitätsstörungen mit Pubertätsblockern, Hormontherapien und Transgender-OPs. Wenn wir unsere Kinder schützen wollen, dann gibt es nur eine Partei, die das Thema wirklich an der Wurzel packt: die #AfD!“²⁸²

Vanessa Behrendt (MdL) schrieb am 15.03.2025 auf X:

„Warum wurden eigentlich die Farben Babyblau und Rosa in die Pride Flag eingearbeitet, obwohl bekannt ist, dass Trans-Flag Creator Monica Helms diese

²⁸¹ X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 26.09.2024.

²⁸² X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 20.10.2024.

Auch bei der MAP Flag (Der Begriff MAP steht für ‚Minor Attracted Person‘ und bezeichnet Erwachsene mit einer Neigung zu Minderjährigen) finden sich diese Farben wieder. <https://www.catholicarena.com/latest/2023/7/12/paedophile-reference-in-progress-pride-flag>²⁸³

Vanessa Behrendt (MdL) schrieb am 09.04.2025 auf X:

„Danke für NICHTS @CDU! Dieser Koalitionsvertrag stärkt die Familien nicht, sondern treibt sie auseinander. Der hier genannte Kinder und Jugendplan erinnert stark an die bekannte Forderung, Kinderrechte in die Verfassung aufzunehmen. Kinderrechte im Grundgesetz sind nicht nötig da Kinder bereits Träger aller Grundrechte sind. Kinderrechte hebeln das Elternrecht aus und würden dazu führen, dass der Staat die Lufthoheit über die Kinderbetten erlangt. Familien müssen gestärkt werden, Kinder geschützt und das bereits im Mutterleib. Anstatt sich für eine Willkommenskultur stark zu machen, damit ungeplante Kinder nicht zu ungewollten werden, setzt man lieber darauf, Schwangerschaftsabbrüche zu erleichtern. Die Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung soll über die heutigen Regelungen hinaus erweitert werden. Das frauengefährdende Selbstbestimmungsgesetz bleibt, hier wird erwähnt, dass bei der Evaluation besonders der Fokus auf die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche gelegt werden soll. Die Regierung unterstützt es also, dass verunsicherte Kinder und Jugendliche in die unwiderrufliche Selbstverstümmelung getrieben werden. ‚Queeres Leben‘ soll vor Diskriminierung geschützt werden und man möchte mit weiteren Maßnahmen mehr Bewusstsein schaffen (Wieviel denn noch !?!?). Unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung. Man distanziert sich hier wieder einmal NICHT Pädophilen! Wir brauchen keine weiteren Maßnahmen, die uns die unsägliche Wokeness mit aller Aggressivität in die Köpfe hämmern will. Das Grundgesetz schützt diese Menschen bereits, wie alle anderen Menschen auch.“ [sic!]²⁸⁴

Vanessa Behrendt (MdL) schrieb am 15.04.2025 zu dem Artikel „Kulturkampf in Ungarn: Verfassung kennt künftig nur noch zwei Geschlechter“ auf X:

„So geht Kinderschutz: In Ungarn sind LGBTQ+-Veranstaltungen mittlerweile verboten, jegliche LGBTQ+-Inhalte in Fernsehen, Filmen, Werbung und Literatur, die

²⁸³ X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 15.03.2025.

²⁸⁴ X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 09.04.2025.

Regierungsverantwortung sind, werden wir es Ungarn gleichtun. Verlasst euch drauf.“²⁸⁵

Vanessa Behrendt (MdB) veröffentlichte am 05.07.2025 einen Beitrag zur Erfindung der „Trans Pride Flag“ auf X:

„[...] Diese Hintergründe zur Trans-Ideologie und zum Erfinder der Trans-Flagge zeigen, dass hinter der vorgeblichen Intention, lediglich eine ‚Befreiung‘ von tradierten Geschlechterrollen zu bewirken, ganz andere, zum teil zutiefst verstörende sexuelle Motive erkennbar werden. Der fließende Übergang in die Pädophilie ist deutlich erkennbar. Diese Hintergründe aufzuklären und vor den Gefahren einer Normalisierung dieser Ideologie zu warnen, muss unsere Aufgabe sein.“ [sic!]²⁸⁶

Vanessa Behrendt (MdB) veröffentlichte am 17.07.2025 einen Bild-Beitrag auf X mit dem Text: „Pädophilie darf nicht zur Sexualität verklärt werden!“ Dazu schreibt Behrendt:

„++ Wir brauchen eine Brandmauer zur Pädophilie! ++ Weil eine aggressive LGBTQ- und ‚Pride‘-Lobby auf Normalisierung und Zurschaustellung privater Lebensbereiche drängt, nehmen die öffentlichen Debatten über sexuelle Vorlieben und Fetische seit Jahren zu. Gemeingefährlich wird es, wenn auch strafbare Handlungen unter dem Banner der sexuellen Befreiung und Toleranz plötzlich als diskutabel gelten sollen. Aus Pädophilen machen Aktivisten im englischen Sprachraum mittlerweile ‚minor-attracted persons‘ (MAPs) – als wäre ihre Neigung nur eine Vorliebe unter vielen. Das Ziel: Die Legalisierung von Kindersexpuppen und Kinderpornografie durch KI. Diesem Trend zur Normalisierung muss daher mit aller Konsequenz entgegengetreten werden. Pädophilie ist keine legitime sexuelle Präferenz, sondern eine psychische Störung!“²⁸⁷

Vanessa Behrendt (MdB) veröffentlichte am 24.07.2025 einen Bild-Beitrag auf X, der die offen homosexuell lebende Person Ricardo Simonetti zeigt, wie er Kindern aus einem Buch vorliest. Dazu schreibt Behrendt:

²⁸⁵ X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 15.04.2025.

²⁸⁶ X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 05.07.2025.

²⁸⁷ X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 17.07.2025.

Ricardo

Simonetti in einem Kindergarten, wie er das Buch ‚Raffi und sein pinkes Tutu‘ vorliest. Kinder in einem Alter, in dem sie nicht einmal die Uhr lesen können, sollen plötzlich hinterfragen, ob sie ‚im richtigen Körper‘ sind?! Das hat mit Toleranz nichts zu tun. Das ist Beeinflussung und eine Grenzüberschreitung an der kindlichen Seele. Es ist beschämend und gefährlich, dass das nicht nur erlaubt, sondern auch noch gefeiert wird. Schluss mit dieser Frühsexualisierung! Schluss mit der gezielten Indoktrination unserer Kinder! Eltern, steht auf – unsere Kinder brauchen Schutz, keine bunte Umerziehung!²⁸⁸

Vanessa Behrendt (MdL) schrieb am 26.07.2025 auf X:

„Nackt durch die Straßen rennen, Geschlechtsverkehr vor den Augen aller, Hundekostüme, Vibratoren in Körperöffnungen, öffentliche Auspeitschungen. All das gibt es heute beim CSD in Berlin. Aber klar, wir brauchen unbedingt MEHR Toleranz und Sichtbarkeit für diese Vertreter der grenzenlosen Selbstentfaltung auf Level 3000 und dürfen auf KEINEN Fall über Grenzen reden, sonst sind wir ja ‚queerfeindlich‘.“ [sic!]²⁸⁹

Harm Rykena (MdL) kommentierte am 27.07.2025 einen Beitrag bezüglich der Gestaltung von Bänken und Zebrastreifen in Regenbogenfarben auf X:

„Der Regenbogen ist mittlerweile selbst ein Symbol des Hasses - des Hasses gegen alle Menschen, die nicht queer sein wollen. Mit Toleranz hat das nicht viel zu tun.“²⁹⁰

Vanessa Behrendt (MdL) schrieb am 20.08.2025 auf X:

„Der Berliner Senat, der heute eine Drag-Show mit Mitmachangeboten für Kinder finanziert, ist im übrigen derselbe Senat, der auch das sogenannte Kentler-Experiment unterstützt hat, bei dem in den 1970er- und 80er-Jahren Kinder und Jugendliche bewusst pädosexuellen Männern überlassen wurden.“²⁹¹

²⁸⁸ Instagram-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 24.07.2025.

²⁸⁹ Instagram-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 26.07.2025.

²⁹⁰ X-Eintrag von Harm Rykena vom 27.07.2025.

²⁹¹ X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 20.08.2025.

Vanessa Behrendt (MdB) veröffentlichte am 11.09.2025 einen Post-Eintrag auf X, der sie bei einer Demonstration vor dem Niedersächsischen Landtag zeigt. Dazu schreibt Behrendt:

„Es ist einfach maximal abartig! Vor dem niedersächsischen Landtag findet eine Regenbogendemo statt, kurz nachdem ein Familienvater offenbar durch genau diese Bewegung ermordet wurde. Laut Nius sollen sich auf dem tödlichen Projektil eingravierte Transparolen befunden haben.“²⁹²

Vanessa Behrendt (MdB) veröffentlichte am 16.09.2025 einen Bild-Beitrag bei Instagram mit dem Text „Motiv: Trans-Ideologie? Charlie Kirks Attentäter ist in Beziehung mit Transgender!“ Dazu schreibt Behrendt:

„++ Wurde Charlie Kirk von woker Trans-Ideologie ermordet? ++ ‚Turning Point USA‘-Gründer Charlie Kirk wurde erschossen, als er eine Frage aus dem Publikum über Transgender-Amokläufer beantworten wollte. Die Frage fand vor dem Hintergrund des jüngsten Vorfalls eines versuchten Massenmordes während eines Gottesdienstes (!) an einer Schule (!) im US-Bundesstaat Minneapolis statt. Dort hatte der 23-jährige Robin Westman, der sich selbst als Frau identifizierte, Hunderte Schüsse durch die Kirchenfenster abgegeben und dabei zwei Kinder ermordet und 18 weitere Menschen teils schwer verletzt. Jetzt verdichten sich die Zeichen: Es könnte mehr dahinterstecken, dass Charlie Kirks Todesschütze ausgerechnet bei dieser Frage den Abzug drückte, denn: Kirks mutmaßlicher Mörder, der Tyler Robinson, soll laut neuen Medienberichten nicht nur tief in linksradikalen Chats verwickelt sein, sondern auch mit einem Mann zusammengelebt haben, der sich als trans identifiziert. Sollte sich dies bewahrheiten, wäre es der zweite schwerwiegende Anschlag innerhalb kürzester Zeit, bei dem Trans-Ideologie eine prägende Rolle gespielt hat.“²⁹³

b) Äußerungen von Kreisverbänden

Der **AfD-Kreisverband Hannover-Stadt** schrieb am 18.05.2025 auf X:

„Deutschland hat nur eine richtige Flagge

Die Farben sind Schwarz-Rot-Gold

²⁹² X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 11.09.2025.

²⁹³ Instagram-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 16.09.2025.

Die deutsche Regierung macht sich gemein, mit Pädokriminellen & Fetischisten, die längst die LGBT Bewegungen geentert haben, die ausgrenzen, Meinungsfreiheit unterdrücken und sich ausschließlich über ihre Fetische definieren

Die 6 Farben Fahne steht keineswegs für Deutschland, die USA, UK oder sonst einen Nationalstaat sondern für eine Demokratie feindliche Ideologie Deshalb #nurnochAfD weil es gut & sicher für Deutschland ist“ [sic!]²⁹⁴

Der **AfD-Kreisverband Hannover-Stadt** schrieb am 11.06.2025 auf X:

„Die AfD wird niemals an der Seite von Pädophilen stehen, die Grünen wollten Sex mit Kindern schon sehr früh legalisieren Distanzierung? Fehlanzeige! @MdlBehrendt hat den Kampf gegen die Pädophilen aufgenommen & es offenbart sich immer mehr, Welche politischen Akteure auf deren Seite stehen & Schutz von Kindern gänzlich ablehnen, Gendern, Frühsexualisierung & sexuelle Indoktrination sogar noch intensivieren #WirSindVanessa, denn diesen Kampf führt sie keineswegs allein Deshalb #nurnochAfD weil es gut & sicher für Deutschland ist.“ [sic!] Dazu wird ein Post der rechtspopulistischen Influencerin Naomi Seibt (@SeibtNaomi) geteilt, in welchem die Veranstaltung „Kinderschutzkongress“ der AfD Niedersachsen beworben wird.²⁹⁵

c) Bewertung

Indem der LGBTQIA+-Community durchgängig moralisch verwerfliche und aus Sicht der AfD das klassische Familien- bzw. Gesellschaftmodell zersetzende Motive attestiert werden und bisweilen diese Bevölkerungsgruppe mit Pädophilie und damit verbundenem Kindesmissbrauch gleichgesetzt wird (Vanessa Behrendt, MdL: „Die Regenbogenfahne steht für: Machenschaften pädophiler Lobbygruppen“; Vanessa Behrendt, MdL: „Warum suchen diese Typen eigentlich permanent den Kontakt zu Kindern?“; KV Hannover-Stadt: „Die deutsche Regierung macht sich gemein, mit Pädokriminellen & Fetischisten, die längst die LGBT Bewegungen geentert haben [...]“), erfolgt eine pauschale Abwertung und Feindbildmarkierung (Harm Rykena, MdL: „Der Regenbogen ist mittlerweile selbst ein Symbol des Hasses“).

²⁹⁴ X-Eintrag der AfD Hannover-Stadt vom 18.05.2025.

²⁹⁵ X-Eintrag der AfD Hannover-Stadt vom 11.06.2025.

...elle zur Verletzung der Menschenwürde überschreitet, so ist die kontinuierliche, ausnahmslos negative Befassung mit den vermeintlichen politischen und gesellschaftlichen Forderungen sexueller Minderheiten in der Gesamtschau als zielgerichtete Abwertung zu betrachten (Vanessa Behrendt, MdL: „So geht Kinderschutz: In Ungarn sind die LGBTQ+-Veranstaltungen mittlerweile verboten [...] Sobald wir als AfD in Regierungsverantwortung sind, werden wir es Ungarn gleichtun.“). Derartige Äußerungen sollen ein gesellschaftliches Klima schaffen, in welchem dieser Personenkreis und seine Interessen als grundsätzlich illegitim bewertet werden. Die AfD nutzt dabei oftmals das Scheinargument des „Kinderschutzes“, um ihre eigenen Aussagen wiederum zu legitimieren. Neben den Äußerungen von Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern ist insbesondere der vom Landesverband veröffentlichte Flyer „Kindheit unterm Regenbogen“ zu nennen. Auch dadurch wird deutlich, dass es sich nicht um bloße Einzelmeinungen handelt, sondern um eine im gesamten Landesverband manifestierte ideologische Position.

4.1.3. Sonstige Aussagen gegen die Menschenwürde

a) Äußerungen von Kreisverbänden

Der **AfD-Kreisverband Hannover-Stadt** verbreitete am 12.02.2025 ein Video auf X mit dem dazugehörigen Text „*Olaf Scholz sagt #Hofnarren zum Man in Black von der CDU ?Oh Oh*“ [sic!] weiter. Dazu schreiben sie u. a. über den hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Adis Ahmetovic:

„#Scholz braucht keinen Hofnarren er hat ein ganzes Kabarett, wie die stets lächelnde Saskia #Esken, Antifa Boy Lars #Klingbeil oder den bosnischen Clanjungen Adis #Ahmetovic, der sich in Hannover ganz besonders für AfD Plakate interessiert. Wir umgeben uns lieber mit stabilen Leuten, wie #ElonMusk. Deshalb #nurnochAfD weil es gut für Deutschland ist.“ [sic!]²⁹⁶

b) Bewertung

Der Kreisverband Hannover-Stadt hat mit der Bezeichnung „*bosnischer Clanjunge*“ gezielt den SPD-Bundestagsabgeordneten Adis Ahmetovic angegriffen und dessen Migrationshintergrund mit Kriminalität in Verbindung gesetzt.

²⁹⁶ X-Eintrag der AfD Hannover-Stadt vom 12.02.2025; Az. [REDACTED]

4.2. Demokratieprinzip

Neben der Agitation gegen die Menschenwürde sind Aussagen des niedersächsischen AfD-Landesverbandes festzustellen, die sich gegen das Demokratieprinzip richten. Diese Unvereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip zeigt sich in der Verächtlichmachung anderer Parteien und politischer Akteure, denen durch gezielt genutzte Schlagworte die Existenzberechtigung abgesprochen wird. Hierbei wird das Maß an legitimer Kritik am Regierungshandeln und der politischen Konkurrenz bei weitem überschritten. Darüber hinaus erfolgt die Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit nicht demokratischen Systemen, womit die bestehende demokratische Ordnung grundsätzlich angezweifelt wird.

4.2.1. Parlamentarismus und Demokratie, Nutzung von Begrifflichkeiten wie „Systempartei“, „Kartellpartei“, „Blockpartei“

Die Verwendung von Begriffen wie „Systempartei“, „Kartellpartei“ oder „Blockpartei“ ist Anhaltspunkt für eine gegen das Demokratieprinzip gerichtete Bestrebung.²⁹⁷ Hierbei wird den so bezeichneten Parteien ihre Existenzberechtigung und ihr legitimes Wirken im Parteienwettbewerb abgesprochen und folglich das Mehrparteiensystem als Element der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland infrage gestellt. Letztlich wird damit die verfassungsmäßige Ordnung diffamiert.²⁹⁸

Das Wort „Kartell“ wird darüber hinaus in erster Linie im Zusammenhang mit dem organisierten Verbrechen oder illegalen Absprachen und wettbewerbseinschränkenden Vereinbarungen in der Wirtschaft gebraucht. Durch die Gleichsetzung mit kriminellen Organisationen bzw. Vorgehensweisen wird suggeriert, dass die anderen Parteien nicht zum Wohle der Bevölkerung handeln, sondern sich zur Verfolgung eigener oder der Interessen Dritter gegen diese verschworen haben. So wird ihre Legitimität in Frage gestellt bzw. gänzlich aberkannt.

Der Begriff „Blockpartei“ nimmt einen konkreten Bezug auf die Parteien in der DDR, welche zwar formal selbstständig auftraten, sich jedoch der „Sozialistischen Einheitspartei“ (SED) unterordneten und somit keine Opposition im eigentlichen Sinne darstellten. Die Verwendung des Begriffs vergleicht das politische System der DDR

²⁹⁷ Vgl. BVerwG, Beschl. v. 25.3.1993, 1 ER 301/92, NJW 3213 (3215 f.).

²⁹⁸ Vgl. hierzu BVerwG, ebd.; Gerichtsbescheid v. 6.8.1997, 1 A 13.92.

mit der BRD und spricht letztere, indem eine Gleichsetzung mit einer Diktatur erfolgt, ihre demokratische Ordnung ab. Dabei geriert sich die AfD zudem als „Widerstand“ gegen und zugleich „Opfer“ dieses Systems.

Im Folgenden werden die Äußerungen von Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD Niedersachsen dargelegt, die gezielt die oben angeführten Begriffe verwenden, um andere Parteien auf verunglimpfende Art und Weise zu diskreditieren.

a) Äußerungen des Landesverbandes

Die **AfD Niedersachsen** schrieb am 13.10.2023 auf Facebook:

„So viel Sozialismus gab es in Deutschland seit der Wende nicht mehr! Die Grünen haben für alle Probleme zwei 'Lösungen'. Auch für diejenigen, die sie selbst verursacht haben. Nämlich: Umverteilung und Verbote.

Umverteilung, weil viele von ihnen selbst nie etwas erwirtschaftet haben, geschweige denn Nettosteuerzahler werden. Weil sie es als ihr Anrecht als Politiker ansehen, die Milliarden an Steuergeldern zum Fenster rauszuschmeißen.

Verbote, weil sie Ihnen, also engagierten Eltern, erfolgreichen Angestellten und verantwortungsbewussten Unternehmen, nicht die Vernunft und Mündigkeit zutrauen, aus freien Stücken die richtige Entscheidung zu treffen.

Grüne Politik ist wilde Utopie gepaart mit Elitendünkel. Genau das führte uns an den Punkt, an dem wir stehen und wird uns noch weiter ins Chaos stürzen, wenn wir nicht gegensteuern.

Dabei ist das denkbar einfach: Grüne und ihre Vorfeldorganisationen SPD, CDU und FDP abwählen – AfD in Regierungsverantwortung bringen!

Sie möchten nicht bis zur nächsten Wahl warten, um aktiv zu werden? Dann treten Sie jetzt der AfD bei und fordern Sie noch heute Ihren Mitgliedsantrag unter: www.afd-niedersachsen.de/mitglied-werden“. [sic!]

Unter dem Textbeitrag ist ein Bild abgebildet, auf dem Hammer und Sichel in grün und roter Farbe zu sehen sind. Es wird durch den Text „Grün ist das neue rot“ ergänzt.²⁹⁹

²⁹⁹ Facebook-Eintrag der AfD Niedersachsen vom 13.10.2023.

b) Äußerungen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Funktionärinnen und Funktionären

Thomas Ehrhorn (MdB von 2017-2025) schrieb am 18.02.2019 auf Facebook:

„Jetzt ist es offiziell! Altparteien gründen SED-Keimzelle im Bundestag. Nun haben die Altparteien ihre letzte Scham abgelegt und machen aus ihrem geistigen Zusammenschluss keinen Hehl mehr. Wie Medien am Freitag berichteten, haben sich Bundestagsabgeordnete von Union, SPD, FDP, Grünen und Linken erstmals getroffen, um sich zu vernetzen. Ziel der neuen Gruppierung sei es, mehr Frauen ins Parlament zu bekommen. [...] Da ist sie nun endlich offiziell: die SED-Keimzelle der Altparteien, der freiwillige Zusammenschluss zur sozialistischen Einheitspartei. Knapp dreißig Jahre nach dem Untergang der DDR-Tyrannie haben Christdemokraten, Christsoziale und Liberale keine Scheu mehr, mit den Nachfolgern der roten Terrorhunde zu paktieren. Wer die Kolleginnen und Kollegen der Altparteienfraktionen im Bundestag und besonders in den Ausschüssen hinter verschlossenen Türen mitbekommt, der weiß schon längst, dass sich CDU/CSU und FDP von den übrigen linken Parteien höchstens noch dadurch unterscheiden, dass sie den Sozialismus und die Planwirtschaft etwas verbrämter einführen möchten. Dass Deutschland in den sozialistischen Internationalen aufgehen soll, darin sind sich die Altparteienvertreter aber längst einig. Hätten wir einen funktionierenden Verfassungsschutz, würde er sich mit diesen Bestrebungen, die weder mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung noch mit unserer Verfasstheit als Nationalstaat vereinbar sind, längst entgegengestellt haben.“³⁰⁰

Martin Sichert (MdB) schrieb am 07.12.2023 auf Facebook:

„Man unterstellt den Grünen gerne, sie wüssten nicht, was sie tun.“

Die Wahrheit ist: Sie wissen es, sie haben einen Plan und diesem folgen sie sehr erfolgreich.

Ihr Ziel ist nicht, die Umwelt oder das Klima zu "retten", das Ziel ist ein Übergang in eine Diktatur, so wie es die Grüne Ulrike Herrmann bei eine Konferenz zugibt. Diesem Ziel sind die Grünen, seit dem sie an der Macht sind, ein gutes Stückchen näher gekommen.

³⁰⁰ Facebook-Eintrag von Thomas Ehrhorn vom 18.02.2019.

Was ihr zusammen mit uns machen könnt, ist, Mitbürger über die grünen Herrschaftspläne zu informieren. Teilt dieses Video mit Euren Freunden, zeigt ihnen, wofür Grüne wirklich stehen.“ [sic!]³⁰¹

Delia Klages (MdL) schrieb am 29.01.2024 auf Facebook:

„Gratulation, Uwe Thrum!

Stolze 47,6% der Stimmen konnte mein Parteikollege Uwe Thrum in der Landratswahl erringen.

Leider konnte das Altparteien-Kartell einen weiteren AfD Landrat verhindern.

Kann die CDU also nur noch mit den Linken überleben?³⁰²

Martin Sichert (MdB) schrieb am 03.02.2024 zu einem Videobeitrag der „Tagesschau“ auf Facebook:

„Wollt ihr ein Beispiel dafür haben, wie Regierung, Kartellparteien und ihre Vorfeld-Organisationen zusammenarbeiten, um eine Geschichte durchzusetzen? Es ist ganz einfach. Schaut Euch kurz dieses Video dazu an.“³⁰³

Martin Sichert (MdB) schrieb am 10.03.2024 auf Facebook:

„Karl Lauterbach hat mitbekommen, dass die AfD auf TikTok erfolgreicher ist, als alle Altparteien zusammen. Jetzt will er sogar persönlich etwas dagegen unternehmen!

Im Ernst: Allein mein TikTok-Konto hat mehr als doppelt so viele ‚Likes‘ wie alle 500 Bundestagsabgeordnete von Grünen, SPD und Union zusammen.

Was uns erfolgreich macht ist Ehrlichkeit, Direktheit und Authentizität. Genau das dürfen sich die Kartell-Politiker nicht erlauben, denn was sie wollen ist Bevormundung, Freiheitseinschränkung und links-bunte Ideologie.

Der blaue Tsunami lässt sich nicht mehr aufhalten.

Quelle:

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100358750/karl-

³⁰¹ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 07.12.2023.

³⁰² Facebook-Eintrag von Delia Klages vom 29.01.2024.

³⁰³ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 03.02.2024.

läuterbach-gent-auf-tiktok-gegengewicht-zur-auf-
 .html?fbclid=IwY2xjawLu4QFleHRuA2FlbQlxMAABHvYSam7_Z_C4pfjKHGZsxOFcC
 Mf0eYyJMx9rO57wou8Z9A338EtZboaXJbnj_aem_aiK9IXVOjjwxLdwCX-CKyg³⁰⁴

Martin Sichert (MdB) schrieb am 27.09.2024 auf Facebook:

„KARTELLPARTEIEN MISSACHTEN WÄHLERWILLEN in THÜRINGEN

Was sich gestern im Thüringer Landtag ereignete, ist absolut einzigartig: In der konstituierenden Sitzung, die vom Alterspräsidenten geführt wurde, sollte als Erstes ein Landtagspräsident oder eine -präsidentin gewählt werden. Dies war schon immer der gewöhnliche Ablauf. Doch weil die AfD stärkste Kraft ist, weigerten sich die anderen Parteien (CDU, Linke, SPD, BSW), dass überhaupt ein Vorschlag der AfD gemacht werden durfte. Es wurde ständig unterbrochen und nach einem Geschäftsordnungsantrag geschrien, um die Tagesordnung der Sitzung zu ändern. Es endete damit, dass die Sitzung auf morgen, den 28.09.2024, verschoben werden musste und das Verfassungsgericht in Thüringen auf Rechtmäßigkeit prüfen wird. Die sogenannten selbsternannten Demokraten entlarven sich mal wieder als Demokratie-Verächter!³⁰⁵

Jörn König (MdB) schrieb am 09.11.2024 auf Facebook:

„++ Die Ampelunion hat Angst vor der Demokratie! ++

Am Tag nach dem Ampel-Ausfall findet sich die Kartellparteien durch die eigene „Brandmauer“ eingesperrt. Sie haben Angst, dass Gesetze mit den Stimmen von CDU/CSU, AfD und FDP eine Mehrheit erlangen könnten. Die Union macht übrigens voll mit, auch die Union will nicht, dass ihre Gesetzentwürfe mit den Stimmen der AfD zu Gesetzen werden. Parteitaktik vor Gemeinwohl, so kennen wir das Kartell.“ [sic!]³⁰⁶

Jörn König (MdB) schrieb am 25.11.2024 unter Verwendung der Begrifflichkeit „Kartellparteien“ und Diffamierung der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP als Antidemokraten („Demokraten“) auf Facebook:

„++ Diese Woche wäre Sitzungswoche gewesen ++

³⁰⁴ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 10.03.2024.

³⁰⁵ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 27.09.2024.

³⁰⁶ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 09.11.2024.

Wegen drohender „Zufallsmehrheiten“ mit der AfD haben die Koalitionsparteien CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP die Kalenderwoche 48 einfach abgesagt. Es wäre die ‚Haushaltswoche‘ gewesen, in der der Bundeshaushalt 2025 beschlossen werden sollte. Nicht mal diese Pflichtaufgabe können die alten Parteien abarbeiten. Ganz vorn mit dabei: ‚Friedrich der Größte‘ Merz will nur noch Anträge nach Absprache mit der Reste-Regierung aus SPD und Grüne beschließen. Friedrich Merz will, dass bis zur Neuwahl nur noch Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden, über die man sich vorab mit SPD und Grünen verständigt hat. ‚Zufallsmehrheiten‘ mit der AfD müsse man um jeden Preis verhindern. Deshalb beschließen CDU, SPD, Grüne und FDP den Bundestag einfach ausfallen zu lassen. Damit ist auch das Fraktionsrecht, dass man nach drei Wochen einen Tagesordnungspunkt ohne Einspruchsrecht anderer Fraktionen beraten muss, vollkommen ausgehebelt. Der Bundestag wird einfach abgeschaltet wie ein lästiger heißgelaufener Laubbläser. In den beiden letzten Sitzungswochen wurden schon nur etwa 10-20% der Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Einfach so! Und wer sich nicht von diesen Parteien vertreten fühlt, hat eben Pech gehabt und erhält im Zweifelsfall das Etikett ‚Rechtsradikaler‘. Die selbst ernannten ‚Demokraten‘ bestreiten die Demokratie. Kann man sich nicht ausdenken!

https://apollo-news.net/tagesordnung-auf-einmal-leergeraeumt-haben-die-fraktionen-angst-vor-abstimmung-mit-afd/?fbclid=IwY2xjawLvAuxleHRuA2FibQlxMAABHvdIRS7XNFQWfoQn-gHgg1VPh3V1dJg3KcZpCzcl0ESNTV2iyZ13QyFU6UYT_aem_uJRhiSWwSi1Y2bsxO-qb2Q

https://apollo-news.net/bis-zur-vertrauensfrage-union-will-tagesordnungen-im-bundestag-pauschal-ablehnen/?fbclid=IwY2xjawLvAvRleHRuA2FibQlxMAABHsezosTkxZTNjSv57ImgYVb3101D4OWvJQ9CpBkoliH8xJ9pM1gY6LuHByP3_aem_kMQphXz3OeTOhG7foA8C8A

Der Beitrag wird von einem Bild mit folgendem Text ergänzt:

„Sitzungswoche abgesagt im Deutschen Bundestag

Arbeitsverweigerung von CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP. Das Kartell hat einfach mal eine Sitzungswoche abgesagt. Sie verweigern demokratische Abstimmungen, weil sie vorab nicht mehr die Ergebnisse auskugeln können.“³⁰⁷

Jörn König (MdB) schrieb am 11.12.2024 auf Facebook:

„Alle gegen die AfD – weil sie sonst zu schwach sind

In Thüringen deutet sich eine Zusammenarbeit der CDU und der Linken an. Gab es da nicht mal einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Für die Macht ist alles egal. Nachdem die Christdemokraten eine schriftliche Vereinbarung zunächst abgelehnt hatten, schlug Mario Voigt am Dienstag ein ‚3-plus-1-Format‘ vor, in dem die Linke mit der Koalition und gegen die AfD stimmen soll.

Es ist ein bisschen wie in der die Nationale Front gegen die AfD. War doch zu erwarten, fast wie in der DDR, allerdings gab es da keine Alternative. Aber die Nationale Front will diese ja auch deshalb verbieten....

Also können wir genüsslich der CDU bei ihrem Niedergang zusehen. Sie legt sich mit beiden Kommunisten-Parteien ins Bett. Für die Macht ist alles egal.

Warum eigentlich nicht gleich ein Einigungsparteitag aller vier Parteien (CDU, BSW, SPD und Linke) zur SED2.0?

Noch eins wird deutlich: BSW gehört mit zum Kartell. Das sollte bei der Bundestagswahl vom Wähler mit Ignoranz honoriert werden. Wer BSW wählt, wählt rot grün und schwarz und damit eben doch den Krieg.

AfD wählen am 23.02.2025!

https://apollo-news.net/nach-vierer-gesprchen-koalition-strebt-3-plus-1-format-mit-der-linken-gegen-die-afd-an/?fbclid=IwY2xjawLvCdIleHRuA2FlbQlxMAABHrHg9Jc7h9KF6jdlcmpYtqvF_8YI7ReWCBob72Keq-22v1W5ai1DEqmt6JKA_aem_oeCBovRYRaD_fEz8cNzixg

<https://apollo-news.net/vier-parteien-gegen-die-afd-koalition-in-thringen-mchte-mit-der-linken-zusammenarbeiten/?fbclid=IwY2xjawLvCeBleHRuA2FlbQlxMAABHvdIRS7XNFQWf>

³⁰⁷ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 25.11.2024.

0Q7I-

gHgg1VPh3V1dJg3KcZpCzcl0ESNTV2iyZ13QyFU6UYT_aem_uJRhiSWwSi1Y2bsx
O-qb2Q“ [sic!]

Der Beitrag wird von einem Bild mit folgendem Text ergänzt:

„Thüringen: Blockpartei CDU arbeitet wieder mit der SED zusammen

Alle Parteien arbeiten gegen die AfD zusammen!

*Die DDR ist wieder da: Eine Nationale Front aus CDU, BSW, SPD und Linke wählt
Mett-Mario zum Ministerpräsidenten.*

*Wählt die Kandidaten der Nationalen Front!*³⁰⁸

Martin Sichert (MdB) schrieb am 15.12.2024, wobei er SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP als „Kartell“ bezeichnete, auf Facebook:

*„Während ein Kartell aus SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP den Bundestag nahezu
lahmlegt, um wichtige Gesetze nicht mit Hilfe der AfD beschließen zu müssen, zeigen
wir Bürgernähe!*

*Diese Woche war eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis in Niedersachsen zu
Besuch in Berlin. Die Teilnehmer konnten sich bei einer Visite in Habecks ‚Anti-
Wirtschaftsministerium‘ und im Bundestag aus erster Hand über die dortige Arbeit
informieren – oder besser gesagt, über die dortige desaströse Arbeitsverweigerung.“*³⁰⁹

Martin Sichert (MdB) veröffentlichte am 20.05.2025 einen Bild-Beitrag auf Instagram mit dem Text „Welcher Weg, deutsche Frau?“. Auf dem Bild ist links eine Frau im Kleid mit dem Untertitel „AfD“ und rechts eine verschleierte Frau mit dem Untertitel „Kartellparteien“ zu sehen. Dazu schreibt Sichert:

*„Freiheit statt Verschleierung! Während CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke weiter
unkontrollierte Migration fördern und islamistische Ideologien dulden, steht die AfD für
Klartext: Keine Vollverschleierung im öffentlichen Raum, konsequente Abschiebung
von Gefährdern und Null-Toleranz für frauenfeindliche Unterdrückungssysteme; für*

³⁰⁸ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 11.12.2024.

³⁰⁹ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 15.12.2024.

Sicherheit, Selbstbestimmung und andere Freiheiten sowie
 für eine Politik, die unser Land und unsere Frauen schützt!³¹⁰

Martin Sichert (MdB) schrieb am 12.03.2025 auf Facebook:

„LÜGENBARON SCHÜTZT LÜGENBARON!

Karl Lauterbach verteidigt Friedrich Merz´ Schuldenvorgehen.

Das Polit-Kartell der Altparteien missachtet Demokratie und Wählerwillen und lobt sich gegenseitig nach oben.

Das werden wir nicht hinnehmen und auch nicht tatenlos dabei zusehen!³¹¹

Martin Sichert (MdB) schrieb am 02.04.2025 auf Facebook:

„OHNE AfD NUR GRÜNER EINHEITSBREI!

In Deutschland definieren sich CDU, CSU, SPD, Grüne, Linke, BSW und FDP immer als ‚bunt‘, ‚vielfältig‘ und ‚demokratisch‘.

Fakt ist jedoch, dass genau diese Parteien einen Kartellparteienblock bilden: Links-Grün, in Bund und Land stets in unterschiedlichen Koalitionen an der Macht: CDU/CSU/SPD, CDU/Grüne, SPD/Grüne/Linke, CDU/BSW/SPD, SPD/Linke, SPD/Grüne, CDU/SPD/FDP, SPD/Grüne/FDP, SPD/BSW.

Ergebnis: Schuldenorgien, Migrationsirrsinn, Klimawahn, Coronawillkür, Gender-Gaga, Bevormundung, Überwachung, EU-Totalitarismus, marode Infrastruktur, malade Sicherheitslage, Bildungsnotstand, Altersarmut, Kriegstreiberei.

Die AfD ist die einzige Alternative zu diesem Kartell. Ohne AfD würde Deutschland praktisch aufhören, eine Demokratie zu sein, weil man keine Wahl mehr hat.³¹²

Martin Sichert (MdB) schrieb am 17.05.2025 auf Facebook:

„Merz: Kanzler der Linken und Eliten aus aller Welt, nicht des deutschen Volkes!

³¹⁰ Instagram-Eintrag von Martin Sichert vom 20.05.2025.

³¹¹ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 12.03.2025.

³¹² Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 02.04.2025.

Der 2. Wahl-Karrierer und sein Altparteien-Kartell werden Deutschland nicht weniger an die Wand fahren, als es die Ampel getan hat.

Die Figuren sind ausgetauscht, die Politik bleibt gleich.

*Statt faulen Kompromissen und Machtspielchen sollte die Union ihre Brandmauer endlich einreißen!*³¹³

Jörn König (MdB) schrieb am 22.05.2025 auf Facebook:

„++ SPD ist ewiggestrig und undemokratisch ++

Gerade komme ich aus dem Ältestenrat. Ein Kartell aus CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke hat gerade dafür gestimmt, dass die größte Opposition AfD einen viel zu kleinen Fraktionssaal bekommen soll. Wir sollen nur 1,7 m2 pro Abgeordneten bekommen, während die SPD mit 3,9 m2 den halben Saal zum Tanzen hat. Es ist zu eng und von Brandschutz und Versammlungsstättenverordnung müssen wir auch nicht reden, denn es werden mehrere Soll-Bestimmungen verletzt. Die SPD glaubt immer noch, es ist 1998 und sie sei die größte Fraktion. Ewiggestrig halt.

Auf jeden Fall zeigt sich das undemokratische Verhalten der SPD, die zur Absicherung ihrer Pfründe ein Kartell mit CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke gebildet hat. Demokratie ist das alles nicht. Die alten Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht. Die nächsten Wahlen kommen. Einfach abwählen!

*https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2025/afd-bundestagfraktion-muss-in-mini-saal-bleiben/?fbclid=IwY2xjawLvHFhleHRuA2FibQlxMAABHmAoPg7pciX9tVjq4Vpq3KHmh1Bz2NvUKFhGuoZE9NKMt0-jPVo507qSEwSZ_aem_UjSSzAzadkYG3rHAMm2GyA_*³¹⁴

Anja Arndt (MdEP) schrieb am 21.11.2025 auf Facebook unter Bezugnahme auf „Kartellparteien“:

„Der Volksentscheid zur Klimaneutralität 2040 hat Hamburg in ein politisches Durcheinander gestürzt. Jetzt will plötzlich die CDU das Rad zurückdrehen – dabei ist sie seit Jahren Teil genau jener Parteienlandschaft, die jeden grünen Wunschkatalog

³¹³ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 17.05.2025.

³¹⁴ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 22.05.2025.

reflexhaft abnickt. Jetzt, wo Bürger und Wirtschaft Alarm schlagen, wird man plötzlich vernünftig. Viel zu spät.

Die SPD wiederum zeigt das übliche Muster: Vor der Abstimmung Zweifel säen, nach der Abstimmung moralisch belehren. Man spricht pathetisch vom Respekt vor dem Wählerwillen, obwohl man genau weiß, dass die Umsetzung technisch, finanziell und sozial völlig unrealistisch ist. Aber der grüne Koalitionspartner darf nicht verärgert werden – der Machterhalt steht über allem.

Die Grünen selbst treiben den 2040-Kurs weiter wie eine Glaubensbewegung voran, völlig losgelöst von der Realität: fehlende Fachkräfte, unbezahlbare Sanierungen, steigende Mieten, industrielle Abwanderung, fehlender Netzausbau. Auf all diese Fragen gibt es keine Antworten.

Die Wahrheit ist: Alle Kartellparteien haben Hamburg in dieses Chaos geführt. Die einen durch radikale Klimavorgaben, die anderen durch jahrelange Feigheit, das Wort „Nein“ auszusprechen.

Hamburg braucht keinen weiteren ideologischen Aktionismus, sondern Politik, die funktioniert, die bezahlbar ist und die die Lebenswirklichkeit der Menschen ernst nimmt – statt ständig neue Verbote und Fristen über sie auszuschütten.³¹⁵

Martin Sichert (MdB) schrieb am 02.12.2025 auf Facebook:

„DAS ZEITALTER DER BLOCKPARTEIEN IST VORBEI!

Hier seht ihr meine vollständige Rede aus Bitterfeld. Was ist der Status quo, welche Herausforderungen stehen vor uns, und wohin wollen wir gehen? Für Frieden, Freiheit und Wohlstand.“ [sic!]³¹⁶

c) Äußerungen von Kreisverbänden

Der **AfD-Kreisverband Goslar** teilte am 16.03.2021 in einer Instagram-Story ein Bild, welches Angela Merkels Amtszeit mit „*Bilanz nach 14 Jahren Stasi-Merkel*“ zusammenfasst.³¹⁷

³¹⁵ Facebook-Eintrag von Anja Arndt vom 21.11.2025.

³¹⁶ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 02.12.2025.

³¹⁷ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 16.03.2021.

Der **AfD-Kreisverband Goslar** teilte am 28.03.2021 einen Instagram-Beitrag mit dem Inhalt:

„Wenn meine Nachbarn Ostern grillen, muss ich die dann melden? (Sorry, ist meine erste Diktatur!)“³¹⁸

Der **AfD-Kreisverband Goslar** veröffentlichte am 10.11.2021 auf Instagram einen Bild-Beitrag mit der Aufschrift:

„Willkommen im Faschismus. Ungeimpfte kein Zutritt“ [sic!]³¹⁹

Der **AfD-Kreisverband Cloppenburg-Vechta** schrieb am 27.05.2023 auf Facebook:

„Netter Versuch, CDU Vechta...“

Demokratie bedeutet ‚Herrschaft des Volkes‘ - so haben wird es alle in der Schule einmal gelernt, nicht wahr?

Und wer ist ‚das Volk‘?

Die DDR nannte sich ‚Deutsche Demokratische Republik‘, Nordkorea nennt sich ‚Demokratische Volksrepublik Korea‘. Ja, Kommunisten sind ehrlich überzeugt davon Demokraten zu sein. Sie definieren ‚Volk‘ nicht im Sinne von ‚populus‘, sondern von ‚plebs‘ - also als das, was wir ‚das EINFACHE Volk‘ nennen würden, die ‚Proletarier‘. Und da die kommunistische Partei nach eigener Definition die ‚Partei der Proletarier‘ ist, herrscht überall dort wo die KP herrscht, natürlich ‚das Volk‘ - es gilt also: ‚Kommunismus = Demokratie‘...

Unser FREIHEITLICHER Demokratiebegriff ist ein anderer. Im Grundgesetz heißt es: ‚Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus‘ (Art. 20,2). Und der Amtseid der Bundespolitiker lautet: ‚Ich schwöre, dem Deutschen Volke zu dienen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden‘. Von irgendwelchen anderen Herrschaften, denen sonst noch (oder gar prioritär) zu dienen wäre, ist da gar nicht die Rede.

Das Deutsche Volk ist also der verfassungsmäßige Souverän dieser Republik. Und wer ist ‚Das Deutsche Volk‘?

³¹⁸ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 28.03.2021.

³¹⁹ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 10.11.2021.

Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (§ 1 StAG) oder

als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit Aufnahme auf dem Gebiet des Deutschen Reichs in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 gefunden hat (→ Statusdeutscher; Art. 116 Abs. 1 GG).

Wenn wir als AfD vom Volk und von Demokratie sprechen, dann meinen wir genau dies. Die freiheitliche Demokratie, wie sie die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes gemeint und gewollt haben. Wobei wir allerdings das Grundgesetz gern um Elemente der direkten Demokratie ergänzt sehen wollen, um dem Volk mehr demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten zu verschaffen. Getreu dem Motto: Demokratie ist gut - mehr Demokratie ist besser!

Und was meinen die Kartellparteien von CDU/CSU, FDP, Grünen und Roten, wenn sie heute von ‚Demokratie‘ sprechen? Die Demokratie sei die ‚Herrschaft der Demokraten‘. Und wer ‚Demokrat‘ ist, das bestimmen sie. Das Volk, der verfassungsmäßige Souverän - interessiert die Kartellparteien nicht mehr. Wer vom Volk spricht, gilt ihnen als ‚Rechtsradikaler‘, gar als ‚Rechtsextremist‘. Die Kartellparteien verstehen (im Gegensatz zum Grundgesetz!!) die Demokratie inzwischen als ‚transnational‘. Demokratie ohne ‚demos‘, ohne ‚populus‘, ohne Volk! Also eigentlich nur noch ‚Kratie‘. Altparteien-Kratie. Kartellokratie...

Dabei sind den Kartellparteien die Kommunisten als Verbündete lieber als diejenigen, die noch am antitotalitären, freiheitlichen Demokratiebegriff und an der Volkssouveränität im Sinne des Grundgesetzes festhalten, wie die AfD es tut.

In der Vergangenheit kumpelte die CDU Vechta gern mit dem Verein ‚ContRa e.V.‘, dessen Abzeichen die geballte Kommunistenfaust und der rote Sowjetstern sind, und dessen Motto lautet ‚stay red‘ (bleibe rot!). Honi soit, qui mal y pense...

In einem facebook-Post positioniert sich die CDU Vechta nun plötzlich gegen ‚ContRa‘ und will dem Verein öffentliche Mittel entziehen. So weit, so gut, so richtig - selbstverständlich sehen wir als AfD dies genauso.

Dabei allerdings versteigt sich die CDU dazu, den ‚ContRa‘-Verein, der mit dem Volk im Sinne des Grundgesetzes nun wirklich nichts am Hut hat, ausgerechnet mit der AfD zu vergleichen, also der einzigen Partei, die unter Demokratie noch das versteht, was

die Väter und Mütter des Grundgesetzes darunter verstanden haben - und, damit nicht genug, schimpft die CDU in ihrem Post auch noch ausgerechnet die AfD als ‚antidemokratisch‘. Geht's noch?!

Wir werden uns dem Schutz der Demokratie natürlich nicht verschließen und unterstützen die Forderung der CDU. Gleichzeitig laden wir die CDU ein, endlich aus dem Blockflöten-Kartell derer auszubrechen, welche den verfassungsmäßigen Souverän dieser Republik vom Thron stoßen und die Demokratie vom Volk abkoppeln wollen.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. So soll es bleiben. ‚Dem Deutschen Volke dienen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden!‘ Uns als AfD sind das keine leeren Worte, keine ‚altmodischen Formeln‘ - es ist uns Programm! Die CDU muss erst beweisen, dass es auch ihr Ernst damit ist.

Dass es ihr, im wohlverstandenen Eigeninteresse, Ernst sein SOLLTE, zeigt der geballte Hass der linklinken ‚Demokratieförderer‘, der sich unter dem Post der CDU Vechta gegen diese entlädt. Wenn die Pfd (‚Partnerschaft für Demokratie‘)- und ContRa-Leute von ‚Demokratie‘ sprechen, dann meinen sie etwas anderes als das, was ein Friedrich Ebert, ein Gustav Stresemann, ein Konrad Adenauer, Theodor Heuss, Carlo Schmid, Kurt Schumacher oder Ludwig Erhard darunter verstanden haben! Das müssen die CDU-Gliederungen an der Basis endlich einmal begreifen! Die ‚Antifa‘ hat noch stets mit der Salami taktik gearbeitet, sich bürgerliche Verbündete zu suchen, sie als ‚nützliche Idioten‘ zu missbrauchen und nach erreichtem Ziel wie heiße Kartoffeln fallen zu lassen. Könnten die ‚Demokratieförderer‘ wie sie wollten - sie würden die CDU neben der AfD gleich mitverbieten. Solange die CDU nach der Pfeife der Antifa tanzt, ist sie GEDULDET - mehr nicht.

Es gibt eben nur zwei Lager! Dasjenige, das sich auf der Demokratie im freiheitlichen Sinne gründet, der Demokratie als Herrschaft des Staatsvolks - und dasjenige, das die Demokratie transformieren will in eine Herrschaft internationaler NGOs, ‚Bürgerräte‘ (- > Räterepublik, klingelt's?) und anderer Kungelrunden und den Staat in ein Siedlungsgebiet miteinander um ihr jeweiliges Stück vom Kuchen ringender

„Communities“, die nichts mehr vereint. Der Staat als Beute - oder Gemeinwohl des Vaterlandes? Die CDU muss sich entscheiden.“ [sic!]³²⁰

Der **AfD-Kreisverband Rotenburg/Wümme** schrieb am 14.08.2023 zu einem Beitrag der AfD Thüringen auf Facebook:

„Thüringen macht es wieder einmal vor!

Der von den Kartellparteien instrumentalisierte sogenannte Verfassungsschutz dient nur dem einzigen Zweck, daß sich die fünf abgesprochenen Altparteien vor einer echten Opposition sicher fühlen können! Nirgendwo anders in der westlich zivilisierten Welt gibt es einen Inlandsgeheimdienst, der gegen die Opposition arbeitet.

Und auf Bundesebene bekommt die Stasi-Chef Mielke Kopie Haldenwang auch regelmäßig einen richterlichen Schuss vor den Bug!“ [sic!]³²¹

Die **AfD-Fraktion im Kreistag Vechta** veröffentlichte am 17.01.2024 einen Facebook-Bildbeitrag zur Landtagswahl in Sachsen. Dazu schreiben sie:

„Wir werden obsiegen!

Das alte Kartell aus Parteien, Medien und NGO's hat fertig. Sie sind nicht in der Lage die neue Wirklichkeit zu erkennen, obwohl diese bereits massiv die Tür eintritt. Sie können sich nur noch mit Zähnen und Klauen an ihre Posten klammern und wild um sich schlagen.“³²²

Der **AfD-Kreisverband Goslar** veröffentlichte am 25.01.2024 auf Instagram einen Bild-Beitrag, der das durchgestrichene Logo der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ mit dem Ausruf „Extremisten verbieten“ zeigt und durch folgenden Text ergänzt wird:

„Bevor man in Deutschland damit beginnt, demokratische Parteien verbieten zu wollen, sollte man zunächst mit undemokratischen Parteien anfangen!“³²³

Die **AfD-Fraktion Gemeinderat Winsen (Aller)** schrieb am 25.03.2024 zu einem Beitrag der AfD auf Facebook:

³²⁰ Facebook-Eintrag der AfD Cloppenburg-Vechta vom 27.05.2023.

³²¹ Facebook-Eintrag der AfD Rotenburg/Wümme vom 14.08.2023.

³²² Facebook-Eintrag der AfD-Fraktion im Kreistag Vechta vom 17.01.2024.

³²³ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 25.01.2024.

„Jetzt haben wir es schwarz auf weiß.“

RKI-Protokolle entlarven Corona-Lügen: Wo bleiben die Rücktritte und Konsequenzen?

In einem Land mit einer funktionierenden politischen Kultur würde es nun Rücktritte hageln. Gesundheitsminister Lauterbach müsste seinen Posten unverzüglich räumen, aber auch zahlreiche Verantwortliche des Robert-Koch-Instituts und Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Doch die etablierten Parteien haben sich in einem Kartell eingerichtet, in dem fast niemand mehr für Fehlverhalten und himmelschreiendes Unrecht zur Verantwortung gezogen wird.³²⁴

Der **AfD-Kreisverband Osterholz-Verden** schrieb am 20.05.2024 auf Facebook:

„Diese Einheitsfronten bilden sich überall. Die Blockparteien zünden Deutschland gerade an und behaupten dann, die AfD ist wieder schuld. Jedem sollte klar sein, wer nicht AfD wählt, bekommt automatisch die Grünen!“³²⁵

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Land** schrieb am 04.09.2024 zu einem Beitrag der Journalistin und Influencerin Anabel Schunke, das Bezug auf einen Videoausschnitt von Markus Lanz nimmt, auf Facebook:

„Alles richtig, nur wird sich die AfD nicht mehr ‚verhindern‘ lassen, auch wenn sie undemokratisch von den Kartellparteien ausgegrenzt wird.“

Der Ostdeutsche ist 89 nicht auf die Straße gegangen um wieder in einer Diktatur zu landen!“³²⁶

Die **AfD-Fraktion Braunschweig** schrieb am 18.09.2024 auf Facebook:

„Fast in letzter Minute kurz vor der Ratssitzung hatte das bunte Kartell der Altparteien einen Resolutionstext eingebracht, nach dem sich natürlich alle unterstützend hinter die Belegschaft des Braunschweiger VW-Werks stellen - natürlich ohne ein Wort darüber, dass genau diese Parteien die meiste Zeit eben gegen Diesel, Benzin, Parkplätze, freie Fahrt und den Autobesitz selber arbeiten, sei es mit

³²⁴ Facebook-Eintrag der AfD-Fraktion im Gemeinderat Winsen (Aller) vom 25.03.2024.

³²⁵ Facebook-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 20.05.2024.

³²⁶ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 04.09.2024.

Verbrennerverbot, „Elektrifizierung“ der öffentlichen Straßen, autonomen Innenstädten oder anderen Schikanen.

Nun macht sich die althergebrachte Politik um den Werksstandort Sorgen; eine Heuchelei angesichts mancher Pläne, wichtige Straßen zugunsten von kaum benutzten Radwegen zu sperren und am liebsten die Zahl der Privatautos zu halbieren.³²⁷

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Land** veröffentlichte am 23.09.2024 einen Bildbeitrag zur Landtagswahl 2024 in Brandenburg auf Facebook, wobei sie SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Linke und FDP als „Kartellparteien“ bezeichnet und diesen undemokratisches Verhalten unterstellt:

„Das vorläufige amtliche Endergebnis für die Brandenburgwahl steht fest:

Die AfD legt um 5,7 Prozentpunkte zu, kommt auf 29,2 % und zieht mit 30 Abgeordneten in den Landtag ein. In Umfragen unmittelbar vor der Wahl lag sie noch bei 28 %.

Die SPD kommt dank Leihstimmen der CDU, Grünen, Linken und FDP auf 30,8 %. Ob nun die SPD knapp vor der AfD liegt oder andersrum, spielt de facto keine Rolle. In Thüringen ist die AfD stärkste Partei geworden und trotzdem schließt das Kartell sie von einer Regierungsbeteiligung aus.

Grüne draußen

FW draußen

Linke draußen

FDP bei 0,8 % und draußen

AfD hat eine Sperrminorität.

Für Rot-Schwarz reicht es nicht. Hauchdünn ist mit 2 Mandaten Mehrheit eine Koalition Rot-Lila möglich. Bei der Wundertüte BSW bedeutet das viel Ungewissheit.

³²⁷ Facebook-Eintrag der AfD-Fraktion Braunschweig vom 18.09.2024.

Die ‚gemäßigte‘ Wertebeton von Maßen und Medien der AfD nicht immer die Medien, sich zu mäßigen, damit sie mehr Stimmen aus dem ‚bürgerlichen Lager‘ bekommt?

*AfD stärkste Kraft bei der Jugend!*³²⁸

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Land** veröffentlichte am 27.09.2024 einen Bildbeitrag auf Facebook, der einen X-Beitrag von Max Otte mit dem folgenden Inhalt zeigt:

„In Thüringen schwadronieren Parteifunktionäre der Altparteien von ‚#Machtergreifung‘, während gerade die Machtergreifung von Mario Voigt vorbereitet wird. Zur Erinnerung: für die Machtergreifung wurden 1933 Gesetze verändert, nicht verteidigt. Die AfD verteidigt geltendes Recht.“

Dazu schreiben sie:

*„War das in Coronazeiten nicht genauso?! Die Blockparteien wollten und haben damals massiv geltendes Recht außer Kraft gesetzt und die Macht am Parlament vorbei per „Ministerpräsidentenkonferenz“ an sich gerissen und die AfD hat als einzige Partei versucht dagegenzuhalten.“*³²⁹

Der **AfD-Kreisverband Cloppenburg-Vechta** schrieb am 28.09.2024 auf Facebook:

*„In Thüringen haben die Kartellparteien heute die Demokratie abgeschafft! Wahlsieger erhält durch CDU Kungeleien keinen Vizepräsidenten!“*³³⁰

Der **AfD-Kreisverband Friesland** schrieb am 09.10.2024 auf Facebook:

„Die deutschen Qualitäts- und Leitmedien berichten ausführlich über offene Zensur die nach über 75 Jahren wieder in Deutschland stattfinden soll. Ach nein doch nicht, die Leitmedien wie Spiegel, Focus, Süddeutsche Zeitung usw nehmen die geplante Zensur einfach hin. Vielleicht nehmen sie es hin weil sie eh nur Haus und Hofberichterstatter der Regierung und des Altparteienkartells sind. Meinungsfreiheit und echte Demokratie gibt es wenn ihr die AfD wählt.“ [sic!]³³¹

³²⁸ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 23.09.2024.

³²⁹ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 27.09.2024.

³³⁰ Facebook-Eintrag der AfD Cloppenburg-Vechta vom 28.09.2024.

³³¹ Facebook-Eintrag der AfD Friesland vom 09.10.2024.

Der **AfD-Kreisverband Osterholz-Verden** schrieb am 12.11.2024 auf Facebook:

„Irrenhaus Deutschland!

Aus Angst vor Zustimmung der AfD wird die illegale Massenmigration aufrechterhalten und der Bundestag lahmgelegt. Die Blockparteien müssen abgestraft werden!

<https://www.nius.de/.../267871e2-3d27-4793-854c-d6b6133fac1a>

<https://www.nius.de/.../1f003e6b-12a6-46db-8832-58ed6a11ba55>³³²

Der **AfD-Kreisverband Goslar** schrieb am 20.11.2024 auf Facebook:

„Netzfund.

Hier ein paar Erklärungen warum die Grünen so gefährlich sind:

Die Grünen sind keine Demokraten, weil sie die Grundprinzipien der Demokratie untergraben und versuchen eine totalitäre Diktatur nach ihrer Vorstellung zu errichten. Hier sind einige Gründe dafür:

- 1. Abschaffung der Gewaltenteilung: In einer Demokratie gibt es eine klare Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, um Machtmissbrauch zu verhindern. Die Grünen versuchen diese Schutzmechanismus aufzulösen.*
- 2. Abschaffung freier Wahlen und Parteien: Eine funktionierende Demokratie ist auf regelmäßige, freie Wahlen und ein Mehrparteiensystem angewiesen. Die Grünen versuchen politische Parteien außerhalb des links Grünen Meinungsspektrums zu verbieten. Dadurch kann keine oppositionellen Meinungen mehr ins Parlament einfließen, was die Demokratie effektiv beenden würde.*
- 3. Einschränkung der Meinungsfreiheit: Eine lebendige Demokratie lebt vom freien Austausch von Ideen und Meinungen. Die Grünen unterdrücken jegliche kritischen Stimmen und schränken die Pressefreiheit massiv ein. Medien werden zu Propagandainstrumenten der Regierung, sodass keine unabhängigen Informationen mehr verbreitet werden.*
- 4. Einsatz von Angst und Einschüchterung: Demokratische Regierungen basieren auf der Zustimmung der Bürger, während die Grünen ihre Macht auf Angst und*

³³² Facebook-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 12.11.2024.

Unterdrückung aufbauen. Der Geheimdienst, der Verfassungsschutz und „Organisationen“ wie die #Antifa schüchterten die Bevölkerung ein und sorgen dafür, dass jede Form des Widerstands gegen die Regierung im Keim erstickt wird.

5. *Personenkult*: Die Grünen etablieren den ‚Personenkult‘, das bedeutete, dass einige wenige Politiker als ‚Führer‘ allein Entscheidungen treffen und alle ihnen bedingungslos zu folgen haben. Dieses Prinzip steht im Widerspruch zu demokratischen Werten, die auf kollektiven Entscheidungen und der Beteiligung aller Bürger beruhen.“ [sic!]³³³

Der **AfD-Kreisverband Wolfenbüttel** veröffentlichte am 14.12.2024 einen Bildbeitrag zur Regierungsbildung in Thüringen auf Facebook:

„Thüringen beweist, es gibt nur noch 2 Parteien in Deutschland, das Kartell der Altparteien und die AfD.“³³⁴

Der **AfD-Kreisverband Osterholz-Verden** schrieb am 20.12.2024 auf Facebook:

„Die Wahnsinnspolitik der Blockparteien hinterlässt ihre nächsten Opfer

Kein Vergeben, kein Vergessen!

Unsere Gedanken sind bei den Hinterbliebenen

<https://www.nius.de/.../502aeb1d-b376-4198-a035-a3bbf8e0ffd1>³³⁵

Der **AfD Kreisverband Osterholz-Verden** schrieb am 09.02.2025 auf Facebook:

„Bestätigt, Demos gegen die AfD sind von der Regierung mit Steuergeldern finanziert!

Solche organisierten Massendemos gibt es sonst nur in totalitären Staaten!

Am 23.02 die Systemparteien versenken!

#MEGA #Brandmauer #Brandmauertote

<https://www.nius.de/.../4b9d5ce8-7800-4fa4-a7dd-ac078530d54f>

³³³ Facebook-Eintrag der AfD Goslar vom 20.11.2024.

³³⁴ Facebook-Eintrag der AfD Wolfenbüttel vom 14.12.2024.

³³⁵ Facebook-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 20.12.2024.

<https://www.bild.de/.../mit-steuergeldern-gegen-die-...>

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 12.04.2025 zu dem in der „Jungen Freiheit“ erschienenen Artikel „So viele deutsche Intensivtäter heißen Mohammed und Ali“ auf Facebook:

„Ein Sinn, die Staatsbürgerschaft zu verschleiern ist, das Wahlrecht. Es sichert den Kartellparteien ihre Macht. Ein anderer Sinn besteht darin, die Statistik zu verfälschen.“
[sic!]³³⁷

Der **AfD-Kreisverband Lüneburg** verbreitete am 21.05.2025 einen X-Beitrag der „Jungen Freiheit“ weiter. Dazu schreiben sie:

„Kartellparteien verweigern uns Ausschussvorsitze. Wir werden das nicht vergessen haben, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag geändert haben. Versprochen! #DeshalbAfD #ZeitfürDeutschland #gesichertunbequem“³³⁸

Der **AfD-Kreisverband Wolfenbüttel** schrieb am 21.05.2025 auf Facebook:

„Das, was die Kartellparteien mit der AfD machen, um sie auszugrenzen, ist nicht nur kindisch, es zeigt vor allem die Kleingeistigkeit jener. Mit Wissen, Können und guter Politik können sie anscheinend nicht punkten und versuchen es daher mit unlauteren Mitteln.“³³⁹

Der **AfD-Kreisverband Friesland/Wittmund** schrieb am 21.05.2025 zu einem Videobeitrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf Facebook:

„Der Witz dabei, diese sogenannten Demokraten der Altparteien sprechen immer von demokratischen Fraktionen.“

Lächerlich.

Kartell bleibt Kartell.“³⁴⁰

³³⁶ Facebook-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 09.02.2025.

³³⁷ Facebook-Eintrag der AfD-Wolfsburg vom 12.04.2025.

³³⁸ X-Eintrag der AfD Lüneburg vom 21.05.2025.

³³⁹ Facebook-Eintrag der AfD Wolfenbüttel vom 21.05.2025.

³⁴⁰ Facebook-Eintrag der AfD Friesland/Wittmund vom 21.05.2025.

Die AfD-Fraktion im Stadtrat Lüneburg schrieb am 17.06.2025 auf Facebook:

„+++ Vertreter der AfD wird eingeladen +++“

Die Initiative "Bezahlbarer Wohnraum im Erbbau Lüneburg" hat kurzfristig den AfD-Ratsherrn Dirk Neumann von dem „Werkstattgespräch“ ausgeschlossen.

Die Ausladung der AfD folgte wohl dem auf die Initiative ausgeübten Druck der teilnehmenden Kartell-Fraktionen, so dass das eigentliche Anliegen der Initiative aus dem Fokus geriet. Eine Teilnahme der AfD hätte bei den Kartellparteien anscheinend zu einem Aufruhr geführt, der der Sache nicht dienlich gewesen wäre.

Aus Sicht der Initiative ist der Schritt daher nachvollziehbar, aus Sicht der Kartellparteien peinlich und totalitär.

Der Initiative wünschen wir trotz des antidemokratischen Gebarens, dass ihre Anliegen gehört werden. Wir hatten mit der Initiative ja schon erörtert, welche Lösungsmöglichkeiten die AfD sieht.

Übrigens: Wir haben vor Jahren bereits auf den steigenden Erbzins hingewiesen und einen Antrag zur Lösung eingebracht. Aber da wollte sich noch niemand mit dem Thema auseinandersetzen.

#DeshalbAfD³⁴¹

d) Bewertung

Die AfD verwendet, wie sich aus den Belegen ergibt, regelmäßig Begriffe wie „Kartellparteien“, „Blockparteien“ und ähnliche Formulierungen wie „Altparteien-Kartell“ (Delia Klages, MdL), „Kartell-Politiker“, „Polit-Kartell der Altparteien“ (Martinichert, MdB) und „Kartell aus CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke“ (Jörn König, MdB). Sie erkennt das Mehrparteiensystem damit nicht an, spricht den Parteien uneingeschränkt ihre Existenzberechtigung ab und unterstellt ihnen zugleich ein kriminelles sowie antidemokratisches Handeln. Diese Verächtlichmachung und Diffamierung anderer politischer Parteien und ihrer Vertreterinnen und Vertretern ist letztlich auch eine Abwertung der verfassungsmäßigen Ordnung und spricht der Bundesrepublik Deutschland ihren demokratischen Wesenskern ab, was mit Art. 20

³⁴¹ Facebook-Eintrag der AfD-Fraktion im Stadtrat Lüneburg vom 17.06.2025.

Abs. 1 und 3 GG unvereinbar ist. Das Verwenden der genannten Begriffe geht mit Vergleichen zur DDR (Jörn König, MdB: „Die DDR ist wieder da: eine Nationale Front aus CDU, BSW, SPD und Linke“; KV Cloppenburg-Vechta: „Die DDR nannte sich ‚Deutsche Demokratische Republik‘ [...] Und was meinen die Kartellparteien von CDU/CSU/FDP, Grünen und Roten, wenn sie heute von ‚Demokratie‘ sprechen?“ und „SED“ (Jörn König, MdB: „Blockpartei CDU arbeitet wieder mit SED zusammen“) einher.

Durch die immer wiederkehrende Verwendung des Begriffs „Kartell“ in Bezug auf die Parteien SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und daran angelehnter Begriffe von verschiedenen AfD-Akteuren oder Verlautbarungen aus den Kreisverbänden sowie die ausdrückliche oder implizierte Bezeichnung als Antidemokraten bzw. der Vorwurf antidemokratischen Verhaltens wird deutlich, dass es sich um eine innerparteilich akzeptierte und verfestigte Haltung und Ideologie handelt, die sich in dieser Rhetorik widerspiegelt und in die Gesellschaft getragen wird.

Letztlich werden damit die Existenz demokratischer Prozesse und die bestehende Demokratie in der Bundesrepublik in Abrede gestellt. Durch das stetige Diffamieren des bestehenden demokratischen Systems wird in der Folge das Vertrauen der Bevölkerung in das Demokratieprinzip selbst untergraben.

4.2.2. Gleichsetzung mit nichtdemokratischen Systemen und deren Relativierung

Die AfD Niedersachsen setzt die Parteien, die Regierung oder die Bundesrepublik als Ganzes sowie ihr Handeln mit nichtdemokratischen Systemen wie der DDR gleich. Dies bezieht sich auf die allgemeinen Verhältnisse der Bundesrepublik, auf bestimmte Sachthemen oder auf gezielte Handlungen einzelner Personen. Darin liegt neben der schwerwiegenden Verunglimpfung des politischen Systems und der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zugleich eine Verharmlosung von Menschenrechtsverletzungen und staatlicher Unterdrückung.

a) Äußerungen des Landesverbandes

Die **AfD Niedersachsen** schrieb am 06.01.2021 auf Facebook:

„Mit dieser Provokation will Angela Merkel offenbar testen, wie weit sie wohl gehen kann beim Umbau des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats Deutschland zu einer

DDR 2.0. Schon seit der herbeigeredeten „Nachfolge-Krisen-Debatte“ ist Merkel geltendes Recht eher als Empfehlung denn als bindende Grundlage ihres politischen Handelns sieht.³⁴²

b) Äußerungen von Mandatsträgern und Funktionären

Stephan Bothe (MdL) schrieb im März 2021 im Mitgliedermagazin der AfD Niedersachsen „Niedersachsen Kompakt“:

„Was mit dem Ende der DDR ein für alle Mal überwunden schien, nämlich die Unterdrückung und Repression der politischen Opposition mit dem Ziel der Vernichtung bzw. Verhinderung derselben, erlebt zum hoffentlich baldigen Ende der Kanzlerschaft der SED-sozialisierten Merkel ein fatales Comeback.“³⁴³

Jörn König (MdB) teilte am 18.01.2022 auf Facebook einen Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ mit der Überschrift „Radikale Proteste: ‚Telegram ist der Brandbeschleuniger‘. Dazu schrieb er:

„Die AfD ist ihm natürlich auch ein Dorn im Auge. Unliebsame Kommunikationsmittel, Andersdenkende und politische Gegner ausschließen – DDR 2.0. Mit freundlicher Unterstützung der Mainstream-Medien.“³⁴⁴

Dirk Brandes (MdB, Beisitzer Bundesvorstand) schrieb am 19.12.2022 auf Facebook:

„Spitzel-Gesetz: Prüft mein Arbeitskollege demnächst meine Aussagen auf ‚Verfassungstreue‘? Wir befinden uns auf dem besten Wege in eine meinungspolitische DDR 2.0. Denn ein neues Gesetz sieht die deutschlandweite Erstellung von Meldestellen in Unternehmen ab 50 Mitarbeitern und Behörden vor. Nicht nur verfassungsfeindliche Äußerungen sollen dort gemeldet werden, sondern auch Äußerungen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle. Müssen wir nun mit Gesinnungs-Wärtern an jeder Ecke rechnen?“³⁴⁵

³⁴² Facebook-Eintrag der AfD Niedersachsen vom 06.01.2021.

³⁴³ Stephan Bothe im Mitgliedermagazin der AfD Niedersachsen „Niedersachsen Kompakt“ von 03.2021, S. 14.

³⁴⁴ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 18.01.2022.

³⁴⁵ Facebook-Eintrag von Dirk Brandes vom 19.12.2022.

Martin Sichert (MdB) schrieb am 14.02.2024 auf Facebook.

„DIE DIKTATUR BEGINNT JETZT

Anders kann man diesen Post der Bundesinnenministerin Nancy ‚Antifa‘ Faeser nicht interpretieren. Sie wird dafür zuständig sein, wer ein Rechtsextremist ist und wann der Staat verhöhnt wurde. Das wird praktisch alle Nicht-Linksextremisten umfassen.

In ihrem Umfeld werden Menschen, die nicht geimpft sind oder an zwei an statt 170 Geschlechter glauben, als rechtsextrem bezeichnet. Faesers Behörde kann nun wirklich jeden willkürlichen Vorwand nehmen, um Menschen zu überwachen und zu diskriminieren. Unser Rechtsstaat wird in aller Öffentlichkeit demontiert. Ein antidemokratisches, dystopisches Szenario, das nur Ihr mit Eurer Stimme verhindern könnt.

Quelle: <https://x.com/nancyfaeser/status/1757388693805977858> [sic!]³⁴⁶

Jörn König (MdB) schrieb am 02.03.2024 auf Facebook:

„+++ Regierungsschutz braucht private ‚Hilfe‘ +++

Die als ‚Verfassungsschutz‘ getarnte weisungsgebundene Behörde Regierungsschutz braucht private Hilfe. Private Träger, Meldestellen und linke Medien übernehmen, natürlich trotzdem steuerfinanziert, bestimmte Teile der Strafverfolgung. Außerdem können jetzt ja auch nicht strafbare Äußerungen als Delegitimierung des Staates verfolgt werden. Es ist alles nur noch ein riesiger Sumpf zur Machterhaltung. Auch dieser „zweite öffentliche Dienst“ wird die Realität nicht aufhalten können. Die DDR hatte am Ende 190.000 inoffizielle Stasi-Mitarbeiter und 2 Millionen SED-Mitglieder bei 17 Millionen Einwohnern. Es hat nichts geholfen, die DDR ist Geschichte.

<https://apollo-news.net/der-schatten-verfassungsschutz/>

Der Beitrag wird von einem Bild mit folgendem Text ergänzt:

„Verfassungsschutz‘ mit dubiosen Schatten.

³⁴⁶ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 14.02.2024; inhaltsgleich: Facebook-Eintrag der AfD Harburg vom 14.02.2024.

Stasi privat. Meldestellen und linke Medien Private Träger und Meldestellen übernehmen Teile der Strafverfolgung gegen ‚Hetze im Netz‘. Damit wird ein rechtsfreies System geschaffen, gegen das sich Betroffene nicht wehren können.“³⁴⁷

Martin Sichert (MdB) schrieb am 12.03.2024 auf Facebook:

„Heute veröffentlichte die Tagesschau einen Hetz-Artikel gegen die Mitarbeiter der AfD im Bundestag und versucht so, sie dem linken, gewalttätigen Mob zum Fraß vorzuwerfen. Die ARD spielt dabei die Rolle des Propaganda-Kanals einer Diktatur: Es ist nicht das erste Mal, dass sie scharf gegen Regierungskritiker vorgeht.“³⁴⁸

Stefan Marzischewski-Drewes (MdL) schrieb am 16.03.2024 auf Facebook:

„Keine DDR 2.0. Meinungsfreiheit für alle! Es kann mittlerweile jeden von uns treffen!“³⁴⁹

Martin Sichert (MdB) schrieb am 07.04.2024 auf Facebook:

„Beamte müssen immun sein gegen politische Erpressungen, deswegen konnten sie auch nicht gefeuert werden – bis vor Kurzem. In ihrem ‚K(r)ampf gegen Rechts‘ hat Innenministerin Faeser dieses Stück politischer Neutralität beseitigt, so dass Beamte nun auch politisch-indoktrinierte Anweisungen ausführen müssen, sollten sie noch ihren Job behalten wollen. Rein ‚zufällig‘ sind nun einige hundert(!) Polizeibeamte unter Rechtsextremismusverdacht gekommen. Manche sollen sogar ‚Verschwörungstheoretiker‘ sein. Machen wir uns nichts vor: diese Beamten sind einfach nicht links(radikal) genug und das wird ihnen nun zum Verhängnis. Faeser betreibt in feinsten sozialistischer Manier eine politische Säuberung der Polizei, das Ziel: DDR 2.0“³⁵⁰

Jörn König (MdB) schrieb am 07.04.2024 auf Facebook:

„++ Faeser und Haldenwang befördern uns in die Diktatur ++“

Die Bundesinnenministerin Nancy Faeser und der Chef des weisungsgebundenen „Verfassungsschutzes“ halten nichts mehr vom Rechtsstaat. Sie wollen jetzt auch Meinungen verfolgen, die völlig legal sind. Zitat Haldenwang: „Die äußersten Grenzen

³⁴⁷ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 02.03.2024.

³⁴⁸ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 12.03.2024.

³⁴⁹ Facebook-Eintrag von Stefan Marzischewski-Drewes vom 16.03.2024.

³⁵⁰ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 07.04.2024.

ziert das Strafrecht, etwa im Hinblick auf strafbare Propagandaübungen oder Volksverhetzung. Jedoch auch unterhalb der strafrechtlichen Grenzen und unbeschadet ihrer Legalität können Meinungsäußerungen verfassungsschutzrechtlich von Belang sein.'

Es ist ein beispielloser Angriff auf die Meinungsfreiheit: Innenministerin Nancy Faeser (SPD) und ihr Geheimdienstchef Thomas Haldenwang (CDU) wollen künftig jeden verfolgen, der den Staat kritisiert, ‚Gefährdungspotenzial‘ besitzt oder Einfluss. Damit wird schon Gedankenfreiheit eingeschränkt – Meinungs- und Handlungsfreiheit sowieso.

Wer dem Innenministerium hiernach auffällt, könnte sein Bankkonto verlieren, nicht mehr ins Ausland reisen dürfen, seinen Job verlieren.

#WehretDenAnfängen und #Niewiederistjetzt

<https://www.nius.de/politik/news/stern-legende-hans-ulrich-joerges-fordert-ruecktritt-vom-chef-des-verfassungsschutz-haldenwang-stellt-sich-selbst-in-die-tradition-der-gestapo/5da087d0-b146-4694-bd2b-84559091f5fb>

Der Beitrag wird von einem Bild mit folgendem Text ergänzt:

„Langjähriger Stern-Chef-Redakteur Hans-Ulrich Jörges: Verfassungsschutz: ‚Haldenwang stellt sich selbst in die Tradition der Gestapo!‘ Haldenwang will jetzt Meinungen, die nicht strafbar sind, mit Hilfe des Verfassungsschutzes verfolgen. Verfolgt wird also auch, was legal ist!“³⁵¹

Martin Sichert (MdB) veröffentlichte am 18.04.2024 einen Bild-Beitrag bei Facebook, auf dem der Text „DDR 2.0 in Sachsen. Geheimtreffen von Verfassungsschutz und ARD aufgefliegen“ abgebildet ist.³⁵²

Jörn König (MdB) schrieb am 24.07.2024 auf Facebook im Kontext mit dem Verbot des Magazins „COMPACT“ vom 16.07.2024:

„Nach dem ‚Z‘ nun auch das ‚C‘ verboten

³⁵¹ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 07.04.2024.

³⁵² Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 18.04.2024.

Bitte ans_nhalten und fertig ma_nen _ir Diktatur. Wir müssen uns ja an die Geset_e halten. Das ‚Z‘ ist ja schon seit Anfang 2022 verboten. Nun au_h das ‚C‘. Gott sei Dank sind es bisher nur Mitlaute. Die Selbstlaute A, O, E, I, U, Ä, Ö, Ü sind weiter erlaubt. Das kann kein _ufall sein. Viellei_ht ist es einfa_her, kur_erhand dem Volk die _unge ab_us_hneiden. Dann versteht keiner mehr den anderen. Vermutli_h wird man dann eingesperrt, weil die Regierung Vers_hwörungen wegen der gemeinen Geheimspra_he unterstellt. Es ist _um kot_en.

https://reitschuster.de/post/verdaechtiger-buchstabe-auf-t-shirt-ermittlungen-gegen-demonstranten/?fbclid=IwY2xjawLbWIZleHRuA2FibQIxMAABHkxUuAe8yW0UGsoXFVZqcd12r1KSel_IWRbJc-NxYlpkNEIdba9A5JjleXb_aem_PP07ykeBSCOyKe1c3DvFdw [sic!]³⁵³

Martin Sichert (MdB) schrieb am 01.10.2024 auf Facebook:

„Wird die AfD VERBOTEN?!

Eins ist ganz klar: Wollten wir, die AfD, eine demokratisch gewählte, nach dem Grundgesetz handelnde Partei verboten werden, stehen Deutschland düstere Zeiten bevor. Denn das Verbot einer demokratisch gewählten Partei ist entgegen dem Willen des Volkes und damit der Beginn einer Diktatur. Dass die Leitparteien SPD, CDU/CSU, Grünen und Linken das Bundesverfassungsgericht allen ernstes auffordern, die AfD als verfassungswidrig einzustufen und damit zu verbieten, ist auf der einen Seite der absolute Beweis dafür, dass wir eine der stärksten politischen Kräfte geworden sind und den anderen Parteien auch in Zukunft viele Mandate wegnehmen werden. Auf der anderen ist es natürlich die Spitze aller Maßlosigkeit. Wenn sich jene Parteien im Nachgang doch weiterhin als ‚demokratisch‘ bezeichnen, dann haben wir ganz klar eine DDR 2.0.“ [sic!]³⁵⁴

Jörn König (MdB) schrieb am 12.12.2024 auf Facebook:

„++ Eine ganze Menge SED, Stasi und Antifa stecken in der ‚CDU-Regierung‘ ++

Heute wurde Mario Voigt zum Ministerpräsidenten gewählt. Derjenige, der vom Wähler zum Ministerpräsidenten vorgesehen war, Björn Höcke: ‚Zwei linke Koalitionspartner und ein linker ‚Konsultationspartner‘ sind keine Brombeerkoalition, sondern ein

³⁵³ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 24.07.2024.

³⁵⁴ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 01.10.2024.

Himbeerbündnis mit einem schwarzen, rauten Fleck. Somit hätten die Bürger nun erneut eine linke Regierung. ‚Die Thüringer Himbeerkoalition und die Wahl Voigts zum Ministerpräsidenten sind ein Verrat am Wählerwillen‘, sagte der AfD-Fraktionsvorsitzende. Voigt hat das Prinzip, erst komme das Land, dann die Partei und zuletzt die Person, ‚auf den Kopf gestellt‘. Deswegen habe die AfD-Fraktion heute ‚selbstverständlich geschlossen gegen Voigt gestimmt‘.

Die CDU legt sich mit überzeugten SEDlern, Stasi-Leuten und Antifanten ins Bett. Die CDU ist damit für Konservative nicht mehr wählbar. Gerhard Löwenthal rotiert im Grab. Birgit Pommer, Heike Werner, Karola Stange, André Blechschmidt von den Linken waren bei der SED und zum Teil bei der Stasi dabei. Tilo Kummer vom BSW war auch bei der Stasi. Die allgegenwärtige Katharina König-Preuss und Christian Schaft sind überzeugte Antifanten. Viel Spaß, Herr Voigt! Für die Macht ist ja alles egal!

https://www.nius.de/analyse/news/stasi-sed-antifa-cdu-mario-voigt/57a53b5d-b611-4865-aad5-b679bc652c05?fbclid=IwY2xjawLbW4lleHRuA2FlbQlXMAABHkxUuAe8yW0UGsoX-FVZqcd12r1KSeI_IWRbJc-NxYlpkNEIdba9A5JjleXb_aem_PP07ykeBSCOyKe1c3DvFdw

Der Beitrag wird von einem Bild mit folgendem Text ergänzt:

„Die DDR ist wieder da. (Fast) alle Parteien im Parlament in einem Block. Thüringen: Blockpartei CDU regiert mit SED, Stasi und Antifa! Mett-Mario mit Plagiate-Zertifikat zum Ministerpräsidenten gewählt.“³⁵⁵

c) Äußerungen von Kreisverbänden

Der **AFD-Kreisverband Hannover-Stadt** kommentierte am 24.05.2021 einen X-Beitrag Björn Höckes anlässlich einer Hausdurchsuchung Höckes:

„30 Jahre nach der Wende könnte man meinen, dass in Thüringen immer noch Stasi und VoPo-Methoden angewendet werden. Kein Wunder bei einer sozialistischen Einheitsregierung von Merkels Gnaden #FreeBjörnHöcke!“³⁵⁶

³⁵⁵ Facebook-Eintrag von Jörn König vom 12.12.2024.

³⁵⁶ X-Eintrag von der AfD Hannover-Stadt vom 24.05.2021.

Der **AfD-Kreisverband Hannover** ~~Statt~~ nahm am 28.12.2022 auf Facebook auf einen Artikel von „express.at“ mit dem Titel „Twitter Files enthüllen: Gesamte Corona-Debatte dramatisch manipuliert!“ Der Kreisverband äußerte sich folgendermaßen dazu:

„Zensur fand auch in Deutschland statt, gegen die Opposition, gegen die Kritiker von Maßnahmen, gegen andere medizinische Meinungen. Sie alle wurden diskreditiert und zensiert. Zustände eines diktatorischen Entwicklungslandes. Deshalb #NurNochAfD“³⁵⁷

Der **AfD-Kreisverband Rotenburg/Wümme** schrieb am 27.04.2023 auf Facebook:

„Spiel nicht mit den Schmuttelkindern, oder warum der Parteienstaat in der Endphase wild um sich beißt.

Wer kann sich noch an die letzte Phase der DDR erinnern? Ein Land, wirtschaftlich am Ende, Menschen fliehen über die Botschaften Ungarns, der Tschechoslowakei oder über die grüne Grenze zwischen Ungarn und Österreich in den Westen. Die, die noch zu Hause bleiben und sich von den hohlen Phrasen der SED Diktatur nicht mehr einschüchtern lassen, gehen auf die Straßen und stürzen das Honnecker-Regime endgültig. Stasi-Chef Erich Mielke versteigt sich mit den gleichgeschalteten Medien in immer wüstere Beschimpfungen der freiheitsliebenden Demonstranten. ‚Konterrevolutionäre und progressive Kräfte, gesteuert aus dem Westen‘, ‚BRD-Agenten und Faschisten‘, ‚Randalierer und Skinheads‘ waren nur einige Bezeichnungen, um diese Menschen zu diskreditieren.

Erkennen Sie Parallelen?

Auch heute verlassen Menschen ihre Heimat. Sie fliehen zwar nicht mit dem Nötigsten unterm Arm, aber auch heute verlassen zuerst unsere klügsten Köpfe und Fachkräfte das Land. Wissenschaftler sind im europäischen Ausland und den USA genauso herzlich willkommen, wie unsere Ärzte in Skandinavien.

Wirtschaftsstandort Deutschland?

Der wird sehenden Auges und mit voller Absicht gegen die Wand gefahren! Erst durch unsinnige Corona-Maßnahmen, dann durch unnötige Sanktionen gegen Russland und

³⁵⁷ X-Eintrag der AfD Hannover vom 28.12.2022.

nicht zuletzt durch pseudoreligiöse Klimamaßnahmen und immer neuen Steuern und Abgaben vertreibt und zerstört man die Automobilindustrie, BASF und diese Woche noch der Verkauf von Viessmann in die USA. Eine Inflationsrate, die mit knapp 10% noch nie so hoch war seit Bestehen der Bundesrepublik und ein Reallohnverlust von 4% im Jahr 2022 zeigen eindeutig, daß unsere Wirtschaft sich im Niedergang befindet.

Und die bürgerlich-konservativ-patriotische Opposition?

Findet in der objektiven Berichterstattung der gleichgeschalteten, hier nennt man sie Öffentlich Rechtliche Medien, nicht statt. Die bei Befragungen mehrheitlich linksgrün ideologisierten Journalisten ergehen sich entweder in Missachtung oder Verachtung.

Der ‚vielfältige‘ Parteienstaat definiert sich mit unterschiedlichen Namen und Farben, heraus kommt aber immer grün! Keine SPD Regierung ohne die Grünen, keine CDU Regierung ohne die SPD oder die Grünen, Ampel, Jamaika, oder Afghanistan Koalitionen, die Grünen mit der Macht der Sperrminorität im Bundesrat. Letzten Endes wieder eine SED, eine ÖSED, eine Ökosozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Und das Parteiensystem beißt in Angst um seine Pfründe und Diäten um sich. Die noch von Merkel installierten gefügigen Parteigänger Steffen Harbarth als Vorsitzender des Bundesverfassungsgerichts und Thomas Haldenwang als Chef des zum Regierungsschutz verkommene Verfassungsschutzes wissen wie sie die von Merkel begonnene Agenda zur Behinderung der einzigen Opposition im Bundestag unter der grünen Endzeitregierung fortführen.

Diese Woche erst wurde unsere Jugendorganisation Junge Alternative für Deutschland als ‚gesichert rechtsextremistisch‘ gebrandmarkt. Erkennen sie die Parallelen? Ja, die hässliche Fratze der Diktatur kommt durch die Blume wieder durch. Nicht durch eine Machtübernahme, Putsch oder Revolution, sondern auf leisen Sohlen, Stück für Stück!

Letzten Endes ist dieses Stigma eine logische Folgerung der uns stetig steigenden Umfrageergebnisse. Stärkste Partei in Thüringen, stärkste Partei in Brandenburg, zweitstärkste Kraft in Sachsen-Anhalt und Sachsen, drittstärkste Kraft in Mecklenburg-Vorpommern, im Osten geht die Sonne auf und die Angst treibt das System!

Egal, was man uns noch für Steine in den Weg legt, wir stehen zu unserer Jungen Alternative und ihrem Vorsitzenden Hannes Gnauck - AfD!

„Aber ich liebe doch alle Menschen!“ [sic!]³⁵⁸

Der **AfD-Kreisverband Goslar** veröffentlichte am 14.08.2023 einen Instagram-Beitrag mit der Bildunterschrift:

„Willkommen in der DDR“³⁵⁹

Der **AfD-Kreisverband Rotenburg/Wümme** schrieb am 24.08.2023 auf Facebook:

„Der Staat installiert still und leise durch die Hintertür eine Stasi 2.0 mit einem Netzwerk aus tausenden Spitzeln und Meldestellen!

Dazu ein sehr lesenswerter Artikel aus der Welt von Hubertus Knabe, dem ehemaligen Leiter der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, den wir Ihnen gerne in voller Länge zur Verfügung und gleichzeitig als Warnung stellen möchten: [...]“

Es folgt der o. g. Artikel in Textform.³⁶⁰

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Land** kommentierte am 22.10.2023 in einem Facebook-Beitrag ein Zitat der heutigen BSW-Vorsitzenden Sahra Wagenknecht:

„Das ist das wahre Gesicht der Erz-Kommunistin Wagenknecht. Wir jedenfalls wollen keine DDR 3.0, denn die DDR 2.0 von heute, ist schon schlimm genug.“³⁶¹

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Land** schrieb am 01.11.2023 auf Facebook bezugnehmend auf ein Tik-Tok-Video von „Björn Banane“ zu einer Hausdurchsuchung bei einer Intensivkrankenschwester:

„Während man im ‚Besten Deutschland aller Zeiten‘ zur Zeit nach einem Verurteilten Mörder sucht, der während eines Waldspazierganges seinen Bewachern entkam (wieso machen verurteilte Mörder Waldspaziergänge), erleben unliebsame Befürworter der Freiheit brutale Hausdurchsuchungen, wie in der ‚Besten DDR aller Zeiten!“ [sic!]³⁶²

³⁵⁸ Facebook-Eintrag der AfD Rotenburg/Wümme vom 27.04.2023.

³⁵⁹ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 14.08.2023.

³⁶⁰ Facebook-Eintrag der AfD Rotenburg/Wümme vom 24.08.2023.

³⁶¹ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 22.10.2023.

³⁶² Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 01.11.2023.

Steinbach, der Bezug auf einen „BILD“-Artikel nimmt, auf Facebook:

„Darf es eine Diktatur sein, um die Demokratie zu schützen?

So oder so ähnlich ticken die Altparteien.

Demokratie erkennen sie nur bei sich und nie bei anderen, dabei handeln sie genau entgegen dem, was eine Demokratie ausmacht!“³⁶³

Der **AfD-Kreisverband Wolfenbüttel** schrieb am 19.01.2024 auf Facebook:

„Wer auch immer fordert, die AfD zu verbieten, sollte daran denken, das es in der Vergangenheit eine Diktatur war, die dies schon mal mit der Opposition gemacht hat“ [sic!]³⁶⁴

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 13.02.2024 zu einem bei der „Jungen Freiheit“ erschienenen Artikel mit dem Titel „Überweisungen an die AfD? Sparkasse äußert sich zu Drohbrief“ auf Facebook:

„Unfassbar!

Wir leben in einem totalitären Staat und nicht mehr in einer funktionierenden Demokratie!

Man muss Angst vor solch einer Entwicklung haben!

Wo soll diese Gleichschaltung enden?

Das sind faschistische Handlungsweisen!

Die Verfolger von Oppositionellen zu einer der dunkelsten Zeit unserer Geschichte hätten es wohl nicht anders gemacht!

Das sind Zersetzungsmaßnahmen, wie sie auch die Stasi in der DDR gegen Abweichler angewandt hat!

Sowas muss Konsequenzen haben!

³⁶³ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 08.01.2024.

³⁶⁴ Facebook-Eintrag der AfD Wolfenbüttel vom 19.01.2024.

geworden, als es die AfD jemals war oder werden würde!

*Wer heute gegen faschistische Strukturen auf die Straße gehen will und wer die Demokratie stärken möchte, der muss für und mit der AfD auf die Straße gehen!*³⁶⁵

Der **AfD-Kreisverband Rotenburg/Wümme** schrieb am 26.03.2024 auf Facebook bezugnehmend auf einen Facebook-Beitrag der AfD Niedersachsen zum Thema Wahlen, Parteien und Regierungsbildung:

*„In der DDR hatte man auch die Möglichkeit etwas anderes zu wählen, wenn man nicht nur den Zettel für die SED falten wollte. Auch da gab es die CDU, die LDPD, die NDP, aber letztlich waren sie auch nur Marionetten des sozialistischen Systems. Damals wie heute, Blockparteien wählt man nicht!“*³⁶⁶

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Land** schrieb am 18.07.2024 auf Facebook:

„COMPACT-Verbot: Breiter Widerstand gegen Faeser

*Nach dem ‚COMPACT‘-Verbot von Nancy Faeser schwappt der BRD-Innenministerin eine gewaltige Welle des Widerstandes und der Abneigung entgegen. Auf der anderen Seite solidarisieren sich bereits Tausende im Netz mit dem kritischen Magazin. Aber nicht nur von den ‚COMPACT‘-Fans hagelt es Kritik an der Innenministerin – auch neutrale Beobachter fürchten bereits, dass dieser autoritäre Schritt Faesers die Tore zur Diktatur aufgestoßen hat. Viele fragen sich, was als Nächstes kommt? Welche anderen regierungskritischen Medien sollen verboten werden? Mit welchen drastischen Mitteln geht die Ampelregierung künftig gegen die Opposition vor?“*³⁶⁷

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 29.07.2024 auf Facebook:

„Die gefährlichen Faschisten, die vorgeben, die Demokratie zu verteidigen, lassen sich wieder einmal ganz neue Regeln einfallen, um sich die politische Konkurrenz vom Leibe zu halten. Die Demokratie, der sie dienen ist keine! Diese Leute haben sich die Demokratie zur Beute gemacht und sitzen durch Staatsgelder fettgefressen wie eine Spinne im Netz an einflussreichen Stellen im System. Sie versorgen mit Steuergeldern ihre Nützlinge und die von ihnen gelenkten Medien und bekämpfen jeden, der

³⁶⁵ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 13.02.2024.

³⁶⁶ Facebook-Eintrag der AfD Rotenburg/Wümme vom 26.03.2024.

³⁶⁷ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 18.07.2024.

MdB Martin Sienert (AfD) bezeichnet den Versuch, politische Parteien zu verbieten, als ‚diktatorisches Denken‘ und stellt klar: Ein Verbot der AfD würde den Bürgern zeigen, welche Abgeordneten diktatorisch handeln.

Dazu unser Kreisvorsitzender Thorsten Moriß MdL:

*Echte Demokraten haben es nicht nötig, andere Parteien zu verbieten. Steht zusammen für die Meinungsfreiheit und gegen Diktatur!*³⁷⁰

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Land** verbreitete am 09.10.2024 einen Bild-Beitrag auf Facebook der „AfD-Fraktion NRW“. Dieser vergleicht die Ampel-Regierung mit der DDR.³⁷¹

Der **AfD-Kreisverband Osnabrück-Stadt** schrieb am 27.12.2024 auf Facebook und nutzte dabei unter anderem den Begriff „Merkel-Diktatur“:

„Wer die Wahl hat, hat keine Qual!

Am 23. Februar ist es soweit: Wir stehen vor einer entscheidenden Wahl, die unser Land für die kommenden Jahre prägen wird! Ein neuer Bundestag wird gewählt, und die Frage, die sich jeder von uns stellen sollte, lautet: Wen wollen wir wählen? Hier ist eine kleine Hilfestellung für all jene, die die Nase voll haben von den altbekannten politischen Spielchen!

*Die CDU hat über 16 Jahre lang unter der Führung von Angela Merkel eine Politik der Unentschlossenheit und des Stillstands betrieben – eine regelrechte Merkel-Diktatur! **Erinnern wir uns an die Einleitung des Atomausstieges: Ein Schritt, der nicht nur die Energieversorgung destabilisiert hat, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands aufs Spiel gesetzt hat. Und was kam danach? Die SPD, die Grünen und die FDP haben in nur drei Jahren alles noch schlimmer gemacht! Ihr unüberlegtes Handeln hat unser Land und unsere Wirtschaft weiter ins Verderben geführt.***

Es ist höchste Zeit, dass wir aufwachen und die Zeichen der Zeit erkennen! Wir brauchen eine Politik, die für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gestaltet wird – nicht für die Interessen einer kleinen Elite. Die AfD steht für eine Zukunft, in der wir wieder ohne Angst leben können! Eine Zukunft, in der unser Land nicht von

³⁷⁰ Facebook-Eintrag der AfD Wilhelmshaven vom 01.10.2024.

³⁷¹ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 09.10.2024.

ideologischen Experimenten, sondern von gesundem Menschenverstand und nationalem Stolz geprägt ist.

*Lasst uns gemeinsam die Weichen für eine Politik stellen, die unser Land voranbringt und die Sicherheit aller Bürger gewährleistet. Wer die Wahl hat, hat die Möglichkeit, für eine Veränderung zu stimmen – und diese Veränderung heißt AfD! Gemeinsam gestalten wir eine Zukunft, in der wir wieder stolz auf uns und unser Land sein können.*³⁷²

Der **AfD-Kreisverband Lüneburg** schrieb am 07.04.2025 zu dem auf „Apollo News“ erschienenen Artikel „Wegen Faeser-Meme: Chef des „Deutschland-Kurier“ zu sieben Monaten Haft verurteilt“ auf Facebook:

„+++ Das Gericht ihrer Hoheit fällt ein Urteil+++

*7 Monate auf Bewährung und eine Entschuldigung als Auflage. So urteilen Gerichte in autokratischen Ländern über Satirebeiträge. Inzwischen leider auch hier. Das sollte auch linke Medien entsetzen, der Spielraum der Meinungsfreiheit wird immer enger. In der Satire liegt immer ein wahrer Kern. Faeser und ihr ergebenes Amtsgericht Bamberg haben das verdeutlicht. Wir aber wählen die Freiheit!*³⁷³

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 12.04.2025 zu dem auf „NIUS.de“ erschienenen Artikel „Wie die GroKo die Opposition angreift“ auf Facebook:

„Die AfD wird zu stark, daher will man uns über die gelenkten Justiz und den hörigen Verfassungsschutz einfach verbieten. Den Bürgern wird auf diesem Wege die Möglichkeit genommen, eine andere Politik zu wählen. Sowas machen Diktaturen.“
[sic!]³⁷⁴

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 20.06.2025 zu einem auf „WAZ-online.de“ erschienenen Artikel mit dem Titel „Wie sich Niedersachsen bereit macht, AfD-Beamte schneller loszuwerden“ auf Facebook:

„Unsere politischen Gegner hatten Jahrzehnte, um sich im System einzunisten und es nun zu kontrollieren. Nun betrachten sie den Staat als ihr Eigentum und machen die

³⁷² Facebook-Eintrag der AfD Osnabrück-Stadt vom 27.12.2024.

³⁷³ Facebook-Eintrag der AfD Lüneburg vom 07.04.2025.

³⁷⁴ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 12.04.2025.

regeln, wie die die gebrauchten können... und nicht
parteiisch!

Aber nicht so, im Linksstaat!

Hier wird der Staat als Waffe genutzt, um die demokratische Pluralität auszuhebeln. Unsere Gegner dulden nur Parteien und Politiker, die die selbe Meinung haben, wie sie selber und die die selbe Politik betreiben, wie sie selber.

Alles andere wird bekämpft.

Ob Lehrer, Journalist, Beamter in der Verwaltung- keiner von der SPD oder den Grünen hat sich je beschwert, wenn diese ‚Haltung zeigen‘.

Aber wenn derjenige ihre Klimarettungspolitik kritisiert oder deren Migrationspolitik ablehnt, oder deren Transgender-Lobby-Politik nicht mag, dann wird er bekämpft, bis in den privatesten Bereich hinein. Da soll er seinen Job verlieren, aus dem Verein geworfen werden, keine Veranstaltungsräume mehr bekommen.

Er wird überwacht, angezeigt, der VS auf ihn gehetzt. Morgens klingelt man bei Ihm und holt ihn für Memes im Badeanzug auf die Wache. Unsere Gegner sind ganz einfach heuchlerische, gefährliche, faschistische Undemokraten!

Sie pfeifen auf die Demokratie!

Sie lehnen die Gewaltenteilung ab!

Sie hintertreiben das Neutralitätsgebot des Staates!

Sie nutzen Gewalt, Lügen, Hetze, Desinformation, Zensur, FakeNews, Einschüchterung und Verfolgung, um die Konkurrenz auszuschalten!

Sie nutzen die von Ihnen kontrollierten Medien und ihren Einfluss auf Konzerne und Staatsbetriebe.

Ganz im Sinne früherer sozialistischer Ideologien- die Stasi hat es nicht anders gemacht!

Es ist einfach widerlich und verachtenswert!

in sich
zusammenbrechen!

Noch jedes Mal hat sich am Ende das Recht und die Freiheit durchgesetzt!

So auch sicherlich dieses mal!

Dann wählen uns die Beamten halt heimlich und wenn ihr uns verbieten wollt, dann formiert sich im Volk der Widerstand.

Demokratie und Rechtsstaat lassen sich nicht auf Dauer von dieser linksgrünen Clique aufhalten!“ [sic!]³⁷⁵

d) Sonstige

Jens Kestner (Landesvorsitzender 2020-2022) äußerte sich am 08.11.2020 bei einem auf YouTube veröffentlichten Video wieder folgendermaßen:

„Und ich glaube nicht, dass die Menschen damals wie Brüder und Schwestern in der DDR auf die Straße gegangen sind, um so ein System noch einmal zu erleben [...]“

„Doch wenn man heute wieder auf die politischen Geschehnisse blickt, auf die Regierung blickt, dann muss man feststellen, alle Menschen, die jetzt wieder anders denken, die politisch frei denken wollen, die werden ausgegrenzt und die werden stigmatisiert.“³⁷⁶

Jens Kestner (Landesvorsitzender 2020-2022) schrieb am 05.01.2021 auf Facebook:

„Stubenarrest, chinesische Verhältnisse sind die Stichworte. Wir Westdeutschen wollen dies nicht, weil wir es nicht kennen. Die Ostdeutschen wollten die Freiheit und bekommen das zurück, das sie nicht mehr wollten ‚Gängelung und allgegenwärtige staatliche Kontrolle‘.“³⁷⁷

³⁷⁵ Facebook-Eintrag der AfD-Wolfsburg vom 20.06.2025.

³⁷⁶ Aussagen in einem YouTube Video von Jan Wenzel Schmidt anlässlich des Jahrestages des Mauerfalls vom 08.11.2020.

³⁷⁷ Facebook-Eintrag von Jens Kestner vom 05.01.2021.

„Wer sein im Grundgesetz garantiertes Demonstrationsrecht wahrnimmt wird im Merkelstaat anschließend ‚zum Gespräch gebeten‘ um ‚den Sachverhalt aufzuklären‘. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung kehren Denunziantentum, Blockwartmentalität und Gängelei zurück. Zeitungen und Fernsehen sind auf Kurs, das ‚Zentralkomitee‘ im Kanzleramt setzt die Grundrechte außer Kraft und der Bundestag wird zur Volkskammer degradiert. Unsere Enkel werden uns fragen, warum uns der Mut fehlte, uns dagegen aufzulehnen.“³⁷⁸

Rabea Shahini schrieb am 21.03.2022 auf X:

„In #Deutschland2022 scheitert die #Impfflicht nicht am monatelangen Protest der Bürger – nein in unserer #Volksrepublik2.0 herrscht #Papiermangel #DDR2.0“³⁷⁹

Der **AfD-Stadtverband Ronnenberg-Gehrden** veröffentlichte am 29.03.2025 einen Bild-Beitrag bei Facebook. Unter der Überschrift „Es muss demokratisch aussehen“ werden die Parteien Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU und CSU unter dem Label „DDR 2.0“ zusammengefasst.³⁸⁰

e) Bewertung

Die weitgehende Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR durch Formulierungen wie „DDR 2.0“ (Jörn König, MdB; Martin Sichert, MdB; Dirk Brandes, MdB; Stefan Marzischewski-Drewes, MdL), „Die DDR ist wieder da“ (Jörn König, MdB), „SED Diktatur“ (KV Rotenburg/Wümme) oder die allgemeine Gleichsetzung mit einem diktatorischen System wie „Die Diktatur beginnt jetzt!“, „Die ARD spielt dabei die Rolle des Propaganda-Kanals einer Diktatur“ (Martin Sichert, MdB), „Tore zur Diktatur aufgestoßen“ (KV Oldenburg-Land) oder auch „Merkel-Diktatur“ (KV Osnabrück-Stadt) richten sich gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip im Sinne des Art. 20 Abs. 1, 2 GG bzw. Art. 20 Abs. 3 GG.

Durch die fortlaufende Gleichsetzung mit Diktaturen erfolgt eine Verächtlichmachung des bestehenden Systems; der Bundesrepublik Deutschland wird ihr demokratischer Wesenskern abgesprochen, die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt und die

³⁷⁸ Facebook-Eintrag vom Armin-Paulus Hampel vom 03.02.2021.

³⁷⁹ X-Eintrag von Rabea Shahini vom 21.03.2022.

³⁸⁰ Facebook-Eintrag der AfD Ronnenberg-Gehrden vom 29.03.2025.

mein als auch unter Bezugnahme auf konkrete Themen wie Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Derartige Vergleiche zielen darauf ab, das Vertrauen der Bevölkerung in eine funktionsfähige Demokratie als Teil der verfassungsgemäßen Ordnung zu unterwandern und das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland als untauglich erscheinen zu lassen. Damit werden implizit die bestehenden, zuvor genannten Grundprinzipien in Frage gestellt, die zur Gewährleistung eines freiheitlichen und demokratischen Zusammenlebens unverzichtbar sind, wie auch unter Punkt 4.2.1. lit. d) ausgeführt. Dabei ist die Vielzahl der Äußerungen von unter anderem Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in Doppelfunktionen (z. B. Dirk Brandes oder Martin Sichert) von besonderer Bedeutung. Diesen wird durch ihre Position und Erfahrungen im politischen System und ihre damit verbundenen Einblicke in demokratische Prozesse eine höhere Glaubwürdigkeit bzw. Expertise attestiert. Dadurch entfalten ihre delegitimierenden Vergleiche mit diktatorischen Systemen und der Vorwurf undemokratischen Handelns eine ungleich höhere Wirkung. Damit prägen sie die Auffassung des gesamten Landesverbandes. Darin zeigt sich ein grundlegend ablehnendes Verständnis des Demokratie- sowie des Rechtsstaatsprinzips, das insbesondere auch durch die wiederkehrende Implikation eines notwendigen Widerstandes gegen das bestehende „System“ bei gleichzeitiger Warnung vor einer Diktatur, einer „DDR 2.0“ o.ä. deutlich wird.

4.3. Positionierung zum Nationalsozialismus und revisionistische/verharmlosende Aussagen/Positionen

Die AfD Niedersachsen bringt den Staat, die Regierung, die demokratischen Parteien und ihre Vertreterinnen und Vertreter immer wieder mit dem Dritten Reich, Adolf Hitler oder allgemein dem Nationalsozialismus in Verbindung oder vergleicht sie damit. Darin liegt eine Verharmlosung des nationalsozialistischen Regimes, seiner Gräueltaten und Menschen- sowie Völkerrechtsverletzungen.

a) Äußerungen von Mandatsträgern und Funktionären

Martin Sichert (MdB) schrieb am 17.06.2025 auf X zu der Frage „Sollte die Regenbogenfahne auf öffentlichen Gebäuden gehisst werden?“:

„Das letzte Mal, als die Fahne einer bestimmten Ideologie an deutschen Rathäusern gehisst wurde, waren danach Millionen von Menschen tot. Deshalb lasst es sein. An

egal welcher Ideologie.“³⁸¹

b) Äußerungen von Kreisverbänden

Der **AfD-Kreisverband Osterholz-Verden** verbreitete am 17.02.2020 ein Foto auf X weiter, das folgenden Spruch abbildet:

„Wer sich fragt, warum Hitler nicht gestoppt wurde, der sollte sich auch fragen, warum Merkel noch regiert.“³⁸²

Der **AfD-Kreisverband Salzgitter** teilte am 14.11.2020 auf Telegram ein Bild zur damals diskutierten Impfpflicht während der Corona-Pandemie. Dabei nutzen sie ein Bild des Eingangstors des Konzentrationslagers Dachau. Anstatt „Arbeit macht frei“ ist jedoch „*Impfung macht frei*“ zu lesen.³⁸³

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 01.07.2022 auf Facebook:

„Wie die Nationalsozialisten an die Einheit von Volk und Reich appellierten, so verlangen Grüne und Linke heute den Gleichschritt im Sinne einer Verantwortung für alles und jeden und den gesamten Planeten.“³⁸⁴

Der **AfD-Kreisverband Goslar** veröffentlichte am 26.08.2022 auf Instagram ein Bild des damaligen Bundeskanzlers Olaf Scholz, wie er auf einem Panzer sitzt. Daneben stellt der Kreisverband ein Foto von Adolf Hitler, wie er auf einem Panzer steht. Dazu schrieb der Kreisverband:

„Olaf, da hat deine PR-Abteilung scheinbar gepennt. Er will ja führer der freien Welt sein. Dann braucht es solche Bilder!“ [sic!]³⁸⁵

Der **AfD-Kreisverband Wolfenbüttel** schrieb am 30.03.2023 zu einem auf „TBREITSCHNEIDER.HOME.BLOG“ erschienen Blog-Beitrag mit dem Titel „Jetzt also auch Erich Kästner...“ auf Facebook:

„Bücherverbrennung in moderner Form. Es trifft immer mehr Autoren wie Astrid Lindgren, Agatha Christie und weitere, deren Bücher nun umgeschrieben werden, um

³⁸¹ X-Eintrag von Martin Sichert vom 17.06.2025.

³⁸² X-Eintrag der AfD Osterholz-Verden vom 17.02.2020.

³⁸³ Telegram-Eintrag der AfD Salzgitter vom 14.11.2020.

³⁸⁴ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 01.07.2022.

³⁸⁵ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 26.08.2022.

dem Woken-Zeitgeist zu entsprechen, das eigentlich kein Außenstehender verändern dürfte.

Gerade Kästner's Bücher sind 1933 schon einmal auf dem Scheiterhaufen der Nazis gelandet. Die Farbe hat sich geändert, aber nicht die Ideologie.

Werden jetzt dann auch berühmte Gemälde umgemalt, weil vielleicht der Maler dem Zeitgeist entsprechend die Personen auf dem Gemälde nicht Woke gemalt hat?" [sic!]³⁸⁶

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** teilte am 05.04.2023 einen Bildbeitrag auf Facebook, der die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ mit dem Dritten Reich vergleicht, indem ein abgewandelter Reichsadler, wie er im Dritten Reich verwendet wurde, gezeigt wird.³⁸⁷

Lothar Mandalka (AfD-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Delmenhorst) veröffentlichte am 28.06.2023 auf Facebook ein Foto, auf dem ein grüner Reichsadler zu sehen ist. Im oberen Bildabschnitt steht folgender Text geschrieben:

„Der Nazi von heute ist nicht braun, sondern GRÜN!!!“ [sic!]³⁸⁸

Im unteren Abschnitt steht:

„Grünes Reich. Sein Holocaust ist der Mord am eigenen Volk“³⁸⁹

Der **AfD-Kreisverband Oldenburg-Land** schrieb am 11.09.2023 auf Facebook:

„1933 wurden Bücher von unliebsamen Autoren von der

NSDAP & SA verbrannt !!

Die Aussagen dafür waren :

„Wider dem undeutschen Geist !“

NSDAP, SS & SA Mitglieder waren damals und bis spät in die 90 er, von der CDU, FDP und der SPD !!

³⁸⁶ Facebook-Eintrag der AfD Wolfenbüttel vom 30.03.2023.

³⁸⁷ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 05.04.2023.

³⁸⁸ Facebook-Eintrag von Lothar Mandalka vom 28.06.2023.

³⁸⁹ Ebd.

Und jetzt setzt diesen Satz mal in die heutige Zeit um !!

JEDER, DER SICH DER JETZIGEN REGIERUNG WIDERSETZT UND NICHT REGIERUNGSKONFORME MITTEILUNGEN ÖFFENTLICH PREIS GIBT, WIRD ZENSIERT, GEMASSREGELT UND ZUM SCHWEIGEN GEBRACHT !!!

Noch Fragen, wohin das ALLES noch führt ??

Ich denke nicht !“ [sic]³⁹⁰

Der **AfD-Kreisverband Wilhelmshaven** schrieb am 29.01.2024 zu einem auf „MSN.com“ erschienenen Artikel mit dem Titel „Debatte über AfD-Verbot: Bovenschulte regt Kommission an“ auf Facebook:

„Am 22. Juni 1933 verbietet die NS-Regierung der SPD jede politische Tätigkeit! Am 22. Januar 2023 will die SPD der AfD jede politische Tätigkeit verbieten! SPD auf Linie NS Regime?“ [sic]³⁹¹

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** nahm am 03.03.2024 Bezug auf einen Facebook-Beitrag von Leyla Bilge (BY), der sich thematisch mit einer Recherche des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auseinandersetzt:

„Schnüffeln für den Endsieg der Demokratie. Da offensichtlich nicht genug zu finden ist, hofft man wohl darauf, dass der Arbeitsgeber reagiert. Zersetzung nannte man das bei der Stasi. GEZ abschaffen!“

Der **AfD-Kreisverband Wilhelmshaven** schrieb am 05.02.2025 zu einem auf „MSN.com“ erschienenen Artikel mit dem Titel „Durchsuchungen nach Angriff mutmaßlicher Linksextremisten“ auf Facebook:

„Nicht die politische Ausrichtung Mitte-Rechts ist der Feind, sondern die rot-linksorientierte Politik. Linksextremisten, die mit Schlagringen und Schlagstöcken bewaffnet sind, greifen Passanten an und verletzen sie schwer, ähnlich wie es die SA in den Jahren 1933-1945 getan hat.“³⁹²

³⁹⁰ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 11.09.2023.

³⁹¹ Facebook-Eintrag der AfD Wilhelmshaven vom 29.01.2024.

³⁹² Facebook-Eintrag der AfD Wilhelmshaven vom 05.02.2025.

„Jetzt können die Säuberungen im öffentlichen Dienst beginnen.

Willkommen in der neuen deutschen Demokratie.

Säuberungen beginnen nie mit Gewalt.

Sie beginnen mit Überprüfungen.

Mit Fragebögen. Mit der Auswahl, wer für den Staat noch tragbar ist.

1933 nannte man es das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Hitler ließ alle „unerwünschten Personen“ – Juden, Kommunisten, Andersdenkende – aus dem öffentlichen Dienst entfernen.

Das nannte man damals ganz offiziell: Säuberung.

In der DDR (1949–1990) hieß es „sozialistische Verlässlichkeit“.

Nur wer linientreu zur SED stand, durfte bleiben. Wer zu westlich dachte, zu kritisch war, verschwand aus Schule, Gericht und Polizei. Staatliche Gesinnungsprüfung als Systemschutz.

Und heute?

Man nennt es Demokratieschutz.

Doch wieder prüft man Staatsdiener – nicht auf Verbrechen, sondern auf ihre Gedanken. Auf ihre Wahl, ihre Überzeugung, ihr Stimmverhalten.

Wenn eine Regierung beginnt, Gedanken zu prüfen statt Taten,

dann schützt sie nicht die Demokratie.

Dann schützt sie ihre Macht – vor dem eigenen Volk.³⁹³

Der **AfD-Kreisverband Friesland/Wittmund** schrieb am 10.07.2025 zu einem auf „Junge Freiheit“ erschienenen Artikel mit dem Titel „Rheinland-Pfalz bereitet Berufsverbot für AfD-Mitglieder vor“ auf Facebook:

³⁹³ Facebook-Eintrag der AfD Wolfenbüttel vom 04.05.2025.

„Im übrigen, die Buchstaben S, P und D findet man auch in NSDAP.“

Wehret den Anfängen.

AfD-Mitglieder raus aus dem öffentlichen Dienst?

Wie ist das mit dem Grundgesetz zu vereinbaren?

Grundgesetz (Art. 3 GG): Das Grundgesetz verbietet Diskriminierung aus verschiedenen Gründen, darunter Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glaube, religiöse oder politische Anschauungen. Wie ist dann diese gesetzliche Neuerung einzuordnen: Beamte in Rheinland-Pfalz sollen künftig schriftlich versichern, keiner ‚extremistischen Organisation‘ wie der AfD anzugehören – sonst drohen Disziplinarverfahren. Innenminister Michael Ebling (SPD) fordert Verfassungstreue ‚ohne Wenn und Aber‘. AfD-Vize Münzenmaier warnt vor ‚antidemokratischen Mitteln‘ und einer ‚Umkehr der Beweislast‘.

In unseren Augen ein eindeutiger Verstoß gegen das Grundgesetz Artikel 3.“ [sic!]³⁹⁴

Der **AfD-Kreisverband Friesland/Wittmund** schrieb am 15.07.2025 zu einem Beitrag von „NIUS“ auf Facebook:

„Wusstet ihr eigentlich das in NSDAP die Buchstaben S, P und D vorkommen? Wehret den Anfängen.“ [sic!]³⁹⁵

c) Sonstige

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) schrieb am 08.05.2022 anlässlich des 75. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa auf X:

„Alles Wesentliche, das zu diesem Tag zu sagen ist, #8Mai #TagderKatastrophe #TagDerTrauer [...]“³⁹⁶

Armin-Paulus Hampel schrieb am 29.05.2021 einen Beitrag, der auf der Homepage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag veröffentlicht wurde, der sich mit Reparationszahlungen an Namibia auseinandersetzt:

³⁹⁴ Facebook-Eintrag der AfD Friesland/Wittmund vom 10.07.2025.

³⁹⁵ Facebook-Eintrag der AfD Friesland/Wittmund vom 15.07.2025.

³⁹⁶ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 08.05.2020.

„Mit dieser Entscheidung bekräftigt Henke Maas (AfD) den geschichtsvergessenen Umgang Deutschlands mit der eigenen Vergangenheit und schreibt die Entschuldigungskultur der deutschen Politik fort. Die Kolonialzeit ist ein integraler Teil der Geschichte vieler europäischer Staaten. Ihre negativen und positiven Aspekte müssen differenziert betrachtet werden. Man stelle sich vor, Großbritannien, Belgien, Frankreich, die Niederlande oder die USA würden mit ihrer eigenen Kolonialgeschichte so umgehen, wie wir es tun.“

Wir müssen uns als Deutschland unserer Vergangenheit stellen, aber eine Entschuldigung mit einem Ablasshandel durch deutsche Steuergelder von über einer Milliarde Euro zu verknüpfen lehnen wir ab.³⁹⁷

d) Bewertung

Die AfD Niedersachsen verharmlost und relativiert den Nationalsozialismus und das mit ihm verknüpfte Unrecht, indem Vergleiche zur aktuellen politischen Situation gezogen werden. So wird beispielsweise das Hissen einer Regenbogenfahne mit der Zeit des Nationalsozialismus (Martin Sichert, MdB: „Das letzte Mal, als die Fahne einer bestimmten Ideologie an deutschen Rathäusern gehisst wurde, waren danach Millionen von Menschen tot.“) oder auch die zeitgemäße sprachliche Anpassung literarischer Werke mit der Bücherverbrennung 1933 (KV Wolfenbüttel: „Bücherverbrennung in moderner Form [...] Gerade Kästner's Bücher sind schon einmal auf dem Scheiterhaufen der Nazis gelandet.“) verglichen. Gleichmaßen werden die politischen Parteien in ihrem Handeln mit der NSDAP bzw. dem nationalsozialistischen Regime gleichgesetzt: „Am 22. Juni 1933 verbietet die NS-Regierung der SPD jede politische Tätigkeit! Am 22. Januar 2023 will die SPD der AfD jede politische Tätigkeit verbieten! SPD auf Linie NS Regime“ (KV Wilhelmshaven), „Nicht die politische Ausrichtung Mitte-Rechts ist der Feind, sondern die rot-linkorientierte Politik. Linksextremisten, die mit Schlagringen und Schlagstöcken bewaffnet sind, greifen Passanten an und verletzen sie schwer, ähnlich wie es die SA in den Jahren 1933-1945 getan hat“ (KV Wilhelmshaven), „Jetzt können die Säuberungen im öffentlichen Dienst beginnen. Willkommen in der neuen deutschen Demokratie“ (KV Wolfenbüttel), „Im übrigen die Buchstaben S, P und D findet man auch in NSDAP“ [sic!] (KV Friesland/Wittmund).

³⁹⁷ Web-Eintrag der AfD-Bundestagsfraktion/Armin-Paulus Hampel vom 29.05.2021.

Diese Relativierung, vernarrlosende Darstellung und Gleichsetzung mit dem NS-Regime spricht der Bundesrepublik Deutschland ihre demokratische Ordnung ab und richtet sich damit implizit gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip im Sinne des Art. 20 Abs. 1, 2 GG bzw. Art. 20 Abs. 3 GG.³⁹⁸ In den Vergleichen der aktuellen politischen Situation mit dem Dritten Reich liegt nicht nur eine schwerwiegende Verunglimpfung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, sondern zugleich auch eine Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Gräueltaten.

Hingegen konnten im bewertungsrelevanten Zeitraum keine öffentlichen Äußerungen festgestellt werden, die den Nationalsozialismus im Ganzen, einzelne Ideologeme oder zentrale Ziele des nationalsozialistischen Regimes explizit befürworten oder verherrlichen. Ebenso bleibt eine positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus weitestgehend aus, sodass insgesamt von keiner Wesensverwandtschaft des niedersächsischen Landesverbandes zum Nationalsozialismus gesprochen werden kann.

4.4. Aussagen mit Gewaltbezug

Die folgenden Aussagen weisen einen unmittelbaren Gewaltbezug auf und beziehen sich auf konkrete politische Akteure anderer Parteien.

a) Äußerungen von Mandatsträgern und Funktionären

Marcel Queckemeyer (MdB, zum damaligen Zeitpunkt MdL) bedrohte am 12.12.2023 zwei niedersächsische Landtagsabgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Foyer des Niedersächsischen Landtags:

„Die Grünen müssen abgewählt werden. Die muss man niedertreten und dann weg.“³⁹⁹

b) Äußerungen von Kreisverbänden

Der **AfD-Kreisverband Goslar** veröffentlichte am 22.06.2022 auf Instagram einen Beitrag mit dem folgenden Inhalt:

„Die einzige ZDF-Sendung in der ich Karl Lauterbach noch sehen möchte ist Aktenzeichen XY...“ [sic!]⁴⁰⁰

³⁹⁸ Siehe auch „4.2.2. lit. e) Bewertung“, S. 168 f.

³⁹⁹ Az. [REDACTED] Berichterstattung NDR vom 13.12.2023.

⁴⁰⁰ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 22.06.2022.

c) Bewertung

Öffentliche Äußerungen des AfD-Landesverbandes Niedersachsen, die explizit Gewalt befürworten, sind kaum feststellbar. Die beiden Aussagen unterstreichen allerdings den abwertenden Umgang mit Akteuren anderer politischer Parteien. Im Rahmen des politischen Wettbewerbs werden andere Parteien und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten weniger als Konkurrenten, sondern als Feinde wahrgenommen, die es zu bekämpfen gilt. Auch ohne eine Gewaltbereitschaft öffentlich zu äußern, wird durch die dargelegten Aussagen und die häufig aggressive Rhetorik in der Gesamtheit ein gesellschaftliches Klima erzeugt, das durchaus anstiftend auf die Anwendung von Gewalt gegen Parteien und ihre Anhängerschaft sowie bestimmte Bevölkerungsgruppen wirken kann.

4.5. Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen und Akteuren

Auch Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum können als Beleg für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung herangezogen werden. Dies ergibt sich in der Gesamtschau aus der Qualität und Quantität der bestehenden Verflechtungen. Funktionärinnen und Funktionäre der AfD Niedersachsen weisen vielschichtige Verbindungen in unterschiedlicher Intensität zu rechtsextremistischen Organisationen und Akteuren auf. Diese reichen von dem Teilen und Weiterverbreiten von Inhalten in den sozialen Netzwerken und der Teilnahme an Veranstaltungen bis hin zum aktiven Mitwirken an konkreten Formaten oder dem Verfassen eigener Beiträge. In erster Linie beziehen sich diese Verbindungen auf das Spektrum der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten wie der „Identitären Bewegung“, dem „COMPACT“-Magazin sowie „COMPACT“-TV, „Ein Prozent“, den Nachfolgestrukturen des aufgelösten und neugegründeten „Instituts für Staatspolitik“ (IfS) sowie des „Antaios Verlags“ und „PI-News“. Mit „Ein Prozent“ und „COMPACT“ kann bisweilen eine langjährige strukturelle Zusammenarbeit beobachtet werden. Zum Aufzeigen langfristiger Kontinuitäten werden auch Verbindungen und Belege angeführt, die vor Beginn der Verdachtsphase festgestellt werden konnten.

4.5.1. „Identitäre Bewegung“ (IB)

Die IB ist eine aktivistische Organisation der Neuen Rechten, die das Weltbild des Ethnopluralismus und das Konzept der „ethnokulturellen Identität“ vertritt. Aufgrund

einer angeblich unkontrollierten Masseneinwanderung sowie Islamisierung Europas wird befürchtet, dass die Homogenität des Volkes sowohl in ethnischer als auch kultureller Hinsicht verloren geht. Sie propagieren das Narrativ des „Großen Austauschs“ und stehen dahingehend für ein Konzept der „Remigration“ ein. Das Gesicht der IB im deutschsprachigen Raum ist der österreichische Staatsbürger Martin Sellner. Die IB ist Beobachtungsobjekt des Niedersächsischen Verfassungsschutzes und als gesichert rechtsextremistische Bestrebung durch das BfV eingestuft.

a) Verbindungen von Mandatsträgerinnen und Funktionärinnen

Anja Arndt (MdEP) arbeitet mit „Tannwald Media“ zusammen, die auf der Homepage des Europäischen Parlaments unter der Kategorie ihrer Mitarbeiter als „spezialisierte Dienstleister“ aufgelistet ist. Bei „Tannwald Media“ handelt es sich um eine IB-Medienagentur.⁴⁰¹

b) Verbindungen der Kreisverbände

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) trat am 06.09.2021 im von IB-Akteuren betriebenen „Feldzug Podcast“ in einem Videobeitrag auf YouTube von „Okzident Media“ auf. Bei „Okzident Media“ handelt es sich um eine IB-Medienagentur.⁴⁰²

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) verbreitete am 25.01.2022 einen Bild-Beitrag der IB auf Instagram weiter. Auf dem weiterverbreiteten Foto ist ein Banner mit der Aufschrift „Remigration statt Repression. Sichere-Grenzen statt Corona-Tyrannie“ zu sehen.⁴⁰³

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) trat am 08.03.2022 in einem Instagram-Beitrag von „Lukreta“ zum Weltfrauentag auf.⁴⁰⁴ Die Gruppierung „Lukreta“ gründete sich aus Anhängerinnen und Unterstützerinnen der IB.

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) verbreitete am 12.05.2022 einen Telegram-Beitrag des IB-Webshops „Phalanx Europa“ weiter, der

⁴⁰¹ www.europarl.eu/meps/de/256951/ANJA_ARNDT/assistants

⁴⁰² YouTube-Eintrag von Okzident Media vom 06.09.2021.

⁴⁰³ Instagram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 25.01.2022.

⁴⁰⁴ Instagram-Eintrag von Lukreta vom 08.03.2022.

das Buch „An vorderster Front“ von Brittany Sellner, Ehrenrau der zentralen IB-Führungsfigur Martin Sellner, bewirbt.⁴⁰⁵

Der **AfD-Kreisverband Rotenburg/Wümme** berichtete am 13.06.2022 auf Facebook von seiner Teilnahme am 1. Frauenkongress von „Lukreta“.⁴⁰⁶

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) war am 19.10.2022 in einem Bild-Beitrag von „Lukreta“ anlässlich der Vergewaltigung und Ermordung der zwölfjährigen Lola in Paris auf X zu sehen, bei dem sie ein Blatt Papier mit der Aufschrift #GerechtigkeitfürLola #justicepourLola in der Hand hält:

„In #Paris wurde am Freitag die Leiche der 12 jährigen #Lola gefunden. Erst vergewaltigt, geschändet und dann wie Abfall in einem Koffer entsorgt. Dringend tatverdächtig sind vier Algerier zwischen 26 und 43 Jahren. #GerechtigkeitfürLola #justicepourlola #lola12ans #manifpourlola.“⁴⁰⁷

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) veröffentlichte am 05.06.2023 einen X-Eintrag, in welchem sie ihre Zugehörigkeit zu „Lukreta“ hervorhebt. Der Bild-Beitrag zeigt mehrere Mitglieder der Gruppierung mit dem Schriftzug „Join your local Strickverein“:

„Wir von @Lukreta_ haben da den passenden Aufkleber.“⁴⁰⁸

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) war Teilnehmerin eines Frauenkongresses von „Lukreta“. In einem Instagram-Beitrag vom 05.11.2023 dokumentierte die Gruppierung die Teilnehmerinnen.⁴⁰⁹

Der **AfD-Kreisverband Stade** verbreitete am 11.01.2024 einen Video-Beitrag von Martin Sellner auf Telegram weiter.⁴¹⁰

Der **AfD-Kreisverband Goslar** verbreitete am 18.03.2024 ein Foto einer Aktion der IB auf Instagram weiter. Auf diesem ist die Comic-Figur „Papa Schlumpf“ mit dem

⁴⁰⁵ Telegram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 12.05.2022.

⁴⁰⁶ Facebook-Eintrag der AfD Rotenburg/Wümme vom 13.06.2022.

⁴⁰⁷ X-Eintrag von Lukreta vom 19.10.2022.

⁴⁰⁸ X-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 06.05.2023.

⁴⁰⁹ Instagram-Eintrag von Lukreta vom 05.11.2023.

⁴¹⁰ Telegram-Eintrag der AfD Stade vom 11.01.2024.

Schriftzug „Heimatliebe ist kein Verbrechen“ zu sehen. Es wird mit einem „Herz-Emoji“ kommentiert.⁴¹¹

Der **AfD-Kreisverband Weserbergland** verbreitete am 29.03.2024 einen Bild-Beitrag von Bernhard Zimniok (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, BY) auf Facebook weiter. Dieser zeigt eine Aktion der IB, wie sie das Banner „Heimatliebe ist kein Verbrechen“ an einem Dach einer Schule befestigen.⁴¹²

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) war am 12.04.2024 in einem Bild-Beitrag von „Lukreta“ zum Selbstbestimmungsgesetz auf Instagram zu sehen. Auf dem Foto hält sie ein Blatt Papier mit der Aufschrift „Geschlecht ist kein Konstrukt! #nurZwei #keinSelbstbestimmungsgesetz“ in der Hand.⁴¹³

Der **AfD-Kreisverband Stade** veröffentlichte am 05.07.2025 einen Instagram-Beitrag, der Martin Sellner gemeinsam mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisverbandes Stade, Oliver Strotmann, zeigt. Sie halten die Bücher „Remigration, Ein Vorschlag“ von Martin Sellner und „Nicht ohne die AfD“ von Oliver Strotmann in den Händen. Dazu schreiben sie:

„Remigration – Nicht ohne die AfD

*#Bücher #Autoren #Austausch #FürUnsereZukunft #GedankenTeilen
#nichtohndieafd #oliverstrotmann #martinsellner⁴¹⁴*

Der **AfD-Kreisverband Stade** verbreitete am 26.07.2025 einen X-Beitrag von Martin Sellner weiter, der ein Video der „Remigrationsdemo“ der IB vom 26.07.2025 in Wien zeigt und von folgendem Text ergänzt wird:

„Remigration für Wien

Remigration für Europa!

#w2607⁴¹⁵

⁴¹¹ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 18.03.2024.

⁴¹² Facebook-Eintrag der AfD Weserbergland vom 19.03.2024.

⁴¹³ Instagram-Eintrag von Lukreta vom 12.04.2024.

⁴¹⁴ Instagram-Eintrag der AfD Stade vom 05.07.2025.

⁴¹⁵ X-Eintrag der AfD Stade vom 26.07.2025.

Marie-Therese Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) verbreitete am 31.07.2025 einen Instagram-Beitrag des neurechten Medienprojekts „Filmkunstkollektivs“ und der regionalen IB-Gruppierung „Lederhosenrevolte“ weiter.⁴¹⁶

c) Sonstige Verbindungen

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) veröffentlichte am 28.08.2021 einen Bild-Beitrag auf X, der ihn gemeinsam mit Martin Sellner in Schnellroda (ST) zeigt:

*#NeuesProfilbild*⁴¹⁷

Rabea Shahini ist auf einem am 25.01.2022 veröffentlichten Instagram-Beitrag des überregional aktiven IB-Akteurs Simon Pocinosznow zu sehen. Er zeigt die gemeinsame Teilnahme an einer Montagsdemonstration in Braunschweig am 24.01.2022. Auf dem Foto formen sie das „White-Power-Symbol“.⁴¹⁸ Bei Pocinosznow handelt es sich um einen langjährigen Aktivist der IB, welcher regelmäßig an Treffen und Veranstaltungen der Gruppierung teilnimmt und enge Kontakte zu ihren Führungsfiguren hält.

Rabea Shahini wird in einem X-Beitrag vom 29.01.2022 von Simon Pocinosznow erwähnt. Der Inhalt des Beitrags lautet: „Gönnung in #Breslau mit @MissKKPL.“⁴¹⁹

Rabea Shahini war am 23.02.2022 in einem Bild-Beitrag von „Lukreta“ zur Frauenquote auf Instagram zu sehen. Auf dem Foto hält sie ein Blatt Papier mit der Aufschrift „#FrauSein #StarkSein. Stark und weiblich OHNE Quote“ in der Hand.⁴²⁰

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) verbreitete am 29.08.2022 einen Video-Beitrag der IB auf X weiter. Sie zeigt eine Aktion der Gruppierung in Lubmin.⁴²¹

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) schrieb am 30.08.2022 auf X:

⁴¹⁶ Instagram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 31.07.2025.

⁴¹⁷ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 28.08.2021.

⁴¹⁸ Instagram-Eintrag von Simon Pocinosznow vom 25.01.2022.

⁴¹⁹ X-Eintrag von Simon Pocinosznow vom 29.01.2022.

⁴²⁰ Instagram-Eintrag von Lukreta vom 23.02.2022.

⁴²¹ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 29.08.2022.

„Martin #Sellner hat mit der Protestaktion in #Lubmin gezeigt, dass er unersetzbar in der Widerstandsbewegung und einer ihrer wichtigsten Köpfe ist. Sellner steht für friedlichen, gewaltfreien, antiextremistischen Widerstand. Ich fordere von #Twitter, ihm sein Konto zurückzugeben! [sic!]“⁴²²

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) veröffentlichte am 08.11.2022 einen Video-Beitrag auf X, der Martin Sellner und die IB zeigt:

„Diese Aktionen sind richtig und wichtig. Wir brauchen sie auch in d. BRD. Wir können nicht nur über das Verbrechen an unserem Volk sprechen. Wir müssen zugleich auch über die Verbrechen an den Männern, Frauen und Kindern sprechen, die zu unserem Volk gehören. #DeutscheLebenZählen“⁴²³

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) verbreitete am 28.03.2023 einen Video-Beitrag von Martin Sellner zum Thema „Die neue Ordnung im Nahen Osten“ auf X weiter:

„Saudi-Arabien, Iran, Syrien: Der nahe Osten wird befriedet. Ein großer Erfolg der Friedensmächte China und Rußland, eine Katastrophe für den Großen Satan USA, ein Hoffnungszeichen für die gesamte kultivierte Menschheit.“ [sic!]⁴²⁴

Rabea Shahini veröffentlichte am 29.03.2023 einen Instagram-Beitrag zur Unterstützung der „Meld' mich doch“⁴²⁵-Kampagne von „Lukreta“.⁴²⁶

Rabea Shahini war am 16.04.2023 in einem Bild-Beitrag von „Lukreta“ im Rahmen der „Meld' mich doch“-Kampagne der Gruppierung auf Instagram zu sehen.⁴²⁷

Rabea Shahini veröffentlichte am 07.02.2024 einen Instagram-Beitrag, der Werbung für den „Dritten Europäischen Frauenkongress“ am 09.03.2024 von „Lukreta“ macht:

„Meldet euch an, es lohnt sich.“⁴²⁸

⁴²² X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 30.08.2022.

⁴²³ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 08.11.2022.

⁴²⁴ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 28.03.2023.

⁴²⁵ Die Kampagne „Meld' mich doch“ richtete sich gegen die Einrichtung eines Meldeportals für Antifeminismus der Amadeu Antonio Stiftung.

⁴²⁶ Instagram-Eintrag von Rabea Shahini vom 29.03.2023.

⁴²⁷ Instagram-Eintrag von Lukreta vom 16.04.2024.

⁴²⁸ Instagram-Eintrag von Rabea Shahini vom 07.02.2024.

Rabea Shahini war am 12.04.2024 in einem Bild-Beitrag von „Lukreta“ zum Selbstbestimmungsgesetz auf Instagram zu sehen. Auf dem Foto hält sie ein Blatt Papier mit der Aufschrift „NEIN zum Selbstbestimmungsgesetz #NurZwei“ in der Hand.⁴²⁹

4.5.2. „COMPACT-Magazin GmbH“ („COMPACT“)

„COMPACT“ verbreitet unter anderem regierungs- und systemfeindliche, verschwörungsideologische, antisemitische und migrantenfeindliche Inhalte und betreibt vor allem seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine prorussische-Propaganda. „COMPACT“, das von Jürgen Elsässer geleitet wird, positioniert sich immer wieder AfD-nah und bietet der Partei eine Plattform. Es wird vom BfV als gesichert rechtsextremistische Bestrebung geführt und ist Beobachtungsobjekt des Brandenburgischen Verfassungsschutzes. Ein vom 17.07.2024 durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat verhängtes Vereinsverbot wurde durch einen Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts zwar aufgehoben. Diese Entscheidung steht jedoch der Einstufung der Verfassungsschutzbehörden nicht entgegen und ist davon losgelöst zu betrachten. Das Bundesverwaltungsgericht hob zudem hervor, dass „COMPACT“ ein gegen die Menschenwürde verstoßendes völkisch-nationalistisches Gesellschaftskonzept vertritt, das sich an einer ethnischen Volksgemeinschaft orientiert.⁴³⁰

a) Strukturelle Verbindungen

Armin-Paulus Hampel wirkt seit mehreren Jahren inhaltlich bei „COMPACT“ mit. So veröffentlicht er seit März 2023 die Kolumne „Hampels Rückblick“ in der monatlichen Print-Ausgabe des „COMPACT-Magazin“ und tritt regelmäßig in „COMPACT-TV“ als politischer Kommentator und Interviewgast auf.

b) Verbindungen der Kreisverbände

Der **AFD-Kreisverband Goslar** verbreitete am 17.08.2022 einen Beitrag mit der Überschrift „Linker ‚Aktivist‘ will Putin hinrichten lassen“ von „COMPACT“ auf Instagram weiter:

⁴²⁹ Instagram-Eintrag von Lukreta vom 12.04.2024.

⁴³⁰ BVerwG, Beschl. v. 14.8.2024, BVerwG 6 VR 1.24, BeckRS 2024, 20294, Rn. 32 ff.

„Vom Staat finanziert, dann der Typ Hetze in die Welt tragen. Widerlich.“ [sic.]⁴³¹

Der **AfD-Kreisverband Goslar** verbreitete am 01.12.2022 ein Video („COMPACT der Tag“) von „COMPACT“ auf Instagram weiter.⁴³²

Der **AfD-Kreisverband Weserbergland** verbreitete am 07.03.2024 einen Video-Beitrag von „COMPACT“ auf Facebook weiter, welches ein Interview mit dem AfD-Politiker Petr Bystron (MdEP, BY) mit dem Titel „Irre: Deutsche Generäle planen Angriff auf Russland!“ beinhaltet.⁴³³

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) war am 27.04.2024 zu Gast bei „COMPACT“. Sie trat gemeinsam in der auf YouTube veröffentlichten Sendung „AfD: so schaffen wir die blaue Wende!“ mit den Rechtsextremisten Daniel Fiss, Christoph Berndt und Paul Klemm auf.⁴³⁴

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) trat am 09.05.2024 als Interviewpartnerin in einem Video-Beitrag auf YouTube von „COMPACT“ mit dem Thema „6000€ Strafe wegen Asyl-Kritik! Musk ist schockiert“ auf.⁴³⁵

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) trat am 30.06.2025 in einem Video-Beitrag auf YouTube von „COMPACT“ mit dem Thema „Freibäder: Deutsche Mädchen als Freiwild“ als Gastkommentatorin auf.⁴³⁶

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) trat am 20.11.2025 in einem Video-Beitrag auf YouTube von „COMPACT“ mit dem Thema „Widerlich: Pädofilia will Rache an AfD-Frau“ als Gastkommentatorin auf.⁴³⁷

c) Sonstige Verbindungen

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) veröffentlichte am 03.03.2022 einen X-Beitrag, der auf das Video-Format „COMPACT. Der Tag“ von „COMPACT“ verweist:

⁴³¹ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 17.08.2022.

⁴³² Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 01.12.2022.

⁴³³ Facebook-Eintrag der AfD Weserbergland vom 07.03.2024.

⁴³⁴ YouTube-Eintrag von COMPACT vom 27.04.2024.

⁴³⁵ YouTube-Eintrag von COMPACT vom 09.05.2024.

⁴³⁶ YouTube-Eintrag von COMPACT vom 30.06.2025.

⁴³⁷ YouTube-Eintrag von COMPACT vom 20.11.2025.

„Compact. Der Tag vom 2. März: Die gesamte zweite Hälfte der Sendung, volle 15 Minuten sprechen Jürgen Elsässer, Martin Müller-Mertens über die Frage der Berechtigung der russischen Nazi-Vorwürfe gegen die ukrainische Regierung. Unbedingt hörensenswert.“⁴³⁸

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) veröffentlichte am 08.03.2022 einen X-Beitrag, der Werbung für den Artikel mit dem Titel „Biowaffenforschung in der Ukraine“ auf „COMPACT“ macht:

*Bereiten wir uns auf diese Erkenntnis vor: Der liebe Onkel im Westen, der beste Freund, das Vorbild aller liberalen Träume kolonisiert fremde Länder, um dort völkerrechtswidrig mit Pest- und Milzbranderregern zu experimentieren. Wie werden wir reagieren?*⁴³⁹

Gerhard Vierfuß (Landesschiedsrichter/Präsident des Landesschiedsgerichts 2018-2023) verbreitete am 26.03.2023 einen X-Beitrag von „COMPACT“ weiter, der eine Stellenanzeige von „COMPACT“ beinhaltet:

*„Chance für junge rechte Journalisten!“*⁴⁴⁰

Armin-Paulus Hampel trat am 20.02.2024 in einem Video-Beitrag auf YouTube von „COMPACT“ mit dem Thema „Strack Zimmermann will Taurus-Raketen gegen Moskau!“ als Gastkommentator auf.⁴⁴¹

Armin-Paulus Hampel trat am 21.02.2024 in einem Video-Beitrag auf YouTube von „COMPACT“ mit dem Thema „Maaßen kaputt: WerteUnion zerlegt sich selbst!“ als Gastkommentator auf.⁴⁴²

Armin-Paulus Hampel trat am 24.03.2024 und 30.03.2024 in einem Video-Beitrag auf YouTube von „COMPACT“ als Interviewer mit dem Thema „Das große Gauland-Interview“ auf.⁴⁴³

⁴³⁸ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 03.03.2022.

⁴³⁹ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 08.03.2022.

⁴⁴⁰ X-Eintrag von Gerhard Vierfuß vom 26.03.2023.

⁴⁴¹ YouTube-Eintrag von COMPACT vom 20.02.2024.

⁴⁴² YouTube-Eintrag von COMPACT vom 21.02.2024.

⁴⁴³ YouTube-Eintrag von COMPACT vom 24.03.2024 und 30.03.2024.

Armin-Paulus Hampel trat am 16.06.2024 in einem Video-Beitrag auf YouTube von „COMPACT“ im Format „Hampel hakt nach“ als Interviewer mit dem Thema „Rupert Scholz (CDU): ‚Haldewang agiert verfassungswidrig!‘“ auf.

Armin-Paulus Hampel trat am 04.11.2024 in einem Video-Beitrag auf YouTube von „COMPACT“ mit dem Thema „Wahlbetrug? Geheimplan gegen Trump“ mit der ehemaligen Führungsfigur des „Flügel“ André Poggenburg als Gastkommentator auf.⁴⁴⁴

Armin-Paulus Hampel trat am 06.05.2025 in einem Video-Beitrag auf YouTube von „COMPACT“ mit dem Thema „Schmach-Wahl: Schwarzer Tag für Deutschland“ als Gastkommentator auf.⁴⁴⁵

Armin-Paulus Hampel trat am 07.05.2025 in einem Video-Beitrag auf YouTube von „COMPACT“ mit dem Thema „Wo ist die Grenzschießung, Herr Merz?“ als Gastkommentator auf.⁴⁴⁶

Armin-Paulus Hampel trat am 09.08.2025 als Redner beim „COMPACT-Sommerfest“ in Stößen (ST) auf.⁴⁴⁷

4.5.3. „Ein Prozent“

„Ein Prozent“ beschreibt sich selbst als „professionelle Widerstandsplattform für deutsche Interessen“, deren Ideologie auf einem ethnisch-abstammungsmäßig definierten Volksbegriff und einer ausgeprägten Ausländer-, Migrantinnen- und teilweise Islam- und Muslimfeindlichkeit fußt. Der Verein wirkt unter anderem als fördernder Akteur innerhalb der Neuen Rechten, indem er verschiedene Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen unterstützt. Mithilfe dieser netzwerkartigen Struktur soll letztendlich eine Gegenbewegung geschaffen werden, um einer vermeintlichen „Umvolkung“ entgegenzuwirken. Bereits die Unterstützung von einem Prozent der Deutschen würde laut Verein ausreichen, genügend politische Relevanz zu erzielen, damit die angestrebten Ziele realisierbar wären. Die Organisation ist vom BfV als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft.

⁴⁴⁴ YouTube-Eintrag von COMPACT vom 04.11.2024.

⁴⁴⁵ YouTube-Eintrag von COMPACT vom 06.05.2025.

⁴⁴⁶ YouTube-Eintrag von COMPACT vom 07.05.2024.

⁴⁴⁷ YouTube-Eintrag von COMPACT vom 09.08.2025.

a) Strukturelle Verbindungen

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) übernimmt seit dem 06.01.2021 die Moderation des Video-Formats „Wir klären das!“ von „Ein-Prozent“. Bis November 2025 erschienen 30 Folgen mit ihr. In dem Format werden Kernthemen der Neuen Rechten, u. a. Remigration, Asyl, der Kampf gegen „linke Propaganda“ der Medien usw. durch den Moderator aufgegriffen und vermeintlich einfach verständlich für eine junge Zielgruppe erklärt.

b) Verbindungen der Kreisverbände

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) trat am 05.02.2021 in einem Video-Beitrag auf der Website „Odyssey.com“⁴⁴⁸ im Podcast „Lagebesprechung“ von „Ein Prozent“ auf.⁴⁴⁹ Der Podcast befasst sich mit der Einordnung aktueller politischer Geschehnisse aus Sicht der Neuen Rechten.

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) trat am 16.09.2021 in einem Video-Beitrag von „Ein Prozent“ auf X und frei3 auf. Thematisch wird der sogenannte „Solifonds“ von „Ein Prozent“ vorgestellt.⁴⁵⁰ Der „Solifonds“ bietet laut „Ein Prozent“ finanzielle Unterstützung für Personen an, die Opfer von „Antifaschisten“ oder „Asylanten“ geworden sind.⁴⁵¹

Der **AfD-Kreisverband Goslar** verbreitete am 17.11.2021 einen Beitrag von „Ein Prozent“ mit der Überschrift „Bundesregierung war informiert: Internes Papier der Bundespolizei“ auf Instagram weiter. Dazu schreiben sie:

„Wie immer, ihr Lügner in Berlin!“⁴⁵²

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) verbreitete am 14.11.2022 einen Telegram-Beitrag von „Ein Prozent“ weiter, der für den Telegram-Kanal des neurechten Vordenkers Benedikt Kaiser wirbt.⁴⁵³

⁴⁴⁸ Die Videoplattform „Odyssey“ präsentiert sich als Alternative zu YouTube und stellt vor allem die freie Meinungsäußerung in den Vordergrund.

⁴⁴⁹ Odyssey-Eintrag von „Lagebesprechung“ vom 05.02.2021.

⁴⁵⁰ X-Eintrag von Ein Prozent vom 16.09.2021; frei3-Eintrag von Ein Prozent vom 16.09.2021.

⁴⁵¹ www.solifonds.me

⁴⁵² Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 17.11.2021.

⁴⁵³ Telegram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 14.11.2022.

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) wurde am 06.06.2023 in einem X-Beitrag von „Ein Prozent“ mit dem Titel „Wie ‚Volksverhetzung‘ uns mundtot machen soll. Der Fall von Marie-Thérèse Kaiser.“ thematisiert.⁴⁵⁴

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) veröffentlichte am 25.07.2023 einen Instagram-Beitrag, der für den „Solifonds“ wirbt und berichtet, dass sie selber durch „Ein Prozent“ und den „Solifonds“ finanzielle Unterstützung erfahre.⁴⁵⁵

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) verbreitete am 05.08.2024 einen Telegram-Beitrag von „Ein Prozent“ weiter.⁴⁵⁶

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) verbreitete am 15.08.2024 einen Telegram-Beitrag von „Ein Prozent“ weiter.⁴⁵⁷

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) verbreitete am 28.08.2024 einen Telegram-Beitrag von „Ein Prozent“ weiter.⁴⁵⁸

c) Sonstige Verbindungen

Tobias Stober verbreitete am 10.10.2022 einen Telegram-Beitrag von „Ein Prozent“ weiter, der für das Video-Format „Wir klären das!“ von „Ein Prozent“ wirbt.⁴⁵⁹

4.5.4. Nachfolgestrukturen des „Instituts für Staatspolitik“ (IfS) und „Antaios Verlag“

Das aufgelöste und neustrukturierte IfS⁴⁶⁰ gilt als zentraler Akteur der neurechten Theoriebildung und mit seinem Sitz in Schnellroda (ST) als deutschlandweiter Vernetzungsort. Der neurechte Vordenker und Mitgründer des IfS, Götz Kubitschek, ist zugleich Geschäftsführer des „Antaios Verlag“. Wesentlich für den Erhalt der Identität des deutschen Volkes ist aus Sicht des aufgelösten und neustrukturierten IfS die ablehnende Haltung zur „multikulturellen Gesellschaft“ und die geschichtspolitische Neubewertung bzw. Umdeutung der deutschen Vergangenheit. Dabei beruft sich das

⁴⁵⁴ X-Eintrag von Ein Prozent vom 06.06.2023.

⁴⁵⁵ Instagram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 25.07.2023.

⁴⁵⁶ Telegram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser 05.08.2024.

⁴⁵⁷ Telegram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser 15.08.2024.

⁴⁵⁸ Telegram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser 28.08.2024.

⁴⁵⁹ Telegram-Eintrag von Tobias Stober vom 10.10.2022.

⁴⁶⁰ Im Mai 2024 wurde durch Götz Kubitschek die Auflösung des IfS und auch des „Vereins für Staatspolitik“ bekanntgegeben. Im Rahmen der Neustrukturierung entstanden die „Menschenpark Veranstaltungs UG“ und die „Metapolitik Verlags UG“. In den Ausführungen diesbezüglicher Belegstellen aus dem Zeitraum vor Mai 2024 wird die vormalige Bezeichnung IfS verwendet. Danach erfolgt der Zusatz „aufgelöst und neustrukturiert“.

Institut auf einen ethnisch-abstammungsmaÙig definierten Volksbegriff. Dieser geht oftmals einher mit einer Fremden- bzw. Migranten- und Islam- und Muslimfeindlichkeit. Das IfS ist Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt und wird vom BfV als gesichert rechtsextremistische Bestrebung geföhrt. Der „Antaios Verlag“ ist als gesichert rechtsextremistische Bestrebung des BfV eingestuft. Analog zum aufgelösten und neustrukturierten IfS transportiert auch der Verlag als zentrales Ideologem das Konzept des Ethnopluralismus.

a) Verbindungen der Kreisverbände

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) veröffentlichte am 15.06.2021 einen Instagram-Beitrag in welchem sie ihre Solidarität zum „Verlag Antaios“ zum Ausdruck bringt. Die Nutzer werden aufgefordert, ihre Bücher der „Kaplaken“-Reihe⁴⁶¹ vom „Verlag Antaios“ zu präsentieren:

„Ich ziehe bei nächster Gelegenheit nach, aber @_relhok_ und @dennis.hohloch haben schon gut vorgelegt“ [sic!]⁴⁶²

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) veröffentlichte am 07.08.2021 einen Instagram-Beitrag in welchem sie Werbung für den „Verlag Antaios“ macht:

„Am Wochenende nehme ich mir auch in stressigen Wahlkampfphasen gerne die Zeit, um zwischendurch mal ein bisschen zu lesen. Hierfür ist die Reihe Kaplaken vom Verlag Antaios besonders gut geeignet, da die Bücher nur zwischen 60 und 100 Seiten umfassen. Besonders empfehlen kann ich euch aktuell das Buch ‚Postliberal – Ein Entwurf‘ von Erik Ahrens und Bruno Wolters. Um so viel vorweg zu nehmen: es geht nicht darum, antiliberal zu sein, sondern es geht darum, neu zu denken und der Zukunft offen und unvoreingenommen entgegen zu blicken. Beim postliberalen Denken versuchen wir uns von Lagern wie ‚rechts‘ und ‚links‘ zu befreien und auch mal angemessen kritisch mit materiellem Kapitalismus und idealistischem Liberalismus umzugehen. @konfliktmagazin“⁴⁶³

⁴⁶¹ Die „Kaplaken“-Reihe besteht aus kleineren Texten, laut Verlag bis maximal 96 Seiten. Behandelt werden zentrale ideologische Themen und Fragestellungen der Neuen Rechten.

⁴⁶² Instagram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 15.06.2021.

⁴⁶³ Instagram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 07.08.2021.

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) schrieb am 06.10.2021 auf X:

„@Verlag_Antaios ist einfach der beste Verlag. Da kann ich ja auch nichts für, Herr Haldenwang.“⁴⁶⁴

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) warb am 23.03.2022 in einem Instagram-Beitrag für das Buch „Die Partei und ihr Vorfeld“ von Benedikt Kaiser, welches über den „Verlag Antaios“ und den Verlag „Jungeuropa“ erhältlich ist.⁴⁶⁵

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) nahm am 28.01.2023 an der „Winterakademie“ des IfS in Schnellroda (ST) teil.⁴⁶⁶

Der **AfD-Kreisverband Lüneburg** verbreitete am 31.01.2023 einen X-Eintrag der zum damaligen Zeitpunkt durch das IfS herausgegebenen neurechten Zeitschrift „Sezession“ weiter, der die neue Ausgabe der „Sezession“ zum Thema „10 Jahre AfD“ thematisiert:

„Die neue Ausgabe der Sezession thematisiert 10 Jahre #AfD. Vorfreude!“⁴⁶⁷

Maik Julitz (Vorsitzender KV Stade) nahm am 13.07.2024 am „Antaios-Sommerfest“ in Schnellroda (ST) teil.⁴⁶⁸

Der **AfD-Kreisverband Weserbergland** verbreitete am 25.03.2025 einen Facebook-Beitrag von Björn Höcke weiter, der auf den Artikel „Noch einmal Legalität und Legitimität“ der „Sezession“ aufmerksam macht.⁴⁶⁹

Maik Julitz (Vorsitzender KV Stade) nahm am 05.07.2025 am „Antaios-Sommerfest“ in Schnellroda (ST) teil.⁴⁷⁰

Oliver Strotmann (Stellv. Vorsitzender KV Stade) nahm am 05.07.2025 am „Antaios-Sommerfest“ in Schnellroda (ST) teil.⁴⁷¹

⁴⁶⁴ X-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 06.10.2021.

⁴⁶⁵ Instagram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 23.03.2022.

⁴⁶⁶ Instagram-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 01.02.2023.

⁴⁶⁷ X-Eintrag der AfD Lüneburg vom 31.01.2023.

⁴⁶⁸ Beleg 13.07.2024.

⁴⁶⁹ Facebook-Eintrag der AfD Weserbergland vom 25.03.2025.

⁴⁷⁰ Beleg 05.07.2025.

⁴⁷¹ Beleg 05.07.2025.

4.5.5. „PI-News“

Das Blog „PI-News“ ist ideologisch vor allem von einer starken Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie Migrantenfeindlichkeit geprägt. Das auf „PI-News“ vertretene ethnisch-homogene Volks- und Gesellschaftsverständnis bietet Raum für rechtsextremistische Verschwörungserzählungen wie dem „Großen Austausch“. Die rechtsextremistische Ideologie entfaltet sich vor allem über die anonyme Kommentarfunktion der einzelnen Beiträge. „PI-News“ wird vom BfV als gesichert rechtsextremistische Bestrebung geführt. Funktionärinnen und Funktionäre der AfD Niedersachsen steuerten aktiv Inhalte für die Plattform bei.

a) Verbindungen von Mandatsträgern und Funktionären

Dietmar Friedhoff⁴⁷² (zum damaligen Zeitpunkt MdB) gab am 23.05.2018 ein Video-Statement auf „PI-News“ mit dem Titel: „Thema Islam: AfD-MdB Friedhoff antwortet PI-NEWS-Lesern.“⁴⁷³

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) gab am 29.09.2018 „PI-News“ ein Interview mit dem Titel: „Dietmar Friedhoff zu Schäuble: Offenbarungseid des Rechtsstaates.“⁴⁷⁴

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) gab am 30.11.2018 „PI-News“ ein Interview mit dem Titel: „Was muss noch passieren, dass die Menschen endlich wach werden?“⁴⁷⁵

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) gab am 29.06.2019 ein Video-Statement auf „PI-News“ mit dem Titel: „Frau Merkel, kümmern Sie sich um die Menschen in diesen Land.“⁴⁷⁶

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) veröffentlichte am 28.01.2022 einen Beitrag auf „PI-News“ mit dem Titel: „Denken wir Afrika.“⁴⁷⁷

⁴⁷² Friedhoff wechselte im Januar 2024 mit seinem Bundestagsmandat in den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern.

⁴⁷³ Web-Eintrag vom 23.05.2018.

⁴⁷⁴ Web-Eintrag vom 29.09.2018.

⁴⁷⁵ Web-Eintrag vom 30.11.2018.

⁴⁷⁶ Web-Eintrag vom 29.06.2019.

⁴⁷⁷ Web-Eintrag vom 28.01.2022.

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) veröffentlichte am 12.02.2022 einen Beitrag auf „PI-News“ mit dem Titel: „Linker Kulturkolonialismus.“⁴⁷⁸

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) veröffentlichte am 24.02.2022 auf „PI-News“ einen Beitrag mit dem Titel: „Die Kriegstreiber sind unsere Feinde – nicht Putin!“⁴⁷⁹

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) veröffentlichte am 04.03.2022 einen Beitrag auf „PI-News“ mit dem Titel: „Russophobie in Deutschland: Selbstgerechte hetzen gegen Minderheit.“⁴⁸⁰

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) veröffentlichte am 04.05.2022 auf „PI-News“ ein Video mit dem Titel: „Video: Dietmar Friedhoff im Gespräch mit Gerd-Schultze-Rhonhof.“⁴⁸¹

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) veröffentlichte am 01.08.2022 ein Video auf „PI-News“ mit dem Titel: „Reise-Video: AfD-Abgeordnete Friedhoff und Keuter in Pakistan.“⁴⁸²

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) veröffentlichte am 02.09.2022 einen Beitrag auf „PI-News“ mit dem Titel: „Das Ahrtal – Geschichte eines Staatsversagens.“⁴⁸³

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) veröffentlichte am 08.02.2024 einen Beitrag auf „PI-News“ mit dem Titel: „Afrikanische Verhältnisse in Deutschland.“⁴⁸⁴

Dietmar Friedhoff (zum damaligen Zeitpunkt MdB) veröffentlichte am 22.03.2024 einen Beitrag auf „PI-News“ mit dem Titel: „Gegen Christenverfolgung und Weißenhass.“⁴⁸⁵

⁴⁷⁸ Web-Eintrag vom 12.02.2022.

⁴⁷⁹ Web-Eintrag vom 24.02.2022.

⁴⁸⁰ Web-Eintrag vom 04.03.2022.

⁴⁸¹ Web-Eintrag vom 04.05.2022.

⁴⁸² Web-Eintrag vom 01.08.2022.

⁴⁸³ Web-Eintrag vom 02.09.2022.

⁴⁸⁴ Web-Eintrag vom 08.02.2024.

⁴⁸⁵ Web-Eintrag vom 22.03.2024.

Martin Sichert (MdB) gratulierte am 06.11.2024 in dem Video-Beitrag „Martin Sichert: ‚PI-NEWS‘ ist das wichtigste Sprachrohr gegen die Islamisierung Europas“ „PI-NEWS“ zum 20-jährigen Jubiläum.⁴⁸⁶

b) Verbindungen der Kreisverbände

Der **AfD-Kreisverband Goslar** veröffentlichte am 20.04.2021 einen Instagram-Beitrag, der auf den „PI-News“-Beitrag mit dem Titel „Roth und Hofreiter als bayerisches Spitzenduo der Grünen aufgestellt“ verweist.⁴⁸⁷

4.5.6. Weitere Organisationen und Akteure

Daneben sind Verbindungen von Organisationseinheiten und Akteuren der AfD Niedersachsen zu weiteren rechtsextremistischen Gruppierungen, Akteuren und Veranstaltungen feststellbar.

a) Mandatsträger und Funktionäre

Martin Sichert (MdB) trat am 24.05.2025 bei einer „Friedens-Demo“ in Berlin als Redner auf, bei der unter anderem auch der „COMPACT“-Chefredakteur Jürgen Elsässer einen Redebeitrag hielt.⁴⁸⁸

b) Verbindungen der Kreisverbände

Der **AfD-Kreisverband Goslar** verbreitete am 23.10.2022 ein Video der rechtsextremistischen Partei „Freie Sachsen“ auf Instagram weiter:

„Deutsche Schande in Uniform. Sind wir wieder im Faschismus angekommen? Wenn Trommeln der Regierung Angst verbreiten.“⁴⁸⁹

Marie-Thérèse Kaiser verbreitete am 08.07.2023 einen X-Beitrag des langjährigen Parteivorsitzenden der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) bzw. der Partei „Die Heimat“ Frank Franz mit folgendem Inhalt weiter:

„A. Schunke im Space sinngemäß: Mit Leuten wie Kubitschek und Höcke habe ich nichts gemeinsam, keine Schnittmengen. Schunke drei Sätze später: Ich kenne mich

⁴⁸⁶ Web-Eintrag vom 06.11.2024.

⁴⁸⁷ Instagram-Eintrag der AfD-Goslar vom 20.04.2021.

⁴⁸⁸ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 24.05.2025.

⁴⁸⁹ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 23.10.2022.

in der Neurechten Szene nicht so gut aus. Kannst du dir nicht ausdenken. So dermaßen überbewertet, die Frau.⁴⁹⁰

Maik Julitz (Vorsitzender KV Stade) nahm am 25.11.2023 an einem Vernetzungstreffen in Potsdam von Vertreterinnen und Vertretern der Neuen Rechten mit AfD-Funktionärinnen und -Funktionären teil. Das Treffen wurde medial als sogenanntes „Geheimtreffen“ dargestellt, auf dem u. a. das Konzept der „Remigration“ von Martin Sellner vorgestellt wurde.⁴⁹¹

c) Sonstige Verbindungen

Bei einer im Februar 2025 erfolgten Hausdurchsuchung in Seelze wurde in der Wohnung des gewalttätigen Neonazisten [REDACTED] neben illegalen Schusswaffen u. a. ein AfD-Mitgliedsausweis gefunden.⁴⁹²

4.5.7. Bewertung

Die Verbindungen der AfD Niedersachsen erstrecken sich über personell-strukturelle Bezüge bis hin zu vielfältigen Formen der Unterstützung und Sympathiebekundung rechtsextremistischer Organisationen. Diese Vernetzung konzentriert sich vorwiegend auf das vielfältige Spektrum der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten. Dies verdeutlicht, dass die AfD Niedersachsen in Vorfeldorganisationen der Neuen Rechten Verbündete erkennt, die ähnliche ideologische Ansichten teilen und zugleich strategische Kooperationspartner zur Umsetzung gemeinsamer Zielvorstellungen darstellen. Marie-Thérèse Kaiser betont grundsätzlich die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit mit dem politischen Vorfeld:

„Die gemeinsame Arbeit mit dem politischen Vorfeld ist mir besonders wichtig! Dazu zählen für mich nicht nur Bürgerbewegungen und verschiedene Netzwerke, sondern auch die alternativen Medien.“⁴⁹³

Anhand der niedersächsischen AfD-Mitglieder Armin-Paulus Hampel und Marie-Thérèse Kaiser kann eine jahrelange strukturelle Zusammenarbeit mit „COMPACT“ bzw. „Ein Prozent“ festgestellt werden. Auch die öffentlich bekanntgegebene

⁴⁹⁰ X-Eintrag von Frank Franz vom 08.07.2023.

⁴⁹¹ Stader Tageblatt: „Buxtehuder AfD-Mann war bei konspirativem Treffen zu massenhafter Abschiebung dabei“ vom 11.01.2024. Online unter: <https://www.tageblatt.de/Nachrichten/Buxtehuder-AfD-Mann-war-bei-konspirativem-Treffen-zu-massenhafter-Abschiebung-dabei-372275.html>

⁴⁹² Az [REDACTED]

⁴⁹³ www.marietheresekaiser.de/über-mich

Einstufung des Vereins „Ein Prozent“ zur gesicherten extremistischen Bestrebung durch das BfV im April 2023 zog keine Distanzierung Kaisers nach sich. Diese Verbindungen gehen weit über bloße Sympathiebekundungen hinaus und sind dahingehend von besonderer Verfassungsschutzrelevanz, da von einer inhaltlichen Unterstützung extremistischer Organisationen gesprochen werden kann. Auch Einzelereignisse wie das gemeinsame Foto von Oliver Strotmann und dem IB-Vordenker im deutschsprachigen Raum, Martin Sellner, mit ihren Büchern „Remigration, Ein Vorschlag“ sowie „Nicht ohne die AfD“ zeugen von einer programmatischen Anlehnung und einer sich überschneidenden Ideologie.

Die Teilnahme des Vorsitzenden des Kreisverbandes Stade und stellvertretenden AfD-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag Stade, Maik Julitz, am 21.11.2023 in Potsdam bei einem Vernetzungstreffen von Vertreterinnen und Vertretern der Neuen Rechten mit AfD-Funktionärinnen und Funktionären, bei dem Sellner als Referent auftrat und unter anderem über sein Konzept der „Remigration“ sprach, ist gleichermaßen als Angleichung auf einer inhaltlich-programmatischen sowie taktischen Ebene zu werten. Julitz bezahlte für seine Teilnahme einen Betrag von 5.000 Euro, wie er dem Stader Tageblatt bestätigte:

„Das habe ich gerne bezahlt und würde es auch wieder tun, weil ich Projekte bedenke, die ich für unterstützenswert halte.“⁴⁹⁴

Dieses Beispiel verdeutlicht, wie Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD Niedersachsen öffentlichkeitswirksam ihre Unterstützung für rechtsextremistische Akteure kundtun.

Die unterschiedlichen Formen der Unterstützung, Sympathiebekundung und Zusammenarbeit zu bzw. mit rechtsextremistischen Organisationen und Akteuren verdeutlichen die weiterhin stattfindenden Vernetzungen, die auch aktiv von AfD-Akteuren, bis hin zu Funktions- und Mandatsträgerinnen und -trägern, vorangetrieben werden. Der Umstand, dass zum Teil Einstufungen zu gesichert extremistischen Bestrebungen und deren gerichtliche Bestätigungen stattgefunden haben, hat hierbei innerhalb der Partei nicht zu einem Umdenken und einer Abgrenzung geführt.

⁴⁹⁴ Stader Tageblatt: „Buxtehuder AfD-Mann war bei konspirativem Treffen zu massenhafter Abschiebung dabei“ vom 11.01.2024. Online unter: <https://www.tageblatt.de/Nachrichten/Buxtehuder-AfD-Mann-war-bei-konspirativem-Treffen-zu-massenhafter-Abschiebung-dabei-372275.html>

4.6. Verbindungen zu rechtsextremistischen Kräften innerhalb der AfD („Nicht-Distanzierung“)

Die AfD Niedersachsen lässt keine Bemühungen einer Distanzierung gegenüber radikalen innerparteilichen Kräften oder als durch die Verfassungsschutzbehörden als extremistisch eingestufte Landesverbände erkennen. Im Gegenteil, die Akteure des AfD-Landesverbandes suchen fortlaufend den Kontakt zu rechtsextremistischen Kräften innerhalb der Gesamtpartei. Die Verbindungen werden durch gemeinsame Veranstaltungen, das Teilen bzw. Weiterverbreiten von Inhalten oder persönlichen Sympathiebekundungen zum Ausdruck gebracht. Es erfolgt dabei nicht nur eine Teilnahme an Veranstaltungen anderer als rechtsextremistisch eingestuften Landesverbände, sondern das aktive Einbinden entsprechender Akteure in Veranstaltungen des niedersächsischen Landesverbandes.

a) Gemeinsame Veranstaltungen

Bei einer Vielzahl von überregional wirkenden und bekannten AfD-Funktionärinnen und Funktionären sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern ist sowohl deren rechtsextremistische Betätigung als auch die entsprechende Einstufung der Personen durch die Sicherheitsbehörden öffentlich bekannt. Eine direkte Auswahl dieser Akteure bzw. deren direkte und prominente Einbindung in Parteiveranstaltungen deutet auf eine entsprechende Unterstützung dieser rechtsextremistischen Kräfte hin. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn explizit keine Personen anwesend sind, die aufgrund einer anzunehmenden gemäßigeren Haltung als Vertreterinnen oder Vertreter einer Gegenposition gewertet werden könnten. Ebenfalls ist die aktive Teilnahme niedersächsischer Funktionärinnen und Funktionäre an Veranstaltungen von bereits durch die zuständigen Verfassungsschutzbehörden als gesichert rechtsextremistisch eingestuften Landesverbänden als bewusster Akt der Unterstützung zu betrachten.

Saalveranstaltung „Heißer Herbst“ des AfD-Kreisverbandes Diepholz in Diepholz am 17.11.2022: Hannes Gnauck (MdB, BB), Marcel Queckemeyer (MdB), Dietmar Friedhoff, Andreas Iloff⁴⁹⁵

⁴⁹⁵ Facebook-Eintrag von der AfD-Kreistagsfraktion Vechta vom 18.11.2022; Facebook-Eintrag von Adrian Maxhuni vom 19.11.2022.

Kreisparteitag des AfD-Kreisverbandes Osnabrück-Land (zum damaligen Zeitpunkt KV Osnabrück) am 04.03.2023: Rabea Shahini, Matthias Helferich (MdB, NW)⁴⁹⁶

„**3. Preußenfest**“ in Schnellroda (ST) am 15.09.2023: Frank Rinck als Moderator⁴⁹⁷

„**Neujahrsempfang**“ des **AfD-Kreisverbandes Northeim** am 12.01.2024: Björn Höcke (MdL), Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST), Jens Kestner (Ehrenvorsitzender KV Northeim), Maik Schmitz (Vorsitzender KV Northeim), Delia Klages (MdL), Anja Arndt (MdEP), Robin Braune (JA)⁴⁹⁸

Veranstaltung des AfD-Kreisverbandes Gifhorn am 06.04.2024 in Wesendorf: Dirk Brandes (MdB, Beisitzer Bundesvorstand), Stefan Marzischewski-Drewes (MdL), Klaus Wichmann (MdL), Maximilian Krah (MdB)⁴⁹⁹

Landesparteitag der AfD Niedersachsen in Unterlüß am 20./21.04.2024: Tino Chrupalla (MdB, Co-Bundessprecher AfD-Bundesverband), Maximilian Krah (MdB), Carsten Hütter (MdL, Bundesschatzmeister)⁵⁰⁰

Wahlkampfunterstützung anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen des AfD-Kreisverbandes Oldenburg-Land in Bautzen vom 31.07.-04.08.2024: Micha Fehre (MdB), Harm Rykena (MdL)⁵⁰¹

Wahlkampfunterstützung anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen im Juli 2024: Marcel Queckemeyer (MdB)⁵⁰²

Wahlkampfunterstützung anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen des AfD-Kreisverbandes Gifhorn in Görlitz im August 2024⁵⁰³

Wahlkampfunterstützung anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen des AfD-Kreisverbandes Hannover-Land in Torgau vom 10.-13.08.2024: Jessica Schülke (MdL), Peer Lilienthal (MdL)⁵⁰⁴

⁴⁹⁶ Instagram-Eintrag von Rabea Shahini vom 06.03.2023.

⁴⁹⁷ YouTube-Eintrag vom Kanal „Schütt Wolfgang“ vom 17.09.2023.

⁴⁹⁸ Facebook-Eintrag der AfD Northeim vom 13.01.2024.

⁴⁹⁹ Facebook-Eintrag von Dirk Brandes vom 08.04.2024.

⁵⁰⁰ Facebook-Eintrag der AfD Cloppenburg-Vechta vom 20.04.2024.

⁵⁰¹ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 08.08.2024.

⁵⁰² Facebook-Eintrag von Marcel Queckemeyer vom 20.07.2024.

⁵⁰³ Facebook-Eintrag der AfD Gifhorn vom 13.08.2024.

⁵⁰⁴ Instagram-Eintrag von Jessica Schülke vom 18.08.2024.

Wahlkampfunterstützung anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen des AfD-Kreisverbandes Hannover-Land im August 2024: Dirk Brandes (MdB, Beisitzer Bundesvorstand), Stefan Henze (MdB), Maximilian Krah (MdB)⁵⁰⁵

Wahlkampfunterstützung anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen in Mittelsachsen vom 14.-17.08.2024: Jessica Schülke (MdL)⁵⁰⁶

Wahlkampfunterstützung anlässlich der Landtagswahlen in Thüringen im August 2024: Martin Sichert (MdB)⁵⁰⁷

Wahlkampfunterstützung anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen im August 2024: Stefan Marzischewski-Drewes (MdL)⁵⁰⁸

Stammtisch des AfD-Kreisverbandes Hannover-Stadt in Hannover-Ricklingen am 20.09.2024: Maximilian Krah (MdB), Ansgar Schledde (MdL, Landesvorsitzender Niedersachsen), Dirk Brandes (MdB, Beisitzer Bundesvorstand), Martin Vincentz (MdL, Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen), Micha Fehre (MdB)⁵⁰⁹

„Jung und kompetent statt jung & naiv“ des AfD-Kreisverbandes Hannover-Land in Wunstorf am 23.10.2024: Jessica Schülke (MdL), Omid Najafi (MdL), Hannes Gnauck (MdB)⁵¹⁰

Kreisvorstandswahl des AfD-Kreisverbandes Goslar in Goslar am 27.10.2024: Maximilian Krah (MdB), Martin Vincentz (MdL, Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen), Ansgar Schledde (MdL, Landesvorsitzender Niedersachsen), Omid Najafi (MdL)⁵¹¹

Stammtisch des AfD-Kreisverbandes Hannover-Stadt in Hannover am 13.11.2024: Tino Chrupalla (MdB, Co-Bundessprecher AfD-Bundesverband), Micha Fehre (MdB), Dirk Brandes (MdB, Beisitzer Bundesvorstand), Jörn König (MdB), Stefan Henze (MdB)⁵¹²

⁵⁰⁵ Facebook-Eintrag von Dirk Brandes vom 30.08.2024; Facebook-Eintrag von Stefan Henze vom 02.09.2024.

⁵⁰⁶ Instagram-Eintrag von Jessica Schülke vom 24.08.2024.

⁵⁰⁷ Facebook-Eintrag von Martin Sichert vom 22.08.2024.

⁵⁰⁸ Instagram-Eintrag von Jacqueline Kleinhans vom 24.08.2024.

⁵⁰⁹ Instagram-Eintrag von Dirk Brandes vom 23.09.2024.

⁵¹⁰ Instagram-Eintrag von Jessica Schülke vom 25.10.2024.

⁵¹¹ X-Eintrag von Ansgar Schledde vom 27.10.2024.

⁵¹² Facebook-Eintrag von Dirk Brandes vom 14.11.2024.

Weihnachtsfeier des AfD-Kreisverbandes Osnabrück-Land am 06.12.2024: Maximilian Krah (MdB), Marcel Queckemeyer (MdB), Adrian Maxhuni (JA)⁵¹³

„Harzburger Treffen“ des AfD-Stadtverbandes Bad Harzburg (KV Goslar) in Bad Harzburg am 18.01.2025: Maximilian Krah (MdB), Hans-Thomas Tillschneider (MdL), Martin Reichardt (MdB, Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt), Omid Najafi (MdL)⁵¹⁴

Kundgebung des AfD-Kreisverbandes Northeim in Northeim am 15.02.2025: Tino Chrupalla (MdB, Co-Bundessprecher AfD-Bundesverband), Jan Wenzel Schmidt (MdB), Angela Rudzka (MdB), Dirk Brandes (MdB, Beisitzer Bundesvorstand), Marcel Queckemeyer (MdB), Maik Schmitz (Vorsitzender KV Northeim), Jens Kestner (Ehrevorsitzender KV Northeim)⁵¹⁵

Pressekonferenz zur Gründung eines Regionalbüros des Vereins „Zentrum“ in Hannover am 14.04.2025: Jens Keller, Christina Baum (MdB)⁵¹⁶

Stammtisch des AfD-Kreisverbandes Lüneburg am 15.04.2025: Maximilian Krah (MdB), Stephan Bothe (MdL)⁵¹⁷

Bürgerdialog des AfD-Kreisverbandes Helmstedt am 04.06.2025: Martin Reichardt (MdB, Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt), Ulrich Siegmund (MdL, ST), Vanessa Behrendt (MdL)⁵¹⁸

„Harzburger Treffen“ des AfD-Stadtverbandes Bad Harzburg (KV Goslar) in Bad Harzburg am 12.07.2025: Christina Baum (MdB), Armin-Paulus Hampel (angekündigt)

Besuch von Björn Höcke beim AfD-Kreisverbandsvorsitzenden (KV Goslar) Main Müller im Juli 2025.⁵¹⁹

⁵¹³ Instagram-Eintrag von Marcel Queckemeyer vom 06.12.2024.

⁵¹⁴ Facebook-Eintrag der AfD Osterwieck vom 19.01.2025.

⁵¹⁵ Facebook-Eintrag der der AfD Northeim vom 16.02.2025.

⁵¹⁶ Facebook-Eintrag der AfD-Stadtratsfraktion Hannover vom 15.04.2025.; Telegram-Eintrag von Christina Baum vom 15.04.2025.

⁵¹⁷ Facebook-Eintrag der AfD Lüneburg vom 15.04.2025.

⁵¹⁸ Facebook-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 05.06.2025.

⁵¹⁹ Goslarsche Zeitung: „Stress in der AfD: Björn Höcke besucht Kreisvorsitzenden in Seesen“ vom 12.07.2025. Online unter: <https://www.goslarsche.de/lokales/afd-hoecke-besuch-goslar-mueller-schledde-irritiert-672692.html>

Sommerstammtisch des AfD-Kreisverbandes Nienburg-Schaumburg in Schweringen am 22.07.2025: Maximilian Krah (MdB), Manuel Krauthausen (MdB, NW)⁵²⁰

Sommerfest des AfD-Kreisverbandes Lüneburg am 30.08.2025: Maximilian Krah (MdB), Stefan Henze (MdB), Dirk Brandes (MdL), Vanessa Behrendt (MdL), Ansgar Schledde (MdL), Jessica Schülke (MdL), Peer Lilienthal (MdL)⁵²¹

b) Verbindungen von Mandatsträgerinnen und Funktionärinnen

Delia Klages (MdL) veröffentlichte am 28.08.2023 einen Instagram-Beitrag, der sie gemeinsam mit Björn Höcke zeigt:

„Sommerfest in Thüringen. Am vergangenen Wochenende war ich zu Gast beim Sommerfest der AfD-Fraktion Thüringen. Vielen Dank für die Einladung und eine gelungene Veranstaltung.“⁵²²

c) Verbindungen der Kreisverbände

Marie-Thérèse Kaiser veröffentlichte am 27.07.2021 einen Bild-Beitrag bei X, der zeigt, dass Björn Höcke Kaiser bei Instagram folgt:

„Nach dieser parteiinternen Adellung kann ich dann jetzt getrost Feierabend machen. Besser kann der Tag nicht mehr werden.“⁵²³

Der **AfD-Kreisverband Goslar** veröffentlichte am 20.06.2022 einen Instagram-Beitrag, der Björn Höcke auf dem AfD-Parteitag in Riesa (SN) zeigt:

„Unsere Partei ist noch nicht bereit, um Björn Höcke an die Spitze zu wählen. Trotzdem ist in Risa der Anfang gemacht worden!“ [sic!]⁵²⁴

Die **AfD-Stadtratsfraktion Hannover** veröffentlichte am 17.11.2022 einen Facebook-Beitrag, der einen Besuch bei der AfD in Erfurt dokumentiert. Auf einem dazugehörigen Foto sind Stadratsmitglieder der AfD-Stadtratsfraktion Hannover und Björn Höcke abgebildet.⁵²⁵

⁵²⁰ YouTube-Eintrag von Ansar TV vom 22.07.2025.

⁵²¹ Instagram-Eintrag von Stefan Henze vom 31.08.2025.

⁵²² Instagram-Eintrag von Delia Klages vom 28.08.2023.

⁵²³ X-Eintrag von Marie-Thérèse Kaiser vom 27.07.2021.

⁵²⁴ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 20.06.2022.

⁵²⁵ Facebook-Eintrag der der AfD-Stadtratsfraktion Hannover vom 17.11.2022.

Der **AfD-Kreisverband Hannover-Stadt** verbreitete am 06.06.2023 einen X-Beitrag weiter, der einen Ausschnitt aus einer Rede Björn Höckes mit dem Ausspruch der nationalsozialistischen Organisation Sturmabteilung (SA) „Alles für Deutschland“ zeigt.⁵²⁶

Der **AfD-Kreisverband Stade** verbreitete am 11.01.2024 einen Telegram-Beitrag Björn Höckes weiter, der sich mit einem „Geheimtreffen“ der AfD in Potsdam auseinandersetzt.⁵²⁷

Der **AfD-Kreisverband Goslar** verbreitete am 25.01.2024 einen Beitrag Björn Höckes auf Instagram weiter, auf dem neben einer „Asyl-Bezahlkarte“ der Schriftzug „Remigration à la carte!“ abgebildet ist und kommentierte mit „*Sehr gute Lösung!*“⁵²⁸

Der **AfD-Kreisverband Weserbergland** verbreitete am 06.10.2024 einen Videobeitrag von Lena Kotré (MdL, BB), der folgenden Text enthält, weiter:

„Skandal-Urteil: Afghanin zu sein reicht als Asylgrund – EU öffnet die Tore!

Der EU-Gerichtshof macht es offiziell: Frau zu sein und aus Afghanistan zu kommen, reicht, um Asyl in Europa zu bekommen. Wieder einmal zeigt die EU, dass sie nicht an den Schutz ihrer eigenen Bürger denkt, sondern die Grenzen für eine erneute Masseneinwanderung und Ersetzungsmigration weit aufreißt.

Dieses Urteil bringt uns einen Schritt näher an Bevölkerungersetzungs und Überforderung unseres Sozialsystems.“⁵²⁹

Der **AfD-Kreisverband Weserbergland** verbreitete am 22.05.2025 einen Videobeitrag von Lena Kotré (MdL BB), der folgenden Text enthält, weiter:

„Remigration ist kein Randthema mehr – sie wird zur Leitidee einer neuen Politik!

In meiner Rede auf der Remigrationskonferenz in Mailand habe ich deutlich gemacht: Rückführung statt Ersetzungsmigration – mit kultureller Schlagkraft und politischem Willen. In Italien ist das jetzt ein Top-Thema – und auch in Deutschland wächst der Druck auf Altparteien und Staatsfunk. Und diesen werden wir intensivieren.“⁵³⁰

⁵²⁶ X-Eintrag von BefreiterBlick vom 06.06.2023.

⁵²⁷ Telegram-Eintrag von Björn Höcke vom 11.01.2024.

⁵²⁸ Instagram-Eintrag der AfD Goslar vom 25.01.2024.

⁵²⁹ Facebook-Eintrag der AfD Weserbergland vom 06.10.2024.

⁵³⁰ Facebook-Eintrag der AfD Weserbergland vom 22.05.2025.

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** verbreitete am 05.06.2023 einen Facebook-Beitrag der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, der folgenden Text enthält, weiter:

„CDU verrät Deutschland: Weiterer Afghanen-Import!

Außenminister Wadepful (CDU) will 2.500 Afghanen nach Deutschland holen – trotz vollmundiger Versprechen, Aufnahmeprogramme zu stoppen! Ex-Bundeswehr-Ortskräfte und andere warten in Pakistan auf Einreise. Die Taliban-Hochburg kommt zu uns die CDU macht's möglich!

#AfD #stopptdenimport“ [sic!]⁵³¹

d) Sonstige Akteure

Jens Kestner (Landesvorsitzender 2020-2022) veröffentlichte am 17.06.2022 einen Instagram-Beitrag, der ihn gemeinsam mit Björn Höcke auf dem AfD-Parteitag in Riesa (SN) zeigt:

„Parteitag in Riesa ist eröffnet. Viele Parteifreunde getroffen... mal schauen was das Wochenende so bringt.“ [sic!]⁵³²

Tobias Stober veröffentlichte am 11.09.2022 einen Instagram-Beitrag, der ihn gemeinsam mit Maik Schmitz und Christina Baum zeigt.⁵³³

Tobias Stober veröffentlichte am 01.04.2023 einen Instagram-Beitrag, der ihn gemeinsam mit Björn Höcke zeigt und diesem zum Geburtstag gratuliert.⁵³⁴

Tobias Stober veröffentlichte am 01.04.2024 einen Instagram-Beitrag, der ihn gemeinsam mit Björn Höcke zeigt und diesem zum Geburtstag gratuliert.

e) Bewertung

Die AfD Niedersachsen distanziert sich nicht von extremistischen Akteuren der Gesamtpartei. Vielmehr integriert sie diese in ihre Aktivitäten und Veranstaltungen. Dadurch wird deutlich, dass deren extremistische Ideologie fester Bestandteil auch des Landesverbandes ist. Dies gilt sowohl für Einzelpersonen als auch für als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Landesverbände wie Thüringen, Sachsen,

⁵³¹ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 05.06.2023.

⁵³² Instagram-Eintrag von Jens Kestner vom 17.06.2022.

⁵³³ Instagram-Eintrag von Tobias Stober vom 11.09.2022.

⁵³⁴ Instagram-Eintrag von Tobias Stober vom 01.04.2023.

Brandenburg oder Sachsen-Anhalt. Vornehmlich anhand der durchgeführten Veranstaltungen wird deutlich, dass Vernetzungsbestrebungen mit extremistischen Teilen der AfD gezielt von niedersächsischen Parteiakteuren sowie Funktionärinnen und Funktionären forciert werden. Demnach lässt sich nicht nur eine fehlende Distanzierung feststellen, sondern weit darüberhinausgehend eine aktive Unterstützung und damit letztlich das Befördern und Verbreiten von entsprechendem Gedankengut. So wird insgesamt deutlich, dass der niedersächsische AfD-Landesverband als integraler Bestandteil der Gesamtpartei auftritt und deren Radikalisierung uneingeschränkt mitträgt. Wie bereits aufgezeigt wurde, ist vor allem Maximilian Krahl in den Jahren 2024 und 2025 häufig als Gast bei Veranstaltungen der AfD Niedersachsen in Erscheinung getreten.

5. Abschließende Bewertung

Die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt und die damit verbundene planmäßige Beobachtung und Aufklärung der „Alternative für Deutschland“ (AfD) – Landesverband Niedersachsen ist zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 1. Var. NVerfSchG erforderlich. Die Voraussetzungen für die Bestimmung zu einem Beobachtungsobjekt sind erfüllt:

Die oben dargelegten Ausführungen zeigen auf, dass Tatsachen vorliegen, die – insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen aus vergleichbaren Fällen – das Vorliegen einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 1. Var. NVerfSchG belegen (§ 6 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG). Im Wesentlichen stützt sich die festzustellende Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte zu Tatsachen auf folgende Eckpfeiler:

- a) **Die AfD Niedersachsen bildet keinen aktiven Gegenpol zu den extremistischen Kräften innerhalb der AfD. Vielmehr unterstützt sie die extremistische Ausrichtung der AfD auf Bundesebene und wirkt an der Meinungsbildung der Gesamtpartei mit.**
- b) **Die extremistischen Teilorganisationen „Der Flügel“ und die „Junge Alternative (JA) Niedersachsen“ sind in den Parteistrukturen personell und ideologisch aufgegangen.**

- c) Ein ethnisch-kultureller Volksbegriff bzw. ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis bilden das Kernelement einer völkisch-nationalistischen Ideologie.
- d) Die pauschale Abwertung von Menschengruppen drückt sich durch Migrant-, Asyl-, Fremden- und Querfeindlichkeit aus.
- e) Die Verächtlichmachung und Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates, seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten, Institutionen sowie anderer politischer Parteien wird durch die AfD Niedersachsen fortlaufend vorangetrieben.
- f) Die Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen zeigen eine gezielt betriebene Vernetzung auf, die sich vorwiegend auf das breit gefächerte Spektrum der Neuen Rechten konzentriert.
- g) In der Gesamtschau ist eine Verstärkung des Rechtsextremismus innerhalb des Landesverbandes festzustellen.

a) Die AfD Niedersachsen entwickelte sich während der Verdachtsphase zunehmend zu einem unterstützend wirkenden Landesverband innerhalb einer sich fortlaufend radikalisierenden Gesamtpartei. Das liberal-konservative Lager nimmt seit längerer Zeit keinen entscheidenden Einfluss mehr auf die politische Ausrichtung der Gesamtpartei, wohingegen die völkisch-nationalistischen Kräfte ihre Machtstellung manifestieren. Darin spiegelt sich auch die bundesweit zu beobachtende politische Homogenisierung wider. Die aufgezeigte Entwicklung sowohl der Bundespartei als auch des niedersächsischen Landesverbandes weist stark darauf hin, dass sich die innerparteilichen Kräfteverhältnisse auf absehbare Zeit nicht ändern werden bzw. sich das Machtgefüge nicht zugunsten der in geringem Ausmaß verbliebenen liberal-konservativen Kräfte verschieben wird.

Alle Landesverbände tragen zur gesamtparteilichen Meinungsbildung bei. Die AfD Niedersachsen fügt sich dabei widerspruchlos in das Gesamtgefüge der AfD ein. Sie ist nicht um Distanzierung bemüht oder versucht, mäßigenden Einfluss auf die ideologisch-programmatische Parteiausrichtung zu nehmen. Vielmehr unterstützt der niedersächsische Landesverband die politische Ausrichtung auf Bundesebene aktiv und pflegt den Kontakt zu gesichert rechtsextremistisch eingestuften AfD-Landesverbänden und extremistischen Parteiakteuren. Dies wird unter anderem durch Dirk Brandes' Funktion als Beisitzer im Bundesvorstand deutlich und konnte

wiederkehrend anhand verschiedener Veranstaltungen wie dem „Neujahrsempfang“ der AfD Northeim am 12.01.2024, den „Harzburger Treffen“ am 18.01.2025 und 12.07.2025 sowie diversen Stammtischen, Bürgerdialogen und weiteren Parteiveranstaltungen beobachtet werden. Neben Björn Höcke, Christina Baum und Hannes Gnauck ist vor allem Maximilian Kraus zu nennen, der seit dem Jahr 2024 an unterschiedlichen Veranstaltungen der AfD Niedersachsen als häufig geladener Gast zugegen war. In der Bewertung der Veranstaltungen zeigt sich, dass Vernetzungsbestrebungen mit extremistischen Teilen der AfD gezielt von niedersächsischen Parteiakteuren sowie Funktionärinnen und Funktionären forciert werden.

b) „Der Flügel“ und die JA Niedersachsen sind in ihrer Gesamtheit in der AfD Niedersachsen aufgegangen. Während die aufgelösten Strukturen des „Flügels“ nicht mehr benötigt werden, da er ideologisch und personell in die Parteistrukturen eingesickert ist, ist die GD näher an die Partei angebunden und somit per Satzung integraler Bestandteil der Mutterpartei. Obwohl die JA aufgelöst ist, werden viele ihrer ehemaligen Mitglieder voraussichtlich prägend für die neu geschaffene Jugendstruktur sein. Dies zeigt sich einerseits durch die Wahl Jean-Pascal Hohms zum Bundesvorsitzenden, der bereits die JA Brandenburg leitete, sowie andererseits durch die Wahl des ehemaligen niedersächsischen JA-Landesvorsitzenden, Adrian Maxhuni, zum stellvertretenden GD-Bundesvorsitzenden. Bei der GD ist somit von einer personellen und ideologischen Beständigkeit auszugehen. Durch die engere Parteienbindung kann zukünftig außerdem verstärkt Einfluss auf die politische Ausrichtung und realpolitische Gestaltung des niedersächsischen Landesverbandes bzw. der Gesamtpartei genommen werden. Mit drei Funktionärinnen und Funktionären ist die AfD Niedersachsen zahlenmäßig am stärksten im GD-Bundesvorstand vertreten. Mit Ausnahme der AfD Nordrhein-Westfalen, die zwei Vertreter im Bundesvorstand stellen, bekleiden alle weiteren AfD-Landesverbände nur jeweils ein Amt. Baden-Württemberg, das Saarland, Hamburg und Bremen sind hingegen nicht im GD-Bundesvorstand repräsentiert.

Ehemalige Anhängerinnen und Anhänger des aufgelösten „Flügels“ und Mitglieder der sich in Auflösung befindenden JA Niedersachsen bekleiden seit der Verdachtsphase teils bedeutende innerparteiliche Positionen: Diese erstrecken sich über Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, Funktionärinnen und Funktionäre und auf

Kommunal- sowie Landesebene bis hin zu Mitarbeitenden bei Abgeordneten. Dadurch gelingt es ihnen, an entscheidenden Stellen der Partei anzudocken, um ihre politischen und ideologischen Anschauungen unmittelbar in die Partei hineinzutragen und anschlussfähig zu machen. So wurde das JA-Mitglied, Landesvorstandsmitglied und Gesicht der „Jungen AfD Niedersachsen“, Micha Fehre, auf einen aussichtsreichen Listenplatz für die Bundestagswahl im Februar 2025 gewählt, wodurch er letztendlich in den Deutschen Bundestag einzog. (Ehemaligen) Mitgliedern der rechtsextremistischen JA wurde und wird durch den Landesverband ganz bewusst die Chance geboten, an der politischen Gestaltung der Partei auf Landes- und Bundesebene zu partizipieren und diese zu repräsentieren. Der ehemalige Vorsitzende der JA-Niedersachsen, Adrian Maxhuni, ist im Zuge der Bundestagswahl im Februar 2025 für einen Abgeordneten der AfD Niedersachsen im Bundestag tätig. Dass diese Gestaltungsmöglichkeit auch über den niedersächsischen Landesverband hinausgeht, wird anhand des ehemaligen JA-Mitglieds Marie-Thérèse Kaiser deutlich, die für die Bundessprecherin Alice Weidel als Mitarbeiterin tätig ist.

c) Eines der ideologischen Kernmerkmale der AfD ist ein ethnisch-kultureller Volksbegriff. Das dahinterstehende Konzept von „Volk“ und „Heimat“ folgt einem ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis, welches zwischen einem ethnischem und einem Staatsvolk differenziert und damit bestimmte Gruppen Staatsangehöriger, insbesondere Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen muslimischen Glaubens, in ethnischer sowie kultureller Hinsicht ausschließt und abwertet. Daran anknüpfend werden rechtsextremistische Verschwörungsnarrative wie der sog. „Große Austausch“ propagiert, welcher ebenfalls eine migrations-, migranten- und islamfeindliche Grundhaltung offenbart. Grundlegend sei durch Einwanderung der Erhalt der Kultur und des Volkes in Gefahr. Die oben zitierten Passagen des Grundsatzprogramms der Bundespartei sowie des Wahlprogramms der AfD Niedersachsen zur Landtagswahl 2022 beschreiben bereits diesen „ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur“, der aufgrund von Migration und der Geburtenrate unter Migranten vorangetrieben werde. Für die AfD ist die ethnisch-kulturelle Identität des Volkes unmittelbar an die ethnische Homogenität gebunden. Die mit diesen Narrativen einhergehende, eindeutige Wertung, nämlich die Verächtlichmachung von Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Migrationshintergrund sowie insbesondere auch solchen muslimischen Glaubens und die Klassifizierung von

Deutschen in solche erster und zweiter Klasse bewegt sich dabei weit jenseits einer noch legitimen, wenngleich polemischen, Kritik an Migrationspolitik oder dem Islam als integralem Bestandteil einer kulturellen Identität. Vielmehr ist mit dem Gedanken einer autochthonen, „deutschen Volksgemeinschaft“, der ein ausschließlich abstammungsbezogener, exklusiver Charakter zukommt, der Ausschluss und die Abwertung anderer Bevölkerungsgruppen verbunden, die davon exkludiert sind und sowohl menschlich als auch rechtlich nicht den gleichen Status genießen sollen. Darin liegt ein Verstoß gegen die in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verankerte Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG, sowie gegen die Gleichheitssätze des Art. 3 Abs. 3 GG.

Die dargelegten Äußerungen⁵³⁵ bzw. wiederholt verwendeten Begrifflichkeiten (wie bspw. das Setzen von deutsch bzw. Deutsche in Anführungszeichen, „Täter mit deutschem Pass“, „Plus- oder Zukunftsdeutsche“ bzw. den „Großen Austausch“ betreffend der Hinweis auf Massenmigration und einer daraus resultierenden, geplanten „Umvolkung“ oder der Darstellung als „Schmarotzer“) belegen in hinreichendem Maße, dass diese Meinung und damit das entsprechende Menschenbild auch von hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern des niedersächsischen Landesverbandes aktiv und öffentlich unwidersprochen verbreitet und entsprechend in die Anhängerschaft, aber auch in die Gesellschaft insgesamt transportiert werden. Dies geschieht in einer teils aggressiven Rhetorik, die dem Gesagten mehr Nachdruck verleihen und Ängste in der Bevölkerung schüren soll.

d) Mit dem von der AfD Niedersachsen propagierten ethnisch-kulturellen Volksbegriff gehen Ressentiments und die pauschale Abwertung bestimmter Menschengruppen einher. Migrantinnen und Migranten sowie Menschen, die der niedersächsische AfD-Landesverband als fremd betrachtet, werden kollektiv negative Attribute zugeschrieben und schließlich als Feindbild dargestellt. So werden sie einerseits durch bestimmte Schlagworte („Goldstücke“, „Invasoren“, „Import“) entmenschlicht und andererseits als Gewaltverbrecher beschrieben, wobei das einzelne Individuum von keiner Relevanz ist. Die Thematisierung einzelner Gewaltverbrechen wird dabei immer wieder genutzt, um gegen die genannten Menschengruppen in Gänze zu agitieren („Messergewalt“, „Messerkultur“, „Messermigration“, „Migrantengewalt“). Bereits der

⁵³⁵ Siehe „4.1.1. Ethnopluralismus“.

mehrfach angesprochene „Einzelfallticker“⁵³⁶, der bewusst Hintergründe und Ursachen von Straftaten ausblendet, sowie die diesbezüglich angeführten Aussagen⁵³⁷ belegen eine der AfD Niedersachsen inhärente Asyl- und Fremdenfeindlichkeit. Darin zeigt sich eine Unvereinbarkeit mit der in Art. 1 Abs. 1 GG verankerten Menschenwürde und den in Art. 3 Abs. 3 GG formulierten Gleichheitsgrundrechten.

Daneben werden sexuelle Minderheiten, insbesondere die LGBTQIA+-Community, durch Vertreterinnen und Vertreter des niedersächsischen Landesverbandes kollektiv verunglimpft, indem unter anderem eine Gleichsetzung mit Pädophilie und damit verbundenem Kindesmissbrauch erfolgt sowie eine Einschränkung ihrer Rechte als Mitglieder der Gesellschaft angedroht wird. Diese Äußerungen⁵³⁸ und die damit verbundenen Forderungen gehen über das bloße Befürworten eines für die AfD traditionell-klassischen Familienmodells hinaus. Die LGBTQIA+-Community wird durch die AfD Niedersachsen undifferenziert als Kollektiv betrachtet und versucht, dieses als Feindbild des gesellschaftlichen Lebens zu etablieren. In der Summe und kontextualen Betrachtung der Aussagen ergibt sich eine konsequente Abwertung und Verletzung der Menschenwürde dieser Personengruppe.

Bestimmte Menschengruppen in ihrer Gesamtheit als Feindbild darzustellen, kann in der Bevölkerung zu feindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber diesen Personengruppen führen und so das gesellschaftliche Zusammenleben beeinträchtigen. Durch die Nutzung einer aggressiven Rhetorik, die durch die regelmäßige Verwendung von gewaltbehafteten Begrifflichkeiten wie „Messermänner“ oder ähnlichem im Zusammenhang mit Migration und anderen Kulturkreisen oder „Kindesmissbrauch“ im Zusammenhang mit der LGBTQIA+-Community illustriert wird, wird ein Bedrohungsszenario erschaffen, das Ängste und Ressentiments gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen und Lebensweisen provozieren soll. Dieses erfährt durch die stetige Wiederholung der entsprechenden Schlagworte durch hochrangige Funktionärinnen und Funktionäre eine besondere Wirkkraft und prägt damit den Landesverband insgesamt. Widerspruch oder Kritik an derartigen Äußerungen ist nicht erkennbar. Die beharrliche Verbreitung dieser Narrative durch bedeutende Personen des Landesverbandes zeigt auf, dass es sich nicht nur um Entgleisungen Einzelner handelt. Das dadurch entstehende „Wir gegen die“-Gefühl kann letztlich auch in der

⁵³⁶ Siehe „3.1. Ideologische Ausrichtung“, S. 32 f.

⁵³⁷ Siehe „4.1.2.1. Migrantinnen, Asyl- und Fremdenfeindlichkeit“.

⁵³⁸ Siehe „4.1.2.2. Queerfeindlichkeit“.

Ausübung physischer Gewalt gegen diese Personengruppen münden, welche aufgrund der geschaffenen Feindbilder überdies als legitim, da gerechtfertigt, empfunden wird.

e) Die Verächtlichmachung und Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates, seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten und Institutionen sowie anderer politischer Parteien durch die AfD Niedersachsen verlässt den Rahmen einer sachlichen oder auch zugespitzten Kritik und Auseinandersetzung. Sie soll das Vertrauen der Bevölkerung in die verfassungsmäßige Ordnung grundlegend erschüttern, sodass die freiheitliche demokratische Grundordnung grundsätzlich infrage gestellt wird. Gleichzeitig geriert sich die AfD Niedersachsen jedoch als einzig verbliebene demokratische Partei sowie als Bewahrerin der Demokratie und attestiert den anderen Parteien ausdrücklich oder implizit antidemokratisches Verhalten. Der niedersächsische AfD-Landesverband nutzt dazu auch bestimmte Schlagworte und Kampfbegriffe (u.a. „Kartellparteien“, „Blockparteien“, „Systempartei“, „Altparteien-Kartell“)⁵³⁹. andere politische Parteien werden kontinuierlich und systematisch diskreditiert, indem ihnen kriminelles und antidemokratisches Handeln unterstellt und in der Folge die Existenzberechtigung als legitime Wettbewerber im Parteienwettbewerb gänzlich abgesprochen wird.

Um den demokratischen Wesenskern der Bundesrepublik Deutschland zu negieren, die Gewaltenteilung zu leugnen und das System grundlegend herabzuwürdigen, greift die AfD Niedersachsen zudem auf eine Gleichsetzung mit nichtdemokratischen Systemen zurück.⁵⁴⁰ Dabei wird auch von niedersächsischen Mandatsträgern und Funktionären immer wieder die DDR als konkretes Beispiel herangezogen („DDR 2.0“, „Die DDR ist wieder da“, „SED-Diktatur“). Die anderen Parteien würden ausschließlich im Sinne des diktatorischen Systems agieren, wodurch die AfD den Eindruck vermittelt, die einzig verbliebene demokratische Partei zu sein.

Darüber hinaus nutzen vorwiegend niedersächsische AfD-Kreisverbände eine verharmlosende und relativierende Darstellung des Nationalsozialismus, um den Rechtsstaat, die Parteien und ihr Handeln sowie die politischen Gegebenheiten der

⁵³⁹ Siehe „4.2.1. Parlamentarismus und Demokratie, Nutzung von Begrifflichkeiten wie ‚Systempartei‘, ‚Kartellpartei‘, ‚Blockpartei‘“.

⁵⁴⁰ Siehe „4.2.2. Gleichsetzung mit nichtdemokratischen Systemen und deren Relativierung“.

heutigen Zeit mit ihm zu vergleichen⁵⁴¹. Dabei werden oftmals konkrete gesellschaftlich-politische Themen (Regenbogenfahne, Sprachanpassung und Bücherverbrennung, AfD-Verbot) mit dem Nationalsozialismus oder der NSDAP gleichgesetzt.

In der Summe sind die Äußerungen nicht mit Art. 20 Abs. 1, 2 und 3 GG vereinbar, sodass sich insgesamt ein ablehnendes Verständnis des Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip der AfD Niedersachsen ergibt. Dieses wird durch die immer wiederkehrenden entsprechenden Verlautbarungen von Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern sowie Kreisverbänden unwidersprochen in die Fläche getragen und prägt somit den Landesverband. Es erfolgt keine Auseinandersetzung in der Sache, sondern eine pauschalisierende Herabwürdigung des politischen Systems, seiner Vertreterinnen und Vertreter sowie seiner Institutionen. Dabei wird vorwiegend das Demokratieprinzip verächtlich gemacht, wodurch mittelbar jedoch auch das Rechtsstaatsprinzip tangiert wird. Dies ergibt sich dabei in erster Linie aus der beschriebenen Herabsetzung von anderen Parteien sowie der Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit nichtdemokratischen Systemen wie dem Dritten Reich oder der DDR. Äußerungen, die das Rechtsstaatsprinzip grundsätzlich angreifen, lassen sich im bewertungsrelevanten Zeitraum jedoch nicht feststellen. Weiterhin muss betont werden, dass keine Belege dafür vorliegen, dass der niedersächsische Landesverband den Nationalsozialismus oder einzelne mit ihm verbundene Ideologeme verherrlicht oder befürwortet. Die Gleichsetzung mit der Bundesrepublik Deutschland dient – neben einer Verharmlosung des historischen Nationalsozialismus – vielmehr dazu, das bestehende demokratische System als Ganzes in Frage zu stellen und zu delegitimieren.

f) Die Verbindungen von Mitgliedern der AfD Niedersachsen zu als rechtsextremistisch eingestuft Organisationen und Akteuren wird einerseits auf einer Ebene der Sympathiebekundung und andererseits auf einer inhaltlich-programmatischen bzw. strukturellen Ebene deutlich.⁵⁴² Neben der Teilnahme an Veranstaltungen und dem Teilen und Weiterverbreiten von Inhalten sind es vor allem die strukturellen Vernetzungen, bei der Akteure des niedersächsischen AfD-Landesverbandes aktiv das Programm rechtsextremistischer Organisationen mitgestalten. Im Fall von

⁵⁴¹ Siehe „4.3. Positionierung zum Nationalsozialismus und revisionistische/verharmlosende Aussagen/Positionen“.

⁵⁴² Siehe „4.5. Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen und Akteuren“.

„COMPACT“ und „Ein Prozent“ kann eine langjährige Zusammenarbeit nachgewiesen werden. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Dietmar Friedhoff schrieb wiederum regelmäßig über einen mehrjährigen Zeitraum Beiträge für „PI-News“. In dem vorliegenden Umfang entfaltet die Unterstützung rechtsextremistischer Organisationen und Akteure Verfassungsschutzrelevanz.

g) Die Verlängerung der Verdachtsphase wurde seinerzeit dadurch begründet, dass eine Tendenz hin zu einer rechtsextremistischen Ideologie erkennbar gewesen ist, aber noch nicht abschließend beurteilt werden konnte, ob diese für den Landesverband in seiner Gesamtheit prägend ist. So bestand eine adäquate und angemessene Möglichkeit, die weitere Entwicklung der Partei auf Bundes- und Landesebene zu beobachten, um zu einer die Verdachtsphase abschließenden Bewertung zu gelangen. Der AfD-Landesverband Niedersachsen ist integraler Bestandteil eines parteilichen Gesamtgefüges, wodurch auch Meinungsäußerungen und Aktivitäten von Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern des AfD-Bundesverbandes sowie anderer Landesverbände für die Bewertung herangezogen werden können.⁵⁴³

In der Gesamtschau kann festgestellt werden, dass eine rechtsextremistische Ideologie mittlerweile den Konsens innerhalb der Gesamtpartei und auch des Landesverbandes Niedersachsen bildet. Die – oftmals in aggressiver und konfrontativer Sprache vorgetragenen – verfassungsfeindlichen Äußerungen und Verhaltensweisen prägen den Charakter der Partei, der von einer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnenden Grundtendenz beherrscht wird. Dies gilt gleichermaßen für die Mitwirkung am öffentlichen Diskurs und die Außendarstellung des Landesverbandes. Die angeführten Belege umfassen alle strukturellen Ebenen des niedersächsischen Landesverbandes: Sowohl Kreisverbände, die offiziellen Kanäle des Landesverbandes als auch Abgeordnete sowie Funktionärinnen und Funktionäre finden sich in den zuvor dargestellten Belegstellen wieder.

Funktionärinnen und Funktionäre sowie Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD Niedersachsen kommt als zentrales Sprachrohr des Landesverbandes eine gewichtige Rolle zu. Sie sind maßgeblich für die Meinungsbildung und politische Ausrichtung der AfD Niedersachsen verantwortlich. Von der Parteibasis erfahren sie

⁵⁴³ Siehe „3.2. Gliederung der AfD“.

keinerlei Widerspruch: Die vielfachen verfassungsteuendlichen Äußerungen und Verhaltensweisen führen weder zu Sanktionen noch zu einem Verlust der Wirkungs- oder Gestaltungsmacht. Vielmehr ist anhand der Reaktionen, der steigenden Mitgliederzahlen sowie auch unter Berücksichtigung des derzeitigen Wahlrends in Niedersachsen erkennbar, dass ihre Positionen auf eine starke Zustimmung innerhalb des gesamten Landesverbandes stoßen und somit mittlerweile die verfestigte politisch-ideologische Basis darstellen. Folglich lässt sich somit auf inhaltlicher Ebene ein verfassungsteuendlich geprägtes Gesamtbild attestieren. Dies ist hier, aufgrund der Größe des Personenzusammenschlusses, von hoher Bedeutsamkeit. Aufgrund hoher Mitgliederzahlen – der Landesverband der AfD Niedersachsen zählt aktuell mehr als 8.000 Mitglieder – lassen sich nicht die Ziele sämtlicher Mitglieder bei der Bewertung berücksichtigen, weshalb das vorherrschende inhaltlich prägende Gesamtbild von entscheidender Relevanz ist. Innerparteiliche Kräfte des Landesverbandes, die sich gegen die politische Ausrichtung und getätigten Äußerungen aussprechen, sind nicht wahrnehmbar. Folglich ist auch nicht davon auszugehen, dass die verfassungsteuendliche Prägung der AfD Niedersachsen in naher Zukunft umgekehrt wird.

Aussagen, die mit der Menschenwürde unvereinbar sind, bilden insgesamt den inhaltlichen Schwerpunkt der relevanten Belege. Obwohl die Einstufung und Verlängerung des Verdachtsobjekts durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz öffentlich bekanntgegeben und inhaltlich dahingehend begründet wurde, konnte in den Äußerungen und Verhaltensweisen keine Mäßigung registriert werden. Vor allem die Agitation gegen die Menschenwürde wurde nahtlos fortgesetzt, sodass eine qualitative sowie quantitative Verstetigung während der Verdachtsphase festzustellen ist. Auch aus der Rechtsprechung des VG Köln und OVG Münster, die sich hauptsächlich auf das von der AfD vertretene Volksverständnis und die damit verbundenen Verstöße gegen die Menschenwürde bezogen haben, zieht weder die AfD als Gesamtpartei noch der Landesverband Konsequenzen. Im Gegenteil werden Aussagen und Narrative, die wissentlich nicht mit der Menschenwürde vereinbar sind, sogar bewusst weiterverbreitet und verteidigt. Das zeigt sich beispielhaft in einigen der bereits genannten Zitate zum Ethnopluralismus (KV Wolfsburg: „Man darf es ruhig aussprechen, auch wenn es der Verfassungsschutz gleich wieder in seine Akten schreibt: Es ist Umvolkung und es ist real!“; KV Osterholz-Verden: „Natürlich gibt es ein Volk. Ein Staatsvolk, ein Deutsches Volk. Auch wenn der Regierungsschutz, ähm

der Verfassungsschutz anderer Meinung ist.“ [sic!]; KV Wolfsburg: „Der Verfassungsschutz beäugt es ja mit Argwohn und wer das böse Wort trotzdem in den Mund nimmt, kommt auf die schwarzen Listen, aber es ist ein Fakt und nicht mehr abzustreiten: Umvolkung findet statt [...]“).

Gleichzeitig nutzt die AfD Niedersachsen das Aufgreifen bestimmter Schlagworte, um sich in eine Opferrolle zu begeben. In widerstandskämpferischer Manier versteht sie sich als einzig verbliebenes demokratisches Sprachrohr gegen ein zunehmend repressives System und macht somit faktisch einen Alleinvertretungsanspruch gegenüber anderen Parteien und staatlichen Institutionen geltend.

Entlastende Belege sind hingegen kaum zu finden; die wenigen vorhandenen haben eher relativierenden Charakter und sind als bloße Schutzbehauptungen zu werten.

Die Aussage „Unzählige Menschen sind bereits Opfer ‚Schutzsuchender‘ geworden. Dass sich natürlich nicht alle und auch nicht die Mehrheit der Asylbewerber an Verbrechen beteiligen, ist ein schwacher Trost angesichts dieses ungeheuren Leids.“ (AfD-Fraktion im Landtag) wirkt im Kontext gegenteiliger Äußerungen wie eine bewusst taktisch getroffene Formulierung, um den Vorwurf der pauschalen Abwertung Geflüchteter als Gewaltverbrecher zu entkräften und sich weniger angreifbar zu machen. Gleiches gilt für die Aussage des niedersächsischen Landesverbandes bzw. des Landesvorsitzenden Ansgar Schledde vom 04.07.2024:

„Deutsche mit Migrationshintergrund gehören zu uns! ‚Ich sage es persönlich als Landesvorsitzender unserer AfD Niedersachsen‘, so Ansgar Schledde, MdL Niedersachsen, ‚wir bekennen uns vollständig und vorbehaltlos zum deutschen Staatsvolk als Summe aller Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. So sieht es das Grundgesetz, so sieht es die AfD. Alle deutschen Staatsangehörigen besitzen dieselben Rechte und Pflichten. Dabei spielt es keine Rolle, wie lang oder kurz die Einbürgerung schon zurückliegt.“⁵⁴⁴

In Anbetracht der oben aufgeführten, gegenteiligen Aussagen, ist dieses „Bekenntnis“ ebenfalls ausschließlich als taktisches Vorgehen zu bewerten, da sich die Verhaltensweisen der AfD Niedersachsen auch anschließend nicht änderten. Bereits am 18.01.2021 gab der AfD-Bundesvorstand eine vergleichbare „Erklärung zum

⁵⁴⁴ Facebook-Eintrag der AfD Niedersachsen vom 04.07.2024.

deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität – ab, die vom Landesvorstand, (ehemaligen) Landesvorsitzenden und auch vom JA-Bundesvorsitzenden unterzeichnet wurde und keine Mäßigung zur Folge hatte, sondern durch Aussagen von Vertreterinnen und Vertretern der AfD bundesweit fortlaufend konterkariert wurde.

Im Ergebnis muss konstatiert werden, dass die während der Verdachtsphase angefallenen Erkenntnisse belegen, dass es sich bei der „Alternative für Deutschland (AfD) – Landesverband Niedersachsen“ um eine rechtsextremistische Bestrebung handelt, deren Bestimmung zum Beobachtungsobjekt mithin geboten ist.

⁵⁴⁶ Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität vom 18.01.2021.

Anhang

Personenglossar

Die Funktionsübersicht der genannten Personen beruht auf Eigenangaben und im Internet offen recherchierbaren Informationen. Bei Personen, die ausschließlich Funktionen außerhalb Niedersachsens wahrnehmen, wird auf die Nennung kommunaler Mandate und Kreisverbandsfunktionen verzichtet. Das Personenglossar erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Name, Vorname	Funktion	ehemalige Funktion
Arndt, Anja	MdEP (seit 2024), Vorsitzende des Kreisverbandes Ostfriesland	
Baum, Christina	MdB (seit 2021)	stv. Vorsitzende des Landesverbandes Baden-Württemberg (2013-2017), Beisitzerin des Bundesvorstandes (2022-2024)
Beck, Gunnar		MdEP (2019-2024)
Behrendt, Vanessa	MdL (seit 2022), Beisitzerin des Landesvorstandes (seit 2025)	
Bendels, David	Chefredakteur Deutschland Kurier	
Berndt, Hans-Christoph	MdL Brandenburg (seit 2019), Vorsitzender der AfD-Fraktion BB (seit 2020), stv. Vorsitzender des Landesverbandes BB (seit 2024)	
Bilge, Leyla	AfD-Mitglied Bayern	
Bothe, Stephan	MdL (seit 2017), 3. stv. Vorsitzender des Landesvorstandes, Vorsitzender des Kreisverbandes Lüneburg, Mitglied des Kreistags Lüneburg (seit 2016), Mitglied des Rates der Samtgemeinde Amelinghausen (seit 2023)	
Brandes, Dirk	MdB (seit 2021), Beisitzer des Bundesvorstandes (seit 2024), Vorsitzender des Kreisverbandes Hannover-Land (seit 2018),	stv. Vorsitzender des Kreisverbandes

Name, Vorname	Funktion	ehemalige Funktion
	Geschäftsführer der Regionsfraktion Hannover (seit 2016)	Hannover-Land (2013-2014)
Braune, Robin		stv. Landesvorsitzender der JA Niedersachsen
Brockmann, Jens-Christoph	MdL (seit 2022), parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion, Wahlkampfkoordinator des Landesverbandes, 1. stv. Vorsitzender des Landesvorstandes, Vorsitzender des Kreisverbandes Celle, Mitglied des Kreistags Celle, Ratsmitglied der Gemeinde Südheide	stv. Vorsitzender des Landesvorstandes (2022-2024), Büroleiter des ehem. MdB Thomas Ehrhorn
Bystron, Petr	MdEP (seit 2024)	MdB (2017-2024), Vorsitzender des Landesverbandes BY (2015-2017)
Chrupalla, Tino	MdB (seit 2017), Vorsitzender der Bundestagsfraktion (seit 2021), Bundessprecher der AfD (seit 2019)	Vorsitzender des Kreisverbandes Görlitz (2017-2021)
Cornelius, Otto	Vorsitzender und Vorstandssprecher des Kreisverbandes Ammerland	
Cotar, Joana		MdB (2017-2022 als Mitglied der AfD-Fraktion, ab 2022-2025 fraktionslos)
Dörhöfer, Christian	Schifführer des Landesvorstandes, Vorsitzender der Kreistagsfraktion Uelzen, Vorsitzender des Kreisverbandes Uelzen, Büroleiter Olaf Hilmer (MdB)	
Ehrhorn, Thomas		MdB (2017-2025)
Fehre, Micha	MdB (seit 2025), Beisitzer des Landesvorstandes	JA-Mitglied
Fiß, Daniel	Mitarbeiter im Landtag MV	Mitglied der Jugendorganisation der NPD, zweiter

Name, Vorname	Funktion	erfahrene Funktion
		Bundvorsitzender der „Identitären Bewegung“
Friedhoff, Dietmar	zuletzt Kandidat bei der Landratswahl im Landkreis Ludwigslust-Parchim (MV) im Mai 2025	MdB (2017-2025), stv. Vorsitzender des Kreisverbandes Hannover-Land
Gehrckens, Julia	Beisitzerin im GD-Bundesvorstand	
Gnauck, Hannes	MdB (seit 2021)	Vorsitzender der JA (2022-2025)
Goßner, Hans-Jürgen	MdB (seit 2025)	MdL Baden-Württemberg (2021-2025)
Goes, Reinhild	Stellvertretende Finanzbeauftragte im GD-Bundesvorstand	
Hampel, Armin-Paulus		MdB, Beisitzer des Bundesvorstandes (2015-2017), Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen (2013-2018), Mitglied des Kreistags Uelzen
Helferich, Matthias	MdB (seit 2021)	Landesvorstandsmitglied des Landesverbandes NRW (02/2024-06/2024)
Henze, Stefan	MdB (seit 2025), Regionsabgeordneter der AfD- Regionsfraktion Hannover	MdL (2017-2022), Vorsitzender des Kreisverbandes Hannover-Land (2014- 2018), stv. Fraktionsvorsitzender der AfD-Landtagsfraktion Niedersachsen (2017- 2020)
Hohm, Jean-Pascal	MdL Brandenburg (seit 2024), Vorsitzender im GD-Bundesvorstand	Landesvorsitzender der JA Brandenburg
Höcke, Björn	MdL Thüringen (seit 2014), Vorsitzender der Landtagsfraktion Thüringen (seit September 2014), Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen (seit 2013)	

Name, Vorname	Funktion	Ehemalige Funktion
Hütter, Carsten	MdL Sachsen (seit 2014), Mitglied des Bundesvorstandes (seit 2019), Bundesschatzmeister des Bundesvorstandes (seit 2020)	stv. Schatzmeister des Bundesvorstandes (2019-2020)
Iloff, Andreas-Dieter	Vorsitzender des Kreisverbandes Diepholz, Mitglied des Kreistags Diepholz (seit 2017)	
Jahn, Dennis	MdL (seit 2022), Beisitzer des Landesvorstandes, Mitglied des Kreistags Celle (seit 2021)	Wahlkampfkoordinator für den Landesverband
Julitz, Maik	Vorsitzender des Kreisverbandes Stade, Mitglied des Kreistags Stade	
Kaiser, Marie-Thérèse	Mitarbeiterin im Bundestag bei MdB Alice Weidel, Vorsitzende Kreisverband Rotenburg/Wümme, Mitglied des Kreistags Rotenburg/Wümme	Mitglied des Landesvorstandes
Kaiser, Benedikt	Mitarbeiter eines MdB, Publizist der Neuen Rechten	
Keller, Jens	Ratsherr und Fraktionsvorsitzender im Rat der Landeshauptstadt Hannover, Bezirksratsherr und stv. Fraktionsvorsitzender im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt	
Kestner, Jens	Ehrevorsitzender des Kreisverbandes Northeim	Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen (2020-2022), MdB (2017-2021)
Kever, Rocco	MdB (seit 2025), stv. Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Wahlkampfkoordinator des Landesverbandes Niedersachsen, Regionsabgeordneter in der Regionsfraktion Hannover	
Klages, Delia	MdL (seit 2022), 2. stv. Vorsitzende des Landesverbandes, Landesprogrammkoordinatorin, Vorsitzende des Kreisverband Weserbergland, Ratsmitglied	Mitarbeiterin im Bundestag für die Bundestagsfraktion

Name, Vorname	Funktion	ehemalige Funktion
	Gemeinde Emmerthal, Vorsitzende der Kreistagsfraktion Hameln-Pyrmont	
Klemm, Paul	Chef „COMPACT-TV“	
Kotré, Lena	MdL Brandenburg (seit 2019)	
König, Jörn	MdB (seit 2017), Vorsitzender des Kreisverbandes Hannover-Stadt (seit 2015)	Gründungsmitglied der AfD Niedersachsen, stv. Vorsitzender des Landesverbandes (2015-2018)
Krah, Maximilian	MdB (seit 2025)	MdEP (2019-2025), Mitglied des Bundesvorstandes (2022-2024)
Kubitschek, Götz	Gründer des Instituts für Staatspolitik (IfS), Verleger/Geschäftsführer Verlag Antaios	
Lilienthal, Peer	MdL (seit 2017), Schatzmeister des Landesverbandes	Mitglied der Regionsversammlung Region Hannover (2016-2018)
Mandalka, Lothar	Fraktionsvorsitzender und Ratsmitglied im Stadtrat Delmenhorst (seit 2022)	
Marzischewski-Drewes, Stefan	MdL (seit 2022), stv. Vorsitzender des Kreisverbandes Gifhorn, Vorsitzender der Kreistagsfraktion Gifhorn	Vorsitzender der Landtagsfraktion (2022-2024)
Maxhuni, Adrian	Stellvertretender Vorsitzender im GD-Bundesvorstand, Mitarbeiter im Bundestag für MdB Marcel Queckemeyer, stv. Vorsitzender des Kreisverbandes Osnabrück, Fraktionsvorsitzender im Rat der Samtgemeinde Bersenbrück, Ratsmitglied der Gemeinde Gehrde	Landesvorsitzender der JA Niedersachsen

Name, Vorname	Funktion	ehemalige Funktion
Meißner, Rudolf	Beisitzer des Landesvorstandes, Vorsitzender der Stadtratsfraktion Peine	
Meuthen, Jörg	stv. Vorsitzender der Partei Werteunion	Bundessprecher der AfD (2015-2022)
Meyer, Florian	Beisitzer des Landesvorstandes, Vorsitzender des Kreisverbandes Osnabrück-Stadt	
Moriße, Thorsten	MdL (seit 2022), Mitglied des Rates der Stadt Wilhelmshaven	
Najafi, Omid	MdL (seit 2022)	
Nilz, Sonja	Generalsekretärin des Landesvorstandes, Vorsitzende des Kreisverbandes Peine	
Paul, Andreas	MdB (seit 2025), Vorsitzender des Kreisverbandes Oldenburg-Stadt, Ratsherr im Stadtrat Oldenburg	
Preuß, Robert	Mitarbeiter im Bundestag für die Bundestagsfraktion, Mitglied der Stadtratsfraktion Gifhorn Vorsitzender des Kreisverbandes Gifhorn	
Queckemeyer, Marcel	MdB (seit 2025), Beisitzer des Landesvorstandes, Vorsitzender des Kreisverbandes Osnabrück-Land, Mitglied des Kreistags Osnabrück	MdL (2022-2025)
Reichardt, Martin	MdB (seit 2017), Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt	
Rinck, Frank		MdB (2021-2025), Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen (2022- 2024), Landesvorstandsmitglied (2018-2020), stv. Fraktionsvorsitzender im Kreistag Uelzen (2021- 2023), Vorsitzender des Kreisverbandes Uelzen

Name, Vorname	Funktion	ehemalige Funktion
Rudzka, Angela	MdB (seit 2025), Landesschiedsrichterin der AfD Niedersachsen seit 2024	Leiterin der Landesgeschäftsstelle (2018-2020)
Rykena, Harm	MdL (seit 2017), Vorsitzender des Kreisverbandes Oldenburg-Land	
Schledde, Ansgar	MdL (seit 2022), Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen (seit 2024)	
Schmidt, Gernot	Aktivist der Identitären Bewegung Österreich	
Schmidt, Jan Wenzel	MdB (seit 2021)	MdL Sachsen Anhalt (2016-2021)
Schmitz, Maik	Vorsitzender des Kreisverbandes Northeim, Fraktionsvorsitzender im Kreistag Northeim	
Schülke, Jessica	MdL (seit 2022), Vorsitzende des Stadtverbandes Wunstorf	
Schumacher, Kim	Vorsitzender des Stadtverbandes Bad Harzburg	
Seibt, Naomi	AfD-nahe Influencerin der Neuen Rechten	
Shahini, Rabea	stv. Vorsitzende des Kreisverbandes Peine	Mitarbeiterin der Landtagsfraktion (2022- 2024), Mitarbeiterin bei Gunnar Beck (ehem. MdEP)
Sichert, Martin	MdB (seit 2017), Vorsitzender des Kreisverbandes Friesland-Wittmund seit 2024	stv. Landesvorsitzender im Gründungsvorstand AfD Bayern, Vorsitzender der AfD Bayern
Siegmund, Ulrich	MdL Sachsen-Anhalt (seit 2016), Vorsitzender der Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt	
Springer, René	MdB (seit 2017), Vorsitzender des Landesverbandes BB (seit 2024)	stv. Vorsitzender des Landesverbandes BB (2022-2024), Mitarbeiter

Name, Vorname	Funktion	ehemalige Funktion
		der Landtagsfraktion BB (2014-2017)
Steinbach, Erika	Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (seit 2017)	MdB CDU/CSU
Stober, Tobias	Mitarbeiter im Bundestag für die Bundestagsfraktion, Mitglied des Kreistags Helmstedt, Ratsherr des Stadtrates Königslutter am Elm	Justiziar des JA-Landesvorstandes Niedersachsen, Mitglied des Landesvorstandes (2021-2022)
Strotmann, Oliver	stv. Vorsitzender des Kreisverbandes Stade	
Tillschneider, Hans-Thomas	MdL Sachsen-Anhalt (seit 2016), stv. Vorsitzender der Landtagsfraktion Sachsen Anhalt	
Uhr, Martina	MdB (seit 2025)	
Vierfuß, Gerhard	zuletzt Kandidat bei der Kommunalwahl in Brandenburg 2024	Mitglied Landesschiedsgericht (2018-2022), Präsident des Landesschiedsgerichts, Vorsitzender des Kreisverbandes Oldenburg, Ratsherr des Stadtrats Oldenburg
Vincentz, Martin	MdL NRW (seit 2017), Vorsitzender des Landesverbandes NRW, Vorsitzender der Landtagsfraktion NRW	
Vogel, Carsten	Beisitzer des Landesvorstandes, Vorsitzender des Kreisverbandes Heidekreis	
Weidel, Alice	MdB (seit 2017), Vorsitzende der Bundestagsfraktion	
Wichmann, Klaus	MdL (seit 2017), Vorsitzender der Landtagsfraktion	Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion

Name, Vorname	Funktion	erfahrene Funktion
Zimmermann, Christian	Ratsmitglied Gemeinde Friedland	Schatzmeister der JA Niedersachsen, Vorsitzender des Kreisverbandes Göttingen
Zimniok, Bernhard		MdEP (2019-2024)

NWUS

Zeichnung erfolgt durch:

5	[REDACTED]
[REDACTED]	

Frau Ministerin mit der Bitte um Zeichnung:

Das oben genannte Objekt wird mit Wirkung vom heutigen Tag zum Beobachtungsobjekt bestimmt. Die Bestimmung ist gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG bis zum 09. 02. 2020 befristet.

Hannover, den 09. 02. 2020



Ministerin
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Digitalisierung



Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Digitalisierung

Referat 53: 53 [REDACTED]

Aktenzeichen: [REDACTED]

Die VS-Einstufung endet mit
Ablauf des Jahres 2056

Hannover, 27.01.2026

- 15 - Seiten

1. Ausfertigung Ref. 53

Bestimmung eines Beobachtungsobjektes von erheblicher Bedeutung gemäß § 6 Abs. 6 NVerfSchG

Erstantrag

Bezug: Bestimmung eines Beobachtungsobjektes: Alternative für Deutschland
(AfD) – Landesverband Niedersachsen.
[REDACTED]

1. Antrag

Die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt und die damit verbundene planmäßige Beobachtung und Aufklärung des nachstehend aufgeführten Personenzusammenschlusses nach § 4 Abs. 1 NVerfSchG ist zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 1. Var. NVerfSchG erforderlich. Die Voraussetzungen für die Bestimmung zu einem Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung sind erfüllt. Es liegen Tatsachen vor, die – insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen aus vergleichbaren Fällen – das Vorliegen einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 1. Var. NVerfSchG belegen und die Einstufung als Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung erforderlich machen (§ 6 Abs. 6 NVerfSchG).

Name und Abkürzung des Objektes

Alternative für Deutschland (AfD) – Landesverband Niedersachsen

Phänomenbereich

Rechtsextremismus

Organisationsform

Politische Partei

Bestimmung zum Beobachtungsobjekt gemäß § 6 NVerfSchGErfolgt durch Fachministerentscheidung vom 10.02. 2026Aktenzeichen: [REDACTED]Befristet bis 09.02. 2030

Tragende Gründe:

Für die ausführliche Begründung und die vollständige Materialsammlung wird auf die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt verwiesen.

Die Bestimmung der AfD Niedersachsen zum Beobachtungsobjekt ist das Ergebnis einer abschließenden Bewertung des bisherigen Beobachtungszeitraums, beginnend ab Mai 2022 mit der erstmaligen Einstufung zum Verdachtsobjekt, das im Mai 2024 einmalig um zwei weitere Jahre verlängert wurde. Es galt zu bewerten, ob sich die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte der Verdachtsphase derart zu Tatsachen verdichten haben, dass eine weitere Beobachtung der AfD Niedersachsen gerechtfertigt ist. Die Bewertung beruht auf der Grundlage einer Materialsammlung, die Belege für ein verfassungsfeindliches Bestreben der AfD Niedersachsen zusammenfasst.

Die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt stützt sich im Wesentlichen auf sechs Eckpfeiler:

- 1. Die AfD Niedersachsen bildet keinen aktiven Gegenpol zu den extremistischen Kräften innerhalb der AfD. Vielmehr unterstützt sie die extremistische Ausrichtung der AfD auf Bundesebene und wirkt an der Meinungsbildung der Gesamtpartei mit.**

Die AfD Niedersachsen entwickelte sich während der Verdachtsphase zunehmend zu einem unterstützend wirkenden Landesverband innerhalb einer sich fortlaufend radikalierenden Gesamtpartei. Das liberal-konservative Lager nimmt seit längerer Zeit keinen entscheidenden Einfluss mehr auf die politische Ausrichtung der Gesamtpartei, wohingegen die völkisch-nationalistischen Kräfte ihre Machtstellung manifestieren. Darin spiegelt sich auch die bundesweit zu beobachtende politische Homogenisierung wider. Die AfD Niedersachsen fügt sich dabei widerspruchslos in das Gesamtgefüge der AfD ein. Sie ist nicht um Distanzierung bemüht oder versucht, mäßigenden Einfluss auf die ideologisch-programmatische Parteiausrichtung zu nehmen. Vielmehr unterstützt der niedersächsische Landesverband die politische Ausrichtung auf Bundesebene aktiv und pflegt den Kontakt zu gesichert rechtsextremistisch eingestuften AfD-Landesverbänden und extremistischen Parteiakteuren.

Beispiele (Veranstaltungen):

Wahlkampfunterstützung anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen des AfD-Kreisverbandes Oldenburg-Land in Bautzen vom 31.07.-04.08.2024: Micha Fehre (MdB), Harm Rykena (MdL)¹

Wahlkampfunterstützung anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen des AfD-Kreisverbandes Hannover-Land im August 2024: Dirk Brandes (MdB, Beisitzer Bundesvorstand), Stefan Henze (MdB), Maximilian Krah (MdB)²

„Jung und kompetent statt jung & naiv“ des AfD-Kreisverbandes Hannover-Land in Wunstorf am 23.10.2024: Jessica Schülke (MdL), Omid Najafi (MdL), Hannes Gnauck (MdB)³

„Harzburger Treffen“ des AfD-Stadtverbandes Bad Harzburg (KV Goslar) in Bad Harzburg am 18.01.2025: Maximilian Krah (MdB), Hans-Thomas Tillschneider (MdL), Martin Reichardt (MdB, Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt), Omid Najafi (MdL)⁴

Besuch von Björn Höcke beim AfD-Kreisverbandsvorsitzenden (KV Goslar) Main Müller im Juli 2025.⁵

2. Die extremistischen Teilorganisationen „Der Flügel“ und die „Junge Alternative (JA) Niedersachsen“ sind in den Parteistrukturen personell und ideologisch aufgegangen.

„Der Flügel“ und die JA Niedersachsen sind in ihrer Gesamtheit in der AfD Niedersachsen aufgegangen. Während die aufgelösten Strukturen des „Flügels“ nicht mehr benötigt werden, da er ideologisch und personell in die Parteistrukturen eingesickert ist, ist die Jugendorganisation näher an die Partei angebunden und somit per Satzung integraler Bestandteil der Mutterpartei. Ehemalige Anhängerinnen und Anhänger des aufgelösten „Flügels“ und Mitglieder der sich noch in Auflösung befindenden JA Niedersachsen bekleiden seit der Verdachtsphase teils bedeutende innerparteiliche Positionen: Diese erstrecken sich über Mandatsträgerinnen und

¹ Facebook-Eintrag der AfD Oldenburg-Land vom 08.08.2024.

² Facebook-Eintrag von Dirk Brandes vom 30.08.2024; Facebook-Eintrag von Stefan Henze vom 02.09.2024.

³ Instagram-Eintrag von Jessica Schülke vom 25.10.2024.

⁴ Facebook-Eintrag der AfD Osterwieck vom 19.01.2025.

⁵ Goslarsche Zeitung; „Stress in der AfD: Björn Höcke besucht Kreisvorsitzenden in Seesen“ vom 12.07.2025. Online unter: <https://www.goslarsche.de/lokales/afd-hoecke-besuch-goslar-mueller-schledde-irritiert-672692.html>.

Mandatsträger, Funktionärinnen und Funktionäre und auf Kommunal- sowie Landesebene bis hin zu Mitarbeitenden bei Abgeordneten.

Beispiele:

Das ehemalige JA-Mitglied Micha Fehre (MdB) ist Beisitzer im Landesvorstand.

Das ehemalige JA-Mitglied Marie-Thérèse Kaiser 2024 arbeitet als Bürosachbearbeiterin der AfD-Fraktionsvorsitzenden sowie als persönliche Mitarbeiterin der AfD-Bundessprecherin Alice Weidel.

3. Ein ethnisch-kultureller Volksbegriff bzw. ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis bilden das Kernelement einer völkisch-nationalistischen Ideologie.

Eines der ideologischen Kernmerkmale der AfD ist ein ethnisch-kultureller Volksbegriff. Das dahinterstehende Konzept von „Volk“ und „Heimat“ folgt einem ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis, welches zwischen einem ethnischen und einem Staatsvolk differenziert und damit bestimmte Gruppen Staatsangehöriger, insbesondere Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen muslimischen Glaubens, in ethnischer sowie kultureller Hinsicht aus dem „Volk“ ausschließt und abwertet. Daran anknüpfend werden rechtsextremistische Verschwörungsnarrative wie der sog. „Große Austausch“ propagiert, welcher ebenfalls eine migrations-, migranten- und islamfeindliche Grundhaltung offenbart. So sei grundlegend durch Einwanderung der Erhalt der Kultur und des Volkes in Gefahr („ethnisch-kultureller Wandel“).

Im Zusammenspiel mit einem von der AfD zitierten Multikulturalismus und „unkontrollierter Massenzuwanderung/Migration“ wird so, auch durch die häufig betonte Zunahme von Gewaltkriminalität, ein Bedrohungsszenario konstruiert, in dem die ethnische und kulturelle Homogenität des deutschen Volkes gefährdet sei

Die wiederholt verwendeten Begrifflichkeiten (wie bspw. das Setzen von deutsch bzw. Deutsche in Anführungszeichen, „Täter mit deutschem Pass“, „Plus- oder Zukunftsdeutsche“ bzw. den „Großen Austausch“ betreffend der Hinweis auf Massenmigration und einer daraus resultierenden, geplanten „Umvolkung“ oder der Darstellung als „Schmarotzer“) belegen in hinreichendem Maße, dass diese Meinung und damit das entsprechende Menschenbild aktiv verbreitet und entsprechend in die

Anhängerschaft, aber auch in die Gesellschaft insgesamt transportiert werden. Dies geschieht in einer teils aggressiven Rhetorik, die dem Gesagten mehr Nachdruck verleihen und Ängste in der Bevölkerung schüren soll.

Letztlich erfolgt damit eine Klassifizierung von deutschen Staatsangehörigen in solche erster und zweiter Klasse, welche sich dabei weit jenseits einer noch legitimen, wenngleich polemischen, Kritik an Migrationspolitik oder dem Islam als integralem Bestandteil einer kulturellen Identität bewegt. Vielmehr ist mit dem Gedanken einer autochthonen, „deutschen Volksgemeinschaft“, der ein ausschließlich abstammungsbezogener, exklusiver Charakter zukommt, der Ausschluss und die Abwertung bestimmter Gruppen Staatsangehöriger verbunden, die davon exkludiert sind und sowohl menschlich als auch rechtlich nicht den gleichen Status genießen sollen. Darin liegt ein Verstoß gegen die in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verankerte Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG, sowie gegen die Gleichheitssätze des Art. 3 Abs. 3 GG.

Beispiele:

Der **AfD-Kreisverband Wolfsburg** schrieb am 07.04.2025 zu einem Artikel von „Apollo News“ mit dem Titel „Wir hatten die Wende bereits: Esken erteilt klare Absage an Asylrechtsreform“ auf Facebook:

„Die SPD will den Deutschen Volkstod mithilfe der Massenmigration herbeiführen [...]“ [sic!]⁶

Stefan Henze (MdB) schrieb am 11.06.2025 auf Facebook:

„Massen-Einbürgerungen:

Fast 300.000 neue ‚Deutsche‘ im Jahr 2024, vor allem Syrer! Die Bundesregierung verschleudert den deutschen Pass wie billige Werbeflyer.

So wird Masseneinwanderung in unsere leidenden Sozialsysteme durch die Hintertür legalisiert. Die Zeche zahlen die arbeitenden Bürger.

So darf es nicht weitergehen. Nur wir garantieren den Politikwechsel. Der deutsche Pass muss wieder etwas wert sein!⁷

⁶ Facebook-Eintrag der AfD Wolfsburg vom 07.04.2025.

⁷ Facebook-Eintrag von Stefan Henze vom 11.06.2025.

Stephan Bothe (MdL) schrieb am 20.11.2025 auf Facebook:

„[...] Die nackte Wahrheit aus der PKS 2024 (ohne die reinen Ausländerrechtsverstöße, damit's nicht auffällt):

Ausländer = 11,4 % der Bevölkerung in Niedersachsen Ausländer = 31,9 % aller Tatverdächtigen

Das ist nicht ‚leicht überrepräsentiert‘ – das ist fast das DREIFACHE! Jeder dritte, der hier erwischt wird, hat keinen deutschen Pass – obwohl nur jeder neunte Einwohner einer ist. Und jetzt schaut euch die Grafik an: Bei den Männern knallen die Ausländer mit 11.431 Tatverdächtigen pro 100.000 Einwohner davon – fast VIER MAL so hoch wie deutsche Männer (3.085). Bei Frauen ist es ‚nur‘ das Dreifache.

Das ist kein ‚Rückgang der Kriminalität‘ – das ist ein Bevölkerungsaustausch mit kriminellen Folgen.

Merkels Erbe: Niedersachsen ist nicht sicherer geworden. Es ist nur älter – und fremder.“⁸

4. Die pauschale Abwertung von Menschengruppen drückt sich durch Migranten-, Asyl-, Fremden- und Queerfeindlichkeit aus.

Mit dem von der AfD Niedersachsen propagierten ethnisch-kulturellen Volksbegriff gehen Ressentiments und die pauschale Abwertung bestimmter Menschengruppen einher. Migrantinnen und Migranten sowie Menschen, die der niedersächsische AfD-Landesverband als fremd betrachtet, werden kollektiv negative Attribute zugeschrieben und schließlich als Feindbild dargestellt. So werden sie einerseits durch bestimmte Schlagworte („Goldstücke“, „Invasoren“, „Import“) entmenschlicht und andererseits als Gewaltverbrecher beschrieben, wobei das einzelne Individuum von keiner Relevanz ist. Die Thematisierung einzelner Gewaltverbrechen wird dabei immer wieder genutzt, um gegen die genannten Menschengruppen in Gänze zu agitieren („Messergewalt“, „Messerkultur“, „Messermigration“, „Migrantengewalt“). Dies belegt eine der AfD Niedersachsen inhärente Asyl- und Fremdenfeindlichkeit, die mit der in Art. 1 Abs. 1 GG verankerten Menschenwürde und den in Art. 3 Abs. 3 GG formulierten Gleichheitsgrundrechten unvereinbar ist.

⁸ Facebook-Eintrag von Stephan Bothe vom 20.11.2025.

Daneben werden sexuelle Minderheiten, insbesondere die LGBTQIA+-Community, durch Vertreterinnen und Vertreter des niedersächsischen Landesverbandes kollektiv verunglimpft, indem unter anderem eine Gleichsetzung mit Pädophilie und damit verbundenem Kindesmissbrauch erfolgt sowie eine Einschränkung ihrer Rechte als Mitglieder der Gesellschaft angedroht wird. Diese Äußerungen und die damit verbundenen Forderungen gehen über das bloße Befürworten eines für die AfD traditionell-klassischen Familienmodells hinaus. Die LGBTQIA+-Community wird durch die AfD Niedersachsen undifferenziert als Kollektiv betrachtet und versucht, als Feindbild des gesellschaftlichen Lebens zu etablieren. Es erfolgt eine kontinuierliche, ausnahmslos negative Befassung mit den – vermeintlichen – politischen und gesellschaftlichen Forderungen sexueller Minderheiten. In der Summe und kontextualen Betrachtung der Aussagen ergibt sich eine konsequente, zielgerichtete Abwertung und Verletzung der Menschenwürde dieser Personengruppe.

Beispiele (Migranten-, Asyl-, Fremdenfeindlichkeit):

Martin Sichert (MdB) schrieb am 12.05.2023 zu einem Video von „Achtung Reichelt“ auf Facebook:

„Früher waren wir Export-Weltmeister, jetzt sind wir Import-Weltmeister von Messergewalt.“

Die **AfD Niedersachsen** veröffentlichte am 09.09.2024 einen Facebook-Bildbeitrag, auf dem der Landesvorsitzende Ansgar Schledde zu sehen ist. Der dazugehörige Text lautet:

„Auf unkontrollierte Migration folgt unkontrollierbare Gewalt!“⁹

Klaus Wichmann (MdL) schrieb am 13.09.2024 auf Facebook:

„Nicht Messer sind das Problem, sondern die, die zustechen! [...] Die AfD wird den mutwilligen Import der Messerkultur aus Ländern wie Afghanistan und Syrien stoppen [...]“

Der **AfD-Kreisverband Ostfriesland** schrieb am 14.04.2025 zu dem auf „Bild.de“ erschienen Artikel „Mehrere tödliche Attacken in wenigen Stunden. Verdammte Messer!“ auf Facebook:

⁹ Facebook-Eintrag der AfD Niedersachsen vom 09.09.2024.

„Schon wieder ein Tag und eine Nacht in Deutschland, die von Messergewalt überschattet wurden. Zwei Opfer starben nach Angriffen, ein Täter wurde von der Polizei erschossen.

Es sollte nicht heißen ‚Verdammte Messer!‘, sondern ‚Verdammte Migrationspolitik!‘¹⁰

Beispiele (Queerfeindlichkeit):

Vanessa Behrendt (MdB) schrieb am 20.10.2024 auf X:

„Die Regenbogenfahne steht für: Machenschaften pädophiler Lobbygruppen, die Gefährdung von Kindern durch LGBTQ-Propaganda, das Bedrängen von Kleinkindern mit Transsexualität, das legale ‚Kuscheln‘ und ‚Rangeln‘ fremder Männer mit Kindergartenkindern (‚Original Play‘) und die Behandlung von Geschlechtsidentitätsstörungen mit Pubertätsblockern, Hormontherapien und Transgender-OPs. Wenn wir unsere Kinder schützen wollen, dann gibt es nur eine Partei, die das Thema wirklich an der Wurzel packt: die #AfD!“¹¹

Flyer „Kindheit unterm Regenbogen“ von Dezember 2023:

Der vom AfD-Landesverband Niedersachsen im Dezember 2023 herausgegebene Flyer „Kindheit unterm Regenbogen“ spricht von dem regierenden „Regenbogen-Regime“, in dem Frühsexualisierung von Kindern „Staatsdoktrin“ sei. Die von der LGBTQIA+-Community verwendete „Progress Flagge“ stehe pauschal unter anderem für „Frühsexualisierung“, „Genitalverstümmelung“ oder das „Verabreichen von Hormonen an Kinder“. Laut Flyer basieren sämtliche Forderungen der LGBTQIA+-Community auf pädophilen Neigungen.

¹⁰ Facebook-Eintrag der AfD Ostfriesland vom 14.04.2025.

¹¹ X-Eintrag von Vanessa Behrendt vom 20.10.2024.

5. Die Verächtlichmachung und Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates, seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten, Institutionen sowie anderer politischer Parteien wird durch die AfD Niedersachsen fortlaufend vorangetrieben.

Die Verächtlichmachung und Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates, seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten und Institutionen sowie anderer politischer Parteien durch die AfD Niedersachsen verlässt den Rahmen einer sachlichen oder auch zugespitzten Kritik und Auseinandersetzung. Sie soll das Vertrauen der Bevölkerung in die verfassungsmäßige Ordnung grundlegend erschüttern, sodass die freiheitliche demokratische Grundordnung grundsätzlich infrage gestellt wird. Gleichzeitig geriert sich die AfD Niedersachsen jedoch als einzig verbliebene demokratische Partei und als Bewahrerin der Demokratie. Der niedersächsische AfD-Landesverband nutzt dazu unter anderem bestimmte Schlagworte und Kampfbegriffe („Kartellparteien“, „Blockparteien“, „Systempartei“, „Altparteien-Kartell“), um andere politische Parteien systematisch zu diskreditieren, indem ihnen kriminelles und antidemokratisches Handeln unterstellt und in der Folge die Existenzberechtigung gänzlich abgesprochen wird.

Um den demokratischen Wesenskern der Bundesrepublik Deutschland zu negieren, die Gewaltenteilung zu leugnen und das System grundlegend herabzuwürdigen, greift die AfD Niedersachsen zudem auf eine Gleichsetzung mit nichtdemokratischen Systemen zurück. Dabei wird auch von niedersächsischen Mandatsträgern und Funktionären immer wieder die DDR als konkretes Beispiel herangezogen („DDR 2.0“, „Die DDR ist wieder da“, „SED-Diktatur“). Die anderen Parteien würden ausschließlich im Sinne des diktatorischen Systems agieren, wodurch die AfD den Eindruck vermittelt, die einzig verbliebene demokratische Partei zu sein.

Darüber hinaus nutzen vorwiegend niedersächsische AfD-Kreisverbände eine verharmlosende und relativierende Darstellung des Nationalsozialismus, um den Rechtsstaat, die Parteien und ihr Handeln sowie die politischen Gegebenheiten der heutigen Zeit mit ihm zu vergleichen. Dabei werden oftmals konkrete gesellschaftlich-politische Themen (Regenbogenfahne, Sprachanpassung und Bücherverbrennung, AfD-Verbot) mit dem Nationalsozialismus oder der NSDAP gleichgesetzt.

In der Summe sind die Äußerungen nicht mit Art. 20 Abs. 1, 2 und 3 GG vereinbar, sodass sich insgesamt ein ablehnendes Verständnis des Demokratie- und Rechtsstaatsprinzips der AfD Niedersachsen ergibt. Es erfolgt keine Auseinandersetzung in der Sache, sondern eine pauschalisierende Herabwürdigung des politischen Systems, seiner Vertreterinnen und Vertreter sowie seiner Institutionen. Dabei wird vorwiegend das Demokratieprinzip verächtlich gemacht, wodurch mittelbar jedoch auch das Rechtsstaatsprinzip tangiert wird. Dies ergibt sich dabei in erster Linie aus der beschriebenen Herabsetzung von anderen Parteien sowie der Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit nichtdemokratischen Systemen wie dem Dritten Reich oder der DDR. Äußerungen, die das Rechtsstaatsprinzip grundsätzlich angreifen, lassen sich jedoch nicht feststellen. Weiterhin muss betont werden, dass keine Belege dafür vorliegen, dass der niedersächsische Landesverband den Nationalsozialismus oder einzelne mit ihm verbundene Ideologeme verherrlicht oder befürwortet. Die Gleichsetzung mit der Bundesrepublik Deutschland dient – neben einer Verharmlosung des historischen Nationalsozialismus – vielmehr dazu, das bestehende demokratische System als Ganzes in Frage zu stellen und zu delegitimieren.

Beispiele (Parlamentarismus und Demokratie):

Martin Sichert (MdB) schrieb am 12.03.2025 auf Facebook:

„Das Polit-Kartell der Altparteien missachtet Demokratie und Wählerwillen und lobt sich gegenseitig nach oben.“

Der **AfD-Kreisverband Wolfenbüttel** veröffentlichte am 14.12.2024 einen Bildbeitrag zur Regierungsbildung in Thüringen auf Facebook:

„Thüringen beweist, es gibt nur noch 2 Parteien in Deutschland, das Kartell der Altparteien und die AfD.“¹²

Beispiele (Gleichsetzung mit nichtdemokratischen Systemen):

Der **AfD-Kreisverband Rotenburg/Wümme** schrieb am 26.03.2024 auf Facebook bezugnehmend auf einen Facebook-Beitrag der AfD Niedersachsen zum Thema Wahlen, Parteien und Regierungsbildung:

¹² Facebook-Eintrag der AfD Wolfenbüttel vom 14.12.2024.

„In der DDR hatte man auch die Möglichkeit etwas anderes zu wählen, wenn man nicht nur den Zettel für die SED falten wollte. Auch da gab es die CDU, die LDPD, die NDP, aber letztlich waren sie auch nur Marionetten des sozialistischen Systems. Damals wie heute, Blockparteien wählt man nicht!“¹³

Jörn König (MdB) schrieb am 12.12.2024 auf Facebook:

„Die DDR ist wieder da. (Fast) alle Parteien im Parlament in einem Block. Thüringen: Blockpartei CDU regiert mit SED, Stasi und Antifa! Mett-Mario mit Plagiate-Zertifikat zum Ministerpräsidenten gewählt.“

Beispiele (verharmlosende und relativierende Darstellung des Nationalsozialismus):

Der **AfD-Kreisverband Friesland/Wittmund** schrieb am 15.07.2025 zu einem Beitrag von „NIUS“ auf Facebook:

„Wusstet ihr eigentlich das in NSDAP die Buchstaben S, P und D vorkommen? Wehret den Anfängen.“ [sic!]¹⁴

Der **AfD-Kreisverband Wolfenbüttel** schrieb am 04.05.2025 auf Facebook:

„Jetzt können die Säuberungen im öffentlichen Dienst beginnen.

Willkommen in der neuen deutschen Demokratie.

Säuberungen beginnen nie mit Gewalt.

Sie beginnen mit Überprüfungen.

Mit Fragebögen. Mit der Auswahl, wer für den Staat noch tragbar ist.

1933 nannte man es das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Hitler ließ alle „unerwünschten Personen“ – Juden, Kommunisten, Andersdenkende – aus dem öffentlichen Dienst entfernen.“¹⁵

¹³ Facebook-Eintrag der AfD Rotenburg/Wümme vom 26.03.2024.

¹⁴ Facebook-Eintrag der AfD Friesland/Wittmund vom 15.07.2025.

¹⁵ Facebook-Eintrag der AfD Wolfenbüttel vom 04.05.2025.

6. Die Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen zeigen eine gezielt betriebene Vernetzung auf, die sich vorwiegend auf das breit gefächerte Spektrum der Neuen Rechten konzentriert.

Die Verbindungen von Mitgliedern der AfD Niedersachsen zu als rechtsextremistisch eingestuften Organisationen und Akteuren wird einerseits auf einer Ebene der Sympathiebekundung und andererseits auf einer inhaltlich-programmatischen bzw. strukturellen Ebene deutlich. Neben der Teilnahme an Veranstaltungen und dem Teilen und Weiterverbreiten von Inhalten sind es vor allem die strukturellen Vernetzungen, bei der Akteure des niedersächsischen AfD-Landesverbandes aktiv das Programm rechtsextremistischer Organisationen mitgestalten. Im Fall von „COMPACT“ und „Ein Prozent“ kann eine langjährige Zusammenarbeit nachgewiesen werden. In dem vorliegenden Umfang entfaltet die Unterstützung rechtsextremistischer Organisationen und Akteure Verfassungsschutzrelevanz.

Beispiele:

Armin-Paulus Hampel wirkt seit mehreren Jahren inhaltlich bei „COMPACT“ mit. So veröffentlicht er seit März 2023 die Kolumne „Hampels Rückblick“ in der monatlichen Print-Ausgabe des „COMPACT-Magazin“ und tritt regelmäßig in „COMPACT-TV“ als politischer Kommentator und Interviewgast auf.

Marie-Thérèse Kaiser (Vorsitzende KV Rotenburg/Wümme) übernimmt seit dem 06.01.2021 die Moderation des Video-Formats „Wir klären das!“ von „Ein-Prozent“. Bis November 2025 erschienen 30 Folgen mit ihr. In dem Format werden Kernthemen der Neuen Rechten, u. a. Remigration, Asyl, der Kampf gegen „linke Propaganda“ der Medien usw. durch den Moderator aufgegriffen und vermeintlich einfach verständlich für eine junge Zielgruppe erklärt.

Gesamtschau

In der Gesamtschau kann festgestellt werden, dass eine rechtsextremistische Ideologie mittlerweile den Konsens innerhalb der Gesamtpartei und auch des Landesverbandes Niedersachsen bildet. Die verfassungsfeindlichen Äußerungen und Verhaltensweisen prägen den Charakter der Partei, der von einer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnenden Grundtendenz beherrscht wird.

Wurden in der Vergangenheit Vertrauenspersonen eingesetzt? Ja Nein**Begründung der erheblichen Bedeutung:**

Grundsätzlich gilt es zu beachten, dass Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung auch von einem nicht gewaltorientierten Spektrum ausgehen können und deshalb auch nicht gewaltorientierte Beobachtungsobjekte eine intensive Aufklärung unter Einsatz bestimmter nachrichtendienstlicher Mittel erfordern. Nach § 6 Abs. 6 NVerfSchG können neben der Vorbereitung oder Anwendung von Gewalt auch andere Gründe eine erhebliche Bedeutung rechtfertigen. Diese können sich unter anderem aus dem gesellschaftlichen Einfluss ergeben, welcher beispielsweise an dem Mitgliederpotenzial, den finanziellen Mitteln, dem Mobilisierungsgrad und der Aktionsfähigkeit sowie der Vertretung in Ämtern und Mandaten festgemacht werden kann.¹⁶

Die AfD Niedersachsen verfügt über ein großes Mitgliederpotenzial. Vor allem in den vergangenen drei Jahren konnte ein rasant steigender Mitgliederzuwachs verzeichnet werden: Während der Landesverband im Januar 2023 noch 2.405 Mitglieder hatte, sind mit Stand September 2025 über 8.000 Personen Mitglied der AfD Niedersachsen.¹⁷ Der Kreisverband Hannover-Land ist laut Eigenangaben der mitgliederstärkste AfD-Kreisverband Deutschlands. Im Januar 2025 wurde der Eintritt des 500. Mitglieds verkündet.¹⁸

Durch hohe Zustimmungswerte aus der Bevölkerung und damit verknüpften Wahlerfolgen, sind niedersächsische Politiker auf kommunaler Ebene vertreten und sitzen für die AfD im Land- und Bundestag sowie Europäischen Parlament. Als Teil der Legislative wirken sie so am Gesetzgebungsprozess mit.

Über die Grenzen der AfD Niedersachsen hinaus, nimmt die Partei eine diskursbestimmende Rolle innerhalb der Neuen Rechten ein und kann durchaus als parlamentarischer Arm der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten betrachtet

¹⁶ vgl. BVerfG, Ur. v. 26.4.2022, 1 BvR 1619/17, BeckRS 2022, 8427, Rn. 195, 197.

¹⁷ Facebook-Eintrag der AfD Lüneburg vom 08.03.2025; Neue Presse: „Vor allem der rechte und linke Rand gewinnen: So entwickeln sich in Niedersachsens Parteien“ vom 22.09.2025.

¹⁸ Facebook-Eintrag der AfD Hannover-Land vom 20.01.2025.

werden. Ihr gelingt es, den politisch-offentlichen Diskurs zu beeinflussen, was sich letztlich auch in ihrer Einflussnahme auf die gesamte Gesellschaft widerspiegelt. Neben einer allgemeinen Verschiebung der Grenze des Sagbaren, wird dies beispielhaft durch die Debatte um die Bedeutung des Begriffs „Remigration“ verdeutlicht. Die AfD Niedersachsen versucht, ihre extremistischen Positionen zu normalisieren und so anschlussfähig zu machen. Auch wenn die Partei nicht unmittelbar auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist, trägt sie durchaus zu einer Verrohung des gesellschaftlichen Zusammenlebens bei. Die mit der Menschenwürde unvereinbare propagierte Ideologie schafft ein dichotomes „Freund-Feind-Denken“ verschiedener Bevölkerungsgruppen, das individuelle und gesellschaftliche Radikalisierungsprozesse sowie die Anwendung von Gewalt begünstigen kann. Dabei ist auch die Rolle der sozialen Medien nicht zu vernachlässigen: Durch Text-, Bild-, und Videobeiträge werden die eigenen Narrative rasch verbreitet und von den Nutzerinnen und Nutzern konsumiert sowie gegebenenfalls reproduziert. Indem oftmals reißerische oder irreführende Überschriften sowie Bilder verwendet werden, die Übertreibungen nutzen und auf einer emotionalen Ebene wirken, wird Interesse für die Inhalte geweckt. Die AfD Niedersachsen und ihre Vertreterinnen und Vertreter können auf verschiedenen Kanälen der gängigen Plattformen der sozialen Medien eine Vielzahl an Abonnenten bzw. Followern vorweisen, wodurch sie über eine enorme zusätzliche gesellschaftliche Reichweite verfügen. Beispielsweise verfügt der YouTube-Kanal der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag über 42.000¹⁹ Abonnenten, Dirk Brandes (MdB) auf TikTok über 50.500²⁰ Follower, Jörn König (MdB) auf TikTok über 25.600²¹ Follower, Martin Sichert (MdB) über 138.000²² Follower auf Facebook oder Marie-Thérèse Kaiser auf Instagram über 25.000 Follower.²³

Die AfD verfügt zudem über große finanzielle Mittel, was aus dem am 07.02.2025 veröffentlichten Rechenschaftsbericht politischer Parteien für das Jahr 2023 hervorgeht. Das Reinvermögen des AfD-Bundesverbandes belief sich im Jahr 2023 auf 38,28 Millionen Euro. Im Vorjahr betrug das Reinvermögen des AfD-Bundesverbandes noch 23,51 Millionen Euro, stieg also beinahe um 15 Millionen Euro

¹⁹ www.youtube.com/@afd.fraktion.niedersachsen (Stand: 10.2025)

²⁰ www.tiktok.com/@brandesdirk (Stand: 10.2025)

²¹ www.tiktok.com/@joernkoenig_mdb (Stand: 10.2025)

²² www.facebook.com/sichertmartin (Stand: 10.2025)

²³ www.instagram.com/kaiser.afd (Stand: 10.2025)

an. Das Reinvermögen des Landesverbandes Niedersachsen belief sich im Jahr 2023 hingegen auf 762.325 Euro. Vor der Bundestagswahl am 23.02.2025 erhielt der AfD-Bundesverband eine Einzelspende über etwa 2,35 Millionen Euro, die die Dimensionen der finanziellen Kraft der Gesamtpartei zusätzlich verdeutlicht.

Aus den genannten Faktoren ergibt sich eine enorme Potenzialität: Die Partei ist durchaus dazu in der Lage, ihre politischen Ziele realpolitisch umzusetzen. Mit ihrer Strahlkraft nimmt sie erheblichen Einfluss auf die Gesellschaft und gesellschaftlich-politische Prozesse. Aufgrund dieser herausragenden Rolle stellt die „Alternative für Deutschland (AfD) – Landesverband Niedersachsen“ daher auch ein Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung gemäß § 6 Abs. 6 NVerfSchG dar.

2. Zeichnung erfolgt durch:

5	[REDACTED]
[REDACTED]	

3. Frau Ministerin mit der Bitte um Zeichnung:

Das oben genannte Beobachtungsobjekt hat entsprechend der vorgenannten Ausführungen erhebliche Bedeutung im Sinne von § 6 Abs. 6 NVerfSchG. Die Feststellung ist gemäß § 6 Abs. 6 Satz 3 i. V. m. Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG bis zum 09.02.2020 befristet.

Hannover, den 10.02.2026



Ministerin
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Digitalisierung